



## **Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg**

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

### **Kontakt:**

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg  
Beim Schlump 83  
20144 Hamburg  
Tel. 040/4313970  
E-mail: [fzh@zeitgeschichte-hamburg.de](mailto:fzh@zeitgeschichte-hamburg.de)  
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

H.-J. BIEBER

# GEWERKSCHAFTEN IN KRIEG UND REVOLUTION

TEIL II

Arbeiterbewegung,  
Industrie, Staat  
und Militär  
in Deutschland  
1914—1920



CHRISTIANS



HANS-JOACHIM BIEBER

# Gewerkschaften in Krieg und Revolution

Arbeiterbewegung,  
Industrie, Staat und Militär  
in Deutschland  
1914–1920

Teil II

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE  
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XV

*Im Auftrag der  
Forschungsstelle für die Geschichte  
des Nationalsozialismus in Hamburg  
und der Hamburger Bibliothek  
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung  
herausgegeben von  
Werner Jochmann, Werner Jöhe  
und Ursula Büttner*

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1981  
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen  
Nachdrucks und der photomechanischen  
Wiedergabe, vorbehalten  
Ausstattung Alfred Janietz  
Printed in Germany  
ISBN 3-7672-0724-9



# INHALT

## TEIL II

15. Die deutsche Gesellschaft in den letzten Kriegsjahren  
und der Ausbruch der Revolution 527  
*Die Vaterlandspartei (529) Reichstagsmehrheit und Volksbund für  
Freiheit und Vaterland (533) Staatsapparat und Militär im innen-  
politischen Spannungsfeld (539) Der Eintritt der SPD in die Regie-  
rung und die innenpolitischen Reformen vom Oktober 1918 (546) Bür-  
gerliche Pläne zur Revolutionsverhütung (554) Revolution und Ende  
des alten Regimes (563) Gewerkschaftliche Einflüsse in Arbeiter-,  
Soldaten- und Bauernräten (574) Die Gewerkschaften nach der Revo-  
lution (582) Die Lage Mitte November 1918 (586)*
16. Die Auseinandersetzungen um die politische und  
wirtschaftliche Neuordnung 592  
*Gewerkschaften und politische Neuordnung (592) Entstehung und  
Funktion der Arbeitsgemeinschaft (595) Die Bedeutung des Abkom-  
mens (608) Sozialisierungsforderungen der Arbeiterschaft (619)  
Regierung und Gewerkschaften zur Sozialisierungsforderung (625)  
Die oberschlesischen Streiks vom Winter 1918/1919 (637) Die Berg-  
arbeiterstreiks an der Ruhr 1918/1919 (643) Die Betriebsrätebewe-  
gung an der Ruhr Januar bis April 1919 (666) SPD- und Gewerk-  
schaftsführung zur Sozialisierungsfrage im Sommer 1919 (685)*
17. Das Problem der militärischen Sicherung  
der Revolution 696  
*Soldatenräte und Offizierskorps (696) Das »Bündnis« zwischen Ebert  
und Groener (703) Das Vorgehen gegen die Soldatenräte (709) Frei-  
korps und Januarkämpfe 1919 (717) Die Liquidierung der Soldaten-  
räte im Frühjahr 1919 (721) Die Haltung der Gewerkschaften zur  
Zerschlagung der Räte (726) Arbeiterschaft und Reichswehr (735)  
Die Reichswehr als Bollwerk gegen die soziale Revolution (736) Ein-  
wohnerwehren und Arbeiterschaft (743) Reichswehr, Einwohner-  
wehren und Arbeiterschaft nach dem Kapp-Putsch 1920 (750)*
18. Antirevolutionäre Strategien der Arbeitgeber 1919/1920 756  
*Zentralarbeitsgemeinschaft und Sozialisierungsgedanke (756) Propa-  
ganda und Unterstützung der Freikorps (758) Unterstützung der bür-  
gerlichen Parteien (760) Unternehmerorganisationen und industrielle  
Konzentration (771)*
19. Die innere Entwicklung der Gewerkschaften 1919/1920 778  
*Mitgliederbewegung und soziale Zusammensetzung (778) Richtungs-  
kämpfe, Vorstandswahlen und Gewerkschaftsopposition (782) Funk-  
tionärsbedarf und Bildungsarbeit (788) Industrieverbandsprinzip  
und Zusammenschlüsse (791) Christliche Gewerkschaften, katholische  
Arbeitervereine und Gewerkvereine (795) Die Wirtschaftsfriedlichen  
(801) Die Angestellten- und Beamtenschaft (805)*

Schluß: Arbeiterschaft und Republik – ein Jahr nach der Revolution	808
Abkürzungsverzeichnis	817
Anmerkungen	821
Tabellenanhang	1124
Quellen- und Literaturverzeichnis	1133
Personen- und Sachregister	1213



## 15. Kapitel Die deutsche Gesellschaft in den letzten Kriegsjahren und der Ausbruch der Revolution

Die ökonomischen und sozialen Wirkungen des Krieges, die sozial- und innenpolitischen Zugeständnisse, mit denen die Regierung ihnen begrenzt Rechnung zu tragen suchte, schließlich die Forderungen der Arbeiterorganisationen nach weiteren Reformen – all dies bewirkte eine fortschreitende Dissoziation und Polarisierung der deutschen Gesellschaft, ihren Zerfall in zwei Lager, zwischen denen der Graben sich zusehends vertiefte. Oberst Bauer beschrieb die Grundkonstellation Anfang 1918 folgendermaßen: »Die Fürsten, Regierungen, Parlamente und Volk müssen jetzt Farbe bekennen. Es handelt sich um den Kampf zweier Weltanschauungen. 1. Wollen sie . . . einen starken, der Opfer würdigen Frieden, der uns militärisch stark macht, eine große wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und voraussichtlich für lange einen gesicherten Frieden schafft mit straffer zielbewußter Regierung im Innern, 2. oder wollen wir verzichten, politisch und militärisch ausscheiden aus dem Rat der großen Völker, wirtschaftlich verelenden und einem Bolschewiki-Regiment zutreiben . . . Beide Systeme werden verkörpert durch eine Anzahl Namen. Hier Hindenburg, Ludendorff . . ., dort Haase, Scheidemann, Erzberger . . .«<sup>1</sup>

Wie immer die gegensätzlichen ideologischen Parolen auch lauten mochten, die die außen-, innen-, wirtschafts- und sozialpolitische Auseinander-

setzung bestimmten, ob Siegfrieden oder Verzichtfrieden, starke Monarchie oder Demokratie, Herrschaft berufener Führer oder Herrschaft der Masse, Rückkehr zur unbeschränkten Unternehmerfreiheit oder gebundene Wirtschaft, Individualismus oder Kollektivismus, deutsches Wesen oder westliche Ideen – im Grunde lassen sie sich alle einem der beiden großen Lager zuordnen, wenngleich das soziale Substrat der zusammengehörigen Begriffe nicht immer ganz identisch ist. Allen diesen Antinomien lag der Gegensatz zwischen denen zugrunde, die an der Bewahrung der bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnisse interessiert waren, und jenen, die auf Grund bisheriger ökonomischer und sozialer Unterprivilegierung und politischer Benachteiligung, vereinzelt auch aus Einsicht in die Notwendigkeit rechtzeitiger Veränderungen, für eine mehr oder weniger weitgehende Reform des politisch-wirtschaftlichen Systems eintraten.

Diese Polarisierung war das Produkt von Paradoxien, die der Krieg mit sich gebracht hatte. Eine dieser Paradoxien bestand darin, daß die Mittel, die die Führung des Krieges erforderte, der der Erhaltung und Festigung der bestehenden Machtverhältnisse dienen sollte, wegen ihrer ökonomischen und sozialen Implikationen zugleich die Fundamente eben dieser Machtverhältnisse unterminierten und erschütterten. Je deutlicher sich diese Entwicklung abzeichnete, desto mehr ergab sich daraus die weitere Paradoxie, daß die Mächtigsten immer stärker genötigt wurden, den Krieg mit einem überwältigenden Sieg zu beenden, um die sozialen und innenpolitischen Erschütterungen abzufangen und die alte Ordnung zu stabilisieren. Schon im Frühjahr 1915 warnte der bayerische Ministerpräsident, »daß ein Friede, welcher außer jedem Verhältnisse zu der ungeheuren Anspannung des Volksgeistes wie der Volkskraft und zu den ungeheuren Opfern stünde, ... eine schwere Enttäuschung und damit eine hochgradige Erbitterung hervorrufen würde, die ihre Spitze gegen die führenden Klassen richten und Gefahren für den Fortbestand der Monarchie, insbesondere für die Stellung des Kaisers, nach sich ziehen würde«, kurz: »Ein fauler Friede würde die Revolution in Deutschland nach sich ziehen.«<sup>2</sup>

Drei Monate später erklärte Hugenberg im Namen der Ruhrindustriellen dem stellvertretenden kommandierenden General in Münster: »Wenn dieser Krieg für Deutschland ... nicht mit einem großen Gewinn nach allen Seiten ausläuft ..., dann werden die Verhältnisse nach dem Kriege noch weit schwieriger werden, als sie vorher je waren. Die Arbeiter, die aus dem Kriege zurückkommen, werden mit großen Ansprüchen an die Arbeitgeber herantreten, und wenn nicht auf der Grundlage eines großen Zuwachses an Gebiet und wirtschaftlicher Kraft auf dem Gebiete der Lohnfrage in weitherziger Weise verfahren werden kann, dann wird es zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen fürchterlichen Kampf geben, der die



größten Schäden im Gefolge haben wird.«<sup>3</sup> Anfang 1918 brachte einer der hartgesottensten Konservativen, Elard v. Oldenburg-Januschau, derartige Prognosen auf die knappe Formel: »Jede Dynastie ist verloren, die diesen Krieg verliert.«<sup>4</sup>

So geriet der Krieg mit zunehmender Dauer immer mehr zum Selbstzweck. Er wurde immer ausschließlicher um eines Ergebnisses willen weitergeführt, das die Entwicklung rückgängig machen sollte, die er selbst beschleunigte. Rechte und Linke unterschieden sich im Grunde darin, daß die Linken sich politisch auch einen Remisfrieden leisten konnten, die Rechten hingegen nicht. Daß in den außenpolitischen Kriegszielen zwischen ihnen weitgehende Übereinstimmung herrschte, war demgegenüber unerheblich; denn was der Arbeiterschaft aus ökonomischen Gründen vielleicht wünschenswert erscheinen mochte, bedeutete für Agrarier und Schwerindustrielle die Voraussetzung ihres politischen Überlebens. Die Arbeiter mochten sich bei einer Niederlage wirtschaftliche Nachteile ausrechnen, für ihre politische Position konnte sie nur Vorteile bringen. Für ihre Gegner hingegen war sie gleichbedeutend mit dem Ende ihrer politischen Privilegien und daher mit hoher Wahrscheinlichkeit auch mit einer Beschränkung, wenn nicht dem Verlust ihrer ökonomischen Herrschaftsposition<sup>5</sup>. Erst aus dieser unterschiedlichen innenpolitischen Bedeutung des Siegfriedens für beide Lager der deutschen Gesellschaft erklärt sich die Schärfe, mit der die Kriegszieldiskussion geführt wurde. Nur so wird verständlich, daß die Reichstagsmehrheit, die im Zeichen der Friedensresolution zusammenfand, »nicht durch die gemeinsame Friedenspolitik, sondern durch gemeinsame innerpolitische Forderungen zusammengehalten« wurde, wie der preußische Innenminister klar erkannte<sup>6</sup>. Auch die Gegenbewegung, die die Friedensresolution auslöste, entstand primär nicht unter der Devise eines anderen Friedensprogramms, sondern aus der gemeinsamen Furcht vor dem Verlust ihrer Privilegien.

### *Die Vaterlandspartei*

Zum Sammelbecken dieser Gegenbewegung wurde die Vaterlandspartei. Im September 1917 gegründet, umfaßte sie die alte Fronde aus Großgrundbesitz und Schwerindustrie, aber auch einflußreiche Konzernherren aus Großchemie, Elektroindustrie, Maschinenbau und Werftindustrie, ferner die Finanz- und Großhandelskreise der Hansestädte, außerdem die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterverbände, maßgebliche Organisationen des alten Mittelstandes, erhebliche Teile des Offizierskorps sowie Angehörige der Verwaltungs- und Ministerialbürokratie. Parlamentarisch reichte ihr

Einzugsbereich von den Konservativen über den schwerindustriellen Flügel der Nationalliberalen bis in den rechten Zentrumsflügel. Dank ungewöhnlich großzügiger finanzieller Förderung durch die Industrie<sup>7</sup>, teils versteckter, teils unverhohlener Unterstützung durch Teile des Staatsapparats und der lebhaften Werbung vieler Offiziere im Heer brachte sie es binnen eines Jahres auf rund 800000 Mitglieder. Zählt man die korporativ angeschlossenen Verbände mit, lag ihre Mitgliederzahl sogar über einer Million.

In ihrer öffentlichen Agitation behauptete die Vaterlandspartei, sie habe »mit der inneren Politik nichts zu tun«, sondern erstrebe »allein einen siegreichen Frieden«. Jeder Deutsche, »vom äußersten Konservativen bis zum Sozialdemokraten«, sei daher als Mitglied willkommen<sup>8</sup>. Ihre Gründer verlangten einen »Hindenburg-Frieden«, der Deutschland wirtschaftlich autark machen und ihm außer dem Erzbecken von Longwy-Briey die Herrschaft über Belgien, über die von Rußland abzutrennenden Randgebiete, die Vorherrschaft in Mitteleuropa, die Ausdehnung seines Einflusbereiches über die Türkei bis an die Grenzen Indiens und darüber hinaus ein großes Kolonialreich in Afrika bescheren sollte. Jeder andere Friede wurde als »vernichtender Schlag für unsere Zukunftsentwicklung« bezeichnet mit dem Zusatz, er würde »vor allem die Aussichten unserer Arbeiterschaft vernichten«<sup>9</sup>.

Mit ihrer vorgeblichen innenpolitischen Abstinenz und Überparteilichkeit betrieb die Vaterlandspartei freilich nur »rein innenpolitische Demagogie«, wie ein kritischer Beobachter vom Range Max Webers anmerkte<sup>10</sup>. Schon die Vorgespräche zwischen Schwerindustriellen und Konservativen drehten sich um innenpolitische Ziele, nämlich um die »Aufrechterhaltung unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die Erhaltung einer starken, nicht durch eine parlamentarische Herrschaft verwässerten Monarchie« und um den Wunsch, den »legalen Einfluß des Besitzes auf die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege in politischer und wirtschaftlicher Beziehung« sicherzustellen<sup>11</sup>. Folgerichtig wollte die Vaterlandspartei »alle diejenigen« zu einem »festen Block« zusammenschließen, »welche an der Wahrung des gesamten legitimen Erwerbes und Besitzes bei Groß und Klein Interesse haben«<sup>12</sup>. Im übrigen verriet sie ihre innenpolitischen Absichten mit dem öffentlich erhobenen Verlangen, alle Reformen bis nach Kriegsende zu vertagen, und mit ihrer Aufforderung an die Regierung, mit der Reichstagsmehrheit zu brechen und eine »starke, zielbewußte Politik einzuleiten«<sup>13</sup>.

Außerdem machten die in der Vaterlandspartei zusammengeschlossenen Interessengruppen auch allein ihre innenpolitischen Vorstellungen deutlich. Nicht nur Großgrundbesitzer bekämpften die preußische Wahlrechts-



reform als »Vorstoß gegen den preußischen Staat und damit gegen das Reichsgebäude selbst«<sup>14</sup>. Vielmehr begegneten sich hier »die Interessen des Bauernstandes mit denen von Handel, Industrie, Gewerbe und Handwerkerstand, kurz aller schaffenden Stände und des bürgerlichen Mittelstandes sowie der Beamtenschaft«<sup>15</sup>. Gerade viele Industrielle erkannten schärfer als die meisten Arbeiterführer die strukturelle Analogie von politischer und wirtschaftlicher Demokratie und waren sich darüber klar, daß demokratische Reformen auf politischem Gebiet über kurz oder lang Druck in Richtung einer Demokratisierung auch der Betriebsverfassung oder gar der Wirtschaftsordnung auslösen würden.

Deshalb verkündeten sie nicht nur immer wieder die vermeintliche Notwendigkeit unbeschränkter Unternehmerfreiheit<sup>16</sup>, sondern beteiligten sich auch lautstark an der Propaganda gegen die Wahlrechtsreform. In vielen ihrer Publikationen konnte man lesen, Demokratie – gelegentlich als Herrschaft der »niedereren, besitzlosen Klassen . . . über den ganzen Staat«<sup>17</sup> oder »Tyrannei der Mehrheit und Unterdrückung der Minderheit« verdeutsch<sup>18</sup> – sei »gleichbedeutend mit der Vernichtung der Grundlagen, auf denen Preußen und Deutschland groß geworden« seien<sup>19</sup>, mit »ungeheurer Korruption«<sup>20</sup> und könne gar auf einen »Sieg des Großkapitals« hinauslaufen, weil sie nämlich diesem ermöglichen würde, die Arbeiterführer zu korrumpieren oder durch ihm genehme Agenten zu ersetzen<sup>21</sup>. Gleichermaßen kämpften die Wirtschaftsfriedlichen gegen die »Rottenführerstimme«<sup>22</sup>. Auch die katholischen Bischöfe sprachen sich dagegen aus, den Volkswillen »als letzte Quelle des Rechts und der Macht« anzuerkennen, würde doch »eine Volksherrschaft . . . nur zu neuen Formen von Ungleichheit und Unfreiheit, von Vergewaltigung und Tyrannei führen«<sup>23</sup>. Statt der Einführung des demokratischen Wahlrechts in Preußen empfahlen die der Vaterlandspartei nahestehenden Kreise deshalb im Gegenteil mehrfach die Abschaffung des demokratischen Wahlrechts im Reich zugunsten eines berufsständischen Wahlsystems. Es hätte politische Rechte an den ökonomischen Status gebunden und insbesondere wirtschaftspolitische Entscheidungen den wirtschaftlichen Interessengruppen überlassen, also die verfassungsrechtliche Zementierung der Voraussetzungen sozialer Ungleichheit bedeutet<sup>24</sup>.

Nur eine kleine Gruppe von Wirtschaftsführern vornehmlich aus der Fertigungindustrie und aus Bankkreisen – unter ihnen Rathenau, Stresemann und der Hansabund-Vorsitzende Rießler, ferner der nationalliberale Fraktionsvorsitzende Bassermann und der FVP-Fraktionsführer Schiffer<sup>25</sup> – warnte die Industriellen, sich in der Wahlrechtsfrage »einer völligen Illusionspolitik« hinzugeben<sup>26</sup>, und begrüßte die Ankündigung des gleichen Wahlrechts vom Juli 1917 – freilich weniger im Interesse der Gleichberech-

tigung der Arbeiter als deshalb, weil sie sich selbst durch die »einseitige Herrschaft einer kleinen junkerlich-agrarischen Kaste in Preußen« und die mit ihr verbündete Schwerindustrie benachteiligt fühlten<sup>27</sup>. Doch ihr Gewicht blieb gegenüber der geballten Macht von Schwerindustrie und Landwirtschaft gering.

Mit der gleichen Vehemenz denunzierten die in der Vaterlandspartei zusammengeschlossenen Interessengruppen den Parlamentarismus als »die elendste aller Verfassungen«<sup>28</sup> und warnten vor seinen »verheerenden Wirkungen«<sup>29</sup>. Als anlässlich der Ablösung Michaelis' die Reichstagsmehrheit zum erstenmal einen maßgeblichen Einfluß auf das Regierungsprogramm des neuen Kanzlers durchsetzte, zeterte die DV über die »verfassungswidrige Art«, mit der eine »Clique von Parteiführern, eine neue Art Cammerilla ... in geheimen Besprechungen« den Kanzlerwechsel beeinflusst habe<sup>30</sup>, und forderte zur Wiederherstellung von »Ruhe und Ordnung im Reiche ... rücksichtslosestes Vorgehen gegen diese Elemente«<sup>31</sup>. Beukenberg brachte das Herrschaftsprinzip, das nach Auffassung dieser Gruppen im Staat wie in den Betrieben zu gelten hatte, auf den gemeinsamen Nenner, gegenüber der »international-sozialistisch-demokratischen Welle« gelte es den Grundsatz durchzusetzen, »nicht von unten nach oben«, sondern »von oben nach unten zu regieren«<sup>32</sup>. Nichts anderes meinte Roetger, als er im Frühjahr 1918 unter Berufung auf die Erfahrungen des Krieges behauptete, daß lediglich »Führereigenschaften die Welt regieren und zum Erfolge führen«<sup>33</sup>. Das gleiche Herrschaftsprinzip propagierte die Oberste Heeresleitung, als sie 1917 die Aufklärungsoffiziere anwies, im »vaterländischen Unterricht« die »Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten (militärisch, Regierung, Verwaltung, Industrie und Handel)« zu betonen und daraus die »Notwendigkeit der Autorität einerseits, der Unterordnung andererseits« herzuleiten<sup>34</sup>.

Wie entschlossen die Vaterlandspartei und die ihr nahestehenden Kreise waren, ihre politischen Ziele durchzusetzen, zeigt die Tatsache, daß sie seit 1916 versteckt und gelegentlich sogar offen mit dem Gedanken eines Staatsstreichs liebäugelten. Für die Schwerindustrie forderten Kirdorf und Röchling, für die Großgrundbesitzer Wangenheim, für den Alldeutschen Verband Claß, für die Militärs Oberst Bauer und der politische Berater Ludendorffs, v. Thaer, aber auch Groener, aus der engsten Umgebung des Kaisers der Kabinettschef v. Berg, um nur die wichtigsten Gruppen in einigen Exponenten zu erwähnen, 1917/18 wiederholt die Auflösung des Reichstages und die Übernahme der Regierung durch die Generäle<sup>35</sup>.

## *Reichstagsmehrheit und Volksbund für Freiheit und Vaterland*

Unter dem Eindruck der Agitation der organisierten Rechten, die insbesondere unter der Arbeiterschaft große Entrüstung und neue Erbitterung auslöste und zur weiteren Verschärfung der inneren Gegensätze beitrug<sup>36</sup>, rückten auch die Befürworter eines Reformkurses enger zusammen. Als Pendant zur Vaterlandspartei entstand Anfang 1917 der »Volksbund für Freiheit und Vaterland«. Seinen Kern bildeten die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie die katholischen Arbeitervereine mit Ausnahme der Berliner Richtung. Hinzu kamen einige Angestelltenorganisationen, einige größere Beamtenverbände<sup>37</sup>, die führenden bürgerlichen Sozialpolitiker Francke, Brentano und Berlepsch sowie zahlreiche Intellektuelle aus dem liberalen Lager, unter ihnen Troeltsch, Meinecke, Oncken, Thimme, Herkner und Hans Delbrück, ferner der Publizist Adolf Grabowsky von den Freikonservativen, die liberalen Parlamentarier Friedrich Naumann und Franz v. Liszt sowie der Nationalliberale Ickler, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, sowie der Bauernführer Dr. Böhme, der schon 1915 mit den Gewerkschaften eine Kampagne für die Wahlrechtsreform hatte starten wollen<sup>38</sup>. An den Vorbereitungen nahmen außerdem die Konsumvereine, der Hansabund und sogar der Reichsdeutsche Mittelstandsverband teil. Auch einige Industrielle und Bankiers unterstützten den Volksbund, in erster Linie Robert Bosch, mit dessen Zuwendungen die Arbeit des Bundes stand und fiel, ferner Hjalmar Schacht, der Direktor der Nationalbank für Deutschland, der Dresdner Industrielle Max Wiedner sowie der Bankier Georg Arnhold; aber sie hielten sich mehr im Hintergrund<sup>39</sup>.

Doch die Erfahrung, daß Gruppen, deren Privilegien bedroht sind, durch deren Verteidigung fester zusammengeschweißt werden als ihre Gegner, die mehr die gemeinsame Gegnerschaft gegen die alten Machthaber als gleiche Vorstellungen über eine Neugestaltung der Verhältnisse eint, bestätigte sich auch am Beispiel von Vaterlandspartei und Volksbund. Die politischen und wirtschaftlichen Interessen und ideologischen Positionen der Mitglieder des Volksbundes waren zu unterschiedlich, als daß sie sich dauerhaft und wirkungsvoll hätten zusammenfassen lassen. Manche Verbände sprangen schon vor der offiziellen Gründung ab, der Vorsitzende des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes erschien nur zur Vorbesprechung am 25. Oktober 1917, der Hansabund und die Konsumvereine zogen sich bald zurück, die evangelischen Arbeitervereine wanderten größtenteils zur Vaterlandspartei ab<sup>40</sup>. Die Beteiligung der Angestellten blieb auffällig ge-

ring. Ihr Selbstverständnis trennte sie zum überwiegenden Teil noch immer so scharf von den Arbeitern, daß viele von einem Zusammengehen mit den Arbeiterverbänden nichts wissen wollten<sup>41</sup>.

Zwar umfaßte der Volksbund noch immer rund 4 Millionen Mitglieder, also etwa das Vierfache der Vaterlandspartei<sup>42</sup>, und schien damit einen »so imposanten Grundstock« zu besitzen wie keine andere Organisation, nämlich »die Massen des deutschen Volkes«<sup>43</sup>. Aber diese Zahl drückte keine politische Kraft aus; der Volksbund blieb innerlich uneinig und daher politisch schwach. Nicht zu Unrecht höhnte einer seiner Gegner, die angeschlossenen Organisationen hätten ihre Mitglieder »nur zum Teil hinter sich«<sup>44</sup>. Tatsächlich lehnten sechs freie Gewerkschaften – die der Glasarbeiter, Handlungsgehilfen, Schuhmacher, Textilarbeiter und Bildhauer sowie der DMV, dessen Vorstand vom Auftreten der Opposition auf dem Verbandstag 1917 offenbar nicht unbeeindruckt geblieben war – den Beitritt ab; sie wollten nicht – wie der 2. DMV-Vorsitzende begründete – »eine Aufgabe hochpolitischer Natur« übernehmen, »die Sache der politischen Partei« sei. Einwänden der Generalkommission gegenüber zeigten sie sich verschlossen, eine Majorisierung durch die Vorständekonferenz lehnten sie ab<sup>45</sup>. Auch einige Ortskartelle und Zahlstellen der Einzelgewerkschaften, vorzugsweise in den Zentren der Gewerkschaftsopposition, sprachen sich gegen den Beitritt aus oder forderten den Austritt, darunter die mitgliederstarken Kartelle in Berlin, Hamburg und Halle<sup>46</sup>.

In den christlichen Arbeiterorganisationen blieben derartige Auseinandersetzungen aus. Die katholische Arbeiterpresse begrüßte die Gründung des Volksbundes »von ganzem Herzen«<sup>47</sup> als längst überfällige »Notwendigkeit«<sup>48</sup>, und das Zentralblatt forderte die christlichen Gewerkschaftler auf, sich »freudig und aufopfernd« an der Werbetätigkeit für die neue Organisation zu beteiligen<sup>49</sup>. Dieses Engagement verschärfte die Spannungen innerhalb der Zentrumspartei; denn prominente Angehörige des rechten Zentrumsflügels waren »tätige und erfolgreiche« Mitglieder der Vaterlandspartei; auch zahlreiche katholische Geistliche traten öffentlich für sie ein<sup>50</sup>. Zwar sprach sich der Reichsausschuß des Zentrums Mitte Oktober 1917 gegen die Vaterlandspartei aus und riet den Parteimitgliedern vom Beitritt ab<sup>51</sup>; dafür warnte jedoch der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag auch vor dem Volksbund und forderte die Zentrumsblätter auf, von keiner Seite Anzeigen aufzunehmen oder die sich bekämpfenden Organisationen auf andere Weise zu unterstützen<sup>52</sup>. Der Einsatz der christlichen Arbeiterorganisationen für den Volksbund wurde hierdurch gedämpft.

Vereinzelt traten auch zwischen konkurrierenden Richtungsgewerkschaften Gegensätze zutage. Der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes etwa kritisierte die Mitgliedschaft des Verbandes

der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, weil dessen Vorsitzender Ickler auch im Beirat der Auskunftsstelle vereinigter Verbände saß, die eng mit der Vaterlandspartei zusammenarbeitete<sup>53</sup>.

So unterschiedlich wie die soziale Zusammensetzung des Volksbundes waren auch die politischen Interessen, die seine Mitgliedergruppen mit ihrer Beteiligung verfolgten. Den freien Gewerkschaften ging es in erster Linie darum, sich Bundesgenossen »für einen Verständigungsfrieden und für eine innere Neuorientierung« zu sichern<sup>54</sup>. Stegerwald betrieb die Gründung des Volksbundes vor allem deshalb, um »unter allen Umständen . . . die sozialdemokratischen Gewerkschaften bei der Stange [zu] halten, damit die Munitionserzeugung auf der Höhe der Leistungsfähigkeit bleibt«<sup>55</sup>. Die bürgerlichen Mitglieder verfolgten hauptsächlich das Ziel, die Sozialdemokratie in die bestehende Gesellschaftsordnung einzubinden, um die heraufziehende Revolution abzuwenden. »Wir alten Mittelparteiler . . . sind weder Demokraten noch Pazifisten geworden«, klärte Friedrich Meinecke die Kritiker auf, die seine Beteiligung und diejenige seiner Gesinnungsfreunde am Volksbund für einen Verrat an alten antisozialistischen und antidemokratischen Grundüberzeugungen hielten. »Wir machen demokratische Konzessionen . . ., weil wir auf andere Weise die Massen für Gedeih und Verderb des historisch gewachsenen Staates nicht dauernd interessieren können und weil wir zugleich diesem Staate soviel Lebens- und Anziehungskraft zutrauen, daß er auch die neu in ihn eintretenden Massen mit seinem Geiste erfüllen und sich dadurch vor den Gefahren der Massenherrschaft bewahren kann.«<sup>56</sup> Durchaus zutreffend bezeichnete Meinecke sich und seine bürgerlichen Gesinnungsgenossen als »konservative Reforme«<sup>57</sup>.

Aufgrund der sozialen Heterogenität, der unterschiedlichen politischen Motivation und der verschiedenen ideologischen Ausrichtung seiner Mitglieder enthielt das Programm des Volksbundes auf weite Strecken lediglich vage formulierte Kompromisse. In außenpolitischer Hinsicht forderte es außer der »äußersten Zusammenfassung unserer Kräfte« bis zum Sieg einen dauernden Frieden, die Sicherung von Rohstoffbezug und Handelsabsatz sowie von »Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker« auf dem Boden von Sittlichkeit und Recht. Diese Formeln waren ebenso dehnbar wie die der Friedensresolution, zu der sich denn auch alle Mitgliedsorganisationen bekannten, und konnten auch Expansionsziele umschreiben, wie die Vaterlandspartei sie propagierte<sup>58</sup>. Ihre reale Bedeutung war durchaus strittig. »Für den Verständigungsfrieden eintreten, heißt, die annexionistischen Treiber scharf bekämpfen, Stellung zu nehmen gegen die Alldeutschen«, erläuterte Gustav Bauer. Auch herrschte Einverständnis darüber, »daß nicht annektiert werden soll, . . . auch darüber, daß Handel und Indu-

strie zu stärken« seien. »Wie aber der Verständigungsfrieden sonst aussehen soll«, darüber gingen die Meinungen auseinander<sup>59</sup>. Selbst zwischen freien und christlichen Gewerkschaften war ein »ersprießliches Zusammenarbeiten« in dieser Beziehung »schwierig«<sup>60</sup>. Bauer konnte lediglich mitteilen, der Volksbund wolle sich »in Streitfragen darüber nicht einlassen«, sondern sich dahin verständigen, »daß bei öffentlichen Reden die mittlere Linie eingehalten wird und Äußerungen, die annexionistisch gedeutet werden können, nicht vorkommen«<sup>61</sup>.

Innenpolitisch betonte der Volksbund die Notwendigkeit »eines freiheitlichen Ausbaues unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volkskreise«. Grundsätzlich sollte hierzu auch das »allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen« zählen<sup>62</sup>. Trotzdem sprach sich der Volksbund in seinem Gründungsaufwurf nicht ausdrücklich hierfür aus; denn in der christlichen Arbeiterbewegung gab es vereinzelte Stimmen für ein Pluralwahlrecht und so starke Sympathien für den Ständegedanken, daß der Deutsche Arbeiterkongreß im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften nicht die Abschaffung, sondern die Umwandlung des preußischen Herrenhauses in eine Ständekammer forderte. Erst recht als uneinig erwiesen sich freie und christliche Gewerkschaften in der Frage der Parlamentarisierung und der Stellung der Monarchie<sup>63</sup>. Bezeichnenderweise begründete der Volksbund seine innenpolitischen Forderungen auch nicht mit demokratischen Prinzipien, sondern gab sie als Voraussetzung für die Sicherung und den Ausbau der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Position Deutschlands aus<sup>64</sup>. Meinecke erläuterte dieses Motiv in Namen der bürgerlichen »Mittelparteiler«: »Die Wahlreform ist . . . in der heutigen Lage für uns . . . nichts anderes als ein unentbehrliches und großes Mittel der Macht, um Staat und Vaterland in den Stürmen des Weltkrieges und den auf ihn wahrscheinlich folgenden Zeiten latenter Bedrohung und Gefährdung so stark und verteidigungsfähig wie möglich zu erhalten. Auch wir treiben Machtpolitik, nur nach anderen und besseren Rezepten als die Vaterlandspartei.«<sup>65</sup>

Aufgrund dieser Gegensätze kam die Aktivität des Volksbundes über Vorträge und Versammlungen, literarische Werbearbeit und Veröffentlichungen sowie gelegentliche Kundgebungen nicht hinaus. Trotz seines guten Einvernehmens mit der Regierung erwies seine Gründung sich nach wenigen Monaten als politischer Mißerfolg. »Mit dem Volksbund steht es übel«, klagte Herkner im Frühjahr 1918<sup>66</sup>. »Das, was man vom Volksbund erwarten mußte«, resümierte Ickler zwei Monate später, »ist er nicht geworden und wird er niemals werden.« Denn »während die Vaterlandspartei durch einheitliche alldeutsche Gesinnung fest zusammengehalten wird, fehlt hier ein einigendes Band von derartiger Stärke. Insbesondere die

freien Gewerkschaften haben bei ihren Mitgliedern wegen ihrer Zugehörigkeit zum Volksbund oft mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Sie müssen darauf Rücksicht nehmen und verlangen diese Rücksichtnahme auch vom Volksbund bei allen seinen Beschlüssen und allen seinen Taten. Die christlichen möchten beim Zentrum nicht anstoßen und verlangen Rücksichtnahme darauf. Vor lauter Rücksichtnahme kommt aber der Volksbund nicht zu einem kräftigen Dasein und zu wirklichen Erfolgen.«<sup>67</sup>

Ähnliches gilt für die Reichstagsmehrheit. Daß sie im Juli 1917 die Friedensresolution verabschiedete, faßte zwar mancher Konservative als Alarmsignal dafür auf, daß das Parlament »trunken in seinem Machthunger« geworden sei und »alles an sich zu reißen« versuche<sup>68</sup>. Auf der anderen Seite frohlockten Parteigänger der Reichstagsmehrheit im Frühjahr 1918, diese stehe »durch Übung und Gewöhnung aneinander und durch den Druck der auf ihr lastenden Aufgaben . . . stärker und fester als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt da«<sup>69</sup>. In Wirklichkeit aber war sie ebenfalls innerlich schwach, und zwar sowohl aufgrund von Gegensätzen zwischen als auch innerhalb der einzelnen Parteien, die sie trugen.

Vom Zentrum gehörte ihr nur der um die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine gescharte linke Flügel an, während der agrarisch-industrielle rechte Parteiflügel enge Beziehungen zur Vaterlandspartei pflegte. Was das Verhältnis des linken Zentrumsflügels zur SPD betraf, so werteten seine Führer einerseits die »Annäherung der Mehrheit der Sozialdemokratie an den Staat« als »eine der wichtigsten staatspositiven Eigenschaften dieses Krieges«<sup>70</sup>. Stegerwald versuchte der Rechten ihre Furcht vor vermeintlichen Umsturzplänen der Sozialdemokratie mit dem Hinweis auszureden, daß die »praktische Mitarbeit« die SPD schon »aus Selbsterhaltungsgründen« nötigen werde, sich von einer »politischen Sekte« zu einer staatstragenden Partei zu wandeln; denn auch sie könne »auf die Dauer . . . nicht in selbstgeschaffenen Organisationen gemäßigte und im Staate hyperradikale Politik machen«<sup>71</sup>. Andererseits setzten sich die christlichen Gewerkschaften aber für innenpolitische Reformen und eine parlamentarische Mehrheitsbildung nicht zuletzt in der Hoffnung ein, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben und ihre Anziehungskraft zu schwächen<sup>72</sup>.

Im übrigen vertrat der linke Zentrumsflügel in wichtigen grundsätzlichen und aktuellen Fragen andere Standpunkte als die SPD. Stegerwald faßte die Unterschiede im Herbst 1917 folgendermaßen zusammen: »1. Wir stehen anders zu den Kriegszielen wie die gesamte Sozialdemokratie. 2. Wir stehen anders zur Monarchie wie der rechte Flügel der Sozialdemokratie. 3. Wir verwerfen das von der Sozialdemokratie erstrebte parlamentarische Regime. 4. Wir sind ebenfalls für Zwang im Wirtschaftsleben; über

die Grenzen des Zwanges dagegen geht unsere Meinung und jene der Sozialdemokratie weit auseinander. 5. Wir sehen im Gegensatz zur Sozialdemokratie nicht in dem einzelnen Individuum, sondern in der Familie die Urquelle des Staates. 6. Wir beurteilen die ideellen und sittlichen Güter im Volksleben anders als die Sozialdemokratie.«<sup>73</sup>

Die Sozialdemokraten waren ebenfalls nur teilweise der Reichstagsmehrheit zuzurechnen, nämlich nur mit ihrem mehrheitssozialistischen Teil. Die USPD und insbesondere die Spartakusgruppe vertraten in vielen Fragen Positionen, die außerhalb des Konsensrahmens der Reichstagsmehrheit lagen. Im übrigen zwang die Abspaltung der USPD die SPD, entgegen der Kooperations- und Integrationsneigung ihrer Führung, sich wieder weiter nach links zu orientieren, um nicht noch mehr Rückhalt in der Arbeiterschaft zu verlieren. Ihr Spielraum für Konzessionen nach rechts wurde hierdurch enger. Nicht zuletzt deshalb fehlte ihr der Wille, die Führung der Reichstagsmehrheit zu übernehmen und sie auf einen einheitlichen innenpolitischen Kurs einzuschwören. Von gewerkschaftlicher Seite wurde dies zwar mitunter kritisiert<sup>74</sup>, aber ernsthafte Bemühungen, die Parteiführung in eine solche Rolle zu drängen, unternahm auch die Gewerkschaftsführer nicht.

Die FVP und der linke Flügel der Nationalliberalen schließlich repräsentierten überwiegend bürgerliche Gruppen, die kein Interesse an der politischen und sozialen Emanzipation der Arbeiterschaft hatten. Vielmehr stimmten sie mit den übrigen bürgerlichen Parteien grundsätzlich in dem Ziel überein, eine bürgerlich-kapitalistische Ordnung zu erhalten. Im Gegensatz zu den in der Vaterlandspartei versammelten Kreisen waren sie nur der Meinung, daß dieses Ziel nicht länger mit der Unterdrückung der Sozialdemokratie und der Ablehnung aller Reformforderungen, sondern nur noch durch die Eingliederung der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft und die Beteiligung der SPD an der Macht erreicht werden konnte. Zugleich versprachen sie sich hiervon eine Entradikalisierung, Entpolitisierung und Nationalisierung der Sozialdemokratie. Wenn sich durch diese Politik die Spaltung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vertiefte und verfestigte, konnte ihnen dies nur recht sein.

Aus diesen Gründen war das Fundament gemeinsamer Zielvorstellungen der Mehrheitsparteien zu schmal und zu dünn, um ihnen eine kraftvolle und überzeugende Politik dauerhaft zu ermöglichen<sup>75</sup>. Nach den Erinnerungen Scheidemanns drohte diese Mehrheit »alle paar Wochen, später alle paar Tage aufzufliegen«, und »statt mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und zu beschließen, daß jetzt so und so zu verfahren sei«, brachten ihre Führer nur »klägliches Kompromisseln« zustande, das keinen Beteiligten befriedigte. Sie »wurstelte« nach dem Motto »Zeit gewonnen, viel gewon-



nen« und war im Grunde froh, keine unmittelbare politische Verantwortung tragen zu müssen<sup>76</sup>. Sie demonstrierte dies eindringlich, als sie es auf dem Höhepunkt des Krieges, als der fähigste Politiker als Kanzler gerade gut genug gewesen wäre, nicht nur widerspruchslos hinnahm, daß ihr der Nachfolger Bethmann Hollwegs vorgesetzt wurde, »wie man einen Gouverneur in eine Kolonie sendet«<sup>77</sup>, sondern in Michaelis auch noch einen Mann akzeptierte, der ein guter Verwaltungsfachmann sein mochte, im übrigen aber allenfalls als »evangelischer Mucker« bekannt war<sup>78</sup>. Dem Führer der Unabhängigen, Hugo Haase, kam er als das »Non-plus-ultra der Impotenz« vor<sup>79</sup>, und sogar auf bürgerliche Politiker machte er einen dermaßen unbedeutenden Eindruck, daß der bayerische Kultusminister nach Michaelis' Antrittsvisite in München die sarkastische Äußerung fallen ließ: »Den merk' ich mir gar nicht.«<sup>80</sup>

Als Michaelis nach wenigen Monaten gehen mußte, schlug die Reichstagsmehrheit dem Kaiser wiederum keinen Kandidaten aus der eigenen Mitte vor, sondern ließ sich die Ernennung des bayerischen Ministerpräsidenten Hertling gefallen<sup>81</sup>. Hertling zeigte sich allein physisch den Aufgaben seines Amtes kaum noch gewachsen; jeden Abend um 20. 30 Uhr zog er sich in seine Privatgemächer zurück<sup>82</sup>. Kurt Eisner, der ihn lange Jahre in München beobachtet hatte, charakterisierte ihn als »äußerst mittelmäßig«<sup>83</sup>. Politisch war er konservativ und antidemokratisch eingestellt und – was die Reichstagsmehrheit unmittelbar betraf – ein »absoluter Gegner« der Parlamentarisierung<sup>84</sup>. Zwar brachten die Mehrheitsparteien bei seiner Ernennung einige Parteiführer an die Spitze von Reichsämtern und setzten gewisse Reformzusagen durch, aber sie verzichteten darauf, sich eine Garantie für deren Durchführung geben zu lassen. Im Grunde waren sie froh, hiermit die Probleme zunächst einmal wieder von sich geschoben zu haben.

### *Staatsapparat und Militär im innenpolitischen Spannungsfeld*

Der Riß, der die deutsche Gesellschaft teilte, zog sich auch quer durch den staatlichen und militärischen Machtapparat. Bethmann Hollweg machte sich nach drei Kriegsjahren keine Illusionen mehr darüber, daß mit der Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der politischen Polarisierung in ihrem Gefolge die »Politik der Diagonale« unmöglich wurde. Welche Brisanz darin steckte, welches Potential sozialer Unzufriedenheit die wachsenden Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten und die unabsehbare Kriegsdauer mit sich brachten und wie leicht sich beides in politische Aktionen umsetzen konnte, die eine »monarchische und dyna-

stische Gefahr«<sup>85</sup> bedeuteten, zeigten ihm die steigende Zahl und Ausdehnung von Streiks und ihr zunehmend politischer Einschlag. Ein abschreckendes Beispiel dafür, wo eine solche Entwicklung enden konnte, erblickte er in den revolutionären Vorgängen in Rußland. Machtmittel, um das »starke Anwachsen des demokratischen Gedankens« zu verhindern, gab es seiner Überzeugung nach nicht. Da in den zentralen innenpolitischen Fragen ein Konsens zwischen beiden Lagern unerreichbar war, blieb nach seiner Einschätzung der Reichsregierung kein anderer Weg als die Verständigung mit der Reichstagsmehrheit und den hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Kräften, wenn sie nicht die Arbeiterschaft vor den Kopf stoßen und damit die weitere Kriegführung und am Ende gar die ganze bestehende politische Ordnung aufs Spiel setzen wollte. Deshalb riet er im Frühjahr 1917 dem Kaiser, in einer Situation, »die noch relativ als frei bezeichnet werden« könne, »aus eigenem Antrieb die Führung [zu] übernehmen und freiwillig das [zu] geben«, was ihm »sonst in schweren Kämpfen abgerungen werden würde«, nämlich in der Wahlrechtsfrage »reinen Tisch zu machen«.

Im Frühjahr 1917 ließ er zwar seine Wahlrechtsvorlage von den Reformgegnern im preußischen Kabinett verwässern und glaubte auch die Parlamentarisierungsfrage bis Kriegsende hinausschieben zu können<sup>86</sup>. Die Herausbildung der Reichstagsmehrheit jedoch überzeugte ihn endgültig von der Aussichtslosigkeit, sich noch länger »einer Entwicklung, die dem großen Völkerringen mit Naturnotwendigkeit folgen müsse, entgegenzustemmen«<sup>87</sup>. Er hielt keine Regierung mehr für »stark genug, mit dem Reichstag weiter zu arbeiten ohne die Verkündigung des gleichen Wahlrechts«; denn »Konflikte von unabsehbarer Konsequenz würden in jedem Falle die Folge sein«. Insbesondere ging es ihm darum, einen Konflikt zwischen Krone und Arbeiterschaft zu vermeiden und die Führung ihrer Organisationen als Stützen für die Monarchie zu gewinnen. »Bisher sei es geglückt«, erklärte er Anfang Juli 1917 im preußischen Staatsministerium, »die Sozialdemokraten an der Stange zu halten, und namentlich die sozialdemokratischen Gewerkschaften hätten . . . wertvolle Dienste geleistet. Je länger der Krieg dauere, je größer die Not werde, um so mehr wachse aber die Macht des radikalen Flügels. Die Gewerkschaften klagten, daß sie ihre Leute nicht mehr in der Hand behielten, die von den Radikalen mit dem Hinweis darauf aufgetzt würden, daß die kaiserlichen Sozialdemokraten ja nichts für sie erreichten. Es sei unbedingt nötig, den rechten Flügel der Sozialdemokratie wieder zu stärken.«

Einen diametral entgegengesetzten Standpunkt in der Beurteilung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse, in der Einschätzung der staatlichen Machtmittel und der militärischen Lage sowie der politischen Notwendigkeiten vertrat die OHL. Nur darin stimmte sie mit Beth-

mann Hollweg überein, daß die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für die künftige Entwicklung entscheidend sei. Im Gegensatz zu Bethmann schrieb Oberst Bauer im Februar 1918: »Noch heute ist das Volk in seiner ganz überwiegenden Mehrheit national und monarchisch gesinnt.«<sup>88</sup> Die Führer der Sozialdemokratie hätten im August 1914 »völlig vereinsamt und ohne jede Macht« dagestanden und gar keine andere Wahl gehabt als »einzulenken«. Nur weil die Regierung »diese Lage der größten Schwäche ihrer gegebenen Feinde nicht ausgenutzt«, sondern ihnen die Hand gereicht habe, hätten sich die sozialdemokratischen Führer »allmählich wieder der von der Regierung führerlos gelassenen Massen« bemächtigen und »wieder an Macht« gewinnen können. Auch die Macht der Gewerkschaften wurde nach Bauers Überzeugung »weit überschätzt«; schon »die Angehörigen der wirtschaftsfriedlichen Verbände und die unorganisierten Arbeiter, die zum größten Teil auf nationaler Grundlage stehen«, seien »insgesamt an Zahl den freien Gewerkschaften weit überlegen«. Ebenso wenig bildete der Reichstag in seinen Augen einen ernstzunehmenden Machtfaktor; »das deutsche Volk in seiner Gesamtheit« stehe ihm »fremd und verständnislos gegenüber« und riefe nach seiner Auflösung<sup>89</sup>.

Eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie schied für Bauer schon deshalb aus, weil die SPD »selbstverständlich ihren radikalen innen- und außenpolitischen Phantomen treu« geblieben sei und insbesondere »stets und für alle Zeiten« an der Bekämpfung der Monarchie festhalten würde. Außerdem hielt Bauer eine solche Zusammenarbeit für unnötig; er sah nicht, »welche Machtmittel die Sozialdemokratie gegen eine starke Regierung ins Feld führen« könne. Die Kreditverweigerung »würde ihre Stellung im Volk ungeheuer erschüttern« und nicht einmal die Kriegsfinanzierung blockieren, weil auch ohne ihre Stimmen noch immer eine Mehrheit sicher wäre. Streiks, selbst wenn sie größeren Umfang annehmen sollten als die im Januar 1918, würden »im Sande verlaufen«, wenn die Regierung nur fest bliebe. Die militärische Lage gab nach Ansicht der OHL ebenfalls zu innenpolitischer Nachgiebigkeit keinerlei Anlaß. Ludendorff hielt sie Ende Januar 1918 für »so günstig, wie sie während der 3 ½ Kriegsjahre überhaupt noch nicht gewesen« sei, so daß er die Hoffnung ausdrückte, die Mittelmächte würden nach ihrem Sieg über Rußland »den Krieg auch im Westen positiv beenden«<sup>90</sup>.

Die OHL kam daher zu dem Schluß, »daß die Regierung die Macht hat und die Kraft finden muß, sich politisch von dem staatszersetzenden Gedanken der Demokratie frei zu machen«, und, »ohne . . . eine starke innerpolitische Erschütterung durchzumachen, auch jetzt noch die Sozialdemokratie isolieren oder zu einer reinlichen Trennung in einen nationalen und einen internationalen Teil bringen« könne. Reformen waren folglich nach

Meinung der führenden Militärs völlig überflüssig. Die Sozialdemokratie, schrieb Bauer, würde durch Konzessionen nur animiert werden, »immer höhere Forderungen« zu stellen, »bis zur allgemeinen Demokratisierung«<sup>91</sup>. Von der aber hielt er gar nichts. »Das Volk ist nie mündig«, notierte er im Frühjahr 1917<sup>92</sup>. »Freiheit«, schrieb er ein Jahr später, bedeute »für die Masse . . . stets nur Zügellosigkeit ihrer niederen Begierden, Gleichheit die Beseitigung aller noch so begründeter Vorrechte der anderen«<sup>93</sup>. Im übrigen war er überzeugt, »dem überwiegenden Teil« der Bevölkerung seien innenpolitische Fragen »ganz gleich«. Die Wahlrechtsfrage schien ihm »viel weniger brennend wie die der Ernährung, der Beschaffung der täglichen Lebensbedürfnisse, der erklärliche Wunsch nach Frieden und nach Ruhe und Ordnung«.

Die OHL befürwortete daher eine Vertagung der Wahlrechtsreform bis nach Kriegsende. Bauer befürchtete hiervon »keine große Beunruhigung im Volk«, selbst nicht bei einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts im preußischen Landtag. »Ein paar Zeitungen werden schreien, es rührt kein Mensch den Finger.« Daß »das Ansehen der Krone geschmälert« würde, hielt er »für ausgeschlossen«; wahrscheinlich, so schrieb er optimistisch, trete »in weiten Kreisen das Gegenteil ein, wenn man den Willen und das Bekenntnis zur Macht sieht«<sup>94</sup>. Statt innenpolitischer Reformen propagierte Bauer »eine gesunde Bodenreform, Siedlungsgelegenheit, Fürsorge für Kriegsverletzte und invalide Arbeiter, Konsolidierung der Familien und Bevölkerungspolitik sowie Schaffung eines wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgebern und -nehmern«. Die Voraussetzungen hierfür erblickte er in einem »guten Frieden mit Landerwerb und Kriegschädigung«<sup>95</sup>.

Es erübrigt sich, die Ideologie vom autoritären Wohlfahrtsstaat, die diesen Äußerungen zugrunde liegt, noch einmal zu erläutern und die Abwegigkeit und Haltlosigkeit dieser Fehltritte im einzelnen nachzuweisen. Sie entspringen demselben »Streben nach Unmöglichem«<sup>96</sup>, aus dem 1916 das Hindenburgprogramm geboren wurde, aus dem sich manche übermütigen Äußerungen in der OHL auf dem Höhepunkt der Westoffensive 1918 erklären<sup>97</sup> und das schließlich im Zusammenbruch endete. Nicht weil sie infolge ihrer Entfernung von der Heimat über die dortigen Verhältnisse ungenügend unterrichtet gewesen wäre, gelangte die OHL zu ihren Fehltritten, sondern weil sie sich wie die reformfeindlichen Interessengruppen, die ihr nahe standen, auf das Wunschbild der Erhaltung der überkommenen Machtverhältnisse fixierte und die Augen vor der Verschiebung der sozialen und politischen wie der militärischen Kräfteverhältnisse verschloß, die sich in der Wirklichkeit vollzog.

Ähnlich wie Bauer und Ludendorff dachten das Gros der Offiziere, die Mehrheit im preußischen Staatsministerium und in den übrigen Bundesre-

gierungen sowie der überwiegende Teil der preußischen Verwaltung; ähnlich wie Bethmann dagegen einzelne Mitglieder der Reichsleitung und der preußischen Regierung, vor allem Unterstaatssekretär Radowitz und der preußische Innenminister Drews<sup>98</sup>, unter den Ministerpräsidenten vor allem der württembergische Regierungschef v. Weizsäcker, von den höchsten Offizieren namentlich Groener. Insgesamt aber stellten die Reformbefürworter in den staatlichen und militärischen Entscheidungszentren nur eine Minderheit dar. Trotzdem hätten sie sich im Bunde mit der Reichstagsmehrheit und den großen Arbeiterorganisationen möglicherweise durchsetzen können. Dies hätte konfliktbereite Entschlossenheit bei allen Beteiligten erfordert und einen Kaiser, der ihren Kurs billigte. Doch beide Voraussetzungen waren nicht gegeben. Die Reichstagsmehrheit war innerlich schwach und kaum willens, politische Macht zu übernehmen. Die Arbeiterführer nahmen den Machtschwund des Staates nicht wahr und übten sich in ängstlicher Zurückhaltung. Der Kaiser hatte sich schon seit geraumer Zeit aus dem politischen Entscheidungszentrum zurückgezogen und hielt sich schließlich »ganz im verborgenen«<sup>99</sup>. Spätestens seit der Berufung Hindenburgs und Ludendorffs war auch seine militärische Stellung als Oberster Kriegsherr »reinste Fiktion«<sup>100</sup>.

So wurde der paradoxe Vorgang möglich, daß Bethmann Hollweg, als er sich im Juli endlich zu einem entscheidenden Schritt in der Wahlrechtsfrage aufraffte, zwar die Billigung des Kaisers fand, unmittelbar darauf jedoch von seinen um die OHL gescharten Gegnern im Verein mit der vorübergehend politisch erblindeten Reichstagsmehrheit<sup>101</sup>, bei der er durch sein langes Zaudern die Glaubwürdigkeit verloren hatte, in einer Art »Militärrevolution«<sup>102</sup> gestürzt wurde, ohne daß der Kaiser ihn zu halten suchte. Seitdem lag das Zentrum der politischen Macht vollends bei der OHL. Hindenburg avancierte zum »heimlichen, aber wirklichen Kriegskaiser, Ludendorff zum eigentlichen obersten Regierungschef«<sup>103</sup>. Die Macht der beiden Generale war daran abzulesen, daß die Ernennung der Reichskanzler und das Schicksal der Minister mehr von ihrem Willen als von demjenigen des Kaisers abhing. Auf ihr Drängen hin ernannte Wilhelm II. nach dem Sturz Bethmanns mit Michaelis einen Mann, den er nach eigenem Eingeständnis überhaupt nicht kannte. 1918 mußte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kühlmann, gehen, weil er das Mißfallen der OHL erregt hatte. Der Kaiser selbst wurde von der OHL genötigt, seinen nächsten Ratgeber, den gemäßigten Kabinettschef v. Valentini, durch einen engagierten Reformgegner, Friedrich v. Berg, zu ersetzen, der mit den Militärs »durch dick und dünn« ging<sup>104</sup>.

Dauernden Einfluß auf politische Entscheidungen verschaffte sich die OHL dadurch, daß sie sich auf den Primat der Kriegführung berief. Da alle

wichtigen politischen Probleme wenigstens indirekt auch mit der Kriegführung zusammenhingen, leiteten die Heerführer hieraus das Recht ab, sich in alle Fragen einzumischen, an denen sie selbst oder die ihnen nahestehenden Gruppen Interesse hatten. Im übrigen bedienten sie sich nach Belieben der Exekutivgewalt der stellvertretenden Generalkommandos, die von der Reichsleitung und dem zivilen Verwaltungsapparat unabhängig waren. Der Kaiser ließ sie gewähren, bis er selbst schließlich im Hauptquartier, wo abfällige Bemerkungen über den Reichstag ebenso zum Umgangston gehörten wie die Brüskierung von Repräsentanten der Zivilresorts, die mit der Reichstagsmehrheit wohl oder übel kooperierten<sup>105</sup>, nur noch als »eigentlich überflüssige Persönlichkeit« empfunden wurde<sup>106</sup>. Eine förmliche Militärdiktatur, wie von der Rechten wiederholt empfohlen, war daher unnötig<sup>107</sup>.

Im Schatten des »Prätorianerregiments«<sup>108</sup> entwickelten sich freilich zugleich Vorformen eines parlamentarischen Systems<sup>109</sup>, und indem die OHL keine starken politischen Persönlichkeiten als Nachfolger Bethmann Hollwegs duldete, förderte sie diese Entwicklung sogar. Das Schicksal Bethmanns vor Augen und im Grunde selbst ein Konservativer, versuchte Michaelis zwar, zur »Politik der Diagonale« zurückzukehren. Doch er scheiterte schon nach wenigen Wochen daran, »daß er sich im Reichstag auf Rechts und Links gleichzeitig stützen« wollte, »anstatt ganz ausschließlich mit den Mehrheitsparteien zu arbeiten«<sup>110</sup>. Kurz vor seinem Sturz glaubte er zwar, über die Gewerkschaften eine Brücke zur SPD bauen zu können. Ein Gespräch mit den Gewerkschaftsführern belehrte ihn jedoch, daß das Ende seiner Kanzlerschaft besiegelt war, weil er ihr Vertrauen nicht besaß und es sich nur um den Preis von Konzessionen erkaufen konnte, deren Erfüllung er nicht zusagen mochte<sup>111</sup>. Sein Nachfolger Hertling mußte sich widerwillig von der Reichstagsmehrheit auf ein Programm festlegen lassen, das wenigstens bescheidene Reformen enthielt<sup>112</sup>. Auch er wurde seinen konservativen Neigungen zum Trotz »mit einer schlechthin elementaren, unentrinnbaren Notwendigkeit«, wie Meinecke notierte<sup>113</sup>, auf den Kurs gezwungen, den Bethmann Hollweg verfolgt hatte.

Solange Hoffnung auf einen militärischen Sieg bestand, blieb es bei dieser Verteilung der politischen Macht zwischen der OHL auf der einen und der Reichstagsmehrheit auf der anderen Seite. Das praktische Ergebnis war eine innen- und sozialpolitische Stagnation wie in den ersten beiden Kriegsjahren. Ansätze zu Reformen wurden auch jetzt nur an der politischen Peripherie sichtbar<sup>114</sup>. Zur Wahlrechtsreform versicherte Hertling zwar wiederholt, »daß er damit stehe und falle«<sup>115</sup>. Doch bestand er auch nach den Januarstreiks 1918 darauf, vor einer Auflösung des preußischen Landtages oder einer Regelung durch Reichsgesetz alle Verhandlungsmöglich-

keiten auszuschöpfen<sup>116</sup>. Noch Mitte September 1918 – 14 Tage nach der Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten, angesichts der alarmierenden militärischen Lage müsse man »das Prävenire gegenüber dem Reichstag spielen, um tiefergehenden Erschütterungen vorzubeugen«, und der Mahnung des württembergischen Ministerpräsidenten v. Weizsäcker, es gelte, »einen Gegensatz zwischen der Bevölkerung und den Regierenden absolut« zu vermeiden<sup>117</sup> – äußerte Hertling gegenüber einer Gewerkschaftsdelegation, die ihm die Unhaltbarkeit der inneren Zustände vor Augen führte und ihn endlich zu unverzüglichen Maßnahmen bewegen wollte, seine Verwunderung darüber, »daß seine Worte bezweifelt würden«. Seine Versicherung, er werde den preußischen Landtag »sofort« auflösen, sobald feststehe, daß eine Verständigung ausgeschlossen sei, muß in den Ohren seiner Gesprächspartner wie Hohn geklungen haben, da seit Jahr und Tag ein Zweifel über die Unmöglichkeit einer Verständigung nicht mehr bestehen konnte<sup>118</sup>.

Dies ein Beispiel zeigt zur Genüge, wie Hertlings Regierungskunst sich darin erschöpfte, Auseinandersetzungen mit den Reformgegnern aus dem Wege zu gehen und im politischen Niemandsland zu lavieren<sup>119</sup>. »Hoffend, durch dilatorische Behandlung der Kernfragen sich mit der Obersten Heeresleitung auf einen erträglichen Fuß stellen zu können«, wurde er nach den Worten Conrad Haussmanns »zu einem Mann der Halbheit«<sup>120</sup>. Theodor Wolff urteilte über ihn sogar, er sei »für das deutsche Volk gerade so vorhanden« gewesen wie »ein Mondbewohner . . . oder der Gipsabdruck einer ägyptischen Pharaonenfigur im hintersten Museumssaal«<sup>121</sup>. Er »wurstelte sich durch«, wie sich Scheidemann erinnert<sup>122</sup>. Die Reichstagsmehrheit verlor das Vertrauen zu ihm; denn einen »Plan, den er hat oder haben könnte«, vermochte niemand zu entdecken<sup>123</sup>. Mitte September 1918 sprachen nationalliberale und freisinnige Kreise von ihm nur noch »mit einem achselzuckenden und hoffnungslosen Mitleid«<sup>124</sup>. Selbst ein Funktionär der christlichen Gewerkschaften, der ihm nahestand, rief gequält nach einer Regierung, »die wirklich führt«, und verglich Hertlings Regierungsstil erbittert mit der »Art eines alten Arztes. Wo er Fieber wahrnimmt, gibt er Beruhigungspillen und legt kühlende Kompressen um; sonst tut er nichts.«<sup>125</sup> Mitte Oktober 1918 galt Hertling in allen Parteien als »absolut unhaltbar und unmöglich«<sup>126</sup>.

Das Nebeneinander von Juntaregime und schleichender Parlamentarisierung bewirkte, daß die Revolution nicht ausbrach, aber die Reform blockiert wurde, solange noch Hoffnung auf einen militärischen Sieg bestand. Unterdessen stiegen die sozialen Spannungen weiter. In dem Augenblick, in dem diese Hoffnung zerrann, entfielen auch die Voraussetzungen für eine förmliche Militärdiktatur, wie sie von der Vaterlandspartei Anfang

September 1918 erneut gefordert und wenig später auch in der Umgebung der Kaisers erörtert wurde<sup>127</sup>. Nach dem übereinstimmenden Urteil eines Freikonservativen wie eines USPD-Führers wäre ihre Folge »unfehlbar die Revolution« gewesen<sup>128</sup>. Auch eine Expertise der Reichskanzlei kam zu dem Ergebnis, sie würde »in weiten Kreisen ungeheure Erregung verursachen und möglicherweise zu einer schweren Erschütterung unseres Staatslebens führen«, um so eher, »als die bisher zweifellos auch beruhigend wirkende Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen nunmehr fortfallen und einer wilden Agitation Platz machen würde«<sup>129</sup>. Auf der anderen Seite aber war auch die Autorität der alten politischen Gewalten derartig unterminiert, daß sich ihr Zusammenbruch nicht mehr aufhalten ließ.

### *Der Eintritt der SPD in die Regierung und die innenpolitischen Reformen vom Oktober 1918*

Sobald die OHL ihre Niederlage eingestand und auf die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen drängte, war die faktische Militärdiktatur schlagartig beendet; die Macht ging ohne weiteres auf die Reichstagsmehrheit über. Ludendorff gestand den Erdrutsch selbst ein, den die militärische Niederlage in der politischen Machtverteilung auslöste, indem er jetzt die reformfeindlichen Kräfte in Preußen zur Aufgabe ihres Widerstandes drängte und die »Revolution von oben« einleitete<sup>130</sup>, wenn für ihn selbst hierbei auch die Überlegung ausschlaggebend gewesen sein mochte, daß die Entente sich nicht mit den alten Machthabern auf Verhandlungen über einen glimpflichen Waffenstillstand einlassen würde. Anschließend nahm er seinen Abschied und zeigte damit auch nach außen das Ende seiner Herrschaft. Oberst Bauer, sein engster politischer Ratgeber, trat ebenfalls ab. Nachfolger Ludendorffs wurde General Groener; die Wahl fiel nicht zuletzt deshalb auf ihn, weil er seit seiner Zeit als Kriegsamt-Chef bei den Gewerkschaften »ein gewisses Vertrauen« genoß<sup>131</sup>.

Auch Hertling trat zurück und machte einem Kabinett Platz, das vom Vertrauen der Mehrheitsparteien getragen wurde. Einen Kanzler aus den eigenen Reihen zu präsentieren, waren sie jedoch sogar jetzt nicht in der Lage; neuer Reichskanzler wurde Prinz Max von Baden. Selbst in dieser entscheidenden Situation, in der die Bismarcksche Staatsverfassung abgeschafft und die Weichen für die Zukunft gestellt wurden, zeigte sich die Reichstagsmehrheit der politischen Herausforderung »nicht gewachsen«<sup>132</sup>. Erstmals gehörten dem Kabinett auch Sozialdemokraten an, und zwar Scheidemann als Minister ohne Portefeuille und Gustav Bauer als Leiter des Reichsarbeitsamtes, das bei dieser Gelegenheit vom Reichswirt-



schaftsamt abgetrennt wurde<sup>133</sup>. Außerdem wurden Robert Schmidt als Unterstaatssekretär ins Kriegsernährungsamt und August Müller in gleicher Funktion ins Reichswirtschaftsamt berufen.

Dem Regierungseintritt der SPD ging eine lange Debatte in der Reichstagsfraktion und im Parteiausschuß voraus. Zwar ergriff keiner der Gewerkschaftsführer das Wort. Dennoch zählte die Mehrzahl von ihnen mit Sicherheit zu der Majorität von 55 Abgeordneten, die sich für den Eintritt unter der Bedingung tiefgreifender innenpolitischer Reformen aussprach<sup>134</sup>; denn auch in der Vorständekonferenz einige Tage später ergab sich »volles Einverständnis« über die »Zweckmäßigkeit« der sozialdemokratischen Beteiligung an der Regierung, und die Übernahme des Reichsarbeitsamtes durch Bauer wurde »einmütig« gebilligt<sup>135</sup>. Kritisiert wurde allerdings, daß die Generalkommission Bauer nominiert hatte, ohne das Votum der Vorständekonferenz abzuwarten<sup>136</sup>. Die Berufung August Müllers ins Reichswirtschaftsamt führte sogar zu einem offenen Konflikt zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung. Der Fraktionsvorstand hatte Müller ohne Rücksprache mit der Generalkommission vorgeschlagen, und diese wollte Robert Schmidt ins Reichswirtschaftsamt entsenden. Sie protestierte daher gegen den Vorschlag des Fraktionsvorstandes<sup>137</sup>, zumal Müller seit seinen Bemerkungen über die Notwendigkeit von Leistungssteigerungen der Arbeiterschaft und über den Vorrang der Produktions- vor der Sozialpolitik kaum noch ihr Vertrauen besaß<sup>138</sup>. Sogar dem Blatt des selbst zum rechten Flügel zählenden Buchdruckerverbandes stand er »zu weit rechts«<sup>139</sup>. Trotzdem bestätigte die Fraktion den Vorschlag ihres Vorstandes – ein Beschluß, den die Generalkommission »im höchsten Grade befremdend« und als Verstoß gegen das Mannheimer Abkommen empfand<sup>140</sup>.

Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung waren freilich weniger Ausdruck ihrer Konkurrenz um den Einfluß auf den Regierungsapparat als des Mangels an geeigneten Kandidaten, dem sie sich bei der Besetzung öffentlicher Ämter seitdem immer wieder gegenübersehen. Schon durch die Ernennung Bauers, den Winnig als »Gewerkschaftsbürokrat ohne höhere Gesichtspunkte« und Geyer als »eine der geistig beschränktesten, verständnislosesten und stursten Figuren der Weimarer Republik und unter den deutschen Gewerkschaftsführern« charakterisierte<sup>141</sup>, wurde »kein Gemüt bewegt«<sup>142</sup>. Der dürre Protokollhinweis auf die »volkswirtschaftlichen Gründe«, die den Fraktionsvorstand zur Nominierung Müllers für die »komplizierteren Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes« bewogen<sup>143</sup>, verbirgt vermutlich Zweifel an der Qualifikation Schmidts für dieses Amt. Ferner ist nicht auszuschließen, daß der SPD-Führung, als sie zum ersten Mal ein Parteimitglied in die Spitzenposi-

tion eines Ministeriums zu entsenden hatte, der promovierte Akademiker Müller reputierlicher erschien als der einfache und seinem intellektuellen Zuschnitt nach recht schlichte Arbeiterführer Schmidt. Möglicherweise hoffte sie auch, mit einem Mann, der seinem sozialen Status nach selbst bürgerlich war, im Bürgertum, insbesondere bei den Unternehmern, Ängste vor dem vermeintlichen Umsturzcharakter der Sozialdemokratie am ehesten besänftigen und Vertrauenskapital erwerben zu können.

In Anbetracht der schlagartig veränderten innenpolitischen Machtverhältnisse mag es unverständlich erscheinen, warum Partei- und Gewerkschaftsführung in eine offensichtlich völlig bankrotte Firma eintraten und sich sogar mit einer Minderheitsbeteiligung begnügten, statt sich abseits zu halten und die alten Machthaber zu zwingen, die Verantwortung für die von ihnen verschuldete Niederlage und deren Konsequenzen zu übernehmen. Eine derartige Abstinenz hätte der SPD und den Gewerkschaften damals manche Schwierigkeiten und in den folgenden Jahren dauernde massive Anfeindungen erspart oder sie doch erheblich erschwert. Nicht zu Unrecht bezeichnete Ebert deshalb in den Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien den Regierungseintritt als »großes Opfer« und »gewagtes Spiel«<sup>144</sup>.

Indessen trafen die Sozialdemokraten ihre Entscheidung nicht nach Maßgabe parteipolitischer Opportunität. Sie waren sich zwar über die »unbeschreiblich pessimistische Stimmung im Lande« und die nur wenig bessere Stimmung an der Front im klaren<sup>145</sup>, ebenso darüber, daß jeder Tag »neuen Verdruß, neue Anklagen und Verleumdungen bringen« und der Sozialdemokratie »die Verantwortung aufhalsen« würde »für Dummheiten«, an denen sie unschuldig war<sup>146</sup>. Sie sahen vermutlich ebenfalls die Wahrscheinlichkeit, daß eine Koalition mit den Bürgerlichen diese vor dem politischen Untergang rettete. Daß sie sich trotzdem für den Regierungseintritt aussprachen, geschah in erster Linie in der Überzeugung, »daß der Zusammenbruch unseres Landes, d. h. auch der Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und unseres Wirtschaftslebens« der Partei wie den Gewerkschaften »nicht gleichgültig« sein konnte, in zweiter Linie in der Absicht, »die Situation auszunutzen zugunsten unserer demokratischen verfassungsrechtlichen Forderungen«<sup>147</sup>. Daher änderten die Sozialdemokraten ihre Haltung auch nicht, als sie Anfang Oktober den ganzen Umfang des militärischen Desasters erfuhren.

Die Erfüllung ihrer innenpolitischen Forderungen war jetzt allerdings selbstverständlich. »Wir brauchen da nicht nervös zu werden, die Situation ist heute so, daß uns das gleiche Wahlrecht unter allen Umständen werden muß«, erklärte Ebert am 23. September 1918<sup>148</sup>. Tatsächlich kündigte der Kaiser eine Woche später die Parlamentarisierung an<sup>149</sup>. Am 15. Oktober

votierte der preußische Landtag einstimmig für das gleiche Wahlrecht, am 26. Oktober wurden die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Parlament eingeführt und die Kommandogewalt des Kaisers abgeschafft. Dessen Kompetenzen schrumpften auf weitgehend repräsentative Funktionen. Der Bundesrat wurde in eine zweite Kammer umgewandelt. Daraus folgte die Parlamentarisierung der Bundesstaaten von selbst, von der Demokratisierung ihrer Wahlrechte ganz zu schweigen. Auch in die Regierungen mancher Bundesstaaten treten jetzt Abgeordnete, darunter auch sozialdemokratische, ein<sup>150</sup>.

Von der Gewerkschaftspresse wurden die Reformen einhellig als »große Tat«<sup>151</sup>, als »entscheidender Schritt von dem alten junkerlich-bureaukratischen Obrigkeitsstaat zum modernen Volksstaat«<sup>152</sup> oder gar als Ereignis »von welthistorischer Bedeutung« gefeiert<sup>153</sup>. »Die Demokratie und damit auch die deutsche Arbeiterbewegung hat die Regierung in Händen. Das neue Deutschland, von dem wir vier Jahre redeten, ist jetzt erstanden«. So formulierte das Organ des Eisenbahnerverbandes, was die meisten auch in vielen anderen freien Gewerkschaften dachten<sup>154</sup>.

In der Tat erfüllten die Reformen zentrale politische Forderungen, die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten erhoben hatte, und bedeuteten eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse in Deutschland. Die Hindernisse, die die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bisher von der Teilhabe an der politischen Macht ausgeschlossen hatten, waren gefallen, der Weg frei geworden, den die Mehrheit von SPD- und Gewerkschaftsführung seit Jahrzehnten angestrebt hatte, der Weg demokratisch legitimer innerer Reformen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, getragen von soliden parlamentarischen Mehrheiten, in denen die Sozialdemokratie einen maßgeblichen Einfluß ausübte, durchgeführt von Regierungen, die der Parlamentsmehrheit verantwortlich und von ihrem Vertrauen abhängig waren.

Bei ihrer Entscheidung für den Regierungseintritt ließen sich Partei- und Gewerkschaftsführung von diesem innenpolitischen Ziel jedoch nur in zweiter Linie leiten. Aus denselben ökonomischen und außenpolitischen Gründen, die ihre Kriegsziele bestimmt hatten, richtete sich ihr vorrangiges Interesse nach wie vor darauf, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern und die Folgen der Niederlage nach außen wie nach innen so weit wie irgend möglich zu begrenzen<sup>155</sup>. Ein imperialistischer Gewaltfriede der Entente, erklärte Noske in der Fraktionssitzung vom 23. September 1918, würde die Hoffnung der deutschen Arbeiterschaft auf sozialen Aufstieg »für Jahrzehnte begraben«<sup>156</sup>. Nach übereinstimmender Auffassung von Partei- und Gewerkschaftsführung kam deshalb für die Sozialdemokratie »ein Frieden um jeden Preis« auch jetzt »un-

ter keinen Umständen in Frage«<sup>157</sup>. Die alte Regierung und das alte politische System konnten ihn nicht mehr verhindern, die Antworten Wilsons auf die deutsche Waffenstillstandsbitte ließen daran kaum Zweifel. Ein weiteres Amtieren der Regierung Hertling oder die Berufung eines wiederum allein von den bisher maßgebenden Gruppen beschickten Kabinetts hätte bei den Alliierten aller Wahrscheinlichkeit nach keine Bereitschaft zu Waffenstillstandsverhandlungen und erst recht nicht zur Gewährung einigermaßen moderater Friedensbedingungen hervorgerufen und daher entweder einen völligen militärischen Zusammenbruch Deutschlands nach sich gezogen oder einen zeitlich unabsehbaren Abwehrkampf erforderlich gemacht.

Es war jedoch äußerst zweifelhaft, ob die Volksmassen unter einer solchen Regierung den Kampf weitergeführt hätten, nachdem ihre zentralen politischen Forderungen jahrelang unerfüllt geblieben waren und nunmehr die militärische Niederlage offenkundig war. Unter der Arbeiterschaft besaß die Regierung Hertling Mitte September 1918 »keinerlei freudige Gefolgschaft mehr«<sup>158</sup>. Daher mußten wahrscheinlich neue Unruhen, Streiks, Meutereien unter den Truppen und schließlich eine Revolution, wie sie Rußland ein Jahr zuvor erlebt hatte, erwartet werden. Nach übereinstimmender Ansicht der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Führung aber leitete eine solche Entwicklung zu »Anarchie« und Chaos und zum Ende jeglicher militärischen Verteidigungsfähigkeit über, beschwor also gerade die politischen und wirtschaftlichen Folgen herauf, die es nach ihrer Überzeugung im vitalen Interesse der Arbeiterschaft unbedingt abzuwenden galt<sup>159</sup>.

Folgerichtig begründeten Partei- und Gewerkschaftsführung ihre Forderung nach Demokratisierung auch jetzt nicht primär mit dem Anspruch der Arbeiterschaft auf Partizipation an der politischen Macht, sondern mit der innenpolitisch pazifizierenden und sozial integrativen Wirkung demokratischer Reformen. Diese böten das letzte Mittel, die Bereitschaft der Massen zum Widerstand gegen die äußeren Feinde zu stabilisieren und ihnen »neuen Mut und neue Begeisterung zum Ertragen der neuen Opfer« einzuflößen<sup>160</sup>. Das Correspondenzblatt brachte diesen Zusammenhang überdeutlich mit der Formulierung zum Ausdruck: »Das System muß fallen, weil es das Volk entzweit und uns so dem Ruin entgegenführen müßte. Das System muß fallen, weil wir den Krieg siegreich bestehen wollen.«<sup>161</sup>

Sobald die Durchführung der inneren Reformen feststand, dominierte für die Gewerkschaftsführung wieder die Sorge um die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Zukunft Deutschlands als Industriemacht. Auf der Vorständekonferenz vom 4. Oktober verglich Legien die Lage mit der vom August 1914 und erklärte, »heute wie damals hätten

die Gewerkschaften die Pflicht, sich der Landesverteidigung zur Verfügung« zu stellen<sup>162</sup>. »Die Stunde ist wieder da, wo das ganze Volk wie ein Mann aufstehen muß, um die Gefahr abzuwenden. Der Triumph des anglo-französischen Imperialismus wäre der Ruin Deutschlands; diesen Triumph müssen wir verhindern«, schrieb das Correspondenzblatt zur gleichen Zeit<sup>163</sup>. Die alten Kriegszielbegriffe weiterverwendend, jetzt nur mit defensiver Einfärbung, äußerte seine Redaktion eine Woche später die Hoffnung, »daß der jetzt erfolgende Systemwechsel neue Kräfte zur Verteidigung des Reiches auslösen« und dazu beitragen werde, »einen Frieden zu erringen, der die Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Volkes sicherstellt«<sup>164</sup>. Mitte Oktober bekundete sie die Bereitschaft »zum entschiedensten Widerstande«, falls die Entente das deutsche Waffenstillstandsangebot ablehnen sollte. Dann müsse »das ganze Volk zusammenstehen, um die uns zudedachte Niederlage« abzuwenden. »Wenn es um die letzte Verteidigung von Heim und Herd geht«, hieß es abschließend, »wird unser Volk aufs neue Riesenkräfte entwickeln«<sup>165</sup>.

Gegenüber der Bewahrung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der Abwendung des militärischen Zusammenbruchs hielten die Gewerkschaften Reformen, die über die bereits vollzogenen oder eingeleiteten hinausgingen, einstweilen für zweitrangig. Sie übersahen keineswegs, daß »noch einiges mehr« getan werden mußte, bis »der Volksstaat auf sicheren Füßen steht«. Nach ihrer Überzeugung gehörte dazu vor allem, »daß er die wirkliche Macht in seiner Hand konzentriert und imstande ist, die neuen Errungenschaften . . . gegen jeden Angriff zu verteidigen«<sup>166</sup>. Eine Bedrohung konnte – wie sie erkannten<sup>167</sup> – vor allem von Armee und Verwaltungsapparat ausgehen, den wichtigsten Stützen des bisherigen Regimes. Tatsächlich wurden im Großen Hauptquartier in diesen Wochen die Chancen eines Militärputsches zur Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse eingehend erörtert<sup>168</sup>. Um dieser Gefahr vorzubeugen, forderten die Gewerkschaften die Vereidigung aller Offiziere und Mannschaften auf die neue Verfassung mit einer Formel, die die Heerespflichtigen davon entband, bei gewaltsamen Umsturzversuchen Helfersdienste leisten zu müssen, und außerdem die »Ausmerzung aller Elemente, die diesen Eid verweigern«<sup>169</sup>. Um auch dem Kaiser die Möglichkeit zum Staatsstreich zu erschweren und zugleich die Bürokratie der neuen Regierung zu verpflichten, verlangten die Gewerkschaften darüber hinaus die Vereidigung der gesamten Beamtschaft, der Reichsregierung und des Kaisers selbst auf die reformierte Verfassung. Zur Ahndung von Verfassungsverletzungen, und zwar auch solcher, »die sich monarchistische Häupter der Nation zuschulden kommen lassen«, hielten sie außerdem die unverzügliche Errichtung eines Verfassungsgerichtshofes für notwendig<sup>170</sup>.

Vermutlich waren sie sich darüber im klaren, daß ein solcher Eid keinen wirksamen Schutz gegen Umsturzversuche von rechts abgab. Doch an eine sofortige Besetzung aller Schlüsselstellungen in Ministerien und Verwaltungsbehörden, Armee, Polizei, Justiz und öffentlichen Bildungseinrichtungen mit Demokraten oder gar Sozialdemokraten war überhaupt nicht zu denken. Andererseits hielten Gewerkschafts- und SPD-Führung die Gefahr eines Staatsstreichs von rechts offenbar auch nicht für alarmierend groß, zumal selbst Organisationen der Rechten sich für eine Stabilisierung und Stärkung der Regierung Max von Baden aussprachen<sup>171</sup>. Im übrigen suchten sie ihr dadurch entgegenzuwirken, daß sie sich dafür einsetzten, die verfassungsrechtlichen Änderungen in Formen vorzunehmen, die einen revolutionären Bruch vermieden und den bisherigen Machteliten eine Teilhabe an der Macht beließen. Bezeichnend hierfür ist, daß die Sozialdemokraten beim Eintritt in die Reichsregierung die Übernahme der Kanzlerschaft gar nicht ernsthaft erwogen. Während Bürgerliche wie der bisherige Vizekanzler v. Payer mit dieser Möglichkeit rechneten<sup>172</sup>, zog Scheidemann sie nicht einmal hypothetisch in Betracht<sup>173</sup>. David streifte sie zwar flüchtig und nannte die Namen Scheidemann oder Ebert, jedoch nur, um die Abwegigkeit dieses Gedankens zu verdeutlichen und ihn alsbald mit Rücksicht auf die alten Machthaber fallenzulassen. »Ich glaube«, erklärte er, »wir würden die Situation damit überspannen. Der Kanzler muß noch mit den Formen und mit den Menschen des alten Regimes einen *modus vivendi* haben«<sup>174</sup>.

Bezeichnend für die Verständigungsbereitschaft von Gewerkschafts- und SPD-Führung gegenüber den bisherigen Machthabern ist ferner, daß sie nach der Entmachtung des Kaisers und der übrigen Monarchen nicht daran dachten, den Übergang zur republikanischen Staatsform zu verlangen, und auch ihre Forderung, Armee und Verwaltung auf die neue Verfassung zu vereidigen, offenbar bald wieder fallenließen. Ihre prinzipiellen Vorbehalte gegen die Monarchie als Institution hatte die Sozialdemokratie im Grunde schon vor 1914 abgebaut<sup>175</sup>. In dem 1915 von Legien mitherausgegebenen Sammelband über die Arbeiterschaft im neuen Deutschland war von einer Ablehnung der Monarchie nichts mehr zu lesen gewesen, statt dessen von einem »deutschen Kaisertum, so echt monarchisch wie ehrlich konstitutionell«<sup>176</sup>. Jetzt hoffte die Führung der Sozialdemokraten, der Fortbestand der monarchischen Staatsform könnte ein stabilisierendes und integrierendes Element eines demokratischen Staates werden. Unmittelbar vor Ausbruch der Revolution schrieb das Correspondenzblatt: »Die Fragen, ob neben dem verantwortlichen Reichskanzler und seinen ebenso verantwortlichen Staatssekretären ein unverantwortliches Haupt der Nation den Titel ›Kaiser‹ oder ›Präsident‹ führt, ob dieser Titel vererblich oder

nur durch Wahlakt auf den Würdigsten des Volkes übertragbar ist und ob dieses Symbol in Person aus der Familie der Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner, Württemberger oder Zähringer entstammt oder Fehrenbach heißt, scheinen uns wirklich nicht die nächstliegenden und noch weniger die schwerwiegendsten zu sein.«<sup>177</sup> Zwar hielten die Gewerkschaften die Abdankung Wilhelms II. für ebenso unumgänglich wie den Thronverzicht des nicht minder kompromittierten Kronprinzen. Hätte aber die Möglichkeit bestanden, einen »vernünftigen« Monarchen an die Spitze einer konstitutionellen Monarchie zu stellen oder bis zur Volljährigkeit des ältesten Sohnes des Kronprinzen einen Reichsverweser oder einen Regentschaftsrat zu finden, wären die führenden Sozialdemokraten für die Einführung der Republik »nicht einmal das Leben einer Straßenlaterne« zu riskieren bereit gewesen<sup>178</sup>.

Erst recht erschien den Gewerkschaften die Entfesselung einer politischen Revolution unnötig, ja widersinnig, nachdem die wichtigsten politischen Ziele der Arbeiterschaft entweder erreicht – vor allem die preußische Wahlrechtsreform – oder in greifbare Nähe gerückt waren, wie die Beendigung des Krieges, die in den Massenstreiks der letzten beiden Kriegsjahre an erster Stelle gefordert worden war. Nicht minder fern lag ihnen der Gedanke einer Revolution mit sozialen und wirtschaftlichen Zielen; denn Konzepte für eine Veränderung der Wirtschaftsordnung und Betriebsverfassung, die über die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeiter in den sozialpolitischen Angelegenheiten der Betriebe und nach Kontrolle der großen Monopole durch Gewerkschaften und Staat hinausgingen, besaßen sie nicht, und diese Forderungen ließen sich, wie sie glaubten, auf parlamentarischem Weg durchsetzen<sup>179</sup>. Im übrigen fürchteten die Gewerkschaften die Revolution, weil sie die militärische Niederlage besiegeln und damit die katastrophalen ökonomischen Folgen auslösen würde, vor denen sie über vier Jahre lang gewarnt hatten.

Aus diesen Gründen grenzte sich die Führung der SPD und der Gewerkschaften um so stärker nach links ab, je stärker sie von dort wegen ihres Regierungseintritts kritisiert und je lauter dort sozialrevolutionäre Töne vernehmbar wurden. Wichtiger als die Wiederannäherung der beiden Flügel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war ihr jetzt die Sicherung der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien. Daher unterließen es die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, unverzüglich eine Amnestie für die inhaftierten Oppositionellen durchzusetzen, an ihrer Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg<sup>180</sup>. Infolgedessen sank die noch immer vorhandene Bereitschaft der USPD-Führung, mit der Mehrheitssozialdemokratie zu einer Zusammenarbeit zu gelangen, auf einen Tiefpunkt<sup>181</sup>.

Auch die christlichen Arbeiterorganisationen riefen in den letzten Kriegswochen weiterhin zur »Plichterfüllung und Hingabe bis zum äußersten«<sup>182</sup>, zum »unbedingten Durchhalten«<sup>183</sup> bis »zum Ende oder Untergang«<sup>184</sup> auf und warnten vor einem »Zusammenbruch unserer moralischen Front«<sup>185</sup>, vor »Auflösung und Zerfall«<sup>186</sup>; denn dies wäre »unser Untergang«<sup>187</sup>. Zwar hielten auch sie im Oktober 1918 eine Beschränkung der Kompetenzen des Monarchen durch die Volksvertretung für unausweichlich, an der Monarchie selbst aber wollten sie nicht rütteln lassen. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften bekräftigte in den letzten Oktobertagen seine »Treue« zum Monarchen, »unabhängig von Gunst und Ungunst der Verhältnisse«<sup>188</sup>. Noch Anfang November erklärte Stegerwald: »Wir bleiben Monarchisten auch in der Zukunft.«<sup>189</sup> Führende Kreise der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beklagten zur gleichen Zeit, daß sich so viele Anhänger der Monarchie »ins Mauselloch verkrochen« hätten, und gaben die Parole aus: »Monarchisten heraus!«<sup>190</sup> Die WAZ warnte sogar noch am 10. November vor der Abdankung des Kaisers, weil sie »den Beginn der staatlichen Auflösung« darstellen würde<sup>191</sup>. Erst recht hielten die wirtschaftsfriedlichen Organisationen an der Monarchie fest<sup>192</sup>.

Die christlichen Organisationen beschränkten sich daher in den Wochen zwischen der Bildung der Regierung Max von Baden und dem Ausbruch der Revolution ebenfalls auf das Ziel, die erreichten Reformen zu konsolidieren. Ende Oktober forderten sie zur einmütigen Unterstützung der neuen Regierung auf und wiesen »jede Minierarbeit, sowohl von rechts wie von links, . . . auf das schärfste zurück«<sup>193</sup>. Wie die freien Gewerkschaften propagierten sie auf der einen Seite »größtmögliche Geschlossenheit nach innen und außen«<sup>194</sup> als »erste Vorbedingung, um einen erträglichen Frieden zu bekommen«<sup>195</sup>, und traten auf der anderen Seite »allen revolutionären Umtrieben« mit »Entschiedenheit und unerbittlicher Hartnäckigkeit« entgegen<sup>196</sup>.

### *Bürgerliche Pläne zur Revolutionsverhütung*

Die Aufrufe der Gewerkschaften zur inneren Finigkeit und zum Durchhalten bis zum äußersten und ihre Warnungen vor der Revolution ähnelten manchen Plänen, die zur gleichen Zeit im bürgerlichen Lager geschmiedet wurden, insbesondere der Idee, bei ungenügendem Entgegenkommen der Gegner zur Mobilisierung der allerletzten Reserven für einen verzweifelten Endkampf aufzurufen. Sie wurde Anfang Oktober von Rathenau in einem vielbeachteten Zeitungsbeitrag aufgebracht<sup>197</sup> und in den folgenden Wo-



chen vor allem von den Nutznießern des alten Systems propagiert, die beim Zusammenbruch am meisten zu verlieren hatten. Nach der Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen durch Wilson forderte etwa der BdL einen Aufruf an das ganze Volk, »sich wie ein Mann zur letzten Verteidigung seines bedrohten Lebens und seiner Zukunft zu erheben«<sup>198</sup>. Unter der Parole »Mit Gott und Hindenburg!« sollte »der Geist der Augusttage von 1914 . . . mit aller Kraft wieder wachgerüttelt werden«; denn »es geht um alles«<sup>199</sup>. Die konservative Reichstagsfraktion bat den Kanzler am 29. Oktober, die Verhandlungen mit Wilson abzubrechen, falls dieser die Unterwerfung und Wehrlosmachung Deutschlands fordern sollte, und unverzüglich Vorbereitungen zu treffen, um dann »alle irgend verfügbaren Kräfte der Heimat« an die Front zu bringen und »die Heimat zum letzten nationalen Verteidigungskampf« aufzurufen<sup>200</sup>. Ähnliche Vorschläge kamen von den Nationalliberalen, der DV sowie der OHL<sup>201</sup>.

Um auch die organisierte Arbeiterschaft hierfür zu gewinnen, war der Deutschen Arbeitgeberzeitung sogar das Argument nicht zu abwegig, sie werde ihre frühere Position in den internationalen Arbeiterorganisationen nicht wieder erreichen, »wenn die Machtstellung des Reiches so geschwächt würde, wie sie nach den Absichten und Hoffnungen der Entente gebrochen werden soll«<sup>202</sup>. Der Hauptausschuß variierte diese Behauptung und verknüpfte sie mit den Argumentationsmustern der industriellen Kriegspropaganda: Er versuchte den Arbeitern klarzumachen, daß sie in einem besiegten Deutschland einer »sicheren Verelendung« ausgesetzt sein und zu »Lohnsklaven unserer Feinde« herabgedrückt würden, stellte sie vor die Wahl zwischen »erneutem blutigem Kampf oder völliger Hoffnungslosigkeit« und machte ihnen das Weiterkämpfen »im Geiste der Freiheitskriege« zur »nationalen Pflicht«<sup>203</sup>.

Daß die dank des amerikanischen Nachschubs von Tag zu Tag wachsende militärische Überlegenheit der Gegner durch ein derartig verzweifeltes Mittel noch ausgeglichen und der militärische Zusammenbruch abgewendet werden könnte, glaubte wenigstens ein so intelligenter Mann wie Rathenau wohl selbst nicht ernsthaft. In Wirklichkeit ging es den Predigern des nationalen Widerstandes auch gar nicht mehr darum, eine militärische Wende zu erzwingen, sondern darum, gleichsam in Umkehr des sozialimperialistischen Konzepts, mit dem sie bisher die Fundamente der Klassenherrschaft zu verteidigen und zu festigen versucht hatten, die Bedrohung von außen nun zu benutzen, um im Innern eine politische Einmütigkeit herbeizuführen, wie sie bei Kriegsausbruch bestanden hatte, und den offenen Ausbruch der sozialen und politischen Gegensätze zu verhindern. Der »Endkampf« sollte alle Kräfte und Energien auf den äußeren Feind konzentrieren, um von den Verhältnissen und den für sie verantwortlichen Per-

sonen abzulenken und jeden Versuch, die Diskussion darüber zu eröffnen und praktische Konsequenzen zu ziehen, im Keime zu unterdrücken. Die DV zeigte das ganz offen, als sie schrieb: »Jung und alt, Mann und Weib rufe man auf die Schanzen, dann hat niemand mehr Zeit zu räsonnieren und zu klagen«, und diesem Aufruf die Aufforderung hinzufügte: »Mit Miesmachern, Unruhestiftern, Vaterlandsverrätern muß kurzer Prozeß gemacht werden.«<sup>204</sup> Die Konservativen ließen verlauten, »das Suchen nach dem Schuldigen für den militärischen Rückschlag würde unfruchtbar und ... nicht würdig sein«<sup>205</sup>.

Vor allem für sie und alle übrigen Nutznießer des alten Systems wäre es gefährlich geworden, wie sie wohl wußten. Seit den militärischen Rückschlägen im Westen, vollends seitdem die OHL auf Waffenstillstand und innere Reformen drängte, lebten sie in wachsender Angst vor einer Revolution. Über den Zusammenhang zwischen Siegfrieden und Reformverweigerung, zwischen Niederlage und tiefgehender Erschütterung der Machtverhältnisse waren sie sich seit langem klar<sup>206</sup>. »Es geht jetzt ums Ganze, es geht letzten Endes um die Krone unserer Souveräne«, diagnostizierte der bayerische Ministerpräsident Anfang September 1918<sup>207</sup>. Im Oktober bereits ahnte selbst die überwiegend konservative Landbevölkerung der Provinz Posen, daß die Umwälzung der Staatsverfassung »auch das Wirtschaftsleben der Nation nicht unberührt lassen werde, daß sie erst den Anfang einer neuen Epoche bedeute und auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete Wandlungen und Zustände zur Folge haben kann, welche geeignet sind, die Grundlagen des bisherigen Wohlstandes und der bisherigen Besitzverteilung zu erschüttern«<sup>208</sup>.

In der zweiten Oktoberhälfte wurden panikartig täglich rund 80 Millionen Mark von privaten Bank- und Sparkonten abgehoben; die Börsenkurse stürzten ins Bodenlose. In bürgerlichen Kreisen waren Debatten über die drohende »bolschewistische Gefahr« und eine bevorstehende Revolution an der Tagesordnung<sup>209</sup>. Rathenau sah Deutschland bereits »dem Bürgerkrieg, der Militärrevolte, dem Ernährungsstreik« entgegentreiben; »wir können uns nur retten, wenn wir Zeit gewinnen«, meinte er<sup>210</sup>. »Nun rächt sich der grenzenlose Hochmut unserer herrschenden Kaste«, notierte Gustav Mayer am 18. Oktober. »Ihr Weltmachtstraum liegt in Trümmern, und voll berechtigter Angst sieht sie das Gespenst der sozialen Revolution näherkommen«<sup>211</sup>.

Daß die letzte Massenerhebung der Rettung der alten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse dienen sollte, macht im übrigen das ideologische Bindemittel deutlich, mit dem die Einheitsfrontparole oft versetzt wurde, der Antibolschewismus. Anknüpfend an die Antisozialismuskampagne, die die Diskussion um die Übergangswirt-

schaft begleitet hatte<sup>212</sup>, verwendeten ihn industriennahe Publikationsorgane und Organisationen als wichtigste Propagandawaffe zur Abwehr aller Bestrebungen, die Wirtschafts- und Staatsordnung zu verändern. Der BdW malte Anfang November die Schrecknisse aus, die eintreten würden, falls sich »der Bolschewismus frech und zersetzend erheben und den letzten Rest deutschen Selbstbewußtseins für die nationale Verteidigung . . . unter seine barbarischen Füße treten sollte«, und rief zur »Einigkeit des gesamten deutschen Volkes . . . gegen den Bolschewismus und für die nationale Verteidigung« auf<sup>213</sup>. »Nichts könnte die Rettung unserer Zukunft aus den Fesseln eines schlechten Friedens mehr gefährden als die Einnistung bolschewistischen Geistes in unserer Mitte«, verkündete die Nationalliberale Correspondenz am 6. November. »Die Zertrümmerungsarbeit, die der Feind von außen vergeblich versucht hat, wäre von innen bald vollendet.«<sup>214</sup> Selbst ein vergleichsweise liberaler Beobachter wie Hans Delbrück forderte die Zusammenfassung »aller sozialen Kräfte . . . , um dem Bolschewismus von vornherein jeden Versuch einer Bewegung zu verleiden«<sup>215</sup>. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie rief Unternehmer und Bürgertum zu einer »großzügigen, systematischen Aufklärungsarbeit« auf, damit »wir von dem Fluch des Bolschewismus verschont bleiben«<sup>216</sup>.

Organisatorisch versuchten die bisherigen Machthaber ihrem Ziel einer Einheitsfront zunächst durch einen Zusammenschluß im bürgerlichen Lager näherzukommen. Seit dem Regierungseintritt der SPD machten die Konservativen den Liberalen und Fortschrittlern, die sie bis kurz vorher mit kaum geringerer Schärfe als die Sozialdemokraten bekämpft hatten, ungewöhnliche Avancen. Der Kasseler Oberbürgermeister Koch-Weser (FVP) fand es Ende September 1918 geradezu »rührend, wie herzlich uns jetzt die Herren vom konservativen Adel zu den staatserhaltenden Elementen hinzurechnen« und unablässig hervorhoben, »daß zwischen unseren und ihren Anschauungen kein so großer Unterschied sei und daß es darauf ankomme, das Gemeinsame zu verteidigen«<sup>217</sup>. Wenig später appellierte die DVC an das deutsche Bürgertum, »Bürger und Bauer gemeinsam« müßten »alle alten Parteiunterschiede« vergessen und sich zu einer »Partei der Vaterlandsrettung« zusammentun, um ihr »eigenes Fortleben und um das Fortleben des Vaterlandes und der Kulturarbeit überhaupt« zu sichern<sup>218</sup>. In diesem Appell klang die Furcht vor einer revolutionären Veränderung der Wirtschaftsordnung bereits an, vor einer »Sozialisierung, einer Gemeinwirtschaft, einer großen Verteilungswirtschaft«<sup>219</sup>. Noch aber glaubte ihr Herausgeber, eine Abwehrfront allein der besitzenden Schichten, ohne und gegen die Sozialdemokratie, errichten zu können. Er attestierte zwar »den gegenwärtig führenden Sozialisten den allerbesten Willen zur Ordnung«, hielt jedoch die im Bürgertum sich ausbreitende Überzeugung,

»wir könnten auch unter dem Regiment eines vaterländisch aufgeklärten Sozialismus leben und glücklich sein«, für einen »lebensgefährlichen Irrtum«<sup>220</sup>.

Die Nationalliberalen hingegen empfahlen schon Ende September, die neue Regierung »noch mehr zu festigen und zu kräftigen« und »den Boden, auf dem sie gebildet worden ist, ... noch weiter zu umgrenzen«<sup>221</sup>. In der zweiten Oktoberhälfte erkannte auch der DVC-Herausgeber Schiele, der enge Verbindungen zu den Alldeutschen unterhielt, »daß wir in der Revolution schon mitten drin stehen« und daß ein Bürgerblock keinen hinlänglichen Schutz gegen den drohenden Umsturz mehr bot. Deshalb forderte er jetzt eine »Partei der Verteidigung der nationalen Ordnung ... , bestehend aus den entschlossenen Kräften des Bürgertums und den aufgeklärten, ruhig denkenden sozialistischen Führern«, eine Einheitsfront »aller Stände ... , einschließlich der Gewerkschaften und rechtmäßig denkenden Arbeiter« – freilich mit dem unveränderten Ziel, die »Verwirklichung des Sozialismus« zu verhindern, der mit »Auflösung der Ordnung, Hunger, Not, grauem Elend, Unsicherheit des Lebens für Weib und Kind und schließlich Auswanderung« identifiziert wurde<sup>222</sup>. Zur gleichen Zeit rief die Handelskammer Düsseldorf dazu auf, »die Standfestigkeit der Arbeitermassen im Heere und hinter der Front zu festigen, durch die Kreise der Regierung, die die Arbeitermassen vertreten oder, auf sie gestützt, in die Regierung berufen worden sind«<sup>223</sup>. Rathenau glaubte am 2. November, am letzten Sonnabend vor dem Ausbruch der Revolution in Berlin, den »revolutionären Strömungen ... am besten dadurch entgegenzutreten, daß wir die Regierungssozialisten in der Regierung erhalten; denn sonst ... hätten wir am Montag den Generalstreik in Deutschland und am Mittwoch russische Zustände«<sup>224</sup>.

Indessen schien selbst die SPD keinen verlässlichen Schutz gegen die drohende Revolution mehr bieten zu können. Bei der tiefen Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit der Massen fand die Agitation der USPD große Resonanz und drohte die Position der Mehrheitssozialisten von links her ins Wanken zu bringen. »Was ... Scheidemann verantworten kann«, bemerkten führende SPD-Abgeordnete am 6. Oktober, »das wird ... nicht von ihm nach seinem Ermessen bestimmt, sondern von der Rücksicht darauf, ob es der unabhängigen Sozialdemokratie eine größere Agitationsmöglichkeit bei den Massen gibt, als die alte Sozialdemokratie ertragen kann. Also beinahe entscheidet Herr Haase.«<sup>225</sup> Wenige Tage später glaubte Rathenau schon nicht mehr daran, daß die Sozialdemokratie die Massen in der Hand behalten würde: »Sie gleiten zuerst zu den Unabhängigen, dann über deren Kopf hinweg zu eigenen Organisationen«, nämlich Räten nach russischem Vorbild, notierte er am 15. Oktober<sup>226</sup>. Wenn aber selbst auf die SPD kein

Verlaß mehr war, blieben allen, die die Revolution fürchteten, lediglich die Gewerkschaften als letzte Hoffnung. »Die einzige Autorität«, bestätigte Koch-Weser am 22. Oktober, »sind bald nur noch die angeblich ach so staatsfeindlichen Gewerkschaften«<sup>227</sup>.

Folgerichtig suchte die bisherige Antireformfronde mit ihnen politisch ins Geschäft zu kommen. Der BdL appellierte an sämtliche Verbände, sich zusammenzutun, um die sich abzeichnenden Friedensbedingungen der Feinde abzuwenden<sup>228</sup>. Die Handelskammer Düsseldorf rief nach einer überparteilichen »volkstümlichen, aber allgemeinen Bewegung«, um die Massen zum Ausharren zu ermuntern und die »äußere und innere Front« zu stärken<sup>229</sup>. Gemeint war nicht weniger, als die Massenorganisation der Reformfeinde, die Vaterlandspartei, mit ihrem bisherigen Antipoden, dem Volksbund für Freiheit und Vaterland, zusammenzuspannen, um bei unannehmbaren erscheinenden Friedensbedingungen von dieser Basis aus unter dem Schlachtruf »Hurra, Heimat, Dir sterben wir!«<sup>230</sup> einen letzten Entscheidungskampf zu führen und die Revolution zu verhindern. Wenige Wochen früher wäre dieser Gedanke noch absurd erschienen. Jetzt aber war er wenigstens grundsätzlich keineswegs abwegig, propagierten doch auch die Gewerkschaften aller Richtungen den entschiedenen Widerstand gegen einen bedingungslosen Frieden und bemühten sich zugleich, die Arbeiterschaft von der Revolution zurückzuhalten. Außerdem hielten die bisherigen politischen Gegner der Arbeiterbewegung, die sich jetzt »entschlossen auf den Boden der Entwicklung und der Tatsachen« stellten<sup>231</sup>, ein Arrangement mit den Gewerkschaften vermutlich auch deshalb für erreichbar, weil deren Führer in diesen Wochen mit den Großindustriellen, von denen sie noch im Sommer 1918 erbittert bekämpft worden waren, insgeheim über eine Arbeitsgemeinschaft verhandelten, wie sie sie bei Kriegsausbruch vergeblich angeregt hatten<sup>232</sup>.

In der Tat gingen die Spitzenfunktionäre des Volksbundes, unter ihnen Legien, Stegerwald und Baumeister, auf eine Einladung führender Vertreter der Vaterlandspartei und des »Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden« zu einer Besprechung ein. Sie fand in aller Heimlichkeit am 10. Oktober 1918 in den Räumen Adolf v. Harnacks in der Königlichen Bibliothek in Berlin statt<sup>233</sup>. Um einen Kriegsausgang zu verhindern, der die »Existenz« und die »wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit« Deutschlands antastete, wie Legien in der Terminologie der gewerkschaftlichen Kriegszieläußerungen erklärte – ein Ziel, für das nach seinen Worten »jeder von uns alles für den Kampf einsetzen« würde –, zeigte er sich äußerstenfalls zur Bildung einer Einheitsfront mit den von der Vaterlandspartei repräsentierten Kreisen bereit. Legien machte allerdings zur Bedingung, daß Vaterlandspartei und Unabhängiger Ausschuß rückhaltlos die Regie-

rung unterstützten, sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Hinsicht, also allen Annexionen abgeschworen und sich zur Demokratisierung im Innern bekannten<sup>234</sup>.

Dazu freilich war die Gegenseite auch jetzt nicht bereit; schließlich suchte die Vaterlandspartei die Unterstützung der Arbeiterorganisationen nur, um den Krieg noch in allerletzter Minute zu gewinnen und die alten Machtverhältnisse zu retten. Die Absage an Annexionen umgingen ihre Sprecher durch die Behauptung, »niemals von Annexionen gesprochen« zu haben; in Anlehnung an die gewerkschaftliche Argumentation interpretierten sie ihre Kriegsziele als rein defensive Sicherungen. Lediglich für die »kleine Fläche der Erzlager von Briey und Longwy« räumten sie die Angliederungsabsicht ein, begründeten sie jedoch damit, daß nur so »unserer Arbeiterschaft in der Eisenindustrie und den davon abhängigen Betrieben auf lange Jahrzehnte hin die Arbeitsmöglichkeit gesichert bliebe, in der sie groß geworden ist«. Die Forderung, »hinter die Regierung zu treten«, hatte für sie deshalb »nur Sinn für alles, was den Krieg gewinnen hilft«, wurde aber abgelehnt »für eine Politik, die damit gar nichts mehr zu tun hat«, wie Tirpitz entschied.

Damit war der Annäherungsversuch gescheitert. Man trennte sich zwar mit der vagen Übereinkunft, falls die äußerste Bedrohung des Reichs eintreten sollte, zu einer neuerlichen Beratung über eventuelle gemeinsame Abwehraktionen zusammenzutreffen. Dazu kam es jedoch nicht mehr. Beide Seiten schienen darüber erleichtert. Baumeister hatte schon während der Verhandlung warnend darauf hingewiesen, daß sich die Gewerkschaftsführer durch eine gemeinsame Aktion mit der Vaterlandspartei vor ihren Anhängern »schwer kompromittieren« würden; »wenn auch nur bekannt würde, daß wir hier vertraulich mit führenden Männern der D. V. P. verhandelt haben, so wäre schon zu befürchten, daß ihnen die Massen aus der Hand gleiten und daß es zur Revolution käme«. Der Vaterlandspartei und den ihr verbundenen Gruppen erlaubte das Scheitern der Verhandlungen die Rückkehr zu rücksichtsloser Demagogie. Sie gründeten alsbald »Volkausschüsse für nationale Verteidigung«, die an »alle deutschen Frauen und Männer« appellierten, »sich zusammenzuscharen und lieber Gut und Blut zu lassen als eine Abtrennung oder Vergewaltigung deutscher Lande und Menschen zu dulden«. Dabei wurden die gelben Arbeiterorganisationen in den Vordergrund geschoben, um den Eindruck zu erwecken, als entstünden diese Ausschüsse spontan und würden von den Massen getragen<sup>235</sup>.

Gleichzeitig nahmen die Organisationen der Rechten ihre schroffe Opposition gegen die Regierung und insbesondere die Sozialdemokratie wieder auf. Die Konservativen erklärten bereits zwei Tage später, sie würden

»gegen den inneren, den demokratisch gerichteten feindlichen Ansturm nicht erlahmen«<sup>236</sup>. Jacob Rießler, der Vorsitzende des Hansabundes, forderte Anfang November die bürgerliche Einheitsfront, um der Forderung nach Abdankung des Kaisers zu widerstehen, auch auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hin<sup>237</sup>. Die Wirtschaftsfriedlichen verpflichteten ihre Mitglieder nicht nur, »durch mannhaftes Auftreten für Besonnenheit und Aufklärung unter der Arbeiterschaft zu sorgen«, sondern erwarteten von ihnen sogar, »energischen Widerstand zu leisten«<sup>238</sup>. Zugleich erklärte der BdW in Erwartung der bevorstehenden Revolution: »Die Schuld hat die Sozialdemokratie, die seit Kriegsbeginn nichts weiter getan hat, als den Vernichtungswillen unserer Feinde zu stärken und bereitwilligst auf jede Forderung Wilsons einzugehen.«<sup>239</sup> Fortan behauptete der Bund: »Wir Deutschen sind militärisch nicht besiegt.«<sup>240</sup> Mit der Verschiebung der Verantwortung für die Niederlage und ihre Folgen auf die Sozialdemokraten bereitete die Rechte die Dolchstoßlegende vor, aus der sie schon vor und erst recht nach der Revolution innenpolitisches Kapital schlug, um ihre alten Machtpositionen zurückzuerobern.

Nichtsdestoweniger bereitete die Reichsregierung für alle Fälle einen Aufruf zur Volkserhebung vor und befaßte sich mit Plänen zur Aufstellung zusätzlicher Freiwilligenbrigaden für den Fronteinsatz und eines Hilfsdienstes von 15–17jährigen Schülern und Schülerinnen zum Einsatz in der Landwirtschaft<sup>241</sup>. Mit Rücksicht auf die ungeheuren Opfer und Kräfte, die der Krieg in mehr als vier Jahren gefordert hatte, wie im Hinblick darauf, daß als Zukunftsperspektive nichts als »Hoffnungslosigkeit« auszumachen war, hielt sie allerdings in Übereinstimmung mit der OHL einen Appell an den Patriotismus der gesamten Nation wie in den Freiheitskriegen für »wenig aussichtsreich«<sup>242</sup>.

In der Tat machten alle Pläne einer nationalen Erhebung für einen militärischen Endkampf die Rechnung ohne die Massen. Wegen der unzureichenden Versorgungslage war die Kette lokaler und regionaler Streiks schon seit dem Sommer 1918 kaum noch abgerissen. Nachdem aber mit dem Beginn des deutschen Rückzuges im Westen sich zum materiellen Elend die Überzeugung gesellte, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen und die immensen Opfer und Entbehrungen seien umsonst gewesen, sank allenthalben die Stimmung der Massen unaufhaltsam. Mitte August meldete das Büro für Sozialpolitik, »daß die Rückschläge an der Westfront auf die Massen einen tieferen Eindruck gemacht« hätten »als die vorausgegangene Kette von Erfolgen«<sup>243</sup>, eine Woche später, »der Glaube an den Endsieg« sei »in den weitesten Kreisen geschwunden. . . . Die Stimmung der Arbeiterschaft war niemals gedrückter als jetzt.«<sup>244</sup> Gleichzeitig ließ sich eine »ernste Erschütterung« des bisher noch weit verbreiteten Vertrauens in die

OHL – des »letzten positiven Restes der Auguststimmung von 1914« – verzeichnen<sup>245</sup>. Im Rheinland wurde bereits offen davon gesprochen, daß der Frieden nicht eher käme, »bis die Hohenzollern vom Thron verjagt sind«<sup>246</sup>. Auch die Lageberichte der folgenden Wochen konstatierten übereinstimmend »vielfach eine tiefgehende Verzagtheit und immer wachsende Mißstimmung«<sup>247</sup>. Insbesondere die Stimmung der Arbeiter wurde als »andauernd außerordentlich schlecht« beschrieben; »irgendwelche Zuversicht, daß in absehbarer Zeit eine entscheidende Wendung zu unseren Gunsten eintreten könnte«, war »gemeinhin nicht vorhanden«<sup>248</sup>. Nach dem Abfall Bulgariens Ende September atmeten in Berlin »die kleinen Leute bei dem Gedanken auf, daß der Frieden nun endlich näherrückt«; wie er aussehen würde, war ihnen »eine spätere Sorge«<sup>249</sup>.

Nach dem deutschen Waffenstillstandsersuchen vom 5. Oktober, das in der Öffentlichkeit als Eingeständnis der Niederlage verstanden wurde, kannte die Friedenssehnsucht keine Grenzen mehr. Jetzt, wo für die meisten kein Ziel mehr zu erkennen war, für das es sich weiterzukämpfen lohnte, brach die ungeheure Erschöpfung durch, die die jahrelangen Kriegsanstrengungen hinterlassen hatten. Gleichzeitig wuchs die Erbitterung über diejenigen, die diesen Ausgang des Krieges verschuldet hatten. Im Bezirk Bromberg folgte der Waffenstillstandsbitte »tiefste Gedrücktheit«, zumal sie den größten Teil der Bevölkerung völlig unvorbereitet traf. In den unteren Bevölkerungsschichten, insbesondere in den Städten, verbreitete sich schlagartig die Überzeugung, »daß der Krieg nunmehr für das deutsche Volk endgültig verloren und daß es daher das beste sei, jetzt Frieden – sei es auch um jeden Preis – zu schließen«<sup>250</sup>. Auch in der Provinz Posen löste das Waffenstillstandsangebot »ungeheure Überraschung« und »schwere Enttäuschung« aus. Der Gedanke, daß die überwiegend polnischen Teile dieses Bezirks möglicherweise an den neuen polnischen Staat würden abgetreten werden müssen, erschien der Bevölkerung »ungeheuerlich und nicht faßlich«<sup>251</sup>. Ähnliches wurde aus allen Teilen des Reiches gemeldet. Überall befand sich Mitte Oktober 1918 die Mehrheit der Bevölkerung in »außerordentlich niedergedrückter Stimmung«<sup>252</sup>; vor allem die großstädtischen Arbeitermassen waren »von einer fast schrankenlosen Friedenssehnsucht beherrscht«<sup>253</sup>. Troeltsch hielt bereits am 10. Oktober »die Revolution« für »so gut wie sicher«, falls »die Tür zum Frieden wieder zugeworfen würde«<sup>254</sup>.

Die eilig vorgenommenen inneren Reformen änderten hieran praktisch nichts. Denn sie nahmen sich in den Augen der Massen, namentlich der Arbeiterschaft, recht bescheiden aus. Nach wie vor stand an der Spitze des Staates der Kaiser, an der Spitze der OHL der Feldmarschall Hindenburg, für viele der Inbegriff des preußisch-deutschen Militärstaates. Reichskanz-



ler war jetzt statt eines bayerischen Grafen nicht etwa ein populärer Parteiführer, etwa der Führer der stärksten Reichstagsfraktion, sondern ein badi-scher Prinz, dessen Namen die Mehrheit der Bevölkerung kaum je zuvor gehört hatte und den sie für eine Fürstlichkeit wie seine Vorgänger auch hielt. Die alten Minister hatten fast ausnahmslos ihre Ämter behalten. Nur die Reichsregierung war um einige Staatssekretäre erweitert worden, von denen aber abzuwarten blieb, ob sie eine neue Politik würden durchsetzen können oder vielleicht nur Statistenrollen im Dienste der alten Machthaber spielten.

In den Mittel- und Unterbehörden, deren Tätigkeit die Massen besonders deutlich spürten, hatte sich noch weniger verändert. Die Militärbe-fehlshaber verharren mit zwei Ausnahmen in ihren Ämtern, ebenso Ober- und Regierungspräsidenten, Landräte, Polizeipräsidenten und Oberbür-germeister<sup>255</sup>. Zensur und Versammlungsverbote wurden gehandhabt wie zuvor<sup>256</sup>. In Berlin etwa verbot das Oberkommando bis zum 9. November weiterhin Versammlungen, nahm Verhaftungen vor und untersagte der Presse, über die Vorgänge in Kiel zu berichten. Auch im Heer bestanden die alten Befehls- und Subordinationsverhältnisse weiter; selbst die Ver-pflegung von Mannschaften und Offizieren war nach wie vor unterschied-lich. Überdies ging der Krieg selbst unvermindert weiter. Ob er nicht doch noch durch den bevorstehenden Winter weitergeschleppt würde, schien noch keineswegs ausgemacht. Daß die Militärbehörden Ende Oktober Tausenden von reklamierten Arbeitern Gestellungsbefehle zuschickten und die Jugendlichen des Jahrgangs 1900 einberiefen, wurde als alarmieren-des Zeichen für eine Fortsetzung der Kämpfe gewertet und rief unter der Arbeiterschaft ungewöhnliche Erregung hervor<sup>257</sup>.

Schließlich gestalteten sich die Ernährungsverhältnisse immer unerträg-licher. Scheidemann konstatierte am 17. Oktober: »Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist so groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost.«<sup>258</sup>

## *Revolution und Ende des alten Regimes*

Aus diesen Gründen beruhigte sich die Stimmung der Arbeiterschaft nicht. Vielmehr begannen sich die kaum noch zu steigernde Unzufriedenheit über ihr materielles Elend und die Erbitterung über das katastrophale Kriegsen-de jetzt in radikale Kritik an den politischen Verhältnissen umzusetzen, die dies alles verursacht hatten.

Ein deutliches Indiz hierfür sind der gewaltige Zulauf, den Versammlungen von USPD und Spartakus jetzt zu verzeichnen hatten, und die zahlreichen Massendemonstrationen, die sich anschlossen. Der USPD-Abgeordnete Wilhelm Dittmann, der unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Haft Mitte Oktober eine Reise durch das Ruhrgebiet unternahm, berichtete von Massenversammlungen, in denen er »mit stürmischem Jubel begrüßt wurde und in denen bereits die Revolutionsstimmung hervorbrach«. In Solingen, wo einige Wochen zuvor Scheidemann ausgepfiffen und am Reden gehindert worden war, sprach er vor ca. 4000 Zuhörern; in Essen, dem Wahlkreis Giesberts', erlebte er eine der imposantesten Versammlungen seiner politischen Laufbahn. »Kein Wort war den Massen zu scharf, und ihre Stimmung, die sich immer wieder in Beifallssalven Luft machte, war direkt revolutionär. Die anschließende Straßendemonstration war die größte, die Essen bis dahin nach einer Versammlung erlebt hatte.« Die überwachenden Polizeibeamten wagten nicht, ihn an der Kritik an OHL und Marineleitung und an Bemerkungen über eventuelle Gebietsabtretungen zu hindern, obwohl ihm die Militärbehörden derartige Äußerungen verboten hatten. Dittmann kehrte nach Berlin mit dem Eindruck zurück, »daß das militaristisch-absolutistische Regierungssystem vor dem Zusammenbruch« stehe<sup>259</sup>.

Vorgänge an anderen Orten wiesen in dieselbe Richtung. In Berlin gestaltete sich der Empfang Liebknechts, der am 23. Oktober aus dem Zuchthaus entlassen wurde, zu einer Massenkundgebung, die von der Polizei nur mit Mühe zerstreut werden konnte<sup>260</sup>. In Hamburg protestierten am 26. Oktober bei einer von der USPD einberufenen Versammlung ca. 2000 Arbeiter gegen die von SPD- und Gewerkschaftsführung propagierte nationale Erhebung und forderten Amnestie und Frieden. Einen Tag später fanden in Leipzig Massenversammlungen statt, auf denen ebenfalls die nationale Verteidigung abgelehnt, unverhohlene Freude über die deutsche Niederlage geäußert und bereits die sozialistische Republik gefordert wurde – Forderungen, die nach den Beobachtungen des Generalkommandos auf allgemeine Zustimmung in der Arbeiterschaft stießen. Auch in Stuttgart verlangten Ende Oktober 6000–7000 Arbeiter außer sofortigem Waffenstillstand die Beseitigung der Dynastien und die Errichtung der sozialistischen Republik. Zur gleichen Zeit gewann in Gotha der überwachende Polizeibeamte aus Inhalt und Ton der Reden auf Versammlungen der Linken den Eindruck, »daß der Zusammenbruch des Reiches in absehbar kurzfristiger Zeit erfolgen müsse«<sup>261</sup>. In Leipzig wagte selbst der Polizeidirektor nicht mehr einzuschreiten, als in einer USPD-Versammlung der Redner die Politik und die Person des Kaisers aufs schärfste verurteilte und mit den härtesten Ausdrücken belegte<sup>262</sup>. Im preußischen Kriegsministerium in Berlin sah man daher »immer drohender die Gefahr der blutigen Revolution«<sup>263</sup>.

Infolgedessen konnte ein Aufruf der SPD- und Gewerkschaftsführung zur nationalen Verteidigung keine andere Wirkung mehr hervorrufen als Protestreaktionen mit unkalkulierbarem Ausgang. Mit dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns verbreitete sich in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schlagartig die Überzeugung, daß die *Levée en masse* »völlig sinnlos und unmöglich sei«, und der Verdacht, sie solle in Wahrheit gar nicht der nationalen Verteidigung, sondern nur dem Schutz des Kaiserthrons dienen<sup>264</sup>. »Wer jetzt eine große Demonstration auch nur für eine unbedingte Fortsetzung des Krieges in Berlin arrangierte, der würde Gegendemonstrationen der Sozialdemokratie und Unabhängigen von solchem Umfange hervorrufen, daß der Schaden größer sein würde als der Vorteil«, schrieb Stresemann am 2. November<sup>265</sup>. Sechs Tage später berichtete er über die Stimmung in der Reichshauptstadt, der »Seelenzustand des Volkes« sei »so vollkommen gebrochen . . . , daß ein Aufruf zur nationalen Verteidigung von einem großen Prozentsatz der Berliner Arbeiter voraussichtlich mit einem Generalstreik und mit Revolution beantwortet werden würde«<sup>266</sup>.

In der Presse der freien Gewerkschaften verstummte deshalb Ende Oktober der Ruf zur nationalen Verteidigung, und auch Ebert ließ den Plan eines nationalen Aufrufs fallen<sup>267</sup>. Nur bei den christlichen Gewerkschaften erscholl er noch weiter<sup>268</sup>. Doch selbst in christlichen Arbeiterkreisen wurde der Glaube an die Möglichkeit der nationalen Verteidigung »täglich geringer«<sup>269</sup>. Am 5. November räumte der Präses der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands ein, auch unter den katholischen Arbeitern hätten »seit dem Wirrwarr in Österreich . . . wie eine Krankheit ein gewisser Ingrimm und eine Neigung, alles von Grund aus umzuändern, weite Kreise ergriffen«<sup>270</sup>. Insbesondere wende sich der »Ingrimm gegen alles ›Kapital«<sup>271</sup>.

Die tiefe Mißstimmung und die Kritik an denjenigen, die für die hereinbrechende Katastrophe vor allem verantwortlich gemacht wurden, beschränkten sich nicht auf die Arbeiterschaft. Nach einem Bericht des Generalkommandos Münster waren es in Rheinland-Westfalen »gerade die Schichten der Gebildeten und des Mittelstandes, die im Gegensatz zu der bisher zur Schau getragenen Zuversichtlichkeit eine resignierte und pessimistische Auffassung der allgemeinen Lage an den Tag« legten<sup>272</sup>. Der Verbandssekretär der katholischen Arbeitervereine machte »das schlechte Beispiel vermögender Kreise, die früher in den Tagen des Sieges in Patriotismus und Begeisterung für die Vaterlandssache nicht genug tun konnten, jetzt aber vielfach den Reisekoffer packen«, sogar mitverantwortlich für die aufkommende antikapitalistische Strömung unter den Arbeitern<sup>273</sup>. Auch in Bayern fand die pessimistische Stimmung der Arbeiterschaft »Widerhall

innerhalb der Bauernschaft, des Bürgertums, der Angestellten, insbesondere seit die zur Führung berufenen Männer, auch Geistliche und Beamte, vielfach selbst die innere Zuversicht in die Kraft unseres Durchhaltens verloren haben und nach manchen Enttäuschungen unsicher geworden sind, was sie über die tatsächliche Lage und über deren weitere Entwicklung, ohne alsbald von dieser widerlegt zu werden, weiter sagen sollen«<sup>274</sup>. Ende Oktober hatte sich die Mißstimmung hier so weit ausgebreitet, daß es der bayerischen Regierung »fraglich« schien, »ob es gelingen wird, die derzeitige schlimme Lage ohne gewaltsame Umwälzungen zu überwinden«<sup>275</sup>. Ähnliches ist aus Württemberg bezeugt<sup>276</sup>. Selbst unter der ostpreußischen Landbevölkerung, die vor dem Kriege »gut königstreu und konservativ« gesonnen und unter der »Frömmigkeit und kirchlicher Sinn« weit verbreitet gewesen waren, hatten »Kriegsmüdigkeit und Verärgerung infolge der eingeschränkten Lebenshaltung, der scharfen behördlichen Eingriffe und der Verluste von Angehörigen auf den Schlachtfeldern weite Kreise erfaßt« und sie für die Kritik an der Kriegführung empfänglich gemacht<sup>277</sup>.

Wie in der Arbeiterschaft schlugen sich auch in den Mittelschichten die Erbitterung über das allgemeine Desaster und die Friedenssehnsucht in einer Abwendung vom obersten Repräsentanten des alten Systems nieder, wenn nicht von der Monarchie überhaupt. »Der König«, höhnte Koch-Weser Ende Oktober über Wilhelm II., »muß sich verkriechen, um Wilson nicht unangenehm aufzufallen, und hält mit beiden Händen die wackelnde Krone fest. Sonst aber hält er nichts fest.«<sup>278</sup> Tatsächlich hatte er selbst bei den Gruppen, die bisher die verlässlichsten Stützen der Monarchie gebildet hatten, an Rückhalt verloren. Zwar stand für die Mehrheit des preußischen Adels, insbesondere der Offiziere, die Institution der Monarchie auch jetzt nicht zur Disposition. Für sie war und blieb die Krone, unabhängig von der Person ihres Trägers, das Zentrum der politischen Wertvorstellungen und der zentrale Bezugspunkt ihrer politischen Loyalität. Doch auch in ihren Kreisen gab es Befürworter einer Abdankung Wilhelms II., als sich Ende Oktober das weitere Verbleiben des diskreditierten Monarchen als gefährlicher innenpolitischer Sprengsatz auszuwirken drohte<sup>279</sup>. Den radikalen Rechten, ob adliger oder bürgerlicher Herkunft, war der Kaiser ohnehin schon seit längerem nicht mehr als Verkörperung einer Staatsidee, sondern lediglich als Garant handfester Klassenprivilegien wichtig. In den Diktaturplänen, die sie in diesen Wochen entwarfen, spielte er deshalb nur noch eine Statistenrolle und konnte leicht durch andere Akteure ersetzt werden, z. B. den General Ludendorff oder eine Militärjunta<sup>280</sup>.

Für die Industriellen verlor die Monarchie in dem Augenblick ihren Wert, als die Rolle des Königs auf rein repräsentative Funktionen beschränkt wurde. Für sie war es seitdem im Grunde gleichgültig, ob

Deutschland künftig eine demokratische Monarchie oder eine bürgerlich-parlamentarische Republik sein würde. Denn ein entmachteter König hatte ihnen wenig zu bieten, was sie auf anderen Wegen – über die Parteien und Parlamente, über ihre Verbände und die publizistische Ausmünzung ihrer wirtschaftlichen Macht – nicht ebenso oder gar verlässlicher erreichen konnten<sup>281</sup>. Zwar hielten auch sie einstweilen an der Monarchie und der Person des Kaisers fest, vorgeblich wegen seiner Integrationsfunktion<sup>282</sup>, in Wirklichkeit freilich vor allem deshalb, weil die Institution der Monarchie wenn auch nicht mehr ein antidemokratisches, so doch noch immer ein antisozialistisches und damit antirevolutionäres Symbol darstellte, in dessen Schatten die alten Machthaber so viel wie möglich von ihrer bisherigen Macht zu retten hoffen konnten.

»Geht der Kaiser, so ist das unverkennbar gefährlich, weil es der erste Schritt zu einer sozialen Revolution sein könnte«, notierte Koch-Weser am 27. Oktober, fügte allerdings hinzu: »Aber das ist es um so mehr, je später es geschieht.«<sup>283</sup> Die mächtigsten Wirtschaftsführer, unter ihnen Stinnes, Rathenau, Ballin, Gwinner und Deutsch, waren aus diesem Grunde schon Mitte Oktober von der Notwendigkeit der Abdankung Wilhelms überzeugt. Die Frage des Verbleibens des Kaisers spielte deshalb in ihren Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern, die zur Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft führten, überhaupt keine Rolle, ebensowenig die Frage der Monarchie. Als die Industriellen erkannten, daß die Abdankung des unmöglich gewordenen Monarchen von den Massen gefordert wurde, sein Verbleib die Gefahr der sozialen Revolution zu vergrößern und damit den Bestand der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung in Frage zu stellen drohte, ließen sie ihn unverzüglich fallen. Sie dachten keinen Augenblick daran, den Pakt mit den Gewerkschaften zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an einer für sie nebensächlichen Frage scheitern zu lassen und um eines Symbols willen ihre eigene Herrschaft über die Produktionsmittel aufs Spiel zu setzen. Übereinstimmend erklärten sie deshalb den Gewerkschaftsführern: »Der Kaiser war der Träger des Systems und dadurch schuld an der ganzen Geschichte«, und erboten sich, selbst die Abdankung Wilhelms zu verlangen<sup>284</sup>.

Ungleich wichtiger erschien es den Industriellen, die OHL und damit die für den weiteren Verlauf der Dinge ausschlaggebende Armee in der Hand eines Gesinnungsgenossen zu halten. »Wir dürfen unter keinen Umständen vor der Geschichte damit behaftet sein, Hindenburg gestürzt zu haben. Ich bin der Meinung, daß von unserem Standpunkt aus die Abdankung des Kaisers eher zu ertragen sein würde als das Gehen von Hindenburg«, schrieb Stresemann am 26. Oktober<sup>285</sup>. Doch auch dieses Ziel schien jetzt gefährdet; denn unter den Soldaten kriselte es ebenfalls bedenklich.

Die Stimmung der Truppen an der Westfront war im Sinken begriffen, seitdem die militärische Überlegenheit der Feinde unzweifelhaft feststand und von Tag zu Tag größer wurde, die blutigen Verluste in den eigenen Reihen anhielten und die Stärke der Einheiten wegen des Mangels an Reserve- und Ersatzformationen immer geringer wurde. »Was man an Kritik über sämtliche führenden Leute zu hören bekommt«, schrieb Gustav Radbruch am 21. September 1918 von der Westfront, »übersteigt ... alles, was im sozialdemokratischen Lager gesagt werden kann«<sup>286</sup>. Das Eingeständnis der militärischen Niederlage mit der Waffenstillstandsbitte untergrub auch in weiten Kreisen des Heeres das Vertrauen zur OHL<sup>287</sup>. Der Rückmarschbefehl erschütterte die Armee nach Aussage eines einfachen Soldaten »bis in ihre letzten Fugen«<sup>288</sup>. Anfang Oktober stand nach den Beobachtungen Radbruchs die Stimmung unter den Fronttruppen im Westen »auf Frieden um jeden Preis« und hätte sich »wohl auch durch die ungünstigsten Bedingungen nicht mehr aufpeitschen lassen«<sup>289</sup>. Auf Bilder des Kaisers und Hindenburgs reagierten die Soldaten mit Pfiffen<sup>290</sup>. Eine Division, die von der Ostfront kam, weigerte sich, in Stellung zu gehen<sup>291</sup>. Viele Urlauber kehrten nicht mehr an die Front zurück, sondern tauchten in den Großstädten unter; allein in Berlin betrug ihre Zahl schätzungsweise 20000<sup>292</sup>. Daß die Militärbehörden nach den großen Streiks von 1917/18 Tausende von unzufriedenen, politisch geschulten und aktiven Arbeitern eingezogen hatten, tat jetzt ein übriges.

Anfang November begann der Rückzug im Westen fluchtartige Formen anzunehmen. Die Etappe löste sich auf, vereinzelt kam es zu Meutereien. Viele Soldaten – nach vorsichtigen Schätzungen rund 200000<sup>293</sup> – verließen ihre Einheiten, weil sie keine Neigung hatten, angesichts einer hoffnungslosen militärischen Lage noch ihr Leben zu riskieren, und warteten im Hinterland auf das Kriegsende. Auch auf die Heimattruppen war kein Verlaß mehr. Beim Transport von Ersatztruppen kam es zu schweren Ausschreitungen; ganze Einheiten weigerten sich, an die Front zu fahren<sup>294</sup>. Viele neu Einberufene leisteten dem Gestellungsbefehl überhaupt keine Folge mehr<sup>295</sup>. Selbst in einer vergleichsweise ruhigen Region wie Niederbayern versagten die Truppen schon im Spätsommer 1918 bei der Unterdrückung von Unruhen<sup>296</sup>. Am 7. November mußte die Münchener Polizei zur Kenntnis nehmen, »daß die Soldaten unter keinen Umständen bei etwaigen Unruhen auf die Bevölkerung schießen und den Befehlen der Vorgesetzten Folge leisten würden. Sie würden einfach davonlaufen.«<sup>297</sup> Die militärische Disziplin war so weit unterminiert, daß es nur eines kleinen Anstoßes bedurfte, um sie zum Einsturz zu bringen.

Diesen eher zufälligen Anstoß brachte die Meuterei auf der Hochseeflotte. Sie hatte in erster Linie eine sofortige Kriegsbeendigung zum Ziel, dane-

ben eine Milderung der rigiden Disziplin und eine Erleichterung des Lebens an Bord, nicht aber den Sturz des Kaisers oder der Reichsregierung oder gar die Einführung des Sozialismus. Noske, von der Regierung nach Kiel beordert, vermochte sich deshalb mühelos der Leitung der Bewegung zu bemächtigen – allerdings um den Preis einer Änderung der lokalen Machtverhältnisse. Die alten Autoritäten – Offiziere, Staatsbeamte und kommunale Bedienstete – verblieben zwar in ihren Ämtern, mußten sich jedoch einem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellen, der aus Vertretern der Marinemannschaften und der Kieler Arbeiterschaft gebildet wurde<sup>298</sup>.

Trotz dieser bescheidenen Ziele und moderaten Formen und trotz des Fehlens von Revolutionsvorbereitungen in den meisten Orten wirkte das Vorgehen der Kieler Matrosen als Fanal. Am 4. und 5. November übernahmen Marinesoldaten und Arbeiter in Hamburg, Lübeck, Rostock, Bremen, Wilhelmshaven und Cuxhaven die Macht. Anschließend setzten die Matrosen sich auf die Bahn und riefen die Revolution aus, wohin sie kamen. An anderen Orten folgten Soldaten der örtlichen Garnisonen ihrem Beispiel und rissen die Arbeiter mit sich<sup>299</sup>. Bewaffnete Kräfte, die man zu ihrer Festsetzung hätte aufbieten können, gab es nicht mehr. Die Polizeikräfte waren zu schwach, die Ersatztruppen nicht mehr zuverlässig; sie schlossen sich vielfach den Aufständischen an<sup>300</sup>. Auch die Fronttruppen waren nach übereinstimmender Aussage fast aller Offiziere nicht zu einem Marsch gegen die Aufstandsbewegung in der Heimat zu bewegen; sie waren müde und gleichgültig und wollten nichts als Ruhe und Frieden<sup>301</sup>.

Alle Vorkehrungen, die die Behörden in den vorangegangenen Monaten getroffen hatten, um revolutionäre Bewegungen niederzuschlagen, blieben Papier oder erwiesen sich als unwirksam: die Verhängung des Standrechts<sup>302</sup>, die Einrichtung militärisch gesicherter Funkverbindungen zwischen Generalkommandos und Regierungspräsidenten<sup>303</sup>, die Vorbereitung von Bürgerwehren und Offizierskompanien<sup>304</sup>, schließlich die Unterbrechung der Fernsprech- und Telegrammverbindungen mit Berlin, die Einstellung des Berliner Vorortverkehrs und die Entsendung von bewaffneten Militärpatrouillen ins Zentrum der Reichshauptstadt<sup>305</sup>. Anordnungen der Militärbehörden, die die Massen im Januar 1918 noch beeindruckt hatten, erschienen jetzt wegen der evidenten Diskrepanz zwischen Anspruch und Durchsetzungsfähigkeit nur noch komisch und lächerlich. Ein Verbot der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, das der Oberbefehlshaber in Berlin erließ, wirkte so, »als ob man verbieten würde, daß es morgen nicht regnen soll«<sup>306</sup>. Nun kam »die Kritik hervor, und alle Autoritäten müssen daran glauben«, kommentierte Koch-Weser<sup>307</sup>.

Dergestalt ungehindert, breitete sich die Umsturzbewegung innerhalb weniger Tage über das ganze Reich aus. Am 7. November flüchtete der

bayerische König aus München. Am selben Tag begann die Revolution in Braunschweig und Frankfurt. Am nächsten Tag fielen Köln und Düsseldorf, Leipzig und Chemnitz, Dresden, Halle und Magdeburg. Wie in den Hafenstädten traten überall die alten Machthaber zurück oder unterstellten sich den revolutionären Gewalten: Die militärischen Kommandobehörden den Soldatenräten, die jetzt bei allen Heimattruppenteilen entstanden, die zivilen Behörden den Arbeiterräten, die sich in enger Anlehnung an die Soldatenräte, oft erst von ihnen ins Leben gerufen, in allen Städten bildeten, die die Umsturzwellen erfaßte<sup>308</sup>.

Die Gewerkschafts- wie die SPD-Führung wußten zwar, daß die Stimmung unter den Massen äußerst kritisch war<sup>309</sup>. Trotzdem glaubten beide bis zum letzten Augenblick nicht an den Ausbruch einer Revolution. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes hielt sie noch im September 1918 für ausgeschlossen<sup>310</sup>. Sogar in der zweiten Oktoberhälfte rechnete Hue noch damit, die Gewerkschaftsmitglieder selbst dann etwa zwei Monate ruhig halten zu können, wenn es nicht zum Frieden kommen sollte<sup>311</sup>. Gewerkschafts- und Parteiführer selbst erachteten nach den Verfassungsänderungen vom Oktober eine Revolution für ebenso unnötig wie gefährlich und verhängnisvoll. Nach dem Zeugnis Groeners war ihnen der Umsturz »verhaßt und ... für ihre eigenen Parteiabsichten im höchsten Grade unerwünscht«<sup>312</sup>.

Noch am 6. November hielt die SPD-Führung daher an der Reformpolitik im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien fest. Als nächste politische Ziele bezeichnete sie die Sicherung und den Ausbau der demokratischen Freiheiten, die sie beiläufig als »Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus« apostrophierte; darüber hinaus dachte sie allenfalls daran, die inneren Reformen um die Einführung des Frauenwahlrechts, die Verhältniswahl und die Aufnahme weiterer Parlamentarier in die Regierung zu erweitern. Noch sahen die SPD-Führer wie die führenden Mitglieder der Generalkommission auch keinen Anlaß, die Monarchie abzuschaffen<sup>313</sup>. Ultimative Forderungen an die Koalitionspartner oder gar eine Lösung von der Reichstagsmehrheit lehnten sie ab, zumal sie nach wie vor nicht an ein Zusammengehen mit den Unabhängigen dachten<sup>314</sup>. Auch am 8. November noch sprach sich die SPD für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien und gegen einen Kanzlerwechsel vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes aus<sup>315</sup>. Gleichzeitig versuchten SPD- und Gewerkschaftsführung den Massen die Verfassungsänderungen vom Oktober durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit näherzubringen. Die SPD warnte die Arbeiter erneut vor Unruhen und »russischen Zuständen« und forderte sie zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation auf<sup>316</sup>. An vielen Orten veranstalteten Sozialdemokraten und bürgerliche Parteien



gemeinsame Kundgebungen, um die Bevölkerung zu beruhigen und Unruhen zu vermeiden<sup>317</sup>.

Der DMV-Vorstand erließ einen Aufruf gegen wilde Kundgebungen und Demonstrationstreiks<sup>318</sup>. Die Bergarbeiterzeitung rief zum »ordentlichen Auf- und Ausbau unseres Gemeinwesens« durch die »feste Zusammenfassung aller demokratisch gerichteten Volkskräfte« auf und bezeichnete jeden als »Volksfeind«, der dies zu verhindern suchen sollte<sup>319</sup>. Der bayerische SPD-Landesvorsitzende Erhard Auer und der Vorsitzende des Gewerkvereins München dachten allem Anschein sogar darüber nach, den Sturz der Monarchie in Bayern notfalls mit Waffengewalt zu verhindern<sup>320</sup>. Auch die christlichen Gewerkschaften appellierten an die Arbeiterschaft, »Mut und Kraft nicht zu verlieren, wie es auch kommen möge«, und »bolschewistische Treibereien . . . unter allen Umständen zu unterlassen«<sup>321</sup>. Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands warben unter Hinweis auf die Verfassungsänderungen um das »Vertrauen aller Bürger« für die neue Regierung und forderten dazu auf, »jedem Versuch, einen Zustand völliger Auflösung nach dem Vorbilde Rußlands oder auch Österreichs herbeizuführen, mit aller Kraft« entgegenzutreten<sup>322</sup>.

Aber diese Appelle vermochten die revolutionäre Welle nicht mehr aufzuhalten. Sie waren im Gegenteil dazu angetan, die SPD und insbesondere die Gewerkschaftsführung von den Massen der Industriearbeiterschaft zu isolieren und ihren Einfluß zu verringern, vor allem in Berlin. Anders als während der großen Streiks von 1917/18 blieb es jetzt zwar in der Reichshauptstadt verhältnismäßig lange ruhig. Aber spätestens seit den Januarstreiks war hier der Einfluß der Gewerkschaften wie der SPD auf die Arbeiterschaft nur noch gering, und im Unterschied zu nahezu allen anderen Industriestädten traf die Soldatenrevolte in Berlin auch auf ernstzunehmende Vorbereitungen für eine politische Revolution; sie wurden von den revolutionären Obleuten in Verbindung mit der USPD und der Spartakusgruppe getragen<sup>323</sup>. In Berlin aber fiel nach allgemeiner Überzeugung die Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg der revolutionären Bewegung<sup>324</sup>. Ebenfalls konnte als sicher gelten, daß die Begleitumstände der Vorgänge in der Reichshauptstadt beträchtliche Rückwirkungen auf das Reich auslösen würden.

Am 8. November hatte die Revolution bereits in den wichtigsten Städten Nord-, West-, Mittel- und Süddeutschlands gesiegt. Als sich der Kaiser noch immer weigerte abzutanken, hingegen die Führer der Berliner Obleute verhaftet wurden, ließ sich nun auch die Berliner Arbeiterschaft nicht länger zurückhalten<sup>325</sup>. Eine Sitzung mit sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleuten, mit denen der SPD-Vorstand seit der Kieler Matrosenrevolte regelmäßig zusammentraf, beseitigte in der Parteiführung jeden

Zweifel hierüber<sup>326</sup>. Die Linie, die SPD- und Gewerkschaftsführung bisher verfolgt hatten, wurde somit unhaltbar. Bürgerlichen Politikern und Wirtschaftsführern des liberalen Flügels erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Paul Hirsch am späten Abend des 8. November: »Morgen bin ich entweder um 10 Uhr früh am Galgen oder Ministerpräsident von Preußen, Scheidemann Reichskanzler und Wels Stadtkommandant. Wir können nicht mehr auf euch warten, sonst werden wir überrannt.«<sup>327</sup>

Um ihren Einfluß auf die Massen zu behaupten und »anarchistische Zustände im Reich« zu verhindern<sup>328</sup>, versuchten SPD- und Gewerkschaftsführung deshalb nun – wie bei den großen Streiks 1917/18 – sich »an die Spitze der Bewegung [zu] stellen«<sup>329</sup>, sie unter ihre Kontrolle zu bringen, langsam abzubremsen und schließlich in die Bahnen ihrer herkömmlichen Reform- und Bündnispolitik zurückzulenken. Unter den gegebenen Bedingungen in Berlin erforderte diese Taktik dreierlei: die Aufkündigung des Bündnisses mit den bürgerlichen Parteien, die Proklamation der Republik und ein Abseitsstehen der Gewerkschaften.

Am 9. November fand der Kurswechsel statt. Am Vormittag, als der Generalstreik in der Reichshauptstadt bereits eingesetzt hatte, wurde auf einer Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion mit Vertretern der Berliner Parteiorganisation sowie einer Abordnung Berliner Arbeiter der Vorschlag des Parteivorstandes einstimmig gebilligt, aus der Koalition mit den Bürgerlichen auszutreten, »gemeinsam mit den Arbeitern und Soldaten vorzugehen«, Verhandlungen mit den Unabhängigen aufzunehmen und die Regierung allein zu übernehmen, und zwar »gründlich und restlos«<sup>330</sup>. Wenige Stunden später war dieser Schritt mit dem Rücktritt Max' von Baden und der Übertragung der Kanzlerschaft auf Ebert vollzogen. Unmittelbar darauf rief Scheidemann die Republik aus, um der bevorstehenden Proklamation der sozialistischen Republik durch USPD und Spartakus zuvorzukommen<sup>331</sup>.

Was schließlich die Rolle der Gewerkschaften anging, so war nach den Erfahrungen der Januarstreiks anzunehmen, daß sich die Berliner Arbeiter energisch zur Wehr setzen würden, falls auch sie einen Führungsanspruch geltend machen würden. Ihre Beteiligung hätte also die Absicht der SPD, die Leitung der Bewegung nicht zu den Unabhängigen oder gar zur Spartakusgruppe übergehen zu lassen, aufs ernsteste gefährden können, zumal auch ihre eigene Stellung unter der Berliner Arbeiterschaft alles andere als unumstritten war. Die Parteiführung hatte dem schon an den Vortagen dadurch Rechnung getragen, daß sie sich über die Stimmung unter den Arbeitern der Berliner Großbetriebe nicht von der Generalkommission, der Berliner Gewerkschaftskommission oder den Verwaltungen der Einzelgewerkschaften, sondern aus erster Hand von den mehrheitssozialistischen

Betriebsvertrauensleuten hatte informieren lassen<sup>332</sup>. Jetzt bat sie die Gewerkschaften, »von einem unmittelbaren Anteil an der Umwälzung« abzusehen<sup>333</sup>. Gleichzeitig kamen die Fraktion und die SPD-Betriebsvertrauensleute überein, daß in dem Ausschuß, der mit den Unabhängigen gebildet werden sollte, um über die Regierungsübernahme zu verhandeln, die Gewerkschaften »vorläufig nicht« vertreten sein sollten<sup>334</sup>. Demnach verstand es sich von selbst, daß dem am folgenden Tag von der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzten Rat der Volksbeauftragten ebenfalls kein Gewerkschaftsvertreter angehörte.

Der Umsturz selbst verlief auch in Berlin nahezu ohne Blutvergießen, weil er nur auf geringen Widerstand stieß. Die Minister verließen ihre Ämter oder warteten ruhig ab, bis »jemand kommt und mir mein Ministerium abnimmt«, wie der Vertreter eines auf Dienstreise befindlichen preussischen Ressortchefs gleichermaßen bürokratisch korrekt und schicksalsergeben äußerte<sup>335</sup>. Selbst die Besetzung des Polizeipräsidiiums, das wie eine Festung armiert war, entfernte sich, so schnell es gehen wollte, ohne auch nur einen Schuß abzugeben. Schon bevor die Revolution stattfand, hatten die Repräsentanten des alten Regimes offensichtlich ihre Sache aufgegeben. Nachdem sie sich jahrelang autoritär gebärdet, von Sieg und Durchhalten und von der Erhaltung der Staatsmacht geredet und in der Öffentlichkeit alle sonstigen Spielarten von Imponiergehabe gezeigt hatten, warteten sie jetzt passiv und fatalistisch geradezu auf den Umsturz – ein für den Verlauf der Revolution höchst bedeutsames psychologisches Phänomen<sup>336</sup>.

In den folgenden Tagen drang die Bewegung in die Gegenden vor, die sie vor dem 9. November noch nicht erreicht hatte, also namentlich in die östlichen Reichsteile und die ländlichen Regionen. Außerdem erfaßte sie jetzt das Feldheer, in dem es bis zum 9. November, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ruhig geblieben war. Auch bei den Truppen an der Westfront und im Osten sowie in der Etappe entstanden nun Soldatenräte<sup>337</sup>.

Fast überall verlief die Revolution so undramatisch wie in Berlin. In den Industriezentren machte sie sich vielfach nur am Feierabend oder am Wochenende bemerkbar – der 9. November war ein Sonnabend – und führte kaum zu Arbeitsunterbrechungen<sup>338</sup>. Im niederschlesischen Bergbaubezirk vollzog sich der Umsturz nach Darstellung von Industriellen »ohne wesentliche wirtschaftliche Störungen«. Lediglich am 11. November feierten die Belegschaften, um »in größter Ruhe und Ordnung« für die Umwälzung zu demonstrieren<sup>339</sup>. Noch unauffälliger ging sie außerhalb der Industriestädte vonstatten. Die Bürger der Universitätsstadt Heidelberg merkten von der Revolution »so gut wie gar nichts«. Überrascht »hörte man eines Tages, daß der Großherzog . . . fort und daß die Republik Baden ein Teil der Republik Deutschland sei. Unruhen gab es gar nicht; der Arbeiter-

und Soldatenrat verhielt sich sehr zurückhaltend, ja etwas schüchtern.«<sup>340</sup> Im mecklenburgischen Wolgast geschah bis zum 11. November überhaupt nichts. Erst am 12. fand eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt, auf der der örtliche Gewerkschaftssekretär die Arbeiter zu »Ruhe und Ordnung« ermahnte und sie davor warnte, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen<sup>341</sup>. Auf der Insel Rügen herrschte noch am 14. »vollkommene Ruhe«; zur Anpassung an die veränderten Verhältnisse veranlaßte hier der Landrat schließlich die Gründung eines Arbeiterrates, wobei er mit allen Beteiligten »vollkommenes Einvernehmen« erzielte<sup>342</sup>. Ähnlich unbemerkt vollzog sich die Revolution in abgelegenen ländlichen Regionen Westdeutschlands, z. B. in der Eifel, an der Mosel und im Hunsrück<sup>343</sup>.

In manchen Orten auf dem Lande unterblieb einstweilen sogar jede symbolische Veränderung der Machtverhältnisse. In Plön wurden statt eines Arbeiter- und Soldatenrats Bürgerwehren gebildet zum Schutz vor »Plünderung und anderen Ausschreitungen«, und stolz berichtete später der damalige Landrat, daß »überhaupt niemals auf einem Plöner Kreisgebäude eine rote Fahne geweht« habe<sup>344</sup>.

### *Gewerkschaftliche Einflüsse in Arbeiter-, Soldaten- und Bauerräten*

Bezeichnend für den weithin gemäßigten Charakter der Novemberrevolution ist außer ihrem nahezu unblutigen Ablauf, daß an vielen Orten die Führer der freien Gewerkschaften leitende Funktionen in den Arbeiter- und Soldatenräten übernahmen. Dem Kieler Arbeiterrat gehörten neben Obleuten der Großbetriebe und örtlichen Vorstandsmitgliedern von SPD und USPD die Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells an; mit Gustav Garbe stellten die Gewerkschaften auch einen der beiden Vorsitzenden<sup>345</sup>. In den Unterweserorten spielten Funktionäre der freien Gewerkschaften beim Zustandekommen der Arbeiterräte eine entscheidende Rolle<sup>346</sup>. Dem Arbeiterrat Hannover gehörten der stellvertretende Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes und der Arbeitersekretär May an<sup>347</sup>, dem Dortmunder Arbeiterrat der Ausschuß des Gewerkschaftskartells und die Ortsvorsitzenden der freien Gewerkschaften, dazu die örtlichen Vorstände von SPD, USPD und SPD-Stadtverordnetenfraktion, ferner Abgesandte der Arbeiter- und Soldatenräte der umliegenden Orte, Vertrauensleute der Werkschüsse und Vertreter der Soldaten<sup>348</sup>. Ähnlich waren die Arbeiterräte in anderen Städten an Rhein und Ruhr zusammengesetzt<sup>349</sup>. Im Kölner Arbeiter- und Soldatenrat saßen fünf Vertreter der freien Gewerkschaften; geführt wurde er vom DMV-Geschäftsführer August Haas<sup>350</sup>. Die Arbei-

terrate im Saargebiet bestanden größtenteils aus DMV-Mitgliedern<sup>351</sup>. Der Geschäftsführer der DMV-Verwaltungsstelle Kassel und Vorsitzende des dortigen Gewerkschaftskartells, Albert Grzesinski, übernahm den Vorsitz im Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat<sup>352</sup>. In Magdeburg trat Alwin Brandes an die Spitze des Arbeiter- und Soldatenrats<sup>353</sup>. Dem Dresdner Arbeiterrat gehörte der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes an, dem Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrates Plauen der Gauleiter des Textilarbeiterverbandes und der örtliche Arbeitersekretär<sup>354</sup>. In Altenburg saßen alle örtlichen Gewerkschaftsvorstände und Kartellvertreter im Arbeiter- und Soldatenrat, im Vollzugsausschuß, der zugleich als Zentralinstanz für Sachsen-Altenburg fungierte, die Kartellvorsitzenden des Landes neben dem SPD-Landesvorstand und vier Vertretern des Soldatenrats<sup>355</sup>. Die entscheidende Rolle in Mansfeld spielte der Sekretär des Bergarbeiterverbandes<sup>356</sup>.

In Danzig wurde ein Vollzugsausschuß aus je zehn Soldaten- und Arbeitervertretern gebildet, letztere paritätisch aus beiden sozialistischen Parteien; von den fünf Vertretern der SPD waren vier hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre<sup>357</sup>. Vorsitzender des Breslauer »Volksrates« wurde der Gewerkschaftssekretär Philipp<sup>358</sup>, des Kattowitzer Arbeiter- und Soldatenrats Heinrich Löffler, Sekretär des Bergarbeiterverbandes<sup>359</sup>. In Beuthen konstituierte sich der Arbeiter- und Soldatenrat unter Vorsitz des Gewerkschaftssekretärs Trappe<sup>360</sup>; an der Spitze des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrats für Oberschlesien stand der Gewerkschaftler Kudziella neben dem Bezirkssekretär der SPD, Hanke, bis beide Anfang Januar 1919 von Otto Hörsing abgelöst wurden, der vor dem Kriege ebenfalls Gewerkschaftssekretär gewesen war<sup>361</sup>. Ähnlich sah es in zahlreichen kleinen und mittleren Städten aus<sup>362</sup>. In Karlsruhe erklärte sich das Gewerkschaftskartell kurzerhand selbst zum Arbeiterrat; Vorsitzender wurde der Gauleiter des Bauarbeiterverbandes<sup>363</sup>.

An manchen Orten allerdings, an denen die Opposition stark vertreten war, der Gewerkschaftsapparat sich jedoch in Händen von Mehrheitssozialisten befand, gerieten die freien Gewerkschaften bei der Bildung der Räte ins Hintertreffen. In Hamburg, wo die Gewerkschaftsführer bis zuletzt versuchten, ein Übergreifen der Kieler Vorgänge zu verhindern<sup>364</sup>, wäre der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes in einer von der USPD veranstalteten Massenversammlung am 5. November beinahe gelyncht worden<sup>365</sup>. Zwei Tage später entging der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells nur mit knapper Not seinem Hinauswurf aus einer Veranstaltung der Unabhängigen, in der Hugo Haase dazu aufforderte, keine hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in die Exekutive des Arbeiterrates zu wählen<sup>366</sup>. Dem provisorischen Hamburger Arbeiterrat gehörten daher nur Unabhängige an<sup>367</sup>. Zwar wurden einige Tage später dennoch

drei Gewerkschaftsfunktionäre, unter ihnen der Kartellvorsitzende Hense, in die 18köpfige Exekutive des Rates aufgenommen; aber dessen politische Führung lag bis zum Januar 1919 bei den Linksradikalen und Unabhängigen<sup>368</sup>. Bezeichnend für die Position der Gewerkschaften in der Hamburger Arbeiterschaft ist ferner, daß in der zweiten Novemberhälfte die Teilnehmer einer Demonstration die Beschlagnahme der Gewerkschaftsgelder und die Kontrolle der Gewerkschaften durch den Arbeiter- und Soldatenrat forderten und die vorübergehende Schließung der Gewerkschaftsbüros durchsetzten<sup>369</sup>.

In Bremen wählte der über 200köpfige Arbeiterrat einen Aktionsausschuß ausschließlich aus Unabhängigen und Linksradikalen; erst nachträglich und widerstrebend wurden zur Wahrnehmung bestimmter fachlicher Aufgaben auch sechs mehrheitssozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre aufgenommen<sup>370</sup>, unter ihnen der Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes, Carl Deichmann<sup>371</sup>. Auch der Mülheimer Arbeiterrat bestand zunächst ausschließlich aus USPD-Mitgliedern; der Zuziehung von SPD-Vertretern stimmte er nur unter der Bedingung zu, daß sie nicht Angestellte der Partei oder der Gewerkschaften sein dürften<sup>372</sup>. In München gestaltete sich der Versuch der Gewerkschaftsfunktionäre, auf Bildung und Tätigkeit des Arbeiterrates Einfluß zu nehmen, »sehr schwierig«<sup>373</sup>. In Nürnberg gehörten sie dem provisorischen Arbeiterrat nicht an<sup>374</sup>. In Halle kamen vier Vertreter des Gewerkschaftskartells erst nachträglich in den Rat<sup>375</sup>. In Leipzig erklärte sich die USPD-Funktionärsversammlung zum provisorischen Arbeiterrat<sup>376</sup>. Bei den anschließenden Arbeiterratswahlen in den Betrieben wurden Gewerkschaftsführer übergangen, sofern sie nicht der Opposition angehörten; auf die Tätigkeit des Arbeiterrats gewannen sie keinen Einfluß<sup>377</sup>. Auch im Berliner Vollzugsrat spielten Gewerkschaftsführer keine Rolle; unter den USPD-Angehörigen dominierten die revolutionären Obleute, unter den SPD-Mitgliedern Betriebsvertrauensleute, wie die Obleute überwiegend aus der Metallindustrie und lediglich Inhaber gewerkschaftlicher Basisfunktionen<sup>378</sup>.

Einen noch schwereren Stand als die freien Gewerkschaften hatten die nicht-sozialistischen Arbeiterorganisationen gegenüber der Rätebewegung. Den Gelben wurde nicht einmal in ihrer alten Hochburg Essen eine Beteiligung am Arbeiterrat zugestanden<sup>379</sup>. Angehörige der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine fanden nur in wenigen Städten Aufnahme in die Arbeiterräte, so in Duisburg, Düsseldorf, Hamburg und Breslau; fast überall sonst blieben sie unberücksichtigt und klagten über »schlimmsten Terrorismus« der sozialistischen Organisationen<sup>380</sup>.

Die christlichen Gewerkschaften konnten lediglich in kleineren Orten außerhalb der Industriezentren mit überwiegend katholischer Einwohner-

schaft wie Koblenz und Willich von vornherein eine Mitwirkung im Arbeiterrat durchsetzen<sup>381</sup>. In den Industriezentren hingegen – und dort selbst in ihren Hochburgen – blieben sie entweder unberücksichtigt oder mußten sich mit einer Minderheitsvertretung begnügen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf, wo sie rund 100000 Mitglieder zählten, wurden sie derart übergangen, daß der Essener Bezirksleiter des CMV am 15. November 1918 an die übrigen Arbeiterorganisationen appellierte, »im Interesse der ruhigen Weiterentwicklung der Dinge . . . auch den berechtigten Wünschen und Forderungen der christlichen Arbeiterschaft Verständnis entgegenzubringen und ihnen entgegenzukommen«<sup>382</sup>. In Duisburg, Recklinghausen, Bottrop und Buer wurden den christlichen Gewerkschaften und dem Zentrum zwar einige Sitze in den Arbeiterräten zugestanden; doch die Sozialdemokraten besaßen ein klares Übergewicht<sup>383</sup>. Ähnlich sah es in Mönchengladbach und Rheydt aus<sup>384</sup>. In Essen bestand der Arbeiter- und Soldatenrat allein aus Mitgliedern von SPD, USPD und Spartakusbund; er zog allerdings die christlichen Gewerkschaften zu vielen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung hinzu<sup>385</sup>. In Karlsruhe wurden Vertreter der christlichen Gewerkschaften nach einiger Zeit in den anfänglich rein sozialistischen Arbeiterrat aufgenommen<sup>386</sup>. In Jülich hingegen gehörten ihm zunächst neben vier Sozialdemokraten, einem Gastwirt und dem Gymnasialdirektor auch vier christliche Gewerkschaftler an. Am 24. November jedoch wurden sie ausgeschlossen; dem neuen Arbeiterrat gehörten nur noch Sozialdemokraten an<sup>387</sup>. Auch im Saarland stellten allein Angehörige der freien Gewerkschaften und der beiden sozialistischen Parteien die Arbeiter- und Soldatenräte, bis der Einmarsch der französischen Besatzungstruppen ihre Macht schon am 23. November beendete.

Ein Grund für die geringe Beteiligung der christlichen Gewerkschaften an den Räten lag in dem Mißtrauen, das viele sozialistische Arbeiter gegenüber den konfessionellen Arbeiterorganisationen aufgrund einschlägiger Erfahrungen hegten, ein anderer in der zweideutigen Haltung, die sie dem Umsturz gegenüber einnahmen. Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften forderte seine Mitglieder Mitte November 1918 zwar auf, »sich allen Behörden und derzeitigen Machthabern zur Verfügung zu stellen«, um »möglichst bald« wieder zu »geordneten Zuständen« zu kommen<sup>388</sup>. In Köln aber erklärte ein christlicher Gewerkschaftsführer in einer Versammlung der Zentrumsparterie noch am 10. November, die christliche Arbeiterschaft halte am monarchischen Staatsgedanken fest. Erst eine Woche später ließen hier die christlichen Gewerkschaftssekretäre verlauten, sie erstrebten nicht die Rückkehr zum Gewesenen<sup>389</sup>. Als kurz darauf das christliche Gewerkschaftskartell Aufnahme in den rein mehrheitssozialistischen Arbeiterrat forderte, erklärte sich der Aktionsausschuß unter der Vorausset-

zung einverstanden, daß die christlichen Gewerkschaften »sich ausdrücklich mit den Ideen und Auffassungen des ... Soldatenrates einverstanden erklären, die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats zu ihren eigenen machen und an der Verwirklichung dieser Forderungen allen Ernstes mitzuarbeiten gewillt« seien<sup>390</sup>. Dies aber lehnten sie als »Mißachtung demokratischer Grundsätze« ab, ebenso wie sie »jede Einmischung in die Tätigkeit der in freier Wahl gewählten politischen Körperschaften und Selbstverwaltungsorgane und jedwede Stellungnahme zu politischen Angelegenheiten ... seitens des Arbeiter- und Soldatenrats ... als unerträgliche und unwürdige Bevormundung« empfanden<sup>391</sup>. Infolgedessen blieb ihnen der Beitritt versperrt<sup>392</sup>.

Im Saarland erklärte die Geschäftsstelle des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter am 11. November, die christlichen Gewerkschaften hätten sich »nur aus Zweckmäßigkeitsgründen den neuesten Gewalten untergeordnet«, und bekannte sich zu ihren alten »grundsätzlichen Anschauungen ... auch unter den geänderten Verhältnissen«<sup>393</sup>. Zwei Tage später protestierte eine Revierkonferenz der christlichen Gewerkschaften in Saarbrücken dagegen, »daß an vielen Stellen nur solche Arbeiter in den sog. Arbeiterrat aufgenommen werden, die sich politisch zur Sozialdemokratie bekennen«, und forderte überall eine Beteiligung des Gewerkvereins entsprechend der Mitgliedsstärke, mit der Maßgabe freilich, daß seine Vertreter kein rotes Abzeichen anzulegen brauchten, sondern eine weiße oder andersfarbige Binde mit Stadt- oder Gemeindewappen eingeführt würde<sup>394</sup>. Daraufhin blieben sie auch hier von den Arbeiterräten ausgeschlossen.

Ein weiterer Grund für die geringe Beteiligung der christlichen Gewerkschaften an den Arbeiter- und Soldatenräten lag darin, daß viele ihrer Mitglieder den Glauben an ihre Organisation verloren hatten. Mancher christlich organisierte Arbeiter war der Meinung, »das Ende der christlichen Gewerkschaften sei nun gekommen, und die Sozialdemokratie werde ihre unumschränkte Herrschaft antreten«<sup>395</sup>. Wo diese Meinung vorherrschte, bestand unter den Mitgliedern vermutlich nur geringe Bereitschaft, sich in einem überwiegend sozialistischen Arbeiterrat zu exponieren, hingegen um so größere Neigung, zu den stärkeren Bataillonen überzuwechseln. Die saarländischen Hüttenarbeiter, die nach dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes großenteils dem christlichen Metallarbeiterverband beigetreten waren, liefen jetzt scharenweise zur Sozialdemokratie über<sup>396</sup>. Außerdem hatte auch in den christlichen Gewerkschaften deren Kriegspolitik erhebliche Unzufriedenheit erzeugt. Doch anders als in den freien Gewerkschaften äußerte sie sich weniger in innergewerkschaftlicher Opposition als ebenfalls im Übertritt in sozialdemokratische Organisationen<sup>397</sup>.

Auf der anderen Seite gab es viele Orte, hauptsächlich außerhalb der



Industriezentren, in denen sich Bürgerliche bei der Bildung der Räte maßgeblichen Einfluß zu sichern wußten, so daß diese vermeintlich revolutionären Organe von vornherein als Institutionen zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung wirkten. An der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrats Münster waren der Oberbürgermeister und das stellvertretende Generalkommando in so maßgeblicher Weise beteiligt, daß dieses Gremium jedenfalls anfänglich weit eher einem Instrument der alten Machthaber zur Kanalisierung revolutionärer Energien als einem Kampf- und Herrschaftsinstrument der Revolution glich<sup>398</sup>. In Bonn entstand ein Arbeiter-, Bürger- und Soldatenrat, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der SPD und der bürgerlichen Parteien<sup>399</sup>. An der Spitze des Greifswalder Arbeiter- und Soldatenrats standen der ehemalige kaiserliche Polizeidirektor und der Bataillonskommandeur; dem Arbeiter- und Soldatenrat Dessau gehörte der Generaldirektor eines Industriebetriebes an<sup>400</sup>. Auch viele bayerische Räte waren von vornherein stark mit bürgerlichen Elementen durchsetzt<sup>401</sup>. Gleiches gilt für Schlesien, wo mehr oder weniger umfangreiche Gebietsabtretungen an Polen befürchtet wurden; auch dort waren durchweg Offiziere, Beamte, Kaufleute und Handwerker in den Räten vertreten. Im Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Liegnitz saßen neben dem Gewerkschaftssekretär, der den Vorsitz innehatte, der Oberbürgermeister und ein Stadtrat<sup>402</sup>; dieses Organ betrachtete sich »als Provisorium zur Unterstützung der jetzigen Regierung« und protestierte »aufs heftigste« gegen jede Bevormundung durch die Berliner Räte<sup>403</sup>. Seine antirevolutionäre Wirksamkeit beleuchtet die Tatsache, daß eine seiner ersten Maßnahmen darin bestand, in bester Tradition deutscher Kleinstädtereie von nahezu schildbürgerlichem Ausmaß dafür zu sorgen, »die militärische Wache für den Hauptbahnhof stets am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag mit Musik aufziehen zu lassen, um die militärische Form besser zu wahren« und zugleich – wie die Lokalpresse erfreut kommentierte – nach dem Vorbild der großen Garnisonsstädte »einen beliebten Anziehungspunkt, besonders auch für den Fremdenverkehr« zu schaffen<sup>404</sup>. Der Kattowitzer Arbeiter- und Soldatenrat erhielt sogar erhebliche Geldbeträge von industrieller Seite<sup>405</sup>. Im Breslauer Volksrat stellten Angehörige der bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Konservativen ein Drittel der Mitglieder<sup>406</sup>. Mitunter wurden die Bürgerlichen von den Arbeitern und Soldaten sogar ausdrücklich zum Eintritt in die Räte aufgefordert. So trat Max Weber auf Ersuchen der Mehrheitssozialdemokraten dem Heidelberger Arbeiter- und Soldatenrat bei<sup>407</sup>.

An manchen Orten, an denen das Bürgertum von den Räten ausgeschlossen blieb, entstanden neben den Arbeiter- und Soldatenräten räteähnliche Organe mit mehr oder weniger starkem bürgerlichem Einschlag.

In Essen etwa wurde auf Initiative des Oberbürgermeisters Luther, des späteren Reichskanzlers, ein Ausschuß aus »Vertretern aller Richtungen« gebildet, der »alle wichtigen Fragen« besprechen und vor allem »aufklärend und beruhigend wirken« sollte<sup>408</sup>. In Aachen entstand ein Wohlfahrtsausschuß, dem neben mehrheitssozialistischen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats der Garnisonskommandeur, der Regierungs- und der Polizeipräsident, je ein Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie der Arbeitgeberverbände angehörten; den Vorsitz führte der Oberbürgermeister. In Mannheim und Karlsruhe bildeten sich »Wohlfahrtsausschüsse« aus Angehörigen aller Parteien<sup>409</sup>. Selbst in Berlin entstand ein Volksausschuß »zum Schutz der gemeinnützigen Einrichtungen«; außer dem Oberbürgermeister gehörten ihm Vertreter der SPD, der USPD, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Ortsorganisationen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften an<sup>410</sup>. In vielen Städten wurden Bürgerliche nach kurzer Zeit in die Räte aufgenommen, so in den von Carl Severing geleiteten Bielefelder Volks- und Soldatenrat. Im erweiterten Magdeburger Arbeiterrat saßen bald neben den Sozialisten Nationalliberale und Fortschrittler sowie Vertreter der Angestellten- und Beamtenverbände. Am Offenbacher Arbeiter- und Soldatenrat wurden die Demokraten beteiligt. In zahlreichen schlesischen Städten wurden die Arbeiterräte nach kurzer Zeit zu sogenannten »Volksräten« umgebildet, in denen meist die bürgerlichen Vertreter den Ton angaben<sup>411</sup>.

Im übrigen scheint es unabhängig von der Zusammensetzung der Räte in vielen Orten innerhalb kurzer Zeit zu einem Arrangement zwischen den Räten und den Behörden gekommen zu sein, das es den letzteren gestattete, mehr oder weniger ungestört ihre Tätigkeit fortzusetzen<sup>412</sup>. Ein typisches Beispiel hierfür bieten die Verhältnisse im Landkreis Opladen am Rande des rheinisch-westfälischen Industriereviere. Hier bat der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, den selbst der stramm konservative Landrat als »klug und gemäßigt« charakterisierte, alle Verwaltungsangehörigen und Honoratioren, »zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf ihrem Posten zu bleiben«, was allgemein befolgt wurde, so daß unter dem Regiment des Arbeiter- und Soldatenrates »nichts Besonderes« passierte<sup>413</sup>. Selbst in Berlin erlangten die kommunalen Räte und Volksbeauftragten nach dem Zeugnis des damaligen Oberbürgermeisters »niemals einen durchgreifenden Einfluß auf den Bau der Stadtverwaltung«<sup>414</sup>.

Noch weniger veränderte die Rätebewegung die Machtverhältnisse auf dem Land. Zwar entstanden dort nach dem 9. November als Pendant zu den städtischen Arbeiter- und Soldatenräten Bauern- und Landarbeiterräte, zum kleinen Teil spontan, zum größeren Teil aufgrund von zwei Aufrufen der Volksbeauftragten vom 12. und 22. November 1918<sup>415</sup>. Die Volks-

beauftragten allerdings wußten von den Problemen der Landwirtschaft und der Struktur der agrarischen Interessenvertretungen dank des jahrelangen Desinteresses der Sozialdemokratie hierfür nur wenig<sup>416</sup>. Die Lobbyisten der Landwirtschaft machten sich diese Unkenntnis zunutze und bemühten sich unmittelbar nach dem Umsturz um ein Zweckbündnis mit den Führern der Landarbeiter, um zu verhindern, »daß diese etwa allein ... einseitig auf die jetzigen Regierungsstellen einzuwirken versuchen«<sup>417</sup>. Mitte November vereinbarten sie mit den Vorsitzenden des freigewerkschaftlichen und des christlichen Landarbeiterverbandes die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Vorsitzender wurde ein führendes Mitglied des BdL und der Konservativen Partei, stellvertretender Vorsitzender Georg Schmidt, der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes, der damals größten Landarbeitergewerkschaft<sup>418</sup>. Seit Anfang Dezember 1918 firmierte diese Arbeitsgemeinschaft mit Billigung der Volksbeauftragten als Reichsbauern- und Landarbeiterrat. Auf diese Weise gelang es den alten landwirtschaftlichen Organisationen nicht nur, ihren Fortbestand zu sichern, sondern auch in die Verlautbarungen der Volksbeauftragten über die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten ihre Wünsche einzubringen. Hierbei setzten sie vor allem ein Bekenntnis der Volksbeauftragten und der beiden Landarbeitergewerkschaften zur »Erhaltung der Betriebe«, also der Eigentums- und Besitzverhältnisse auf dem Lande, und die Wählbarkeit von Landbesitzern in die Räte durch, ohne Rücksicht auf die Größe ihrer Besitzungen<sup>419</sup>.

Demnach konnten also auch Großgrundbesitzer Mitglieder eines Bauern- und Landarbeiterrates werden. Berücksichtigt man dazu, daß in den ländlichen Gebieten das Netz der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, in denen die Großgrundbesitzer dominierten, intakt geblieben, die Landarbeitergewerkschaften hingegen so ohnmächtig und an vielen Orten nichtexistent waren wie ehemals, so ist es nicht verwunderlich, daß diese Räte nur selten zu Interessenvertretungen des Landproletariats wurden, sondern meistens die alten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse in neuem Gewand repräsentierten. Der Landrat des Kreises Westprieignitz rief zur Wahl eines Bauernrates auf, der sich aus »Vertretern des Großgrundbesitzes, des Kleingrundbesitzes, der ländlichen Arbeiter und des ländlichen Handwerkerstandes« zusammensetzen sollte<sup>420</sup>. In Birnbaum im Regierungsbezirk Bromberg wurde der Kreislandarbeiterrat in einer vom landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband einberufenen Landarbeiterversammlung gewählt<sup>421</sup>. In einer anderen Gemeinde desselben Bezirks beteiligten sich an der Wahl der Arbeitnehmergruppe des Bauern- und Landarbeiterrates auch Lehrer, Beamte und Eisenbahnbedienstete, die sich nebenamtlich in der Landwirtschaft betätigten<sup>422</sup>.

Infolgedessen gaben in vielen Räten die Landbesitzer und der mit ihnen eng verbundene ländliche Mittelstand – Gutsangestellte, Handwerker, Gewerbetreibende und ländliche Intelligenz – den Ton an. In den sächsischen Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt, Flöha und Grimma waren Mitte Februar 1919 von den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ortsbauernräte mehr als die Hälfte Großgrundbesitzer, Rittergutsbeamte und reiche Bauern, rund 36% Unternehmer aus Handel und Gewerbe, 11% Industriearbeiter und nicht einmal 1% Landarbeiter<sup>423</sup>. An der Spitze der Bauernräte in der Rheinprovinz standen die Präsidenten der beiden größten Bauernvereine und der Präsident des landwirtschaftlichen Vereins<sup>424</sup>. Den badischen Landesbauernrat bildeten anfänglich ausschließlich Vorstandsmitglieder der Landwirtschaftskammer<sup>425</sup>.

Aufgrund dieser Zusammensetzung traten die Bauern- und Landarbeiterräte nur in wenigen Fällen – vor allem in Regionen mit einem geringen Anteil von Großgrundbesitzern wie Schleswig-Holstein und dem Regierungsbezirk Wiesbaden – wie die Arbeiter- und Soldatenräte auf und beanspruchten politische Kontrollbefugnisse gegenüber der Verwaltung<sup>426</sup>. Die meisten wurden – wie im Rheinland – direkt von den alten agrarischen Interessenvertretungen gelenkt oder von ihnen aus dem Hintergrund gesteuert<sup>427</sup>. Sie erblickten ihre politische Aufgabe darin, »ein Übergreifen des ... Arbeiter- und Soldatenrats auf die Landgemeinden zu verhindern«<sup>428</sup> oder ein Gegengewicht gegen die »bolschewistischen Ideen im Innern« zu bilden<sup>429</sup>. In zahlreichen Orten standen sie überhaupt nur »auf dem Papier«<sup>430</sup>, in anderen wurden nur Bauern-, aber keine Landarbeiterräte gewählt, so in den Posener Kreisen Znin, Birnbaum und Meseritz, und zwar, weil das »Ministerialblatt mit der Wahlordnung beim Verlag vergriffen« sei, wie der Landrat vorgab<sup>431</sup>. In wieder anderen wurden trotz der Aufrufe der Volksbeauftragten und eines erneuten Erlasses des Reichsernährungsministeriums vom 16. Januar 1919<sup>432</sup> weder Bauern- noch Landarbeiterräte eingerichtet, z. T. mit der Begründung, es sei hierfür »kein Bedürfnis« vorhanden<sup>433</sup>.

## *Die Gewerkschaften nach der Revolution*

Indessen war auch die Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte in einem doppelten Sinne nicht radikal. Sie sahen ihre Aufgabe weniger in der Liquidation als in der Kontrolle der bisherigen Machthaber im Heer, im Staatsapparat und in der Wirtschaft, und sie waren – von Minderheiten abgesehen – nicht gegen die Massenorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, gerichtet. Gewiß hatte die Kriegspolitik

von Gewerkschaften und SPD viele Arbeiter bitter enttäuscht. In dem Augenblick jedoch, als der Krieg zu Ende war und die Macht der Sozialdemokratie in den Schoß fiel, verlor die Debatte über diese Politik an Interesse. Viele Arbeiter vermochten deshalb auch nicht einzusehen, warum die Trennung der Sozialdemokratie in SPD und USPD noch aufrechterhalten werden sollte, nachdem der Anlaß zur Spaltung hinfällig geworden war. Daher drängten sie an vielen Orten energisch auf die Wiederannäherung beider Parteien<sup>434</sup>. Seinen deutlichsten Ausdruck fand dieses Verlangen in der paritätischen Besetzung des Rates der Volksbeauftragten durch SPD und USPD. Im übrigen war den meisten Arbeitern klar, daß sie trotz allem, was sie an den Organisationen auszusetzen haben mochten, auch jetzt auf sie angewiesen blieben, um ihre ökonomischen Interessen durchzusetzen und ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu verwirklichen.

Den eindrucksvollsten Beweis hierfür lieferte der Mitgliederzulauf zu den freien Gewerkschaften, der bei Kriegsende einsetzte. Im vierten Quartal 1918 erlebten sie einen »beispiellosen Aufschwung«<sup>435</sup>. Allein von Anfang Oktober bis Ende Dezember verdoppelte sich ihre Mitgliederzahl nahezu von 1 453 877 auf 2 858 053. Sie lag damit bei Jahresende 1918, obwohl sich mehr als eine Million Mitglieder noch nicht einmal vom Heeresdienst bei den Verbänden zurückgemeldet hatten, bereits über dem höchsten Vorkriegsstand von 2 576 808 Ende Juni 1913<sup>436</sup>. Im 1. Quartal 1919 stieg der Mitgliederbestand weiter um 1 811 865 auf 4 677 877, im 2. Quartal erneut um 1 101 414 auf 5 779 291, zwischen Juli und September um 783 068 auf 6 562 359 und zwischen Oktober und Jahresende noch einmal um 775 773 auf 7 338 132. Innerhalb des einen Jahres 1919 gewannen die freien Gewerkschaften also knapp 4,5 Mill. neue Mitglieder. Bei Jahresende lag ihre Mitgliederzahl damit rund dreimal höher als bei Kriegsausbruch<sup>437</sup>.

Die neuen Mitglieder kamen hauptsächlich aus Gruppen, die bisher überwiegend unorganisiert gewesen waren wie die Staatsarbeiter, Eisenbahner und Landarbeiter. In manchen Regionen, namentlich in Oberschlesien, zählten auch alle übrigen Arbeiter hierzu. In diese Kategorie gehören ferner die Arbeiter der Großbetriebe, die bis 1914 auf jede erdenkliche Weise von den Gewerkschaften ferngehalten worden waren und erst seit dem Hilfsdienstgesetz in größerer Zahl beizutreten begonnen hatten, also große Teile der Bergarbeiterschaft und der Hüttenarbeiter an Ruhr und Saar und in Oberschlesien, ebenso die Beschäftigten der großen Chemiewerke und Elektrofirmer sowie zahlreicher Metallverarbeitungsbetriebe. In allen Verbänden nahm außerdem die Zahl der weiblichen und der jugendlichen Mitglieder jetzt erheblich zu. Schließlich strömten die Angestellten, die bisher aus Desinteresse, sozialem Überlegenheitsbewußtsein oder antigewerk-

schaftlicher Ideologie ferngeblieben waren, in überraschend großer Zahl den freien Gewerkschaften zu.

Die Veränderung der sozialen Zusammensetzung der freien Gewerkschaften, die bereits nach dem Hilfsdienstgesetz begonnen hatte, wurde durch diesen Zuwachs fortgesetzt und beschleunigt. Der bis 1914 dominierende Typus des qualifizierten, handwerklich ausgebildeten, berufsstolzen Facharbeiters, der vornehmlich in Klein- oder Mittelbetrieben arbeitete, wurde nun von dem des an- oder ungelerten Industriearbeiters zurückgedrängt, der in Großbetrieben arbeitete, oft keine spezifische Berufsbindung mehr kannte und dessen soziales Milieu die Arbeiterquartiere der Großstädte bildeten. Der Unterschied in der sozialen Zusammensetzung der Gewerkschaften gegenüber der Struktur der deutschen Arbeiterschaft, der die Organisationen vor 1914 gekennzeichnet hatte, wurde also aufgehoben; die Gewerkschaften boten jetzt ein einigermaßen getreues Abbild der Arbeiterschaft.

Mit der sozialen Zusammensetzung der freien Gewerkschaften veränderten sich auch der Erwartungshorizont und die Verhaltensmuster ihrer Mitglieder. Die neu eingetretenen waren größtenteils politisch und gewerkschaftlich ungeschult. Sie besaßen keine Bindungen an die Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen, die sich in den Organisationen herausgebildet hatten. Manche von ihnen mochten in der rein ökonomischen Erwartung einem Verband beigetreten sein, nach der Anerkennung der Gewerkschaften durch die Arbeitgeber als Gewerkschaftsmitglied eher einen Arbeitsplatz zu bekommen als ein Unorganisierter<sup>438</sup>. Andere hingegen neigten aufgrund der Kriegserfahrungen, der psychischen Wirkungen der Revolution und ihrer materiellen Lage zu einem Radikalismus, wie er bisher in den Gewerkschaften kaum vertreten wurde. Dasselbe gilt für viele derjenigen, die erst während des Krieges in den Arbeitsprozeß eingetreten waren, namentlich für viele Jugendliche. Aber auch an vielen alten Gewerkschaftsmitgliedern war der Krieg nicht spurlos vorübergegangen. Viele Beschäftigte der von der Kriegskonjunktur nicht erfaßten Branchen hatten ihren Arbeitsplatz, oft auch ihren Beruf und nicht selten sogar ihren Wohnort wechseln müssen. Es ist verständlich, daß dies, zumal in Verbindung mit den materiellen Auswirkungen des Krieges, auch psychologische Folgen hatte<sup>439</sup>. Einen ähnlichen Prozeß hatten erst recht die zur Armee eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder durchgemacht. Sie waren noch gründlicher aus der alten beruflichen und sozialen Umgebung herausgerissen, von den Erfahrungen und Erlebnissen des Krieges aufgerüttelt und oft auch politisiert worden.

Nahezu unverändert blieb zunächst lediglich das gewerkschaftliche Funktionärskorps. Sofern die Gewerkschaftsführer nicht in staatliche Äm-

ter überwechselten, verblieben sie in ihren Positionen; denn mit Rücksicht auf die eingezogenen Mitglieder wartete man mit der Abhaltung von Verbandstagen bis zum Abschluß der Demobilisierung, in der Regel mindestens bis zum Frühsommer 1919. Einstweilen herrschte also nach wie vor der Typus des handwerklich qualifizierten, berufsstolzen Funktionärs provinziell-kleinbürgerlicher Provenienz vor, der sich in zäher Kleinarbeit in der Organisation hochgedient hatte, die schließlich seine soziale Heimat wurde. Der Zulauf vergrößerte also die Diskrepanz zwischen Mitgliedern und Funktionärsapparat in bezug auf Sozialisations- und Qualifikationsmuster. Hierin liegt eine wesentliche Ursache für die Unterschiede auch der politischen Zielvorstellungen zwischen großen Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und ihren Führern, wie sie in den Revolutionsmonaten zunehmend deutlich wurden.

Vorerst freilich bewiesen die Massen mit dem Zulauf zu den Gewerkschaften, daß sie diesen eine wirksame Vertretung ihrer Interessen zutrauten. An vielen Orten riefen sogar die Räte zum Eintritt in die Gewerkschaften auf, selbst dort, wo diese noch kaum entwickelt waren und nur geringen oder keinen Einfluß ausübten, wie in Bayern – ein deutliches Zeichen dafür, daß die Räte sich nicht als Gegenspieler, sondern als Verbündete der Gewerkschaften verstanden<sup>440</sup>. Sogar in Berlin, wo sämtliche örtlichen Gewerkschaftsführer in den Wochen nach dem 9. November abgesetzt wurden<sup>441</sup>, übertrug der Vollzugsrat den Gewerkschaften die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und ermächtigte die Gewerkschaftsleitung, hierfür »sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen«<sup>442</sup>. Selbst Richard Müller, nunmehr Vorsitzender des Berliner Vollzugsrats, war überzeugt, daß die Gewerkschaften zur Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft unbedingt notwendig waren<sup>443</sup>. Welches Vertrauen die Massen den Gewerkschaften auch nach der Revolution entgegenbrachten, läßt überdies die Zusammensetzung des Rätekongresses erkennen, der Mitte Dezember 1918 in Berlin tagte. Von den 289 mehrheitssozialdemokratischen Delegierten waren nicht weniger als 87 hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, also 30%. Unter ihnen befanden sich so umstrittene Arbeiterführer wie Albert Baumeister, Adolf Cohen und der Hamburger Kartellsekretär Karl Hense. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter den Kongreßdelegierten lag noch weit höher<sup>444</sup>.

## *Die Lage Mitte November 1918*

Trotz der Abdankung des Kaisers, der Ausrufung der Republik, der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, vieler roter Fahnen und anderer revolutionärer Symbole wirkten die Ereignisse des 9. November vorerst wie die Explosion eines zwar großen, aber recht harmlosen Feuerwerkskörpers mit starker Rauchentwicklung. Als der Knall verhallt und der Rauch nach einigen Tagen verzogen war, rieb man sich allenthalben die Augen und stellte überrascht fest, daß sich eigentlich nicht sonderlich viel verändert hatte. Gewiß, der Kaiser und die übrigen gekrönten Häupter samt ihren geheimrätlichen Kabinetten waren von der politischen Bühne verschwunden, ebenfalls die meisten Militärbefehlshaber, und an der Front wurde nicht mehr gekämpft. An der Spitze des Reiches stand der sozialistische Rat der Volksbeauftragten, in den Einzelstaaten regierten provisorische sozialistische Regierungen. In den meisten Kreisen und Kommunen hatten Arbeiter- und Soldatenräte Ordnungs- und Selbstverwaltungsfunktionen übernommen und kontrollierten die Verwaltung.

Aber damit hatte es bereits im wesentlichen sein Bewenden. Die bürgerlichen Chefs der Reichsämter aus der Regierung des Prinzen Max übten als »Fachminister« ihre Funktionen weiter aus. Der ganze Apparat der Ministerialbürokratie bestand weiter; die Ober- und Regierungspräsidenten, die Landräte, fast ausnahmslos stramm konservativ und monarchisch gesonnen, blieben im Amt. In den Kommunalverwaltungen saßen fast überall die alten Bürgermeister und Stadträte. Die OHL mit dem Feldmarschall Hindenburg an der Spitze befahlte immer noch die Armee<sup>445</sup>. Der gesamte Justizapparat war unerschüttert geblieben, ebenso das staatliche Bildungswesen. Auch die Kirchen bestanden nach wie vor, deren Führer sich – zumal in der evangelischen Kirche – als engste Verbündete und stärkste Stütze der Monarchie zu betrachten und zu verhalten gewohnt waren. In der Wirtschaft hatte sich ebenfalls nichts verändert. Alle Generaldirektoren und Aufsichtsräte saßen weiterhin in ihren Sesseln, die Großgrundbesitzer auf ihren Gütern. Die Eigentumsverhältnisse waren dieselben wie zuvor und die Folgen desgleichen: wer vor dem 9. November reich gewesen war, war es immer noch, wer arm war, war arm geblieben.

Auch das alltägliche Leben kehrte innerhalb weniger Tage in die gewohnten Bahnen zurück. In Stuttgart nahm es schon am 11. November wieder seinen normalen Gang<sup>446</sup>. In Berlin waren eine Woche nach dem Umsturz die Kaufhäuser wie üblich geöffnet, Weihnachtsbilder in den Schaufenstern. Nur die Hoflieferanten hatten eilig rote Fahnen über die Wappen auf ihren Firmenschildern gedeckt, und die Soldatenmützen zierte nicht mehr



die alte Kokarde, sondern rote Kreise oder nur die deutsche oder preußische Kokarde, je nach Geschmack oder politischer Neigung. Am Palasthotel erinnerten einige Kugelspuren an kurze Schießereien. Andere äußere Anzeichen des Umsturzes waren kaum zu bemerken<sup>447</sup>. Im Hotel Adlon versammelten sich am 14. November die Führer der deutschen Schwerindustrie, von niemandem behelligt; die Manager aus West-, Südwest- und Süddeutschland waren in gewohnter Bequemlichkeit mit einem zur Rückführung des Heeres eingesetzten Schlafwagen-Extrazug<sup>448</sup>, die übrigen mit den fahrplanmäßigen Nachtschnellzügen gekommen und hatten sich höchstens darüber zu beklagen, daß die Pünktlichkeit des Eisenbahnverkehrs hier und da zu wünschen übrig ließ<sup>449</sup>.

Die Massen ließ der Umsturz einstweilen erstaunlich kühl. Da er nicht das Ergebnis eines leidenschaftlichen Machtkampfes zwischen verschiedenen Klassen oder Interessengruppen gewesen war, sondern der sang- und klanglose Zusammenbruch eines bis ins Mark ausgehöhlten Regimes, spürte man vom großen politischen Schwung, der zu einem staatlichen und gesellschaftlichen Neuaufbau führen sollte, einstweilen nicht viel. Kloth war nicht der einzige, der »von einer aufrichtigen, zuversichtlichen Begeisterung über die Revolution, über die neue Republik« bei den Massen und erst recht bei ihrem gewerkschaftlich geschulten Teil wenig bemerkte<sup>450</sup>.

Nachdem der Krieg mit dem Waffenstillstand beendet und mit den alten Autoritäten die Gesetze und Verordnungen gefallen waren, die die persönliche und politische Freiheit der Massen beschränkt hatten, wollten diese jetzt »unmittelbare materielle Ergebnisse sehen«<sup>451</sup>. Nach einer Rundreise durch Nord-, Mittel- und Süddeutschland notierte der Journalist Emil Ludwig am 20. November die häufigsten Themen der Gespräche, die er mit angehört hatte: »Butter, Tee, Ferkelschlachten, wann schickt Wilson Butter, Erschwerung der Fahrkarten, Preise in Riga, Polizeistunde, Bier, Nationalversammlung, Butter. Von Freiheit hörte ich nichts, nur sehr viel Spott über die ›Neuen Räte‹, über ›diese Bolschewisten‹ (worunter roter Mord verstanden wird) und ›diese Juden‹, die an allem schuld sind.«<sup>452</sup>

Ein großer Teil der Bevölkerung interessierte sich zunächst für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, hing doch hiervon die Verbesserung der Belieferung mit Lebensmitteln, Kleidung und Kohlen ebenso ab wie die Sicherheit der Arbeitsplätze. Ein Journalist, der am 10. November in Berlin viele Männer interviewte, die mit dem Gewehr über der Schulter und der roten Schleife im Knopfloch durch die Straßen zogen, machte die Beobachtung, daß ihre Hauptvokabel nicht »Revolution«, sondern »Ordnung« war. »Ordnung muß jehalten werden, alles andre is Quatsch!« bekam er zu hören<sup>453</sup>. Freilich handelte es sich bei diesem Reporter um einen Deutschnationalen, der vielleicht nur das hörte, was er hören wollte. Doch

sein Eindruck wird von Gustav Landauer bestätigt, der den Anarchisten nahestand und wenig später in der Münchener Räterepublik eine hervorragende Rolle spielte. »Die von der Revolution noch am wenigsten berührt sind und ganz die alten Spießbürger geblieben sind, das sind die sozialdemokratischen Arbeiter«, klagte er Anfang Dezember<sup>454</sup>. Er bezeichnete die »parteilosophisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft« als »die Schicht, die so wenig von der Revolution berührt wurde, daß sie nur Ärger über sie und ihre Einrichtungen empfindet«<sup>455</sup>. Zehn Tage nach dem Umsturz berichtete der neu ernannte bayerische Gesandte aus Berlin, daß »eine ganze Reihe der schlimmsten Vertreter des alten Systems« sich schon wieder »keck« hervorwagte und »die den Kreisen der Reaktion angehörenden denkenden Geister die Bewegung belächeln, als einen Vorgang ohne fortwirkende Kraft betrachten«<sup>456</sup>. Zur gleichen Zeit notierte hingegen Rathenau, »in Deutschland ist keine Revolution gewesen, sondern es hat eine begonnen«, und prophezeite: »Die soziale Revolution wird . . . eine chronische Revolution bleiben.«<sup>457</sup>

In der Tat war die Situation manch äußerem Anschein zum Trotz alles andere als stabil. Bis Kriegsende lief die Maschinerie der deutschen Wirtschaft im Dienste der Rüstungsproduktion auf höchsten Touren. Nach dem Waffenstillstand aber änderte sich die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage mit einem Schlage. Innerhalb weniger Wochen fluteten die Millionenheere in die Heimat zurück. Die entlassenen Soldaten suchten Arbeit. Viele aber fanden ihre alten Arbeitsplätze entweder von anderen besetzt oder vernichtet, weil ihre Betriebe behördlich stillgelegt oder aus anderen Gründen geschlossen worden waren. Viele kehrten gar nicht in ihre früheren Wohnorte zurück, sei es, weil ihre Angehörigen während des Krieges in eine andere Stadt abgewandert waren, sei es, weil sie am Ort ihrer Demobilisierung oder in dessen Nähe auf Arbeitssuche gingen, sei es, weil sie sich nach den langen Kriegsjahren eine Weile treiben lassen wollten. In den Industriestädten sammelten sich jetzt noch größere Arbeitermassen als vor dem Krieg<sup>458</sup>. Sie übten hier einen außerordentlichen Druck auf den Arbeitsmarkt aus, stellten die Nahrungsmittelversorgung vor neue Probleme und verschlechterten die Wohnungssituation noch mehr.

Diese Verhältnisse trafen zusammen mit der Umstellung der Industrie von der Rüstungs- auf die Friedensproduktion. Zwar verzichtete die Großindustrie auf Massenentlassungen und bemühte sich, die während des Krieges eingestellten Arbeitskräfte – in erster Linie Kriegsgefangene, Fremdarbeiter aus den besetzten Gebieten sowie Frauen und Jugendliche – gegen ihre früheren Stammarbeiter auszutauschen<sup>459</sup>. Zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen aber sah sie sich kaum imstande. Denn zur unverzüglichen Wiederaufnahme der Friedensproduktion fehlte es mit Ausnahme der Ar-

beitskräfte nahezu an allem. Rohstoffe gab es entweder gar nicht oder nicht in erforderlicher Menge, weil die Verbindungen zum Ausland noch nicht wieder geknüpft werden konnten. Die deutsche Handelsflotte war interniert, zerschossen oder beschlagnahmt, obendrein war die Nordsee vermint und die Blockade durch die Ententemächte bestand weiter. Deshalb blieben auch die alten ausländischen Absatzmärkte unerreichbar. Außerdem eigneten sich die Fabrikationsanlagen der Rüstungswerke in vielen Fällen nicht für die Herstellung von Friedenswaren. Im übrigen befanden sie sich wegen der Beschränkung der Wartungs- und Reparaturarbeiten auf das Allernotwendigste in einem derartig heruntergekommenen Zustand, daß die Wiederaufnahme einer geregelten Produktion zunächst umfangreiche Instandsetzungsarbeiten und Investitionen notwendig machte. Das bedeutete zum einen unproduktive Arbeit in großem Umfang und erforderte zum anderen enorme Kredite, die wegen der Unsicherheit der politischen Lage aber kaum zu bekommen waren. Außerdem hatte das Geld empfindlich an Wert verloren, weil der maßlos verschuldete Staat zur Deckung seines Finanzbedarfs immer häufiger zur Notenpresse gegriffen hatte. Staatsaufträge und Subventionsprogramme zur Ankurbelung der Friedenswirtschaft und zur Beschäftigung der rückkehrenden Soldaten, aber auch die Unterhaltszahlungen für Kriegsoffer und Arbeitslose ließen sich jedoch nur durch weitere Kreditaufnahme und durch weiteren Einsatz der Notenpresse finanzieren. Daher beschleunigte sich jetzt die Geldentwertung rapide.

Doch auch wer über die Mittel für den Erwerb industrieller Investitionsgüter verfügte, konnte sie häufig nicht bekommen, weil die Produktions- und Handelshemmnisse ihre Herstellung oder Einfuhr behinderten. Dies betraf besonders die Grundstoffindustrie und den Bergbau. Vor allem letzterer benötigte dringend eine gründliche Überholung, größtenteils sogar eine Erneuerung seiner Abbau- und Fördereinrichtungen. Während des Krieges hatten die Zechen hemmungslosen Raubbau an den Kohlevorkommen getrieben, indem sie vornehmlich die ergiebigsten Flöze abgebaut, die Förderung aus den weniger ergiebigen oder weniger leicht zugänglichen hingegen vernachlässigt hatten. Infolge des Investitionsgütermangels sank die Förderung jetzt unter die Vorkriegswerte. Der Verlust wichtiger Kohlenfelder durch die Abtrennung des Saargebietes vergrößerte die Energielücke zusätzlich. Die Minderförderung an Kohle zog einen Produktionsabfall der Eisen- und Stahlwerke nach sich, für die sich außerdem die Unterbrechung der Verbindungen mit dem lothringischen Erzgebiet empfindlich auswirkte. Der Rückgang der Eisen- und Stahlproduktion wiederum schlug auf die Fertigungindustrie durch, wodurch die Produktionsschwierigkeiten der Grundstoffindustrie wiederum verlängert wurden. Nahezu die

gesamte industrielle Produktion war also durch die Auswirkungen der Niederlage aufs ärgste in Mitleidenschaft gezogen<sup>460</sup>.

Außerdem waren die Nahrungsprobleme mit Kriegsende entgegen einer weit verbreiteten Erwartung keineswegs behoben. In der Landwirtschaft machte sich die Verminderung der industriellen Leistungsfähigkeit in einem Mangel an Düngemitteln und Geräten und dem stockenden Ersatzteilnachschub bemerkbar, so daß selbst die vorhandenen Maschinen häufig ausfielen. Außerdem bot die Landwirtschaft so wenig attraktive Arbeitsbedingungen, daß viele Arbeiter die Arbeitslosigkeit mit kärglicher Unterstützung in den Industriestädten einer Arbeit auf dem Lande vorzogen. Wegen der Aufrechterhaltung der Blockade durch die Alliierten gab es auch kaum eine Möglichkeit, die Nahrungsmittelversorgung durch erhöhte Importe zu verbessern. Im Ruhrgebiet war die Versorgungslage so schlecht, daß sich ganze Zechenbelegschaften tageweise auf Hamsterfahrten begaben<sup>461</sup>. Die Zahl der Todesfälle wegen Unterernährung stieg auch nach dem Waffenstillstand noch weiter an<sup>462</sup>.

Schließlich erschwerten außerordentliche Transportschwierigkeiten die Warenzirkulation und -verteilung innerhalb Deutschlands. In den Waffenstillstandsbedingungen verpflichtete sich das Reich zur Ablieferung von 150000 Eisenbahnwaggons und 5000 Lokomotiven, und zwar von betriebsklaren Fahrzeugen. In solchem Zustand aber befand sich nur noch ein kleiner Teil des rollenden Materials der deutschen Bahnen. Denn mehr noch als die Industrieanlagen war die Bahn durch den Krieg in Anspruch genommen worden, weil sie außer dem normalen Personen- und Güterverkehr den größten Teil der Truppentransporte von und zu den Fronten sowie die Lieferungen der Rüstungsgüter hatte bewältigen müssen. Die Räumung der besetzten Gebiete und darüber hinaus des ganzen linken Rheinufers innerhalb weniger Wochen, wie sie die Waffenstillstandsbedingungen vorschrieben, setzte sie gerade im November und Dezember 1918 einer neuen großen Belastung aus. Durch diese permanente Überlastung waren Lokomotiven und Wagenpark in großem Maße reparaturbedürftig und störungsanfällig. Ein immer größerer Teil mußte aus dem Verkehr gezogen und in die Eisenbahnreparaturwerkstätten gebracht werden. Dort aber dauerte der Aufenthalt immer länger, weil auch hier die Ersatzteile fehlten. Außerdem reagierten gerade die Eisenbahnarbeiter auf die jahrelange schikanöse Behandlung durch die Eisenbahnbehörden nach der Revolution mit erhöhter Streikaktivität und ostentativer Arbeitsunlust.

Im übrigen machten sich jetzt Arbeitsüberdruß und ein Nachholbedarf an Leben, an Vergnügen und Amusement allenthalben in der Arbeiterschaft, aber auch in anderen Bevölkerungskreisen als Antwort auf die jahrelange Anspannung aller körperlichen und psychischen Kräfte und den

Verzicht auf Erholung, Entspannung und Lebensfreude bemerkbar und trugen zum Rückgang der Arbeitsleistung bei. Eine ungehemmte Vergnügungswelle durchtobte die Städte. »Ein memento vivere wurde zur Lösung.«<sup>463</sup> In Köln klagten die christlichen Gewerkschaften über eine »geradezu krankhafte zunehmende Vergnügungssucht und Tanzwut«<sup>464</sup>. In München deckten die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer nahezu die kommunalen Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge, und das bei einer der höchsten Arbeitslosenquoten aller deutschen Städte<sup>465</sup>. Max Weber nannte deshalb die Vorgänge in München einen »blutigen Karneval, der den ehrenvollen Namen einer Revolution nicht verdient«<sup>466</sup>. Die allgemeine Tanzwut erfaßte sogar die OHL in Kassel. Offiziere und Stenotypistinnen, Groener und Schleicher voran, begingen Weihnachten und Silvester 1918 mit einem Ball auf Schloß Wilhelmshöhe<sup>467</sup>. Am heftigsten packte dieses Fieber die Reichshauptstadt. Hier war in den Silvesterfeiern 1918/1919 »mehr echte Raserei in dem Rausch als sonst jemals«<sup>468</sup>. Während der Januarkämpfe 1919, als am Anhalter Bahnhof Maschinengewehrfeuer raselte, tanzten auf dem Potsdamer Platz junge Leute Foxtrott und Schiebetänze<sup>469</sup>. Der Berliner Amüsierbetrieb vereinnahmte sogar die Internationale; sie verkam zum Schlager, den die Kapellen unbeschwert spielten<sup>470</sup>.

Die Bewegung vom 9. November hatte sich auf die Beendigung des Krieges und den Sturz der alten Gewalten beschränkt. Mittlerweile war beides erreicht, und allmählich zeichneten sich unterschiedliche Vorstellungen über die politische und soziale Neuordnung und damit neue politische Gegensätze ab: zwischen bürgerlich-parlamentarischer Demokratie, Räte- und Diktatur des Proletariats in politischer, zwischen Beibehaltung der alten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Mitbestimmung der Arbeiterschaft an der Unternehmensleitung und Überführung des Eigentums an Produktionsmitteln in Gemeinbesitz in wirtschaftlicher, zwischen Erhaltung der alten Armee und Aufbau einer demokratisch fundierten und geprägten Wehrmacht in militärischer Hinsicht. Die Entstehung der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte zeigte, daß große Teile der Arbeiterschaft sich bewußt waren, daß die Entscheidung über Beibehaltung oder Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse in der Armee, in Regierung und Verwaltung und in den Betrieben fiel, und daß sie bereit waren, sich zusammen mit ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen für eine Veränderung in ihrem eigenen Interesse einzusetzen<sup>471</sup>. Sie konnten jedoch nur Erfolg haben, wenn ihre Spitzenorganisationen und die zentrale Regierungsgewalt, mochte sie nun Reichsregierung oder Rat der Volksbeauftragten heißen, dieses demokratische Potential aufgriffen und zielstrebig der Reform des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens dienstbar machten.

# 16. Kapitel: Die Auseinandersetzungen um die politische und wirtschaftliche Neuordnung

## *Gewerkschaften und politische Neuordnung*

In der Frage der politischen Neuordnung nahm die Führung der freien Gewerkschaften einen eindeutigen Standpunkt ein. Schon seit langem erstrebte sie die parlamentarische Demokratie. Als diese mit den Verfassungsreformen vom Oktober 1918 erreicht war, hatten die Gewerkschaftsführer deshalb auch nichts gegen den Fortbestand der monarchischen Staatsform einzuwenden. Zwar verschwendeten sie nach dem 9. November keinen Gedanken an deren Wiederherstellung, sondern bekannten sich alsbald zur Republik. Eine andere Verfassung als die parlamentarische Demokratie aber kam für sie nach wie vor nicht in Frage, auch nicht zur Durchsetzung sozialistischer Forderungen. Praktische Überlegungen bestärkten sie in dieser Haltung, und zwar innenpolitisch die Überzeugung, daß die Entscheidungen, die die Niederlage verlangte, nicht allein von der Arbeiterschaft politisch getragen und durchgeführt werden konnten, außenpolitisch die Annahme, daß ein Übergang zu einem parlamentarischen System westlicher Prägung sich auf die Friedensbedingungen der Siegermächte günstig auswirken würde.

Die Führung der freien Gewerkschaften befürwortete daher alsbald die schleunige Ausschreibung allgemeiner und gleicher Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung und erteilte allen Gedanken an eine

»Diktatur des Proletariats«, selbst an eine zeitlich begrenzte, eine klare Absage<sup>1</sup>. Zwar erkannte sie wohl oder übel an, daß sich viele Arbeiterräte um die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Fortgang des täglichen Lebens, insbesondere um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern, verdient machten. Legien bescheinigte ihnen im Frühjahr 1919 sogar, daß sie in den Tagen des Umsturzes ein »Blutbad« vermieden hätten<sup>2</sup>. Gleichwohl billigte die Gewerkschaftsführung den Arbeiterräten eine Existenzberechtigung lediglich bis zur Wahl demokratisch legitimierter Parlamente in Reich, Ländern und Gemeinden zu, als »Aushilfsmittel in einer Ausnahmezeit«<sup>3</sup>. Dominanz- und erst recht Alleinherrschaftsansprüchen der Arbeiterräte trat sie mit aller Entschiedenheit entgegen und warnte die Räte davor, das Bürgertum »durch ungeziemendes Verhalten vor den Kopf« zu stoßen<sup>4</sup>. Insbesondere im Interesse der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung legte sie auf die Weiterarbeit der bürgerlichen Fachleute in der Verwaltung größten Wert. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung unterstützte sie nach Kräften die Regierung Scheidemann, der mit Bauer, Wissell und Schmidt drei ihrer prominentesten Mitglieder angehörten. Das Bündnis der Sozialdemokratie mit Zentrum und Demokraten wurde von der Führung der freien Gewerkschaften bei seinem Zustandekommen vorbehaltlos gerechtfertigt – auf den Eintritt des Zentrums in die Koalition hatten namentlich Wissell und Hue über ihre Verbindungen zu den christlichen Gewerkschaften hingewirkt – und auch in der Folgezeit entschieden verfochten<sup>5</sup>.

Für eine Beibehaltung der Arbeiterräte, wie sie viele von deren Angehörigen zur Kontrolle der Verwaltung forderten, sah die Gewerkschaftsführung weder eine Notwendigkeit noch einen verfassungsrechtlichen Raum innerhalb eines parlamentarischen Systems. »Wo auf völlig demokratischer Grundlage eine Wahl der Verwaltungsorgane vor sich geht, ist ein Arbeiter rat überflüssig, denn die auf Grund eines völlig demokratischen Wahlrechts gewählte Vertretung ist im vollsten Sinne des Wortes der Ausdruck des Vertrauens der Einwohnerschaft«, beschied Wissell im Februar 1919 einen Parteigenossen. Der Deutlichkeit halber fügte er hinzu: »Wo die Wahlen keine sozialistische Mehrheit ergeben, ist es natürlich nicht anders . . . Ich sehe für Arbeiterräte in den Gemeinden für die Zukunft absolut keinen Raum der Betätigung mehr.«<sup>6</sup>

Manche Gewerkschaftsfunktionäre aus mittleren und unteren Rängen, die in politischen Räten tätig waren und daher deutlicher als andere sahen, wie wenig der Novemberumsturz in der Verwaltung und in der Ministerialbürokratie verändert hatte, übernahmen allerdings im Frühjahr und Sommer 1919 die Forderung nach Beibehaltung der Räte. Namentlich Albert

Grzesinski, der als Mitglied des Zentralrats und Kommissar des preußischen Landwirtschaftsministeriums mittlerweile über Geist und Praxis der preußischen Verwaltung ungleich mehr wußte als im November 1918, erachtete im Juni 1919 eine gesetzliche Verankerung der Arbeiterräte als Kontrollorgane »zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften« bis zu einer »im weitesten Sinne durchgeführten Verwaltungsreform in Preußen und im Reich« für notwendig<sup>7</sup>. Doch die Haltung der Gewerkschaftsführung blieb unverändert ablehnend. Wenn sie jetzt hier und da Verständnis für solche Forderungen bekundete<sup>8</sup>, so vornehmlich aus taktischen Gründen, um nämlich die Mitspracheansprüche der Räte, um die sich zu dieser Zeit in den Industriegebieten eine Bewegung von beachtlicher Stärke geschart hatte, vom wirtschaftlichen Bereich, dem angestammten Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften, abzulenken. Nachdem im Sommer 1919 die Macht der Arbeiterräte zerschlagen und sie größtenteils von der Bildfläche verschwunden waren, verstummte in den freien Gewerkschaften die Diskussion um die politischen Arbeiterräte.

Noch weniger Gegenliebe fanden die Arbeiterräte bei den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, vor allem deshalb, weil diese Gewerkschaftsrichtungen in den meisten Räten entweder gar keine oder nur eine einflußlose Rolle spielten. Auch sie forderten die unverzügliche Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung<sup>9</sup> und nach deren Wahl in meist schroffer Form die Beseitigung der Räte<sup>10</sup>. Deren Ablehnung durch die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen hing auch damit zusammen, daß diese Gewerkschaften der Revolution mit mehr oder weniger grundsätzlicher Reserve gegenüberstanden. Immerhin bekannten sie sich nach dem 9. November ebenfalls zur parlamentarischen Republik<sup>11</sup>. Die christlichen Gewerkschaften, die sich bis zum letzten Augenblick für den Fortbestand der Monarchie eingesetzt hatten, kostete dieses Bekenntnis allerdings beträchtliche Überwindung; monarchische Überzeugungen und antidemokratische Vorbehalte blieben in ihnen noch lange lebendig. Sie waren freilich realistisch genug einzusehen, daß nach dem 9. November eine Rückkehr zur Monarchie ausgeschlossen und nach den Wahlen zur Nationalversammlung eine sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition unumgänglich war. Dennoch hegten sie nach wie vor starke Vorbehalte gegen die Sozialdemokratie und hielten sich mit öffentlicher Unterstützung der Weimarer Koalition auffällig zurück, obwohl mit Johannes Giesberts einer ihrer Führer als Postminister der Reichsregierung angehörte. Die christlichen Gewerkschaften unterschieden sich hierin deutlich von den katholischen Arbeitervereinen, die die Koalition von Zentrum und Demokraten mit der SPD offen als »einzig richtige und praktisch mögliche« anerkannten<sup>12</sup> und ihr am Ende der



Legislaturperiode bescheinigten, sie habe »gut gearbeitet« und sei »fruchtbar« gewesen<sup>13</sup>.

## *Entstehung und Funktion der Arbeitsgemeinschaft*

Anders als die Fragen der Staatsordnung berührte die Frage der künftigen Wirtschaftsordnung die Gewerkschaften unmittelbar. Jahrzehntlang hatten SPD und freie Gewerkschaften die Überführung der Produktionsmittel aus Privat- in Gemeinbesitz propagiert. Generationen sozialdemokratischer Arbeiter sahen hierin das Endziel der politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Selbst in den christlichen Gewerkschaften hatten die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges eine Neigung zur Abkehr vom Privateigentum an Produktionsmitteln hervorgebracht<sup>14</sup>. Es war deshalb damit zu rechnen, daß die Arbeiterorganisationen die politische Macht, die ihnen am 9. November in den Schoß fiel, alsbald dazu benutzen würden, die Überführung wenigstens der wichtigsten Produktionsmittel – der industriellen Großbetriebe und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes – in Angriff zu nehmen.

Nur Eingeweihte wußten, daß sich die Gewerkschaftsführer bereits vor dem Sieg der Revolution für die Beibehaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung entschieden hatten, und zwar auf Initiative von industrieller Seite. Als ihnen klar wurde, daß Deutschland den Krieg verloren hatte und alle an den Siegfrieden geknüpften Hoffnungen zerrannen, erkannten die Industriellen schärfer als die Regierung und die meisten Arbeiterführer, daß die Revolution vor der Tür stand. Bereits nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 1918 verloren führende Vertreter der Elektroindustrie – die infolge ihrer Exportorientierung und größeren Weltmarktabhängigkeit häufig einen schärferen politischen Blick bewiesen als die Schwerindustriellen – den Glauben an einen deutschen Sieg und rechneten allenfalls noch mit einem Remis. Für die Lösung der Probleme aber, die sich mit einem abrupten Kriegsende stellten – Demobilisierung, Wiedereingliederung der Millionen Kriegsteilnehmer in den Arbeitsprozeß, Regelung der Übergangswirtschaft – war nach ihrer Überzeugung die »Macht der wirtschaftspolitischen Verbände des Unternehmertums allein« nicht mehr ausreichend, vielmehr »die Mitwirkung der organisierten Arbeiter und Angestellten unbedingt nötig«<sup>15</sup>. Im Juli, als die deutschen Heere im Westen zum Rückzug gezwungen wurden, regte Hans v. Raumer, der Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie, unter den Führern der Fertigungindustrie daher »eine organische Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften« an, »bevor die Flut der Ereignisse über uns alle hinwegging«<sup>16</sup>. Mit Einverständnis von Siemens, Rathenau, Rieppel und dem

AEG-Direktor Felix Deutsch nahm er Kontakte mit den Gewerkschaften auf.

Erst Anfang Oktober jedoch, als die OHL den Parteiführern über die hoffnungslose militärische Situation reinen Wein einschenkte und die Übernahme des Reichswirtschaftsamtes und des Reichsarbeitsamtes, der für die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik wichtigsten Ressorts, durch sozialdemokratische Minister nur noch eine Frage von Tagen und der Ernennungsformalitäten war, erhielten die Gespräche »den erforderlichen Nachdruck«. Jetzt wurde »jedermann deutlich«, charakterisierte Reichert die Lage, »daß wir nunmehr vor einem Trümmerfelde unserer ganzen Politik standen und daß es notwendig war, in dem Trümmerfelde den Eckstein, das Fundament zu suchen, auf dem wir unsere neue Wirtschaft einigermaßen fest aufbauen können, die Grundlage, auf der auch das Unternehmertum als solches weiterbestehen kann. Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?«<sup>17</sup>

Diesen »Eckstein«, auf den die Unternehmer noch bauen zu können hofften, erblickten sie in den Gewerkschaften. Nach deren Kriegspolitik schien diese Hoffnung immerhin begründet. Freilich war den Industriellen klar, daß eine »harmonische Zusammenarbeit« mit den Arbeiterorganisationen »nur auf dem Boden völliger Parität« möglich sein würde<sup>18</sup>, also um den Preis der Aufgabe grundsätzlicher Positionen, an denen die meisten Großindustriellen Jahrzehnte hindurch festgehalten hatten. Tatsächlich stieß Raumer, als er am 2. Oktober 1918 im Haus von August Müller mit Legien, Bauer und Schlicke zusammentraf und ihnen auf dieser Basis das Angebot zur Zusammenarbeit unterbreitete, auf »freudige Verhandlungsbereitschaft«<sup>19</sup>. Das Gespräch bahnte ein beiderseitiges Vertrauensverhältnis an, das offenbar die Atmosphäre der weiteren Verhandlungen bestimmte<sup>20</sup>, und endete mit der Vereinbarung eines Treffens zwischen den Gewerkschaftsführern und einem Kreis führender Industrieller.

Um den Erfolg eines solchen Treffens sicherzustellen, drängte Raumer Stinnes, auch im Ruhrgebiet eine Übereinkunft mit den Gewerkschaften zu suchen. Er fürchtete, daß in Berlin keine tragfähige Einigung zu erzielen sein würde, bevor nicht die Schwerindustriellen, die erbittertsten Gegner der Gewerkschaften, sich mit den Arbeiterorganisationen verständigt hätten<sup>21</sup>. Auch jene hatte freilich mittlerweile die desolote militärische Lage zu der Einsicht gebracht, daß ein Arrangement mit den Gewerkschaften unumgänglich geworden war, wenn sie ihre Position einigermaßen unverehrt retten wollten<sup>22</sup>.

Die Eisen- und Stahlindustriellen des Ruhrgebiets hielten Anfang Oktober die Regierung des Prinzen Max für »unhaltbar«; man gab ihr eine Lebensdauer von maximal vier Wochen, was fast auf den Tag genau richtig war. Auch auf das Bürgertum war nach ihrer Überzeugung »in wirtschaftspolitischen Dingen . . . kein Verlaß«; die Großgrundbesitzer fielen nach der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen als politische Verbündete aus, und die Armee war besiegt. »Daraus zog man den Schluß: inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der schwankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften . . . Wenn in dieser großen Masse der organisierten Arbeitnehmer der Gedanke der Zusammengehörigkeit, der Solidarität mit den Unternehmern für die großen wirtschaftspolitischen Fragen erweckt werden kann, dann – so schien es – ist ein Weg vorhanden, auf dem man künftig zum Besten der deutschen Industrie weitergehen kann, dann ist eine Aussicht auf Rettung.«<sup>23</sup> Allerdings waren sich auch die Ruhrindustriellen darüber klar, daß sie eine Übereinkunft mit den Gewerkschaften mit einem Entgegenkommen in sozialen Fragen, vor allem aber mit der bisher prinzipiell verweigerten Anerkennung der Gewerkschaften würden bezahlen müssen<sup>24</sup>. Stinnes wurde beauftragt, mit ihnen in diesem Sinne Verbindung aufzunehmen<sup>25</sup>.

In Berlin wie im Ruhrgebiet verliefen die Verhandlungen für die Industriellen nach Wunsch. In Berlin trafen sich am 20. Oktober Rathenau, Deutsch, Siemens, Rieppel und Borsig im Hause Raumers mit Legien, Bauer, Schlicke und Leipart; sie stimmten den Forderungen zu, die die Gewerkschaften ihnen unterbreiteten: der Anerkennung der Gewerkschaften, unbeschränktem Koalitionsrecht, Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise und Schlichtungsinstanzen, Abschluß von Tarifverträgen in allen Industriezweigen und Abrücken von den gelben Arbeiterorganisationen. Außerdem wurde vereinbart, alle durch die Kriegsbeendigung anfallenden wirtschaftlichen Probleme in paritätischer Zusammenarbeit zu lösen<sup>26</sup>.

Im Ruhrgebiet setzten sich am 18. Oktober die einflußreichsten Mitglieder des Zechenverbandes, darunter Hugenberg, Kirdorf, Stinnes und Kleine, mit den Führern der vier Bergarbeitergewerkschaften zusammen, »um im Hinblick auf die schwer-ernste politische Lage die Einheitlichkeit der inneren Front herzustellen«<sup>27</sup>. Auch sie erkannten jetzt die Gewerkschaften als Arbeitervertretungen an und sagten zu, daß künftig kein Belegschaftsmitglied mehr wegen seiner Zugehörigkeit zu einem Verband oder seiner Tätigkeit für eine Gewerkschaft benachteiligt werden sollte. Zur Besänftigung der Stimmung unter den Bergarbeitern versprach der Zechen-

verband außerdem eine Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. Oktober. Zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse wurde ein gemeinsames Vorgehen beim Kriegsernährungsamt vereinbart.

Wenige Tage später kamen im Düsseldorfer Stahlhof die Führer der Metallarbeitergewerkschaften – Schlicke, Reichel und der Düsseldorfer Bezirksleiter Spiegel vom DMV, Franz Wieber, der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Gleichauf, und Czieslik vom Hirsch-Dunkerschen Gewerkverein der Metallarbeiter – und der Bergarbeiterführer Otto Hue mit den führenden Stahlindustriellen des Ruhrgebiets zusammen<sup>28</sup>. Im Mittelpunkt ihrer Unterredung standen die zentralen Probleme der Wirtschaftskrise, die nach allseitiger Auffassung mit dem nahen Kriegsende bevorstand, nämlich »Arbeit, Brot und Unterkunft«<sup>29</sup>. Die Gewerkschaften präsentierten erneut ihre seit Jahrzehnten erhobenen sozialpolitischen Forderungen: Einführung des Achtstundentages, Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise, Beibehaltung der seit dem Hilfsdienstgesetz bestehenden Schlichtungsstellen und bezirksweise untergliederte Arbeitsgemeinschaften. Für die Arbeitsbeschaffung und -verteilung hielten sie darüber hinaus eine mit besonderen Vollmachten ausgestattete Reichsbehörde für erforderlich.

Als die Industriellen Einwände erhoben, insbesondere gegen die generelle Einführung des Achtstundentages, zeigten sich die Gewerkschaftsführer jedoch zu Konzessionen bereit. Sie signalisierten ihre Bereitschaft, die maximale Lösung von einer entsprechenden internationalen Vereinbarung abhängig zu machen und die achtstündige Arbeitszeit zunächst lediglich für solche Betriebe zu fordern, die rund um die Uhr arbeiteten, für die übrigen sich aber mit einem »allmählichen Abbau der jetzigen Arbeitszeit bis auf neun Stunden etwa« zufriedenzugeben. Sie beharrten allerdings darauf, daß wenigstens während des Übergangs von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft eine allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit unumgänglich sei, und zwar aus politischen Gründen. »Wir Gewerkschaften verlieren ohne eine wirksame Konzession Ihrerseits jeden Einfluß«, erklärte Hue; »wenn wir die Anarchie vermeiden wollen, müssen die Leute an der Arbeit bleiben.« Dafür bezeichneten die Unternehmer die Beteiligung der Wirtschaftsfriedlichen an den Verhandlungen als »Anstandspflicht . . ., in der ihnen die Arbeiter entgegenkommen müßten.« Die Gewerkschaftsführer erwiderten zwar, sie könnten die Wirtschaftsfriedlichen als Arbeitervertretung nicht anerkennen; sie zeigten sich jedoch damit einverstanden, daß der Vorsitzende sie von sich aus zu den Verhandlungen einlud. Hiermit war nach den Worten Stinnes' »ein Weg gefunden . . . zu einer Zuziehung der Wirtschaftsfriedlichen, ohne daß die grundsätzlichen Gesichtspunkte der Gewerkschaften in irgendeiner Weise in Mitleidenschaft gezogen seien«<sup>30</sup>.

Die Arbeitszeitfrage wurde einstweilen vertagt, die übrigen Punkte nur noch gestreift oder ebenfalls zurückgestellt.

Möglicherweise hofften die Industriellen noch, die Gewerkschaftsforderungen mit einer Hinhaltenaktik herunterschrauben zu können. Insgeheim aber stellten sie sich auf ihre Erfüllung ein und wunderten sich sogar über ihren mäßigen Umfang, bewegten sie sich doch nach den Worten Stinnes' »in solchen Grenzen, daß sie verhältnismäßig nicht schwer zu erfüllen waren«<sup>31</sup>. Von einer grundlegenden Veränderung des Wirtschaftssystems, von Beteiligung der Arbeiter an der Unternehmensleitung oder von Überführung der Privatbetriebe in Gemeineigentum war mit keinem Wort die Rede gewesen. Zur Überraschung und Erleichterung der Unternehmer fürchteten die Gewerkschaftsführer den Ausbruch der sozialen Revolution kaum weniger als sie selbst und konzentrierten sich darauf, die wirtschaftliche Ordnung durch spektakuläre sozialpolitische Reformen zu retten.

Die Gründe für diese erstaunliche Zurückhaltung sind weitgehend dieselben, aus denen die Gewerkschaftsführer sich gleichzeitig bemühten, auch das politische System durch Reformen zu stabilisieren. Da war einmal ihre Vorstellung von der Unerschütterlichkeit der Fundamente des bestehenden Herrschaftssystems und der Unwahrscheinlichkeit einer Revolution<sup>32</sup>. Noch um diese Zeit rechneten sie nicht damit, daß es politisch möglich sein würde, grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsordnung und der Betriebsverfassung vorzunehmen. Hinzu kam, daß sie auch ein praktikables Konzept hierfür nicht besaßen. Unter dem jahrzehntelangen Eindruck der Übermacht des preußisch-deutschen Militärstaats und der Großindustriellen war der Sozialismus lediglich »das Kleinod im Silberschrank, das baumelnde Endziel an der Agitationsfahne«<sup>33</sup>, aber nicht Gegenstand praktischer Überlegungen gewesen.

Wie die Vorschläge der Gewerkschaften zur Organisation der Übergangswirtschaft zeigten, reichten ihre damaligen Vorstellungen zur Reform der Wirtschafts- und Betriebsverfassung über eine Zusammenfassung der Industrie in großen, monopolähnlichen Körperschaften und deren Kontrolle durch Staat und Arbeitervertreter nicht hinaus. Hinzu kamen die traditionellen Forderungen nach tarifvertraglicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nach Einrichtung von Schlichtungsstellen und Arbeitervertretungen in den einzelnen Betrieben, paritätischer Regelung der Arbeitsvermittlung und Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen des Staates. Das Schlagwort der »Arbeitsgemeinschaft« zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen hatten sie selbst in diesem Zusammenhang seit Kriegsausbruch immer wieder benutzt<sup>34</sup>. Auch Mitte Oktober 1918 verlangten sie nicht mehr als »die Anerkennung ihrer vollen Gleichberechtigung mit den Unternehmerorganisationen«, die »Einord-

nung der Arbeiter in den Staat« und den Vorrang des »Gemeinwohls« vor der Verfolgung von Klasseninteressen<sup>35</sup>.

Im übrigen hatte man bisher in der Sozialdemokratie angenommen, »daß sich der Sozialismus einmal erfüllen würde in einer Welt voller Reichtümer, in der man die vorhandenen Güter nur besser zu verteilen brauchte«<sup>36</sup>. Jetzt aber bestand in vielen Bereichen größter Mangel, und die Niederlage brachte neue wirtschaftliche Schwierigkeiten von enormen Ausmaßen mit sich. Würde nun auch noch die Wirtschaftsordnung umgestürzt, dann war nach Überzeugung der Gewerkschaftsführer eine ökonomische Katastrophe unvermeidlich. Wohin eine derartige Entwicklung führen konnte, dafür boten die damaligen Zustände in Rußland ein abschreckendes Beispiel. Die Gewerkschaftsführer selbst trauten sich schon die Lösung der vorhandenen und bevorstehenden Probleme nicht zu, geschweige denn die Bewältigung der Schwierigkeiten, die eine tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung aufwarf. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Wirtschaftspolitik während des Krieges, insbesondere auf dem Lebensmittelsektor, war ihr Vertrauen in die staatliche Bürokratie ebenso gering. Bis auf weiteres hielten sie deshalb die Unternehmer für unentbehrlich, namentlich zur Lösung der Probleme der Demobilisierung, der Umstellung von Kriegsauf Friedensproduktion und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Hunger.

Hue bezeichnete in diesen Wochen die Führer der Linken, die von der bevorstehenden sozialistischen Umwälzung redeten, als »Phantasten und wirklichkeitsfremde Narren«, mit denen eine Verständigung »vollständig unmöglich« sei. Mit Legien war er überzeugt davon, daß es »keinen anderen Weg« gab, die Gewerkschaftsmitglieder an die Arbeit zu bringen, »als uns mit unseren Gegnern zusammenzusetzen«<sup>37</sup>. Die Durchsetzung der seit Jahrzehnten erhobenen sozialpolitischen Forderungen sollte der linken Opposition den Wind aus den Segeln nehmen und der Arbeiterschaft beweisen, daß eine Revolution unnötig sei. Um sich gegenüber der Linken zu behaupten, glaubten sie also, auf ein spektakuläres Entgegenkommen der Unternehmer ebenso angewiesen zu sein wie diese auf die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften, um ihre Arbeitgeberinteressen zu wahren. Hinzu kommen mochte für die Gewerkschaftsführer die Absicht, ihre eigene Position, die mit dem Fiasko der Kriegspolitik noch mehr erschüttert wurde, mit einem solchen sozialpolitischen Erfolg zu befestigen.

Wichtiger allerdings war wohl noch ein anderer Aspekt der Verhandlungen. Allein die Tatsache, daß die Repräsentanten der deutschen Großindustrie, die die Führer der deutschen Arbeiterorganisationen jahrzehntelang bekämpft und verhöhnt und jeglichen Kontakt mit ihnen strikt abgelehnt hatten, ihre bisherigen Kontrahenten auf einmal wie ihresgleichen behan-

delten, hat bei den Betroffenen wahrscheinlich ein Gefühl großer persönlicher Genugtuung und Befriedigung ausgelöst. Vermutlich hat Raumer auf diese psychologische Wirkung gerechnet, als er beide Parteien nicht in sein Büro, sondern in seine Privatwohnung einlud und die Accessoires großbürgerlicher Gastlichkeit ins Spiel brachte. Dem Vernehmen nach pflegte er später noch gern den tiefen roten Ledersessel zu zeigen, in dem Legien im Oktober 1918 bei Rotwein und Zigarren gesessen hatte, während er mit Rathenau, ihm gegenüber auf dem Sofa plazierte, die Schicksalsfragen der Nation besprach. Raumer schrieb den Erfolg der Verhandlungen nicht zuletzt dem guten Burgunder und den guten Zigarren zu, die er spendiert hatte<sup>38</sup>. Diese Höflichkeit im Umgang hat bei den Gewerkschaftsführern vermutlich die Überzeugung verstärkt, daß sich bei den Unternehmern ein wirklicher Sinneswandel gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Organisationen vollzogen hätte. »Wir haben uns als Menschen gesagt«, erläuterte Hue später, »nach diesen erschütternden Kriegsjahren und namentlich als die politische Umwälzung kam, muß das doch den Unternehmern zur Lehre dienen: sie könnten doch nicht wieder zurückhüpfen auf den alten Herrendenkmalpunkt«<sup>39</sup>.

Diese Gutgläubigkeit mag eine Portion Wunschdenken ausdrücken, das in den eigenen Befürchtungen der Gewerkschaftsführer vor einer sozialen Revolution wurzelte. Im wesentlichen aber ist es wohl aus dem Brauch der Arbeiter einschließlich ihrer Führer zu erklären, einander zwar mitunter rauh und rücksichtslos, aber stets offen die Meinung zu sagen, Konflikte auszutragen und nichts Wesentliches unausgesprochen zurückzuhalten. Der Gedanke, daß die Unternehmer Konzessionen zusagen könnten mit dem stillen Vorbehalt, sie unter veränderten politischen Voraussetzungen wieder rückgängig zu machen oder sie bis zur Bedeutungslosigkeit auszuhehlen, lag den in den Strategien und Techniken der Herrschaft und Machtbehauptung unerfahrenen Gewerkschaftsführern noch durchaus fern.

Ende Oktober gingen die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften weiter. Die Führung übernahmen jetzt die einflußreichsten Männer auf beiden Seiten, Legien für die Gewerkschaften und Stinnes für die Industriellen<sup>40</sup>. Seit mit dem Rücktritt Ludendorffs ein Waffenstillstand unmittelbar bevorzustehen schien, rückte die Demobilisierung in den Mittelpunkt der Gespräche. Bis dahin waren Regierung und Industrielle in der Erwartung eines siegreichen, schlimmstenfalls eines unentschiedenen Kriegsausgangs von einem allmählichen Abbau des Heeres, einer schrittweisen Wiedereingliederung der Armeeangehörigen in den Produktionsprozeß und einer langsamen Umstellung der Industrie von der Kriegs- auf die Friedensproduktion ausgegangen. Jetzt aber machte die Niederlage die Notwendigkeit einer Demobilisierung innerhalb weniger

Wochen wahrscheinlich. In aller Eile wurde daher beim Reichswirtschaftsamt eine Demobilmachungskommission aus Vertretern der Reichsämtler, der Spitzenverbände der Unternehmer und der Arbeiter eingerichtet. In ihr jedoch traten alsbald die unterschiedlichen Interessen, die die Diskussion um die Übergangswirtschaft durchzogen hatten, mit voller Schärfe wieder hervor.

Das Reichswirtschaftsamt wollte die Demobilisierung auf lokaler Ebene organisieren und sich zu ihrer Durchführung der Kriegsamtstellen bedienen. Die Industriellen und Angehörige des militärischen Wirtschaftslenkungsapparates hingegen verlangten eine nach Branchen gegliederte Zentralbehörde; der Chef der Kriegsrohstoffabteilung, Oberst Koeth, schlug hierfür die Bestellung eines mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Demobilmachungskommissars vor, der eng mit den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften zusammenarbeiten sollte<sup>41</sup>. Sowohl Koeth selbst als auch Stinnes waren in Industriekreisen für einen solchen Posten im Gespräch; für beide hoffte man die Unterstützung der Gewerkschaften zu finden<sup>42</sup>. Wenn schon ein staatlicher Einfluß auf die Wirtschaft unumgänglich war, dann wollten die Industriellen den Lenkungsapparat möglichst selbst in die Hand bekommen und den Einfluß der neuerdings vom Parlament abhängigen Regierung und der hinter ihr stehenden Reichstagsmehrheit nach Möglichkeit ausschalten. Im Hinblick auf die Revolutionsgefahr kam noch die Absicht hinzu, denjenigen Positionen, die revolutionäre Kräfte am ehesten würden erobern können, vorsorglich die Kompetenzen zu entziehen. So war nicht vor auszusehen, ob sich bei Ausbruch einer Revolution die gemäßigten Sozialdemokraten August Müller und Gustav Bauer an der Spitze des Reichswirtschaftsamtes bzw. des Reichsarbeitsamtes würden halten können oder ob nicht Angehörige der USPD oder gar des Spartakusbundes an ihre Stelle treten und einen antikapitalistischen Kurs einschlagen würden. Eine ähnliche Entwicklung ließ sich selbst bei einer regulären Neuwahl des Reichstages nicht ausschließen.

Demgegenüber bedeutete ein industriell-gewerkschaftliches Kondominium über eine dem Einfluß von Parlament und Regierung weitgehend entzogene mächtige Wirtschaftsbehörde zwar keine absolute, aber doch eine relativ starke Sicherheit gegen Bestrebungen zur grundlegenden Änderung der Wirtschaftsordnung. Wie ungefährlich für die Wirtschaftsverfassung die Ambitionen der Gewerkschaftsführer waren, hatten die Industriellen inzwischen begriffen. Solange die Revolution nicht die Gewerkschaften oder ihre Führer hinwegspülte, konnten sie also ihre eigene Position und die kapitalistische Grundordnung als gesichert ansehen, sofern es ihnen gelang, sich mit den Gewerkschaften zu verbünden. Ingeheim konnten sie sich sogar der Hoffnung hingeben, daß die Gewerkschaftsführer trotz des



Grundsatzes der Parität weder den Willen noch die Fähigkeit zur Mitentscheidung der zentralen wirtschaftlichen Fragen aufbringen, sondern sich im wesentlichen dem Urteil der Unternehmer anschließen würden. Dann aber schien es vielleicht sogar möglich, daß sie ihrem Ziel, die staatliche Exekutive ihren Interessen dienstbar zu machen, noch einen Schritt näherkommen würden als zu Zeiten der kaiserlichen Regierung<sup>43</sup> und daß die Änderung der politischen Machtverhältnisse ihnen am Ende noch mehr Einfluß im Bereich der Wirtschaftspolitik brachte.

Tatsächlich akzeptierten die Gewerkschaftsführer diese Vorschläge zur Organisation der Demobilmachung. Ende Oktober lehnten sie die Pläne der Regierung ab<sup>44</sup> und kamen mit den Industriellen überein, mit diesen »in allen Fragen der Demobilmachung und der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft einheitlich zusammenzuarbeiten«. Gemeinsam forderten beide Seiten die Reichsregierung zur unverzüglichen Einrichtung eines Reichsamtes für Demobilmachung auf; es sollte von einem Staatssekretär und einer gleichen Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von den beiderseitigen Organisationen zu benennen waren, geleitet und bei denkbar weitgesteckter Zuständigkeit mit den umfassendsten Vollmachten ausgestattet werden<sup>45</sup>. Diese Forderung wurde am 2. November von einem größeren Kreis von Gewerkschafts- und Unternehmerv Vertretern, unter denen sich jetzt auf Gewerkschaftsseite auch Repräsentanten der anderen Gewerkschaftsverbände befanden, gutgeheißen<sup>46</sup>. Kurz darauf stimmte die freigewerkschaftliche Vorstandskonferenz dem Zusammengehen mit den Unternehmern auf dieser Grundlage zu in der Überzeugung, es sei »notwendig und zweckdienlich . . ., um den völligen Zusammenbruch des heimischen Wirtschaftslebens zu verhüten«<sup>47</sup>.

Am 2. November wurde außerdem die Personalfrage zugunsten Koeths entschieden, vermutlich deshalb, weil er Stinnes an Verwaltungs- und Regierungserfahrung übertraf<sup>48</sup>. Auch erschien dessen Ernennung den Gewerkschaftsführern wahrscheinlich denn doch als eine zu gewagte Provokation der Arbeiter, während sie darauf rechnen mochten, daß Koeth als Offizier von vielen Gewerkschaftsmitgliedern für neutral gehalten, seine Ernennung daher kaum auf Widerstand stoßen würde. Außerdem empfahl er sich mit seinem sozial- und wirtschaftspolitischen Credo beiden Seiten gleichermaßen als Kompromißkandidat. Borsig gegenüber hatte er erklärt, »in Arbeiterfragen stände er mehr im sozialdemokratischen Lager, während er in Wirtschaftsfragen ganz auf der Seite der Unternehmer stände« – eine Äußerung, die mit Recht Heiterkeit auslöste, als Borsig sie später im Kreise der Eisen- und Stahlindustriellen zum besten gab<sup>49</sup>. Denn beide Fragen waren zwei Seiten derselben Medaille. Aufgrund der Erfahrungen, die sie mit ihm als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung gemacht hatten, konnten

die Industriellen sicher sein, daß Koeth die Sozialpolitik ebenso als Anhängsel der Wirtschaftspolitik auffassen und betreiben würde wie sie selbst.

Am Abend des 2. November wurde Koeth über die ihm zugedachte Aufgabe informiert und gab seine Einwilligung. Noch in der Nacht wurde die gemeinsame Aufforderung der Industrie- und Gewerkschaftsführer zur Bildung des Demobilmachungsamtes an die Reichsregierung unterschrieben<sup>50</sup>. Raumer überbrachte sie am nächsten Tag Vizekanzler Payer, der den erkrankten Prinzen Max vertrat. Auf Payers etwas verwunderte Frage, in wessen Auftrag er käme, erwiderte Raumer selbstbewußt: »Im Auftrag der einzigen Macht, die heute noch in Deutschland existiert, der vereinigten Unternehmer und Arbeitnehmer Deutschlands.«<sup>51</sup> Zwei Tage später drängten Stinnes, Rathenau, Legien und Stegerwald bei der Reichsregierung auf die unverzügliche Erfüllung ihrer Forderungen<sup>52</sup>. Als die Regierung mit Rücksicht auf die Bundesstaaten zögerte, der partiellen Außerkraftsetzung der Reichsverfassung zuzustimmen, auf welche die Forderungen hinausliefen, erklärte Legien im Bewußtsein der von ihm vertretenen Kräfte, »daß bei so kleinlicher Behandlung der großen Sache die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen ihre fernere Mitarbeit versagen müßten«<sup>53</sup>. Daraufhin gab die Regierung nach. Am 7. November wurde das Demobilmachungsamt gebildet, Koeth an seine Spitze berufen und vom Bundesrat mit den verlangten Vollmachten ausgestattet. Am selben Tag forderte Koeth die Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter zur sofortigen Verständigung über ein einheitliches Handeln auf<sup>54</sup>; denn mittlerweile war die Matrosenrevolte in Kiel ausgebrochen, in München der Thron der Wittelsbacher bereits gestürzt. Raumer und Leipart wurden daher beauftragt, so schnell wie möglich eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften nach Maßgabe der vorläufigen Übereinkünfte vom 22. Oktober zu entwerfen<sup>55</sup>.

Bis dahin hatten die Verhandlungen in kleinstem Kreise stattgefunden. Die Kontakte selbst aber waren weiteren Kreisen auf beiden Seiten nicht unbekannt geblieben. Die Arbeiterschaft wurde von der Gewerkschaftspresse informiert, wenn auch nur spärlich und nicht in allen Einzelheiten. Mit besonderem Nachdruck hob sie die Anerkennung der Bergarbeitergewerkschaften durch den Zechenverband hervor<sup>56</sup>. Das Correspondenzblatt erwähnte auch die Bereitschaft der Gewerkschaftsführung, mit den Unternehmern ein förmliches Abkommen zu schließen, freilich versteckt und unauffällig und ohne jeden Hinweis auf seine politische Bedeutung<sup>57</sup>. Solange das Abkommen nicht perfekt war, hatten die Gewerkschaftsführer offenbar kein Interesse daran, die Vorbereitung an die große Glocke zu hängen. Vermutlich wollten sie die Aufmerksamkeit und Kritik ihrer Mit-

glieder nicht vorzeitig wecken und von ihnen nicht zur Vertretung von Forderungen, die sie nicht teilen, oder gar zum Abbruch der Gespräche und zum Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft gezwungen werden. Von einem Widerstand gegen die sich anbahnende Verständigung mit den Unternehmern war daher vor dem 9. November nichts zu spüren. Welche Reaktion zu gewärtigen war, wenn sie den Massen der Arbeiterschaft bekannt wurde, ließ freilich der Ausruf erahnen, den der Führer des Steigerverbandes, selbst ein eher rechts stehender Sozialdemokrat, spontan ausstieß, als Hue ihn im Oktober 1918 vertraulich in die Gespräche mit den Unternehmern und namentlich Stinnes, einem der in der Arbeiterschaft bestgehaßten Schwerindustriellen, einweihte: »Mit Stinnes? Bist du verrückt? Der wird aufgehangen!«<sup>58</sup>

Auf der Unternehmenseite drang die Nachricht von den Kontakten der mächtigsten Industriellen mit den Gewerkschaftsführern innerhalb kurzer Zeit in weitere Kreise und löste in vielen Orten ähnliche Kontakte aus. Im westfälischen Industriegebiet erkannten zumal die jüngeren Unternehmer, »daß ihr Heil im Zusammengehen mit den Gewerkschaften« liege; »sie weihen sie in alle Schwierigkeiten ein, teilen ihnen die Rohstoffsorgen ... mit, sichern sich ihre Unterstützung in Berlin und beschäftigen sich dafür mit der Frage einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter«, notierte Koch-Weser Ende Oktober, »und die Gewerkschaften gehen auf alles ein«<sup>59</sup>. Der Verein Bayerischer Metallindustrieller beschloß am 30. Oktober 1918, parallel zu den Verhandlungen in Berlin in Süddeutschland analoge Gespräche einzuleiten, mit der Maßgabe, daß die Frage der Wirtschaftsfriedlichen sie »nicht stören« solle<sup>60</sup>. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hob am 8. November seine antigewerkschaftlichen »Allgemeinen Vorschriften« auf, empfahl den Metallindustriellen das Verhandeln mit den Gewerkschaften als »zweckmäßig« und »erwünscht« und forderte sie zum unverzüglichen Abschluß örtlicher oder regionaler Arbeitsgemeinschaften, zur Einrichtung paritätischer Kontrollinstanzen für die Arbeitgeberarbeitsnachweise oder zu deren Verschmelzung mit denen der Gewerkschaften auf. Auch war »klar«, daß an der Frage der Beteiligung der Wirtschaftsfriedlichen eine Übereinkunft »nicht scheitern dürfte«<sup>61</sup>.

Selbst unter den oberschlesischen Großindustriellen bahnte sich eine Abkehr vom bisherigen intransigenten Verhalten gegenüber den Gewerkschaften an. Williger erklärte sich am 23. Oktober bereit, sich »je-derzeit mit Herrn Hue vertraulich aus[zu]sprechen«<sup>62</sup>. Widerspruch meldeten lediglich die Funktionäre der industriellen Spitzenverbände an, freilich nicht gegen die Verhandlungen als solche und ihren Inhalt, sondern gegen das Verfahren; denn sie fühlten sich übergangen

und zurückgesetzt<sup>63</sup>. Die industriellen Verhandlungspartner der Gewerkschaften ließen sich hierdurch freilich nicht im mindesten beirren.

Am 9. November, als die Revolution die Reichshauptstadt erreichte, standen die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern über ein förmliches Abkommen zur Zusammenarbeit, das die klassischen Gewerkschaftsforderungen erfüllte, aber die Grundlagen der Wirtschaftsordnung einschließlich der Verfügungsgewalt der Unternehmer in den Betrieben unangetastet ließ, kurz vor ihrem Abschluß. Mit der Einrichtung des Demobilmachungsamtes hatte ihre Zusammenarbeit einen ersten wichtigen Erfolg gezeitigt. Über die weiteren Aussichten notierte der Geschäftsführer der VDA optimistisch: »Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie und Gewerkschaften marschiert gut. Die Leitung der Demobilmachung kommt in beste Hände. Schwere Unruhen sind wohl nicht zu befürchten.«<sup>64</sup>

Der Ausbruch der Revolution in Berlin unterbrach die Gespräche allerdings. Leipart und Raumer trafen zwar am 9. November zusammen, jedoch nur, um sich darüber zu verständigen, daß an eine Verhandlung nicht zu denken sei. Zwei Tage später kamen Legien, Leipart und Stegerwald überein, daß sie fortan »anders mit den Unternehmern zu reden hätten als zuvor«<sup>65</sup>. Auch hatten sie nach den Worten Stinnes' zunächst »große Sorge«, sich mit den Unternehmern überhaupt noch auf eine förmliche Arbeitsgemeinschaft einzulassen, und wollten sie lieber »etwas hinauschieben und vertagen«<sup>66</sup>. An einen Abbruch der Verhandlungen aber dachten sie ebensowenig wie an eine grundsätzliche Änderung ihres Charakters und Inhalts. Schon am 11. November nahmen sie die Gespräche wieder auf. Eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft oder der Betriebsverfassung verlangten sie auch jetzt nicht, obwohl beim Rat der Volksbeauftragten bereits unmittelbar nach dem 9. November Anträge auf Nationalisierung der Industrie eingegangen waren. Zwar scheinen sie flüchtig mit dem Gedanken einer Sozialisierung gespielt und erwogen zu haben, bei den Banken hiermit zu beginnen<sup>67</sup>. Doch auf den warnenden Hinweis Stinnes', »daß auch in Rußland die Anfänge ähnlich gewesen sind, daß man mit den Banken angefangen hat und nach allen Richtungen weitergegangen ist«, erwiderte Legien, die Gewerkschaften seien »selbst der Meinung, daß das zwar das Endziel sei, daß es aber viele Jahrzehnte dauern würde, bis das durchzuführen wäre«. Als Stinnes den Gewerkschaftsführern weiter prophezeite, »sie würden Streiks bekommen« und die Unternehmer »nicht entbehren« können, gaben sie dies zu. »Sie werden das also jetzt vertagen«, resümierte Stinnes am 14. November die Haltung der Gewerkschaftsführer. »Sie werden ihre sozialistischen Ideen jetzt nicht aufgeben, aber praktisch keinen Gebrauch davon machen.«<sup>68</sup> Sie entschieden

sich also gegen konkrete Schritte zur Sozialisierung, bevor diese überhaupt zu einer Forderung großer Teile der Arbeiterschaft geworden war.

Nach ihrem alten Rezept, revolutionäre Energien in der Arbeiterschaft durch materielle Verbesserungen zu neutralisieren, erhöhten die Vertreter der Gewerkschaften lediglich ihre sozialpolitischen Forderungen. Jetzt verlangten sie die generelle Einführung des Achtsturentages, ferner die offizielle Beteiligung der VDA und deren schriftliche Zustimmung zu den Vereinbarungen<sup>69</sup>. Auf dieser Basis wurden die Verhandlungen am 11. und 12. November zu Ende geführt. Das Ergebnis war ein förmliches Abkommen. Hierin wurden die Gewerkschaften als »berufene Vertreter der Arbeiterschaft« anerkannt und jegliche Beschränkung der Koalitionsfreiheit für unzulässig erklärt. Die Arbeitgeber verpflichteten sich, die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine fortan sich selbst zu überlassen und weder mittelbar noch unmittelbar zu unterstützen. In bezug auf die Probleme der Übergangswirtschaft wurde der Anspruch aller aus dem Kriegsdienst heimkehrenden Arbeiter bestätigt, unverzüglich an die Arbeitsplätze zurückzukehren, die sie vor dem Kriege innegehabt hatten. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften versprachen, dafür zu sorgen, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen die Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Anspruchs geschaffen würden. In sozialpolitischer Hinsicht sah das Abkommen die Einführung paritätischer Arbeitsnachweise vor, ferner die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen, die Einsetzung von Arbeiterausschüssen in allen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern zur Vertretung der Belegschaft und zur Überwachung der Tarifverträge, die Einrichtung paritätischer Schlichtungsinstanzen für alle Gewerbe sowie die Festsetzung der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit auf maximal acht Stunden bei vollem Lohnausgleich.

Die Durchführung dieser Vereinbarungen sowie die Regelung der Demobilisierung wurde einem paritätisch zusammengesetzten Zentralausschuß von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen mit einem beruflich gegliederten Unterbau übertragen; er sollte grundsätzliche Fragen verbindlich entscheiden. Für das Verhältnis zwischen Arbeitgeberverbänden und Angestelltenorganisationen, deren Vertreter einschließlic des bei den Unternehmern besonders mißliebigen Butib zu den Verhandlungen kurzfristig hinzugezogen worden waren und den Vereinbarungen zugestimmt hatten<sup>70</sup>, sollte Analoges gelten<sup>71</sup>. Bis zur Fertigstellung einer Satzung für den Zentralausschuß und bis zur förmlichen Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft einigten sich die Unterzeichner auf die Berufung einiger »leicht erreichbarer Herren« in das Leitungsgremium. An dessen Beratungen nahmen bis auf weiteres außerdem der Syndikus der VDA sowie die Geschäftsführer der einflußreichsten Verbände der Schwerindustrie wie

der Fertigungsindustrie – Reichert vom VdESI und Raumer vom Verband der deutschen Elektroindustrie – mit beratender Stimme teil<sup>72</sup>.

Dieses zwölf Punkte umfassende Programm wurde am Abend des 13. November von einer eilig zusammengetrommelten informellen Mitgliederversammlung der VDA<sup>73</sup>, am 14. von der gewerkschaftlichen Vorstandskonferenz<sup>74</sup> und gleichzeitig von der einflußreichsten Gruppe der Schwerindustrie gebilligt<sup>75</sup> und einen Tag später unterzeichnet und veröffentlicht<sup>76</sup>.

## *Die Bedeutung des Abkommens*

Die Gewerkschaftspresse feierte das Abkommen als »gewerkschaftlichen Sieg von seltener Größe«<sup>77</sup>, der »die kühnsten Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft« erfülle<sup>78</sup>, als »ungeheuren Fortschritt« und als »Errungenschaften . . ., wie sie in keinem Lande aufzuweisen sind«<sup>79</sup>, als »Magna Charta der deutschen Arbeiter«<sup>80</sup>. Mit der Arbeitsgemeinschaft, schrieb der Bauarbeiterverband, würden »der großen Masse der deutschen Arbeiter . . . Fortschritte in den Schoß geworfen, um die sie in normalen Zeiten jahrzehntelang hätten kämpfen und streben müssen«. Das Correspondenzblatt bejubelte die »völlige Preisgabe des Herrn-im-Hause-Prinzips« der Unternehmer<sup>81</sup> und deren »glatte Kapitulation . . . vor der Koalitionsfreiheit der Arbeiter«<sup>82</sup>, betonte die »absolute Gleichberechtigung der Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen« und die Ablösung des alten Geistes des Scharfmachertums durch den »neuen Geist gegenseitiger Achtung und Vertragsfähigkeit«. Es hob besonders hervor, daß der Achtstundentag den Gewerkschaften »wie eine reife Frucht in den Schoß« gefallen und die »gelbe Korruption . . . in die Rumpelkammer« gewandert sei<sup>83</sup>. Die Arbeiter wurden aufgefordert, auf dieser Grundlage mit den Unternehmern zusammenzuarbeiten und auf eigenmächtige Aktionen zu verzichten. Gleichzeitig erging an die SPD der Appell, »sich in wirtschaftlichen Fragen der Kenntnisse und Erfahrungen der in Gewerkschaften tätigen Personen zu bedienen«<sup>84</sup>.

Vor dem Hintergrund der Haltung, die die Großindustriellen bis in den Spätsommer 1918 den Gewerkschaften gegenüber eingenommen hatten, erschien die Durchsetzung aller wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen in der Tat als großer Erfolg. Diese Wertung ließ indessen unberücksichtigt, daß mit der militärischen Niederlage und dem Sturz der Monarchie die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die der Großindustrie so lange die Intransigenz ermöglicht hatten, gefallen waren und daß unter den Machtverhältnissen, die seit der Revolution bestanden,

die Realisierung der traditionellen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften fast selbstverständlich war, zumal jetzt Ziele in greifbare Nähe rückten, die in der ökonomischen Programmatik wenigstens der freien Gewerkschaften seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle spielten. Die gewerkschaftliche Interpretation des Novemberabkommens operierte jedoch mit den Maßstäben der vorrevolutionären Zeit. »Wir haben geglaubt«, beteuerte Johannes Sassenbach 1919, »einen ungeheuren Schritt nach vorwärts zu machen, wenn die Revolution nicht gekommen wäre«<sup>85</sup>. Darüber, daß sie ihren »gewaltigen Sieg« nicht einem erfolgreichen Kampf, sondern der Ohnmacht der Unternehmer verdankten und daß zwischen dem Beginn ihrer Verhandlungen und dem Abschluß des Abkommens eine Revolution stattgefunden hatte, verloren die Gewerkschaftsführer kein Wort. Mag man es als Zeichen stupender politischer Naivität oder als ungeheure Dreistigkeit auffassen – jedenfalls behauptete Sassenbach später allen Ernstes, es sei »reiner Zufall« gewesen, »daß der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft drei Tage nach der Revolution stattgefunden hat«<sup>86</sup>.

Wie wenig die Wertung des Abkommens durch die Gewerkschaften den tatsächlichen Verhältnissen entsprach, läßt sich auch daran ablesen, daß ihre Kontrahenten keineswegs das Gefühl hatten, eine Niederlage erlitten zu haben. Den Wert des Abkommens für die Industrie umriß Hilger am 14. November, als er eine Versammlung der Eisen- und Stahlindustriellen mit den Worten eröffnete: »Wir wollen froh darüber sein, daß die Gewerkschaften in der Weise, wie sie es getan haben, sich noch bereit finden, mit uns zu verhandeln. Denn nur . . . durch unser Abkommen mit den Gewerkschaften können wir Anarchie, Bolschewismus, Spartakusherrschaft und Chaos . . . verhindern.«<sup>87</sup> Hilger selbst, nach eigener Aussage von jeher »einer der eifrigsten Verfechter des Nichtverhandelns mit den Gewerkschaften«, hatte seinen Standpunkt »vollständig aufgegeben« in der Erkenntnis: »Wir kommen heute ohne die Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht weiter.« Wie wenig einschneidend die einzelnen Vereinbarungen tatsächlich waren und welche Vorteile sie der Industrie unter den herrschenden Verhältnissen versprachen, zeigt eine eingehende Betrachtung der einzelnen Bestimmungen.

Die Unzulässigkeitserklärung von Beschränkungen der Koalitionsfreiheit bestätigte lediglich den Rechtszustand, der mit der Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung ohnehin schon eingetreten war.

Der Verzicht der Unternehmer auf die weitere finanzielle Unterstützung der Werkvereine bedeutete nicht unbedingt deren sofortiges Ende, sondern sicherte ihnen die Möglichkeit des Fortbestands, sofern es ihnen gelang, sich aus eigener Kraft zu erhalten. Unter der Voraussetzung, daß sie ihre Statuten änderten und sich nicht mehr als Kampforganisationen gegen die

Gewerkschaften betrachteten, hatte sich Legien sogar bereit erklärt, die Gelben als legitimierte Arbeitervertreter anzuerkennen und nach Ablauf von etwa sechs Monaten in die Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen<sup>88</sup>.

Die Verpflichtung zur Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer durch ihre alten Betriebe stieß zwar auf Kritik; manchen Industriellen wie auch manchen Arbeiter- und Soldatenräten schien es wenig einleuchtend, daß etwa ein junger unverheirateter Arbeiter, der kurz vor Kriegsausbruch eingestellt worden war, einen bevorzugten Anspruch auf einen Arbeitsplatz gegenüber einem älteren Familienvater haben sollte, der während des Krieges in die Rüstungsindustrie übergewechselt war und vier Jahre hindurch zuverlässig gearbeitet hatte<sup>89</sup>. Grundsätzlich freilich teilte die Mehrzahl der Industriellen die Überzeugung, daß aus politischen Gründen Massenentlassungen vermieden und nach Möglichkeit alle zurückkehrenden Soldaten wieder eingestellt werden mußten. Schon am 13. November hatte die VDA den Unternehmern dringend empfohlen, »alles zu behalten, was man hat, und die Leute in den nächsten Wochen zu beschäftigen, selbst wenn man doppelte Schichten mit vierstündiger Arbeitszeit einführen muß . . . Es sei besser, wenn die Leute . . . heute etwas täten, was sie morgen wieder niederreißen müßten; aber sie müßten beschäftigt werden.«<sup>90</sup> Rentabilitäts- und Gewinnrücksichten traten einstweilen völlig zurück. »Jetzt kommt es auf Geld nicht an, ›verdienen‹ wird mit kleinem ›f‹ geschrieben, wir müssen zunächst sehen, daß wir über das Chaos hinüberkommen«, erklärte Hilger.

Wie lange allerdings eine solche Beschäftigungstherapie in antirevolutionärer Absicht würde durchgehalten werden können, war selbst für die größten Unternehmen fraglich. Sorge etwa bezeichnete es als »absolute Unmöglichkeit«, die rund 85 000 Arbeiter, die bei Krupp mit dem Ende der Rüstungsaufträge überflüssig wurden, »wochenlang nicht nutzbringend zu beschäftigen und doch zu bezahlen . . . Das hält auch die Firma Krupp nicht aus, das ist ein Unding.« Dies galt vor allem dann, wenn die Löhne auf der alten Höhe gehalten werden sollten. Zunächst nämlich hatten die Gewerkschaften verlangt, daß auch bei fünfständiger Arbeitszeit jegliche Lohnreduzierung unterbleiben sollte. Stinnes aber hatte ihnen entgegnet, »daß das zur Folge haben würde, daß wir verhungern würden, denn es sei absolut klar, daß die sämtlichen Arbeiter zu denjenigen Betrieben gehen würden, wo nichts zu tun wäre, und zu denjenigen Betrieben, wo man acht Stunden arbeiten müsse, würde sich kein Mensch mehr hinmelden«, insbesondere nicht in die Landwirtschaft, die dann folglich »absolut zum Stillstand kommen« werde. Daraufhin hatten die Gewerkschaften sich damit einverstanden erklärt, den Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung an die Voraussetzung einer ausreichenden Versorgung der Betriebe mit Arbeitskräften zu knüpfen<sup>91</sup>.



Für »sehr glücklich« und »außergewöhnlich geschickt« hielt Hilger die Vereinbarung über die Arbeiterausschüsse. Ursprünglich hatten die Gewerkschaften gefordert, daß der Arbeiterausschuß alle Angelegenheiten des Betriebes in Gemeinschaft mit dem Unternehmer nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen zu regeln habe, »d. h. sie wollten den Eingriff in den Betrieb«. Schließlich aber hatten sie sich damit einverstanden erklärt, daß die Arbeiterausschüsse in den einzelnen Betrieben lediglich die Einhaltung der Kollektivvereinbarungen überwachen sollten, die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen ausgehandelt hatten; diese Vereinbarungen aber bezogen sich lediglich auf die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Weitergehenden Ansprüchen der Betriebsräte war damit von vornherein der Boden entzogen.

Auch die Vereinbarung obligatorischer Schlichtungsausschüsse bedeutete keine empfindliche Beschränkung von Arbeitgeberinteressen; denn diese Ausschüsse sollten keinen Zwang ausüben und das Streikrecht der Arbeiter ebensowenig antasten wie das Aussperrungsrecht der Arbeitgeber<sup>92</sup>. Davon, daß die Arbeitgeber Arbeitskonflikte auch künftig mit dem vollen Einsatz ihrer Wirtschaftsmacht zu ihren Gunsten entschieden, waren die Arbeiter also ebensowenig geschützt wie zuvor.

In der Arbeitszeitfrage hatten die Gewerkschaftsführer zunächst verlangt, »das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit . . . für alle Betriebe ohne Ausnahme auf acht Stunden« festzusetzen. Die Unternehmer aber hatten sie dazu gebracht, die Worte »ohne Ausnahme« zu entfernen und das Adjektiv »täglich« durch »regelmäßig« zu ersetzen. Hierdurch wurden Ausnahmen für ganze Wirtschaftszweige, etwa für die Landwirtschaft, ermöglicht und Sonderregelungen auch für einzelne Branchen zulässig, etwa das Verfahren von Überschichten im Bergbau. Auch war nicht ausgeschlossen, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend auf weniger als acht Stunden die Arbeitszeit an den übrigen Werktagen entsprechend verlängert werden konnte. Entgegen den Gewerkschaftswünschen wurden außerdem Lohnkürzungen nicht allgemein, sondern nur aus Anlaß dieser Arbeitszeitverkürzung verboten<sup>93</sup>.

Auch dieser Punkt enthielt nichts, was sich nicht unter den herrschenden Bedingungen von selbst verstand. Zur Erläuterung wies die VDA ihre Mitglieder darauf hin, »daß die Festsetzung des allgemeinen achtstündigen Arbeitstages unter allen Umständen zu erwarten steht und daß von seiten der Gewerkschaften verschiedentlich sogar noch weitergehende Forderungen gestellt werden«. Sie gab ferner zu bedenken, »daß in der gegenwärtigen Übergangszeit, für welche diese Vereinbarung getroffen ist, die Unternehmenschaft bereits freiwillig die weitestgehende Arbeitszeitverkürzung zugesagt hat und durch die diktatorische Machtvollkommenheit des Demo-

bilmachungskommissars zu einer solchen Verkürzung gezwungen werden kann und zweifellos gezwungen werden würde«<sup>94</sup>. Im übrigen verwies Stinnes befriedigt auf die Zustimmung der Gewerkschaften zu der Unternehmerforderung, die Arbeitszeitregelung von einer internationalen Einführung des Achtstundentages abhängig zu machen. »Wir wollten damit zum Ausdruck bringen, daß wir nicht mit dem Acht-Stundentag als eine Insel in der ganzen Welt dastehen können, weil wir dann zugrunde gehen würden, und wir wollten den Nachweis haben, daß, wenn wir später mit anderen Anträgen auf Verlängerung der Arbeitszeit kämen, wir schon vorher darauf aufmerksam gemacht haben.« Tatsächlich bezogen sich die Unternehmer später auf diese Bedingung, als sie ihren Kampf um die Beseitigung des Achtstundentages eröffneten.

Insgesamt bezeichnete Hilger den Inhalt des Abkommens, obwohl »eine ganze Menge harter und schwerer Bedingungen« darin standen, als »viel günstiger als ... erwartet«. In der Tat verlangten die Gewerkschaften den Unternehmern nur Konzessionen ab, die entweder lediglich bereits eingetretene Verhältnisse für die Zukunft bestätigten oder unter den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten unumgänglich waren. Die unbeschränkte Koalitionsfreiheit und die Beibehaltung der durch das Hilfsdienstgesetz eingeführten Schlichtungseinrichtungen nämlich hatte der Rat der Volksbeauftragten mittlerweile als neues revolutionäres Recht verkündet. Gleichzeitig hatte er die Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages spätestens zum 1. Januar 1919 angekündigt und weitere sozialpolitische Verordnungen in Aussicht gestellt<sup>95</sup>. Die Industriellen gaben sich keiner Illusion darüber hin, daß sie diese Anordnungen »natürlich hinnehmen« mußten<sup>96</sup>, ebenso wie die Wiedereinführung der bei Kriegsausbruch außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen, die Einführung der Erwerbslosenfürsorge und die Neuregelung der Krankenversicherung<sup>97</sup>, mochten sie darüber auch stöhnen<sup>98</sup>.

Trotzdem war der Preis erstaunlich niedrig, um den es ihnen gelang, die Gewerkschaftsführung nicht nur von allen Angriffen auf die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel abzuhalten, sondern sie sogar noch als Verbündete gegen das Weitertreiben der politischen in eine soziale Revolution zu gewinnen. Im Kalkül der Unternehmer nämlich diente das Abkommen »zum großen Teile dazu, diesen Tendenzen den Boden zu entziehen«. Mit voller Absicht begann es mit der Apostrophierung der »großen Arbeitgeberverbände« als Vertragspartner der Gewerkschaften. Damit wurde programmatisch zum Ausdruck gebracht, »daß es Arbeitgeberverbände gab und noch gibt, daß nicht die Nationalisierung die Hauptsache ist«. Auf Sozialisierungsbestrebungen sollte die Industrie – so riet Stinnes schon am 14. November –

»nach Möglichkeit keine Rücksicht nehmen«, vielmehr die Arbeitsgemeinschaft vorantreiben, »denn wenn das hier gemacht ist, fällt das andere von selbst«<sup>99</sup>.

Zusammenfassend wertete Hilger das Abkommen als eine »ganz kolossale Errungenschaft« und legte seinen Standeskollegen »auf das allerwärmste und dringendst ans Herz«, sich »absolut auf den Boden der getroffenen Vereinbarungen zu stellen« und ihrer Unterzeichnung ohne jede Änderung zuzustimmen<sup>100</sup>; dies um so mehr, als die Gewerkschaftsführer es nach dem 9. November mit dem Abschluß der Verhandlungen nicht sonderlich eilig gehabt und sich von den Unternehmern lieber hatten fernhalten wollen. »Man denkt«, bemerkte Raumer, »wir machen alles nur, um nicht nationalisiert zu werden, um nicht unsere Produktionsmittel vergesellschaftet zu bekommen.«<sup>101</sup>

Deshalb unterließen die Schwerindustriellen alles, was das Mißtrauen der Gewerkschaftsführer hätte erwecken und sie möglicherweise von einer Unterzeichnung des Abkommens abhalten können, und erst recht alles, was deren ohnehin problematische Stellung in der Arbeiterschaft weiter zu erschüttern geeignet gewesen wäre. Geriet auch die Position der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiterführer ins Wanken, dann verloren sie die letzten Verbündeten bei der Rettung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Zwar registrierten sie mit Beruhigung, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre in Berlin gegen ihre Entmachtung durch die Räte kräftig zur Wehr gesetzt und erreicht hatten, daß ihnen der Vollzugsrat gewisse Funktionen zurückgab mit der Zusage, den Gewerkschaften künftig in ihre Angelegenheiten nicht mehr hineinzureden<sup>102</sup>. Trotzdem verzichteten sie auf jegliche, selbst redaktionelle Änderung des Abkommens und ließen auch den Gedanken fallen, die Öffentlichkeit vorzeitig über ihren Pakt mit den Gewerkschaften zu unterrichten. »Tun Sie es nicht, es ist zu gefährlich«, riet Stinnes ab<sup>103</sup>. Vor allem unter den Berliner Gewerkschaftsmitgliedern, die zu 60 bis 70 % Anhänger der Unabhängigen waren, könne dies, wie er befürchtete, Empörung auslösen und hierdurch nicht allein »unter Umständen das ganze Abkommen kaputt schlagen«, sondern auch die Stellung der Gewerkschaftsführung und erst recht des Rates der Volksbeauftragten, der sich ohnehin »sehr schwach« fühle, unterminieren<sup>104</sup>.

Um so mehr war den Industriellen daran gelegen, außer der Unterschrift der Gewerkschaften eine offizielle Bestätigung des Abkommens durch die Volksbeauftragten zu erhalten. Dadurch hätte sich die Revolutionsregierung wenigstens indirekt für den Fortbestand der gegebenen Wirtschaftsordnung und gegen eine Sozialisierung ausgesprochen. Ob dies zu erreichen sein würde, schien am 14. November noch fraglich, weil – so Stinnes – »in der Regierung mindestens zwei Leute drinsitzen, vielleicht sogar drei,

denen die ganzen Abmachungen mit den Gewerkschaften ein Dorn im Auge sind, die die Sache absolut zur Spartakusgruppe hinüberleiten wollen«<sup>105</sup>. Einen Tag später aber konnten die Industriellen erleichtert aufatmen. Nachdem die freigewerkschaftliche Vorstandskonferenz das Abkommen gebilligt hatte, nahm es der Rat der Volksbeauftragten am 15. November auf Ersuchen der Generalkommission zustimmend zur Kenntnis und beschloß sogar, es von sich aus zu veröffentlichen. Gleichzeitig forderte er die Leiter der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe auf, die Vereinbarung zu beachten<sup>106</sup>.

Die Industriellen konnten hierüber mit Recht »sehr froh« sein<sup>107</sup>. Weniger als eine Woche nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde hiermit der Fortbestand der Wirtschaftsordnung einschließlich der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sowohl von den größten Massenorganisationen der Arbeiterschaft als auch von der Revolutionsregierung bis auf weiteres garantiert. Die politische Funktion der Arbeitsgemeinschaft bestand also darin, die soziale Revolution mit Hilfe der Arbeiterführer im Keime zu ersticken. Dies stellte ihre wirtschafts- und sozialpolitische Bedeutung weit in den Schatten.

In diesem Sinne wurde sie auf Seiten der Unternehmer auch aufgefaßt. In einem Rundschreiben an die Mitglieder vom 18. November, in dem sie sich für den nur von einer informellen Mitgliederversammlung sanktionierten Abschluß der Vereinbarung rechtfertigte, bezeichnete die VDA diesen Schritt als eine »dringende wirtschaftliche und politische Notwendigkeit«. Die Vereinigung sei sich »der Schwere der Verantwortung und der gewaltigen Opfer, die damit den Betrieben zugemutet wird, in vollstem Maße bewußt . . . Auf der anderen Seite war es unsere pflichtgemäße Aufgabe, alles zu tun, um der Industrie überhaupt ihre Selbständigkeit zu wahren. Es stand und steht noch heute in höchstem Maße zu befürchten, daß grundlegende Beschlüsse seitens der gegenwärtigen Regierung gefaßt werden, die die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sicherstellen sollen. Es muß deshalb die Stellung der Gewerkschaften, die zur Zeit den gemäßigten Flügel der Regierung vertreten, mit allen Mitteln gefestigt werden, dazu gehört die Möglichkeit ihrer Mitwirkung bei Feststellung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivvereinbarungen und ihre Heranziehung bei der Arbeitsvermittlung, und es mußten ihnen auch tatsächliche Zugeständnisse in der Arbeitszeit gemacht werden, damit die Gewerkschaften ihrer Mitglieder sicher bleiben. Dazu war es nötig, eine grundsätzliche Zustimmung zum Acht-Stunden-Tag auszusprechen.« Die VDA appellierte daher an die Arbeitgeber, »aus dem ihnen innewohnenden politischen Verständnis heraus dieses Opfer [zu] bringen, um ungleich Verhängnisvolleres zu vermeiden«<sup>108</sup>.

Um dieses »Opfer« für die Unternehmer so gering wie möglich zu halten, riet sie allerdings den Arbeitgebern, das Abkommen mit den Gewerkschaften von vornherein möglichst restriktiv anzuwenden<sup>109</sup>. Bei der Wiedereinstellung der Heeresentlassenen seien alle vor dem Kriege Beschäftigten »mit angemessener Entlohnung« wieder aufzunehmen und »daraus entstehende Opfer . . . im Interesse der Sache « zu bringen; zur Sicherung der Beschäftigung könne die Arbeitszeit verkürzt werden. Bei einer Reduzierung der Arbeitszeit auf weniger als acht Stunden sollten sie sich jedoch nicht zum Lohnausgleich verpflichten, sondern die Arbeiter auf die staatliche oder kommunale Erwerbslosenfürsorge verweisen. Ferner wies die Vereinigung darauf hin, daß sich das Zugeständnis des Achtstundentages »nur auf die regelmäßige Arbeitszeit bezieht, daß also vorübergehende Ausnahmen und Ausgleiche zulässig sind«. Im übrigen sei »in der Vereinbarung von einer *Arbeitszeit* von acht Stunden die Rede . . ., d. h. also, daß die Pausen außerhalb der Arbeitszeit fallen«. Außerdem sei in dem Abkommen der freie Sonnabendnachmittag nicht vorgesehen, folglich müsse bei dessen Einführung mit den Gewerkschaften über eine entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen verhandelt werden. Zugleich forderte sie die Arbeitgeber auf, einem Verlangen nach Abschaffung der Akkordarbeit »mit allem Nachdruck entgegenzutreten«<sup>110</sup>.

Bei der Einrichtung der paritätischen Arbeitsnachweise sollten die Unternehmer von der Bestellung eines unparteiischen Vorsitzenden absehen, vermutlich aus Furcht, er könnte sich in Konfliktfällen auf die Seite der Gewerkschaften stellen und diese dem Zwang zum Kompromiß mit den Arbeitgebern entheben. Hinsichtlich der Wirtschaftsfriedlichen klärte die VDA die Arbeitgeber darüber auf, daß nur finanzielle Begünstigungen, keineswegs aber andere Vereinbarungen mit ihnen ausgeschlossen seien. Um eine Solidarisierung von Arbeitern und Angestellten zu erschweren, legte sie überdies den Arbeitgebern nahe, den Widerstand der Angestelltenverbände gegen ihre teilweise durchgeführte zwangsweise Unterstellung unter die freien Gewerkschaften zu unterstützen<sup>111</sup>.

Im übrigen warnte sie die Einzelunternehmen davor, Abmachungen mit untergeordneten Gewerkschaftsfunktionären zu treffen mit Ausnahme »dringend notwendiger Vereinbarungen von vorübergehender Dauer«; »alles, was darüber hinausgeht«, sei Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen zu überlassen. Daß dies in der Absicht geschah, die Durchsetzung weitergehender Forderungen von Basisorganisationen zu vereiteln<sup>112</sup>, verdeutlicht die Aufforderung an die Arbeitgeber, insbesondere solchen Forderungen »unbedingt entgegenzutreten . . ., die sich etwa auf eine paritätische Direktion oder sonstigen Einfluß auf die Betriebsleitung beziehen«. Die Arbeiterräte, so hieß es zur Erläuterung, seien »zu wirtschaftlichen

Eingriffen« nicht befugt; die »gegebene Stelle« hierfür sei allenfalls der Arbeiterausschuß in Verbindung mit den Gewerkschaften, denen die Mehrzahl der Beschäftigten angehörte<sup>113</sup>. Aus demselben Grund empfahl die VDA den Arbeitgeberverbänden, nur zentrale Abmachungen mit den Berufsorganisationen der Arbeiter einzugehen. In der Hoffnung, daß sich die politische Lage in absehbarer Zeit zugunsten der Arbeitgeber verändern würde und dann vorteilhaftere Vereinbarungen erzielt werden könnten, regte sie im übrigen an, zunächst nur die allgemeinen, für alle Berufsangehörigen einheitlichen Fragen zu regeln, darüber hinausgehenden Wünschen aber »mit kurzer Befristung nur für die Übergangszeit« nachzugeben. Eine Woche später empfahl sie sogar, Vereinbarungen ohne Kündigungsfrist abzuschließen, so daß sie von einem Tag auf den anderen widerrufen werden könnten<sup>114</sup>.

Mit diesen Anweisungen wurde der Inhalt der Vereinbarung als äußerste Grenze des Entgegenkommens der Arbeitgeber gegenüber der Arbeiterschaft definiert und gleichzeitig die Absicht erklärt, wirtschaftliche Mitwirkungsrechte der Arbeiterschaft, wenn sie nicht völlig zu verweigern sein sollten, von der Basis, den einzelnen Betriebsbelegschaften, möglichst weit hinauf in die Gewerkschaftsorganisationen zu verlagern und im Bündnis mit den Gewerkschaftsführungen einer autonomen Betriebsrätebewegung nach Möglichkeit von vornherein Widerstand zu leisten.

Aus der Vereinbarung mit der Gewerkschaftsführung zog die Großindustrie unverzüglich eine weitere, in ihren Auswirkungen bedeutsame Konsequenz, nämlich die beschleunigte Durchorganisation sämtlicher Industriezweige in Arbeitgeberverbänden. Sie wurde notwendig, um in allen Branchen Verhandlungspartner für die Gewerkschaften zu schaffen. Darüber hinaus aber sollte sie die Position der Unternehmer dauerhaft festigen und ist deshalb ebenfalls als eine Maßnahme zur Verhinderung der sozialen Revolution zu werten. Schon in der VdESI-Versammlung vom 14. November erklärte Stinnes: »Wenn dieses Ding morgen angenommen sein sollte, so bleibt natürlich der gesamten deutschen Industrie nichts anderes übrig, als sich zu Arbeitgeberorganisationen zusammenzufinden, denn sonst hat sie keinen Einfluß. Alle Fragen werden von den Gewerkschaften centraliter behandelt, und diejenigen Abteilungen der Industrie, die sich nicht als Arbeitgeberorganisation organisiert haben, werden ausscheiden. Ich glaube, wir können nichts Besseres tun, als mit aller Macht darauf hinzuwirken, daß sich alle Teile im Reiche und alle Industrien so rasch wie möglich organisieren. Nur dann werden wir dazu kommen, daß diese Organisation der Zentralausschüsse und die Fachgruppen tatsächlich ihre Aufgabe erfüllen und ebenso gut erfüllen, wie es die Gewerkschaften tun. . . . Sonst kommen wir unter den Schlitten.«<sup>115</sup>

Fünf Tage später empfahl die VDA den ihr angeschlossenen Verbänden »dringend«, die überaus günstige, »nie wiederkehrende Gelegenheit zur Werbung neuer Mitglieder« auszunutzen, und bat um Anregungen, »wo und wie wir noch fachliche und örtliche Arbeitgeberverbände ins Leben rufen können«<sup>116</sup>. Anfang Dezember konnte die DAZ schon erste Erfolge melden: »Aus allen Gegenden wird über die Gründung neuer Arbeitgeberverbände berichtet; innerhalb der bestehenden Organisationen herrscht eine fast fieberhafte Tätigkeit, eine Versammlung folgt der anderen, Kundgebung reiht sich an Kundgebung.«<sup>117</sup> Obwohl von organisatorischen Konsequenzen für die wirtschaftlichen Interessenverbände der Industrie öffentlich nicht die Rede war, verstand es sich von selbst, daß jetzt auch das Nebeneinander gleichgerichteter Branchenorganisationen sowie die Konkurrenz der beiden Spitzenverbände CDI und BdI schnellstens ihr Ende finden würden. Wenige Wochen später wurde es mit der Gründung des Reichsverbandes der deutschen Industrie herbeigeführt<sup>118</sup>.

Neben der Kooperation mit den Gewerkschaften und der Verstärkung ihrer eigenen Organisation erörterten die Industriellen Mitte November 1918 auch politische Strategien, um die Wirtschaftsordnung zu erhalten und das Weitertreiben der Revolution zu verhindern. Sie waren sich darüber einig, »daß uns die neue Regierung nicht gefällt«, freilich ebenso darüber, »daß wir uns wie ein Mann hinter die neue Regierung stellen müssen und sehen müssen, was zu retten ist«<sup>119</sup>. Hierzu schien »unter allen Umständen« eine »Stärkung des Einflusses von Scheidemann und seinen Leuten« erforderlich<sup>120</sup>, die zusammen mit den Gewerkschaftsführern auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie standen. Wenn die Industriellen ein »außerordentlich lebhaftes Interesse« daran hatten, daß mit dem Arbeitsgemeinschaftsabkommen »die Gewerkschaften . . . gestützt werden und nicht ihre Mitglieder nach der Seite der Spartakusgruppe und auch nach der Seite der U-Sozialisten hin verlieren«<sup>121</sup>, so behielten sie auch das Ziel im Auge, »soweit wie möglich die Regierung, wie sie besteht, zu halten«<sup>122</sup>. Zunächst, so erkannte Raumer, taten die Industriellen am klügsten daran, »sich vor der Hand vollkommen zurückzuhalten«<sup>123</sup>, wenn sie den Rat der Volksbeauftragten stützen wollten. In dieser Erkenntnis ließ man im VdESI am 14. November den Gedanken fallen, noch vor der Unterzeichnung des Abkommens mit den Gewerkschaften eine Loyalitätsadresse an die Revolutionsregierung zu richten. »Wenn wir versuchen, uns den Leuten anzubieten, wenn wir gewissermaßen in der Öffentlichkeit unsere Karte für die Leute abgeben«, warnte Roetger, »würden wir . . . der jetzigen Regierung, soweit sie noch auf dem Standpunkt der sog. Regierungssozialisten steht, kolossale Schwierigkeiten machen. . . . Damit geben wir Wasser auf die Mühlen von Haase und Dittmann und vielleicht sogar von Liebknecht

... Er bleibt doch das Zünglein an der Waage, und solange die Dinge nicht so liegen, daß wir genötigt sind hervorzutreten, ... sollten wir das unterlassen.«<sup>124</sup>

Nichtsdestoweniger bereiteten sich die Industriellen schon Mitte November 1918 darauf vor, politisch wieder hervorzutreten, sobald der Zeitpunkt geeignet erschien. Übereinstimmend hielten sie den Beginn des Wahlkampfes für die Nationalversammlung für den richtigen Augenblick<sup>125</sup>. Zwar hatten sie noch bis vor kurzem den bürgerlichen Parlamentarismus als für Deutschland untauglich abgelehnt<sup>126</sup>. Nach dem Ende der Monarchie jedoch und angesichts der Räte, die sich allenthalben regten und laut über rätedemokratische Verfassungsmodelle nachzudenken angingen, für die die Sowjetunion noch immer das nächstliegende Beispiel bot, empfahl sich der Parlamentarismus nun auch den Industriellen als diejenige Staatsform, in der sie am ehesten hoffen konnten, ihre politischen Interessen zur Geltung zu bringen. Sobald sich der Rat der Volksbeauftragten für die Einberufung einer Nationalversammlung entschieden hatte, forderte die VDA deshalb ihre Mitglieder auf, dem »Gebot des Tages« folgend, auf das baldige Zusammentreten der Nationalversammlung zu dringen. »Es war bisher nicht die Aufgabe der Arbeitgeberverbände, sich mit rein politischen Dingen zu beschäftigen«, erläuterte sie. Die Lage aber erfordere es, »daß sich auch die Arbeitgeberverbände dieser wichtigen und dringenden Aufgabe annehmen und immer von neuem in der Öffentlichkeit die Einberufung der Nationalversammlung zu dem schnellstmöglichen Termine verlangen«<sup>127</sup>.

Gleichzeitig wurden erste Überlegungen zum parteipolitischen Engagement der Industrie angestellt. Die alten Rechtsparteien fielen bis auf weiteres »eo ipso« als ihre Interessenvertretung aus<sup>128</sup>. Friedrich Grau, Vorstandsmittglied der Gewerkschaft Wilhelmshall-Oelsburg und Kohlen Großhändler in Halberstadt, regte deshalb einen Zusammenschluß der Nationalliberalen mit der FVP an; wenn man beide »in einem Klump« hätte, würde man »eine Bürgerpartei in der Größe bekommen, wie sie Deutschland noch nie gesehen hat«; sie werde selbst »einen großen Teil der vernünftigen Sozialisten« aufsaugen können<sup>129</sup>. Roetger wollte noch »viel weitergehen« und »auf dem Boden des bürgerlichen Lebens im Gegensatz zu den Sozialdemokraten die ganzen bürgerlichen Parteien zusammenrufen«; vorläufig hielt er jedoch jede Betätigung in dieser Richtung für »durchaus verfrüht«<sup>130</sup>. Auch Hilger schien es »durchaus falsch«, vor der Unterzeichnung des Arbeitsgemeinschaftsabkommens »eine solche Sache gegen die Sozialdemokraten« zu machen<sup>131</sup>.

Aus diesen Gründen wahrten die Industriellen fürs erste politisch große Zurückhaltung. Zunächst ging es ihnen darum, die Arbeitsgemeinschaft



mit den Gewerkschaften zustandezubringen und nicht zu gefährden. Denn dieses Abkommen war für sie eine »Lebensfrage«, wie Hilger unverblümt konstatierte<sup>132</sup>. In der Öffentlichkeit beschränkten sie sich darauf, anknüpfend an die antisozialistische Agitation der Kriegsjahre, die Propaganda gegen alle Sozialisierungstendenzen anzukurbeln<sup>133</sup>.

## *Sozialisierungsforderungen der Arbeiterschaft*

Unterdessen zeitigte der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft keineswegs die beruhigende Wirkung, die Reichert am 9. November erwartet hatte. Große Teile der Industriearbeiterschaft nämlich hielten mit der politischen Revolution auch die Stunde der sozialen Revolution für gekommen, des Endes der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Auswirkungen sie jahrzehntelang am eigenen Leibe erfahren und deren Abschaffung ihnen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften ebensolange als säkulares Ziel vor Augen gestellt hatten. Jetzt, als die politischen, juristischen und militärischen Fesseln zerbrachen, die die Arbeiterschaft bisher niedergehalten und ihre Bewegungsmöglichkeiten beengt hatten, kam zum Durchbruch, was an Unzufriedenheit, Erbitterung, ohnmächtiger Wut, Enttäuschung und Haß auf die Unternehmer und ihre Agenten in Gestalt von Direktoren, Werkmeistern oder Steigern sich während mehr als einer Generation in den Betrieben angestaut hatte und während des Kriegs noch weiter komprimiert worden war.

Die nicht selten am Rand des Existenzminimums liegenden Löhne, die teilweise noch überlangen Arbeitszeiten, die willkürliche Festsetzung und Handhabung der Arbeitsbedingungen, die häufige kleinliche Prellerei der Arbeiter um einen Teil ihres Lohns, etwa durch das berüchtigte »Wagennullen« im Bergbau, das ausgefeilte System innerbetrieblicher Geldstrafen, das häufige Fehlen von Arbeitsschutzvorkehrungen und demgegenüber der Aufwand schier unbegrenzter Kapitalien, wenn es um die Bekämpfung der Arbeiterbewegung ging, die Verfolgung der Gewerkschaften, die Maßregelung von Arbeitern, die ihre elementarsten Interessen zu vertreten suchten, die Nötigung zum Eintritt in wirtschaftsfriedliche Arbeiterorganisationen, die oft entwürdigende und beleidigende Behandlung durch die Vorgesetzten, das Hineinreden der Werksbesitzer selbst in den privaten Bereich der Arbeiter, z. B. durch die Verpflichtung, als Gegenleistung für die Unterkunft in einer Werkswohnung auch die Söhne, mitunter gar die Ehefrau zur Arbeit in den Betrieb zu schicken, das Verbot sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Zeitungen in werkseigenen Wohnkolonien, der Druck auf die Gastwirte, der Sozialdemokratie keine Räume für ihre

Versammlungen zu überlassen – dieses ganze System von wirtschaftlicher Ausbeutung, politischer Unterdrückung, individueller Schikanierung und persönlicher Bevormundung, das bis 1914 und in vielen Fällen bis zur Revolution bestand, hatte sich dem Bewußtsein vieler Industriearbeiter zu tief eingepägt, als daß sie es nun auf einmal hätten vergessen können und sich mit den Unternehmern hätten versöhnen mögen.

Erst recht war ihnen noch in frischer Erinnerung, welche Kriegsziele die Unternehmer propagiert, welche Siegfriedensparolen sie noch wenige Monate vor dem Zusammenbruch verkündet und welche Durchhaltepropaganda sie bis zum buchstäblich letzten Augenblick betrieben hatten, ohne die geringsten Skrupel darüber zu zeigen, daß sich unterdessen die Lebenslage der Arbeiterschaft rapide verschlechterte, bis schließlich ihre Arbeitsfähigkeit nahezu erschöpft war, und daß Millionen von Arbeitern als Soldaten mit ihrem Leben oder ihrer Gesundheit für diese Ziele bezahlen mußten, die am Ende doch nur wieder den Interessen der Werksbesitzer und Fabrikherren nützen sollten, während für die Arbeiter bestenfalls einige Brosamen vom Tisch der Reichen abfielen. Dabei war ihnen nicht entgangen, daß zur gleichen Zeit wenigstens die Rüstungsproduzenten auch noch riesige Gewinne gemacht hatten.

Das katastrophale Ende des Krieges steigerte die Erbitterung noch, indem es unter der Arbeiterschaft das Gefühl weckte, allein um des Profits der Besitzenden willen sich mehr als vier Jahre lang in den Fabriken oder auf den Schlachtfeldern auf das entsetzlichste sinnlos geschunden zu haben, für weniger als nichts. Denn während den Unternehmern die Produktionsmittel und einstweilen auch die Kriegsgewinne blieben, hungerten die Arbeiter und verfügten nicht einmal mehr über zulängliche Kleidung und tragbares Schuhwerk. Daher begegneten sie Aufrufen zu »Zuversicht, Ruhe« und »vertrauensvollem Zusammenarbeiten zwischen Werksleitung und den Arbeitern«<sup>134</sup>, wie sie die Unternehmer jetzt veröffentlichten, mit Mißtrauen oder grimmigem Hohn. An denselben Anschlagbrettern hatten – von denselben Personen unterzeichnet – einige Tage zuvor noch Aufforderungen zur Zeichnung von Kriegsanleihe, Durchhalteparolen, Strafanordnungen gegen Streiks und Arbeitsordnungen geungen, die schon geringfügige Verfehlungen der Arbeiter mit empfindlichen Geldstrafen belegten. Viele Arbeiter glaubten die Unternehmer gut genug zu kennen, um deren vorgeblichem Sinneswandel gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Organisationen gründlich zu mißtrauen<sup>135</sup>.

Ausdruck fanden alle diese Erfahrungen in der Parole »Sozialisierung«, die sich unmittelbar nach dem politischen Umsturz wie ein Lauffeuer verbreitete – und dies gewiß nicht allein deshalb, weil der Spartakusbund die »Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung« alsbald als das

»geschichtliche Thema der gegenwärtigen Revolution« ausgab<sup>136</sup>. Bereits am 6. November forderte der Vorsitzende der Solinger USPD die Arbeiter auf, die »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« gewaltsam zu erzwingen<sup>137</sup>. Vier Tage später verlangten die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte die »rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel, ... um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen«<sup>138</sup>. Zwei Wochen später trat die Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des Niederrheins und des westlichen Westfalens für die schnellstmögliche Überführung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, Verkehrsmitteln, Rohstoffen sowie Grund und Boden in den Besitz der Gesamtheit ein<sup>139</sup>. Gleichzeitig sprach sich der politisch vergleichsweise gemäßigte Vollzugsausschuß der Soldatenräte bei der OHL ebenso für eine »schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe« aus wie der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres<sup>140</sup>.

Daß die Sozialisierungsforderung auch und gerade unter der sozialdemokratisch orientierten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Resonanz fand, ist daran zu erkennen, daß der überwiegend aus Anhängern der Mehrheitssozialdemokratie zusammengesetzte Rätekongreß am 20. Dezember 1918 mit großer Mehrheit die Regierung beauftragte, »mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen«<sup>141</sup>. Auch christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine, die bisher die kapitalistische Wirtschaftsordnung grundsätzlich verteidigt hatten, bezeichneten unmittelbar nach der Revolution die Sozialisierung als ein »wirtschaftliches Postulat ... , das sich ... einfach nicht mehr umgehen läßt«<sup>142</sup>. Stegerwald zählte schon kurz vor dem Umsturz »planmäßige Sozialisierung des Wirtschaftslebens« zu den »vier Grund- und Quadersteinen« des neu zu errichtenden Staats- und Gesellschaftsgebäudes<sup>143</sup>. Nur unter den politisch noch wenig bewußten Landarbeitern trat die Sozialisierungsforderung lediglich vereinzelt auf<sup>144</sup>. Wie sehr der Gedanke an Eingriffe in die Wirtschaftsordnung damals gleichsam in der Luft lag, ist schließlich daran abzulesen, daß sie selbst im Bürgertum allgemein erwartet wurden<sup>145</sup>; hier gab es dem Vernehmen nach sogar »starke Anhänger« solcher Ideen<sup>146</sup>, wenn auch wohl häufig mehr aus pragmatischen denn aus prinzipiellen Gründen. Der Gedanke einer Sozialisierung der Schwerindustrie stieß nach Informationen Meesmanns sogar in Kreisen der Fertigungsindustrie »zum mindesten« auf eine »große Gleichgültigkeit, vielfach aber sogar eine gewisse Förderung«, nämlich aufgrund des »Verhaltens der Rohstoffindustrie«, insbesondere der »Preispolitik der großen Verbände«; demnach war in der Sozialisierungsfrage selbst die Fertigungsindustrie für die Schwerindustrie »zum mindesten kein Bundesgenosse«<sup>147</sup>.

In Kreisen der Schwerindustrie wurde daher fast sicher mit der Durchsetzung der Sozialisierung gerechnet, bevor der eigentliche Kampf der Arbeiter hierfür einsetzte. Stinnes war Ende November 1918 »mut- und ratlos«<sup>148</sup>, Reusch überzeugt davon, daß der Kohlenbergbau von der Sozialisierung »in irgendeiner Form erfaßt werden wird. . . . »Es rast die See und will ihr Opfer haben« – ich glaube, der Kohlenbergbau wird dieses Opfer sein«, schrieb er am 30. November<sup>149</sup>. Wie verbreitet diese Annahme in der Schwerindustrie war, ist daran abzulesen, daß Beumer Mitte Dezember riet, in der Sozialisierungsfrage »keine ganz ablehnende Stellung einzunehmen«<sup>150</sup>, und daß der Direktor der Mannesmann-Röhrenwerke zusammen mit dem Syndikus der Düsseldorfer Handelskammer die Vergesellschaftung von Privatbetrieben als »anzustreben und zulässig« zu deklarieren bereit war, sofern »eine verbilligte Herstellung der Güter erwiesen ist oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geboten erscheint«<sup>151</sup>. Obwohl die Fertigung die Sorgen wegen einer Sozialisierung für ihren Bereich nicht teilte<sup>152</sup>, wurde auch in der VDA damit gerechnet, daß jetzt die »rote Saat« des »utopistisch-revolutionären« Flügels der Sozialdemokratie aufgehen und man es »nunmehr mit dem Sozialismus der Produktion . . . versuchen« werde<sup>153</sup>.

Vor Geschäftsführern wirtschaftspolitischer Verbände setzte sich Reichert daher schon am 27. November eingehend mit der Frage auseinander, inwieweit die Industrie in der Sozialisierungsfrage »eine Ausnahme machen und Entgegenkommen zeigen« könnte. Als Verhandlungsobjekte nannte er in erster Linie »solche Betriebe oder Betriebszweige, die nur in unserer Binnenwirtschaft begründet sind«, etwa den Kommunalverkehr und die Energieversorgung. Auch gegen das bereits beschlossene Branntweinmonopol und Vertriebsmonopole für Genußmittel hatte er nichts einzuwenden. Außerdem dachte er an die Kultivierung brachliegender Heideflächen und Moore, wo »Millionen von Bauern angesiedelt werden und sich ein glückliches Familienleben aufbauen« könnten, und an die »Verstaatlichung des deutschen Waldes, eine Forderung, die sich auch an das Gemüt des Deutschen wenden würde, denn von jeher war dem Deutschen der Wald ein Nationalheiligtum«. Alle Wirtschaftszweige und Betriebe hingegen, »die in ihrem Wesen und in ihrer wirtschaftlichen Ausstrahlung nicht von den Grenzen des Deutschen Reiches eingefaßt werden«, wollte er von der Verstaatlichung ausgenommen wissen, also die gesamte Schwerindustrie, die Fertig- und Exportindustrie und die Banken. Selbst für die Verstaatlichung der erstgenannten Bereiche aber sollte gelten: »Mehr Überlegung und keine Übereilung.« Vermutlich rechnete er damit, daß die Sozialisierungsforderung nach einiger Zeit abklingen würde, zumal – wie er aus den Verhandlungen um die Arbeitsgemeinschaft wußte – die Industrie

bei ihren Bemühungen, »der Erkenntnis von der tatsächlichen Unersetzbarkeit der privaten Initiative bei der Hervorbringung von Gütern den Boden zu ebnen, . . . des Beistandes eines starken Bruchteils der gemäßigt auftretenden Gewerkschaftler ohne weiteres sicher« sein konnte<sup>154</sup>.

Was der Begriff »Sozialisierung« genau bedeuten sollte, war weithin unklar und wurde unterschiedlich aufgefaßt. Offenbar dachten nur wenige an eine entschädigungslose Enteignung und womöglich Vertreibung der bisherigen Werksbesitzer und Direktoren, wie sie in Rußland stattgefunden hatte, sondern lediglich an eine Beseitigung der autokratischen Betriebsverfassung zugunsten der Information und Mitbestimmung der Belegschaften über die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten ihrer Betriebe<sup>155</sup>. Sicher sprach der unabhängige Remscheider DMV-Bevollmächtigte Heinrich Schliestedt für eine breite Strömung in der Arbeiterschaft, als er auf dem Rätekongreß den Kern der Sozialisierungsforderung mit den Worten umschrieb: »Es kommt . . . auf die Verwaltung der Betriebe an. Das kann nicht mehr so gehen, daß die Unternehmer und ihre Beamten allein die Verwaltung haben, sondern wir müssen die Arbeiter daran beteiligen. . . . Die Arbeitsleitung muß . . . in die Hände der überwachenden Arbeiterausschüsse oder Arbeiterräte gelegt werden.«<sup>156</sup> Ungeachtet aller inhaltlichen Unklarheiten und Differenzen wurde indessen die Sozialisierung von vornherein nicht aus isolierten ökonomischen Gründen gefordert, sondern als Voraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau der politischen Demokratie begriffen. »Wenn wir nicht beizeiten, und zwar so schnell wie möglich, dafür sorgen, die wirtschaftliche Macht in die Hand zu bekommen«, warnte Schliestedt, »dann kann uns die politische Macht wieder zum Teufel gehen, denn letzten Endes . . . ist . . . der ganze Überbau unmöglich, wenn die ökonomischen Grundlagen dafür nicht vorhanden sind.«

Organe zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen von einer veränderten Betriebsverfassung schufen sich die Belegschaften zahlreicher Industriebetriebe in den Betriebsräten, oft schon unmittelbar nach dem Umsturz. In den Leuna-Werken entstanden sie bereits am 8. November, in einigen Berliner Großbetrieben am 10. November, auf vielen Zechen und Hüttenwerken des rheinisch-westfälischen und des mitteldeutschen Industriegebiets in den folgenden Tagen und Wochen<sup>157</sup>. In manchen Werken wurden sie im ausdrücklichen Gegensatz zu den Arbeiterausschüssen gebildet, die seit dem Hilfsdienstgesetz bestanden, insbesondere dort, wo diese Ausschüsse nicht das Vertrauen der Belegschaften besaßen. Anderwärts gingen die Betriebsräte aus den alten Arbeiterausschüssen hervor und behielten mitunter sogar ihre bisherige Bezeichnung bei<sup>158</sup>. Überall aber entstanden sie spontan und verstanden sich als autonome Belegschaftsvertretungen. Die Gewerkschaftsorganisationen wurden allem Anschein nach nirgends an ihrer

Bildung beteiligt. Vielmehr scheinen die Betriebsräte nicht selten gerade von Anhängern der Gewerkschaftsopposition getragen gewesen zu sein. So übernahmen unter den Betriebsräten der Berliner Metallindustrie die revolutionären Obleute die Führung.

Doch auch wo die Opposition nicht in solcher Weise in Erscheinung trat, war mit dem Auftreten der Betriebsräte der Konflikt mit den Gewerkschaften angelegt. Denn ihre praktische Tätigkeit richtete sich zunächst auf die Festsetzung neuer Arbeitsbedingungen, vor allem auf die Einführung des Achtstundentages und die Abschaffung der Akkordarbeit, außerdem auf eine Erhöhung der Löhne. In vielen Werken sahen sich die Direktionen genötigt, derartigen Forderungen nachzugeben. Die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen aber hielten die Gewerkschaften ebenso für ihre ureigenste Aufgabe wie das Aushandeln der Löhne. Eine Mitwirkung autonomer Belegschaftsvertretungen in diesen Fragen berührte also unmittelbar ihren Anspruch, die alleinige Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter darzustellen; gleichzeitig widersprach sie dem Prinzip zentraler Vereinbarungen, das die Gewerkschaften im Arbeitsgemeinschaftsabkommen soeben den Arbeitgebern gegenüber durchgesetzt hatten.

Indessen beschränkten sich viele Betriebsräte nicht auf Eingriffe in die Arbeitsbedingungen. Häufig setzten sie auch mißliebige Angestellte und Direktoren ab; darüber hinaus erzwangen sie in zahlreichen Betrieben eine Kontrolle über die Betriebsleitung; manche nahmen sie sogar selbst in die Hand<sup>199</sup>. Hiermit proklamierten die Betriebsräte also auch wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher Ebene. Dies widersprach ebenfalls herkömmlichen gewerkschaftlichen Vorstellungen. Wirtschaftliche Mitbestimmung hatten die Gewerkschaften bisher nur für die überbetriebliche Ebene monopolartiger, zentral gelenkter Wirtschaftskörper gefordert und als Träger solcher Rechte in erster Linie an ihre Funktionäre gedacht. Vor allem aber tasteten solche Rechte von Belegschaftsvertretungen das ebenfalls im Arbeitsgemeinschaftsabkommen anerkannte alleinige Entscheidungsrecht des Unternehmers oder seines Beauftragten in der Betriebsleitung an. Damit forderten die Betriebsräte nicht nur das autokratische Selbstverständnis der Unternehmer heraus, sondern richteten sich unmittelbar gegen die bisherige Betriebsverfassung und mittelbar gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, auch wo sie die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln nicht offen stellten. Es war daher nur konsequent, daß die Forderungen nach Sozialisierung und nach wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechten für die Betriebsräte meist gemeinsam erhoben wurden.

Die Industriellen waren sich daher keinen Augenblick darüber im unkl-

ren, daß die ganze Betriebsrätefrage »nicht eine wirtschaftspolitische Frage, sondern eine machtpolitische, eine revolutionäre Frage« war<sup>160</sup>. Reusch bezeichnete es daher bereits eine Woche nach dem 9. November als »ganz selbstverständlich«, daß »keinerlei Zugeständnisse dahingehend gemacht werden dürfen, daß die Arbeiterschaft in die Leitung der Werke irgendwie eingreift«<sup>161</sup>. Gleichzeitig wies der schwerindustrielle Arbeitgeberverband des Ruhrgebiets die Eisen- und Stahlwerke an, allen Bestrebungen entgegenzuwirken, die meist von den Gewerkschaften beherrschten Arbeiterausschüsse durch Betriebsräte zu ersetzen<sup>162</sup>.

### *Regierung und Gewerkschaften zur Sozialisierungsforderung*

Indessen machten die neuen Machthaber kaum Anstalten, den sozialistischen Umbau der Wirtschaftsordnung in Angriff zu nehmen. Der Rat der Volksbeauftragten verkündete in seinem Programm vom 12. November 1918 zwar seine Absicht, »das sozialistische Programm zu verwirklichen«. Doch wie dies geschehen sollte, blieb einstweilen offen. Denn im gleichen Atemzug erklärte er, er werde »die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen die Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen«<sup>163</sup>. Auch einige Landesregierungen proklamierten sozialistische Ziele, ergriffen jedoch zunächst ebensowenig konkrete Maßnahmen, um sie zu erreichen<sup>164</sup>.

Praktisch beschränkten sich die Volksbeauftragten auf sozialpolitische Maßnahmen. Am 12. November hoben sie alle Ausnahmebestimmungen für Landarbeiter auf, verkündeten das unbeschränkte Koalitionsrecht auch für Beamte und Staatsarbeiter und setzten die bei Kriegsausbruch suspendierten Arbeiterschutzbestimmungen wieder in Kraft<sup>165</sup>. Wenig später wurde die kommunale Erwerbslosenfürsorge eingeführt, am 23. November die allgemeine Einführung der achtstündigen Arbeitszeit verfügt, Anfang Dezember der Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise eingeleitet, die vor oder während des Krieges eingerichtet worden waren, und außerdem die Unabdingbarkeit von Tarifverträgen sowie die Möglichkeit ihrer Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch die Behörden festgelegt. Anfang Januar 1919 schließlich wurden die Arbeitgeber zur Wiedereinstellung ihrer aus dem Heer entlassenen früheren Arbeiter verpflichtet und die Demobilisierungskommissare ermächtigt, in Konfliktfällen über Entlassung oder Weiterbeschäftigung von Arbeitern zu entscheiden<sup>166</sup>.

Viele dieser Verordnungen deckten sich mit den Vereinbarungen des Arbeitsgemeinschaftsabkommens oder bestätigten im wesentlichen nur Rege-

lungen, die bereits im Zuge der Kriegswirtschaftsorganisation eingeführt worden waren. Zwar erfüllten auch sie teilweise jahrzehnte alte Gewerkschaftsforderungen und stellten wichtige Verbesserungen für alle abhängig Beschäftigten dar. Aber sie vermochten unter den bestehenden ökonomischen Verhältnissen die Lage der meisten Arbeiter nicht zu heben, sondern sie lediglich vor allzu krasser Verschlechterung zu schützen. Als spürbare Verbesserungen kamen sie den Arbeitern deshalb kaum zum Bewußtsein, und eine sozialistische Perspektive, wie viele Industriearbeiter sie erwarteten, war in ihnen überhaupt nicht wahrzunehmen.

Zwar beschloß der Rat der Volksbeauftragten unter dem Eindruck der aufkommenden Sozialisierungsbestrebungen auf Initiative Haases am 18. November 1918, »daß diejenigen Industriezweige, die nach ihrer Entwicklung zur Sozialisierung reif sind, sofort sozialisiert werden sollen«. Welche Industrien dazu zählten und wie die Sozialisierung im einzelnen durchzuführen sei, sollte eine Kommission »namhafter Nationalökonomien ... unter Hinzuziehung der Praktiker aus den Reihen der Arbeiter und Unternehmer feststellen«<sup>167</sup>. Der Sozialisierungsbeschluß sollte am folgenden Tage nach Verständigung mit den zuständigen Ressorts veröffentlicht werden. In der Kabinettsitzung vom 19. aber erhob der Chef des Reichsschatzamt, der Nationalliberale Eugen Schiffer, Einwände. Daraufhin erhielt er den Auftrag, bis zum nächsten Tag einen Alternativentwurf auszuarbeiten. Als dieser am 20. November nicht vorlag, wurde die Angelegenheit vertagt und für die nächste Zeit nicht wieder aufgegriffen<sup>168</sup>. »Man hat den Eindruck«, berichtete der bayerische Gesandte in diesen Tagen aus Berlin, »als ob das Ideal des Sozialismus die Regierungsmänner kalt ließe, das Wort Sozialismus, mag es auch in eine ferne Zukunft weisen, verpönt wäre«<sup>169</sup>. In den Augen Julius Kaliskis, des wirtschaftspolitischen Mitarbeiters des Correspondenzblattes, der mehr Verständnis für den Sozialisierungsgedanken bewies als die meisten Führer von SPD und freien Gewerkschaften, boten die Volksbeauftragten »ein Bild des Jammers und der Schande«; denn niemand von ihnen konnte nach seiner Überzeugung »den Sozialismus geistig vertreten«<sup>170</sup>.

In der Tat begnügte sich die Revolutionsregierung vorerst mit der Einsetzung der Sozialisierungskommission. Deren Vorsitz übernahmen Kautsky und Prof. Ernst Francke, der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform; zu Mitgliedern wurden berufen die linksliberalen Nationalökonom Ballod, Lederer und Wilbrandt, die sozialdemokratischen Theoretiker Hilferding und Cunow, ferner Walther Rathenau und Theodor Vogelstein, der Direktor der Kriegsmetall AG, sowie – als zunächst einziger Gewerkschaftsvertreter – Otto Hue. Rathenau mußte allerdings noch vor der konstituierenden Sitzung der Kommission dem Druck der Unabhängigen



weichen und ausscheiden. Dafür kamen der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter und – nach dem Austritt der Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten – aufgrund einer Intervention der Generalkommission Paul Umbreit, der Redakteur des Correspondenzblattes, hinzu<sup>171</sup>. Zwar meinte der der DDP angehörende Vogelstein, »neben dem nicht gerade sehr starken Francke ... der einzige Nichtsozialist« in der Kommission zu sein<sup>172</sup>; in Wirklichkeit aber hatten die gemäßigten Kräfte das Übergewicht. Denn selbst die unabhängigen Mitglieder lehnten eine sofortige allgemeine Sozialisierung ab<sup>173</sup>. Mit gewissem Recht konnte Liebknecht daher die Sozialisierungskommission als »Kommission gegen die Sozialisierung« titulieren<sup>174</sup>. Ihr überließen die Volksbeauftragten die Klärung der Frage, welche Betriebe oder Industriezweige als sozialisierungsreif zu gelten hatten und wie die Sozialisierung konkret durchgeführt werden sollte.

Mitte Dezember 1918 sprach sich die Kommission für eine Sozialisierung lediglich von Kohle und Eisen aus, und zwar gegen Entschädigung; Banken und Landwirtschaft nahm sie einstweilen aus. Im übrigen vertrat sie die Ansicht, daß die Sozialisierung nur in einem »längerwährenden organischen Aufbau« vollzogen werden könne<sup>175</sup>. Wegen anhaltender Auseinandersetzungen mit den Volksbeauftragten über ihre Zusammensetzung und Kompetenzen, scharfer Gegensätze mit dem Reichswirtschaftsamt und erheblicher Meinungsverschiedenheiten unter ihren eigenen Mitgliedern gab sie zunächst keine weiteren öffentlichen Erklärungen ab.

Den Volksbeauftragten war dies nur recht. Sie schienen die Einsetzung der Sozialisierungskommission alsbald »vergessen« und »wie eine Entgleisung empfunden« zu haben<sup>176</sup>. Das erste Votum der Kommission nahmen sie kaum zur Kenntnis. Sie setzten weder ihr einen Termin für die Vorlage eines Berichts noch sich selbst für die Entscheidung über Umfang, Art und Tempo der Sozialisierung. Diese Nachlässigkeit paßte zu der erstaunlichen Tatsache, daß die Volksbeauftragten bei der Ressortverteilung die Wirtschaftspolitik einfach übergangen hatten, so daß keiner der sechs für Entscheidungen in diesem Bereich persönlich verantwortlich war. Sofern sie sich fortan überhaupt noch zur Sozialisierung äußerten, begnügten sie sich mit ambivalenten Erklärungen, die sowohl die Arbeiterschaft, die sie forderte, als auch das Bürgertum, das sie fürchtete, beruhigen sollten; dies gilt auch für die unabhängigen Volksbeauftragten<sup>177</sup>.

Auch von den sozialdemokratischen Staatssekretären in den Reichsämtern kamen keine Impulse für ein schleuniges Angehen der Sozialisierungsfrage, im Gegenteil. Gustav Bauer, Chef des Reichsarbeitsamtes, erklärte kategorisch, »die Schwätzeri von der sofortigen Vergesellschaftlichung« müsse »sofort aufhören, sonst bekommen wir russische Zustände«<sup>178</sup>. Au-

gust Müller, seit 14. November 1918 Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, bekannte sich zwar dazu, »daß mit der Durchführung sozialistischer Grundsätze so bald als möglich begonnen werden müßte«, und versicherte, »daß die Frage der Vergesellschaftung in ihrer ganzen Tragweite erfaßt werde und daß das Reichswirtschaftsamt und die anderen Ressorts im Einvernehmen mit der Regierung die Lösung dieser Fragen einleiten und so sehr wie möglich beschleunigen würden«. Gleichzeitig aber erklärte er, »wenn man ... die Demobilisierung lösen wolle, müsse man sich von der Auffassung frei machen, daß man schon in dieser Periode neue Grundsätze für die Wirtschaft praktisch ausführen könne. Wolle man das tun, ruiniere man die Arbeiter selbst.«<sup>179</sup> Ende Dezember 1918 bezeichnete er die Sozialisierung sogar als »geradezu ein Verbrechen«<sup>180</sup>.

Aufgrund des zunehmenden Drucks der Arbeiterschaft appellierte Müller zwar Anfang Januar 1919 an die Volksbeauftragten, »endlich mit einem einheitlichen Wirtschaftsprogramm hervortreten«<sup>181</sup>. Sein eigenes Ressort begann unter dem Einfluß namentlich Moellendorffs, der seit Jahren ein Anhänger gemeinwirtschaftlicher Konzeptionen war<sup>182</sup>, im Dezember 1918 mit Überlegungen zu einer »gründlichen Reform« der Wirtschaftsordnung »nicht nur in dem Sinne einer sofortigen materiellen und ideellen Beteiligung der Arbeiterschaft an allen wirtschaftlichen Vorgängen, sondern auch in dem Sinne einer sofortigen Unterordnung aller privaten unter die sozialen Interessen derart, daß im bewußten Gegensatz zum Vorkriegszustand die Wirtschaft des ganzen Volkes als eine Einheit behandelt wird«<sup>183</sup>. Doch auch Moellendorff dachte nicht an Enteignung und an bürokratische Wirtschaftslenkung, sondern an Kooperation von Produzenten, Verarbeitern, Händlern, Verbrauchern, Arbeitnehmern und Staat in Gemeinwirtschaftskörpern. Diese sollten unproduktiven Wettbewerb ausschalten, unnötige Importe unterbinden und die deutschen Exporte im gesamtwirtschaftlichen Interesse kontrollieren, um hierdurch der deutschen Wirtschaft das für den Wiederaufbau erforderliche Höchstmaß an Rationalisierung in der Produktion wie in der Distribution zu verschaffen.

Doch in der Regierung fanden selbst diese Vorstellungen, die mit Sozialisierung im sozialistischen Sinne kaum etwas zu tun hatten, keine Unterstützung<sup>184</sup>, auch nicht nach dem Austritt der Unabhängigen Ende Dezember. Bis zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurde keine wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung getroffen. Nicht einmal die Kompetenzen der Reichsämter für die Wirtschaftspolitik, die so unklar waren, daß Müller Anfang Januar 1919 eine »grundsätzliche Reform« der Ressortverteilung als unentbehrlich bezeichnete<sup>185</sup>, wurden geklärt<sup>186</sup>. Infolgedessen erhielten die alten Reichsämter die Möglichkeit, zur Empörung der Sozialisierungskommission, die sich mit Recht übergeben

und desavouiert fühlte<sup>187</sup>, Wirtschaftspolitik unkoordiniert nach eigenem Ermessen zu betreiben und Konzeptionen nach eigenen Vorstellungen zu entwerfen. Selbstverständlich liefen sie alle darauf hinaus, »vorzeitige Entschlüsse zur Verwirklichung des sozialistischen Programms zu verhindern«<sup>188</sup>.

Die Führung der freien Gewerkschaften billigte und unterstützte die Haltung der Volksbeauftragten in der Sozialisierungsfrage. Nachdem Legien die Sozialisierungsforderung bereits beim Abschluß des Arbeitsgemeinschaftsabkommens fallengelassen hatte, hieß es im Correspondenzblatt genau eine Woche nach dem Umsturz in Berlin: »Es wäre für die Erhaltung der Massen des Volkes geradezu verhängnisvoll, wollte man jetzt die Zeit mit sozialistischen Experimenten verlieren, während die Bevölkerung nach Brot und Arbeit ruft.« Da Produktionsstockungen »unter der Rückwirkung der drückenden Waffenstillstandsbedingungen den gänzlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes nicht nur auf Monate, sondern auf Jahre hinaus« bedeuteten und das »Tor zum Chaos« öffneten, müsse die »Pflicht zur Produktivität« zum »ersten Gesetz« werden. Demnach war »nur, was darauf zielt, die Produktivität der Arbeit zu heben, ... sozialistisch jetzt erlaubt«<sup>189</sup>.

»Nur wer mit völliger Unkenntnis der industriellen Praxis gegenübersteht, kann der tollen Meinung sein, ›gerade jetzt‹ sei der Zeitpunkt für die ›Expropriation der Expropriateure‹ gekommen«, schrieb im Dezember 1918 Otto Hue, damals einziges Gewerkschaftsmitglied in der Sozialisierungskommission; der Sozialismus würde »eine unabsehbare schwere Niederlage erleiden«, erklärte er, »wenn wir uns jetzt die Verantwortung für total umwälzende Eingriffe in die Verfassung unserer industriellen Produktionsverhältnisse aufhalsen würden«<sup>190</sup>. Jansson wiederholte lediglich die Forderungen zur Monopolisierung, die die Gewerkschaften schon 1917 im Zusammenhang der Diskussion um die Übergangswirtschaft erhoben hatten. Legien rief zu »gemeinsamer Arbeit zur Fortführung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft« auf, und zwar »zunächst auf dem gegebenen Boden des Privatbesitzes an Grund und Boden und den Produktionsmitteln«<sup>191</sup>. Alle Gewerkschaftskartelle wurden aufgefordert, den Weg zur Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern einzuschlagen, für den sich die Gewerkschaftsführung mit dem Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen entschieden hatte. Nur auf diesem Wege, so hieß es, könne die »soziale Demokratie« errichtet werden<sup>192</sup>. Zwar fügte Legien Mitte Dezember 1918 diesen Erklärungen die Parole hinzu: »Ist der Fortgang der Volkswirtschaft gesichert, dann Überführung ihrer hierfür reifen Zweige und Unternehmungen in den Gemeinbesitz des Volkes«, aber bis auf weiteres galt für die Gewerkschaftsführung: »Die Sozialisierung einer durch die Kriegswirt-

schaft erschütterten und desorganisierten Volkswirtschaft ist nicht möglich.«<sup>193</sup>

Ganz ähnlich dachten die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen über die Sozialisierungsforderungen. Das Programm des Deutschen Demokratischen Gewerkschaftsbundes, in dem sich im Dezember 1918 christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine zusammenschlossen, enthielt zwar die Forderung nach Verstaatlichung der Bodenschätze und »geeigneter Betriebe« und nach einer Beteiligung der Arbeiter am Gewinn der Unternehmen und seiner »allgemeinen Verwaltung«<sup>194</sup>. Gleichzeitig aber erschienen in der Verbandspresse Warnungen davor, »daß unser Wirtschaftsleben in der jetzigen Zeit keine gefährlichen Experimente auf dem Gebiet der Sozialisierung ertragen« könne<sup>195</sup>.

Ebenso eindeutig wie gegen die Sozialisierungsforderung wandte sich die Führung der freien Gewerkschaften gegen die autonomen Betriebsräte und ihre Machtansprüche. Ein Grund hierfür lag darin, daß sie sich im Artikel 7 des Arbeitsgemeinschaftsabkommens mit den Industriellen darauf verständigt hatte, in allen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten Belegschaftsvertretungen zu bilden, die »in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber . . . wachen« sollten, »daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarungen geregelt werden«. Diese Ausschüsse waren also als betriebliche Hilfsorgane zur Ausführung zentral ausgehandelter Tarifverträge gedacht und, dem Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft entsprechend, zur Kooperation mit der Betriebsleitung verpflichtet. Wirtschaftliche Mitwirkungsrechte sollten sie nicht wahrnehmen. Damit waren sie praktisch als verlängerter Arm der Gewerkschaften in den Betrieben konzipiert und stellten im wesentlichen nichts anderes dar als eine Weiterführung der Arbeiterausschüsse, die bereits das Hilfsdienstgesetz eingeführt hatte<sup>196</sup>.

Ohnehin entsprachen autonome Belegschaftsvertretungen mit sozialen und wirtschaftlichen Mitwirkungsrechten nicht den bürokratisch-zentralistischen Mitbestimmungsvorstellungen der Gewerkschaftsführung, wie sie etwa in den Forderungen zur Übergangswirtschaft zum Ausdruck gekommen waren<sup>197</sup>. Daß derartige Belegschaftsvertretungen ihre eigene Funktion als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter in Frage stellen konnten, hatten die Gewerkschaftsführer bereits beim ersten Auftreten von Arbeiterräten in Berlin, Leipzig und anderen Industriezentren während der großen Massenstreiks von 1917/18 erkennen müssen. Von den jetzt entstandenen und noch weiter entstehenden Betriebsräten fürchteten sie eine Bedrohung um so mehr, als diese Räte sich wiederum ohne Beteiligung der Gewerkschaften gebildet hatten und in ihnen vielfach die Wortführer der Opposition eine maßgebliche Rolle spielten.

Deshalb und um die Arbeitsgemeinschaftspolitik nicht zu gefährden, steuerte die Gewerkschaftsführung von Anfang an einen klaren Kurs gegen die Betriebsrätebewegung. Daß der Vollzugsrat in Berlin zunächst keine Neigung zeigte, sich mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen, und am 15. November der Gewerkschaftskommission »die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Groß-Berliner Betrieben beschäftigten Personen« übertrug<sup>198</sup>, kam ihr hierbei sehr gelegen. Um der spontanen Bildung weiterer Betriebsräte einen Riegel vorzuschieben, ordnete die Berliner Gewerkschaftskommission noch am selben Tage die Auflösung aller bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und deren Neuwahl an. Vorbereitung und Leitung der Wahlen legte sie in die Hand von »Vertrauenspersonen der freien Gewerkschaften«; ferner verpflichtete sie die neu gewählten Ausschüsse, sich mit den »zuständigen freien Gewerkschaften über die Regelung des künftigen Arbeitsverhältnisses im Betriebe in Verbindung zu setzen« und bei allen für notwendig erachteten Maßnahmen die Zustimmung der Gewerkschaft einzuholen. Als Aufgabenbereich der Ausschüsse nannte sie die »wirtschaftliche Interessenvertretung« der Arbeiter und Angestellten, worunter sie im wesentlichen nur die Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung verstand<sup>199</sup>.

Unter der Berliner Arbeiterschaft jedoch löste diese Anordnung lebhafteste Proteste aus. Viele Belegschaften wollten von einer Kontrolle ihrer Vertretungen durch die Gewerkschaften nichts wissen; Betriebsräte wehrten sich gegen die vorgesehene Einschränkung ihrer Rechte. Auf der anderen Seite nahmen Industrielle die Anordnung zum Anlaß, alle Belegschaftsvertretungen für aufgelöst zu erklären, die weitere Zusammenarbeit mit ihnen zu verweigern und Zugeständnisse, die sie in den Tagen nach dem Umsturz notgedrungen gemacht hatten, wieder zurückzunehmen. Am 16. November erließ der Vollzugsrat daher eine neue Verordnung; sie legitimierte die bestehenden Ausschüsse bis zu Neuwahlen und wies ihnen »das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle aus dem Produktionsprozeß entstehenden Fragen« zu; diesmal blieben die Gewerkschaften unerwähnt<sup>200</sup>.

Folglich setzten sie sich jetzt zur Wehr und mobilisierten die sozialdemokratischen Mitglieder des Vollzugsrates. Da diese die Mehrheit besaßen, nahm der Vollzugsrat am 23. November seine Verordnung vom 16. November praktisch zurück. Die nunmehr verabschiedeten »Richtlinien für Betriebsräte« sahen »zur Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten« die Wahl von Räten in allen Betrieben vor, und zwar durch Arbeiter und Angestellte gemeinsam. Sie sollten »gemeinsam mit den Betriebsleitungen bzw. der Direktion alle die Arbeiter und Angestellten betreffenden Fragen . . . regeln« mit der Maßgabe, daß die Betriebsleitung Entscheidungen ohne Zustimmung des Be-

etriebsrates nicht treffen konnte. Alle anderen Fragen, also insbesondere wirtschaftliche Angelegenheiten, wurden ausdrücklich vom Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats ausgenommen. »Die Sozialisierung der Betriebe«, hieß es zur Begründung, »darf nur von der sozialistischen Regierung systematisch und organisch in Berücksichtigung der gesamten inneren und außenpolitischen Verhältnisse vorgenommen werden.« Die Wahlen für die Betriebsräte sollten unter Kontrolle der Gewerkschaften erfolgen, die Betriebsräte selbst sich mit den Gewerkschaften »verständigen«, ihnen laufend Bericht erstatten und sie bei Differenzen mit der Betriebsleitung vor weiteren Schritten hinzuziehen. Dafür wurden die Gewerkschaften der Kontrolle des Vollzugsrats unterstellt<sup>201</sup>.

Obwohl diese Verordnung in wichtigen Punkten den gewerkschaftlichen Vorstellungen näher kam als diejenige vom 16. November und obwohl sie von Gewerkschaftsvertretern im wesentlichen gebilligt worden war, traf auch sie bei der Berliner Gewerkschaftskommission auf erbitterten Widerstand. Eine Kontrolle durch den Vollzugsrat lehnte die Gewerkschaftskommission »grundsätzlich« ab, eine Vertretung politischer Interessen innerhalb der Betriebe durch den Betriebsrat ebenso, und von ihrer Forderung, den Betriebsrat zu verpflichten, »sich mit der zuständigen Gewerkschaft vor der Einleitung von Bewegungen aller Art ins Einvernehmen zu setzen«, rückte sie nicht ab<sup>202</sup>. Sie beharrte also auf der Unterstellung der Betriebsräte unter die Gewerkschaften. Noch am 23. November bekräftigte sie ihren Standpunkt, »daß die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Betrieben . . . nur mit Zustimmung der zuständigen Organisationen der freien Gewerkschaften zu treffen« sei, ordnete unverzüglich Neuwahlen nach ihren eigenen Richtlinien an und fügte unmißverständlich hinzu: »Andere Bestimmungen und Beschlüsse sind unverbindlich.«<sup>203</sup>

In einer Besprechung vom selben Tage mit Borsig, Henrich, Tänzler, Reichert und Hauptmann Burgers vom Demobilmachungsamt quittierte Legien die Forderung der Berliner Betriebsräte nach wirtschaftlichen Kontroll- und Mitbestimmungsrechten »in aller Gemütsruhe« mit der Bemerkung: »Die Berliner waren immer verrückt.«<sup>204</sup> Drei Tage später vertrat er in der ersten Sitzung des Zentralaussschusses der Arbeitsgemeinschaft die Auffassung, für die Interessenvertretung der Belegschaften seien allein die im Abkommen vorgesehenen Arbeiterausschüsse zuständig, die von den Gewerkschaften zugleich als ihre Repräsentanten und Exekutivorgane in den Betrieben betrachtet wurden. Die Bildung autonomer Betriebsräte stoße »nach Ansicht der Gewerkschaften auf deren Einflußgebiet; die Gewerkschaften würden deshalb dagegen vorstellig werden«. Die Unternehmer forderte er auf, denselben Standpunkt einzunehmen und beim Reichsarbeitsamt auf die baldige Verabschiedung einer Verordnung über Wahl

und Einrichtung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zu dringen, die den Gewerkschaften den maßgeblichen Einfluß auf die Belegschaftsvertretungen sichern sollte<sup>205</sup>.

Wenige Tage später vertrat das Correspondenzblatt auch öffentlich den Standpunkt, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen innerhalb der Betriebe »unbedingt zu dem Aufgabenkreis der Gewerkschaften« gehöre<sup>206</sup>. Am 3. Dezember forderte die Vorständekonferenz die Arbeiter- und Soldatenräte »als *politische* Organe der Revolution« auf, »für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heran[z]uziehen«, warnte gleichzeitig davor, sie durch »lokale Arbeiterräte oder durch Betriebsausschüsse ohne jegliche Verantwortung vor der Gesamtarbeiterschaft« zu ersetzen, und appellierte an die »organisierte Arbeiterklasse«, der »Ausschaltung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen entgegenzutreten«. Intern rechnete sie damit, daß die »Mißhelligkeiten aus Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte ... schwinden« würden, »sobald die Reichsregierung ... die Befugnisse der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse für das ganze Reich geregelt habe«. Im übrigen hielt sie zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Zustände eine Intensivierung der Arbeitsgemeinschaft für nötig<sup>207</sup>. Auch die christlichen Gewerkschaften sprachen sich dafür aus, den Betriebsräten »in wirtschaftlichen Dingen das Heft aus der Hand zu nehmen«, und forderten den Rat der Volksbeauftragten auf, energisch hierauf hinzuwirken<sup>208</sup>.

Trotz dieser Warnungen und Empfehlungen von gewerkschaftlicher Seite bildeten sich weiterhin in Berlin wie in anderen Industriegebieten unabhängig von den Gewerkschaften Betriebsräte und forderten auch wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte; wo sie sie durchgesetzt hatten, waren sie entschlossen, sie zu behaupten. Dabei führten die gegensätzlichen Anweisungen von Vollzugsrat und Gewerkschaften zu dauernden Auseinandersetzungen über Wahlmodus, Legitimation und Kompetenzen der Räte, sowohl zwischen Anhängern und Gegnern der Gewerkschaftsführung als auch zwischen Räten und Unternehmensleitungen.

In dieser Situation kamen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder den Gewerkschaften zur Hilfe. Ebert erklärte in einer Besprechung mit Berliner Industriellen am 6. Dezember, die Arbeiter müßten mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß ihre »berufenen Vertretungen ... die Arbeiterausschüsse und die Gewerkschaften« seien und daß »die Außerbetriebsetzung der Betriebe« durch irregulär gebildete Betriebsräte aufzuhören hätte<sup>209</sup>. Zweieinhalb Wochen später übernahm es Gustav Bauer als Chef des Reichsarbeitsamtes, diesen Grundsatz durchzusetzen und die Rechtsunsicherheit zu beenden. Am 23. Dezember erließ er eine Verordnung, derzufolge in allen Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten Ar-

beiterausschüsse zu bilden waren, um »die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten ... dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen« und »das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft oder Angestelltenschaft sowie zwischen diesen und dem Arbeitgeber zu fördern«. Wo bereits Tarifverträge bestanden, hatte der Arbeiterausschuß deren Durchführung zu überwachen; wo dies noch nicht der Fall war, sollte er »im Einvernehmen mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter oder Angestellten bei der Regelung der Löhne oder sonstigen Arbeitsverhältnisse« mitwirken. Zugleich verfügte das Amt das Weiterbestehen der seit dem Hilfsdienstgesetz eingerichteten Schlichtungsausschüsse mit der Maßgabe, den militärischen Vorsitzenden durch einen Unparteiischen zu ersetzen, den die Beisitzer zu wählen hatten<sup>210</sup>.

Durch diese Verordnung, an deren Ausarbeitung die Generalkommission beteiligt worden war<sup>211</sup> und die zum Teil Formulierungen des Hilfsdienstgesetzes wörtlich übernahm, behielt die Regierung die schon während des Krieges eingerichteten Ausschüsse zur Vertretung der Belegschaftsinteressen und zur Regelung von Arbeitskonflikten fast unverändert bei. Die Kompetenzen der Belegschaftsvertretungen blieben auf soziale Angelegenheiten beschränkt; von einer Mitwirkung an der Betriebsleitung war nicht die Rede. Indem die Arbeiterausschüsse zum Einvernehmen mit den Gewerkschaften verpflichtet und gleichzeitig der Abschluß von Tarifverträgen gesetzlich vorgeschrieben wurden, bestätigte die Verordnung die Führungsrolle der Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft und ihren mit dem Arbeitsgemeinschaftsabkommen eingeschlagenen Kurs. Politisch bedeutete sie die staatliche Sanktionierung der gewerkschaftlichen Auffassung und eine Ablehnung autonomer Betriebsräte mit wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechten. Nachdem in der Sozialisierungsfrage selbst bisher praktisch nichts geschehen war, entzog die Regierung jetzt den Organen, die die Arbeiterschaft von sich aus zur Einleitung von Sozialisierungsmaßnahmen gebildet hatte, die Legitimationsgrundlage. Insofern hatte das Correspondenzblatt nicht unrecht, wenn es die Verordnung als »eine der wichtigsten der ganzen Revolutionsgesetzgebung« bewertete<sup>212</sup>.

Daß die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer unmittelbar nach dem politischen Umsturz auf einschneidende Maßnahmen zur sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft verzichteten, ist in erster Linie denselben Befürchtungen vor einer ökonomischen Katastrophe zuzuschreiben, aus denen sie den Sozialisierungsgedanken schon in den Verhandlungen über die Arbeitsgemeinschaft fallengelassen hatten<sup>213</sup>. Außerdem befürchteten sie, die Alliierten könnten Eingriffe in die Wirtschaftsordnung als Bolschewisierungstendenzen auffassen und ihre Zusage zu-



rückziehen, Lebensmittel nach Deutschland zu liefern; vielleicht würden sie sogar verstaatlichte Betriebe zur Durchsetzung von Reparationsforderungen beschlagnahmen<sup>214</sup>. Hinzu kamen verfassungspolitische Bedenken, derart einschneidende Maßnahmen ohne parlamentarische Legitimation und ohne Abstimmung mit den Ländern durchzuführen<sup>215</sup>.

Zu einer Abkehr von ihren demokratischen Prinzipien sahen die sozialdemokratischen Führer jetzt um so weniger Anlaß, als sie überzeugt waren, daß nach der Demokratisierung des Wahlrechts und dem evidenten Vertrauensverlust der alten bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie bei Neuwahlen eine solide parlamentarische Mehrheit sicher sein würde, die alsdann die für erforderlich erachteten Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einleiten sollte. Im übrigen wollten sie gerade in der Wirtschaftspolitik, in der es bis auf weiteres allein um die Organisation des Mangels ging, die Verantwortung auf keinen Fall allein übernehmen, um sich nicht sogleich in allen nichtproletarischen Kreisen zu diskreditieren. Hierin bestärkten sie der Glaube an einen grundsätzlichen Wandel in der Einstellung der Unternehmer zur Arbeiterschaft und ihren Organisationen und die Überzeugung, daß mit der Arbeitsgemeinschaft eine neue Epoche der Beziehungen zwischen Industriellen und Gewerkschaften begonnen habe. Schließlich ging es ihnen, wie die Kontroverse mit dem Berliner Vollzugsrat zeigt, jetzt auch darum, ihre Funktion als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft ungeschmälert gegenüber den Räten zu behaupten.

Bei diesen Überlegungen ignorierten die Arbeiterführer jedoch, daß sich der Erwartungshorizont ihrer eigenen Anhänger seit dem politischen Umsturz erheblich verändert hatte, wie die ständig stärker werdende Forderung nach Verwirklichung des sozialistischen Wirtschaftsprogramms anzeigte. Trotz dieser Erwartungen wäre allerdings die Mehrheit der Arbeiterschaft angesichts der unleugbaren ökonomischen Schwierigkeiten der sozialdemokratischen Führung auf dem Wege zur »sozialen Demokratie« vermutlich gefolgt, hätte diese wenigstens Sofortmaßnahmen durchgesetzt, die, ohne die Eigentumsfrage aufzugreifen und ohne die Unternehmer und die übrigen Inhaber betrieblicher Entscheidungsfunktionen zu beseitigen, deren Verfügungsgewalt beschnitten und der Arbeiterschaft wenigstens Kontrollrechte über das wirtschaftliche Gebaren gebracht und hiermit deutlich gemacht hätten, daß es die Regierung mit ihren diesbezüglichen Proklamationen ernst meinte. Angesichts der Ohnmacht, in der sich die Unternehmer nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches befanden, und ihrer Verwunderung über die Bescheidenheit der Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen ist es wenig wahrscheinlich, daß sich die Industriellen solchen Maßnahmen hätten widersetzen können. Gewiß wäre ein solcher Schritt eine Verletzung demokratischer Prinzipien gewesen; doch dies galt

schließlich für alle Verfügungen der Volksbeauftragten. Dafür aber hätte die Führung der sozialdemokratischen Organisationen sich der weiteren Gefolgschaft des größten Teils ihrer Mitglieder und Anhänger versichert, den Riß innerhalb der Arbeiterschaft wenigstens verkleinert und eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, von der aus nach der Wahl der Nationalversammlung eine weitgehend geschlossene Vertretung der Arbeiterinteressen in Richtung auf eine »soziale Demokratie« hätte erfolgen können.

Gewiß wurde von kaum jemandem bestritten, daß das Novemberabkommen beachtliche Konzessionen der Unternehmer enthielt. Insbesondere auf dem Lande, wo sich weitgehend patriarchalische Betriebsverhältnisse erhalten und die Gewerkschaften kaum eine Rolle gespielt hatten, brachte es den Arbeitern unverkennbare Vorteile. Die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wäre hier ohne das Arbeitsgemeinschaftsabkommen schwerlich so bald durchsetzbar gewesen. Welche Veränderungen im Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern das Abkommen in der Provinz bedeutete, zeigte sich auch daran, daß die Berliner Vereinbarungen hier nicht selten auf heftigen Widerstand der Arbeitgeber stießen, insbesondere in mittelständischen Branchen.

Aus »Angst vor den Scharfmachern in den eigenen Reihen« wagte es etwa der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe nicht, im Anschluß an die offizielle Wiederbelebung der Kriegsarbeitsgemeinschaft weitergehende Vereinbarungen mit den Gewerkschaften zu schließen, so daß erst das Reichsarbeitsministerium als Vermittler eingeschaltet werden mußte<sup>216</sup>. Im Mühlengewerbe scheiterte sogar die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft. Auf dem Lande galt für Mühlenarbeiter vielfach weiterhin die zwölfstündige Arbeitszeit<sup>217</sup>. An einzelnen Orten lehnten die Mühlenbesitzer Verhandlungen über Lohnerhöhungen und Einführung des Achtstundentages mit der Begründung ab, daß ein zentraler Arbeitgeberverband als Kontrahent der Gewerkschaften noch nicht existiere<sup>218</sup>. Der Bäckerverband konnte Ende 1918 allein mit dem Dresdner Arbeitgeberverband der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie eine Arbeitsgemeinschaft abschließen, während der Dachverband der Bäckerinnungen einen gleichen Schritt von der Zustimmung seiner Unterverbände abhängig machte, die auf sich warten ließ<sup>219</sup>. In den von den Ententetruppen besetzten linksrheinischen Gebieten schließlich wurde der Achtstundentag vielfach entweder gar nicht erst eingeführt oder nach kurzer Zeit zugunsten der zehnstündigen Arbeitszeit wieder abgeschafft. In Koblenz erklärten die Unternehmer den Gewerkschaften zur Begründung, »die jetzige Regierung werde jedenfalls nicht so alt werden, wie die Besatzung in Köln bleibt«<sup>220</sup>.

Für die Physiognomie der deutschen Wirtschaft war jedoch das mittel-

ständische Gewerbe weniger wichtig als die Großindustrie und für die Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterschaft die Auffassungen der Beschäftigten kleiner und mittlerer Gewerbebetriebe in der Provinz nicht so entscheidend wie die Einstellung der Belegschaften der Großbetriebe des Montanbereichs, der Chemie- und Elektroindustrie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus einschließlich der Seeschiffswerften in den großstädtischen Ballungszentren. Zwar zeigten sich die meisten Großindustriellen klug genug, die Abmachungen der Spitzenverbände zügig durchzuführen. Der Zechenverband schloß bereits am 14. November 1918, einen Tag vor der formellen Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft, mit den Bergarbeiterverbänden eine Vereinbarung, in der er eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen zugestand, während die Gewerkschaften sich verpflichteten, keine »Eingriffe in die Arbeits- und Betriebsverhältnisse der Zechen (z. B. Absetzung von Beamten, Arbeiter- und Angestelltenausschüssen sowie Sicherheitsmännern)« zuzulassen<sup>221</sup>. Für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie wurde eine Woche später eine ähnliche Übereinkunft vereinbart<sup>222</sup>.

Doch vielen Arbeitern dieser Industriezweige erschien der Inhalt der Vereinbarung unter den herrschenden Bedingungen als selbstverständlich, das Abkommen selbst aber, das die Gewerkschaftsführung über ihre Köpfe hinweg abgeschlossen hatte, als »Anerkennung der Stärkung des Unternehmertums«<sup>223</sup>. Denn für sie stand die Sozialisierung auf der Tagesordnung. Sie erwarteten von der Regierung und der Gewerkschaftsführung praktische Schritte in diese Richtung. Als sie ausblieben, griffen sie zur Selbsthilfe, und zwar in Form des ihnen geläufigsten Mittels zur Durchsetzung ihrer Ansprüche, nämlich des Streiks.

### *Die oberschlesischen Streiks vom Winter 1918/1919*

Den Anfang machten die oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeiter<sup>224</sup>. Schon wenige Tage nach dem 9. November verlangten sie Lohnerhöhungen und eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden. In Oberschlesien hatten die Montanherren bis zur Revolution erheblich niedrigere Löhne als ihre Kollegen an der Ruhr gezahlt und wesentlich längere Arbeitszeiten erzwungen. Doch die Forderungen der Arbeiter zielten nicht allein darauf, den ökonomischen Rückstand gegenüber den westlichen Bergbaugebieten aufzuholen. Das wurde deutlich, als der Streik keineswegs endete, nachdem ihre Forderungen in der zweiten Novemberhälfte in Verhandlungen zwischen dem Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein und den Gewerkschaften – den ersten derartigen Verhandlungen

gen in Oberschlesien überhaupt – teilweise erfüllt worden waren<sup>225</sup>. Auf den einzelnen Gruben traten die Arbeiter erneut mit Forderungen hervor, ohne sie genauer zu präzisieren. Wenig später war eine offene Streikbewegung im Gange.

Gewerkschaften und Unternehmer schoben einhellig die Verantwortung hierfür nationalpolnischen Agitatoren und linksradikalen Elementen deutscher wie polnischer Provenienz zu<sup>226</sup>. Zweifellos spielte in Oberschlesien, das zu rund 56% von Polen bewohnt war, die Nationalitätenfrage eine Rolle, zumal damals das Gefälle des Lebensstandards vom polnischen zum deutschen Teil Oberschlesiens verlief. Dennoch hätten die solcherart ökonomisch verstärkten nationalen Spannungen allein dem Streik kaum seine ungewöhnliche Schärfe verleihen und die bolschewistische Agitation schwerlich große Resonanz finden können, wenn nicht unter der Arbeiterschaft Haß auf das ganze System, das sie bis zur Revolution unerträglich geknebelt, schikaniert und in Fesseln gehalten hatte, und ein unstillbares Racheverlangen lebendig gewesen wären.

Tatsächlich lassen Verlauf und Erscheinungsformen der Bewegung erkennen, daß sie sich im Grunde gegen eine Wirtschaftsordnung richtete, die den Besitzern der Produktionsmittel erkleckliche Profite auf Kosten der Arbeiterschaft sicherte, und gegen eine Betriebsverfassung, die den Arbeitgebern nahezu unbeschränkte Willkür gegenüber den Arbeitern erlaubte. Wegen der fast gänzlich fehlenden politischen und ökonomischen Schulung der oberschlesischen Arbeiter unterblieb hier allerdings die Formulierung eines politischen Programms und dessen theoretische Begründung. Infolgedessen richtete sich die Bewegung nicht ausdrücklich gegen das System selbst, sondern gegen seine Repräsentanten und seine augenfälligsten Erscheinungsformen.

Zu den letzteren gehörten in den Augen der Arbeiter vor allem die Gewinne, die die Betriebe während des Krieges angehäuft hatten, während die Reallöhne immer tiefer abgesunken waren. Um den Unternehmern wenigstens einen Teil ihrer Profite wieder abzunehmen, forderten die Arbeiter im Dezember 1918 eine einmalige Zuwendung in Höhe von 800 bis 1000 Mark an jeden Bergarbeiter<sup>227</sup>. Als die Gewerkschaftsführer zur Mäßigung mahnten und auch die Regierung mit rein ökonomischen Argumenten sie zum Einlenken zu bewegen suchte, beharrten sie auf ihrer Forderung mit der Begründung, »daß sie als Beteiligung an den außerordentlichen Kriegsgewinnen der Bergindustrie in der Vergangenheit aufzufassen sei«<sup>228</sup>.

Diese Antwort offenbart ein zweites Motiv, nämlich das Mißtrauen gegenüber allen Angaben der Betriebsleitungen über die wirtschaftliche Lage der Unternehmen, insbesondere über die Unmöglichkeit zusätzlicher Vergütungen an die Arbeiterschaft. Ins Positive gewendet, bedeutete dies den

Wunsch nach Kontrolle des wirtschaftlichen und finanziellen Gebarens der Betriebsleitung. Zwar wurde er in Oberschlesien nicht von den streikenden Arbeitern selbst erhoben, sondern vom Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Heinrich Löffler, der vorschlug, eine Arbeiterkommission solle die Bücher der Berggesellschaften daraufhin überprüfen, ob sie die geforderten 800 Mark zu zahlen imstande seien oder nicht<sup>229</sup>. Löffler verfolgte hiermit die Absicht, die Arbeiter von ihrer Forderung abzubringen. Wichtig ist jedoch der Umstand, daß er offenbar überzeugt war, eine Kontrolle der finanziellen Lage durch eine Arbeiterabordnung würde sie dahin bringen, ihre finanziellen Ansprüche aufzugeben, d. h. auf die ökonomischen Forderungen zugunsten eines politischen Entgegenkommens, das als erster Schritt zu einer Veränderung der Betriebsverfassung gedeutet werden mochte, zu verzichten. Das aber besagte nichts anderes, als daß der Streik im Grunde kein ökonomisches, sondern das politische Ziel hatte, die wirtschaftliche Alleinentscheidungsgewalt der Unternehmer in den Betrieben zu brechen.

Die oberschlesischen Arbeiter bestätigten dies auf augenfällige Weise mit einer Serie direkter Aktionen gegen die Repräsentanten des Systems, die ihnen am meisten verhaßt waren und deren sie am leichtesten habhaft werden konnten. Bereits Ende November und Anfang Dezember 1918 setzten sie in mehreren Werken mißliebige Vorgesetzte kurzerhand ab, hauptsächlich Beamte, Aufseher und andere Chargen am unteren Ende der weisungsberechtigten Betriebshierarchie, mit denen sie am häufigsten in Berührung kamen<sup>230</sup>. Im Februar und März 1919 wurden in wachsender Zahl auch Direktoren Opfer solcher Aktionen, bezeichnenderweise unter zunehmender Beteiligung seitens der unteren und mittleren Angestellten<sup>231</sup>.

Meistens wurden die Direktoren in ihren Büros »einfach gefaßt, vor die versammelte Belegschaft geschleppt und, wenn sie da den Forderungen nicht zustimmten, aufs allerschwerste mißhandelt«, wie ein oberschlesischer Industrieller berichtete. Ein Obersteiger starb an den Folgen der Mißhandlungen, zahlreiche andere lagen wochenlang im Krankenhaus. Mehrfach soll sogar der Versuch unternommen worden sein, Bergwerksdirektoren in den Schacht zu werfen. Ein anderes »ganz beliebtes Mittel« bestand darin, die Direktoren oder leitenden Angestellten auf einen mit Teer oder Kalk beschmierten Karren zu setzen, aus dem Werk hinauszufahren und auf einem Misthaufen abzuladen mit der Warnung, daß sie ihrer Gesundheit und ihres Lebens nicht mehr sicher sein könnten, wenn sie sich wieder im Betrieb sehen ließen. Derartige Fälle ereigneten sich so oft, daß die Drohung »Du kommst in die Karre« landläufig wurde<sup>232</sup>. Mitte Mai 1919 waren rund 300 höhere und leitende Angestellte abgesetzt, darunter nach Aussage eines Industriellen »mindestens die Hälfte aller Direktoren

und Generaldirektoren«<sup>233</sup>. Für den Grad der Erbitterung der Arbeiter über ihre Vorgesetzten ist das ebenso bezeichnend wie die Tatsache, daß selbst Vorgänge, die über 15 Jahre zurücklagen, zur Sprache gebracht und als Grund für Entlassungsforderungen genommen wurden. Umfang und Begleitumstände dieser Aktionen sprechen dafür, daß die Arbeiter weniger einzelne mißliebige Vorgesetzte treffen wollten, sondern mit der Ausschaltung der Vorgesetzten im Grunde die Abschaffung des Systems meinten, das sie einer ständigen Fremdbestimmung und Willkür unterwarf. Der Generaldirektor der Gräflich Schaffgottschen Werke in Gleiwitz bestätigte dies mit der Bemerkung: »Die Sozialisierung faßten die Arbeiter so auf, daß sie die Betriebe in die Hand bekämen.«<sup>234</sup>

Die Gewerkschaften aber verhielten sich diesen Forderungen gegenüber durchweg ablehnend. Die politischen Forderungen mußten »energisch zurückgewiesen werden«, erklärte Löffler Mitte Januar 1919<sup>235</sup>, die wirtschaftlichen maßen die Gewerkschaftsführer an der Rentabilität und Produktivität der Werke; folglich versuchten sie, mit Rücksicht auf die »traurige Lage der Industrie«<sup>236</sup> die Arbeiter zu einer Reduzierung ihrer Ansprüche zu bewegen. Zur Beruhigung der Lage wußten sie folglich kein anderes Mittel als die Wiederherstellung von »Ruhe und Ordnung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln«, notfalls also auch mit Gewalt. Um die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, veranlaßten Löffler und der sozialdemokratische Vorsitzende des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrats für Oberschlesien, Otto Hörsing, den die preußische Regierung zum Staatskommissar für Oberschlesien ernannte, den Kattowitzer Soldatenrat am 17. Januar 1919, die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Oberschlesien zu fordern und die Reichsregierung um die »sofortige Entsendung starker Truppenverbände« wegen »der Bedrohung des Landes von innen und außen« zu ersuchen<sup>237</sup>.

Der Rat der Volksbeauftragten hatte aus Sorge vor den vermeintlich katastrophalen wirtschaftlichen Folgen der oberschlesischen Streiks ohnehin von vornherein deren Beendigung mit militärischen Mitteln ins Auge gefaßt. Schon Anfang Januar hatte Noske die Ausstände zum Anlaß genommen, mit Zustimmung des Zentralrats zur Bildung einer Freiwilligenarmee aufzurufen; sie wurde unverzüglich aufgestellt – offiziell, um die Ostgrenze gegen polnische Einfälle zu schützen, in Wirklichkeit aber mit vornehmlich innenpolitischer und sozialkonservativer Zielsetzung. Denn der Schutz der Grenzen war durch Volkswehren gewährleistet, die sich in Oberschlesien schon im Dezember gebildet hatten. Gegen streikende Arbeiter freilich ließen sie sich nicht verwenden<sup>238</sup>.

Aufgrund dieser Vorentscheidung und der Haltung der oberschlesischen Gewerkschaftsführer zeigten die sozialdemokratischen Regierungsvertre-

ter, die nach Oberschlesien kamen, für die Forderungen der Streikenden kaum Verständnis. Der preußische Innenminister Hirsch appellierte am 17. Januar 1919 in Kattowitz an die Bergarbeiter, »die gesamte schwierige Wirtschaftslage« zu berücksichtigen, insbesondere die »Konkurrenzfähigkeit auf dem Markte« im Auge zu behalten. Er forderte sie auf, die Vertretung ihrer Interessen den »berufenen Arbeiterorganisationen« zu überlassen, und schloß mit der Ermahnung zu »Ruhe und Ordnung«. Gleichzeitig bekannte er sich gegenüber den Industriellen zur »Pflicht« der Regierung, »das Privateigentum, insbesondere die Gruben zu schützen«, und gab ihnen die beruhigende Versicherung, sie werde »in allernächster Zeit die Macht haben«, produktionsschädigende politische Bestrebungen »zu unterdrücken«<sup>239</sup>.

Auf die Arbeiterschaft verfehlten diese Mahnungen und Appelle ihre Wirkung. Die Streiks breiteten sich aus und griffen auf weitere Arbeitergruppen über, insbesondere auf die Eisenbahner. Auch Aufstellung und Einsatz der Freiwilligentruppen bewirkten einstweilen das Gegenteil dessen, was die Regierung erhofft hatte. Die oberschlesischen Arbeiter bewiesen ein sicheres Gespür für den Zusammenhang zwischen ökonomischer Abhängigkeit von privaten Unternehmern und militärischer Unterdrückung durch eine von bürgerlichen Offizieren kommandierte Armee, zumal als sie erfuhren, daß die Grenzschutztruppen wenigstens teilweise von der Industrie besoldet wurden. Ihr Mißtrauen gegenüber der Beteuerung der Unternehmer, die Lage der Betriebe erlaube weder Lohnerhöhungen noch sonstige finanzielle Zugeständnisse, erhielt hierdurch neue Nahrung<sup>240</sup>. Gleichzeitig zogen sie daraus den Schluß, daß die Truppen sich möglicherweise nicht auf die Sicherung der Grenze gegen Polen beschränken würden, sondern auch gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden könnten – ein Verdacht, der den politischen Absichten der OHL durchaus entsprach<sup>241</sup>. Schon im Januar 1919 forderten sie daher die Abschaffung des oberschlesischen Grenzschutzes<sup>242</sup>.

Den Industriellen aber erlaubte die Haltung der Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Regierungsvertreter, alle Forderungen der Streikenden strikt abzulehnen. Wenn die Gewerkschaftsführer jedoch gehofft hatten, die Industriellen würden ihr Verhalten dankbar anerkennen, sahen sie sich bald getäuscht. Auf dem Höhepunkt der Streikbewegung Mitte April 1919 äußerte Hilger Zweifel daran, ob sie »ihre Pflicht . . . getan und rechtzeitig abgewiegelt hätten«<sup>243</sup>. Zehn Tage später warf er ihnen in einer Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft vor, »es sei von ihnen erst zur Ruhe gemahnt worden, als es hierzu zu spät gewesen sei, nämlich erst nach Absetzung der Beamten«. Cohen schlug daraufhin vor, die Regierung um »geeignete Maßnahmen zum Schutze der Beamten« zu bitten<sup>244</sup>. Kloth

hielt »alle papiernen Proteste für vollkommen nutzlos« und erklärte, die Regierung »müsse . . . ihr Machtmittel, gleichviel in welcher Form, anwenden; . . . andernfalls sei sie untüchtig und müsse abtreten«; bisher sei sie »leider . . . viel zu langmütig gewesen«<sup>245</sup>. Kein Gewerkschaftsführer widersetzte sich daraufhin der Aufforderung an die Regierung, unverzüglich »unter Anwendung der erforderlichen Machtmittel für geregelte Zustände in Oberschlesien und die Einhaltung der bestehenden Gesetze Sorge zu tragen«<sup>246</sup>. Nachdem der verschärfte Belagerungszustand schon vorher über Oberschlesien verhängt worden war, verpflichtete Hörsing jetzt alle männlichen Bewohner des Regierungsbezirks Oppeln zur Verrichtung von Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben; zugleich stellte er den Druck und die Verbreitung von Plakaten und Flugblättern unter Genehmigungsvorbehalt<sup>247</sup>.

Von einer Koalition aus Unternehmern, Gewerkschaftsführung und staatlichen Machtorganen bekämpft, brachen die Streiks in Oberschlesien nach einiger Zeit ergebnislos zusammen. Die erhoffte Konsolidierung der Verhältnisse aber trat nicht ein. Da keine der politischen Ursachen der Streiks ausgeräumt war, bestand die Unzufriedenheit der Arbeiter weiter. Sie entlud sich immer wieder in spontanen Arbeitsniederlegungen und weiteren Absetzungen von Vorgesetzten. Auch die Arbeitsleistung, die zu heben Regierung und Gewerkschaften das größte Interesse hatten, stieg nicht im erwünschten Maße, weil die Arbeitslust denkbar gering blieb.

Von den Gewerkschaften aber fühlten sich die Arbeiter im Stich gelassen und verraten. Sie reagierten darauf mit einer Massenflucht aus den Organisationen, in die sie erst wenige Monate oder Wochen zuvor eingetreten waren. Im 2. Quartal 1919 sank die Mitgliederzahl des Bergarbeiterverbandes im Bezirk Kattowitz von 31 625 auf 19 866, also um mehr als ein Drittel. Zwischen Juli und September 1919 fiel sie weiter auf 15 984 und stieg bis Jahresende nur zögernd wieder auf 18 543, immer noch rund ein Viertel unter der Vorjahreszahl<sup>248</sup>. Zahlreiche Betriebsobmänner sagten sich von den freien Gewerkschaften los und gründeten einen eigenen Obmännerverband, der, von polnischer Seite stark unterstützt, einen gegen die Gewerkschaften gerichteten Kurs verfolgte, bis er im August 1919 von den Behörden aufgelöst wurde<sup>249</sup>. Die Mitgliederzahl des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter ging sogar von über 5000 auf unter 1000 zurück, also um mehr als 80%. Oberschlesien sei »vorläufig als ein Trümmerfeld zu bezeichnen«, gewerkschaftliche Erfolge seien dort auf absehbare Zeit »nicht mehr zu erwarten und auch nicht mehr zu erhoffen«, erklärte der Gewerkvereinsvorsitzende Vogelsang auf dem Verbandstag 1919<sup>250</sup>.

Nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen schrumpften auch die Mitgliederzahlen der anderen freien Gewerkschaften in Oberschlesien er-



heblig zugunsten der Polnischen Berufsvereinigung. Wenigstens zum Teil ist dies sicherlich ebenfalls der Enttäuschung über das Verhalten der Gewerkschaftsführer zuzuschreiben und nicht allein einer opportunistischen Anpassung an die zu gewärtigende Abtretung Oberschlesiens an Polen und der verstärkten nationalpolnischen Agitation<sup>251</sup>.

### *Die Bergarbeiterstreiks an der Ruhr 1918/1919*

Auch im Ruhrgebiet äußerte sich das Verlangen vieler Arbeiter nach einer Veränderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse zunächst in ökonomischen Forderungen. Doch während es in Oberschlesien weithin latent blieb, wurde es hier schon bald artikuliert und nahm nach wenigen Wochen klare programmatische und organisatorische Formen an<sup>252</sup>.

Bereits wenige Tage nach der Unterzeichnung des Arbeitsgemeinschaftsabkommens und der Vereinbarung zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband, die den Bergarbeitern eine halbstündige Verkürzung der Schichtzeit sowie die Garantie eines Mindestlohns in Höhe von 80 % des Schichtlohns bescherte, mußte der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes feststellen, daß diese kärglichen materiellen Früchte der Revolution die Arbeiter keineswegs zufriedenstellten, sondern im Gegenteil große Unzufriedenheit hervorriefen<sup>253</sup>. Gleichzeitig klagte Reusch, »die Abmachungen, welche zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen getroffen worden sind, werden von der Arbeiterschaft nicht gehalten«, und bestätigte, die »Erregung« unter den Bergarbeitern habe sich »eher gesteigert«; sie gerieten »allmählich in das radikalere Fahrwasser«<sup>254</sup>. Auf vielen Zechen setzten sie die Gesamtarbeitszeit eigenmächtig auf acht Stunden herab, was abzüglich der Seilfahrt einer Schichtzeit von höchstens 7½ Stunden entsprach. Von allen Seiten wurde der Bergarbeiterverband bestürmt, mit dem Zechenverband neu zu verhandeln, um eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnverbesserungen durchzusetzen; politische Forderungen wurden allerdings noch nicht laut<sup>255</sup>.

Als nichts geschah, griffen die Hamborner Bergarbeiter zur Selbsthilfe. Die Belegschaft der Zeche Gewerkschaft Deutscher Kaiser drohte ultimativ mit der Gefangennahme der Zechenleitung und mit Sabotageaktionen, um ihren Forderungen nach Einführung der 7½-Stundenschicht, einer weiteren Lohnerhöhung und Zahlung einer einmaligen Entschuldungssumme Nachdruck zu verleihen. Die Gewerkschaften, die in Hamborn und Mülheim relativ schwach waren, wurden nicht gefragt, statt dessen ein Zusammengehen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen. Da weder der Oberbürgermeister noch das Generalkommando Münster den Schutz der

Zeche garantieren konnten, sagte der Zechenverband am 13. Dezember eine weitere 15 %ige Lohnerhöhung zu unter der Bedingung, daß die Gewerkschaften gemeinsam mit den Zechenbesitzern sich für eine Erhöhung der Kohlen- und Brikettpreise einsetzen würden. Daraufhin beschloß eine Vertrauensmännerversammlung in Anwesenheit Hues die Wiederaufnahme der Arbeit. Auf zwei von sieben Schachtanlagen wurde dieser Beschluß aber nicht ausgeführt; die dort Beschäftigten veranlaßten nacheinander auch die der übrigen Schächte zur Weiterführung des Streiks<sup>256</sup>.

Gleichzeitig traten in Essen die Belegschaften der Stinneszechen in den Ausstand. Sie forderten neben einer Erhöhung des Hauerdurchschnittslohns, nach dem sich die Höhe der Mindestlöhne richtete, eine allgemeine Lohnerhöhung um 25 % sowie die Nachzahlung der beim großen Streik von 1912 einbehaltenen Schichtlöhne. Als der Redakteur des Bergarbeiterverbandes, Wagner, sie zur Mäßigung zu bewegen suchte, sagten sie sich vom alten Verband los und erklärten ihren Anschluß an die Spartakusgruppe<sup>257</sup>.

Auf anderen Zechen wurden schon unmittelbar nach der Revolution auch Forderungen laut, die sich auf die Verbesserung der sozialen Verhältnisse in den Betrieben bezogen: nach Milderung der Kontrollen, Änderung der Strafordnungen, Abschaffung des Fahrsteigersystems, Neuwahl der Angestelltenausschüsse und Beitritt aller Belegschaftsmitglieder – mitunter einschließlich der Angestellten – zu den Gewerkschaften<sup>258</sup>. Um die letztgenannte Forderung durchzusetzen und die wirtschaftsfriedlichen Organisationen völlig zu verdrängen, verlangten die Arbeiter vielfach eine Kontrolle der Gewerkschaftszugehörigkeit und inszenierten einen allgemeinen Streik, wenn die Betriebsleitung dieses Ansinnen ablehnte<sup>259</sup>. Hier und da vertrieben sie auch die noch nach dem Hilfsdienstgesetz gewählten Arbeitersausschüsse, in denen teilweise wirtschaftsfriedliche Funktionäre, vor langen Jahren bestellte Mitglieder von Krankenkassenvorständen und andere saßen, die die Arbeiter nicht als ihre Interessenvertreter ansahen.

An ihre Stelle traten meist spontan gebildete Betriebsräte, die vereinzelt auch die Kontrolle über den ganzen Betrieb übernahmen – »infolge schlapper Haltung der Betriebsbeamten«, wie Reusch wütend kommentierte<sup>260</sup>. Schließlich wurden in vielen Fällen unbeliebte Vorgesetzte vertrieben. Auf Einwände und Bedenken hin ließen sich die Arbeiter allerdings mitunter dazu herbei, sie an anderen Schächten oder Abteilungen arbeiten zu lassen, damit die Betroffenen »in einer Probezeit von 3 Monaten« beweisen könnten, »ob sie sich gebessert hätten«, wie der Arbeiter- und Soldatenrat Botrop am 11. November 1918 entschied<sup>261</sup>. Viele Angestellte traten unter diesem Druck den gewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen bei. Allerdings versicherten manche gegenüber der Betriebsleitung, daß »ge-

schlossen der Austritt erfolgen würde, sobald sich die Gelegenheit dazu ergebe«<sup>262</sup>. Schon am 20. November 1918 aber registrierte Reusch, daß sich die Steiger »zum Teil freiwillig den radikalen Organisationen« anschlossen, und erkannte die »Gefahr, daß sie in der Zukunft mehr zu den Arbeitern wie zu dem Arbeitgeber halten werden«<sup>263</sup>.

Diese Vorgänge lassen in Umrissen erkennen, welche politischen Ziele ihnen zugrunde lagen. Das Verlangen nach Auszahlung der während der Streiks von 1912 einbehaltenen Schichtlöhne entsprang dem Wunsch nach Wiedergutmachung dafür, daß die Zechenherren damals den Arbeitern eine schwere Niederlage beigebracht, den alten Verband auf die Knie gezwungen und die Arbeiter um einen Teil ihres ohnehin kärglichen Lohnes geprellt hatten. Die Forderung nach einer Entschuldungssumme von einigen hundert Mark pro Kopf bedeutete wie das analoge Begehren in Oberschlesien den Versuch, wenigstens einen Teil der Kriegsgewinne aus den Taschen der Unternehmer in die Hände der Arbeiter zu überführen<sup>264</sup>. In beiden Forderungen steckte überdies eine massive Kritik an einer Wirtschaftsordnung, die den Besitzern der Produktionsmittel die Anhäufung privater Reichtümer und hierdurch eine nahezu unumschränkte Herrschaft über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft gestattete, die so die Mittel zu ihrer eigenen Unterdrückung produzierte.

In den Beamtenabsetzungen und den Forderungen nach Änderung der Arbeitsordnungen kam der Unwille über eine Betriebsverfassung zum Ausdruck, die dem Inhaber und seinen Beauftragten willkürliche Macht über die Arbeiter einräumte und diese zu gehorsampflichtigen Befehlsempfängern degradierte. Das Verlangen nach Neuwahl der Arbeiterausschüsse und die Bildung von Betriebsräten signalisierten den Wunsch nach einer Belegschaftsvertretung, die das volle Vertrauen der Arbeiter besaß, ihnen rechenschaftspflichtig war und abberufen werden konnte, wenn sich die Basis von ihr nicht mehr angemessen repräsentiert fühlte. Die Eingriffe in die Betriebsführung drückten den Wunsch der Arbeiterschaft aus, in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Einblick zu gewinnen und ein Kontrollrecht darüber auszuüben. Die Forderung nach gewerkschaftlicher Organisation der gesamten Belegschaft einschließlich der Angestellten zielte einerseits auf die größtmögliche Stärkung der Belegschaft gegenüber der Unternehmensleitung und richtete sich andererseits gegen die bisher erfolgreich betriebene Strategie der Unternehmer, durch die Errichtung einer sozialen Schranke zwischen Arbeitern und Angestellten eine Solidarisierung beider Gruppen zu verhindern. Die Ausschaltung der Gewerkschaftsführung aber war ein deutliches Zeichen dafür, daß viele Arbeiter ihre Interessen von den Organisationen unzureichend vertreten fanden.

Der Gewerkschaftsführung blieb nicht verborgen, daß die Streiks und

der Verlust ihrer eigenen Autorität aus einer tiefen Unzufriedenheit herührten. Aber sie verstand deren Motive nicht und begegnete ihr folglich nur mit den ihr geläufigen ökonomischen Argumenten und Mitteln. Die zahlreichen Arbeitsniederlegungen, die bereits in der Woche nach Unterzeichnung des Arbeitsgemeinschaftsabkommens stattfanden, führte der Vorsitzende des alten Verbandes in erster Linie auf die unterschiedliche Handhabung der Achtstundenschicht durch die Zechenverwaltungen zurück<sup>265</sup>. Die Kritik an den Gewerkschaften erklärte er damit, daß die Bergarbeiterverbände den Achtstundentag als reine Arbeitszeit von acht Stunden interpretierten, also die Seilfahrt nicht einrechneten, so daß ihnen jetzt vorgeworfen würde, »sie nähmen die Belegschaft schlechter in Schutz als manche Zechen«, die von einer Gesamtarbeitszeit von acht Stunden ausgingen. Durch eine Vereinheitlichung der Arbeitszeitregelung, für die er die preußische Regierung um Mithilfe bat<sup>266</sup>, glaubte er die Kritik besänftigen zu können.

Allein mit ökonomischen Konzessionen glaubten die Gewerkschaftsführer auch die Streiks Mitte Dezember beenden zu können. Den Arbeitern der Karnaper Stinnes-Zechen zum Beispiel redete Wagner ins Gewissen, sich mit ihren Wünschen »im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu halten«, sich die Notwendigkeit unverminderter Kohlenförderung vor Augen zu führen und den Gewerkschaften mit Forderungen, die weit über die soeben abgeschlossenen Abmachungen mit den Unternehmern hinausgingen, »nicht in den Rücken zu fallen«<sup>267</sup>. In einem gemeinsamen Aufruf mit der Zechenleitung gab er lediglich das Versprechen ab, daß berechtigten Klagen über Lohnrückstände entsprochen und die Gedingelöhne auf die Durchschnittslöhne der Nachbarzechen angehoben werden sollten; im übrigen appellierte er an die Belegschaften, »Ruhe und Besonnenheit zu wahren und alles zu tun, was notwendig ist, die Kohlenförderung zu heben«<sup>268</sup>. Gleichzeitig verurteilte das Organ der Generalkommission die Streiks mit dem ökonomischen Argument, sie hätten zur Folge, »daß die Frauen und Kinder in den Großstädten frieren müssen« und »die Industrie wegen Kohlenmangels den Betrieb einstellen muß, die Arbeitsgelegenheit also aufhört«. Zudem seien die Streiks nach den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Zechenverband »vollständig ohne jede Berechtigung« gewesen und hätten durch den einseitigen Bruch des eben im »Auftrage« der Arbeiter von den Gewerkschaften geschlossenen Abkommens die »Vertragsfähigkeit« der Arbeiter aufs Spiel gesetzt<sup>269</sup>.

Im übrigen wurden die Ausstände von den Gewerkschaftsführern bagatellisiert. Auf der Vorständekonferenz vom 3. Dezember 1918 erklärte ein Vorstandsmitglied des Bergarbeiterverbandes, »daß im Ruhrrevier von ausgedehnten Streiks keine Rede sei. Die Förderung sei noch dieselbe wie

vor der Revolution. Die Bergleute wünschen nichts sehnlicher als die baldige Tagung der Nationalversammlung, damit bald wieder Ruhe und Ordnung wiederkehre.«<sup>270</sup> Paeplow war der einzige, der zu bedenken gab, »daß der Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben doch arg erschüttert sei und man ... ihn erst einmal wieder herstellen« müsse, »ehe man sich mit den Arbeitgebern über die gemeinsamen Fragen verständige«. Unter Hinweis auf den großen Mitgliederzustrom aber entgegnete Leipart, die Gewerkschaften hätten »keine Ursache zum Pessimismus«. Der Gewerkschaftspresse empfahl er, sich »unausgesetzt« mit »praktischen Gewerkschaftsfragen« zu befassen. »Die Genossen sollten sich stets auf den praktischen Gewerkschaftsstandpunkt stellen, weniger Kritik üben, desto mehr aber mitarbeiten, dann werde das Vertrauen zu den Gewerkschaften auch nicht erschüttert werden.« Die Vorständekonferenz teilte diese Einschätzung und sah keinerlei Anlaß zu einer Kurskorrektur.

Daß auch außerhalb des Ruhrgebiets Eingriffe von Räten in die Leitung von Betrieben sich häuften, beunruhigte sie noch weniger. Robert Schmidt warnte zwar, die »sinnlosen Eingriffe aller möglichen Räte« in die Nahrungsmittelversorgung drohten Deutschland »russischen Zuständen« entgegenzutreiben. Bauer hingegen hielt solche »Sozialisierungsversuche nicht für so tragisch«, sie »kämen in der Regel nur vor, wo die Fabrikleitungen versagen und den Arbeitern die Löhne nicht ausbezahlen«, und seien »nach ruhiger Verhandlung« fast stets rückgängig gemacht worden. Er riet den Gewerkschaften, sich »nur nicht durch die hochgehenden Redewogen einschüchtern [zu] lassen ... In einigen Wochen werden wir uns zu ruhigen Zuständen durchgerungen haben«. Legien war sogar jetzt schon der Ansicht, »daß die Lage im Reiche sich ... kläre«. Er hielt deshalb den Zeitpunkt für gekommen, aus der Reserve wieder hervorzutreten, die sich die Gewerkschaften auf Anraten der SPD-Führung während des politischen Umsturzes auferlegt hatten, und meinte, die Gewerkschaften dürften sich »nicht ausschalten lassen ... , denn sie seien notwendig, sowohl für die Regelung der Arbeitsverhältnisse als auch für die Regelung und Sozialisierung der Produktion«. Kein Gewerkschaftsführer sprach sich für Eingriffe in die überkommene Wirtschaftsordnung aus, selbst der Unabhängige Simon nicht. Für alle hatten die Wiederankurbelung der industriellen Produktion und die Fortführung der traditionellen Gewerkschaftsarbeit absoluten Vorrang. Autonome Betriebsräte, noch dazu mit wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechten, erschienen in ihrer Sicht nur als Störfaktoren, als Elemente der Unordnung und Desorganisation, und ihre Mitglieder im übrigen als Leute, die ohne Legitimation auf das Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften eindrangten.

An der Ruhr jedoch führten die Ablehnung der wirtschaftlichen Mitbe-

stimmungsrechte, die Absage an eine autonome Betriebsrätebewegung und das völlige Unverständnis für deren Antriebskräfte seitens der Gewerkschaftsführung in Verbindung mit Verlautbarungen aus dem Arbeitgeberlager, die allzu sehr nach Beifall von der falschen Seite klangen, dazu, daß das Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaften weiter zunahm. Schon Ende November 1918 konstatierte Reusch: »Die Gewerkschaften haben den Einfluß auf die Arbeitermassen verloren«<sup>271</sup>. In den folgenden Wochen weitete die Streikbewegung sich aus. In der Woche vor Weihnachten befanden sich zeitweilig rund 30000 Bergarbeiter im Ausstand. Auch wo sie Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen forderten, vertrauten sie die Vertretung ihrer Wünsche nicht mehr den Gewerkschaften an, sondern nahmen sie selbst in die Hand<sup>272</sup>.

Das Zentrum der Bewegung blieb Hamborn. Hier lehnten die Zechenbelegschaften Mitte Dezember entgegen einer von der Streikkommission im Beisein Hues beschlossenen Empfehlung die Wiederaufnahme der Arbeit ab und weigerten sich, die Gewerkschaften als alleinige wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen<sup>273</sup>. Statt dessen entsandten sie eine Delegation nach Berlin, die beim Rat der Volksbeauftragten ihre Forderungen durchsetzen sollte. Sie kehrte am 22. Dezember mit der Nachricht zurück, Emil Barth habe den Bergarbeitern zugesagt, ihre Lohnforderungen zu unterstützen, und verbindlich erklärt, daß die Bergwerke noch vor Weihnachten enteignet und verstaatlicht würden. Er habe hinzugefügt, »daß er mit dieser Sache stehe und falle und fest entschlossen sei, gegebenenfalls aus der Regierung auszutreten und den Generalstreik für ganz Deutschland zu proklamieren«<sup>274</sup>.

Unter dem Eindruck dieser Nachricht beschlossen die Hamborner Bergarbeiter, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, als bis die Versprechen erfüllt wären<sup>275</sup>. Barth selbst, um eine Bestätigung seiner Äußerungen gebeten, telegraphierte am 23. Dezember, er halte seine »Zusicherung schnellster Sozialisierung des Bergbaues . . . aufrecht«, ebenso das Versprechen, sich nach Wiederaufnahme der Arbeit für eine einmalige Teuerungszulage einzusetzen<sup>276</sup>. Gleichzeitig erklärte allerdings Ebert im Namen des Rates der Volksbeauftragten, alle angeblichen oder tatsächlichen Äußerungen Barths zur Sozialisierungsfrage seien unautorisiert und unverbindlich<sup>277</sup>. Nun klang allerdings auch der Telegrammtext etwas anders als die Mitteilungen der Delegierten. Von einem Termin für die Sozialisierung war nicht die Rede, und die Unterstützung der finanziellen Forderungen der Bergarbeiter wurde von der vorherigen Wiederaufnahme der Arbeit abhängig gemacht. Es ist in der Tat unwahrscheinlich, daß Barth, der über die dilatorische Behandlung der Sozialisierungsfrage im Rat der Volksbeauftragten Bescheid wußte, die ihm in den Mund gelegten Äußerungen getan

hat. Hingegen ist leicht vorstellbar, daß die Streikenden empört und enttäuscht waren, als Weihnachten von der angekündigten Sozialisierung noch immer nichts zu bemerken war.

So brach am 24. Dezember in Hamborn offener Aufruhr aus. Der Oberbürgermeister und andere Vertreter der Stadtverwaltung wurden zusammen mit Angehörigen der Betriebsleitung der Zeche Deutscher Kaiser im Rathaus gefangen gesetzt. Die Polizei war machtlos. Das Generalkommando konnte nur 340 Mann abstellen. Weitere Streitkräfte, um die der Regierungspräsident die OHL und die Regierung ersuchte<sup>278</sup>, standen kaum zur Verfügung; außerdem lag Hamborn in der neutralen Zone, so daß seine militärische Besetzung eine Verletzung des Waffenstillstandes bedeutet hätte. Nachdem auch noch Sachse im Namen des alten Verbandes erklärt hatte, daß »Gegenmaßnahmen der Regierung sofort erforderlich seien«<sup>279</sup>, entschloß diese sich, »schleunigst« eine Delegation zur Beilegung des Streiks ins Ruhrgebiet zu entsenden und schon vorher die Streikenden telegraphisch aufzufordern, »im allgemeinen Interesse« die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen<sup>280</sup>.

Der Beschwichtigungsversuch der Regierungsdelegation, an deren Spitze der Unabhängige Heinrich Ströbel, damals neben Paul Hirsch preußischer Ministerpräsident, und Johannes Giesberts, Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt, standen, bewegte sich freilich auf derselben Linie, die die Gewerkschaften verfolgten. In der Verhandlung mit Vertretern des Zechenverbandes, der Gewerkschaften, des Arbeiterrates Hamborn, des Generalsoldatenrates Münster und Belegschaftsdelegierten einzelner Zechen sowie einigen Oberbürgermeistern und Vertretern der preußischen Bergbehörden am 28. Dezember 1918 im Rathaus von Mülheim<sup>281</sup> konstatierte Ströbel, der Streik sei »aus einer wirtschaftlichen Notlage entstanden«, und schränkte die Auseinandersetzung auf die Frage ein: »Müssen die Arbeiter in Hamborn in ihrer augenblicklichen Not eine Zulage haben, und welche Möglichkeit besteht, ihnen zu helfen?« Hiermit war der gesamte Streik zu einer Lohnbewegung degradiert. Obwohl die Hamborner Arbeiter ihre Sozialisierungsforderung unmißverständlich geäußert hatten, bagatellisierte Ströbel die politischen Motive des Streiks mit der Bemerkung, man dürfe die Handlungen von Arbeitern, »die keine Schulung haben, nicht zu ernst beurteilen«; oft sei »Mangel an Übersicht sowie Überschätzung der lokalen Verhältnisse die Ursache«, und überhaupt würden gerade jetzt »mitunter die konfusesten Reden gehalten«. Gleichzeitig sprach er sich gegen eine gewerkschaftsunabhängige Betriebsrätebewegung aus, indem er den »Wunsch der Regierung, daß die Verhandlungen durch die Organisationen geführt werden«, als »selbstverständlich« bezeichnete.

Giesberts beschränkte sich gänzlich auf eine herkömmliche ökonomi-

sche Argumentation, indem er den Arbeitern vorhielt: »Wenn es so weitergeht, bricht unsere Industrie in wenigen Wochen zusammen. Wir haben dann ein Chaos, das für die Arbeiterschaft die dringendste Notlage bedeuten würde. Die dann entstehende Arbeitslosigkeit . . . kann zu großen Tumulten führen. Arbeitswillige werden sich dann zu billigsten Löhnen anbieten, und das ist das Schlimmste, was für die Gesamtlage der Arbeiterschaft entstehen kann.« Die beste Lösung schien ihm daher eine Bereitschaft der Arbeiter zum »Abbau der Löhne«. Zumindest hielt er die regionale Beschränkung eventueller materieller Konzessionen für unumgänglich. Denn wenn alle Bergleute die verlangte Lohnzusage erhalten würden, »haben wir eine Gesamtbelastung, die die Lage der Industrie aufs schwerste gefährdet«. Äußerstenfalls sei es möglich, die Lasten der Industrie durch Staatszuschüsse sowie eine Erhöhung der Kohlenpreise zu erleichtern, freilich nur unter der Voraussetzung, »daß die Arbeiter auch gewillt sind, an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung mitzuarbeiten«.

Die schließlich erzielte Einigung sah – lediglich für die Hamborner Bergarbeiter – eine Bezahlung der Streikschichten vor unter der Bedingung, daß die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen, ab 1. Februar die zwischen den Gewerkschaften und dem Zechenverband vereinbarte Achtstundenschicht »voll verfahren« und »alle übrigen Organisationsabmachungen sofort voll eingehalten« würden. Wie wenig die Hamborner Arbeiter jedoch nur noch von den Gewerkschaften wissen wollten, zeigte sich daran, daß sie am Ende der Verhandlung eine mehr als einstündige Debatte über die Frage eröffneten, ob der Name Hermann Sachs, des Vorsitzenden des alten Verbandes, unter dem Einigungskommuniqué stehen bleiben sollte oder nicht. Sie endete schließlich damit, daß Sachse in die Streichung seiner Unterschrift einwilligte.

Die Hoffnung der Regierung, sich mit dieser Übereinkunft endlich »Ruhe« an der Ruhr erkaufen zu haben<sup>282</sup>, erwies sich denn auch schnell als Illusion. Die materielle Lage der Bergarbeiter verbesserte sich kaum, und über die Sozialisierung verlor das Einigungskommuniqué kein Wort. Daß diese Forderung mit der Mülheimer Vereinbarung keineswegs erledigt war, teilte Ströbel nach seiner Rückkehr nach Berlin mit den Worten mit, die Arbeiter an der Ruhr wollten »endlich etwas Positives von der Sozialisierung sehen«. Sie hätten erklärt, »für den Staat arbeiten zu wollen, aber für die Kapitalisten keine einzige Schicht mehr einzufahren«<sup>283</sup>. Doch auch im neuen Jahr wurden keine Anzeichen dafür sichtbar, daß die Regierung die Sozialisierungsfrage anpacken würde – im Gegenteil. Anfang Januar lehnten sie und der Zentralrat einen Vorschlag der Sozialisierungskommission für die Sozialisierung des Bergbaus ab. Was sie von dieser Kommission hielt, zeigte sie im übrigen dadurch, daß sie ihren Mitgliedern erst nach



einer Rücktrittsdrohung Anfang Februar 1919 die Bestallungsurkunden ausfertigte und ihre Aufgaben und Rechte fixierte<sup>284</sup>. An der Ruhr nahmen die Streiks unterdessen wieder zu, und zwar auch in Gegenden, die zu den Kerngebieten des alten Verbandes und des christlichen Gewerkvereins zählten. Am 11. Januar 1919 befanden sich über 80000 Arbeiter im Ausstand<sup>285</sup>.

Die wirtschaftlichen Folgen der Streiks drohten verheerend zu werden. Die für die Versorgung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks mit Elektrizität erforderliche Kohle reichte nach Mitteilung des Essener Oberbürgermeisters Luther nur noch für Stunden. »Unser ganzes Wirtschaftsleben drohte zum Stillstand zu kommen. Elend und Hunger wären die unausbleiblichen Folgen gewesen.«<sup>286</sup> So jedenfalls erschien die Situation dem Essener Arbeiter- und Soldatenrat, der aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien bestand. Um die wirtschaftliche Katastrophe abzuwenden, ergriff er jetzt die Maßnahmen, die die Bergarbeiter an der Ruhr zwei Monate lang von der Regierung und den Gewerkschaften vergeblich erwartet hatten<sup>287</sup>. Am 9. Januar proklamierte er die Sozialisierung des Bergbaues. Zwei Tage später ließ er die Büros des Kohlensyndikats und des Zechenverbandes besetzen, verfügte eine allgemeine Lohn- und Preiskontrolle und befahl den Betriebsleitern wie den Arbeitern die Weiterführung der Produktion. Ausschlaggebend für sein Vorgehen war die Überzeugung, die Verkündigung der Sozialisierung und die Überwachung der Betriebe durch ein Rätssystem würden »den Massen die Beruhigung bringen, daß ihre Ziele auch tatsächlich verwirklicht werden und die bisherigen Errungenschaften nicht wieder verlorengehen«<sup>288</sup>.

Im Gegensatz zu den Beschwichtigungsversuchen der Gewerkschaften und der Regierung suchte der Essener Arbeiter- und Soldatenrat also die Unruhe unter den Bergarbeitern nicht mehr mit ökonomischen Mitteln, sondern mit dem politischen Eingriff in die Betriebsverfassung zu beseitigen. Er bemühte sich jedoch, den Übergang der Aufsicht über die Betriebe auf die Arbeiter auf keinen Fall in eine Enteignungs- und Selbstbereicherungsorgie ausarten zu lassen, sondern als geordneten Prozeß durchzuführen, der die Produktion selbst nicht stören, sondern womöglich steigern sollte. Deshalb beauftragte er nicht einen der in den vorangegangenen Aktionen bekanntgewordenen Arbeiterführer vom Schlage des Hamborner Streikleiters Heiling mit der Durchführung der Maßnahmen, sondern suchte einen Mann, der die erforderlichen technischen und organisatorischen Kenntnisse besaß und gleichzeitig für die Arbeiter politisch akzeptabel war. Seine Wahl fiel zunächst auf den sozialdemokratischen Führer des freigewerkschaftlich orientierten Steigerverbandes, Georg Werner. Der aber hielt die ihm zuge dachte Aufgabe als Einzelaktion für »völlig sinn-

und zwecklos« und lehnte ab<sup>289</sup>. Daraufhin gewann der Arbeiter- und Soldatenrat einen sozialdemokratischen Juristen, den Landrichter Ruben. Er wurde zum Volkskommissar für die Sozialisierung des Bergbaues ernannt, je ein Vertreter der USPD und KPD ihm beigeordnet.

Zwei Tage später kamen in Essen Vertreter aller Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriezentrums zusammen, um zu beraten, was weiter geschehen sollte. Auch die Bergarbeitergewerkschaften schickten ihre Spitzenfunktionäre; außerdem reisten erneut Vertreter der Reichsregierung aus Berlin an. In dieser Konferenz kam der Sozialisierungswille der Bergarbeiter so elementar und einhellig zum Ausdruck, daß niemand sich ihm entgegenzustellen wagte. Auch Hue sprach sich jetzt »mit ganzem Herzen« für die Sozialisierung des Bergbaues aus<sup>290</sup>. Ebenso befürwortete Giesberts sie »rückhaltlos« für die christlichen Gewerkschaften und zugleich für die Reichsregierung<sup>291</sup>. Einstimmig, also mit Zustimmung der Regierungsvertreter und aller anwesenden Gewerkschaftsführer, beschloß die Konferenz, die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues selbst in die Hand zu nehmen. Sie verstand darunter, »daß die Ausbeutung des Arbeiters durch den Unternehmer ein Ende haben soll, daß die großen Betriebe dem Kapitalisten genommen und Eigentum des Volkes werden sollen. Niemand soll sich mehr mühelos an der Arbeit anderer bereichern können, allen Arbeitenden sollen die Früchte ihrer Arbeit selbst zugute kommen. Der Anfang soll gemacht werden bei den Bergwerken, bei den Bodenschätzen, die noch mehr als alles andere von Rechts wegen dem ganzen Volke und nicht einzelnen Bevorzugten gehören sollen.«<sup>292</sup>

Ruben wurde als Sozialisierungskommissar bestätigt und ihm eine neunköpfige, aus den drei sozialistischen Parteien paritätisch zusammengesetzte Kommission, die sogenannte Neunerkommission, zur Seite gestellt. Außerdem beschloß die Konferenz die Wahl von Räten in allen Steigerrevieren; aus ihnen sollten alsdann Zechenräte, Bergrevierräte und als Spitze ein Zentralzechenrat hervorgehen. Eine entsprechende Wahlordnung wurde verabschiedet, am nächsten Tag erlassen und zugleich die sofortige Durchführung der Rätewahlen angeordnet<sup>293</sup>. Gleichzeitig appellierte die Konferenz an die Bergarbeiter, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Alle drei sozialistischen Parteien feierten diese Beschlüsse einhellig als »Tatsache von ungeheurer Bedeutung«, sei doch hiermit »die Revolution von der politischen zur sozialen, zur wirtschaftlichen Revolution geworden«<sup>294</sup>.

Im Vertrauen darauf, daß die Sozialisierung nunmehr unverzüglich in Angriff genommen würde, sagten die Delegierten der Streikenden die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu, mit der Maßgabe allerdings, daß, sobald die restlose Durchführung der Sozialisierung von irgendeiner Seite

blockiert werden sollte, der Ausstand wieder einsetzen und nicht eher abgebrochen werden würde, als bis die Sozialisierung verwirklicht und gesichert wäre. Die anwesenden Vorstandsmitglieder des alten Verbandes wurden aufgefordert, »bei der Durchführung der Sozialisierung kräftig mitzuwirken«, falls sie nicht »den letzten Rest des Vertrauens bei ihren Mitgliedern verlieren« wollten. Anschließend fuhrn Mitglieder und Abgesandte der Neunerkommission durch das Ruhrgebiet, um an Ort und Stelle die Streikbewegung zum Abschluß zu bringen<sup>295</sup>.

Die Wirkung, die der Essener Arbeiter- und Soldatenrat erwartet hatte, trat sofort ein. Die Streiks waren von einem auf den anderen Tag beendet<sup>296</sup>. Bis Mitte Februar kehrte im Ruhrgebiet Ruhe ein, abgesehen von einer kleinen Zahl lokaler Bewegungen und einem begrenzten Streik in Hamborn zwischen dem 18. und 22. Januar<sup>297</sup>. Daß diese Beruhigung eine unmittelbare Folge der Sozialisierungsbeschlüsse war, steht außer Zweifel<sup>298</sup>. Für die Motive des Ausstandes ist dies höchst aufschlußreich. Daß die ökonomischen Forderungen in dem Augenblick verstummt, in dem das politische Verlangen nach Einführung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben verwirklicht wurde, beweist, daß für die Arbeiter die politischen Ziele vor den ökonomischen rangierten.

Gewiß wurde auch die Sozialisierung mitunter als rein ökonomische Angelegenheit aufgefaßt; hier und da erklärten die Bergleute: »Der Pütt gehört uns«, und meinten, sie könnten fortan die von ihnen geförderte Kohle »verkloppen oder noch besser gegen Lebensmittel eintauschen«<sup>299</sup>. Doch die Neunerkommission stellte »zur Ehre der Arbeiter« fest, »daß diese Kindereien ... nur bei verschwindend wenigen Arbeitern Eindruck machten«<sup>300</sup>. Die meisten waren bereit, bei Erfüllung ihrer Forderung nach einer Kontrolle der Betriebsleitungen durch die Arbeiter unvermindert zu arbeiten, ihre materiellen Wünsche zurückzustellen oder gar Entbehrungen auf sich zu nehmen. Auf einer Dortmunder Zeche, deren Leitung der Betriebsrat übernommen hatte, stieg die Förderleistung sogar – und dies, obwohl der Betriebsführer und die Fahrsteiger von ihren Funktionen zurückgetreten waren<sup>301</sup>. Offensichtlich mit Recht wies Ruben daher am 17. Januar die Reichsregierung darauf hin, daß aufgrund der Sozialisierungsbeschlüsse »zum erstenmal eine Lohnbewegung freiwillig von den Arbeitern beendet sei, ohne daß man einen Pfennig habe zahlen müssen«<sup>302</sup>.

Daß die Beruhigung unter den Ruhrbergarbeitern so überraschend schnell eintrat, läßt ferner den Schluß zu, daß auch in den zuvor erhobenen ökonomischen Forderungen politische Motive mitschwangen und die Lohnfrage von vornherein nicht die Haupttriebfeder der nachrevolutionären Streiks an der Ruhr ausmachte. Gewiß war die materielle Situation der Bergarbeiter alles andere als rosig und eine erhebliche Unzufriedenheit mit

ihrer ökonomischen Lage unverkennbar. Dennoch konnte man sie nicht als so schlecht bezeichnen, daß allein um ihretwillen allenthalben immer wieder spontane Streiks ausgebrochen wären, zumal sie kaum einen finanziellen Ertrag für die Arbeiter abwarfen. Denn da die Gewerkschaften die Streiks nicht anerkannten, erhielten sie keine Unterstützung, und gegenüber den Unternehmern konnten sie, wie das Hamborner Beispiel zeigt, im günstigsten Fall nur die Bezahlung der Streiktage durchsetzen; anderenfalls zahlten sie die Arbeitseinstellung aus eigener Tasche. Damit aber fällt die damals schon und später erst recht vor allem von bürgerlicher Seite aufgestellte Behauptung, mit den großen Streiks nach dem politischen Umsturz sei die Revolution zu einer »großen Lohnbewegung« entartet<sup>303</sup>.

Selbst wenn die Arbeiter nur ökonomische Forderungen erhoben, hatten sie meist auch ein politisches Ziel im Sinn und bedienten sich des ökonomischen Ausdrucks in erster Linie deshalb, weil er ihnen am geläufigsten war<sup>304</sup>. Wie in Oberschlesien stand hinter der Forderung nach mehr Lohn auch an der Ruhr die nach Abschaffung eines Wirtschaftssystems, das es einzelnen erlaubte, sich beträchtliche Profite auf Grund der Arbeit anderer anzueignen, und das ihnen zusätzlich eine fast unbeschränkte Macht über die Erzeuger ihres Reichtums verlieh. Die Übersteigerung der ökonomischen Forderungen hatte das wirtschaftliche Ziel, Unternehmensgewinne den Arbeitern und Angestellten und nicht mehr den Werksbesitzern und Aktionären zukommen zu lassen, und darüber hinaus das politische Ziel, das kapitalistische System zum Einsturz zu bringen. Irgendwann, so etwa lautete das Kalkül, wenn die Löhne nur weit genug in die Höhe getrieben und die Arbeitszeit weit genug verkürzt wäre, würden die Unternehmer keine Gewinne mehr machen und sich zur Aufgabe ihrer Alleinherrschaft über die Betriebe und ganze Wirtschaftszweige bequemen müssen. Solange sich das nicht abzeichnete, blieben die Arbeiter für alle Appelle taub, im Interesse der Allgemeinheit unvermindert weiterzuarbeiten oder ihre Leistungen gar noch zu steigern.

Indessen dachten sie nicht einfach an eine Zerschlagung der Wirtschaftsordnung und einen anschließenden Neuaufbau nach sozialistischen Prinzipien. Dieser Weg hätte über den Ruin der Volkswirtschaft geführt und ihre eigene Situation unerträglich gemacht. In der Essener Resolution war zwar von einer Änderung der Eigentumsverhältnisse die Rede. Einstweilen ging es den Arbeitern jedoch nicht um die Enteignung der Zechenbesitzer, auch nicht – von vereinzelt Ausnahmen abgesehen – um die Übernahme der Betriebsleitung, sondern höchstens um eine Beteiligung an der Leitung der Gruben, im Grunde aber nur um »Kontrollmaßnahmen«, wie der Essener Oberbürgermeister Luther, ein gewiß unverdächtig Zeuge, der Regierung mitteilte. »Der Arbeiter glaube«, erläuterte er, »daß die Zechenbesit-

zer die jetzige Zeit benutzten, um Dinge zu verschieben und dadurch die Möglichkeit der Zechen, höhere Löhne zu zahlen, zu vertuschen.« Insbesondere sei der Zechenverband deshalb besetzt worden, weil er »in der Vorstellung der Arbeiterschaft die Zentralstelle des Kapitals auf diesem Gebiete sei«<sup>305</sup>.

Die Räte waren also als Organe gedacht, die in den einzelnen Zechen, in deren Interessenverband und in deren gemeinsamer Absatzorganisation, dem Kohlsyndikat, darüber wachen sollten, daß die Unternehmer bei Lohnauseinandersetzungen den Arbeitern nicht falsche Zahlen über die wirtschaftliche Lage der Betriebe nannten, um sie zur Mäßigung ihrer Ansprüche zu veranlassen und ihre eigenen Gewinne zu mehren. Ferner hatten sie zu kontrollieren, daß keine Gewinne versteckt wurden, daß die Betriebe keine Absprachen untereinander zum Nachteil der Arbeiter trafen oder Lohnerhöhungen zum Anlaß für unverhältnismäßige Preisaufschläge nahmen, die die Konsumenten und dadurch indirekt auch wiederum die Arbeiter belasteten. Mit der Einführung der Räte gewannen die Arbeiter das »Vertrauen . . ., daß an eine gerechte Prüfung ihrer Forderungen herangetreten werde«<sup>306</sup>.

Hierzu waren noch nicht einmal Eingriffe in die Betriebsorganisation erforderlich. »Es bestehe keine Gefahr«, so erläuterte der Steiger Stein, sozialdemokratisches Mitglied der Neunerkommission, der Regierung das geplante Räteystem, »daß irgendwie in die Machtbefugnisse eines Beamten eingegriffen werde oder ein Beamter von seinem Posten entfernt würde«<sup>307</sup>. Diese Aussagen bestätigen, daß die Bergarbeiter von ökonomischen Argumenten nur so lange unbeeindruckt blieben, wie sie ihnen als vermeintliche Sachzwänge entgegengehalten und praktisch zur Konsolidierung der überkommenen Wirtschafts- und Betriebsverfassung benutzt wurden, daß sie sich hingegen ökonomischen Zwängen entsprechend zu verhalten bereit waren unter der Voraussetzung, daß dies dem Aufbau einer Wirtschafts- und Sozialordnung diene, in welcher die bisherige ökonomische Benachteiligung und die Unterwerfung der Arbeiterschaft unter den Willen der Arbeitgeber ausgeschlossen waren.

Ebenso wie sie in den Betrieben lediglich Information und Kontrolle erstrebte, so zielte die Betriebsrätebewegung auch in politischer Hinsicht nicht auf Dominanz, geschweige denn Diktatur, sondern lediglich auf Partizipation. Wie der Rätekongreß hielt auch sie die Sozialisierung für vereinbar mit dem System der parlamentarischen Demokratie. Die Neunerkommission bemühte sich zeit ihres Bestehens um eine Legitimierung durch die Volksbeauftragten und die Nationalversammlung und strebte später auch eine enge Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Regierung in Berlin an<sup>308</sup>. Der Gedanke, die mittlerweile im Reich wie in Preußen rein mehr-

heitssozialdemokratisch zusammengesetzte Regierung zu stürzen, fand auf der Essener Konferenz daher kaum Anklang, und als die Vertreter der Gewerkschaften und der drei sozialistischen Parteien erklärten, daß sie keine Störung der Wahlen zur Nationalversammlung beabsichtigten, die sechs Tage später stattfinden sollten, gab es offenbar kaum Widerspruch<sup>309</sup>. Die Wahlen selbst vollzogen sich dann auch im Ruhrgebiet ohne nennenswerte Störungen. Solange die Mehrheit der Arbeiterschaft an der Ruhr auf eine ihren Vorstellungen entsprechende Kontrolle über die Betriebe glaubte hoffen zu können, gewannen Bestrebungen auf Einführung einer Rätediktatur hier allenfalls lokale Bedeutung<sup>310</sup>.

Diese Orientierung der Rätebewegung zeigt zugleich, wie gering der Einfluß der politischen Gruppen war, die ein reines Räte-system anstelle des Parlamentarismus erstrebten. Tatsächlich hat es eine organisatorische Lenkung der Bewegung von dieser Seite nicht gegeben<sup>311</sup>. Die USPD, damals ohne Zweifel noch die stärkste politische Kraft der linken Opposition innerhalb der Arbeiterschaft, hatte ihre Organisation noch nicht so weit ausgebaut, daß ihr eine Führungsrolle hätte zufallen können; außerdem war sie in der Sozialisierungsfrage wie in anderen Kernfragen der politischen und sozialen Neuordnung in sich selbst zerstritten. Erst recht befand sich die gerade 14 Tage vor der Essener Konferenz gegründete KPD zumal in Westdeutschland noch in einem embryonalen organisatorischen Zustand und war überdies ebenfalls alles andere als geschlossen. Beide Parteien konnten nur so lange eine treibende Rolle spielen und einen bestimmenden Einfluß auf den Verlauf der Sozialisierungsbewegung ausüben, wie deren Ziele nicht erreicht waren und sie sich deshalb als deren entschiedenste Vorkämpfer profilieren konnten. Nach den Essener Beschlüssen ging ihr Einfluß rapide zurück<sup>312</sup>.

Verlauf und Echo der Essener Konferenz sind also ein Indiz dafür, daß die Sozialisierungsbewegung an der Ruhr von einer breiten Strömung in der Arbeiterschaft getragen wurde, die über die Grenzen der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit hinwegging<sup>313</sup>. Die paritätische Zusammensetzung der Neunerkommission zeigt, daß sie sich gegen keine der drei sozialistischen Parteien richtete, sondern auf die Wiederherstellung der Einheit des sozialistischen Lagers abzielte. Daß die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften auf der Essener Konferenz reden und die Schlußresolution mitunterzeichnen konnten, ohne daß es zu protokollarischem Streit kam wie drei Wochen zuvor in Mülheim, macht überdies deutlich, daß sich die Bewegung auch nicht gegen die Gewerkschaften richtete, sondern ihre Beteiligung billigte, sofern sie die Ziele der Bewegung zu ihren eigenen machten. Daß die Sozialisierungsbewegung die SPD- und Gewerkschaftsführer zwang, ihren bisherigen Standpunkt zu verlassen und sich nunmehr

auch für die Sozialisierung auszusprechen, beweist schließlich, welche Energien sie enthielt. Wenn es an der Ruhr zu einem offenen Konflikt käme, so prophezeite Limbertz Mitte Januar, dann würden die soeben beendeten blutigen Straßenkämpfe in Berlin »dagegen ein Kinderspiel gewesen sein«<sup>314</sup>.

Der Rat der Volksbeauftragten antwortete noch am 14. Januar auf die Essener Beschlüsse, die Sozialisierung könne nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung durchgeführt werden; örtliche Aktionen würden lediglich die Kohlenförderung gefährden, deren Funktionieren jedoch unerlässlich sei, wenn nicht das ganze Wirtschaftsleben innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen sollte<sup>315</sup>. Das war eine kaum verhüllte Ablehnung. Drei Tage später wurde sie in einer Sitzung von Vertretern der Regierung, der Sozialisierungskommission, der Ruhrindustrie, der Gewerkschaften und der Neunerkommission in Berlin bekräftigt<sup>316</sup>. Die Gewerkschaftsführer nämlich, auf deren Votum es in dieser Runde entscheidend ankam, rückten von ihren Essener Äußerungen sogleich wieder ab und machten deutlich, daß sie lediglich als Beruhigungsmittel gedacht gewesen waren. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung, der sich häufenden Angriffe gegen die Regierung und der Unsicherheit der Lage nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg habe man ein Interesse daran haben müssen, »den Leuten entgegenzukommen«, erklärte Limbertz jetzt.

Hue entschuldigte sich nachgerade für seine Zustimmung zu den Essener Beschlüssen mit der Bemerkung, er sei dort »vor eine vollendete Tatsache gestellt worden«. Im Gegensatz zu seinen dortigen Äußerungen bezeichnete er jetzt die Annahme, »daß die Sozialisierung von der Masse gefordert werde«, als »großen Irrtum«; im südlichen Ruhrbecken »merke man von dieser Forderung ... nichts. Man wolle sie wohl, streike aber deswegen nicht. Als Ultimatum sei sie nur in dem sog. Wildwest-Gebiete aufgestellt worden, in den Bezirken, wo der größte Teil der Belegschaften vor der Revolution noch den gelben Gewerkschaften angehört habe.« Auch Giesberts behauptete nun, »daß die Sache eine lokale Bedeutung habe. ... Die Führer der Bewegung hätten durchaus nicht die Masse der Bergleute hinter sich.« Die Vertreter des alten Verbandes bestritten ebenfalls den spontanen Charakter der Bewegung; in ihren Augen handelte es sich im wesentlichen um eine von den Spartakisten angezettelte Aktion. Die politische Substanz der Sozialisierungsforderung ignorierten sie nahezu gänzlich. »Die Masse der Bergarbeiter«, so Hue, »erblicke in der Sozialisierung nichts anderes als ein Mittel zur Lohnerhöhung«. Er räumte zwar ein, die Bergarbeiter hätten »das Gefühl, daß auf dem Boden des Privatkapitalismus der Betrieb nicht weitergeführt werden könne«, weshalb denn auch »die Sozialisierung sehr

geeignet sei, die Unruhe zu beseitigen«. Doch er fügte sogleich verharmlosend hinzu: »Die Leute wollten die Sozialisierung nicht von heute auf morgen, sie wollten nur die Erklärung, daß sie in Angriff genommen werde.«

Im übrigen war das Räteystem in seinem Verständnis »nur ein anderer Ausdruck für das System der Arbeiterausschüsse«. Daß die Räte in den Einzelbetrieben durch ihre Kontrolle über die Geschäftsführung »unter keinen Umständen den Geschäftsgang stören« durften, stand für ihn ebenso außer Frage wie die Unmöglichkeit, »diesen unglaublichen Apparat von Zechenrevierräten« zu dulden. Nach wie vor gab es für ihn wie für die anderen Bergarbeiterführer keine ernsthafte Alternative zur Arbeitsgemeinschaftspolitik. Um den Wünschen der Arbeiter nach Einflußnahme auf die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und die übrigen Aktivitäten ihres Betriebes entgegenzukommen, regte Hue lediglich an, den Essener Arbeiter- und Soldatenrat »als Beauftragten der rheinisch- westfälischen Arbeiter- und Soldatenräte« an den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Zechenverband »als Berater« teilnehmen zu lassen, um ihn »immer auf dem laufenden« zu halten.

Hue hätte daher auch ein unverzügliches Ende der Besetzung des Zechenverbandes begrüßt, »da er ja gar kein Unternehmen, das mit Gewinn oder Verlust arbeite, sei, sondern als Organisation etwa dem deutschen Bergarbeiterverband gleiche«. Doch er wußte, daß eine Aufhebung der Besetzung »augenblicklich für die Ruhe im Industriegebiet außerordentlich bedenklich sein« würde. Eine Kontrolle des Kohlensyndikats und seiner Verkaufszentralen sowie des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats und der oberschlesischen Kohlenkonvention hielt er dagegen grundsätzlich für wünschenswert; denn »bei der Bevölkerung herrsche das Gefühl, durch das Kohlensyndikat gingen große Summen, sie würden verschoben, um auf diese Weise den Ertrag der Bergwerke zu verdunkeln«. Als Kontrollorgan aber kamen für Hue allenfalls Kommissare der Volksbeauftragten in Frage, die ihrerseits der Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrats unterstellt werden könnten. Auch sie sollten jedoch nicht den »Geschäftsgang kontrollieren . . ., denn dazu gehörten ganz andere Voraussetzungen«. Was sie statt dessen kontrollieren sollten, ließ er offen.

Nur Wagner erinnerte an den Beschluß der Essener Konferenz, »daß man die Sozialisierung auf eigene Faust herbeiführen werde, wenn die Reichsleitung dem Willen der Arbeiter nicht ein klein wenig entgegenkomme«. Warnend wies er darauf hin, daß die Konferenz in wenigen Tagen erneut zusammentreten werde. »Da könne er den Leuten doch nicht sagen, daß man in Berlin nichts erreicht habe. Von Mittwoch ab werde man in Rheinland-Westfalen nicht eine Tonne Kohle mehr bekommen.



Die Leute verlangten die Berechtigung, nicht mehr für das Kapital, sondern für die Allgemeinheit zu arbeiten.«

Die Industriellen hingegen, die noch kurz zuvor über Konzessionen an den Sozialisierungsgedanken nachgedacht hatten, ermutigte die Distanzierung Hues, Limbertz' und Giesberts' von der Sozialisierungsforderung dazu, jedes Entgegenkommen abzulehnen. Mit ungebrochenem Selbstbewußtsein und alter Rücksichtslosigkeit führte Stinnes die Streiks allein auf »völlige Arbeitsunlust« zurück und darauf, »daß das Volk faul sei«. Die Essener Vorkommnisse wertete er als Beweis dafür, »daß es richtiger sei, mit den legitimierten Vertretern der Arbeiterschaft . . . eine Arbeitsgemeinschaft aufzubauen, mit der man die schwierigen Fragen der Volkswirtschaft lösen könne«, als die Werke »unter die Kontrolle von irgendwelchem Arbeiter- und Soldatenrat« zu stellen, die »nur neue Verhetzung« nach sich ziehen würde. Der Geschäftsführer des Zechenverbandes verwarf sogar die von Hue vorgeschlagene Beteiligung des Essener Arbeiter- und Soldatenrats an den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern als einen »Bruch mit dem Grundgedanken der Arbeitsgemeinschaft«. Für den Fall, daß »die Dinge so weitergingen«, drohte Stinnes schließlich mit der Selbstauflösung des Kohlensyndikats. Offenbar glaubte er sich eine solche Drohung mit der Desorganisation der Kohlenverteilung erlauben und zugleich ohne Risiko eine »ordnungsmäßige« Sozialisierungspolitik verlangen zu können, weil er aufgrund der bisherigen Zurückhaltung der Volksbeauftragten in dieser Frage nicht damit rechnete, daß sie auch nur den Versuch unternehmen würden, gegen die im wesentlichen übereinstimmende Haltung von Gewerkschaften und Arbeitgebern anzugehen, geschweige denn, sich durchzusetzen.

Tatsächlich stießen die Forderungen der Ruhrbergarbeiter lediglich bei einigen Mitgliedern der Sozialisierungskommission auf gewisses Verständnis. Die Arbeiter »fühlten sich als Herren der Lage und wollten bei den Einrichtungen des Betriebes mitsprechen«, erklärte Kautsky. Da die Möglichkeiten für Lohnerhöhungen begrenzt seien, müsse man ihnen »desto mehr . . . das Bewußtsein verschaffen, daß sie im Betrieb mitzusprechen hätten« und daß, »wenn sie den Betrieb störten, sie nicht mehr das Kapital schädigen, sondern die deutsche Nation«. Hilferding schlug im Namen der Kommission daher die unverzügliche Einsetzung von drei Volkskommissaren für den Kohlenbergbau vor, und zwar eines Arbeiter-, eines Industriellen- und eines Regierungsvertreters. Sie sollten die oberste Leitung des gesamten Kohlenbergbaus übernehmen und die Kontrolle über alle Kohlensyndikate erhalten, ferner ein Vetorecht gegen Preiserhöhungen sowie das Recht, unter bestimmten Umständen die Preise herabzusetzen. In Verbindung mit diesen Kommissaren wollte er bei den einzelnen Syndika-

ten Kommissionen von Arbeitern und Angestellten bilden, die »Einblick in die Maßnahmen, aber keine Exekutive« haben sollten.

Bauer griff diesen Vorschlag auf, freilich ebenfalls in erster Linie, um »etwas zur Beruhigung der Arbeiter und der öffentlichen Meinung« zu tun. »Wenn solche Beauftragte den Arbeitern sagen, sie hätten sich selbst überzeugt, daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe weitere Lohnerhöhungen nicht mehr zulasse, werde es mehr Eindruck machen, als wenn solche Erklärungen allein von den Zechenbesitzern gegeben würden. Die Zechenbesitzer würden dann nicht mehr der Prellbock sein, sondern die Reichskommissare würden mit den Arbeitern zu verhandeln haben, und deshalb liege die Maßnahme im Interesse beider Teile.« Im übrigen beharrte er darauf, daß alle Entscheidungen über Veränderungen der Betriebsverfassung und der ökonomischen Eigentumsverhältnisse »Aufgabe der gesetzlichen Körperschaften« seien, denen »nicht vorgegriffen« werden dürfe.

Die Haltung von Gewerkschaften, Unternehmern und Sozialisierungskommission bestärkte den Rat der Volksbeauftragten in seiner Entschlossenheit, vor den Wahlen zur Nationalversammlung keine Schritte zur Sozialisierung mehr zu unternehmen. Ebert versicherte zwar, die Volksbeauftragten seien »fest überzeugt, daß auf diesem Gebiet ernste Maßnahmen ergriffen werden müßten, wenn man Ruhe schaffen wolle, und Ruhe müßten wir haben, wenn wir nicht in allernächster Zeit wirtschaftlich vollkommen zusammenbrechen wollten«. Im gleichen Atemzug erklärte er aber, es sei »alles geschehen, was möglich sei«. Ungeachtet der Tatsache, daß die Sozialisierungsbewegung an der Ruhr nicht primär eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse, sondern nur Kontrollrechte verlangte, lehnte er eine Sozialisierung der Bergwerke wegen der Befürchtung ab, daß dann »die Entente . . . nach diesen die Hand ausstrecken würde«. Hinzu kam das innenpolitische Argument, sie bedürfe »umfangreicher sorgfältiger Vorbereitungen und müsse einheitlich im ganzen Reich durchgeführt werden«. Ihre Ablehnung durch den unabhängigen bayerischen Ministerpräsidenten Eisner lieferte ihm den Vorwand, »vor weiteren Schritten die Bundesstaaten . . . hören« zu müssen; sobald deren Antworten vorlägen, sollte die Frage »in einem größeren Kreise erneut besprochen werden«.

Nach knapp fünf Stunden endete die Konferenz mit der Einsetzung einer Kommission aus Vertretern der Reichsämtler, der Sozialisierungskommission, des alten Verbandes und der Industrie; sie sollte unverzüglich eine Verordnung zur Regelung der Verhältnisse im Kohlenbergbau entwerfen. Die Neuerkommission war in ihr ebenso wenig vertreten wie die von der Essener Konferenz beschlossene Räteorganisation, die auf den Arbeitervertretungen der Einzelbetriebe aufbaute. Die Regierungskommission entwarf eine Verordnung, die unverzüglich – noch am 18. Januar – in Kraft

gesetzt wurde, um die ungestörte Wahl zur Nationalversammlung zu ermöglichen. Aufgrund dieser Verordnung berief die Regierung drei Reichsbevollmächtigte für den Kohlenbergbau, und zwar Hue als Vertreter der Bergarbeiterverbände, Vögler als Vertreter der Industrie und Geheimrat Röhrig als Vertreter der Staatsbergwerke. Sie sollten »bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Beeinflussung des gesamten Kohlenbergbaus durch das Reich und bis zur Festlegung der Beteiligung der Volksgesamtheit an seinen Erträgen (Sozialisierung) ... alle Vorgänge auf dem Gebiet der Kohlenförderung fortlaufend ... überwachen«, also spontanen Besetzungsaktionen, wie der Zechenverband und das Kohlensyndikat in Essen sie erlebt hatten, die Legitimation entziehen. Gleichzeitig ordnete die Regierung die Neuwahl der Arbeiterausschüsse nach Maßgabe der Verordnung vom 23. Dezember 1918 an, wobei zur Verwirrung der Bergarbeiter diese Ausschüsse begrifflich mit den Zechen- und Bergrevierräten gleichgesetzt wurden<sup>317</sup>. Außerdem griff sie einen vorrevolutionären Gedanken wieder auf und kündigte die baldige Einrichtung von Arbeitskammern für den Bergbau an<sup>318</sup>.

Alle diese Maßnahmen bedeuteten eine Ablehnung der Essener Forderungen. Als jedoch die Räte delegierten des Ruhrbezirks am 20. Januar 1919, eine Woche nach der ersten Konferenz und einen Tag nach den Wahlen zur Nationalversammlung, in Essen erneut zusammentraten, um sich über die Verhandlungen mit der Regierung informieren zu lassen, wagten die Regierungs- und Gewerkschaftsvertreter nicht, so offen gegen die Sozialisierung und das Räte system aufzutreten, wie sie es in Berlin getan hatten und wie es den dort gefaßten Beschlüssen entsprochen hätte. »Ich habe den Herren erklärt, daß, wenn sie die Sozialisierung nicht sofort durchführen, wir sie hier selbst machen werden, über die Köpfe der Regierung hinweg«, berichtete Wagner über seinen Auftritt in der Reichskanzlei. Die Regierung stehe »auf dem Standpunkt der Sozialisierung der großen Industrien« und sei der Auffassung, »daß insbesondere der Bergbau reif ist zur Sozialisierung«, verkündete Hue und folgerte daraus, daß jeglicher Streikgrund hinfällig geworden sei<sup>319</sup>.

Tatsächlich verpflichteten sich die Arbeiter- und Soldatenräte daraufhin erneut zur »unbedingten Aufrechterhaltung der Ruhe«, freilich unter der Bedingung, daß »die Sozialisierung durchgeführt und nicht durch Entsendung von Truppen gestört wird«. Sie bekräftigten die Beschlüsse vom 13. Januar und kündigten an, jedem Widerstand gegen die Durchführung der Räte wahlen »wie gegen die Sozialisierung überhaupt mit aller Kraft entgegenzutreten«. Nach wie vor zeigten sie sich zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit. Sie verbanden deren Vorstellungen mit ihren eigenen, indem sie beschlossen, daß die drei Regierungskommissare »in Überein-

stimmung« mit der Neuerkommission arbeiten, beide Gremien zusammen den »Zentralkörper für die Sozialisierung« bilden und unverzüglich Unterausschüsse für die Kontrolle der Bergwerke, der Vertriebsgesellschaften für Bergwerksprodukte sowie für Tariffragen unter Heranziehung fachmännischer Mitarbeiter einsetzen sollten. Auf dieser Basis erklärten auch die drei sozialistischen Parteien, »gemeinsam arbeiten zu können«<sup>320</sup>.

Am nächsten Tag jedoch wurde in einer weiteren Besprechung in der Reichskanzlei in Berlin, an der außer allen Volksbeauftragten die Staatssekretäre von Reichsschatzamt, Reichswirtschaftsamt, Reichsarbeitsamt, Reichsernährungsamt und Demobilmachungsamt, der preußische Kriegsminister Reinhardt, die Reichsbankpräsidenten Havenstein und Glase-napp, die Reichskohlenkommissare Stutz und Herbig sowie Groener und einige weitere Offiziere der OHL teilnahmen, das Ende der Sozialisierungsforderungen, wie die Bergarbeiter an der Ruhr sie geäußert hatten, besiegelt<sup>321</sup>. Wiederum bezeugten die Arbeiterführer völliges Unverständnis für die Motive und Ziele dieser Bewegung. August Müller diagnostizierte lediglich einen »sehr arbeitsunlustigen Zustand« und eine bevorstehende »Katastrophe unseres gesamten Wirtschaftslebens«. Um sie abzuwenden, sah er »keinen anderen Weg«, als »ein angemessenes Verhältnis zwischen den Löhnen und den übrigen wirtschaftlichen Kategorien« herbeizuführen und »überall dort, wo enorme Löhne gezahlt werden, diese Höchstlöhne abzubauen«. Daß die Arbeitsunlust weniger wirtschaftliche als politische Motive hatte, ignorierte er ebenso wie die mittlerweile evidente Tatsache, daß die streikenden Arbeiter in dem Augenblick wieder zu arbeiten und sogar ihre Lohnforderungen zurückzustellen bereit waren, in dem ihre politischen Forderungen nach Information über die wirtschaftliche Lage ihrer Betriebe durch Personen ihres Vertrauens und nach Kontrolle insbesondere des finanziellen Gebarens der Betriebsleitungen erfüllt schienen.

Die Industriellen und die Gegner der Sozialisierung im Staatsapparat konnten sich keinen besseren Anwalt denken, um jeglicher Diskussion über Veränderungen der Wirtschaftsordnung und Betriebsverfassung zu entgehen, als einen Staatssekretär, der aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen war, jetzt aber mit stupender Beharrlichkeit die politischen Erwartungen der Arbeiter überging. Havenstein bekräftigte sogleich unter Hinweis auf die Kreditwürdigkeit Deutschlands im Ausland, man müsse »versuchen, die Löhne mit allen Mitteln wieder herabzudrücken«. Schiffer sah in den »gegenwärtigen hohen Löhnen« vor allem »eine private Wegsteuerung der Kriegsgewinne«, die er für das Reich erfassen wollte; das war jedoch nur möglich, solange sie sich noch in wenigen Händen befanden. Um staatliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung und ein Sinken des

Preisniveaus zu ermöglichen, bekundete er ebenfalls starkes Interesse daran, »daß diese unhaltbaren Zustände so schnell wie möglich aufhören«.

Da die Regierung die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen nicht antasten wollte, um die ohnehin problematische Stellung der Arbeitsgemeinschaft nicht weiter zu erschweren, konzentrierten sich ihre Überlegungen zur Lohnsenkung auf eine Kürzung der Erwerbslosenunterstützung mit dem Ziel, das Arbeitskräfteangebot zu vergrößern. Havenstein verlangte, die Arbeitslosenunterstützung so zu organisieren, »daß sie ein Zwang zur Arbeit wird«. Scheidemann regte zu diesem Zweck an, sie nicht vom ersten Tage an, sondern erst nach ein oder zwei Wochen zu zahlen und ihre Dauer zu begrenzen, die auf dem Lande länger sein sollte als in den Großstädten, um die Arbeitslosen in den Städten zur Annahme jedweder Beschäftigung zu zwingen und zugleich ihrer Abwanderung in die ländlichen Regionen nachzuhelfen. Bauer kündigte in gleicher Absicht die Einführung von Höchstsätzen an, hinter denen sich die Kommunen »verstecken« könnten, die bisher oft von den Räten gezwungen worden waren, die Sätze zu erhöhen. Außerdem plante er den Entzug der Unterstützung für alle diejenigen, die die Annahme »angemessener« Arbeit verweigerten.

Wie überhaupt manche bürgerlichen Zeitgenossen einen schärferen Blick für die Triebkräfte der Streikbewegung an der Jahreswende 1918/1919 bewiesen<sup>322</sup>, so riet auch in dieser Runde ein bürgerlicher Minister, nämlich Koeth, als einziger zu einem gewissen Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern. An einen allgemeinen Abbau der Löhne war seiner Meinung nach »im Augenblick nicht zu denken«, weil sie »durchaus nicht aus dem internationalen Rahmen« fielen, höchstens an ein »Abbrechen der Lohnspitzen«. Ebensovienig hielt er eine Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung für möglich, weil ihre Sätze »mit Rücksicht auf die allgemeinen Lebensbedürfnisse ... nicht als zu hoch« bezeichnet werden könnten. Demgegenüber sah er »ein gutes Mittel, die Arbeitslust wieder herbeizuführen, ... darin, daß man die Forderungen der Arbeiter, die sich nicht auf Lohnfragen beziehen, nach Möglichkeit erfüllt«. An die Sozialisierung freilich dachte er hierbei »absolut nicht«, sondern nur daran, »den Arbeitern mehr als bisher ein Urteil über unsere Wirtschaftslage und einen Einblick in die Betriebe« zu ermöglichen. Ein »gutes Mittel« hierfür schien ihm »der Ausbau der Arbeitsgemeinschaft«.

Doch selbst diese Anregung blieb unbeachtet. Die Konferenz endete mit der Übereinkunft, die Arbeitslosenunterstützung schärfer zu handhaben, die Arbeitsvermittlung straffer zu organisieren und einen Abbau der Löhne anzustreben, der nach den Worten Eberts allerdings »nur mit einem Abbau der Preise zu vereinigen ist und daher augenblicklich kaum durchgeführt

werden kann«. Einstweilen allerdings hatten Regierung und Behörden kaum die Macht, derartige Vorstellungen durchzusetzen, ausgenommen die Verminderung der Arbeitslosenunterstützung, die dann auch alsbald vorgenommen wurde<sup>323</sup>.

Bis auf weiteres empfahl Müller daher eine Art Katastrophenpolitik. »Die Dinge müssen sich ausreifen . . . Solange wir nicht den Frieden haben, können wir nichts machen. Es schadet aber auch nichts, wenn bis dahin noch mehr Betriebe zum Erliegen kommen, die Zahl der Arbeitslosen dadurch weiter steigt. Wir müssen erst in weiten Kreisen der Arbeiter das Gefühl hervorrufen, daß ein anderes Verhalten nötig ist.« Bauer beruhigte sich mit dem Gedanken, es seien »nur einzelne Bezirke, wo diese Zustände herrschen, namentlich die Großstädte Berlin und Hamburg, das rheinisch-westfälische Industriegebiet und Oberschlesien«; dadurch solle man sich »den Blick nicht trüben lassen« dafür, daß es doch »noch ganze Gebiete« gäbe, »wo vernünftig gearbeitet wird und die Löhne nicht übermäßig hoch sind«. Der kleinbürgerlich-provinziellen Herkunft der meisten Gewerkschaftsführer entsprechend, erblickte er also in der Provinz, die in bezug auf Produktionsverhältnisse, Organisationsformen und Bewußtsein der Arbeiterschaft im Vergleich mit den Industriegebieten zurückgeblieben war und wo sich die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vielfach noch gar nicht gegenüber den vorrevolutionären Zuständen verändert hatten, den Normalfall und den Maßstab wirtschaftlicher Vernunft. Um auch in den Industriegebieten wieder »normale« Verhältnisse zu schaffen, hielt er eine »Konsolidation der Macht« für erforderlich.

»Konsolidierung der Regierungsgewalt, der Staatsautorität«, hieß denn auch das politische Mittel, das die Regierung neben den ökonomischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitsunlust und Streiks vorsah. Das bedeutete nach den Worten Eberts, »alles zusammenzufassen, um die Eingriffe der Arbeiterräte in die behördlichen Aktionen zu unterbinden«. Hierzu wurde in erster Linie der Aufbau der Freikorps weiter vorangetrieben. Unmittelbar zuvor bereits waren die Soldatenräte entmachtet worden; zwei Wochen später wurden die Freikorps förmlich als Kern der neuen Reichswehr bestätigt und zugleich den Soldatenräten die Rechtsgrundlage endgültig entzogen<sup>324</sup>. Bis die Staatsmacht stark genug war, um sich gegen die Rätebewegung durchzusetzen, sollten – so Müller – verstärkte Propagandaanstrengungen dem Volk einhämmern, »daß es vor einem Abgrunde steht und rettungslos in ihn hinabstürzen muß, wenn es nicht wieder anfängt zu arbeiten«. Müller schien einstweilen eine solche Öffentlichkeitsarbeit »das Wichtigste«; auch Ebert hielt es für den »einzigen Ausweg . . ., ganz offen und rückhaltlos unserem Volke zu sagen, wie die Dinge sind, und einen eindringlichen Appell mit allen nur möglichen Mitteln an das

Volk zu richten: Wenn du dich nicht besinnst, bist du rettungslos verloren.« Man einigte sich auf den Auftrag an die Reichszentrale für Heimdienst, mit Unterstützung der zuständigen Reichsämler Plakate herauszubringen, die »in allen Gemeinden des ganzen Landes« angeschlagen werden und die Situation so schildern sollten, »wie sie tatsächlich ist«. Auch »die ganze Presse« sollte in diese Aktion eingespannt werden. Scheidemann sagte eine tatkräftige Mithilfe der SPD zu, und Bauer versicherte, die freien Gewerkschaften würden sich ebenfalls »sicher gern in den Dienst der Propaganda stellen«.

Spätestens mit dem Ausgang dieser Konferenz war die Entscheidung in der Sozialisierungsfrage gefallen. Die Tage zwischen der Wahl und dem Zusammentritt der Nationalversammlung wären der letzte Zeitpunkt gewesen, zu dem die Volksbeauftragten, zusammen mit den SPD- und Gewerkschaftsführern und gestützt auf das noch vorhandene politische und militärische Übergewicht der Arbeiterschaft in den industriellen Ballungsgebieten, kraft revolutionären Rechts die private Verfügungsgewalt wenigstens über die Montanbetriebe und andere Großindustrien hätten beschränken, eine wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeiter nach dem insgesamt keineswegs radikalen Essener Modell einführen und sich damit der Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Industriearbeiterschaft versichern können. Doch genausowenig wie in den Wochen zuvor zogen sie dies jetzt auch nur einen Augenblick ernsthaft in Erwägung.

Vielmehr ermutigte sie das Wahlergebnis, das eine Koalition der SPD mit einer oder mehreren bürgerlichen Parteien unumgänglich machte, sich nun auch offen mit den Repräsentanten der alten Ordnung – Schwerindustriellen, bürgerlichen Staatssekretären, dem alten Reichsbankpräsidenten und dem Chef der OHL – gegen die Sozialisierungsbewegung zu verbünden. Sie nahmen den Faden jener Politik wieder auf, die sie bis zum 8. November 1918 innerhalb und außerhalb der Reichstagsmehrheit betrieben hatten, den Faden einer vorsichtigen Bündnispolitik, die mehr auf die bürgerlichen Partner als auf die linke Opposition in den eigenen Reihen Rücksicht nahm und lediglich langsame, schrittweise Veränderungen der überkommenen Machtverhältnisse in Staat und Wirtschaft erstrebte. Für sie war mit den Wahlen zur Nationalversammlung die Revolution beendet, die mit ihren Eruptionen und konvulsivischen Nachwirkungen in ihrer Sicht ohnehin nur ein störendes, im Grunde überflüssiges und gewiß nicht ernstzunehmendes Intermezzo darstellte.

## *Die Betriebsrätebewegung an der Ruhr Januar bis April 1919*

Bereits einen Tag nach der Konferenz vom 21. Januar 1919 zog sich Ruben aus dem Gebäude von Kohlensyndikat und Zechenverband zurück, weil es ihm »in dem für ihn eingerichteten Zimmer zu langweilig wurde«, wie der Steigerführer Werner später höhnisch kommentierte<sup>325</sup>. In der Tat hatte seine Anwesenheit in der Zentrale der Montanorganisationen lediglich eine symbolische Besetzung dargestellt. Der Essener Arbeiter- und Soldatenrat hatte Ruben zwar am 11. Januar zum Sozialisierungskommissar ernannt. Aber da dies ein Sonnabend war, hatte Ruben sich zunächst damit begnügt, seinen »Antrittsbesuch« bei beiden Organisationen zu machen und sein Ernennungsdokument zu überreichen. Anschließend ging er ins Wochenende. Kohlensyndikat und Zechenverband erhielten also zwei Tage Zeit, Akten und andere Unterlagen, die sie den Arbeitern nicht in die Hände fallen lassen wollten, beiseitezuschaffen. Erst am Montag, dem 13. Januar gegen 10 Uhr vormittags schritt Ruben zur »Besetzung«.

Er beanspruchte für sich zwei Räume, verlangte Einsichtnahme in den Postverkehr und schickte drei Begleiter in die Telefonzentrale, zog sie jedoch schon bald zurück<sup>326</sup>. Zwar hieß es in der Bestallungsurkunde, Ruben und seinen Beigeordneten sei »jede gewünschte Einsicht in die Bücher zu gewähren«<sup>327</sup>, doch Ruben versicherte den Montanherren sogleich, daß jeder Eingriff in den Geschäftsverkehr vorläufig unterbleiben würde<sup>328</sup>. Tatsächlich hat er allem Anschein nach weder in die Bücher des Kohlensyndikats noch des Zechenverbands Einblick verlangt und eine nennenswerte Überprüfung und Kontrolle ihres Geschäftsgebarens nicht vorgenommen. Selbst der Zechenverband vermochte an tatsächlichen Behinderungen nicht mehr anzuführen, als daß die Geschäftsführung durch den Einzug Rubens gezwungen wurde, »drei Beamten in einem anderen Gebäude Unterkunft zu verschaffen«, und daß Ruben über das Sitzungszimmer des Vereins »ohne jede Rücksicht« verfügt habe<sup>329</sup>. Mit der Beendigung der »Besetzung« nur drei Tage nach den Wahlen zur Nationalversammlung machte Ruben nun auch öffentlich deutlich, daß es ihm allein um die Beruhigung der Arbeiterschaft gegangen war mit dem Ziel, die ungestörte Durchführung der Wahlen im Ruhrgebiet zu gewährleisten<sup>330</sup>.

Hiermit begann das gemeinsame Vorgehen von Regierung, SPD, Gewerkschaften, Freikorps und Industrie gegen die Rätebewegung. Gegen diese Allianz und ihre Machtmittel hatte die Sozialisierungsbewegung, regional begrenzt und überregional unkoordiniert, auf die Dauer keine Chance. Es dauerte allerdings noch Wochen, bis ihre Kraft gebrochen war.

Legien sagte dem Rätssystem jetzt offen den Kampf an. Es sei »über-



haupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation«, verkündete er in der Vorständekonferenz vom 1./2. Februar 1919<sup>331</sup>. Ihr Prinzip »zersplittere ... die Einheit des Berufszweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hörten hier auf: jeder nimmt sich, was er kriegen kann.« Hierfür gab es zwar bisher keine Belege, und das Konzept, über den Vertretungen der Einzelbetriebe einen Zentralzechenrat zu bilden, machte es eher unwahrscheinlich, daß diese Möglichkeit eintrat. Allerdings konnte sich das Räteystem zu einer Konkurrenz für die Gewerkschaften auf deren traditionellem Tätigkeitsgebiet entwickeln, wenn die Belegschaften eines Industriezweigs einer ganzen Region – wie die Ruhrbergarbeiter – ihre materiellen Interessen von den Gewerkschaften nicht zufriedenstellend vertreten fanden. Daß aber eine derartige Absicht nicht von vornherein bestand und die Anhänger des Rätegedankens sich nicht in einem prinzipiellen Gegensatz zu den Gewerkschaften empfanden, signalisierte die Tatsache, daß mit Limbertz ein führender Funktionär des alten Verbandes in die Neunerkommission gewählt worden war.

Das Problem bestand darin, daß die Anhänger des Räteystems mit wirtschaftlicher Kontrolle und Mitbestimmung in den Einzelbetrieben und auf der Ebene ganzer Industriezweige ein Tätigkeitsgebiet anstrebten, das bisher von den Gewerkschaften nicht besetzt war. Wenn die Gewerkschaften den politischen Kern des Rätegedankens wirklich zur Kenntnis genommen und sich zu eigen gemacht hätten, daß nämlich zur dauerhaften Sicherung der politischen Demokratie Kontroll- und Mitspracherechte der Arbeitnehmer auf wirtschaftlichem Gebiet erforderlich seien, hätten sie sich vermutlich unschwer mit seinen Anhängern über eine Kooperation verständigen, die Positionen in den Räten mit ihren Mitgliedern besetzen und auf längere Sicht das Räteystem ihrer Organisation integrieren können. Aufgrund des jahrelangen »Klassenkampfes von oben« war ihre Autorität innerhalb des größten Teils der Arbeiterschaft immer noch sehr hoch, wie ihr damaliger Mitgliederzulauf bewies, und wo ihr Ansehen aufgrund ihrer Kriegspolitik gelitten hatte, hätten sie ihren Einfluß durch einen entschiedenen Einsatz für die Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten wahrscheinlich rasch zurückgewinnen können. Vermutlich wäre es zwar auch dann noch zu Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis von Belegschaftsvertretungen und Gewerkschaften und die Abgrenzung der beiderseitigen Tätigkeitsgebiete gekommen; doch sie wären mit Sicherheit ungleich geringer gewesen als die bestehenden Gegensätze.

Aber der Gedanke an wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte der Beleg-

schaften in den Betrieben lag den Gewerkschaftsführern nach wie vor gänzlich fern. Mitbestimmung konnten sie sich nur auf bürokratisch-zentralistischer Ebene vorstellen, im Rahmen von Tarifverhandlungen oder der Kooperation in Gemeinwirtschaftskörpern. Die wirtschaftlichen Angelegenheiten, die in ihren Augen für die einzelnen Belegschaften von Belang waren, betrafen lediglich die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Da sie deren Regelung als ihre Domäne beanspruchten, konnten Betriebsräte, wie Legien Ende Februar 1919 in der Zentralarbeitsgemeinschaft erläuterte, nur den verlängerten Arm der Gewerkschaften in den Betrieben bilden, nämlich dafür sorgen, »daß die für einen Beruf oder eine Industrie von der gewerkschaftlichen Organisation festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betriebe zur Durchführung gelangen«. Sie sollten also die Funktion »der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse übernehmen«, deren Aufgaben lediglich dahin erweitert werden sollten, »daß der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht bei den Einrichtungen des Betriebes, bei . . . Entlassungen usw. gewährt wird«<sup>332</sup>.

Wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf überbetrieblicher Ebene dachten sich die Gewerkschaftsführer allenfalls als Beteiligung an den Aufsichtsgremien riesiger Monopolorganisationen, wie sie sie in ihrem Programm zur Übergangswirtschaft skizziert hatten, in Arbeitskammern oder neuerdings in Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern. Zur Wahrnehmung derartiger Funktionen kamen nach ihrer Überzeugung jedoch keinesfalls Delegierte der Einzelbelegschaften, sondern allein die Gewerkschaften in Frage. Auch ein überbetriebliches Räte-system, in dem »die Arbeiter- oder Betriebsräte aller Betriebe zusammentreten, um gemeinsam zu beraten und zu handeln«, hielt Legien für ein Unding; allein für Berlin würde »eine Körperschaft entstehen, die 2500–8000 Mitglieder hat« und »nicht arbeitsfähig« wäre; es müßte also zum Delegationssystem gegriffen werden, so daß der »Grundgedanke« des Räte-systems, »die unmittelbare Vertretung der Arbeiterschaft des einzelnen Betriebes«, hinfällig würde.

In der Vorstände-konferenz vom 1./2. Februar 1919 konstatierte er daher unter allgemeiner Zustimmung: »Ein Bedürfnis für das Räte-system liege nicht vor, und auch eine organische Eingliederung in den bisherigen Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter sei kaum denkbar.« Um diese Position rechtlich dauerhaft abzusichern, empfahl er statt einer Verankerung der Räte eine Festlegung der wichtigsten gewerkschaftlichen Grundrechte in der Verfassung. Von einer Beschlußfassung in der Räte-frage sah die Vorstände-konferenz allerdings einstweilen ab<sup>333</sup>.

Die Führer der christlichen Gewerkschaften, die unter der Ruhrbergarbeiterschaft eine beachtliche Zahl von Mitgliedern hatten, dachten im we-

sentlichen ebenso. Ihre Mitglieder hatten zwar in diesen Wochen gegenüber den sozialistisch orientierten Teilen der Belegschaften einen schweren Stand und hielten sich aus »blasser Angst und zitternder Aufregung gegenüber den Plänen und den großen Worten der Radikalen« in der Auseinandersetzung offensichtlich zurück<sup>334</sup>. Die Verbandsorgane aber zeigten sich gegenüber dem Sozialisierungs- und Rätegedanken weiterhin reserviert<sup>335</sup>. Sie befürworteten nach wie vor die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, verlangten ebenfalls eine Unterordnung der Betriebsräte unter die Gewerkschaften und forderten die Regierung zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung im Ruhrgebiet auf<sup>336</sup>.

Die freien Gewerkschaften versuchten jetzt, die Rätebewegung im Ruhrgebiet zu konterkarieren. Die zunehmende Kritik ihrer Mitglieder, die Sozialisierung nicht ernsthaft zu betreiben und daher mitverantwortlich zu sein für die wilden Streiks, ließ sie unbeeindruckt<sup>337</sup>. Der Bergarbeiterverband schob der Neunerkommission die Erledigung von Lohnstreitigkeiten zu und legte sie dadurch politisch weitgehend lahm. Die Wahlen zu den Steigerrevier- und Zechenräten durchkreuzte er, indem er seinerseits die Wahl von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen aufgrund der Verordnung vom 18. Januar 1919 betrieb – zum Teil gemeinsam mit den Werksdirektionen – und hiermit die größte Verwirrung hervorrief<sup>338</sup>.

Die Unternehmer konzentrierten sich unterdessen neben der Pflege ihres Verhältnisses zu den Gewerkschaftsführungen darauf, ihre Angestellten von einem Zusammengehen mit den Arbeitern abzuhalten, auf das die Räte hinarbeiteten. Diese nämlich machten sich keine Illusionen darüber, daß eine Sozialisierung der Betriebe ohne die Mitarbeit der technischen und kaufmännischen Angestellten »heller Wahnsinn« sei, wie die Neunerkommission schon in ihrem ersten Aufruf erklärte<sup>339</sup>. Tatsächlich scheinen sich zahlreiche Angestellte zur Kooperation mit den Räten bereitgefunden zu haben. In Bottrop etwa, wo die Bergarbeiter im November 1918 »Ordnungsmänner« zur Kontrolle ihrer Vorgesetzten bestellt hatten, war nach Aussage des sozialdemokratischen Steigers Stein »ein Einvernehmen zwischen Betriebsführern und Belegschaften zustande gekommen, wie man es vor der Revolution nicht gekannt habe. Es arbeite sich jetzt ganz vorzüglich auf den Gruben«<sup>340</sup>.

Um eine derartige Annäherung von Räten und Angestellten zu vereiteln, zwangen die Unternehmer auf Werken, die von Räten geleitet wurden, die Angestellten durch die Sperrung der Gehälter zur Arbeitsniederlegung<sup>341</sup>. Gleichzeitig mehrten sich in den Augen der Arbeiter Anzeichen für wirtschaftliche Sabotage. Während auf manchen Zechen, auf denen die Rätewahlen durchgeführt wurden, die Kohlenförderung gegenüber den Vormonaten erheblich anstieg, fehlte es hier plötzlich an Eisenbahnwaggons,

um die Kohle abzutransportieren, oder an Grubenholz und anderen für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen Materialien, so daß manche Zechen ihren Arbeitern Feierschichten verordneten<sup>342</sup>. Ob derartige Produktionsstillstände auf gezielte Obstruktion der Betriebsleitungen im Verein mit der Eisenbahnverwaltung zurückzuführen waren, ist schwer zu klären. Daß damals erhebliche Transportschwierigkeiten bestanden, ist nicht zu bezweifeln, aber ebenso sicher ist, daß Produktionsbehinderungen in das politische Konzept paßten, mit dem Unternehmer und Regierung die Sozialisierungsbestrebungen bekämpften. Müllers Gedanke an eine Verschärfung der Wirtschaftskrise<sup>343</sup> bezeugt das ebenso wie die Anweisung Reuschs an die Werke des GHH-Konzerns, Überstunden »aufs alleräußerste einzuschränken« und notfalls weniger zu produzieren. »Augenblicklich«, so lautete seine bezeichnende Begründung, »sei das wohl die einzige Möglichkeit, den Arbeitern schnell vor Augen zu führen, daß die heutigen Zustände auch für sie unhaltbare wären«<sup>344</sup>.

Nicht minder hartnäckig beharrte die Regierung auf ihrer Ablehnung der Räte, um so mehr, als nach den Wahlen zur Nationalversammlung die SPD sich mit der DDP und dem Zentrum die Macht teilte – Koalitionspartnern, die beide eine Abkehr von den Prinzipien der Privatwirtschaft ablehnten. Die Regierung Scheidemann, die ihr Programm am 13. Februar 1919 der Nationalversammlung vorlegte, bekannte sich nur in vagen Formulierungen zur Unterstellung derjenigen Wirtschaftszweige, »die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben«, unter öffentliche Kontrolle und, »sofern sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen«, zu ihrer Überführung in Gemeineigentum<sup>345</sup>. Daß die Regierung einschneidende Eingriffe in die Eigentums- und Verfügungsrechte im Kohlenbergbau nach wie vor scheute, demonstrierte sie dadurch, daß sie die Vorschläge für eine Sozialisierung dieses Industriezweigs, die die Sozialisierungskommission vier Tage später vorlegte, so gut wie gar nicht zur Kenntnis nahm und ihre Veröffentlichung unterband<sup>346</sup>. Ihre einzige Konzession an die Rätebewegung bestand in der Empfehlung an den Zechenverband, »aushilfsweise« die Rätewahlen nach Essener Muster stattfinden zu lassen, bis Neuwahlen auf gesetzlicher Grundlage stattfinden würden<sup>347</sup>. Wo die Zechen dieser Empfehlung nicht nachkamen<sup>348</sup>, blieb sie untätig. Eine Anerkennung der Zechenräte lehnte sie ab. Zur Dämpfung der Unruhe legte das Reichsarbeitsamt unter Leitung Gustav Bauers Ende Januar außerdem einen Gesetzentwurf für die Einrichtung von Notarbeitskammern für den Kohlenbergbau und die Großeisenindustrie im Ruhrgebiet und in Oberschlesien vor<sup>349</sup>.

Den Arbeitgebern freilich war die rechtlich unverbindliche, je nach Lage der Dinge zu intensivierende oder zu vernachlässigende Arbeitsgemein-

schaft lieber als ein gesetzlicher Zwang zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Die VDA erhob daher im Reichsarbeitsamt »in schärfster Form« Widerspruch gegen die Arbeitskammerpläne<sup>350</sup>. Im Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärte Borsig, etwas moderater, die Einrichtung von Arbeitskammern für »nicht erwünscht«. Leipart und Legien entgegneten zwar, daß die Gewerkschaften »prinzipiell auf die Errichtung von Arbeitskammern nicht verzichten könnten« – schließlich hatten sie sich wenige Monate zuvor noch für ihre Einführung eingesetzt. Dennoch pflichteten sie den Arbeitgebern bei, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften sei »vorzuziehen«. Nur wenn deren Ausbau »zu lange dauern sollte, müßten sie auf Schaffung von Arbeitskammern bestehen«. Man einigte sich daher auf die Aufforderung an die Regierung, von der Bildung von Arbeitskammern für das Ruhrgebiet und Oberschlesien abzusehen und statt dessen die Arbeitsgemeinschaft beschleunigt zu verwirklichen. Nur dort, wo keine Arbeitsgemeinschaften vorhanden waren, sollten Arbeitskammern gesetzlich eingeführt werden<sup>351</sup>.

Anfang Februar allerdings änderte die Vorstandskonferenz ihre Haltung und sprach sich für die unverzügliche Bildung von Arbeitskammern im Bergbau aus, um die Revier- und Zechenräte zu ersetzen oder gar nicht erst zustande kommen zu lassen. Daß die Arbeitervertreter in den Kammern nur im Einvernehmen und unter Kontrolle der Gewerkschaften sollten agieren können, war für die Gewerkschaftsführer so selbstverständlich wie ein Jahr zuvor. Außerdem forderten sie die Regierung jetzt auf, mit Gewalt gegen die Räte vorzugehen<sup>352</sup>.

Die Reaktion ließ nicht auf sich warten. Vier Tage, nachdem die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets am 6. Februar die Regierung ultimativ aufgefordert hatte, bis zum 15. Februar die Neunerkommission mit allen ihr von der Januarkonferenz zugewiesenen Rechten anzuerkennen, und für den Fall der Ablehnung einen Generalstreik angekündigt hatte<sup>353</sup>, zog der neuernannte kommandierende General des VII. Armeekorps, von Watter, in Münster ein, löste die proletarischen Sicherheitswehren und den Generalsoldatenrat auf und ließ dessen Mitglieder verhaften. Eine erneute Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte beschloß daraufhin für den 14. Februar den Generalstreik und die Aufnahme des Kampfes gegen Watter und seine Freikorps, falls die Regierung dessen Anordnungen nicht unverzüglich annullieren sollte<sup>354</sup>.

Noch einmal gelang es den Gewerkschaftsführern, abzuwiegeln und den Beschluß durchzusetzen, vor der Ausrufung des Generalstreiks eine Delegation zur Reichsregierung nach Weimar zu schicken. Tatsächlich fand diese Delegation gewisses Entgegenkommen, allerdings nicht, weil die Regierung sich in der Sozialisierungsfrage eines anderen besonnen hätte, sondern

weil die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands inzwischen die Forderungen der Ruhrbergarbeiter übernommen hatte und sich der Druck auf die Regierung hierdurch verstärkte<sup>355</sup>.

In langen Verhandlungen, die sie am 13. und 14. Februar in Weimar mit einer Abordnung der Neunerkommission und des mitteldeutschen Bezirks-Arbeiterrats führte, erkannte die Regierung die Neunerkommission an – freilich nur bis zur Bildung der geplanten Arbeitskammern. Außerdem verfügte sie die Freilassung der Münsteraner Soldatenräte. Vor allem aber erkannte sie jetzt die inzwischen entstandenen Betriebsräte formell an – mit der Maßgabe freilich, daß dort, wo noch keine Betriebsräte bestanden, diese bis zum 10. März gewählt werden sollten, allerdings nicht direkt von der Belegschaft, sondern von den weiterhin nebeneinander bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüssen. Die Zahl der Betriebsratsmitglieder wurde auf maximal fünf festgelegt; unter ihnen mußte sich je ein Vertreter der kaufmännischen und der technischen Angestellten befinden. Diesen Betriebsräten wurde die Mitwirkung an der »Produktionssteigerung«, an Entlohnungs- und Personalangelegenheiten und die Kontrolle über die Einhaltung der berg- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften zugewiesen. In Konfliktfällen sollten die zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden vereinbarten Schlichtungsinstanzen eingeschaltet werden.

Darüber hinaus erhielten die Betriebsräte das Recht, aus ihrer Mitte oder aus dem Kreis der Ausschußmitglieder, sofern diese mindestens fünf Jahre im Bergbau und ein Jahr auf der gleichen Anlage tätig waren, eine dreiköpfige Kommission zu berufen, der auf Wunsch Einblick in alle betrieblichen und kaufmännischen Vorgänge des Werkes zu gewähren war, soweit sie sich auf verfahrenre Schichten, Lohnverhältnisse, Förderungsziffern und Verkauf bezogen. Eine Information über Einnahmen und Gewinnsituation war nicht vorgesehen, erst recht nicht eine Beteiligung an kaufmännischen Entscheidungen der Betriebsleitung, etwa über Preisgestaltung und Investitionen, und die Erfüllung selbst dieser bescheidenen Zusagen, die die bestehende Betriebsverfassung im Kern unangetastet ließen, wurde den Arbeitgebern lediglich »empfohlen«<sup>356</sup>. Wo die Unternehmer sich für stark genug hielten, lehnten sie daher weiterhin Verhandlungen mit den Räten einfach ab<sup>357</sup>. Die Regierung hütete sich, eine verbindliche Erklärung über die gesetzliche Verankerung dieser Empfehlungen abzugeben; denn sie verstand sie lediglich als Interimslösung bis zur Wahl von Arbeiterausschüssen aufgrund ihrer Verordnungen vom 23. Dezember 1918 und 19. Januar 1919<sup>358</sup>. Ihre grundsätzliche Haltung in der Betriebsrätefrage hatte sich nicht verändert. Mit dem vorübergehenden Entgegenkommen ging es ihr allein darum, den neuerlichen Ausbruch von Streiks zu verhindern<sup>359</sup>.

Daß die Regierung grundsätzlich zur Ablehnung der Forderungen ge-

nauso fest entschlossen war wie zuvor, bewies sie im übrigen dadurch, daß sie gleichzeitig auch in Mitteldeutschland Vorkehrungen für ein militärisches Vorgehen gegen die Rätebewegung traf. Am 14. Februar befahl Noske dem Freikorps Maercker, in den thüringischen Garnisonen die Ordnung wiederherzustellen, zuerst in Gotha, einer der Hochburgen der USPD<sup>360</sup>. Am 18. Februar wurde die Stadt besetzt. Parallel hierzu ließ Watter Teile seiner Truppen unter Führung des fortan berücktigten Hauptmanns Lichtschlag in Hervest-Dorsten zu einer Befriedungsaktion einmarschieren. Sie zeichnete sich durch ungewöhnliche Brutalität aus<sup>361</sup> und wurde allgemein als erste Etappe zur Besetzung des ganzen Ruhrgebiets verstanden.

Doch was die Regierung gerade hatte verhindern wollen, trat jetzt ein. Die Gothaer Arbeiterschaft beantwortete den Einmarsch Maerckers mit einem Generalstreik; das örtliche Gewerkschaftskartell, das von Unabhängigen geleitet wurde, unterstützte ihn. Obwohl das Bürgertum einen Gegenstreik organisierte<sup>362</sup>, erfaßte er rasch ganz Thüringen und breitete sich bis tief nach Sachsen hinein aus. Sämtliche Kohlen- und Kalischächte im Gebiet um Halle standen still, ebenfalls die großen chemischen Fabriken und die Elektrizitätswerke, darunter solche, die Berlin mit Strom versorgten<sup>363</sup>. Am 27. Februar befanden sich rund 75 % aller mitteldeutschen Arbeiter im Ausstand<sup>364</sup>. Daß auch unter ihnen die Autorität der Gewerkschaften schwer angeschlagen war, wurde daran deutlich, daß eine Bezirkskonferenz der Bergleute des mitteldeutschen Reviers am 23. Februar in Halle den alten Verband ultimativ aufforderte, innerhalb von zwei Wochen seine Bezirksleiter aus Mitteldeutschland abzurufen<sup>365</sup>.

Auch im Ruhrgebiet brach der Generalstreik von neuem aus. Am 20. Februar befanden sich hier über 180000 Bergarbeiter im Ausstand<sup>366</sup>. Hiermit zerbrach jedoch die Einheit der Ruhrbergarbeiter, die allen Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten der drei sozialistischen Parteien zum Trotz seit den Sozialisierungsbeschlüssen vom 13. Januar bestanden hatte. Die SPD zog ihre Mitglieder aus der Neunerkommission zurück<sup>367</sup>, die Gewerkschaften aller Richtungen setzten ihren publizistischen Apparat ein, um den Generalstreik zu vereiteln, und wandten sich an die Reichsregierung um Hilfe. Mit der Behauptung, 90–95 % aller Arbeiter des Ruhrreviers seien arbeitswillig und würden allein von »spartakistischen, stark bewaffneten Banden an der Arbeit gehindert«, baten sie »im Namen und auf Verlangen« ihrer Mitglieder »um ausreichenden Schutz, damit arbeitsfreudige Bergleute nicht mehr zum Feiern gezwungen werden«. Ferner ersuchten sie die Regierung, den Arbeitswilligen die Streiktage zu bezahlen, um sie gegen die Parolen der Streikenden zu immunisieren. Die Regierung erhielt hiermit die Legitimation für das militärische Vorgehen, zu dem sie

ohnehin entschlossen war. Am 20. Februar besetzte die Division Gerstenberg Hamborn, drei Tage später zog Lichtschlag in Bottrop ein. Erneut kam es zu Massenverhaftungen, Mißhandlungen und heimtückischen Morden an Arbeitern durch die Regierungstruppen<sup>368</sup>.

Obwohl an der Ruhr die Arbeit daraufhin wieder aufgenommen wurde, geriet die Regierung durch den gleichzeitigen Generalstreik in Mitteldeutschland in arge Bedrängnis. Zwar blieb Weimar, wo die Nationalversammlung tagte, durch die Regierungstruppen abgeschirmt. Allein die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs jedoch gefährdete die Handlungsfähigkeit von Regierung und Parlament, weil die Abgeordneten Weimar entweder nicht verlassen oder nicht erreichen konnten und die Verbindungen zwischen der Nationalversammlung und den Reichsämtern in Berlin sowie zwischen diesen und ihren in Weimar weilenden Ministern gestört waren. Der Zusammentritt der preußischen Landesversammlung, für den 5. März 1919 in Weimar vorgesehen, mußte verschoben werden. Außerdem bestand die Gefahr, daß der Ausstand in Mitteldeutschland die abflauende Streikbewegung an der Ruhr von neuem anfachte und auch andere Industriezentren, etwa Berlin, erfaßte, also einen Flächenbrand auslöste, den die Regierung, wenn überhaupt, nur noch mit größten Schwierigkeiten hätte löschen können. Daher hielt sie jetzt weitere politische Konzessionen an die Arbeiterschaft für unvermeidlich.

Am 22. Februar verordnete sie die Bildung paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzter Arbeitskammern für den Bergbau an der Ruhr und in Oberschlesien. Sie sollten sich hauptsächlich »an den Vorarbeiten für eine umfassende Beeinflussung des Bergbaues durch das Reich und eine Beteiligung der Volksgesamtheit an seinen Erträgen (Sozialisierung) durch Auskünfte, Gutachten und Anträge« beteiligen und daneben bei der Durchführung der Verordnung vom 23. Dezember 1918 mitwirken, ohne sich aber in die Angelegenheit einzelner Betriebe einzumischen. Außer Arbeitern, die mindestens 20 Jahre alt und mindestens ein Jahr in dem betreffenden Bergbauzweig tätig waren, konnten auch Vorstandsmitglieder und Angestellte der Berufsorganisationen gewählt werden. Für die Angestellten sollten besondere Abteilungen errichtet werden<sup>369</sup>. Zu Recht erwähnte die Verordnung die Sozialisierung nur in Parenthese. Denn im wesentlichen stellte sie nichts anderes dar als eine Neuauflage des Entwurfs für ein Arbeitskammergesetz vom Sommer 1918<sup>370</sup>. Mit der Forderung nach Kontrolle der Betriebsleitungen durch Vertreter der Belegschaft hatte sie nichts gemein.

Die Anhänger des Sozialisierungsgedankens befriedigte sie daher in keiner Weise. Aber auch die Gewerkschaften hatten mit der Arbeitsgemeinschaft das Interesse an Arbeitskammern verloren. Wie schon zuvor<sup>371</sup>,



sprachen sie sich auch jetzt für die Bildung fachlich gegliederter Arbeitsgemeinschaften aus und befürworteten territorial organisierte, ausschließlich aus Arbeitern bestehende Arbeiterkammern lediglich für diejenigen Gruppen, die durch Facharbeitsgemeinschaften nicht erfaßt wurden, wie etwa die Arbeiter öffentlicher Betriebe<sup>372</sup>.

Da der Generalstreik in Mitteldeutschland anhielt, im Ruhrgebiet die Erbitterung der Arbeiterschaft sich in dauernden Zusammenstößen mit den Truppen Luft machte und in Berlin eine neue Welle von Streiks und Unruhen einsetzte, nahm die Regierung Anfang März zur Propaganda Zuflucht, die schon im Januar als Ultima ratio erörtert worden war<sup>373</sup>. Während sich die Gewerkschaften wie in den Januarstreiks von 1918 »als völlig Unbeteiligte« bezeichneten, freilich nicht ohne die Ausstände als »Wahnsinnsausbrüche« zu verurteilen<sup>374</sup>, ließ die Regierung am 1. März an Litfaßsäulen und an anderen öffentlichen Plätzen ein Plakat anschlagen, das unter der Schlagzeile: »Die Sozialisierung marschieret!« das »Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie, . . . das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitlicher Grundlage« versprach. Sie kündigte den Ausbau des Räteystems zur »konstitutionellen Fabrik auf demokratischer Grundlage« und darüber hinaus die Sozialisierung aller Wirtschaftszweige an, »die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können«<sup>375</sup>. Ein weiterer Aufruf verkündete: »Die Sozialisierung ist da! Das Kohlensyndikat wird sofort sozialisiert. . . . Das Reich wird dafür sorgen, daß überall nach den Forderungen des Gemeininteresses, nirgends im kapitalistischen Privatinteresse gewirtschaftet wird.«<sup>376</sup>

Die SPD-Fraktion brachte in der Nationalversammlung einen Antrag zur »Sozialisierung des Bergbaus« ein, in dem sie die Reichsregierung aufforderte, »die Überführung der Bergwerke und Erzeugung der Energien in öffentliche Betriebe (Sozialisierung) mit möglichster Beschleunigung zu betreiben und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) zur Kontrolle und Verwaltung heranzuziehen«<sup>377</sup>. Die Regierung selbst veröffentlichte darüber hinaus ein Arbeitsprogramm, in dem die Arbeiterräte »als wirtschaftliche Interessenvertretungen grundsätzlich anerkannt« wurden. Für die einzelnen Betriebe sollten »Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte« zur gleichberechtigten Mitwirkung bei der »Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse« gewählt werden. »Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung« waren außerdem für alle Industrie- und Gewerbebranche Arbeitsgemeinschaften aus Unternehmern und Betriebsleitern, Arbeitern und Angestellten, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften vorgesehen, ferner für die einzel-

nen Regionen »Bezirks-Arbeiterräte (Arbeitskammern)« und für das ganze Reich ein Zentral-Arbeitsrat<sup>378</sup>

Einstweilen wurde zur Regelung der innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechte eine »Vorläufige Dienstanweisung« für Betriebsräte veröffentlicht. Sie war im wesentlichen identisch mit der Empfehlung vom 14. Februar<sup>379</sup>, nur an manchen Punkten noch restriktiver. So hieß es jetzt ausdrücklich, daß der Direktion »nach wie vor die Leitung des Betriebes« zustehe. Einblick in wirtschaftliche Vorgänge des Unternehmens war Belegschaftsvertretern lediglich zu gewähren, »soweit hierdurch keine Betriebsgeheimnisse gefährdet« würden. Was als Betriebsgeheimnis zu gelten hatte, blieb der Entscheidung der Betriebsleitung überlassen. Selbst die Informationen, an die sie herankamen, sollten die Betriebsräte nicht ohne weiteres verwenden dürfen. Vielmehr sollte in gemeinsamen Sitzungen zwischen Betriebsrat und Direktion protokollarisch festgehalten werden, welche der besprochenen Angelegenheiten bekanntgegeben werden dürften und welche nicht. Bei Verstößen war es der Unternehmensleitung unbenommen, »den Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und ihn nötigenfalls schadensersatzpflichtig zu machen«<sup>380</sup>.

In den Verhandlungen mit Vertretern der Streikenden wünschte die Regierung sogar noch den Protokollvermerk, »daß von seiten der Betriebsräte Einblick in die Betriebsgeheimnisse bei der gegenwärtigen Regelung nicht gewünscht wird sowie in kaufmännischen Angelegenheiten eine Mitentscheidung nicht verlangt wird«. Im übrigen wurden auch diese Richtlinien nicht als Verordnung erlassen, sondern ihre Anwendung den Arbeitgebern lediglich »empfohlen«<sup>381</sup>. Nach dem Willen der Regierung sollten die Betriebsräte also nach wie vor nicht mehr darstellen als leicht modifizierte Arbeiterausschüsse, wie sie seit dem Hilfsdienstgesetz bestanden.

Alle diese Veröffentlichungen zielten darauf ab, die Arbeiter durch die Verwendung der programmatischen Schlagworte »Sozialisierung« und »Räte« zu beruhigen und sie wieder an die Arbeit zu bringen. Inhaltlich aber hatten sie mit dem, was die Streikenden unter diesen Begriffen verstanden, kaum etwas gemein. Wie ein Mitglied der Sozialisierungskommission kommentierte, erfüllten sie lediglich »die Funktion der berühmten spanischen Wand, hinter der nichts geschieht«<sup>382</sup>. In internen Gesprächen gaben auch sozialdemokratische Regierungsmitglieder offen zu, daß die Regierung »keine radikale Umwälzung des Wirtschaftslebens« wolle; »sie sei sich völlig dessen bewußt, daß das in der derzeitigen Lage des gesamten Volkes ein Ding der Unmöglichkeit sei«<sup>383</sup>.

Neu war lediglich die Absicht, Arbeitsgemeinschaften für alle Industriezweige auf gesetzlicher Grundlage einzuführen und sie mit wirtschaftlichen Kontroll- und Entscheidungsrechten auszustatten, daneben aber ter-

ritoriale Arbeitskammern als Beratungsinstanzen zu bilden. Der Arbeitsgemeinschaft sollte die »Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung« obliegen; die Bezirks-Arbeiterräte sowie der Zentralarbeitsrat sollten bei »Sozialisierungsmaßnahmen« mitwirken, »zur Kontrolle sozialisierter Betriebs- und Gewerbezeige« dienen, »bei wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzen« Initiativen ergreifen und von der Regierung gehört werden. Was genau unter »Regelung« und »Kontrolle« zu verstehen war, blieb ebenso unklar wie das Verhältnis der neuen Gremien zu den bestehenden Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. Zur Beruhigung der Gewerkschaften erläuterte Bauer zwar, hinter der Bezeichnung »Bezirks-Arbeiterrat« verberge sich »nichts anderes als die alte Arbeiterkammer«; er habe »die Mitwirkung der Arbeiter am Produktionsprozeß« sicherzustellen, »ohne daß die Gewerkschaften dabei ausgeschaltet werden«. Der Reichs-Arbeitsrat sollte sich als »zentrale Arbeitskammer« einerseits mit »reinen Arbeiterangelegenheiten« befassen, andererseits mit den »großen wirtschaftlichen Fragen, die mit den Vertretern aller schaffenden Stände gemeinsam zu regeln sind«<sup>384</sup>.

Trotzdem war namentlich Legien durch diese Ankündigungen aufs höchste beunruhigt. Von einer Beteiligung der Räte an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen befürchtete er das Ende der Gewerkschaften<sup>385</sup>. Ungeachtet seiner eindringlichen Warnungen aber verabschiedete die Nationalversammlung am 13. März 1919 das Sozialisierungsrahmengesetz. Es stellte die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut unter den besonderen Schutz des Staates, garantierte das Recht auf Arbeit und verpflichtete den Staat zur Unterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit. Vor allem wurde das Reich ermächtigt, geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und »Aufsuchung von Naturkräften« in »Gemeinwirtschaft« zu überführen und bei dringendem Bedürfnis die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu ordnen. Was der Terminus »Gemeinwirtschaft« bedeuten sollte, blieb sowohl hinsichtlich der Eigentums- und Verfügungsrechte als auch der Unternehmensleitung ebenso ungeklärt wie die Zusammensetzung der »Gemeinwirtschaftskörper«, denen neben Bundesstaaten, Gemeinden und Kommunalverbänden im Auftrage des Reiches die Sozialisierung überlassen werden konnte; auch welche Betriebe als »geeignet« zur Sozialisierung und was als »dringendes Bedürfnis« hierfür zu gelten hatte, wurde nicht näher erläutert. Auf das Organ der Generalkommission machte dieser hastig zusammengezimmerter Text daher einen »sehr unfertigen Eindruck«<sup>386</sup>. Kaum zwei Monate später vermerkte Moellendorff, das ganze Gesetz sei von der Regierung »in seinen Folgen ... weder erkannt noch gewollt« gewesen<sup>387</sup>.

Eine gewisse Ausfüllung für den Bereich des Bergbaues brachte das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919. Es sah den Zusammenschluß der Kohlenerzeuger der verschiedenen Bergbaureviere zu Verbänden vor, an deren Verwaltung den Arbeitern ein angemessener Anteil einzuräumen war. Die Leitung der Kohlenwirtschaft sollte ein Reichskohlenrat übernehmen, dem ein 50köpfiger Sachverständigenbeirat zur Seite gestellt wurde, bestehend aus 15 Vertretern der Arbeitnehmer, 13 der Arbeitgeber, zwei des Fiskus sowie aus Repräsentanten der technischen und kaufmännischen Angestellten, des Handels, der Verbraucher, des Kleingewerbes, der Genossenschaften sowie der Wissenschaft und Technik. Nach gleichem Modus wurde der 60köpfige Reichskohlenrat selbst zusammengesetzt<sup>388</sup>.

Mit diesem Gesetz wurden die in den Kriegsjahren begonnene Zwangssyndizierung im Kohlenbergbau restlos durchgeführt und die Gewerkschaften an der Kontrolle über die dabei entstehenden Monopole etwa drittelparitätisch beteiligt. Die Eigentumsrechte aber blieben ebenso unangetastet wie die Leitung der einzelnen Betriebe. Obwohl das Gesetz in etwa das Konzept bürokratisch-paritätischer Wirtschaftslenkung realisierte, wie es die Gewerkschaften während des Krieges zur Regelung der Übergangswirtschaft entwickelt hatten, kam es selbst nach ihrer Auffassung über »einige dürftige Allgemeinheiten« nicht hinaus und war »so dürftig vorbereitet« wie noch kein weittragendes Gesetz je zuvor<sup>389</sup>.

Die Industriellen verstanden es dann auch sehr bald, die neuen Einrichtungen ihren Interessen dienstbar zu machen. Im Vorstand der einzelnen Syndikate und im Reichskohlenverband dominierten sie ohnehin. Im Reichskohlenrat, in dem sie zahlenmäßig ebenso stark vertreten waren wie die Arbeitnehmer, verschafften sie sich deren Unterstützung in der Regel dadurch, daß sie ihre Zustimmung zu Lohnforderungen vom Einverständnis der Arbeitervertreter mit Preiserhöhungen abhängig machten. Weder diese noch der mit einem Vetorecht ausgestattete Vertreter des Reiches aber waren imstande, sich wirklichen Einblick in die Geschäfts- und Gewinnlage der einzelnen Unternehmen und Syndikate zu verschaffen. Von einer Kontrolle oder gar Entmachtung der Unternehmer durch die Organisation konnte also keine Rede sein<sup>390</sup>.

Die gesetzliche Einführung der Arbeitsgemeinschaften und die Einrichtung territorialer Arbeitskammern scheiterten einstweilen am gemeinsamen Widerstand der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. In der Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 19. März 1919, an der auch Bauer als Reichsarbeitsminister, Wissell als Reichswirtschaftsminister sowie die Unterstaatssekretäre Caspar und von Moellendorff teilnahmen<sup>391</sup>, drohten beide Seiten mit der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, falls die Regierung ihre diesbezüglichen Absichten verwirklichen würde. Legien erklärte

im Namen ihres Vorstandes die vorgesehenen Organisationen für »überflüssig, weil die Arbeitsgemeinschaft bereits die Lösung der gleichen Fragen sich zur Aufgabe gemacht habe«. Hilger verwarf sie, weil sie das »Ende der Gewerkschaften« bedeuten würden. Für die Gewerkschaften wiederholte Legien lediglich die Bereitschaft, allenfalls der Einrichtung territorialer Arbeitskammern zuzustimmen, weil die Arbeitsgemeinschaften nicht alle Arbeiter erfassen.

Bauer räumte zwar ein, daß die vorgesehenen »Zwangsorganisationen die freiwillige Organisation der Arbeitsgemeinschaft ablöse«, hielt sie jedoch für unumgänglich, »um die radikalen Strömungen ... abfangen zu können«; die Arbeitsgemeinschaft besitze bei den Arbeitern nicht die »erforderliche Autorität«. Trotzdem bat er »dringend darum, daß die Arbeitsgemeinschaft ihre Tätigkeit nicht einstelle, sondern ihre Organisation nach wie vor mit Nachdruck betreibe«. Auch Wissell ersuchte die Arbeitsgemeinschaft, »ihre Aufgabe nicht als erledigt zu betrachten, sondern tatkräftig an ihren Aufgaben zu arbeiten. Es würden Monate vergehen, bis die von der Regierung beabsichtigten Organisationen geschaffen seien, inzwischen seien brennende Fragen zu lösen, für die die Regierung unbedingt eine Organisation haben müsse, auf die sie zurückgreifen könne.« Zunächst freilich begnügte sie sich mit den bereits vollzogenen Gesetzgebungsmaßnahmen und wartete die weitere Entwicklung ab.

Tatsächlich trat eine gewisse Beruhigung ein. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit an der Ruhr und in Mitteldeutschland wurde der Berliner Generalstreik mit Waffengewalt beendet. Im Ruhrgebiet warnten die Gewerkschaften vor erneuten Streiks, polemisierten aufs heftigste gegen die Unabhängigen und Kommunisten, riefen dazu auf, die Neunerkommission, »diese Verbrecher«<sup>392</sup>, ebenso davonzujagen wie die Räte, diese »Spartakus-Mordbrenner«<sup>393</sup>, und appellierten an die Bergarbeiter, sich an ihre »bewährten Verbände und Führer« zu halten und deren Kurs der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, der Arbeitskammern und anderer gesetzlicher Reformen auf parlamentarischem Wege zu folgen<sup>394</sup>. Doch die Unruhe unter den Ruhrbergarbeitern blieb lebendig und ihr Grund so eindeutig, daß selbst Watter der Regierung nahelegte, zur Beruhigung der Arbeiterschaft die Sozialisierung tatkräftig in Angriff zu nehmen<sup>395</sup>.

Dabei waren die Ruhrbergarbeiter nach wie vor der Regierung und der parlamentarischen Republik in ihrer großen Mehrheit keineswegs feindlich gesonnen. Die Neunerkommission bemühte sich zeit ihres Bestehens um eine Legalisierung durch die Regierung und die Nationalversammlung; ihre Pläne sahen die engste Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Regierung in Berlin vor<sup>396</sup>. Selbst Karski, Nachfolger Rubens als Sozialisierungskommissar und revolutionärer Kommunist, forderte im März 1919

nicht mehr als die Einleitung der Sozialisierung durch die Regierung und die Kontrolle der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen durch die Arbeiter; die Diktatur des Proletariats als terroristische Herrschaft einer Minderheit lehnte er ab<sup>397</sup>.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter äußerte sich jetzt in Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung. Am 7. März 1919 senkte der Arbeiterrat Bottrop die Schichtzeit von 8 auf 7½ Stunden<sup>398</sup>. Zehn Tage später beschlossen die Belegschaften der Hamborner Zechen die Reduzierung der Schichtzeit auf 6 Stunden und setzten sie gegen den Einspruch der Werksverwaltungen in die Tat um. Kurz darauf wurde sie auch auf zahlreichen staatlichen Gruben erzwungen. Am 27. März wurde die 8-Stundenschicht nur noch auf einer Minderheit von Zechen verfahren, auf vielen Zechen betrug die Arbeitszeit zwischen 7½ und 6 Stunden, und auf zahlreichen Schächten hatten die Arbeiter zwangsweise die 6-Stundenschicht eingeführt<sup>399</sup>.

Zweifellos spielte hierbei die katastrophale Nahrungsmittelnot eine Rolle; sie war eher noch schlimmer als ein Jahr zuvor und vergrößerte sich im Frühjahr 1919 weiter<sup>400</sup>. Dennoch bedeutete die Rückkehr zu ökonomischen Ansprüchen nur scheinbar die Abkehr von den politischen Forderungen nach Sozialisierung und Räteystem. In Wirklichkeit hatte die Haltung von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern die Bergarbeiter lediglich davon überzeugt, daß sie diese Forderungen weder auf dem Verhandlungswege noch mit einem Streik durchzusetzen vermochten. Nunmehr hofften sie offenbar mit Hilfe einer Arbeitszeitverkürzung den Durchbruch zu schaffen. Denn anders als Lohnerhöhungen, die über die Preise von den Unternehmern an die Verbraucher abgewälzt werden konnten, also am Ende nur den Inflationsprozeß beschleunigten, senkte die Reduzierung der Arbeitszeit die Produktion selbst. Wurde sie nur weit genug vorangetrieben – so etwa lautete das Kalkül –, würde die Rentabilitätsgrenze der Unternehmen unterschritten und deren Fortbestand über kurz oder lang unmöglich gemacht. Wegen der Bedeutung der Kohle für die Energieversorgung mußte eine solche Entwicklung im Kohlenbergbau sich auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken. Daß die politischen Forderungen nach wie vor bestanden, zeigte sich im übrigen daran, daß der Rätegedanke in den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Werksverwaltungen, die die Durchsetzung der Schichtzeitverkürzung begleiteten, weiterhin mehr oder minder stark hineinspielte<sup>401</sup>.

Um nicht noch mehr an Boden unter der Bergarbeiterschaft zu verlieren, sahen sich die Gewerkschaften genötigt, die neue Forderung aufzugreifen. Trotz Bedenken in der Sache forderten sie jetzt vom Zechenverband die sofortige Einführung der 7½-Stundenschicht, weil »ohne ein derartiges Zugeständnis die ... Bewegung der gewaltsamen Erzwingung kürzerer

Schichten nicht aufzuhalten sei, ... es aber im Interesse des Bergbaues liege, wenn die 4 Bergarbeiterorganisationen die Führung in der Arbeiterbewegung behielten.«<sup>402</sup> Unter diesem Druck stimmte der Zechenverband der halbstündigen Schichtzeitverkürzung ab 1. April 1919 bei vollem Lohnausgleich zu. Auch erklärte er sich damit einverstanden, die für den mitteldeutschen Bergbau vereinbarte vorläufige Dienstanweisung für Betriebsräte auch an der Ruhr in Kraft zu setzen. Als Gegenleistung verpflichteten sich die Gewerkschaften, ihren ganzen Einfluß dafür aufzuwenden, daß diese Vereinbarung auf allen Zechen eingehalten, weitergehende Schichtzeitverkürzungen verhindert und etwaige sonstige Arbeitszeitverkürzungen von internationalen Abkommen abhängig gemacht würden<sup>403</sup>.

Da die politischen Erwartungen der Arbeiter hiermit aber nur zum geringsten Teil erfüllt waren, blieben die Motive der dauernden Unruhe auch jetzt lebendig. Nach schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und der Polizei brach sie erneut hervor. Am 30. März forderte eine Schachtdelegiertenkonferenz die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht, eine 25 %ige Lohnerhöhung, Bezahlung der Streikschichten und eine Reform des Knappschaftswesens, außerdem die sofortige Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die unverzügliche Durchführung der Hamburger Punkte über die Kommandogewalt, die sofortige Auflösung der Freikorps, die Entwaffnung der Polizei und die Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr sowie die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland<sup>404</sup>. Bis zur restlosen Bewilligung dieser Forderungen wurde der Generalstreik proklamiert.

Der Forderungskatalog beweist, daß es den Bergarbeitern an der Ruhr nach wie vor in erster Linie um die politischen Ziele ging; nur hatte sich der Akzent von der Veränderung der überkommenen Wirtschaftsordnung in sozialistischer Richtung auf die Herbeiführung der machtpolitischen Voraussetzungen hierfür verschoben. Daß auch die ökonomischen Forderungen als politisches Mittel gedacht waren, Unternehmer und Regierung in die Knie zu zwingen, ferner als »Lockmittel für die großen Massen«<sup>405</sup>, um dem Kampf eine möglichst breite Basis zu verschaffen, ist daran abzulesen, daß auf einzelnen Zechen sogar Lohnerhöhungen von 50 % gefordert wurden und der Lohberger Zechenrat ankündigte, er würde auch dann den Kampf nicht einstellen, wenn die Sechsstundenschicht bewilligt werden sollte, sondern ihn bis zum Sturz der Regierung und der Staats- und Wirtschaftsordnung fortsetzen<sup>406</sup>.

Gleichzeitig demonstrierte die Konferenz den Autoritätsverfall der Gewerkschaften, namentlich des alten Verbandes. Trotz dessen Drohung nämlich, alle Verbandsmitglieder auszuschließen, die an der Konferenz teilnehmen, erschienen 475 Delegierte von 195 Schachtanlagen<sup>407</sup>. Hatten

sie bisher den Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsführung innerhalb der Verbände geführt, so beschloß die Konferenz jetzt, sich von den alten Organisationen loszusagen, ihnen ab sofort keine Beiträge mehr zu zahlen und alle Bergarbeiter in einer »Allgemeinen Bergarbeiterunion« zusammenzuschließen. Sie war als einheitliche Nachfolgeorganisation der Richtungsgewerkschaften und als Trägerin des Rätessystems konzipiert<sup>408</sup>. Die Gewerkschaften warnten wiederum vor einer Beteiligung am Generalstreik<sup>409</sup>, riefen zum »schärfsten Widerstand« gegen die »spartakistischen Versuche« auf, »unter der Maske der Schaffung einer Einheitsorganisation den Bergarbeiterverband zu zertrümmern«, und forderten die Regierung zur bevorzugten Belieferung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln auf, in der Annahme, hierdurch »am wirksamsten der systematischen Verwirrung der Geister« entgegenzuarbeiten<sup>410</sup>.

Tatsächlich stellte die Regierung allen Arbeitern, die die 7½-Stundenschicht verfuhrten, eine besondere Schwerstarbeiterzulage, steigend mit dem Förderquantum, in Aussicht nach dem Grundsatz: »Alles für den, der arbeitet, nichts für den, der streikt.« Die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden aber lehnte sie wegen ihrer katastrophalen Folgen, die politischen unter Hinweis auf die soeben verabschiedeten Sozialisierungsgesetze und die Vereinbarungen über die Kompetenzen der Betriebsräte ab. Im übrigen verhängte sie den Belagerungszustand über das Ruhrgebiet, sperrte die Lebensmittelzufuhren und kündigte den Einmarsch von Truppen an. Intern stellte sie darüber hinaus Überlegungen an zum Schutz der Arbeitswilligen, zur Verhinderung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben und zum Ersatz des in der Arbeiterschaft verhaßten Gesetzes über den Belagerungszustand durch ein Gesetz, das den Zivilbehörden »die nötigen diktatorischen Befugnisse« übertragen sollte<sup>411</sup>. Trotzdem lagen bereits am 1. April die meisten Schachtanlagen still. Zehn Tage später beteiligten sich nach den Angaben des Zechenverbandes mit über 300 000 knapp drei Viertel aller Ruhrbergarbeiter am Ausstand; nach den Angaben der Streikleitung war die Beteiligung sogar noch höher<sup>412</sup>.

Die Regierung antwortete mit dem angekündigten Truppeneinmarsch. Gleichzeitig versuchte sie, die gewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratisch orientierten Arbeiter aus der Streikfront herauszulösen und die Kommunisten zu isolieren, die sie wiederum für die Drahtzieher hielt. Zu diesem Zweck ernannte sie am 7. April Carl Severing, den langjährigen Redakteur der »Bielefelder Volkswacht« und Leiter der dortigen DMV-Verwaltungsstelle, als SPD-Abgeordneter Mitglied der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung, zum Reichs- und Staatskommissar mit außerordentlichen Vollmachten<sup>413</sup>. Severing setzte seine Vollmachten vornehmlich gegen USPD und KPD, Syndikalisten und All-



gemeine Bergarbeiterunion ein, bewies hingegen den Gewerkschaften Entgegenkommen und gewährte Arbeitswilligen Sonderrationen an Lebensmitteln<sup>414</sup>.

Zwar setzten sich die Gewerkschaften am 7. April gegenüber dem Zechenverband dafür ein, vorübergehend – »bis sich die Lebensmittelfrage gebessert habe« – trotz der bedenklichen wirtschaftlichen Folgen die Sechsstundenschicht einzuführen, weil »andernfalls keine Ruhe ins Revier« und die Bergarbeiter nicht wieder »in die Hände der Organisationen« kommen würden<sup>415</sup>. Der Zechenverband aber beharrte auf den siebeneinhalb Stunden. Auch Gustav Bauer, der zwei Tage später als Vertreter der Reichsregierung ins Revier eilte, hatte keinerlei Verständnis für ein Entgegenkommen. Auf die Prognose der Bergarbeiterführer, mit der Einführung der Sechsstundenschicht sei »der Streik beendet, die Organisationen bekämen dann die Arbeiter wieder in die Hand« und die »spartakistischen Streikhetzer« hätten »ihre Rolle ausgespielt«, entgegnete er, die Spartakisten würden »im Gegenteil durch die Bewilligung der 6-Stundenschicht einen gewaltigen Triumph erreichen, und den Bergarbeiterverbänden glitten die Arbeitermassen noch mehr aus der Hand. . . . Bleibe man jetzt fest, so werde der Streik allmählich zusammenbrechen, die Arbeiter kommen wieder zur Vernunft und kehren von selbst zu ihrer Tätigkeit zurück«<sup>416</sup>. Schließlich wurde eine Verkürzung der Schichtzeit auf sieben Stunden vereinbart unter der Voraussetzung, daß die Regierung einer Erhöhung der Kohlenpreise zustimmte<sup>417</sup>. Um die Streikenden wieder an die Arbeit zu bringen oder ihr Vorhaben strafbar zu machen, wurden ferner alle männlichen Einwohner des Ruhrgebiets zur Verrichtung von Notstandsarbeiten verpflichtet<sup>418</sup>, die Neunerkommission verhaftet<sup>419</sup>.

Trotz heftiger Proteste in der Arbeiterschaft<sup>420</sup> billigten die Gewerkschaften dieses Vorgehen. Eine Vertrauensmännerkonferenz des alten Verbandes erklärte am 11. April, »daß die Mehrzahl der Bergarbeiter nur aus wirtschaftlichen Gründen in den Ausstand getreten sei«, und beschloß unter Hinweis auf die Einführung der Siebenstundenschicht und unter der Voraussetzung einer Erhöhung des Krankengeldes und der Teuerungszulagen für Invaliden, Witwen und Waisen, »mit allen Kräften für die sofortige Aufnahme der Arbeit einzutreten«, ferner auch künftig dahin zu wirken, »daß die weitere Zersplitterung der Bergarbeiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft wird«<sup>421</sup>. Trotzdem flaute der Streik nur zögernd ab. Die Streikenden wiederholten noch mehrfach ihre Forderungen, wobei sie sich trotz aller Enttäuschungen eines erstaunlich gemäßigten Tones bedienten und noch immer den Wunsch nach Verständigung und Kooperation mit den Gewerkschaften erkennen ließen. Denn sie kämpften nach wie vor nicht »gegen die Regierungsform und -gewalt, sondern gegen

ein System, das reparaturbedürftig ist«<sup>422</sup>. Doch Regierung und Gewerkschaften änderten ihren Kurs nicht mehr. Infolgedessen brach der Streik allmählich zusammen. Am 28. April wurde allgemein die Arbeit wieder aufgenommen<sup>423</sup>.

Wie in Oberschlesien drückte sich auch im Ruhrgebiet die Enttäuschung vieler Bergarbeiter über die Politik der Gewerkschaftsführung in einer Abwendung von den Organisationen aus. Bereits im 1. Quartal 1919, als die übrigen Gewerkschaften noch enormen Zulauf zu verzeichnen hatten, traten dem alten Verband im Ruhrgebiet lediglich 5000 neue Mitglieder bei. Zwischen April und Juni 1919 ging seine Stärke von 190 399 auf 147 832, also um über 42 000 oder rund 22 % zurück, in einigen Bezirken sogar noch weiter. In Hamborn verlor der Verband fast sämtliche Mitglieder<sup>424</sup>. Bis Ende September stieg seine Mitgliederzahl um ganze 960 auf 148 792, bis Ende 1919 lediglich auf 159 136<sup>425</sup>. Ende 1920 hatte sie sich erst auf 163 356 erhöht und lag damit noch immer um mehr als 22 000 oder rund 12 % unter dem Stand von Anfang Januar 1919<sup>426</sup>. Viele der Ausgetretenen schlossen sich der Ende März 1919 gegründeten Allgemeinen Bergarbeiterunion an. Obwohl der alte Verband versuchte, tarifvertraglich vereinbarte Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur seinen eigenen Mitgliedern zugute kommen zu lassen und im Einvernehmen mit dem Zechenverband die Union von Tarifverhandlungen auszuschließen, brachte sie es in den nächsten Jahren zeitweilig auf über 100 000 Mitglieder, überflügelte also den christlichen, den Hirsch-Dunckerschen und den polnischen Verband und stand dem alten Verband an Stärke kaum nach<sup>427</sup>.

Auch unter dessen verbleibenden Mitgliedern verstummte die Unzufriedenheit mit der Politik der Verbandsführung nicht. Nach der Niederschlagung des Streiks nahm sie so vehemente Formen an, daß sich im Mai 1919 alle 69 hauptamtlichen Verbandssekretäre genötigt sahen, zur Stärkung ihrer Autorität geschlossen mit Rücktritt zu drohen<sup>428</sup>. Auf der Generalversammlung in Bielefeld einen Monat später, die aufgrund des hohen Anteils von Verbandsangestellten die Einstellung der Mitglieder zur Vorstandspolitik verzerrt widerspiegelte, zählte die hauptsächlich der USPD nahestehende Opposition 80 von 257 Delegierten, also rund ein Drittel; doch auch unter den Vorstandstreuen hatte sie Sympathien, und unter den Delegierten des Ruhrgebiets lag der Anteil der Opposition noch höher<sup>429</sup>.

## *SPD- und Gewerkschaftsführung zur Sozialisierungsfrage im Sommer 1919*

In der Sozialisierungs- und Rätebewegung an der Ruhr und in Mitteldeutschland kam das Verlangen nach Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und nach Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der einzelnen Betriebe wie an der sektoralen und globalen Steuerung der Volkswirtschaft am stärksten zum Ausdruck. Abgeschwächt trat es auch in fast allen anderen Arbeitergruppen auf. Besondere Resonanz fand es unter der Industriearbeiterschaft in den Großbetrieben der Stahl-, Eisen- und metallverarbeitenden Industrie und der großen chemischen Werke, auffälligerweise auch unter den Angestellten. Eine Variante bildete die Bewegung gegen die autoritär-bürokratischen Verhältnisse in den großen Staatsbetrieben, insbesondere der Eisenbahn und den Marinewerften. Geringer blieb das Echo unter den un- oder angelernten Arbeitern, die vornehmlich in Kleinbetrieben oder gar in Heimarbeit fernab der industriellen Ballungszentren beschäftigt waren und einen hohen Anteil weiblicher Beschäftigter aufwiesen wie vor allem die Textilarbeiter, und erst recht bei den traditionell handwerklich bestimmten Arbeitergruppen, die ebenfalls überwiegend in kleinen oder mittleren Betrieben arbeiteten, oft in kleinen Provinzorten, und die ungeachtet teilweise langjähriger Gewerkschaftszugehörigkeit nicht selten noch zünftlerischen Vorstellungen anhingen. Doch auch in diesen Gruppen sympathisierten starke Minderheiten mit der Sozialisierung<sup>430</sup>.

In den Brennpunkten der Auseinandersetzung blieb der Sozialisierungs- und Rätegedanke, wie er Anfang 1919 in den Essener Beschlüssen artikuliert worden war, auch nach der militärischen Niederschlagung der großen Streiks vom Frühjahr 1919 als Inbegriff der »sozialen Hoffnungen und Sehnsüchte« lebendig, »die trotz der Demokratie bisher unbefriedigt geblieben sind«, wie Heinrich Ströbel Ende Mai 1919 schrieb<sup>431</sup>. Zur gleichen Zeit erklärte ein Mitglied des 2. Zentralrats aus dem Ruhrgebiet: »Wer da meint, daß die Räte so einfach verschwinden werden, befindet sich im Irrtum. ... Die Arbeiterschaft ist ... in einer ungeheuren Unzufriedenheit, weil sie wissen, daß sie nicht zum Mitregieren kommen. Sie haben das Gefühl, daß sie immer noch die Idioten von früher sind. ... Man sollte sich deshalb keiner Täuschung hingeben, wenn man versucht, die Räte abzumurksen, wird etwas geschehen, was sehr unangenehm ist.«<sup>432</sup>

Selbst manche führenden Gewerkschaftsfunktionäre und Sozialdemokraten verschlossen sich jetzt dieser Einsicht nicht mehr. »Darüber sollte bei keinem nüchtern abwägenden Gewerkschaftler ein Zweifel bestehen, daß tatsächlich in breiten Massen der Arbeiterschaft ... der Gedanke lebt, daß die Sozialisierung in ganzer kurzer Zeit durchgeführt werden könnte«,

erklärte Kloth in der Vorständekonferenz vom 25. April 1919<sup>433</sup>. Namentlich Max Cohen, der Vorsitzende des Zentralrats und Sprecher der sozialdemokratischen Arbeiterräte, und Julius Kaliski, der wirtschaftspolitische Korrespondent des Organs der Generalkommission, beide bisher dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zugehörig, entwickelten unter diesem Eindruck eine eigene Rätekonzeption. Zwar hielten auch sie nichts von einem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in der Leitung der Einzelbetriebe. Aber auf überbetrieblicher Ebene wollten sie den Arbeitern wirtschaftliche Mitspracherechte verschaffen. Hierzu schlugen sie vor, auf allen politischen Ebenen von der Gemeinde aufwärts für jedes Gewerbe »Produktionsräte« aus Unternehmern und Arbeitern einzurichten. Sie sollten Vertreter in »Kammern der Arbeit« entsenden, die als gleichberechtigte zweite Kammern neben den politischen Vertretungskörperschaften gedacht waren<sup>434</sup>. Gleichzeitig warben Wissell und Moellendorff von der Spitze des Reichswirtschaftsamtes aus für eine von paritätisch zusammengesetzten Selbstverwaltungskörpern gelenkte deutsche »Gemeinwirtschaft«, wie Moellendorff sie schon Ende 1918 dem Rat der Volksbeauftragten vorgeschlagen hatte<sup>435</sup>.

Unter dem Eindruck der großen Streiks sprach sich die sozialdemokratische Mehrheit des 2. Rätekongresses im April 1919 für die Kaliski-Cohen'sche Konzeption aus<sup>436</sup>. In der Gewerkschaftsführung aber stießen selbst diese Entwürfe auf Ablehnung, nachdem die Ausstände in Mitteldeutschland und an der Ruhr niedergeschlagen waren. Die »Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften«, die die Vorständekonferenz Ende April 1919 verabschiedete, bezeichneten zwar den Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft als »die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation«, nannten Tarifverträge und innerbetriebliche Mitbestimmungsrechte der Arbeiter »wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung« und die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet »unentbehrlich«. Auch drückten sie die Überzeugung aus, der Wiederaufbau des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens werde sich »in der Richtung der Gemeinwirtschaft, unter fortschreitendem Abbau der Privatwirtschaft, vollziehen«, und erklärten, diese Umwandlung müsse »planmäßig betrieben« und »von den Gewerkschaften gefördert« werden<sup>437</sup>. »Wir bekennen uns zum Sozialismus, zu all den Zielen, die in der deutschen Arbeiterschaft unter Sozialismus verstanden werden«, interpretierte Leipart diese programmatischen Äußerungen. Konkrete Aussagen darüber aber, was die Gewerkschaften selbst unter Sozialismus verstanden, ließen die Richtlinie ebenso vermissen wie darüber, was sozialisiert werden sollte und auf welche Art und Weise, unter welchen Voraussetzungen und zu welchem Zeitpunkt.

Nur zur Frage der Betriebsräte äußerten sich die Gewerkschaftsführer eingehender, und zwar in demselben Sinne, in dem sich Legien schon zuvor ausgesprochen hatte. Zwar wies die Vorstandskonferenz den Betriebsräten die Aufgabe zu, »in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen«, und sah ein Mitwirkungsrecht der Betriebsräte »in allen Betriebsangelegenheiten« vor, an denen »die Arbeiterschaft beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat«. Wie Leipart erläuterte, sollten die Arbeiter »in jedem einzelnen Falle entscheiden, ob sie an der Frage Interesse haben oder nicht«. Eine Übernahme der Betriebsleitung durch die Betriebsräte aber schloß er ausdrücklich aus. »Dazu brauchen wir die Kräfte, die sich Jahrzehnte, Jahrhunderte lang auf diesem Gebiete betätigt haben. ... Wir würden ja die größten Dummköpfe sein, wenn wir die große Zahl der tüchtigen, erfahrenen, gebildeten Betriebsleiter entlassen und selbst an ihre Stelle treten wollen. ... Sie sollen Betriebsleiter bleiben, sie sollen nur unter der Kontrolle, unter der Mitverantwortung, der Mitwirkung der Arbeiter tätig sein.«

Indessen hatten auch die Rätekonferenzen an der Ruhr und in Mitteldeutschland nie die alleinige Übernahme der Betriebsleitung durch die Arbeiter gefordert, sondern lediglich Kontroll- und Mitbestimmungsrechte, allerdings nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch und vor allem in den finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Richtlinien, die die Vorstandskonferenz verabschiedete, sahen jedoch eine Mitwirkung der Betriebsräte nur bei Einstellungen und Entlassungen, beim Einsatz von Frauen und Jugendlichen zur Verrichtung von Männerarbeit, bei einzelnen Vereinbarungen oder Streitigkeiten über Löhne und Akkorde, bei Arbeitszeitverkürzungen infolge Auftragsmangels, bei der Festsetzung von Überstunden sowie bei der Ferienregelung vor, ferner bei Beschwerden über Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge, bei Mängeln in der Unfallverhütung und den gesundheitlichen Einrichtungen sowie bei der Schlichtung innerbetrieblicher Streitigkeiten aller Art.

Die Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen selbst sollte Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen vorbehalten bleiben. Den Betriebsräten blieb die Aufgabe, alle Rechte aus dem Tarifvertrag für die Belegschaft wahrzunehmen und dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten, dabei aber »das gute Einvernehmen der Arbeiterschaft untereinander und mit dem Arbeitgeber ebenso wie das gemeinsame Interesse an einem vorteilhaften Fortgang des Betriebes zu berücksichtigen«. Betriebsräte mit derart begrenzten Aufgaben konnten schwerlich Konkurrenzorgane zu den Gewerkschaften werden; sie waren im Gegenteil als verlängerter Arm der Gewerkschaften in den Betrieben konzipiert. Zur Verdeutlichung bekräftigte die Vorstandskonferenz den schon zuvor

von Legien aufgestellten Grundsatz, daß die Betriebsräte nur »im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt« wirken dürften. Für Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten bestimmte sie daher kurzerhand den Vertrauensmann der Gewerkschaften zum Betriebsrat. In größeren Betrieben sollte ein Vertreter der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften die Wahl leiten; außerdem verlangten die Gewerkschaften das Recht, an allen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber teilzunehmen, ohne von einer der beiden Seiten zurückgewiesen werden zu dürfen.

Zwar waren diese Richtlinien nur als »Mindestbestimmungen« gedacht, so daß es jeder Einzelgewerkschaft unbenommen blieb, »mit allen Mitteln« dahinzustreben, »den Betriebsräten mehr Befugnisse zu erringen« und diese in Tarifverträgen zu fixieren. Leipart hatte jedoch mit Rücksicht auf den »Kastengeist«, der »vielfach in der Arbeiterschaft noch vorhanden ist«, auf belegschaftsegoistische Tendenzen und auf die politischen Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft sogar schon »gewisse Bedenken« gegen eine Mitwirkung der Betriebsräte bei Einstellungen und mochte »so weitgehende Rechte« lediglich in der Hoffnung gutheißen, daß die Betriebsräte nach der Rückkehr »normaler Zeiten . . . mit diesen Rechten keinen Mißbrauch treiben werden«. Die Vorstandskonferenz selbst bestätigte mit der Annahme dieser Richtlinien, daß sie sich für weitergehende Kompetenzen der Betriebsräte nicht engagieren würde. »Die Betriebsräte«, kommentierte Leipart, »sollen sich begnügen mit den Aufgaben, die in den Bestimmungen angedeutet sind«.

Nur darin wich die Vorstandskonferenz von ihrer bisherigen Haltung ab, daß sie sich jetzt den Gedanken überbetrieblicher Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer »bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation« zu eigen machte. Allerdings wollte sie diese Rechte nicht den Betriebsräten zuweisen. »Die Tätigkeit der Betriebsräte hört beim Fabrikator auf«, erklärte Leipart unmißverständlich. Die Richtlinien sahen daher keine überbetriebliche Zusammenarbeit der Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaften vor. Überbetriebliche berufs- oder branchenspezifische Aufgaben sollten vielmehr »Arbeiterräte« übernehmen, die auf Orts-, Bezirks- und Reichsebene aufgrund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht in den einzelnen Berufszweigen zu bilden waren. Die Arbeiterräte auf lokaler Ebene sollten die sozialen und kommunalpolitischen Funktionen der bisherigen Gewerkschaftskartelle übernehmen und diese insoweit entlasten, die auf Bezirks- und Reichsebene sich mit analog zusammengesetzten Vertretungen der Arbeitgeber zu »Wirtschaftskammern« vereinigen und »Gesetzesentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zu deren

Sozialisierung ausarbeiten und auf ihre Durchführung hinwirken«. Ebenfalls durch Urwahlen zu bestimmende Arbeitnehmervertreter sollten schließlich neben Vertretern der Arbeitgeber, Händler, Konsumenten und Behörden im Rahmen der von der Regierung vorgesehenen Gemeinwirtschaftskörper »Einfluß auf die Produktion« nehmen.

Im wesentlichen stellte dieser Teil der Richtlinien nichts anderes dar als eine Anpassung der gewerkschaftlichen Arbeitskammer-Konzeption von 1917/18 an die Sozialisierungsgesetze und -entwürfe der Regierung vom März 1919. Seine Verwirklichung hätte neben den Gewerkschaften öffentlich-rechtliche Arbeitnehmervertretungen geschaffen, in denen den Gewerkschaften der ausschlaggebende Einfluß zugefallen wäre. Die Richtlinien wiesen den Gewerkschaften folglich die Aufgabe zu, sowohl die Verbindung mit den »Arbeiterräten« herzustellen als auch »grundsätzliche und praktische Richtlinien« für die Arbeitervertreter in den Vertretungskörperschaften aufzustellen und für deren Verbindung untereinander sowie mit den Gewerkschaften selbst zu sorgen. Im übrigen hätte die Verwirklichung dieser Vorschläge eine Umgestaltung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Unternehmervertretungen – der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern – erforderlich gemacht. Grundlegende Veränderungen der wirtschaftlichen Machtverhältnisse jedoch hätte sie nicht bedeutet, es sei denn, die Gemeinwirtschaftskörper wären entsprechend ausgebaut und ausgestaltet worden. Als wichtigstes Instrument, auf die Wirtschaft Einfluß zu nehmen, sahen die Gewerkschaften nach wie vor die Arbeitsgemeinschaften an, die sie als Dauer Einrichtung betrachteten<sup>438</sup>. Doch sie sollten freier Vereinbarung mit den Arbeitgebern vorbehalten bleiben und wurden daher in diesem Konzept nur beiläufig erwähnt. Wie sich die Gewerkschaftsführung die Kompetenzabgrenzung zwischen den Arbeitsgemeinschaften und den öffentlich-rechtlichen Körperschaften vorstellte, blieb freilich ebenso unklar wie in den Entwürfen der Regierung.

Der politische Kern dieses Entwurfs bestand in der Beschränkung der Betriebsräte auf personelle, soziale und sicherheitstechnische Angelegenheiten, ferner in der Begrenzung ihrer Kompetenzen auf den Einzelbetrieb und ihrer Bindung an die Gewerkschaften sowie in deren Anspruch, sich den maßgebenden Einfluß in den vorgesehenen überbetrieblichen Vertretungskörperschaften zu sichern. Gegenüber den Räte- und Sozialisierungsforderungen, wie sie an der Ruhr und in Mitteldeutschland formuliert worden waren, hatten die Gewerkschaften hiermit, wie Paul Lange bemerkte, »zwar die offene Feindschaft . . . aufgegeben«, sie aber durch »die verklauulierte, die verhüllte Feindschaft« ersetzt.

Der Gewerkschaftskongreß vom Juni 1919 machte sich diese Position zu

eigen. In einer rhetorisch brillanten Rede legte Umbreit hier zwar ein pathetisches Bekenntnis zur Sozialisierung ab, dem »heiligen Vermächtnis«, für das »Generationen von Führern des Proletariats gearbeitet, gekämpft und gelitten« hätten<sup>439</sup>. Zur Sozialisierung zwangen nach seinen Worten »die Zerrüttung unserer Volkswirtschaft« ebenso wie die »Sabotage und industrielle Risikoscheu des Unternehmertums und die Kapitalflucht der Besitzenden« sowie die wirtschaftlichen Lasten des Friedensvertrages, und auch die »Unrast, die Arbeitsunlust, die Auflehnung gegen den Arbeitsvertrag« würden nicht eher schwinden, »als bis das Steuer des jungen Volksstaates auf den Sozialismus eingestellt und die Privatwirtschaft in Liquidation versetzt wird«. Als Wesensmerkmal des Sozialismus nannte er vor allem »Gemeinbesitz an Produktionsmitteln«, ließ die Form hierfür allerdings offen; ausdrücklich rechnete er auch Kommunalisierung, Genossenschaften, Syndikate unter staatlicher Kontrolle und Ertragsbeteiligung sowie Reichs- und Staatsbetriebe dazu. Privateigentum an Produktionsmitteln wäre hiernach weiterhin möglich gewesen. Folgerichtig rechnete Umbreit nicht mit dem Ende von Arbeitskonflikten im Sozialismus, wie es die SPD im Erfurter Programm bisher getan hatte, sondern hielt Streikrecht, unabhängige Gewerkschaften und innerbetriebliche Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer nach wie vor für unabdingbar.

Als Voraussetzungen der Sozialisierung aber bezeichnete er sodann sowohl den Abschluß des Friedensvertrages als auch die »Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens«, insbesondere die Rückkehr zur »vollen Friedensarbeit«, wofür er eine »Mitwirkung des Unternehmertums« für unverzichtbar hielt. Außerdem konnte nach seiner Ansicht die Sozialisierung »nur durch die Demokratie verwirklicht werden, durch gesetzlichen Akt der berufenen Volksvertretung, nicht durch die sog. Diktatur des Proletariats«, und ebensowenig konnte sie allein in Deutschland durchgeführt werden, »während die übrige Welt kapitalistisch bleibt«, wenn nicht die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere die Arbeiterschaft, »in ganz immenser Weise geschädigt« werden sollte. Als wichtigste Voraussetzung der Sozialisierung aber nannte er die »Sozialisierung der Bildung«.

Er sah eine »ergreifende Tragik darin, daß wir nach jahrzehntelangen Kämpfen für den Sozialismus dem ersehnten Ziel so nahe gekommen sind und doch nicht die vollen Kräfte in uns fühlen, es zu erreichen«. Hierzu hielt Umbreit erst eine grundlegende Reform des Elementarschulwesens für nötig, die »genügend Raum für den Aufstieg der Begabten läßt, verbunden mit Arbeitsunterricht und Berufsprüfung«, ferner einen Ausbau des Berufsschulwesens und der Lehrlingsausbildung in den Betrieben, die Einrichtung von Fachschulen für die Ausbildung der »unteren leitenden Kräfte



te« sowie eine Hochschulreform in Richtung einer engeren Verzahnung von wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Ausbildung. »In 10 bis 15 Jahren«, so lautete seine Prognose, »ist eine Generation vom Volksschulbeginn bis zur Hochschule mit neuem Wissen ausgerüstet, in 30 bis 40 Jahren ist ein großer Teil unseres Volkes durch diesen Weg hindurchgegangen und unsere wirtschaftliche Volkskraft vollkommen erneuert. Dann haben wir die Kräfte, den Sozialismus völlig durchzuführen.«<sup>440</sup>

»Erst der Friede, erst die Demokratie, erst der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, erst die Organisation auf allen Gebieten, erst die Neugestaltung des Erziehungswesens führen uns zum Sozialismus«, faßte Umbreit zusammen. »Was bis dahin sonst geschehen kann«, fügte er hinzu, »soll nicht versäumt werden«; man könne etwa »die einfacheren Wirtschaftszweige sozialisieren und die übrigen planmäßig auf die Gemeinwirtschaft vorbereiten, die Arbeiter in wirtschaftlicher Selbstverwaltung schulen und reiche Erfahrungen sammeln«. Aber »es wird ein langer, langer Weg werden, bis das Ziel erreicht ist«.

Der programmatische Gehalt dieser Rede beschränkte sich auf die Fortsetzung gewerkschaftlicher Reformpolitik auf parlamentarischer Grundlage im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Dennoch quittierte die Mehrheit der Delegierten sie mit stürmischem Beifall und billigte die Richtlinien, die die Vorstandskonferenz Ende April verabschiedet hatte. Vergeblich kritisierte Richard Müller im Namen der Opposition, daß diese Richtlinien »an den alten Ausbeutungsverhältnissen nichts, aber auch gar nichts veränderten«, warf der Gewerkschaftsführung Programmlosigkeit und ihr Schweigen zu der Frage vor, »wie sie und ob sie den Kampf zur Verwirklichung des Sozialismus führen« wolle, und beschuldigte sie, seit der Revolution nichts anderes betrieben zu haben, als »den alten zusammengebrochenen kapitalistischen Staat erneut aufzurichten«<sup>441</sup>.

Unbeirrt erklärte Adolf Cohen, mit dem Rätssystem nach Essener Muster würde die deutsche Arbeiterschaft lediglich ein »Kartenhaus«, nicht aber »ein festes Gebäude der deutschen Wirtschaft« errichten<sup>442</sup>. Leipart wiederholte, allein könnten »die Arbeiter ... die Sozialisierung nicht durchführen«, sondern sie seien auf »all die Kenntnisse und Erfahrungen der Unternehmer, der Betriebsleiter, der Beamten« angewiesen. Dabei räumte er freimütig ein, daß der Unterschied zwischen den Betriebsräten nach gewerkschaftlichen Vorstellungen und den alten Arbeiterausschüssen »kein erheblicher« sei, sondern es sich im Grunde um nichts weiter als eine »Namensänderung« handelte. Im übrigen stempelte er die Rätefrage zu einer politischen Frage und erklärte unter Berufung auf die rein wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften: »Die Erringung der politischen Demokratie und die Verwirklichung der politischen Forderungen und Ziele

der Arbeiterbewegung ... ist natürlich nicht unsere Aufgabe. Mit der politischen Revolution haben wir als Gewerkschaften nichts zu tun«<sup>443</sup>. Die Kongreßmehrheit billigte die Richtlinien auch in dieser Hinsicht und erhob sie zum verbindlichen Programm der freien Gewerkschaften. Gleichzeitig bekannte sie sich zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern auf der Grundlage voller Parität<sup>444</sup>.

Auch innerhalb der SPD fand der Sozialisierungs- und Rätegedanke, wie er sich unter großen Teilen der Industriearbeiterschaft verbreitet hatte, kaum Unterstützung. Die Delegierten des SPD-Parteitag, der im Juni 1919, drei Wochen vor dem Gewerkschaftskongreß, stattfand, sprachen sich zwar auf Betreiben Wissells für die Sozialisierung aus, »wo sie möglich ist«, und für die Durchführung der Gemeinwirtschaft, »wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist«<sup>445</sup>. Doch Wissells Verhältnis zu den übrigen sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern, insbesondere zu Robert Schmidt, war durch Ressortstreitigkeiten und persönliche Animositäten belastet<sup>446</sup>; Rückhalt in der SPD-Fraktion der Nationalversammlung hatte er kaum<sup>447</sup>, und bei den Gewerkschaftsführern fand er keine Sympathien, wie kurz darauf die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zeigten. Vollends entzogen die Wirtschaftsbestimmungen des Versailler Vertrages nach Meinung der Gewerkschafts- und SPD-Führer seinem Plan die Grundlage. Denn fortan war die Wirtschafts- und Finanzhoheit des Reiches durch die Tätigkeit der Reparationskommission durchlöchert, und jede Ausdehnung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, sei es durch gemeinwirtschaftliche Beteiligungen an syndikatsähnlichen Unternehmenszusammenschlüssen, sei es durch eine Reichsvermögensbank, drohte den Siegermächten den Zugriff auf deutsche Industrierwerte zu erleichtern.

Als Wissell unmittelbar nach der Annahme des Versailler Vertrages in der nunmehr von Gustav Bauer geführten Reichsregierung darauf drang, sein Wirtschaftsprogramm zu verabschieden, wurde sein Antrag mit allen außer seiner eigenen Stimme abgelehnt<sup>448</sup>. Er und Moellendorff traten daraufhin zurück<sup>449</sup>. Nachfolger Wissells wurde sein bisheriger Hauptwidersacher in den eigenen Reihen, Robert Schmidt. Er erklärte in einer Besprechung mit Wirtschaftsvertretern schon am 19. Juli 1919, jede bürokratische Regelung des Wirtschaftslebens sei »im Interesse von Industrie und Handel soweit als irgend tunlich zu vermeiden«<sup>450</sup>, und entwickelte keinerlei Initiativen, um die Sozialisierung noch einen Schritt voranzubringen<sup>451</sup>.

Immerhin bot die im Sommer 1919 von der Nationalversammlung verabschiedete Weimarer Verfassung Möglichkeiten hierfür, in deren Artikel 156 die entscheidenden Bestimmungen des Sozialisierungsrahmengesetzes verankert waren. Doch obwohl Bauer in seiner Regierungserklärung den Grundsatz verkündete, »Sozialisierung soweit als möglich und keinerlei

neue Erschwerung für die künftige durchgehende Sozialisierung«<sup>452</sup>, machte seine Regierung nur schwache Versuche, von den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Die Absicht des Reichswirtschaftsministeriums, die Ilseder Hütte zu verstaatlichen, scheiterte am gemeinsamen Widerstand bürgerlicher wie sozialistischer Kreise<sup>453</sup>. Ein Gesetz zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wurde Ende 1919 zwar noch verabschiedet, aber nicht mehr ausgeführt<sup>454</sup>.

Ähnlich erging es dem Rätegedanken. Das Prinzip der überbetrieblichen wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeiterschaft, wie sie die Reichsregierung im Frühjahr 1919 zugesagt und wie sie seither auch die Gewerkschaften gefordert hatten, fand zwar ebenfalls Eingang in die Weimarer Verfassung. Nach Artikel 165 waren die Arbeitnehmer »berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken«. Zu diesem Zweck sollten Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat gebildet werden und sich mit den entsprechenden Unternehmervertretungen zu Wirtschaftsräten vereinigen. Diesen sollten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden können. Der Reichsarbeiterrat und die Bezirksarbeiterräte aber wurden nie eingerichtet, auch nicht die Bezirkswirtschaftsräte, vor allem deshalb nicht, weil eine entsprechende Veränderung der öffentlich-rechtlichen Unternehmerkammern trotz jahrelanger Diskussionen nicht zustande kam. Nur ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat wurde im Mai 1920 ins Leben gerufen. Er erlangte gewisse Bedeutung als sozialpolitisches Diskussions- und Gutachterforum und übernahm damit eine Funktion, die die Gewerkschaften vor der Revolution der zentralen Arbeitskammer und dann der Zentralarbeitsgemeinschaft zugeordnet hatten. Nennenswerten Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und die Gesetzgebung jedoch gewann er nicht. Rechtlich verharrte er bis zum Ende der Weimarer Republik im Stadium der Vorläufigkeit<sup>455</sup>.

Die Normierung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer hielt sich vollends innerhalb der Grenzen, die die freien Gewerkschaften im April 1919 abgesteckt hatten. Das Betriebsrätegesetz, das unter Federführung erst Gustav Bauers, dann des mittlerweile als DMV-Vorsitzenden abgewählten Alexander Schlicke entworfen und im Januar 1920 nach blutigen Kämpfen vor dem Reichstagsgebäude – 42 Demonstranten wurden getötet, über 100 verletzt<sup>456</sup> – von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, regelte die Aufgaben der Arbeiterausschüsse, ihre Mitspracherechte in sozialen und sicherheitstechnischen Angelegenheiten und bei der Entlassung von Arbeitern und bot ihren Mitgliedern einigermaßen Schutz vor Repressalien durch den Arbeitgeber. Das Willkürgewalt, wie

es in zahllosen Unternehmen, namentlich den Großbetrieben, vor dem Kriege üblich gewesen war, mochte damit als beendet gelten. Die Trennung von Arbeiter- und Angestelltenvertretung aber blieb bestehen, und das Recht, die sie interessierenden und betreffenden Angelegenheiten selbst zu bestimmen, wurde den Arbeitern bis hin zur Mitsprache bei Einstellungen verweigert.

Von wirtschaftlicher Mitbestimmung der Betriebsräte war nur noch in ihrer Verpflichtung auf die Sorge für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes die Rede. Zwar wurde eine Information der Betriebsräte über die wirtschaftliche Lage der Unternehmen vorgeschrieben. Doch sie bestand lediglich in der Verpflichtung der Betriebsleitungen zur vierteljährlichen Vorlage eines entsprechenden Berichts, in größeren Betrieben einer Betriebsbilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung. Im Unterschied zur gesetzlichen Bilanz brauchten sie aber über das private und das außerbetrieblich arbeitende Vermögen des Unternehmers keinen Aufschluß zu geben. Daher boten sie nahezu unbeschränkte Möglichkeiten der Verschleierung und Manipulation und blieben für die Betriebsräte, die sie überdies vertraulich zu behandeln hatten, weitgehend wertlos. Zwar räumte das Gesetz den Tarifpartnern die Möglichkeit ein, weitergehende Rechte für die Betriebsräte zu vereinbaren. Aber da die Gewerkschaften kaum Interesse hieran hatten und die Arbeitgeber die Vorschriften des Betriebsrätegesetzes alsbald als Maximum des Entgegenkommens interpretierten, wurde von dieser Möglichkeit praktisch kein Gebrauch gemacht<sup>457</sup>.

Die oppositionellen Arbeitergruppen verhöhnten diese gesetzliche Lösung der Rätefrage als »Totenschein des Räteystems«<sup>458</sup>. Aber auch bei den übrigen Teilen der Arbeiterschaft vermochte sie nur wenig Begeisterung zu erwecken. Sie milderte allein manche Folgen des Lohnarbeitsverhältnisses, änderte aber an der Lohnabhängigkeit des Arbeiters ebensowenig wie an seiner Fremdbestimmung im Arbeitsprozeß. Von der Ausübung, Teilhabe oder auch nur Kontrolle wirtschaftlicher Macht waren die Arbeiter fast genau so ausgeschlossen wie ehemals.

Von den Gewerkschaften und der SPD im Stich gelassen, von den Unternehmern in einer Pressekampagne ohnegleichen befehdet und von der Reichsregierung mit Hilfe der antidemokratischen Freikorps bekämpft, war der Versuch der Sozialisierungs- und Rätebewegung, die politische Demokratisierung Deutschlands durch eine Demokratisierung der Wirtschafts- und Betriebsverfassung zu ergänzen oder abzusichern, also bereits mit der Niederschlagung der Streikbewegung im Frühjahr 1919 im wesentlichen gescheitert. Schon damals antwortete Hilferding deshalb auf die Frage, was aus Deutschland werden würde, resigniert: »Nun, eine kapitalistische Demokratie ... Es wird vielleicht in mancher Hinsicht eine sehr fort-

schrittliche Demokratie werden, aber in ihrer Struktur eine kapitalistische Demokratie – bis zur nächsten Gelegenheit.«<sup>459</sup>

In den Abwehrkämpfen der Industriearbeiterschaft gegen den Kapp-Putsch vom Frühjahr 1920 schien sie sich zu bieten. Im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland, aber auch an vielen anderen Orten wurde die Sozialisierung erneut gefordert, und zwar mit solchem Nachdruck, daß jetzt sogar die freien Gewerkschaften die Reichsregierung auf ihre »sofortige Inangriffnahme« festlegten und die Einsetzung einer neuen Sozialisierungskommission durchsetzten<sup>460</sup>. Außer einer »schiefer endlosen Kette von Beratungen in Kommissionen, Unterkommissionen, Debatten im Reichswirtschaftsrat, in der Regierung und bei den Gewerkschaften« und einer Unzahl von Vorschlägen und Modellen erbrachte sie jedoch kein praktisches Resultat<sup>461</sup>. Denn nach der militärischen Niederschlagung der neu entstandenen Rätemacht und der Übernahme der Regierung durch ein rein bürgerliches Kabinett im Juni 1920 fehlten alle für gesetzliche Eingriffe in die Wirtschaftsordnung mit sozialistischem Vorzeichen erforderlichen politischen Voraussetzungen. Daher verschwand das Sozialisierungsthema bald aus der innenpolitischen Diskussion.

## 17. Kapitel: Das Problem der militärischen Sicherung der Revolution

### *Soldatenräte und Offizierskorps*

Bei der Darstellung des Kampfes gegen die Sozialisierungs- und Rätebewegung wurde bereits deutlich, welche Rolle der Einsatz von Truppen für die Entscheidung über die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse in den ersten Revolutionsmonaten spielte. Da Aufstellung und Einsatz dieser Truppen oft mit Wissen und Billigung und teilweise aktiver Unterstützung von Gewerkschaftsführern erfolgten, ist hierauf noch näher einzugehen.

Unmittelbar vor dem Umsturz hatten die Gewerkschaften auf die Gefahr konterrevolutionärer Putschversuche von Teilen der alten Armee gegen die politische Umwälzung vom Oktober 1918 hingewiesen<sup>1</sup>. Um so wichtiger mußte ihnen, den Arbeiterparteien und den Volksbeauftragten nach dem 9. November die Entmachtung, wenigstens die Kontrolle der Offiziere und die Aufstellung eigener Sicherheitskräfte sein. Das schien nicht allzu schwierig zu sein. Hatte doch die Tatsache, daß die Umwälzung von einer Bewegung der Soldaten ausgegangen war, den Verfall der Offiziersautorität eindringlich demonstriert. Zugleich zeigten die Entstehung und die Zusammensetzung der Soldatenräte, daß unter den Soldaten ein großes Potential vorhanden war, auf das sich die Volksbeauftragten stützen konnten.

In vielen Soldatenräten nämlich übten gewerkschaftlich organisierte und sozialdemokratisch orientierte Soldaten maßgeblichen Einfluß aus, und zwar anscheinend mit zunehmender Stärke von der Front über die Etappe bis zu den Heimattruppen. So gab es bei der Wahl des Matrosenrates in Mitau einen minutenlangen Orkan von Bravorufen für die SPD, geboren aus dem allgemeinen Gefühl: »Nur die Sozialdemokratie kann uns jetzt führen und retten – sie ist die Kraft, die den alten morschen Staat jung hämmern wird.«<sup>2</sup> Vorsitzender des Rates wurde ein Matrose, der bis Kriegsausbruch Sekretär des Transportarbeiterverbandes in Hamburg gewesen war<sup>3</sup>. Auch in der Festung Posen formierte sich der Soldatenrat am 9. November unter Führung eines eingezogenen Hamburger Gewerkschaftsfunktionärs<sup>4</sup>. An die Spitze des Zentralsoldatenrats beim Breslauer Generalkommando trat ein ehemaliger Funktionär des Bauarbeiterverbandes<sup>5</sup>. Den Vorsitzenden des Steigerverbandes, bei Kriegsende Unteroffizier beim Ingenieur-Komitee des Kriegsministeriums in Berlin, wählte seine Kompanie am 10. November ohne Diskussion einstimmig zum Soldatenrat<sup>6</sup>. Auch im Soldatenrat der an der Westfront stationierten IV. Armee spielten Gewerkschaftler eine maßgebliche Rolle; sie bewährten sich besonders in den Verhandlungen mit den Arbeiter- und Soldatenräten der Orte im Rheinland, die die Armee beim Rückzug berührte<sup>7</sup>. Im Ruhrgebiet und in Westfalen wurden ebenfalls Gewerkschaftler und Sozialdemokraten vielfach in die Soldatenräte gewählt und vermochten sich in ihnen leicht durchzusetzen<sup>8</sup>. Der ersten Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs, die Ende November 1918 tagte, gehörten zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre an<sup>9</sup>. Der Entstehung der Soldatenräte aus Opposition gegen das alte Regime gemäß scheint es vielfach als Selbstverständlichkeit gegolten zu haben, daß die Soldatenräte aus Sozialisten bestehen müßten<sup>10</sup>.

Das vorrangige Interesse der Soldatenräte richtete sich zunächst auf die Beendigung des Krieges, ferner auf interne Probleme wie Vereinheitlichung und Verbesserung der Verpflegung, Abschaffung der Grußpflicht und Lockerung der Disziplinarvorschriften; allerdings wurden entsprechende Forderungen im Feldheer mit geringerem Nachdruck erhoben als unter den Heimattruppen. Politische Forderungen jedoch spielten anfänglich nirgends eine Rolle<sup>11</sup>. Bei den Fronttruppen dominierte der Wunsch nach schleuniger Rückkehr in die Heimat<sup>12</sup>. Sofern ihnen klagemacht werden konnte, daß auch die Offiziere nichts anderes wollten und ein schneller und geordneter Rückzug ohne sie schwerlich zu bewerkstelligen sein würde, ließen sie sich deshalb oft zur Wiedereinsetzung der soeben für abgesetzt erklärten Vorgesetzten überreden und fanden sich zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit<sup>13</sup>. Mit dem Überschreiten der Reichsgrenzen aber begann auch bei den meisten Fronttruppen der »Zusammenbruch«<sup>14</sup>. Selbst hohe Kom-

mandobehörden hatten große Mühe, sich noch einige Tage zu halten<sup>15</sup>. Ganze Verbände ließen Pferde und Ausrüstung im Stich und fuhren nach Hause. Auch viele Soldatenräte beherrschte der Wunsch, schnell nach Hause zu kommen, so stark, daß sie ihr Amt ohne weiteres aufgaben. Die Rückkehr in die Heimat beendete deshalb die Rolle vieler Soldatenräte bei den mobilen Truppen. Diejenigen Fronttruppenteile hingegen, die nach ihrer Rückkehr nicht sofort demobilisiert wurden, gerieten alsbald unter den Einfluß der örtlichen Räte.

Für die Soldatenräte bei den Heimattruppen aber spielte die Rücksicht auf die Rückführung des Heeres keine Rolle. Sie entwickelten sich daher in erheblich stärkerem Maße zu Kontrollorganen gegenüber den Offizieren oder gar zu Befehlsorganen, je nachdem, wie energisch sie auftraten oder was ihnen infolge des Zusammenbruchs der alten militärischen Ordnung an Macht zufiel<sup>16</sup>. Indessen erklärten sie sich fast überall zur Unterstützung des Rates der Volksbeauftragten bereit. Spartakusanhänger scheinen in ihnen kaum vertreten gewesen zu sein, und die revolutionäre Propaganda machte auf sie kaum Eindruck<sup>17</sup>.

Sogar in der Reichshauptstadt zählten sie in den Revolutionstagen zu den verlässlichsten Stützen der SPD. Am 10. November, vor der Wahl des Berliner Vollzugsrats, des höchsten revolutionären Organs, trommelte die SPD die Berliner Soldatenräte zusammen. Otto Wels, der nach den Worten eines Versammlungsteilnehmers dem Bilde entsprach, »das sich die meisten von uns Soldaten im Unterbewußtsein von dem Typ jener Menschen gebildet hatten, die jetzt an die Macht kommen sollten«<sup>18</sup>, beschwor in einfacher und den Frontsoldaten geläufiger Rede die Gefahr, daß die links von der SPD stehenden politischen Gruppen die Oberhand bekämen, und erklärte, »allein die Gewerkschaften und die SPD . . . seien imstande, eine neue Ordnung zu schaffen und das Chaos zu verhindern. Die Ausschaltung der SPD müsse auf jeden Fall verhindert werden«. Die Soldatenräte, die ihre Truppenteile hinter sich hätten, mußten deshalb für die Parität zwischen SPD und USPD eintreten<sup>19</sup>. Diese einfache Parole ging den Soldaten ein und immunisierte sie in der anschließenden Wahlversammlung im Zirkus Busch gegen die Versuche Liebknechts und Barths, die SPD aus dem Vollzugsrat auszuschließen. Die Kritik der Linken an der SPD war in ihren Ohren nichts als »öder, öder Bruderstreit«; er ekelte sie so an, daß sie die Anhänger Liebknechts schließlich durch die Drohung zum Nachgeben zwangen, »mit brutaler Gewalt jeden Quatschkopf niederzuschlagen und eine Militärdiktatur zu errichten«<sup>20</sup>. Auf diese Weise verhalten die Soldatenräte in einem der kritischsten Augenblicke der Revolution in der Reichshauptstadt der SPD dazu, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen und sie in die ihr richtig erscheinende Richtung zu lenken<sup>21</sup>.



Auch in den folgenden Wochen hielten sie an ihrer Unterstützung des Rates der Volksbeauftragten und ihrer Ablehnung spartakistischer Ambitionen fest. Der Vertretertag aller Soldatenräte des Feldheeres sprach am 1. Dezember in Bad Ems der »Regierung Ebert-Haase« einstimmig sein Vertrauen aus und stellte sich »entschlossen hinter sie« in der Zuversicht, daß sie »ihre ganze Kraft« für die Einberufung einer Nationalversammlung einsetzen werde<sup>22</sup>. Viele einzelne Soldatenräte äußerten sich ähnlich<sup>23</sup>.

Obwohl zunächst aus der Absicht entstanden, den Offizieren eine Weiterführung des Krieges unmöglich zu machen, erhoben zahlreiche Soldatenräte in der Heimat nach kurzer Zeit auch politische Forderungen. Sie richteten sich anfangs auf die Aufhebung des Belagerungszustandes, auf die Freilassung politischer Gefangener und die Abdankung des Kaisers, nach dem Umsturz aber auch auf eine tiefgreifende strukturelle Reform der Armee, vor allem auf die dauernde Einführung von Vertretungskörperschaften der Mannschaften und eine Einschränkung der Kommandogewalt der Offiziere<sup>24</sup>. Die politisch wichtigste Formulierung dieser Forderungen stellen die sogenannten Hamburger Punkte dar, die die Delegierten des Rätekongresses am 18. Dezember 1918 verabschiedeten. Sie wiesen die oberste Kommandogewalt über alle militärischen Einheiten dem Rat der Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats zu, forderten die Entfernung aller Rangabzeichen und die Abschaffung des außerdienstlichen Waffentragens als »Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und des Kadavergehorsams«, machten die Soldatenräte für die Zuverlässigkeit der Truppen und die Aufrechterhaltung der Disziplin verantwortlich und postulierten die Wahl der Führer durch die Soldaten mit der Maßgabe, daß auch alte Offiziere, die das Vertrauen der Mannschaften besaßen, gewählt werden und Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden im Interesse der Mobilmachung im Amt verbleiben konnten, sofern diese erklärten, »nichts gegen die Revolution zu unternehmen«. Schließlich sollten die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung einer Volkswehr beschleunigt werden<sup>25</sup>.

Die Zuweisung der obersten Kommandogewalt an den Rat der Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats entsprach dem allgemeinen Verständnis der Machtverteilung zwischen den revolutionären Organen und sollte ohne Zweifel dazu dienen, die OHL dem politischen Willen der Volksbeauftragten unterzuordnen und ihre Funktion auf die Rückführung und Demobilisierung des alten Heeres zu beschränken. Die Entfernung der Rangabzeichen und die Abschaffung des außerdienstlichen Waffentragens hatten lediglich symbolische und psychologische Bedeutung. Die Forderung nach Verantwortlichkeit der Soldatenräte für die

Disziplin der Truppen entsprach den Verhältnissen, wie sie im Heimatheer seit der Revolution weithin bestanden, ebenso die Wahl der Führer durch die Mannschaften.

Diese Forderung mochte radikal anmuten; sie erscheint aber plausibel, wenn man bedenkt, daß das Offizierskorps sich bis dahin selbst rekrutiert und wenigstens bis 1914 überwiegend konservative und antidemokratische Aspiranten nachgezogen hatte, Soldaten aus der Arbeiterschaft hingegen schon aufgrund ihrer unzulänglichen Bildungsvoraussetzungen und Vermögensverhältnisse dieser Aufstieg verschlossen war. Ferner hatten viele einfache Soldaten während des Krieges so viel militärisches Wissen und Erfahrung angesammelt, daß sie sich zutrauen konnten, die Führungsqualitäten ihrer Vorgesetzten oder Kameraden zu beurteilen, oder vielfach selbst für Führungsfunktionen in Frage kamen. Außerdem amtierte die alte militärische Führung noch immer, und es gab keinen sozialdemokratischen Wehrminister, dem die Arbeiter und Soldaten die Auswahl der Offiziere vielleicht vertrauensvoll hätten überlassen können. Die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften bot unter den damaligen Gegebenheiten das einfachste und zuverlässigste Mittel, um das Offizierskorps im demokratischen Sinne zu säubern und einen Einsatz der Armee für antirevolutionäre Ziele zu verhindern. Im übrigen forderten die Soldatenräte lediglich die Wahl der Offiziere, nicht aber die demokratische Legitimation ihrer Entscheidungen und Befehle; an der Institution der Offiziere und der hierarchischen Gliederung der Armee rüttelten sie nicht. Indem sie die Wählbarkeit zum Offizier nicht auf Arbeiter oder Angehörige einer bestimmten Partei beschränkten, vielmehr die Wählbarkeit früherer Offiziere ausdrücklich zuließen, machten sie deutlich, daß sie die Armee nicht zum Instrument einer neuen Klassenherrschaft – diesmal einer proletarischen – machen wollten, sondern zur Wehrmacht eines demokratischen Staatswesens, an dessen Organen alle Klassen und Bevölkerungsgruppen beteiligt sein sollten. Allerdings läßt die Forderung nach Ersetzung des stehenden Heeres darauf schließen, daß der Rätekongreß nicht an eine dauernde Beibehaltung der alten Armee dachte, sondern an die Bildung einer Volkswehr, wie sie die SPD seit Jahrzehnten gefordert hatte<sup>26</sup>.

Gewiß enthielt dieses Programm Unklarheiten und Unsinnigkeiten. Unklar waren insbesondere die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Soldatenräten und gewählten Offizieren und die Regelung von Konflikten zwischen ihnen, unsinnig die Beschränkung der Soldatenräte und ihrer Rechte auf die Garnisonen<sup>27</sup>. Aber die politische Zielrichtung der Hamburger Punkte war eindeutig. Daß sie vom überwiegend mehrheitssozialistisch zusammengesetzten Rätekongreß verabschiedet wurden, ist ein Zeichen dafür, daß sie die Anschauungen der großen Mehrheit der Arbeiter-

schaft wiedergaben, die auch von weiten Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder geteilt wurden.

Das gleiche ist an der Bereitschaft vieler Arbeiter und Soldaten erkennbar, sich für die militärische Sicherung der erreichten politischen Veränderungen zu engagieren. Ungeachtet der allgemeinen Kriegsmüdigkeit formierten sich in nahezu allen Industrieregionen Deutschlands Sicherheitswehren. Daneben bildeten die Belegschaften mancher Großbetriebe Werkwehren. Diese Einheiten übernahmen gemeinsam mit den regulären Polizeikräften die Aufrechterhaltung der Ordnung. Teils handelte es sich bei ihnen um Einheiten der alten Armee, die aktiv am Umsturz teilgenommen hatten und zum Schutz der revolutionären Errungenschaften zusammenblieben, etwa bei der aus Matrosen bestehenden Volksmarinedivision, teils um Verbände, die nach dem 9. November spontan entstanden<sup>28</sup>.

Gewiß gab es unter ihnen Einheiten, die eher einer marodierenden Soldateska glichen als einer disziplinierten Truppe und denen die Durchsetzung materieller Vorteile für sich selbst mehr am Herzen lag als die Sicherung der neu gewonnenen Freiheit. Zweifellos aber verstanden sich die meisten Volks- und Sicherheitswehren als Schutztruppe der Revolution und ihrer Repräsentanten. Sie bestanden überwiegend aus Gewerkschaftsmitgliedern und Sozialdemokraten der Mehrheits- und der unabhängigen Partei, nicht selten auch aus Angehörigen des Bürgertums, dagegen nur zum kleineren Teil aus Spartakus-Anhängern. Aussichten für die Aufstellung einer Roten Armee nach bolschewistischem Vorbild bestanden daher zu keinem Zeitpunkt der Revolutionsmonate. Die meisten dieser Einheiten wollten wie die Soldatenräte den Rat der Volksbeauftragten unterstützen in der Annahme, er verfolge nachdrücklich die Verwirklichung der traditionellen Ziele der Arbeiterschaft. Denn die Namen Ebert und Haase bedeuteten für die Mehrzahl der politisch interessierten und informierten Arbeiter nach wie vor ein Programm für eine demokratische und sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.

Ende 1918 betrug die Stärke der lokalen Volks- und Sicherheitswehren schätzungsweise 150000–200000 Mann<sup>29</sup>. Hiermit wären sie zweifellos imstande gewesen, die innere Sicherheit der Republik zu gewährleisten und Putschversuche von links wie von rechts niederzuschlagen. Obwohl sie ihre Aufgabe überwiegend als vorübergehend ansahen und sich nicht als Kerntruppe einer künftigen republikanischen Armee fühlten, wären Teile von ihnen wahrscheinlich doch bereit gewesen, sich für den Aufbau eines demokratischen Heeres zur Verfügung zu stellen. Vermutlich hätten sie sich zu einer geschlossenen, vielleicht sogar zu einer straff hierarchisch aufgebauten Streitmacht in der Hand der revolutionären Zentralgewalt

zusammenfassen lassen; denn außer in der alten Armee galt Disziplin nirgends so viel wie in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Offiziere, die bereit waren, in einer der Republik positiv gegenüberstehenden Armee zu dienen, hätten sich vermutlich auch gefunden. Zwar besaßen die sozialistischen Organisationen keine militärischen Fachleute; der militärische Sektor hatte in der Vorkriegszeit in ihrem Denken und Handeln nur ein »Aschenbrödel-dasein« geführt<sup>30</sup>. Aber die soziale Basis des Offizierskorps hatte sich während des Krieges beträchtlich verbreitert, die politische Einstellung vieler Offiziere, selbst solcher adliger Herkunft, sich unter den Kriegseindrücken erheblich gewandelt. Zweifellos gab es unter ihnen nicht wenige, die bereit waren, der Republik loyal zu dienen<sup>31</sup>. Erst recht gilt dies für die Reserveoffiziere. Im übrigen befanden sich unter den Unteroffizieren und Mannschaften genügend Männer, die während der viereinhalb Kriegsjahre Erfahrungen und Kenntnisse genug gesammelt hatten, um militärische Führungsfunktionen übernehmen zu können. Daß sich aus Arbeitern und Offizieren, die Loyalität gegenüber der Revolution mit Energie, Courage und psychologischem Geschick verbanden, tatsächlich einsatzfähige Einheiten aufbauen ließen, beweist die Eiserne Brigade in Kiel. Sie entstand während der Umsturztage und sorgte bis ins Frühjahr 1919 für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Ostseestadt. Dieses Beispiel zeigt außerdem, daß die Kompetenzen der Soldatenräte nebensächlich wurden, sofern die Offiziere das Vertrauen der Mannschaften genossen; denn die Eiserne Brigade kannte lediglich Vertrauensräte mit beratenden Funktionen<sup>32</sup>.

Allerdings waren der Aufbau derartiger Einheiten und ihre Zusammenfassung zu einer regulären Armee an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Zunächst hätte ihre Zusammensetzung aus Anhängern der Revolution ohne Rücksicht auf die Parteirichtung gewährleistet sein müssen. Das Bewußtsein der Solidarität war während der Novemberrevolution unter den Arbeitern und Soldaten so stark, daß sie kein Verständnis für den Ausschluß einer der beiden sozialistischen Richtungen bei der Verteidigung der neuen politischen Errungenschaften aufbrachten. Versuche, ausschließlich mehrheitssozialdemokratische Arbeiterbataillone aufzustellen, konnten deshalb kaum auf Resonanz rechnen, zumal sie bei den Arbeitern den Verdacht wecken mußten, sie sollten möglicherweise nicht nur gegen Angriffe von rechts, sondern auch gegen links eingesetzt werden. Ein Bruderkrieg aber war das Letzte, wozu die Arbeiter zu haben waren. Ferner hätte die Aufstellung einer loyalen Truppe einen entscheidenden Einfluß der Mannschaften auf die Auswahl der Offiziere erfordert. Zu einem Waffendienst unter dem alten Offizierskorps und ohne Mitbestimmungsrechte hätten politisch bewußte Arbeiter sich schwerlich bereitgefunden. Sie hatten ein

waches, in den Erfahrungen mit der Militärkaste des Kaiserreiches geborenes und geschärftes Gespür dafür, daß die antisozialistischen und antidemokratischen kaiserlichen Offiziere mit Hindenburg und Groener an der Spitze kaum die Garanten einer demokratischen Revolution waren.

Der Entschluß, zum Schutz der politischen Ergebnisse der Revolution eine verlässliche Streitmacht aus der organisierten Arbeiterschaft aufzubauen, hätte also den Entschluß zur Entmachtung des Offizierskorps und zur Absetzung der OHL spätestens nach der Beendigung des Rückzuges hinter die Waffenstillstandslinie vorausgesetzt. Mittel- und längerfristig mußte ein klares, die Massen der Arbeiterschaft überzeugendes Programm zur Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hinzukommen; auf die Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo hätte sich eine Arbeiterarmee auf Dauer schwerlich verpflichten lassen, sondern vermutlich nach längerer oder kürzerer Zeit die Realisierung ihrer Vorstellungen vernehmlich angemahnt und am Ende auf eigene Faust durchzusetzen versucht.

### *Das »Bündnis« zwischen Ebert und Groener*

Die OHL war sich über diese Zusammenhänge keinen Augenblick im unklaren. Bis zum 9. November und noch an diesem Tag selbst prüfte sie die Möglichkeit, nach Beendigung des Krieges gegen den äußeren Feind die Truppen in die Heimat zu werfen, um der drohenden Revolution zuvorzukommen oder sie sofort nach ihrem Ausbruch niederzuschlagen<sup>33</sup>. Mit der Absetzung des Kaisers, der Ausrufung der Republik und dem Zusammenbruch des alten Regimes waren derartige Überlegungen einstweilen gegenstandslos geworden, und mit dem Monarchen verloren die Offiziere schlagartig ihren persönlichen und moralischen Bezugspunkt<sup>34</sup>. Dennoch galt die Aufmerksamkeit der OHL auch weiterhin »dem heimkehrenden Heer und der Art seiner Verwendung gegen die Revolution«, wie sich Groener erinnert<sup>35</sup>. Jetzt suchten die Generäle nach einem Weg, »der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums«, nämlich das Offizierskorps, in das neue Deutschland hinüberzuretten und mit ihm »einen Teil der Macht im neuen Staate« sich anzueignen<sup>36</sup>.

So jedenfalls gab Groener rückschauend die Überlegungen in der OHL unmittelbar nach dem Umsturz wieder. Es mag sein, daß diese Darstellung eine nachträgliche Interpretation enthält und die OHL in Wirklichkeit in erster Linie an die Rückführung des Heeres innerhalb der vereinbarten Fristen, in zweiter Linie an die Erhaltung der Reichseinheit dachte und im übrigen »einem nicht näher qualifizierbaren Selbsterhaltungstrieb« folgte<sup>37</sup>. Indessen ist nicht zu verkennen, daß sie jedenfalls nicht an Rücktritt

dachte, sondern die weitere Ausübung ihrer Funktion für unentbehrlich hielt, und zwar nicht nur für die Rückführung und Demobilisierung des Heeres, sondern auch für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern.

In der Tat wäre die Rückführung des Heeres über den Rhein innerhalb weniger Wochen ohne die technische und administrative Leitung des Generalstabes und ohne die Beibehaltung der Kommandostrukturen in der Armee kaum durchzuführen gewesen; gleiches gilt für die anschließende Demobilmachung<sup>38</sup>. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern hingegen gilt dies nicht. Wenn aber die Offiziere dennoch diese Aufgabe an sich zogen, bedeutete das die Durchsetzung ganz bestimmter Ordnungsvorstellungen. In den Augen Groeners nämlich hatte »die Revolution, wenn man von einer solchen im großen historischen Sinne überhaupt sprechen darf, ... wohl eine Umwälzung der Staatsform gebracht, sonst aber keine wesentlich anderen Wirkungen herbeigeführt, als mit dem unglücklichen Ausgang des Krieges ursächlich in jedem Falle verbunden sein mußten«<sup>39</sup>. Seiner Auffassung nach sollte es hierbei auch sein Bewenden haben. Immer wieder sprach er von der Verwendung des Heeres »gegen die Revolution« oder gegen den »Bolschewismus«. Hiermit meinte er »die von den Unabhängigen und Spartakus drohenden Gefahren«<sup>40</sup>, daß nämlich die politische sich zu einer sozialen Revolution auswachsen und auch die Wirtschaftsordnung, die Heeresorganisation und die übrigen für die Gesellschaftsstruktur entscheidenden Bereiche mehr oder weniger tiefgreifend verändern könnte.

Groener sah durch eine solche Entwicklung vor allem die Möglichkeiten für den Friedensschluß und für Vereinbarungen über baldige Lebensmittellieferungen aus dem Ausland bedroht<sup>41</sup>. Doch hinter seiner Absicht, die Revolution auf dem Stand vom 9. November anzuhalten, verbarg sich von vornherein auch der innenpolitische Gedanke, zu gegebener Zeit »den Hahn wieder nach rechts [zu] drehen«. So äußerte er sich schon am 9. November in einer internen Besprechung<sup>42</sup>. Was dies konkret bedeuten mochte, war einstweilen unerheblich, denn direkte konterrevolutionäre Aktionen schieden fürs erste aus. Daß aber zu jenem Zweck die Sozialdemokraten und Unabhängigen, die sich soeben wieder zusammengefunden hatten, tunlichst erneut auseinanderdividiert werden mußten, war zumindest Groener bereits jetzt klar<sup>43</sup>. Daß zudem die Rückführung des Heeres nicht nur zur Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen wichtig war, sondern ihre Bedeutung »weit über das Militärische hinausgeht«, nämlich die Armee wieder zu einem innenpolitischen Machtfaktor machen sollte, verkündete die OHL bereits eine Woche nach dem Umsturz<sup>44</sup>. Gleichzeitig schickte sie Offiziere – sogenannte »Serumspritzer« – aus, um den Frontruppen klarzumachen, daß sie nach ihrer Rückkehr die Regie-

rung – womit freilich nur die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten gemeint waren – stützen »und die bürgerlichen Elemente wieder zur Herrschaft bringen« müßten<sup>45</sup>. Die innenpolitische Richtung, in welcher die OHL zu agieren gedachte, falls man es ihr gestattete, stand also von vornherein außer Zweifel.

Aus diesen verschiedenen Gründen suchte die OHL so rasch wie möglich mit den Sozialdemokraten in der Revolutionsregierung zu einer Verständigung zu kommen. Groener, der im Sommer 1919 über sich selbst sagte, daß er »weder Demokrat noch Sozialdemokrat« sei, »sondern einer Partei angehöre, die . . . Despotie oder Tyrannei auf ihre Fahnen geschrieben« habe<sup>46</sup>, rief deshalb am Abend des 10. November 1918 Ebert in der Reichskanzlei an und eröffnete ihm, die OHL sei bereit, sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Formell verzichtete die Heeresleitung hiermit auf alle konterrevolutionären Ambitionen, im Grunde jedoch bekundete sie mit diesem Angebot ihre Ohnmacht, den Umsturz zu revidieren. Zu diesem Zeitpunkt hätte sie sich auch einer stärker linksorientierten Regierung gegenüber loyal erklären müssen, wenn sie nicht zurücktreten wollte<sup>47</sup>. Trotzdem verband Groener sein Angebot mit der Forderung, die Regierung solle Hindenburg und das Offizierskorps »bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer« sowie bei der »Bekämpfung des Bolschewismus« unterstützen<sup>48</sup>. Dies bedeutete nicht weniger als den Anspruch auf Aufrechterhaltung der alten Heeresorganisation und die Absage an alle Bestrebungen zur Beschneidung der Befehlsgewalt der Offiziere, wie sie die Soldatenräte verkörperten. Zugleich umschrieb das Verlangen nach Bekämpfung des »Bolschewismus« die Absicht, die revolutionäre Bewegung auf dem Stand vom 10. November einzufrieren.

Bekanntlich ging Ebert unverzüglich auf das Ansinnen Groeners ein. Fortan besprachen beide regelmäßig auf einer geheimen Telefonleitung ihre nächsten Schritte<sup>49</sup>. Der Unterstützung der SPD- wie der Gewerkschaftsführung konnte Ebert hierbei gewiß sein. Einerseits glaubte man hier den Loyalitätsbeteuerungen der Offiziere. »Die Gefahr einer Gegenrevolution kann heute nur scherzhaft genommen werden«, schrieb Ernst Heilmann Mitte November 1918<sup>50</sup>. Daß sich in den Kriegsjahren das Verhältnis zwischen Offizieren und Arbeiterführern verändert und viele Offiziere für die Anliegen der Arbeiterschaft mehr Verständnis gezeigt hatten als die Zivilbehörden, wirkte sich jetzt aus. Namentlich Groener, der den Gewerkschaften bei der Vorbereitung des Hilfsdienstgesetzes den Rücken gestärkt hatte, hielten die sozialdemokratischen Arbeiterführer für einen pragmatisch denkenden Kopf. Daß das Entgegenkommen der Offiziere während des Krieges in erster Linie den damaligen militärischen Notwendigkeiten entsprungen war, aber keine Veränderung ihrer Grundhaltung gegenüber

der Arbeiterbewegung bedeuten mußte, kam vielen Arbeiterführern nicht in den Sinn. Für die Forderung der Soldatenräte nach weitgehenden Mitbestimmungs- und Kontrollrechten hatten sie daher ebensowenig Verständnis wie für das Verlangen nach Aufstellung bewaffneter Einheiten der Arbeiterschaft. Angesichts der Waffenstillstandsbedingungen und der Ernährungsschwierigkeiten befürchteten sie vielmehr als Folge einer Beseitigung der OHL chaotische Verhältnisse mit katastrophalen Wirkungen<sup>51</sup>.

Andererseits hatte der Umsturz vom 9. November den SPD- und Gewerkschaftsführern einen »Todesschrecken« eingejagt<sup>52</sup>. Seitdem waren sie von Mißtrauen erfüllt gegen USPD und Spartakus und gegenüber Entwicklungen in der Arbeiterschaft, die sie selbst nicht unter Kontrolle hatten. Hinter den Warnungen der Linken vor gegenrevolutionären Gefahren und den Forderungen nach Aufstellung von Arbeiter- und Volkswehren vermuteten sie deshalb die Absicht, Instrumente zum Einsatz für radikalsozialistische und kommunistische Ziele zu schaffen. Die Möglichkeit, daß die Arbeiter der Reichshauptstadt sich der USPD und dem Spartakusbund anschlossen und sich gar noch bewaffneten, erschien ihnen als »das schlimmste«, wie Gustav Bauer am 13. November schrieb<sup>53</sup>. Die sozialdemokratische Führung entschloß sich daher, notfalls »die unvermeidliche blutige Auseinandersetzung durchzufechten«<sup>54</sup>. Diese Absicht trieb sie in die Arme der kaiserlichen Offiziere, denn eigene Verbände standen ihr für die Auseinandersetzung mit den Linken einstweilen nicht zur Verfügung. Das »Bündnis« zwischen Ebert und Groener, von dem Groener später lapidar konstatierte, es habe sich »bewährt«<sup>55</sup>, sicherte also schon einen Tag nach dem politischen Umsturz die Existenz des alten Offizierkorps und lieferte die bewaffnete Macht des neuen Staates den Exponenten der bisher herrschenden Gesellschaftsschichten aus. Hiermit fiel die Entscheidung gegen die Forderungen der Soldatenräte, bevor diese noch formuliert waren.

Daß die führenden Gewerkschaftsfunktionäre über die Kontakte zwischen Ebert und Groener Bescheid wußten, ist wahrscheinlich<sup>56</sup>. Wenigstens Bauer sprach häufig selbst mit Groener<sup>57</sup>. Daß darüber hinaus namhafte Gewerkschaftsführer die Position des Offizierskorps und der OHL stärken halfen, läßt sich belegen. Das erste Mal traten sie in Erscheinung, als die OHL nach Abschluß des Waffenstillstandes Spa verlassen mußte und ein neues Quartier suchte. In Bad Homburg, wo sie sich zunächst niederlassen wollte, wurde sie von »unverschämten Forderungen« des Arbeiter- und Soldatenrats abgeschreckt<sup>58</sup>. Daraufhin fuhr der Major v. d. Bussche nach Kassel, um die Möglichkeit eines Unterkommens im Schloß Wilhelmshöhe zu erkunden. Vom Oberbürgermeister Koch-Weser zu der Unterredung mit Bussche hinzugezogen, erhob Albert Grzesinski, der Vorsitzende des Kasseler Arbeiter- und Soldatenrats sowie der örtlichen



DMV-Verwaltungsstelle und des Gewerkschaftskartells, »trotz der überaus kühlen Weise«, mit der ihn v. d. Bussche behandelte, nicht nur keinerlei Einwände, sondern zeigte sich »in jeder Beziehung zuvorkommend. Er erklärte sofort, daß Hindenburg durch die doppelten Akte der Selbstverleugnung, mit denen er zunächst nach dem Fortgange Ludendorffs und nun sogar nach der Abdankung des Kaisers geblieben sei, dem Herzen des Volkes noch näher gekommen sei als durch seine kriegerischen Erfolge. Er erklärte bestimmt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat alles daran setzen werde, seine Person zu sichern. Der Arbeiter- und Soldatenrat werde einen Aufruf erlassen, wonach die ganze Bevölkerung Kassels dem Nationalhelden Verehrung entgegenzubringen habe und alles Unerfreuliche von ihm fernhalten müsse«.

Auf die ironische Frage des Majors, ob man etwa das Verbot des Säbeltragens auch auf den Feldmarschall und die höheren Offiziere anwenden wolle, entgegnete Grzesinski, »es werde sich wohl ein Weg finden lassen«, und stimmte dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu, dem Aufruf ohne weitere Begründung den Satz hinzuzufügen: »Der Feldmarschall und seine Umgebung tragen Waffen«. Nachdem Koch-Weser noch die Schutzlosigkeit von Wilhelmshöhe und die »furchtbare Verantwortung« zur Sprache gebracht hatte, »wenn in diesem Schlosse, das Kunstschätze von vielen Millionen beherberge, ein Diebstahl oder Raub vorkommen würde«, sorgte der Arbeiter- und Soldatenrat selbst beim Garnisonskommando für eine militärische Bewachung des Schlosses<sup>59</sup>. Bei der Ankunft Hindenburgs am 14. November erschien er selbst auf dem Bahnhof zur Begrüßung; um den hohen Gast nicht zu verärgern, hatten seine Mitglieder die roten Armbinden durch schwarz-weiße ersetzt<sup>60</sup>. Zugleich veröffentlichte Grzesinski in der Lokalpresse einen Willkommensgruß, in dem er dem Feldmarschall vorbildliche Pflichterfüllung im Dienste der deutschen Nation attestierte und beteuerte, »daß die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Kassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird und er vor jeder Belästigung sicher« sei<sup>61</sup>.

Von größerer politischer Bedeutung als dieses in seiner Mischung von Heldenverehrung und Kleinbürgerstolz beim Fehlen jeglicher revolutionärer Anwendung rührend naiv anmutende Verhalten des Kasseler Gewerkschaftsvorsitzenden ist die Rolle, die der SPD-Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Verbandes der Büroangestellten, Karl Giebel, von Mitte November 1918 bis Mitte Januar 1919 als Vertreter des Rates der Volksbeauftragten bei der OHL spielte<sup>62</sup>. Die Rechtsgrundlage seiner Funktion bildete eine Verordnung des Vollzugsrats vom 15. November 1918, derzufolge die OHL, der Generalstab und alle stellvertretenden Generalkommandos dem Kriegsministerium unterstellt wurden, das wiederum der

Vollzugsrat direkt kontrollierte<sup>63</sup>. Im Unterschied zu den Beigeordneten, die der Rat der Volksbeauftragten allen Reichsämtern zuwies, erhielt Giebel jedoch keine Befugnis zur Gegenzeichnung der Befehle der OHL; ihm war lediglich beratende und informierende Funktion zugeordnet. Allerdings wiesen ihn die Volksbeauftragten Anfang Dezember an, dafür zu sorgen, daß die OHL keine politischen Angelegenheiten ohne Zustimmung der Regierung erledigte.

Doch Giebel scheint diese Funktionen nur in sehr bescheidenem Umfang wahrgenommen zu haben. Er traf zwar täglich mit Groener zusammen<sup>64</sup>, und Groener versicherte den Volksbeauftragten, daß die OHL sich jeder selbständigen politischen Aktion enthalte und grundsätzlich alle Befehle mit Giebel bespreche<sup>65</sup>. Der General aber scheint Giebel vorzugsweise als Adressat für Beschwerden, etwa über angebliche Übergriffe von Arbeiter- und Soldatenräten, deren Entfernung er verlangte<sup>66</sup>, oder für Wünsche an die Volksbeauftragten benutzt zu haben<sup>67</sup>. Von wichtigen Besprechungen wurde Giebel ferngehalten und machte von sich aus keine Anstalten, sich Zutritt zu verschaffen. Als er am 19. Dezember zur gewohnten Stunde zu Groener kam, fand er ihn vor einer größeren Versammlung redend. Groener unterbrach sich und erklärte Giebel, daß die übliche Besprechung ausfiel, weil die Vertreter des Feldheeres erschienen seien. »Diese Eröffnung war die Aufforderung an mich, mich wieder zu entfernen«, vermerkte Giebel; »ich mache kehrt«<sup>68</sup>. Verhandelt wurde in dieser Sitzung die Haltung der Offiziere zur Annahme der Hamburger Punkte durch den Rätekongreß – eine hochpolitische Frage also, über deren Behandlung in der OHL Giebel den Rat der Volksbeauftragten eingehend und unverzüglich hätte unterrichten müssen.

Dieser Vorfall läßt darauf schließen, daß Giebel von vielen Vorgängen in der OHL überhaupt nichts erfuhr. Offenbar faßte er sich selbst nicht als Kontrolleur der Generale auf und verstand sich erst recht nicht als Anwalt von Arbeiterinteressen gegenüber den Offizieren<sup>69</sup>. Eher scheint es umgekehrt gewesen zu sein. Denn als Oberst Heye ihm gegenüber das »Mißtrauen des Offizierskorps schlechthin« beklagte, riet er ihm, die Offiziere sollten sich »diese Bitterkeit vom Herzen schreiben und die einseitige Vorstellung im Volke über Stimmung und Haltung weiter Offizierskreise, auch über ihre soziale Lage, zerstreuen«. Er selbst erklärte sich bereit, solche Artikel an die sozialdemokratische Presse weiterzugeben<sup>70</sup>. Ganz im Gegensatz zum Sinn seiner Mission hat Giebel also in keiner Weise dazu beigetragen, den politischen Primat der Volksbeauftragten gegenüber den Generälen zu vertreten und durchzusetzen.

## *Das Vorgehen gegen die Soldatenräte*

Die Offiziere ließen die Chancen nicht ungenutzt, die ihnen die Bewahrung ihrer Positionen und erst recht die Abhängigkeit boten, in die sich die Volksbeauftragten ihnen gegenüber begaben. Schon unmittelbar nach dem Umsturz gingen sie daran, die an die Soldatenräte verlorene Macht zurückzugewinnen. Vorerst freilich reagierte die OHL auf die Bewegung elastisch. »Die Entwicklung im Heer und in der Heimat war solche Wege gegangen, daß es sich vorerst nicht um rücksichtsloses Befehlen von Seiten der OHL handeln konnte, sondern um Auffangen und Unschädlichmachen der revolutionären Strömungen«, erläuterte Groener später<sup>71</sup>. Zunächst ging es der OHL darum, diese Bewegung, die »durch Widerstand nicht mehr aufgehalten werden« konnte, »in die Hand der Offiziere zu bekommen«. Zu diesem Zweck verfügte Hindenburg am 10. November für alle Einheiten die Bildung von »Vertrauensräten«, die »in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen zur engsten Mitarbeit« von den Truppenbefehlshabern herangezogen werden sollten, »damit die Ordnung im Heer aufrechterhalten wird«. Die »Führung der Truppen« sollte jedoch »fest in der Hand der Kommandobehörde bleiben«. Zugleich ordnete er an, den Soldaten die Notwendigkeit »strengster Ordnung und Manneszucht« als Voraussetzung für die Rückführung der Armee klarzumachen und für die Beibehaltung der Rangabzeichen zu sorgen<sup>72</sup>. Indessen zwang die OHL keinen Kommandeur, einen Vertrauensrat zu bilden. Jedem, der glaubte, ohne ihn auskommen zu können, blieb dies freigestellt<sup>73</sup>.

Im Feldheer erfüllte der Befehl seinen Zweck. Hier blieb die Befehlsgewalt fast ausnahmslos in den Händen der höheren Offiziere. In der Heimat hingegen ging sie überwiegend auf die Soldatenräte über<sup>74</sup>. Um das heimkehrende Feldheer gegen Einflüsse von dieser Seite zu immunisieren, versuchte die OHL zunächst, die heimischen Arbeiter- und Soldatenräte nach Kräften zu diskreditieren und einen Gegensatz zwischen den Soldatenräten des Feldheeres und denjenigen der Heimattruppen herbeizuführen<sup>75</sup>. Nach der Rückkehr bemühten sich die Offiziere sodann, den Einfluß der Ersatztruppenteile zugunsten des Feldheeres abzubauen. So verfügte das für die Reichshauptstadt zuständige Generalkommando, »daß die Ersatzbataillone aufzulösen, auf die Feldtruppen zu verteilen seien und die Soldatenräte der Ersatzbataillone zu verschwinden bzw., soweit sie zu guten Zwecken brauchbar wären, in den Vertrauensräten der Feldtruppen aufzugehen hätten«<sup>76</sup>. Freilich war ihm klar, daß hierbei »nur so weit gegangen werden dürfte, als es die tatsächlichen Machtmittel erlaubten, und daß dort, wo diese Machtmittel nicht ausreichten, ein Konflikt vermieden wer-

den müßte«. Denn »Konflikte treiben zu Entscheidungen«; die aber konnten im Dezember 1918 »sicher nicht so günstig ausfallen, als es einige Monate später der Fall sein würde«<sup>77</sup>. Andere Stäbe bemühten sich mit Erfolg, unliebsame Soldatenräte auf indirekte, »wenn auch nicht immer feine Manier« loszuwerden<sup>78</sup>. Einige gewannen den Räten sogar positive Züge ab – sofern es ihnen nämlich gelang, gemäßigte Gewerkschaftsmitglieder in ihnen dazu zu benutzen, »dem verhaßten Offizier die Untergebenen wieder in die Hand zu bringen«<sup>79</sup>.

Durch die Haltung der Volksbeauftragten ermutigt und durch die Erfahrungen mit Arbeiterführern wie Giebel beruhigt, fühlten sich die Offiziere bereits vier Wochen nach dem Umsturz wieder stark genug, zu einem Konfrontationskurs gegen die Soldatenräte und Volkswehren überzugehen. Hindenburg sprach auf Betreiben Groeners am 8. Dezember 1918 Ebert auf die Notwendigkeit eines Organs an, das den Gesetzen und Verordnungen der Regierung »rücksichtslos Geltung zu schaffen vermag«. Nach Lage der Dinge aber könne dies »nur die Armee sein, und zwar eine Armee, in der schärfste Disziplin herrscht«. Solle sie »ein brauchbares Machtmittel in der Hand der Regierung sein und bleiben«, so müsse die Autorität des Offiziers »sofort mit allen Mitteln wieder hergestellt und die Politik aus dem Heer entfernt werden«. Hieraus leitete Hindenburg folgende Forderungen ab: »1. Die militärische Kommandogewalt liegt allein bei den Kommandobehörden. 2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers und die damit zusammenhängenden Bestimmungen sind restlos wiederherzustellen. 3. Die Arbeiter- und Soldatenräte müssen aus der Truppe verschwinden; lediglich Vertrauensräte können bestehen bleiben, die die Vorgesetzten über die Stimmung der Mannschaften auf dem laufenden halten und deren Wünsche und Beschwerden übermitteln.« Ihre Mitwirkung bei Ausübung der Befehlsgewalt aber sei »durchaus auszuschließen«<sup>80</sup>.

Als der Rätekongreß trotz nachdrücklichster Warnungen der OHL<sup>81</sup> die Hamburger Punkte verabschiedete, die nach dem Urteil eines Generalstabsoffiziers dazu angetan waren, »auch im Feldheer die Stellung der Offiziere zu beseitigen«<sup>82</sup>, leistete die Armeeführung offenen Widerstand. Hindenburg und Groener drohten mit sofortigem Rücktritt, falls die Regierung den Rätebeschuß ausführen würde<sup>83</sup>. In seinem abendlichen Telefongespräch vom 18. Dezember 1918 machte Groener Ebert »in der schärfsten Form klar, daß die Heeresleitung mit dieser Frage stehe und falle«<sup>84</sup>. Am nächsten Tag protestierten alle im Großen Hauptquartier versammelten Offiziere des Feldheeres gegen den Beschluß des Rätekongresses. Dabei wagten sie es sogar, dessen Legitimation zu leugnen, indem sie ihn als »einseitige Ständevertretung« abqualifizierten, »die als Repräsentanz des gesamten Volkes durchaus nicht anerkannt werden« könne<sup>85</sup>. Am selben

Tag teilte Hindenburg allen Armeecoberkommandos mit, daß er den Beschluß des Rätekongresses nicht anerkenne, und verpflichtete sie, weiterhin die bisherigen Anordnungen des Rates der Volksbeauftragten und der OHL über die Kompetenzen von Soldatenräten und Offizieren zu befolgen<sup>86</sup>.

Bei diesen Drohungen handelte es sich um »ausgesprochenen Bluff«<sup>87</sup>. Denn eine Selbstausschaltung paßte überhaupt nicht ins Konzept der Offiziere, und die Frage der Kommandogewalt mit den Waffen zu entscheiden, fehlte ihnen die Macht. Harbou jedenfalls, der Stabschef des Generalkommandos Lequis, hielt ein »Eingreifen in die Entwicklung der Dinge mit Waffengewalt für ausgeschlossen«, weil es sich »nicht um die Frage Ordnung gegen Unordnung oder Regierung gegen Arbeiter- und Soldatenräte, sondern einfach um die Stellung des Offiziers zu den Mannschaften« handele; einer solchen Auseinandersetzung aber würden sich die Mannschaften »restlos versagen«<sup>88</sup>.

Daß die OHL trotzdem die Volksbeauftragten vor die Alternative zu stellen wagte, sich für die Offiziere oder für die Räte zu entscheiden, geschah offenbar in der Überzeugung, daß die sozialdemokratischen Arbeiterführer es gar nicht erst zu einer offenen Auseinandersetzung kommen lassen, sondern schon vor ihrer Drohung zurückweichen würden. Tatsächlich geschah dies zwei Tage später. Groener fuhr nach Berlin und begab sich zusammen mit Major v. Schleicher, damals als Nachfolger Bauers in der OHL für die Bearbeitung innenpolitischer Fragen zuständig<sup>89</sup>, »ostentativ in voller Uniform mit allen Orden« in die Reichskanzlei. Dort legte er Ebert und Landsberg den Standpunkt der Offiziere noch einmal »klipp und klar« dar<sup>90</sup>. Anschließend besuchte er gemeinsam mit den Volksbeauftragten den inzwischen konstituierten, rein mehrheitssozialistischen Zentralrat<sup>91</sup>. In einem meisterhaft auf die Psyche seiner Zuhörer abgestimmten Vortrag suchte er die praktische und moralische Unmöglichkeit der Hamburger Punkte zu beweisen und den Aufschub ihrer Durchführung zu erreichen, wobei er mehrfach beteuerte: »Wir denken nicht daran, Konterrevolution zu machen.« Den Demokratisierungsforderungen der Soldatenräte erwies er seine Reverenz, indem er sich zu der Überzeugung bekannte, »daß mit dem alten Heeressystem gebrochen werden« und der Offizier »aus der Masse hervorgehen« müsse und nicht »wie ein Bevorzugter herausgehoben werden« dürfe. Freilich könne dies erst dann geschehen, »wenn wieder Ruhe und Ordnung gewonnen ist« und die Bedingungen der Siegermächte über die künftige deutsche Rüstung auf dem Tisch lägen.

Die meisten mehrheitssozialdemokratischen Zentralratsmitglieder machten sich seine Argumente zu eigen. Grzesinski, als Vorsitzender des Kasseler Arbeiter- und Soldatenrats in den Zentralrat gewählt, beschwich-

tigte die Offiziere, es sei keineswegs beabsichtigt, bei der OHL mit der Wahl der Führer zu beginnen, »sondern die Unterkommandostellen, die Leutnants, Hauptleute usw. sollen sich einer Wahl unterziehen«. Widerspruch kam nur von den unabhängigen Volksbeauftragten Barth und Dittmann. »Geht der Zentralrat auf die Vorschläge des Generals Groener ein«, warnte Dittmann, »so ist das für ihn Selbstmord von dem ersten Augenblick an, wo er seine Funktion übernommen hat. Dasselbe gilt für die Regierung.« Ebert jedoch, dem Groener anlässlich dieser Besprechung anerkennend attestierte, daß er »wie wenige die Kunst des Abbiegens verstand«<sup>92</sup>, ignorierte diese Einwände und stellte als Ergebnis der Besprechung Übereinstimmung darüber fest, daß der Rätebeschuß nur für das Heimatheer, nicht aber für das Feldheer und die Demobilisation der Marine gelten solle. Im übrigen könnten die Bestimmungen »nicht einfach so hinausgehen«, sondern müßten durch Ausführungsbestimmungen gemildert werden. So ging die Sitzung aus wie das Hornberger Schießen, wie Groener befriedigt und verächtlich zugleich vermerkte<sup>93</sup>. Die Offiziere hatten eine entscheidende Runde gewonnen. Die Durchführung der Hamburger Punkte wurde auf die lange Bank geschoben und damit der Versuch des Rätekongresses abgeschlagen, mit dem bereits abnehmenden Schwung der Soldatenratsbewegung eine Entmachtung des alten Offizierskorps und eine demokratische Heeresreform durchzusetzen.

Dieser Vorgang zeigt, daß namhafte SPD- und Gewerkschaftsführer in den Soldatenräten keine Verbündeten beim Umbau der Armee zu einer verlässlichen Stütze der Demokratie erkannten, sondern sie als politische Widersacher und Störfaktoren behandelten. Es überrascht daher nicht, daß sie auch auf andere Weise versuchten, die Wirksamkeit der Soldatenräte so rasch wie möglich zu begrenzen und zu unterbinden. »Die ganze Rätegeschichte ist ein grober Unfug, und wir können sie nur mitmachen, um der Sache die gefährliche Spitze abzubrechen«, vertraute Winnig einem Mitauer Matrosenrat an<sup>94</sup>. Winnig zufolge hielten die meisten Gewerkschaftsmitglieder in der Armee die Soldatenräte für eine »leider unvermeidliche Torheit« und verfolgten ihnen gegenüber oder auch in ihnen die gleiche Abwiegeltaktik<sup>95</sup>. Angesichts der Billigung der Hamburger Punkte durch den Rätekongreß erscheint diese Behauptung zwar höchst zweifelhaft. Der Rat der Volksbeauftragten jedoch verhielt sich ihr gemäß. Am 12. November 1918 verfügte er auf Drängen der OHL mit der Einführung gleicher Verpflegung und gleicher Soldzulagen für Offiziere und Mannschaften die Abstellung evidenter Ungerechtigkeiten, die jahrelang unter den Soldaten böses Blut gemacht hatten.

In der zentralen Frage der Kommandogewalt aber hieß es nach allgemeinen Bemerkungen über »billige Unterordnung des Mannes unter den Offi-

zier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten« unmißverständlich: »Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.« Den Soldatenräten wurde lediglich »zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen« eingeräumt. Im übrigen wurden sie zur »Verhinderung von Unordnung und Meuterei« verpflichtet und damit zu Erfüllungsgehilfen der Offiziere bestimmt<sup>96</sup>. Offensichtlich glaubten die Volksbeauftragten, die Soldatenratsbewegung ähnlich wie die Streiks der Industriearbeiterschaft durch Verbesserungen der Ernährungs- und Besoldungsverhältnisse befriedigen und politisch neutralisieren zu können.

Namhafte Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre setzten sich energisch dafür ein, die Tätigkeit der Soldatenräte auf diesen Rahmen zu beschränken. Winnig, damals auch »Zivilkommissar der Matrosen- und Soldatenräte des Gouvernements Libau«, erklärte auf einem Kongreß der Soldatenräte der 8. Armee am 17. November 1918 in Riga, die Aufgabe der Soldatenräte bestehe »nicht in der Schaffung einer neuen Heeresorganisation, sondern in der Hilfe bei der Loslösung und Heimbeförderung der Truppe«<sup>97</sup>. Bezeichnend für die Einstellung der SPD-Spitze zu den Soldatenräten ist das Verhalten Noskes gegenüber dem Zentralrat der Marine. Aus Vertretern aller Marinestationen zusammengesetzt und insofern einigermaßen repräsentativ für die Angehörigen der Marine, faßte dieser Soldatenrat Beschlüsse zur Neuregelung des Lohnwesens und zur Durchführung der Entlassungen und erarbeitete Richtlinien zur Beseitigung der bisherigen Rangordnung und -abzeichen, für die Tätigkeit der Soldatenräte und die Lösung von Streitfragen für einzelne Marineteile. Noch wichtiger aber war, daß er die »Kontrolle der gesamten Geschäftsführung« des Reichsmarineamtes und des Admiralstabes sicherstellen wollte und Vorsorge zu treffen versuchte, daß »auch von den Verwaltungsstellen aus den sozialistischen Bestrebungen entsprochen wird, so daß irgendwelche Anordnungen im Sinne des reaktionären alten Systems nicht mehr möglich sind«.

Noske jedoch, den die Volksbeauftragten als mehrheitssozialistischen Beigeordneten ins Reichsmarineamt entsandt hatten, erschien zu den Sitzungen des Rates bis zum Rätekongreß nur ein einziges Mal für 45 Minuten<sup>98</sup>. Diesen Auftritt benutzte er dazu, dem Marinerat »polternd und in durchaus unparlamentarischer Weise« zu eröffnen, daß er ihm »die Existenzberechtigung absprechen müsse«. Auf dem Rätekongreß warf er dem Marinerat sogar vor, sich mit »politischen Problemen« zu befassen sowie

eine »unerträgliche Verschleppung der wichtigsten Angelegenheiten« verschuldet zu haben<sup>99</sup>, und setzte seine zahlenmäßige Reduzierung durch. Nicht zu Unrecht sah der Marinerrat hierin den Versuch, die Kontrolle des RMA und die innere Reform der Marine zu torpedieren, die er tatkräftig in Angriff genommen hatte.

Möglicherweise war er hierbei nicht sehr geschickt vorgegangen, und mit Sicherheit widersprach seine Tätigkeit den konventionellen Vorstellungen einer geordneten und effektiven Verwaltung. Indessen war auch dieser Soldatenrat keineswegs linksradikal; die meisten seiner Mitglieder zählten zu den Anhängern der USPD. Er selbst rühmte sich Mitte Dezember 1918: »Wenn jetzt die sämtlichen Berliner Regimenter hinter der jetzigen Regierung stehen, . . . so hat sie das in erster Linie unserem Wirken und unserer Aufklärungsarbeit in den einzelnen Truppenverbänden zu verdanken.« Mochte dies auch übertrieben sein, so ist doch unverkennbar, daß der Zentralrat der Marine sich als Stütze, nicht als Gegner der Volksbeauftragten verstand. Er wollte »selbstverständlich auch Ruhe, Ordnung und pünktliche Kohlen- und Lebensmittelversorgung sowie die Herbeischaffung der dringend benötigten Rohstoffe für die Allgemeinheit«. Auf der anderen Seite erwarteten seine Mitglieder allerdings, »daß man uns, den Vorkämpfern der Revolution, nicht den Weg zu versperren sucht zu dem Ziele, das wir uns gesteckt haben«.

Es ist leicht vorstellbar, welche Enttäuschung, Erbitterung und ohnmächtige Wut die Angehörigen dieses Soldatenrats ergriff, als sie plötzlich einen Arbeiterführer als ihren Gegner und als Anwalt einer Behörde auftreten sahen, die bislang ein Instrument in den Händen ihrer erklärten politischen Gegner gewesen war, und als ihr aus Reformwillen und Bewunderung für das Symbol einstiger deutscher Macht und Weltgeltung eigentümlich gemischter Vorsatz, »das Ansehen der Marine weiter hoch [zu] halten durch treueste Pflichterfüllung, durch treuestes Streben für die Ziele der jungen sozialistischen Republik«, gerade durch einen derjenigen, von denen sie ihr Interesse an einem demokratischen Umbau des Staates und seiner Machtorgane vertreten glaubten, blockiert und schließlich vereitelt wurde<sup>100</sup>. Gleiches gilt auch für viele andere Soldatenräte, die sich in den Wochen nach dem Umsturz nicht nur für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Lebensmittelversorgung und Demobilmachung engagiert, sondern auch für die Sicherung der demokratischen Ergebnisse der Revolution eingesetzt hatten, gegen Jahresende aber erkennen mußten, daß die Regierung sie nicht unterstützte, sondern sich lieber auf die alten Offiziere verließ und tatenlos zusah, als diese gegen die Räte vorzugehen sich anschickten.

Ebenso wenig unterstützten die sozialdemokratischen Volksbeauftragten



und die Gewerkschaftsführung auch die Arbeiter- und Volkswehren. Wo sie bestanden, ließen sie sie nolens volens einstweilen gewähren. Aber sie dachten nicht daran, sich dieser Einheiten zu ihrem eigenen Schutz und zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution zu bedienen. Der Rat der Volksbeauftragten erließ zwar erstaunlicherweise Anfang Dezember 1918 ein Gesetz zur Bildung einer »freiwilligen Volkswehr«. Sie sollte neben den Resten des alten Heeres aufgestellt werden und zunächst 11 000 Mann umfassen. Ihre Mitglieder sollten sich verpflichten, »der sozialistisch-demokratischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Wissen zu dienen und ihre Gesetze und Anordnungen genau zu befolgen«. Doch die Regierung tat praktisch nichts, dieses Gesetz auszuführen; erst im Februar 1919 wurden die ersten Einheiten mit ganzen 600 Mann aufgestellt<sup>101</sup>.

Die OHL fühlte sich infolgedessen ermutigt, neben dem Kampf gegen die Soldatenräte schon im Dezember 1918 auch den gegen die Arbeiterräte und die links von der SPD stehenden politischen Kräfte aufzunehmen. Den Einzug der heimkehrenden Fronttruppen wollte sie dazu benutzen, in Berlin und möglichst auch in den übrigen Teilen des Reiches »die Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zu entreißen«<sup>102</sup>, Ebert »fest in den Sattel zu setzen«<sup>103</sup> und »dem drohenden Bolschewismus das Lebenslicht auszublase«<sup>104</sup>. Vor allem sollten die »Spartakusleute und sonstigen radikalen Elemente« entwapnet werden<sup>105</sup>. Das Generalkommando, das unter dem General Lequis für die Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion in Berlin gebildet wurde, plante jeden, der ohne Waffenschein noch Waffen besaß, zu erschießen, und jeden, der Kriegsmaterial einschließlich Kraftwagen behielt, standrechtlich abzuurteilen<sup>106</sup>. Alle Ersatztruppen sollten aufgelöst, die Autorität der Offiziere in vollem Umfang wiederhergestellt und die Behörden in ihre vorrevolutionären Befugnisse wieder eingesetzt werden<sup>107</sup>.

Um die Realisierung ihres Planes gegen alle eventuellen Behinderungen zu sichern, setzte die OHL die Verordnung des Vollzugsrats über die Neuordnung der Kommandoverhältnisse kurzerhand außer Kraft und wies Lequis an, selbständig zu handeln und »nötigenfalls alle entgegenstehenden Anweisungen von Regierungsorganen oder militärischen Stellen, auch des Kriegsministers, abzulehnen«<sup>108</sup>. Ebert und möglicherweise auch Giebel waren in diesen Plan eingeweiht<sup>109</sup>. Daß er scheiterte, lag zum Teil daran, daß Ebert Bedenken hatte, teils an Unstimmigkeiten zwischen dem Generalkommando Lequis und dem preußischen Kriegsminister, vor allem aber daran, daß sich die Truppen alsbald nach ihrem Einzug in Berlin auflösten. »Weihnachten zu Hause feiern wurde zur Parole, die Leute waren nicht mehr zu halten.«<sup>110</sup> Ob sie sich für die Ziele der OHL hätten gebrauchen lassen, ist allerdings höchst fraglich. Auch das heimkehrende Feldheer

nämlich stand in seiner überwiegenden Mehrheit hinter der SPD/USPD-Regierung. Den Offizieren folgte es nur so lange, wie ihre Befehle dazu angetan waren, die Regierung zu unterstützen. »Zu Maßnahmen gegen den Willen der Regierung«, erkannte Harbou, wären die Truppen »nicht zu haben gewesen. Die Autorität der Offiziere reichte hierzu nicht mehr aus.«<sup>111</sup>

Gewiß hatte dieser Plan nicht die Wiederaufrichtung der Monarchie zum Ziel und war in diesem Sinne nicht konterrevolutionär; das politische Interesse der OHL richtete sich um diese Zeit auf die baldige Einberufung der Nationalversammlung<sup>112</sup>. Gegenrevolutionär aber war der Einzugsplan insofern, als er sich ausdrücklich gegen die Spartakisten und indirekt auch gegen die Unabhängigen richtete, die kraft revolutionären Rechts im Rat der Volksbeauftragten saßen. Die OHL beanspruchte also nicht weniger, als die Grenzen der Revolution zu ziehen und zu bestimmen, welchen Kräften im neuen Deutschland politisch entscheidender Einfluß zugebilligt werden sollte und welchen nicht. Schon einen Monat nach dem Umsturz demonstrierte sie hiermit in aller Deutlichkeit ihren Anspruch, einen eigenständigen innenpolitischen Faktor darzustellen.

Kurz nach dieser »schweren Schlappe«<sup>113</sup> ergab sich für die Offiziere jedoch eine neue Gelegenheit, die Beseitigung der Räte und der bewaffneten Arbeitereinheiten in der Reichshauptstadt in Angriff zu nehmen, nämlich mit der Sistierung des sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels durch die Volksmarinedivision am 23. Dezember 1918. Jetzt brachte Groener Ebert dazu, »sein Herz über die Barrikade zu werfen« und sich der »Säuberung Berlins mit der Waffe« nicht länger zu widersetzen<sup>114</sup>. Am folgenden Tage, dem Heiligen Abend, griff das Generalkommando Lequis die Volksmarinedivision an. Zwar endete auch diese Aktion für die Militärs mit einem Fiasko; die Volksmarinedivision blieb bestehen, während das Generalkommando Lequis aufgelöst wurde<sup>115</sup>.

Aber politisch kamen die Offiziere einen wichtigen Schritt weiter. Das Ansehen der mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten verfiel unter der Berliner Arbeiterschaft jetzt rapide. Die Bestattung der gefallenen Matrosen gestaltete sich zu einer Sympathiekundgebung für die Linke. Im Leichenzug wurden Schilder mit der Aufschrift getragen: »Des Matrosenmordes klagen wir an Ebert, Landsberg und Scheidemann«<sup>116</sup>. Um nicht ebenfalls das Vertrauen ihrer Anhänger zu verlieren, verließen die Unabhängigen den Rat der Volksbeauftragten<sup>117</sup>. An ihre Stelle traten Noske und Wissell. Mit letzterem kam jetzt auch ein gewerkschaftlicher Spitzenfunktionär in die revolutionäre Zentralinstanz – übrigens ohne daß die Generalkommission vorher informiert, geschweige denn konsultiert worden wäre; Legien erfuhr von der Ernennung Wissells erst aus der Zeitung<sup>118</sup>.

Politisch verhängnisvoll wurde der Bruch zwischen SPD und USPD dadurch, daß der Riß innerhalb der Arbeiterschaft, der sich im November und Dezember 1918 weitgehend geschlossen hatte, nun von neuem aufbrach und sich tiefer auftat als je zuvor. Die Gegensätze zwischen beiden Lagern wurden so groß, daß der Ausbruch offener Kämpfe zwischen ihnen nur noch eine Frage der Zeit und des Anlasses schien. Damit trat eine Konstellation ein, wie sie eine generalstabsmäßige Planung nicht vorteilhafter für die Interessen der OHL hätte ersinnen können. Denn nach dem bisherigen Verlauf der Revolution konnte als sicher gelten, daß ein solcher Bruderkampf die Mehrheitssozialisten noch weiter in die Arme des Offizierskorps treiben, also dessen Position und damit diejenige der im November politisch besiegten Kräfte weiter festigen würde.

### *Freikorps und Januarkämpfe 1919*

Einstweilen allerdings fehlten den Offizieren die militärischen Kräfte, um in den Konflikt zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Linken einzugreifen und ihren eigenen Machtanspruch geltend zu machen; die Vorgänge in Berlin hatten dies in überraschender Deutlichkeit gezeigt. Daher konzentrierten sie jetzt ihre Bemühungen darauf, für die Auseinandersetzung mit den »städtischen Arbeitermassen«<sup>119</sup> beschleunigt in ihrem Sinne zuverlässige Verbände aufzubauen. Die Aufstellung von Freiwilligentruppen, von Groener schon unmittelbar nach dem Umsturz angeregt, damals aber im Hauptquartier ohne Resonanz geblieben<sup>120</sup>, wurde genau einen Monat nach dem Sieg der Revolution in Angriff genommen<sup>121</sup> – auch dies mit Billigung Eberts<sup>122</sup>.

Ihrem politischen Zweck entsprechend, wurden sie nach dem Vorbild der alten preußischen Armee und als Gegenstück gegen die Soldatenbewegung konzipiert. Im ersten dieser Verbände, dem Freiwilligen Landesjägerskorps, galten »eiserne Manneszucht« und »bedingungsloser« Gehorsam und zum Zeichen dessen strenge Grußpflicht gegenüber jedem dienstlich Höherstehenden. Als »Bindeglied« zwischen Offizieren und Mannschaften waren »Vertrauensleute« vorgesehen. Ihre Kompetenzen blieben auf soziale Angelegenheiten beschränkt; ferner sollten sie die Vorgesetzten »bei Aufrechterhaltung der Manneszucht« unterstützen und Wünsche und Klagen der Truppe den Führern vortragen; Befugnisse in Kommandoangelegenheiten standen ihnen nicht zu. Im Idealfall galten sie als überflüssig; denn »je edler die Truppe ist und je inniger Truppe und Führer miteinander verwachsen sind, um so seltener wird die vermittelnde Tätigkeit der Vertrauensleute nötig sein«<sup>123</sup>. Die Wiederaufrichtung der Offiziersautorität

entschied auch über die politische Ausrichtung der Freikorps. General Maercker, der Führer des Freiwilligen Landesjägerkorps, lehnte einen Eid auf den Rat der Volksbeauftragten empört ab; Offiziere, die sich als überzeugte Republikaner und Demokraten vorstellten, nahm er in seine Truppe nicht auf<sup>124</sup>.

Zur Werbung für die Freikorps entsandten die Generalkommandos an alle unteren Verwaltungsbehörden besondere Offiziere nebst einem mehrköpfigen Mitarbeiterstab<sup>125</sup>. Im übrigen wurde sie von den bürgerlichen Parteien und Interessenverbänden bis in die Reihen der christlichen Arbeiterorganisationen hinein lebhaft unterstützt<sup>126</sup>. Auch die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse beteiligte sich daran<sup>127</sup>. Winnig, seit Mitte November »Generalbevollmächtigter des Reiches für die baltischen Länder«, setzte sich sogar schon im Dezember 1918 bei seinen Parteifreunden in der Revolutionsregierung für die Aufstellung von Freikorps im Baltikum ein<sup>128</sup>.

Trotzdem blieb der Anteil politisch und gewerkschaftlich organisierter Industriearbeiter minimal<sup>129</sup>. Infolgedessen setzten sich die Freikorps anfänglich fast ausschließlich aus aktiven Offizieren und Unteroffizieren zusammen, ferner aus Beamten<sup>130</sup>, Studenten und Schülern, Angestellten und kleinbürgerlichen Elementen, später auch aus Bauern. Sofern sie in den folgenden Monaten Zulauf aus der Arbeiterschaft erhielten, handelte es sich fast ausschließlich um Landarbeiter oder um Personen aus dem Kleinbürgertum nahestehenden Randschichten der Arbeiterschaft, vor allem um Angehörige konjunkturabhängiger Berufe aus standortungünstigen Regionen, in denen die Wirtschaftskrise nach Kriegsende besonders spürbar war<sup>131</sup>.

Als Anfang Januar 1919 die Spartakusunruhen in Berlin ausbrachen, suchte die Regierung bei den Freikorps Zuflucht, und das Kalkül der Offiziere ging auf. Dies ist um so bemerkenswerter, als jetzt in der Reichshauptstadt auch rein mehrheitssozialistische Freikorps entstanden, namentlich die »Republikanische Schutztruppe«, die einige tausend Mitglieder umfaßte. In Potsdam bildete sich ebenfalls aus überwiegend mehrheitssozialdemokratisch eingestellten Resten der Garnison ein Regiment zum Schutz der Regierung<sup>132</sup>. Diese mehrheitssozialdemokratischen Verbände zusammen mit regierungstreuen Resten der alten Armee aber waren es, die hauptsächlich den Kampf gegen die Spartakisten führten. Die Freikorps rückten erst in Berlin ein, nachdem er entschieden war<sup>133</sup>.

Schon Rosenberg hat daraus gefolgert, daß die Regierung auch ohne die Hilfe der Freikorps die Berliner Unruhen hätte niederschlagen können<sup>134</sup>. Wenn aber in der Reichshauptstadt, in der Hochburg der linken Opposition im Reich, in einer anfänglich für die Regierung bedrohlich scheinenden

den Lage innerhalb weniger Tage eine genügend starke und disziplinierte Truppe zu mobilisieren war, um der Situation Herr zu werden, so mußte ähnliches in den übrigen Industriegegenden erst recht möglich sein. Die Januarereignisse bewiesen also erneut und deutlicher als zuvor, daß ein Potential republikanischer Arbeiter vorhanden war, auf das sich die Regierung stützen konnte, und sie zeigten, daß die Möglichkeit bestand, einsatzfähige Verbände aus überwiegend sozialdemokratischen Arbeitern aufzustellen. »Mit 10000 zuverlässigen republikanischen und demokratisch gesinnten Freiwilligen in Berlin und 50000 im Reich hätte die Regierung sich behaupten können, und sie hätte es nicht nötig gehabt, die Gefangene der militärischen Gegenrevolution zu werden«, schließt Rosenberg daraus mit Recht<sup>135</sup>.

Doch die sozialdemokratische Regierung nahm diese Möglichkeit nicht wahr. Infolgedessen vollzog sich, wie der bayerische Ministerpräsident am 18. Januar 1919 sorgenvoll notierte, kurz bevor er selbst einem Mordanschlag zum Opfer fiel, in Berlin »nicht die Sicherung der Demokratie und des Sozialismus, sondern der Anmarsch der Gegenrevolution«<sup>136</sup>. Noske, seit 6. Januar 1919 Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in und um Berlin, richtete sein Hauptaugenmerk auf die Abgrenzung und den Kampf gegen die Linke und ging hierzu ein »festes Bündnis mit den Offizieren« ein<sup>137</sup>. Er kurbelte jetzt die Aufstellung von Freikorps unter Führung alter kaiserlicher Offiziere an. Zu deren Befriedigung sah er »vollkommen ein«, daß er von ihnen »keine Gesinnungsänderung erwarten konnte«; ihm war ein Offizier, der aus seiner monarchischen Gesinnung kein Hehl machte, lieber als einer, der sich als Republikaner vorstellte<sup>138</sup>. Dabei ging er von der Annahme aus, daß die kaiserlichen Offiziere sich loyal in den Dienst der Republik gestellt hätten, ohne eigene politische Ziele zu verfolgen<sup>139</sup>. Die Freikorpsführer rühmten sich jedoch schon bald, »ein maßgebender Faktor der politischen Gegenwartslage« zu sein, und renommierten damit, daß »von den Freikorps Politik nicht zu trennen« sei<sup>140</sup>. Sie selbst nämlich verfolgten einen »rein politischen Zweck« und betrachteten ihre Truppen als »Machtmittel zur Fortsetzung der inneren Politik«, in erster Linie dazu, »die Räteherrschaft zu beseitigen, wo sie noch bestand«<sup>141</sup>.

Die politischen Absichten der Freikorps zeigte am deutlichsten die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919. Bei aller politischen Gegensätzlichkeit zwischen der SPD-Führung und den führenden Köpfen des Spartakusbundes wäre es freilich völlig abwegig zu vermuten, Ebert und seine Gesinnungsgenossen hätten diesen Mord gebilligt oder gar insgeheim begünstigt. Die Mitteilung Landsbergs, die Nachricht hiervon habe Ebert »fast zu Boden geworfen« und ihn in eine »Aufregung« versetzt, »die er auch in den schlimmsten Tagen nach der

Staatsumwälzung nicht gezeigt hatte«, ist durchaus glaubhaft<sup>142</sup>. Denn abgesehen davon, daß Ebert wie die übrigen Führer der rechten Sozialdemokratie moralisch zu integer war, als daß er Mord und individuellen Terror als Mittel des politischen Kampfes auch nur erwogen hätte, hatte die Tat für die SPD katastrophale Auswirkungen. Zwar wollte ein der Industrie nahestehendes Blatt wissen, daß in Dresden Tausende rechtssozialistischer Arbeiter auf die Mordnachricht »übereinstimmend nur den Ausdruck fanden: ›Na endlich‹ oder ›Gott sei Dank‹ oder ›Hoffentlich ist es wahr‹«<sup>143</sup>. Wer jedoch der wirkliche Nutznießer des Verbrechens war, bezeugten Bürgerliche, die offen ihr erleichtertes »Aufatmen« äußerten<sup>144</sup>.

Das Ansehen der Regierung Ebert sank jetzt selbst bei großen Teilen der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiter auf den Nullpunkt. Viele derjenigen, die bisher den Kurs der Volksbeauftragten für grundsätzlich richtig gehalten hatten, erkannten mit Schrecken und Entsetzen, welchen Fehler Ebert und Noske begangen hatten, als sie den Schutz der Revolution den alten Offizieren anvertraut und diese ermächtigt hatten, eine eigene Soldateska aufzustellen; sie schauderten bei dem Gedanken, daß der Liebknecht-Mord das Vorbild für die künftige »Verteidigung der Republik« durch die Regierungstruppen abgeben könnte. Daß es der preußischen Justiz trotz des feierlichen Versprechens des zuständigen Ministers, sie werde »alles tun, was in ihrer Macht liegt, diesen Rechtsbruch zu sühnen«<sup>145</sup>, nicht gelang, das Strafverfahren gegen die Liebknecht-Mörder der Militärjustiz zu entziehen, und daß sie ohnmächtig zusehen mußte, wie die Mörder nahezu ungeschoren davonkamen, machte zusätzlich einen verheerenden Eindruck auf die Arbeiter. So vertiefte der Liebknecht-Mord die Spaltung der Arbeiterschaft und entfremdete Millionen von Arbeitern für lange Zeit der sozialdemokratischen Führung; auf der anderen Seite festigte sich die Macht der Freikorps. Nicht zu Unrecht hat Hilferding deshalb die Berliner Januarkämpfe als »Marneschlacht der deutschen Revolution« bezeichnet<sup>146</sup>.

Die Freikorps aber gingen nach dem Liebknechtmord und der Niederschlagung der Spartakisten gegen die mehrheitssozialistischen Verbände vor, die die Hauptlast des Kampfes getragen hatten. »Sie können aufgelöst werden, weil sie überflüssig sind«, befand Maercker am 25. Januar. Es seien »in und um Berlin jetzt genügend zuverlässige und in Manneszucht befindliche Truppen vorhanden, die einem Aufflackern der spartakistischen Bewegung begegnen können«<sup>147</sup>. Zwar blieben die Wehren vorerst noch bestehen, weil die Regierung sich zu ihrer Auflösung nicht bereithalten mochte, um ihre Vertrauensbasis in der Arbeiterschaft nicht noch mehr zu erschüttern. Die Offiziere aber ließen keine Mittel ungenutzt, um ihnen das Fortbestehen zu verleiden<sup>148</sup>.

Trotz allem billigten namhafte Gewerkschaftsführer die Entscheidung Noskes und verteidigten das Vorgehen der Freikorps. Grzesinski teilte Anfang Januar 1919 zwar die Befürchtung, die Freikorps könnten »zu irgend einer Zeit einmal recht unliebsam werden«, wenn die »Hinzuziehung der bürgerlichen Elemente weiterhin so wahllos und ohne Kontrolle« erfolge, und regte deshalb eine »verstärkte Agitation unter den Arbeitern« für den Beitritt zu den Freiwilligentruppen an. Dennoch sprach er sich für die bewaffnete Niederschlagung der Unruhen in Berlin aus<sup>149</sup>. Heinrich Zwosta, DMV-Sekretär und sozialdemokratischer Stadtverordneter in Nürnberg, seit November 1918 Mitglied des siebenköpfigen Aktionsausschusses der bayerischen Arbeiterräte, erklärte bündig: »Wenn wir im Kampf stehen, so ist es ganz gleich, ob da ein Militär oder ein Genosse kämpft. . . . Das Gesindel, das sich in den Straßen herumtreibt, muß ordentlich bekämpft werden.«<sup>150</sup>

Die Holzarbeiterzeitung billigte die Aufstellung der Freikorps »zur Abwehr der drohenden Gefahr«<sup>151</sup>. Der einzige Vorwurf, »der mit einer gewissen Berechtigung« gegen die Volksbeauftragten erhoben werden könne, sei der, »aus Scheu vor Blutvergießen zu lange gezögert [zu] haben, von den staatlichen Machtmitteln Gebrauch zu machen«<sup>152</sup>. Emil Kloth, noch immer Vorsitzender des Buchbinderverbandes, jedoch mittlerweile auch Kolumnist der »Täglichen Rundschau«, eines der bevorzugten Organe der Großgrundbesitzer und Konservativen, verurteilte die Spartakisten vor allem deshalb, weil ihre Besetzung Berliner Druckereien viele Buchbinder arbeitslos gemacht habe; die Verbandskasse hätte »bluten« müssen, um sie zu unterstützen, wenn es der Regierung nicht glücklicherweise gelungen wäre, die Spartakisten gewaltsam zu vertreiben<sup>153</sup>. Deutlicher konnte er seine Auffassung, derzufolge die Gewerkschaften völlig unpolitische Lohn- und Arbeitsplatzversicherungsunternehmen darstellten, kaum aussprechen.

### *Die Liquidierung der Soldatenräte im Frühjahr 1919*

Ebensowenig wie die Gewerkschaftsführer war die sozialdemokratische Regierung bereit, ihre Militärpolitik zu revidieren. Wenige Tage nach dem Liebknechtmord erließ sie die Ausführungsbestimmungen zu den Hamburger Punkten<sup>154</sup>. Der Beschluß des Rätekongresses war darin bis zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Die Kompetenzen der Soldatenräte wurden auf soziale und wirtschaftliche Fragen und Disziplinarangelegenheiten beschränkt. Von einer Mitwirkung bei »rein militärischen« Befehlen in bezug auf Ausbildung, Führung und Verwendung der Truppen bleiben sie ausgeschlossen. Sie erhielten lediglich die Befugnis, darüber zu wachen,

daß die Führer »ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung mißbrauchen«. Wie sie diese Kontrolle ausüben sollten, blieb offen. Denn weder wurde ihnen ein Mitentscheidungsrecht bei der Auswahl der Offiziere zugebilligt noch ein Recht zur Gehorsamsverweigerung. Auch Regelungen für Kommunikation und Kooperation zwischen den Soldatenräten auf den verschiedenen Befehlsebenen der Armeekorps oder gar zwischen verschiedenen Armeekorps fehlten gänzlich.

Diese Verordnung beseitigte also die Soldatenräte als Kontroll- und Mitbestimmungsinstanz und lieferte das Heer wieder ganz der Macht der Offiziere aus. Daß mit ihr gleichzeitig alle Soldaten einschließlich der Offiziere auf den unbedingten Gehorsam gegenüber der Regierung verpflichtet und die oberste Kommandogewalt des Rates der Volksbeauftragten im Auftrage des Zentralrats bestätigt wurde, bedeutete wenig, weil die wirklichen Machtverhältnisse innerhalb des Heeres davon fast unberührt blieben. Für die mobilen Truppen, die Freikorps und die Grenzschutzverbände, die eigentliche Gegenmacht gegen die Arbeiterwehren und die Räte, hatte sie ohnehin keine Gültigkeit.

Unter den noch bestehenden Soldatenräten, den Arbeitern und ehemaligen Soldaten löste diese Verordnung einen Entrüstungssturm aus<sup>155</sup>. Doch auch unter den Offizieren regte sich heftiger Widerspruch. Daß die Soldatenräte, in denen sie in der Mehrzahl »Feinde der straffen Ordnung« und der Regierung, Kriminelle, Fahnenflüchtige, also »Verbrecher«, oder einfach dahergelaufene, großspurige Lummel sahen, überhaupt legitimiert wurden, wenn auch nur vorläufig und nur für das in Auflösung begriffene alte Heer, erschien ihnen als eine ungeheuerliche Verbeugung der Regierung »vor der Straße«<sup>156</sup>. Daß die Soldatenräte gar die Offiziere politisch überwachen sollten, empfanden sie als glatte »Verhöhnung«<sup>157</sup>. Die OHL, die wegen der Kämpfe an der Ostgrenze des Reiches weiterhin bestehen blieb und Mitte Februar ihren Sitz von Wilhelmshöhe nach Kolberg verlegte<sup>158</sup>, machte sich zum Sprachrohr dieser Stimmungen. Ermutigt durch die Vorbehalte der Regierung gegenüber der Rätebewegung und die Unterstützung, die sie beim Offizierskorps gesucht hatte, außerdem bestärkt durch den Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung, forderte sie jetzt die völlige Beseitigung der Soldatenräte; denn diese seien »der Tod jeder Autorität und damit jeder Staatsgewalt überhaupt«. Gegen die »Auswüchse der Soldatenratswirtschaft . . ., die von machthungrigen und z. T. moralisch ganz üblen Elementen herbeigeführt sind und dauernd erweitert« würden, gäbe es nur ein Mittel, konstatierte sie Ende Januar: »Rücksichtslose Anwendung der Macht«<sup>159</sup>.

Wenn es den Offizieren lediglich um die Wiederherstellung ihrer unbeschränkten Kommandogewalt gegangen wäre, hätten sie schwerlich einen



so verbissenen Kampf gegen die Soldatenräte geführt. Denn die Verordnung stellte ihre Kommandogewalt ja gerade wieder her, und die Freikorps kannten auch jetzt keine Soldatenräte. Tatsächlich wurzelte ihre Kompromißlosigkeit in der Überzeugung, daß die Frage der Kommandogewalt »im Grunde viel mehr politische als militärische Bedeutung« hatte<sup>160</sup>. Mit der Beseitigung der Soldatenräte zielten sie auf die Beseitigung der Räte in Staat und Gesellschaft überhaupt. In einem Vortrag vor den Oberbefehlshabern am 22. März 1919 bezeichnete Groener die Soldatenräte »restlos als Übel« und als »die größten Feinde baldiger Gesundung, weil sie die politische Macht anstreben und jede Disziplin untergraben«. Die Arbeiterräte seien »ebenso gefährlich, wenn die Sozialisierung auf alle Betriebe ausgedehnt würde«. Denn »bei Beherrschung aller Betriebe durch die Arbeiterräte liegt die große Gefahr vor, daß die Initiative des einzelnen Unternehmers lahmgelegt und hierdurch die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens unmöglich gemacht wird«. Groener empfahl daher den Offizieren das »Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung, im besonderen der Mittel ihrer Bekämpfung«<sup>161</sup>.

Noske unterstützte das Verlangen nach völliger Abschaffung der Soldatenräte<sup>162</sup>. Auch dem preußischen Kriegsminister Reinhardt kam es vor allen Dingen darauf an, die uneingeschränkte Kommandogewalt wieder in die Hand der militärischen Vorgesetzten zu bringen<sup>163</sup>. Bei den übrigen Mitgliedern der Reichsregierung, die nach den Wahlen unter Führung Scheidemanns aus SPD, Zentrum und DDP gebildet wurde, stieß das Drängen der Offiziere ebensowenig auf Widerstand. Wie zuvor die Volksbeauftragten hatten auch sie »wenig Verständnis« für die Notwendigkeit, den Schutz der Republik einer zweifelsfrei loyalen Truppe anzuvertrauen, wie sich der damalige preußische Innenminister Heine erinnert. Die Interessen des Zentrums erschöpften sich in dem »Streben nach Macht für die kirchlichen Kreise«; die DDP »stand der Reichswehr gleichgültig gegenüber«; und die SPD verhielt sich gegenüber dem Problem der militärischen Sicherung der Republik »geradezu ablehnend«<sup>164</sup>.

Infolgedessen war alles Drängen der Soldatenräte auf Abänderung der Verordnung vom 19. Januar im Sinne der Beschlüsse des Rätekongresses zum Scheitern verurteilt. Vielmehr gab die Regierung dem Drängen der Offiziere jetzt gänzlich nach. Mit dem »Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr« vom 6. März 1919 wurde das alte Heer formell aufgelöst<sup>165</sup> und damit den Soldatenräten der gesetzliche Boden entzogen. Zum Grundstock der neuen Armee bestimmte das Gesetz die Freikorps. Bestehende Volkswehren und ähnliche Verbände konnten ihr mit Zustimmung des Reichswehrministers angegliedert werden. Sofern dieser aber die Angliederung verweigerte, war auch ihr Ende besiegelt.

Zwar sollte die Reichswehr »auf demokratischer Grundlage« errichtet werden. Andere Bestimmungen als die Vorschrift, daß bewährte Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden könnten, enthielt das Gesetz jedoch nicht, um dieses Ziel zu erreichen. Die Ausführungsbestimmungen standen ihm sogar vollends entgegen. Nur Auswahl, Beförderung und Entlassung der Generale wurden dem Reichspräsidenten übertragen, der jedoch an die Vorschläge des Reichswehrministers gebunden war. Die personellen Entscheidungen für das übrige Offizierskorps blieben in der Hand der militärischen Stellen; die Regimentskommandeure behielten also auch den für den Nachwuchs entscheidenden Einfluß auf die Auswahl der jungen Offiziere. Führer angegliederter Volkswehren bedurften der Bestätigung. Damit wurden alle Wahlen von Vorgesetzten durch ihre Untergebenen unerheblich. Ein Mitspracherecht der Mannschaften bei der Offiziersauswahl war nirgends vorgesehen. Die Beförderung von Offizieren, die linker Tendenzen Verdächtig waren, konnte danach als ausgeschlossen gelten, erst recht die Ernennung sozialdemokratischer Unteroffiziere zu Offizieren. Da die Generalkommandos für die Rekrutierung zuständig blieben, war auch die Aufnahme sozialistisch gesonnener Arbeiter in die Mannschaften fraglich. Soldatenräte kannte das Gesetz nicht einmal mehr dem Namen nach. Als Interessenvertretung der Soldaten waren nur noch Vertrauensräte vorgesehen, ihre Kompetenzen auf das Vorbringen von Beschwerden über Vorgesetzte und ein Anhörungsrecht in Fragen der Ernährung, Löhnung, Bekleidung und Unterbringung der Mannschaften beschränkt.

Mit diesem Gesetz wurde das Offizierskorps in seine alten Machtpositionen wieder eingesetzt. Damit waren die Ansätze für eine demokratische Reform der Heeresorganisation, für eine Erneuerung und soziale Öffnung des Offizierskorps, für eine engere Verbindung von Armee und Arbeiterschaft beseitigt und die Chance, die Reichswehr zu einem zuverlässigen Instrument der demokratischen Republik zu machen, schon bei ihrer Gründung vertan. Zwar verstummte die Forderung nach Auflösung der Freikorps und nach Aufstellung einer Volkswehr aus politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auch jetzt noch nicht, ebensowenig wie das Verlangen nach der Wahl der Führer durch die Mannschaften und nach gesetzlicher Verankerung der Soldatenräte<sup>166</sup>. Aber sie hatten keinerlei Realisierungschancen mehr.

Wo sie noch bestanden, wurden die Soldatenräte jetzt abgeschafft oder wenigstens entmachtet. Die OHL hatte schon zuvor unauffällig versucht, die Soldatenräte abzusetzen, mindestens einzuschüchtern, zu diskreditieren, zu korrumpieren oder auf andere Weise zur Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht herabzudrücken<sup>167</sup>. Jetzt ging sie offen daran, sie zu beseitigen, »nötigenfalls durch Waffengewalt«, doch so, daß bei Konflikten »das Un-

recht offenkundig bei den Soldatenräten« lag<sup>168</sup>. Lüttwitz sorgte dafür, daß auch in den mehrheitssozialistischen Berliner Freiwilligenverbänden die Soldatenräte und die mit ihnen zusammenarbeitenden gewählten Kommissare abgeschafft wurden<sup>169</sup>.

Auch hierbei wurden die Generäle von sozialdemokratischer Seite unterstützt. Otto Hörsing etwa stellte sich gegen die »Republikanische Garde«, die sich in Kattowitz formiert hatte, und erklärte: »Wir müssen Kompanien mit richtigen Offizieren schaffen, eine Truppe, an deren Spitze kein gebildeter Mensch steht, ist keine Truppe.«<sup>170</sup> Gleichzeitig billigte er die Auflösung der Soldatenräte, wobei er bemerkte: »Die ganze Gesellschaft hängt mir schon lange zum Halse heraus.«<sup>171</sup> Ende April 1919 konnte Groener über die Situation in Schlesien befriedigt mitteilen, es sei gelungen, die Kommandoverhältnisse neu zu regeln und »die Truppe wieder fest in die Hand der Führer zu bekommen«<sup>172</sup>.

Noske selbst nahm Anfang März 1919 die Auflösung des Kieler Soldatenrats in die Hand, mit dessen Bildung die Revolution im November 1918 begonnen hatte<sup>173</sup>. Daß er eigener Aussage zufolge »immer hinter der Regierung« gestanden hatte und dies »auch weiter tun« wollte, half diesem Soldatenrat ebensowenig wie den übrigen. Noske mokierte sich darüber, daß sich »einige Soldatenräte noch immer in revolutionären Traditionen« bewegten und »kein rechtes Gefühl dafür« zeigten, »daß die Revolution abgeschlossen ist und daß wir wieder eine Regierung haben«. Die Mitglieder des Kieler Soldatenrats hielten ihm vor, daß die Kieler Arbeiter »ruhig und besonnen« seien, aber in dem Augenblick, in dem der seit November 1918 mit erstaunlicher Umsicht amtierende Gouverneur Gustav Garbe, der Vorsitzende der DMV-Ortsverwaltung und des Kieler Gewerkschaftskartells, durch einen Offizier ersetzt würde, fürchten würden, »daß nun die Reaktion kommt«.

»Die Kieler sollen sich keine Sorgen machen, wenn ein Offizier als Stationschef nach Kiel kommt«, entgegnete Noske. »Dieser Offizier unterstützt mir auch. Auch ich bin Sozialdemokrat.« Sollten sich Offiziere irgendwelche »Mißgriffe« zuschulden kommen lassen, sei er »jederzeit telefonisch [zu] erreichen«. Seine einzige Konzession an die Kieler Soldatenräte bestand darin, daß Garbe bis auf weiteres als Regierungskommissar für alle politischen und Arbeiterfragen zuständig bleiben und der neu entsandte Admiral zum »engsten Zusammenwirken« mit ihm verpflichtet werden sollte. Wo die Grenze zwischen den beiderseitigen Kompetenzen verlief, blieb freilich unklar. Nur eines konstatierte Noske: »Es geht nicht an, daß der militärische Fachmann in seinen Entscheidungen gehindert wird durch eine Zivilperson.« Am Ursprungsort der Novemberrevolution blieb also vier Monate nach deren Ausbruch an militärischen Veränderungen nichts

weiter als ein auf Nebensächlichkeiten beschränkter, unverantwortlicher Soldatenrat und ein politischer Kommissar ohne jegliche gesetzliche Absicherung und mit ungeklärten Kompetenzen.

Auch an den übrigen Orten, an denen noch Soldatenräte existierten, wurden sie im Frühjahr 1919 beseitigt. Im Juli verschwanden die letzten Soldatenräte des alten Heeres<sup>174</sup>. Die Gewerkschaftsführer sahen dieser Entwicklung tatenlos zu. Aufgrund ihres Verhaltens in den Wochen nach dem politischen Umsturz ist zu vermuten, daß sie die Regierung in ihrer Haltung gegenüber den Soldatenräten eher bestärkten. Mitunter wirkten sie sogar aktiv an der Auflösung der Räte mit<sup>175</sup>. Wo sich Gewerkschaftsmitglieder oder örtliche Organisationen dagegen zur Wehr setzten, blieben sie folglich isoliert und ohnmächtig.

### *Die Haltung der Gewerkschaften zur Zerschlagung der Räte*

Das Reichswehrgesetz vom 6. März 1919 reflektiert das Kräfteverhältnis der bewaffneten Macht des Bürgertums und der des Proletariats im Frühjahr 1919. In vielen Städten gab es um diese Zeit bereits keine bewaffneten Arbeiterkräfte mehr. Denn im Anschluß an ihren Einsatz in Berlin unternahmen die Freikorps, die mittlerweile auf eine Gesamtstärke von über 200000 Mann angewachsen waren<sup>176</sup>, ähnliche Aktionen in anderen Reichsteilen.

Anfang Februar zerschlugen sie die Macht der Linksradiكالen in Bremen. Mitte Februar suchten sie das rheinisch-westfälische Industrierevier heim, danach die mitteldeutschen Industriegebiete. Anfang März kehrten sie nach Berlin zurück, um neuerliche Unruhen der Linken zu unterdrücken; dabei wurden jetzt auch die überwiegend mehrheitssozialistischen Einheiten aufgelöst oder den Freikorps eingegliedert<sup>177</sup>. Gleichzeitig wurde Braunschweig »gesäubert«. Winnig, seit Januar 1919 »Reichsbeauftragter für die Provinzen Ost- und Westpreußen« mit umfassenden Vollmachten, verfügte die gewaltsame Entwaffnung und Auflösung der Königsberger Volkwehr; sie forderte zahlreiche Todesopfer und kostete Winnig das Vertrauen weiter Teile der Königsberger Arbeiterschaft. Anschließend ließ er auch in anderen Städten Ost- und Westpreußens sowie Pommerns die »Ordnung« wiederherstellen<sup>178</sup>. Wie hier wurden die Arbeiter überall entwaffnet – sofern sie Widerstand leisteten, mit Gewalt –, die Räte abgeschafft oder wenigstens entmachtet und mehrheitssozialdemokratische oder bürgerliche Machthaber eingesetzt. Nur rund 11000 Angehörige von Volkwehren wurden in die Reichswehr übernommen<sup>179</sup>. Im Sommer 1919

war die bewaffnete Macht des Proletariats bis auf wenige Reste zerschlagen.

Wo örtliche Gewerkschaftsführer mit den Räten und den Arbeitern, die für deren Beibehaltung streikten, gemeinsame Sache machten, wurden sie von den Truppen entsprechend behandelt. Anfang April 1919 zum Beispiel ließ Noske den Magdeburger DMV-Geschäftsführer Brandes verhaften, weil er eine Versammlung von Soldatenräten geleitet hatte, in der angeblich über bewaffneten Widerstand gegen die Reichsregierung gesprochen worden war. Auf Befragen bezeichnete Noske die Verhaftung Brandes' als »sehr gut« und fügte hinzu, falls die Magdeburger Arbeiter für seine Entlassung in den Streik treten wollten, dann könnten sie »lange streiken«<sup>180</sup>.

In nicht wenigen Fällen hingegen wurden die Offiziere bei ihren Aktionen von örtlichen Gewerkschafts- und SPD-Führern unterstützt. Ein besonders krasses Beispiel hierfür bietet die militärische Besetzung Bremens Anfang Februar 1919. Den Anlaß lieferte die angebliche Gefährdung amerikanischer Lebensmittellieferungen aufgrund der inneren Verhältnisse in der Hansestadt<sup>181</sup>. In Bremen, schon während des Krieges eine Hochburg der Linksradikalen, herrschten nicht nur große Gegensätze zwischen dem aus Unabhängigen, Kommunisten und Linksradikalen bestehenden Arbeiterrat und der Bürgerschaft, sondern auch zwischen den linken Gruppen der Arbeiterschaft auf der einen und SPD und Gewerkschaften auf der anderen Seite<sup>182</sup>. Unter dem Eindruck des spartakistischen Aufstandsversuchs in Berlin proklamierten Linksradikale, Kommunisten und Unabhängige am 10. Januar 1919 die »Selbständige Sozialistische Republik Bremen«. Im Zuge der Demonstrationen, die dieser Proklamation vorangingen, wurden unter Parolen wie »Nieder mit den Gewerkschaftsbonzen« das Gewerkschaftshaus besetzt und die Gewerkschaftskassen beschlagnahmt. Wenig später wies die neue Räteregierung die Bremer Gewerkschaftsorganisationen an, innerhalb von zwei Wochen Mitgliederversammlungen abzuhalten, um über die Neuwahl der Angestellten und die weitere Zukunft der Gewerkschaften zu befinden. Die Ortsgruppen aller freigewerkschaftlichen Verbände jedoch verurteilten diese Vorfälle, lehnten trotz teilweise scharfer Kritik an der Kriegspolitik der Gewerkschaften deren Zerschlagung entschieden ab, sprachen sich gegen die kommunistische Parole einer Einheitsgewerkschaft aus und unterliefen die Forderung nach Neuwahlen<sup>183</sup>.

Auch an anderen Stellen stieß die Bremer Räteregierung schon bald an die Grenzen ihrer Macht. Die Unabhängigen und der Arbeiter- und Soldatenrat setzten die Abhaltung der Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durch, und als die Bremer Banken die Kredite sperrten, war die Räteregierung mit ihrem Latein am Ende. Am 21. Januar erklärten sich die

Kommunisten mit der Ausschreibung von Wahlen zur Bremer Bürgerschaft einverstanden. Als die Reichsregierung trotzdem Vorbereitungen zur militärischen Besetzung der Stadt traf, gelang es dem Führer der Bremer Unabhängigen, Alfred Henke, sogar, unter Hinweis auf die Gefahr, die der gesamten Arbeiterschaft drohte, eine Verständigung zwischen den Linksparteien darüber herbeizuführen, daß alle Arbeiter ihre Waffen an die Soldatenräte abliefern, die sich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verbürgten<sup>184</sup>. Diese Vereinbarung wurde von den Bremer Volksbeauftragten, Soldatenräten und Sozialdemokraten, dem Soldatenrat des IX. Armeekorps und Vertretern der Soldatenräte von Hamburg, Altona, Wandsbek und Oldenburg, die den Bremer Arbeitern zu Hilfe kommen wollten, bestätigt. Gleichzeitig erklärte sich die Bremer Räteregierung zum Rücktritt bereit.

Noske aber verweigerte die Zustimmung und verlangte die Ablieferung der Waffen an die Division Gerstenberg, die sich mittlerweile vor der Stadt zum Einmarsch rüstete. Als die Bremer dies ablehnten, gab er Gerstenberg den Befehl, die Stadt zu besetzen. Militärisch war dies unnötig, denn die Räteregierung war ohnehin am Ende, die Soldatenräte nach allen Erfahrungen in der Lage, die Ordnung zu gewährleisten. Noske jedoch wollte ein Exempel statuieren und vor den Offizieren, die von ihm ein scharfes Vorgehen erwarteten, nicht das Gesicht verlieren; blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Regierungstruppen nahm er in Kauf.

Beim Einmarsch der Division Gerstenberg am 4. Februar 1919 fanden 26 Arbeiter und 46 Regierungssoldaten den Tod<sup>185</sup>. Beim Divisionsstab befand sich Carl Deichmann, der Vorsitzende des in Bremen ansässigen Tabakarbeiterverbandes und SPD-Abgeordneter im letzten Reichstag und in der Nationalversammlung. Noske zufolge tat die Division nichts, was Deichmann nicht gebilligt oder für notwendig erklärt hatte<sup>186</sup>. Deichmann war also mitverantwortlich für die Opfer. Die Reichsregierung aber honorierte seine Dienste, indem sie ihn zusammen mit Karl Winkelmann, dem Vorsitzenden des Böttcher-Verbandes, und drei weiteren Sozialdemokraten zum Mitglied der provisorischen bremischen Regierung ernannte. Diese verhängte alsbald den Belagerungszustand, erklärte die Räteorganisationen für aufgehoben und kündigte die unverzügliche Einberufung einer bremischen Konstituante an<sup>187</sup>. Deren Präsident wurde der Leiter der Verwaltungsstelle des Transportarbeiterverbandes. Es paßt zu dieser Rolle der örtlichen Gewerkschaftsführer, daß Noske in der SPD-Fraktion der Nationalversammlung den lautesten Beifall für die militärische Besetzung Bremens von Seiten der Generalkommission erhielt<sup>188</sup>.

Unter vielen Bremer Gewerkschaftsmitgliedern aber löste die Tatsache, daß »die Noske-Garden in Bremen einzogen und mit Hilfe der Gewerk-

schaftsangestellten die Arbeiterbewegung niederknüppelten«, wie es ein Delegierter auf dem Transportarbeiterkongreß 1919 formulierte<sup>189</sup>, Empörung und Widerwillen aus. Versammlungen konnten sie wegen des Belagerungszustandes nicht abhalten; wollten sie das Verbandsbüro aufsuchen, mußten sie »ungeheure Umwege machen, weil überall die berühmten Plakate hingen: ›Halt, wer weitergeht, wird erschossen!‹ «<sup>190</sup> Ihre Erbitterung wurde zusätzlich dadurch genährt, daß bürgerliche Gerichte eher zur Entlassung der aus politischen Gründen inhaftierten Arbeiter zu bewegen waren als die Gewerkschaftsfunktionäre in der bremischen Regierung<sup>191</sup>.

Die Mehrheit der Bremer Gewerkschafter wechselte daher ins Lager der Opposition. Die Mitglieder des Böttcherverbandes erkannten Winkelmann nicht mehr als Vorsitzenden an. Die Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes sprach ihrem bisherigen Vorsitzenden, der ebenfalls ein Regierungsamt übernommen hatte, ein »scharfes Mißtrauensvotum« aus und untersagte ihm das Betreten des Verbandsbüros. Die Generalversammlung der Bremer Metallarbeiter entließ alle mehrheitssozialdemokratisch orientierten Funktionäre, wählte einen Kommunisten zum neuen Bevollmächtigten und sprach sich für eine revolutionäre »Einheitsorganisation auf der Grundlage des Rátesystems« aus<sup>192</sup>. Viele Hafendarbeiter und Seeleute traten aus dem Transportarbeiterverband aus und wurden Mitglied in einer Konkurrenzorganisation, dem Deutschen Seemannsbund; die Verbleibenden sprachen zwei Verbandsangestellten das Mißtrauen aus, lehnten eine weitere Zusammenarbeit mit ihnen ab und forderten ihre sofortige Entlassung<sup>193</sup>. Auch im Gewerkschaftskartell setzte sich die Opposition durch. Erst als Kommunisten und Linksradikale auf den Austritt aus den Gewerkschaften und den Beitritt zur Arbeiterunion drängten, wurde diese Bewegung rückläufig<sup>194</sup>.

Hilfsdienste, wie sie Gewerkschaftsfunktionäre außer in Bremen auch in anderen Städten den konterrevolutionären Truppen leisteten, boten jedoch keinen Schutz davor, daß sich die Freikorps bei der Verfolgung von Spartakisten und deren wirklichen oder vermeintlichen Sympathisanten nicht auch an Einrichtungen der Gewerkschaften vergriffen. In dem Maße, in dem die Macht der Freikorps zunahm, richteten sich ihre Aktionen gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen überhaupt. Ein Beispiel hierfür bietet die Besetzung Leipzigs Anfang Mai 1919. Bei dieser Aktion leistete der vom Gewerkschaftskartell angestellte mehrheitssozialdemokratische Arbeitersekretär Otto Mylau als Kommissar der Landesregierung dem General Maercker nach dessen eigenem Bericht »vorzügliche Dienste« und half ihm »treu ... die Ordnung ... ohne schwere Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens wiederherzustellen«<sup>195</sup>.

Mylau billigte es, daß über Leipzig das Kriegerrecht verhängt und damit

den Arbeitern alle Versammlungen und Demonstrationen verboten wurden, daß der Arbeiterrat aufgelöst, namhafte Führer der Unabhängigen und Kommunisten ohne Rücksicht auf ihre Immunität als Abgeordnete verhaftet und zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, daß das Militär zur Sabotage des von der USPD aufgerufenen Generalstreiks den Schutz der Arbeitswilligen übernahm, jedem Streikenden mit Entlassung drohte und Streikposten verhaften ließ, daß die unabhängige »Leipziger Volkszeitung« erst verboten, dann unter Vorzensur gestellt und die kommunistische »Rote Fahne« unterdrückt wurde. Schließlich ließ er die Entwaffnung der Arbeiterschaft und die Bewaffnung des Bürgertums in zahlreichen Selbstschutzorganisationen ebenso zu wie die drakonische Spruchpraxis der Standgerichte<sup>196</sup>. Ein Handlungsgehilfe etwa, der zu Regierungssoldaten gesagt hatte, »sie wären doch nur dazu da, die Geldsäcke zu beschützen«, wurde zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt<sup>197</sup>.

Auch die Gewerkschaften blieben dabei von den Säuberungsaktionen der Freikorps nicht verschont. Gewerkschaftsversammlungen wurden verboten, Gewerkschaftsbüros, selbst der Arbeitsnachweis der Zimmerer und Bauarbeiter, durchsucht und besetzt, ihre Telefonanschlüsse gesperrt, Gewerkschaftsleiter verhaftet und gewerkschaftliche Vertrauensleute von Standgerichten abgeurteilt<sup>198</sup>. Als sich das Leipziger Kartell hierüber bei der sächsischen Regierung beschwerte, antwortete der Arbeitsminister melancholisch, die Regierungsmitglieder hätten »keinen Einfluß auf Maercker«, sondern wüßten im Gegenteil »genau, daß die Reichswehrtruppen eine Gefahr für sie selbst seien«<sup>199</sup>. Ein Funktionär des Textilarbeiterverbandes zog daraus die bittere Erkenntnis, »daß die Militärdiktatur, die wir während der Kriegszeit verflucht und verwünscht haben, der sächsischen Regierung bereits wieder über den Kopf gewachsen ist. Nur mit dem Unterschied, daß sie schlimmer tobt. Während des Krieges hat man nur den Maulkorbzwang des Redeverbots verhängt, heute sperrt man die unbequemen Geister ein oder man schlägt sie tot.«<sup>200</sup>

Mylau aber mußte erfahren, daß ihm seine Judasrolle von niemandem gedankt wurde. Von den Vertretern der Leipziger Arbeiterschaft, die mehrheitlich der USPD angehörte, mußte er sogar in Anwesenheit Maerckers »offenkundige Zeichen der persönlichen Abneigung, ja der Verachtung über sich ergehen lassen«; sie behandelten ihn als einen Verräter, »der sich dazu hergab, ... die Gegenrevolution zu betreiben«<sup>201</sup>. In der Zahlstelle des Buchbinderverbandes, dem er angehörte, wurde er »moralisch gestäubt« wie »noch nie ... in Leipzig ein Mann von seinen Berufskollegen«<sup>202</sup>; seine Gewerkschaft schloß ihn aus<sup>203</sup>. Maercker jedoch hatte nach der Besetzung der Stadt keine Verwendung mehr für ihn; ebenso wenig die



Industriellen, die den »glücklich gelungenen Streich gegen die Spartakisten« in Leipzig »mit Freude« begrüßten und der sächsischen Regierung ihren Dank dafür aussprachen, »daß sie in so kluger und vorsichtiger Weise es fertig gebracht hat, der Staatsgewalt nun auch in Leipzig Achtung zu verschaffen«<sup>204</sup>.

Trotz ihrer Übergriffe spendete Noske den Freikorps ungeteiltes Lob. Dem österreichischen Sozialisten Julius Braunthal, der nach den Berliner Märzkämpfen seine Sorge äußerte, daß die Freikorps »der Republik den Kragen umdrehen würden«, erwiderte er scharf: »Das lassen Sie meine Sorge sein. Die Führer der Freikorps sind bessere Deutsche als die Spartakisten.«<sup>205</sup> Nach einer Inspektion des Korpsbezirks Münster Mitte April 1919 zollte er den Freiwilligentruppen »volle Anerkennung« und dankte ihnen dafür, daß sie »in der richtigen Erkenntnis der außerordentlichen Gefahren, die dem Vaterland gedroht haben und noch drohen, wieder zu den Waffen gegriffen haben, um ihr Vaterland und die Regierung vor dem Zusammenbruch zu retten«. Nur »schärfste Disziplin und strengste Selbstzucht, die sich schon äußerlich zeigen müssen, lassen brauchbare Truppen entstehen«, wiederholte er hier und rief die Freikorps auf, an diesem Grundsatz festzuhalten, »denjenigen zum Trotz, die entweder in den Freiwilligen ihre Feinde sehen oder selbst zum Eintritt in die Freiwilligen-Verbände zu schlapp« seien. »Wie der Gedanke auftauchen kann, daß die Freiwilligen-Verbände dazu mißbraucht werden sollten, um dem Volke seine nun errungene Freiheit wieder zu nehmen«, schien ihm unverständlich. Die Absicht, »das Bilden von Freiwilligen-Verbänden zu verhindern«, bezeichnete er deshalb als »verbrecherisch«<sup>206</sup>.

Unter den Offizieren und im Bürgertum erntete Noske für seine Militärpolitik Lob und Anerkennung. »Noske ist bis jetzt der einzige, der etwas Positives geleistet hat«, meinte Reusch Ende Mai 1919. »Seine Schaffung der Freikorps war eine Tat, die uns vor dem vollständigen Untergang rettete«<sup>207</sup>. Unter den Arbeitern aber löste sie Erbitterung und tiefe Enttäuschung aus und trug entscheidend dazu bei, daß sich Millionen von Arbeitern von der Sozialdemokratie ab- und den Unabhängigen und den Kommunisten zuwandten. Noske wurde zum Inbegriff eines mehrheitssozialistischen Spitzenfunktionärs, der mit dem Klassegegner paktierte und die Interessen derjenigen, deren Vertrauen ihn in sein Amt befördert hatte, mißachtete. »Wenn schon eine Einigung mit den Mehrheitssozialisten einst möglich sein sollte, mit einem Noske niemals«, erklärte der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Hermann Jäckel, der selbst der USPD angehörte, im Mai 1919<sup>208</sup>.

Die Entmachtung der Soldatenräte, die Zerschlagung der Arbeiterwehren, schließlich die beispiellose Brutalität der Freikorps gegenüber den Ar-

beitern erzeugten schon in den ersten Monaten der Weimarer Republik zwischen Arbeiterschaft und Armee eine abgrundtiefe Entfremdung. Reichswehr und Reaktion wurden für viele Arbeiter zum Synonym. Die Bereitschaft, durch Eintritt in die Armee zu ihrer Demokratisierung beizutragen oder wenigstens ihre Verwendung gegen die demokratische Staatsverfassung zu verhindern zu helfen, wurde gerade bei den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern auf Jahre hinaus verschüttet.

Anfang April 1919 sprach die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter und Soldatenräte »jedem, der sich bei den Freiwilligenverbänden anwerben läßt, ihre schärfste Verachtung aus«, und erklärte »alle, die in den Freiwilligenverbänden Henkersdienste am deutschen Proletariat leisten, für unwürdig, in aller Zukunft noch mit deutschen Proletariern zusammenzuarbeiten«. Sie forderte daher »alle deutschen Proletarier auf, unverzüglich Beschlüsse in dem Sinne zu fassen, daß sie es ablehnen, mit ehemaligen Zugehörigen der Noskegardien zusammenzuarbeiten«<sup>209</sup>. Viele Gewerkschaftsorganisationen befolgten diesen Appell. Der Handlungsgehilfenverband beschloß den Ausschluß aller Mitglieder, die sich den Freiwilligentruppen anschlossen oder angeschlossen hatten. In Hamburg faßte eine Versammlung der Elektriker den Beschluß, alle Berufsangehörigen, die einer Regierungstruppe angehörten oder angehört hatten, »nicht mehr als Kollegen zu betrachten« und jede Zusammenarbeit mit ihnen zu vermeiden. Die Werftarbeiter der AG Weser in Bremen nahmen eine Resolution an, alle diejenigen, die sich dem Grenzschutz, der Bremer Regierungsschutztruppe oder der bürgerlichen Bremer Stadtwehr angeschlossen hatten, von der Beschäftigung auf der Werft in Zukunft auszuschließen<sup>210</sup>. Ähnliche Beschlüsse faßten zahlreiche weitere Organisationen in allen Teilen des Reiches<sup>211</sup>.

Auf die Truppen blieben sie nicht ohne Eindruck<sup>212</sup>. Ohnehin herrschte unter den Soldaten wegen der sich abzeichnenden Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages »größere Unruhe«; die Frage »wann werde ich auf die Straße gesetzt?« spukte »in allen Köpfen«<sup>213</sup>. Die Boykottbeschlüsse verdüsterten bei der herrschenden Arbeitslosigkeit die Berufsaussichten derjenigen Soldaten noch mehr, die gezwungen sein würden, aus den Truppen auszuschneiden und sich eine neue Erwerbsmöglichkeit zu suchen. Zwar wurden mit Unterstützung der Regierung, in Zusammenarbeit mit der Industrie und mit finanzieller Unterstützung bürgerlicher Verbände vereinzelte Versuche unternommen, Freikorpsoldaten zu Arbeitsbrigaden zusammenzufassen und für produktive Zwecke in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Bergbau einzusetzen; doch sie kamen über Ansätze nicht hinaus und blieben zahlenmäßig unbedeutend<sup>214</sup>.

In eine besonders schwierige Lage gerieten die rund 25000 aktiven und

über 40000 beurlaubten Offiziere, Offiziersaspiranten und höheren Militärbeamten, ferner die mehr als 80000 Berufsunteroffiziere der alten Armee<sup>215</sup>. Nur für die obersten Ränge reichte die Pension aus, um den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Rund 15 % konnten ihre Laufbahn in der Reichswehr oder bei der Polizei fortsetzen. Die Mehrheit aber mußte sich wohl oder übel einen neuen Beruf suchen. Die Industrie förderte zwar ideell und finanziell den Reichsarbeitsnachweis für Offiziere<sup>216</sup> und proklamierte als »vaterländische Dankespflicht, alles, was in ihren Kräften stand, zu tun, um diesen hochverdienten Männern ihr schweres Los zu erleichtern, das sie nur dem Verrat anderer Volksschichten verdanken«<sup>217</sup>. Über den Erfolg aber klagte Oberst Bauer im Herbst 1919: »Alle Versuche, mit der Industrie und Landwirtschaft zusammen eine Organisation zu schaffen, die den Offizieren eine menschenwürdige Zukunft verschafft, sind bisher nicht recht vom Fleck gekommen.«<sup>218</sup>

Gute Einstellungsmöglichkeiten bot die Industrie nur den technischen Offizieren. Die übrigen verwies sie auf untergeordnete Tätigkeiten in betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen, in der Lehrlingsschulung und Jugendpflege, im Personal- und Versicherungswesen sowie der Spionage- und Sabotageabwehr oder auf die Schulbank, falls sie sie überhaupt einstellte<sup>219</sup>. Selbst für Bauer hatten Ende 1919 weder Bayer Leverkusen noch andere Werke des Ruhrgebiets Verwendung<sup>220</sup>. Für viele Offiziere bedeutete ein Wechsel ins Zivilleben daher einen Verlust an Einkommen und erst recht an Sozialprestige. Viele fanden überhaupt keinen neuen Beruf, sondern fristeten ein kümmerliches Dasein am Rande der Gesellschaft, etwa als Vertreter oder mit Gelegenheitsaufträgen im Dienstleistungssektor. Wie stark ihr politisches Verhalten hierdurch geprägt wurde, ist leicht vorstellbar<sup>221</sup>. Schon im März 1919 berichtete der Leiter des Demobilmachungsamtes von entlassenen Offizieren, die sich als Kofferträger verdingt hatten und in Verzweiflung gerieten, oder von solchen, die »in großem Umfang« zu den Spartakisten überliefen<sup>222</sup>.

Die Regierung nahm deshalb die gewerkschaftlichen Boykottbeschlüsse sehr ernst. Nach Meinung des preußischen Justizministers enthielten sie »für das gesamte Staatsleben« eine »Gefahr, die . . . nicht hoch genug veranschlagt werden« konnte. Deshalb regte er die Einführung einer Strafbestimmung an, die jeden, der öffentlich zur Verrufserklärung gegenüber Angehörigen der Reichswehr oder der Freiwilligentruppen »auffordert oder anreizt«, mit mindestens drei Monaten Gefängnis bedrohte<sup>223</sup>. »Objektiv« hielt er sogar den Tatbestand des Landesverrats für gegeben; indessen schien es ihm »sehr zweifelhaft«, die entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches anzuwenden<sup>224</sup>, weil die Zahl der betroffenen Personen bereits »sehr groß« war; erst recht hielt er es für »sehr wenig wahrschein-

lich«, daß »die Massen ihre Führer im Stich lassen werden, wenn die Führer zu Zuchthausstrafen wegen Landesverrats verurteilt werden aufgrund der Beschlüsse, die die Massen ausdrücklich in überwiegender Mehrheit gebilligt hatten«. Vielmehr rechnete er für diesen Fall damit, daß »eine noch weit größere Zahl von Sympathieerklärungen veröffentlicht« und »zahlreiche Verbände« sie »den Strafverfolgungsbehörden zur Einleitung der Strafverfolgung geradezu aufdrängen« würden. Trotz der Billigung durch den preußischen Innenminister<sup>225</sup> und das Reichskabinett<sup>226</sup> wurde sein Vorschlag jedoch fallengelassen<sup>227</sup>, vermutlich aufgrund der Warnung des Vollzugsrats, auf diese Weise würde »noch mehr Erregung unter die gesamte Arbeiterschaft« getragen<sup>228</sup>.

Auch die Berliner Gewerkschaftsführer wiesen Noske darauf hin, daß sie sich verpflichtet fühlten, die Beschlüsse ihrer Mitglieder auszuführen, auch wenn sie selbst, wie sie durchblicken ließen, den Boykott nicht billigten. Noske belehrte sie daraufhin, »daß sie soviel Einfluß haben müßten, um unzulässige Beschlüsse in Versammlungen zu verhüten«<sup>229</sup>, und sagte den Gewerkschaften »schärfsten Kampf« an, falls sie sich an Boykottaktionen beteiligten; es sei ihm »egal«, fügte er hinzu, »wenn auch einige dabei unter die Räder kommen würden«<sup>230</sup>. Daß dies keine leere Drohung war, unterstrich er dadurch, daß er gegen den Geschäftsführer des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen Strafantrag wegen Hoch- und Landesverrats stellte, als Angestellte des Kaufhauses Wertheim in Berlin streikten, um die Entlassung von Betriebsangehörigen zu erzwingen, die sich den Zeitfreiwilligenverbänden angeschlossen hatten<sup>231</sup>.

Einzelne Gewerkschaften und gewerkschaftliche Untergliederungen faßten trotzdem weiterhin Boykottbeschlüsse<sup>232</sup>. Die meisten ihrer Führer jedoch schlugen sich fortan offen auf die Seite Noskes und stellten sich den Mitgliedern entgegen, wenn diese ihre Empörung über die Freikorps ausdrücken wollten. »Auch Noske ist Gewerkschaftler, er ist aus dem Arbeiterstand hervorgegangen, er ist kein Militarist«, verteidigte ihn Hermann Sachse auf dem Verbandstag der Bergarbeiter im Juni 1919 und bescheinigte ihm, »daß er nicht anders handeln konnte«<sup>233</sup>. Der Vorsitzende des Töpferverbandes verhinderte auf dem Verbandstag seiner Gewerkschaft im selben Monat eine Diskussion über die Stellung zu den Freikorpsangehörigen mit der Drohung, andernfalls müßte man »vielleicht auch zum Ausschluß von Kollegen kommen, die an spartakistischen Putschen usw. beteiligt sind«<sup>234</sup>. Ähnliches geschah auf dem Verbandstag der Holzarbeiter<sup>235</sup>.

Im Juni schließlich stimmte der Gewerkschaftskongreß, der zu einem großen Teil aus Gewerkschaftsangestellten bestand, in einer tumultuari-schen Kampfabstimmung einem Antrag der Vorständekonferenz zu, in dem Freikorps und Reichswehr als »notwendige Einrichtungen zum

Schutze der deutschen Republik und der Erhaltung der Errungenschaften der Revolution« bezeichnet, der Eintritt von Arbeitern in diese Verbände teils mit ihrer »Überzeugung für die Sache der Republik«, teils mit dem »Zwange der Arbeitslosigkeit« gerechtfertigt und Boykottbeschlüsse gegen gewerkschaftlich organisierte Reichswehrangehörige »auf das verschiedenste« verworfen wurden<sup>236</sup>.

## *Arbeiterschaft und Reichswehr*

Trotzdem gab es auch nach dem Gewerkschaftskongreß noch Boykottbeschlüsse<sup>237</sup>, und Noske selbst blieb oder wurde derartig verhaßt, daß verschiedene Basisorganisationen seinen Rücktritt forderten<sup>238</sup> und sogar der ADGB sich genötigt sah, sich offen von ihm zu distanzieren<sup>239</sup>. An der ablehnenden und feindseligen Haltung großer Teile der Arbeiterschaft gegenüber den Regierungstruppen änderte sich gar nichts. Nur dort, wo die Revolutionsmonate ruhig verlaufen und Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Regierungstruppen ausgeblieben waren, schien das gegenseitige Verhältnis besser. So lehnte das Gewerkschaftskartell Karlsruhe im Juli 1919 einen Antrag der Bauarbeiter ab, das lokale SPD-Organ aufzufordern, keine Annoncen von Freiwilligenverbänden mehr zu veröffentlichen<sup>240</sup>. Über die Verhältnisse in Bayern hingegen meldete das Reichswehr-Gruppenkommando 4 wenig später: »Die Belästigung von Reichswehr-Angehörigen hält unvermindert an. Die Bedrohungen mehren sich, häufig kommt es zu Tätlichkeiten.«<sup>241</sup> Gerade in Bayern wurden sie allerdings auch von der Reichswehr selbst provoziert<sup>242</sup>.

Im November 1919 gingen, wie Noske und Reinhardt berichteten, »aus allen Teilen des Reiches . . . noch immer zahlreiche Beschwerden über Beschimpfungen, wirtschaftliche Schädigung und Boykottierung von Reichswehrangehörigen« ein<sup>243</sup>. »Besonders bei Beurlaubungen in industriereiche Orte« würden die Mannschaften »mit allen Mitteln bearbeitet« und kämen »stark verhetzt zur Truppe zurück«. Manche Urlauber meldeten, »daß sie von der Bevölkerung als ›Noskegarden‹ und ›Bluthunde‹ beschimpft wurden und ihre besonderen Abzeichen entfernen mußten. Es wurde ihnen gesagt, daß sie in keiner Fabrik mehr zur Arbeit angenommen würden, wenn sie nicht sofort als Entlassene zurückkehren«. An einigen Orten zeigte sich die Abneigung so massiv, »daß sich die Reichswehrsoldaten auf Urlaub gar nicht mehr in Uniform sehen lassen« durften. In München war es »infolge des Verhaltens der Arbeiterschaft« für einen entlassenen Reichswehrangehörigen sogar »unmöglich, bei einer städtischen Unternehmung . . . oder . . . beim staatlichen Kulturbauamt anzukommen«<sup>244</sup>.

Da die Reichswehr gegen die anhaltende Feindseligkeit der Arbeiterschaft den Soldaten gegenüber wenig ausrichten konnte, steckte Noske sich jetzt hinter die Arbeitgeber. Nachdem es in Berlin im Verlauf eines Metallarbeiterstreiks im Herbst 1919 wiederum zu Boykottmaßnahmen gegen ehemalige Freikorpsangehörige gekommen war, ersuchte er die Direktoren der Berliner Metallbetriebe, ihre Arbeiter- und Betriebsausschüsse dringend davor zu warnen, »Leuten, die in Freiwilligenverbänden gedient haben, Schwierigkeiten bei Ausübung ihres bürgerlichen Berufes zu machen, sie zur Entlassung zu zwingen oder ihre Einstellung in den Betrieb zu verhindern«; er äußerte die »bestimmteste« Erwartung, »daß beabsichtigte Entlassungen nicht durchgeführt« würden. Seine Aufforderung kursierte alsbald auch in den Vorstandsetagen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie<sup>245</sup>.

Da die »skrupellose und gefährliche Hetze gegen die Reichswehr« jedoch noch immer anhielt, griff er im Dezember gemeinsam mit Reinhardt die Forderung wieder auf, den »in keiner Weise« ausreichenden Schutz, den die allgemeinen Strafbestimmungen boten, »im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung . . . mit größter Beschleunigung zu verbessern«<sup>246</sup>. Seine Kabinettskollegen aber winkten ab. Der Justizminister hielt »in besonders unruhigen Zeiten« Verordnungen aufgrund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung für ausreichend<sup>247</sup>. Der Innenminister fürchtete von einem gesetzlichen Boykottverbot nur ein erneutes Anwachsen der Militärfeindlichkeit der Arbeiter; außerdem sah er die Machtlosigkeit gegen sublimere Formen der Ächtung entlassener Soldaten im Arbeitsprozeß voraus, etwa gegen passiven Widerstand, Ausgabe schlechter Werkzeuge und schlechten Materials und andere Schikanen<sup>248</sup>. Auch ohne ein solches Verbot ließen indessen die Boykottbestrebungen um die Jahreswende 1919/1920 allmählich nach<sup>249</sup>. Dies ist freilich weniger als Zeichen einer Entspannung des Verhältnisses zur Armee zu interpretieren denn als Indiz für die wachsende Resignation auf seiten der Arbeiterschaft.

### *Die Reichswehr als Bollwerk gegen die soziale Revolution*

Die Armee jedoch hatte das politische Ziel, das sie sich im November 1918 gesteckt hatte, erreicht. Im August 1919 erklärte Groener vor den Offizieren der OHL: »Wir haben die Revolution bekämpft und sind der Entwicklung nach links Herr geworden . . . dank den Offizieren, die mitgemacht haben«. Jetzt, nachdem die Soldatenräte beseitigt und die Macht der Arbeiter militärisch gebrochen waren, hatte er keine Sorge mehr, »daß wir noch

in den Bolschewismus hineinkommen«<sup>250</sup>. Vielmehr hielt er den Zeitpunkt für gekommen, »langsam wieder nach rechts zu schieben«<sup>251</sup>. Schon im Mai 1919 hatte Groener erklärt, die Armee müsse »in erster Linie innere Politik treiben«<sup>252</sup>. Jetzt bezeichnete er als ihre Hauptaufgabe »die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern«<sup>253</sup>, also die Sicherung des Status quo. Er konzipierte die Reichswehr so, daß sie für jenes Ziel optimal vorbereitet wurde. Daß seit der Annahme des Versailler Vertrages im Sommer 1919 nicht mehr die Anwerbung, sondern nur noch die Entlassung von Soldaten auf der Tagesordnung stand, kam ihm dabei zustatten.

Für die Ziele, die Groener im Auge hatte, waren nur »unbedingt zuverlässige Truppen« brauchbar, »die gehorchen, unweigerlich und unberührt von irgendwelchen politischen Einflüssen«. Diese Auffassung, die laut Groener von Ebert und Noske in Erwartung von »erheblichen Unruhen« im bevorstehenden Winter geteilt wurde<sup>254</sup>, enthielt ein personalpolitisches Programm, das engagierte Demokraten und Sozialisten aus der Reichswehr als untauglich ausschloß. Mit Hans von Seeckt, damals Vorsitzender der Organisationskommission der Reichswehr und quasi Generalstabschef<sup>255</sup>, war Groener sich darüber einig, daß für die Weiterverwendung von Offizieren in der Reichswehr außer den »eigentlichen Kriegseinstellungen« die Dienste zählten, »welche die Offiziere dem Reich in seiner schwersten Zeit zwischen November 1918 und heute geleistet haben«<sup>256</sup>.

Im übrigen waren beide aufs stärkste daran interessiert, die Generalstabsoffiziere, »die durch immer erneute Prüfung und Siebung gewonnene Elite des gesamten Offizierskorps«<sup>257</sup>, in die neue Reichswehr zu übernehmen, weil »die Erhaltung des Generalstabes die Erhaltung des Geistes der Armee bedeutet«<sup>258</sup>. Nachdem die Alliierten im Friedensvertrag die Auflösung des Generalstabes verfügt und seine Neubildung in anderer Gestalt verboten hatten, empfahl Groener dem Reichspräsidenten, diese »einzigartige« und »glänzend bewährte Einrichtung . . . durch Erhaltung und Nutzbarmachung möglichst aller noch vorhandenen Generalstabsoffiziere im Staatsdienst und durch Heranbildung eines entsprechenden Nachwuchses wenn auch in anderer Form« zu retten, insbesondere dadurch, »daß das neu zu bildende Reichswehrministerium restlos den Stempel des Generalstabes trägt«<sup>259</sup>.

Um den Offizieren im Reichswehrministerium größtmöglichen Einfluß zu verschaffen, setzt er sich mit Seeckt gleichzeitig dafür ein, die Kommandogewalt nicht beim politisch verantwortlichen Reichswehrminister, sondern beim Chef des Truppenamts zu verankern und dessen Kompetenzen so weit wie möglich zu ziehen<sup>260</sup>. Hierbei ging es weniger um die optimale Organisation von Befehlssträngen als um die Entscheidung über die politische Zielrichtung eventueller Truppeneinsätze im Innern. Dies zeigten die

abfälligen Bemerkungen Groeners über seinen Gegenspieler in dieser Frage, den preußischen Kriegsminister Reinhardt.

Reinhardt nämlich – in Groeners Augen ein »kleiner Geist, aber sehr geschäftsgewandt und fleißig«<sup>261</sup> – hatte Verständnis dafür, daß in weiten Bevölkerungskreisen die alte Armee unter Führung des Offizierskorps als »Hort der Reaktion« angesehen wurde und »die Tradition des kaiserlichen Deutschlands dem Republikaner eine Gefahr« bedeutete. Er hielt es daher für geraten, »unter entschiedener Lösung von unserer militärischen Vergangenheit« die oberste Kommandogewalt dem Reichswehrminister zu überlassen, der in der Regel ein Zivilist und Parteipolitiker sein würde<sup>262</sup>. Für Groener ging er hiermit »in der Beseitigung der alten militärischen Errungenschaften« weiter, »als es selbst die Sozialdemokraten zu tun wagen würden«<sup>263</sup>. Vor allem aber verübelte er Reinhardt, daß dieser »Noske und der Republik niemals gefährlich werden« würde<sup>264</sup>, eine Bemerkung, die auf die Loyalität und Verfassungstreue des einflußreichsten Generals in den ersten Monaten der Weimarer Republik ein bezeichnendes Licht wirft.

Ähnlichen Kriterien wie die Offiziersauswahl wollte Groener die Auswahl der Mannschaften unterwerfen. Nachdem der Friedensvertrag die Abrüstung Deutschlands auf 100 000 Mann vorgeschrieben hatte, empfahl er den Offizieren die »peinlichste Auswahl jedes einzelnen Mannes«, um »jeden Mann des Heeres zum Führer ausbilden zu können«<sup>265</sup>. Die politische Richtung dieses Führertums wies er, indem er die Notwendigkeit der »gründlichen Schulung« der Reichswehr für den »Kampf im Innern« betonte und dem Reichswehrministerium nahelegte, »die reichen Erfahrungen, die in den letzten Monaten auf diesem Gebiet gesammelt sind, zu verwerten und für die Ausbildung der Truppen nutzbar zu machen«<sup>266</sup>.

Die innenpolitischen Absichten, die Groener beim Aufbau der Reichswehr im Sommer 1919 verfolgte, demonstriert ferner seine Anregung, die »so glänzend bewährte Einrichtung« der Kreiskommissare, die die Werbung für die Freiwilligentruppen und die Aufstellung von Selbstschutzorganisationen in die Hand genommen hatten<sup>267</sup>, so auszubauen, daß das ganze Land mit einem Netz dieser Kontaktstellen zwischen Militär und Zivilverwaltung überzogen wurde<sup>268</sup>. Insbesondere sollten sie sich der »Förderung von nationalen, alle Parteien umfassenden Vereinen« annehmen, namentlich von »Krieger-, Schützen- und Jugendvereinen jeder Art«, und für die »Wehrhaftmachung und -erhaltung des Volkes« sorgen<sup>269</sup>. Am liebsten hätte die OHL sogar eine riesige Propagandaorganisation aufgezogen, die jedem Deutschen einhämmerte, »daß er verpflichtet ist, in irgendeiner Weise an der Bekämpfung des Bolschewismus mitzuwirken«, und dafür sorgte, »daß es kein Dorf, ja kein Haus im ganzen Deutschen Reich mehr gibt, in dem nicht geschulte Vertrauensleute der antibolschewisti-



schen Liga sitzen«<sup>270</sup>. Die primär innen- und gesellschaftspolitische Motivation Groeners belegt schließlich seine Benutzung des antibolschewistischen Argumentationsarsenals. Zwar verfolgte er hiermit auch außen- und militärpolitische Ziele<sup>271</sup>. Was aber diesem Antibolschewismus zugrunde lag, erklärte er unzweideutig, indem er der Reichswehr als wesentliche Aufgabe zuwies, »unter Aufbietung aller Kräfte uns vor dem Bolschewismus zu bewahren und so in Europa eine feste Burg gegen die revolutionäre Brandung zu bilden«<sup>272</sup>.

Im wesentlichen erreichte Groener seine Ziele. Die Schlüsselstellungen der Reichswehr fielen von vornherein den alten Generalstabsoffizieren zu<sup>273</sup>, und der Geist des alten Offizierskorps prägte auch den der neuen Armee. Offiziere mit eindeutig republikanischen und demokratischen Überzeugungen wurden nur ausnahmsweise übernommen<sup>274</sup>, Angehörige der USPD und der KPD überhaupt nicht oder, wo sie dennoch eingedrungen waren, seit Herbst 1919 systematisch entlassen<sup>275</sup>. Zwar beförderte Noske – einer alten Forderung der SPD und der Soldatenräte nachgebend – eine Anzahl älterer Unteroffiziere zu Offizieren<sup>276</sup>. Viele von ihnen scheinen den Dienst jedoch schon nach kurzer Zeit wieder quittiert zu haben, nicht zuletzt vermutlich deshalb, weil sie von den übrigen Offizieren nicht akzeptiert wurden<sup>277</sup>. Insgesamt blieb der Anteil von Offizieren aus unteren sozialen Schichten minimal<sup>278</sup>.

Dagegen vermochte sich Groener hinsichtlich der Organisation der Kommandogewalt nicht durchzusetzen. Über die wirklichen Machtverhältnisse im Reichswehrministerium aber berichtete Ende August 1919 Albert Grzesinski, mittlerweile zum Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium avanciert und politisch erfahrener geworden, »daß die reaktionären Offiziere das Heft völlig in der Hand haben. Noske ist nur noch eine Puppe. Der hochreaktionäre Major Gilsa, früher bei Ludendorff, macht alles«<sup>279</sup>.

Auch die antirevolutionäre und antisozialistische Indoktrination der Truppen war im Sommer 1919 bereits in vollem Gange. Namentlich das Reichswehr-Gruppenkommando I unter Lüttwitz hatte in enger Zusammenarbeit mit bürgerlichen Propagandaorganisationen schon bald nach seiner Aufstellung hiermit begonnen<sup>280</sup>. Es veranstaltete zum Beispiel Bierabende, bei denen zwischen Filmvorführungen und scherzhaften Vorträgen ein aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassener Soldat über die Schrecken des Bolschewismus berichtete, oder Sportveranstaltungen, in deren Verlauf ein politischer Vortrag gehalten wurde. Aufgrund der guten Erfahrungen, die das Generalkommando hiermit machte, richtete es besondere Propagandakurse für Offiziere ein und gründete in Moabit eine Rednerschule für Soldaten, »die nach dem Urteil der Kompanieführer ge-

eignet erscheinen, die Grundgedanken zu erfassen und in allgemein verständlicher Form den Kameraden weiterzugeben«.

Aufgeteilt in sechs Gruppen, befaßten sich hier rund 200 Schüler – ein Fünftel Offiziere, der Rest Unteroffiziere – an zwölf Tagen hintereinander unter Anleitung eigens hierfür gewonnener Dozenten mit den verschiedenen Staatsformen und Wirtschaftssystemen, mit den Begriffen Sozialismus, Kommunismus und Kapitalismus, mit der Frage, »warum in der heutigen Wirtschaftslage ein Streik ein Verbrechen am Volke ist«, ferner mit militärischen Themen wie der »Notwendigkeit« der Freikorps. Ein Rhetorik-Spezialist machte die Schüler auf »Feinheiten, Inhalt, Vortragsart« ihrer Äußerungen aufmerksam – sollten sie doch so geschult werden, »daß sie am Biertisch, aber auch im freien Vortrag das, was ihnen in dem Kursus beigebracht ist, vortragen können«. Zum Abschluß wurden alle mit »reichlichem schriftlichen Material« ausgerüstet, »damit sie nach Rückkehr zu ihrer Truppe Vorträge konstruieren . . ., auch nach Anregungen aus den Kameradenkreisen sich neue Vorträge zurechtlegen« könnten.

Nach dem Muster dieser »Eliteschule« richteten die einzelnen Brigaden dieser Reichswehr-Gruppe kleinere Rednerschulen ein. Als Referenten gewannen sie überall auch Vertreter der Parteien, und zwar zu ihrer Zufriedenheit auch solche der SPD und der Gewerkschaften; »gute Redner der Mehrheitssozialisten« erwiesen sich nämlich als »besonders wirksam«, weil sie »in ganz primitiver, volkstümlicher Form die Grundgedanken klarlegen« und die Bedenken der Soldaten »logisch widerlegen« konnten.

Daneben gab das Generalkommando Lüttwitz eine eigene Zeitung heraus. Private Gelder hierfür flossen so reichlich, daß sie auch anderen Generalkommandos zur Verfügung gestellt werden konnte. Zur Beeinflussung der Provinzpresse wurden außerdem eine eigene Pressekorrespondenz ins Leben gerufen und zur Neutralisierung der Flugblattpropaganda von USPD und KPD eigene Flugblätter verfaßt, allerdings im Namen von Parteien und Privatorganisationen, weil sie andernfalls »von den Leuten mit Mißtrauen betrachtet« wurden. Ähnliche, wenngleich nicht derart systematische Propagandabemühungen unternahmen auch andere Armeekorps, gleichfalls häufig in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung von privaten Organisationen insbesondere rechter Provenienz<sup>281</sup>. Die Listen der Redner, die die Truppen »aufklären« sollten, führten an erster Stelle vorzugsweise Rechtsradikale an. Das Reichswehr-Gruppenkommando 4 in München etwa setzte bereits im Sommer 1919 den Gefreiten Adolf Hitler als »Aufklärungsredner« ein<sup>282</sup>.

Zur Koordinierung und Intensivierung der militärischen Propaganda wurden im Mai 1919 alle damit befaßten Abteilungen des preußischen Kriegsministeriums zum »Reichswehr-Werbedienst« zusammengefaßt<sup>283</sup>.

Er hielt Verbindung mit allen entsprechenden Organisationen in Berlin sowie mit den militärischen Propagandastellen im ganzen Reich. Inhaltlich orientierte sich seine Tätigkeit an den vorrevolutionären Zuständen, sollte die Propaganda doch in der Reichswehr »einen gesunden politischen Geist erziehen und das Heer ... immunisieren gegen bolschewistische Einwirkungen«, darüber hinaus »dem fieberhaft erkrankten Volkskörper zur Gesundung ... verhelfen und »die alte Tüchtigkeit, die alte Tradition« wiederbeleben, wie der Leiter der neuen Organisation, Oberleutnant van den Bergh, erläuterte, während des Krieges Chef der Nachrichtenabteilung des preußischen Kriegsministeriums und insofern selbst ein lebendiges Beispiel der Kontinuität der Zielsetzung.

Welche innenpolitischen Ziele die Reichswehr verfolgte und was von der Versicherung zu halten war, das Offizierskorps werde sich »loyal für die demokratischen Errungenschaften« einsetzen, wie Noske im März 1919 im Kabinett versichert hatte<sup>284</sup>, ist schließlich daran abzulesen, daß anlässlich der Diskussion um die Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrages der Gedanke einer Militärdiktatur unter den Offizieren offen erörtert wurde<sup>285</sup>. Auch Groener zeigte sich ihr nicht abgeneigt; denn seiner Ansicht nach bot unter den innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten »eine Regierung auf demokratischer Grundlage ... keine Gewähr, daß das Vernünftige und Zweckmäßige beschlossen und durchgeführt wird«<sup>286</sup>. Allerdings konnten nach seiner Überzeugung an die Spitze einer solchen Militärdiktatur keine Offiziere treten, sondern nur die Sozialdemokraten Ebert, Noske oder Heine, der damalige preußische Innenminister<sup>287</sup>. Ebert aber hatte einen solchen Schritt schon Ende 1918 abgelehnt, Noske tat jetzt zu Groeners Enttäuschung<sup>288</sup> das gleiche, und Heine allein kam nicht in Betracht.

Groener ließ daraufhin den Gedanken an eine Diktatur fallen und trat allen Offizieren, die ihn weiterverfolgten – unter ihnen Lüttwitz, »der senile Troddel Below und der großmäulige Loßberg« sowie Hauptmann Pabst, den Groener als »komplett größtenwahnsinnig« bezeichnete<sup>289</sup> – scharf entgegen. Dazu veranlaßten ihn jedoch nicht etwa republikanische und demokratische Prinzipien, sondern lediglich der Umstand, daß er Plänen einer Diktatur ohne Noske oder eine andere sozialdemokratische Galionsfigur keine Chance gab und sie daher der politischen Rolle der Armee für abträglich hielt. Zum einen war nämlich nicht sicher, ob die Mannschaften mitmachen würden. Seine Berliner Gewährsmänner Hammerstein und Stockhausen meinten, »daß sich die Mehrzahl der Truppe einem Vorgehen der Offiziere gegen die Regierung kaum anschließen werde«<sup>290</sup>. Zum anderen hielt Groener eine Militärdiktatur mit einem Offizierskorps für unmöglich, das ihm in disziplinarischer Hinsicht »mit dem Auffliegen der Fami-

lienerziehung innerhalb des Offizierskorps und der Ehrengerichte gänzlich außer Rand und Band geraten«<sup>291</sup> schien und das die Meinungsverschiedenheiten über Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrages politisch gespalten hatten. Ultimative Forderungen gegenüber der Regierung seien einfach, notierte er, »wenn ich sagen könnte, die Armee stände hinter mir; das aber haben die kapitalen Dummköpfe von Generalen mir und sich selbst eingebrockt, daß uns die Macht aus den Fingern kommt«<sup>292</sup>. Politik durften nach seiner Meinung »nur wenige treiben, und diese zäh und verschwiegen«<sup>293</sup>. Den Verbindungsoffizieren der OHL bei den Oberkommandos schärfte er Mitte Juli 1919 deshalb ein: »Für die Soldaten gibt es nur eins: Gehorsam, Befehle ausführen. Wenn wir nicht wieder dazu kommen, daß das wieder reinkommt ins Offizierskorps, dann kommen wir nicht wieder aus der Schweinerei heraus; die Politik muß aus dem Offizierskorps verschwinden . . . Wir müssen die Staatsgewalt repräsentieren, dann haben wir die Macht in Händen.«<sup>294</sup>

Groener ging es also mit seinem Appell zur politischen Zurückhaltung und Disziplin der Offiziere in erster Linie darum, die Armee wieder zu einem Machtzentrum zu machen, »ohne das nicht regiert werden kann«<sup>295</sup>, und nicht um die Festigung demokratischer und republikanischer Überzeugungen unter den Soldaten. Im Gegenteil, er hielt es für »selbstverständlich, daß jeder in seinem Herzen das Ideal des Staates behalten muß, das er für richtig hält«, und ebenso selbstverständlich war dieses Ideal nicht das der demokratischen, geschweige denn einer sozialistischen Republik. Die politische Linie, die die Reichswehrführung verfolgte, hieß nach wie vor: »Keinesfalls weiter nach links in die radikale Strömung«<sup>296</sup>, vielmehr Überwindung der Folgen von Krieg und Revolution und Einleitung einer »gesunden Entwicklung in monarchistischer Richtung«<sup>297</sup>. Groener unterschied sich von den politisierenden Generälen vom Schläge Lüttwitz', denen er vorwarf, »mehr mit dem Herzen als mit dem Verstande« gearbeitet zu haben, also weniger im Hinblick auf das politische Ziel als auf Taktik und Strategie. Statt ungeduldig und kurzsichtig zu handeln, riet er ihnen, »mit weiter Sicht . . . auf Menschenalter hinaus« zu denken.

Wenn also fortan die Reichswehr ihre politische Grundeinstellung als neutral, »unpolitisch« oder überparteilich ausgab<sup>298</sup> und das Reichswehrgesetz den Soldaten die Zugehörigkeit zu politischen Parteien und Vereinen sowie die Teilnahme an politischen Versammlungen verbot<sup>299</sup>, so diente dies zunächst dazu, im Interesse der Geschlossenheit nach innen und des politischen Gewichts nach außen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Offizierskorps vor der Öffentlichkeit abzuschirmen, zu neutralisieren und allmählich zugunsten eines neuen Konsenses über die politische Rolle der Armee abzubauen. Inhaltlich freilich bedeuteten jene Formeln

von vornherein eine eminent politische Stellungnahme, nämlich die Distanzierung der Offiziere vom Weimarer Staat, mehr noch: die Nichtidentifizierung mit einem Staat, dessen Entstehung und Verfassungsprinzipien die meisten von ihnen scharf ablehnten. Sie bezeichneten damit die permanente Disposition der Offiziere, der demokratischen Republik und ihrer Regierung die Loyalität aufzukündigen oder ihr, gestützt auf die Macht der Waffen, politische Bedingungen zu diktieren. Folgerichtig nahm sich die Reichwehrspitze selbst vom Gebot der politischen Abstinenz aus und verstand sich als Handlungsbevollmächtigte der Armee, die sie als »selbständiger Faktor im Mechanismus der staatlichen Gewalten«<sup>100</sup> neben oder gar über Parlament und Regierung einzusetzen entschlossen war. Möglichkeiten hierfür enthielt der Artikel 48 der Weimarer Verfassung in einem für die Reichwehr unerwartet weiten Umfang<sup>101</sup>.

Gewiß waren zahlreiche Offiziere bereit, trotz innerer Vorbehalte der Republik loyal zu dienen – doch nur so, wie sie es verstanden. Eine Beteiligung von Unabhängigen und Kommunisten an der Regierung hätten sie nicht geduldet, selbst dann nicht, wenn sie auf verfassungsmäßigem Wege zustandegekommen wäre. Aufgrund der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und der parlamentarischen Mehrheiten galt für sie als ausgemacht, daß auch »eine rein sozialistische Regierung . . . zur Zeit stets verfassungswidrig ist und daher mit den Waffen bekämpft werden muß«<sup>102</sup>.

Auf der anderen Seite erstrebten nicht alle Offiziere die Wiederherstellung der Monarchie. Viele flüchteten sich in die Idee des »Reiches« oder in den Mythos von einem großen und mächtigen Deutschland, ohne recht zu wissen, was dies konkret bedeuten sollte. Möglicherweise hätten sie allmählich sogar ihren Frieden mit der demokratischen Republik gemacht, wenn ihr eine ruhige Entwicklung und politische Erfolge beschieden gewesen wären. Doch als dies nicht der Fall war und zehn Jahre später die Nationalsozialisten die politische Arena betraten, dominierte noch die Neigung zu antidemokratisch-autoritären politischen Konzepten, so daß viele nationalsozialistische Parolen in der Reichwehr starke Resonanz fanden, der Wille, die Armee zur Erhaltung der Demokratie einzusetzen, hingegen nur ausnahmsweise bestand.

## *Einwohnerwehren und Arbeiterschaft*

Die politische Bedeutung dieser Ausrichtung der Reichwehr und das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Arbeiterschaft und ihren alten Gegnern wenige Monate nach der Novemberrevolution sind erst dann richtig zu ermessen, wenn man die zahlreichen paramilitärischen Selbstschutzzor-

ganisationen des Bürgertums, die neben der Reichswehr entstanden – insbesondere die Einwohnerwehren, daneben Zeitfreiwilligenverbände, Bürger- und Bauernwehren sowie Studentenkorps – in die Betrachtung einbezieht. Die Anfänge dieser Organisationen reichen ebenfalls bis in den November 1918 zurück<sup>303</sup>. Vor allem in ländlichen Gegenden regten sie sich schon wenige Wochen nach der Revolution als Keimzellen zur Rückgewinnung oder Verteidigung bürgerlicher Machtpositionen. Das Bezirksamt im oberbayerischen Fürstenfeldbruck zum Beispiel verteilte um die Jahreswende 1918/1919 Gewehre und Munition an die Gemeinden zur Weitergabe an die Bauern, angeblich um Plünderungen und Diebstähle zu verhindern. Die Arbeiter befürchteten jedoch, »daß damit die Errungenschaften der Revolution in Gefahr« gebracht werden sollten<sup>304</sup>. Wenig später berichtete der Arbeiter- und Soldatenrat Freilassing über Bürgerwehren, die durch den Bezirksamtmann, einen ehemaligen Zentrumsabgeordneten und Ortsvorsitzenden der Vaterlandspartei, »mit Hilfe seiner ebenso schwarzen Gemeindeverwaltungen« organisiert wurden und sich aus »Feinden der heutigen Regierungsgewalt« zusammensetzten<sup>305</sup>.

Auch in München machte das Bürgertum – unterstützt von der örtlichen SPD-Führung und dem Vorsitzenden der Münchener Gewerkschaftskommission – schon im Dezember 1918 Anstalten, bewaffnete Verbände aufzustellen, einstweilen allerdings ohne Erfolg<sup>306</sup>. Als nach der Ermordung Eisners die bayerische Landesregierung zur Bildung eines »Volksheimatschutzes« gegen die »bolschewistische Gefahr« im Innern aufrief, schien die Gelegenheit günstiger. Doch die Arbeiter- und Soldatenräte zahlreicher Orte erklärten, daß sie »über genügend gewerkschaftlich organisierte, militärisch ausgebildete, zuverlässige Leute verfügen . . . , denen die Waffe anvertraut werden kann und die eine der heutigen Regierung durchaus ergebene Volkwehr darstellen würden«<sup>307</sup>. Sie erreichten, daß die Mitgliedschaft auf gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschränkt wurde<sup>308</sup>. Die bayerischen Truppenkommandeure wurden angewiesen, sich mit den Gewerkschafts- und Parteiinstanzen sowie den örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten in Verbindung zu setzen und Beauftragte der Arbeiterorganisationen in die für Auswahl und Einstellung der Freiwilligen gebildeten Kommissionen aufzunehmen. Diese erhielten das Recht, die bereits angeworbenen Offiziere und Mannschaften zu überprüfen und notfalls mit einfacher Stimmenmehrheit aus dem Heimatschutz auszuschließen<sup>309</sup>.

Trotzdem bildeten sich zahlreiche Einheiten bürgerlicher Couleur, die erklärte Gegner der sozialdemokratischen Landesregierung waren; die Meldungen aus Gewerkschaftskreisen hingegen blieben spärlich<sup>310</sup>. Der »Volksheimatschutz« stand jedoch noch nicht, als die Münchener Räterepublik proklamiert wurde. Daher rief die Landesregierung, die nach Bam-

berg fliehen mußte, zur Bildung von Freikorps auf; politische Vorbehalte gegen das Bürgertum kannte sie nicht mehr<sup>311</sup>. Der mehrheitssozialdemokratische Kriegsminister Schnepfenhorst und der unabhängige Handelsminister Simon, der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes, betrauten sogar ausgerechnet einen führenden Rechtsradikalen mit der Aufstellung eines Freikorps<sup>312</sup>. Regierungstruppen und Freikorps schlugen die Räterepublik blutig nieder; anschließend lösten sie die Volkswehr auf<sup>313</sup>. An ihre Stelle traten nun Einwohnerwehren – gebildet zwar auf Betreiben der sozialdemokratischen Regierung, aber ihrem Einfluß praktisch entzogen. Infolgedessen entwickelten sie sich rasch zu bewaffneten Verbänden der Rechten<sup>314</sup>. Unter den bayerischen Arbeitern stieß seitdem auch die Werbung für die Freikorps auf das »größte Mißtrauen«; sie erblickten in diesen Verbänden »ein Werkzeug der Reaktion«, wie der oberpfälzische Regierungspräsident im Mai 1919 berichtete<sup>315</sup>. Daher blieben die Arbeiter ihnen fern, während der Zustrom bürgerlicher und bäuerlicher Elemente anhielt<sup>316</sup>.

Anfang 1919 rief die badische Regierung auf Betreiben von bürgerlicher Seite ebenfalls zur Bildung einer Ordnungswehr auf, obwohl es in Karlsruhe eine Volkswehr gab, die seit der Revolution ohne alle Zwischenfälle die Ordnung aufrechterhalten hatte<sup>317</sup>. Man sei doch nun ein »einheitliches freies Volk«, hieß es zur Begründung, und »wenn nun da auch die Bürgerlichen sagen, wir wollen mithelfen, Ordnung zu schaffen, so ist das ihr gutes Recht«; die Ordnung sei aber nur dann gesichert, behauptete ihr Sprecher unter Hinweis auf die Unruhen in Berlin und anderen Großstädten, »wenn die Vorbereitungen so getroffen werden, daß sich die Spartakusleute von vornherein sagen, da können wir nicht anfangen, sonst bekommen wir eins auf den Kopf«<sup>318</sup>. In Mitteldeutschland wurden während der großen Streiks auf Initiative der Freikorps Selbstschutzorganisationen der Bauern und des städtischen Bürgertums geschaffen; USPD-Angehörige und Kommunisten waren von ihnen ausgeschlossen<sup>319</sup>.

In Preußen ordnete die Regierung im April 1919 die Aufstellung bewaffneter Einwohnerwehren an zum Schutz »gegen die mit der schweren Lebensmittelnot zunehmende Unsicherheit in Stadt und Land, gegen die mit dem Anwachsen des Verbrechertums entstehende größere Gefahr für Leben und Eigentum, gegen bewaffneten Aufruhr, Plünderung und Bandendiebstahl«<sup>320</sup>. Sie sollten sich »aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen und in ihren Reihen jede gegensätzliche Betätigung politischer Richtung oder wirtschaftlicher Interessen ausschließen«, mit der Maßgabe, daß bei Einheiten zum Schutze größerer industrieller Werke oder landwirtschaftlicher Güter vor allem die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe beteiligt werden sollten. Ihre Mitglieder hatten sich schriftlich auf die Ver-

teidigung der republikanischen Staatsform, der demokratisch gewählten Regierung und der parlamentarisch zustande gekommenen Gesetze zu verpflichten.

Um die politische Zuverlässigkeit der Wehren in diesem Sinne zu gewährleisten, sollten bei ihrer Bildung neben den Kommunalbehörden die Arbeiter-, Bauern- und Landarbeiterräte mitwirken und bei der »Auswahl und Bewertung der Vertrauenswürdigkeit der Bewerber« die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen gehört werden. Ähnliche Richtlinien für die Bildung von Einwohnerwehren übersandte Noske wenig später an die außerpreußischen Bundesstaaten. Wegen dieser Kautelen hielt der Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium, der Sozialdemokrat Paul Göhre, die Regelung für »unanfechtbar und gut«<sup>321</sup>. Die Reaktion der Rechten schien dies zu bestätigen. »Kein Monarchist kann Mitglied der Wehr werden, deren Bildung also dazu benutzt werden soll, Anhänger der Revolutionsregierung zu werben«, beklagte sich etwa die DV<sup>322</sup>. In Wirklichkeit aber blieben die Arbeiter bei der Bildung der Wehren weitgehend ausgeschaltet. Die Entscheidungen lagen bei den Kommunalbehörden und konnten auch ohne Beteiligung der Arbeiterorganisationen erfolgen. Gerade auf dem Lande befanden sich kommunale wie staatliche Verwaltungsämter nach wie vor überwiegend in konservativer Hand. Ihre Bereitschaft, die Gewerkschaften beim Aufbau der Einwohnerwehren heranzuziehen, war deshalb äußerst gering<sup>323</sup>.

Außerdem standen die Einwohnerwehren ungeachtet ihrer Unterstellung unter die Zivilbehörden in engstem Kontakt mit den Freikorps und der Reichswehr. Als Mittelsmänner wirkten die Kreiskommissare und andere Offiziere, die die Werbung leiteten. Meist namen sie selbst die Aufstellung der Einwohnerwehren in die Hand. Auch das Reichswehrministerium schaltete sich ein und wies Ende März 1919 alle Generalkommandos an, die Einwohnerwehren nach einheitlichem Muster zu organisieren<sup>324</sup>. Im Sommer 1919 erhielten sie dann zwar einen zivilen Anstrich, um ein Verbot durch die Entente aufgrund der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu vermeiden. Fortan galten sie als »rein bürgerlicher Selbstschutz zur Verstärkung der Polizei« und zählten zu »Einrichtungen gemeinnützigen Wohls« wie Feuerwehr und Rotes Kreuz. Die militärischen Sachbearbeiter wurden aus dem Heeresdienst entlassen und zunächst mit Privatdienstverträgen, später als »Landeschutzbeamte« in den Zivildienst übernommen. Sie blieben indessen das Rückgrat der Einwohnerwehren und hielten auch weiterhin enge Verbindung zur Reichswehr<sup>325</sup>.

Unterdessen warben SPD und Gewerkschaftsführer unter der Arbeiterschaft nach Kräften für den Eintritt in die Einwohnerwehren. Der SPD-Vorstand erklärte im Sommer 1919, er stehe ihnen »grundsätzlich sympa-



thisch« gegenüber<sup>326</sup>. Winnig, damals Staatskommissar in Ostpreußen, forderte die Arbeiter auf, »aus Liebe zur Heimat und aus dem Pflichtgefühl des neuen Staatsbürgers« in die Einwohnerwehren einzutreten. Gewerkschaftsorganisationen, in denen Bedenken laut wurden, ließ er durch einen Abgesandten besonders bearbeiten<sup>327</sup>. Scheidemann pries am ersten Jahrestag der Novemberrevolution die Wehren als »einzigartige Organisation« zur Integration der verschiedenen Gesellschaftsklassen<sup>328</sup>.

Doch unter den sozialdemokratischen Arbeitern herrschte »ein schier unüberwindliches Mißtrauen« gegen diese Einrichtungen; sie witterten in ihnen »eine neue Art von Militarismus« und waren zum Eintritt nicht zu bewegen<sup>329</sup>. In Leipzig zogen sie sich nach wenigen Wochen von der Wehr zurück<sup>330</sup>. Der Eisenacher Einwohnerwehr gehörte im Juni 1919 kein einziger Arbeiter an<sup>331</sup>. In Breslau starteten die Gewerkschaften im Spätsommer 1919 eine Kampagne gegen die Einwohnerwehren. Als ein Bergarbeiterfunktionär mit Hinweis auf die Aktivität der Rechten trotzdem zum Eintritt aufrief, wurde ihm entgegnet: »Unser Ehrgefühl als alte Gewerkschaftler sträubt sich dagegen, mit Bürgern in eine derartige Organisation hineinzugehen.«<sup>332</sup> Im oberfränkischen Bezirk Rehau war der Widerstand der Arbeiterschaft sogar derartig stark, daß das Bezirksamt die Landesregierung bat, von weiteren Werbungen abzusehen, um die Gegensätze nicht noch mehr zu verschärfen<sup>333</sup>. In Baden, wo im Sommer 1919 Reserve-Miliz-Bataillone gebildet wurden, die den preußischen und bayerischen Einwohnerwehren entsprachen<sup>334</sup>, stellte der Leiter dieser Einheiten in einer Sitzung des Karlsruher Gewerkschaftskartells mit Verwunderung fest, »daß gerade aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft sich so wenige gemeldet hätten, wo doch die Einführung des Milizsystems eine alte sozialdemokratische Forderung darstelle.«<sup>335</sup> An vielen Orten riefen die freien Gewerkschaften sogar zum Boykott von Geschäften auf, deren Inhaber der Einwohnerwehr angehörten<sup>336</sup>. Lediglich in Mannheim und Freiburg traten der Einwohnerwehr in größerer Zahl Sozialdemokraten bei<sup>337</sup>.

Der Grund für diese Zurückhaltung war weniger »pazifistische Sentimentalität«, wie Heine später zu seiner Rechtfertigung schrieb<sup>338</sup>, als der aus der Geschichte der Sozialdemokratie verständliche Umstand, daß die Arbeiter »bei aller Treue zu ihrer Partei keineswegs bereit waren, gegen ihre kommunistischen Klassengenossen mit den Waffen in der Hand zu kämpfen«<sup>339</sup>. Daß eine solche Verwendung der Wehren zumindest nicht ausgeschlossen werden konnte, ließ sich daran ablesen, daß die Instruktion Noskes, »nur unbedingt zuverlässige« Mitglieder aufzunehmen, die »auf dem Boden der demokratisch-parlamentarischen Regierungsform und der Verfassung des Reiches und Preußens« standen<sup>340</sup>, durchweg gegen Unabhängige und Kommunisten ausgelegt wurde, hingegen Gruppen der Rechten,

die bis zur Novemberrevolution zu den ärgsten Gegnern der Arbeiterbewegung gezählt hatten und deren Treue zur republikanischen Verfassung überaus zweifelhaft war, ohne weiteres Aufnahme fanden<sup>341</sup>.

Die Offiziere und das Bürgertum nämlich nutzten die Chance, die ihnen die Abstinenz der Arbeiterschaft bot, und warben in ihren Reihen mit aller Energie für die Einwohnerwehren. Manche Unternehmensleitungen und Behörden förderten den Eintritt ihrer Mitarbeiter nach Kräften<sup>342</sup>. Die militärischen Werber traten an Kriegervereine, bürgerliche Turn- und Sportvereine, Ruderclubs sowie Bürger- und Beamtenvereine heran<sup>343</sup>. Unter den Verbänden selbst nahmen sich vor allem die Bürgerräte dieser Aufgabe »angelegentlichst« an<sup>344</sup>. Diese während der Revolution auf Betreiben des Hansabundes als Gegengewicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte ins Leben gerufenen Organisationen<sup>345</sup> warben zunächst für die Einwohnerwehren unter dem Schlagwort der »unbedingten Gleichstellung aller Staatsbürger« und des Kampfes »gegen jede einseitige Klassenherrschaft«<sup>346</sup>. Schon im September 1919 jedoch setzten sie sich dafür ein, die Bildung der Einwohnerwehren von der Mitwirkung der Parteien und Gewerkschaften unabhängig zu machen und statt dessen den Polizeiverwaltungen »eine gewisse Mitwirkung einzuräumen, damit unzuverlässige Elemente ferngehalten werden«<sup>347</sup>. Ende 1919 trat die Forderung in den Vordergrund, eine »Bevorrechtung der Revolutionsinstanzen« in den Wehren nicht zuzulassen<sup>348</sup>, um zu verhüten, »daß dieses Ordnungsmittel von der Sozialdemokratie zu einem Machtmittel der sozialistischen Parteien gemacht wird«<sup>349</sup>. Zur gleichen Zeit diente der Beitrittsaufruf der SPD in Bayern dazu, Mitgliedern der Partei und der Gewerkschaften die Aufnahme grundsätzlich zu versagen; unter dem Vorwand, bei den Einwohnerwehren handle es sich um »unpolitische« Organisationen, erklärte die bayerische Landesleitung der Wehren die Mitgliedschaft in der Einwohnerwehr mit derjenigen in einer »politischen« Organisation für unvereinbar. Mit der gleichen Begründung lehnten viele Einwohnerwehren ein Bekenntnis zur parlamentarischen Republik ab<sup>350</sup>.

Infolgedessen setzten sich diese Milizen vornehmlich aus Angehörigen des Bürgertums zusammen, aus Beamten und Angestellten, Fabrikbesitzern, Kaufleuten und Handwerkern, Oberschülern und Studenten. Die unteren Chargen wurden durchweg von gedienten Unteroffizieren und Feldwebeln, die leitenden ausschließlich von ehemaligen Offizieren gestellt. Auf dem Lande rekrutierten sich die Wehren fast gänzlich aus Gutsbesitzern und ihren Söhnen sowie den von ihnen abhängigen Inspektoren, Förstern und Handwerkern<sup>351</sup>. In Pommern brachte der erzreaktionäre Pommersche Landbund die Einwohnerwehren unter seine Kontrolle und schloß Anhänger der Sozialdemokratie systematisch aus<sup>352</sup>. Das Belgarder

Gewerkschaftskartell klagte im Januar 1920 darüber, daß die Landarbeiter nicht in die Einwohnerwehr aufgenommen würden, »trotzdem dieselben auf dem Boden der heutigen Regierung stehen«, und appellierte an die Regierung: »Schafft die reaktionären Einwohnerwehren auf dem platten Lande ab, entwaffnet die Junker.«<sup>353</sup> Ein pommerscher Großgrundbesitzer aber entgegnete freimütig: »Wir haben unsere Leute ausgesucht. Sie können doch nicht verlangen, daß wir den Arbeitern Gewehre in die Hand geben.«<sup>354</sup>

Für die in den Einwohnerwehren repräsentierten sozialen und politischen Interessen ist im übrigen die Tatsache bezeichnend, daß manche unmittelbar aus Freikorps hervorgingen<sup>355</sup>. Anfang 1920 übertraf ihre Gesamtstärke mit rund einer Million Mann diejenige der Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände um mehr als das Doppelte<sup>356</sup>. Zu diesem Zeitpunkt mußte auch die SPD besorgt feststellen, »daß die Reaktion in den Einwohnerwehren tonangebend ist«<sup>357</sup>. In Bayern waren nach ihren Beobachtungen die Landesschutzbeamten »sämtlich deutschnational gesinnt« und machten überall gegen die Aufnahme von Sozialdemokraten in die Einwohnerwehren Propaganda. In der Münchener Einwohnerwehr wurden Hetzblätter gegen die Sozialdemokratie verbreitet<sup>358</sup>. Hier war es bereits so weit gekommen, daß die Angehörigen der Einwohnerwehr »auf Anordnungen der Regierung pfeifen«<sup>359</sup>.

In Hamburg befaßte sich die Einwohnerwehr schon 1919 mit der Bespitzelung und Überwachung von Politikern der Linken, zwar »in keiner Weise aggressiv«, aber »hartnäckig und sorgfältig, so daß sich die betreffende Persönlichkeit in ihrer Bewegungsfreiheit behindert sieht, aber keinen Rechtsgrund findet, um gegen diese Überwachung irgendwelche Schritte unternehmen« zu können. »Versuchsobjekt« für eine solche Behandlung war der Redakteur des Hamburger USPD-Organs Paul Hertz. Daß er sich im Frühsommer 1919 von der USPD lossagte, führte der preußische Gesandte in Hamburg nicht zuletzt darauf zurück, daß Hertz durch die ständige Beschattung »mürbe« geworden sei<sup>360</sup>. »Nach alledem«, resümierte der bayerische Innenminister Anfang 1920, »werden Reichswehr und Einwohnerwehr zwar einen Schutz gegen die Linke darstellen; ob sie aber auch einen Schutz gegen die Rechte darstellen, möchte ich bezweifeln.«<sup>361</sup>

Als am 20. September 1919 die seit dem Abschied Hindenburgs zur »Kommandostelle Kolberg« herabgestufte alte OHL aufgelöst und ins neue Reichswehrministerium überführt wurde und Groener aus dem Amt schied, konnte er dies in dem Bewußtsein tun, nicht nur die »Aufgabe, die Reste der deutschen Armee über den 9. November hinweg in das zukünftige Deutschland hinüberzuretten, erfüllt« zu haben<sup>362</sup>. Alle Ansätze zur Bewaffnung der Arbeiterschaft und zur Kontrolle der Arbeiter über die

bewaffnete Macht des Staates waren zerschlagen, die Soldatenräte beseitigt, die Kommandogewalt der Offiziere wiederhergestellt, so daß sich die militärische Macht erneut in der Hand von Bürgertum und Adel befand. Das Offizierskorps hatte die Revolution zwar zahlenmäßig geschwächt, aber im wesentlichen unangetastet überstanden und bildete die Kader des neuen Heeres. Darüber hinaus hatte sich das Bürgertum in Einwohnerwehren und anderen Selbstschutzorganisationen bewaffnen können. Soziale Zusammensetzung, Organisation und politische Orientierung der neuen Streitkräfte garantierten, daß sie ihre wichtigste innenpolitische Funktion in der Sicherung der politischen und ökonomischen Grundstrukturen der vorrevolutionären Gesellschaft und ihren potentiellen Hauptgegner in der Arbeiterschaft erblickten, vor allem in ihrem linken Flügel, aber auch in der SPD und den gewerkschaftlichen Organisationen. »Wir stehen am Ende der Epoche, die am 9. November eingesetzt hat und zu einer Niederlage der Revolution führte«, diagnostizierte der damalige KP-Führer Paul Levi in diesen Wochen<sup>363</sup>.

Die Politik der deutschen Armeeführung unter ihrem politisch führenden Kopf, General Groener, zwischen November 1918 und Sommer 1919 ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich eine Elite, die die Techniken der Machtausübung jahrhundertlang lernte, verfeinerte und tradierte, dank der richtigen Einschätzung ihrer Gegenspieler, einer klaren politischen Strategie und mit persönlichem Mut in einer scheinbar aussichtslosen Situation behauptete und ihre Macht schrittweise zurückgewann. Die Militärpolitik der Sozialdemokratie und – sofern von einer solchen überhaupt die Rede sein kann – der Gewerkschaftsführung hingegen ist ein Beispiel für die Angst herrschaftsungeohnter Regierender wider Willen, von der ihnen zugefallenen Macht Gebrauch zu machen, für ihre Vertrauensseligkeit gegenüber den alten Gegenspielern und für ihre Unfähigkeit, deren strategisches Kalkül zu durchschauen. Ihre Politik bewirkte in erstaunlich kurzer Zeit die Unterminierung der eigenen Handlungsmöglichkeiten.

### *Reichswehr, Einwohnerwehren und Arbeiterschaft nach dem Kapp-Putsch 1920*

Welche Gefahren der politischen Rolle der Sozialdemokratie und darüber hinaus der demokratischen Republik von den Streitkräften drohten, zeigte sich, als anläßlich des Kapp-Putsches im März 1920 viele Offiziere entweder offen zu den Putschisten übergingen oder sich weigerten, sie zu bekämpfen und die verfassungsmäßige Regierung zu verteidigen. Der Putsch

scheiterte daran, daß die Gewerkschaften zum erstenmal in ihrer Geschichte den politischen Massenstreik proklamierten<sup>364</sup>. Die Niederlage der Putschisten und der politische Sieg der Massenorganisationen der Arbeiterschaft hätten die Chance bieten können, einen fundamentalen Fehler der Novemberrevolution zu korrigieren. Tatsächlich nahm die Gewerkschaftsführung die Forderung nach einer Säuberung der Armee von demokratie- und republikfeindlichen Elementen unter die neun Punkte auf, die sie der Regierung als Bedingungen für den Abbruch des Generalstreiks präsentierte<sup>365</sup>. Die Arbeiter selbst stellten an vielen Orten, insbesondere im Ruhrgebiet, Kampfverbände gegen die Putschisten und ihre Anhänger auf und bewiesen damit, welche Energien noch immer für die Realisierung ihrer Hoffnungen aus der Novemberrevolution lebendig waren.

Die Gewerkschaftsführung aber vertrat ihre Forderungen ohne besonderen Nachdruck und im Grunde widerwillig. Daher fiel es der Regierung nicht schwer, mit dem Hinweis auf beruhigende Verlautbarungen der Reichswehrführung sowie die Abrüstungsforderungen der Entente auszuweichen. Sofern überhaupt personelle Veränderungen in der Reichswehr vorgenommen wurden, bewirkten sie durchweg eine Stärkung der antidemokratischen und antirepublikanischen Elemente. Mit Reinhardt trat der einzige General zurück, der für die Republik zu kämpfen bereit gewesen war<sup>366</sup>. Sein Nachfolger, von einer Art »Offiziersjunta«<sup>367</sup>, der auch Kapp-Anhänger angehörten, auf den Schild gehoben, wurde Seeckt, der sich mit der bekannten Erklärung, »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr«, geweigert hatte, gegen die Putschisten vorzugehen<sup>368</sup>. Mit ihm festigten andere Offiziere, die zu den engsten Mitarbeitern Groeners gehört hatten, ihren Einfluß im Reichswehrministerium, allen voran der Major von Schleicher.

Zugleich verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen politischer und militärischer Führung der Reichswehr zugunsten der letzteren. Denn auf Noske, der jetzt unhaltbar geworden war, folgte als Reichswehrminister Otto Geßler. Er gehörte zwar der DDP an, war aber im Grunde seines Herzens Monarchist<sup>369</sup> und trat sein Amt mit der Überzeugung an, daß die Befehlsgewalt des Reichswehrministers zu den »Fiktionen der Weimarer Verfassung« gehörte<sup>370</sup>. Er unternahm deshalb niemals den Versuch, »mit mehr oder minder Druck von oben aus den Offizieren Demokraten und Republikaner zu machen«, sondern traf sich mit Seeckt in der Absicht, »die Reichswehr und ihr Offizierskorps aus dem Hader des Parteienstaates herauszuhalten«<sup>371</sup>. Praktisch bestand seine Rolle vor allem darin, die Reichswehr und ihre Offiziere gegen die Kritik und Kontrolle des Parlaments abzuschirmen und das politische Eigenleben ihrer Führer nicht zu stören.

Auch die Mannschaftensränge wurden von Soldaten gesäubert, die sich als

republikfreundlich exponiert hatten. Ein Bataillon des berüchtigten Korps Lichtschlag, das während des Ruhrkampfes mit den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold republiktreue Tendenzen gezeigt hatte, wurde »systematisch zur Auflösung« gebracht; die meisten seiner Angehörigen wurden entlassen, unter ihnen alle verfassungstreuen Unteroffiziere<sup>372</sup>. In Oberschlesien stellten seine Vorgesetzten einen Gefreiten, der gegen den Übergang seiner Regimentsoffiziere zu Kapp protestiert und die Verfassungstreue der Mannschaft hatte bekunden wollen, wegen Ungehorsam, Drohung und versuchter Aufwiegelung vor ein Kriegsgericht, das ihn zu acht Monaten Gefängnis verurteilte und aus der Reichswehr ausstieß; den Offizieren aber geschah nichts<sup>373</sup>. Schließlich wurden die Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld, die den Kapp-Putsch ausgelöst hatten, in die Marine überführt und als Stamm für deren Personalaufbau verwendet<sup>374</sup>. Dafür verschwanden jetzt endgültig die letzten Reste der Soldatenratsbewegung aus der Reichswehr. Das Generalkommando Münster wies im Juni 1920 eine Brigade an, »ehemalige Mitglieder oder Anhänger von Soldatenräten . . . baldigst zu entfernen, wenn nicht ganz besondere persönliche Gründe in einzelnen Fällen für ihre Beibehaltung sprechen sollten«<sup>375</sup>. Zwei Monate nach dem Kapp-Putsch reichte der Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium seinen Rücktritt ein mit der Begründung, »daß verfassungstreue, republikanische Elemente nun erst recht, konsequent und zäh, in bewußter oder unbewußter Solidarität, aus der Reichswehr entfernt werden und daß dem gegenüber die Zentralstellen zur Zeit so gut wie machtlos sind«<sup>376</sup>.

Mit welcher Entschiedenheit die Reichswehr nach wie vor jede Veränderung der Machtverhältnisse, wie sie sich im Sommer 1919 herausgebildet hatten, zugunsten der Arbeiterschaft zu verhindern entschlossen war, bewies im übrigen die Brutalität, mit der sie nach dem Scheitern des Kapp-Putsches gegen die bewaffneten Arbeiter vorging<sup>377</sup>. Geßler bestärkte sie in dieser Haltung. Anlässlich der endgültigen Reduzierung der Truppenstärke auf 100000 Mann im Juli 1920 verkündete er, daß die Reichswehr künftig bei größeren Unruhen im Innern »nicht mehr lange fackeln könne«, sondern »noch schneller und noch härter zuschlagen werde als bisher«<sup>378</sup>.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in den Einwohnerwehren, die mit den putschenden Offizieren gemeinsame Sache gemacht hatten und gewaltsam gegen die Arbeiter vorgegangen oder drauf und dran gewesen waren, gegen die streikenden Massen loszuschlagen<sup>379</sup>. Im Bielefelder Abkommen zwischen den streikenden Arbeitern des Ruhrgebiets und der Reichsregierung vom 23. März 1920, das den vorübergehend erreichten Erfolg der Ruhrarbeiter über die gegenrevolutionären Kräfte markierte, wurde deshalb die Auflösung und Ersetzung der Einwohnerwehren durch

Ortswehren vereinbart; sie sollten aus republikanisch gesinnten Bevölkerungskreisen, insbesondere organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten gebildet werden<sup>380</sup>. Doch obwohl die Gewerkschaften ihre Ortsausschüsse aufforderten, »alles . . . Erforderliche für die Heranziehung geeigneter organisierter Arbeitnehmer für den bewaffneten Schutz der Republik unverzüglich in die Hand zu nehmen«<sup>381</sup>, blieb fast alles beim alten. Die Wehren waren bereits so fest in bürgerlicher Hand und so eng mit den industriellen und agrarischen Interessenverbänden sowie der Reichswehr und der staatlichen Bürokratie verbunden, daß die Aufnahme von Arbeitern entweder gar nicht stattfand oder nach kurzer Zeit wieder rückgängig gemacht wurde<sup>382</sup>. Mitgliedern von USPD und KPD blieb der Beitritt ohnehin fast überall auch jetzt versperrt<sup>383</sup>.

Selbst als wenig später die Siegermächte die Auflösung der Einwohnerwehren verlangten, änderte sich wenig. Die Reichsregierung gab dem Einspruch des Bürgertums, unter dem sich die Agrarier besonders hervortaten<sup>384</sup>, nach und erklärte, es sei »unmöglich . . . , der Bevölkerung den Selbstschutz zu verweigern«. Den Landesregierungen stellte sie deshalb anheim, »dort, wo ein genügender Schutz durch Reichswehr, Sicherheitspolizei und andere Polizeiorgane nicht gegeben ist, . . . für einen Ersatz durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu sorgen«<sup>385</sup>. Fast überall lebten die Einwohnerwehren deshalb unter anderem Namen weiter. In Preußen nannten sie sich nun Orts- und Flurschutz. Nach den Intentionen der Regierung sollte die Arbeiterschaft an ihm stärker beteiligt sein als an den bisherigen Einwohnerwehren. Doch Organisation der neuen Verbände und Verfahren zur Auswahl ihrer Mitglieder wurden unverändert von den Einwohnerwehren übernommen<sup>386</sup>. An vielen Orten wehrten sie sich deshalb erfolgreich gegen das Eindringen von Arbeitern<sup>387</sup>. In Baden führte man die Einwohnerwehren nur wenig verändert als »Stadtschutz« weiter<sup>388</sup>.

In Bayern schließlich schlugen sie »viel festere Wurzeln . . . wie in den anderen Teilen Deutschlands«<sup>389</sup>. Hier benutzten sie den Kapp-Putsch, um zusammen mit Militärs und Verwaltungsbeamten die sozialdemokratische Landesregierung zu stürzen und durch eine Rechtsregierung unter dem ehemaligen Regierungspräsidenten von Kahr zu ersetzen; dessen Macht beruhte in erster Linie auf der »unbedingten Gefolgschaft« der Einwohnerwehren<sup>390</sup>. Bereits im Sommer 1920 hatten sie sich in Bayern zu einer »weißen Armee« ausgewachsen<sup>391</sup>. Anfang 1921 belief sich ihre Mitgliederzahl auf rund 320000 Mann, die über 24000 Gewehre, 2780 Maschinengewehre, 44 Geschütze und 34 Minenwerfer verfügten<sup>392</sup>. Obwohl Kahr eine ihnen genehme Politik trieb, betrachteten sie sich nun als »unabhängig von der Regierung«, vom Landtag ganz zu schweigen. Der Regierung erkann-

ten ihre Führer nur »beratende und fördernde Stimme« zu und erklärten unumwunden, »daß die Regierung von der Einwohnerwehr abhängig ist«<sup>393</sup>.

Ebenso unverblümt war in den bayerischen Einwohnerwehren davon die Rede, daß sich ihre Bürgerkriegsvorbereitungen nicht nur gegen KPD und USPD richteten, sondern gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen überhaupt. »Die Macht der Arbeiter«, hieß es in einem Bericht vom Juni 1920, »liegt in der vorzüglichen Organisation, in den Gewerkschaften begründet. Eine ähnliche Organisation der übrigen Klassen fehlt und wird allgemein als selbstvernichtender Mangel angesehen. Es handelt sich . . . um Gründung entsprechender ›Gegengewerkschaften‹. Die Hauptwaffe dieser Gewerkschaften muß ebenso wie bei den roten Gewerkschaften der Streik sein; an erster Stelle der Lieferungstreik, dann der Ärzte usw., überhaupt der Bürgerstreik aller Schattierungen. Hieraus ergibt sich die Zusammensetzung der Gegengewerkschaften ganz von selbst. Es ist klar, daß die roten Gewerkschaften versuchen werden, derartige Streiks mit den Waffen zu brechen. Für diesen Fall brauchen wir die Selbstschutzorganisation . . . Der erste Kampf wird der entscheidende sein, und dieser kommt sicher.«

In Bayern war denn auch die Ansicht, die Einwohnerwehren dürften entgegen den Forderungen der Siegermächte »auf keinen Fall« entwaffnet werden, »ziemlich allgemein verbreitet«<sup>394</sup>. Die Regierung Kahr widersetzte sich am längsten und am hartnäckigsten ihrer Auflösung. Sie war eher bereit, einen Einmarsch alliierter Truppen ins Ruhrgebiet zu riskieren – »Was hilft dem Volk das Ruhrgebiet, wenn es keine Ordnung hat?« fragte Kahr im Oktober 1920<sup>395</sup> –, als der Beseitigung der Einwohnerwehren zuzustimmen. Erst ultimativer Druck der Siegermächte bewog sie zum Nachgeben. Im Juni 1921 wurden die bayerischen Einwohnerwehren aufgelöst, zusammen mit den Selbstschutzorganisationen der anderen Bundesstaaten<sup>396</sup>. Teile der bayerischen Wehren jedoch lebten in Gestalt anderer nationalistischer und präfaschistischer Kampfverbände weiter. Sie stellten die Kader für die nationalsozialistischen Schlägertrupps, die ab 1922 in Bayern gegen die Arbeiterschaft vorgingen, und erschienen als Gefolgsleute Hitlers bei dessen Putschversuch im November 1923 wieder auf der politischen Bühne, die sie seitdem nicht mehr verließen.

Trotz der Auflösung der Einwohnerwehren hatten die alten Klassengegner der Arbeiterschaft nach dem Kapp-Putsch die Kontrolle über die bewaffnete Macht zurückgewonnen. Zwar versuchten die Arbeiter an manchen Orten, den »Selbstschutz«verbänden des Bürgertums eigene Kräfte entgegenzustellen. In den Industriegebieten bemühte sich darin insbesondere die KPD; in Bayern betätigten sich nach den ersten Auftritten der Nationalsozialisten auch die SPD und die freien Gewerkschaften mit be-



achtlichem Engagement auf diesem Gebiet<sup>398</sup>. Aber den Kräften ihrer Gegner hatten sie nichts auch nur annähernd Gleichwertiges entgegenzusetzen. Selbst wenn also Sozialdemokratie und Gewerkschaften den politischen Willen aufgebracht hätten, mit parlamentarischen Mitteln die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse über das im November 1918 erreichte Maß zugunsten der Arbeiterschaft zu ändern, wären sie deshalb mit aller Wahrscheinlichkeit am bewaffneten Widerstand ihrer Gegner gescheitert.

## 18. Kapitel: Antirevolutionäre Strategien der Arbeitgeber 1919/1920

### *Zentralarbeitsgemeinschaft und Sozialisierungsgedanke*

In dem Maße, wie der Arbeiterschaft die reale Macht aus den Händen glitt, wandten sich die Arbeitgeber von dem Kooperationskurs ab, den sie im Herbst 1918 gegenüber den Arbeiterorganisationen eingeschlagen hatten. Schon wenige Monate nach dem Umsturz begannen die Gewerkschaftsführer festzustellen, daß die Hoffnungen auf eine grundlegende Änderung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern, die sie an die Arbeitsgemeinschaft geknüpft hatten, sich nicht erfüllten. Bereits im Mai 1919 klagte Paepow, die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe habe »eine fruchtbare Tätigkeit bisher nicht entfalten können«. Tätig geworden sei sie »überall auf dem Papier, in Wort und Schrift, aber in der Praxis nicht«<sup>1</sup>.

Tatsächlich verlor die Arbeitsgemeinschaft für die Unternehmer ihren Wert, als die Gefahr der sozialen Revolution gebannt war. Eine entscheidende Rolle spielte sie nur in den Wochen unmittelbar nach der Novemberrevolution, und auch dann weniger auf wirtschaftlichem Gebiet. Ihre eigentliche Bedeutung war politischer Natur: Durch das Bündnis der Gewerkschaftsführung mit den Industriellen wurden der sozialrevolutionären Bewegung nicht nur von vornherein sowohl ein stabiles organisatorisches Rückgrat und die publizistischen Medien zur Vertretung ihrer Ziele ge-

nommen, sondern die Gewerkschaftsführung ging selbst mit aller Kraft gegen die sozialrevolutionären Elemente in der Arbeiterschaft vor und setzte sich für die Erhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung und Betriebsverfassung ein. Wo die Gewerkschaften diese Funktion nicht in der erwarteten Weise ausübten, deuteten die Unternehmer folglich alsbald Zweifel an der Arbeitsgemeinschaft an. »In der schwersten Zeit wirtschaftlicher Not, die wir jetzt durchleben müssen«, schrieb die Handelskammer Düsseldorf Mitte April 1919, »ist die Arbeitsgemeinschaft fast bedeutungslos gewesen, weil den Gewerkschaftsführern die Leitung der Arbeitermassen aus den Händen geglitten ist und sie daher Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern zur Beendigung von Streiks, Regelung der Beschäftigung usw. nicht zustande bringen konnten«<sup>2</sup>.

Auf wirtschaftlichem Gebiet spielte die Arbeitsgemeinschaft sogar in den turbulenten Monaten zwischen November 1918 und Frühjahr 1919 nur eine unbedeutende Rolle; nicht zuletzt, weil die freien Gewerkschaften in der Zentralarbeitsgemeinschaft quantitativ und qualitativ unzureichend vertreten waren<sup>3</sup>. Die richtungweisenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Revolutionsmonate trafen die Reichsämter, insbesondere das Demobilmachungsamt, dessen Leiter, Oberst Koeth, grundsätzlich »für freie Wirtschaft« eintrat<sup>4</sup>. Die Arbeitsgemeinschaft selbst beschäftigte sich im November und Dezember 1918 außer mit der Satzung und der Konstituierung ihres Zentralausschusses nur mit wirtschaftlichen Lappalien<sup>5</sup>.

Sobald sichergestellt war, daß Gewerkschaften und Regierung sozialrevolutionäre Tendenzen nicht unterstützten und die Sozialisierungs- und Rätebewegung folglich kaum Erfolgsaussichten hatte, verfolgten die Industriellen auch andere Strategien zur Wiederherstellung oder Bewahrung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, wie sie es bereits beim Abschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft intern erwogen hatten<sup>6</sup>. Unmittelbar nach dem Umsturz hatten sie einen Augenblick daran gedacht, durch Konzessionen an die Sozialisierungsforderung eine Veränderung der wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse und der Betriebsverfassung abzuwenden. Auf dem Höhepunkt der Generalstreikwelle vom Frühjahr 1919, nachdem die Regierung sich für die gesetzliche Verankerung des Räte-systems erklärt und auf Plakaten die Einleitung der Sozialisierung verkündet hatte, erörterten Hansabund und Bürgerräte noch einmal die Frage, »ob und welche Wege vorhanden sind, die unter Aufrechterhaltung der privatwirtschaftlichen Grundlagen der Gesamtwirtschaft denjenigen Zielen möglichst Rechnung tragen, welche die Arbeiterkreise mit der Sozialisierung anstreben«<sup>7</sup>. Doch sie erzielten keine Einigkeit<sup>8</sup> und kamen auf diese Frage nicht wieder zurück, nachdem die Streiks niedergeschlagen worden waren.

Eine Variante derartiger Überlegungen stellte der Gedanke an eine Beteiligung der Arbeiter am Unternehmensgewinn oder am Produktivkapital mittels Kleinaktien dar. Die Ruhrindustrie setzte einen Ausschuß ein, der sich mit dem Für und Wider befaßte; bürgerliche Autoren und die Arbeitgeberpresse entfachten eine breite Diskussion darüber<sup>9</sup>. Intern freilich wurde die Gewinnbeteiligung von namhaften Schwerindustriellen schon im Dezember 1918 verworfen. Beukenberg erklärte am 19. Dezember 1918, sie sei »nichts wert; der Arbeiter richte sich ein aufgrund der hohen Einkünfte und könne dann nicht seine Ausgaben und seine Bedürfnisse einschränken, wenn schlechte Zeiten kämen«<sup>10</sup>. Der Gedanke an Kleinaktien in Arbeitnehmerhand wurde zwar von nicht-sozialistischen Arbeiterorganisationen, insbesondere den christlichen Gewerkschaften, die aufgrund der katholischen Soziallehre schon vorher ähnliche Vorstellungen entwickelt hatten, aufgegriffen und später unter dem Titel der »Werksgemeinschaft« lebhaft propagiert<sup>11</sup>. Für den Verlauf der Sozialisierungsbewegung blieb dies jedoch ebenso unerheblich wie die Werbung für eine Gewinnbeteiligung.

### *Propaganda und Unterstützung der Freikorps*

Die Schwerindustrie ging denn auch schon bald zu direkten Abwehr- und Angriffsmaßnahmen gegen die Sozialisierungs- und Rätebewegung über. Der Abwehr galt zunächst der schleunige Ausbau der antisozialistischen Propaganda, die bereits im letzten Kriegsjahr gegen den »Staatssozialismus« in Gang gesetzt worden war. Schon am 18. November 1918 machte es die VDA den Arbeitgeberverbänden zur Aufgabe, »in der Öffentlichkeit auf die katastrophalen Folgen hinzuweisen, welche die Durchführung des sozialistischen Programms für Industrie und Arbeiterschaft und für das ganze Volk haben würde«<sup>12</sup>. Eine Woche später rief Reichert die Geschäftsführer der Wirtschaftsverbände »zum Besten unseres Wirtschafts-, Staats- und Volkslebens« auf, »in Wort und Schrift, in Vorträgen und Vorlesungen, in einzelnen Besprechungen mit maßgebenden Persönlichkeiten, durch Denkschriften, Zeitungsaufsätze und Zeitungsartikel, ja sogar durch Flugblätter« sowie durch Filme und Lichtbilder »nicht nur oben bei den regierenden Männern, sondern auch unten im Volke« eine »Aufklärung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, ja der Grundfragen unserer Wirtschaft« zu betreiben, »und zwar zum Zweck der Bekämpfung der Unersättlichkeit und der grenzenlosen Begehrlichkeit der Masse«<sup>13</sup>.

Die industrienahen Organe und Organisationen, die fast ausnahmslos unbehelligt weiterarbeiteten, nahmen sich alsbald dieser »großen Aufga-

be«<sup>14</sup> an. Namentlich die Ruhrindustrie investierte beträchtliche Mittel in die Propaganda und weitete unter Führung Hugenbergs, der sein Amt im Kruppdirektorium jetzt aufgab, ihren Einfluß im Zeitungssektor erheblich aus<sup>15</sup>. Die publizistischen Artikulationsmöglichkeiten der Rätebewegung waren daher denjenigen ihrer Gegner hoffnungslos unterlegen. Daß sich der Sozialisierungs- und Rätegedanke trotzdem unter der Arbeiterschaft so weit verbreitete, ist demnach ein um so stärkeres Zeugnis für seine originäre, in kollektiven Erfahrungen und Wünschen der Industriearbeiter wurzelnde und gegen propagandistische Beeinflussung weithin immune Kraft.

Häufig ging die antibolschewistische mit der Propaganda für die schleunige Einberufung der Nationalversammlung einher. In dieser Forderung war sich das Bürgertum ungeachtet der parteipolitischen Unterschiede einig; denn die parlamentarische Demokratie garantierte am ehesten die Bewahrung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Nationalversammlung statt Räteystem lautete daher die einmütige verfassungspolitische Parole des Bürgertums zwischen November 1918 und Januar 1919. Auch diese Kampagne wurde von industrieller Seite lebhaft unterstützt<sup>16</sup>.

Um zum direkten Angriff auf die sozialrevolutionären Bestrebungen in der Arbeiterschaft übergehen zu können, setzte mancher Ruhrindustrielle unmittelbar nach der Revolution seine Hoffnung darauf, »daß die Heere unserer Gegner sehr bald in das rheinisch-westfälische Industrieviertel einmarschieren werden«<sup>17</sup>. Vorübergehend wurde in großagrarisches-konservativen Kreisen Westdeutschlands auch der Gedanke erwogen, sich dem Einfluß der »Berliner Revolutionskreise« durch »eine Art Separation der westlichen Provinzen« zu entziehen<sup>18</sup>. Sobald jedoch Möglichkeiten zum Aufbau bewaffneter Einheiten unter Führung monarchistischer Offiziere erkennbar wurden, traten solche Überlegungen zugunsten einer Unterstützung der antirevolutionären Verbände zurück.

In Duisburg trugen die Werke für alle Arbeiter und Angestellten den Lohnausfall, die sich der »Polizeihißwehr« anschlossen, einer unter der Ägide des Magistrats eingerichteten Bereitschaftspolizei, von der »Spartakisten und Leute, die dem Terror huldigen«, satzungsgemäß ausgeschlossen waren<sup>19</sup>. In Oberschlesien zahlten die Bergwerks- und Hüttenbesitzer allen Belegschaftsangehörigen, die sich dem »Oberschlesischen Freikorps« anschlossen, die Bezüge weiter<sup>20</sup>. Die Siemenswerke förderten die Aufstellung der Grenzschutztruppen, indem sie ihren Beschäftigten, wenn sie sich zum Dienst in diesen Verbänden bereitfanden, die Weiterzahlung von 50 % ihres Gehalts oder Lohns zusicherten. Weitere materielle Anreize für die Freiwilligenwerbung schufen sie mit dem Versprechen von Beihilfen, Weihnachtswendungen und Gehaltserhöhungen<sup>21</sup>.

Anscheinend erhielten die Freikorps auch direkte Zahlungen aus Indu-

strikreisen. Daß ihre Höhe beträchtlich gewesen sein muß, ist daran abzulesen, daß sich manche Freikorps praktisch unerschöpflicher Geldquellen für Werbungs- und Propagandazwecke rühmten<sup>22</sup>. Vermutlich war die Industrie außerdem an der Finanzierung und Organisation geheimer Bürgerwehren beteiligt, die in vielen Städten, in denen die Arbeiter über bewaffnete Organe verfügten, Zersetzungpropaganda betrieben, den Freikorps Nachrichten lieferten und Proskriptionslisten anfertigten, auf Grund deren die Freikorps nach ihrem Einmarsch die Führer der oppositionellen Arbeiterschaft verhaften konnten<sup>23</sup>. Zum Selbstschutz stellten manche Großbetriebe im übrigen eigene Werkswehren auf, zum Beispiel Krupp in Essen, selbstverständlich nur aus »zuverlässigen« Belegschaftsmitgliedern<sup>24</sup>.

### *Unterstützung der bürgerlichen Parteien*

Sobald die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung als gesichert gelten konnte, konzentrierten sich die Industriellen darauf, eine absolute Mehrheit der Sozialdemokratie zu verhindern. Die »Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds«, eine vornehmlich aus Vertretern der Schwerindustrie zusammengesetzte Organisation<sup>25</sup>, die in der Vorkriegszeit vor Reichs- und Landtagswahlen Kandidatenaufstellung und Wahlkampf der bürgerlichen Parteien im Interesse der Industrie beeinflusst hatte, machte bereits Ende November 1918 auf die »ganz außerordentliche Bedeutung« der bevorstehenden, »auch für die Industrie so überaus wichtigen« Wahlen aufmerksam und bat um »reichliche Mittel«, um »eine dauernde, einseitige Klassenherrschaft des Proletariats« verhindern zu helfen<sup>26</sup>. Am 18. Dezember 1918 rief Tänzler alle Arbeitgeber und ihre Verbände auf, »jedes Opfer an Kraft und Zeit« und jedes »persönliche Opfer« zu bringen und auch alle verfügbaren Geldmittel, »soweit sie dann überhaupt noch vorhanden sind, für diesen Zweck [zu] opfern, ... denn es geht ... ums Ganze, es geht um die Existenz der Industrie«<sup>27</sup>.

Daß die bürgerlichen Parteien, unter deren neuen Namen und Programmen die alten Gruppierungen des Kaiserreichs nur wenig verändert weiterlebten, im Wahlkampf von industrieller Seite mit erheblichen Geldmitteln unterstützt wurden, ist hiernach kaum zu bezweifeln. Nur die Höhe der Zuwendungen ist nicht leicht zu bestimmen. Stresemann behauptete Ende Dezember 1918, die aus der FVP und dem linken Flügel der Nationalliberalen hervorgegangene DDP verfüge über »ungeheure Mittel«; anscheinend stehe ihr »das ganze jüdische Bankkapital zur Verfü-

gung«; die DVP hingegen, in der sich der Rest der Nationalliberalen sammelte, sei »bettelarm«<sup>28</sup>.

Tatsächlich erhielt die DDP für den Wahlkampf rund 3 Mill. Mark – beträchtlich mehr, als sie ausgeben konnte<sup>29</sup>. Aber ihr Rückhalt in Industriekreisen war schwächer, als diese Summe vermuten läßt. Einflußreichen Großindustriellen war die DDP zu linkslastig, weil in ihr Politiker und Publizisten eine tonangebende Rolle spielten, die ihnen wegen ihrer Tendenz zu einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie seit langem ein Dorn im Auge waren. Nach der Ansicht Reuschs hatten »die Herren Payer, Haussmann und Genossen . . . so viel auf dem Gewissen« und waren »mitschuld an den gegenwärtigen Zuständen«, daß er es »nicht verstehen« konnte, wie »ein guter Deutscher« einer Partei angehören mochte, »in welcher das Berliner Tageblatt ausschlaggebend ist«; den württembergischen Nationalliberalen, die sich überwiegend der DDP angeschlossen hatten, riet er »dringend . . ., diesen Schritt sobald als möglich wieder rückgängig zu machen«<sup>30</sup>. Auch Duisberg wollte mit »Ehrenmännern wie Wolff (Berliner Tageblatt) und Weber (Frankfurter Zeitung) nichts zu tun haben«<sup>31</sup>. Zusätzlich suspekt wurde die DDP vielen Industriellen auch deshalb, weil sie sich nicht in die bürgerliche Einheitsfront einzureihen bereit war, die die Rechtsparteien aufrichten wollten. Sogar Industriellen, die sich der DDP anschlossen wie der Mannesmann-Direktor Nikolaus Eich, der der Düsseldorfer DDP vorstand, galt schon Mitte Dezember 1918 als ausgemacht, »daß Personen wie Alfred Weber und Theodor Wolff nicht geeignet sind, an führender Stelle zu bleiben«<sup>32</sup>. Von den rheinisch-westfälischen Kreisen in der Partei hoffte Duisberg daher, es würde ihnen gelingen, die DDP »nach rechts zu ziehen«<sup>33</sup>.

Je näher der Wahltermin rückte, desto deutlicher betonten die der Industrie verbundenen Organe ihr Wahlkampfziel, »der Sozialdemokratie jeden Fußbreit Boden im bürgerlichen und vaterländischen Interesse streitig zu machen«<sup>34</sup>. Gleichzeitig forderte das Organ der DV: »Jagt diese durch ihre Schwäche und Unfähigkeit zu Helfershelfern der Bolschewiken gewordenen Revolutionsmänner von ihren angemessenen Stühlen!«<sup>35</sup> Noch am Wahltag selbst rief es dazu auf, »mit allen Kräften zu werben und zu arbeiten gegen die Verewigung des deutschen Elends durch den Mehrheitssieg der Sozialdemokratie«<sup>36</sup>.

Sich persönlich für die Erhaltung der Privatindustrie durch ein Engagement in einer Partei und die Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat einzusetzen, kam den meisten Industrieführern allerdings nicht in den Sinn. Duisberg lehnte es »grundsätzlich ab«, sich »auf diesem garstigen Gebiet« zu betätigen. »Ich bleibe still und kümmere mich nicht um Politik, weder persönlich noch geldlich«, schrieb er Ende Dezember 1918. »Das sollen

jetzt einmal die anderen machen, die bisher im Hintergrunde saßen und für die wir die Kastanien aus dem Feuer geholt haben. Ich habe die Nase voll und danke – mag es gehen, wie es will.«<sup>37</sup> Manche seiner Standeskollegen aber wandelten jetzt ihre Ansichten. »Wo sollen wir hinkommen, wenn nicht berufene Männer der Großindustrie ... in den sauren Apfel beißen und sich auch der Parlamentsarbeit unterziehen«, hielt der Ulmer Metallindustrielle Philipp Wieland, der sich der DDP angeschlossen hatte, Ende Januar 1919 Paul Reusch vor, der ähnlich dachte wie Duisberg. »Wir müssen dabei sein, wenn aus unserem Leder die Riemen geschnitten werden.«<sup>38</sup> Tatsächlich zogen neben Wieland mit Vögler und Hugenberg auch zwei einflußreiche Ruhrindustrielle für die DVP bzw. DNVP in die Nationalversammlung ein.

Wieland hielt den Beitritt von Industriellen zur DNVP für politisch unklug. Er war überzeugt, daß die alten Konservativen »ausgespielt« hatten und »bei der Entscheidung der Geschicke Deutschlands nicht mehr mitzusprechen haben« würden<sup>39</sup>. Andere Vertreter der Fertig- und Exportindustrie dachten ähnlich<sup>40</sup>. In der Tat hatten die Konservativen nur so lange eine politisch ausschlaggebende Rolle spielen können, wie ein undemokratisches Wahlrecht sie bei der Mandatsverteilung bevorzugte – wie in Preußen – oder wenigstens – wie im Reich – die Regierung nicht vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängig war, sondern vom Kaiser und seiner durchweg konservativen Umgebung. Mit der Demokratisierung der Wahlrechte, der Parlamentarisierung der Reichs- und Landesverfassungen und dem Übergang zur Republik hatten sie ihre wichtigsten politischen Bastionen eingebüßt. Da die Kerngruppe ihrer Wähler – in erster Linie Grundbesitzer, Offiziere, höhere Beamte und protestantische Geistliche – numerisch schwach war, mußte die DNVP, um überhaupt noch nennenswerten Einfluß auszuüben, sich um eine Verbreiterung ihrer Wählerschaft bemühen. Dasselbe galt allerdings abgeschwächt auch für die übrigen bürgerlichen Parteien, sofern sie bei der Wahl zur Nationalversammlung eine Mehrheit der Arbeiterparteien verhindern wollten. Um möglichst breite Bevölkerungsgruppen anzusprechen, bemühten sich deshalb alle, sich als »Volksparteien« zu präsentieren, und das Mittel, um in der so wichtigen Wählergruppe der Arbeiterschaft Fuß zu fassen, sahen sie übereinstimmend darin, sich Arbeitnehmerflügel anzugliedern.

Die Bindungen zwischen freien Gewerkschaften und SPD hatten sich gegenüber der Vorkriegszeit noch verstärkt. Der 163köpfigen SPD-Fraktion der Nationalversammlung gehörten rund 60 Gewerkschaftsfunktionäre an, unter ihnen Legien, Schmidt, Bauer und Wissell von der Generalkommission, die Vorsitzenden von vier der größten Einzelgewerkschaften – Schlicke vom DMV, Sachse vom Bergarbeiterverband, Schumann vom



Transportarbeiterverband und Brey vom Fabrikarbeiterverband – sowie vier Vorsitzende kleinerer Verbände, nämlich Deichmann vom Tabakarbeiterverband, Giebel vom Verband der Büroangestellten, Girbig vom Glasarbeiterverband und Winkelmann vom Böttcherverband. Der Anteil hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre an den SPD-Fraktionsmitgliedern hatte sich hiermit gegenüber 1912 von rund 20 % auf etwa 30 % erhöht, der Anteil derjenigen, die im Lauf ihrer politischen Karriere einen Gewerkschaftsposten bekleidet hatten, sogar von 40 % auf nahezu 50 %<sup>41</sup>. Entsprechend gewachsen war der Einfluß der freien Gewerkschaften auf die SPD. Zwei weitere Führer der freien Gewerkschaften – Bock und Simon vom Schuhmacherverband – saßen in der USPD-Fraktion der Nationalversammlung.

Die freien Gewerkschaften kamen daher als Bündnispartner bürgerlicher Parteien nicht in Betracht, um so mehr aber die christlichen und Hirsch-Dunckerschen, ferner die Mehrzahl der Angestellten- und Beamtenorganisationen. Sie hatten seit dem Hilfsdienstgesetz durchweg an Stärke erheblich zugenommen<sup>42</sup> und rückten nach dem Umsturz enger zusammen, um sich gegenüber der drohenden Dominanz der sozialistischen Kräfte zu behaupten. Ende November 1918 bildeten christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, der DHV und eine Reihe liberaler Angestellten- und Beamtenorganisationen einen gemeinsamen Dachverband, den Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbund<sup>43</sup>. Wenige Tage später schlossen sich die größten Beamtenverbände zum Deutschen Beamtenbund zusammen<sup>44</sup>. Diese Entwicklung erschwerte allerdings die Bemühungen der ebenfalls in einem Umwandlungsprozeß begriffenen und miteinander konkurrierenden bürgerlichen Parteien, die Verbindungen zu den einzelnen Arbeitnehmerorganisationen zu festigen oder neu herzustellen.

Am einfachsten war die Situation für die Zentrumspartei, die sich für einige Wochen »Christliche Volkspartei« nannte. Schon seit Jahren bildeten christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine einen integrierenden Bestandteil dieser Partei, die deshalb als einzige schon im wilhelminischen Deutschland als Volkspartei bezeichnet werden konnte. Im Zuge der Polarisierung der deutschen Gesellschaft während des Krieges waren zwar zwischen dem Arbeiterflügel und den industriell-agrarischen und klerikalen Gruppierungen des Zentrums scharfe Gegensätze aufgebrochen. Trotzdem erwogen die christlichen Arbeiterorganisationen nach dem Zusammenbruch eine Trennung vom Zentrum nicht ernstlich, sondern besiegelten um den Preis, daß der bürgerliche Flügel ihnen größeren Einfluß einräumte und einige der kompromittierten Angehörigen der äußersten Rechten fallenließ, die Parteieinheit von neuem. Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung wies daher mit 20 Funktionären der christlichen

Gewerkschaften gegenüber ihrer Vorgängerin im letzten Reichstag eine Zunahme von Arbeitervertretern um mehr als das Vierfache auf; der prozentuale Anteil der Gewerkschaftsfunktionäre lag fast ebenso hoch wie in der SPD-Fraktion<sup>45</sup>.

Relativ einfach lagen die Verhältnisse auch für die DDP. Zwar hatte die FVP im alten Reichstag über keinen und der linke Flügel der Nationalliberalen mit Gustav Ickler, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, nur über einen einzigen Abgeordneten aus der Arbeiterschaft verfügt. Doch seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts, als der liberale Nationalökonom Max Hirsch die Gewerkvereine gegründet hatte, waren die Verbindungen zwischen den linksliberalen Parteien und den Hirsch-Dunckerschen Verbänden nie ganz abgerissen. Während des Krieges waren sie auf Betreiben der Gewerkvereine neu belebt und mit der Bestellung des FVP-Abgeordneten Weinhausen zum parlamentarischen Syndikus der Gewerkvereine gewissermaßen formalisiert worden. Diese Beziehung ging jetzt auf die DDP über. Auch manche Führer der gewerkschaftlich orientierten Angestelltenverbände schlossen sich der DDP an. Der Ende November 1918 gebildete vorläufige DDP-Vorstand zählte unter 34 Mitgliedern zehn Funktionäre von Arbeiter- und Angestelltenorganisationen<sup>46</sup>. Diese Stärke des Arbeitnehmerflügels schlug sich auch in der Kandidatenaufstellung nieder mit dem Ergebnis, daß mit den insgesamt 75 DDP-Abgeordneten acht Arbeitnehmervertreter in die Nationalversammlung einzogen<sup>47</sup>.

Größere Schwierigkeiten bereitete es der DVP und der DNVP, sich mit Arbeiterorganisationen zu umgeben. Bis 1918 hatten ihre Vorgänger allenfalls die wirtschaftsfriedlichen Organisationen gefördert, freilich ohne ihnen jemals ein Reichstagsmandat zu überlassen; erst in der zweiten Kriegshälfte kamen Gespräche hierüber in Gang<sup>48</sup>. Die gelben Organisationen aber waren in weiten Kreisen der Arbeiterschaft so verhaßt, daß die Unternehmer sich in der Zentralarbeitsgemeinschaft verpflichten mußten, ihre Förderung sofort einzustellen. Daraufhin brachen sie fast überall zusammen und verschwanden in den Betrieben von der Bildfläche. Um zu überleben, machten sich ihre Führer auf die Suche nach einer neuen politischen Heimat. Mitte Dezember 1918 bot Fritz Heß, der Vorsitzende des Bundes deutscher Werkvereine, Stresemann an, seine Freunde aus den wirtschaftsfriedlichen Vereinen zur Unterstützung der DVP aufzufordern. Stresemann erwiderte, daß er »die Mitwirkung der Arbeiterschaft als solcher in der Partei äußerst sympathisch begrüßen« würde; er lud auch das Hauptausschußmitglied Rupp zu den Vorbereitungen für die Gründungsversammlung der Partei ein; ein Bekenntnis zum Programm der Wirtschaftsfriedlichen lehnte er jedoch ab<sup>49</sup>.

Denn gleichzeitig verhandelte er mit den Führern einiger christlich-nationaler Verbände, und deren Wortführer Wilhelm Gutsche, der Vorsitzende der Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsarbeiter, die nach eigenen Angaben damals rund 150000 Mitglieder umfaßte, beschied ihn, »die verjüngte und umgeformte nationalliberale Partei« befände sich »in einem großen Irrtum, wenn sie von den Gelben irgendwelche politischen Vorteile« erhoffte. Das Arbeitsgemeinschaftsabkommen bedeute »das Ende der Gelben«. In der Berliner Elektroindustrie seien sie »verschwunden«, in der »Schwerindustrie ... ihr Schicksal ebenfalls besiegelt«; der Einfluß von Heß sei »minimal«. Gutsche, der auch im Namen des christlichen Gewerkschaftssekretärs Baltrusch und des DHV-Vorsitzenden Bechly sprach, teilte Stresemann mit, er und seine Freunde könnten sich »in keiner Partei betätigen, die Führer der Gelben in parteileitender Stellung oder im Parlament« dulde; andernfalls würden sie »in der Arbeiterbewegung jeden Kredit verlieren«<sup>10</sup>. Gleichzeitig belehrte er die DVP-Führer, daß »die organisierten Arbeitnehmer heute in keiner Partei mehr das Schwanzstück spielen« würden. Als Voraussetzung für einen Beitritt zur DVP forderte er daher »für die Angestellten, Beamten und Arbeiter, die auf dem Boden des Deutschen Gewerkschaftsbundes stehen«, die »volle Gleichberechtigung ... , im Programm sowohl wie auch in der Parteipraxis, also bei der Bildung des Vorstandes, des Ausschusses und der Aufstellung der Kandidaten«.

Gutsche konnte so hohe Forderungen stellen, weil die nichtsozialistischen Arbeitnehmerorganisationen, die sich parteipolitisch noch nicht gebunden hatten, auch von der DNVP umworben wurden. Als erster Arbeiterführer schloß sich ihr Franz Behrens an, der Vorsitzende des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter. Behrens hatte seit 1907 als Abgeordneter der Christlich-Sozialen im Reichstag gesessen, einer kleinen, mittelständisch-kleinbürgerlich orientierten, stramm antisozialistisch und antisemitisch ausgerichteten, stark evangelisch gefärbten Partei, die den Konservativen am nächsten stand und sich mit ihnen sogleich nach der Revolution in der neuen DNVP zusammentat. Ferner führte Behrens' Parteifreund im alten preußischen Abgeordnetenhaus, Wilhelm Wallbaum, der Generalsekretär des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, die hinter ihm stehenden konfessionellen Arbeiterorganisationen mit rund 80000 Mitgliedern der DNVP zu. Ende Dezember 1918 trat auch die Vorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands, Margarethe Behm, Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der DNVP bei. Schließlich zogen auch der DHV und die Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatshandwerker eine Bindung an die DNVP einem Zusammengehen mit der DVP vor.

Mitte Dezember hatten die Arbeitnehmervereine in der DNVP »einen

Einfluß wie nie zuvor<sup>51</sup>: Wallbaum und Margarethe Behm wurden in den achtköpfigen geschäftsführenden Vorstand gewählt, Behrens und zwei weitere Arbeitnehmer in den vorläufigen Parteivorstand<sup>52</sup>. Von einer Reihe linkskonservativer Parteimitglieder aufgefordert, den Gedanken des »sozialen Staates« zu vertreten, »die Zusammenarbeit mit der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterschaft . . . als besonders wichtige Aufgabe« zu betrachten und bei der Aufstellung der Kandidaten wie bei der Zusammensetzung der Parteiorgane »überall führende Männer aus allen Volksschichten ohne persönliche und fraktionelle Rücksichten« auszuwählen<sup>53</sup>, beschloß der Parteivorstand am 19. Dezember 1918, Behrens in Ostpreußen und Margarethe Behm in Pommern an sicherer Stelle für die Wahlen zur Nationalversammlung zu placieren<sup>54</sup>. Auch in anderen Wahlkreisen, vornehmlich in Industriegebieten, nahm die DNVP Arbeitnehmer in ihre Wahlvorschläge auf<sup>55</sup>. Außerdem wurde die Einsetzung eines Ausschusses für Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfragen »als beratende Instanz für den Parteivorstand« beschlossen<sup>56</sup> – all dies freilich zum Mißfallen der altkonservativ-agrarischen Kräfte der Partei<sup>57</sup>.

Der DVP verblieben hiernach als Bündnispartner aus dem Arbeitnehmerlager nur noch Teile der nichtsozialistischen Eisenbahner- und Staatsarbeiterverbände sowie eine kleine Gruppe christlicher Gewerkschaftler. Deshalb hielt sie trotz der Warnungen Gutsches die Kontakte mit den Gelben aufrecht, drängte allerdings deren einschlägig bekannte Führer in den Hintergrund und schob nahezu unbekannte Arbeitervertreter nach vorne, etwa den westfälischen Bergarbeiter August Winnefeld. Dieser gehörte seit 1903 dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter an, war jedoch nach Aussage der Verbandsführung bis 1919 »im Gewerkschaftsleben nicht weiter hervorgetreten«<sup>58</sup>. Aus optischen Gründen präsentierte die DVP in den Industriegebieten darüber hinaus weitere Arbeiter, freilich an aussichtsloser Stelle<sup>59</sup>.

Nach diesen Arrondierungen ihres sozialen Einzugsbereichs suchten sich beide Rechtsparteien im Wahlkampf als Volksparteien darzustellen und machten sich anheischig, auch die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Die DNVP postulierte die »Durchdringung unseres gesamten öffentlichen Lebens mit sozialen Gesichtspunkten«, forderte die Fortsetzung der Sozialpolitik und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften, verlangte allerdings auch, »das Privateigentum, die Privatwirtschaft, Erwerbssinn und Unternehmungslust« müßten »grundsätzlich die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Arbeit bleiben« und »gegen offenen und versteckten Kommunismus« verteidigt werden<sup>60</sup>.

Die DVP forderte ebenfalls »volle Koalitionsfreiheit, ein neues sozial gestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht, energische Weiterführung der

Sozialpolitik, ... Anerkennung und Einfügung der Berufsverbände in das öffentliche Recht« sowie eine internationale Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Sie bekräftigte zugleich aber den Grundsatz »des Privateigentums und des Erbrechts, ... der leitenden Stellung des Unternehmers in seinem Betriebe wie in der Volkswirtschaft«, wenn auch »unter angemessener Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten durch ihre Ausschüsse und ihre Vertretung«. Außerdem verlangte sie die Wiederherstellung von »Ruhe und Ordnung« und die »Beseitigung der unverantwortlichen Eingriffe« der Räte in das Wirtschaftsleben<sup>61</sup>.

Wieweit die Mitglieder der Organisationen, deren Führer sich der DNVP oder der DVP angeschlossen hatten, diese Parteien wählten und ihren Parolen folgten, läßt sich nicht klären. Jedenfalls erhielt die DNVP Stimmen genug, daß sechs Arbeitnehmervertreter für sie in die Nationalversammlung einzogen<sup>62</sup>. In die DVP-Fraktion hingegen gelangte nur Winnefeld als einziger Konzessionsproletarier; er vertrat den Wahlkreis Arnberg.

Sobald jedoch mit der Unterdrückung der politischen Streikbewegung in den Industriegebieten die Gefahr der sozialen Revolution gebannt war, schienen den Rechtsparteien programmatische und personelle Konzessionen an die Arbeiterschaft nicht mehr erforderlich. Im Sommer 1919 konstatierte Clemens von Delbrück, der frühere Chef des Reichsamts des Inneren und einer der klarsichtigsten Angehörigen des linken DNVP-Flügels, daß die Fraktion entgegen ihren Wahlversprechungen »ihre Hauptaufgabe ... in der Verteidigung der alten Parteien ... auf der einen und dem Sturz der jetzigen Regierung auf der anderen Seite« sehe. Die bei der Gründung der Partei allgemeine Überzeugung, »daß wir eine Volkspartei werden müßten, d. h. auch die Vertretung der Interessen der Massen in unser Programm aufnehmen müßten, soweit sie mit uns auf dem Boden derselben Weltanschauung stünden«, sei bei der Fraktionsführung und einem Teil »gerade der hervorragenden Köpfe der Fraktion« in Vergessenheit geraten; es fehle »der Mehrheit der Fraktion der Sinn für die Notwendigkeit sozialer Arbeit und die Notwendigkeit, die Arbeitervertreter an diese zu fesseln«. Die letzteren fühlten sich »sichtlich in der Fraktion nicht wohl« und hätten »wiederholt mit vollem Ernst die Möglichkeit ihres Austritts aus der Fraktion erörtert«<sup>63</sup>.

Ein evangelischer Arbeitersekretär, der im Deutschnationalen Volksverein Berlin-Nordwest als 2. Vorsitzender fungierte, bestätigte, »daß die bürgerlichen Kreise in unserer Partei ... etwas mehr soziales Verständnis sich zu eigen machen und daß sie wirklich den Arbeiter als gleichberechtigt betrachten lernen müßten«. Nach seinen Beobachtungen redete man in der DNVP zwar »von der Arbeit in hohen Tönen, aber den Arbeiter selbst

sieht man doch als minderwertig an. . . . Man urteilt oft so leichtfertig über das Verhalten der Arbeiter und hat doch von all den Zusammenhängen der ganzen sozialen Probleme keine blasse Ahnung.«<sup>64</sup>

Ein Angehöriger des äußersten rechten Parteiflügels, der Großgrundbesitzer von Hertzberg-Lottin, ein früheres Herrenhausmitglied, unterstrich dies auf seine Weise, als er sich im September 1919 bei Westarp über die »Feigheit« beschwerte, die »weit in unsere Kreise hinein . . . Platz gegriffen« und bei der Kandidatenaufstellung dazu geführt habe, daß »der kleine Mann . . . sehr in den Vordergrund geschoben« worden sei<sup>65</sup>. Daß er mit dieser Ansicht nicht allein stand, zeigte sich Ende 1919, als anlässlich der Überlegungen für die insbesondere von der Rechten geforderte Neuwahl des Reichstages die Erneuerung der Kandidatur Behrens' bei den alten Konservativen in Ostpreußen auf »große Schwierigkeiten« stieß<sup>66</sup>.

Nach dem Kapp-Putsch unternahm Westarp zwar notgedrungen einen Verständigungsversuch zwischen dem agrarischen und dem Gewerkschaftsflügel<sup>67</sup>. Aber die Spannungen blieben bestehen. Wenn die DNVP sich hinfort an Arbeiter wandte, so nur noch an jenen, »der sich nicht als Proletarier fühlt und nicht zum Sozialismus bekennt«<sup>68</sup>. Die maßgebenden Kräfte in der Partei bereiteten sich darauf vor, bei einer künftigen Regierungsbeteiligung »eine viel stärkere Mitarbeit der Wirtschaftsführer sicherzustellen«<sup>69</sup>. Demgemäß lief ihre Arbeiterpolitik immer mehr auf eine Förderung der Gelben hinaus. Die programmatischen Grundsätze der DNVP vom Oktober 1920 predigten »gegenseitiges Vertrauen« und Versöhnung zwischen Unternehmern und Arbeitern, bekräftigten die Prinzipien des Privateigentums und der Eigenwirtschaft und erneuerten die Kampfansage an »jeden offenen und versteckten Kommunismus«<sup>70</sup>.

Der aus dem im Juli 1919 gegründeten Reichsarbeiterausschuß der DNVP 1921 hervorgehende Deutschnationale Arbeiterbund blieb innerhalb der Partei einflußlos und protestierte wiederholt vergeblich gegen die »gelbe Gesinnung« der Parteispitze. 1929 schließlich, als sich mit dem Übergang der Parteiführung an Hugenberg und die hinter ihm stehenden Kreise aus Schwerindustrie und Großlandwirtschaft die offene Zusammenarbeit der Parteispitze mit den Nationalsozialisten anbahnte und die Gelben sich vollends in der Partei breit machten, trennten sich die meisten christlichen Gewerkschaftsführer und DHV-Funktionäre von der DNVP<sup>71</sup>.

Eher noch schlechter war die Situation des Gewerkschaftsflügels in der DVP. In der Annahme, wegen der Bindungen der christlichen Gewerkschaften an Zentrum und DNVP könnten die wenigen der DVP angehörenden christlichen Gewerkschaftsführer schwerlich größere Teile ihrer Mitglieder nach sich ziehen, ließ sich die DVP mehr und mehr die Förde-

rung der nicht gewerkschaftlich orientierten Angestelltenorganisationen sowie der wiedererstandenen gelben Arbeiterverbände angelegen sein.

Anläßlich der Kandidatenaufstellungen für die Reichstagswahl 1920 klagte Hermann J. Thissen, Zentralvorstandsmitglied der DVP und Syndikus des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der im November 1919 gegründeten Dachorganisation der christlich-nationalen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, die Partei habe »in der Behandlung von Arbeitnehmer-Kandidaturen die nationalliberale Vergangenheit leider weniger abgestreift, als ihr die Freunde aus dem Lager christlicher und nationaler Arbeiter gewünscht hätten«; die geringe Zahl der Arbeitnehmerkandidaten drücke »auch die Zwitterstellung aus, welche die alten Nationalliberalen gegenüber einer unabhängigen selbstbewußten Gewerkschaftsbewegung bewiesen haben«<sup>72</sup>. An aussichtsreicher Stelle standen allein der DHV-Führer Otto Thiel sowie Fritz Geisler, der Führer des wirtschaftsfriedlichen Deutschen Arbeiterbundes, der Nachfolgeorganisation des BdW<sup>73</sup>. Gleichzeitig waren dem Vernehmen nach DVP-Reichstagsmandate für Unternehmerverbände für 150000 Mark buchstäblich käuflich<sup>74</sup>.

Nach der Wahl wurden die Führer der christlichen Gewerkschaften in einem solchen Maße zugunsten der Gelben zurückgesetzt, daß Thissen mit einem Bruch zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der DVP drohte<sup>75</sup>. Am Ende des Jahres war nach dem Urteil Stresemanns »der Einfluß der Schwerindustrie« in der Partei »schon über das Maß des . . . Erträglichen hinausgewachsen«; die Reichsgeschäftsstelle stand »vollkommen unter dem Einfluß der Industrie«, bei den Parteinstanzen und Ausschüssen war ein »planmäßiges Durchsetzen . . . durch Mitglieder oder Stroh-männer der Schwerindustrie unter Hinausdrängung der intellektuellen Schichten und der Finanzkreise« im Gange<sup>76</sup>. Zwei Jahre später notierte Harry Graf Kessler nach einem Treffen mit führenden Mitgliedern der DVP: »Man wittert in diesen Kreisen Morgenluft. Revolution, Sozialisierung, Linksregierung liegen wie böse Träume schon hinter ihnen. Wir segeln mit geschwellten Segeln nach rechts.«<sup>77</sup>

Auch in der DDP vollzog sich eine ähnliche Entwicklung. War es schon für die politische Grundrichtung der Partei bezeichnend, daß der linksliberale Flügel um Friedrich Naumann den programmatischen Parteinamen »National-sozial« nicht durchzusetzen vermochte<sup>78</sup>, so wurde bald mehr und mehr deutlich, daß die Partei vielen Angehörigen des Bürgertums lediglich als »Schirm zum Schutze vor dem sozialistischen Gußregen« gedient hatte. »Je mehr sich der Gußregen als ein sanftes Rieseln erwies, desto rascher verzichteten sie auf den Schirm und liefen zu den Parteien der Rechten über«<sup>79</sup>. Die verbleibenden Repräsentanten von Industrie und Handel aber ließen schon im Herbst 1919 »mangelnde soziale Gesinnung« in einem

solchen Ausmaß erkennen, daß der Nürnberger Oberbürgermeister Luppe an einen Austritt aus der Partei und an die Gründung einer neuen »demokratisch-sozialen Partei« zusammen mit dem rechten SPD-Flügel dachte<sup>80</sup>.

Zur Reichstagswahl 1920 stellte die Partei auf den jeweils ersten drei Plätzen der Listen für die einzelnen Wahlkreise 12 Vertreter von Handel und Industrie, 14 der Landwirtschaft, 4 Handwerker, 12 Beamte und Lehrer, 5 Richter und Anwälte, 10 Inhaber oberster Reichs- und Staatsämter, 5 Universitätsprofessoren, 7 Schriftsteller und Redakteure, aber nur noch 7 Arbeiter und Angestellte auf<sup>81</sup>. Nach der Wahl, die der DDP eine »über alles Erwarten« schwere Niederlage brachte<sup>82</sup> – sie verlor 36 von 75 Mandaten –, stand auch ihre Fraktion nach Ansicht des späteren Parteivorsitzenden Koch-Weser »weiter rechts als die alte« und umfaßte »etwas viel Industrielle und Finanzleute, die sich nur durch eine Dosis stärkerer Einsicht von den politischen Notwendigkeiten« von der DVP unterschieden<sup>83</sup>. Die Fraktion selbst schob das katastrophale Wahlergebnis »zu einem erheblichen Teil der Flucht der Wirtschaftskreise aus der Partei« zu<sup>84</sup>.

Die in der DDP verbliebenen Wirtschaftsführer leiteten daraus die Notwendigkeit ab, die Partei nach innen und außen stärker als Hüterin der Wirtschaftsinteressen zu profilieren und sie schärfer von der Sozialdemokratie abzugrenzen. Sogar die Forderung nach Fusionsverhandlungen mit der DVP wurde laut<sup>85</sup>. Anfang Juli 1920 wurde ein Mittelstandsausschuß der Partei eingerichtet<sup>86</sup>. Ihm folgte im Oktober die Konstituierung des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe; er sollte der Öffentlichkeit beweisen, »daß die DDP es sich zu einer ihrer vornehmsten Aufgaben macht, die Belange der deutschen Wirtschaft zu vertreten«<sup>87</sup>. Seine Gründungsversammlung stand denn auch ganz im Zeichen der Absage an alle sozialistischen Tendenzen.

Zur Sprachregelung erklärte Siemens, »daß heutzutage alles, was im geringsten von der absolut freien Wirtschaft abweicht, was in irgendeiner Weise zu einer Art Gemeinwirtschaft oder Zwangswirtschaft hinneigt, richtig mit dem Wort Sozialisierung bezeichnet werden muß«<sup>88</sup>. Hermann Fischer, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und der AEG sowie zahlreicher Industriebetriebe und Eisenbahngesellschaften, nannte bei gleicher Gelegenheit als Hauptaufgabe der DDP-Fraktion, »die Arbeiter dahin aufzuklären, daß dasjenige, was ihnen 50 Jahre versprochen worden ist, eben nicht zu erfüllen ist«; und wenn er sich auch zum Ziel der »Verständigung« mit der Arbeiterschaft bekannte, so nur »in der klaren Erkenntnis, daß es sich nicht um Sozialisierung handeln kann, wenigstens nicht in dem Sinne, wie es bisher diskutiert wurde«<sup>89</sup>.

Dieser Ausschuß übte in der Folge einen maßgeblichen Einfluß auf die



Politik der DDP aus. Sein Verhältnis zum Arbeitnehmerflügel war denkbar schlecht<sup>90</sup>. Auf dem Parteitag vom November 1920 erklärten seine Führer die Wahl Erkelenz' zum Vorsitzenden des Parteivorstandes für »unannehmbar« und stimmten ihr erst nach einer äußerst erbitterten Auseinandersetzung zu, bei der es fast zu Tötlichkeiten gekommen wäre<sup>91</sup>.

Aufgrund dieser innerparteilichen Kräfteverschiebungen war die DDP schon 1921 so weit von der Erfüllung der Aufgabe entfernt, die sie sich bei ihrer Gründung selbst gesetzt hatte, nämlich »zwischen den Arbeitermassen und denen, die keine Arbeiter sind, bleibend eine verständige Vermittlung anzubahnen«, daß der Berliner Bankier Paul Nathan austrat und sich der SPD anschloß<sup>92</sup>. Zwar vermochten die Arbeitnehmervertreter ihre Positionen in der DDP einigermaßen zu behaupten; Erkelenz avancierte 1929 sogar zum stellvertretenden Parteivorsitzenden. Doch lag dies hauptsächlich daran, daß der Erosionsprozeß der Partei mit dem sukzessiven Abfall der Industriellen andauerte; mit der Stärke der Gesamtpartei nahm auch der politische Einfluß der Arbeiterführer ab, die der DDP treu blieben. Über deren Perspektiven nach dem Ende der Inflation notierte Koch-Weser kurz nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 1924: »Wir gewinnen das Volk nicht zurück. Es fehlt uns Geld, Presse und Vertrauen . . . Zu viele sind verloren gegangen, alles in allem, die Partei hat schwerlich eine große Zukunft.«<sup>93</sup>

## *Unternehmerorganisationen und industrielle Konzentration*

Endlich antworteten die Unternehmer auf die Bestrebungen in der Arbeiterschaft nach grundlegenden Änderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit einem engeren Zusammenschluß zu noch kompakteren ökonomischen und politischen Machtgebilden. Die beiden stärksten Industriellenorganisationen, CDI und BdI, sowie der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie schlossen sich im April 1919 zum Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) zusammen, um die industriellen Interessen gegenüber Regierung, Behörden, Arbeiterorganisationen und anderen Verbänden so geschlossen und mächtig wie nur irgend möglich zur Geltung zu bringen. Vorbehalte des BdI wurden mit Hilfe der Reichsregierung, namentlich des von August Müller geleiteten Reichswirtschaftsamtes, überwunden<sup>94</sup>.

Untergliedert in 27 Fachgruppen und annähernd 1000 sowohl fachlich wie regional begrenzte Unterverbände, gehörten dem RDI rund 70–80% aller Industriebetriebe Deutschlands an. Die Schwerindustrie stellte mit

Sorge den Vorsitzenden, mit Hilger den Schatzmeister und war ferner mit Stinnes und Hugenberg im Präsidium vertreten. Die wichtigsten Zweige der Fertigungsindustrie repräsentierten im Präsidium Carl-Friedrich von Siemens, der gleichzeitig 2. stellvertretender Vorsitzender wurde, Felix Deutsch von der AEG, Bosch, Duisberg und Borsig sowie Max Fischer, der Repräsentant des Zeiss-Konzerns. Trotz dieser Balance von Vertretern der Schwer- und der Fertigungsindustrie dominierte freilich eindeutig die Schwerindustrie. Durch Sorge, der zugleich Vorsitzender der VDA war, wurde auch diese aufs engste mit dem RDI verbunden. Zur gegenseitigen Abstimmung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen setzten beide Verbände außerdem gemeinsame sozialpolitische Ausschüsse ein, die für ein einheitliches Auftreten von RDI und VDA nach außen sorgten<sup>95</sup>.

Auch auf regionaler Ebene machte der Zusammenschluß der Unternehmer Fortschritte. Arbeitnordwest zum Beispiel veranlaßte im Juni 1919 den Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände der Eisen- und Metallindustrie Rheinland-Westfalens und die Gründung einer Dachorganisation der rheinisch-westfälischen Bezirksarbeitgeberverbände, »um die unbedingt erforderliche Fühlungnahme und Unterrichtung der Verbände untereinander herbeizuführen gegenüber dem vortrefflich eingerichteten Nachrichtendienst der Arbeitnehmer.«<sup>96</sup>

Neben dem Ausbau und der Stärkung ihrer Organisationen forcierten die Industriellen auch die Stärkung ihrer ökonomischen Macht durch die Zusammenführung von Betrieben und Unternehmen in Interessengemeinschaften, Kartellen und Konzernen. Einen aufschlußreichen Einblick in die Absichten, die sie hiermit verfolgten, gewähren die internen Auseinandersetzungen über die Verlängerung des Stahlwerksverbandes vom Sommer 1919<sup>97</sup>. Vögler glaubte um diese Zeit zwar nicht mehr an eine »umfassende Sozialisierung der Großbetriebe«; hierfür schien ihm »bis weit in die Reihen der Unabhängigen hinein ... der Mut zu fehlen«. Er zweifelte allerdings, ob »die Kohlenindustrie verschont bleibt«, und daß »manche der Richtlinien der Planwirtschaft Gesetzeskraft erhalten« würden, schien ihm »sicher«, um so mehr, als er »gewisse Gedanken« der Planwirtschaftler für volkswirtschaftlich »richtig« hielt. Um aber einer Zwangsorganisation – etwa Wissell-Moellendorffscher Provenienz – zuvorzukommen, postulierte er: »Die Industrie muß sich freiwillig zusammenfinden.«

Hierfür empfahl er eine weitgehende Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Stahlwerken und deren Zusammenfassung zu großen Mischkonzernen mit einheitlicher Produktions-, Investitions- und Absatzpolitik nach dem Vorbild der Interessengemeinschaft, die die führenden chemischen Werke schon vor Jahren eingegangen waren. Auf diese Weise würde »zwar die Konkurrenz nach außen beseitigt, ... aber im Innern durch Erhaltung

der Individualität und der Selbständigkeit der einzelnen Unternehmen fortbestehen«, möglicherweise sogar gefördert. Vor allem aber konnte sich eine solche Interessengemeinschaft nach seiner Überzeugung in ganz anderem Maße als ein einzelnes Werk oder ein Arbeitgeberverband auf sozialem Gebiet betätigen, etwa »den Bau von Wöchnerinnen- und Kinderheimen, Lehr- und Erholungsanstalten für Arbeiter und Beamte« betreiben und »große umfassende Pensionskassen« einrichten. Auf diese Weise hoffte Vögler, »die unselige Verquickung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung« aufheben und die »Lösung des Arbeiterproblems« herbeiführen zu können. Auch Thyssen meinte, die chemische Industrie habe »das einzig richtige gemacht«, und befürwortete einen »Zusammenschluß von Eisen und Kohle« in einer Interessengemeinschaft. »Hätten wir die Kohle in der Hand, dann seien wir gegen alles Kommende unbedingt gesichert. Ein so großer Brocken wie zusammengeschlossenes Eisen und Kohle würde auch den Sozialisierungsbestrebungen entgegenwirken. . . . Blieben die Werke allein, so läge für die Sozialisierungsleute der Gedanke nahe, die besten Brocken an sich zu bringen.«

Der Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke, Haßlacher, stimmte mit beiden darin überein, »daß gegen die Sozialisierungsabsichten ein Windschirm aufgerichtet werden müsse«. Doch statt eines engeren Zusammenschlusses wollte er lieber »die alten Formen des Syndikats wegwerfen« und den einzelnen Werken die Freiheit zurückgeben, ohne gegenseitige Rücksichten ihre Marktchancen zu suchen und wahrzunehmen. Noch einen anderen Weg, die Schwerindustrie der Sozialisierungsgefahr zu entziehen, schlug Stinnes vor. In seinen Augen war die bisherige Lohn- und Preispolitik der Schwerindustrie »total falsch«; statt niedriger Löhne und moderater Preise hätte man »hohe Löhne geben und hohe Eisenpreise nehmen müssen«. Daher empfahl er jetzt: »Wir müssen uns mit der Arbeiterschaft zusammensetzen und dieser geben, was ihr zukommt; dann bekommen wir die Preise, die wir brauchen«; außerdem würden dann die Arbeiter »bei uns bleiben«.

Alle hier erörterten Wege wurden von den Industriellen in der Folgezeit beschritten. Die von Stinnes befürwortete gegenseitige Unterstützung von Unternehmern und Arbeitern bei der Verfolgung der beiderseitigen ökonomischen Interessen auf Kosten der Konsumenten wurde charakteristisch für die Wirksamkeit des Reichskohlenrates, der im Grunde nichts anderes darstellte als eine Fortsetzung des alten Kohlensyndikats. Ähnliches gilt für den Eisenwirtschaftsbund, der 1920 als »Selbstverwaltungskörper« der Eisenwirtschaft vom Reichswirtschaftsminister eingerichtet wurde<sup>98</sup>. Eine Variante stellte der bereits im April 1919 gegründete Deutsche Stahlbund dar, in dem ebenfalls Erzeuger, Verbraucher, Gewerkschaften und Staat

über allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten und über Fragen der Preisfestsetzung verhandelten – jedoch auf freiwilliger Basis und folglich ohne Verbindlichkeit und ohne die Möglichkeit für Gewerkschaften, Staat und Verbraucher, sich gegen die Erzeuger durchzusetzen<sup>99</sup>. Die Syndizierung der Schwerindustrie, die in der Kohlenwirtschaft schon vor dem Krieg nahezu vollständig durchgeführt war, wurde mit der Verlängerung des Stahlwerksverbandes und – nach dem stillschweigenden Ende des Eisenwirtschaftsbundes – mit der Gründung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft im November 1924 fortgesetzt<sup>100</sup>. In dem Maße freilich, in welchem in der Regierung der Wille zu gemeinwirtschaftlichen Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaftsstruktur abstarb und die sozialrevolutionären Energien in der Arbeiterschaft erlahmten, diente die Syndizierung weniger der Durchführung sozialpolitischer Verbesserungen für die Arbeiterschaft als der Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der Werksbesitzer.

Dasselbe gilt für die Konzerne und Interessengemeinschaften, die aufgrund von Rohstoff- und Kapitalbeschaffungsproblemen in den ersten Jahren der Weimarer Republik entstanden. Schon 1919 führte Hugo Stinnes eine Interessengemeinschaft zwischen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft und der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft herbei. Ein Jahr darauf schloß er diese Montanriesen mit dem Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation und dem Siemens-Schuckert-Konzern zur Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union zusammen; sie stellte den bis dahin für deutsche Verhältnisse mit Abstand größten Brückenschlag zwischen Rohstoff- und Fertigung dar und erregte entsprechendes Aufsehen. Ein zweiter Trust von gleichen Dimensionen entstand 1925, als die Interessengemeinschaft der chemischen Werke zur IG Farbenindustrie AG ausgebaut wurde. Sie umfaßte außer allen großen chemischen Fabriken zahlreiche Steinkohlenzechen und Braunkohlenwerke, elektrochemische und metallurgische Fabriken sowie einige Textilunternehmen und nahm auf vielen Gebieten eine Monopolstellung ein. Kurz darauf folgte in der Stahlindustrie eine Konzernbildung von vergleichbarer Bedeutung, als sich die meisten rheinisch-westfälischen Stahlhersteller in den Vereinigten Stahlwerken zusammenschlossen und eine ähnliche Fusion der Stahlwerke in Mitteldeutschland sowie in Oberschlesien stattfand<sup>101</sup>. Weniger spektakuläre Verbindungen vollzogen sich in den meisten anderen Branchen<sup>102</sup>.

Demgegenüber trat die Arbeitsgemeinschaft an Bedeutung rasch zurück. Unter den Arbeitgebern war sie von vornherein nicht unumstritten gewesen. Bereits auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDA vom 18. Dezember 1918 übte der Elberfelder Textilfabrikant Abraham Frowein Kritik daran, »daß gewisse Gruppen der schweren Industrie sowie

der Maschinen- und Elektrizitätsindustrie die übrigen Industriezweige mit dem Abkommen vor eine vollendete Tatsache gestellt haben«. Besonders ungehalten zeigte er sich darüber, daß durch den Anspruch der Arbeitsgemeinschaft, alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die Industrie und Gewerbe im ganzen Reich berührten, paritätisch zu lösen, »die alten wirtschaftlichen Verbände der Fachindustrie überflüssig und in ihrer Organisation bedroht« würden<sup>103</sup>. Er ließ deshalb zu Protokoll nehmen, »daß später Änderungen der Satzung, die sich schon jetzt für die Textilindustrie, Papierindustrie und andere ergeben, vorbehalten bleiben«<sup>104</sup>. Ähnliche Kritik wurde in regionalen Unternehmerverbänden laut<sup>105</sup>. In Handelskreisen äußerte man sich unzufrieden darüber, daß »bei diesem Abkommen . . . auf der Unternehmenseite Körperschaften, die die Interessen des Handels vertreten, überhaupt nicht zugezogen worden« waren<sup>106</sup>.

Im Frühjahr 1919 distanzierte sich der Syndikus der Süddeutschen Gruppe des VdESI sogar von den Grundlagen des Abkommens, als er öffentlich erklärte, mit der Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft sei »grundsätzlichen Forderungen in einer viel zu weitgehenden Weise nachgegeben worden«; die damit verbundene Anerkennung der Gewerkschaften bedeute »eine ungeheure Stärkung dieser Organisationen« und treibe die Arbeiter, »auch diejenigen – oft die besten und tüchtigsten – die von ihnen aus guten Gründen gar nichts wissen wollen, in ihre Arme«<sup>107</sup>.

Aufgrund solcher Verärgerung über die großindustriellen Initiatoren der Arbeitsgemeinschaft und weiterhin lebendiger Vorbehalte gegen die Gewerkschaften hatten viele Unternehmer von vornherein kein Interesse an dieser Institution. Vor allem den Facharbeitsgemeinschaften war daher nur ein kümmerliches Dasein beschieden. Die meisten wurden erst im Frühjahr und Sommer 1919 eingerichtet, als die Gefahr der sozialen Revolution von unten und der Sozialisierung von oben nicht mehr bestand, manche übrigens der Einfachheit wie der besseren Überwachungsmöglichkeit halber im Gebäude des entsprechenden Unternehmerverbandes<sup>108</sup>. In manchen Industriezweigen entstanden die Arbeitsgemeinschaften noch später, in einigen überhaupt nicht<sup>109</sup>. Ein Teil verfiel wegen des Desinteresses der Arbeitgeber alsbald in tiefen Schlaf und blieb für die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen seiner Branchen bedeutungslos. Andere blieben unbedeutend, weil sich die freien Gewerkschaften zurückzogen oder gar nicht erst beteiligten. Dies gilt vor allem für die Arbeitsgemeinschaft in der Metallindustrie, von der sich der DMV fernhielt, nachdem der Verbandstag im Oktober 1919 jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern abgelehnt hatte<sup>110</sup>. Diese Einrichtung wurde allerdings auch deshalb obsolet, weil mit dem Eisenwirtschaftsbund 1920 eine öffentlich-rechtliche Konkurrenzorganisation entstand, die im wesentlichen dieselben Funktionen

wie die Arbeitsgemeinschaft wahrnahm. Auf die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen in der Metallindustrie wirkte sich der Schritt des DMV deshalb kaum aus.

Lediglich in manchen Zweigen der Fertigungsindustrie, die in den industriellen Interessenorganisationen nur eine untergeordnete Rolle spielten und über keine einflußreichen Beziehungen zu den Berliner Zentralbehörden verfügten, erfreuten sich die Arbeitsgemeinschaften einiger Hochschätzung. Hier bedienten sich die Unternehmer mitunter der Verbindungen, die die in ihnen vertretenen Gewerkschaftsführer zu den Führern des Bergarbeiterverbandes oder zu Gewerkschaftsführern in der Regierung besaßen, um die Belieferung ihrer Betriebe mit Rohstoffen, insbesondere mit Kohle, zu verbessern<sup>111</sup>.

Auch auf zentraler Ebene erlangte die Arbeitsgemeinschaft keine nennenswerte Bedeutung. Wie im November und Dezember 1918 befaßte sich der vorläufige Zentralvorstand auch 1919 lediglich mit Organisationsfragen oder zweit- und dritrangigen Themen<sup>112</sup>. Nach seinen Vorstößen gegen eine gesetzliche Anerkennung der Räte nach Essener Muster behandelte er zum Beispiel die Betriebsrätefrage überhaupt nicht mehr. Legien begründete dies Borsig gegenüber mit den Worten: »Ach, da hätten wir uns ja doch nicht geeinigt, es hatte ja keinen Zweck, die Sache zu besprechen«<sup>113</sup>. Dabei waren die Beschlüsse des Zentralvorstandes nur insoweit verbindlich, als die beiderseitigen Spitzenorganisationen ihren Einfluß einzusetzen hatten, um ihnen innerhalb der angeschlossenen Verbände Geltung zu verschaffen; verpflichtend waren sie also keineswegs<sup>114</sup>. Der Zentralausschuß trat erst im Dezember 1919 zusammen, um den Zentralvorstand zu wählen und hiermit die Zentralarbeitsgemeinschaft offiziell zu konstituieren; anschließend ging er ein für allemal auseinander<sup>115</sup>.

War schon um diese Zeit nicht zu verkennen, »daß die Zentralarbeitsgemeinschaft . . . in ihren Fugen vielfach kracht«<sup>116</sup>, so erhielt sie einen tiefen Riß, als der RDI es beim Kapp-Putsch ablehnte, sich mit der verfassungsmäßigen Regierung und den Arbeitern, die in den Generalstreik getreten waren, solidarisch zu erklären, und erst nach erbitterten Auseinandersetzungen den Arbeitgebern die Zahlung einer Beihilfe zur Deckung des Lohnausfalls der Streikenden empfahl<sup>117</sup>. Nach Meinung Hilgers ging dieser Bruch mit dem Prinzip, Streiktage nicht zu bezahlen, »nahe an die Grenze des Aufgebens der Selbstachtung«<sup>118</sup>.

Zwar hielt die Mehrheit der führenden Schwerindustriellen im Juni 1920 die Arbeitsgemeinschaft noch für »weiter notwendig«<sup>119</sup> und erachtete es für politisch unklug, sie zu zerschlagen. »Wir dürfen uns aber . . . nicht der Illusion hingeben«, umschrieb Borsig ihre Einstellung, »daß es wirklich eine Arbeitsgemeinschaft ist, daß sie wirklich in ihren Beschlüssen sehr

ernst zu nehmen ist. Sie ist ein politisches Instrument, das wir erhalten wollen, wenn es notwendig ist. «<sup>120</sup> Lediglich aus taktischen Gründen hielten die Industriellen noch an ihr fest. Ein offizieller Austritt hätte sie mit dem Odium belastet, eine unter feierlichen Verpflichtungen eingegangene Vereinbarung willkürlich gebrochen zu haben, und auf die Arbeiter wie eine Provokation gewirkt, die sie so kurz nach dem Kapp-Putsch nicht ohne Not begehen wollten. Sie konnten zudem um so eher auf die Aufkündigung der Gemeinschaftsarbeit verzichten, als sie schon bisher praktisch nicht stattgefunden und sie bei der Verfolgung ihrer Interessen auf anderen Wegen kaum behindert hatte.

Also ließen sie die Arbeitsgemeinschaft einschlafen und warteten ab, bis die Gewerkschaften ihrer endgültig überdrüssig wurden. Einige Verbände waren es bereits. Dem Beispiel des DMV folgend, der Ende 1919 seinen Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt hatte, schieden 1920 auch die Verbände der Bauarbeiter und der Schuhmacher aus. Bis 1922 vollzogen die Zimmerer, Maler, Steinsetzer, Fleischer und Kürschner den gleichen Schritt<sup>121</sup>. Seit 1921 trat der Zentralvorstand nicht mehr zusammen. Am Ende der Inflation, die die Industrie zur Beseitigung vieler sozialpolitischer Errungenschaften der Arbeiter aus der Novemberrevolution auszunutzen versuchte<sup>122</sup>, verließen zahlreiche Einzelgewerkschaften die Facharbeitsgemeinschaften. Im Frühjahr 1924 vollzog schließlich auch der ADGB seinen Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft, die damit praktisch ihr Ende fand<sup>123</sup>.

## 19. Kapitel: Die innere Entwicklung der Gewerkschaften 1919/1920

### *Mitgliederbewegung und soziale Zusammensetzung*

In den entscheidenden Monaten zwischen November 1918 und Frühsommer 1919 befand sich die Mitgliedschaft der Gewerkschaften in dauernder Bewegung. Hunderttausende kehrten nach und nach aus der Armee zurück. Gleichzeitig strömten scharenweise neue Mitglieder in die Verbände. Allein im letzten Quartal 1918 erhöhte sich die Gesamtmitgliederzahl der freien Gewerkschaften von 1 453 877 auf 2 858 053 und hatte damit bereits Ende 1918 den höchsten Vorkriegsstand von 2 576 638 Mitte 1913 überschritten<sup>1</sup>. Sie stieg bis Ende Juni 1919 weiter auf 5 779 791, bis Ende 1919 auf 7 328 132<sup>2</sup> und erreichte Ende 1922 mit rund 7,8 Mill. ihren höchsten Stand.

Zum Teil ist der Mitgliederzuwachs darauf zurückzuführen, daß jetzt zahlreiche, meist kleinere Berufsorganisationen, die bisher selbständig gewesen waren, sich der Generalkommission oder einer Einzelgewerkschaft anschlossen<sup>3</sup>. Zum überwiegenden Teil aber beruhte er auf dem Beitritt von Einzelmitgliedern. Hierbei setzte sich die Veränderung der Mitgliederstruktur fort, die bereits nach dem Hilfsdienstgesetz eingesetzt hatte. Ein großer Teil des Zuwachses rekrutierte sich aus Arbeitergruppen, die aufgrund der vorrevolutionären Machtverhältnisse kaum gewerkschaftlich organisiert oder erst während des Krieges in den Produktionsprozeß einge-



treten waren. In branchenmäßiger Hinsicht gilt dies insbesondere für die Landarbeiter, für die Beschäftigten öffentlicher Betriebe und für erhebliche Teile der großbetrieblichen Industriearbeiterschaft, schließlich für viele Angestellte.

Die Mitgliederzahl des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes, die 1912 bei 17000 gelegen hatte und während des Krieges auf rund 8000 abgesunken war, schnellte bis Ende 1919 auf rund 630000, erhöhte sich gegenüber dem Vorkriegsstand also um das 37fache<sup>4</sup>. Der Eisenbahnverband verdoppelte seine Mitgliederzahl nahezu zwischen September und Dezember 1918 von 55653 auf 102141, bis März 1919 ein weiteres Mal auf 238870; Ende 1919 betrug sie 417532<sup>5</sup>. Die Zahl der im Transportarbeiterverband organisierten Straßenbahn-, Hochbahn- und Kleinbahnangestellten stieg von Ende 1917 bis Ende 1918 von 2566 auf 20546, bis Ende 1919 auf 61206, die der Postangestellten im Laufe des Jahres 1919 von 0 auf 20693; beide Gruppen verbuchten hiermit die höchsten Zuwachsraten aller in dieser Gewerkschaft organisierten Arbeitergruppen<sup>6</sup>. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der vor Kriegsausbruch knapp 54000 Mitglieder umfaßt hatte, verfünffachte seinen Bestand bis Ende 1919 auf 270886 und kam hiermit auf einen Organisationsgrad von 67%<sup>7</sup>. Der Zentralverband der Angestellten, zu dem sich im September 1919 die Verbände der Büroangestellten, der Handlungsgehilfen und Versicherungsbeamten zusammenschlossen, die Ende September 1918 zusammen rund 32000 Mitglieder gezählt hatten, brachte es bis Ende 1919 auf 366051 Mitglieder<sup>8</sup>.

In regionaler Hinsicht verzeichneten die Gewerkschaften dort einen besonders hohen Mitgliederzuwachs, wo sie vor 1914 nur schwach oder kaum vertreten gewesen waren. Die großen regionalen Unterschiede, für die Gewerkschaftsentwicklung vor 1914 charakteristisch<sup>9</sup>, schwächten sich jetzt ab. Im Fabrikarbeiterverband zum Beispiel erlebten diejenigen Regionen den prozentual höchsten Zulauf, in denen bisher die wirtschaftsfriedlichen Organisationen dominiert hatten, vor allem der Kölner, Frankfurter und Ludwigshafener Raum mit den Chemiegiganten Bayer Leverkusen, Hoechst und BASF, ferner diejenigen, in denen der Verband nur ein Schattendasein geführt hatte wie Oberschlesien<sup>10</sup>. Der Textilarbeiterverband erfaßte bis Ende 1919 fast alle Textilarbeiter in Württemberg; hier kam es sogar häufig vor, »daß Leute, die noch kaum dem Verbands beitreten waren, andere noch Fernstehende als Verräter brandmarkten, wenn sie nicht auch sofort den Aufnahmeschein ausfüllten«<sup>11</sup>. Der Bauarbeiterverband gewann ebenfalls überproportional viele neue Mitglieder in Süddeutschland. Innerhalb weniger Monate organisierte er in zahlreichen Orten Württembergs, in denen er bisher höchstens eine Handvoll Mitglieder gehabt hatte, sämtliche Bauarbeiter; in anderen württembergischen Städten

verzeichnete er einen Mitgliederzulauf, der seine Erwartungen weit übertraf<sup>12</sup>. Einen ähnlichen Aufschwung, wenngleich in geringerem Umfang, erlebte er in Ost- und Westpreußen sowie Schlesien. Der Anteil der nord- und mitteldeutschen Bezirke an seiner Gesamtmitgliedschaft, der Ende 1918 noch 55,6% betrug, sank daher innerhalb eines Jahres auf 48,1%<sup>13</sup>. Trotzdem lag das zahlenmäßige Schwergewicht der Gewerkschaften auch weiterhin in ihren traditionellen Hochburgen, in Berlin, den Industriegebieten Mitteldeutschlands, an Rhein und Ruhr und in den norddeutschen Küstenstädten; hinzu kamen die wichtigsten süddeutschen Industriestädte<sup>14</sup>.

In manchen ländlichen Regionen fernab der Industriegebiete setzte der Mitgliederaufschwung oft erst einige Zeit nach der Revolution ein. Der Holzarbeiterverband etwa verzeichnete unter den Sägereiarbeitern in den östlichen Teilen Preußens erst im Sommer 1919 nennenswerte Erfolge; aufgrund der niedrigen Löhne und langen Arbeitszeiten in diesem Beruf waren dessen Angehörige bis dahin »derartig abgestumpft und teilnahmslos, daß sie für nichts Interesse hatten«<sup>15</sup>. Auch nach dem Gewerkschaftsbeitritt legten manche Arbeiter auf dem Lande eine Interessenlosigkeit an den Tag, die auf die Funktionäre »geradezu beängstigend« wirkte. In der Nähe von Würzburg zum Beispiel erklärten im Sommer 1919 einige Dachdecker ihrem Meister bei der Auszahlung einer Teuerungszulage, sie hätten zuviel Geld bekommen; sie mußten erst vom Arbeitgeber darauf hingewiesen werden, daß die Löhne einige Zeit zuvor erhöht worden waren<sup>16</sup>.

Zum Mitgliederaufschwung der freien Gewerkschaften trugen zwei Gruppen in überdurchschnittlichem Maße bei, die vor dem Krieg unterrepräsentiert gewesen waren: die Ungelernten und die Frauen. Im Bauarbeiterverband, dessen Mitgliedschaft noch Ende 1918 zu knapp 55% aus Maurern, zu 34,2% aus Hilfsarbeitern und lediglich zu 4,5% aus Erdarbeitern bestand, stieg 1919 die Zahl der Maurer um 107%, die der Hilfsarbeiter jedoch um 223% und die der Erdarbeiter sogar um fast 900%, so daß am Ende des Jahres der prozentuale Anteil der Maurer an der Verbandsmitgliedschaft nur noch 40,3%, derjenige der Hilfsarbeiter aber 39,4% und derjenige der Erdarbeiter 15,9% betrug<sup>17</sup>. Zur gleichen Zeit waren in manchen Großstädten einige Gruppen ungelernter Arbeiter nahezu vollständig freigewerkschaftlich organisiert, etwa die Handelshilfsarbeiter und die Möbeltransporteure in Berlin<sup>18</sup>.

Allerdings blieb die Fluktuation der Ungelernten weiterhin überdurchschnittlich hoch, und schon bald machten sich auch die früheren Organisationsschwierigkeiten bei ihnen wieder bemerkbar. Viele Bauhilfsarbeiter kehrten beim Wechsel ihrer Arbeitsstelle der Gewerkschaft auf Nimmerwiedersehen den Rücken<sup>19</sup>. Andere, insbesondere solche, die aus ländli-

chen Gebieten kamen und bei Notstandsarbeiten wie Flußregulierungen beschäftigt wurden, zeigten sich an Lohnbewegungen und an gewerkschaftlicher Arbeit gänzlich desinteressiert. Sie brachten in der Regel ihre selbsterzeugten Lebensmittel mit zur Baustelle, hatten es also nicht nötig, in Wirtschaften oder Kantinen für wenig und schlechtes Essen viel Geld auszugeben, und waren mit den Löhnen zufrieden, die man ihnen gab<sup>20</sup>. Auf der anderen Seite gab es auch unter qualifizierten Arbeitern schwer organisierbare Randgruppen, Handwerker nämlich, die das Ziel unternehmerischer Selbständigkeit nicht aufgegeben hatten und sich in den Revolutionsmonaten lediglich unter dem Druck organisierter Arbeitskollegen zum Beitritt entschlossen. Sobald sie ihr Ziel erreicht hatten, verließen diese »März-Gewerkschaftler«<sup>21</sup> die Organisation, mitunter als entschiedene Gewerkschaftsgegner<sup>22</sup>. Auch Gruppen solcher Beschäftigten hielten sich gegenüber der Organisation stark zurück, die in der betrieblichen Hierarchie über den einfachen Arbeitern standen. So blieben die Erwartungen unerfüllt, die der Bauarbeiterverband an die Werbearbeit unter Schachtmeistern und Polieren geknüpft hatte<sup>23</sup>.

Die Zahl organisierter Frauen stieg allein im letzten Quartal 1918 von 383 894 auf 666 392, verdoppelte sich bis Mitte 1919 weiter auf 1 225 282 und erhöhte sich bis Ende 1919 auf 1 612 636. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft der freien Gewerkschaften kletterte damit auf 21,8 % gegenüber 8 % im Jahr 1913. In elf Verbänden – denen der Angestellten, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Chorsänger, Film- und Kinoangehörigen, Hausangestellten, Hutmacher, Kürschner, Schneider, Tabakarbeiter und Textilarbeiter – stellten sie sogar mehr als die Hälfte der Mitglieder<sup>24</sup>. Allerdings blieben auch die Frauen ein überdurchschnittlich instabiles Element der Mitgliedschaft und beteiligten sich an der Gewerkschaftsarbeit oft nur wenig, hauptsächlich deshalb, weil sie nach den Worten einer Berliner Fabrikarbeiterin noch immer in erster Linie ihr Heil darin sahen, »in den Ehehafen eingehen zu können«<sup>25</sup>.

Nichtsdestoweniger glich sich die soziale Struktur der freien Gewerkschaften jetzt schnell und weitgehend der Zusammensetzung der deutschen Arbeiterschaft an. Hiermit ging eine widersprüchliche Entwicklung einher. Auf der einen Seite nahm der »Typus des selbstbewußten, technisch hochqualifizierten, radikal verstädterten und aus allen kleinbürgerlichen Bindungen gelösten klassenbewußten Proletariers«<sup>26</sup>, der in der Gewerkschaftsbewegung vor 1914 keine entscheidende Rolle gespielt hatte, zahlenmäßig erheblich zu, insbesondere in den industriellen Ballungsgebieten. Er war zugleich der Hauptträger der Sozialisierungs- und Rätebewegung. Seine Erwartungen bezogen sich daher nicht allein auf eine Verbesserung seiner materiellen Situation, sondern darüber hinaus auf eine Veränderung

der wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Diese Verschiebung des Erwartungshorizontes findet in zahlreichen Klagen altgedienter Funktionäre über den »Radikalismus« vieler neuer Mitglieder sein Echo<sup>27</sup>. Dessen Stärke mag allerdings damit zusammenhängen, daß jene hochqualifizierten Industriearbeiter nun auch außerhalb Berlins in Gestalt der Räte eine neue Führungsschicht hervorbrachten, die in den Großbetrieben verwurzelt war und zur alten Gewerkschaftsführung in Konkurrenz trat<sup>28</sup>. Auf der anderen Seite erhielten die Gewerkschaften in den Provinzen Zulauf aus Arbeiterschichten, die sozial und geistig noch dem Kleinbürgertum nahestanden, politisch und gewerkschaftlich ungleich unerfahrener waren als die neuen Gewerkschaftsmitglieder in den Industriegebieten und von der allgemeinen Erregung, die das Kriegsende und der Zusammenbruch der Monarchie in den Großstädten auslösten und die hier erheblich zur politischen Radikalisierung beitrug, nur wenig erfaßt wurden.

### *Richtungskämpfe, Vorstandswahlen und Gewerkschaftsopposition*

Diese gegensätzliche Entwicklung spiegelte sich in den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über die künftige Gewerkschaftspolitik wider, insbesondere über die Alternative Arbeitsgemeinschaft oder Sozialisierung und Räteystem; die älteren Kontroversen über die gewerkschaftliche Kriegspolitik verbanden sich hiermit. Personellen Niederschlag fanden diese Richtungskämpfe in der Besetzung der gewerkschaftlichen Führungspositionen. An Orten, in denen die Opposition schon während des Krieges große Teile der Mitgliedschaft hinter sich gebracht hatte, wo aber Neuwahlen entweder mit Rücksicht auf die kriegsbedingte Abwesenheit vieler Mitglieder nicht anberaunt oder von den Militärbehörden verhindert worden waren, setzte sie sich jetzt durch: in fast allen Berliner Lokalorganisationen der freien Gewerkschaften einschließlich der Gewerkschaftskommission, ebenso in Leipzig, unter den Hamburger Metallarbeitern, in zahlreichen Zweigvereinen in Sachsen und Thüringen, an der Ruhr und im Rhein-Main-Gebiet sowie in Bremen und Stuttgart.

Oft fanden die Vorstandswahlen hier unter parteipolitischem Vorzeichen statt; selbst altgediente Funktionäre, die der SPD angehörten, wurden jetzt ihrer Ämter enthoben, sofern der Zentralvorstand dies nicht verhinderte<sup>29</sup>. Es gab jedoch auch Fälle, selbst in Berlin, in denen die Mitglieder zwar mehrheitlich im Lager der USPD standen, jedoch mehrheitssozialistische Funktionäre im Amt beließen, sofern diese ihre gewerkschaftlichen Verpflichtungen zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt hatten<sup>30</sup>. Im übrigen

scheinen die Auseinandersetzungen in kleineren Gewerkschaften im allgemeinen weniger heftig verlaufen zu sein und seltener zu personellen Konsequenzen geführt zu haben<sup>31</sup>.

Die Kontroversen auf der lokalen Ebene wiederholten sich 1919 auf fast allen Verbandstagen und Generalversammlungen. Da in den großstädtischen Hochburgen der Opposition überwiegend Gegner der Politik der Gewerkschaftsführung zu Verbandsdelegierten gewählt wurden, traten die Gegensätze über die vergangene und künftige Politik der Gewerkschaften hier auch als Gegensatz zwischen großstädtischer und provinzieller Mitgliedschaft in Erscheinung. Während die Delegierten aus Berlin, den sächsischen und thüringischen Industriestädten, manchen Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets und aus den großen Hafenstädten meist die Kriegs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik heftig mißbilligten – nicht nur aus politischen Gründen übrigens, sondern auch aus materiellen Motiven<sup>32</sup> –, wurde sie nicht selten von Delegierten aus ländlichen Regionen verteidigt und gutgeheißen. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß die Produktionsverhältnisse dort oft weit weniger industriell und großbetrieblich entwickelt waren als in den Industriegebieten, zum Teil auch darauf, daß die Arbeitsgemeinschaft den Arbeitern hier Erfolge brachte, die sie aus eigener Kraft nicht durchzusetzen in der Lage gewesen wären.

»Wir haben es endlich soweit gebracht«, erklärte ein Delegierter aus dem badischen Städtchen Lahr auf dem Verbandstag der Buchbinder 1919, »daß wir in Provinzorten, in kleinen Städten Eingang gefunden haben, wo uns das früher unmöglich war«. Einen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft, wie ihn die Berliner Buchbinder forderten, lehnte er ab, weil hiermit der Tarifvertrag hinfällig geworden wäre, von dem sich die Buchbinder auf dem Lande eine weitere Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhofften. Seinen Berliner Kollegen warf er in diesem Zusammenhang vor, »nicht zu wissen, wie schwer wir in der Provinz draußen arbeiten müssen, um die neugewonnenen Mitglieder zu halten«, und nicht die »notwendige Solidarität mit den Provinzkollegen« aufzubringen<sup>33</sup>. Ein Delegierter aus Schlesien, der »dunkelsten Gegend Deutschlands«, berichtete auf der Generalversammlung des Malerverbandes 1919 von »außerordentlichen Schwierigkeiten«, die Löhne, die in zentralen Verhandlungen in Berlin vereinbart worden waren, überhaupt durchzusetzen, und ermahnte die Berliner Verbandsmitglieder, »die Großstädte nicht nur als einsame Inseln [zu] betrachten«<sup>34</sup>.

Wegen des überproportionalen Zuwachses der Mitglieder in der Provinz, in einigen Fällen auch wegen des Austritts oppositioneller Mitglieder<sup>35</sup>, setzten sich auf den meisten Verbandstagen und Generalversammlungen in den Nachkriegsmonaten letztlich doch die Befürworter der Poli-

tik der Gewerkschaftsführung mit klaren Mehrheiten durch; die Opposition brachte es höchstens auf ein Drittel der Delegiertenstimmen, abgesehen von denjenigen Verbänden, in denen sie schon während des Krieges die Oberhand gewonnen hatte wie in den Organisationen der Schuhmacher, Textilarbeiter und Handlungsgehilfen<sup>36</sup>. In den meisten Gewerkschaften wurden daher die Vorstandsmitglieder mit großer Mehrheit wiedergewählt, nicht selten en bloc<sup>37</sup>; sofern personelle Veränderungen stattfanden, hatten sie meist keine politischen Gründe<sup>38</sup>.

Eine spektakuläre Ausnahme machte lediglich der DMV, nach wie vor die größte deutsche Einzelgewerkschaft. Obwohl seine erste Generalversammlung nach dem Krieg relativ spät stattfand – erst im Oktober 1919 – und sich der Vorstand alle Mühe gegeben hatte, die Wahl solcher Delegierter zu begünstigen, die seine Politik unterstützten, mißbilligte die Generalversammlung die Kriegspolitik des Vorstandes ebenso wie die Arbeitsgemeinschaftspolitik und erklärte sich für die schleunige Herbeiführung des Sozialismus und die Einführung des Rátesystems. Anschließend kam es zu dem bis dahin unerhörten Vorgang, daß der Verbandsvorsitzende Alexander Schlicke, der den DMV nahezu drei Jahrzehnte lang geführt hatte, nicht wiedergewählt, sondern durch den Frankfurter USPD-Sekretär Robert Dißmann ersetzt wurde. Den Posten des 2. Vorsitzenden übernahm der Magdeburger DMV-Sekretär und USPD-Abgeordnete Alwin Brandes, die Leitung des Verbandsorgans Richard Müller, der erste Führer der revolutionären Obleute in Berlin und Vorkämpfer des reinen Rátesystems<sup>39</sup>.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in den Einzelgewerkschaften blieb die Opposition auch auf dem Gewerkschaftskongreß vom Juni 1919 deutlich in der Minderheit. Infolgedessen wurden die Mitglieder der Generalkommission, sofern sie sich zur Wiederwahl stellten, mit großer Mehrheit in den neuen ADGB-Vorstand gewählt. Die Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft zog also auf der zentralen Ebene keine entsprechende Veränderung des Führungskorps nach sich. Insbesondere die großbetrieblichen Industriearbeiter, die Ungelernten und die Frauen blieben unterrepräsentiert. Erst im Zuge des altersbedingten Wechsels in einer Reihe von Führungspositionen näherte sich in den folgenden Jahren die soziale Zusammensetzung der Gewerkschaftsführung derjenigen der Mitgliedschaft langsam an, blieb jedoch bis zum Ende der Weimarer Republik erheblich davon entfernt, ihr zu entsprechen.

Mit Ausnahme weniger Verbände stellte die Opposition also eine zwar beachtliche, aber weithin einflußlose Minderheit dar, denn die wichtigsten Entscheidungen – z. B. über den Abschluß von Tarifverträgen, über Lohnbewegungen und Streiks – fielen in die Kompetenz der Zentralvorstände. Angesichts der auf den Verbandstagen zutage getretenen Mehrheitsverhält-

nisse konnte die Opposition auch in keiner weiteren Gewerkschaft damit rechnen, sich in absehbarer Zeit durchzusetzen. Allerdings waren diese Mehrheitsverhältnisse nicht zuletzt die Folge von Delegiertenwahlverfahren, die nach dem reinen Mehrheitsprinzip funktionierten und daher die Opposition an vielen Orten benachteiligten. Auf den meisten Verbandstagen kam es daher zu lebhaften Debatten über den Wahlmodus und über andere Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie, insbesondere über Möglichkeiten, die Auffassung der Basisorganisationen gegenüber den »Instanzen« stärker zur Geltung zu bringen. Sie brachten allerdings nur wenige greifbare Ergebnisse<sup>42</sup>.

Im Sommer 1919 schien es daher durchaus möglich, daß sich die Opposition von den Gewerkschaften trennen, daß sich also der Spaltungsprozeß wiederholen würde, den die SPD während des Krieges durchgemacht hatte. Über dem Gewerkschaftskongreß vom Juni 1919, wo die Entscheidung hierüber erwartet wurde, lag deshalb nach den Worten eines Delegierten »eine gedrückte, konflikt Schwangere Atmosphäre«<sup>41</sup>. Sie verstärkte sich noch, als bekannt wurde, daß die oppositionellen Delegierten vor Kongreßbeginn eine Art Vorkongreß abgehalten hatten<sup>42</sup>. Der Kongreß beugte der Spaltungsgefahr dadurch vor, daß er der Opposition eigene Korreferenten zugestand – eine Maßnahme, die hinfort auch die Verbandstage der meisten Einzelgewerkschaften trafen. Vor allem aber beschloß der Kongreß, das Mannheimer Abkommen mit der SPD zu kündigen, und proklamierte die »Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien«<sup>43</sup>.

Anders als in den Kriegsjahren war jetzt selbst die Gewerkschaftsführung hieran interessiert. Denn mittlerweile hatte sich gezeigt, auf welche starke Anhängerschaft namentlich die USPD unter den Gewerkschaften zählen konnte; die Möglichkeit, daß sie die Mehrheit erringen und die Gewerkschaften auf einen politischen Kurs bringen könnten, den die Vorstandsmitglieder als Sozialdemokraten ablehnten, ließ sich längerfristig nicht gänzlich ausschließen. Auf der anderen Seite waren im Zuge des Mitgliederzustroms zahlreiche Arbeitnehmer den freien Gewerkschaften beigetreten, die von ihnen lediglich eine Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen erwarteten, aber nicht zum Wählerpotential der sozialistischen Parteien zählten<sup>44</sup>. Seitdem die SPD in der Regierung saß und politische Entscheidungen verantworten mußte, auf die die Gewerkschaften kaum Einfluß hatten, ergaben sich außerdem Konflikte zwischen ihr und den Gewerkschaften, die früher unbekannt gewesen waren, besonders über Streikrechtsbeschränkungen und die Verhängung des Belagerungszustandes. Eine Lösung des politischen Bündnisses lag also auch im Interesse der beiderseitigen Handlungsfreiheit.

Indessen war die Furcht vor einer Spaltung weitgehend unbegründet. Politisch stand die Gewerkschaftsopposition auch nach der Revolution zunächst überwiegend im Lager der USPD, während der Einfluß der KPD gering blieb<sup>45</sup>. Nach wie vor bezogen sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaftsführung und Opposition hauptsächlich auf die Kriegs- und die Arbeitsgemeinschaftspolitik, hingegen kaum auf aktuelle Probleme oder die künftige Gewerkschaftspolitik. In dieser Hinsicht besaß auch die Opposition kaum andere Vorstellungen als die Gewerkschaftsführung, oder sie war in sich selbst uneinig<sup>46</sup>. Eine Ausnahme bildete lediglich die relativ kleine Gruppe um Richard Müller, die ein reines Räte-System propagierte, in dem es für selbständige Gewerkschaften und ein parlamentarisches System keinen Raum mehr gab<sup>47</sup>. Daß sich die Opposition unter parteipolitischen Vorzeichen formierte, geschah vor allem in der Hoffnung, innerhalb der Verbände eine Massenbasis für die ihr nahestehenden Parteien zu gewinnen. An einer Spaltung der Gewerkschaften konnte sie deshalb nicht interessiert sein. Statt dessen strebte die Mehrheit der Opposition danach, die Gewerkschaften mit »revolutionärem Geist« zu erfüllen und sie auf einen konsequent klassenkämpferischen Kurs zurückzuführen<sup>48</sup>.

Im übrigen war sich die USPD darüber klar, daß eine weitere organisatorische Zersplitterung der Arbeiterschaft bei der Verfolgung ihrer Ziele nur Nachteile und Mißerfolge einbringen würde. Aus diesen Gründen forderte sie im März 1919 wie schon in den Vorjahren ihre Mitglieder auf, trotz aller Unzufriedenheit mit den Verbandsführungen in den Gewerkschaften zu bleiben und durch »Mitarbeit innerhalb derselben« sie »auf den Boden der Revolution« zu bringen<sup>49</sup>. Sie wiederholte diesen Appell sechs Monate später<sup>50</sup>. Die USPD-Spitze tat zum Verdruß ihrer Anhänger zudem kaum etwas, um die Gewerkschaftsopposition zusammenzufassen<sup>51</sup>. Der linke Parteiflügel versuchte deshalb auf eigene Faust, in der »Reichszentrale der revolutionären Betriebsräte Deutschlands« einen organisatorischen Mittelpunkt zu schaffen. Doch er stieß hierbei auf den Widerstand der Parteiführung, die die Auflösung der selbständigen Organisation der Betriebsräte und deren Eingliederung in die Gewerkschaften verlangte und nach harten Auseinandersetzungen auch durchsetzte<sup>52</sup>.

Dagegen setzte im Einflußbereich der Linksradikalen, die sich der KPD anschlossen, Anfang 1919 eine Sezessionsbewegung ein, insbesondere in Hamburg und Bremen<sup>53</sup>. Doch bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD brachte Rosa Luxemburg zwei Anträge zu Fall, die Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft für unvereinbar mit den Zielen der Partei und eine Reform der Gewerkschaften von innen heraus für aussichtslos zu erklären<sup>54</sup>. Nach dem Gewerkschaftskongreß vom Juni 1919 propagierte die



KPD-Zentrale zwar die »Zerstörung der Gewerkschaften« durch Beitragssperre und Massenaustritte und den Zusammenschluß der Ausgetretenen zu neuen Arbeiterunionen. Doch der Heidelberger Parteitag der KPD vom Oktober 1919 verpflichtete die Parteimitglieder erneut, den Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsführung innerhalb der Verbände zu führen<sup>55</sup>. Wo es dennoch zu Abspaltungen kam – unter anderem unter den Bauarbeitern in Berlin, Düsseldorf und im Ruhrgebiet, den Werftarbeitern in Bremen und den im Transportarbeiterverband organisierten Binnenschiffern, den Maschinisten in Düsseldorf und den Holzarbeitern in Köln –, geschah dies unter syndikalistischem Vorzeichen. Mit Ausnahme der in anderem Zusammenhang erwähnten Bergarbeiterunionen im Ruhrgebiet blieben diese Abspaltungen jedoch, von vorübergehenden lokalen Erfolgen abgesehen, zahlenmäßig unbedeutend und endeten nach ein bis zwei Jahren mit der Rückkehr der meisten Sezessionisten in die freien Gewerkschaften<sup>56</sup>.

Erst nachdem sich die USPD auf ihrem Parteitag in Halle im Oktober 1920 gespalten und sich ihre Mehrheit der KPD angeschlossen hatte, wurde die Opposition für die Gewerkschaften zu einer wirklichen Bedrohung. Die KPD, die ihrerseits den Anschluß an die von Moskau gesteuerte Kommunistische Internationale vollzog, richtete alsbald eine Gewerkschaftszentrale ein, von der aus sie versuchte, die Opposition in den freien Gewerkschaften organisatorisch zusammenzufassen, zu schulen und einheitlich zu steuern. In den meisten Verbänden und in vielen Ortsorganisationen bildete die Gewerkschaftsopposition daraufhin eigene Fraktionen und »Zellen«, hielt Sonderkonferenzen ab und gab vereinzelt eigene Publikationsorgane heraus. Hieraus ergaben sich in vielen Verbänden erbitterte Auseinandersetzungen, in denen beide Seiten zu den härtesten propagandistischen und rechtlichen Mitteln griffen, vereinzelt sogar zu physischer Gewalt. Da die Vorstände in der Regel die Mehrheit der innergewerkschaftlichen Entscheidungsgremien auf ihrer Seite hatten, endeten die Fraktionskämpfe in vielen Fällen mit dem Ausschluß kommunistischer Wortführer, nicht selten auch ganzer Gruppen ihrer Anhänger. Zurück blieb indessen nicht allein eine geschwächte Gewerkschaftsopposition, sondern auch eine geschwächte freie Gewerkschaftsbewegung. Denn die Auseinandersetzungen beeinträchtigten sowohl die Durchsetzungs- als auch die Anziehungskraft der Gewerkschaften empfindlich und trugen zu dem rapiden Mitgliederückgang bei, der 1922 auf breiter Front einsetzte<sup>57</sup>.

## *Funktionärsbedarf und Bildungsarbeit*

Abgesehen von der Intensivierung der politischen Auseinandersetzungen brachte der Mitgliederzulauf für die Gewerkschaften auch große organisatorische Probleme mit sich. Die Arbeitskapazität ihrer Verwaltungen wurde allein durch die Neuaufnahmen aufs äußerste beansprucht. Die Berliner Verwaltungsstelle des DMV konnte von den mehr als 100 000 Metallarbeitern, die zwischen dem 9. November und Ende Dezember 1918 die Mitgliedschaft beantragten, nur 60 000 ordnungsgemäß aufnehmen<sup>58</sup>. Im Vorstand des Bauarbeiterverbandes wurden 1919 nach und nach alle Abteilungen, selbst die Redaktion, die Kasse, die Abteilung für Statistik und Literatur und die Streikabteilung, zum Ausfertigen oder Umschreiben von Mitgliedsbüchern herangezogen<sup>59</sup>. Im Zentralbüro des Transportarbeiterverbandes blieb unter diesen Bedingungen – jedenfalls behauptete dies der Verbandsvorsitzende – für politische Diskussionen »keine Zeit«<sup>60</sup>. Trotzdem kam es bei dem Massenandrang nicht selten vor, daß bisher unorganisierte Arbeiter in eine Gewerkschaft eintraten, die für sie nicht zuständig war. Gerade die Ortsfunktionäre jedoch hatten meist ein starkes Interesse daran, die einmal gewonnenen Mitglieder zu behalten; mitunter nahmen sie sogar den Eintritt von Arbeitern aus anderen Organisationsgebieten zum Anlaß, nunmehr selbst dort zu werben. Infolgedessen ergaben sich aus derartigen »Aufnahmefehlern« häufig unerfreuliche Reibereien und Streitigkeiten zwischen einzelnen Verbänden<sup>61</sup>.

Ferner mußten innerhalb weniger Monate Tausende neuer Zahlstellen gegründet werden – allein im Landarbeiterverband im Jahre 1919 mehr als 7500 –, und Hunderte von Kartellen galt es neu oder wieder zu eröffnen<sup>62</sup>. Gleichzeitig benötigten die meisten Zentralvorstände und viele Orts- und Bezirksleitungen personelle Verstärkung. Es entstand also ein großer Bedarf an haupt- und nebenamtlichen Funktionären. Er konnte auch nicht annähernd befriedigend gedeckt werden, zumal manche der fähigsten älteren Funktionäre jetzt Regierungs- oder Verwaltungsämter übernahmen und damit für die Gewerkschaftsarbeit ganz oder weitgehend ausfielen<sup>63</sup>.

Auf der einen Seite hielten die niedrigen Gehälter, die kleine Verbände ihren Angestellten nach wie vor nur zahlten, viele qualifizierte Arbeiter ab, einen Gewerkschaftsposten zu übernehmen, um so mehr, als die Funktionäre von einem Achtstundentag und einem arbeitsfreien Sonntag, wie er seit der Revolution für die meisten Arbeiter galt, für sich selbst nur träumen konnten. Auf der anderen Seite stellten die Einführung von Tarifverträgen, der Ausbau des Sozial- und Arbeitsrechts, insbesondere das Betriebsrätegesetz, sowie die Arbeitsgemeinschaften an die Funktionäre ganz neue An-

forderungen und verschoben den Schwerpunkt ihrer Arbeit von der Agitation und Organisation und der Führung von Arbeitskämpfen auf das Gebiet rechtlicher Regelungen und Auseinandersetzungen. »Der Beamte, ob Gau- oder Zentralleiter, kommt kaum mehr dazu, ein Referat über Gewerkschaftsfragen zu halten«, klagte der Vorsitzende des Dachdeckerverbandes 1921, »er hat vollauf zu tun mit Orts-Schlichtungsausschußsitzungen, Lohnfragen und Dingen aus dem Betriebsrätegesetz«<sup>64</sup>. Selbst manche altgedienten Gewerkschaftsvorstände fühlten sich diesen neuen Aufgaben so wenig gewachsen, daß sie Akademiker bürgerlicher Herkunft als juristische und volkswirtschaftliche Experten engagierten, allerdings nicht selten gegen erhebliche Bedenken und Widerstände in den eigenen Reihen<sup>65</sup>.

Die Heranbildung eines Führungsnachwuchses, der zur Übernahme der neuen Aufgaben fähig war, wurde also zu einer Lebensfrage der Gewerkschaften. Schon 1919 nahmen sie sich ihr mit großer Energie an. In Berlin wurde im Frühjahr 1919 die »Freie Hochschulgemeinde für Proletarier« mit Unterstützung erst des Vollzugsrats, dann der sogenannten Vereinigten Betriebsrätezentrale gegründet; 1920 wurde sie der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale angegliedert. 1921 boten 27 Dozenten der verschiedenen sozialistischen Parteirichtungen in ihrem Rahmen, räumlich verteilt auf vier Schulen in verschiedenen Stadtteilen, rund 70 Abendkurse in unterschiedlichen Veranstaltungsformen für etwa 1500 Betriebsräte an<sup>66</sup>. Ein Jahr später entstand in Personalunion mit dieser Einrichtung die Berliner Gewerkschaftsschule, die Kurse für haupt- und nebenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre und für Jugendliche abhielt<sup>67</sup>; bis Ende 1925 zählte sie knapp 17000 Hörer<sup>68</sup>. In Köln wurde im Oktober 1920 das Freigewerkschaftliche Seminar für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, getragen von ADGB, AfA und ADB, mit Unterstützung der Stadt Köln, der Kölner Universität und des preußischen Wissenschaftsministeriums ins Leben gerufen. Universitätsprofessoren, Assistenten, Studenten höherer Semester, Verwaltungsangehörige, Rechtsanwälte und Lehrer hielten hier berufs begleitende Kurse in Nationalökonomie, Betriebswirtschaftslehre und Recht von dreisemestriger Dauer für Gewerkschaftsmitglieder ab. Rund 2000 Hörer nahmen zwischen 1920 und 1930 an ihnen teil<sup>69</sup>.

Ferner ist in diesem Zusammenhang die Heimvolkshochschule Tinz zu nennen, die der Arbeiter- und Soldatenrat des Freistaates Reuß 1919 in der Nähe von Gera als Weiterbildungseinrichtung für Werktätige, die nur die Volksschule besucht hatten, gründete. In Kursen von mehrmonatiger Dauer wurden hier jeweils 50 Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren mit den Grundelementen des wissenschaftlichen Sozialismus, später auch der bildenden Kunst und Literatur vertraut gemacht<sup>70</sup>. Verstand sich Tinz als »sozialistische Kulturschule«, so war die 1921 eröffnete Akademie der Arbeit

in Frankfurt eher eine Arbeiterhochschule für die Heranbildung des Führungsnachwuchses der Organisationen. Getragen vom preußischen Staat und den Gewerkschaften aller Richtungen, bot sie in Verbindung mit der Frankfurter Universität Vollzeitkurse von einjähriger Dauer für Gewerkschaftsmitglieder, die in der Regel auf Verbandskosten studierten<sup>71</sup>. Als weitere Vollzeitschulen – zwar mit kleinen Schülerzahlen, dafür aber zum Teil in Verbindung mit Fern- und Weiterbildungskursen – richtete der preußische Staat 1922 außerdem in Berlin und Düsseldorf Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung ein, deren Kuratorien Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen angehörten<sup>72</sup>. An einigen Hochschulen wurden ferner besondere Kurse für Gewerkschaftsmitglieder eingerichtet<sup>73</sup>.

In kleineren Städten beschränkte sich die Bildungsarbeit der Gewerkschaften oft auf eine enge Kooperation mit der Volkshochschule, an deren Gründung die Gewerkschaften meist regen Anteil nahmen<sup>74</sup>. Wo eine solche Kooperation nicht zustande kam, sahen sie sich bei der Entwicklung systematischer Bildungsangebote für ihre Mitglieder oft großen Schwierigkeiten gegenüber, insbesondere bei der Suche nach geeigneten Lehrkräften. In München etwa, wo sich Universitätsprofessoren und andere Intellektuelle während der Revolutionswochen schleunigst zu »Räten geistiger Arbeiter« zusammengeschlossen hatten, um ihren Einfluß in den Räteorganisationen geltend zu machen und »das Proletariat mit ihrer Weisheit beglücken« zu können, zogen schon ein Jahr später namhafte Hochschullehrer und Wirtschaftsexperten ihre Zusagen zur Beteiligung an Schulungskursen für Betriebsräte in dem Augenblick zurück, als ihre Namen in der sozialistischen Presse erschienen<sup>75</sup>; hier beschränkte sich daher die gewerkschaftliche Bildungsarbeit im wesentlichen auf literarische Rezitationen und naturwissenschaftliche Vorträge<sup>76</sup>.

So wertvolle Arbeit die genannten Bildungseinrichtungen auch leisteten und so zukunftsweisend manche ihrer Konzepte waren – eine Breitenwirkung konnten sie kaum erzielen. Die meisten Gewerkschaften entwickelten deshalb daneben eigene Kursprogramme, insbesondere um die Betriebsräte in der Provinz für ihre Aufgaben zu befähigen. Doch wegen des Mangels an geeigneten Lehrkräften oder der trockensten, den Arbeitern unvertrauten juristischen Materie, wegen der oft langen Fahrwege, aufgrund landwirtschaftlicher Nebentätigkeiten oder schlicht aus Desinteresse machten viele Betriebsräte von diesen Angeboten keinen Gebrauch. Im Holzarbeiterverband etwa – um nur ein Beispiel anzuführen – nahmen 1920 nur knapp 30 % aller Betriebsräte an den Schulungskursen teil<sup>77</sup>. Besonders in Kleinstädten und auf dem Lande ließen ihre Kenntnisse folglich sehr zu wünschen übrig. Viele waren nicht einmal in der Lage, den kompli-

zierten Gesetzestext zu verstehen<sup>78</sup>. Seitdem sich mit dem Beginn der Inflation das Interesse der Arbeiterschaft notgedrungen immer mehr auf die nächstliegenden materiellen Probleme konzentrierte, nahm die Beteiligung an allen Bildungsangeboten auch in den Großstädten rapide ab<sup>79</sup>.

### *Industrieverbandsprinzip und Zusammenschlüsse*

Schließlich wurde mit den ökonomischen Folgen des Krieges und den Veränderungen in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft die seit Jahrzehnten diskutierte Frage der gewerkschaftlichen Organisationsform wieder akut. Auf oberster Ebene trat jetzt insofern eine Änderung ein, als der Gewerkschaftskongreß 1919 die Generalkommission, die 1890 nur gegen erheblichen Widerstand der Einzelgewerkschaften eingerichtet und daher lediglich mit geringen Rechten ausgestattet worden war, durch einen förmlichen Bund der Einzelgewerkschaften, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), ablöste. Ihm wurde die »Vertretung der gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands« zugewiesen. Im Unterschied zur Generalkommission erhielt sein Vorstand auch die Verantwortung für die Unterstützung größerer Streiks. Im übrigen nahm er im wesentlichen die gleichen Aufgaben wahr wie seine Vorgängerin. Die Tarifpolitik blieb Sache der Einzelgewerkschaften. Diese Stärkung der gewerkschaftlichen Zentralinstanz bedeutete nicht zuletzt eine Anerkennung der Wirksamkeit Carl Legiens, in dessen 30jähriger Amtszeit sich der Einfluß der Generalkommission beträchtlich über die ihr anfänglich zugewiesenen Grenzen ausgeweitet hatte. Es war daher fast selbstverständlich, daß er an die Spitze des 15köpfigen ADGB-Vorstandes trat. Als Vertretung der Einzelgewerkschaften wurde der ADGB-Bundesausschuß eingerichtet; er löste die alte Vorständekonferenz ab.

Im Hinblick auf die organisatorischen Entwicklungen auf der Unternehmenseite – Entstehung von Konzernen und Kartellen, Bildung von Arbeitgeber- und Industrieverbänden –, aber auch aus Einsicht in die mangelnde Expansions- und Leistungsfähigkeit kleiner Berufsverbände<sup>80</sup> sprachen sich die Delegierten der Gewerkschaftskongresse von 1919 und 1922 erneut für das Industrieverbandsprinzip aus<sup>81</sup>. Eine Reihe von Verbänden nahm daraufhin auch Fusionsverhandlungen auf. Schon bald jedoch zeigte sich, daß der Beruf in vielen Arbeitergruppen mit handwerklicher Tradition noch immer das stärkste einheitsstiftende Moment ausmachte und einer Verschmelzung verschiedener Berufsverbände im Wege stand. Als kaum minder großes Hindernis erwies sich die Weigerung großer Verbände, auf

bestimmte Arbeitergruppen zugunsten eines neuen Industrieverbandes zu verzichten.

Von den größeren Verbänden wagten sich der Transportarbeiterverband und der Eisenbahnerverband am weitesten voran, als sie im September 1920 beschlossen, eine Einheitsorganisation für das gesamte Transport- und Verkehrsgewerbe zu schaffen. Als Vorstufe hierzu gründeten sie 1921 eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft, den »Deutschen Verkehrsbund«. Doch zur Verschmelzung beider Verbände kam es nicht, nur zu einer Klärung der Organisationsgebiete. Der Eisenbahnerverband blieb als selbständige Organisation bestehen und trat lediglich seine Mitglieder, die bei der Post und bei Privatbahnen beschäftigt waren, an den Transportarbeiterverband ab, der für sie besondere Sektionen einrichtete. Was seit 1923 als »Deutscher Verkehrsbund« firmierte, war allein der solcherart arrondierte Transportarbeiterverband; 1923 schloß sich ihm noch der kleine Verband der Hausangestellten an<sup>82</sup>.

In allen anderen Branchen kamen die Zusammenschlußbestrebungen nur zögernd voran oder endeten sogar mit Fehlschlägen. Ein Vorschlag des Bauarbeiterverbandes, einen großen Industrieverband zu bilden, der alle Beschäftigten des Bauhaupt- und -nebgewerbes umfassen sollte, fand nur bei den Töpfern, Dachdeckern, Glasern und Asphalteuren ungeteilte Zustimmung. Die Maler, Zimmerer, Steinarbeiter und Poliere beharrten auf ihrer organisatorischen Selbständigkeit und waren höchstens bereit, ein Kartellverhältnis mit dem Bauarbeiterverband einzugehen; der Fabrikarbeiterverband wollte die Arbeiter der Baustoffwerke nicht verlieren, die Verbände der Metall- und Holzarbeiter ihre im Baugewerbe tätigen Mitglieder behalten, die Technikerorganisationen noch nicht mit Arbeitergewerkschaften fusionieren und die Maschinisten und Heizer jede Veränderung der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationsform vermeiden, die eine Erschütterung ihrer organisatorischen Selbständigkeit bedeuten konnte<sup>83</sup>. Der Bauarbeiterverband entschied sich daraufhin für die »kleine Lösung« und beschloß 1922, wenigstens mit den fusionswilligen Verbänden den Baugewerksbund zu gründen, und zwar nicht als »Einheitsorganisation im üblichen Sinne«, sondern als »Bund von Berufsverbänden«<sup>84</sup>. Einstweilen jedoch schlossen sich ihm lediglich die Verbände der Glaser und der Töpfer an<sup>85</sup>. Der Dachdeckerverband lehnte in einer Urabstimmung mit knapper Mehrheit den Beitritt zu einem nur »umgetauften Bauarbeiterverband« ab<sup>86</sup>. Der Steinsetzerverband entschied sich 1923 für eine Verschmelzung mit dem Steinarbeiterverband<sup>87</sup>. Der Malerverband zog 1924 den Verbleib in seinem »Einfamilienhaus«, dem Berufsverband, dem Umzug in die »Mietskaserne« vor, wie ein Delegierter den Industrieverband bezeichnete<sup>88</sup>. Nur der Verband der Asphalteure entschloß sich 1924

zum Anschluß an den Baugewerksbund; der Glasarbeiterverband folgte ihm ein Jahr später<sup>89</sup>.

In der keramischen Industrie brachten Verhandlungen zwischen den Verbänden der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer über die Bildung einer gemeinsamen Organisation bis 1922 keine Fortschritte; mit dem Anschluß des Töpferverbandes an den Bauarbeiterverband wurden sie gegenstandslos<sup>90</sup>. Im graphischen Gewerbe bildeten die Verbände der Buchdrucker, Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, Buchbinder und Papierverarbeiter, Lithographen und Steindrucker im November 1919 einen gemeinsamen Dachverband, den »Graphischen Bund«; er sollte den Weg zu einem Industrieverband bahnen<sup>91</sup>. Den Beitritt zu einer solchen straffen Organisation aber lehnten die Buchdrucker 1921 mit großer Mehrheit ab. Abgesehen von dem Anschluß der kleinen Verbände der Notenstecher und Xylographen an den Verband der Lithographen 1920 blieb es bis 1933 bei diesem lockeren Zusammenschluß, in dessen Rahmen die einzelnen Verbände ihre Selbständigkeit behielten.

In der Nahrungs- und Genußmittelbranche traten die Verbände der Fleischer, der Bäcker und Konditoren und der Brauerei- und Mühlenarbeiter 1921 in Verhandlungen über die Errichtung eines Industrieverbandes der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ein. Urabstimmungen erbrachten jedoch in allen drei Verbänden eine unerwartet geringe Wahlbeteiligung und bei den Brauern und Müllern eine klare Mehrheit gegen die Verschmelzung. Im übrigen reklamierte der Fabrikarbeiterverband »Margarinefabriken, Speisefettfabriken, Fabriken von Backpulver, Zuckerfabriken u. a.« als sein Organisations- und Agitationsgebiet und erteilte jeder »Organisationsgründung oder Neuorganisation bestehender Verbände . . . , die sich aus dem Gebiet des Fabrikarbeiterverbandes ergänzen wollen«, eine klare Absage<sup>92</sup>. Einstweilen rückten daher lediglich die Bäcker und Fleischer enger zusammen und schlossen 1923 einen Kartellvertrag<sup>93</sup>.

Nur unter manchen kleineren Gewerkschaften gab es in der Organisationsfrage gewisse Fortschritte. In der Textilindustrie schloß sich der Kürschnerverband 1924 dem Bekleidungsarbeiterverband an<sup>94</sup>. 1920 fusionierten der Tapeziererverband und der Verband der Sattler und Portefeuilier. Dagegen brachten Gespräche zwischen Sattler- und Schuhmacherverband über die Bildung einer Einheitsorganisation der Lederarbeiter bis Ende 1923 kein Resultat<sup>95</sup>. Von den Gewerkschaften der Metallindustrie schloß sich lediglich der Verband der Schiffszimmerer 1923 dem DMV an, von den Verbänden der Holzindustrie nur der kleine Bildhauerverband 1919 dem Holzarbeiterverband. Ihren Zusammenschluß vollzogen endlich die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände; gerade sie aber lehnten im übrigen den Industrieverbandsgedanken entschieden ab, weil sich mit

ihm die Vorstellung einer Sonderorganisation der Angestellten nicht vereinbaren ließ<sup>96</sup>. Anstelle weiterer Annäherung kam es zwischen zahlreichen Verbänden sogar zu neuen Grenzstreitigkeiten, so zwischen dem Verband der Maschinisten und Heizer und dem Gemeindearbeiterverband<sup>97</sup>, zwischen dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und dem Böttcherverband um die Arbeiter in Weinfabriken, zwischen den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter und Bäcker um die Arbeiter in Hafermühlen<sup>98</sup>.

Ende 1923, fünf Jahre nach der Novemberrevolution, waren die freien Gewerkschaften noch immer in 44 Verbände zersplittert, von denen höchstens neun als Industrieverbände bezeichnet werden konnten – der Baugewerksbund sowie die Organisationen der Bergarbeiter, Eisenbahner, Fabrik-, Holz-, Land-, Metall- und Textilarbeiter sowie der Deutsche Verkehrsbund. Gegenüber ihren Kontrahenten, die die Arbeitgeberverbände seit der Revolution zielstrebig ausgebaut und auf betrieblicher Ebene Konzerne von früher nicht gekannten Dimensionen errichtet hatten, waren sie damit erheblich ins Hintertreffen geraten.

Daß die Organisationsdebatte schon nach wenigen Jahren wieder erlahmte, lag indessen auch daran, daß die Gewerkschaften in den Strudel der Inflation gerieten. Bereits 1920 traten in zahlreichen Verbänden alle anderen Probleme hinter der Lohnfrage »mehr oder weniger« zurück<sup>99</sup>. Zwei Jahre später befanden sich die Gewerkschaften nur noch auf einer »rastlosen Jagd um die Erhaltung des Existenzminimums ihrer Mitglieder«<sup>100</sup>. Fast alle Neuansätze der Gewerkschaftsarbeit kamen jetzt zum Erliegen. Die Geldentwertung beraubte die Organisationen des größten Teils ihrer Kampffonds und zwang sie sogar, ihren Apparat abzubauen und einen Teil ihrer Funktionäre zu entlassen. Als die Unternehmer 1923 zum Kampf um die Beseitigung wichtiger sozialpolitischer Errungenschaften der Novemberrevolution ansetzten, insbesondere des Achtstundentages, waren die Gewerkschaften daher nicht in der Lage, ihre Mitglieder bei Abwehrkämpfen wirksam zu unterstützen. Infolgedessen brachte das Jahr 1923 – die Münchener Gewerkschaften bezeichneten es als das »Golgatha der Arbeiterklasse«<sup>101</sup> – der Arbeiterschaft Not und Elend, das selbst das der Kriegsjahre oft noch übertraf. Millionen von Arbeitern kehrten daher den freien Gewerkschaften den Rücken<sup>102</sup>.



## *Christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine und Gewerkvereine*

Die christlichen Gewerkschaften hatten nach der Revolution ebenfalls einen bedeutenden Mitgliederanstieg zu verzeichnen. Ihre Mitgliederzahl erhöhte sich von Ende 1917 bis Ende 1918 von 293 187 auf 404 682, also um 38 %, und stieg bis Ende 1919 weiter auf 1 000 770; Ende 1920 lag sie bei 1 105 894. Absolut und relativ blieb ihr Wachstum jedoch beträchtlich hinter demjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Von den Arbeitergruppen, die den größten Zuwachs der freien Gewerkschaften stellten, strömten nur die Landarbeiter in einer prozentual vergleichbaren Stärke in die christliche Organisation. Höhere relative Zuwachsraten als ihre freigewerkschaftlichen Konkurrenzverbände verbuchten die christlichen Gewerkschaften lediglich in einigen kleinen, vorzugsweise kleingewerblichen Branchen<sup>103</sup>. Im Durchschnitt erreichte ihre Stärke nur rund ein Fünftel derjenigen der freien Gewerkschaften.

Auch die christlichen Gewerkschaften dehnten sich in den Regionen aus, in denen sie bisher nur schwach vertreten gewesen waren, namentlich in Mittel- und Ostdeutschland. In diesen Gebieten – etwa unter den Bergleuten, Textilarbeitern und Eisenbahnern Sachsens<sup>104</sup> – beruhte ihre Mitgliederzunahme unter anderem darauf, daß sie als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie von protestantischer Seite jetzt stärker unterstützt wurden als früher. Der Zuwachs im Jahre 1920 hängt ferner damit zusammen, daß der katholische Episkopat im Interesse einer »einheitlichen Zusammenfassung der katholischen Kreise in unserer Zeit des Umsturzes«<sup>105</sup> 1919 auf eine Beilegung des alten »Gewerkschaftsstreits« drängte und den Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) nötigte, mit Jahresende seine Fachabteilungen aufzulösen und deren Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuzuführen<sup>106</sup>.

In ihren Stammgebieten in West- und Südwestdeutschland hingegen hatten die christlichen Gewerkschaften in den Revolutionsmonaten, wie schon ihre geringe Beteiligung an den Arbeiter- und Soldatenräten zeigte<sup>107</sup>, einen schweren Stand. Vor allem in den Industriezentren, aber auch in überwiegend katholischen ländlichen Gegenden mußten sie sich jetzt einer ungleich stärkeren Konkurrenz seitens der freien Gewerkschaften erwehren als vor der Revolution. An vielen Orten gingen kleinere oder größere Gruppen ihrer Mitglieder zu den freien Gewerkschaften über<sup>108</sup>. Noch 1920 wechselten im Bergischen Land nicht weniger als 1200 Textilarbeiter vom christlichen zum freigewerkschaftlichen Verband, teilweise ganze Belegschaften auf einmal<sup>109</sup>; das gleiche taten die Dortmunder Straßenbahner<sup>110</sup>. Der freigewerkschaftliche Landarbeiter-

verband nahm der christlichen Organisation zwischen 1920 und 1922 264 Ortsgruppen ab<sup>111</sup>.

Sogar in Gegenden, in denen die christlichen Gewerkschaften über eine ausgebaute Organisation verfügten und die freien Gewerkschaften bisher kaum oder gar nicht hatten Fuß fassen können, vermochten sie nicht zu verhindern, daß die sozialistische Konkurrenz weit in ihr Mitgliederreservoir eindrang. Der freigewerkschaftliche Porzellanarbeiterverband zum Beispiel drängte die christliche Organisation in der Oberpfalz an die Wand<sup>112</sup>. Der freigewerkschaftliche Bauarbeiterverband überflügelte seinen christlichen Rivalen in niederrheinischen Städten – etwa in Goch, Kleve und Geldern –, wo die Arbeiter bisher »zum eisernen Besitzstande der christlichen Verbände« gezählt hatten<sup>113</sup>, ebenso an der Mosel, im Sauerland, im Münsterland und im Gebiet um Limburg, obwohl hier die Pfarrer »in jeder Gemeinde« für die Christlichen agitierten<sup>114</sup>. Selbst wo die katholischen Geistlichen »die Eltern, die Frauen, und wenn es sein muß, Onkel und Tante« beeinflussten und sogar »das alte brutale Mittel des Glaubenszwanges« wieder einsetzten, hielt der christliche Verband oft lediglich seinen Mitgliederstand oder machte Fortschritte – etwa im Westerwald und im Hunsrück –, die hinter denjenigen des freien Verbandes weit zurückblieben<sup>115</sup>. Im Münsterland und in Bayern gewann er bis Ende 1919 nicht einmal seine Vorkriegsstärke zurück<sup>116</sup>.

Nicht überall freilich, wo Arbeiter von einer christlichen in eine freie Gewerkschaft überwechselten oder bisher unorganisierte katholische Arbeiter in sie eintraten, geschah dies freiwillig. Vor allem im Ruhrgebiet, aber auch in anderen Regionen wurden sie, besonders im Zuge der Rätebewegung, von freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern hierzu gezwungen, oft unter Androhung von Entlassung oder anderen Sanktionen. Die Publikationsorgane der christlichen Gewerkschaften enthalten zahllose Klagen über Fälle von derartigem »Terrorismus« und »abscheulichster Vergewaltigung«<sup>117</sup>.

An der Ruhr drängten viele Mitglieder der freien Gewerkschaften im Zuge der Rätebewegung sogar auf eine Verschmelzung der miteinander konkurrierenden Richtungsgewerkschaften. Manche Zahlstellen des alten Verbandes drohten mit Beitragssperre, um die Einheitsgewerkschaft herbeizuzwingen. Auch unter den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften fand diese Parole Resonanz. Die Leitung der christlichen Gewerkschaften aber widersetzte sich ihr mit aller Energie, unterstützt von der katholischen Kirche und der Zentrumspartei, die mit den christlichen Gewerkschaften ihre wichtigste Stütze in der Arbeiterschaft verloren hätte. Die Führung der freien Gewerkschaften lehnte eine Verschmelzung nicht offen ab, sondern bezeichnete die Weigerung der Christlichen als Haupthemm-

nis für ihre Verwirklichung. Doch auch sie hatte kaum Interesse an einer Vereinigung und tat daher nichts, um ihr näherzukommen<sup>118</sup>.

In ländlichen katholischen Gegenden dagegen klagten Mitte 1919 die freien Gewerkschaften darüber, daß die christlichen Gewerkschaften im Bunde mit der »Klerisei«, mitunter auch gemeinsam mit den Arbeitgebern, ebenfalls »terroristische Mittel« einsetzten, um freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zum Übertritt in ihre Organisationen zu nötigen<sup>119</sup>. Doch allem Anschein nach waren solche Fälle sehr viel seltener als die umgekehrten. Nach dem Ende der Revolutionswirren kehrten viele Arbeiter, die in dieser Zeit in eine freie Gewerkschaft hineingezwungen worden waren, zum christlichen Verband zurück<sup>120</sup>.

Ihre programmatische Position revidierten die christlichen Gewerkschaften nach der Revolution nur zögernd oder gar nicht. Nur langsam lösten sie sich von ihrem Bekenntnis zur Monarchie; bis zum Ende der Weimarer Republik äußerten ihre führenden Vertreter immer wieder Vorbehalte gegen den Parlamentarismus und stellten der Republik den Entwurf einer »organisch-volksstaatlichen Demokratie« gegenüber, der sich mit ständisch-antidemokratischen Vorstellungen der bürgerlichen Rechten berührte. In sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht blieben sie scharfe Gegner der Sozialdemokratie. Dem Klassenbewußtsein setzten sie das Standesbewußtsein entgegen, dem Klassenkampfgedanken den Gedanken der Sozialpartnerschaft, dem Ziel der Sozialisierung der Produktionsmittel das Bekenntnis zum Privateigentum<sup>121</sup>. In den Wochen der Novemberrevolution bekannten sie sich zwar – übrigens auch vereinzelt Vertreter des niederen Klerus – unter dem Druck der Massen zur Sozialisierung, jedoch nur, weil sie hofften, mit der Übernahme dieses Schlagwortes ihre Anhänger zusammenzuhalten und sie »vor dem Abgleiten in das sozialistische Lager zu behüten«<sup>122</sup>. Schon nach einigen Monaten wurde die Sozialisierungspareole zu einer »sozialethischen Forderung« abgeschwächt, und im April 1920 erklärte Stegerwald unverblümt: »Die Verstaatlichung der Wirtschaft lehnen wir ab.«<sup>123</sup>

Während die christlichen Gewerkschaften nach der Novemberrevolution nur lokale Mitgliedereinbußen hinnehmen mußten, insgesamt aber expandierten, erlitten die katholischen Arbeitervereine auf breiter Front beträchtliche Verluste. Der wirtschaftsfriedliche Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin), der bis zum Zusammenbruch den Siegfrieden propagiert und alle innen- und sozialpolitischen Reformen abgelehnt hatte, zählte Ende 1919 nur noch rund 60 000 Mitglieder gegenüber 100 000 Ende 1916<sup>124</sup>; der Beitritt seiner Mitglieder zu den christlichen Gewerkschaften brachte ihm einen weiteren Rückgang<sup>125</sup>. Auch der süddeutsche und der westdeutsche Verband verloren größere Teile ihrer Mitgliedschaft<sup>126</sup>. Um

ihre Anziehungskraft wieder zu erhöhen, lockerten sie ihre Abhängigkeit von der Kirche. Bisher glichen die Vereine »einer absoluten Monarchie mit dem Schein einer konstitutionellen Verfassung«<sup>127</sup>; der geistliche Vorsitzende gab den Ton an, und der ihm beigegebene Vorstand aus Laien begnügte sich mit einer Statistenrolle. Jetzt wurde die Stellung der Laien gestärkt, und die geistlichen Präsidés traten in der Öffentlichkeit zurück. Nach wie vor aber standen sie an der Spitze der Arbeitervereine und waren deren »eigentliche Seele«<sup>128</sup>.

Mit den christlichen Gewerkschaften, deren programmatische Positionen sie im wesentlichen teilten, verbanden die Arbeitervereine auch weiterhin enge Beziehungen. Das Würzburger Programm des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands von 1921 forderte die Arbeitervereinsmitglieder auf, »durch Eintritt und Werbung die christlichen Gewerkschaften mit allen Mitteln zu unterstützen«; als Gegenleistung sollten die christlichen Gewerkschaften ihre katholischen Mitglieder »zum Eintritt in die katholischen Standesvereine anhalten, welche für die gewerkschaftliche Betätigung Grundsätze und Gesinnung der katholischen Kirche vermitteln«<sup>129</sup>. Trotzdem blieben viele Katholiken aus den christlichen Gewerkschaften den Arbeitervereinen fern, insbesondere die jüngeren; sogar von weiteren Mitgliederverlusten blieben die Vereine in den folgenden Jahren nicht verschont<sup>130</sup>.

Auch die kleinste Gewerkschaftsgruppe, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, vermochte nach der Revolution ihre Mitgliederzahl erheblich zu steigern: Von Ende 1917 bis Ende 1918 von 79 113 um 34 679 auf 113 792, bis Ende 1919 weiter um 76 039 auf 189 831 und bis Ende 1920 um nochmals 36 167 auf 225 998. Über die Hälfte der Mitglieder stellten wie vor dem Kriege die Metallarbeiter; knapp 40 000 Mitglieder umfaßte Ende 1920 der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter, gerade 10 000 der Gewerkverein der Textilarbeiter. Alle übrigen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zählten weniger als 10 000, fünf weniger als 2 000 und einige sogar weniger als 1 000 Mitglieder<sup>131</sup>.

An vielen Orten hatten sie mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die christlichen Gewerkschaften. Vor allem die Mitglieder der kleinen Hirsch-Dunckerschen Verbände gingen nicht selten zu den freien Gewerkschaften über, sei es aus freien Stücken, sei es – wie die Verbände es selbst vorzugsweise darstellten – aufgrund des »Terrors« und der »Vergewaltigungen« wie »Drohungen, ... Verrufserklärung, ... Verdrängung von ihrer Arbeitsstelle«<sup>132</sup> seitens der Mitglieder freier Gewerkschaften<sup>133</sup>. Als die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in den freien Gewerkschaften zu Zersetzungserscheinungen führten, hofften die Gewerkvereine zwar, diejenigen, die »von den ewigen Streitigkeiten,

Unruhen und Zänkereien angewidert« die freien Gewerkschaften verließen, für sich gewinnen zu können<sup>134</sup>; von wenigen Ausnahmen abgesehen, jedoch vergeblich. Zudem scheinen sich viele derer, die nach 1918 zu ihnen kamen, in den Organisationen kaum engagiert zu haben. Bei den Vorstandsneuwahlen von 1920 fand sich in zahlreichen Lokalorganisationen niemand zur Kandidatur bereit, so daß ältere Mitglieder, die ihr Amt häufig schon mehr als 15 Jahre bekleideten, es wohl oder übel weiterführen mußten<sup>135</sup>. Auch die Bereitschaft der Mitglieder, ihre Kinder in die Hirsch-Dunckerschen Jugendorganisationen zu schicken, ließ offenbar trotz wiederholter Appelle der Verbandsleitung zu wünschen übrig<sup>136</sup>.

Unmittelbar nach der Revolution, als in Deutschland eine ähnliche Entwicklung möglich schien, wie sie Rußland kurz zuvor durchgemacht hatte, schlossen christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften, ferner der DHV und eine Reihe weiterer Angestelltenorganisationen mit insgesamt rund 1,5 Mill. Mitgliedern ein Defensivbündnis und gründeten als gemeinsamen Dachverband den Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbund<sup>137</sup>. Er sollte vor allem dazu dienen, die bedrohte Position der nichtsozialistischen Organisationen in der Arbeiterschaft zu festigen und darüber hinaus helfen, eine Diktatur des Proletariats zu verhindern und die Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsordnung zu erhalten. Deshalb setzte er sich für die Einberufung der Nationalversammlung ein und propagierte die Annäherung von Arbeiterschaft und Bürgertum, forderte allerdings mit Rücksicht auf die Stimmung unter den Arbeitern um die Jahreswende 1918/19 auch die Verstaatlichung der Bodenschätze und »geeigneter Betriebe«. Im wesentlichen deckte sich sein Programm mit den Zielen vorausschauender Industrieller namentlich der Fertigungsindustrie. Tatsächlich war es in enger Verbindung mit Rathenau ausgearbeitet worden und beruhte im wesentlichen auf dessen Entwürfen<sup>138</sup>.

Nachdem jedoch die Nationalversammlung gewählt und die Rätebewegung niedergeschlagen war, traten im Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbund, der sich im März 1919 in Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) umbenannte, um eine Identifizierung mit der DDP zu vermeiden, wachsende Spannungen zwischen christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zutage. Beide Richtungen konkurrierten nicht nur um die nichtsozialistischen Arbeiter, sondern zwischen ihnen bestanden auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den Stellenwert des Christentums in Staat und Gesellschaft wie über die Haltung zur parlamentarischen Republik, die die Gewerkvereine im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften befürworteten. Ende 1919 brach der DGB infolgedessen auseinander. Die christlichen Gewerkschaften, der DHV und eine Reihe weiterer christlich-national orientierter Angestellten- und Beamtenorganisa-

tionen mit zusammen rund 1,7 Mill. Mitgliedern blieben im DGB vereinigt. Er bekannte sich zwar zum Streik als »letztem Mittel« bei Arbeitskämpfen, lehnte jedoch den Klassenkampf prinzipiell ab und betonte statt dessen den Gedanken der »Volksgemeinschaft« im allgemeinen und der Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch Arbeitsgemeinschaften und Beteiligung der Arbeiter am Produktionsmittelbesitz im besonderen. Die Gewerkvereine, die im Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) zusammengefaßten freiheitlich-nationalen Angestelltenorganisationen und einige kleinere Angestellten- und Beamtenverbände bildeten als neue Dachorganisation 1920 den »Freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände«; er umfaßte bei seiner Gründung rund 700 000 Mitglieder<sup>139</sup>.

In bezug auf das gegenseitige Verhältnis der Arbeitergewerkschaften war damit die Konstellation wiederhergestellt, die vor der Revolution bestanden hatte. Der Gedanke einer organisatorischen Annäherung oder gar einer Verschmelzung verstummte; selbst die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die ihn 1915 zur Sprache gebracht hatten, bezeichneten ihn 1919 als »undiskutierbar«<sup>140</sup>. Nur unter den Bergarbeitern, unter denen mit der Rätebewegung die Parole der Einheitsgewerkschaft erhebliche Popularität gewonnen hatte, wurde er zunächst weiter erörtert<sup>141</sup>. Dabei fehlte es auch nicht an Versuchen, den alten Verband zu Fusionsverhandlungen zu zwingen<sup>142</sup>. Da aber der christliche Gewerkverein sich schon gegenüber dem bescheideneren Gedanken einer Kartellierung der vier Bergarbeiterverbände aus politischen und religiösen Gründen ebenso reserviert verhielt wie 1916, als hierüber längere Verhandlungen geführt worden waren, und da auch der alte Verband im Grunde kein Interesse an einer Verschmelzung hatte, wurde der Einheitsgedanke auch im Bergbau nicht ernsthaft weiterverfolgt<sup>143</sup>.

Die Zusammenarbeit der drei Gewerkschaftsrichtungen in praktischen Fragen, die sich während des Krieges herausgebildet hatte, blieb unterdessen sowohl von den grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten als auch von den Auseinandersetzungen an der Basis weithin unberührt. Bei Tarifverhandlungen, in den Arbeitsgemeinschaften und in der Einwirkung auf die Sozialpolitik wurde sie vielfach fortgesetzt, sowohl auf der Ebene der Dachverbände als auch unter den Einzelgewerkschaften, wenn auch zwischen den letzteren oft »gerade kein freundschaftliches«, sondern höchstens ein »auskömmliches« Verhältnis bestand<sup>144</sup>. Selbst der freigewerkschaftliche Eisenbahnerverband ging trotz der weiterbestehenden Spannungen und trotz Widerspruchs aus den eigenen Reihen bei Tarifverhandlungen mit der christlichen Eisenbahnerorganisation zusammen, um gegenüber Verwaltung, Behörden und Parlament eine einheitliche Front zu

schaffen<sup>145</sup>. Im Ruhrgebiet blieb sogar im turbulenten Jahr 1919 die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände bestehen; trotz der massiven Pressionen von Angehörigen des alten Verbandes gegenüber Mitgliedern konkurrierender Organisationen funktionierte sie offenbar ohne größere Reibungen und erzielte über die wichtigsten Fragen, die die Bergarbeiter betrafen, Übereinstimmung<sup>146</sup>. Lediglich dort, wo die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nur verschwindend geringe Mitgliederzahlen aufwiesen, verweigerten die freien Gewerkschaften meist die Zusammenarbeit mit ihnen<sup>147</sup>.

### *Die Wirtschaftsfriedlichen*

Einig blieben sich die drei Gewerkschaftsrichtungen auch in der Ablehnung der Wirtschaftsfriedlichen. Diese verschwanden in der Novemberrevolution fast ganz von der Bildfläche, auch in ihren alten Hochburgen. In Augsburg und Magdeburg lösten sie sich freiwillig auf. In den Städten des Ruhrgebiets verfügten die Arbeiter- und Soldatenräte die Auflösung vieler Werkvereine und beschlagnahmten ihre Kassenbestände<sup>148</sup>. Ähnliches widerfuhr den mitteldeutschen Vereinen<sup>149</sup>. Ihre Mitglieder – viele von ihnen schon vorher »Blutorangen«: außen gelb, innen rot – traten großenteils in die Gewerkschaften ein<sup>150</sup>.

Wer sich weigerte, bekam die Wut der Arbeiter zu spüren. Drei Vorstandsmitglieder des Werkvereins des Hüttenwerks Hoerde, die den Beitritt zur freien Gewerkschaft ablehnten, wurden geknebelt, auf eiserne Schubkarren geworfen, aus dem Werk in die Stadt gefahren und dort, behängt mit dem Schild: »Ich bin ein Gelber«, dem Gespött der Menge preisgegeben<sup>151</sup>. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Zechen und Hüttenwerke führten häufig Kontrollen durch, bei denen die Belegschaftsangehörigen ihre Gewerkschaftszugehörigkeit durch Vorlage des Mitgliedsbuchs zu beweisen hatten; wer nicht organisiert war, wurde notiert und nicht selten von der Arbeit ausgeschlossen. Diese Entwicklung, die sich schon seit dem Hilfsdienstgesetz abzeichnete, hat es den Arbeitgebern vermutlich erleichtert, ihre Zusage im Arbeitsgemeinschaftsabkommen einzulösen und die Unterstützung der Wirtschaftsfriedlichen einzustellen, wenngleich einzelne Industrielle dieser Vereinbarung nur zögernd und widerwillig nachkamen<sup>152</sup>.

Mit dem Entzug der finanziellen Zuwendungen kam das faktische Ende auch des Hauptausschusses, begleitet von Zerwürfnissen und üblen gegenseitigen Beschimpfungen seiner alten Funktionäre<sup>153</sup>. Der BdW dagegen blieb bestehen; er änderte seinen Namen im November 1918 in Deutscher

Arbeiterbund. Allerdings stellten dessen Grundeinheiten nicht mehr die Werkvereine einzelner Betriebe dar, sondern eigene Ortsgruppen; daneben gab es Berufsausschüsse für die Vertretung spezieller Brancheninteressen. In den Auseinandersetzungen der folgenden Monate spielte er freilich keine Rolle<sup>154</sup>. Auch einige Einzelorganisationen überdauerten die Revolution, so daß im Oktober 1919 eine neue Zentrale der wirtschaftsfriedlichen Organisationen entstehen konnte, der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften (NDG). 1921 änderte er seinen Namen in »Nationalverband Deutscher Berufsvereine« (NDB). Seinen Vorsitz übernahm Fritz Geisler, ein früherer Bezirksleiter des BdW und nunmehriger DVP-Abgeordneter in der Nationalversammlung.

Zwar bezeichneten sich die dem NDB angeschlossenen Organisationen als »Gewerkschaften«, um zu Tarifabschlüssen und Arbeitsgemeinschaften zugelassen zu werden. In Wirklichkeit aber hatte sich ihr Programm gegenüber den früheren wirtschaftsfriedlichen Organisationen kaum verändert. Nationalismus, Antikommunismus, Demokratiefeindschaft und das Bekenntnis zur »friedlichen Volksarbeitsgemeinschaft in möglichst allen Bevölkerungsschichten« gaben nach wie vor seine Ingredienzien ab. Daß sie sich wie ihre Vorgängerorganisationen im Kaiserreich am rechten Rand des politischen Spektrums bewegten, verdeutlichen im übrigen die engen Beziehungen des NDB zu Organisationen wie dem Reichslandbund, dem Nationalverband Deutscher Offiziere, dem Deutschen Wehrverein und dem Jungdeutschen Orden. Schon an der 1. Reichstagung des NDB Ende Oktober 1920 nahm als Gast Adolf Hitler teil. Nur organisatorisch markierte der NDB einen Neubeginn, und zwar insofern, als die frühere Zersplitterung der wirtschaftsfriedlichen Bewegung jetzt durch eine Zentralisierung abgelöst wurde.

Unter den Industriearbeitern jedoch fand die wirtschaftsfriedliche Richtung einstweilen kaum Anklang. Anders auf dem Lande, vor allem in Pommern. Hier hatten die Gutsbesitzer bis 1918 keinerlei Organisation der Landarbeiter geduldet. Als sich nach der Revolution aber der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband rapide ausbreitete, griffen sie zum Mittel der Gegenorganisation. Zunächst organisierten sie sich selbst und gründeten im März 1919 den Pommerschen Landbund, eine extrem reaktionäre, fanatisch antidemokratische und antisemitische Organisation. Dank der engen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen seiner Mitglieder zu den Spitzen der mit wenigen Ausnahmen noch immer streng konservativen Zivilverwaltung, zum monarchistischen Stettiner Generalkommando und zur OHL in Kolberg war der Pommersche Landbund nach dem Urteil eines Beamten des preußischen Innenministeriums schon drei Monate später »als ausschlaggebendes politisches Moment in Pommern zu bewerten«.



Nach derselben Quelle sah er »eine seiner Hauptaufgaben« darin, »die Bildung sozialistischer Gewerkschaften unter der Landbevölkerung mit allen Mitteln zu bekämpfen« und Tarifverträge in der Landwirtschaft zu verhindern. Zu diesem Zweck hintertrieb er auf der einen Seite die Bildung landwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände und gliederte sich auf der anderen eigene Arbeitnehmerabteilungen an, in die die pommerschen Gutsherren ihre Landarbeiter zu treiben sich bemühten. Gegenüber seinen Arbeitnehmerabteilungen trat der Landbund sodann selbst als Tarifkontrahent auf. Zur Entscheidung von Arbeitskonflikten richtete er bei seinen Kreis- und Bezirksgruppen »paritätisch« besetzte Schlichtungsausschüsse ein. Da die Wirksamkeit des freigewerkschaftlichen Landarbeiterverbandes in Pommern hierdurch jedoch nicht völlig zu unterdrücken war, forderte er zugleich von der Reichsregierung wiederholt ein gesetzliches Streikverbot für Landarbeiter<sup>155</sup>.

Als die Landarbeiter auf einigen pommerschen Gütern sich im Juli 1919 gegen dieses Vorgehen mit Arbeitsniederlegungen zur Wehr setzten, erwirkte der Landbund beim Stettiner Generalkommando die Verhängung des Belagerungszustandes – unter Umgehung der Zivilbehörden übrigens –, um unter dessen Schutz die Führer des Landarbeiterverbandes verhaften und aburteilen, seine Büros durchsuchen, seine Presse unterdrücken, die Voraussetzungen für einen Erfolg der Landarbeiter im Streik also zerschlagen und den Anhängern des Landarbeiterverbandes jeden Gedanken an eine neue Arbeitsniederlegung, wenn nicht gar den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken selbst gründlich austreiben zu können, notfalls mit Gewalt. Denn der Pommersche Landbund stellte auch bei der Bildung der Einwohnerwehren den »ausschlaggebenden Faktor« dar und spielte eine Schlüsselrolle bei der Verteilung von Waffen und der Unterbringung ehemaliger Freikorpsoldaten auf den Gütern.

Zwar hob die preußische Regierung gegen den erbitterten Widerstand des Landbundes und des Generalkommandos den Belagerungszustand in Pommern nach kurzer Zeit wieder auf<sup>156</sup>. Trotzdem gelang es den pommerschen Gutsbesitzern bis 1921 rund 55 000 Landarbeiter in die Arbeitnehmergruppe des Landbundes zu treiben – mit Drohungen, schwarzen Listen, Massenentlassungen gewerkschaftlich organisierter Landarbeiter und materiellen Anreizen, insbesondere einer Viehversicherungskasse und übertariflicher Bezahlung bei Austritt aus der Gewerkschaft; die Unterstützung der Gutsherren durch die Pastoren und Lehrer sowie die Gutsangestellten und -handwerker, für die 1920 ebenfalls eine wirtschaftsfriedliche Organisation entstand<sup>157</sup>, tat ein übriges, so daß der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband in Pommern Tausende von Mitgliedern verlor<sup>158</sup>. Dank ähnlicher Strategien der Landbesitzer in anderen ostelbischen Gebie-

ten, teilweise auch infolge von Absplitterungen vom christlichen Landarbeiterverband, waren bereits Ende 1921 knapp 100000 Landarbeiter wirtschaftsfriedlich organisiert<sup>159</sup>.

Auch in mittelständischen und handwerklichen Gewerben nahm die Anhängerschaft der Wirtschaftsfriedlichen nach den nachrevolutionären Auseinandersetzungen wieder zu, besonders in ländlichen Regionen, aber auch in manchen Großstädten. Im Bäckergerbe, wo unter den Gesellen die Hoffnung auf spätere Selbständigkeit noch lebendig war und wo die Meister den »Standesdünkel« ihrer Gehilfen besonders zu fördern pfl egten<sup>160</sup>, scheint die wirtschaftsfriedliche Organisation in der Revolution am wenigsten gelitten zu haben, zumal sie, wie der freigewerkschaftliche Bäckerverband berichtete, »nach wie vor« von den Meistern »in weitgehendster Weise« unterstützt wurde<sup>161</sup>. Um sie weiter zu festigen, machten die Bäckerinnungsverbände 1920 die weitere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in der Arbeitsgemeinschaft von einer Beteiligung des wirtschaftsfriedlichen Bäckergesellenbundes abhängig. Als die Gewerkschaften ablehnten – der Bäckergesellenbund hatte zwar 1919 die Streikunterstützung in seine Satzungen aufgenommen, um als Gewerkschaft anerkannt zu werden, seine meistertreuen Grundsätze jedoch beibehalten<sup>162</sup> –, boykottierten die Innungen die Arbeitsgemeinschaft<sup>163</sup>.

Bereits 1919 regten sich wirtschaftsfriedliche Organisationen auch in der Textilindustrie in Crimmitschau<sup>164</sup>, 1921 unter anderem in der Leipziger Metallindustrie<sup>165</sup>, im westfälischen Baugewerbe<sup>166</sup> und in der württembergischen Zementindustrie<sup>167</sup>, 1923 in der chemischen Industrie Nordbayerns<sup>168</sup>, unter den Berliner Buchdruckern<sup>169</sup>, in der Zuckerindustrie und teilweise der chemischen Industrie Pommerns<sup>170</sup>. Bezeichnenderweise wurde aus verschiedenen Branchen berichtet, daß besonders »ehemalige Radikalinskis« sich in ihnen hervortaten<sup>171</sup>. Nach unbestätigten Angaben umfaßten die im NDB zusammengeschlossenen Organisationen 1923 zusammen knapp 300000 Mitglieder<sup>172</sup>. In den industriellen Großbetrieben, in denen die wirtschaftsfriedlichen Organisationen vor dem Kriege dominiert hatten, vermochten sie jedoch nirgends wieder Fuß zu fassen, obwohl führende Industrielle sie von neuem durch den Ausbau betrieblicher Sozialleistungen, Einrichtung von Arbeiterbildungsstätten und ideologische Beeinflussung förderten<sup>173</sup>.

## *Die Angestellten- und Beamtenschaft*

Unübersichtlich verlief die organisatorische Entwicklung nach der Revolution unter den Angestellten und Beamten. Allenthalben entfalteten sie unmittelbar nach dem Umsturz eine rege Organisationstätigkeit, um ihre Interessen unter den neuen Verhältnissen zur Geltung bringen zu können. Viele der neu gegründeten Organisationen schlossen sich älteren Verbänden an; doch diese befanden sich selbst in einem Prozeß der Neuorientierung. Von den Angestelltenverbänden nämlich, die im November 1918 das Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen mit unterzeichnet hatten, verlangten die Gewerkschaften ein Bekenntnis zu den gewerkschaftlichen Grundprinzipien als Voraussetzung für die Aufnahme in die Facharbeitsgemeinschaften. Die bürgerlich-mittelständischen Angestelltenorganisationen veranlaßten daraufhin ihre selbständigen Mitglieder zum Austritt und nahmen den Streik und entsprechende Regelungen in ihre Statuten auf<sup>174</sup>.

Die hiermit erforderliche Bestimmung der eigenen Position innerhalb der Arbeitnehmerbewegung ergab nach längerem Klärungsprozeß ähnliche Gruppierungen wie unter den Arbeiterorganisationen. Die in der »Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände« zusammengeschlossenen Organisationen, die sich schon früher zur Arbeitnehmereigenschaft der Angestellten bekannt und für eine einheitliche Zusammenfassung aller Angestellten eingesetzt hatten, bekräftigten diese Grundsätze und intensivierten ihre Zusammenarbeit 1921 mit der Bildung des »Allgemeinen freien Angestelltenbundes« (AfA), der mit dem ADGB einen förmlichen Kooperationsvertrag schloß<sup>175</sup>. Die bürgerlich-mittelständischen Verbände gründeten im Dezember 1918 den »Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände«. Er brach jedoch nach wenigen Monaten auseinander. Der DHV und andere christlich-national orientierte Verbände schlossen sich im November 1919 zum Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) zusammen, der 1920 rund 375 000 Mitglieder umfaßte und bis 1930 auf knapp 600 000 Mitglieder anwuchs. Noch 1919 bildete er mit den christlichen Gewerkschaften und Beamtenverbänden eine gemeinsame Dachorganisation, den Deutschen Gewerkschaftsbund<sup>176</sup>. Die »freiheitlich-nationalen« Angestelltenorganisationen, ideologisch weniger festgelegt und entschiedene Anhänger der Weimarer Verfassung, vereinigten sich Mitte 1919 im Gewerkschaftsbund der Angestellten; seine Mitgliederzahl bewegte sich zwischen 1921 und 1930 um 300 000. 1920 schloß er sich mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen zum »Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände« zusammen<sup>177</sup>.

Insgesamt blieb die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten in der Weimarer Republik hinter derjenigen der Arbeiter zurück. Von rund 4 Mill. Angestellten waren Ende 1926 etwa 1,1 Mill. organisiert, also 27%, 1925 von rund 14,5 Mill. Arbeitern hingegen knapp 5 Mill., also 35%. Doch während unter der organisierten Arbeiterschaft die sozialdemokratisch orientierten freien Gewerkschaften eindeutig dominierten, ging unter den organisierten Angestellten der Anteil des freigewerkschaftlichen Afa-Bundes zwischen 1920 und 1930 von 47,5 auf 32,9% zurück. Die christlich-nationalen Verbände, deren Führer politisch durchweg weiter rechts standen als die der christlichen Arbeiterorganisationen, erhöhten im gleichen Zeitraum ihren Anteil von 31,8 auf 40,6%. Die freiheitlich-nationalen Verbände bildeten auch unter den Angestelltenorganisationen das schwächste Glied, waren relativ aber um ein mehrfaches stärker als in der Arbeiterschaft und steigerten ihren Anteil zwischen 1920 und 1930 von 20,7 auf 26,5%<sup>178</sup>. Wie diese Zahlen erkennen lassen, stand die große Mehrheit der Angestellten anders als am Ende des Weltkrieges am Ende der Weimarer Republik rechts von der Mitte. Die Annäherung von Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die sich 1918 abgezeichnet hatte, wich daher bald einer neuerlichen Entfremdung<sup>179</sup>.

Bei den Beamten, die bis Kriegsende organisatorisch noch stärker zersplittert waren als die Angestellten, entstand bereits Ende 1918 in Gestalt des Deutschen Beamtenbundes (DBB) eine Spitzenvertretung aller Beamtenorganisationen. Die überraschende Schnelligkeit ihrer Bildung lag einerseits daran, daß die materielle Verelendung während des Krieges das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den unterschiedlichen Beamtengruppen gestärkt hatte, andererseits an der gemeinsamen Befürchtung, daß die neuen Machthaber das Berufsbeamtentum abschaffen könnten<sup>180</sup>. Hinzu kam die Sorge, daß die Arbeitergewerkschaften nunmehr auch die Organisation der Beamten in Angriff nehmen und diesen damit die Möglichkeit nehmen könnten, ihre Sonderinteressen zu artikulieren. Um dieser Gefahr vorzubeugen, bezeichnete sich auch der DBB von vornherein als gewerkschaftliche Organisation und sagte den freien Gewerkschaften zu, sich »mit allen Mitteln«, unter Umständen also auch mit dem Streik, für die Verbesserung der Lage der Beamten einzusetzen<sup>181</sup>. Die freien Gewerkschaften sahen daraufhin von einer eigenen Beamtenorganisation ab und verhandelten mit dem DBB über dessen Anschluß an die Generalkommission, allerdings ohne Erfolg.

Nachdem jedoch die Beibehaltung des Berufsbeamtentums in der Weimarer Verfassung verankert und die Arbeiterräte aus den Behörden wieder verschwunden waren, traten in der Beamtschaft Statusunterschiede, ständische Interessen und politisch konservative Neigungen wieder her-

vor. Bezeichnend hierfür ist, daß viele Beamte sich am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch entweder nur widerstrebend oder gar nicht beteiligten und es zu schweren Auseinandersetzungen im DBB kam, weil dessen Vorstand den Mitgliedern Arbeitsverweigerung in allen Orten, in denen die verfassungsmäßigen Instanzen abgesetzt waren, empfohlen und nach der Vertreibung Kapps die 8-Punkte-Forderungen des ADGB, der AfA und der beiden sozialistischen Parteien unterzeichnet hatte<sup>182</sup>. Zwar wurde die Haltung des Vorstandes schließlich gebilligt<sup>183</sup>, der Vorstand selbst aber abgelöst und der Gedanke an ein Zusammengehen mit den Gewerkschaften endgültig verworfen.

Trotzdem brach der DBB, in dem bisher die mittleren und unteren Beamten dominierten und der organisatorisch unzulänglich entwickelt war<sup>184</sup>, kurz darauf auseinander. Noch 1920 trat der Bund der höheren Beamten aus und schloß sich mit anderen Beamtenorganisationen 1921 zum »Reichsbund der höheren Beamten« zusammen, dessen rund 60000 Mitglieder etwa zwei Drittel aller höheren Beamten repräsentierten. Ein Jahr später verließ die Mehrheit der gewerkschaftlich orientierten Beamten den DBB, nachdem sich dessen Führung gegen den ersten deutschen Beamtenstreik, den Eisenbahnerstreik von 1922, gestellt hatte; zusammen mit anderen Gruppen gründete sie den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB), der mit dem ADGB ein Kooperationsverhältnis einging<sup>185</sup>. Verhandlungen über eine Wiedervereinigung von DBB und ADB scheiterten<sup>186</sup>. Dagegen schloß sich 1926 die christlich-nationale Richtung der Beamtenbewegung dem DBB an, 1928 auch die kleine Gruppe der freiheitlich-nationalen Beamtenorganisationen. Der DBB wurde damit zur stärksten Beamtenorganisation der Weimarer Republik<sup>187</sup>.

Der Organisationsgrad der Beamten lag Mitte der 20er Jahre erheblich über demjenigen der Angestellten – von rund 1,5 Mill. Beamten waren 1926 rund 1,2 Mill., also etwa 80% organisiert –, die freigewerkschaftliche Richtung jedoch war noch schwächer als unter den Angestellten: während der DBB 1926 rund 900000 Mitglieder umfaßte, zählte der ADB lediglich 166610<sup>188</sup>.

## Schluß: Arbeiterschaft und Republik – ein Jahr nach der Revolution

Anfang 1920, ein Jahr nach der Novemberrevolution, konnten die Gewerkschaften eine Reihe beachtlicher Erfolge vorweisen. Sie waren zahlenmäßig stärker denn je zuvor; sie hatten zu einem erheblichen Teil die Belegschaften der industriellen Großbetriebe erfaßt und unter den Landarbeitern erstaunlich schnell Organisationsfortschritte gemacht. Auch in weitere Kreise der Angestellten und Beamten waren sie eingedrungen, wenngleich hier noch das Standesbewußtsein vorherrschte und sich einstweilen nur eine Minderheit zu einem Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften bereit zeigte. Der Achtstundentag, für den Millionen von Arbeitern 30 Jahre hindurch am 1. Mai demonstriert hatten, war erreicht. Die Reallöhne hatten sich gegenüber der Kriegszeit etwas erhöht, lagen allerdings noch immer weit unter dem Vorkriegsniveau und tendierten unter den Lasten, die der Versailler Vertrag der deutschen Volkswirtschaft aufbürdete, und im Zeichen der sich beschleunigenden Inflation wieder nach unten<sup>1</sup>.

Die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war grundsätzlich durchgesetzt, auch wenn ihre Verwirklichung insbesondere bei mittelständischen Unternehmern in ländlichen Regionen noch zähem Widerstand begegnete. Die Weimarer Verfassung erkannte die Gewerkschaften als Arbeitervertretungen an und enthielt einen Katalog sozialer Grundrechte. Die zentralen sozialpolitischen Forderungen der Gewerk-

schaften, insbesondere nach materieller Absicherung der Arbeitnehmer gegen die Folgen von Krankheit, Unfällen, Arbeitslosigkeit und Alter durch den Staat, erhielten damit den Rang eines Verfassungsauftrages. Sofern sie noch auf die Erfüllung warteten, war das Reich jetzt verpflichtet, ihnen nachzukommen. Mit dem Betriebsrätegesetz waren wenigstens bescheidene Ansätze einer Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb geschaffen worden. Schließlich erwies sich auch der politische Einfluß der Arbeiterschaft in Parteien und Parlamenten als größer denn je. Ihre politische Isolierung und Ohnmacht gehörte der Vergangenheit an; in der Ernennung Gustav Bauers zum Reichskanzler im Sommer 1919 kam dies deutlich zum Ausdruck. So schienen die organisatorischen und politischen Voraussetzungen gegeben, weitere Verbesserungen für die Arbeiterschaft durchzusetzen. Tatsächlich haben die Gewerkschaften im Bündnis mit den ihnen nahestehenden Parteien im Laufe der Weimarer Republik eine Reihe bemerkenswerter Fortschritte erzielt, etwa die Einführung der Arbeitsgerichtsbarkeit und der staatlichen Arbeitslosenversicherung<sup>2</sup>.

Ein Jahr nach der Novemberrevolution ließ sich indessen auch nicht übersehen, daß sich die Erfolge der Gewerkschaften auf ihre traditionellen Tätigkeitsgebiete beschränkten und alle Bestrebungen, den Einfluß der Arbeiterschaft über deren Grenzen auszudehnen, abgeschlagen oder rückläufig waren. Die Arbeiterräte waren beseitigt oder entmachtet, von einer sozialistischen Alleinregierung keine Rede mehr; die politische Macht lag beim Parlament, in dem die SPD zwar die größte Fraktion stellte, aber mit Zentrum und DDP koalieren mußte, bis sie 1920 auf die Oppositionsbänke überwechselte und die Regierung einem bürgerlichen Kabinett überließ. Die Betriebe befanden sich nach der Niederschlagung der Betriebsrätebewegung wieder fest in der Hand der Unternehmer, die Arbeiter aber von einer Beteiligung an der Betriebsleitung oder von einer Mitbestimmung über die Geschicke ihres jeweiligen Industriezweigs und der Gesamtwirtschaft kaum weniger weit entfernt als ehemals. »Die reine Macht des Kapitals über die Wirtschaft« war nicht nur wiederhergestellt, sondern – wie Hilferding im Frühjahr 1920 feststellte – infolge des Ausbaus der industriellen Interessenvertretungen und der Fortschritte im industriellen Konzentrationsprozeß sogar stärker denn je<sup>3</sup>. Analoges gilt für die Landwirtschaft. Da eine Enteignung des Großgrundbesitzes nicht stattfand<sup>4</sup>, kehrten nach dem Intermezzo der Bauernräte in den Agrargebieten im Osten des Reichs die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände der Vorkriegszeit kaum verändert zurück.

Gleiches geschah auf militärischem Gebiet. Nachdem die Soldatenräte bis auf unbedeutende Reste beseitigt und die Ansätze einer von den Arbeitern kontrollierten bewaffneten Macht blutig zerschlagen worden waren,

befand sich das neue Heer fest in der Hand des alten Offizierskorps. Von einer Kontrolle der Ministerial- und Verwaltungsbürokratie, wie sie die Arbeiterräte erstrebt hatten, konnte ebenfalls kaum die Rede sein. Nach deren Ausschaltung ging der gesamte Verwaltungsapparat, dessen Überwindung nach dem Urteil Rosenbergs über »Leben oder Tod der deutschen Demokratie« entschied<sup>5</sup>, nahezu vollständig wieder in die Hände der kaiserlichen, durchweg antirepublikanischen, antidemokratischen und anti-sozialistischen Beamten über. Die wenigen Sozialdemokraten, die hier und da in wichtige Verwaltungsämter gelangten, vermochten am Geist der Bürokratie kaum etwas zu verändern und wurden bei der Ausübung ihres Amtes von den niederen Chargen nicht selten sabotiert<sup>6</sup>. Denn in Verwaltungspositionen unterhalb der Ebene der politischen Beamten fanden Gewerkschaftsfunktionäre kaum Eingang, vor allem deshalb nicht, weil die Einstellungs- und Laufbahnbestimmungen des öffentlichen Dienstes nahezu unverändert aus dem Kaiserreich übernommen wurden<sup>7</sup>. Eine Ausnahme stellte lediglich die Aufnahme von Gewerkschaftsangehörigen in die Polizei einzelner Bundesstaaten dar; doch auch sie wurden größtenteils nach dem Ende der Revolutionszeit wieder entlassen.

Noch schlimmer sah es im Justizwesen aus, insbesondere in Preußen, wo die Justiz bis 1918 zu den stärksten Bastionen des konservativen Regimes gezählt hatte. Die Sozialdemokratie verfügte aufgrund ihres minimalen Anteils an Akademikern nur über eine verschwindend kleine Zahl von Mitgliedern oder Sympathisanten, die sie mit verantwortlichen Aufgaben im Justizapparat betrauen konnte. Die Möglichkeit, erfahrene Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre an leitende Stellen zu bringen, schied im Gegensatz zur Verwaltung aus. Folglich blieb mit der politisch einseitigen personellen Zusammensetzung des Justizapparates auch die einseitige politische und soziale Tendenz der Urteile erhalten. Während zahlreiche Arbeiter, die für eine Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse oder auch nur für die Bewahrung der verfassungsmäßigen Ordnung der Republik gekämpft hatten, zum Tode verurteilt oder mit ungezählten Jahren von Zuchthaus belegt wurden, fanden politische Gewalttäter der Rechten wie die Mörder von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Kurt Eisner, von Erzberger und Rathenau sowie Hochverräter wie Kapp und Hitler äußerste Milde, sofern sie nicht sogar jeglicher Strafverfolgung entgingen<sup>8</sup>.

Kaum anders stand es um das Bildungswesen. Nur unter den Grundschullehrern, die, von den alten Regierungen schlecht bezahlt, sich im kaiserlichen Deutschland sozial unterbewertet gefühlt hatten, fand die demokratische Republik eine nicht unbeträchtliche Zahl von Anhängern. Die Gymnasiallehrer hingegen und erst recht die Hochschulprofessoren, unter



ihnen wiederum vor allem diejenigen der geisteswissenschaftlichen Fakultäten, gewohnt, sich nicht allein als Staatsbeamte zu den verlässlichsten Stützen des monarchischen Staates zu rechnen, sondern sich darüber hinaus als Gralshüter des deutschen Geistes – oder was sie dafür hielten – zu betrachten, gehörten zum überwiegenden Teil zu den entschiedensten und fanatischsten Gegnern des neuen Staates. Höhere Schulen und Universitäten, ohnehin fast ausschließlich von Angehörigen des Bürgertums besucht, wurden zu Hochburgen der Demokratie- und Republikfeindschaft in der krassesten und militantesten Form, nicht selten schon Anfang der 20er Jahre mit unverhohlenem Antisemitismus durchsetzt<sup>9</sup>.

Bereits im November 1919 waren nach einem Bericht des SPD-Abgeordneten Max Quarck vor der Berliner Universität »sämtliche reaktionären Blätter täglich zu haben« und wurden auch »häufig gekauft«. Studenten und Gymnasiastensammlungen, in denen deutschnationale Kolonnen zur Sprengung von Versammlungen der Linken gebildet wurden, waren »meist sehr gut besucht«, die »paar sozialistischen Professoren sowie die kleinen sozialistischen Studentenvereinigungen« aber »viel zu schwach und ungeschickt und politisch wenig geschult, um eine starke Gegenbewegung zustande bringen zu können«. Die Gegenmaßnahmen, die Quarck vorschlug – »linksstehenden Vereinigungen« an den Hochschulen »viel mehr Unterstützung zuteil werden zu lassen, um sie moralisch und materiell zu stärken«, und »systematisch Lehrstühle und Lehrkräfte für demokratische Verfassungskunde, Geschichte der Demokratie, Geschichte der Arbeiterorganisationen usw.« zu schaffen<sup>10</sup> – ließen sich unter den gegebenen Machtverhältnissen außerhalb und innerhalb der Hochschulen kaum verwirklichen. Ansätze zur Schul- und Hochschulreform wurden zwar von den sozialdemokratischen Regierungen bis 1920 geschaffen, blieben danach jedoch bald im Dickicht der schon innerhalb des Kabinetts kontroversen Interessen stecken, fielen dem Föderalismus oder schließlich der Inflation zum Opfer. Die einzige bemerkenswerte Neuerung auf dem Bildungssektor beschränkte sich auf die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht<sup>11</sup>.

Im übrigen überdauerten auch die Kirchen unverändert die Novemberrevolution. Während die Katholiken ihre Situation in der Republik gegenüber dem Kaiserreich in mancher Hinsicht verbessern konnten, vor allem weil ihre Behinderungen im preußischen Staatsdienst aufhörten, und deshalb wenigstens zum Teil gedämpfte Sympathien für den neuen Staat hegten, zählte die evangelische Kirche, die mit dem preußischen König ihren Summus episcopus verloren hatte und namentlich in den Agrargebieten Ostdeutschlands weiterhin engste Verbindungen zu den Gutsbesitzern unterhielt, zum überwiegenden Teil zu den entschiedensten Gegnern der Weimarer Republik<sup>12</sup>.

Trotz der politischen und sozialpolitischen Erfolge der Arbeiterorganisationen überdauerten also Industrie und Landwirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Bildungswesen und Kirchen das Ende des Kaiserreiches und die Revolution im wesentlichen unverändert. Damit fehlten der Weimarer Republik fundamentale Voraussetzungen für die dauerhafte Sicherung der politischen Demokratie, wie ihre Verfassung sie vorsah. Julius Leber, unter den sozialdemokratischen Arbeiterführern, die während der Weimarer Zeit heranwuchsen, einer der fähigsten, bemerkte rückblickend sogar, die Republik sei »schon tot« gewesen, als sie im Sommer 1919 mit der Annahme der Weimarer Verfassung »zaghaft und sehr vernunftgemäß ihre endgültige Geburt anzeigte«<sup>13</sup>. Als einen entscheidenden Grund hierfür nannte er das »gänzliche Versagen einer ganzen Schicht von Führern« der Arbeiterbewegung, insbesondere ihr »Unvermögen . . . , die gewaltigen sozialen und politischen Aufgaben und Kämpfe zu verstehen oder gar zu bestehen«, die der Erste Weltkrieg und sein Ende hervorbrachten<sup>14</sup>.

In der Tat hat die Weimarer Republik ihr Defizit an strukturellen Voraussetzungen der Demokratie bis 1933 nicht aufzuholen vermocht, und in der Tat hängt dieses Defizit aufs engste mit den Versäumnissen zusammen, die an ihrem Anfang begangen wurden. Diese Versäumnisse sind im wesentlichen solche der großen Arbeiterorganisationen und in erster Linie ihrer Führer. In den entscheidenden Wochen und Monaten nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches bestand die Möglichkeit, die parlamentarische Demokratie, die bereits im Oktober 1918 eingeführt worden war, wenigstens durch eine Enthebung des alten Offizierskorps und den Aufbau einer der Republik loyalen Wehrmacht, durch eine Entmachtung der Großindustriellen, etwa in Form einer Sozialisierung der Grundstoffindustrien, und die Einführung von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer in den Großbetrieben zu sichern. Nur die großen Arbeiterorganisationen hätten diese Möglichkeit realisieren können. Sie ging vorüber, als ihre Führer trotz der »Opferbereitschaft ohnegleichen« und trotz des enormen Vertrauens, das die Arbeiterschaft ihnen entgegenbrachte<sup>15</sup>, sich mit den alten Exponenten von Großindustrie und Armee verbündeten, und kehrte bis 1933 nicht wieder.

Es bleibt die Frage, warum sie sich so verhielten. Der damals schon und seither wiederholt insbesondere von kommunistischer Seite erhobene Vorwurf des Opportunismus und des Arbeiterrrats verfehlt ihre subjektiven Motive völlig. Daß sie von der lauterer Absicht erfüllt waren, nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch und vielleicht sogar in einem zu starken Maße im vermeintlichen Interesse der gesamten Nation zu handeln, kann ernstlich nicht bestritten werden. Kaum zutreffender ist die Bürokratisierungsthese, die manche Anhänger der Gewerkschaftsopposition

in Anlehnung an Michels ins Feld führten, wenn sie die Kriegs- und Nachkriegspolitik der Gewerkschaftsführer darauf zurückführten, daß diese »vor dem Kriege schon in der Lage waren, sozial gehoben zu sein«, und sich durch den Verkehr mit Unternehmern, wie er sich seit dem Arbeitsgemeinschaftsabkommen entwickelt hatte, von der Arbeiterschaft »entfremdet« und schließlich »aufgehört« hätten, »Arbeitervertreter zu sein«<sup>16</sup>.

Gewiß waren die persönlichen Beziehungen der Arbeiterführer zu Vertretern von Staat und Militär während des Krieges besser geworden; zu den Großindustriellen hingegen bestanden bis wenige Wochen vor der Revolution keinerlei Kontakte. Und die Einkünfte der Arbeiterführer hatten sich in den Kriegsjahren ebenso verschlechtert wie die Löhne der Arbeiter, in kleineren Gewerkschaften sogar noch stärker; denn diese übten aufgrund des gesunkenen Beitragsaufkommens gegenüber Teuerungszulagen für ihre Angestellten noch größere Zurückhaltung als die Arbeitgeber<sup>17</sup>. Auch in der Weimarer Republik blieben die Arbeiterführer gleich der übergroßen Mehrzahl der Arbeiter, wie Theodor Wolff ihnen bescheinigte, »ehrbar, bescheiden, uneigennützig und ... in langer Amtszeit arm«<sup>18</sup>. Ihr Lebensstandard unterschied sich daher kaum stärker von demjenigen einfacher Arbeiter als vor dem Kriege.

Ernster zu nehmen sind die pragmatischen Gründe, die die Gewerkschafts- und SPD-Führer selbst ins Feld führten, insbesondere gegen die Sozialisierung, mit deren Ablehnung ihre Entscheidung gegen die Entmachtung des alten Offizierskorps und gegen die Aufstellung einer bewaffneten Arbeitermacht eng zusammenhing. Ohne Zweifel waren die Schwierigkeiten, vor die sie sich beim Zusammenbruch im Herbst 1918 unvermittelt gestellt sahen, fast unüberwindlich und noch dazu zum großen Teil völlig neuartig in ihrer wirtschafts- wie in ihrer sozialpolitischen Dimension und gleichermaßen in innenpolitischer wie in außenpolitischer Hinsicht. Doch daß diese Schwierigkeiten mit solchem Nachdruck, wie geschehen, als Gründe für die vermeintliche Unmöglichkeit weitergehender wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen angeführt wurden, ist auch als Rationalisierung der Furcht vor derartigen Veränderungen zu interpretieren. Leber hat in diesem Zusammenhang mit Recht darauf hingewiesen, daß in den Arbeiterführern »kein Wissen lebte von der zu errichtenden neuen deutschen Gemeinschaft« und »sie gar nicht recht wußten, was sie sollten und was sie wollten«<sup>19</sup>.

Diese Unsicherheit und Konzeptionslosigkeit aber sind im wesentlichen Produkte der Verhältnisse, unter denen die deutsche Arbeiterbewegung sich im Kaiserreich entwickelt hatte und unter denen ihre Führer groß geworden waren. Daß sich die materielle Lage der Arbeiterschaft im »autoritären Wohlfahrtsstaat« Wilhelms II. trotz allen Elends langsam, aber merk-

lich verbesserte, hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Arbeiterbewegung Führer hervorbrachte, denen im Gegensatz etwa zu den Führern der russischen Revolution Züge wie Haß und Rache weithin fehlten. Gleichermaßen haben die sozial- und innenpolitische Immobilität und die vermeintliche Stabilität des Kaiserreichs, in dem die Arbeiterschaft jahrzehntelang politisch einflußlos und sozial isoliert blieb, die Entwicklung von Eigenschaften wie Ehrgeiz und Machtwillen unter den Arbeiterführern gehemmt. Dieselben Faktoren verhinderten auch, daß die Arbeiterschaft und ihre Führer Konzeptionen und konkrete Programme für den Fall entwarfen, daß ihnen die politische Macht zufiel. Bis zum Krieg erschien allein der Gedanke hieran abwegig bis zur Absurdität; in den Augen der Arbeiterführer blieb er es bis zum buchstäblich letzten Augenblick.

Die permanente soziale Diskriminierung und die Benachteiligung im Bildungswesen, der die Arbeiterschaft im Kaiserreich ausgesetzt war, haben ihr ferner ein tiefes Gefühl der Inferiorität gegenüber den höher stehenden Klassen eingepflanzt und sie in beträchtlichem Maße autoritär an diese fixiert. Vermutlich würde eine vergleichende sozialpsychologische Analyse in dieser Hinsicht zahlreiche Ähnlichkeiten zwischen der Mentalität der Arbeiterschaft im deutschen Kaiserreich und der von Kolonialvölkern erbringen. Wirksam wurde diese Disposition vor allem bei den Arbeiterführern, und zwar gerade bei Kriegsende. Denn in diesem Augenblick kamen sie mit ihren alten Gegnern wenn nicht überhaupt zum erstenmal, so jedenfalls zu den bislang intensivsten Kontakten zusammen. Dabei wurde ihre Autoritätsfixierung aktualisiert und durch die hiermit verbundene Genugtuung über die jahrzehntelang vorenthaltene persönliche und soziale Anerkennung noch verstärkt.

Um so größer war ihre Angst, als die politische Macht der alten Autoritäten zusammenbrach und ihnen selbst zufiel. In Verbindung mit dem Mangel an eigenen inhaltlichen Vorstellungen und der pragmatischen Einsicht in die Schwierigkeiten der anstehenden Probleme ergab sich aus dieser Angst der Wunsch, die Macht so rasch wie möglich wieder mit den alten Autoritäten zu teilen. Ihre Taubheit für die Forderungen großer Teile der Arbeiterschaft nach tiefgreifenden Veränderungen der Wirtschaftsordnung und der Armee deutet darauf hin, daß diese Angst jene vor einem Vertrauensverlust unter ihren eigenen Anhängern überwog. Sofern ihre Kritiker, die ihnen Entfremdung von der Arbeiterschaft vorwarfen, Verhaltensänderungen meinten, die sich aus dem Kontakt zwischen den Arbeiterführern und ihren alten Gegenspielern ergaben, hatten sie also nicht ganz unrecht.

Überdies waren die Arbeiter- und insbesondere die Gewerkschaftsführer Geschöpfe der industriellen Entwicklung. Mit der Expansion der deutschen Industrie war die Arbeiterbewegung groß geworden, mit ihrer Pro-

sperität hatte sich die materielle Lage der Arbeiterschaft Schritt für Schritt gehoben. Auf der einen Seite hegten die Gewerkschaftsführer daher für die Führer der deutschen Industrie Hochachtung, wenn nicht heimliche Bewunderung. Auf der anderen Seite fürchteten sie – ganz anders als die Führer der russischen Revolution, die mit der Zerschlagung eines anachronistischen Feudalstaats die Voraussetzung für industriellen Fortschritt erst schaffen wollten – nichts mehr, als mit inkompetenten Eingriffen in die Wirtschaft die Fundamente zu zerstören, auf denen die materielle Existenz der deutschen Arbeiterschaft beruhte. Hier empfanden sie deshalb ihr eigentliches Bildungsdefizit: Mochten sie sich die Leitung des Staates notfalls zutrauen – die Leitung der komplizierten Wirtschaft auf keinen Fall.

Daß sie über das Kooperationsangebot der Industriellen, das zur Zentralarbeitsgemeinschaft führte, ebenso erleichtert waren wie über das der OHL, hängt schließlich noch mit einem weiteren Motiv zusammen, der Erwartung nämlich, daß die Führer der deutschen Wirtschaft einen grundsätzlichen Sinneswandel vollzogen hätten, und die Führer der deutschen Armee ebenfalls, von denen namentlich Groener ja bereits während des Krieges vergleichsweise großes Entgegenkommen für die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften gezeigt hatte. Die Arbeiterführer waren ehrlich überzeugt davon, daß der Zusammenbruch ihre Gegenspieler von einst zu der Erkenntnis gebracht habe, daß für die Bewältigung der damaligen und der zukünftigen Existenzprobleme Deutschlands statt der bisherigen Konfrontation eine Kooperation mit der Arbeiterschaft und ihren Organisationen unabweisbar sei. Naiv, gutmütig und anständig, wie sie waren, haben sie den entsprechenden Beteuerungen der Industriellen und Offiziere in den Revolutionswochen Glauben geschenkt.

Tatsächlich hätten die strukturellen Defizite der Weimarer Demokratie allmählich ausgeglichen werden können und sich auch unter dem Druck der sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise nicht letal auswirken müssen, wenn unter den Führern der Industrie und der Reichswehr ein Konsens darüber bestanden hätte, daß die Rückkehr zu den politischen und sozialen Verhältnissen des Kaiserreichs nicht in Frage kam. Vermutlich hätte es bereits genügt, daß die Industriellen hiervon überzeugt gewesen wären, um die politische Katastrophe von 1933 zu vermeiden. Doch schon 1921 sah Hue ein, daß sich die Gewerkschaftsführer »getäuscht« hatten, als sie im November 1918 an ein grundlegendes Umdenken der Arbeitgeber glaubten. »Die Unternehmer sind dabei«, stellte er resigniert und ernüchtert fest, »alles zu vergessen, was sie im Herbst 1918 und weiterhin erlebt haben. Sie sind dabei, den alten Herrn-im-Hause-Standpunkt wieder aufzurichten, sie beweisen also eine Einsichtslosigkeit, wie es eine solche wohl selten gibt.«<sup>20</sup>

In der Tat betrachtete die Mehrzahl der Großindustriellen die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg wie die Novemberrevolution als einen historischen Betriebsunfall und trachtete danach, die verlorenen Machtpositionen zurückzugewinnen. Lediglich die Mittel, die sie hierzu anwandten, änderten sich gegenüber der Vorkriegszeit<sup>21</sup>. In ihrer politischen Zielsetzung traf sich die Großindustrie mit den maßgeblichen Agrariern und Generälen, großen Teilen der Beamtenschaft und der Richter sowie vielen Intellektuellen. Nachdem die Zentralarbeitsgemeinschaft und das Ebert-Groener-Bündnis die ihnen von den alten Machthabern zugedachte Funktion erfüllt hatten, kehrten daher die innen- und sozialpolitischen Fronten des Kaiserreichs in den Grundzügen wieder.

Die Arbeiterorganisationen haben Zeit der Weimarer Republik beharrlich daran gearbeitet, die politische Demokratie zu sichern und ihre sozialen Fundamente zu stärken. Ihre Kontrahenten aber weigerten sich ebenso beharrlich und konsequent, die Grundlagen des Weimarer Staates zu akzeptieren. Deshalb bedienten sie sich der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der Weltwirtschaftskrise, um diese Basis zu beseitigen, mochte auch das Resultat, das sie hiermit erzielten, am Ende anders aussehen, als sie es sich vorgestellt hatten. Sofern also überhaupt die politische Katastrophe von 1933 aus den Versäumnissen von 1918/1919 abgeleitet werden kann, dann nicht allein aus den Versäumnissen der Arbeiterführer, sondern in ungleich höherem Maße aus den ganz anders gearteten Versäumnissen ihrer Gegenspieler.

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADV	Alldeutscher Verband
AEG	Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft
AF	Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AGSA	Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung
AHR	American Historical Review
AK	Armeekorps
ASD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg
ASR	Arbeiter- und Soldatenrat
ASS	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
AStAM	Allgemeines Staatsarchiv München
BA	Bundesarchiv Koblenz
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik
BAV	Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bd.	Band
BdI	Bund der Industriellen
BdL	Bund der Landwirte
BdW	Bund deutscher Werkvereine
Ber.	Bericht
BfS	Büro für Sozialpolitik
BI	Bayerische Industrie. Organ des Bayerischen Industriellen-Verbandes
BIV	Bayerischer Industriellen-Verband
Bl.	Blatt

Bürgerl. Parteien	Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde., Leipzig 1968/70
Butib	Bund technisch-industrieller Beamter
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
CDI	Centralverband Deutscher Industrieller
CMV	Christlicher Metallarbeiter-Verband
Corr.bl.	Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
DA	Deutsche Arbeit
DAZ	Deutsche Arbeitgeber-Zeitung
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DEV	Deutscher Eisenbahner-Verband
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DLV	Deutscher Landarbeiter-Verband
DMA	Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DV	Deutsche Vereinigung
DVC	Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz
DVP	Deutsche Volkspartei
DW	Deutsche Wacht
DZA	Deutsches Zentralarchiv
ebda.	ebenda
FAV	Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
GBAG	Gelsenkirchener Bergwerks-AG
GBer.	Geschäftsbericht
GdA	Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Gen.kdo.	Generalkommando
Gew.kg.	Gewerkschaftskongreß
Gew.komm.	Gewerkschaftskommission
GfSR	Gesellschaft für Soziale Reform
GHH	Gutehoffnungshütte
GLA	Generallandesarchiv
GO	Gewerbeordnung
Gr.HQu.	Großes Hauptquartier
GStA	Geheimes Staatsarchiv
GStAM	Geheimes Staatsarchiv München
GV	Generalversammlung
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände
HA/GHH	Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen
HAPAG	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-AG
HAV	Deutscher Holzarbeiter-Verband
H.-D.	Hirsch-Duncker



HK	Handelskammer
Hrsg.	Herausgeber
IFA	Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe Bd. 1), Düsseldorf 1959
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IGBE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam
IK	Internationale Korrespondenz
Ill. Gesch. inser.	Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929 inseriert
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Jb.	Jahrbuch
Jber.	Jahresbericht
Jg.	Jahrgang
JMH	Journal of Modern History
Kap.	Kapitel
Korr.	Korrespondenz
LR	Landrat
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MA	Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg i. B.
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
Masch.	Maschinenschrift
MFV	Mittelrheinischer Fabrikanten-Verein
Mitt.	Mitteilungen
MSP	Mehrheitssozialdemokratie
Nl.	Nachlaß
NLC	Nationalliberale Correspondenz
NZ	Die Neue Zeit
o. D.	ohne Datumsangabe
OHL	Oberste Heeresleitung
o. O.	ohne Ortsangabe
OP	Oberpräsident
PA	Parteiausschuß
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn
Pr. Jbb.	Preußische Jahrbücher
Prot.	Protokoll
PT	Parteitag
PVS	Politische Vierteljahrsschrift
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RdI	Reichsamt des Innern
Ref.	Referat
Reg.	Regierung
RGBI	Reichsgesetzblatt
RgS	Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
Rkz.	Reichskanzler, Reichskanzlei
RMA	Reichsmarineamt
RP	Regierungspräsident
RSW	Republikanische Soldatenwehr

RT	Reichstag
RWA	Reichswirtschaftsamt
RWM	Reichswehrministerium
SI	Sächsische Industrie
SM	Sozialistische Monatshefte
Sp.	Spalte
SPC	Sozialdemokratische Partei-Correspondenz
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsarchiv
stellv.	stellvertretend
Sten.	Stenographisch
StS	Staatssekretär
TAV	Deutscher Transportarbeiter-Verband
Tel.	Telegramm
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UStS	Unterstaatssekretär
VDA	Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
VdESI	Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
VDJ	Verein deutscher Ingenieure
VDMA	Verein Deutscher Maschinenbauanstalten
Verb.	Verband
Verh.	Verhandlungen
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Vors.	Vorsitzender
VSI	Verband Sächsischer Industrieller
VT	Verbandstag
WaG	Die Welt als Geschichte
WAZ	Westdeutsche Arbeiterzeitung
WTB	Wolff's Telegraphisches Bureau
ZBl.	Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
zit.	zitiert

## Anmerkungen

### *Vorwort*

- <sup>1</sup> s. Heinrich Potthoff, *Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation*, Düsseldorf 1979, S. 16ff.
- <sup>2</sup> s. Gerald D. Feldman und Heidrun Homberg, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923*, Hamburg 1977
- <sup>3</sup> s. *Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–20*, bearbeitet von Heinz Hürten, Düsseldorf 1977
- <sup>4</sup> s. Ulrich Kluge, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Göttingen 1975; Gerhard W. Rakenius, *Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19*, Boppard 1977
- <sup>5</sup> s. Anm. 1
- <sup>6</sup> Ich habe diesen Fragenkomplex etwas eingehender behandelt in einem Aufsatz: *Bemerkungen zum politischen Bewußtsein und Verhalten der deutschen Gesellschaft seit 1848. Einige sozialhistorische Fragen an eine Politische Psychologie*, in: Klaus Horn/Helmut Moser (Hrsg.), *Politische Psychologie*, Frankfurt/New York 1982

### *Einleitung*

- <sup>1</sup> Helmut Böhme, *Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert*, 3. Aufl. Frankfurt 1969, S. 87
- <sup>2</sup> s. ebda. S. 96
- <sup>3</sup> s. Walther G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 178 u. 131
- <sup>4</sup> s. ebda. S. 13; Erich Kosthorst/Jürgen Kocka/Gerhard A. Ritter, *Sozialgeschichtli-*

- ches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 1975, S. 57
- <sup>5</sup> s. Böhme S. 97
- <sup>6</sup> s. Robert Liefmann, Kartelle, Konzerne und Trusts, 7. Aufl. Stuttgart 1927, S. 59
- <sup>7</sup> Otto Hue, Privat- oder Staatsmonopol im Bergbau, in: *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* (künftig zit.: *Corr.bl.*), 26. Jg. (1916), S. 465; zur Konzentration in der deutschen Montanindustrie um 1914 s. ferner die Beiträge Hues ebda. S. 457ff. und 465 ff. sowie G. Reichels ebda. 27. Jg. (1917), S. 57ff., 65ff., 81 ff. und 97ff. – Zur Konzern- und Kartellbildung in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vor 1914 s. auch Günter Leckebusch, *Die Beziehungen der deutschen Seeschiffswerften zur Eisenindustrie an der Ruhr in der Zeit von 1850 bis 1930*, Köln 1963, S. 77ff.; Gerald D. Feldman, *Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923*, Princeton 1977, S. 27ff.; Gerald D. Feldman/Heidrun Homberg, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923*, Hamburg 1977, S. 27ff.
- <sup>8</sup> s. dazu die Denkschrift Carl Duisbergs, des Generaldirektors der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in Leverkusen, vom Januar 1904 über den Zusammenschluß der deutschen Farbenfabriken, abgedr. in: Carl Duisberg, *Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1882–1921*, Berlin/Leipzig 1923, S. 343ff.; vgl. dazu Hans Joachim Flechtner, *Carl Duisberg, Vom Chemiker zum Wirtschaftsführer*, Düsseldorf 1959, S. 187ff.; zur Konzentration in der chemischen Industrie Deutschlands vor 1914 s. außerdem die Beiträge von Heinrich Schneider, dem Redakteur des *Fabrikarbeiterverbandes*, in: *Corr.bl.* 26. Jg. (1916), S. 473ff., 489ff. und 497ff.
- <sup>9</sup> Einen Überblick über den Umfang der Kartelle in Deutschland vor 1914 gibt Liefmann S. 32ff.; vgl. auch Böhme S. 98 und Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 20f.; Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973, S. 51
- <sup>10</sup> s. dazu Helga Nußbaum, *Unternehmer gegen Monopole. Über Struktur und Aktionen antimonomopolistischer bürgerlicher Gruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1966
- <sup>11</sup> Clemens v. Delbrück, *Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland*, München 1924, S. 89
- <sup>12</sup> s. Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972, S. 27
- <sup>13</sup> Der prozentuale Anteil der Selbständigen an den in Industrie und Handwerk Erwerbstätigen sank zwischen 1875 und 1907 von 41,7 auf 17,6%; s. Kosthorst/Kocka/Ritter, S. 58 und 69; zur ökonomischen und sozialen Lage des selbständigen Mittelstandes im ausgehenden 19. Jahrh. s. ferner Wolfram Fischer, *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung*, Göttingen 1972, S. 285–348; Adolf Noll, *Wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Handwerks in der zweiten Phase der Industrialisierung*, in: Walter Rüegg und Otto Neuloh (Hrsg.), *Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1972, S. 193–212; Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973, S. 68ff.
- <sup>14</sup> Zum Rückgang der Selbständigen im Handelssektor zwischen 1875 und 1907 s. Kosthorst/Kocka/Ritter S. 58 und 69
- <sup>15</sup> So der Nationalökonom Wilhelm Roscher 1892; zit. bei Winkler S. 26
- <sup>16</sup> s. hierzu Hans-Joachim Bieber, *Anti-Semitism as a reflection of social, economic*

- and political tension in Germany from 1880–1933, in: David Bronsen und Helmut Kreuzer (Hrsg.), *Deutsche und Juden*, Heidelberg 1979, S. 33 ff.
- <sup>17</sup> berechnet nach Hoffmann S. 172 ff.; etwas niedrigere Zahlen bei Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart*, Bd. 1, 2. Teil: 1871–1932, 6. Aufl. Berlin 1954, S. 81
- <sup>18</sup> s. Wilhelm Treue, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert*, in: Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 3, 8. Aufl. Stuttgart 1960, S. 315
- <sup>19</sup> s. Wehler S. 49
- <sup>20</sup> vgl. zum folgenden ebenda. S. 60 ff.
- <sup>21</sup> s. Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 3, Stuttgart 1963, S. 93 f.
- <sup>22</sup> s. ebda. S. 85
- <sup>23</sup> s. ebda. S. 57 f. und 99
- <sup>24</sup> s. ebda. S. 874 f.; Wehler S. 89
- <sup>25</sup> Arthur Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*. Hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt 1961, S. 15
- <sup>26</sup> ebda.; zur Bismarckschen Reichsverfassung s. im übrigen Huber S. 766 ff.
- <sup>27</sup> 1911 stellte der Adel 34 % der höheren Verwaltungsbeamten in Preußen; bei den politischen Beamten und den wichtigsten Fachbeamten lag sein Anteil noch erheblich höher. Rund 70 % aller höheren Verwaltungsbeamten – bei den Landräten 80 % – entstammten bis zum 1. Weltkrieg Familien von Großgrundbesitzern, Offizieren oder höheren Beamten. Der Rest verteilte sich je zur Hälfte auf Söhne von Industriellen und solche der akademischen freien Berufe; hinzu kamen vereinzelt Söhne von Lehrern, mittleren Beamten und Geistlichen. Söhne von Handwerkern, unteren Beamten und Arbeitern fehlten gänzlich; s. die undatierten Aufzeichnungen über Abstammung, konfessionelle Zugehörigkeit und politische Einstellung der höheren Verwaltungsbeamten in Preußen zwischen 1893 und 1921, IISG, Nl. Grzesinski Nr. 692; Wehler S. 76. Zur sozialen Zusammensetzung des Offizierskorps s. Karl Demeter, *Das Deutsche Offizierskorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945*, 4. Aufl. Frankfurt 1965, Kap. 1. Zur politischen Funktion von Verwaltung und Offizierskorps im kaiserlichen Deutschland s. ferner John C. G. Röhl, *Beamtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918*, Düsseldorf 1970, S. 287 ff., und Manfred Messerschmidt, *Die Armee in Staat und Gesellschaft – Die Bismarckzeit*, ebda. S. 89 ff., sowie Wilhelm Deist, *Die Armee in Staat und Gesellschaft 1890–1914*, ebda. S. 312 ff.
- <sup>28</sup> s. Wehler S. 73 und Klaus Saul, *Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914*, Düsseldorf 1974, S. 189 ff.
- <sup>29</sup> Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 5. Aufl. Villingen 1971, S. 11; vgl. auch Wehler S. 63
- <sup>30</sup> s. Friedrich Zunkel, *Der Rheinisch-westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert*, Köln/Opladen 1962, S. 223 ff.; Böhme S. 89; Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1966, S. 49
- <sup>31</sup> ebda. S. 63; s. auch Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 46 ff.
- <sup>32</sup> Diesen Ausdruck Max Webers zitiert Dahrendorf S. 63; zur Nobilitierungspraxis im kaiserlichen Deutschland s. Lamar Cecil, *The Creation of Nobles in Prussia 1871–1918*, in: *American Historical Review* 75 (1970), S. 757 ff.

- <sup>33</sup> s. Saul *passim*
- <sup>34</sup> Rosenberg S. 60
- <sup>35</sup> s. Karl Erich Born, Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur Geschichte der innenpolitischen Entwicklung des deutschen Reiches 1890–1914, Wiesbaden 1957, S. 250; vgl. auch Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969, S. 459f.
- <sup>36</sup> Zum Bildungswesen im Kaiserreich s. Wehler, Kaiserreich, S. 124 ff.; dort weitere Literaturhinweise; vgl. auch Klaus Saul, Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne. Ein Beitrag zur »Jugendpflege« im Wilhelminischen Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1971, S. 97 ff.
- <sup>37</sup> s. Wehler, Kaiserreich, S. 105 ff.; Klaus Saul, Der Staat und die »Mächte des Umsturzes«. Ein Beitrag zu den Methoden antisozialistischer Repression und Agitation vom Scheitern des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende, in: Archiv für Sozialgeschichte 12 (1972), S. 293 ff.
- <sup>38</sup> s. Gustav Mayer, Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, München 1949, S. 179. – »Irgendwelche Beziehungen zwischen den Behörden und der Verwaltung einerseits und den Führern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bestanden überhaupt nicht, sie standen sich, um was es sich auch handeln mochte, stets als feindliche Mächte gegenüber.« Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 26; vgl. auch Wehler, Kaiserreich, S. 89 f.
- <sup>39</sup> s. Marie von Bunsen, Die Welt, in der ich lebte. Erinnerungen aus glücklichen Jahren, 1860–1912, Leipzig 1929, S. 283; vgl. auch die Mitteilungen über die Reaktion höfischer und hochkonservativer Damenzirkel auf den Berliner Konfektionsarbeiterstreik 1896 im Brief Adolf Brauns an Paul Kampffmeyer vom 25. 3. 1926; IISG, Kleine Korrespondenz
- <sup>40</sup> s. Fricke, Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890–1914). Dokumente und Materialien, Leipzig 1962, S. 110
- <sup>41</sup> s. Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966, S. 76 ff. und 120 ff. sowie den Artikel über das Zentrum von Herbert Gottwald und Günter Wirth, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945 (künftig zit.: Bürgerl. Parteien), Bd. II, Leipzig 1970, S. 879 ff.
- <sup>42</sup> s. Paul Umbreit, 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung, 1890–1915. Erinnerungsschrift zum 25jährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1915, S. 3
- <sup>43</sup> s. Adolf Braun, Die Gewerkschaften vor dem Kriege, 2. Aufl. Berlin 1921
- <sup>44</sup> s. Umbreit S. 172; Braun S. 42 ff.
- <sup>45</sup> berechnet nach Hoffmann S. 194 ff.
- <sup>46</sup> s. zum folgenden die Ergebnisse der Berufszählung vom 12. 6. 1907, abgedr. in der Statistischen Beilage des Corr.bl. Jg. 1909, S. 241 ff. sowie die Statistik der Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Zentralverbände in den einzelnen Quartalen und im Jahresdurchschnitt 1907, in: Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1908, S. 176
- <sup>47</sup> Hier schwankte der Organisationsgrad zwischen 20 % bei den Tabakarbeitern über 9 % bei den Mühlenarbeitern, 8,5 % bei den Bäckern und Konditoren bis zu 2,6 % bei den Fleischern.
- <sup>48</sup> s. Klaus Saul, Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft. Zur Arbeiter- und Beamtenpolitik der preußischen Staatseisenbahnverwaltung 1890 bis 1914, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System, Bonn 1978, S. 315 ff.
- <sup>49</sup> s. W. Kulemann, Die Berufsvereine, 2. Aufl., 1. Abt. 2. Bd., Jena 1908, S. 214 ff.

- <sup>50</sup> s. ders., Die Berufsvereine, 2. Aufl., 1. Abt. 1. Bd., Jena 1908, S. 177ff.
- <sup>51</sup> s. Fricke S. 229; Klaus Saul, Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890 bis 1903, in: AfS 15 (1975), S. 163 ff.; Jens Flemming, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Studien zur Kontinuität agrarischer Interessenpolitik zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, Bonn 1978, S. 144; zu den Arbeitsbedingungen der Landarbeiter vor 1914 s. ebda. S. 53 ff.
- <sup>52</sup> Zu den Verhältnissen im Saargebiet s. Karl Alfred Gabel, Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar, Saarbrücken 1925, und die farbigen Schilderungen bei Nikolaus Osterroth, Vom Beter zum Kämpfer, Berlin 1920; zu den Verhältnissen in Oberschlesien Lawrence Schofer, Modernization, Bureaucratization, and the Study of Labor History: Lessons from Upper Silesia, 1865–1914, in: Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 467 ff., und den Erlebnisbericht von Georg Werner, Kumpel. Erzählung aus dem Leben der Bergarbeiter, Berlin 1948
- <sup>53</sup> Zur geographischen Verbreitung der Gewerkschaften vor 1914 s. Paul Hirschfeld, Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896–1906, Jena 1908
- <sup>54</sup> Bueck auf einer Delegiertenversammlung des CDI im Dezember 1910; zit. bei Siegfried Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1, Stuttgart 1921, S. 269; s. auch Fischer, Krieg der Illusionen, S. 53
- <sup>55</sup> Die Zahl der Großbetriebe erhöhte sich im Maschinenbau zwischen 1882 und 1907 um 270 % von 894 auf 3409, die der in Großbetrieben Beschäftigten um 357 % von 166 539 auf 788 839, in der Metallverarbeitung um gleichfalls 270 % von 710 auf 2832 bzw. um 420 % von 85 175 auf 440 023; s. ebda. S. 257  
Die oberschlesische Vereinigte Königs- und Laurahütte beschäftigte im Geschäftsjahr 1913/14 mehr als 25 000 Arbeiter, die Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eichdüdelingen im Saargebiet fast 30 000, der Oberhausener Montan- und Maschinenbaukonzern Gutehoffnungshütte (GHH) fast 31 000, die Dortmund-Hörder Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetriebe mehr als 42 000, der Stinnes-Konzern nahezu 50 000, die Gelsenkirchener Bergwerks-AG über 55 000 und die Essener Krupp-AG mit allen Zweigunternehmen ein Jahr später sogar über 130 000; s. die Aufstellung in Corr.bl. Nr. 8 v. 24. 2. 1917, S. 83. Die Arbeiterzahl der Bosch-Werke stieg von 45 im Jahre 1901 über 560 im Jahre 1906 auf 4500 1912; s. Theodor Heuss, Robert Bosch. Leben und Leistung, Tübingen 1946, S. 162; der AEG-Konzern erhöhte seine Arbeiterzahl von 2000 im Jahre 1889/90 auf 69 500 im Jahre 1913; s. Heinrich Bechtel, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, München 1956, S. 303
- <sup>56</sup> vgl. Dahrendorf S. 60; zur betrieblichen Sozialpolitik vor 1914 s. auch Fritz Hellwig, Carl Freiherr von Stumm-Halberg, Heidelberg 1936, insbes. S. 295 ff.; Gerhard Adelman, Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Bonn 1962; Zunkel S. 237 ff. Einen guten Eindruck von Ausmaß und Vielseitigkeit der betrieblichen Sozialpolitik in einem Großunternehmen vor 1914 vermittelt die Broschüre: Wohlfahrtseinrichtungen der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co., Auflage vom November 1910
- <sup>57</sup> s. Saul, Staat, S. 66 ff.; zur Bewußtseinslage von Arbeitern in einer werkseigenen Wohnkolonie s. den zeitgenössischen Bericht eines evangelischen Geistlichen aus der Hamborner Gegend, zit. in: Erhard Lucas und Claus Del Tedesco, Zur Bergarbeiterbewegung in Hamborn 1918/19, in: Duisburger Forschungen 22 (1975), S. 146

- <sup>58</sup> s. hierzu im Überblick Bürgerl. Parteien II, S. 96 ff.; Saul, Staat, S. 133 ff.; Klaus Mattheier, *Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik*, Düsseldorf 1973
- <sup>59</sup> s. Bürgerl. Parteien I, S. 184 ff.
- <sup>60</sup> s. ebda. Bd. II, S. 216 ff.
- <sup>61</sup> s. Saul, Staat, S. 269 ff.; Max Koch, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889–1914)*, Düsseldorf 1954; Albin Gladen, *Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912*, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974*, S. 141 ff.; vgl. auch Theodor Cassau, *Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf*, 2. Aufl. Halberstadt 1930, S. 183 ff.
- <sup>62</sup> s. hierzu unten S. 41 f.
- <sup>63</sup> s. zum folgenden die Tarifstatistik für 1913, in: Statist. Beilage des Corr. bl., Jg. 1915, S. 9. Ende 1913 gab es im Bergbau mit seinen rund 900000 Arbeitern ganze drei Firmentarife für insgesamt 82 Personen, also für weniger als ein Zehntel Promille aller Beschäftigten. In der Metallindustrie bestanden zwar zum gleichen Zeitpunkt 1376 Tarifverträge; doch sie verteilten sich auf fast 17000 Betriebe und galten für nur rund 207000 der über 1,5 Mill. Arbeiter der Eisen-, Stahl- und Maschinenbauindustrie. Jeder Vertrag erfaßte also durchschnittlich nur 150 Arbeiter und erstreckte sich auf nicht mehr als 12 Betriebe mit durchschnittlich 12 Beschäftigten. Die meisten Verträge – 1130 – waren Firmentarife, nur 172 Ortstarife, der kleinste Teil – 74 – Bezirkstarife; Reichstarife existierten überhaupt nicht; vgl. hierzu auch: *Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1913. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder*, hrsg. vom Vorstand des DMV, Stuttgart 1914, S. 43 (künftig zit.: *Der DMV 1913*). Gleichermäßen hatten die 67 Tarifverträge in der chemischen Industrie für nur 73 Betriebe mit insgesamt 5878 Personen von den über 176000 Arbeitern dieses Industriezweigs Gültigkeit, also nur für etwa 3,3 %. Es handelte sich ebenfalls fast ausschließlich um Firmentarife für Betriebe mit durchschnittlich 80 Beschäftigten. In den chemischen Großbetrieben herrschten durchweg tariflose Zustände, und selbst für die Mittel- und Kleinbetriebe dieser Branche zeigte die Tarifstatistik seit 1910 eine rückläufige Tendenz; s. *Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für das Jahr 1913*, hrsg. vom Vorstand (künftig zit.: *FAV, Jb.*), Hannover 1914, S. 249 ff.
- <sup>64</sup> vgl. hierzu Cassau S. 182 ff.
- <sup>65</sup> s. Thomas von der Vring, *Der Verband der Deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg, in der Revolution und in der Inflationszeit (1914–1924). Die Geschichte einer Gewerkschaft während 10 Krisenjahren*, Diss. phil. Frankfurt, Hannover 1965, S. 58; vgl. auch Cassau S. 188 ff.
- <sup>66</sup> s. Statist. Beilage des Corr. bl., Jg. 1915, S. 9. – In der Holzindustrie bestanden Ende 1913 für über 165000 der insgesamt rund 568000 Beschäftigten, also für annähernd 30 % der Branchenangehörigen, zusammen 1317 Tarifverträge, etwa für die Hälfte der Betroffenen Bezirksverträge, für die andere Hälfte etwa zu gleichen Teilen Firmen- und Ortsverträge (vgl. auch: *Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in den Jahren 1914/21 nebst Berichten über die Verbandstage und Reichskonferenzen in den Jahren 1914/22*, Köln o. J., S. 143). – Im Baugewerbe waren die Löhne und Arbeitsbedingungen für über 400000 der rund 1,5 Mill. Arbeiter tariflich geregelt, also für rund 26 %, und zwar überwiegend in Bezirksverträgen. Von den Arbeitern der Papierindustrie arbeiteten ca. 23 % unter tariflichen Bedingungen, von denen der Lederindustrie und des Bekleidungsgebietes je etwa 21 %, in der Industrie der Steine und Erden rund 10 % und von den etwa 730000 Arbeitern der Nahrungs- und



Genußmittelbetriebe ca. 15 % (vgl. auch Zentralverband der Bäcker, Jb. 1914, S. 95 und 201; Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1917, S. 150). Dabei dominierten in der Papier- und Lederindustrie Bezirkstarife, im Bekleidungs- und Ortstarife und in der Nahrungs- und Genußmittelbranche Firmentarife, während Reichstarife überall höchst selten vorkamen.

<sup>67</sup> Zwischen 1911 und 1912 erhöhte sich die Zahl der von Tarifverträgen erfaßten Arbeiter noch um rund 25 %, zwischen 1912 und 1913 nur noch um 6,6 %; s. Statist. Beilage des Corr.bl. 1915, S. 2

<sup>68</sup> Der Holzarbeiterverband z. B. klagte 1914, daß viele Unternehmer »bewußt und beharrlich sich weigern, die materiellen Bedingungen des Vertrages . . . zu erfüllen«; auch weise das vereinbarte Schlichtungswesen »die größten Mängel« auf. »In vielen Fällen haben die Arbeitgeberbesitzer nicht nur die Verhandlungen über . . . Vertragsbrüche ihrer Kollegen abgelehnt, sie haben diese sogar, trotz der klarsten Bestimmungen der Verträge, in der einseitigsten Weise verteidigt und gutgeheißen. Die Mitwirkung der Arbeitgeber in den Schlichtungskommissionen ist zumeist eine widerwillige, die Erledigung der gemeldeten Beschwerden wird ungebührlich verschleppt, und die Beschlüsse der Schlichtungskommissionen, wenn solche überhaupt zustande kommen, werden gar nicht oder nicht einwandfrei zur Ausführung gebracht«; Resolution des 10. Verbandstages des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Dresden, Mai 1914, abgedr. in: Deutscher Holzarbeiterverband, Protokoll des 11. ordentl. Verbandstages. Abgehalten zu Berlin vom 15.–21. Juni 1919, Berlin 1919, S. 265 (künftig zit.: HAV, Prot. VT 1919; analoges gilt für die Zitierweise von Verbandstagen und Generalversammlungen (GV) anderer Gewerkschaften).

<sup>69</sup> s. dazu Braun S. 19 f.; Nestriepke S. 115 ff.; Cassau S. 83; außerdem Ernst Schraepler, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830–1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, Berlin/New York 1972; Ulrich Engelhardt, »Nur vereinigt sind wir stark«. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70, Stuttgart 1977, Bd. 1, S. 119 ff.

<sup>70</sup> s. Umbreit S. 14 f.; Fricke S. 210 f.

<sup>71</sup> s. Arthur Dissinger, Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie, Jena 1929, S. 92 f.

<sup>72</sup> s. Richard Woldt, Der gelernte und der ungelernete Arbeiter, in: Der Kampf 7 (1913/14), S. 466

<sup>73</sup> s. Dissinger S. 92

<sup>74</sup> s. Nestriepke S. 293 f.; s. auch Dissinger S. 97

<sup>75</sup> s. Braun S. 66 f.

<sup>76</sup> s. ebda. S. 66; vgl. auch Alexander Wende, Die Konzentrationsbewegung bei den deutschen Gewerkschaften, Berlin 1913, S. 15 ff.

<sup>77</sup> s. Bauarbeiterverband (künftig zit.: BAV), Jb. 1914, S. 120

<sup>78</sup> s. ebda. S. 112; s. auch Nestriepke, Bd. 1, S. 85, sowie die folgenden Bemerkungen des Erfurter Gauleiters des Holzarbeiterverbandes über die Holzarbeiter im Harz: »Der Harzer Holzarbeiter ist indifferent, schwer für eine Organisation zu gewinnen. Die Ausbeutung, die Not, die Zermürbung durch diesen ständigen Kampf mit dem Leben, die Angst, selbst diese geringe Verdienstmöglichkeit zu verlieren, lassen ein gemeinsames Handeln nicht aufkommen. Dazu kommt noch, daß eine andere Arbeit nicht vorhanden und schließlich stundenweite Wege gemacht werden müssen, um eine andere Arbeit zu finden. Kommt dann noch ein Druck des Unternehmers hinzu, dann ist es nur zu leicht möglich, die Leute von den Verbänden fernzuhalten und die schlechten Löhne bis in alle Ewigkeit festzuhalten.« HAV, Jb. 1914, S. 290

- <sup>79</sup> s. Dissinger S. 38 und 94 ff. Vgl. auch die Bemerkungen Großmanns vom Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter: »Die Facharbeiter in der chemischen Industrie und in der Papierindustrie können nicht als ungelernete Arbeiter bezeichnet werden, in der papierverarbeitenden Industrie ebensowenig. Nicht die Absolvierung einer drei- oder vierjährigen Lehrzeit bei einem Innungsmeister ist das charakteristische Merkmal eines gelernten Arbeiters, sondern in der modernen Industrie erfordern auch sehr viele andere Arbeitsplätze ein außerordentliches Maß an Erfahrung und Übung; diese müssen durchaus als gelernte Arbeiter bezeichnet werden.« FAV, Prot. VT 1920, S. 105
- <sup>80</sup> s. Dissinger S. 97 ff.; Woldt a. a. O. S. 463 ff.
- <sup>81</sup> Stand von 1891; s. Umbreit S. 14 f.
- <sup>82</sup> s. hierzu Kulemann, Berufsvereine, 2. Aufl., 1. Abt. 2. Bd., S. 90 ff. sowie die Angaben in den Artikeln über die einzelnen Gewerkschaften im Internationalen Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 3 Bde., Berlin 1932
- <sup>83</sup> Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, 25 Jahre Verband und Geschäftsbericht des Hauptvorstandes für die Jahre 1922–1924, Berlin o. J., S. 4
- <sup>84</sup> So die Klage eines Gauleiters des Dachdeckerverbandes in einer Versammlung im September 1909 in Berlin; zit. nach Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 5. Aufl. Tübingen 1930, S. 220; vgl. im übrigen Nestriepke S. 292 ff.
- <sup>85</sup> s. von der Vring S. 92
- <sup>86</sup> s. hierzu Dissinger S. 101 ff.
- <sup>87</sup> s. Nestriepke S. 101 ff.
- <sup>88</sup> s. ebda. S. 294
- <sup>89</sup> s. ebda. S. 294 f., dort weitere Beispiele; s. auch Wende S. 24 f. Zu den Zusammenschlüssen der Gewerkschaften des Baugewerbes s. ferner Karl Spelleken, Die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Baugewerbe von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hannover 1925; Fritz Paepflow, Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes, Berlin 1932, S. 370 ff. – Zur Berufsgliederung des Transportarbeiterverbandes s. Deutscher Transportarbeiter-Verband, 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit, Berlin 1922, Tabelle 4; Fritz Berndt, Der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Berlin 1922, S. 81 f.
- <sup>90</sup> s. Wende S. 7 sowie die Statistik über die Berufszugehörigkeit der Mitglieder des HAV, in: HAV, Jb. 1914, S. 97
- <sup>91</sup> s. Nestriepke S. 293
- <sup>92</sup> s. Wende S. 9
- <sup>93</sup> s. FAV, Jb. 1913, S. 282 ff.
- <sup>94</sup> s. Nestriepke S. 300 ff.; Dissinger S. 107 ff.
- <sup>95</sup> s. Nestriepke S. 290 ff.; Dissinger S. 134 ff.
- <sup>96</sup> s. Fritz Veitlinger, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, Diss. Erlangen 1923, S. 32 ff.  
1913 umfaßte der DMV nicht weniger als 31 verschiedene Berufsgruppen: Drahtarbeiter, Dreher, Elektromonteur, Feilenhauer, Former, Gelb-, Rot-, Glocken- und Metallgießer, Gießereihilfsarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Graveure, Gürtler, Heizer und Maschinisten, Hochofen- und Hüttenarbeiter, Kesselschmiede, Klempner, Installateure, Kupferschmiede, Mechaniker, Messerschmiede, Metalldrücker, Metallschleifer, Nadelarbeiter, Arbeiter der optischen Industrie, Schläger, Schlosser, Schmiede, Walzwerkerarbeiter, Werftarbeiter, Zinngie-

ßer, Ziseleure, sonstige Metallarbeiter wie Bohrer, Diamantschleifer, Fräser, Hobler und Stanzer, Arbeiterinnen aller Art und schließlich eine Reihe von Nichtmetallar-  
 beitern wie Modellschreiner, Vergolder und Lackierer; s. Der DMV 1913, S. 43

97 Die Graveure und Ziseleure z. B. entschlossen sich zum Anschluß an den DMV, nachdem eine ausgedehnte Lohnbewegung ihre Finanzkraft erschöpft hatte; s. Nestripcke S. 293

98 Cassau S. 92

99 Clemens Heiß in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 134, II, S. 153; zit. nach Wende S. 20

100 zit. ebda. S. 19f.

101 ebda.

102 Karl Marx. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, Berlin 1969, S. 674

103 vgl. in diesem Zusammenhang Christian Helfer, Über militärische Einflüsse auf die industrielle Entwicklung in Deutschland, in: Schmollers Jahrbuch 83 (1963), S. 597ff. Zur Übertragung feudaler Abhängigkeitsvorstellungen in die Betriebsphäre vgl. auch Dahrendorf S. 67

104 Marx S. 576

105 s. Kuczynski S. 127ff.

106 s. ebda. S. 142ff.

107 s. die Mitteilungen Wilhelm Puffs in: W. Jonas (Hrsg.), Erlebnisberichte der Mansfeld-Kumpel, Berlin (Ost) 1957, S. 209, sowie Kuczynski a. a. O. S. 89ff.

108 s. ebda. S. 153ff.

109 s. ebda. S. 77 und Hoffmann S. 212

110 1913 stellten unter seinen Mitgliedern die Schlosser mehr als 25 %, die Dreher knapp 10 %, die Former und Schmiede über 5 % und die Mechaniker gut 4 %; dagegen die Gießereihilfsarbeiter nur 2,61 %, die Werftarbeiter 1,42 %, die Walzwerkerarbeiter 0,62 % und die Hochofen- und Hüttenarbeiter lediglich 0,44 %; s. Der DMV 1913, S. 43

111 s. Umbreit S. 164

112 berechnet nach den Angaben ebda. S. 164ff.

113 s. Cassau S. 129ff.; vgl. auch Ulrich Borsdorf, Deutsche Gewerkschaftsführer – biografische Muster, in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, S. 11ff.

114 s. hierzu im einzelnen Theodor Leipart, Carl Legien, Ein Gedenkbuch, Berlin 1929

115 Der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, August Brey, 1864 im hessischen Gelnhausen geboren, machte nach dem Besuch der Volksschule eine Schuhmacherlehre durch und übte sein Handwerk bis 1894 teils als Geselle, teils selbständig aus. 1885 trat er der SPD und Gewerkschaft bei, wurde 1890 Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, 1892 Redakteur, 1906 Parteisekretär und 1908 Reichstagsabgeordneter. Theodor Leipart, Nachfolger Legiens an der Spitze des Holzarbeiterverbandes, wurde 1867 in Neubrandenburg als Sohn eines Schneiders geboren, erlernte das Drechslerhandwerk, war seit 1886 im Vorstand des Drechslerverbandes tätig, übernahm 1890 die Schriftleitung der »Fachzeitung für Drechsler«, wurde wenig später Vorsitzender des Drechslerverbandes, 1893 bei dessen Aufgehen im Holzarbeiterverband 2. Vorsitzender der neuen Organisation und 1908 Verbandsvorsitzender. Abweichungen von diesem biographischen Schema zeigt der Lebenslauf des DMV-Vorsitzenden Alexander Schlicke: 1863 als Sohn eines Großkaufmanns geboren, besuchte er das Gymnasium bis zur Obersekundareife, durchlief eine

Lehre als Feinmechaniker, arbeitete anschließend u. a. in Berlin, Erlangen, Leipzig, Wetzlar und Frankfurt/Oder, wurde 1891 Sekretär und 1895 Vorsitzender des DMV.

- <sup>116</sup> s. Dietrich Bronder, Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich, 1890–1914, Diss. phil. Göttingen 1952 (Masch.), S. 95 und 218. – Von den 13 auf dem Gewerkschaftskongress 1914 gewählten Mitgliedern der Generalkommission war der Vorsitzende Legien Drechsler. Der 2. Vorsitzende Gustav Bauer, 1870 im preußischen Darkehnen als Sohn eines Gerichtsvollziehers geboren, war nach dem Besuch der Volksschule in Rechtsanwaltsbüros tätig gewesen und hatte sich bis zum Bürovorsteher hochgearbeitet, den Verband der Büroangestellten mitbegründet und ihn von 1895 bis 1908 ehrenamtlich geleitet; 1903 wurde er Sekretär des der Generalkommission unterstehenden Zentralarbeitersekretariats in Berlin, 1908 Reichstagsabgeordneter und 2. Vorsitzender der Generalkommission. Der Kassierer Hermann Kube, 1865 in Torgau geboren, war Zimmerer; Adolf Cohen, 1870 geboren, Metallarbeiter. Emil Döblin war 1852 als Sohn eines Postbeamten in Stendal geboren worden, hatte das Setzerhandwerk erlernt, war seit 1873 Mitglied des Buchdruckerverbandes, seit 1885/86 Gewerkschaftsfunktionär, seit 1888 Verbandsvorsitzender und seit 1903 Mitglied der Generalkommission (vgl. von der Vring S. 101 ff.). Karl Hübsch, 1859 im thüringischen Eckartsberga geboren, war gelernter Wirker, seit 1884 Mitglied des Wirkergesellenverbandes und seit 1892 Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes; Alexander Knoll, 1864 in Berlin geboren, Steinsetzer und seit 1892 Vorsitzender und Redakteur des Steinsetzerverbandes (vgl. seine Autobiographie in: Alexander Knoll, Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter, Bd. 3, Leipzig 1929). Gustav Sabath, 1863 in Ludwigsdorf in Schlesien geboren, war gelernter Schneider, wurde 1887 Vorstandsmitglied des Fachvereins der Schneider in Hamburg, war 1893–96 besoldeter Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe des Schneiderverbandes, 1896–1903 2. Vorsitzender der Generalkommission und seitdem Redakteur der »Fachzeitung für Schneider«. Hermann Sachse kam 1862 in Stein-Hartenstein im Kreis Zwickau als Sohn eines Holzhändlers zur Welt, erlernte das Stellmacherhandwerk, war seit 1880 Bergmann, wurde 1885 Funktionär des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter, 1892 Vorsitzender dieses Verbandes, 1898 Reichstagsabgeordneter und Mitglied der Generalkommission. Johann Sassenbach stammte aus dem Bergischen Land, wurde wie sein Vater Sattler, wanderte als Geselle durch die Schweiz, Frankreich, Deutschland und Österreich, gründete 1889 in Köln eine Filiale des Allgemeinen Deutschen Sattlervereins, wurde 1891 dessen Vorsitzender und Redakteur der Sattlerzeitung, besuchte später Fortbildungs- und Sprachkurse und hörte Vorlesungen an der Berliner Universität; 1895 organisierte er die erste sozialistische Akademikerkonferenz, gab 1896–98 eine Zeitschrift für progressive bürgerliche und proletarische Kultur heraus, leitete den Ausschuß für gewerkschaftliche Bildungsarbeit und wurde 1912 2. Vorsitzender der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands (vgl. Otto Scheugenpflug, Johann Sassenbach. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Hannover/Frankfurt 1959). Robert Schmidt, 1864 in Berlin geboren, war von Beruf Klavierbauer, wurde 1890 Vorsitzender des Klavierarbeiterverbandes, 1893 Redakteur am »Vorwärts« und Reichstagsabgeordneter, 1903 Mitglied und Angestellter der Generalkommission, zuerst als Leiter des Zentralarbeitersekretariats, dann der sozialpolitischen Abteilung. Der 1866 in Mühlbock im Kreis Züllichau-Schwiebus geborene Hermann Silberschmidt erlernte nach dem Besuch der Volksschule das Maurerhandwerk, trat 1885 der Gewerkschaft, 1887 der SPD bei, wurde 1893 Leiter der

Maurerorganisation in der Provinz Brandenburg, 1898 Gauvorsitzender und 1912 Vorstandsmitglied des Bauarbeiterverbandes, im gleichen Jahr außerdem Mitglied der Generalkommission und Reichstagsabgeordneter.

Das einzige Mitglied ohne handwerkliche Lehre scheint Oswald Schumann gewesen zu sein. 1865 in Borzenine bei Trachenberg in Schlesien geboren, »im Ziegeleifach ausgebildet« (Kürschners Deutscher Reichstag. Biographisch-statistisches Handbuch, 1912–1917, XIII. Legislaturperiode, VI. Ausgabe, Berlin/Leipzig o. J., S. 54), arbeitete er drei Jahre in Beuthen bei der Eisenbahn, anschließend in Breslau und Berlin, abwechselnd als Handels- und Transportarbeiter, bis er 1897 Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes wurde.

Mit Paul Umbreit, der seit 1900 das »Correspondenzblatt« redigierte, war ein weiterer Drechsler Angestellter der Generalkommission; er war 1868 in Leipzig als Sohn eines Drechslers geboren worden, der mit August Bebel befreundet war, hatte sich schon früh in der Drechslervereinigung und der SPD betätigt und für die Drechslerzeitung und die »Elberfelder Freie Presse« geschrieben. – Noch stärker dominierten die Angehörigen der handwerklichen Berufe unter den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Die ungelerten Fabrik- und Landarbeiter waren in ihrem Kreis nur durch einen einzigen »Konzessionsschulzen« vertreten. Auf den unteren Rängen des gewerkschaftlichen Funktionärsapparats lag der Anteil der Ungelernten zwar etwas höher, im Durchschnitt aber kam er auch hier nicht über 11 % hinaus (s. Bronder S. 149). Von allen Gewerkschaftsangestellten stammten nicht mehr als 61 % aus der Arbeiterschaft, 36 % waren bürgerlicher Herkunft, 3 % sogar Akademiker (s. ebda. S. 113).

<sup>117</sup> s. Cassau S. 30

<sup>118</sup> s. unten S. 60

<sup>119</sup> Mitteilung des Veteranen Carlo Giuliani, in: W. Jonas (Hrsg.), Erlebnisberichte der Mansfeld-Kumpel, Berlin 1957, S. 131

<sup>120</sup> s. hierzu Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, 12. Aufl. Berlin 1969, S. 70; vgl. auch Engels an Bebel, 18./28. 3. 1875; abgedr. in: Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1953, S. 347. Selbst Legien bezeichnete auf dem SPD-Parteitag 1893 die Gewerkschaften als »Vorschule für die politische Bewegung«; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln 1893, S. 183

<sup>121</sup> s. Gerhard A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften, 2. Aufl. Berlin 1963, S. 175 Anm. 151. – Im Bereich der Groß-Berliner Parteiorganisation waren Ende 1906 45,2 % aller Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert, aber nur 16,4 % Mitglieder der SPD, wobei die Werte für die einzelnen Berufsgruppen erheblich von diesem Durchschnittswert nach oben und unten abwichen. So waren von den Mitgliedern des Steinsetzerverbandes 31,2 % sozialdemokratisch organisiert, des Steinarbeiterverbandes 31,3 %, des Porzellanarbeiterverbandes 32,7 %, von den freigewerkschaftlich organisierten Dachdeckern 34,4 %, von den Formstechern wie den Mauern je 35,1 %, den Töpfern 39,2 %, den Lagerhaltern 52,6 % und den Glasarbeitern gar 80,5 %; dagegen von den städtischen Arbeitern nur 9,2 %, den Buchbindern 9,1 %, den Lithographen 8,4 %, den Konditoren 7,4 %, den Buchdruckereihilfsarbeitern 4,4 %, den Zuschneidern 4,0 %, den Gärtnern 3,5 %, den Fotografen 2,9 % und den Brauern lediglich 2,8 % (s. Fricke, Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung 1890–1914, S. 231).

Noch größer waren die Diskrepanzen zwischen politischer und gewerkschaftlicher

Organisierung im Wahlkreis Dortmund; hier kamen im Schnitt auf ein SPD-Mitglied 6,7 gewerkschaftlich Organisierte; s. Ralf Lützenkirchen, *Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte*, Dortmund 1970, S. 125 f.

<sup>122</sup> Gustav Noske, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*, Offenbach 1947, S. 5

<sup>123</sup> s. Bronder S. 81 ff.

<sup>124</sup> s. ebda. S. 83; zum gewerkschaftlichen Unterstützungswesen ferner Cassau S. 248 ff.

<sup>125</sup> Der 110köpfigen SPD-Fraktion, die aus den Reichstagswahlen von 1912 hervorging und bis zum Ende des Kaiserreichs bestand, gehörten 23 hauptamtliche Gewerkschaftsangestellte an: neben den schon erwähnten Mitgliedern der Generalkommission Legien, Bauer, Schmidt, Brey, Sachse, Schumann und Silberschmidt Ferdinand Bender, gelernter Schlosser und seit 1901 Gauleiter des Transportarbeiterverbandes, zunächst in Magdeburg, seit 1907 in Elberfeld; der 1846 in Thüringen geborene Schuhmacher Wilhelm Bock, der 1873–1883 Vorsitzender der deutschen Schuhmachergewerkschaft gewesen und seitdem Redakteur der Verbandszeitung der Schuhmacher war; der Schlosser Alwin Brandes, 1866 geboren und seit 1900 besoldeter Sekretär des DMV in Magdeburg; der Zigarrenmacher Carl Deichmann, seit 1900 Vorsitzender des Tabakarbeiterverbandes; Friedrich Geyer, 1853 in Großenhain in Sachsen geboren, ebenfalls Zigarrenmacher, seit 1882 Zigarrenfabrikant und seit 1895 Redakteur des »Tabakarbeiter«; Carl Giebel, 1878 in Burg bei Magdeburg geboren, gelernter Bürogehilfe und Anwaltsbürovorsteher, seit 1906 Vorsitzender des Verbandes der Büroangestellten; Michael Hierl, Feingoldschläger, seit 1904 Geschäftsführer des DMV, erst in Dresden, dann in Schwabach; Gustav Hoch, der als einziger damaliger Gewerkschaftsführer das Abitur gemacht und 5 Jahre in Berlin, Königsberg und Zürich studiert hatte, seit 1891 die *Dachdeckerzeitung* redigierte und seit 1895 in Hanau als Arbeitersekretär wirkte; Georg Horn, 1841 im unterfränkischen Schleichach geboren, Glasmachermeister, 1875–78 Vorsitzender des »Allgemeinen Glaskünstlerbundes Deutschlands«, seit 1885 Redakteur des Organs der Glasarbeiter; Johann Hüttmann, 1868 in einer ostholsteinischen Gutskatze zur Welt gekommen, Maurer, seit 1901 Gauleiter des Maurerverbandes in Frankfurt a. M.; Hermann Jäckel, 1869 in Crimmitschau geboren, Tuchmachermeister, 1905 Gauleiter des Textilarbeiterverbandes in Hannover und seit 1910 stellv. Verbandsvorsitzender; Hermann Käppler, gelernter Müller, 1890 Redakteur der *Mühlenerbeiterzeitung*, 1894 Vorsitzender des Verbandes der Mühlenarbeiter und seit 1910 2. Vorsitzender des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter; Alwin Körsten, Kunstgießer und Werkmeister, seit 1899 Sekretär und Vorsitzender der Berliner Gewerkschaftskommission; der Weber Hermann Krätzig, 1871 in Schlesien geboren, 1900 Arbeitersekretär in Landeshut, 1904 Gauleiter des Textilarbeiterverbandes im elsässischen Mühlhausen, seit 1906 Redakteur der *Textilarbeiterzeitung*; Josef Simon, 1865 als Sohn eines Schäfers im unterfränkischen Schnepfenbach geboren, gelernter Schuhmacher, Meister und zeitweilig Geschäftsführer einer größeren Schuhfabrik, seit 1900 Vorsitzender des Schuhmacherverbandes; schließlich Karl Spiegel, Klempner, seit 1902 DMV-Bezirksleiter für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf. Durch Nachwahlen kamen bis 1918 noch drei weitere Gewerkschaftsfunktionäre hinzu: 1913 Johann Buck, Stukkateur, 1905 Gewerkschaftssekretär, 1907 Arbeitersekretär in Dresden; 1917 Emil Stahl, Handelshilfsarbeiter und seit 1907 Angestellter im Hauptbüro des Transportarbeiterverbandes; 1918 schließlich Rudolf Wissell, 1869 als Sohn eines Kapitäns in Göttingen geboren, Maschinenbauer und Dreher, 1900–1908 Arbeitersekretär in Lübeck

und seitdem Angestellter im Zentralarbeitssekretariat in Berlin. – Mindestens 23 weitere Abgeordnete waren aufgrund ihres politischen Werdeganges den Gewerkschaften eng verbunden, etwa dadurch, daß sie im Laufe ihrer Karriere verschiedene Funktionen in der Gewerkschaftsorganisation bekleidet hatten. Auch die übrigen Fraktionsmitglieder, die aus der Arbeiterschaft stammten – und das waren mehr als zwei Drittel – dürften fast ausnahmslos, mindestens zeitweilig, gewerkschaftlich organisiert gewesen sein; s. hierzu die Bemerkungen von Erich Matthias und Eberhard Pikart in: *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918*, Düsseldorf 1966 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe Bd. 3), 2. Teil, S. LVIII ff. (künftig zit.: SPD-RT-Fraktion); vgl. auch Ursula Mittmann, *Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich*, Köln 1976, S. 200, und Wilhelm Heinz Schröder, *Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstags-Kandidaten 1898–1912*, in: *Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung* (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, 5.), Frankfurt/Köln 1976, S. 93 ff.

- <sup>126</sup> Zum Verhältnis von Gewerkschaften und SPD vor 1914 und zur Ausbreitung des Reformismus s. u. a. Braun S. 337 ff.; Cassau S. 284 ff.; Ritter passim, insbes. S. 174 f.; Karl Zwing, *Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften*, 2. Aufl. Jena 1926, S. 85 ff.; Heinz-Josef Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920)*, Düsseldorf 1956, S. 26 ff.; Fritz Opel, *Der deutsche Metallarbeiterverband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution*, Hannover 1957, S. 18 ff.; Guenther Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*, Totowa 1963; Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism*, New York/London/Sydney 1955; Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg*, Hannover 1967; Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/Berlin/Wien 1973
- <sup>127</sup> s. zur Kritik derartiger Tendenzen in der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung Volker Ullrich, *Emanzipation durch Integration? Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung bis 1914*, in: *Das Argument* 75 (1972), S. 104 ff.
- <sup>128</sup> s. vor allem die achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966; vgl. dazu die Rezension von Henryk Skrzypczak, *Grundfragen der Geschichte der Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich*, in: *Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 13/14 (1965), S. 285 ff.
- <sup>129</sup> Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Neudruck der 2. Aufl., hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1957
- <sup>130</sup> ebda. S. 288
- <sup>131</sup> ebda. S. 289 ff.
- <sup>132</sup> ebda. S. 288
- <sup>133</sup> ebda. S. 291 und 294
- <sup>134</sup> s. Cassau S. 74
- <sup>135</sup> s. Bronder S. 88
- <sup>136</sup> Die von Michels benutzte Quelle gibt bereits für 1898 104 Gewerkschaftsangestellte

- an, für 1899 108, für 1900 269 und für 1904 677; s. Ernst Deinhardt, Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften, in: Sozialistische Monatshefte (künftig zit.: SM) 9 (1905), II, S. 1015 ff.; vgl. auch ders., Ein Nachwort zur Beamtenfrage in den Gewerkschaften, ebda. 10 (1906), I, S. 396 ff.; vergl. dazu Michels S. 266. Die Statistische Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 113, verzeichnet für den Zeitpunkt des Kriegsausbruchs 1914 insgesamt 2867 Gewerkschaftsangestellte, davon 408 in den Zentralverwaltungen, 429 in den Gauleitungen, 1955 in den Zweigvereinen und 75 in den Redaktionen. Die unterschiedlichen Zahlenangaben erklären sich im wesentlichen daraus, daß zahlreiche Gewerkschaftsangestellte nur teilbesoldet waren und daher in manchen Statistiken mitgezählt wurden, in anderen nicht; s. Bronder S. 87 f.
- <sup>137</sup> Während die Mitgliederzahl zwischen 1904 und 1914 von 1052 108 auf 2483 661, also um 1429 553 oder 135 % kletterte, stieg die Zahl der Angestellten von 677 auf 2867, also um 2190 oder 320 %; vgl. auch Ritter S. 170
- <sup>138</sup> s. Bronder S. 87
- <sup>139</sup> Das Verhältnis betrug 1913 im Durchschnitt 1 : 870 und bewegte sich zwischen 1 : 580 bei den Bäckern und 1 : 1350 bei den Glasern; berechnet nach den Angaben in der Statist. Beilage des Corr.bl. 1915, S. 89 und 113; vgl. auch Fricke S. 250 ff.
- <sup>140</sup> s. Bronder S. 87
- <sup>141</sup> s. Cassau S. 164
- <sup>142</sup> vgl. Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961, 2. Aufl. München 1966, S. 129
- <sup>143</sup> vgl. Bronder S. 77 ff.
- <sup>144</sup> vgl. Skrzyzpak a. a. O. S. 305
- <sup>145</sup> Zur Organisationsstruktur der Gewerkschaften s. u. a. Braun S. 85 ff.; Cassau S. 54 ff.
- <sup>146</sup> Cassau S. 166
- <sup>147</sup> 1912 besoldete der Holzarbeiterverband seinen Vorsitzenden Leipart mit jährlich 4000 Mark, dem dreifachen durchschnittlichen Jahresverdienst eines Arbeiters. Bereits 1903 lagen die Gehälter von 57 % aller Angestellten des DMV mehr als 100 % über dem Durchschnittsverdienst eines einfachen Arbeiters; s. Bronder S. 175 ff. 1914 betrug das Gehalt des 1. Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes ohne Aufwandsentschädigungen 4200 Mark, 188 % des durchschnittlichen Lohnes eines über 24 Jahre alten Maschinensetzers in Berlin und mindestens das 2½-fache des durchschnittlichen Gehilfenlohnes; auch die Angestellten der Gauverwaltungen bezogen recht ansehnliche Einkünfte; s. v. d. Vring S. 101
- <sup>148</sup> s. Cassau S. VIII
- <sup>149</sup> ebda. S. 128
- <sup>150</sup> s. ebda. S. 138
- <sup>151</sup> s. ebda. S. 128
- <sup>152</sup> s. ebda. S. 129
- <sup>153</sup> s. die Lebenserinnerungen Backerts; unveröff. Manuskript, Archiv des DGB, Düsseldorf
- <sup>154</sup> Georg Fülberth, Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument 63 (1971), S. 19
- <sup>155</sup> s. ebda. S. 10
- <sup>156</sup> W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1971, S. 189 ff.; zur Leninschen Theorie der Arbeiteraristokratie, ihren Vorformen bei Marx und Engels und der Frage ihrer Übertragbarkeit auf die deutsche Arbeiterbewegung s. auch Gerhard Beier, Das Problem der Arbei-



teraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte einer umstrittenen Kategorie, in: *Herkunft und Mandat*, S. 9 ff.

- <sup>157</sup> Lenin a. a. O. S. 198
- <sup>158</sup> ebda. S. 288
- <sup>159</sup> ebda. S. 198
- <sup>160</sup> ebda. S. 287
- <sup>161</sup> s. Kuczynski S. 96 f.; Hoffmann S. 91; Böhme S. 90; Gerhard Bry, *Wages in Germany 1871–1945*, Ann Arbor 1967, S. 70 ff.
- <sup>162</sup> s. Kuczynski S. 128 ff.; Bry S. 45 ff.; s. auch Cassau S. 255 ff.
- <sup>163</sup> In den gewerkschaftlich am besten durchorganisierten Branchen wie dem Buchdruck und der Holzverarbeitung wurde bereits der Neun-Stundentag zur Regel, als in der Heimarbeit, wie sie hauptsächlich in der Textil- und Spielzeugfabrikation noch weithin üblich war, noch dieselben Arbeitszeiten wie 1820 üblich waren, die nicht selten 18 Stunden täglich erreichten. Im oberschlesischen Bergbau herrschten bis 1918 erheblich längere Arbeitszeiten als an der Ruhr.
- <sup>164</sup> s. Kuczynski S. 79, 114, 125, 161
- <sup>165</sup> Absolut am stärksten – um 1,8 Mill. – in der Landwirtschaft, aus der eine wachsende Zahl männlicher Arbeitskräfte abwanderte, relativ am stärksten – um 600000 oder 200% – im Verkehrs- und Handelsgewerbe, um 900000 (90%) in Industrie und Handwerk; s. ebda. S. 78
- <sup>166</sup> s. ebda. S. 80; s. auch Böhme S. 96
- <sup>167</sup> s. Kuczynski S. 81
- <sup>168</sup> s. ebda. S. 84
- <sup>169</sup> s. ebda. S. 112
- <sup>170</sup> Zur Kaufkraftsteigerung s. Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967, S. 42 ff.
- <sup>171</sup> s. ebda. S. 47; s. auch Hoffmann S. 119 ff.; Jürgen Teuteberg/Günter Wiegelmann, *Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung*, Göttingen 1972
- <sup>172</sup> Rosenberg S. 47
- <sup>173</sup> s. Hoffmann S. 114 ff.
- <sup>174</sup> s. ebda. S. 129 ff.
- <sup>175</sup> s. ebda. S. 87 ff.; Kuczynski S. 119 ff.
- <sup>176</sup> s. oben S. 55
- <sup>177</sup> Hans Rosenberg, *Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, 1873 bis 1896*, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, 2. Aufl. Köln/Berlin 1968, S. 234
- <sup>178</sup> Besonders deutlich in den Kurzbiographien der christlichen Gewerkschaftsführer, in: *25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung, 1899–1924*, hrsg. vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1924
- <sup>179</sup> s. Hans-Christian Schröder, *Sozialismus oder Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der »Weltpolitik« vor 1914*, Teil I, Hannover 1968; vgl. auch Erwin Dörzbacher, *Die deutsche Sozialdemokratie und die nationale Machtpolitik bis 1914*, Gotha 1920
- <sup>180</sup> »Ich wünschte, wir wären in Deutschland auch schon so weit, einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung unseres Heereswesens üben und damit den Standpunkt der formellen Verneinung verlassen zu können, zu dem wir zur Zeit durch die ganze Lage der Dinge gedrängt sind.« Vollmar an Hjalmar Branting, 15. 5. 1914 (Entwurf); IISG, NI. Vollmar Nr. 2369

<sup>181</sup> Lenin S. 307

<sup>182</sup> s. unten Kap. 7 und 14

<sup>183</sup> Diese Erscheinung ist bisher vornehmlich unter geistesgeschichtlichen oder psychologischen Aspekten als isoliertes intellektuelles oder moralisches Phänomen gesehen, nicht aber in diesen Zusammenhang eingeordnet worden, in dem es erst einsichtig wird. Vgl. z. B. Eva G. Reichmann, *Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Frankfurt o. J., S. 113 ff.

Die materiellen Verbesserungen vermittelten manchen Arbeitern vermutlich auch einen gewissen Stolz auf die Leistungen der deutschen Industrie im allgemeinen und des Werks, in dem sie arbeiteten, im besonderen, vor allem dort, wo herkömmliche handwerkliche Qualifikationen auch in der industriellen Produktion noch eine erhebliche Rolle spielten. Wahrscheinlich wurzelte das Gemeinschaftsbewußtsein, das unter den Belegschaften deutscher Firmen von Weltruf wie etwa Krupp sich entwickelte, auch hierin und nicht allein in den Sozialleistungen und der ideologischen Indoktrination durch die Firmenleitung.

<sup>184</sup> s. hierzu vor allem Fritz Stern, *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*, Bern/Stuttgart/Wien 1963; ders., *The Failure of Illiberalism*, London 1972; Leonard Krieger, *The German Idea of Freedom*, Boston 1957; Fritz K. Ringer, *The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community 1890–1933*, Cambridge/Mass. 1969

<sup>185</sup> Cassau S. 31

<sup>186</sup> ebda. S. 303

<sup>187</sup> ebda. S. 162; s. auch Opel S. 19 ff.; Ritter S. 173 ff.

<sup>188</sup> s. z. B. Eduard Bernstein, *Vorfragen einer sozialistischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung*, in: SM 10 (1906), Bd. II, S. 839 ff. Der Beitrag beschränkt sich im wesentlichen auf eine Kritik von Arbeitswerttheorien. Vgl. auch ders., *Das Vergesellschaftungsideal und die Gewerkschaften*, ebda. S. 924 ff.

<sup>189</sup> Cassau S. 302

<sup>190</sup> ebda. S. 29

<sup>191</sup> ebda.

<sup>192</sup> s. ebda. S. 30. Vgl. dazu u. a. Otto Hue, *Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit*, 2. Bde., Stuttgart 1910/13; Paeplow S. 62 f; August Bringmann, *Geschichte der deutschen Zimmererbewegung*, hrsg. im Auftrage des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands, 2 Bde., Hamburg 1905; Alexander Knoll, *Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter*, Berlin 1924 (*Gewerkschaftliche Jugendbücherei*, Bd. 1); ders., *Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter*; Rudolf Wissell, *Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit*, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur, 2 Bde., Berlin 1929

<sup>193</sup> s. Bronder S. 155 f.; s. auch Ludwig Heyde in seinem Artikel über Theodor Leipart, in: *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 3, Berlin 1932, S. 1053

<sup>194</sup> s. unten Kap. 16 – Rudolf Wissell, von Januar bis Juli 1919 Reichswirtschaftsminister, erkannte damals aus leidvoller praktischer Erfahrung, daß »die Beschäftigung mit der Wirtschaftspolitik die schwächste Seite der deutschen Arbeiterbewegung« gewesen war; Rudolf Wissell, *Zur Frage der Wirtschaftsrate in Deutschland*, in: *Gewerkschaftsarchiv*, Jg. 1924, S. 348; zit. nach Eckhard Biechele, *Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf*

- Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik. Diss. phil. FU Berlin 1972, S. 18
- <sup>195</sup> Kautsky an Bernstein, 18. 2. 1898; zit. bei Steinberg S. 81; s. auch Fülberth a.a.O. S. 6f.
- <sup>196</sup> Dahrendorf S. 72
- <sup>197</sup> s. Otto Hue, Neutrale oder politische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, Bochum 1900, S. 7
- <sup>198</sup> Fülberth a. a. O. S. 13
- <sup>199</sup> Das gilt trotz der Vorbehalte, die derartigen Angaben gegenüber nötig sind. Denn ein Buch konnte von mehreren Arbeitern gleichzeitig gelesen werden, wie das Beispiel der Hamburger Zigarrenarbeiter zeigt, die ihre Arbeit zu Hause in Gruppen von 5–10 Arbeitern verrichteten und dabei politische Debatten zu führen und einander vorzulesen pflegten; s. Johannes Schult, Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919, Hannover 1967, S. 152f. Andererseits war die Ausleihe eines Buches nicht immer gleichbedeutend mit seiner Lektüre. Zu den Ausleihstatistiken der Arbeiterbibliotheken s. Steinberg S. 129ff.
- <sup>200</sup> Mitteilungsblatt der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung, Jg. 11 Nr. 5 (9. 8. 1916)
- <sup>201</sup> Zur Lernunfähigkeit der Gesellschaft des Kaiserreichs s. insbes. Wehler, Kaiserreich, S. 228ff.
- <sup>202</sup> Cassau S. 302
- <sup>203</sup> s. zum folgenden Bürgerl. Parteien II, S. 684ff.; vgl. auch Cassau S. 36ff.; Paul Umbreit, Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland, 2. Aufl. Berlin 1907, S. 27ff.; Wilhelm Gleichauf, Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), Berlin 1907; Karl Goldschmidt, Geschichte der Deutschen Gewerkvereine, Berlin 1907; Gustav Hartmann, Fünfzig Jahre Deutsche Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), 1868–1918, Jena 1918; Anton Erkelenz, 50 Jahre Arbeiterbewegung, 1868–1918, Berlin 1918; Oscar Rupprecht, Die Deutschen (H.-D.) Gewerkvereine, Diss. Erlangen 1923 (Masch.)
- <sup>204</sup> W. Gleichauf auf dem 18. Verbandstag des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine 1913; zit. in: Bürgerl. Parteien II, S. 696
- <sup>205</sup> So die 1908 verabschiedeten »Prinzipiellen Leitsätze« des Verbandes; zit. ebda. S. 693f.
- <sup>206</sup> ebda.
- <sup>207</sup> Aus den Protokollen des 17. Verbandstages 1910 und des 18. Verbandstages 1913 zit. ebda. S. 695
- <sup>208</sup> s. Statistische Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 116
- <sup>209</sup> Johs. Giesberts auf dem Kongreß der christl. Gewerkschaften 1907 in Breslau; zit. in: Bürgerl. Parteien II, S. 123
- <sup>210</sup> Mainzer Leitsätze der christlichen Gewerkschaften von 1899, zit. ebda. S. 117. Weitere Literaturangaben über die christlichen Gewerkschaften ebda. S. 141ff.
- <sup>211</sup> s. zu den katholischen Arbeitervereinen im Überblick ebda. S. 255ff.; weitere Literaturangaben ebda. S. 273ff.; Karl Heinz Schürmann, Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften, Freiburg 1958
- <sup>212</sup> Zu den Mitgliederzahlen der katholischen Fachabteilungen s. Bürgerl. Parteien II, S. 262. Die Unterschiede in der Mitgliederstärke von christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen hängt vermutlich damit zusammen, daß sich die soziale Basis beider Organisationsrichtungen nicht völlig deckte. Der Hauptteil der christlichen Gewerkschaften rekrutierte sich aus Berg-, Bau-, Metall- und Textilarbeitern; 1913 stellten diese vier Gruppen im Gesamtverband der christlichen Ge-

- werkschaften zusammen fast 60 % aller Mitglieder (s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 116); im Ruhrgebiet lag ihr Anteil noch höher. Gleichzeitig entstammten denselben Gruppen hingegen nur 50 % der Mitglieder des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Noch niedriger lag der Anteil der Industriearbeiter an den über 100000 Mitgliedern des süddeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine. Dieser war »durchsetzt von handwerklichem und kaufmännischem Mittelstand, Kleinbauern, ländlichen Arbeitern und Dienstboten« (Jos. Joos, Die katholischen Arbeitervereine, Mönchengladbach 1913, zit. in: Bürgerl. Parteien II, S. 264).
- <sup>213</sup> s. Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 26
- <sup>214</sup> s. Geschichte der dem Gesamtverbände evangelischer Arbeitervereine Deutschlands angeschlossenen Provinzial- und Landesverbände. Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Gesamtverbandes, 1890–1915, hrsg. von R. Francke, Kassel 1915, S. 287
- <sup>215</sup> An der Spitze des Gesamtverbandes stand seit 1898 der Pfarrer D. Weber, der gleichzeitig eine führende Rolle in der eng mit den Konservativen zusammenarbeitenden Christlich-sozialen Partei spielte; s. Bürgerl. Parteien, II, S. 150ff.; dort weitere Literaturhinweise.
- <sup>216</sup> So die Satzungen des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine; zit. bei R. Francke (Hrsg.), S. 6f.
- <sup>217</sup> So das 1893 verabschiedete Programm des Rheinisch-Westfälischen Provinzialverbandes; zit. ebda. S. 154
- <sup>218</sup> Aus dem Arbeitsprogramm desselben Provinzialverbandes, ebda.
- <sup>219</sup> Beschluß des Ausschusses des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine vom 5. 10. 1905; zit. in: Bürgerl. Parteien, II, S. 154
- <sup>220</sup> 1907 waren lediglich in 30 von 145 Vereinen des Rheinisch-Westfälischen Verbandes, der 35000 Mitglieder umfaßte, 916 Arbeiter in einer christlichen Gewerkschaft und 216 in einem H.-D. Gewerkverein organisiert; s. ebda.
- <sup>221</sup> s. dazu oben S. 34
- <sup>222</sup> Eckart Kehr, zit. nach Wehler, Bismarck und der Imperialismus, S. 486
- <sup>223</sup> Zu den Arbeitgeberverbänden vor 1914 s. W. Kulemann, Die Berufsvereine, 2. Aufl., 3. Bd., Jena 1908; s. außerdem die Beiträge über die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, in: Bürgerl. Parteien II, S. 220ff., über den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, ebda. S. 711 ff. sowie über die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, ebda. S. 750ff.; Saul, Staat, S. 98 ff.
- <sup>224</sup> s. ebda. S. 283 ff.
- <sup>225</sup> Dieser von Dahrendorf S. 297 aus der Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft entwickelte Begriff wurde von Wehler, Bismarcks Imperialismus, in: ders. (Hrsg.), Imperialismus, Köln/Berlin 1970, S. 268, mit Recht auch schon auf die Gesellschaft des Kaiserreichs angewandt. Zum Gefühl der besitzenden Schichten, durch das Anwachsen der Sozialdemokratie bedroht zu sein, s. auch Zunkel S. 244 und 252
- <sup>226</sup> Hugo Preuß, Bergbriefe. Flugschriften der Frankfurter Zeitung, Frankfurt 1921, S. 4
- <sup>227</sup> Zur Sammlungspolitik nach 1890 s. Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln/Berlin 1970; zur Sammlungspolitik unter Bismarck s. Wehler, Bismarck und der Imperialismus, bes. S. 155 ff. und 454 ff.
- <sup>228</sup> s. Wehler, Bismarck und der Imperialismus, passim
- <sup>229</sup> zit. nach Wehler, Bismarcks Imperialismus, a. a. O. S. 281
- <sup>230</sup> Von deutschen Historikern hat zuerst Eckart Kehr, Schlachtflottenbau und Partei-

politik, 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930, diese Zusammenhänge klar gesehen und dargestellt.

- <sup>231</sup> s. ders., *Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965
- <sup>232</sup> zit. bei Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, S. 498. Anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Firma Krupp 1912 sprach Alfred Hugenberg, der damalige Vorsitzende des Krupp-Direktoriums, davon, daß die Lage der Industriearbeiter nicht durch Wahlrecht, Gesetzgebung oder Klassenkampf, sondern nur dann verbessert werden könne, wenn Deutschland »sehr viel reicher, sehr viel größer und sehr viel mächtiger geworden sein wird, als es jetzt ist« (Zur Hundertjahrfeier der Firma Krupp 1812–1912, Sonder-Ausgabe der Kruppschen Mitteilungen, Essen 1912, S. 88); s. dazu John A. Leopold, *Alfred Hugenberg. The Radical Nationalistic Campaign against the Weimar Republic*, New Haven/London 1977, S. 3
- <sup>233</sup> Aug. Winnig auf dem VT des BAV 1918; Prot. S. 186
- <sup>234</sup> s. Delbrück, *Wirtschaftliche Mobilmachung*, S. 50
- <sup>235</sup> s. Hans-Günter Zmarzlik, *Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909–1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innenpolitischen Machtstellung*, Düsseldorf 1957, S. 142; vgl. auch Hans-Ulrich Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs von 1871–1918. Studien zur Sozial- und Verfassungsgeschichte*, Köln 1969, S. 14 u. ö.; ferner Michael Stürmer (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918*, Düsseldorf 1970
- <sup>236</sup> Erich Mühsam, *Unpolitische Erinnerungen*, Düsseldorf 1961, S. 245
- <sup>237</sup> Es ist bezeichnend hierfür, daß der ehem. Chef des Kaiserl. Zivilkabinetts nach Kriegsende unter dem Eindruck von Spenglers »Untergang des Abendlandes« »mit Erstaunen« erkannte, wie die »Untergangsstimmung«, die Spengler als Begleitscheinung der antiken Kultur diagnostizierte, »nicht nur bei mir, sondern wohl bei vielen bereits lange vorhanden war, bevor der Zusammenbruch uns den großen welthistorischen Zusammenhang offenbarte«. Valentini an Bethmann Hollweg, 24. 11. 1920; BA, Nl. Schwertfeger Nr. 208. Zum Kulturpessimismus vor 1914 s. im übrigen Stern, *Kulturpessimismus*, und Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 64 ff.

### 1. Kapitel

- <sup>1</sup> Zur Kontroverse über den Ausbruch des 1. Weltkrieges s. die Zusammenfassung der wichtigsten Beiträge in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele*. Köln/Berlin 1969; dort ausführliche Bibliographie; vgl. ferner Walter Laqueur und Georg L. Mosse (Hrsg.), *Kriegsausbruch 1914*, München 1970; *Deutschland im 1. Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein*, 3. Aufl. Berlin (Ost) 1971, S. 1 ff.; Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, bes. S. 663 ff.
- <sup>2</sup> Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Düsseldorf 1966 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe Bd. 4; künftig zit.: *David-Tagebuch*), S. 12, Aufzeichnung vom 4. 8. 1914
- <sup>3</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 1, S. 147 ff.; Susanne Miller, *Burgfriede oder*

- Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 34f.
- 4 Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses Stuttgart 1907; zit. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 174
  - 5 Vorwärts vom 25. 7. 1914; abgedr. u. a. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (künftig zit: DMA), Reihe II, Bd. 1, 2. Aufl. Berlin 1958, S. 11; s. auch Groh S. 629f.; Miller S. 39, Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/Berlin/Wien 1977, S. 171f.
  - 6 Corr.bl. Nr. 31 v. 1. 8. 1914, S. 470
  - 7 s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 262ff.; Jürgen Kuczynski, Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse, Berlin 1957, S. 55ff.; Groh S. 637ff.; Miller S. 40; Jürgen Reulecke, Der 1. Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: ders. (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 210f.
  - 8 s. John Anthony Moses, Carl Legiens Interpretation des demokratischen Sozialismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Ideengeschichte, Diss. phil. Erlangen-Nürnberg 1965, S. 124
  - 9 zit. in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 271; das Original dieses Schreibens ist abgedr. bei: Dieter Fricke/Hans Radant, Neue Dokumente über die Rolle Albert Südekums, in: ZfG 4(1956), S. 758; s. hierzu ferner Kuczynski, Ausbruch, S. 70ff.; Groh S. 628ff.; Miller, Burgfriede, S. 41ff.; Schulze S. 172f.; Dieter K. Buse, Friedrich Ebert and German Socialism 1871–1919, Ph. Diss. Univ. of Oregon 1972, S. 165ff.
  - 10 s. Heinz Wohlgemuth, Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914–1916, Berlin (Ost) 1963, S. 48f.
  - 11 Vorwärts vom 1. 8. 1914; zit. u. a. bei Egmont Zechlin, Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD 1914, in: W. Schieder (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 174; zum Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbefehlshaber und zur rechtlichen Bedeutung des Belagerungszustandes s. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 61f. und 1042ff.
  - 12 Aug. Brey auf dem VT des FAV 1920; Prot. S. 95
  - 13 Carl Legien, Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Vortrag in der Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umgebung am 27. 1. 1915, Berlin 1915, S. 8; s. auch FAV, Jb 1914, S. 58; Varain S. 71; Moses S. 127
  - 14 abgedruckt bei: Dieter Fricke, Zur Rolle des Militarismus nach innen in Deutschland vor dem 1. Weltkrieg, in: ZfG 6 (1958), S. 1302ff.; vgl. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 127f.; Wilhelm Deist (Hrsg.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, 1. Teil, Düsseldorf 1970 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 1/I), S. XXXVI; Groh S. 533
  - 15 s. Deist S. XXXIVff.
  - 16 s. Johanna Schellenberg, Die Herausbildung der Militärdiktatur in den ersten Monaten des Krieges, in: Politik im Krieg 1914–1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, hrsg. von der Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg im Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter Leitung von Fritz Klein, Berlin 1964, S. 29f.; s. auch Werner Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914–1919), Berlin (Ost) 1959, S. 35ff., auch zum folgenden;

- Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1, S. 127; Groh, S. 583 ff.; eine entsprechende Anordnung des Generalkommandos des VIII. AK vom April 1914 ist abgedr. bei Deist I, S. 185 ff.
- <sup>17</sup> Bethmann Hollweg an Wilhelm II., 29. 7. 1914; zit. bei Zechlin a. a. O. S. 173
- <sup>18</sup> Randbemerkung Wilhelms II. auf einem Telegramm des Zaren vom 29. 7. 1914, in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Bd. 2, Berlin 1921, S. 49
- <sup>19</sup> s. Karl Kautsky, Sozialisten und Krieg. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus von den Hussiten bis zum Völkerbund, Prag 1937, S. 441; Miller S. 51; Schulze S. 174 ff.
- <sup>20</sup> Kautsky S. 441
- <sup>21</sup> s. Franz Oppenheimer, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Erinnerungen, Berlin 1931, S. 223; vgl. auch Heinrich Kaun, Die Geschichte der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Jena 1938, S. 6f..  
Auch der Töpferverband stellte sich auf eine Schließung seiner Büros ein und brachte die Verbandsgelder in Sicherheit; s. die Mitt. des Verbandsvorsitzenden Drunsel vor der GV des Töpferverbandes 1919 in Nürnberg, Prot. S. 71
- <sup>22</sup> Der Holzarbeiterverband bereitet seine Gauvorsteher am 1. August auf die Möglichkeit vor, »daß die Behörden die Gewerkschaften auflösen«; das entsprechende Rundschreiben ist abgedr. in: HAV, Jb. 1914, S. 18; vgl. auch FAV, Jb. 1914, S. 36
- <sup>23</sup> Paul Umbreit/Charlotte Lorenz, Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart/Berlin/Leipzig/New York 1928, S. 158
- <sup>24</sup> Protokolle von Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, Geschäftsperiode 1914–1917, 1. – 7. Konferenz (Juni 1914 – Juli 1915), Berlin 1915, S. 22 (künftig zit.: Prot. Vorstandekonferenzen 1914/15)
- <sup>25</sup> ebda. S. 17 bzw. 20
- <sup>26</sup> Ernst Lorenz, Fünf Jahre Dresdner USP. Eine rückschauende Betrachtung anlässlich des 5jährigen Bestehens der Partei, Dresden o. J. (1922), S. 4 f.; s. auch Klaus Dieter Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971, S. 111
- <sup>27</sup> Theobald von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, 1. Teil, Berlin 1919, S. 19f.
- <sup>28</sup> Aufzeichnung seines Vertrauten Kurt Riezler von 1911; zit. bei Karl-Dietrich Erdmann, Um Bethmann Hollweg, in: W. Schieder (Hrsg.), Erster Weltkrieg, S. 209
- <sup>29</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 127; zur gleichen Überzeugung Delbrücks s. Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 28 f. und 105 f.
- <sup>30</sup> Tagebuchaufzeichnung Kurt Riezlers vom 23. 7. 1914, in: Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet und hrsg. von Karl Dietrich Erdmann (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 48), Göttingen 1972, S. 189
- <sup>31</sup> s. Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 100 f.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 238 ff., 268 ff.; Deist I, S. XXXVIII f.; Groh S. 592 ff.
- <sup>32</sup> Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die preußischen Generalkommandos, 25. 7. 1914; abgedr. bei Deist Bd. 1, S. 188 ff.; s. a. Groh S. 627
- <sup>33</sup> Bethmann Hollweg in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 30. 7. 1914; abgedr. in: Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Bd. 2, S. 178
- <sup>34</sup> zit. bei Kuczynski, Der Ausbruch des 1. Weltkrieges, S. 81; Groh S. 652
- <sup>35</sup> Bethmann Hollweg an Falkenhayn, 18. 7. 1914; zit. bei Zechlin a. a. O. S. 175

- 36 s. dazu die Bemerkung Bebels auf dem SPD-Parteitag 1907: »Es wäre doch sehr traurig, wenn wir heute, wo große Teile des Volkes sich Tag für Tag viel mehr um die Politik kümmern wie früher, noch nicht sollten beurteilen können, ob es sich im einzelnen Falle um einen Angriffskrieg handelt oder nicht.« Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Essen vom 15.— 21. 9. 1907, Berlin 1907, S. 255 (künftig zit.: Prot. SPD-PT)
- 37 Bebel auf dem SPD-Parteitag 1891; Prot. SPD-PT 1891, S. 285
- 38 ebda.
- 39 Bebel in der Reichstagsitzung vom 7. 3. 1904; Stenogr. Berichte der Verhandlungen des Reichstages (künftig zit.: Sten.Ber.), Bd. 198, S. 1588
- 40 Karl Retzlaw, Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt 1971, S. 29; vgl. auch Sozialdemokratie und Landesverteidigung, hrsg. vom Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg, Berlin 1915, S. 8. Zur Popularität des Bebel-Wortes speziell unter der ostpreussischen Arbeiterschaft s. die Ausführungen des Danziger Delegierten Wollermann auf dem VT des FAV 1920, Prot. S. 88; vgl. auch Schwarz, Nürnberg, S. 111, und Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 41
- 41 Ludwig Frank auf der Mannheimer Friedenskundgebung am 29. 7. 1914; abgedr. in: Ludwig Frank, Aufsätze, Reden und Briefe. Ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim, Berlin 1924, S. 352
- 42 s. hierzu Zechlin a. a. O. passim; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 240ff.; Fischer, Krieg der Illusionen, S. 663 ff.; Groh S. 634 ff. u. 663 ff. sowie die zusammenfassende Darstellung und Dokumentation von Imanuel Geiss, Juli-Krise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde., Hannover 1963/64
- 43 Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten, 3. Band, Berlin 1931, S. 167f.; s. auch den Brief Bülows an Theodor Wolff vom 7. 2. 1925, abgedr. in: Theodor Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936, S. 132; vgl. auch Groh S. 660ff.
- 44 s. Zechlin a. a. O. S. 180f.
- 45 Kautsky, Sozialisten und Krieg, S. 439
- 46 ebda. S. 443
- 47 s. ebda. S. 439, 450, 463
- 48 Konrad Haenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege, Berlin 1916, S. 14 und 19; s. auch Groh S. 665 ff.
- 49 s. Zechlin a. a. O. S. 177; zur Biographie Haenischs und zum Wandel seiner politischen Anschauungen bei Kriegsausbruch s. auch Robert Sigel, Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im 1. Weltkrieg, Berlin 1976, S. 29ff.
- 50 Kautsky, Sozialisten und Krieg, S. 446. – Otto Braun, gebürtiger Ostpreuße, der in diesen Tagen die Parteikasse in Zürich hütete, notierte in seinem Tagebuch: »Sollen die halbasiatischen, schnapsgefüllten russischen Kosakenhorden die deutschen Fluren zerstampfen, Frauen und Kinder martern, die deutsche Kultur zertreten? Das ist jetzt die Frage. So sehr wir die imperialistische Raubpolitik der kapitalistisch-feudalen Regierungen, die zu solch furchtbaren Katastrophen führen muß, verfluchen, jetzt kann es nur noch eine Antwort geben: gegen die zaristische Despotie, gegen die russische Unkultur, zum Schutze deutscher Kulturgüter, zum Schutz deutscher Frauen und Kinder.« Unveröff. Tagebuch Otto Brauns, Eintragung vom 5. 8. 1914; jetzt im GStA Berlin-Dahlem; vgl. auch Bernhard Adelung, Sein und



Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, Offenbach 1952, S. 132. Zum Stimmungsumschwung s. im übrigen zusammenhängend Kautsky, Sozialisten und Krieg, S. 438ff.; s. auch Miller S. 55 und 68ff.; Mittmann S. 310ff. und 340ff.

- <sup>51</sup> s. David-Tagebuch S. 12, Eintragung vom 4. 8. 1914
- <sup>52</sup> s. ebda. S. 5, Eintragung vom 1. 8. 1914; vgl. auch Groh S. 675
- <sup>53</sup> Nach einer späteren Aussage Breys wurde diese Frage nur insofern berührt, als ein Gewerkschaftsführer, ohne daß jemand widersprach, die Bemerkung fallen ließ: »Nun dürfen unsere politischen Vertreter aber nicht die Dummheit begehen, die Kriegskredite abzulehnen.« S. die Ausführungen Breys auf dem VT des FAV 1920, Prot. S. 95
- <sup>54</sup> s. Groh S. 682 und 693. – Zu den nicht ganz übereinstimmenden Angaben über die Dissidenten s. David-Tagebuch S. 9f. Anm. 17; SPD-RT-Fraktion S. CLXXXVIIIff. Bauer und Brey äußerten lediglich Bedenken gegen die »Kriegervereinsrede«, mit welcher David für die Zustimmung zu den Krediten plädierte; s. das Zitat aus den unveröff. Erinnerungen des SPD-Abgeordneten Wilhelm Dittmann, David-Tagebuch S. 8 Anm. 9
- <sup>55</sup> So Karl Alexander von Müller, Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954, S. 17; s. im übrigen Miller S. 59 ff. sowie die Bemerkungen über die psychische Funktion des Krieges bei Magnus Hirschfeld (Hrsg.), Sittengeschichte des Weltkrieges, Bd. 1, Leipzig 1930, S. 38 ff., sowie die Ausführungen über die »Ideen von 1914« bei Klemens von Klemperer, Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München/Wien 1957, S. 55 ff.
- <sup>56</sup> Ludwig Frank an den badischen Ministerpräsidenten v. Bodman, 15. 8. 1914; abgedr. in: Frank, Aufsätze, Reden und Briefe, S. 355
- <sup>57</sup> Kautsky S. 439; s. dazu Groh S. 705 ff.
- <sup>58</sup> BAV, Jb. 1914, S. 20. Die einleitenden grundsätzlichen Betrachtungen sind auch als Einzelbroschüre erschienen: August Winnig, der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters. Sonderdruck aus dem Jahrbuche 1914 des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Hamburg 1915. Im folgenden wird nach dieser Sonderausgabe zitiert.
- <sup>59</sup> ebda. S. 28 f.
- <sup>60</sup> zit. bei Zechlin a. a. O. S. 179, Groh S. 681; vgl. auch Hans Herzfeld, Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege, Leipzig 1928, S. 409. – Mit einer Ablehnung der Kriegskredite, so meinte Dittmann, würde die SPD »nicht nur einen Sturm der Entrüstung unter den Kriegern und den Daheimgebliebenen wachrufen, sondern die sozialistische Organisation würde von dem Unwillen des Volkes über den Haufen gefegt werden«; zit. bei Zechlin a. a. O. S. 179
- <sup>61</sup> Konrad Haenisch an Karl Radek, 4. 10. 1914; zit. bei Wohlgemuth S. 56f.; Groh S. 681; Sigel S. 35
- <sup>62</sup> Hugo Heinemann, Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit, Chemnitz o. J., S. 10 und 13; zu ähnlichen Empfehlungen Haenischs s. Sigel S. 40 ff.
- <sup>63</sup> Wolfgang Heine an Julie v. Vollmar, 30. 7. 1922; IISG, NI, Vollmar Nr. 2545; s. auch Groh a. a. O. S. 705
- <sup>64</sup> »Deutschland und Österreich–Ungarn vom russischen Zarismus bedroht, in seinen eigenen Grenzen angegriffen; in solcher Lage ist das ganze deutsche Volk einig. Da schweigen alle inneren Gegensätze.« Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften während des Krieges, in: SM 20 Nr. 17 (10. 9. 1914), S. 1079
- <sup>65</sup> s. Schwarz, Nürnberg, S. 110 und 222; Reulecke a. a. O. S. 211; Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 43
- <sup>66</sup> So Groh S. 706; vgl. auch Miller S. 68 f.

- <sup>67</sup> Retzlaw S. 28f. Zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft s. unten Kap. 6 und 12
- <sup>68</sup> Joh. Leimpeters, Was uns die Politik des 4. August brachte, in: Die Glocke Nr. 12 v. 15. 2. 1916, S. 684; vgl. auch die Schilderung in Karl Brögers autobiographischem Roman »Der Held im Schatten«, Jena 1919, S. 191ff.
- <sup>69</sup> vgl. hierzu die Bemerkungen über die Popularität des Krieges bei Hirschfeld, Sittengeschichte, I, S. 30ff.
- <sup>70</sup> David-Tagebuch S. 13, Eintragung vom 4. 8. 1914. Stampfer hatte dies schon Ende Juli im »Vorwärts« angedeutet; s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 288; der Artikel Stampfers vom 30. 7. 1914 ist abgedr. bei Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, 1. Bd., Dresden 1928, S. 239ff.; s. auch Richter S. 46ff.; Groh S. 702 und 721ff.; Miller S. 240ff.
- <sup>71</sup> David-Tagebuch S. 24f.; Eintragung vom 24. 8. 1914
- <sup>72</sup> Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften während des Weltkrieges, in: SM 20 (1914), S. 1083. Der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes äußerte die Erwartung, »daß für die Zukunft die Gewerkschaften durch Regierung und Gesetzgebung eine ihrem nützlichen Wirken entsprechende Bewertung finden werden«; Emil Döblin, in: Verband der Deutschen Buchdrucker, Rechenschaftsberichte 1914, S. 1; ähnlich Heinemann, Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit, S. 12
- <sup>73</sup> Polizeibericht vom 5. 12. 1913 über die Sitzung von SPD-Vorstand, Generalkommission und SPD-Reichstagsfraktion vom 29. 11. 1913, zit. bei Groh S. 604
- <sup>74</sup> s. ebda. S. 605
- <sup>75</sup> Corr.bl. Nr. 36 v. 7. 9. 1918, S. 335
- <sup>76</sup> 25. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und Bericht des Arbeitersekretariats Berlin für das Jahr 1914, Berlin 1915, S. 5. – In seinem Bericht über eine Reise nach Schweden im August 1914 schrieb Albert Südekum fast gleichlautend: »Es handelt sich um die Entscheidung über Deutschlands Existenz: Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage. – Wenn man dies klar erkannt hat, ergibt sich alles übrige wie von selbst. Man versteht dann die Haltung des deutschen Volkes wie die der deutschen Sozialdemokratie.« BA Koblenz, Nl. Südekum Nr. 167; s. im übrigen unten S. 219ff. und 487ff.
- <sup>77</sup> s. dazu Kautsky, Sozialisten und Krieg, S. 459f.
- <sup>78</sup> David-Tagebuch S. 17, Aufzeichnung vom 15. 8. 1914; zur Stichhaltigkeit der Präventivkriegsthese s. Fischer, Krieg der Illusionen, S. 663ff.; Groh S. 619ff.
- <sup>79</sup> David-Tagebuch S. 28
- <sup>80</sup> ebda. S. 17
- <sup>81</sup> vgl. dazu unten S. 244ff.
- <sup>82</sup> Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947, S. 20; vgl. auch seine Bemerkung ebda. S. 18: »Der Entschluß, die Kriegskredite zu bewilligen, war das Ergebnis nicht einer augenblicklichen Panikstimmung, sondern einer jahrelangen Entwicklung.« Vgl. auch Franz Josef Furtwängler, Männer, die ich sah und kannte, Hamburg 1951, S. 26
- <sup>83</sup> s. Corr.bl. Nr. 35 v. 29. 8. 1914, S. 513. In ASS 39(1914/15), S. 626, war von einer »Arbeitsmarktkatastrophe« die Rede; s. auch die Bemerkungen G. Bernhards in ASS 40 (1915), S. 74f. bzw. 159ff.; zur Arbeitslosigkeit nach Kriegsausbruch s. auch Gerhard Bry, Wages in Germany, 1871–1945, Ann Arbor 1967, S. 192; im übrigen unten Kap. 6
- <sup>84</sup> s. Corr.bl. Nr. 40 v. 3. 10. 1914, S. 562; Schwarz, Nürnberg, S. 121; für ähnliche Verhältnisse in München vgl. Heinrich Hillmayr, München und die Revolution von 1918/19, in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969, S. 463

- 85 Aufruf der Generalkommission vom 2. 8. 1914; abgedr. Corr.bl. Nr. 32 v. 8. 8. 1914, S. 486
- 86 s. das Prot. der freigewerkschaftlichen Vorständekonferenz vom 2. 8. 1914; Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 20
- 87 Prot. der Vorständekonferenz vom 17. 8. 1914; ebda. S. 42
- 88 ebda. S. 43
- 89 ebda. S. 42
- 90 ebda.
- 91 ebda. S. 43
- 92 s. ebda.
- 93 Prot. der Vorständekonferenz vom 2. 8. 1914; ebda. S. 18
- 94 Legien in der Vorständekonferenz vom 5. 8. 1914; ebda. S. 33
- 95 Prot. der Vorständekonferenz vom 2. 8. 1914; ebda. S. 22
- 96 Brey ebda. S. 19
- 97 s. die Warnung Bauers ebda. S. 18
- 98 ebda. S. 21
- 99 ebda. S. 19
- 100 ebda.
- 101 ebda. S. 18
- 102 Schumann ebda. S. 19
- 103 s. die Zahlen für Anfang September 1914 in: Corr.bl. Nr. 40 v. 3. 10. 1914, S. 562; vgl. dazu oben S. 85
- 104 s. Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, in: Umbreit/Lorenz, Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, S. 55
- 105 Brey in der Vorständekonferenz vom 2. 8. 1914; a. a. O. S. 18; s. auch die Äußerungen des Bevollmächtigten der Berliner DMV-Verwaltungsstelle, Adolf Cohen, ebda.
- 106 Legien ebda. S. 22
- 107 s. Corr.bl. Nr. 35 v. 29. 8. 1914, S. 517
- 108 s. ebda. Nr. 40 v. 3. 10. 1914, S. 562
- 109 Leipart in der Vorständekonferenz vom 2. 8. 1914, a. a. O. S. 20
- 110 ebda. S. 23
- 111 Aufruf der Generalkommission vom 2. 8. 1914, ebda. S. 23; veröff. Corr.bl. Nr. 32 v. 8. 8. 1914, S. 486
- 112 Prot. der Vorständekonf. vom 2. 8. 1914; a. a. O. S. 20
- 113 s. ebda. S. 21
- 114 Rundschreiben des Vorstandes des Holzarbeiterverbandes vom 3. 8. 1914; abgedr. in: HAV, Jb. 1914, S. 18
- 115 Prot. der Vorständekonferenz vom 5. 8. 1914; a. a. O. S. 29
- 116 Prot. der Vorständekonferenz vom 17. 8. 1914; ebda. S. 40
- 117 s. die Ausführungen Reichels vom DMV und Dörings vom Transportarbeiterverband in der Vorständekonferenz vom 15. 9. 1914; ebda. S. 59f.
- 118 ebda. S. 58
- 119 s. ebda.
- 120 Prot. der Vorständekonferenz vom 5. 8. 1914; ebda. S. 29
- 121 ebda. S. 31f.
- 122 ebda. S. 32f.
- 123 Mahler ebda. S. 30
- 124 Blum ebda. S. 32
- 125 ebda.
- 126 ebda. S. 29

- <sup>127</sup> ebda.
- <sup>128</sup> ebda. S. 32
- <sup>129</sup> ebda.
- <sup>130</sup> ebda.; ähnlich Wollmann für den Porzellanarbeiterverband, ebda.
- <sup>131</sup> ebda. S. 33
- <sup>132</sup> s. das Prot. der Vorstandekonferenz vom 17. 8. 1914; ebda. S. 39
- <sup>133</sup> ebda. S. 41
- <sup>134</sup> s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, a. a. O. S. 67f.
- <sup>135</sup> Prot. der Vorstandekonferenz vom 17. 8. 1914; S. 41
- <sup>136</sup> s. ebda. S. 46
- <sup>137</sup> ebda. S. 42
- <sup>138</sup> s. oben S. 85
- <sup>139</sup> Corr.bl. Nr. 35 v. 29. 8. 1914, S. 514; s. auch P. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, a. a. O. S. 59; s. auch ders., 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, 1890 - 1915. Erinnerungsschrift zum 25jährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1915, S. 142
- <sup>140</sup> s. Corr.bl. Nr. 35 v. 29. 8. 1914, S. 514
- <sup>141</sup> s. Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, S. 143, und ders., Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, a. a. O. S. 59f.; zur positiven Würdigung der Zurückhaltung der Regierung in der Arbeitslosenfrage durch die Arbeitgeber s. DAZ Nr. 44 v. 1. 11. 1914
- <sup>142</sup> s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 54
- <sup>143</sup> s. ebda. S. 50
- <sup>144</sup> Prot. der Vorstandekonferenz vom 15. 9. 1914; a. a. O. S. 57
- <sup>145</sup> ebda. S. 58
- <sup>146</sup> Robert Schmidt ebda.
- <sup>147</sup> Döblin ebda. S. 60
- <sup>148</sup> s. ebda. S. 62; die Resolution ist abgedr. Corr.bl. Nr. 38 v. 19. 9. 1914, S. 543f.
- <sup>149</sup> Anfang September 1914 war in allen Verbänden die Streikunterstützung abgeschafft, in 34 von 48 Verbänden ebenfalls die Gemaßregeltenunterstützung; in 3 Verbänden existierte sie nicht, 11 behielten sie bei. Die Krankenunterstützung lief nur in 5 Verbänden weiter; 6 Verbände kürzten sie, 32 stellten sie ganz ein. Die Arbeitslosenunterstützung blieb überall bestehen, mußte aber in 28 Gewerkschaften nach Dauer und Höhe erheblich reduziert werden. 32 Gewerkschaften führten in irgendeiner Form eine Kriegerfamilienunterstützung ein; s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 159f.; s. auch ders., Die deutschen Gewerkschaften während des Weltkrieges, in: SM 20 (1914). Bd. II, S. 1080. Einen Eindruck von den anfänglichen Verschiedenheiten des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens während des Krieges vermittelt die Zusammenstellung in Corr.bl. Nr. 40 v. 3. 10. 1914, S. 556ff. Vgl. im übrigen Ferdinand Blicks, Beiträge und Leistungen der deutschen Gewerkschaften in ihrer Entwicklung 1913- 1926, Diss. rer. pol. Dresden, Borna/Leipzig 1929
- <sup>150</sup> Legien in der Vorstandekonferenz vom 17. 8. 1914; a. a. O. S. 42. Dieser Beschluß wurde am 9. 2. 1915 bekräftigt und erst am 3. 12. 1918 aufgehoben; s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 160
- <sup>151</sup> Rob. Schmidt in der Vorstandekonferenz vom 2. 8. 1914, a. a. O. S. 20
- <sup>152</sup> s. die Ausführungen Kloths und Girbig's in der Vorstandekonferenz vom 17. 8. 1914; ebda. S. 48f.
- <sup>153</sup> Prot. der Vorstandekonferenz vom 2. 8. 1914; ebda. S. 21
- <sup>154</sup> Legien in der Vorstandekonferenz vom 17. 8. 1914; ebda. S. 47

- 155 ebda.
- 156 s. die Mitteilung Robert Schmidts in der Vorständekonferenz vom 2. 8. 1914; ebda. S. 21
- 157 Prot. der Vorständekonferenz vom 17. 8. 1914, ebda. S. 48
- 158 s. die Statistik in Corr.bl. Nr. 40 v. 3. 10. 1914, S. 562
- 159 Prot. der Vorständekonferenz vom 17. 8. 1914; a. a. O. S. 49. Beispiele für geringe Solidarität gab es auch innerhalb der Einzelgewerkschaften. Vorstand und Ausschuß des Sattlerverbandes z. B. riefen Mitte August 1914 alle arbeitenden Verbandsmitglieder auf, 10% ihres Wochenverdienstes als Kriegsunterstützung abzuführen. In Berlin wurde dieser Appell durchweg befolgt, in der Provinz hingegen nur vereinzelt; hier »feierte . . . der Partikularismus Orgien, indem einzelne Ortsverwaltungen die Gelder nicht nach Berlin sandten, sondern unter sich verteilten.« Verband der Sattler und Portefeuller, Unser Kriegsbuch, Berlin 1915, S. 7
- 160 Prot. der Vorständekonferenz vom 17. 8. 1914; a. a. O. S. 49
- 161 s. ebda.
- 162 s. die Ausführungen Deichmanns auf der Vorständekonferenz vom 15. 9. 1914, ebda. S. 57
- 163 s. die Ausführungen Duponts ebda. S. 57
- 164 s. die Ausführungen Eichhorns und Metzschkes ebda. S. 62
- 165 s. die Ausführungen Paepflows ebda. S. 57
- 166 Legien ebda. S. 56f.
- 167 Paepflow ebda. S. 64
- 168 ebda. S. 64
- 169 ebda.
- 170 ebda. S. 63; dazu Legien ebda. S. 65
- 171 ebda. S. 58
- 172 ebda. S. 65
- 173 s. ebda. S. 66
- 174 s. das Prot. der Vorständekonferenz vom 5. 8. 1914, ebda. S. 30ff., und vom 17. 8. 1914, ebda. S. 44f.
- 175 ebda. S. 45
- 176 s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 160
- 177 Corr.bl. Nr. 52 v. 26. 12. 1914, S. 661; zu entsprechenden Anstrengungen in Nürnberg s. Schwarz, Nürnberg, S. 124ff.
- 178 HAV, Jb. 1914, S. 299
- 179 Eine genaue Aufstellung findet sich in Corr.bl. Nr. 52 v. 26. 12. 1914, S. 661ff.
- 180 s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 59f.
- 181 s. ebda. S. 54
- 182 s. Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, Berlin 1917, S. 29
- 183 s. ders., Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 61f.
- 184 vgl. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 257; dort irrtümliche Datierung auf Dezember 1915
- 185 s. Corr.bl. Nr. 18 v. 1. 5. 1915, S. 197ff.
- 186 s. Umbreit, die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 63
- 187 s. Corr.bl. Nr. 18 v. 1. 5. 1915, S. 197ff.
- 188 Der Erlaß ist teilweise abgedr. ebda. Nr. 9 v. 27. 2. 1915, S. 97
- 189 s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Krieg, S. 54
- 190 s. ders., 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, S. 143

2. *Kapitel*

- <sup>1</sup> s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 89. Die Zahlen schließen die Landarbeiter und Hansangestellten ein.
- <sup>2</sup> s. dass. Jg. 1916, S. 79
- <sup>3</sup> s. dass. Jg. 1917, S. 59
- <sup>4</sup> s. Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (künftig zit.: ZBl.) Nr. 14 v. 6. 7. 1914, S. 217, und Nr. 18 v. 30. 8. 1915, S. 161
- <sup>5</sup> s. ZBl. Nr. 19 v. 11. 9. 1916, S. 149
- <sup>6</sup> s. ZBl. Nr. 18 v. 27. 8. 1917, S. 141
- <sup>7</sup> s. Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1913. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1915 (11. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), S. 33\*
- <sup>8</sup> s. Der Gewerkverein. Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) (künftig zit.: Gewerkverein) Nr. 49/50 v. 19. 6. 1915, S. 98
- <sup>9</sup> s. dass. Nr. 45/46 v. 3. 6. 1916, S. 90
- <sup>10</sup> s. dass. Nr. 45/46 v. 9. 6. 1917, S. 90
- <sup>11</sup> Tabelle 1 im Anhang. Zugrunde gelegt wurden die Angaben in der Statist. Beilage des Corr.bl. 1920, S. 4 ff.. Diese Angaben korrigieren an zahlreichen Stellen die Mitgliederzahlen, die die Gewerkschaften während des Krieges veröffentlichten; allerdings sind die Unterschiede unerheblich.
- <sup>12</sup> Tabelle 2 im Anhang. Mitgliederzahlen in Statist. Beilage des Corr.bl. 1915, S. 116; ZBl. Nr. 19 v. 11. 9. 1916, S. 149; Jb. der christl. Gewerkschaften 1918, S. 16
- <sup>13</sup> Tabelle 4 im Anhang. Mitgliederzahlen in Statist. Beilage des Corr.bl. 1915, S. 16; Gewerkverein Nr. 49/50 v. 19. 6. 1915, S. 98; dass. Nr. 45/46 v. 3. 6. 1916, S. 89; Statist. Beilage des Corr.bl. 1917, S. 72
- <sup>14</sup> s. Statistische Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 89
- <sup>15</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 1. Juni 1914 bis 31. Mai 1919, Berlin 1919, S. 8. Die dort angegebenen Prozentwerte sind auf die jeweils gleichzeitigen Mitgliederzahlen bezogen.
- <sup>16</sup> Die christlichen Gewerkschaften meldeten im September 1915 annähernd die Hälfte ihrer Mitglieder als eingezogen; s. ZBl. Nr. 20 v. 27. 9. 1915, S. 183
- <sup>17</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 297f.
- <sup>18</sup> FAV, Jb. 1914, S. 183
- <sup>19</sup> BAV, Jb. 1914, S. 114
- <sup>20</sup> ebda. S. 148
- <sup>21</sup> ebda. S. 116 und 142. Ähnliches berichtete der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1914, S. 22 und 24, aus den Bezirken Magdeburg bzw. Hannover.
- <sup>22</sup> s. FAV, Jb. 1914, S. 193
- <sup>23</sup> BAV, Jb. 1914, S. 116
- <sup>24</sup> s. Verband der Sattler und Portefeuller, Unser Kriegsbuch, Berlin 1919, S. 6f.; BAV, Jb. 1914, S. 141
- <sup>25</sup> ebda. S. 115
- <sup>26</sup> ebda. S. 119
- <sup>27</sup> BAV, Jb. 1915, S. 102
- <sup>28</sup> s. FAV, Jb. 1915, S. 105
- <sup>29</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 75; s. auch die Ausführungen des Plauener Delegierten Mocker auf der GV des Verbandes der Maler 1919, Prot. S. 71

- 30 s. Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914-1918*, Princeton, 1966, S. 52 ff.
- 31 Für die Bergarbeiter s. außer Tabelle 1 auch Verband der Bergarbeiter Deutschlands (künftig zit.: Bergarb.verb.), Geschäftsbericht (künftig zit.: GBer.) für die Jahre 1915 und 1916, Bochum 1917, S. 128 ff.
- 32 s. FAV, Jb. 1915, S. 46 f., und Jb. 1916, S. 73
- 33 s. Der DMV 1914, S. 21 f.
- 34 s. Der DMV 1915, S. 33
- 35 ebda.; vgl. auch ASS 42 (1916/17), S. 290 f.
- 36 FAV, Jb. 1915, S. 111. Zur »Massenabwanderung« von Buchdruckereihilfsarbeitern in die Kriegsindustrie s. Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht 1916, S. 6
- 37 s. oben S. 93
- 38 s. Umbreit, *Die deutschen Gewerkschaften im Kriege*, a. a. O. S. 162 f.
- 39 s. BAV, Jb. 1914, S. 127 ff.
- 40 s. BAV, Jb. 1916, S. 76
- 41 HAV, Jb. 1914, S. 94
- 42 s. FAV, Jb. 1914, S. 101 f.
- 43 s. FAV, Jb. 1915, S. 46 f.
- 44 s. z. B. Der Deutsche Buchbinder-Verband im Jahre 1914, Berlin 1915, S. 25; Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jahrbuch für 1914, Berlin 1915, S. 288
- 45 BAV, Jb. 1915, S. 78
- 46 ebda. S. 79 f.
- 47 ebda. S. 79
- 48 ebda. S. 81
- 49 ebda.
- 50 ebda.
- 51 ebda.
- 52 s. ebda. S. 78
- 53 ebda. S. 79 f.; weitere Beispiele ebda. S. 82 und 112
- 54 s. FAV, Jb. 1915, S. 135; für das Magdeburger Krupp-Gruson-Werk s. BAV, Jb. 1915, S. 102
- 55 s. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1916, S. 137
- 56 s. Der DMV 1915, S. 160
- 57 Der DMV 1916, S. 183
- 58 s. unten S. 306 ff.
- 59 FAV, Jb. 1915, S. 201
- 60 BAV, Jb. 1914, S. 131. Der Mitgliederschwund der Stukkateure erklärt sich daraus, daß ihre Tätigkeit wegen ihres ausgeprägten Luxuscharakters ungewöhnlich krisenanfällig war.
- 61 s. BAV, Jb. 1914, S. 131
- 62 vgl. ebda. S. 129
- 63 BAV, Jb. 1915, S. 97
- 64 ebda. S. 82
- 65 ebda. S. 85
- 66 s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1917, S. 54
- 67 s. ebda. S. 59
- 68 s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1916, S. 79
- 69 Berechnet nach Statist. Beilage des Corr.bl. Jg. 1915, S. 90, und Jg. 1917, S. 59
- 70 s. unten S. 203 ff.

- 71 Die Berliner Delegierte Martha Maaß auf der GV des DMV 1915, Prot. S. 95  
 72 ebda.  
 73 s. dazu unten S. 208  
 74 s. zum folgenden Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 126  
 75 BAV, Jb. 1915, S. 94  
 76 ebda.  
 77 s. ebda. S. 132 ff.; BAV, Jb. 1916, S. 91 ff.  
 78 Gauleiter Discherl in der GV des Zentralverbandes der Glasarbeiter 1919 in Jena, Prot. S. 126  
 79 s. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1914, S. 298  
 80 s. Verband der Dt. Buchdrucker, Rechenschaftsberichte 1918, S. 61  
 81 s. FAV, Jb. 1915, S. 57; Zentralverband der Bäcker, Jb. 1916, S. 341  
 82 s. die Angaben in Anm. 77  
 83 s. FAV, Jb. 1915, S. 57  
 84 BAV, Jb. 1915, S. 98  
 85 BAV, Jb. 1914, S. 113  
 86 ebda. S. 134  
 87 s. BAV, Jb. 1916, S. 84  
 88 Bergarb.verb., GBer. 1913/14, S. 193  
 89 BAV, Jb. 1915, S. 113  
 90 ebda. S. 87. Die Zahlstelle Mühlhausen des Buchdruckereihilfsarbeiterverbandes ging ein; s. Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1914, S. 19. Im Hutarbeiterverband kam 1915 in Straßburg und Kehl das Versammlungsleben »gänzlich zum Stillstand«; Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter, Jber. 1915, S. 5  
 91 s. Aufruf der Generalkommission vom 2. 8. 1914; abgedr. Corr.bl. Nr. 32 v. 8. 8. 1914, S. 486  
 92 s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, a. a. O. S. 163  
 93 BAV, Jb. 1914, S. 151  
 94 s. ebda. S. 117  
 95 ebda. S. 114  
 96 ebda. S. 145  
 97 ebda. S. 147  
 98 ebda. S. 145  
 99 ebda. S. 143; s. auch ebda. S. 147  
 100 BAV, Jb. 1915, S. 80  
 101 ebda. S. 109; ähnlich FAV, Jb. 1915, S. 135  
 102 BAV, Jb. 1914, S. 39  
 103 s. BAV, Jb. 1915, S. 108  
 104 Verband der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 8  
 105 BAV, Jb. 1915, S. 80  
 106 Die Rechenschaftsberichte 1914–18 nahezu aller Einzelgewerkschaften enthalten unzählige Bemerkungen hierzu.  
 107 BAV, Jb. 1914, S. 141  
 108 s. u. a. ebda. S. 75, 82, 83, 85, 99, 101, 106, 112; FAV, Jb. 1914, S. 161; ders., Jb. 1915, S. 48; ders., Jb. 1916, S. 133  
 109 Jber. des Gewerkschaftskartells Darmstadt für das Geschäftsjahr 1916, Darmstadt 1917, S. 6  
 110 Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Rechenschaftsbericht des Vorstandes zur 7. ordentl. Generalversammlung in Würzburg, Berlin 1919, S. 20



- <sup>111</sup> Der DMV 1914, S. 198. – Der Bäckerverband z. B. meldete 1914 den Verlust der Hälfte aller Vorsitzenden und Kassierer der Ortsgruppen; im gleichen Zeitraum aber hatte er von 42 Angestellten in den Zweigvereinen nur 8 verloren; s. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1914, S. 141, und Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 113
- <sup>112</sup> Der DMV 1914, S. 198
- <sup>113</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 161
- <sup>114</sup> FAV, Jb. 1915, S. 139
- <sup>115</sup> ders., Jb. 1916, S. 164
- <sup>116</sup> Berechnet nach Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 113, Jg. 1916, S. 89, und Jg. 1917, S. 69
- <sup>117</sup> s. FAV, Jb. 1915, S. 90
- <sup>118</sup> s. z. B. BAV, Jb. 1914, S. 240; dass. 1915, S. 169; dass. 1916, S. 164; Der Deutsche Buchbinderverband 1916, S. 10
- <sup>119</sup> s. z. B. Deutscher Kürschner-Verband, Jber. 1916, S. 8
- <sup>120</sup> s. dass. 1917, S. 6
- <sup>121</sup> Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter, Jber. 1915, S. 4
- <sup>122</sup> Im DMV, in dem die Branchenorganisation am weitesten ausgebaut war, ging die Zahl der Branchenversammlungen von 413 im Jahre 1913 auf 316 1914 (–23%), 67 1915 (–80%) und 89 1916 (–78%, bezogen jeweils auf den Vorkriegsstand) zurück; s. Der DMV 1913, S. 288; dass. 1914, S. 192; dass. 1915, S. 163; dass. 1916, S. 186
- <sup>123</sup> s. z. B. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1916, S. 139; Gutenbergbund, Geschäfts- und Kassenbericht für das Rechnungsjahr 1917, Berlin 1918, S. 18. – Die Gesamtausgaben aller freien Gewerkschaften (ausgenommen Landarbeiter und Hausangestellte) für Bibliotheken, Unterrichtskurse und sonstige Bildungszwecke gingen von 428072 RM 1913 über 185 121RM 1914 und 171 361 RM 1915 auf 147342 RM 1916 zurück, also um rund zwei Drittel. S. hierzu Statistische Beilage des Corr.bl., Jg. 1914 S. 187; Jg. 1915, S. 97; Jg. 1916, S. 83; Jg. 1917, S. 63
- <sup>124</sup> s. z. B. Verband der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 46
- <sup>125</sup> s. Gutenbergbund, GBer. 1918, S. 24
- <sup>126</sup> Redakteur Schneider in seinem Bericht vor dem VT des FAV 1917; Prot. S. 43
- <sup>127</sup> s. Bericht über das 25jährige Jubelfest und Protokoll der 15. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, abgehalten vom 24.–27. 8. 1919 zu Essen, Essen o. J., S. 167; wegen der Zensureingriffe stellte er ebenfalls den Abdruck von Feldpostbriefen ein; s. ebda. S. 166
- <sup>128</sup> s. den Redaktionsbericht Schneiders vor dem VT des FAV 1917, a. a. O. S. 43
- <sup>129</sup> s. HAV, Prot. VT 1919, S. 23; die Zeitung erschien unter dem Titel: Feldpost-Zeitung für die im Felde stehenden Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Hrsg. vom Verbandsvorstand, Berlin, Nr. 1–4 (Juni 1916 – Oktober 1918). Der Bauarbeiterverband förderte 1916 die Versendung der Verbandszeitung an die Mitglieder im Heer; s. BAV., Jb. 1916, S. 68
- <sup>130</sup> Berechnet aufgrund der in Anm. 116 erwähnten Angaben.
- <sup>131</sup> Zu den 13 von 26 Mitarbeitern z. B., die das Hauptbüro des FAV bis Ende 1916 verlor, gehörten weder einer der beiden Vorsitzenden, der beiden Vorstandssekretäre noch der Redakteur des Verbandsorgans, sondern lediglich solche Angestellte, deren Tätigkeit während des Krieges ohnehin lahmgelegt war oder wegen des Mitgliederrückgangs abnahm: ein Kassierer, zwei Agitationsleiter, zwei Expedienten, je ein Mitarbeiter der Unterstützungsabteilung, der Abteilung für Statistik und derjenigen für die Ausstellung der Bücher für Übertretende sowie vier Angestellte der Mitgliederregistratur und eine Stenotypistin; s. FAV, Jb. 1916, S. 181
- <sup>132</sup> Z. B. bei den Verbänden der Asphaltarbeiter, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachdek-

- ker, Friseur, Gärtner, Glaser, Hutmacher, Kürschner, Schiffszimmerer, Steinarbeiter, Tapezierer und Zivilmusiker; s. *Statist. Beilage des Corr.bl.*, Jg. 1917, S. 69
- <sup>133</sup> Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in den Jahren 1914/21 nebst Berichte über die Verbandstage und Reichskonferenzen in den Jahren 1914/22. Hrsg. vom Verbandsvorstand, Köln o. J., S. 171
- <sup>134</sup> So z. B. der Bezirksleiter des christlichen Holzarbeiterverbandes für Nordbayern; s. ebda. S. 180. – Zu ähnlichen Arbeitsbedingungen August Winnigs in den ersten beiden Kriegsjahren s. August Winnig, *Der weite Weg*, Hamburg 1932, S. 358 ff.
- <sup>135</sup> s. unten S. 276 ff.

### *3. Kapitel*

- <sup>1</sup> DAZ Nr. 32 v. 9. 8. 1914
- <sup>2</sup> Tänzler, *Kriegsaufgaben der Arbeitgeberverbände*, in: *Der Arbeitgeber. Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände*, Nr. 16 v. 15. 8. 1914, S. 173 f.
- <sup>3</sup> s. ASS 41 (1916), S. 284 ff.
- <sup>4</sup> *Deutsche Wacht* (künftig zit.: DW) Nr. 36 v. 1. 11. 1914, S. 273 f.
- <sup>5</sup> s. den Artikel über die Deutsche Vereinigung (künftig abgekürzt: DV) in: *Bürgerl. Parteien*, Bd. 1, S. 629 ff.; Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897–1918*, Köln/Berlin 1970, S. 48 ff.
- <sup>6</sup> s. den Artikel über den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (künftig abgekürzt: RgS) in: *Bürgerl. Parteien*, Bd. 2, S. 620 ff.; Stegmann S. 47 f.; 10 Jahre Reichsverband. Festgabe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Berlin zum 9. Mai 1914, Berlin 1914
- <sup>7</sup> Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Sonderausgabe vom 27. 8. 1914
- <sup>8</sup> s. die Mitteilung Jensens auf der Kriegstagung des Hauptausschusses vom Mai 1915; Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, *Niederschrift über die außerordentliche Kriegstagung (5. Jahrestagung) am 14. und 15. Mai 1915 zu Berlin*, Berlin 1915, S. 10
- <sup>9</sup> s. ASS 39 (1914/15), S. 630
- <sup>10</sup> DW Nr. 36 v. 1. 11. 1914, S. 273 f.
- <sup>11</sup> Lewald an Emilie v. Kerkhoff, 26. 8. 1914; zit. bei Willibald Gutsche, *Die Beziehungen zwischen der Regierung Bethmann Hollweg und dem Monopolkapital in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges*, *Habil.-Schrift Humboldt-Universität Berlin* 1967, S. 151
- <sup>12</sup> Aufzeichnung Schiffers vom September 1914; *GStA Berlin-Dahlem*, Rep. 92, Nl. Schiffer Nr. 3, Bl. 409
- <sup>13</sup> s. zu diesem Besuch den Bericht in: *Corr.bl.* Nr. 48 v. 28. 11. 1914, S. 629 f.; zur Anregung Schiffers s. dessen Aufzeichnung vom September 1914
- <sup>14</sup> Der entsprechende Erlaß des preußischen Innenministers ist auszugsweise abgedr. in: HAV, Jb. 1914, S. 211; s. im übrigen unten S. 168 ff.
- <sup>15</sup> Schreiben des preußischen Kriegsministers v. Falkenhayn an den Vorwärts-Redakteur Arthur Stadthagen vom 31. 8. 1914; abgedr. DMA II, 1, S. 28; Deist I, S. 196 f.; vgl. auch die Bedenken des preußischen Innenministers v. Loebell gegen diesen Erlaß in seinem Schreiben an Bethmann Hollweg vom 5. 9. 1914, abgedr. ebda. S. 198 ff., und die Antwort Falkenhayns an Loebell vom 3. 10. 1914, abgedr. ebda. S. 204 ff.
- <sup>16</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 1, S. 420
- <sup>17</sup> s. ebda. S. 433

- <sup>18</sup> s. Kaun S. 19; zu derartigen Urteilen s. Saul, Staat, S. 211 ff.; vgl. auch unten S. 387 ff.
- <sup>19</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 432 f.
- <sup>20</sup> So die Begründung der Polizeibehörde Kotzenau bei Liegnitz für die auf Anordnung des RP in Liegnitz ergangene Rücknahme der Politischerklärung der DMV-Verwaltungsstelle Kotzenau; abgedr. in: Der DMV 1914, S. 44
- <sup>21</sup> s. Corr. bl. Nr. 40 v. 3. 10. 1914, S. 568; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 433
- <sup>22</sup> Aufzeichnung Schiffers vom Sept. 1914; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 92, Nl. Schiffer Nr. 3 Bl. 410
- <sup>23</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 76 und 85
- <sup>24</sup> s. ZBl. Nr. 18 v. 30. 8. 1915, S. 165, und Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. 1. 1913 bis 31. 3. 1919, S. 15 f.
- <sup>25</sup> s. Corr. bl. Nr. 5 v. 30. 1. 1915, S. 45
- <sup>26</sup> s. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jber. 1915, S. 9
- <sup>27</sup> Zur Handhabung des Belagerungszustands-Gesetzes s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 413 ff.; Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik, insbes. Kap. I
- <sup>28</sup> s. oben S. 108 ff.
- <sup>29</sup> Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, 2. Teil, S. 32
- <sup>30</sup> s. ebda. S. 33
- <sup>31</sup> Denkschrift des preußischen Innenministers Drews an Wilhelm II., Anfang Februar 1918, abgedr. in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Leo Stern, Bd. 4: Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Teil III, Berlin 1955 (künftig zit.: AF), S. 1048 ff.; das Zitat ebda. S. 1049
- <sup>32</sup> ebda. S. 1050
- <sup>33</sup> David-Tagebuch S. 25; Aufzeichnung vom 24. 8. 1914
- <sup>34</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 429
- <sup>35</sup> So dieselbe Denkschrift vom Oktober 1914; s. ebda. und Gutsche S. 186
- <sup>36</sup> Delbrück an Bethmann Hollweg, 13. 9. 1914; zit. bei Fischer, Krieg der Illusionen, S. 773; vgl. auch Richter S. 48 ff.
- <sup>37</sup> Denkschrift vom Oktober 1914, zit. nach Gutsche S. 186. Sehr deutlich formulierte diesen Gedanken auch der sächsische Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt in einer Instruktion an den sächsischen Gesandten in Berlin: »Wenn aber jemals der Versuch gemacht werden soll, die Arbeiterschaft aus sich heraus zu einer politischen Gesundung zu führen, so ist dies nur in Zeiten der nationalen Erhebung möglich, wie wir sie jetzt erleben. Eine günstigere Gelegenheit dürfte in den nächsten 100 Jahren kaum je wieder kommen. Der Versuch muß daher gemacht werden.« Abgedr. u. a. bei Kuczynski, Ausbruch, S. 205 ff.; Deist, Bd. I, S. 199 Anm. 5
- <sup>38</sup> Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, Teil 2, S. 33
- <sup>39</sup> David-Tagebuch S. 25; vgl. dazu Delbrücks Aufzeichnung über diese Unterredung, abgedr. bei Kuczynski, Ausbruch, S. 207 ff.
- <sup>40</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 425
- <sup>41</sup> s. ebda. S. 425 ff.; dass. Bd. 2, S. 223 ff.
- <sup>42</sup> Der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, in einem Bericht vom 4. 6. 1914 über ein Gespräch mit Bethmann Hollweg; abgedr. in: Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrage des Bayerischen Landtags hrsg. von Pius Dirr, 3. Aufl. München/Berlin 1925, S. 113
- <sup>43</sup> s. hierzu insbes. Fischer, Krieg der Illusionen, passim; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, Einleitung; s. auch Kurt Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende. Die

- politische Krise in Deutschland am Vorabend des 1. Weltkrieges, Berlin 1960; Stegmann S. 293 ff. und 421 ff.
- 44 Korrespondenz des BdL vom 29. 7. 1914, S. 117; zit. bei Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 719
- 45 Brief Bendixens vom 18. 8. 1914; abgedr. in: Friedrich Bendixen, *Politische Briefe aus den Jahren des Weltkrieges*, Berlin 1919, S. 16
- 46 *Alldeutsche Blätter*, Sondernummer vom 3. 8. 1914, S. 285; zit. in: *Bürgerl. Parteien*, Bd. 1, S. 14
- 47 Claß an Gebsattel, 11. 8. 1914; zit. ebda.
- 48 So Bethmann Hollweg gegenüber dem württembergischen Ministerpräsidenten v. Weizsäcker am 13. 5. 1917; zit. bei Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des Militarismus in Deutschland*. Bd. 3: *Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914–1917)*, München 1964, S. 591, Anm. 24
- 49 s. Groh S. 701 f.
- 50 s. Heinrich Claß, *Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich*, Leipzig 1932, S. 320
- 51 ebda. S. 321
- 52 Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Arbeitnordwest), Düsseldorf, an seine Vorstandsmitglieder, 5. 9. 1914; HA/GHH, 30019324/8
- 53 Mannesmann-Röhrenwerke an VDA, 2. 9. 1914; ebda.
- 54 Reusch an Arbeitnordwest, 9. 9. 1914; ebda.
- 55 Protokoll der Vorstandssitzung von Arbeitnordwest vom 14. 9. 1914 in Düsseldorf; ebda. Zum VdESI s. Feldman/Homberg, *Industrie und Inflation*, S. 42 f.
- 56 VDA an Mannesmann-Röhrenwerke Düsseldorf, 11. 9. 1914; HA/GHH 30019324/12. Dessenungeachtet gewährten allerdings auch einzelne Unternehmen der Ruhrindustrie ihren Arbeitern anfänglich relativ großzügige Kriegsunterstützungen. In der GHH z. B. wurde sofort eine Unterstützungskasse eingerichtet, welche – gleichmäßig aus Beiträgen des Werkes und Lohnabzügen der Belegschaft gespeist – den Familien der eingezogenen Arbeiter eine Unterstützung in gleicher Höhe wie die Reichsunterstützung zahlte; denselben Familien wurde ebenfalls die Miete für die Werkwohnungen erlassen; sofern sie in privaten Mietwohnungen untergebracht waren, übernahm die Werksverwaltung, mit den Wohnungsinhabern über Mietermäßigungen zu verhandeln und Zwangsräumungen zu vermeiden. s. Reusch an Hugenberg, 31. 7. 1914; HA/GHH 30019390/17
- 57 Wangenheim an Roesicke, 9. 9. 1914; zit. bei Stegmann S. 450
- 58 Roesicke an Wangenheim, 20. 9. 1914; zit. bei Gutsche S. 153; s. auch Flemming S. 133
- 59 zit. bei Kuno Graf Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, Bd. 2, Berlin 1935, S. 307; s. auch Willibald Gutsche, *Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers. Theobald von Bethmann Hollweg 1856–1921. Ein politisches Lebensbild*, Berlin (Ost) 1973, S. 156
- 60 Aufzeichnung Hertlings vom 2. 12. 1914; GStAM, MA I, 962, jetzt abgedruckt in: *Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld*, hrsg. und eingeleitet von Ernst Deuerlein, Boppard 1973, 1. Teil, S. 358
- 61 Kirdorf in der Hauptversammlung der Gelsenkirchener Bergbau AG im April 1915; zit. nach ZBl. Nr. 9. v. 26. 4. 1915, S. 88; s. auch Bethmann Hollweg an Treutler, 4. 4. 1915, in: *Die graue Exzellenz. Zwischen Staatsräson und Vasallentreue. Aus den Papieren des kaiserlichen Gesandten Karl Georg von Treutler*. Hrsg. und eingeleitet

- von Karl-Heinz Janßen, Frankfurt/Berlin/Wien 1971, S. 228. Zwei Monate später wandte Kirdorf sich im Namen der Ruhrindustriellen entschieden dagegen, den Führern der »bisher wenigstens staatsfeindlichen Parteien«, einen »besonderen Vorzug« einzuräumen, weil hierdurch die »Demokratisierung Deutschlands« gefördert, »seine besten Kräfte geschwächt« und schließlich sein »Bestand« gefährdet würden; Vortrag Kirdorfs vor dem Militärbefehlshaber des VII. Korpsbezirks, Frhr. v. Gayl, am 15. 5. 1915, zit. bei Stegmann S. 481 f.
- <sup>62</sup> Lerchenfeld an Hertling, 2. 5. 1915 über ein Treffen zwischen Vertretern des CDI und BdL, der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums; Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, 1. Teil, S. 432; s. im übrigen Stegmann S. 449 ff.
- <sup>63</sup> s. Leopold, Hugenberg, S. 8 ff.
- <sup>64</sup> Wangenheim an Roesicke, 30. 11. 1915; zit. bei Stegmann S. 453 f.
- <sup>65</sup> Gebtsattel an Claß, 12. 9. 1914; zit. ebda. S. 484 Anm. 220
- <sup>66</sup> Hugenberg in der Sitzung des Unterausschusses des Kriegsausschusses der deutschen Industrie zur Vorberatung der national- und wirtschaftspolitischen Ziele, 7. 11. 1914; zit. ebda. S. 455; Gutsche, Beziehungen, S. 18; Feldman S. 136
- <sup>67</sup> Wangenheim an seinen zweiten Sohn, 23. 10. 1914, in: Conrad Frhr. v. Wangenheim-Klein-Spiegel. 1. Lebensbild, II. Briefe und Reden, hrsg. von H. v. Wangenheim, Berlin 1934, S. 101
- <sup>68</sup> Bethmann Hollweg, Betrachtungen, II, S. 31
- <sup>69</sup> s. Stegmann S. 454; dort Einzelangaben; im übrigen Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Aufl. Düsseldorf 1964, passim
- <sup>70</sup> Schreiben des Vorstandes des Deutschen Holzarbeiterverbandes an den Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, 5. 8. 1914; abgedr. in: HAV, Jb. 1914, S. 28; s. auch Kaun S. 7 und 11 f.
- <sup>71</sup> C. Rahardt, der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, an Leipart, 5. 8. 1914; abgedr. HAV, Jb. 1914, S. 28 f.
- <sup>72</sup> Aufruf des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe und der drei Holzarbeitergewerkschaften vom 8. 9. 1914; abgedr. ebda. S. 29 f. Mit dem Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverband schloß der Holzarbeiterverband zwei Wochen später eine ähnliche Vereinbarung; s. ebda. S. 31
- <sup>73</sup> »Es darf erwartet werden, daß aus dieser Bewegung die erfreulichsten Erfolge für eine sachliche Stellungnahme der Arbeitgeber und Arbeiter zu vielen Fragen des gewerblichen Lebens erwachsen werden.« Mitteilungen aus der Konservativen Partei Nr. 40 v. 30. 9. 1916, S. 634. – Das Jahrbuch der christl. Gewerkschaften 1918, S. 26, wertete die Arbeitsgemeinschaften als »Symptom dafür, daß auch die neuzeitliche Wirtschaftsgestaltung noch Möglichkeiten in sich birgt, an die wir ... kaum noch zu glauben wagten«, das Organ der H.-D. Gewerkvereine als Beleg dafür, daß »das Prinzip der friedlichen Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern ... sich glänzend bewährt« habe. »Wenn in der Zukunft uns wieder einmal das Wort ›Harmonieduselei‹ entgegengeworfen wird, dann werden wir auf die Vorgänge während des Krieges verweisen und zeigen, wie nützlich die von uns gepredigte ›Harmonieduselei‹ gewesen ist.« Gewerkverein Nr. 1/2 v. 2. 1. 1915, S. 1
- <sup>74</sup> s. die Ausführungen Leiparts in der Vorstandskonferenz vom 15. 9. 1914; Prot. Vorstandskonferenzen 1914/15, S. 67 ff.
- <sup>75</sup> ebda. S. 71
- <sup>76</sup> s. ebda.
- <sup>77</sup> Generalkommission an VDA, 25. 11. 1914; abgedr. ebda. S. 90; Kaun S. 13 f.; Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolu-

- tionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924, S. 172; Richter S. 60f.
- <sup>78</sup> s. die Ausführungen Legiens in der Vorständekonferenz vom 8. 2. 1915; Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 83, und die Bemerkungen Bauers, ebda. S. 90f.
- <sup>79</sup> s. ebda. S. 91. Am 24. 2. 1915 teilte die VDA der Generalkommission lediglich mit, daß ihre Anregung in der nächsten VDA-Vorstandssitzung behandelt werde; eine weitere Antwort blieb aus; s. Kaun S. 14f.
- <sup>80</sup> s. den Beitrag über den Deutschen Industrieschutzverband in: Bürgerl. Parteien, Bd. 1, S. 476ff.
- <sup>81</sup> s. HAV, Jb. 1914, S. 31
- <sup>82</sup> ebda. S. 276
- <sup>83</sup> s. ebda. S. 38f.; Corr.bl. Nr. 43 v. 24. 10. 1914, S. 591f.; DAZ Nr. 34 v. 23. 8. 1914 und Nr. 42 v. 18. 10. 1914; Der Arbeitgeber Nr. 20 v. 15. 10. 1914, S. 198; Kaun S. 12
- <sup>84</sup> s. Corr.bl. Nr. 40 v. 3. 10. 1914, S. 567 und Nr. 43 v. 24. 10. 1914, S. 592; ZBl. Nr. 24 v. 23. 11. 1914, S. 325
- <sup>85</sup> s. Corr.bl. Nr. 37 v. 12. 9. 1914, S. 535f. und Nr. 38 v. 19. 9. 1914, S. 544, sowie den Aufsatz von Emil Döblin über »Kriegsarbeitsgemeinschaften« im Buchdruckergewerbe, Corr.bl. Nr. 37 v. 11. 9. 1915, S. 414ff.; ZBl. Nr. 18 v. 30. 8. 1915, S. 158; Gutenbergbund, GBer. 1915, S. 12; vgl. auch Egon Braun, Wandlungen des Arbeitgeberstandpunktes in der deutschen Industrie seit Beginn des 20. Jahrhunderts, Diss. iur. Tübingen 1927, S. 30
- <sup>86</sup> s. Corr.bl. Nr. 48 v. 28. 11. 1914, S. 631f. und Nr. 11 v. 13. 3. 1915, S. 125f.
- <sup>87</sup> s. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1914, S. 342ff.; ders., Jb. 1915, S. 137ff.; Corr.bl. Nr. 44 v. 30. 10. 1915, S. 483f.
- <sup>88</sup> s. ZBl. Nr. 18 v. 30. 8. 1915, S. 158; vgl. auch Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 19 und 71f.
- <sup>89</sup> s. ZBl. Nr. 5 v. 1. 3. 1915, S. 47; Corr.bl. Nr. 40 v. 2. 10. 1915, S. 444; vgl. zu diesen Arbeitsgemeinschaften auch Heinrich Stühmer, Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften, in: SM 22 (1916), Bd. 2, S. 690ff.; Kaun S. 7ff.; Preller S. 71f.; Josef Streicher, Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit 1918. Eine Untersuchung über die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Parteien unter bes. Berücksichtigung ihrer Organisationen, der Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Diss. iur. Freiburg 1927, S. 14ff.
- <sup>90</sup> s. Verband der Sattler und Portefeuller, Unser Kriegsbuch, S. 14f.
- <sup>91</sup> Zur Arbeitsgemeinschaft in der Landwirtschaft s. Franz Oppenheimer, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Erinnerungen, Berlin 1931, S. 223, und Flemming S. 146
- <sup>92</sup> s. Der Deutsche Buchbinder-Verband im Jahre 1914, S. 21; Corr.bl. Nr. 43 v. 23. 10. 1915, S. 474f.
- <sup>93</sup> HAV, Jb. 1914, S. 39
- <sup>94</sup> s. ebda. S. 30
- <sup>95</sup> s. BAV, Jb. 1914, S. 89ff.
- <sup>96</sup> s. Gewerkverein Nr. 1/2 v. 2. 1. 1915, S. 2
- <sup>97</sup> s. BAV, Jb. 1914, S. 167ff.
- <sup>98</sup> s. ebda. S. 89ff.
- <sup>99</sup> ebda. S. 169
- <sup>100</sup> s. zum folgenden HAV, Jb. 1914, S. 238ff.
- <sup>101</sup> A. Neumann, Die Kriegsarbeitsgemeinschaften im Holzgewerbe, in: Corr.bl. Nr. 33 v. 28. 8. 1915, S. 391
- <sup>102</sup> HAV, Jb. 1914, S. 307
- <sup>103</sup> ebda. S. 308

- <sup>104</sup> s. ebda. S. 35 f.
- <sup>105</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 127
- <sup>106</sup> Gewerkverein Nr. 45/46 v. 5. 6. 1915, S. 89
- <sup>107</sup> Hermann Silberschmidt, Die Kriegerarbeitsgemeinschaft im Baugewerbe, in: Corr.bl. Nr. 34 v. 21. 8. 1915, S. 376
- <sup>108</sup> BAV, Jb. 1915, S. 123
- <sup>109</sup> s. ebda. S. 126
- <sup>110</sup> HAV, Jb. 1915, S. 260
- <sup>111</sup> BAV, Jb. 1915, S. 127 f.
- <sup>112</sup> Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jahrbuch für 1915, Barmen 1916, S. 16
- <sup>113</sup> s. Gewerkverein Nr. 45/46 v. 5. 6. 1915, S. 89; Hans Greis, Die inneren Beziehungen der Arbeitergewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebiets während des Krieges und in der Nachkriegszeit, Diss. rer. pol. Köln 1925, S. 21; vgl. auch Walter Neumann, Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit, Köln 1951, S. 158
- <sup>114</sup> s. DAZ Nr. 28 v. 9. 7. 1916
- <sup>115</sup> A. Neumann, Die Kriegerarbeitsgemeinschaften im Holzgewerbe, a. a. O. S. 391
- <sup>116</sup> s. ebda.
- <sup>117</sup> HAV, Jb. 1915, S. 260
- <sup>118</sup> s. ebda. S. 304
- <sup>119</sup> s. ebda. S. 280 ff.
- <sup>120</sup> zit. bei Neumann a. a. O. S. 391
- <sup>121</sup> ebda. – Daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes 1915 trotzdem nur Zustimmungserklärungen zur Arbeitsgemeinschaft erhalten haben will, »und zwar aus allen Städten«, wie Leipart zur Verteidigung seiner Politik nach Kriegsende behauptete (HAV, Prot. VT 1919, S. 146), klingt hiernach wenig überzeugend und ließe sich allenfalls daraus erklären, daß die Arbeiter die Arbeitsgemeinschaft schon 1915 in allen Orten abgeschrieben hatten, wo sie nicht funktionierte, und sie in ihren Berichten deshalb nicht weiter erwähnten.
- <sup>122</sup> Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jahrbuch für 1915, S. 16
- <sup>123</sup> 25 Jahre Arbeitnordwest, 1904–1929. Hrsg. aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens vom Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin o. J., S. 65
- <sup>124</sup> Bauer in der Vorständekonferenz vom 8. 2. 1915; Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 89 f.
- <sup>125</sup> s. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1916, S. 325 ff.
- <sup>126</sup> s. ZBl. Nr. 15 v. 17. 7. 1916, S. 120
- <sup>127</sup> s. Corr.bl. Nr. 30 v. 24. 7. 1915, S. 338 f.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 108; Kaun S. 41 ff.; s. auch HAV, Prot. VT 1919, S. 26; Der Deutsche Buchbinder-Verband 1915, S. 19; dass. 1916, S. 19 ff.
- <sup>128</sup> Hermann Silberschmidt in Corr.bl. Nr. 34 v. 21. 8. 1915, S. 376
- <sup>129</sup> s. HAV, Prot. VT 1919, S. 21; Nestriepke, Bd. 2, S. 44
- <sup>130</sup> s. Der DMV 1916, S. 11 f.
- <sup>131</sup> s. FAV, Jb. 1916, S. 23 ff.
- <sup>132</sup> VDA, Bericht über die Geschäftsführerkonferenz in Köln 1916; HA/GHH 30019324/13
- <sup>133</sup> s. dazu unten S. 141 ff. und 360 ff.
- <sup>134</sup> DAZ Nr. 18 v. 2. 5. 1915
- <sup>135</sup> s. Carl Severing, Arbeitsgemeinschaften im Krieg und im Frieden, in: SM 21 (1915), Bd. 1, S. 402 ff.

- <sup>136</sup> DAZ Nr. 50 v. 12. 12. 1915
- <sup>137</sup> VDA, Bericht über die Geschäftsführerkonferenz in Köln 1916, a. a. O.
- <sup>138</sup> s. Saul, Staat, passim
- <sup>139</sup> Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jahrbuch für 1914, S. 331
- <sup>140</sup> Gustav Stresemann, 10 Jahre Industrieschutzverband, 1906–1916, Dresden 1917, S. 9f.
- <sup>141</sup> ebda. S. 13
- <sup>142</sup> ebda.
- <sup>143</sup> ebda. S. 14
- <sup>144</sup> ebda. S. 13f.
- <sup>145</sup> ebda. S. 12; vgl. auch Preller S. 23f.
- <sup>146</sup> Bei seinen Wahlreden für die Nachwahl im Reichstagswahlkreis Heidelberg-Eberbach-Mosbach im Frühsommer 1916 plädierte Rießler für ein »gegenseitiges Vertrauen ... zwischen allen Ständen, insbesondere zwischen Unternehmern und Arbeitern«. Mitteilungen des Hansa-Bundes, Jg. 1916 Nr. 10
- <sup>147</sup> s. Stegmann S. 482
- <sup>148</sup> DAZ Nr. 6 v. 7. 2. 1915
- <sup>149</sup> Kirdorf in der Hauptversammlung der Gelsenkirchener Bergbau AG im April 1915; zit. nach ZBl. Nr. 9 v. 26. 4. 1915, S. 88
- <sup>150</sup> Vortrag Kirdorfs vor dem Militärbefehlshaber des VII. Korpsbezirks, Frhr. v. Gayl, am 15. 5. 1915; zit. bei Stegmann S. 481f.
- <sup>151</sup> zit. nach Walter Neumann, Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit, Köln 1951, S. 167. – Ende 1915 lehnte auch die DAZ alle gemeinsamen Beratungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ab, über Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge ebenso wie anlässlich von Lohn- und Arbeitskonflikten; s. DAZ Nr. 50 v. 12. 12. 1915
- <sup>152</sup> s. den Artikel über die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, in: Bürgerl. Parteien, Bd. 2, S. 220ff.
- <sup>153</sup> s. den Artikel über den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, ebda. S. 711ff.; Saul, Staat, S. 98ff.
- <sup>154</sup> Garvens hatte mehrfach mit den Gewerkschaften verhandelt und Tarifverträge abgeschlossen und sich damit die Mißbilligung der Schwerindustrie zugezogen; s. Arbeitnordwest an Reusch, 22. 12. 1915; HA/GHH, 30019324/13
- <sup>155</sup> Der Geschäftsführer von Arbeitnordwest, Hoff, an Reusch, 4. 12. 1915; ebda.
- <sup>156</sup> ebda.
- <sup>157</sup> Arbeitnordwest an Garvens, 20. 12. 1915, a. a. O.
- <sup>158</sup> s. ebda.
- <sup>159</sup> Hoff an Reusch, 4. 12. 1915, a. a. O.
- <sup>160</sup> Hoff an Reusch, 27. 12. 1915; ebda.
- <sup>161</sup> Arbeitnordwest an Garvens, 20. 12. 1915, a. a. O.
- <sup>162</sup> Beumer in der VDA-Vorstandssitzung vom 15. 12. 1915; Prot. ebda.
- <sup>163</sup> s. Garvens an Arbeitnordwest, 29. 12. 1915; ebda.
- <sup>164</sup> Bericht über die Geschäftsführerkonferenz der VDA in Köln 1916, ebda.
- <sup>165</sup> DAZ Nr. 41 v. 8. 10. 1916
- <sup>166</sup> s. das Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der linksrheinischen Metallindustrie vom 10. 6. 1915; abgedr. in: Der DMV 1915, S. 301
- <sup>167</sup> Bergarb.verb., GBer. 1913/14, S. 148
- <sup>168</sup> s. ders., GBer. 1915/16, S. 176
- <sup>169</sup> s. ebda. S. 158
- <sup>170</sup> Kattowitzer AG für Bergbau und Hüttenbetrieb an die Bergarbeitergewerkschaften,



27. 11. 1915; abgedr. in: *Gewerkvereinsarbeit während des Krieges. Bericht über die Tätigkeit und Erfolge des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter in der Zeit von August 1915 bis Februar 1918*, Essen 1918, S. 253; ähnlich *Fürstlich-Plessische Bergwerksdirektion Kattowitz an die Bergarbeiterorganisationen*, 18. 11. 1915; abgedr. ebda. S. 248
- <sup>171</sup> s. *Bergarb.verb., GBer.* 1915/16, S. 147. Der Zechenverband bekräftigte in einer großen Denkschrift vom August 1915 das Prinzip von der »unbedingten Herrschaft des Unternehmers in seinem Betriebe« und lehnte eine Anerkennung der Gewerkschaften ab; die Denkschrift ist abgedr. bei Paul Osthold, *Zur Geschichte des Zechenverbandes 1908–1933. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte*, Berlin 1934, S. 225 ff.
- <sup>172</sup> s. *FAV, Jb.* 1915, S. 144 ff.
- <sup>173</sup> s. *Der DMV 1914, Bezirksberichte* S. 67; dass. 1915, S. 308
- <sup>174</sup> Sydow an den Regierungspräsidenten (künftig abgekürzt: RP) in Arnberg, 17. 7. 1915; *DZA Potsdam, RMDI* 6806; s. auch den Bericht des Landrats (künftig abgekürzt: LR) in Siegen an den RP in Arnberg, 9. 8. 1915, ebda.
- <sup>175</sup> s. das Schreiben des stellv. Kriegsministers v. Wandel an das stellv. Gen. kdo. XVIII AK, 17. 12. 1915; ebda.
- <sup>176</sup> *Siemens-Halske an Kriegsministerium*, 1. 12. 1914; *Siemens-Archiv, 4/Lk* 17; zit. bei Hermann Schäfer, *Die Ideenwelt der wirtschaftsfriedlichen (gelben) Werkvereine bis zum 1. Weltkrieg in Deutschland unter bes. Berücksichtigung der Siemenswerke Berlin, Staatsexamensarbeit Freiburg 1968*, S. 56
- <sup>177</sup> s. ebda.
- <sup>178</sup> s. *FAV, Jb.* 1914, S. 192
- <sup>179</sup> s. *ASS* 42 (1916/17), S. 314
- <sup>180</sup> s. *Gewerkschaftskommission Berlin, Jber.* 1914, S. 35
- <sup>181</sup> s. ebda. S. 48
- <sup>182</sup> s. *DMV, Verwaltungsstelle Barmen-Elberfeld*, an stellv. Gen.kdo. VII. AK, 8. 5. 1915; abgedr. in: *Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jb.* 1915, S. 65; s. auch *FAV, Jb.* 1914, S. 167
- <sup>183</sup> s. ebda.
- <sup>184</sup> s. *Gewerkvereinsarbeit während des Krieges*, S. 13
- <sup>185</sup> *Bergarb.verb., GBer.* 1913/14, S. 175
- <sup>186</sup> *Zentralverb. der Bäcker, Jb.* 1916, S. 229
- <sup>187</sup> s. *Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb.* 1916, S. 109
- <sup>188</sup> *BAV, Jb.* 1915, S. 81
- <sup>189</sup> s. ebda. S. 86
- <sup>190</sup> s. ebda.
- <sup>191</sup> s. *FAV, Jb.* 1916, S. 142 f.
- <sup>192</sup> s. *Greis* S. 21
- <sup>193</sup> *DAZ* Nr. 22 v. 30. 5. 1915
- <sup>194</sup> *Rundschreiben des RgS vom März 1915; GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/1145*
- <sup>195</sup> s. das *Rundschreiben des RgS vom Juli 1916, HA/GHH*, 300 127/0
- <sup>196</sup> *Mitteilungsblatt für die Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie*, Nr. 8, November 1915, S. 8 f.; *GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/1145*
- <sup>197</sup> s. *Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, Niederschrift über die außerordentliche Kriegstagung (5. Jahrestagung) am 14. und 15. Mai 1915 zu Berlin*, Berlin 1915, S. 13 f.
- <sup>198</sup> *Jensen ebda.* S. 9
- <sup>199</sup> s. oben S. 117

- <sup>200</sup> Rupp, der Geschäftsführer des Hauptausschusses, auf der Kriegstagung vom Mai 1915; Niederschrift S. 18
- <sup>201</sup> Jensen ebda. S. 8
- <sup>202</sup> Rupp ebda. S. 17
- <sup>203</sup> ebda.
- <sup>204</sup> Einladungsschreiben des Hauptausschusses vom Juli 1915; Werksarchiv der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Augsburg (zit.: MAN-Werksarchiv), Nl. Guggenheimer Nr. 73c
- <sup>205</sup> Hauptausschuß an Guggenheimer, 7. 7. 1915; ebda.
- <sup>206</sup> Note Guggenheimers über eine Besprechung mit Jensen am 12. 7. 1915; ebda.
- <sup>207</sup> Guggenheimer an Garvens, 7. 9. 1915; ebda.
- <sup>208</sup> Guggenheimer an Rieppel, 2. 9. 1915; ebda.
- <sup>209</sup> Guggenheimer an Jensen, 29. 9. 1915; ebda.; s. auch Guggenheimer an Schweighofer, 28. 9. 1915; ebda. Die MAN selbst hatte die Förderung ihres Werkvereins mit Kriegsausbruch versanden lassen; s. den Aktenvermerk über die Arbeiter-, Witwen- und Waisenkasse des Arbeitervereins im Werk Augsburg in Liquidation vom 3. 2. 1928; MAN-Werksarchiv, A 221
- <sup>210</sup> Niederschrift einer Besprechung zwischen dem Vorstand des Hauptausschusses und führenden Industriellen und Spitzenfunktionären bürgerlicher Interessenverbände vom 10. 9. 1915 in Berlin; MAN-Werksarchiv, Nl Guggenheimer Nr. 73c
- <sup>211</sup> s. das Protokoll der VDA-Vorstandssitzung vom 20. 7. 1915; HA/GHH, 30019324/15
- <sup>212</sup> Vorster bekleidete zugleich die Funktionen eines freikonservativen Reichstagsabgeordneten, Direktoriumsmitgliedes des CDI, stellv. Vorsitzenden des RgS und Vorsitzenden des Vereins der Industriellen im Regierungsbezirk Köln.
- <sup>213</sup> s. das Prot. der VDA-Vorstandssitzung vom 20. 7. 1915; a. a. O.; auch zum folgenden
- <sup>214</sup> Loebell an den Hauptausschuß, 27. 3. 1915; ebda.
- <sup>215</sup> Der Beschluß ist enthalten in einer Aufzeichnung über den Konferenzausschuß in HA/GHH, 30019324/11; s. auch den Bericht über die Versammlung in: Der Arbeitgeber, Jg. 1915, Nr. 21 (1. 11. 1915), S. 85f.
- <sup>216</sup> Verzeichnis der Konferenzausschuß-Mitglieder vom November 1915; HA/GHH, 30019324/11; zur Nominierung der industriellen Mitglieder s. das Protokoll der VDA-Vorstandssitzung vom 6. 12. 1915; HA/GHH, 30019324/13
- <sup>217</sup> s. die Niederschrift über die Verhandlungen des Konferenzausschusses am 10. 12. 1915; HA/GHH, 30019324/11; vgl. auch das Prot. der VDA-Vorstandssitzung vom 15. 12. 1915; HA/GHH, 30019324/13
- <sup>218</sup> Niederschrift über die 2. Sitzung des Konferenzausschusses am 13. 3. 1916 in Berlin, ebda.
- <sup>219</sup> s. Stegmann S. 479f.
- <sup>220</sup> s. hierzu das »Arbeitsprogramm der Deutschen Vereinigung auf dem Gebiete der Arbeiterfrage für das Jahr 1916«, HA/GHH, 30019324/11
- <sup>221</sup> s. die Niederschrift über die Verhandlungen des Konferenzausschusses am 3. 6. 1916; ebda.
- <sup>222</sup> ebda.
- <sup>223</sup> Vortrag Jensens in der Sitzung des Konferenzausschusses vom 3. 6. 1916; ebda.
- <sup>224</sup> ebda.
- <sup>225</sup> ebda.; vgl. auch die Bedenken der DAZ Nr. 46 v. 12. 11. 1916
- <sup>226</sup> Rundschreiben der GHH-Hauptverwaltung an die einzelnen Betriebsleitungen, 17. 1. 1916; HA/GHH, 300105/21
- <sup>227</sup> s. die Aufzeichnung über das Ergebnis der zweiten Besprechung der Direktion der

- Gutehoffnungshütte mit den Vorsitzenden der Werkvereins-Abteilungen, o. D. (1915), ebda.
- <sup>228</sup> Das Rundschreiben ist abgedr. in: *Der Arbeitgeber* Nr. 1 v. 1. 1. 1917, S. 1
- <sup>229</sup> s. die Niederschrift über die Beratungen im Industrieklub Düsseldorf vom 21. 7. 1916; HA/GHH, 300 141/19; im übrigen s. unten S. 341 ff.
- <sup>230</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 396
- <sup>231</sup> Rathenau in einem Gespräch mit Conrad Haußmann am 29. 11. 1914; Conrad Haußmann, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hrsg. von Ulrich Zeller, Frankfurt 1924, S. 13. – Am 4. 12. 1914 notierte Haußmann anlässlich der Gründung der Kriegs-Getreidegesellschaft: »Das ist Josef von Ägypten und Kriegskommunismus durchgeführt wie bisher noch nie.« Ebda. S. 19
- <sup>232</sup> zit. bei Paul Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, S. 148, und Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 29
- <sup>233</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 401; Der Weg zum industriellen Spitzenverband, hrsg. vom Bundesverband der deutschen Industrie, Darmstadt 1956, S. 86 ff.; s. auch die treffende Skizze der deutschen Kriegswirtschaft bei Georg Bernhard, Meister und Dilettanten am Kapitalismus, Amsterdam 1936, S. 269 ff.
- <sup>234</sup> Theodor Heuss, Kriegsozialismus, Stuttgart 1915 (*Der deutsche Krieg. Politische Flugschriften*, hrsg. von Ernst Jäckh, XVIII.), S. 24
- <sup>235</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 399, und Bd. 2, S. 124 ff.
- <sup>236</sup> Eine genauere Zusammenstellung ebda. Bd. 1, S. 402 ff.; s. auch Richter S. 81 ff.; Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 94 ff. – Einen exemplarischen Eindruck von Zusammensetzung und Tätigkeit eines Kriegsausschusses vermittelt W. F. Bruck, Geschichte des Kriegsausschusses der deutschen Baumwollindustrie, Berlin 1920
- <sup>237</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 404 f.; vgl. auch Feldman/Homburg, Industrie und Inflation, S. 53
- <sup>238</sup> s. Bergarb. verb., GBer. 1913/14, S. 43 ff.; ders., GBer. 1915/16, S. 28; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 127 f.; Alfred Schröter, Krieg–Staat–Monopol 1914–1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des 1. Weltkrieges, Berlin 1965, S. 102
- <sup>239</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 128 f.
- <sup>240</sup> s. hierzu Schröter S. 123 ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 117 ff. – Ein Paradebeispiel hierfür bietet die Errichtung des sächsischen Leunawerks. Es wurde 1916 als Zweigwerk der BASF für die Stickstoffproduktion mit staatlichen Darlehen von insgesamt 350 Mill. Mark erbaut, von denen 12 Mill. als verlorener Zuschuß gewährt wurden. Die restlichen Gelder zahlte die BASF auf dem Höhepunkt der Nachkriegsinflation 1923 zurück, als ihr Realwert auf ein Nichts zusammengesmolzen war. Auf diese Weise erhielt die Firma das riesige Stickstoffwerk praktisch umsonst. Zur Sicherung des Gewinns setzte die BASF außerdem eine Vertragsklausel durch, derzufolge sich das Reich für den Fall eines Stillstands des Werks zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 100 000 Mark monatlich verpflichtete. Überdies baute sie von den Staatskrediten noch eine Sulfatfabrik, um nach dem Ende der Kriegsprüfung unverzüglich die Herstellung von Kunstdünger aufnehmen zu können; s. ebda. S. 118; Kämpfendes Leuna (1916–1945). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Teil I, 1. Halbband, Berlin (Ost) 1961 (*Geschichte der Fabriken und Werke*, Bd. VIII), S. 41 ff. – Insgesamt erhielten die Rüstungsunternehmen auf diese Weise 5 bis 7 Mrd. Mark an staatlichen Subventionen und Zuschüssen; s. Alfred Müller, Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914–1918 im Dienste des deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1955, S. 121

- <sup>241</sup> Kautsky, *Kriegsmarxismus*, S. 61. Auch ein bürgerlicher Beobachter wie Theodor Heuss wies darauf hin, daß man sich bemühte, »die Privatwirtschaft möglichst ungebrochen zu erhalten« (Heuss, *Kriegssozialismus*, S. 23).
- <sup>242</sup> Heuss, *Kriegssozialismus*, S. 39
- <sup>243</sup> s. ASS 41 (1916), S. 278 f.; *Der Weg zum industriellen Spitzenverband*, S. 99
- <sup>244</sup> s. *Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Beamten im Jahre 1916 und im Jahre 1917*. Bearbeitet im Statistischen Reichsamte, Abt. für Arbeiterstatistik, Berlin 1919 (19. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), S. 4 ff.; Kaun, *Zentralarbeitsgemeinschaft*, S. 32; im übrigen s. hierzu unten S. 367 ff.
- <sup>245</sup> s. FAV, Jb. 1915, S. 29
- <sup>246</sup> Im November wurde der Kriegsausschuß der sächsischen Industrie gegründet, wenig später gleiche Einrichtungen in Breslau und in Niederschlesien geschaffen; der Verband Thüringischer Industrieller eröffnete eine Geschäftsstelle in Berlin; s. Gutsche, *Beziehungen*, S. 263
- <sup>247</sup> zit. in: *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 1, S. 406
- <sup>248</sup> s. ebda. S. 408; s. auch Hans-Peter Ullmann, *Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895–1914*, Göttingen 1976, S. 232; zum Kriegsausschuß der deutschen Industrie s. ferner Gutsche, *Beziehungen*, S. 254 ff., sowie den Beitrag von Hellmut Bauer in: *Der Weg zum industriellen Spitzenverband*, S. 74 ff.; vgl. auch *Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie. Seine Entstehung und seine Aufgaben*. Vorläufiger Bericht der Geschäftsführung, Berlin 1914; *Geschäftsbericht des Kriegsausschusses der deutschen Industrie*, erstattet von der Geschäftsführung, Berlin 1915; im übrigen informieren über seine Tätigkeit die Mitteilungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, Berlin 1914–1919
- <sup>249</sup> s. dazu unten S. 368
- <sup>250</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 130 ff., und unten S. 374 ff.
- <sup>251</sup> s. unten S. 360 ff.
- <sup>252</sup> s. Feldman S. 59 ff.; *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 116, sowie die Bemerkung von Richard Sichler/Joachim Tiburtius, *Die Arbeiterfrage – eine Kernfrage des Weltkrieges*, Berlin o. J., S. 11, derzufolge den militärischen Beschaffungsstellen die Preise der Rüstungsgüter »vollkommen nebensächlich« schienen gegenüber der Sicherstellung der Lieferungen; »finanzpolitische Hemmungen hat es in den Jahren 1914–15 unter der Vorstellung eines bald bevorstehenden siegreichen Kriegsausganges noch nicht gegeben«.
- <sup>253</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 121 ff.; zur Steuerpolitik während des Krieges im übrigen ausführlich Konrad Roesler, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1967, S. 71 ff. und 105 ff. Einen knappen Überblick über die Kriegsfinanzierung bietet Karl Hardach, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1976, S. 17 f.
- <sup>254</sup> s. Schröter S. 89 f.
- <sup>255</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 117
- <sup>256</sup> s. ebda. S. 120
- <sup>257</sup> s. Schröter S. 88 f.; Roesler, *passim*
- <sup>258</sup> Zur Inflationsentwicklung und ihren sozialen Folgen während des Krieges s. Constantino Bresciani-Turroni, *The Economics of Inflation. A Study of Currency Depreciation in Post War Germany, 1914–1923*, London 1968; Peter-Christian Witt, *Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation*, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. 6. 1973, hrsg. von Hans Mommsen,

- Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 395 ff.; s. auch Feldman/Homburg, Industrie und Inflation, S. 22 f. und 49 f.
- <sup>259</sup> s. Rudolf Fuchs, Die Kriegsgewinne der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Staaten an Hand statistischer Daten dargestellt, Zürich 1918, S. 48 f. Allein bei Krupp stieg der Reingewinn in den ersten zweieinhalb Kriegsjahren um 105 auf über 181 Mill. Mark; das bedeutete eine Verdreifachung gegenüber dem durchschnittlichen Friedensertrag; s. ebda. S. 84 ff.; zur Gewinnentwicklung s. auch Roesler S. 66 f. und 228; für die oberschlesische Industrie Wolfgang Schumann, Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter, Berlin (Ost) 1961, S. 31 ff.
- <sup>260</sup> s. Fuchs S. 52 ff. und 85 ff. Die Daimler-Motoren-Werke z. B. schrieben 1916 nicht nur sämtliche Immobilien, Maschinen und Mobilien ab, die ohnehin nur noch mit dem reinen Grundstückswert zu Buche standen, sondern darüber hinaus auch noch den vollen Kaufpreis sämtlicher Grundstücke. Nachdem sie 1917 ihre Dividende auf 35 % erhöht hatten, konnten sie sich 1918 ihrer Kapitalüberfülle nur noch durch die Vervierfachung des Aktienkapitals von 8 auf 32 Mill. Mark erwehren; s. ebda. S. 94 f.
- <sup>261</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 119
- <sup>262</sup> s. ebda. S. 127
- <sup>263</sup> s. die von Wolfgang Treue hrsg. Denkschrift Carl Duisbergs zur Gründung der »kleinen IG« vom August 1915, in: Tradition 8 (1963), S. 193 ff.; s. auch Heinrich Cunow, Vom Wirtschaftsmarkt, in: NZ 34 (1915/16), II, S. 217 ff.; Josef Borkin, The Crime and Punishment of I.G. Farben, London 1979, S. 20 ff.
- <sup>264</sup> Denkschrift Duisbergs zur Gründung der »kleinen IG«, a. a. O. S. 215. – Um die Streikgefahr so gering wie möglich zu halten, vereinbarten die beteiligten Firmen ein Informationssystem, das ebenso funktionierte wie »schwarze Listen«: »Beamte und Arbeiter, die bei einer der acht Firmen austreten oder entlassen werden«, hieß es in der Vereinbarung, »dürfen nicht ohne vorherige Mitteilung oder Besprechung bei der Firma, bei der sie vorher beschäftigt waren, eingestellt werden«; zit. in NZ 35 (1915/16), I, S. 22
- <sup>265</sup> Heinemann, Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit, S. 9
- <sup>266</sup> ebda. S. 2 f.
- <sup>267</sup> ebda. S. 9
- <sup>268</sup> Ebert in einer Rede in Elberfeld-Barmen am 19./20. 1. 1915; abgedr. in: Dieter K. Buse (Hrsg.), Parteiagitation und Wahlkreisvertretung. Eine Dokumentation über Friedrich Ebert und seinen Reichstagswahlkreis Elberfeld-Barmen 1910–1918, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 84; ähnlich Konrad Haenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg, S. 111
- <sup>269</sup> Franz Laufkötter, Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung im Weltkriege, Berlin 1916 (Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, Heft 22), S. 14 und 2
- <sup>270</sup> Winnig in Corr.bl. Nr. 10 v. 6. 3. 1915, S. 106
- <sup>271</sup> Winnig, Der Weltkrieg vom Standpunkt des deutschen Arbeiters, S. 45; ähnlich Paul Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, S. 148 f.; vgl. auch Heinrich Peus, Der Krieg als Förderer von Sozialismus und Demokratie, in: Die Glocke Nr. 5 v. 1. 11. 1915, S. 254 ff.; J. Merfeld, Zum Sozialismus hin!, ebda. Nr. 7 v. 1. 12. 1915, S. 397 ff.; Gustav Eckstein, Der Krieg und der Sozialismus, in: NZ 34 (1915/16), I, S. 344 f.; Hermann Wendel, Weltkrieg und Sozialdemokratie, Dresden 1915, S. 29
- <sup>272</sup> Deutsche Metallarbeiter-Zeitung vom 7. 11. 1914, S. 309; zit. bei Kämpfer S. 7; zu ähnlichen Auslassungen in der Parteipublizistik vgl. ferner Sigel S. 46 ff.

- <sup>273</sup> s. z. B. Robert Liefmann, Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher? Stuttgart/Berlin 1915 (Der Deutsche Krieg, Polit. Flugschriften, hrsg. von Ernst Jäckh, 56. Heft), S. 12f.
- <sup>274</sup> Kämpfer (= Marchlewski), S. 8. – Kautsky veröffentlichte seine Kritik erst nach dem Bruch mit der Parteimehrheit.
- <sup>275</sup> Kämpfer S. 21 f. Dieses Urteil deckt sich im wesentlichen mit demjenigen Lujo Brentanos, der im Sommer 1916 bemerkte: »Unser Sozialismus ist ein Sozialismus statt zugunsten der Armen, zugunsten gewisser Klassen der Besitzenden; er führt statt zum Vorteil der Gesamtheit zur weiteren Bereicherung einzelner Monopolisten, besonders der ländlichen Grundeigentümer auf Kosten der Gesamtheit«; zit. bei Fleming S. 97
- <sup>276</sup> Eugen Lederer, Zur Soziologie des Weltkrieges, in: ASS 39 (1915), S. 373f.
- <sup>277</sup> s. Carl Severing, Deutschlands Zukunft und die deutsche Arbeiterklasse, in: SM 22 (1916), S. 1246f.
- <sup>278</sup> Cassau S. 308

#### 4. Kapitel

- <sup>1</sup> s. Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, S. 116f.; Nestriepke, Die Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1, S. 368 ff.; Julia Dünner, Der deutsche Arbeitsnachweis im Kriege bis zum Erlaß des Hilfsdienstgesetzes, Berlin/Regensburg/Wien 1918, passim; Hedwig Wachenheim, Die deutsche Arbeiterbewegung, Köln/Opladen 1967, S. 315f.
- <sup>2</sup> Zur Gründung von Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen s. ausführlich Saul S. 66 ff.
- <sup>3</sup> Dr. Flechtner-Stettin auf der Tagung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise am 21. 6. 1917 in Berlin, hrsg. von der VDA (VDA, Berichte, Heft 5), Berlin 1917, S. 7ff.
- <sup>4</sup> Bericht über die Konferenz der Geschäftsführer der VDA, Köln, 20. 6. 1914; HA/GHH, 300 193 24/12
- <sup>5</sup> Zum Schutz der »Arbeitswilligen« s. Saul S. 213 ff.
- <sup>6</sup> s. G. A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 165f.
- <sup>7</sup> s. Protokoll der Verhandlungen des 9. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu München vom 22. –27. Juni 1914, Berlin o. J., S. 54f.
- <sup>8</sup> Protokoll der Sitzung der Arbeitsnachweis-Kommission der VDA, 12. 5. 1914, HA/GHH, 300 193 24/12; s. auch Braun, Wandlungen des Arbeitgeberstandpunktes, S. 14
- <sup>9</sup> s. Dünner S. 20
- <sup>10</sup> Preller S. 62
- <sup>11</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 11 und 67f.; Dünner S. 27f.; Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 117; Preller S. 62 ff.; Richter S. 57
- <sup>12</sup> Leipart auf der Gewerkschaftskonferenz über die Regelung des Arbeitsnachweises vom 10. 2. 1915 in Berlin. Das Protokoll dieser Konferenz ist veröffentlicht unter dem Titel: Die Regelung des Arbeitsnachweises. Protokoll der Verhandlungen einer auf Veranlassung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 10. 2. 1915 in Berlin abgehaltenen Konferenz betr. gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, Berlin 1915. Das Zitat ebda. S. 29
- <sup>13</sup> Adolf Cohen in der gewerkschaftlichen Vorständekonferenz vom 8. 2. 1915; Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 96
- <sup>14</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 67
- <sup>15</sup> Aus der Begründung der gewerkschaftlichen Leitsätze zur Regelung des Arbeits-

- nachweises vom 8. 3. 1915; abgedr. in: Die Regelung des Arbeitsnachweises, S. 43; s. auch Dünner S. 93
- <sup>16</sup> Leipart in der Arbeitsnachweiskonferenz vom 10. 2. 1915; ebda. S. 29
- <sup>17</sup> Bei kleingewerblichen Produktionsverhältnissen konnten sich die Arbeitsmarktschwierigkeiten mitunter zugunsten der gewerkschaftlichen Nachweise auswirken. Die Großbäckereien z. B. hatten schon vor dem Kriege ihre Arbeitskräfte fast ausschließlich über den Nachweis des Bäckerverbandes bezogen, die Kleinmeister hingegen überwiegend durch den Innungsnachweis, dessen Vermittlungsquote niedriger lag. Als sie nach Kriegsausbruch mit dem einsetzenden Arbeitskräftemangel weiter absank, waren sie gezwungen, sich ebenfalls an den Verbandsnachweis zu wenden. S. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1914, S. 182. – Zu den Arbeitsgemeinschaften s. oben S. 125 ff
- <sup>18</sup> s. die Mitteilungen des FVP-Abgeordneten Weinhausen in der Reichstagsitzung vom 19. 3. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 87
- <sup>19</sup> Aus der Begründung der gewerkschaftlichen Leitsätze vom 8. 3. 1915; Die Regelung des Arbeitsnachweises, S. 43
- <sup>20</sup> Der endgültige Entwurf der Leitsätze ist abgedr. im Protokoll der Vorstandekonferenz vom 8./9. 2. 1915; a. a. O. S. 92 f.
- <sup>21</sup> Gustav Bauer in der Reichstagsitzung vom 19. 3. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 89
- <sup>22</sup> Manche Tarifverträge räumten den Mitgliedern der freien Gewerkschaften eine Vorzugsstellung auf Kosten der Angehörigen anderer Gewerkschaftsrichtungen ein. Auf der anderen Seite hatten auch die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in manchen Betrieben tarifvertraglich abgesicherte »Beschäftigungsmonopole« für ihre Mitglieder geschaffen; s. die Ausführungen Rob. Schmidts in der Vorstandekonferenz vom 8. 2. 1915; a. a. O. S. 93
- <sup>23</sup> Legien ebda. S. 98
- <sup>24</sup> Legien ebda.
- <sup>25</sup> Legien in der Arbeitsnachweiskonferenz vom 10. 2. 1915; Die Regelung des Arbeitsnachweises, S. 18
- <sup>26</sup> s. die Ausführungen Legiens ebda. S. 5
- <sup>27</sup> Legien in der Vorstandekonferenz vom 8. 2. 1915; a. a. O. S. 97
- <sup>28</sup> s. Die Regelung des Arbeitsnachweises, S. 5 ff.
- <sup>29</sup> Robert Schmidt in seinem Bericht über die Verhandlungen mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen vor der Vorstandekonferenz vom 6. 7. 1915; Prot. Vorstandekonferenzen 1914/15, S. 132
- <sup>30</sup> Leipart ebda. S. 133
- <sup>31</sup> Aus ähnlichen Gründen wurden erhebliche Abstriche von den freigewerkschaftlichen Vorschlägen auch bei der Auswahl der Arbeitsvermittler gemacht (s. den Bericht Schmidts ebda. S. 132) sowie in der Frage der Anerkennung von Tarifvereinbarungen, sofern sie den Arbeitsnachweis betrafen. Derartige Vereinbarungen wurden von der Genehmigung des zu schaffenden Reichsarbeitsamtes abhängig gemacht, außerdem ausdrücklich festgestellt, der Arbeitsnachweis dürfe »nicht dazu benutzt werden, die Organisationsfreiheit des einzelnen Arbeitgebers und Arbeiters zu beschränken«. So die Fassung der Reichstags-Resolution vom 20. 3. 1915; abgedr. Die Regelung des Arbeitsnachweises, S. 62
- <sup>32</sup> s. Sten. Ber. Bd. 306, S. 77 ff.
- <sup>33</sup> Rob. Schmidt in der Vorstandekonferenz vom 6. 7. 1915; a. a. O. S. 132
- <sup>34</sup> Schmidt ebda.
- <sup>35</sup> Delbrück in der Reichstagsitzung vom 19. 3. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 86
- <sup>36</sup> s. ASS 41 (1916), S. 289

- 37 Rundschreiben der VDA vom 24. 9. 1914; HA/GHH, 30019324/12; s. auch Dünner S. 67. – Die Nürnberger Vertrauenskommission des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller untersagte ihren Mitgliedsfirmen Mitte März 1915 die Benutzung der städtischen und sonstigen Nachweise und wies sie an, alle Arbeitskräfte »unbedingt« über die verbandseigenen Nachweise zu beschaffen; Rundschreiben der Nürnberger Geschäftsstelle des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller vom 20. 3. 1915; abgedr. bei Kämpfer, Kriegssozialismus, S. 29
- 38 s. ASS 39 (1914/15), S. 630; Dünner S. 67
- 39 Der VDA-Geschäftsführer Soenderop in seinem Bericht in der VDA-Vorstandskonferenz vom 20. 7. 1915; HA/GHH, 30019324/13
- 40 Garvens ebda.
- 41 Niederschrift der Vorstands- und Ausschusssitzung von Arbeitnordwest vom 19. 8. 1915 in Düsseldorf; HA/GHH, 30019324/8
- 42 VDA an Bundesrat, 15. 8. 1916; StA Münster, Oberpräsidium, B 2661 II
- 43 Erlaß des preußischen Handelsministers v. Sydow vom 21. 5. 1915; ebda.; s. a. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 68; Preller S. 63; Dünner S. 30
- 44 Mitteilung Robert Schmidts in der freigewerkschaftlichen Vorständekonferenz vom 6. 7. 1915; a. a. O. S. 132
- 45 Mitteilung einer Unterredung zwischen Caspar und dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Elberfeld und VDA-Vorstandsmitglied Bonhoeffer in einem Schreiben des Geschäftsführers von Arbeitnordwest, Hoff, an Reusch, 15. 1. 1916; HA/GHH, 30019324/9
- 46 Rundschreiben Garvens' vom 17. 8. 1915; HA/GHH, 30019324/8
- 47 s. zum folgenden das Protokoll der VDA-Vorstandssitzung vom 6. 12. 1915; HA/GHH, 30019324/13
- 48 Z. B. in Westpreußen; s. BAV, Jb. 1915, S. 76
- 49 Gemeinsamer Erlaß des preuß. Handelsminister v. Sydow und des Innenministers v. Loebell vom 10. 2. 1916; StA Münster, Oberpräsidium, B 2661 II
- 50 s. z. B. die Mitteilungen in: BAV, Jb. 1915, S. 83
- 51 s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 68; Preller S. 64
- 52 s. Hoff an Reusch, 15. 1. 1916; HA/GHH, 30019324/9; dazu das Rundschreiben des Vereins der Industriellen im Reg. Bez. Köln vom 8. 2. 1916, abgedr. ZBl. Nr. 6 v. 13. 3. 1916, S. 48
- 53 Gemeinsamer Erlaß Sydows und Loebells vom 25. 7. 1916; StA Münster, Oberpräsidium, B 2661 II; s. auch Dünner S. 30f. und 91f.
- 54 Erlaß Sydows und Loebells vom 25. 7. 1916; a. a. O.
- 55 Bericht über die Gewerkschaftsversammlung der vier »Kampfgewerkschaften« am 13. 8. 1916 in Oberhausen; HA/GHH, 300141/19
- 56 Erlaß Sydows und Loebells vom 25. 8. 1916; a. a. O.
- 57 Mitteilung über eine Unterredung zwischen Caspar und Bonhoeffer in: Hoff an Reusch, 15. 1. 1916; HA/GHH, 30019324/9
- 58 Garvens in der Sitzung des Konferenzausschusses vom 2. 9. 1916 in: Breslau; Prot. in HA/GHH, 30019324/11
- 59 Tänzler in der VDA-Geschäftsführer-Konferenz vom 30. 8. 1916; a. a. O.
- 60 VDA an Bundesrat, 15. 8. 1916; StA Münster, Oberpräsidium, B 2661 II
- 61 s. die Denkschrift der VDA für den StS des RdI über Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises, 14. 2. 1916; HA/GHH, 30019324/13
- 62 Prot. der VDA-Vorstandssitzung vom 6. 12. 1915; ebda.
- 63 Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses vom 2. 9. 1916; a. a. O.



- <sup>64</sup> ebda.
- <sup>65</sup> Helfferich an VDA, 23. 10. 1916; inser. in: Rundschreiben der VDA vom 6. 11. 1916; HA/GHH, 300141/19
- <sup>66</sup> ebda.
- <sup>67</sup> s. Preller S. 40
- <sup>68</sup> Sie wurde u. a. erhoben von der freigewerkschaftlichen Kartell- und Gaukonferenz für Nordwestdeutschland vom 25. 8. 1916; s. Gewerkschaftskartell Bremen, Jahresbericht 1916 nebst Bericht des Arbeitersekretariats, Bremen 1917, S. 12 f.; gleichfalls von der Berliner Gewerkschaftskommission und den brandenburgischen Gauleitern am 14. 3. 1916; s. Gewerkschaftskommission Berlin, Jber. 1916, S. 31
- <sup>69</sup> Im Lederausüstungsgewerbe z. B. führte die im Herbst 1914 »sich fabelhaft entwickelnde Produktion zu einem fast unlauteren Wettbewerb um die Arbeitskraft des Sattlers«; Verband der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 23 f.
- <sup>70</sup> s. Der DMV 1915, S. 263
- <sup>71</sup> s. FAV, Jb. 1915, S. 135
- <sup>72</sup> Erlaß des Feldzeugmeisters, General Franke, vom 11. 1. 1915, abgedr. in: Der DMV 1915, S. 5 f.; vgl. dazu Feldman S. 76 f.
- <sup>73</sup> Die Rüstungsindustriellen des Ruhrgebiets kamen überein, sich nicht gegenseitig Arbeitskräfte abzuwerben und »Arbeiter aus anderen Betrieben der Heeresindustrie nicht aufzunehmen, wenn sie als Kündigungsgrund lediglich ungenügenden Lohn angeben und der bisherige Arbeitgeber einen seinem örtlichen Tarif entsprechenden Satz gezahlt hat.« Das stellv. Gen.kdo. Münster übernahm diese Vereinbarung als Verordnung; s. Der DMV 1915, S. 6, und den Beschluß des Ausschusses von Arbeitnordwest vom 25. 2. 1915; HA/GHH, 30019324/8. – Die bayerische Regierung warnte Anfang April 1915 alle Rüstungsarbeiter vor jedem nicht unbedingt gebotenen Arbeitsplatzwechsel mit dem Hinweis, daß jede Zurückstellung oder Beurlaubung vom Heeresdienst mit einem Stellenwechsel hinfällig werde, und der Anordnung, »die sofortige Einstellung eines jeden dienstpflichtigen Arbeiters in die Truppe zu veranlassen, der bei einem der bezeichneten Betriebe die Arbeit niederlegt oder das Arbeitsverhältnis kündigt, auch wenn dies in der Absicht geschieht, in einen anderen solchen Betrieb einzutreten.« Bayerische Staatszeitung vom 7. 4. 1915; zit. nach: Der DMV 1915, S. 6
- <sup>74</sup> ebda. S. 6f.
- <sup>75</sup> Für die Mitglieder der wirtschaftsfriedlichen Verbände und der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) wurden eigene Ausschüsse vorgesehen; s. Der Arbeiter. Organ des Verbandes der kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin), Nr. 7 v. 28. 3. 1915 (künftig zit.: Arbeiter (Berlin)).
- <sup>76</sup> Die Vereinbarung über die Bildung des Kriegsausschusses ist abgedr. in: Soziale Praxis XXIV (1914/15), Sp. 506f.; Der DMV 1914, Bezirksberichte S. 137ff. Zu seiner Gründung s. im übrigen Feldman S. 77f.; vgl. auch Preller S. 36 und 72; Opel S. 45; Richter S. 59f.
- <sup>77</sup> Borsig an den Reichsverband der Deutschen Industrie, 24. 5. 1922; HA/GHH, 30019320/2
- <sup>78</sup> Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 43; s. auch Der DMV 1915, S. 351, und den Bericht des Vorsitzenden der Berliner DMV-Verwaltungsstelle, Adolf Cohen, in: Corr.bl. Nr. 4 v. 27. 1. 1917, S. 33 ff.
- <sup>79</sup> s. Feldman S. 78. Daß diese Wertung nicht unberechtigt war, bestätigten die Ruhrindustriellen, indem sie aus denselben Gründen das Verhalten der Berliner Metallindustriellen gegenüber den Gewerkschaften kritisierten; s. Hoff an Reusch, 4. 12. 1915; HA/GHH, 30019324/13

- <sup>80</sup> Zur Anregung Giesberts' s. die bei Adelman, Soziale Betriebsverfassung, I, S. 423 ff. abgedruckten Quellen; Feldman S. 82; Robert Schmidt, Die deutschen Gewerkschaften im Kriegsjahr, in: SM 21 (1915), Bd. 2, S. 806
- <sup>81</sup> Die Eingabe, das Ergebnis einer gemeinsamen Konferenz der vier Bergarbeitergewerkschaften vom 20. 1. 1915, ist abgedr. in: Soziale Praxis XXIV (1914/15), Sp. 507f.; s. auch Neumann, Gewerkschaften im Ruhrgebiet, S. 161
- <sup>82</sup> Stegerwald an Bethmann Hollweg, 16. 2. 1915; a. a. O.
- <sup>83</sup> Handschriftliche Bemerkungen Bethmann Hollwegs ebda.
- <sup>84</sup> Aufzeichnung über eine mündliche Stellungnahme Sydows, ebda.
- <sup>85</sup> Erlaß des preuß. Ministers für Handel und Gewerbe an die preuß. Oberbergämter und Bergwerksdirektionen, 22. 3. 1915; GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/1140, abgedr. bei Adelman I, S. 429ff.; vgl. auch Feldman S. 83; ZBl. Nr. 8 v. 12. 4. 1915, S. 80; Soziale Praxis XXIV (1914/15), Sp. 679f.
- <sup>86</sup> zit. ebda. Sp. 680
- <sup>87</sup> s. die in: Der Gewerkverein Nr. 33/34 v. 24. 4. 1915, S. 75, abgedruckten Stimmen der Arbeitgeberpresse. – Der Zechenverband lehnte im Sommer 1915 den Gedanken eines Einigungsamtes in scharfer Form ab; s. seine Denkschrift vom August 1915, abgedr. bei Osthold S. 225ff.
- <sup>88</sup> Rundschreiben der VDA vom 26. 4. 1915; HA/GHH, 30019324/13; abgedr. Gewerkverein Nr. 49/50 v. 19. 6. 1915, S. 97; Soziale Praxis XXIV (1914/15), Sp. 864f.; zu den Stellungnahmen der Arbeitgeber s. im übrigen Feldman S. 82ff.
- <sup>89</sup> s. ebda. S. 83
- <sup>90</sup> s. ebda. S. 76f.
- <sup>91</sup> Sichler/Tiburtius S. 13f.
- <sup>92</sup> s. Feldman S. 74
- <sup>93</sup> Wandel an Wild v. Hohenborn, 31. 7. 1915; abgedr. bei Ernst v. Wrisberg, Heer und Heimat 1914–1918 (Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königl. Preuß. Kriegsministerium, Bd. 2), Leipzig 1921, S. 229ff.; vgl. auch Feldman S. 85f.
- <sup>94</sup> s. Feldman S. 83f.
- <sup>95</sup> s. die Mitteilung Soenderops in der VDA-Vorstandssitzung vom 20. 7. 1915; HA/GHH, 30019324/13
- <sup>96</sup> s. Feldman S. 84f.
- <sup>97</sup> s. Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, Hrsg. von Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 353; im übrigen Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 1047ff.
- <sup>98</sup> Verordnung des Stellv. komm. Generals II. AK v. 9. 6. 1915; inser. in Schreiben des Oberreichsanwalts an den StS des Reichsjustizamts, 17. 6. 1915; DZA Potsdam, RMdJ 6804
- <sup>99</sup> Als z. B. das stellv. Gen.kdo. Hannover eine ähnliche Verfügung wie Vietinghoff beabsichtigte, nachdem organisierte Arbeiter in einem Rüstungsbetrieb unter Streikandrohung den Gewerkschaftsbeitritt von zwei Unorganisierten gefordert hatten, riet Delbrück unter Hinweis auf die »wertvollen Dienste« der Gewerkschaften und auf die Notwendigkeit eines »guten Einvernehmens« zwischen Regierung und Arbeiterorganisationen von dem geplanten Vorgehen dringend ab; falls »in Einzelfällen« das Verhalten von Gewerkschaftsmitgliedern oder -funktionären eine »Störung des »Burgfriedens« befürchten ließe, erbot er sich, »durch Fühlungnahme mit maßgebenden Persönlichkeiten auf Vermeidung unerwünschter Vorkommnisse oder Abstellung mißbräuchlicher Zustände hinzuwirken« (Delbrück an den preuß. Kriegsminister, 29. 5. 1915; ebda.). Zur Bestätigung wurden am selben Tag Bauer und Schmidt ins RdI gebeten und ihnen der Vorfall mitgeteilt; sie erwiderten, »daß

sie das Vorgehen der organisierten Arbeiter ... nicht billigten und bereit wären, durch ihre Organisationen darauf hinwirken zu lassen, daß während des ... Krieges in Betrieben, die für die Heresverwaltung arbeiten, ein solches Verhalten unterbleiben müsse« (Aufzeichnung Caspars v. 29. 5. 1915; ebda). Dasselbe erklärte Behrens für die christlichen Gewerkschaften (s. die Aufzeichnung Siefarts v. 29. 5. 1915, ebda.). Diese Versicherungen boten nach Ansicht Delbrücks »ausreichende Gewähr dafür, daß ... von seiten der Gewerkschaften alles Erforderliche geschehen wird, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse auszuschließen«; er bat deshalb das Kriegsministerium, dem Gen. Kdo. Hannover von der geplanten Verordnung abzuraten (Delbrück an den preuß. Kriegsminister, 13. 7. 1915; ebda.).

<sup>100</sup> s. unten S. 192 ff.

<sup>101</sup> s. Gewerkverein Nr. 11/12 v. 5. 2. 1916, S. 22, Nr. 15/16 v. 19. 2. 1916, S. 29 und Nr. 81/82 v. 7. 10. 1916, S. 161

<sup>102</sup> s. Feldman S. 91

<sup>103</sup> Denkschrift des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (künftig abgekürzt: VdESI) über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, August 1917; BA Koblenz, R 13 I/370

<sup>104</sup> Rundschreiben der VDA vom 6. 4. 1916; HA/GHH, 30019324/13

<sup>105</sup> Rundschreiben der VDA vom 9. 5. 1916 über eine Besprechung zwischen Garvens und Wandel vom 1. 5. 1916; ebda.

<sup>106</sup> Schweighoffer in der Versammlung des Mittelrheinischen Fabrikanten-Vereins (künftig abgekürzt: MFV) und der Süddt. Gruppe des VdESI am 19. 5. 1916 in Frankfurt; abgedr. in: Mitt. für den Mittelrheinischen Fabrikanten-Verein Mainz, Jg. 1916, S. 5867

<sup>107</sup> s. die Mitteilungen Töwes in der VDA-Geschäftsführerkonferenz vom 30. 8. 1916 in Köln; HA/GHH, 30019324/13, und Kaun S. 17

<sup>108</sup> Mitt. Meesmanns in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 23. 11. 1916 in Frankfurt, in: Mitt. für den MFV Nr. 560/561, S. 5908

<sup>109</sup> s. ebda. S. 5910

<sup>110</sup> s. Gewerkverein Nr. 51/52 v. 26. 6. 1915, S. 103

<sup>111</sup> 25 Jahre Arbeitnordwest, S. 74; s. auch die Aufzeichnung Südekums vom 7. 11. 1916; BA Koblenz, Nl. Südekum Nr. 104

<sup>112</sup> s. zur Gesellschaft für Soziale Reform (künftig abgekürzt: GfSR) Bürgerl. Parteien, Bd. 2, S. 168 ff.

<sup>113</sup> GfSR an Bethmann Hollweg, 30. 5. 1916; DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 478

<sup>114</sup> s. zum folgenden die Denkschrift der VDA betr. die Einrichtung eines Reichseinsatzsamtes an das RdI vom 8. 7. 1916; HA/GHH, 30019324/13. Ende August 1916 bekräftigte die VDA-Geschäftsführerkonferenz diesen Standpunkt; s. den Bericht über die VDA-Geschäftsführerkonferenz am 30. 8. 1916 in Köln, ebda.

<sup>115</sup> Aufzeichnung v. Zitzewitz' über ein Gespräch mit Caspar vom 5. 8. 1916; DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 478

<sup>116</sup> zum Kriegsamt s. unten S. 360 f.

<sup>117</sup> Handschriftliches Protokoll Wahnschaffes über eine Unterredung zwischen Bethmann Hollweg und Caspar und dem Vorstand der GfSR am 20. 10. 1916; DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 478

<sup>118</sup> Aufzeichnung Zitzewitz' über eine kommissarische Besprechung vom 28. 10. 1916; ebda.

<sup>119</sup> Bauer in der Reichstagssitzung vom 26. 8. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 362; vgl. auch Heinrich Stühmer, Soziale Maßnahmen der Militärbehörden, in: SM 22 (1916), I, S. 101 ff.; Rob. Schmidt, Die deutschen Gewerkschaften im Kriegsjahr, ebda. 21

- (1915), II, S. 803 ff.; Carl Severing, Deutschlands Zukunft und die deutsche Arbeiterklasse, ebda. 22 (1916), III, S. 1246; Paul Umbreit, Gemeinsame Arbeit der Behörden und der Gewerkschaften, ebda. S. 1355 ff.; Hugo Heinemann, Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit, S. 3
- <sup>120</sup> Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1915, S. 23; ähnlich äußerte sich die Bildhauerzeitung; s. Waldemar Zimmermann (Hrsg.), Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft. Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterschaft, Jena 1915, S. 43
- <sup>121</sup> Winnig in Corr.bl. Nr. 10 v. 6. 3. 1915, S. 106
- <sup>122</sup> Corr.bl. Nr. 17 v. 24. 4. 1915, S. 191
- <sup>123</sup> ASS 39 (1913/14), S. 637; s. auch ASS 42 (1916/17), S. 333 ff.

### 5. Kapitel

- <sup>1</sup> Delbrück in der Reichstagssitzung vom 20. 3. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 120
- <sup>2</sup> s. Wehler, Krisenherde des Kaiserreichs, S. 229 f.
- <sup>3</sup> s. die Ausführungen Ledebours in der Reichstagssitzung vom 20. 3. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 109
- <sup>4</sup> s. die Bemerkungen Legiens in der Reichstagssitzung vom 10. 5. 1916; Sten. Ber. Bd. 307, S. 1017
- <sup>5</sup> Zit. in der Begründung des Regierungsentwurfs für die Novelle des Reichsvereinsgesetzes vom 1. 5. 1916; Verhandlungen des Reichstags, Bd. 317, Nr. 276, S. 6
- <sup>6</sup> Lewald in der Reichstagssitzung vom 10. 5. 1916; Sten. Ber. Bd. 307, S. 1013
- <sup>7</sup> Die älteren Kommentare zum Reichsvereinsgesetz sind zusammengestellt bei Wehler, Krisenherde, S. 394 Anm. 101; vgl. auch Carl Legien, Die gewerkschaftlichen Organisationen und gewerkschaftlichen Versammlungen unter dem Reichs-Vereinsgesetz, Berlin 1908; zur praktischen Handhabung des Reichsvereinsgesetzes s. Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907–1911, hrsg. vom Vorstände der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 1911, S. 367 ff.
- <sup>8</sup> s. oben S. 118
- <sup>9</sup> s. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 233
- <sup>10</sup> s. den Bericht des Berichterstatters v. Westarp in der Reichstagssitzung vom 19. 3. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 93; s. auch Hugo Heinemann, Die Gewerkschaften und das Vereinsrecht, in: SM 21 (1915), Bd. 2, S. 690 ff.
- <sup>11</sup> s. Sten. Ber. Bd. 306, S. 124
- <sup>12</sup> Delbrück in der Reichstagssitzung vom 20. 3. 1915; ebda. S. 120
- <sup>13</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 226
- <sup>14</sup> Im gleichen Sinne äußerte sich der Vertreter des RdI bei Beginn der Beratungen der Reichstagskommission; s. den Kommissionsbericht vom 25. 8. 1915; Verh. des Reichstags, Bd. 316, Nr. 133, S. 190 f.; auszugsweise abgedr. Corr. bl. Nr. 28 v. 8. 7. 1916, S. 308; außerdem inser. im Schreiben des RdI an die preuß. Staatsminister vom 29. 11. 1915, abgedr. bei Deist, Bd. 1, S. 207 f.
- <sup>15</sup> s. den Kommissionsbericht vom 25. 8. 1915; a. a. O. S. 192 f.
- <sup>16</sup> Die FVP lehnte lediglich die Aufhebung des Jugendlichen-Paragrafen ab.
- <sup>17</sup> s. Sten. Ber. Bd. 306, S. 385 ff.
- <sup>18</sup> s. ebda. S. 389; s. auch den Bericht im Corr. bl. Nr. 4 v. 22. 1. 1916, S. 40; zur Reaktion der Gewerkschaften s. David-Tagebuch S. 144, Eintragung vom 20. 8. 1915; Gewerkverein Nr. 71/72 v. 4. 9. 1915, S. 141; ZBl. Nr. 19 v. 13. 9. 1915, S. 167; Corr.bl. Nr. 38 v. 18. 9. 1915, S. 423

- <sup>19</sup> Prot. der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 11. 12. 1915; auszugsweise abgedr. in: DMA II/1, S. 258 ff.
- <sup>20</sup> s. Bauers Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung in der Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion vom 21. 12. 1915; SPD-RT-Fraktion, Bd. 2, S. 135
- <sup>21</sup> ebda.
- <sup>22</sup> s. ebda.; vgl. auch Corr.bl. Nr. 28 v. 8. 7. 1916, S. 308; Hugo Heinemann, Die Reform des Vereinsrechts, in: SM 22 (1916), Bd. 2, S. 473 ff.
- <sup>23</sup> Lewald in der Reichstagsitzung vom 18. 1. 1916; Sten. Ber. Bd. 306, S. 758
- <sup>24</sup> s. die Bemerkungen Heines in seinen unveröff. Erinnerungen, zit. in: SPD-RT-Fraktion, Bd. 2, S. 187 Anm. 4
- <sup>25</sup> Der konservative Abg. Oertel in der Reichstagsitzung vom 11. 5. 1916; Sten. Ber. Bd. 307, S. 1034; ähnlich Heine in der Reichstagsitzung vom 5. 6. 1916; ebda. S. 1473
- <sup>26</sup> s. oben S. 30f.
- <sup>27</sup> Zur Situation der Landarbeiter vor 1914 s. Flemming S. 53 ff.  
Zur konservativen Reaktion auf die Vorlage der Vereinsgesetznovelle s. auch den Brief Wangenheims an seinen zweiten Sohn, 28. 4. 1916; abgedr. in: H. Frhr. v. Wangenheim (Hrsg.), Conrad Freiherr von Wangenheim-Kleinspiegel, Berlin 1934, S. 110; Westarp, Konservative Politik, Bd. 2, S. 224, sowie Flemming S. 154 f.
- <sup>28</sup> Bethmann Hollweg in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 10. 4. 1916; zit. bei Westarp, Konservative Politik, Bd. 2, S. 225
- <sup>29</sup> Aufzeichnung Siefarts über eine Unterredung mit Heine und Bauer vom 24. 2. 1916; zit. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 361
- <sup>30</sup> Heine in seinen unveröff. Erinnerungen; zit. in: SPD-RT-Fraktion, Bd. 2, S. 187 Anm. 4
- <sup>31</sup> zit. nach Westarp, Konservative Politik, Bd. 2, S. 223
- <sup>32</sup> Tagebuch-Eintragung Davids vom 22. 7. 1916 über ein Gespräch mit Bethmann Hollweg; David-Tagebuch S. 189
- <sup>33</sup> Mitteilung Bethmann Hollwegs in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 10. 4. 1916; zit. nach Westarp, Konservative Politik, Bd. 2, S. 225
- <sup>34</sup> Scheidemann in der Reichstagsitzung vom 6. 4. 1916; Sten. Ber. Bd. 307, S. 892 f.
- <sup>35</sup> s. Verh. des Reichstags, Bd. 317, Nr. 276; teilweise abgedr. in: Corr.bl. Nr. 28 v. 8. 7. 1916, S. 368 f.
- <sup>36</sup> Verh. des Reichstags, Bd. 317, Nr. 276, S. 1
- <sup>37</sup> s. ebda. S. 3 ff.
- <sup>38</sup> Lewald in der Reichstagsitzung vom 10. 5. 1916; Sten. Ber. Bd. 307, S. 1614
- <sup>39</sup> Heine in der Reichstagsitzung vom 5. 6. 1916; ebda. S. 1473
- <sup>40</sup> Legien in der Reichstagsitzung vom 10. 5. 1916; ebda. S. 1017
- <sup>41</sup> ZBl. Nr. 10 v. 8. 5. 1916, S. 74 f.
- <sup>42</sup> So der Regierungsvertreter in den Kommissionsberatungen auf eine entsprechende Frage Legiens; s. Verh. des RT, Bd. 318, Nr. 351, S. 736
- <sup>43</sup> Simon in der Fraktionssitzung vom 31. 5. 1916; SPD-RT-Fraktion, Bd. 2, S. 200
- <sup>44</sup> Delbrück in der Reichstagsitzung vom 27. 8. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 392
- <sup>45</sup> s. unten S. 215 ff.
- <sup>46</sup> DAZ Nr. 24 v. 11. 6. 1916
- <sup>47</sup> s. die Äußerungen Kirdorfs in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 26. 3. 1916; zit. bei Stegmann S. 485
- <sup>48</sup> s. DW Nr. 12. v. 11. 6. 1916, S. 90 f.; Arbeiter (Berlin) Nr. 11 v. 21. 5. 1916
- <sup>49</sup> Erklärung des Ausschusses des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 1. 5. 1916,

- zit. nach ZBl. Nr. 11 v. 22. 5. 1916, S. 81; vgl. auch Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 2, S. 225; *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 360
- <sup>50</sup> s. die Bemerkungen Franz Behrens' in der Reichstagsitzung vom 5. 6. 1916; *Sten. Ber. Bd. 307*, S. 1485
- <sup>51</sup> s. Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 2, S. 226; vgl. auch Mittmann S. 147
- <sup>52</sup> Das ZBl. warf den Gegnern der Novelle, ohne die Bischöfe zu erwähnen, »Verken-  
nung des Gesetzesinhalts und der wirklichen Verhältnisse« vor (ZBl. Nr. 13 v. 19. 6.  
1916, S. 98) und schrieb in seinem Leitartikel vom 22. 5. 1916 (ebda. Nr. 11. S. 82):  
»Wir werden uns mit aller Macht für die Novelle ... einsetzen und erwarten von  
unseren Freunden in den Parlamenten und im Lande sowie von jenen Parteien, die  
auf die Unterstützung der christlichen Arbeiterschaft Wert legen, daß sie sich mit  
größter Entschiedenheit für das Zustandekommen der Novelle einsetzen.« – Eine  
Konferenz von Vertretern der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands faßte am 27. 5.  
1916 in München eine fast gleichlautende Resolution; s. *Der Arbeiter. Organ des  
Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine*, München, Nr. 22 v. 1. 6.  
1916; (künftig zit.: *Arbeiter* (München))
- <sup>53</sup> Kerschensteiner in der Bayerischen Staatszeitung vom 8. 5. 1916; vgl. auch seine  
Reichstagsreden vom 17. 8. 1915, *Sten. Ber. Bd. 306*, S. 395f., und vom 5. 6. 1916,  
ebda. Bd. 307, S. 1495 ff.
- <sup>54</sup> Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 2, S. 227
- <sup>55</sup> Oertel in der Reichstagsitzung vom 5. 6. 1916; *Sten. Ber. Bd. 307*, S. 1483
- <sup>56</sup> ZBl. Nr. 11 v. 22. 5. 1916, S. 82
- <sup>57</sup> Die Anträge sind abgedr. in: *SPD-RT-Fraktion*, Bd. 2, S. 196; s. außerdem *Verh. des  
RT*, Bd. 318, S. 335
- <sup>58</sup> Legien in der Fraktionssitzung vom 19. 5. 1916; *SPD-RT-Fraktion*, Bd. 2, S. 196
- <sup>59</sup> Legien im Vorwärts Nr. 122; abgedr. *Corr.bl. Nr. 20* v. 13. 5. 1916, S. 212
- <sup>60</sup> Legien in der Fraktionssitzung vom 19. 5. 1916; a. a. O.
- <sup>61</sup> Simon in der Fraktionssitzung vom 31. 5. 1916; ebda. S. 200
- <sup>62</sup> ebda. S. 199
- <sup>63</sup> ebda. S. 197; die Resolution der Vorständekonferenz ist abgedr. *Corr.bl. Nr. 28* v. 8.  
7. 1916, S. 310; vgl. auch: *Ein Jahr sozialdemokratische Reichstagsarbeit im Kriege*,  
Berlin 1916, S. 26f.
- <sup>64</sup> s. ZBl. Nr. 11 v. 22. 5. 1916, S. 82, und Nr. 13 v. 19. 6. 1916, S. 100; *Gewerkverein*  
Nr. 39/40 v. 13. 5. 1916, S. 77
- <sup>65</sup> s. *Sten. Ber. Bd. 307*, S. 1513 ff. Im April 1917 hob die Reichsregierung auch den  
Sprachen-Paragrafen auf; s. Umbreit, *Die deutschen Gewerkschaften im Welt-  
krieg*, S. 80f.
- <sup>66</sup> *Corr.bl. Nr. 24* v. 10. 6. 1916, S. 261
- <sup>67</sup> Reusch an Hugenberg, 29. 5. 1916; HA/GHH, 30019390/17
- <sup>68</sup> Westarp, *Konservative Politik*, Bd. 2, S. 227
- <sup>69</sup> Der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband verlor mit knapp 2000 Mitgliedern  
fast ein Viertel seines Bestandes und zählte bei Jahresende noch 6249 Mitglieder (s.  
*Statist. Beilage des Corr.bl.*, Jg. 1917, S. 59). Der christliche Zentralverband der  
Forst-, Land- und Weinbergarbeiter umfaßte zur gleichen Zeit nur 3273 Mitglieder;  
s. ebda. S. 72
- <sup>70</sup> Z. B. waren 18,5 % der Metallarbeiter unter 18 Jahre alt gewesen, aber nur 4,2 % der  
DMV-Mitglieder; die entsprechenden Zahlen lauteten für die Brauereiarbeiter 7,2  
bzw. 1,2 %, für die Gastwirte 18,4 bzw. 1,5 %; diese vom Kaiserl. Statistischen Amt  
errechneten Zahlen nannte Lewald in der Reichstagsitzung vom 5. 6. 1916; *Sten.  
Ber. Bd. 307*, S. 1486

- <sup>71</sup> Für Hamburg s. die ausführliche Darstellung bei Volker Ullrich, Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Diss. phil. Hamburg 1976, S. 315 ff., 463 ff. und 566 ff.
- <sup>72</sup> Heine in der Reichstagsitzung vom 5. 6. 1916; Sten. Ber. Bd. 307, S. 1475; zur Novellierung des Reichsvereinsgesetzes s. ferner Feldman S. 122 f.
- <sup>73</sup> Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Hamburg 1906, S. 39
- <sup>74</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 73; Corr.bl. Nr. 5 v. 30. 1. 1915, S. 45
- <sup>75</sup> s. W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. 2, S. 243 ff., sowie den Artikel von Hermann Rochade über den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands in: Internat. Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 1, Berlin 1931, S. 423
- <sup>76</sup> s. Deutscher Eisenbahner-Verband (künftig abgekürzt: DEV), Prot. der Verh. der außerordentlichen Generalversammlung, abgehalten in Dresden vom 12.–18. 9. 1920, Berlin o. J., S. 57
- <sup>77</sup> s. die Ausführungen des DEV-Vorsitzenden Brunner in: Protokoll der 1. Konferenz der Vertreter der Ortsgruppen, Bezirksleiter und Vorstandsmitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Abgehalten im Gewerkschaftshaus zu Berlin am 28. und 29. 11. 1917, Berlin 1918, S. 4 (zit.: Prot. DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917)
- <sup>78</sup> s. Corr.bl. Nr. 21 v. 22. 5. 1915, S. 248; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 363
- <sup>79</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 72
- <sup>80</sup> Mitteilung Hertlings in der Sitzung des bayer. Ministerrates am 26. 9. 1915; zit. bei Willy Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918, Berlin 1968, S. 113; zum folgenden s. ebda. S. 113 ff.; zur Vorgeschichte des bayerischen Eisenbahnerreverses s. im übrigen Georg Kalmer, Beamtschaft und Revolution in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 209 ff.
- <sup>81</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 73
- <sup>82</sup> Die Bayerische Staatszeitung in einem amtlichen Bericht vom November 1915; abgedr. Corr.bl. Nr. 52 v. 25. 12. 1915, S. 553 f.
- <sup>83</sup> abgedr. ebda. S. 554
- <sup>84</sup> zit. ebda.
- <sup>85</sup> s. Albrecht S. 116
- <sup>86</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 73
- <sup>87</sup> Delbrück an Bethmann Hollweg, 24. 5. 1915; DZA Potsdam, RdI, Geh. Sachen 1915
- <sup>88</sup> s. Corr.bl. Nr. 13 v. 25. 3. 1916, S. 132
- <sup>89</sup> zit. ebda.
- <sup>90</sup> s. ebda.
- <sup>91</sup> s. ebda. S. 133
- <sup>92</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 74
- <sup>93</sup> s. ebda. S. 74 f.
- <sup>94</sup> s. DEV, Prot. der Verh. der 1. Generalversammlung, abgehalten in Jena vom 25.–31. 5. 1919, und Tätigkeitsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. 7. 1916 bis 1. 4. 1919, Berlin 1919, S. 7 (zit.: DEV, Prot. GV 1919)
- <sup>95</sup> s. ebda. S. 228. Nur der Holzarbeiterverband lehnte jede Mitwirkung bei der DEV-Gründung ab. Er hatte sich von vornherein gegen das Zustandekommen des neuen Verbandes ausgesprochen, weil er seine Mitglieder in den Eisenbahnwerkstätten nicht verlieren wollte. Noch drei Jahre später wehrte er sich gegen den Anspruch des DEV auf Organisierung dieser Arbeitergruppe; s. die Bemerkungen Leiparts auf dem Holzarbeiterkongreß 1919; HAV, Prot. VT 1919, S. 83 f.

- 96 Der betreffende Erlaß ist abgedr. in: *Soziale Praxis* XXVI (1916/17), Sp. 179f.; s. auch Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 75; Prot. DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, S. 7
- 97 Bericht des Büros für Sozialpolitik (künftig zit.: BFS-Bericht) vom 1. 12. 1916; PAAA, *Europa Generalia* 82 Nr. 1 Bd. 28. Diese Berichte wurden seit November 1915 von dem der Gesellschaft für Soziale Reform nahestehenden Büro für Sozialpolitik verfaßt und an die obersten Regierungsstellen verteilt.
- 98 *Soziale Praxis* a. a. O. Sp. 180
- 99 s. DW Nr. 23 v. 10. 12. 1916, S. 194f.
- 100 s. DEV, Prot. GV 1919, S. 7
- 101 s. Prot. DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, S. 7
- 102 s. ebda.; Corr.bl. Nr. 13 v. 31. 3. 1917, S. 130f.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 75
- 103 s. DEV, Prot. GV 1919, S. 8
- 104 s. Prot. DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, S. 11
- 105 s. ebda. S. 6
- 106 s. ebda. S. 16
- 107 s. ebda. S. 23
- 108 s. DEV, Prot. GV 1919, S. 8
- 109 Mitteilung Brunners in der DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, Prot. S. 8
- 110 s. ebda.
- 111 s. die Bemerkungen Brunners ebda.
- 112 s. DEV, Prot. GV 1919, S. 8
- 113 s. ebda. und Prot. DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, S. 9
- 114 s. ebda. S. 10 und die Ausführungen Schumanns in der GV 1919, Prot. S. 181
- 115 Dagegen klagten die Eisenbahner vielfach über mangelnde Unterstützung seitens der örtlichen Gewerkschaftskartelle; s. Prot. DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, S. 20ff.
- 116 s. ebda. S. 9
- 117 ebda. S. 12
- 118 s. DEV, Prot. GV 1919, S. 43
- 119 s. die Mitteilungen Brunners in der DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, Prot. S. 13
- 120 s. ebda. S. 8
- 121 ebda. S. 9
- 122 s. die Mitteilungen des Frankfurter Delegierten Dorschu, ebda. S. 17
- 123 Brunner ebda. S. 39
- 124 Der Oldenburger Delegierte Heitmann ebda. S. 41
- 125 Brunner ebda. S. 26
- 126 s. die Ausführungen des Hamburger Delegierten Kamps, ebda. S. 17
- 127 s. DEV, Prot. GV 1919, S. 87
- 128 s. ebda. S. 86
- 129 ebda. S. 77
- 130 Vor 1914 und erneut während des Krieges machte es u. a. dadurch von sich reden, daß es ein eigenes Staatsarbeiterrecht forderte, während die freien Gewerkschaften die Schaffung eines allgemeinen Arbeitsrechts verlangten, wie es während der Weimarer Republik ansatzweise realisiert wurde; s. Kulemann, *Berufsvereine*, Bd. 2, S. 242f.; den Artikel Bernhard Ottes über W. Gutsche in: *Internat. Handbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 2, S. 741, sowie das ungedruckte Manuskript von Georg Klein, *Aus der Geschichte der deutschen Eisenbahnerbewegung*, Archiv des DGB, Düsseldorf, S. 45ff.



- <sup>131</sup> Brunner in der DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, Prot. S. 9
- <sup>132</sup> s. ebda. S. 7
- <sup>133</sup> s. die Mitteilungen des Gleiwitzer Delegierten Mühlmeier in der DEV-GV 1919, Prot. S. 224
- <sup>134</sup> s. ebda. S. 225
- <sup>135</sup> s. Prot. DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, S. 4f. und 23
- <sup>136</sup> Prot. DEV-GV 1919, S. 78
- <sup>137</sup> Brunner in der DEV-Ortsgruppenkonferenz 1917, Prot. S. 9
- <sup>138</sup> s. ebda. S. 12
- <sup>139</sup> s. ebda. S. 9
- <sup>140</sup> s. Prot. DEV-GV 1919, S. 9
- <sup>141</sup> s. Paul Lange, Die Neuorientierung der Gewerkschaften, Leipzig 1917, S. 33f.
- <sup>142</sup> Prot. DEV-GV 1919, S. 9
- <sup>143</sup> vgl. unten S. 222f. und 570
- <sup>144</sup> s. unten S. 217f.
- <sup>145</sup> Prot. DEV-GV 1919, S. 8
- <sup>146</sup> ebda. S. 8f.
- <sup>147</sup> David-Tagebuch S. 25, Eintragung vom 24. 8. 1914; vgl. dazu auch Delbrücks Aufzeichnung über diese Unterredung, abgedr. bei Kuczynski, Der Ausbruch des 1. Weltkrieges, S. 207ff.
- <sup>148</sup> Delbrück an Bethmann Hollweg, 13. 9. 1914; zit. in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 423; s. auch Gutsche, Beziehungen, S. 157
- <sup>149</sup> Wild v. Hohenborn an seine Frau, 8. 10. 1914; zit. bei Deist I, S. 205 Anm. 6
- <sup>150</sup> Meldung des Kapitäns z. S. Hopman aus dem Gr. HQu. an das RMA, 27. 10. 1914; auszugsweise abgedr. ebda. S. 206
- <sup>151</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 423; Reinhard Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964, S. 21ff.
- <sup>152</sup> Denkschrift Loebells vom 26. 6. 1915; zit. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 228; Ludwig Bergsträsser, Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917, Tübingen 1929, S. 28ff.; Patemann S. 25ff.
- <sup>153</sup> s. Patemann S. 35f.
- <sup>154</sup> s. den Artikel über den Deutschen Bauernbund in: Bürgerl. Parteien, Bd. 1, S. 415ff; ferner Flemming S. 52
- <sup>155</sup> Prot. der Vorstandskonferenz vom 6. 7. 1915; Prot. Vorstandskonferenzen 1914/15, S. 136; vgl. auch Hermann Liebmann, Die Politik der Generalkommission. Ein Sündenregister der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, Leipzig 1919, S. 59f.
- <sup>156</sup> Corr.bl. Nr. 32 v. 7. 8. 1915, S. 358
- <sup>157</sup> Corr.bl. Nr. 4 v. 22. 1. 1916, S. 41
- <sup>158</sup> zit. in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 357; ausführlich Patemann S. 36ff.
- <sup>159</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 358f.
- <sup>160</sup> s. die Ausführungen Eberts in der Reichstagssitzung vom 5. 4. 1916; Sten. Ber. Bd. 307, S. 860, und in der Sitzung vom 7. 6. 1916, ebda. Bd. 308, S. 1588; vgl. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 359
- <sup>161</sup> Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. 9. 1916. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt, o. O. o. J., S. 177
- <sup>162</sup> Corr.bl. Nr. 42 v. 14. 10. 1916, S. 427
- <sup>163</sup> Resolution der 2. Kriegstagung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses vom 16./17. 8. 1916, abgedr. ZBl. Nr. 18 v. 28. 8. 1916, S. 137

- <sup>164</sup> Gewerksverein Nr. 7/8 v. 22. 1. 1916, S. 13; s. auch ebda. Nr. 1 v. 1. 1. 1916, S. 1
- <sup>165</sup> DW Nr. 7 v. 4. 4. 1915, S. 52; ähnlich ebda. Nr. 16 v. 5. 9. 1915, S. 141 ff.
- <sup>166</sup> ebda. Nr. 26 v. 26. 12. 1915, S. 204
- <sup>167</sup> s. DW Nr. 22 v. 29. 10. 1916, S. 172
- <sup>168</sup> s. z. B. DAZ Nr. 43 v. 25. 10. 1914; Nr. 23 v. 6. 6. 1915; Nr. 37 v. 10. 9. 1916; Nr. 6 v. 11. 2. 1917
- <sup>169</sup> s. Patemann S. 42 ff.
- <sup>170</sup> Delbrück an Bethmann Hollweg, 13. 9. 1914; zit. u. a. in: Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 773; *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 1, S. 426
- <sup>171</sup> Bethmann Hollweg an Friedrich Naumann, 13. 11. 1917, zit. bei Gutsche S. 190
- <sup>172</sup> Bethmann Hollweg an Delbrück, 12. 9. 1914; zit. ebda. S. 155
- <sup>173</sup> *Immediatbericht Loebells vom 22. 11. 1915*; zit. ebda. S. 180; *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 241; Stegmann S. 485; in extenso bei Johanna Schellenberg, *Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern v. Loebell vom 22. 11. 1915*, in: *Jahrbuch für Geschichte 1 (1967)*, S. 254 f.
- <sup>174</sup> *Aus dem Gründungsaufruf*; BA Koblenz, Nl. Moellendorff Nr. 52 (neu)
- <sup>175</sup> Theodor Heuss, Robert Bosch, S. 306
- <sup>176</sup> s. ebda. S. 305 ff.
- <sup>177</sup> Ernst Jaekch, *Der Goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers*, Stuttgart 1954, S. 189
- <sup>178</sup> Solf, der den Vorsitz übernahm, Prittwitz, Nadolny und Nostitz; von den Militärs Moltke, Admiral v. Capelle und der Pressechef Deutelmoser.
- <sup>179</sup> Unter ihnen Ernst Jaekch, Karl Vollmöller, Hans Delbrück, Ernst Troeltsch, Adolf v. Harnack, Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff und Friedrich Meinecke; s. *Bürgerl. Parteien I*, S. 378 ff.; außerdem das Protokoll der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses vom 4. 10. 1915; GStAM, *Gesandtschaft Berlin 1156*. Zu den erfolglosen Versuchen, eine »Sammlungsbewegung« der Gemäßigten gegen den Alldeutschen Verband aufzubauen, s. auch Leo Haupts, *Deutsche Friedenspolitik 1918–19*. Eine Alternative zur Machtpolitik des 1. Weltkrieges, Düsseldorf 1976, S. 122 ff.
- <sup>180</sup> Zu diesem Vorbild für die Gründung der Gesellschaft s. Jaekch, *Der Goldene Pflug*, S. 185 ff.
- <sup>181</sup> s. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, S. 293 ff.
- <sup>182</sup> Zur Weigerung Westarps, der Gesellschaft beizutreten, s. Westarp, *Konservative Politik, II*, S. 10 ff. Zur »Ostpreußischen Gesellschaft 1914«, die nach dem Vorbild der »Deutschen Gesellschaft 1914« gebildet wurde, blieb der SPD von vornherein der Zutritt verwehrt, denn »ihr Vertreter in Königsberg ist Herr Haase«; s. den Bericht der Königsberger Vertretung des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden, in: *Unabhängiger Ausschuss für einen deutschen Frieden, Vorbilder zur Organisation*. Als Handschrift gedruckt, o. O. o. J.
- <sup>183</sup> Die Schilderung eines Vortrags von August Winnig findet sich bei August Winnig, *Der weite Weg*, S. 369 ff.
- <sup>184</sup> *Aus dem Gründungsaufruf* zit. in ZBl. Nr. 17 v. 16. 8. 1915, S. 155. Von den christlichen Gewerkschaften gehörten der Vereinigung Behrens, Streiter und Giesberts, von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Gustav Hartmann an; s. ebda. S. 156; s. auch den Artikel über die Freie Vaterländische Vereinigung in: *Bürgerl. Parteien II*, S. 44 f.; Gutsche S. 360 ff.; Stegmann S. 472 ff.
- <sup>185</sup> Bericht Lerchenfelds an Hertling, 25. 8. 1916; GStAM, MA I, 958; abgedr. *Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld*, Teil 2, S. 676
- <sup>186</sup> s. Klaus Schwabe, *Die deutschen Professoren und die politischen Fragen des 1. Weltkrieges*, Diss. Freiburg 1958, S. 284

- <sup>187</sup> Zum Unabhängigen Ausschuß s. Karl-Heinz Schädlich, Der »Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden« als ein Zentrum der Annexionspropaganda des deutschen Imperialismus im 1. Weltkrieg, in: Politik im Krieg, hrsg. von Fritz Klein, Berlin 1964, S. 50ff.; Bürgerl. Parteien II, S. 681ff.; Stegmann S. 465ff.; s. außerdem Fischer, Krieg der Illusionen, S. 774; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 224ff.
- <sup>188</sup> Arthur Rosenberg, Die Entstehung der Weimarer Republik, S. 97; s. auch Fischer, Krieg der Illusionen, S. 779ff.
- <sup>189</sup> Erich v. Manstein, Aus einem Soldatenleben, 1887–1939, Bonn 1958, S. 53, hat mit einigem Recht darauf hingewiesen, daß Wilhelm II. »die Macht schon lange – und zwar nicht erst an Ludendorff – aus der Hand gegeben« hatte. »Er hatte praktisch resigniert, als das Schicksal mit dem Ausbruch des Krieges über ihn hinweggegangen war.«
- <sup>190</sup> Bethmann Hollweg an Delbrück, 19. 9. 1914; zit. bei Gutsche, Beziehungen, S. 157; vgl. auch die Charakterisierung Bethmanns bei Gerhard v. Mutius, Abgeschlossene Zeiten, Hermannstadt o. J., S. 185ff.; Meinecke, Straßburg, S. 217, und John W. Wheeler-Bennett, Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg, Tübingen 1969, S. 122
- <sup>191</sup> Bethmann Hollweg, Betrachtungen II, S. 35 u. ö.

## 6. Kapitel

- <sup>1</sup> s. August Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Berlin/Leipzig/Stuttgart 1927, S. 133; Roesler S. 63
- <sup>2</sup> Näheres hierzu bei Skalweit, passim; Westarp, II, S. 365ff.; Feldman S. 97ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 437ff.; Flemming S. 82ff. Reichhaltige Materialien zu Ernährungsverhältnissen, Löhnen, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen sowie zur Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen enthalten im übrigen die Jahresberichte der Preussischen Regierungs- und Gewerbeämter und Bergbehörden für 1914–1918, hrsg. vom Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin 1919. Einen guten Eindruck von den Verhältnissen auf lokaler Ebene vermitteln Schwarz, Nürnberg, S. 116ff., und Ullrich S. 234ff.
- <sup>3</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 18ff.; Varain S. 75f.
- <sup>4</sup> s. Westarp II, S. 381ff.
- <sup>5</sup> Hugenberg im September 1914 gegenüber Westarp; zit. ebda. S. 383; vgl. auch Feldman S. 100f.
- <sup>6</sup> Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 117
- <sup>7</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 449; Flemming S. 92ff. (auch zu den in der Landwirtschaft erzielten Kriegsgewinnen)
- <sup>8</sup> Einen Überblick über die verschiedenen Maßnahmen vermitteln der Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 20ff.; Feldman S. 99ff.; Flemming S. 95ff.; Martin Schumacher, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978, S. 33ff.
- <sup>9</sup> Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 23
- <sup>10</sup> s. Feldman S. 104f.
- <sup>11</sup> So der für die Zivilversorgung zuständige Dezernent des Kriegsministeriums im Frühjahr 1916 gegenüber Borsig; zit. nach der Wiedergabe seiner Äußerungen in einem Brief Borsigs an Reusch v. 12. 5. 1916; HA/GHH, 30019390/4. Borsigs Ge-

- sprächspartner war vermutlich Sichler, der in einer internen Denkschrift vom April 1916 fast wörtlich dieselbe Klage vorgebracht hatte; s. Sichler-Tiburtius S. 99f.
- <sup>12</sup> s. Kuczynski, Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. 1, 2. Teil, S. 99; vgl. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 450
- <sup>13</sup> s. Waldemar Zimmermann, Die Veränderungen der Einkommens- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg, in: Die Einwirkungen des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, Deutsche Serie, Bd. 8), Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932, S. 420; s. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 246; Schwarz, Nürnberg, S. 119
- <sup>14</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 245f.
- <sup>15</sup> zit. ebda. S. 247
- <sup>16</sup> FAV, Jb. 1916, S. 161
- <sup>17</sup> s. für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine z. B. Gewerkverein Nr. 67/68 v. 21. 8. 1915, S. 135. Die christliche Arbeiterschaft, die ebenfalls die Gewinnssucht der landwirtschaftlichen Produzenten angriff, geriet hierbei ein weiteres Mal in einen scharfen Gegensatz zum rechten Zentrumsflügel mit seinem stark agrarischen Einschlag. Insbesondere in Rheinland-Westfalen, wo in den Industriezentren die christliche Arbeiterschaft und auf dem Lande die katholischen Großgrundbesitzer ihre Hochburgen hatten, spitzten sich die Gegensätze »aufs äußerste« zu. So Der Arbeiter (München) Nr. 5 v. 3. 2. 1916. Das ZBl. warf »den breitesten landwirtschaftlichen Kreisen« schon im März 1915 ihre ungezügelte und ungerechtfertigte Profitgier als »kurzsichtige Politik« vor, die »sich einst schwer rächen wird« (ZBl. Nr. 6 v. 15. 3. 1915, S. 55). Der Führer des Rheinischen Bauernvereins, Frhr. Clemens v. Loebergerhausen konterte mit einem schweren Angriff gegen die christlichen Gewerkschaften, besonders ihre Führer (s. Der Rheinische Bauer Nr. 19 vom 8. 5. 1915), worauf das Zentralblatt seinen Vorwurf erhärtete, die landwirtschaftlichen Organisationen hätten »bei der Mitwirkung an einer angemessenen Kriegs-Lebensmittelversorgungspolitik total versagt« (ZBl. Nr. 11 v. 25. 5. 1915, S. 99). Auch in Bayern, wo die Teuerung ebenfalls »nichts zu wünschen übrig« ließ (Der Arbeiter, München, Nr. 5 v. 3. 2. 1916), traten ähnliche Spannungen auf. Sie hinterließen in weiten Kreisen der christlichen Arbeiter eine »außerordentliche Verstimmung« (ebda.); nicht allein, weil die Teuerung anhielt, sondern auch, weil der katholische Adels- und Bauernflügel des Zentrums der Polemik eine politische Färbung gab, indem er die Forderungen der Arbeiterschaft als eine »Schwenkung nach links« interpretierte (s. ebda.).
- <sup>18</sup> s. Paul Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung, S. 149; Rechenschaftsbericht der Generalkommission, S. 20; Richter S. 53ff
- <sup>19</sup> s. Corr.bl. Nr. 4 v. 23. 1. 1915, S. 35; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914-1919, S. 20
- <sup>20</sup> s. Feldman S. 103f.
- <sup>21</sup> s. ebda. S. 107; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914-1919, S. 23; Westarp II, S. 407
- <sup>22</sup> Zum Vertrauensschwund der Regierung s. Feldman S. 105ff.; zum Vertrauensschwund der Gewerkschaften s. unten S. 270ff.
- <sup>23</sup> s. Feldman S. 108; Der DMV 1916, S. 364; Schwarz, Nürnberg, S. 146ff.
- <sup>24</sup> Corr.bl. Nr. 20 v. 13. 5. 1916, S. 209; s. auch die Eingabe des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften an das Große Hauptquartier vom Oktober 1915; abgedr. ZBl. Nr. 22 v. 25. 10. 1915, S. 200; ferner dass. Nr. 11 v. 22. 5. 1916, S. 83ff., sowie die Resolution des 19. Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine vom Juni

- 1916; abgedr. in: Die Verhandlungen des 19. ordentl. Verbandstages der Deutschen Gewerksvereine, abgehalten im Vereinshaus zu Berlin vom 12. bis 17. Juni 1916, Berlin 1916, S. 40f.
- <sup>25</sup> Borsig an Reusch, 12. 5. 1916; HA/GHH, 30019390/4
- <sup>26</sup> Borsig an Rieppel, 3. 5. 1916; ebda.
- <sup>27</sup> Borsig an Reusch, 12. 5. 1916; ebda.
- <sup>28</sup> s. ZBl. Nr. 12 v. 5. 6. 1916, S. 90, und Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 23
- <sup>29</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Groeners vom 21. 5. 1916; abgedr. bei Groener, Lebenserinnerungen, S. 550
- <sup>30</sup> Zur Entstehung und Struktur des Kriegsernährungsamtes s. Feldman S. 108 ff.; Flemming S. 104; Schumacher S. 39 ff.
- <sup>31</sup> Vogelsang auf dem christlichen Bergarbeiterkongreß 1919; in: Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Bericht über das 25jährige Jubelfest und Protokoll der 15. Generalversammlung des Gewerkvereins, abgehalten vom 24.–27. 8. 1919 zu Essen, Essen o. J., S. 66
- <sup>32</sup> s. die kritische Tagebuch-Notiz Groeners über den KEA-Chef Batocki vom 29. 5. 1916; abgedr. bei Groener, Lebenserinnerungen, S. 550
- <sup>33</sup> s. Corr.bl. Nr. 1 v. 6. 1. 1917, S. 1
- <sup>34</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 23 ff.
- <sup>35</sup> s. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. 1/2, S. 95
- <sup>36</sup> s. ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4, S. 330 und 368
- <sup>37</sup> s. ders., Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, 1/2, S. 94
- <sup>38</sup> s. ders., Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland, S. 328; vgl. auch Bry S. 211
- <sup>39</sup> Dokumente zur Kriegssozialpolitik, o. O. o. J., S. 198 ff.; zit. nach Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 441. Zu Lohnsenkungen nach Kriegsausbruch s. ferner u. a. Emil Girbig, Die Wirkungen des Krieges in der Glas- und Porzellanindustrie, in: NZ 33 (1914/15), Bd. 1, S. 568; Hermann Lüdemann, Die Angestellten und der Krieg, ebda. S. 792 ff.; ferner die Mitteilungen im Corr.bl. Nr. 33 v. 15. 8. 1914, S. 500; Nr. 37 v. 12. 9. 1914, S. 531; Nr. 49 v. 5. 12. 1914, S. 635 und 639f.
- <sup>40</sup> s. Gertrud Hanna, Die Arbeiterinnen und der Krieg, Berlin 1916 (Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, Heft 20), S. 6
- <sup>41</sup> s. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, 1/2, S. 94
- <sup>42</sup> s. ders.: Darstellung der Lage der Arbeiter, Bd. 4, S. 328f.; Bry S. 200
- <sup>43</sup> s. Feldman S. 117
- <sup>44</sup> Im Frühjahr 1916 setzte das Kriegsministerium Mindestlöhne für die Arbeiter des Schneidergewerbes fest, indem es die Kriegs- und Reservebekleidungsämter anwies, in den Verträgen mit den Herstellerfirmen die Auszahlung von 75 % der vereinbarten Stückpreise an die Arbeiter festzusetzen. Um dieser Vertragsbestimmung »größeren Nachdruck zu verleihen, insbesondere die einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen meist entbehrenden Heimarbeiterinnen gegen Übervorteilungen der Unternehmer zu schützen«, drohten die Generalkommandos in Münster und anderwärts Strafen für Verstöße gegen diese Klausel an. Die Gerichte sprachen freilich bei derartigen Verstößen »im allgemeinen recht milde Strafen« aus (Stellv. Gen.kdo. Münster an den RP in Arnsberg, 17. 3. 1916; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 9081, Bl. 103).
- <sup>45</sup> s. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1915, S. 30
- <sup>46</sup> s. z. B. ders., Jb. 1916, S. 109 und 145

- 47 Beim »Wagennullen« wurden Förderwagen, die nach Meinung der Aufsichtsbeamten nicht hoch genug beladen waren – mitunter bedeutete das »über ihren äußeren Rand hoch vollgeladen« –, als Förderleistung, die der Lohnberechnung zugrunde lag, nicht gerechnet. Beim »Wagenkippen« wurde ein Teil der gefüllten Förderwagen ohne Bezahlung für die Arbeiter umgekippt und der Inhalt zum Beladen für andere Wagen verwendet; s. Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Bericht des Hauptvorstandes über die Jahre 1913–1918, Essen 1919, S. 9f.
- 48 s. Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 295f.
- 49 s. Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jb. 1915, S. 61
- 50 s. Paul Lange, Lohnarbeit und Kapital während des Krieges, Leipzig 1917, S. 30ff.
- 51 s. BAV, Prot. VT 1918, S. 16
- 52 Die Streikklausel besagte, daß Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeiter die Verlängerung der vereinbarten Lieferfristen um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung ohne Schadensersatzansprüche und ohne das Recht zum Rücktritt vom Vertrag für die Kunden des betroffenen Unternehmens nach sich zogen.
- 53 Rundschreiben der VDA vom 22. 4. 1916; HA/GHH, 30019324/9
- 54 s. z. B. Verb. der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1915, S. 101; FAV, Jb. 1914, S. 249f.; Verb. der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 5; Verband der Dt. Buchdrucker, Rechenschaftsberichte 1915, S. 6; ASS 42 (1916/17), S. 310f.
- 55 Zwei Belege unter vielen anderen: Verein für die bergbäulichen Interessen Niederschlesiens, Jahresberichte für die Jahre 1914 bis 1920 und für das Jahr 1921, Waldenburg 1922, S. 40; Wochenschrift der HK Düsseldorf, 14. Jg. (1919), S. 137
- 56 VdESI, Bericht über die 2. Kriegstagung der Mitglieder des Gesamtvereins, 16. 11. 1916, S. 7; BA, R 13 I/112; ähnlich DVC Nr. 2 v. 7. 1. 1916
- 57 s. Der DMV 1915, S. 98
- 58 s. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, I/2, S. 101; s. auch August Ellinger, Der Krieg und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, in: Die Glocke 1 (1915/16), S. 687ff.
- 59 s. Feldman S. 117; s. auch Bry S. 211
- 60 Bergarb.verb., GBer. 1915/16, S. 26; detaillierte regionale Lohnstatistiken ebda. S. 25
- 61 BAV, Jb. 1915, S. 75
- 62 FAV, Jb. 1915, S. 20; s. auch die Bemerkung des Stettiner Gauleiters ebda. S. 104: »In den Kreisen der Arbeiter hat sich der Gedanke festgesetzt, wenn man nicht streiken kann, sind auch Lohnbewegungen unmöglich.«
- 63 Leipart auf dem Holzarbeiterkongreß 1919; HAV, Prot. VT 1919, S. 89; ähnliches berichtete der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter, Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht 1916, S. 6
- 64 s. Bry S. 46
- 65 FAV, Jb. 1916, S. 160
- 66 ders., Jb. 1915, S. 130
- 67 ders., Jb. 1916, S. 134
- 68 Mitteilungen für die Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes der Zahlstelle Berlin, Februar 1916, S. 12
- 69 s. Liebmann, Die Politik der Generalkommission, S. 38
- 70 s. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1914, S. 32f.; Preller S. 57f. – Analog zwang der Rohstoffmangel die Behörden schon im Spätsommer 1915 zur Anordnung der 5-Tage-Woche für Webereien und Spinnereien; s. Preller S. 56  
Die Frage der gesetzlichen Verankerung des Nachtbackverbots führte zu erhebli-

chen Spannungen zwischen dem Bäckerverband und dem sozialdemokratischen Zentralverband der Konsumvereine, welcher – als Unternehmer von Genossenschaftsbäckereien – aus Produktions- und Konkurrenzgründen für die Beibehaltung des Nachtbackverbots eintrat; s. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1915, S. 73 ff.; ders., Jb. 1916, S. 99 ff.

<sup>71</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 257 f.

<sup>72</sup> 1915 wurden in der chemischen Industrie nur 22 % aller Betriebe überprüft. In einer Sektion der Knappschafts-Berufsgenossenschaft Bochum, die über 260 Betriebe mit über 288 000 Arbeitern umfaßte, war nur ein einziger technischer Aufsichtsbeamter tätig, der lediglich 33 Betriebe besichtigte. In der Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft wurden von knapp 35 000 Betrieben 576 revidiert, in der Glas-Berufsgenossenschaft kein einziger; s. den Überblick über die Berichte der Berufsgenossenschaften über das Jahr 1916, in: Corr.bl. Nr. 2 v. 13. 1. 1917, S. 19 f. Auch im Baugewerbe waren die Kontrollen der staatlichen Bauaufsicht »sehr eingeschränkt oder gänzlich eingestellt« (BAV, Jb. 1915, S. 62). Die Zahlen für 1916 sind noch niedriger; s. den Überblick über die Berichte der Berufsgenossenschaften über das Jahr 1916, in: Corr.bl. Nr. 45 v. 10. 11. 1917, S. 425 f.

<sup>73</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 65

<sup>74</sup> ebda. S. 61; s. auch ders., Jb. 1916, S. 62 ff.

<sup>75</sup> s. ebda. S. 65

<sup>76</sup> BAV, Jb. 1915, S. 64

<sup>77</sup> ebda.

<sup>78</sup> BAV, Jb. 1916, S. 63

<sup>79</sup> ebda. S. 66

<sup>80</sup> Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 170

<sup>81</sup> 1889–1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband. Zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bochum 1929, S. 91

<sup>82</sup> s. BAV, Jb. 1916, S. 58; Karl Spellecken, Die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Baugewerbe von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hannover 1929, S. 99, gibt niedrigere, zweifelhafte Zahlen an.

<sup>83</sup> FAV, Jb. 1916, S. 161

<sup>84</sup> Berechnet nach FAV, Jb. 1915, S. 87 f., und Jb. 1917, S. 87 f.

<sup>85</sup> s. Textilarbeiterverband, Jb. 1918, S. 117 f.

<sup>86</sup> FAV, Jb. 1916, S. 161

<sup>87</sup> Bergarb. verb., GBer. 1915/16, S. 81

<sup>88</sup> s. ebda. S. 99 und 158 f.

<sup>89</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 170 ff.; s. auch Friedrich Kleeis, Der Arbeiterschutz in der Kriegszeit, in: NZ 35 (1916/17), I, S. 51 ff., und die Resolution des Bauarbeiterverbandstages vom März 1918, Prot. S. 237; Resolution des 8. Verbandstages des Verbandes süddt. kath. Arbeiterinnenvereine vom 28. 8. 1916, abgedr. in: ZBl. Nr. 19 v. 11. 9. 1916, S. 158; Der Gewerkverein Nr. 37/38 v. 6. 5. 1916, S. 73

<sup>90</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 171

<sup>91</sup> s. Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart/Berlin/Leipzig/New Haven 1928, S. 128; Liebmann, Die Politik der Generalkommission, S. 38

<sup>92</sup> s. Heinrich Schneider, Hemmungen und Hoffnungen, in: NZ 34 (1915/16), I, S. 310

<sup>93</sup> s. Charlotte Lorenz, Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, S. 345 ff. Da diese Zahlen nur die Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten berücksichtigen, gerade die Gewerbe mit hohem

- Frauenanteil aber noch zahllose Kleinbetriebe aufwiesen, bleiben die Angaben auf jeden Fall hinter der Wirklichkeit zurück. Außerdem verwischt die Zusammenfassung verschieden besetzter Berufe in einer Gruppe manche Extremwerte. Unter der Sparte Nahrungsmittelindustrie z. B. sind sowohl die Fleischer, unter denen wegen der Art ihrer Tätigkeit sich auch während des Krieges die Frauenarbeit nur wenig ausbreitete, als auch die Bäcker subsumiert, bei denen sich der Frauenanteil schon 1916 auf 74 % belief (s. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1917, S. 234). Vgl. auch Ursula v. Gersdorff, *Frauen im Kriegsdienst 1914–1945*, Stuttgart 1969, S. 26
- 94 Erklärung Caspars, abgedr. in: *Der DMV* 1915, S. 12
- 95 *Der DMV* 1916, S. 19
- 96 Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Krieges. Dargestellt nach Erhebungen im August/September 1916 vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1917, S. 4; Joseph Kurth, *Frauenarbeitsarbeit in der Metallindustrie*, in: *SM* 24 (1918), II, S. 957 ff.; Franz Schlemminger, *Die Frauenarbeit in der Holzindustrie*, ebda. S. 1058 f.
- 97 s. Die Frauenarbeit in der Metallindustrie, S. 14 f.; *Der DMV* 1915, S. 233; Lorenz S. 337 ff.; vgl. auch die Ausführungen Brandes' in der Reichstagsitzung vom 14. 1. 1916; *Sten. Ber. Bd.* 306, S. 629 f.
- 98 Ähnliche Anforderungen wurden aus allen anderen Bezirken gemeldet; s. *Die Frauenarbeit in der Metallindustrie*, S. 20 ff.
- 99 FAV, Jb. 1916, S. 160
- 100 s. Lorenz S. 330 ff.; Theodor Wagner, *Frauenarbeit im Bergbau*, in: *SM* 23 (1917), III, S. 1065 ff.
- 101 s. hierzu die beiden Berichte des Redakteurs des Bauarbeiterverbandes, A. Ellinger, in: *Corr. bl. Nr. 29 v. 15. 7. 1916*, S. 313 f. und *Nr. 49 v. 2. 12. 1916*, S. 504 ff.; das Zitat ebda. S. 504
- 102 s. Lorenz S. 358 f.
- 103 s. *Corr. bl. Nr. 49 v. 2. 12. 1916*, S. 505
- 104 Gertrud Bäumer, *Der Krieg und die Frau* (*Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften*, hrsg. von Ernst Jäckh, 15. Heft), Stuttgart/Berlin 1914, S. 25
- 105 s. *Verband der Sattler und Portefeuller, Unser Kriegsbuch*, S. 12
- 106 s. Lorenz S. 356 f. – Demgegenüber klingt es wie eine alchemistische Arabeske, wenn die Brauereiarbeiter berichteten: »Wir sehen jetzt die Frauen die Wichsmaschinen und Spritzköpfe bedienen, sie als Wichsmeister tätig sein; in der Mälzerei widdern die Frauen Haufen, weichen ein und aus und bedienen die Darren. In den Sudhäusern sind die Frauen nicht nur als Pumpaufs, sondern auch als Biersieder tätig. Im Gärkeller wichen die Frauen Bottiche, im Lagerkeller schlupfen sie Faß und bedienen in den Abfüllhallen sogar die Isobarometer.« *Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter*, Jb. 1916, S. 137
- 107 s. *Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter, Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht* 1916, S. 7; *Verband der Dt. Buchdrucker, Rechenschaftsbericht für* 1916, S. 2
- 108 s. Siegfried Aufhäuser, *Weltkrieg und Angestelltenbewegung*, Berlin 1918, S. 53. – Zur Zunahme der Frauenarbeit während des Krieges und den dadurch aufgeworfenen Problemen s. außerdem Luise Zietz, *Zur Lage der Frauenarbeitsarbeit während des Krieges und nachher*, Berlin 1916 (*Sozialdemokratische Frauenbibliothek*, 9. Heft)
- 109 *Die Frauenarbeit in der Metallindustrie*, S. 25
- 110 ebda. S. 26. – Über katastrophale sanitäre Zustände wurde auch aus zahlreichen anderen Metallbetrieben berichtet; s. ebda. S. 25 f.



- <sup>111</sup> ebda. S. 24
- <sup>112</sup> August Ellinger in: Corr. bl. Nr. 29 v. 15. 7. 1916, S. 314
- <sup>113</sup> s. Der DMV 1915, S. 12
- <sup>114</sup> s. Lorenz S. 330ff.
- <sup>115</sup> s. Die Frauenarbeit in der Metallindustrie, S. 27ff.
- <sup>116</sup> s. ebda. S. 29ff.
- <sup>117</sup> s. Lorenz S. 340f.
- <sup>118</sup> s. Verh. 19. VT der H.-D. Gewerkvereine 1916, S. 34
- <sup>119</sup> Die Frauenarbeit in der Metallindustrie, S. 39
- <sup>120</sup> s. ebda.
- <sup>121</sup> ebda. S. 43
- <sup>122</sup> s. ebda. S. 45f.; nur in den Berliner Metallbetrieben galten bei gleicher Leistung gleiche Akkordsätze für männliche und weibliche Arbeiter; s. Lorenz S. 342
- <sup>123</sup> ebda. S. 332
- <sup>124</sup> s. die Tabelle ebda. S. 334
- <sup>125</sup> Corr. bl. Nr. 29 v. 15. 7. 1916, S. 314
- <sup>126</sup> ebda. Nr. 49 v. 2. 12. 1916, S. 505
- <sup>127</sup> s. Lorenz S. 344; Kuczynski, Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, I/2, S. 118f.; s. auch Bry S. 205ff.
- <sup>128</sup> s. auch die Ausführungen Gustav Bauers in der Hilfsdienstkonferenz der Gewerkschaftsverbände im Dezember 1916; Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 in Berlin betr. das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, Berlin 1917, S. 27, sowie Lorenz S. 327f.
- <sup>129</sup> DVC Nr. 22 v. 17. 3. 1916
- <sup>130</sup> s. Hirschfeld, Sittengeschichte des Weltkrieges, Bd. 1, S. 1ff. und 87ff.
- <sup>131</sup> s. Corr.bl. Nr. 16 v. 18. 4. 1914, S. 239; Paula Thiede, Erwerbsarbeit, Entlohnung und Organisation der Frauen, in: SM 23 (1917), I. S. 356ff.; Nestriepke, Gewerkschaftsbewegung, Bd. 1, S. 376f.
- <sup>132</sup> s. Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 49ff.
- <sup>133</sup> s. dazu oben S. 39 und 105f.
- <sup>134</sup> Als z. B. im Winter 1915/16 der Bedarf der Radeberger Bauunternehmer an Bauhilfsarbeitern zurückging, entließen sie die Männer und behielten die Frauen; s. Corr.bl. Nr. 29 v. 15. 7. 1916, S. 314. Zahlreiche Metallindustrielle in Wuppertal drohten ihren Arbeitern, falls sie zu bestimmten Lohnsätzen nicht arbeiten wollten, Frauen einzustellen. s. DMV-Verwaltungsstelle Barmen-Elberfeld an stellv. Generalkommando Münster, 8. 5. 1915; abgedr. in: Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jb. 1915, S. 66. – Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung schrieb im Oktober 1915: »Wer mit einer billigen Arbeitskraft auskommen kann, dem soll man nicht zumuten, daß er aus Gründen, die doch immerhin höchst theoretischer Natur sind, seine Produktion verteuert.« Im Hinblick auf die Kämpfe um den Weltmarkt nach Kriegsende empfahl sie den Arbeitgebern eine Senkung der Produktionskosten durch die »rationelle Verwendung der Frauenarbeit« mit der Begründung, »für eine große Menge von Hilfs- und Nebenarbeiten würde der männliche Arbeiter einen zu hohen Preis verlangen«. Die »sozialistische Behauptung, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält«, sei »in den allermeisten Fällen dahin umzudeuten . . ., daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird«. Felix Kuh in DAZ Nr. 40 v. 3. 10. 1915

- <sup>135</sup> s. etwa Anton Heinen, Mütterlichkeit. Als Berufs- und Lebensinhalt der Frau. Ein Wort an Erzieher und Erzieherinnen, M. Gladbach 1915; s. auch Elisabeth Gnauck-Kühne, Krieg und Frauenfrage, in: *Der Arbeiter* (München) Nr. 26 v. 29. 6. 1916
- <sup>136</sup> C. Walterbach, Katholische Arbeiterschaft und Jugend, München 1916, S. 14
- <sup>137</sup> *Arbeiter* (München) Nr. 16 v. 20. 4. 1916
- <sup>138</sup> s. z. B. *ZBl.* Nr. 26 v. 20. 12. 1915, S. 227
- <sup>139</sup> *Verh.* 19. VT der H.-D. Gewerkvereine 1916, S. 22
- <sup>140</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 165
- <sup>141</sup> Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, hrsg. von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1919, S. 44. Zur Debatte um die gewerkschaftliche Stellungnahme zum Problem der Frauenarbeit s. ferner Max Quarck, Organisation und Lohnpolitik der Frauenberufsarbeit, in: *SM* 23 (1917), Bd. 1, S. 29; ders., Der sogenannte wahre Beruf der Frau. Eine Schlußbetrachtung; ebda. S. 143 ff.; Emil Kloth, Zur Frage der Frauenarbeit, ebda. S. 195 ff.; Hermann Mattutat, Die Heranziehung der Frau zur gewerkschaftlichen Organisation, ebda. S. 242 ff.; Heinrich Stühmer, Ein Kapitel aus der Frauenberufsarbeit, ebda. Bd. III, S. 481 ff.; Hugo Poetzsch, Die Frauenarbeit und die Arbeiterklasse, ebda. S. 637 ff.; Rob. Schmidt, Die Stellung der Gewerkschaften zur Frauenerwerbsarbeit, ebda. S. 690 ff.; Friedrich Kleis, Mehr Schutz der Arbeiterin, ebda. S. 779 ff.; Herm. Mattutat, Bevölkerungsvermehrung und Frauenarbeit, in: *NZ* 34 (1915/16), Bd. 2, S. 58 ff., sowie die schon erwähnte Broschüre von Luise Zietz (s. oben Anm. 108)
- <sup>142</sup> Ellinger in: *Corr.bl.* Nr. 49 v. 2. 12. 1916, S. 505 f.; s. auch Quarck a. a. O., und Aug. Winnig, Die Frauenarbeit im Baugewerbe, in: *SM* 23 (1917) III, S. 738 ff.
- <sup>143</sup> s. *Der DMV* 1916, S. 40, und *Statist. Beilage des Corr.bl.*, Jg. 1917, S. 70; vgl. auch Quarck a. a. O. S. 26; im übrigen oben S. 106
- <sup>144</sup> s. oben S. 105 f.
- <sup>145</sup> *FAV*, Jb. 1915, S. 134; vgl. auch Ullrich S. 249 f.
- <sup>146</sup> Gertrud Hanna, die Leiterin des Arbeiterinnen-Sekretariats der Generalkommission, auf dem Gewerkschaftskongreß 1919 in Nürnberg; *Prot. der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands*, abgeh. zu Nürnberg vom 30. 6.– 5. 7. 1919, Berlin 1919, S. 412
- <sup>147</sup> Mitteilung der Berliner Delegierten des Fabrikarbeiterverbandes, Frau Lungwitz, ebda. S. 421
- <sup>148</sup> August Bebel, *Die Frau und der Sozialismus* (Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft), 10. Aufl. Stuttgart 1891 (Internationale Bibliothek, 9.). Gleiches gilt für die SPD, so daß sich die Frauen auch innerhalb der Partei nicht voll integriert fühlten; s. Werner Thönnessen, *Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933*, Frankfurt 1958; Jochen Loreck, *Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel*, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 249
- <sup>149</sup> *HAV*, *Prot.* VT 1919, S. 92; vgl. auch oben S. 112
- <sup>150</sup> Der Essener Delegierte Struve auf dem außerordentl. Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes 1917; *FAV*, *Prot.* VT 1917, S. 93
- <sup>151</sup> *ZBl.* Nr. 24 v. 22. 11. 1915, S. 212
- <sup>152</sup> s. *Verh.* 19. VT der H.-D. Gewerkvereine 1916, S. 34
- <sup>153</sup> Ellinger in *Corr.bl.* Nr. 49 v. 2. 12. 1916, S. 505 f.
- <sup>154</sup> s. *Der DMV* 1916, S. 21; Paula Thiede, *Erwerbsarbeit, Entlohnung und Organisation der Frauen*, in *SM* 23 (1917), Bd. 1, S. 414 ff.; *ZBl.* Nr. 24 v. 22. 11. 1915, S.

- 212; Verh. 19. VT der H.-D. Gewerksvereine 1916, S. 24; Gewerkverein Nr. 99/100 v. 11. 12. 1915, S. 197; s. auch Lorenz S. 333
- <sup>155</sup> Das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission unternahm Vorstöße in dieser Richtung (s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 41 und 164f.), ebenfalls die christlichen Gewerkschaften (s. ZBl. Nr. 26 v. 20. 12. 1915, S. 227). Die Bauarbeiter forderten das Verbot der Frauenarbeit auf Bauten, die Bergarbeiter verlangten dasselbe für den Bergbau; s. Bergarb.verb., GBer. 1913/14, S. 14; s. auch die Resolution des Ausschusses des Bergarb.verb. vom September 1916, abgedr. in: ders., GBer. 1915/16, S. 68; Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 22. Der DMV versuchte 1916 Reichsleitung und Bundesrat von der Notwendigkeit zu überzeugen, Frauen und Jugendlichen die Arbeit in Eisen- und Zinkhütten sowie in Walz- und Hammerwerken gänzlich bzw. nachts zu verbieten, Schwerarbeit für Frauen auf höchstens 8 Stunden täglich zu begrenzen und bessere medizinische Vorsorge und Überwachung sicherzustellen. Seine entsprechende Eingabe ist abgedr. in: Der DMV 1916, S. 17ff.
- <sup>156</sup> Reichert in seinem Tätigkeitsbericht vor der 2. Kriegstagung des VdESI am 16. 11. 1916; BA, R 13 I/112
- <sup>157</sup> DVC Nr. 22 v. 17. 3. 1916
- <sup>158</sup> zit. von Reichert a. a. O.; das Schreiben ist vollständig abgedr. in: Mitt. für den MFV Nr. 560/561 (Okt./Nov. 1916), S. 590f.
- <sup>159</sup> s. der DMV 1916, S. 21; zur Realisierung dieser Zusage s. unten S. 422 f
- <sup>160</sup> s. Walthert/Engelmann, I, S. 166f.
- <sup>161</sup> s. Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, a. a. O. S. 82; zur Jugendkriminalität s. Albert Hellwig, Krieg und Kriminalität der Jugendlichen, Berlin 1916; Moritz Liepmann, Krieg und Kriminalität in Deutschland, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1930; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 172 ff.; Reulecke a. a. O. S. 222; zur Situation und Entwicklung der Jugend im Krieg s. auch Wilhelm Flitner, Der Krieg und die Jugend, in: Otto Baumgarten/Erich Foerster/Arnold Rademacher/Wilhelm Flitner, Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927
- <sup>162</sup> s. Umbreit a. a. O. S. 82 ff.; s. auch Karl Wendemuth, Jugendverrohung, in: Die Glocke Nr. 13 v. 24. 6. 1916, S. 497ff.
- <sup>163</sup> s. Der Deutsche Buchbinder-Verband im Jahre 1916, Berlin 1917, S. 10; s. auch Corr.bl. Nr. 18 v. 5. 5. 1917, S. 177ff. 1915 beschwerte sich z. B. die DMV-Verwaltungsstelle Barmen-Elberfeld darüber, daß ein Betrieb, der wegen Materialmangel die Arbeitszeit auf 35 Stunden reduzieren mußte, seine Lehrlinge vom Besuch der Fortbildungsschule reklamierte und voll arbeiten ließ; s. DMV-Verwaltungsstelle Barmen-Elberfeld an das stellv. Generalkommando Münster, 8. 5. 1915; abgedr. in: Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jahrbuch 1915, S. 86. Auch 1916 forderten die Unternehmer von den Arbeitsnachweisen besonders jugendliche Arbeiter an, obwohl genug erwachsene, vor allem ältere, zur Verfügung standen; s. Corr.bl. Nr. 11 v. 11. 3. 1916, S. 117. Mitunter war auch massiver Druck der Unternehmer mit im Spiel. Die Verwaltung der zum GHH-Konzern gehörenden Zeche Osterfeld in Oberhausen z. B. ließ 1916 Zahl und Alter der Familienangehörigen der Bewohner ihrer Werkwohnungen feststellen. Dabei ergab sich, daß ein großer Teil der Söhne der Koloniewohner bei fremden Werken beschäftigt war. Eine auswärtige Beschäftigung der Jungarbeiter war der Zechenverwaltung vor allem dann ein Dorn im Auge, wenn ihr Vater ein Invalide war, »dessen Arbeitsleistung für uns so gering ist, daß er wohl entbehrt werden könnte«, oder wenn der Vater eingezogen war und die Mutter mietfrei

- wohnte. Nicht wenige dieser Jugendlichen hatten zuvor auf der Zeche Osterfeld gearbeitet und sie verlassen, weil – wie die Zechenverwaltung schrieb – »ihre, mitunter unverschämt zu nennenden Forderungen nicht erfüllt wurden« (Aufzeichnung der Zechenverwaltung des Schachtes Osterfeld v. 18. 4. 1916; HA/GHH, 30 100/9). Um diesen »Auswüchsen« zu begegnen, eröffnete sie den Eltern: »Wenn die Jungens in 14 Tagen nicht auf der Zeche Osterfeld anfangen, wird den Eltern die Wohnung in der Kolonie gekündigt.« (Inser. im Schreiben der Abt. Brückenbau des Schachtes Osterfeld an die Buchhalterei, 14. 4. 1916; ebda.)
- <sup>164</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1913/14, S. 14; s. auch die Resolution des Ausschusses des Bergarb.verb. vom Sept. 1916, abgedr. in: ders., GBer. 1915/16, S. 68; Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 22
- <sup>165</sup> Der Deutsche Buchbinder-Verband im Jahre 1916, S. 10
- <sup>166</sup> Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, S. 84
- <sup>167</sup> Manche Betriebe beschafften ihre Lehrlinge noch immer aus den ärmsten Bevölkerungskreisen bestimmter Landstriche und bedienten sich dabei der Vermittlung von Verwandten oder eigenen Agenten. Vereinzelt versorgten auch Waisenhäuser die Lehrherren mit Nachschub; s. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1916, S. 195
- <sup>168</sup> Kamen vor Kriegsausbruch z. B. bei den Bäckern auf 100 Gesellen 41,2 Lehrlinge, so 1915 63,4, 1916 78,4 und 1917 143,5; s. ders., Jb. 1917, S. 166, und Jb. 1918, S. 68; s. auch Verb. der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter, Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1916, S. 7
- <sup>169</sup> s. Der Dt. Buchbinder-Verband 1916, S. 10
- <sup>170</sup> s. Corr.bl. Nr. 18 v. 5. 5. 1917, S. 178
- <sup>171</sup> s. die Ausführungen Sassenbachs in der Vorständekonferenz vom 15./16. 6. 1916; Beschlüsse der Vorständekonferenzen, S. 45 f.; s. auch Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 40 und 80; Corr.bl. Nr. 20 v. 19. 5. 1917, S. 195 ff.
- <sup>172</sup> s. Ferdinand Brauer, Zur Reform des Lehrlingswesens, in: Deutsche Arbeit (künftig abgekürzt: DA) 3 (1918), S. 461 f.; Gewerkverein Nr. 53/54 v. 7. 7. 1917, S. 105
- <sup>173</sup> s. Zentralverb. der Bäcker, Jb. 1917, S. 167 ff.; Fr. Etkorn, Zur Reform des Lehrlingswesens, in: Corr.bl. Nr. 20 v. 19. 5. 1917, S. 195 ff., sowie den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskartells vom 12. 9. 1918, abgedr. in: Die Tätigkeit des Leipziger Gewerkschaftskartells und der Leipziger Gewerkschaften während der Kriegszeit, Leipzig 1919, S. 32
- <sup>174</sup> Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 307
- <sup>175</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1913/14, S. 174; vgl. auch A. Bredenbeck, Die Lage der Bergarbeiter während des Weltkrieges, in: Glocke 2 (1916/17), S. 706. – Auch in Bayern gestaltete sich das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern mit der Länge des Krieges fortschreitend ungünstiger; s. Karl-Ludwig Ay, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des 1. Weltkrieges, Berlin 1968, S. 131
- <sup>176</sup> s. Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 16 ff.
- <sup>177</sup> s. ebda. S. 307 und Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jb. 1915, S. 63 ff.
- <sup>178</sup> Ein niedersächsisches Kaliwerk verlangte im Januar 1916 von seinen unterstützten Arbeitern die Verpflichtung, nach Kriegsende mindestens ein Jahr lang der Firma zu Bedingungen zu dienen, die diese als angemessen und zeitgemäß erachten würde, andernfalls die Unterstützung zurückzuzahlen sei (s. FAV, Jb. 1916, S. 35 f.). Das Eisen- und Stahlwerk Klettenberg bei Köln wollte seine Angestellten sogar für drei Jahre nach Kriegsende zu ununterbrochenen Diensten verpflichten; zwar sollte in dieser Frist »nicht ausgeschlossen sein, daß Gehaltsveränderungen, soweit sie unseren Interessen entsprechen, eintreten können«, bei vorzeitiger Kündigung oder

selbstverschuldeter Minderung der Arbeitsleistung jedoch die Rückzahlung der als Vorschuß zu betrachtenden Unterstützungsgelder unverzüglich fällig sein, nach der Devise »Leistung gegen Gegenleistung« (Eine undatierte Abschrift des Briefes des Eisenwerks an seine Angestellten befindet sich in GLA Karlsruhe, 233/39 388). Es handelte sich also um den Versuch, die »Zwangslage, in der sich die Kriegsteilnehmer befinden, zu benutzen, um sie zu einer mehrjährigen Bindung zu veranlassen« (Butab an VDA; undatierte Abschrift in HA/GHH, 30019 324/9).

- <sup>179</sup> RdI an sämtliche Bundesregierungen; GLA Karlsruhe, 233/39 388. Angesichts dieser Reaktion konnte auch die VDA nicht umhin zu erklären, »daß man ein solches Vorgehen, wie es die Kölner Firma getan hat, nicht empfehlen kann« (Prot. der VDA-Vorstandssitzung vom 31. 8. 1916; HA/GHH, 30019 324/13), obwohl es von dem für das Eisenwerk Klettenberg zuständigen mächtigen Arbeitgeberverband der Nordwestl. Gruppe des VdESI als berechtigt anerkannt worden war (s. Arbeitnordwest an VDA, 19. 6. 1916; HA/GHH, 30019 324/9).
- <sup>180</sup> abgedr. in: FAV, Jb. 1916, S. 164
- <sup>181</sup> s. den Bericht des Polizeipräsidenten an den RP in Düsseldorf, 22. 9. 1915; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 9081
- <sup>182</sup> s. oben S. 103 f. und 134 f.
- <sup>183</sup> s. z. B. BAV, Jb. 1915, S. 84, 102 u. ö.; Zentralverb. der Bäcker, Jb. 1916, S. 363
- <sup>184</sup> s. z. B. BAV, Jb. 1916, S. 69
- <sup>185</sup> ders., Jb. 1915, S. 77
- <sup>186</sup> ebda. S. 86
- <sup>187</sup> ders., Jb. 1916, S. 82; s. auch ders., Jb. 1915, S. 86
- <sup>188</sup> s. ders., Jb. 1914, S. 141; für Ostpreußen: s. ebda. S. 113 und ders., Jb. 1915, S. 96 f.
- <sup>189</sup> s. FAV, Jb. 1914, S. 188
- <sup>190</sup> s. BAV, Jb. 1914, S. 113 f.
- <sup>191</sup> Bergarb.verb., GBer. 1913/14, S. 193
- <sup>192</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 76; Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jb. 1915, S. 65
- <sup>193</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1915/16, S. 162
- <sup>194</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 76 und 79
- <sup>195</sup> s. dazu das Schreiben des preuß. Kriegsministers Wild v. Hohenborn an die stellv. Generalkommandos betr. Genehmigung von Gewerkschaftsversammlungen vom 25. 2. 1915, abgedr. bei Deist, Bd. 1, S. 226 ff.
- <sup>196</sup> ebda.
- <sup>197</sup> s. das Schreiben des stellv. preuß. Kriegsministers v. Wandel an die stellv. Generalkommandos vom 9. 6. 1915; abgedr. ebda. S. 242 f.
- <sup>198</sup> BAV, Jb. 1914, S. 141; s. auch ders., Jb. 1915, S. 76; Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1916, S. 146; FAV, Jb. 1916, S. 140
- <sup>199</sup> FAV, Jb. 1914, S. 167
- <sup>200</sup> s. ebda. und Verb. der Brauerei- und Mühlenarb., Jb. 1916, S. 146
- <sup>201</sup> Bergarb.verb., GBer. 1913/14, S. 68 f.
- <sup>202</sup> s. FAV, Jb. 1915, S. 121
- <sup>203</sup> s. BAV, Jb. 1916, S. 82
- <sup>204</sup> Schreiben Vietinghoffs an den RP in Bromberg, zit. bei Deist, Bd. 1, S. 226 Anm. 2
- <sup>205</sup> FAV, Jb. 1916, S. 137
- <sup>206</sup> s. ebda.
- <sup>207</sup> s. FAV, Jb. 1914, S. 96
- <sup>208</sup> s. Günter Gorski, Sachsen 1917. Ein Beitrag zu den Auswirkungen der russischen Februarrevolution auf Deutschland, Diss. phil. Halle-Wittenberg 1961 (Masch.), S. 20
- <sup>209</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1915/16, S. 175

- <sup>210</sup> s. BAV, Jb. 1915, S. 75 ff.; FAV, Jb. 1916, S. 161; außerdem den bei Deist, Bd. 1, S. 222 f. abgedr. Bericht der Armeeabt. I des bayer. Kriegsministeriums vom 5. 2. 1915 sowie die Anweisung des bayer. Kriegsministeriums an die bayer. stellv. Generalkommandos vom 24. 6. 1915; abgedr. ebda. S. 247 ff.
- <sup>211</sup> s. Bergarb.verb., GBer 1915/16, S. 71; s. auch Reulecke a. a. O. S. 213; zur Handhabung von Versammlungsbeschränkungen, Zensur und anderen Restriktionen der Meinungsäußerung und politischen Willensbildung ausführlich Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik, insbes. S. 17 ff.
- <sup>212</sup> Verband der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 34
- <sup>213</sup> Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter, JBer. 1915, S. 4
- <sup>214</sup> FAV, Jb. 1915, S. 107; Ullrich S. 248 ff. bestätigt diese Befunde für die Hamburger Gewerkschaftsbewegung.
- <sup>215</sup> BAV, Jb. 1915, S. 76
- <sup>216</sup> ebda. S. 79
- <sup>217</sup> s. ebda. S. 83
- <sup>218</sup> ebda. S. 86
- <sup>219</sup> s. ebda. S. 85
- <sup>220</sup> ebda. S. 80
- <sup>221</sup> ebda. S. 77
- <sup>222</sup> ebda. S. 80
- <sup>223</sup> s. ebda. S. 84 f.
- <sup>224</sup> BAV, Jb. 1916, S. 68
- <sup>225</sup> FAV, Jb. 1916, S. 140
- <sup>226</sup> BAV, Jb. 1916, S. 71
- <sup>227</sup> ebda. S. 72
- <sup>228</sup> ebda. S. 71
- <sup>229</sup> BAV, Jb. 1915, S. 102
- <sup>230</sup> BAV, Jb. 1916, S. 89
- <sup>231</sup> FAV, Jb. 1915, S. 20; s. auch ebda. S. 90 ff.
- <sup>232</sup> s. FAV, Jb. 1916, S. 131, 139 f., 155 f.
- <sup>233</sup> s. Zentralverb. der Bäcker, Jb. 1916, S. 363
- <sup>234</sup> Transportarbeiterverband (künftig abgekürzt: TAV), Jb. 1916, S. 180 f.
- <sup>235</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1915/16, S. 71
- <sup>236</sup> ebda. S. 133
- <sup>237</sup> Der DMV 1915, S. 339
- <sup>238</sup> s. ebda. S. 162
- <sup>239</sup> ebda. S. 159
- <sup>240</sup> Der DMV 1916, S. 183

### 7. Kapitel

- <sup>1</sup> Corr.bl. Nr. 1 v. 2. 1. 1915, S. 1
- <sup>2</sup> ebda. Nr. 32 v. 7. 8. 1915, S. 359
- <sup>3</sup> Corr.bl. Nr. 31 v. 31. 7. 1916, S. 330 f.
- <sup>4</sup> Corr.bl. Nr. 1 v. 5. 1. 1917, S. 3
- <sup>5</sup> s. ebda. Nr. 31 v. 4. 8. 1917, S. 297
- <sup>6</sup> Winnig an Quaglino, 9. 9. 1914; abgedr. Corr.bl. Nr. 45 v. 7. 11. 1914, S. 602; vgl. auch Miller S. 185
- <sup>7</sup> Corr.bl. Nr. 7 v. 13. 2. 1915, S. 75

- <sup>8</sup> Emil Kloth, Weltwirtschaft, Krieg und Gewerkschaften, in: SM 21 (1915), I, S. 29f.; ähnlich äußerte sich das Organ des Textilarbeiterverbandes; s. Heinrich Stühmer, Der Krieg und die deutsche Gewerkschaftspresse, ebda. S. 89; dort weitere derartige Belege.
- <sup>9</sup> Wilhelm Jansson (Hrsg.), Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch, Berlin 1915; vgl. auch Richter S. 44f.; Sigel S. 107. Das Winnig-Zitat findet sich in August Winnig, Die Wirkung auf die Gewerkschaften, in: Die Glocke Nr. 10 v. 15. 1. 1916, S. 565. «Der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftssystems: Das ist Englands Kriegsziel», wiederholte Winnig im »Kriegsbuch«, S. 34. – Der »Hauptzweck« Englands sei »die wirtschaftliche Schädigung Deutschlands«, meinte auch Hermann Krätzig, Vorstandsmitglied des deutschen Textilarbeiterverbandes und SPD-Reichstagsabgeordneter (ebda. S. 126); zu ähnlichen Stimmen aus dem Gewerkschaftslager s. ebda. S. 143 u. ö.; insbes. den Beitrag des Redakteurs des FAV, Heinrich Schneider, ebda. S. 54ff., und des HAV-Funktionärs M. Kayser ebda. S. 84. Zur sozialdemokratischen Kritik dieses Buches s. Karl Emil, Das gewerkschaftliche Kriegsbuch, in: NZ 35 (1916/17), S. 91 ff. – Zur Beurteilung Englands s. ferner Emil Kloth, Weltwirtschaft, Krieg und Gewerkschaften, in: SM 21 (1915), I, S. 29; Max Schippel, England und der Bruch des Dreibunds, ebda. Bd. II, S. 527ff.; Hugo Heinemann, Der Sinn des Burgfriedens, ebda. S. 571: »England hat den Krieg gewollt und wirbt unermülich neue Bundesgenossen gegen Deutschland, um dieses zu hindern, ihm ein Konkurrent auf dem Weltmarkt zu sein.« Vgl. außerdem Carl Severing, England, Europa und wir, ebda. S. 859ff.; ders., Die Auseinandersetzung in der deutschen Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften, in: SM 22 (1916), II, S. 550; Aug. Winnig, Weltpolitische Betrachtungen, in: Die Glocke Nr. 5 v. 1. 11. 1915, S. 269; Hugo Heinemann, Die Theorie des Klassenkampfes und die praktische Arbeitsgemeinschaft der Klassen, in: Friedrich Thimme (Hrsg.), Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1916, S. 272ff.; Wilhelm Jansson, Deutschland-Rußland, in: Die Glocke Nr. 23 v. 2. 9. 1916, S. 890ff.
- Nach dem Kriege freilich bemühten sich die Autoren des »Kriegsbuches«, dessen Stellenwert herunterzuspielen. Auf dem Gewerkschaftskongreß 1919 entgegnete Jansson seinen Kritikern, die ihm die Herausgabe des »Kriegsbuches« vorwarfen: »Das geht euch gar nichts an, denn das habe ich als Privatperson getan.« Prot. Gew.kg. 1919, S. 379
- <sup>10</sup> Rob. Schmidt, Die deutschen Gewerkschaften im Kriegsjahr, in: SM 21 (1915), II, S. 807
- <sup>11</sup> Aug. Winnig, Der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters, S. 10
- <sup>12</sup> ebda. S. 12. An anderer Stelle schrieb Winnig sogar: »Nicht der Kapitalismus war die treibende Kraft unseres Drängens zu den Weltmärkten, sondern der deutsche Arbeiter. Nicht der deutsche Militarismus war der Urheber der politischen Spannung, die sich jetzt im Krieg entlud, sondern die 20 Millionen Deutsche, die von der Arbeit ihrer Hände leben mußten.« Winnig, Der weite Weg, 3. Aufl. Hamburg 1932, S. 336f.
- <sup>13</sup> »Die Rohstoffländer werden als Schutzgebiete oder Kolonien der Verwaltung des Industrielandes unterstellt, die sie durch Anlage von Straßen und Bahnen, von Häfen, Kanälen, Post- und Telegraphenanstalten einem geordneten Verkehr öffnet, ihre Produktion durch planmäßige Bodenkultur steigert, sie durch Einrichtung von Verwaltungsbehörden politisch organisiert, durch Einführung von Gesetz- und Rechtspflege den Zustand der Rechtssicherheit schafft und durch Unterrichtsanstal-

ten und Gesundheitspflege die Eingeborenen für die neuen Verhältnisse erzieht.« Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters*, S. 9

<sup>14</sup> ebda. S. 33

<sup>15</sup> ebda. S. 34

<sup>16</sup> ebda. S. 10

<sup>17</sup> s. ebda. S. 15

<sup>18</sup> Winnig, *Der weite Weg*, S. 342 f.; zu Lensch s. ferner Sigel S. 21 ff.

<sup>19</sup> Paul Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Eine politische Studie*, Berlin 1915, S. 15; s. dazu Sigel S. 66 ff.

<sup>20</sup> s. oben S. 84 f.

<sup>21</sup> Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters*, S. 7

<sup>22</sup> undatierte Notiz Südekums; BA Koblenz, Nl. Südekum Nr. 103

<sup>23</sup> Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters*, S. 31; ähnlich Winnigs Beitrag in: *Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis*, S. 34 f.

<sup>24</sup> Prot. SPD-Reichskonferenz 1916, S. 108. Vgl. auch die Äußerung Winnigs: »Es geht in diesem Kriege nicht nur um die Krone der Hohenzollern, sondern auch um die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft, die auch die Grundlage der deutschen Arbeiterschaft ist.« Ebda. S. 130

<sup>25</sup> Paul Umbreit, *Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914*, in: *Corr. bl. Nr. 18 v. 29. 4. 1916*, S. 193 ff. Als Flugblatt von der Generalkommission unter demselben Titel veröffentlicht, o. O. o. J. (Berlin 1916); zur Auflagenhöhe s. *Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919*, S. 155

<sup>26</sup> s. Eduard David, *Die Sozialdemokratie im Weltkrieg*, Berlin 1915, S. 113; Paul Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg*, S. 25 ff.; Konrad Haenisch, *Wo steht der Hauptfeind?* S. 20 ff.; s. auch ders., *Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland (Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, Heft 8)*, Berlin 1915; vgl. auch Miller S. 203 f.

Ins Positive gewendet, lautete derselbe Gedanke: »Der Sieg Deutschlands eröffnet die Aussicht auf einen flotten Geschäftsgang und damit nicht nur auf eine Steigerung der Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Organisationen, sondern auch auf steigenden Erfolg der Lohnbewegungen und damit auf einen größeren Anteil an dem Ertrag der Arbeit.« M. Kayser, in: *Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis*, S. 88; vgl. auch Paul Umbreit, *Die Gleichberechtigung im Krieg und im Frieden*, in: *SM 22 (1916)*, II, S. 649

<sup>27</sup> Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters*, S. 31, erklärte kategorisch, »daß in diesem Krieg die gegenwärtigen und künftigen Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse mit dem Lebensinteresse des ganzen deutschen Volkes zusammenfallen. Es gibt keine Zweiheit nach außen. Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.«

<sup>28</sup> Lensch, *Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg*, S. 45; vgl. auch ebda. S. 15: »Für Deutschland . . . ist aus der Frage um die Ausdehnung des Kapitalismus eine Frage um die nationale Existenz geworden.«

<sup>29</sup> Winnig, *Der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters*, S. 23

<sup>30</sup> ebda. S. 31

<sup>31</sup> Emil Kloth, *Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft*, in: *SM 22 (1916)*, I, S. 435; s. auch M. Kayser, in: *Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis*, S. 88

<sup>32</sup> Th. Leipart, *Die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der Industrie*, in: *SM 21 (1915)*, I, S. 342 ff.

<sup>33</sup> Paul Müller in: *Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis*, S. 147 f.

<sup>34</sup> ebda. S. 152 ff.



- <sup>35</sup> Johann Scherm, der Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung, in: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 111; Rob. Schmidt, ebda. S. 3f., verspottete die Erwartungen vom baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus mit ausdrücklicher Spitze gegen die Parteilinke als »liebgewordene Hoffnungen . . ., theoretisch in der Schreibstube eronnen«. Vgl. auch Hermann Wendel, Weltkrieg und Sozialdemokratie, Dresden 1915, S. 29: »Der Kapitalismus hat sich abermals elastischer und anpassungsfähiger erwiesen, als wir dachten, und wir wären Narren, wenn wir für unsere Taktik nichts daraus lernten.« – »Wir haben gesehen, daß die bürgerliche Gesellschaft noch von einer Kraft und Anpassungsfähigkeit ist, die wir uns nicht vorgestellt haben. Derjenige macht sich lächerlich, der sagt, wir befänden uns in einer absterbenden Geschichtsperiode. . . . Auf der anderen Seite haben wir auch wahrnehmen müssen, daß die Aktionsfähigkeit des Proletariats geringer ist, als wir gedacht haben. Man mag das bedauern, aber man muß sich damit abfinden«, notierte Südekum mit dem Zusatz, in Gewerkschaftskreisen dächte man genauso; undatierte Aufzeichnung Südekums, etwa Ende 1914/Anfang 1915; BA, Nl. Südekum Nr. 169
- <sup>36</sup> s. etwa Rudolf Wissell, Unser Kurs bleibt der gleiche, in: SM 22 (1916), I, S. 150: »Solange wir in der bürgerlichen Welt mit ihrer privatkapitalistischen Produktion leben, verknüpfen uns mit ihr, die ja doch auch das Ganze der Nation umfaßt, Interessen, die preiszugeben die Durchführung des Sozialismus auf unabsehbare Zeit verschieben hieße. Es sei denn, daß man meine, der Sozialismus könnte nach einer großen Katastrophe aus den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft erstehen. Die Erfahrungen der Menschheitsgeschichte zeigen aber, daß ein Übergang zu neuen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nur langsam, nur in steter Umbildung des Bestehenden möglich ist.«
- <sup>37</sup> Robert Schmidt in: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 3
- <sup>38</sup> ebda. S. 111
- <sup>39</sup> ebda. S. 152
- <sup>40</sup> s. Corr.bl. Nr. 1 v. I. 1. 1916, S. 1
- <sup>41</sup> Hue in: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 50. Zur Ablehnung aller Gedanken an eine Abtretung Elsaß-Lothringens in der Sozialdemokratie s. Miller S. 215 ff.
- <sup>42</sup> Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 152; vgl. auch Emil Kloth, Die Arbeiter und der Staat, in: NZ 34 (1915/16), Bd. 1, S. 429 ff.
- <sup>43</sup> Zur graphischen Industrie s. Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 72 ff.; zur Holzindustrie s. ebda. S. 80 ff.; Keramindustrie S. 90 ff.; Lederindustrie S. 97 ff.; Konfektions- und Wäscheindustrie S. 119 ff.; Steinindustrie S. 121 ff.; Textilindustrie S. 128 ff.; Transportgewerbe S. 146 ff.
- <sup>44</sup> Jansson nahm die Landwirtschaft von der Freihandelsforderung aus und bekundete gewisse Sympathien für die von den Großgrundbesitzern seit Jahrzehnten verfolgte Schutzzollpolitik für Agrarerzeugnisse. Obwohl sie hohe Lebensmittelpreise bewirkte, entdeckte er in ihr einen »gesunden Kern«, weil sie nämlich eher hohe Landarbeiterlöhne ermöglichen würde als ein Verfall der Agrarpreise; ebda. S. 157
- <sup>45</sup> ebda. S. 48
- <sup>46</sup> ebda. S. 67
- <sup>47</sup> Alban Welker als Vertreter der Generalkommission auf dem Verbandstag der Bildhauer 1919; Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Protokoll der 7. ordentl. Generalversammlung, abgehalten zu Würzburg vom 23.–26. Juni 1919, Berlin 1919, S. 29
- <sup>48</sup> s. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 215
- <sup>49</sup> Aus dem »Courier« vom November 1914 zit. von Gäbel auf dem Verbandstag der

- Buchbinder 1919; Protokoll der Verhandlungen des 13. Verbandstages des Deutschen Buchbinderverbandes. Abgehalten in Würzburg vom 28. 7. bis 4. 8. 1919, Berlin o. J., S. 104
- <sup>50</sup> s. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 215
- <sup>51</sup> Südekum an Winnig, 28. 10. 1915; BA, Nl. Südekum Nr. 104. Winnig selbst befürwortete die Abtrennung aller westlichen Landesteile von Rußland und ihre Zusammenfassung in einem neuen Staat unter Oberhoheit des Deutschen Reiches; s. Winnig, Der weite Weg, S. 348. Zu annexionsfreundlichen Äußerungen von SPD- und Gewerkschaftsführern s. auch die bei Salomon Grumbach, Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917, S. 111 ff. abgedr. Dokumente; vgl. auch ebda. S. VI ff.
- <sup>52</sup> Zit. ebda. S. 112 f.
- <sup>53</sup> Ströbel an Kautsky, 2. 6. 1915; IISG, Nl. Kautsky, D XXI, Nr. 573
- <sup>54</sup> s. unten S. 262
- <sup>55</sup> Bereits am 11. 8. 1914 bemerkte er im Gespräch mit Scheidemann, die Sozialdemokratie dürfe sich »in der Frage der eventuellen territorialen Veränderungen ... nicht durch doktrinaire Negation in Gegensatz zu der ganz allgemeinen Stimmung – Kompensation für die gebrachten Opfer – stellen« (David-Tagebuch S. 15 f.). Gegenüber Bernstein meinte er im November 1914, die Annexionsfrage habe »ein sehr verschiedenes Gesicht nach Osten und nach Westen«, in Europa und in den Kolonien; jedenfalls sei es – besonders in innenpolitischer Hinsicht – »unklug«, sie »zu der Hauptfrage für unsere ganze politische Haltung zu machen« (ebda. S. 65). Im Februar 1915 tat er gegenüber Ebert und Scheidemann die Parole »keine Annexion« als »Unsinn« ab (ebda. S. 103). Im Juli 1915 erklärte er dem Reichskanzler, für die Sozialdemokratie sei zwar »das Festhalten an gewissen prinzipiellen Formulierungen nötig; sonst treiben wir der Opposition Leute zu«. Auf der wirtschaftlichen Basis aber seien »positive Annäherungen an die Regierungsabsichten möglich«. Im übrigen könnten »die prinzipiellen Formulierungen ... in ihrer praktischen Bedeutung gebrochen werden, wenn die große innenpolitische Konzession kommt«, die preußische Wahlrechtsreform (ebda. S. 138, Aufzeichnung v. 19. 7. 1915).
- <sup>56</sup> David hatte seine Thesen zuvor mehrmals mit seinen engeren Parteifreunden besprochen, unter ihnen die meisten Gewerkschaftsfunktionäre der Fraktion: s. die Aufzeichnungen Davids vom 3.–13. 8. 1915; ebda. S. 140 f. Wahrscheinlich beriet er seine Thesen auch mit Legien, Bauer, Schmidt und Jansson; eine Aufzeichnung vom 11. 8. 1915, ebda. S. 141, erwähnt eine Besprechung mit diesem Personenkreis, freilich ohne Angabe des Gegenstandes. Es ist aber anzunehmen, daß es sich um denselben handelte. Denn fast alle weiteren Besprechungen Davids galten in diesen Tagen den Thesen zur Friedensfrage.
- <sup>57</sup> Die Leitsätze Davids, die Gegenentwürfe Bernsteins und die angenommene Fassung sind abgedr. in: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses vom 27. 9. 1914 bis 7./8. 1. 1916. Hrg. vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt, S. 107 ff.; wieder abgedr. in: SPD-RT-Fraktion, II, S. 59 ff.; vgl. auch David-Tagebuch S. 141 f., Aufzeichnung vom 14. 8. 1915. Zur Kritik der Leitsätze s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 279 f.; vgl. auch Miller S. 295 ff. und 232 ff.
- <sup>58</sup> Welche Ziele im Westen und Osten Regierung und industrielle Interessengruppen je nach Kriegslage und Siegesaussichten unter dem Titel »Sicherheiten« anvisierten, ausführlich bei Fischer, Griff nach der Weltmacht, passim. Der Gebrauch dieses Begriffs in der alldutschen Kriegszielpublizistik ist besonders klar ersichtlich aus Heinrich Claß' Flugschrift »Zum deutschen Kriegsziel«, München 1917. Claß bestimmte hier als allgemeines Kriegsziel nach außen »Sicherung unserer Zukunft vor

- ähnlichen Überfällen durch Niederkämpfung und Schwächung unserer Feinde« (ebda. S. 12) mit der Maßgabe, man müsse »grundsätzlich damit einverstanden sein, wenn lieber ein Mehr von Sicherung verlangt wird als zu wenig« (ebda. S. 9); s. auch Theodor Wolff, *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, S. 148
- 59 s. das Protokoll der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 20./21. 7. 1916. Als Manuskript gedruckt. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin o. J., S. 54: »Die Sozialdemokratie erklärt, daß die Verteidigung unseres Landes, die Sicherung seiner politischen Unversehrtheit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit das einzige Kriegsziel sein müsse.« Zur Entstehung der Resolution s. David-Tagebuch S. 189, Aufzeichnung vom 21. 7. 1916. Vgl. auch Davids Interpretation der Fraktionserklärung vom 4. 8. 1914 in der Fraktionssitzung vom 3. 2. 1915; SPD-RT-Fraktion, II, S. 34
- 60 s. Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis S. 69, 155. Vgl. auch Winnigs Bemerkung: »Unsere Losung ist einfach die: Sicherung des Volkes gegen die Wiederkehr solcher Überfälle ohne Vergewaltigung anderer Völker. Diese Formel wird in dem Augenblick fruchtbar und lebendig werden, wo die Aussprache über die Friedensbedingungen möglich ist und die Verhältnisse reif dafür sind.« Aus einem Artikel Winnigs in der Chemnitzer Volksstimme v. 26. 6. 1915; abgedr. bei Grumbach S. 458; vgl. auch Sigel S. 144ff.
- 61 David-Tagebuch S. 71; Aufzeichnung v. 21. 11. 1914; vgl. auch Miller S. 192f.
- 62 s. Ledebours Bericht über die SPD-Fraktionssitzung vom 2. 2. 1915, SPD-RT-Fraktion, II, S. 23
- 63 s. das Prot. der SPD-Fraktionssitzung vom 4. 2. 1915; ebda. S. 40
- 64 Ebert in der Reichstagssitzung vom 29. 5. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 172
- 65 IK Nr. 10 vom 4. 6. 1915
- 66 Ströbel an Kautsky, 2. 6. 1915, IISG, Nl. Kautsky, D XXI Nr. 573; teilw. abgedr. in: SPD-RT-Fraktion, II, S. 57 Anm. 2
- 67 Prot. der SPD-Fraktionssitzung vom 30. 11. 1915; ebda. S. 87
- 68 s. ebda. S. 88f.
- 69 s. die Rede Bethmann Hollwegs in der Reichstagssitzung vom 9. 12. 1915; Sten. Ber. Bd. 306, S. 434 ff.; s. auch David-Tagebuch S. 147, Aufzeichnung vom 9. 12. 1915; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 282 ff.
- 70 »Jetzt sind ... die Tatsachen offenkundig und unzweideutig, daß wir es mit einem Eroberungskrieg zu tun haben.« Ledebour in der Fraktionssitzung vom 20. 12. 1915; SPD-RT-Fraktion, II, S. 119
- 71 s. Sten. Ber. Bd. 306, S. 507f.; die von Geyer abgegebene Erklärung ist abgedr. in: DMA II/1, S. 263f.
- 72 Prot. der SPD-Fraktionssitzung vom 21. 12. 1915; SPD-RT-Fraktion, II, S. 138f.; s. auch unten S. 262
- 73 s. SPD-RT-Fraktion, II, S. 134
- 74 s. Corr.bl. Nr. 51 v. 18. 12. 1915, S. 543 und Nr. 1 v. 1. 1. 1916, S. 1; s. auch Rudolf Wissell, *Unser Kurs bleibt der gleiche*, in: SM 22 (1916), I, S. 147ff.
- 75 Corr.bl. Nr. 51 v. 18. 12. 1915, S. 543
- 76 Corr.bl. Nr. 1 v. 1. 1. 1916, S. 1
- 77 Joh. Leimpeters, *Eine verfehltete Aktion*, in: Die Glocke Nr. 28 v. 7. 10. 1916, S. 21
- 78 David-Tagebuch S. 189, Aufzeichnung vom 22. 7. 1916
- 79 s. dazu Schröder, *Sozialismus und Imperialismus*, passim
- 80 Aug. Winnig, *Die Kolonien und die Arbeiter*, in: SM 21 (1915), I, S. 222. – Den Gedanken, daß der für die Industrieländer notwendige Warenaustausch mit den Rohstofflieferanten sich möglicherweise auch als Handel zwischen selbständigen

Staaten vollziehen könnte, schob Winnig im Vollgefühl der zivilisatorischen Überlegenheit des Europäers beiseite: »Das entschiedene Bekenntnis zur Humanität auch gegenüber den Eingeborenen darf uns nicht verkennen lassen, daß an ihnen zunächst ein gutes Stück Erziehungsarbeit zu leisten ist. . . . Jahrtausende fehlender anthropologischer Entwicklung lassen sich nicht in einem Menschenalter ausgleichen. Die notwendige wirtschaftliche Erschließung primitiver Länder ist ohne Eingriffe in die ›Rechte‹ und ›Freiheiten‹ ihrer Bevölkerung ebenso wenig möglich wie die Erziehung des Kindes ohne Schulzwang und Zucht.« *Fbda.* S. 224

<sup>81</sup> So Felix Weidler für die deutsche Schokoladenindustrie (s. *Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis*, S. 116) und Krätzig für die Textilindustrie (s. *ebda.* S. 135 f.)

<sup>82</sup> *ebda.* S. 51 f.

<sup>83</sup> Wilh. Jansson, *Die Gewerkschaften und die Wirtschaftspolitik*, in: *Die Glocke* Nr. 10 v. 15. 1. 1916, S. 591. Das gewerkschaftliche Interesse verlange, schrieb er an anderer Stelle, »daß die Kolonien in den Dienst der Rohstoffherzeugung und der Nahrungsmittelproduktion gestellt werden«. Zwar biete die Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte einige Schwierigkeiten, die aber »bei zweckmäßiger Behandlung der Eingeborenen und Organisation der Arbeit überwunden werden« könnten. »Die Neger an geregelte Tätigkeit zu gewöhnen, ist schließlich auch eine Kulturarbeit, und Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, an dieser Frage aktiven Anteil zu nehmen.« Wilh. Jansson, *Arbeiterklasse und Kolonialpolitik*, in: *SM* 22 (1916), II, S. 632 ff.

<sup>84</sup> Hermann Jäckel in: *Deutscher Textilarbeiterverband, Jahrbuch 1918*, S. 11

<sup>85</sup> s. Carl Severing, *Rohstoffversorgung und Kolonialwirtschaft*, in: *SM* 22 (1916), I, S. 139; vgl. auch Max Schippel, *Kolonialpolitik und Marxismus*, *ebda.* II, S. 742 ff.; Ludwig Quessel, *Kolonialpolitik und Seegeltung: nicht oder sondern und*; *ebda.* III, S. 1145 ff.; Max Cohen, *Die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialzukunft*, *ebda.* S. 1247 ff. Emil Kloth, *Weltwirtschaft, Krieg und Gewerkschaften*, in: *SM* 21 (1915), I, S. 32. – Vgl. auch Noskes Plädoyer für eine Rückgewinnung der deutschen Kolonien und die Fortsetzung der Kolonialpolitik in: *Die Glocke* Nr. 14 v. 1. 7. 1916, S. 525 ff. – Zur Kritik dieser kolonialpolitischen Vorstellungen innerhalb der Sozialdemokratie s. J. Kötgen, *Tropische Gebiete und Arbeiterpolitik*, in: *NZ* 34 (1915/16), II, S. 340 ff.; *Spectator*, *Die Kolonien der europäischen Mächte in handelswirtschaftlicher Beziehung*, *ebda.* S. 57 f.; vgl. auch Sigel S. 147 ff.

<sup>86</sup> Zum Mitteleuropa-Gedanken in deutschen Kriegszielprogrammen s. Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, passim; außerdem *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 1, S. 353 ff.; Bd. 2, S. 188 ff., vgl. auch Lothar Rathmann, *Stoßrichtung Nahost 1914–1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1963; Werner Basler, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914 bis 1918*, Berlin 1962. Zum Mitteleuropa-Gedanken vor 1914 s. Fischer, *Der Krieg der Illusionen*, S. 368 ff.

<sup>87</sup> Jansson in: *Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis*, S. 158 f.

<sup>88</sup> *ebda.* S. 161

<sup>89</sup> s. auch Hermann Kranold, *Der deutsch-österreichische Wirtschaftsband als sozialdemokratische Aufgabe*, Berlin 1915 (*Kriegsprobleme der Arbeiterklasse*, Heft 18); Paul Müller, *Wirtschaftsimperialismus und Seegeltung*, in: *SM* 23 (1917), III, S. 1048 ff. – Den imperialistischen Kern des Mitteleuropagedankens und seinen Charakter als verhülltes Annexionsinstrument machte Albert Südekum am deutlichsten, als er 1915 schrieb: »In der Erörterung über die Annexionen müssen gerade wir Sozialisten eine positive Seite betonen: Wir dürfen uns nicht auf eine negative Formel festlegen, sondern wir müssen die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa wün-

schen und durchzusetzen suchen. – Es erhebt sich alsdann die Frage, wer als Mitglied dieser neuen Völkergesellschaft zu betrachten sein wird. Den Kern einer solchen Neugestaltung muß unbedingt Deutschland mit Österreich und der Türkei bilden. Ein anderes gibt es nicht. – Daran angliedern dann Italien, Frankreich, die Niederlande, auch Spanien kann hinzugezogen werden.« BA, Nl. Südekum 155.

- <sup>90</sup> s. zum folgenden: Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuß, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Österreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns stattfanden. Hrsg. vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1916. Vgl. auch Miller S. 223 ff.
- <sup>91</sup> Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung ..., S. 55
- <sup>92</sup> ebda. S. 56
- <sup>93</sup> ebda. S. 14
- <sup>94</sup> ebda. S. 20
- <sup>95</sup> ebda. S. 15
- <sup>96</sup> ebda. S. 17
- <sup>97</sup> ebda. S. 18
- <sup>98</sup> ebda. S. 54
- <sup>99</sup> ebda. S. 54 f.
- <sup>100</sup> ebda. S. 19
- <sup>101</sup> s. ebda. S. 23 ff. David hingegen äußerte seine Überzeugung, »daß zu dem deutsch-österreichisch-balkanischen Komplex naturgemäß gehören die skandinavischen Länder, Holland und vielleicht auch die Schweiz« (ebda. S. 51); Cohen-Reuß redete trotz der Warnungen Renners auch einem Militärbündnis in Mitteleuropa das Wort (s. ebda. S. 42 f.).
- <sup>102</sup> ebda. S. 32; der gleiche Gedanke bei Anton Hofrichter, Der deutsch-österreichische Zollverein, in: NZ 34 (1915/16), I, S. 88 f.
- <sup>103</sup> a. a. O. S. 3
- <sup>104</sup> ebda. S. 56. Zur Kritik der Mitteleuropa-Pläne innerhalb der Sozialdemokratie s. Georg Engelbert Graf, Der Donauweg. Geographische Bedenken zu politischen Illusionen, in: NZ 34 (1915/16), I, S. 609 ff.; Spectator, Die mitteleuropäischen Staaten in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zueinander, ebda. S. 584 ff. sowie Kautskys breit angelegte Kritik an Naumanns Mitteleuropa-Gedanken ebda. S. 423 ff. und 453 ff., 494 ff., 522 ff. und 561 ff.; ferner Karl Emil, Mitteleuropa, in: NZ 35 (1916/17), I, insbes. S. 214 ff.
- <sup>105</sup> Zur Verteidigung der Kreditbewilligung durch Bauer und Silberschmidt in einer Konferenz der sozialdemokratischen Referenten Berlins am 25. 9. 1914 s. David-Tagebuch S. 42 f.; zur Rechtfertigung der gewerkschaftlichen Kriegspolitik nach Kriegsende s. vor allem Legiens Rechenschaftsbericht auf dem Gewerkschaftskongreß 1919; Prot. S. 314 ff.
- <sup>106</sup> s. David-Tagebuch S. 62, Aufzeichnung vom 5. 11. 1914
- <sup>107</sup> ebda. S. 71, Aufzeichnung vom 21. 11. 1914; s. auch die Aufzeichnungen vom 6. und 7. 11. 1914, ebda. S. 63 f.
- <sup>108</sup> s. Sten. Ber. Bd. 306, S. 20 f.; die Erklärung ist abgedr. in: DMA II/1, S. 62 f. – Zu

- den Kontroversen um die Erklärung s. David-Tagebuch S. 73 ff., Aufzeichnungen v. 29. 11.–2. 12. 1914; SPD-RT-Fraktion II, S. 6ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 1, S. 498 ff.; dort weitere Literaturhinweise
- <sup>109</sup> Corr.bl. Nr. 50 v. 12. 12. 1914, S. 642 f. Auch Kloth billigte im Namen der freien Gewerkschaften die Entscheidung der SPD-Fraktion »ganz und ohne Vorbehalt«; Emil Kloth, Weltwirtschaft, Krieg und Gewerkschaften, in: SM 21 (1915), I, S. 33; zu weiteren gleichlautenden Stimmen aus der Gewerkschaftspresse s. Heinrich Stühmer, Der Krieg und die deutsche Gewerkschaftspresse, ebda. S. 89 ff.
- <sup>110</sup> Heckmann an den Redakteur des Organs des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, 30. 12. 1914; abgedr. Corr.bl. Nr. 3 v. 16. 1. 1915, S. 21
- <sup>111</sup> Allein die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen der liberaleren süddeutschen Länder Baden, Bayern und Württemberg hatten ab 1907 – in Bayern schon erstmalig 1891 – für die Länderhaushalte gestimmt, um die bürgerliche Mitte gegen die Rechte zu unterstützen. Doch hatte ihnen dieses Verhalten innerhalb der Gesamtpartei schärfste Vorwürfe und geharnischte Proteste eingebracht; s. G. A. Ritter, Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich, S. 131 ff., sowie die Plädoyers von Ludwig Frank, dem führenden Kopf der süddeutschen Sozialdemokraten, für die Budgetbewilligung, in: Frank, Reden, S. 108 ff.
- <sup>112</sup> Prot. SPD-PT 1908, S. 550
- <sup>113</sup> Prot. SPD-PA 1914–16, S. 45 ff.; s. dazu Miller S. 102 ff.
- <sup>114</sup> s. Prot. SPD-PA 1914–16, S. 48
- <sup>115</sup> s. David-Tagebuch S. 110 f.; Aufzeichnung v. 15. 3. 1915. Bauer hatte sich bereits Ende September 1914 für die Annahme eines ordentlichen Rüstungshaushalts ausgesprochen; s. ebda. S. 45, Aufzeichnung v. 28. 9. 1914
- <sup>116</sup> s. ebda. S. 111; Aufzeichnung v. 16. 3. 1915
- <sup>117</sup> s. unten S. 263
- <sup>118</sup> s. SPD-RT-Fraktion II, S. 46; David-Tagebuch S. 112 f., Aufz. vom 18. 3. 1915; vgl. auch die Ausführungen Eberts vor dem Parteiausschuß am 7. 4. 1915; Prot. SPD-PA 1914–16, S. 60 ff.; vgl. auch Friedrich Stampfer, Sozialdemokratie und Kriegskredite, Berlin 1915; ferner Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 274 f.
- <sup>119</sup> Corr.bl. Nr. 13 v. 27. 3. 1915, S. 157 f.
- <sup>120</sup> s. SPD-RT-Fraktion II, S. 74 f., Fraktionssitzung vom 17. 8. 1915; dazu Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 280 f.
- <sup>121</sup> s. das Prot. der Fraktionssitzungen vom 14. und 20. 12. 1915; SPD-RT-Fraktion II, S. 99 ff.
- <sup>122</sup> s. das Prot. der Fraktionssitzung vom 24. 3. 1916; ebda. S. 166 ff.
- <sup>123</sup> s. das Prot. der Fraktionssitzung vom 31. 5. 1916, ebda. S. 201
- <sup>124</sup> s. das Prot. der Fraktionssitzung vom 26. 10. 1916, ebda. S. 224 f.
- <sup>125</sup> s. oben S. 87 ff.
- <sup>126</sup> Corr.bl. Nr. 38 v. 16. 9. 1916, S. 400
- <sup>127</sup> ebda.; s. auch die Bekräftigung ebda. Nr. 39 v. 23. 9. 1916, S. 404; vgl. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 270 f.; dort falsche Datierung dieses Vorgangs auf März 1915
- <sup>128</sup> s. Deutscher Transportarbeiterverband, Protokoll des 10. Verbandstages. Abgehalten zu Stuttgart vom 22.–27. Juni 1919, Berlin 1919, S. 84
- <sup>129</sup> s. Zentralverband der Töpfer, Protokoll der 11. Generalversammlung in Nürnberg. Abgehalten vom 23.–28. Juni 1919, Berlin 1919, S. 84
- <sup>130</sup> s. Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Prot. GV 1919, S. 75
- <sup>131</sup> s. FAV, Prot. VT 1917, S. 22
- <sup>132</sup> s. IK Nr. 34 v. 9. 8. 1917, S. 259

- <sup>133</sup> s. Buchbinderverb., Prot. VT 1919, S. 189
- <sup>134</sup> Prot. Gew.kg. 1919, S. 379
- <sup>135</sup> TAV, Prot. VT 1919, S. 84
- <sup>136</sup> So der Verbandskassierer Lothar auf der Generalversammlung des Töpferverbandes 1919 in Nürnberg, Prot. S. 84
- <sup>137</sup> Pusemann ebda. S. 98. – Auch der Vorstand des Maschinistenverbandes rechtfertigte die Zeichnung von Kriegsanleihe nach Kriegsende mit der Verpflichtung, die Verbandsgelder mündelsicher und »lukrativ« anzulegen; so Insel auf dem VT des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer 1919, Prot. S. 17
- <sup>138</sup> s. hierzu Junius (= Rosa Luxemburg), Die Krise der Sozialdemokratie, Zürich 1916; Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958; Karl Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin 1919, sowie die Ausführungen Haases und Dittmanns auf der SPD-Reichskonferenz 1916, Prot. S. 65 ff. und 117 ff.; s. ferner Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 284 ff. und 413 ff.; dort weitere Literaturhinweise
- <sup>139</sup> Aug. Winnig, Belgische Zeugnisse, in: Glocke Nr. 2 v. 8. 4. 1916, S. 57; vgl. auch Sozialdemokratie und Landesverteidigung, S. 2
- <sup>140</sup> Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 106; vgl. auch Miller S. 189
- <sup>141</sup> Emil Kloth, Weltwirtschaft, Krieg und Gewerkschaften, in: SM 21 (1915), I, S. 27 f.
- <sup>142</sup> Corr.bl. Nr. 1 v. 1. 1. 1916, S. 1; ebenso ebda. Nr. 31 v. 29. 7. 1916, S. 331
- <sup>143</sup> ebda. Nr. 18 v. 29. 4. 1916, S. 193
- <sup>144</sup> Emil Döblin, in: Verband der Dt. Buchdrucker, Rechenschaftsberichte 1914, S. 1
- <sup>145</sup> Sassenbach an Rigola, 9. 9. 1914; abgedr. Corr.bl. Nr. 45 v. 7. 11. 1914, S. 601
- <sup>146</sup> David-Tagebuch S. 55, Eintragung vom 27. 10. 1914; der Text der Vorträge, die der Vorwärts am 1. 11. 1914 ankündigte, wurde vom Zentralbildungsausschuß der SPD veröffentlicht; s. ebda. Anm. 2; vgl. auch Groh S. 708 f.
- <sup>147</sup> Corr.bl. Nr. 7 v. 13. 2. 1915, S. 73
- <sup>148</sup> Corr.bl. Nr. 51 v. 19. 12. 1914, S. 653
- <sup>149</sup> Corr.bl. Nr. 7 v. 13. 2. 1915, S. 75
- <sup>150</sup> Wilhelm Jansson, Die englische Psychose, in: SM 21 (1915) II, S. 677
- <sup>151</sup> Corr.bl. Nr. 8 v. 19. 2. 1916, S. 77
- <sup>152</sup> s. z. B. den Bericht Davids über Erklärungen Bauers und Silberschmidts in der Berliner Referentenkonferenz vom 25. 9. 1914; David-Tagebuch S. 42 f.
- <sup>153</sup> Corr.bl. Nr. 47 v. 21. 11. 1914, S. 618; ähnliche Legien, Warum müssen ..., S. 9
- <sup>154</sup> Luigi Bossi an die italienische Gewerkschaftszentrale, 7. 9. 1914; abgedr. Corr.bl. Nr. 45 v. 7. 11. 1914, S. 603
- <sup>155</sup> Insbesondere hatte er ein gesetzliches Einwanderungsverbot abgelehnt, vielmehr versucht, die Ausländer zum Eintritt in die Gewerkschaft zu bewegen und sich im übrigen durch Tarifverträge vor unorganisierten Lohndrückern zu schützen; s. Nestriepke, Gewerkschaftsbewegung I, S. 377; s. auch ebda. II, S. 72 und August Ellinger, Die Einwanderung ausländischer Arbeiter und die Gewerkschaften, SM 23 (1917), I, S. 366 ff.
- <sup>156</sup> Der »Grundstein« vom 22. 7. 1916; zit. nach Paul Lange, Die Neuorientierung der Gewerkschaften, S. 26; vgl. hierzu die Kritik Heckerts an dieser und ähnlichen Auslassungen des »Grundstein« auf dem Bauarbeiter-Verbandstag 1919; Deutscher Bauarbeiterverband, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Verbandstages, abgehalten zu Weimar vom 4.–6. 5. 1919, Hamburg 1919, S. 48
- <sup>157</sup> abgedr. Corr.bl. Nr. 20 v. 13. 5. 1916, S. 215
- <sup>158</sup> ebda.

- <sup>159</sup> Winnig in zwei Artikeln im »Grundstein«; abgedr. Corr.bl. Nr. 37 v. 9. 9. 1916, S. 390
- <sup>160</sup> Friedrich Kleis, Die ausländischen Arbeiter in Deutschland, SM 22 (1916), S. 328; s. ferner Corr.bl. Nr. 45 v. 4. 11. 1916, S. 462 f., und Nr. 50 v. 9. 12. 1916, S. 519 f.; A. Grigorjanz, Aus der deutschen Gewerkschaftspresse, in: Die Glocke Nr. 35 v. 25. 11. 1916, S. 309 ff.
- <sup>161</sup> Eduard Bernstein, Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, Tübingen 1915, S. 10
- <sup>162</sup> Leipart in der Schweizer Holzarbeiter-Zeitung, abgedr. Corr.bl. Nr. 41 v. 10. 10. 1914, S. 575
- <sup>163</sup> Unveröff. Tagebuch Otto Brauns, Eintragung vom 8. 9. 1914; ähnlich Ludwig Frank an Gustav Mayer, 27. 8. 1914; abgedr. bei Frank S. 358. Der alte Vollmar meinte gar, man müsse sich »rücksichtslos gegen jeden Versuch einer weichlichen Internationalthuerei ... zur Wehr setzen«; Vollmar an Südekum, 16. 9. 1914 (Entwurf); IISG, Nl. Vollmar Nr. 2400. – Zum Zusammenbruch der Internationale bei Kriegsausbruch s. George Novack, Dave Frankel, Fred Feldman, The First Three Internationals. Their History and Lessons, New York 1974, S. 67 ff.; Georges Haupt, Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914. Wien/Frankfurt/Zürich 1967, S. 145 ff.; James Joll, The Second International, 1889–1914, London 1955, S. 158 ff.; Karl Grünberg, Die Internationale und der Weltkrieg, in: AGSA 6 (1916), S. 373 ff.
- <sup>164</sup> BAV, Jb. 1916, S. 11
- <sup>165</sup> Der Dt. Buchbinderverb. 1915, S. 78 f.; vgl. auch Emil Kloth, Was stand hinter der Internationale? in: SM 22 (1916), S. 141 ff. Ähnliche Vorwürfe erhob der Fabrikarbeiterverband gegen die Internationale; s. FAV, Jb. 1914, S. 60 ff.
- <sup>166</sup> s. Winnig, Der Weltkrieg vom Standpunkte eines deutschen Arbeiters, S. 30 und 42; Der Deutsche Buchbinder-Verband 1914, S. 89; vgl. auch die Tagebuch-Aufzeichnung Otto Brauns vom 4. 7. 1915: »Das könnte den Leuten da drüben so passen, wir fallen unserer Regierung in den Rücken, damit dem Zaren und seinen republikanischen Trabanten, Poincaré und Delcassé der Weg zum Einmarsch in Deutschland geebnet werde. Das hieße französische Kriegsverantwortung zum Gebot internationaler sozialistischer Solidarität machen.«
- <sup>167</sup> s. z. B. August Ellinger, Die internationale Organisation der Gewerkschaften, in: SM 23 (1917), I, S. 533; Paul Müller, Die gewerkschaftliche Internationale und ihre Zukunftsaufgabe, ebda. S. 615 ff.; Adolf Braun, Internationale Verbindung der Gewerkschaften, in: ASS 39 (1914/15), S. 689 ff.; ders., 1. Mai 1916, in: NZ 34 (1915/16), II, S. 97 ff. – Für die analoge Haltung der SPD vgl. Sozialdemokratie und Landesverteidigung, hrsg. vom Bezirksvorstand der Prov. Brandenburg, Berlin 1915, S. 12 f.; vgl. auch Eduard Bernstein, Die Internationale der Arbeiterklasse und der Europäische Krieg
- <sup>168</sup> BAV, Jb. 1916, S. 11
- <sup>169</sup> Staudinger in: Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 125
- <sup>170</sup> Scherm ebda. S. 112
- <sup>171</sup> ebda.
- <sup>172</sup> zit. bei Nestricpke, Gewerkschaftsbewegung, II, S. 79
- <sup>173</sup> Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, S. 112. – August Ellinger, der Redakteur des Bauarbeiterverbandes, behauptete, »in keinem Land hat die Arbeiterklasse den internationalen Gedanken besser erfaßt als in Deutschland«, und reklamierte für die deutschen Gewerkschaften »ein gewisses natürliches Anrecht auf die Führung in der Internationale.« August Ellinger, Die internationale Organisation der Gewerkschaft-



- ten, in: SM 23 (1917), II, S. 534; ähnlich Konrad Haenisch, Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg, S. 113
- <sup>174</sup> Legien auf der Gedenkfeier zum 25jährigen Bestehen der Generalkommission am 16. 11. 1915; zit. in Corr.bl. Nr. 48 v. 27. 11. 1915, S. 514
- <sup>175</sup> s. dazu unten S. 242f.
- <sup>176</sup> DAZ Nr. 34 v. 22. 8. 1915
- <sup>177</sup> s. zum folgenden das Prot. der Vorständekonferenz vom 8./9. 2. 1915; Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 99ff.
- <sup>178</sup> Prot. der Sitzung der Internationale der Lithographen vom 26. 4. 1915; IISG, Intern. Federation of Lithogr.
- <sup>179</sup> Internationaler Gewerkschaftsbund, Bericht für die Jahre 1913–1917, Berlin 1917, S. 4
- <sup>180</sup> s. Corr.bl. Nr. 41 v. 7. 10. 1916, S. 420 und Nr. 47 v. 18. 11. 1916, S. 486f.
- <sup>181</sup> s. Intern. Gewerkschaftsbund, Bericht 1913–1917, S. 5ff., sowie das Protokoll der außerordentlichen internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm vom 8. 6. 1917, ebda. S. 12 ff.
- <sup>182</sup> s. Carl Legien, Die Berner internationale Gewerkschaftskonferenz, in: NZ 36 (1917/18), I, S. 49 ff.; IK Nr. 49 v. 16. 10. 1917, S. 373 ff.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 190f.; Nestriepke, Gewerkschaftsbewegung, II, S. 79 ff.
- <sup>183</sup> s. ebda. S. 78 ff.; Adolf Braun, Die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften, in: NZ 33 (1914/15), I, S. 118 ff.; August Ellinger, Die internationale Organisation der Gewerkschaften, in: SM 23 (1917), II, S. 529; BAV, Jb. 1916, S. 12; Der Dt. Buchbinderverb. 1915, S. 79; dass. 1917, S. 94; dass. 1918, S. 73; BAV, Prot. VT 1919, S. 28 f.; Zentralverb. der Bäcker, Jb. 1915, S. 259. Bei den Bergarbeitern waren die internationalen Beziehungen schon Ende 1914 »fast ganz durchschnitten«, ausgenommen die Verbindungen zum holländischen und österreichischen Verband; Bergarb. verb., GBer 1913/14, S. 152. – Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellte zum 1. 1. 1915 seine Zahlungen an das internationale Sekretariat ein, dessen Einrichtung erst kurz vor Kriegsausbruch zum 1. 10. 1914 beschlossen worden war; s. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jber. 1914, S. 95 ff.; ders., Jber. 1915, S. 79
- <sup>184</sup> Paul Umbreit, Nation und Gewerkschaft, SM 21 (1915), II, S. 535; ähnlich Döblin in: Verband der Dt. Buchdrucker, Rechenschaftsberichte 1914, S. 1
- <sup>185</sup> Bericht über die Belegschaftsversammlung der Zeche Hugo vom 6. 6. 1915; HA/GHH, 30 100/10
- <sup>186</sup> s. z. B. Carl Severing, Die Auseinandersetzung in der deutschen Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften, in: SM 22 (1916), II, S. 550
- <sup>187</sup> s. oben S. 168 ff.
- <sup>188</sup> Aufzeichnung Gustav Mayers vom 19. 6. 1915; DZA Potsdam, Reichskanzlei 1395/10
- <sup>189</sup> Corr.bl. Nr. 4 v. 22. 1. 1916, S. 41; ähnlich Carl Severing, Die Auseinandersetzung in der deutschen Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften, a. a. O. S. 550f.; Paul Umbreit, Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, ebda. S. 81, und Hugo Heinemann, Der Sinn des Burgfriedens, in: SM 21 (1915), II, S. 574
- <sup>190</sup> Winnig in Corr.bl. Nr. 10 v. 6. 3. 1915, S. 107
- <sup>191</sup> ebda. Nr. 32 v. 7. 8. 1915, S. 358
- <sup>192</sup> s. oben S. 185 ff.
- <sup>193</sup> Joh. Leimpeters, Was uns die Politik des 4. August brachte, in: Die Glocke Nr. 12 v. 15. 2. 1916, S. 683

- <sup>194</sup> Undatierte Aufzeichnung Südekums, etwa Ende 1914/Anfang 1915; BA, Nl. Südekum Nr. 169; ähnlich Hugo Lindemann, Arbeitsgemeinschaften, in: SM 21 (1915), III, S. 1221; vgl. auch Müller S. 199 und 245 f.
- <sup>195</sup> Paul Umbreit, Wohin steuern wir? in: SM 22 (1916), III, S. 965
- <sup>196</sup> Beide Begriffe bei Emil Kloth, Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft, in: SM 22 (1916), I, S. 433; vgl. auch August Winnig, Arbeiterklasse und Staatsgewalt, in: SM 21 (1915), II, S. 864 ff.
- <sup>197</sup> Kloth a. a. O. S. 435
- <sup>198</sup> ähnlich Ernst Heilmann, Klassenkampf und Gemeinschaftsarbeit, SM 22 (1916), III, S. 970 f.; Paul Umbreit, Nation und Gewerkschaft, SM 21 (1915), II, S. 533; Carl Legien, Die Gewerkschaften als Organe des nationalen Wirtschaftslebens, ebda. I, S. 165 ff.; vgl. auch Paul Kampffmeyer, Der Gemeinschaftsgedanke nach dem Weltkrieg – Aufgaben der Sozialdemokratie, SM 22 (1916) I, S. 262 ff., und Corr.bl. Nr. 44 v. 30. 10. 1915, S. 480. – Zur analogen Aufweichung des marxistischen Imperialismus-Begriffes s. Max Schippel, O dieser Imperialismus, SM 21 (1915), II, S. 580 ff.; vgl. dazu den Kommentar in ASS 39 (1914/15), S. 639 ff.
- <sup>199</sup> s. oben S. 222
- <sup>200</sup> August Winnig, Der weite Weg, S. 411. – Anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Marx im Mai 1918 hob Winnig die unmarxistischen Züge in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hervor, leugnete, »daß Marxens Geistesarbeit Gemeinbesitz der sozialistischen Arbeiterschaft geworden sei«, und erklärte freimütig, »daß die Verelendungstheorie ein geschichtlich bedingter Irrtum war«. Aug. Winnig, Marx als Erlebnis, in: Die Glocke 4 (1918), I, S. 138 ff. Bei gleicher Gelegenheit versuchte Jansson den »Marxschen Grundzug der deutschen Gewerkschaften« nachzuweisen und behauptete, auch eine »auf positive Ziele gerichtete Realpolitik, eine klare Arbeiterpolitik, die nicht um Wolkenkuckucksheimer Phantome willen den Boden der Tatsachen verläßt«, sei »bester Marxscher Geist«. Wilh. Jansson, Der Marxsche Grundzug der deutschen Gewerkschaften, ebda. S. 144 ff.; vgl. auch Heinrich Cunow, Über Marx hinaus, in: Die Glocke 3 (1917/18), I, S. 816 ff. Zur ideologischen Neuorientierung der Sozialdemokratie während des Krieges s. außerdem Heinrich Peus, Über die Schlagworte vom Klassenkampf und vom Klassenstaat, in: SM 22 (1916), I, S. 151 ff.; Hugo Heinemann, Die Theorie des Klassenkampfes und die praktische Gemeinschaftsarbeit der Klassen, in: Thimme (Hrsg.), Vom inneren Frieden des deutschen Volkes, insbes. S. 271 ff.; Hermann Müller, Gewerkschaftsbewegung und Parteispaltung, in: NZ 36 (1917/18), I, S. 361 ff.; Joh. Plenge, Neumarxismus? in: Die Glocke 4 (1918/19), I, S. 302 ff.
- <sup>201</sup> Kautsky an Victor Adler, 11. 12. 1915; abgedr. in: Victor Adler, Briefwechsel, Wien 1954, S. 611
- <sup>202</sup> Pusemann auf der GV des Töpferverbandes 1919, Prot. S. 44
- <sup>203</sup> s. oben S. 121 ff.
- <sup>204</sup> s. oben S. 148 ff.
- <sup>205</sup> Winnig in: Corr.bl. Nr. 10 v. 8. 3. 1915, S. 105
- <sup>206</sup> Winnig ebda. Nr. 45 v. 6. 11. 1915, S. 486; ähnlich Emil Kloth, Der Arbeiter und der Staat, in: NZ 34 (1914/15), S. 433 f.; Ernst Heilmann, Klassenkampf und Gewerkschaftsarbeit, in: SM 22 (1916), III, S. 974; Heinrich Peus, Mehr Macht, mehr wirkliche Macht, in: Die Glocke Nr. 12 v. 15. 2. 1916, S. 678 f.
- <sup>207</sup> s. oben S. 189. Es gibt Hinweise darauf, daß Mitglieder der Generalkommission sogar Kontakte zur annexionistischen Auskunftsstelle vereinigter Verbände unterhielten; s. Paul Lange, Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914 bis 1919, Berlin 1919, S. 18; Richter S. 45 f.; zur »Auskunftsstelle« s. Stegmann S. 457

- <sup>208</sup> Zur Gesellschaft für Soziale Reform s. Bürgerl. Parteien II, S. 168 ff.; zum Beitritt der Generalkommission s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 109; Hans Frhr. v. Berlepsch, Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen, München-Gladbach 1925, S. 195 f.
- <sup>209</sup> Friedrich Thimme/Carl Legien (Hrsg.), Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915, S. III; zur Entstehung dieses Buches s. Ursula Ratz, »Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland«. Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915, in: *IWK* 13 (Aug. 1971), S. 3 ff.
- <sup>210</sup> Friedr. Thimme (Hrsg.), Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1916
- <sup>211</sup> ebda. S. 568
- <sup>212</sup> s. ebda. S. 567; s. auch das Vorwort Thimmes ebda. S. V. – Ein ähnliches Mitarbeiterspektrum zeigt das dritte in diesem Zusammenhang zu erwähnende Sammelwerk: Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland, hrsg. von Alfred Bozi und Hugo Heinemann, Stuttgart 1916
- <sup>213</sup> Hugo Heinemann, Heinrich Peus, Wolfgang Heine, Wilhelm Kolb, ferner Anton Fendrich, von dem selbst die »Glocke« 1915 feststellte, er habe zur Partei »seit langem kein engeres Verhältnis mehr« und sei »weder politisch noch literarisch ein Wortführer von ihr« (Ein sozialistischer Ganghofer, in: *Glocke* 1 (1915/16), S. 112).
- <sup>214</sup> s. zum »Fall Schippel« Wilhelm Schröder (Hrsg.), Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1865–1909, München 1910, S. 584 ff., und SPD-RT-Fraktion, II, S. 116 Anm. 3
- <sup>215</sup> s. Rudolf Hilferding, Arbeitsgemeinschaft der Klassen? in: *Vorwärts* vom 12.–14. 10. 1915; abgedr. in: *Der Kampf* 8 (1915), S. 321 ff.
- <sup>216</sup> *Corr.bl.* Nr. 44 v. 30. 10. 1915, S. 478 ff.
- <sup>217</sup> Emil Kloth, Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft, in: *SM* 22 (1916), I, S. 436 f.; s. auch ders., Von der Rekrutenschule bis zur Arbeitsgemeinschaft, ebda. III, S. 1113 ff.; ähnl. Paul Umbreit, Die Gleichberechtigung im Krieg und im Frieden, ebda. S. 645 ff.
- <sup>218</sup> s. Wilhelm Jansson, Wirtschaft und Gewerkschaft nach dem Kriege, ebda. S. 951
- <sup>219</sup> Carl Severing, Arbeitsgemeinschaften im Krieg und im Frieden, in: *SM* 21 (1915), I, S. 406; vgl. auch ders., Deutschlands Zukunft und die deutsche Arbeiterklasse, *SM* 22 (1916), III, S. 1245 f., und Hugo Heinemann, Die Theorie des Klassenkampfes und die praktische Arbeitsgemeinschaft der Klassen, in: *Vom inneren Frieden des deutschen Volkes*, S. 282
- <sup>220</sup> Aug. Winnig, Sie tanzen vor Freude! in: *Die Glocke* Nr. 15 v. 8. 7. 1916, S. 566
- <sup>221</sup> ebda. S. 568 f.
- <sup>222</sup> s. dazu unten S. 264 ff.
- <sup>223</sup> Aufruf des Zentralrates und des Geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften vom 3. 8. 1914; abgedr. in: *Der Gewerkverein* Nr. 62 v. 5. 8. 1914; zur Stellungnahme der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zum Krieg s. ferner W. Zimmermann, Die deutschen Gewerkschaften (H.-D.) und der Krieg, in: ders. (Hrsg.), *Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft*, S. 165 ff.
- <sup>224</sup> s. dazu im Überblick Bürgerl. Parteien II, S. 696 ff.
- <sup>225</sup> *ZBl.* Nr. 25 v. 6. 12. 1915, S. 219; ähnliche Durchhalteparolen ebda. Nr. 6 v. 15. 3. 1915, S. 54; Nr. 11 v. 25. 5. 1915, S. 99; Nr. 14 v. 5. 7. 1915, S. 124
- <sup>226</sup> s. *ZBl.* Nr. 1 v. 3. 1. 1916, S. 3
- <sup>227</sup> ebda. Nr. 8 v. 10. 4. 1916, S. 59; vgl. auch W. Zimmermann, Der Krieg und die christlichen Gewerkschaften, in: ders. (Hrsg.), *Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft*, S. 182 ff. Zur Haltung der katholischen Arbeitervereine s. Oswald Wacht-

- ling, Joseph Joos – Journalist, Arbeiterführer, Parlamentarier. Politische Biographie 1878–1933, Mainz 1974, S. 27ff.
- <sup>228</sup> ZBl. Nr. 26 v. 21. 12. 1914, S. 336
- <sup>229</sup> ZBl. Nr. 8 v. 10. 4. 1916, S. 59
- <sup>230</sup> ZBl. Nr. 15 v. 19. 7. 1915, S. 133
- <sup>231</sup> ebda. S. 135; ähnlich ebda. Nr. 14 v. 5. 7. 1915, S. 124
- <sup>232</sup> s. ebda. S. 133
- <sup>233</sup> Einige von ihnen nahmen an Vorgesprächen für die Kriegszielenkschrift der sechs Wirtschaftsverbände vom Mai 1915 teil; s. ZBl. Nr. 15 v. 17. 7. 1916, S. 119; zur Kriegszielenkschrift im übrigen Fischer, Griff, S. 199ff. – Im August 1915 beteiligte sich Franz Behrens, Vorsitzender des christlichen Landarbeiterverbandes, stellv. Vorsitzender des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften, seit 1907 christlich-sozialer Reichstagsabgeordneter und außerdem Vorsitzender des Deutschen Arbeiterkongresses, zusammen mit Kirdorf und Stresemann, dem nationalliberalen Parteiführer Bassermann und dem alldeutschen Propagandisten Dietrich Schäfer an einer Vorbesprechung für die Gründung der Auskunftsstelle vereiniger Verbände, einer Propagandaagentur für die Kriegsziele der industriellen und agrarischen Interessenverbände. Im Herbst 1915 saßen im Beirat dieser Organisation Karl Meyer, 2. Vors. des christlichen Landarbeiter-Verbandes und Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, A. Weber, der Vors. des Verbandes evang. Arbeitervereine, und Paul Fleischer, der Vors. des Verbandes der kath. Arbeitervereine Berliner Richtung, neben dem Vors. des wirtschaftsfriedlichen Bundes vaterländischer Arbeitervereine, dem Vors. des DHV, ferner Kirdorf, den Geschäftsführern von BdJ und CDJ, Herle und Schweighoffer, Roedicke vom BdL, Böhme vom Deutschen Bauernbund und Meyer vom Westfälischen Bauernverein sowie dem Alldeutschen Kapp, Bacmeister, Schäfer und v. Vietinghoff-Scheel; s. Stegmann S. 457f. Meyer gehörte dem Beirat dieser Organisation auch noch im August 1917 an; s. das im Hamburger Echo Nr. 221 v. 21. 9. 1917 abgedr. Rundschreiben der Auskunftsstelle v. 31. 8. 1917.
- <sup>234</sup> s. Bürgerl. Parteien I, S. 411ff.
- <sup>235</sup> Entschließung der 2. Kriegstagung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses vom 16./17. 8. 1916; abgedr. ZBl. Nr. 18 v. 28. 8. 1916, S. 137
- <sup>236</sup> Das Programm ist abgedr. in: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland. Hrsg. vom Ausschuß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Köln 1916, S. 21ff.
- <sup>237</sup> s. ebda. S. 19
- <sup>238</sup> s. Reinhard Mumm, Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit, Berlin 1933, S. 87
- <sup>239</sup> ZBl. Nr. 21 v. 9. 10. 1916, S. 170
- <sup>240</sup> s. Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart 1967, S. 58
- <sup>241</sup> Kaiser in einem Brief vom 24./25. 10. 1914; zit. ebda. S. 54
- <sup>242</sup> Kaiser in demselben Brief, zit. ebda. S. 55. – Woraus Kosthorst die Begründung für seinen entschuldigenden Kommentar zu dieser Äußerung ableitet, »der Glaube, der hier zum Ausdruck kommt, sollte nicht verwechselt werden mit dem Verständnis des Krieges als eines großen Reinigungsbades, eines Stahlgewitters im Sinne der Sozialdarwinisten« (ebda.), ist unerfindlich.
- <sup>243</sup> ZBl. Nr. 17 v. 16. 8. 1915, S. 149
- <sup>244</sup> ebda. Nr. 18 v. 30. 8. 1915, S. 165
- <sup>245</sup> ebda. Nr. 19 v. 13. 9. 1915, S. 167; ähnlich ZBl. Nr. 21 v. 9. 10. 1916, S. 170
- <sup>246</sup> Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland, S. 42

- <sup>247</sup> ebda. S. 22
- <sup>248</sup> ebda. S. 43
- <sup>249</sup> ZBl. Nr. 20 v. 25. 9. 1916, S. 162 in einem Kommentar zu dem neuen Programm des Arbeiterkongresses
- <sup>250</sup> Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland, S. 22
- <sup>251</sup> ebda. S. 22 f.
- <sup>252</sup> ebda. S. 44
- <sup>253</sup> ebda.
- <sup>254</sup> ebda. S. 24
- <sup>255</sup> s. oben S. 878 Anm. 17
- <sup>256</sup> s. ZBl. Nr. 21 v. 9. 10. 1916, S. 170
- <sup>257</sup> ZBl. Nr. 19 v. 13. 9. 1915, S. 167
- <sup>258</sup> ZBl. Nr. 26 v. 21. 12. 1914, S. 338
- <sup>259</sup> ZBl. Nr. 13 v. 21. 6. 1915, S. 116
- <sup>260</sup> ZBl. Nr. 26 v. 21. 12. 1914, S. 338
- <sup>261</sup> Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für 1914, in: ZBl. Nr. 14 v. 5. 7. 1915, S. 123
- <sup>262</sup> s. ZBl. Nr. 3 v. 31. 1. 1916, S. 22
- <sup>263</sup> s. Schorr, Stegerwald, S. 53
- <sup>264</sup> s. oben S. 148 ff.
- <sup>265</sup> s. dazu unten S. 296 ff.
- <sup>266</sup> Auf Betreiben der Gewerkschaften lehnte der Vorstand des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen im Frühjahr 1915 die Aufnahme des wirtschaftsfriedlichen Fleischergesellenbundes sowie des Bundes vaterländischer Arbeitervereine ab; s. DW Nr. 15 v. 25. 7. 1915, S. 118 f. Aus dem gleichen Grunde schlossen auch andere Kriegswohlfahrtsorganisationen die Werkvereine aus; s. ebda. Nr. 10 v. 16. 5. 1915, S. 78; zur außerparlamentarischen Zusammenarbeit der Gewerkschaftsrichtungen s. auch Paul Umbreit, Gewerkschaftliche Gemeinschaftsarbeit, in: SM 23 (1917), I, S. 77 ff.
- <sup>267</sup> Der Gewerkverein Nr. 41/42 v. 22. 5. 1915, S. 81. Diesem Leitartikel lag ein einstimmiger Beschluß des Zentralrats der H.-D. Gewerkvereine vom 14. 5. 1915 zugrunde; s. Gewerkverein Nr. 41/42 v. 22. 5. 1915, S. 82 f.
- <sup>268</sup> s. ebda. Nr. 57/58 v. 17. 7. 1915, S. 113
- <sup>269</sup> Corr.bl. Nr. 14 v. 3. 4. 1915, S. 172
- <sup>270</sup> s. Gewerkverein Nr. 57/58 v. 17. 7. 1915, S. 113
- <sup>271</sup> s. ebda. Nr. 75/76 v. 18. 9. 1915, S. 151
- <sup>272</sup> Der Artikel Winnigs ging durch die ganze Gewerkschaftspresse; hier zit. nach: Der Arbeiter (Berlin) Nr. 23 v. 5. 11. 1916
- <sup>273</sup> s. das Zitat aus dem »Grundstein« in Corr.bl. Nr. 16 vom 17. 4. 1915, S. 186. In seinem Jahrbuch für 1916, S. 117, schrieb der Bauarbeiterverband, »daß der Gedanke einer weiteren Annäherung unsere volle Sympathie verdient und besitzt. Und es kann erst recht keine Frage sein, daß der Arbeiterklasse mit einheitlichen Gewerkschaften am besten gedient wäre.«
- <sup>274</sup> zit. in Corr.bl. Nr. 16 vom 17. 4. 1915, S. 186
- <sup>275</sup> Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 130
- <sup>276</sup> So der Bericht des Corr.bl. über die Vorständekonferenz vom 16. 11. 1915; Corr.bl. Nr. 48 vom 27. 11. 1915, S. 516
- <sup>277</sup> Westdeutsche Arbeiterzeitung (künftig abgekürzt: WAZ) v. 3. 7. 1915; zit. nach Gewerkverein Nr. 57/58 v. 17. 7. 1915, S. 113
- <sup>278</sup> ZBl. Nr. 14 v. 5. 7. 1915, S. 124

- 279 *Der Arbeiter* (Berlin) Nr. 23 v. 5. 11. 1916
- 280 s. oben S. 99ff. und die einschlägigen Mitteilungen in den Jgg. 1914–1916 des »Gewerkvereins«.
- 281 Zbl. Nr. 8 v. 12. 4. 1915, S. 79; s. auch ebda. Nr. 10 v. 11. 5. 1915, S. 93, und Nr. 16 v. 31. 7. 1916, S. 126
- 282 Zbl. Nr. 19 v. 11. 9. 1916, S. 147; s. auch Adam Stegerwald, *Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im Lichte der Kriegserfahrungen*, in: DA 1 (1916), S. 6
- 283 Zbl. Nr. 5 v. 28. 2. 1916, S. 35. – Allein die Spekulation darauf, eine weitere Ausbreitung der Sozialdemokratie unter der Arbeiterschaft zu verhindern, den freien Gewerkschaften den sozialistischen Geist zu entziehen und die gesamte Gewerkschaftsbewegung nach rechts zu rücken, kann auch den Reichskanzler 1916 veranlassen haben, gegenüber Legien die Verschmelzung aller Gewerkschaftsrichtungen anzuregen. Legien freilich erklärte dies für ausgeschlossen. »Die Gewerkschaften seien gebildet und hätten sich vor dem Kriege entwickelt unter wesentlichem politischem Einschlag, und diesen politischen Einfluß auszuschalten, seien sie nicht willens und in der Lage.« Ein Kartell sämtlicher Gewerkschaften, wie es ihm der Kanzler daraufhin vorschlug, hielt er zwar für möglich, aber vor allem im Hinblick auf die Bindungen der christlichen Gewerkschaften ans Zentrum für eine ziemlich wackelige Konstruktion; s. die Mitteilung Beumers vor dem Industrieclub Düsseldorf am 11. 11. 1916, in: *Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen* (künftig zit.: *Mitt. Langnamverein*), Jg. 1916, Heft 2, S. 108; s. auch *Arbeiter* (München) Nr. 30 v. 27. 7. 1916
- 284 DVC Nr. 62 v. 11. 8. 1916
- 285 s. DAZ Nr. 22 v. 30. 5. 1915
- 286 s. die in *Gewerkverein* Nr. 57/58 v. 17. 7. 1915, S. 113, abgedruckten Stimmen aus der katholischen Arbeiterpresse
- 287 DAZ Nr. 22 v. 30. 5. 1915
- 288 *Gewerkverein christl. Bergarbeiter*, Bericht des Hauptvorstandes über die Jahre 1913–1918, Essen 1919, S. 22; zum Verhalten beider Verbände im Bergarbeiterstreik von 1912 s. Max Koch, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889–1914)*, Düsseldorf 1954 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 5), S. 121 ff.; Saul S. 269 ff.
- 289 *Gewerkverein christl. Bergarbeiter*, Bericht des Hauptvorstandes 1913–1918, S. 22
- 290 s. dazu die ebda. S. 79ff. abgedr. Dokumente
- 291 Hermann Sachse auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Bielefeld 1919, Protokoll S. 88
- 292 *Bergarbeiterzeitung* vom 15. 3. 1913; zit. in: *Gewerkverein christlicher Bergarbeiter*, Bericht 1913–1918, S. 79
- 293 *Bergarbeiterzeitung* vom 15. 3. 1913; zit. ebda. S. 82
- 294 Aus derselben Nummer der *Bergarbeiterzeitung*, zit. ebda. S. 81
- 295 s. hierzu insbes. Otto Hue, *Neutrale oder parteiische Gewerkschaften?*
- 296 s. die Ausführungen Sachsens auf der Bielefelder GV des Bergarbeiterverbandes 1919, Prot. S. 108
- 297 s. *Bergarb. verb.*, GBer. 1917/18, S. 83
- 298 s. z. B. Zbl. Nr. 5 v. 1. 3. 1915, S. 48; Nr. 8 v. 12. 4. 1915, S. 79; Nr. 9 v. 26. 4. 1915, S. 88; Nr. 9 v. 25. 4. 1916, S. 67; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 107ff.; Nestriepke, *Gewerkschaftsbewegung*, Bd. 2, S. 69ff.; Greis, *Die inneren Beziehungen*, passim; Preller S. 30f.
- 299 *Gewerkvereinsarbeit während des Krieges*, S. 325
- 300 Schreiben des stellv. komm. Generals des VII. AK, Frhr. v. Gayl, an die vier Bergar-

beitergewerkschaften und den Zechenverband, 8. 8. 1915; abgedr. ebda. S. 326; s. auch das Schreiben Gayls an die Bergarbeitergewerkschaften vom 21. 8. 1915; abgedr. ebda. S. 327

<sup>301</sup> s. ZBl. Nr. 19 v. 13. 9. 1915, S. 175

<sup>302</sup> Mitt. des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Jg. 7 (1916), S. 2f. Der Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände gewann aus diesen Vorgängen die düstere Befürchtung, »daß nach dem Krieg eine Auseinandersetzung kommen werde, wie sie unser Vaterland niemals erlebt« habe, und beschloß, »die Waffen zu schärfen und blank zu halten«. Entschließung einer vom Hauptausschuß einberufenen Versammlung von Anhängern und Freunden der wirtschaftsfriedlich-nationalen Arbeiterbewegung in Berlin vom 1. 10. 1915; abgedr. DW Nr. 21 v. 17. 10. 1915, S. 163

<sup>303</sup> Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Bericht 1913–1918, S. 82

<sup>304</sup> Protokoll- und Copierbuch des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, 1895–1921; Protokoll der Vorstands- und Verwaltungssitzung vom 24. 2. 1915 zu Essen; Archiv der IGBE Bochum

<sup>305</sup> Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 83; s. auch die Ausführungen Sachsens in der GV des Bergarbeiterverbandes 1919, Prot. S. 88

<sup>306</sup> Zum Entwurf des alten Verbandes s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 84 ff.; zum Entwurf des christl. Gewerkvereins s. ZBl. Nr. 6 v. 13. 3. 1916, S. 47

<sup>307</sup> Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Bericht 1913–18, S. 82 f.

<sup>308</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 85; ZBl. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 178 ff.

<sup>309</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 143

<sup>310</sup> s. Der DMV 1916, S. 12; ZBl. Nr. 14 v. 3. 7. 1916, S. 108

<sup>311</sup> s. Greis S. 19

<sup>312</sup> s. ebda. S. 13

<sup>313</sup> s. BAV, Jb. 1916, S. 105 f.

<sup>314</sup> s. Gutenbergbund, GBer. 1915, S. 18; dass. 1916, S. 19; 25 Jahre Gutenberg-Bund. Geschichtlicher Rückblick zum 25jährigen Bestehen des Gutenberg-Bundes, Berlin 1918, S. 74 ff. Noch im Oktober 1918 freilich klagte das ZBl., daß selbst in manchen christlichen Druckereibetrieben noch immer das Schlagwort eine Rolle spielte, daß Mitglieder des Gutenbergbundes Nachteile wegen ihrer Organisationszugehörigkeit zu gewärtigen hätten; s. ZBl. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 182. – In Frankfurt/Oder lehnte der freigewerkschaftliche Glasarbeiterverband die Einrichtung eines Einigungsamtes ab, um den christlichen Konkurrenzverband weiterhin auszuschließen; s. ZBl. Nr. 1 v. 3. 1. 1916, S. 8

<sup>315</sup> s. Verb. der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 25

<sup>316</sup> s. oben S. 182 f.

## 8. Kapitel

<sup>1</sup> Zum Vorwurf der einseitigen Berücksichtigung solcher Briefe, die die Regierungspolitik guthießen, s. z. B. Prot. der Verh. des 13. Verbandstages des Deutschen Buchbinderverbandes, 28. 7.–4. 8. 1919, Berlin o. J., S. 114

<sup>2</sup> DVC Nr. 38 v. 15. 5. 1917; ähnlich ebda. Nr. 3 v. 11. 1. 1918. »Wer behauptet, daß 90% des deutschen Volkes keinen Landgewinn wollen, der kennt ... die Stimmung im Volke nicht.« Ebda. Nr. 3 v. 9. 1. 1917

Schon im Juli 1915 hatte Stinnes gegenüber Hindenburg und Ludendorff behauptet, die »wahre Volksstimmung gehe dahin, ein stärkeres Deutschland zu schaffen, mit

allen Sicherheiten für die Zukunft, die erreichbar seien. Diese Stimmung sei mit ganz verschwindenden Ausnahmen in allen Kreisen unseres Volkes vertreten. Selbst der einfachste Mann sei entrüstet, wenn man nur im entferntesten andeute, daß etwa Belgien wieder herausgegeben werden könnte. « Denkschrift Stinnes' an Oberost, 19. 7. 1915; BA, Nl. Rechberg Nr. 63; ähnlich R. Seeberg im Juni 1915 in einem Vortrag in Berlin, abgedr. in: Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden, Vorbilder zur Organisation. Als Handschrift gedruckt, o. O. o. J.

<sup>3</sup> Kloth, Einkehr, S. 72

<sup>4</sup> s. die Mitteilung des Berliner Delegierten Brückner auf dem VT des Buchbinderverbandes 1919, Prot. S. 116; s. auch den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 10. 9. 1914, abgedr. DMA II/1, S. 30, und Gustav Eckstein, Die deutsche Sozialdemokratie während des Weltkrieges, Berlin 1917, S. 17

<sup>5</sup> s. hierzu unten S. 492 ff.

<sup>6</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 307 ff.

<sup>7</sup> s. dazu unten S. 441 ff.

<sup>8</sup> Diese abgestufte Ausbreitung der Opposition gegen den Krieg innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung spiegelt sich in ihrer wissenschaftlichen Erforschung bis heute. Man weiß mittlerweile recht gut Bescheid über die Gedanken und Aktivitäten Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, ebenso über die Vorgänge in der Reichstagsfraktion, weniger gut über die Entwicklung in einzelnen Orts- oder Bezirksorganisationen der Partei, noch weniger über die Verhältnisse in den Gewerkschaften und erst recht über die politische Bewußtseinsbildung in den Massen selbst. Auch die marxistische Geschichtswissenschaft, die sich diesem Thema bisher mit der vergleichsweise größten Energie angenommen hat, löst ihren eigenen theoretischen Anspruch nicht immer ein und bleibt auf ihre Weise oft in der Tradition der Geistesgeschichte stecken, wie sie auch nicht immer den darin angelegten hagiographischen Versuchungen entgeht, wenn sie die Herausbildung der Oppositionsbewegung innerhalb der Arbeiterschaft weniger als Umsetzung sozialer und ökonomischer Unzufriedenheitsmomente in politische Impulse beschreibt und der innigen Verschränkung zwischen beiden kaum nachgeht, sondern im wesentlichen als Folgen der Wirksamkeit linker Protagonisten darstellt. S. vor allem Walter Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958; Heinz Wohlgenuth, Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in den Jahren 1914–1916, Berlin 1963; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 235 ff.; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 284 ff. und 435 ff.

<sup>9</sup> Aufzeichnung Davids über ein Gespräch mit Robert Schmidt vom 15. 8. 1914; David-Tagebuch S. 17; vgl. auch die Aufzeichnungen vom 6., 29. und 31. 10., ebda. S. 47 und 57

<sup>10</sup> Zu den Teilnehmern und Treffpunkten s. ebda. S. 20f., 28, 44, 51f., 53f. und 57; s. auch Miller S. 88f.

<sup>11</sup> Aufzeichnung Davids vom 24. 10. 1914, David-Tagebuch S. 53 f.

<sup>12</sup> s. die Aufzeichnung Davids vom 28. 11. 1914, ebda. S. 73, sowie den Bericht Heines an Vollmar darüber, abgedr. SPD-RT-Fraktion, II, S. 9ff.; dazu Miller S. 89f.

<sup>13</sup> Aufzeichnung Davids vom 2. 12. 1914; David-Tagebuch S. 80f.

<sup>14</sup> Das Correspondenzblatt hatte diese Forderung schon im Dezember 1914 erhoben; s. Corr.bl. Nr. 50 v. 12. 12. 1914, S. 644

<sup>15</sup> s. die Berichte über die Fraktionsitzung vom 2. 2. 1915; SPD-RT-Fraktion, II, S. 26ff.; vgl. auch David-Tagebuch S. 101; Richter S. 63ff.; Miller S. 92ff. In der



- gleichen Sitzung mußte sich Ledebour, der sich darüber beschwert hatte, daß der Parteivorstand ohne Rücksprache mit dem Fraktionsvorstand, dafür aber »unter Zuziehung der Generalkommission und solcher Fraktionskollegen, die ihm paßlich waren, ... Beratungen gepflogen, mit der Regierung Verhandlungen angeknüpft und politische Aktionen eingeleitet« hatte (Denkschrift Ledebours über Mißstände in der Geschäftsführung der Reichstagsfraktion, Januar 1915, abgedr. SPD-RT-Fraktion II, S. 19), von Legien und anderen Dinge sagen lassen, »wie er sie noch nie gehört hat« (Aufzeichnungen Davids vom 2./4. 2. 1915, David-Tagebuch S. 101), und wurde für seine Klagen von der Mehrheit »aufs schärfste verurteilt« (Prot. der Fraktions-sitzung vom 3. 2. 1915; SPD-RT-Fraktion II, S. 33). Als kurz darauf das preußische Abgeordnetenhaus ebenfalls über die Fortsetzung der Kriegspolitik zu beraten hatte, war Otto Hue »entschlossen, falls Liebknecht oder Ströbel im Plenum des Abgeordnetenhauses Skandal machen oder auf eigene Faust Politik machen, rücksichtslos vorzugehen« (Aufzeichnung Davids über ein Gespräch mit Hue vom 15./20. 2. 1915; David-Tagebuch S. 106). Erst nach langwierigen Auseinandersetzungen einigte sich die Landtagsfraktion auf eine Kompromißerklärung, bei welcher Hue und Liebknecht aus entgegengesetzten Motiven Stimmhaltung übten (s. Paul Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1929, S. 67f.).
- <sup>16</sup> s. den Bericht Heines über die Ereignisse in der Fraktion vom 1.-20. 3. 1915; SPD-RT-Fraktion II, S. 48 ff.
- <sup>17</sup> zit. bei Erwin Winkler, Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Diss.phil. Berlin 1964 (Masch.), S. 71
- <sup>18</sup> Aufzeichnung Davids vom 25. 9. 1914; David-Tagebuch S. 43; s. dazu Winkler S. 76 ff.
- <sup>19</sup> s. die Aufzeichnung Davids vom 25. 9. 1914; David-Tagebuch S. 42 f.
- <sup>20</sup> s. die Aufzeichnung Davids vom 8./12. 12. 1914, ebda. S. 83
- <sup>21</sup> s. ebda. S. 84 f. und 98 f.
- <sup>22</sup> Scheffel in der Vorstandekonferenz vom 8. 2. 1915; Prot. Vorstandekonferenzen 1914/15, S. 82
- <sup>23</sup> Das Referentenmaterial ist erstmals vollständig zit. in: Carl Legien, Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Vortrag in der Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend am 27. 1. 1915; Berlin 1915, S. 32 f.; wieder abgedr. u. a. in: Spartakusbriefe, Berlin 1958, S. 5 ff.
- <sup>24</sup> Aufzeichnung Davids vom 19. 12. 1914; David-Tagebuch S. 85
- <sup>25</sup> Legien, Warum müssen ..., S. 4
- <sup>26</sup> ebda. S. 6
- <sup>27</sup> ebda. S. 37
- <sup>28</sup> ebda. S. 32
- <sup>29</sup> ebda. S. 38
- <sup>30</sup> ebda. S. 39
- <sup>31</sup> Rudolf Wissell, Was wir Gewerkschafter tun müssen, in: SM 21 (1915) I, S. 427
- <sup>32</sup> Zur Haltung des ›Vorwärts‹ s. Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 44 ff.; zur Auseinandersetzung um den ›Vorwärts‹ s. auch Schulze, Otto Braun, S. 181 ff.
- <sup>33</sup> Prot. Vorstandekonferenzen 1914/15, S. 71. – Nach Meinung Robert Schmidts hatte der ›Vorwärts‹ auch in sozialpolitischer Hinsicht im Anfang der Kriegszeit »gänzlich versagt« (ebda. S. 72).
- <sup>34</sup> Zit. bei Legien, Warum müssen ..., S. 28; s. auch Koszyk S. 47

- <sup>35</sup> Dafür, daß sich auch die Generalkommission in der Auseinandersetzung mit der Opposition des Mittels der persönlichen Verunglimpfung bediente, ist ihr offizieller Kommentar bezeichnend: »Es handelt sich bei Stadthagen offenbar um eine Krankheitserscheinung, die nach § 51 des Reichsstrafgesetzbuches von Schuld und Strafe befreit.« *Corr.bl.* Nr. 8 v. 20. 2. 1915, S. 86
- <sup>36</sup> s. hierzu die Erklärung der Generalkommission vom 16. 11. 1914, *Corr.bl.* Nr. 47 v. 21. 11. 1914, S. 621 f.; mit weiteren Dokumenten wieder abgedr. bei Legien, *Warum müssen ...?*, S. 40ff.; vgl. auch David-Tagebuch S. 43 f., Aufzeichnung vom 25. 9. 1914
- <sup>37</sup> Legien, *Warum müssen ...*, S. 32; s. auch ebda. S. 9 und 28 ff. und die Dokumente ebda. S. 40ff.
- <sup>38</sup> Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 82. Vgl. auch Heine an Frau v. Vollmar, 12. 5. 1915: »Der Vorwärts wird immer gehässiger und parteiischer gegen Deutschland. Beurteilt man die Sozialdemokratie nach diesem Zentralorgan, so kann man alle alten Vorwürfe der Vaterlandslosigkeit usw. wieder rechtfertigen.« IISG, NL Vollmar Nr. 2545
- <sup>39</sup> August Winnig, *Unser Zentralorgan*, in: SM 21 (1915), I, S. 377ff.; s. auch Winnig, *Der weite Weg*, S. 346. Winnig selbst sah fortan eine seiner Hauptaufgaben darin, den Kreditverweigerern »das Hauptblatt der Partei zu entwinden«; ebda. S. 345
- <sup>40</sup> David-Tagebuch S. 122; Aufzeichnung über eine Konferenz mit Bauer, R. Schmidt, Leipart, Jansson, Baumeister, Kloth und A. Neumann vom Holzarbeiterverband vom 26. 4. 1915
- <sup>41</sup> s. Winnig, *Der weite Weg*, S. 345
- <sup>42</sup> s. David-Tagebuch S. 45; Aufzeichnung v. 28. 9. 1914 über ein Gespräch, an dem u. a. Bauer, Heine, Löbe, Schöpflin, Cohen-Reuß und Peus teilnahmen.
- <sup>43</sup> ebda. S. 94; Aufzeichnung über eine Konferenz im Holzarbeiterhaus vom 9. 1. 1915
- <sup>44</sup> David-Tagebuch S. 45; Aufzeichnung vom 28. 9. 1914
- <sup>45</sup> ebda. S. 54; Aufzeichnung vom 24. 10. 1914; s. auch ebda. S. 49, Aufzeichnung vom 10. 10. 1914, und S. 57, Aufzeichnung vom 31. 10. 1914
- <sup>46</sup> Der damalige IGB-Angestellte Toft an die Redaktion der Bremer Bürger-Zeitung, 10. 3. 1915; ASD, NL Henke, Kasette 1; auch zum folgenden
- <sup>47</sup> s. David-Tagebuch S. 57; Aufzeichnung vom 31. 10. 1914
- <sup>48</sup> Nach einer Berechnung Tofts überstieg das Anlagekapital »kaum 100 Mark«; Toft an die Redaktion der Bremer Bürger-Zeitung, 10. 3. 1915; a. a. O.
- <sup>49</sup> Rundschreiben Legiens vom 27. 10. 1914; abgedr. *Corr.bl.* Nr. 11 v. 13. 3. 1915, S. 127
- <sup>50</sup> Rosa Luxemburg an Marta Rosenbaum, 5. 1. 1915; abgedr. in: Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*, Zürich 1950, S. 137
- <sup>51</sup> s. Toft an die Redaktion der Bremer Bürger-Zeitung, 10. 3. 1915; a. a. O.
- <sup>52</sup> Legien in *Corr.bl.* Nr. 11 v. 13. 3. 1915, S. 128. An anderer Stelle behauptete er, »daß die Generalkommission mit diesem Unternehmen nichts zu tun hat« und er sich selbst lediglich »als Person, nicht als Vorsitzender der Generalkommission, vorbehalten habe, die Rechnungen zu prüfen« (Legien, *Warum müssen ...*, S. 19). Vermutlich erlaubte die finanzielle Konsolidierung des Blattes, das von einer wachsenden Zahl von Partei- und Gewerkschaftszeitungen bezogen wurde und nach kurzer Zeit anscheinend nicht unerhebliche Abonnementsgebühren erhob (s. Rosa Luxemburg an Marta Rosenbaum, 5. 1. 1915, a. a. O.), diese Umstellungen.
- <sup>53</sup> Toft an Bremer Bürger-Zeitung, 10. 3. 1915; a. a. O.; s. auch David-Tagebuch S.

- 49, Anm. 7. Wann die AK zuerst erschien, läßt sich nicht genau feststellen; s. ebda. S. 116, Aufz. vom 24. 3. 1915, Anm. 2. Am 10. 3. 1915 waren zwei Nummern erschienen; s. Toft an Bremer Bürger-Zeitung, 10. 3. 1915; a. a. O.
- 54 «Der IGB beschäftigt sich seit Kriegsanfang sozusagen nur noch mit der Erledigung von Übersetzungsarbeiten für den deutschen Parteivorstand, für einige internationale Berufssekretariate und für die ›IK‹ bzw. ›AK‹«, beschrieb Toft die Verhältnisse. Er erklärte den Vorwurf des »Mißbrauchs« des IGB-Apparates durch die deutsche Gewerkschafts- und Parteiführung für berechtigt; vom IGB sei »fast nichts als der Name übrig geblieben« (ebda.). Nach schweren Auseinandersetzungen mit Baumeister und angewidert von dem »Dornenkraut des Chauvinismus« verließ er Deutschland Anfang 1915 (ebda.).
- 55 David-Tagebuch S. 57, Aufzeichnung vom 31. 10. 1914
- 56 s. August Winnig, Der Burgfrieden und die Arbeiterschaft (Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, Heft 19); Herman Kranold, Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund als sozialdemokratische Aufgabe (dass. Heft 18); Richard Woldt, Großindustrie und Kriegswirkungen (dass. Heft 7); Konrad Haenisch, Wo steht der Hauptfeind? (dass. Heft 1); ders., Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland (dass. Heft 8); Eduard David, Führen wir einen Eroberungskrieg? (dass. Heft 10); sämtlich Berlin 1915
- 57 David-Tagebuch S. 86; Aufzeichnung über ein Gespräch mit Südekum vom 27. 12. 1914; s. auch ebda. S. 115, Aufz. über ein ähnliches Gespräch mit Wolfgang Heine vom 22. 3. 1915
- 58 s. David-Tagebuch S. 116; Aufzeichnung vom 24. 3. 1915
- 59 U. a. David, Cohen-Reuß, Heine, Haenisch, Hugo Poetzsch, Noske und Scheidemann.
- 60 Prager, Geschichte der USPD, S. 100
- 61 s. Sigel S. 57f.
- 62 Corr. bl. Nr. 22 v. 27. 5. 1916, S. 248. Mitte 1917 erwarb Parvus die Verlagsrechte an der IK und übernahm damit vermutlich die Finanzierung der Sozialdemokratischen Feldpost; s. Winfried B. Scharlau/Zbynek A. Zeman, Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964, S. 227; Chefredakteur der IK war seit Anfang 1917 Ernst Heilmann, der zuvor die Chemnitzer Volksstimme herausgegeben hatte; s. ebda. Anm. 1
- 63 Zur Biographie Parvus' s. Scharlau/Zeman, passim; zur Herausgabe der »Glocke« ebda. S. 194 ff. und Sigel S. 58 ff.; als Chefredakteur fungierte ab Oktober 1915 Konrad Haenisch.
- 64 David-Tagebuch S. 154; Aufz. vom 19. 1. 1916. Am gleichen Tage verhandelte David mit Otto Wels über ein möglichst bald herauszubringendes »Wochenblatt gegen den Vorwärts«; ebda.
- 65 s. ebda. S. 187, Aufz. vom 12. 7. 1916, und S. 190, Aufz. vom 26. 7. 1916, sowie S. 192, Aufz. vom 10. 8. 1916; Sigel S. 57f.; vgl. auch Richter S. 72f., und Koszyk S. 76f.
- 66 s. Die 12. ordentl. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Abgehalten in Berlin vom 28. 6.–3. 7. 1915. Anträge zur Generalversammlung, Protokoll der Verhandlungen und Bericht des Ausschusses, Stuttgart o. J. (im folgenden zit.: DMV, Prot. GV 1915), S. 113
- 67 s. FAV, Prot. VT 1917, S. 23
- 68 s. die Ausführungen Leiparts in der Vorständekonferenz vom 7. 7. 1915; Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 148
- 69 s. die Ausführungen Deichmanns ebda.

- <sup>70</sup> ebda. S. 147; s. auch Koszyk S. 98
- <sup>71</sup> Prot. Vorstandskonferenzen 1914/15, S. 148
- <sup>72</sup> s. Corr.bl. Nr. 52 v. 25. 12. 1915, S. 556
- <sup>73</sup> Auf die Ersetzung der »Gleichheit« durch die »Gewerkschaftliche Frauenzeitung« reagierten die weiblichen Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes in Berlin mit Empörung, und zwar insbesondere über die »glatte Überrumpelung«, mit der sie über die Köpfe der gewerkschaftlich organisierten Frauen vorgenommen wurde (Bruns auf dem VT des FAV 1917, Prot. S. 47). Dasselbe wurde aus Braunschweig gemeldet, wo die Frauen »mit Vorliebe« die »Gleichheit« gelesen hatten und auf den Verbandsvorstand besonders schlecht zu sprechen waren, weil er das Abonnement der »Gleichheit« selbst dann verbot, als die Fabrikarbeiterinnen es selbst zu bezahlen bereit waren (s. ebda. S. 48).
- <sup>74</sup> Braun an Kautsky, 11. 9. 1915; IISG, Nl. Kautsky D VI, 343
- <sup>75</sup> Haenisch an Heine, 22. 10. 1915; zit. bei Miller S. 91 Anm. 53
- <sup>76</sup> Als erste die »Schwäbische Tagwacht« in Stuttgart; sie wurde bereits im Dezember 1914 der alten Redaktion, die mit Liebknecht sympathisierte, genommen; s. Koszyk S. 48 ff.; Wilhelm Keil, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, Bd. 1, Stuttgart 1948, S. 306 ff.; *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 1, S. 475; Miller S. 82 ff.; Schulze S. 184 ff. – Zur Entlassung Fleißners als Redakteur der *Dresdner Volkszeitung* s. Lorenz, 5 Jahre *Dresdner USP*, S. 35. Zu den Eingriffen des Parteivorstandes in die Redaktionen der Parteiblätter in Duisburg, Frankfurt und Bremen s. Miller S. 149. In Duisburg wurde im Zuge einer solchen Aktion im März 1916 der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Franz Pokorny zum Redakteur der *Niederrheinischen Arbeiterstimme*; s. Henri Walter/Dieter Engelmann, *Zur Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet unter bes. Berücksichtigung der Herausbildung der USPD und der Entwicklung ihres linken Flügels vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zum Heidelberger Parteitag der KPD und dem Leipziger Parteitag der USPD (Juli/August 1914 bis Dezember 1919)*, Kollektivdiss. phil. Leipzig 1965, S. 128 ff.; Schulze S. 200 ff.; im übrigen Koszyk S. 67 ff.
- <sup>77</sup> s. insbes. den Leitartikel »Irrlichterei« in Corr.bl. Nr. 16 v. 17. 4. 1915, S. 181 ff. gegen die von Julian Borchardt herausgegebenen »Lichtstrahlen« und seine Mitarbeiter Radek und Pannekoek.
- <sup>78</sup> Zum »Vorwärtsraub« s. die vom Parteivorstand herausgegebene Broschüre: *Zum Vorwärtskonflikt. Eine Darstellung auf Grund der vorliegenden Dokumente und Protokolle*, Berlin 1916; s. auch Friedrich Stampfer, *Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben*, Köln 1957, S. 204 ff.; Miller S. 143 ff.; Schulze S. 202 ff.
- <sup>79</sup> s. Koszyk S. 101
- <sup>80</sup> DMV-Verwaltungsstelle Stuttgart an Oskar Schneeberger, Bern, 8. 2. 1915; Archiv der IG Metall, Frankfurt
- <sup>81</sup> s. Prager S. 100
- <sup>82</sup> s. Manfred Kitzte, *Die Berliner Arbeiterbewegung vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unter dem Gesichtspunkt ihrer Linksentwicklung in den Wahlvereinen*, Diss. phil. Halle-Wittenberg 1966 (Masch.), S. 60 ff.
- <sup>83</sup> Heine an Frau v. Vollmar, 1. 7. 1915; IISG, Nl. Vollmar Nr. 2545
- <sup>84</sup> zit. bei Kitzte S. 72
- <sup>85</sup> s. ebda. S. 82
- <sup>86</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 1, S. 466 f.
- <sup>87</sup> s. ebda. S. 470, und Bd. 2, S. 309

- <sup>88</sup> s. Gorski S. 92 und Horst Dörner, Die Dresdner Arbeiterbewegung während des Weltkrieges und der Novemberrevolution 1918, Diss.phil. Leipzig 1960 (Masch.), S. 45 ff.
- <sup>89</sup> s. Walther/Engelmann S. 76 f. und 103 ff.
- <sup>90</sup> Der »Offene Brief« nebst Begleitschreiben und allen rund 1000 Unterschriften ist abgedr. in DMA II/1, S. 169 ff. Eine offenbar von der Generalkommission angefertigte Zusammenstellung der Unterzeichner aus dem gewerkschaftlichen Funktionskörper in ASD, Nl. Giebel, Kassette 2, Mappe 9, die vermutlich auf einer früheren Unterschriftenliste basiert als die hier benutzte, nennt geringfügig niedrigere Zahlen. Zur Entstehung des »Offenen Briefes« s. Liebknecht, Klassenkampf gegen den Krieg, S. 94; Miller S. 107 ff.
- <sup>91</sup> s. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 50
- <sup>92</sup> Darunter Zittau, Leipzig, Halle, Heilbronn, Plauen, Aschaffenburg, Halberstadt, Ludwigshafen, Annaberg, Görlitz, Freiburg und Offenburg; gezählt nach der Namensliste in DMA II/1, S. 173 ff.
- <sup>93</sup> Von den 23 DMV-Unterschriften stammen 14 aus Berlin; von den 18 der Textilarbeiter 13 aus Crimmitschau; die 4 der Schneider kamen sämtlich aus Düsseldorf; von den 4 Unterschriften der Bäcker stammten 3 aus München;  $\frac{1}{3}$  der Unterschriften von Fabrikarbeiter-Funktionären wurden im sächsisch-niedersächsischen Raum gesammelt. Lediglich im Handlungsgehilfen-Verband zeigt sich eine relativ breite regionale Streuung.
- <sup>94</sup> Von den 14 Berliner Metallarbeiterfunktionären, die den Aufruf unterschrieben, waren 10 Vertrauensleute oder Branchenleiter. 31 der 156 gewerkschaftlichen Unterzeichner waren Angestellte örtlicher Zahlstellen oder Kartelle, 11 Arbeitersekretäre. Das entspricht 1,6% aller damaligen Lokalbeamten, 3,4% der Kartellvorsitzenden (berechnet nach Statist. Beilage des Corr.bl. 1916, S. 89) und 8,4% der Arbeitersekretäre (diese Zahl gilt unter der Annahme, daß jedes Arbeitersekretariat mit einem Arbeitersekretär besetzt war; zur Zahl der Arbeitersekretäre 1915 s. ebda. S. 97).
- <sup>95</sup> Es ist u. a. fraglich, ob alle Gewerkschaftsfunktionäre den Rundbrief erhielten und alle Oppositionellen unter ihnen unterschrieben, ferner ob die Stellungnahme der Unterzeichner ohne weiteres mit derjenigen der Mitglieder gleichgesetzt werden kann.
- <sup>96</sup> vgl. hierzu oben S. 272. Legien führte nach Kriegsende die Handlungsgehilfen-Zeitung als Beispiel dafür an, »welch ungeheuren Einfluß ein Redakteur durch sein Blatt auf die Mitglieder ausüben kann«; Prot. Gew.kg. 1919, S. 75
- <sup>97</sup> Z. B. bei den Bäckern in München, den Bauarbeitern in Chemnitz, den Handlungsgehilfen in Gröba, den Schneidern in Duisburg, den Schuhmachern in Erfurt und den Holzarbeitern in Braunschweig sowie in den Kartellen Hanau und Braunschweig.
- <sup>98</sup> Zum Crimmitschauer Textilarbeiterstreik s. Crimmitschau unterm Belagerungszustand, hrsg. vom Central-Verband deutscher Textilarbeiter und Arbeiterinnen, Berlin 1903; Crimmitschau 1903–1928. Blätter der Erinnerung an Sachsens bedeutendsten Arbeitskämpfe, hrsg. vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin o.J. Vgl. hierzu im übrigen die Ergebnisse über die Entstehungsbedingungen der USPD bei Miller S. 166 ff.
- <sup>99</sup> s. zum folgenden DMV, Prot. GV 1915
- <sup>100</sup> Das Fehlen Berlins in dieser Reihe ist ein Beleg dafür, daß die Opposition sich hier noch in der Minderheit befand und nicht von den angestellten Gewerkschaftsfunktionären getragen wurde. Die Bezirksleiter wie die Angestellten der Berliner Ortsverwaltung, an ihrer Spitze Adolf Cohen, unterstützten den Verbandsvorstand.

Dasselbe gilt für Stuttgart, wo schon im Februar 1915 ein Teil der DMV-Mitglieder zur Westmeyer-Richtung übergegangen war; er erklärte in den Versammlungen, »die ganze Gewerkschaftsbewegung führe die Arbeiterschaft in einen Sumpf, aus dem man nicht mehr heraus könne«, bezahlte keine Beiträge mehr und entfaltete auch in den Betrieben eine Agitation gegen die Beitragsleistung (DMV, Verwaltungsstelle Stuttgart, an Oskar Schneeberger, Bern, 8. 2. 1915; Archiv der IG Metall, Frankfurt).

- <sup>101</sup> DMV, Prot. GV 1915, S. 85
- <sup>102</sup> ebda. S. 83; s. auch die Äußerungen Kaisers ebda. S. 85, und des Leipziger Delegierten und Redakteurs der »Leipziger Volkszeitung«, Georg Schumann, ebda. S. 80
- <sup>103</sup> ebda. S. 71. Gerade die Hamburger Arbeiter empfanden die Ohnmacht, zu der sie sich verurteilt fühlten, besonders bitter, weil sie Erinnerungen an den Werftarbeiterstreik von 1913 weckte, den die Arbeiter nach wochenlangem Kampf auf Beschluß des Verbandsvorstandes unter demütigenden Begleitumständen erfolglos hatten abbrechen müssen; s. ebda. S. 72 und die Bemerkungen des Hamburger Delegierten Koch ebda. S. 82. – Zum Werftarbeiterstreik von 1913 s. Helmut Kral, Streik auf den Helgen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der deutschen Werftarbeiter vor dem 1. Weltkrieg, Berlin 1964, S. 205 ff.; Ullrich S. 133 ff.
- <sup>104</sup> DMV, Prot. GV 1915, S. 131
- <sup>105</sup> ebda. S. 125
- <sup>106</sup> ebda. S. 127
- <sup>107</sup> ebda. S. 54
- <sup>108</sup> ebda. S. 80
- <sup>109</sup> ebda. S. 93
- <sup>110</sup> s. insbes. die Ausführungen Ufermanns ebda. S. 126
- <sup>111</sup> ebda. S. 73
- <sup>112</sup> s. ebda. S. 120 und 129
- <sup>113</sup> s. die Bemerkungen von Schäfer-Leipzig ebda. S. 123, Tost ebda. S. 131, Janke und Jäckel-Berlin ebda. S. 135 f. und Schumann-Leipzig ebda. S. 138. Die Kritik an der Metallarbeiterzeitung war so stark, daß der Verbandstag in einer Resolution an die Schriftleitung die Aufforderung richtete, sich während des Krieges »einer angemessenen Zurückhaltung . . . und Sachlichkeit« zu befleißigen, namentlich »in der Behandlung von inneren Parteistreitigkeiten«; ebda. S. 21; zur Annahme dieser Resolution s. ebda. S. 143. Vgl. im übrigen die Anträge aus Düsseldorf, Duisburg, Göttingen, Leipzig und Pries ebda. S. 10 ff. und die Diskussionsbeiträge ebda. S. 126 ff.
- <sup>114</sup> s. die Äußerungen des Darmstädter Delegierten Hütsch in: Verband der Maler, Lackierer, Tüncher und Weißbinder Deutschlands, Protokoll der 15. ord. Generalversammlung, abgehalten am 14. und 15. 2. 1916 in Berlin, Hamburg 1916, S. 92
- <sup>115</sup> s. ebda. S. 90 ff.
- <sup>116</sup> abgedr. u. a. GdA II, S. 456 ff.; s. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 276 f.; Miller S. 109 f.
- <sup>117</sup> s. die Klagen Davids, der auf einer Konferenz im Holzarbeiterhaus am 22. 6. 1915 den »Rechtsblock« zu organisieren versuchte (David-Tagebuch S. 133, Aufz. vom 18. 6. 1915), über den »Fetisch der Disziplin« bei den Mitgliedern der Generalkommission, die »auch jetzt nicht zu organisiertem entschlossenem Vorgehen bereit« waren (ebda. S. 134, Aufz. vom 22. 6. 1915). Nach einer Notiz Heines, der an der Besprechung teilnahm, lehnte namentlich Rob. Schmidt alles ab, »offenbar aus Furcht vor den Berlinern« (Heine an Frau v. Vollmar, 1. 7. 1915; IISG, Nl. Vollmar Nr. 2545).
- <sup>118</sup> Corr.bl. Nr. 26 v. 26. 6. 1915, S. 293 f.

- <sup>119</sup> Prot. Vorständekonferenzen 1914/15, S. 125
- <sup>120</sup> s. ebda. S. 123
- <sup>121</sup> ebda. S. 129
- <sup>122</sup> ebda. S. 128f.
- <sup>123</sup> ebda. S. 125
- <sup>124</sup> ebda. S. 130
- <sup>125</sup> ebda.
- <sup>126</sup> ebda. S. 128
- <sup>127</sup> ebda.
- <sup>128</sup> ebda. S. 125
- <sup>129</sup> Die Resolution wies »mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können«, bezeichnete die Stellung, »die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist«, als diejenige, »die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient«, und erklärte, die von der Opposition vertretenen Ansichten »widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben«. Ebda. S. 145; abgedr. Corr.bl. Nr. 29 v. 17. 7. 1915, S. 332; vgl. auch Carl Legien, Parteizerstörer, in: SM 21 (1915), II, S. 622
- <sup>130</sup> Leipart a. a. O. in Bestätigung der Ausführungen Eberts.
- <sup>131</sup> »Würde jemals der Standpunkt der Opposition maßgebend werden, dann könnten die Gewerkschaften auch nicht neutral bleiben, sondern dann müßten wir eine neue Parteiorientierung anstreben, wie sie die Gewerkschaften zur Wahrung ihrer Lebensinteressen bedürfen.« Ebda. S. 125. Vgl. auch die – möglicherweise von Brey inspirierten – Bemerkungen im Jahrbuch des Fabrikarbeiterverbandes 1915, S. 58f.: Nach dem Kriege, wenn der »Bruderkampf... erst recht in der rücksichtslosesten Weise geführt werden« werde, müsse es »Sache der Gewerkschaften« sein, »endlich einmal... unzweideutig zu erklären, daß sie die Verantwortung für die verstiegene Politik und Taktik der sog. radikalen Richtung nicht mehr mitmachen. Es geht nicht mehr, daß man lediglich um der Eintracht willen mit Stillschweigen eine Richtung mitdeckt, deren taktische Mittel nicht zur Anwendung kommen können«.
- <sup>132</sup> Hugo Heinemann, Die Kriegsarbeit der Generalkommission, in: SM 21 (1915), III, S. 1169
- <sup>133</sup> Paul Umbreit, Die Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, ebda. S. 1231; s. auch ders., Die Gewerkschaften und die Parteipolitik, ebda. II, S. 740ff.; Aug. Winnig, Die Gewerkschaften und der Parteistreit, in: Die Glocke Nr. 6 v. 15. 11. 1915, S. 309ff.; Max Schippel, Die Sprengungsaufrufe und die Parteipresse, in: SM 21 (1915), II, S. 636ff.
- <sup>134</sup> s. das Rundschreiben Liebknechts an alle Fraktionsmitglieder vom 22. 11. 1915, abgedr. SPD-RT-Fraktion, II, S. 78ff., sowie seine Korrespondenz mit dem Reichstagspräsidium, ebda. S. 89ff.; s. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 311
- <sup>135</sup> Prot. der Fraktionssitzung vom 29. 11. 1915; SPD-RT-Fraktion, II, S. 85; vgl. auch Miller S. 117ff.
- <sup>136</sup> Legien in der Fraktionssitzung vom 21. 12. 1915, a. a. O. S. 138f.; vgl. auch die Aufzeichnung Südekums vom 22. 12. 1915: »Von unserem Standpunkt als Gewerkschaftler aus sind wir in so hohem Maße an einer schlagkräftigen und einheitlichen sozialdemokratischen Arbeitervertretung auf politischem Gebiet interessiert, daß

wir das Vorgehen der Minderheit nur auf das entschiedenste bedauern können ... Für die Gewerkschaften hörte jedenfalls jede Kampfmöglichkeit auf, wenn es einzelnen Mitgliedern oder Minderheiten freistehen sollte, sich über die ordnungsgemäß zustande gekommenen Mehrheitsbeschlüsse hinwegzusetzen und nach eigenem Gutdünken zu handeln. Wir sind fest überzeugt, daß die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung ohne jede Ausnahme auf diesem Standpunkt steht und das disziplinelose Verhalten der Fraktionsminderheit entschieden tadelt.« BA, Nl. Südekum Nr. 104

- <sup>137</sup> s. die Aufstellung in: SPD-RT-Fraktion, II, S. 133 Anm. 7
- <sup>138</sup> ebda. S. 142; ähnlich Jäckel ebda. S. 141
- <sup>139</sup> ebda. S. 142
- <sup>140</sup> ebda. S. 141
- <sup>141</sup> Die Resolution ist abgedr. ebda. S. 134; zur Annahme s. ebda. S. 150; s. auch Miller S. 124f.
- <sup>142</sup> Corr.bl. Nr. 1 v. 1. 1. 1916, S. 6
- <sup>143</sup> Die Resolution des Parteiausschusses vom 8./9. 1. 1916 ist abgedr. ebda. Nr. 3 v. 15. 1. 1916, S. 18, und im Protokoll der Parteiausschußsitzung vom 8. 1. 1916, in: SPD-PA 1914–16, S. 139ff.
- <sup>144</sup> s. das Prot. der Fraktionsitzung vom 12. 1. 1916; SPD-RT-Fraktion, II, S. 153ff., und David-Tagebuch S. 153, Aufz. vom 14. 1. 1916, Anm. 3
- <sup>145</sup> Corr.bl. a. a. O. S. 17; s. auch Aug. Winnig, Die Wirkung auf die Gewerkschaften, in: Die Glocke Nr. 10 v. 15. 1. 1916, S. 564ff., und Winnig, Der weite Weg, S. 375
- <sup>146</sup> s. BFS-Bericht vom 11. 11. 1916; PAAA, Eur. Gen. Nr. 1 Bd. 28.
- <sup>147</sup> Corr.bl. Nr. 3 v. 15. 1. 1916, S. 17
- <sup>148</sup> BFS-Bericht vom 11. 1. 1916; s. auch Schulze S. 201
- <sup>149</sup> Corr.bl. Nr. 3 v. 15. 1. 1916, S. 17
- <sup>150</sup> s. die BFS-Berichte vom 11. 1. und 20. 1. 1916 und das Ergebnisprotokoll der Vorstandskonferenz vom 10. 1. 1916, in: Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, hrsg. von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1919, S. 41. In der Steinsetzerzeitung vom 9. 1. 1916 hieß es: »Für die Gewerkschaften bleibt auf alle Fälle die Politik des 4. August Leitstern und Richtschnur ihres künftigen Verhaltens. Für die Gewerkschaften gibt es in dieser Hinsicht keinen Umfall, kein Hinübergleiten in die gegensätzliche Politik, ja nicht einmal eine stillschweigende Anerkennung einer solchen – und das selbst dann nicht, wenn die heutige Fraktionsmehrheit sich wirklich in eine Minderheit verwandeln sollte.« Vgl. auch Wohlgemuth S. 153f.
- <sup>151</sup> s. David-Tagebuch S. 157, Aufz. v. 4. 2. 1916: »Bricht die August-Mehrheit zusammen, dann muß die reformistische Gruppe mit den Gewerkschaften die neue Partei machen.« Aus demselben Grund lehnte die Generalkommission einen Sitz im Fraktionsvorstand ab, den sie nach dem Ausscheiden Haases und Hochs hätte besetzen können; s. ebda. S. 152, Aufz. vom 10. 1. 1916; s. auch Winnig, Die Wirkung auf die Gewerkschaften, a. a. O. S. 565
- <sup>152</sup> s. Corr.bl. Nr. 44 v. 28. 10. 1916, S. 450, und Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des 12. Verbandstages in Frankfurt a. M. vom 25.–29. 5. 1919, Frankfurt 1919, S. 36ff.
- <sup>153</sup> August Winnig, Der weite Weg, S. 373
- <sup>154</sup> Der »Vorwärts«, der den Gewerkschaften das Recht zur Kritik am Fraktionsbeschuß vom 21. 12. 1915 bestritten hatte, wurde vom Corr.bl. der »Unfähigkeit und Unehrllichkeit« bezichtigt (Corr.bl. Nr. 5 v. 29. 1. 1916, S. 49) und als »verantwortungsloses Organ« geschmäht (ebda. Nr. 6 v. 5. 2. 1916, S. 61), dessen Äußerungen nicht



- mehr als Stimme der Partei, sondern nur noch als »private Meinungsäußerungen des 4. Stockwerks der Lindenstr. 3« zu werten seien (ebda. Nr. 5 v. 29. 1. 1916, S. 51).
- <sup>155</sup> ebda.
- <sup>156</sup> Corr.bl. Nr. 6 v. 5. 2. 1916, S. 61
- <sup>157</sup> dass. Nr. 5 v. 29. 1. 1916, S. 50
- <sup>158</sup> ebda. S. 51; ähnlich Emil Kloth, Die Neutralität der Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, in: Die Glocke Nr. 20 v. 12. 8. 1916, S. 789f., und August Winnig, Die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, in: SM 22 (1916), II, S. 759ff.
- <sup>159</sup> s. das Prot. der Fraktionssitzung vom 24. 3. 1916; SPD-Reichstagsfraktion, II, S. 166ff.; Miller S. 125 ff.
- <sup>160</sup> s. Corr.bl. Nr. 14 v. 1. 4. 1916, S. 152
- <sup>161</sup> s. Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 43
- <sup>162</sup> s. die Auszüge aus Stellungnahmen verschiedener Gewerkschaftsblätter in: Corr.bl. Nr. 15 v. 8. 4. 1916, S. 158f., und Nr. 16 v. 15. 4. 1916, S. 175; s. auch Hermann Mattutat, Der Parteistreit und die Gewerkschaften, in: SM 22 (1916), I, S. 428 ff.; TAV, Jb. 1916, S. 15; Der Dt. Buchbinderverband 1917, S. 8; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 152
- <sup>163</sup> Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 48. – Simon und Bock hatten schon zuvor die Einbringung dieses Antrags bereit, weil ihnen klageworden war, daß er scheitern würde. Legien aber bestand auf einer Abstimmung, um »eine neue Vertrauenskundgebung für die Haltung der Generalkommission und ihres »Correspondenzblattes« zu erzielen.« (BfS-Bericht vom 1. 12. 1916)
- <sup>164</sup> zit. in Corr.bl. Nr. 45 v. 6. 11. 1915, S. 491
- <sup>165</sup> s. Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung, 11. Jg. Nr. 3 (14. 6. 1916), S. 7 und Nr. 5 (9. 8. 1916), S. 3
- <sup>166</sup> s. ebda. Nr. 10 v. 19. 11. 1916, S. 4
- <sup>167</sup> s. ebda. Nr. 14 v. 17. 12. 1916, S. 6. Trotz organisatorischer Schwierigkeiten, die dieser Beschluß mit sich brachte, bekräftigten die Berliner Holzarbeiter ihn dem Drängen des Orts- und sogar des Verbandsvorstandes zum Trotz Ende Februar 1917 und verwarfen auch den Kompromißvorschlag der Verbandsführung, außer in der oppositionellen LVZ und dem »Braunschweiger Volksfreund« auch im »Vorwärts« zu inserieren (s. Mitt.bl. des Verb. der sozialdem. Wahlvereine Berlins Nr. 26 v. 11. 3. 1917, S. 3f.). Dagegen setzte die Berliner Gewerkschaftskommission, in der die Mehrheitsanhänger einstweilen die Oberhand behielten, den Beschluß, daß der »Vorwärts« auch in Zukunft als Publikationsorgan der Berliner Gewerkschaften zu gelten habe; s. Gewerkschaftskommission Berlin, Jber. 1916, S. 38
- <sup>168</sup> Bericht des Polizeipräsidiiums Berlin vom 25. 3. 1917; abgedr. in: AF 4/II, S. 394
- <sup>169</sup> s. Opel S. 54f.
- <sup>170</sup> Zur sozialen Lage der Berliner Metallarbeiter, insbesondere der Dreher, s. E. Winkler, Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute, S. 135 ff.
- <sup>171</sup> R. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 59
- <sup>172</sup> zit. bei Winkler S. 106f.
- <sup>173</sup> s. Müller S. 59
- <sup>174</sup> s. Winkler S. 134f.
- <sup>175</sup> s. Müller S. 59
- <sup>176</sup> ebda. S. 63; auch zum folgenden. Dagegen äußerte Brey in der Fraktion »ernste Vorbehalte« dagegen, seitens der Partei einen Antrag auf Haftentlassung Liebknechts zu stellen; s. SPD-RT-Fraktion, II, S. 188; vgl. auch Miller S. 139
- <sup>177</sup> s. Hugo Haase an Gottschalk, 2. 7. 1916, in: Ernst Haase (Hrsg.), Hugo Haase. Sein

- Leben und Wirken, Berlin 1929, S. 124; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 442; im übrigen Winkler S. 206ff.
- <sup>178</sup> Das Kriegspresseamt nannte die Zahl von 55 000 Streikenden »stark übertrieben«, räumte jedoch ein, die Beteiligung sei »nicht unbedeutend« gewesen; s. Miller S. 291, Anm. 43
- <sup>179</sup> s. Müller S. 63f.
- <sup>180</sup> ebda. S. 63
- <sup>181</sup> Rosa Luxemburg im Spartakusbrief Nr. 22 vom 12. 8. 1916; in: Spartakusbriefe (1958), S. 197
- <sup>182</sup> Hugo Haase a. a. O. S. 125
- <sup>183</sup> Die Resolution ist abgedr. Corr.bl. Nr. 31 v. 31. 7. 1915, S. 353
- <sup>184</sup> s. den Bericht über den Schuhmacher-Verbandstag vom 19.–22. 6. 1916, Corr.bl. Nr. 29 v. 15. 7. 1916, S. 316ff.
- <sup>185</sup> s. HAV, Prot. VT 1919, S. 33
- <sup>186</sup> s. ebda. S. 35
- <sup>187</sup> s. Feldpostzeitung für die im Felde stehenden Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbands, Nr. 4 (Oktober 1918), S. 24
- <sup>188</sup> s. ebda. Nr. 2 (Januar 1917), S. 11
- <sup>189</sup> s. Gorski S. 62 und Buchbinderverb. 1916, S. 10 und 31. Die Generalversammlung der Berliner Buchbinder protestierte im Februar 1916 gegen die sozialchauvinistische Schreibweise der Buchbinderzeitung (s. Buchbinderverb., Prot. VT 1919, S. 118). Im Mai 1916 sammelte sich hier eine Gruppe von Oppositionellen, die dem Verbandsvorstand ihre Entschlossenheit mitteilte, kompromißlos dem Verband wieder den Charakter einer »Kampforganisation« zu geben (Ernst Wolf an Emil Kloth, Mai 1916; abgedr. ebda. S. 121). Drei Monate später verurteilten die Berliner Buchbinder den Antistreikaufruf von Generalkommission und Parteivorstand vom 25. 7. 1916 (s. ebda. S. 181).
- <sup>190</sup> s. Retzlaw S. 45
- <sup>191</sup> s. oben S. 166 und 261
- <sup>192</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 438
- <sup>193</sup> s. ebda. S. 438 ff.
- <sup>194</sup> s. ebda. S. 442
- <sup>195</sup> s. Walther/Engelmann, Bd. 1, S. 143 ff., sowie das Schreiben des stellv. komm. Generals des VII. AK an den Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen, vom 28. 8. 1916; abgedr. DMA II/1, S. 442 ff.
- <sup>196</sup> BAV, Jb. 1915, S. 114
- <sup>197</sup> In Köln taten sie dies 1915 unter geschickter Ausnutzung des Arbeitermangels in mehreren Fällen mit solcher Umsicht, »daß ein Einschreiten auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist«, wie der Militärgouverneur ärgerlich feststellte (Gouvernement Köln an den RP in Düsseldorf, 18. 11. 1915; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 9081).
- <sup>198</sup> s. Feldman S. 132f., der dieses Moment jedoch erheblich überschätzt.
- <sup>199</sup> Der Aufruf ist u. a. abgedr. Corr.bl. Nr. 35 v. 26. 8. 1916, S. 366; DMA II/1, S. 423f.
- <sup>200</sup> s. das Schreiben Gayl an die Regierungspräsidenten seines Korpsbezirks vom 19. 8. 1916 und seinen Erlaß vom 22. 8. 1916 an die Regierungspräsidenten; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 17 Bd. 1
- <sup>201</sup> Gayl an die Regierungspräsidenten, 19. 8. 1916; s. dazu sein Schreiben an den Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen, vom 28. 8. 1916, ebda.; abgedr. DMA II/1, S. 442 ff.

- <sup>202</sup> Gayl an die vier Bergarbeiterverbände, 21. 8. 1916; StA Münster, Reg. Münster, VII Nr. 17 Bd. 1
- <sup>203</sup> Gayl an den Verein für die bergbaulichen Interessen Essen, 28. 8. 1916, a. a. O.; auch zum folgenden
- <sup>204</sup> Gayl an die Regierungspräsidenten, 22. 8. 1916; a. a. O.
- <sup>205</sup> Leitsätze für das Vorgehen der Militärbefehlshaber beim Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie, 28. 7. 1916; abgedr. bei Deist, Bd. 1, S. 399f.; vgl. auch Oppenheimer, Erlebtes, S. 227f.
- <sup>206</sup> Der bayerische Innenminister z. B. wies die Münchener Polizeidirektion an, »zur möglichen Vorbeugung ... in entsprechende Fühlung mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen (Gewerkschaftsführer etc.)« zu treten, »einerseits um durch ihre Vermittlung und durch ihre Autorität belehrend und beruhigend bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die unzufriedenen und unruhigen Teile der Bevölkerung einzuwirken, damit es womöglich überhaupt nicht zu äußeren Unruhen kommt, andererseits aber auch, um sich durch sie jederzeit und rechtzeitig über die allgemeine Stimmung der breiten Schichten des Volkes und etwaiger Unruheherde unterrichten zu können, damit sodann nach Lage des Falles das Nötige veranlaßt werden kann«. Erlaß des bayer. Innenministers betr. Polizeimaßnahmen bei Unruhen in München, 4. 10. 1916; AStAM, MInn. 71706
- <sup>207</sup> Erlaß Gayls an alle Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeiverwaltungen seines Korpsbezirks, 7. 9. 1916; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 17 Bd. 1
- <sup>208</sup> s. den BFS-Bericht vom 11. 12. 1916; PAAA, Eur. Gen. 82 Nr. 1 Bd. 28
- <sup>209</sup> Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 180
- <sup>210</sup> Hugo Haase an Gottschalk, 2. 7. 1916, in: Haase, Sein Leben und Wirken, S. 124
- <sup>211</sup> s. Retzlaw S. 39
- <sup>212</sup> s. Müller S. 65
- <sup>213</sup> Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Generalkommission vom 25. 7. 1916; abgedr. Corr.bl. Nr. 31 v. 29. 7. 1916, S. 329f.
- <sup>214</sup> Paul Blumenthal in seinem Erinnerungsbericht, in: 1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914–1920), Berlin 1958, S. 148f. (künftig zit.: Veteranenberichte 1918)
- <sup>215</sup> R. Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 65
- <sup>216</sup> Ergebnisprotokoll einer Besprechung im Oberkommando in den Marken vom 27. 7. 1916; zit. bei Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963, S. 63 Anm. 2. – Auch schon die Einberufung Rudolf Breitscheids Ende 1915, der seit Anfang 1915 eine Zeitungskorrespondenz oppositioneller Richtung herausgab, scheint nicht zuletzt darauf zurückzuführen zu sein, daß ein namentlich nicht feststellbarer prominenter Gewerkschaftsführer ihn gegenüber dem Kriegsministerium als radikalen Streiber hingestellt und als Anstifter einer Straßenkundgebung in Berlin bezeichnet hatte; s. Peter Pistorius, Rudolf Breitscheid, 1874–1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteigeschichte, Diss. phil. Köln 1970, S. 124
- <sup>217</sup> Sogar das von der Generalkommission als »hirnverbrannte Idee« dementierte Gerücht, die Gewerkschaftsführung arbeite darauf hin, die Gewerkschaften – gleichviel welcher Richtung – der sozialpolitischen Abteilung des RdI anzugliedern und dadurch zu einer Art öffentlich-rechtlicher Institution zu machen, erscheint hiernach nicht mehr derart absurd, wie die Polemik des Corr.bl. glauben machen wollte; s. Corr.bl. Nr. 34 v. 21. 8. 1915, S. 383f.

Die nichtsozialistischen Gewerkschaftsrichtungen reagierten auf die politischen Streiks und Demonstrationen anlässlich des Prozesses gegen Liebknecht ähnlich wie die freien Gewerkschaften. Eine Konferenz christlicher Arbeiterführer mißbilligte diese Aktionen Anfang August 1916 »aufs allerentschiedenste« und warnte die Arbeiter davor, »mit verlockenden Scheingründen sich zum Schleppträger der politischen Reaktion mißbrauchen zu lassen«; s. ZBl. Nr. 17 v. 14. 8. 1916, S. 136. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine warnten im Oktober 1916 ihre Mitglieder ebenfalls »auf das eindringlichste, sich an solchen wilden Streiks zu beteiligen«, und erklärten: »Wo die Arbeiterschaft mit den bestehenden Verhältnissen nicht zufrieden sein kann, da muß den Führern die Regelung der Dinge in die Hand gelegt werden, den berechtigten Wünschen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Es ist immer falsch, wenn sich die Masse der Arbeiter von einzelnen Hitzköpfen fortreißen und leiten läßt.« (Gewerkverein Nr. 87/88 v. 28. 10. 1916, S. 174)

### 9. Kapitel

- <sup>1</sup> David-Tagebuch S. 202, Aufz. vom 30. 9. 1916; vgl. auch die Tagebuch-Aufzeichnung Thaers vom 24. 8. 1916, in: Albrecht von Thaer, Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919. Unter Mitarbeit von Helmuth G. Rönnefarth hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958, S. 86
- <sup>2</sup> Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München 1966, S. 10; zur Popularität Hindenburgs und Ludendorffs s. auch Wheeler-Bennett S. 94 ff.
- <sup>3</sup> zit. bei Hermann Bahr, 1917, Berlin 1918, S. 165; die Überlegungen über den politischen Stellenwert ihrer Autorität bei einem für Deutschland ungünstigen Kriegsausgang sind u. a. angedeutet im Brief Bethmann Hollwegs an Grünau vom 23. 6. 1916, abgedr. in: Die graue Eminenz, S. 242 ff., und bei Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, II, S. 46; vgl. auch Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin/Frankfurt 1966, S. 20
- <sup>4</sup> Zur Entstehung und Durchführung des Hindenburg-Programms s. die Dokumente bei Erich Ludendorff, Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916–1918, Berlin 1921, S. 63 ff.; im übrigen Feldman S. 150 ff.; Richter S. 74 ff.; Hellmuth Weber, Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916–1918, Berlin 1966, S. 47 ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 461 ff.
- <sup>5</sup> Schon bis September 1916 war die Zahl der Arbeitskräfte durch fortgesetzte Einberufungen jeden Monat um rund 120000 zurückgegangen; s. Wrisberg, Heer und Heimat 1914–1918, S. 89 f.
- <sup>6</sup> Undatierter Entwurf einer Denkschrift Bauers; BA Koblenz, Nl. Bauer Nr. 2; zit. bei Weber S. 50; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 471
- <sup>7</sup> s. den Bericht über die Vorständekonferenz vom 20./22. 11. 1916, in: Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 48
- <sup>8</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 56; Feldman S. 207 f.
- <sup>9</sup> vgl. Feldman S. 218 und 237; Udo Bermbach, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln/Opladen 1967, S. 45
- <sup>10</sup> Kriegsausschuß der deutschen Industrie an Bethmann Hollweg, 30. 11. 1916; abgedr. DAZ Nr. 49 v. 3. 12. 1916
- <sup>11</sup> Aktennotiz über eine Audienz von Jansen, Rupp und Wischnöwski beim Reichskanzler am 11. 11. 1916; HA/GHH, 30019324/11; s. auch die Aktennotiz Rupp

- über ein Gespräch mit Groener vom 18. 11. 1916, ebda., und Vielhaber an Hoff, 30. 11. 1916; HA/GHH, 30019324/9
- <sup>12</sup> s. zum folgenden das Protokoll der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 1. 12. 1916; abgedr. bei Deist, I, S. 526ff.; s. auch Feldman S. 241ff.
- <sup>13</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 346
- <sup>14</sup> Zu Hintergründen und Entstehung des Hilfsdienstgesetzes s. ausführlich Feldman S. 197ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 470ff.; Groener, Lebenserinnerungen, S. 339ff. sowie die bei Deist, I, S. 459ff. abgedruckten Dokumente
- <sup>15</sup> Zu den Kompetenzen des Kriegsamtes s. unten S. 361
- <sup>16</sup> s. die Bemerkungen Groeners zum Kapitel »Hilfsdienstgesetz und Hindenburgprogramm« im 2. Bd. von Karl Helfferich, Der Weltkrieg, August 1919 (1. Entwurf); MA Freiburg, Nl. Groener, N 46/113, Bl. 110. Stinnes glaubte noch im Sommer 1917 felsenfest an den Sieg Ludendorffs; s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 367
- <sup>17</sup> s. Groeners Bemerkungen zur Broschüre »Ludendorff« von W. Spickernagel, August 1919; MA Freiburg, Nl. Groener, N 46/113, Bl. 177f.
- <sup>18</sup> s. ebda. Bl. 178 und Groeners Bemerkungen zum Kap. »Hilfsdienstgesetz und Hindenburgprogramm« bei Helfferich, ebda. Bl. 108f.; vgl. auch Feldman S. 209
- <sup>19</sup> 22 Mitglieder der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion, unter ihnen die Gewerkschaftsfunktionäre Brandes, Hoch, Jäckel und Simon, enthielten sich der Stimme durch Verlassen des Plenarsaales (s. Sten. Ber. Bd. 308, S. 2328ff.).
- <sup>20</sup> s. Feldman S. 224
- <sup>21</sup> Das Hilfsdienstgesetz ist veröff. im RGBl. Jg. 1916, S. 1333ff.; abgedr. u. a. Corr.bl. Nr. 51 v. 16. 12. 1916, S. 523ff.
- <sup>22</sup> s. Feldman S. 234
- <sup>23</sup> Die SPD vertraten in diesem Ausschuß Ebert, Legien und Bauer; s. SPD-RT-Fraktion, II, S. 239
- <sup>24</sup> s. Klaus Mattheier, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973, S. 253
- <sup>25</sup> Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 in Berlin, betr. das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, Berlin 1917, S. 37; s. auch die Ausführungen Stegerwalds ebda. S. 75; s. ferner W. Jansson, Die Kundgebung der organisierten Arbeiter, in: Die Glocke Nr. 38 v. 16. 12. 1916, S. 409ff.; ders., Die Gewerkschaften und das bürgerliche Dienstpflichtgesetz, ebda. Nr. 37 v. 9. 12. 1916, S. 373ff.; Carl Severing, Deutschlands Zukunft und die deutsche Arbeiterklasse, in: SM 22 (1916), III, S. 1243ff.; Paul Umbreit, Gemeinsame Arbeit der Behörden und der Gewerkschaften, ebda. S. 1355ff.
- <sup>26</sup> Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen ..., S. 55; die Resolution ist abgedr. u. a. in: Soziale Praxis XXVI, Sp. 423
- <sup>27</sup> Loebell in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 1. 12. 1916; abgedr. bei Deist I, S. 531
- <sup>28</sup> Der Geschäftsführer des VdESI, Reichert, in einem Bericht über die Vereinstätigkeit im Jahre 1917; BA, R 13 I/164, Bl. 38
- <sup>29</sup> VdESI, Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, August 1917; BA, R 13 I/370, Bl. 226
- <sup>30</sup> 25 Jahre Arbeitnordwest, 1904–1929, Berlin o.J., S. 80f.
- <sup>31</sup> Reichert in seinem Bericht über die Vereinstätigkeit im Jahre 1917; a. a. O.
- <sup>32</sup> 25 Jahre Arbeitnordwest, S. 88; ähnlich Ludendorff, Kriegführung und Politik, S. 121; Osthold, Zechenverband, S. 221 und 236ff.

- 33 s. zu diesen Wirkungen die Ausführungen Cohens auf dem Gewerkschaftskongreß 1919, Prot. S. 491 f.; im übrigen s. unten S. 306
- 34 Gustav Bauer in der Konferenz vom 12. 12. 1916; a. a. O. S. 33
- 35 s. unten S. 498 ff. und 533 ff.
- 36 Bemerkungen Groeners zu W. Spickernagel, Ludendorff, August 1919; MA, NL Groener, N 46/113, Bl. 179
- 37 s. Feldman S. 306
- 38 s. die Ausführungen Duisbergs in der Konferenz von führenden Repräsentanten der rheinisch-westfälischen Industrie und Vertretern der Militärbehörden sowie der OHL am 19. 8. 1917 im Düsseldorfer Industrieclub; ein gekürzter Bericht hierüber ist abgedr. bei Sichler/Tiburtius S. 131 ff.
- 39 Bemerkungen Groeners zu W. Spickernagel, Ludendorff, a. a. O. Bl. 180
- 40 ebda.
- 41 s. Feldman S. 301
- 42 s. zum folgenden ausführlich Feldman S. 308 ff.
- 43 Hilger schilderte im Juni 1917 als »Schulbeispiel« das Verhalten der Reichsstickstoffwerke in Oberschlesien: »Mit staatlichen Mitteln ist eine große Stickstoff-Industrie ins Leben gerufen worden: sie hat uns 3000 Arbeiter weggenommen, Hunderte von Beamten, sie bezahlt jeden Lohn, Geld spielt keine Rolle, weil das Reich dahintersteht. Die Direktion fragt überhaupt nicht danach. Die Grundstückspreise sind in schwindelhafter Weise in die Höhe getrieben. Ein Arbeiter, der verküppelt ist, der bei mir 30 Pfennig die Stunde verdiente, bekommt 70 Pfennige die Stunde, und er sagt seinen Kameraden: »Was seid ihr für Ochsen, daß ihr so billig arbeitet: Ich kriege 70 Pfennig.«. Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 86
- 44 Im Juli 1917 ermahnte Arbeitnordwest seine Mitgliedsfirmen, »die gewerkschaftliche Presse in keiner Weise zu Anzeigen zu benutzen«, zumal »der Zuwachs, den die Werke auf diese Weise erhalten, nicht als eine Verbesserung des Arbeiterstammes betrachtet werden« dürfte; Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 9. 7. 1917; HA/GHH, 300 141/20
- 45 s. dazu unten S. 328
- 46 s. hierzu das Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 16. 2. 1917; HA/GHH, 3001 006/0
- 47 s. die Ausführungen Duisbergs in der in Anm. 38 erwähnten Konferenz im Düsseldorfer Industrieclub vom 19. 8. 1917. Ein Protokoll hierüber befindet sich in MA, NL Groener N 46/113, Bl. 83 ff.; abgedr. mit nicht gekennzeichneten Auslassungen bei Sichler/Tiburtius S. 131 ff.; eine andere Niederschrift über diese Sitzung befindet sich in HA/GHH, 30019 390/7
- 48 Duisberg ebda.; zit. nach der Protokollwiedergabe bei Sichler/Tiburtius S. 136; s. auch Feldman S. 409 ff.
- 49 Im Juli 1917 drängte die VDA auf eine Änderung des Hilfsdienstgesetzes in folgenden Punkten:
1. Erteilung des Abkehrscheines nur, wenn der bis dahin erzielte Lohn unter dem Durchschnittslohnniveau des betreffenden Bezirks lag;
  2. Nichtanwendung des Gesetzes auf die Reklamierten;
  3. Verlängerung der Zwangspause für Arbeiter, die ohne Abkehrschein den Betrieb verließen, von 2 auf 4 Wochen;
  4. Begrenzung der Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse auf individuelle Fälle, um kollektive Aktionen zu unterbinden;
  5. Geheimhaltung der Schiedssprüche, um ihre möglichen Anstoßeffekte zu vermeiden;

- s. Feldman S. 327 ff.; vgl. auch die Denkschrift des Zechenverbandes vom 5. 1. 1917, abgedr. bei Osthold S. 246 ff.
- <sup>50</sup> Das Corr.bl. Nr. 4 v. 27. 1. 1917, S. 36, mahnte, »die Gewerkschaften bzw. ihre Mitglieder sollten ... den Belegschaftswechsel möglichst zu vermeiden suchen«. Denn es sei »alter gewerkschaftlicher Grundsatz, dem Betriebswechsel ... entgegenzuwirken und ... die Bestrebungen darauf zu konzentrieren, die Zustände im Betriebe den Wünschen und Interessen der Arbeiter entsprechend zu reformieren«; s. im übrigen Feldman S. 308 f.; s. auch Richter S. 138 ff.
- <sup>51</sup> s. das Schreiben Groeners an die Gewerkschaftsverbände, 24. 3. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 17 v. 28. 4. 1917, S. 165 f.; s. auch Feldman S. 311 ff.
- <sup>52</sup> s. Feldman S. 331 f., 382 ff. und 415 ff.
- <sup>53</sup> s. ebda. S. 270 f.
- <sup>54</sup> s. ebda. S. 272 f. und 494 f.; s. auch Lerchenfeld an Hertling, 15. 6. 1917; Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, 2. Teil, S. 854
- <sup>55</sup> Groener in seinen Bemerkungen zu W. Spickernagel, Ludendorff, vom August 1919; a. a. O. Bl. 180. Als Groener namhaften Industriellen gegenüber seine Verständigungspolitik gegenüber den Gewerkschaften mit seiner Sorge über die deutsche Gesamtlage begründete, stieß er fast immer auf »die felsenfeste Überzeugung: Ludendorff wird siegen!« (Groener in seinen Bemerkungen zum Kapitel »Hilfsdienstgesetz und Hindenburg-Programm« von Karl Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. 2; August 1919, 1. Entwurf; ebda. Bl. 110). Duisberg gab die in Industriekreisen dominierende Auffassung wieder, als er die Konferenz vom 19. 8. 1917 im Düsseldorfer Industrieclub mit der Feststellung einleitete: »Sowohl an der Front wie zur See sei unsere Lage sehr gut« (Bericht über die Sitzung, ebda. Bl. 82; abgedr. bei Sichler/Tiburtius S. 132), die verbreitete Mißstimmung in der Bevölkerung also »nach jeder Richtung hin unbegründet« (Entwurf einer Niederschrift über dieselbe Besprechung, HA/GHH, 30019 324/7). Groener selbst schrieb nach Kriegsende: »Dieses unerschütterliche Vertrauen zur Obersten Heeresleitung und die daraus gezogene Schlußfolgerung, es sei weder nötig noch überhaupt rätlich, den Wünschen oder gar Forderungen der Gewerkschaften entgegenzukommen oder gar in Arbeitsgemeinschaft mit ihnen zu treten, haben bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes jedenfalls mir größere Schwierigkeiten gemacht als die Sache selbst.« (Groener in seinen Bemerkungen zu Helfferich, Der Weltkrieg, a. a. O. Bl. 110)
- <sup>56</sup> Diese Dimension des Hindenburg-Programms wird in dem wenig überzeugenden Rechtfertigungsversuch von Adolf Vogt, Oberst Max Bauer, Generalstabsoffizier im Zielicht, 1869–1929, Osnabrück 1974, S. 62, völlig übersehen.
- <sup>57</sup> Der DMV im Jahre 1916, S. 39; zu den Zahlenangaben s. ebda. S. 40 und dass. 1918, S. 219. – Auch die Zahlungsmoral der Mitglieder besserte sich; hatten sie 1915 durchschnittlich 47,21 Wochenbeiträge entrichtet, so waren es 1916 49,29; s. der DMV 1916, S. 39
- <sup>58</sup> FAV, Jb. 1916, S. 163; s. auch ebda. S. 70 und 109 ff.; für die Bergarbeiter s. Bergarb. verb., GBer. 1915/16, S. 130 f.
- <sup>59</sup> s. Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Jahresbericht des Zentralvorstandes für das Jahr 1916, Berlin 1917, S. 58
- <sup>60</sup> Der DMV 1917, S. 36
- <sup>61</sup> s. FAV, Jb. 1917, S. 70 – Aus diesen Bezirken kamen auch noch immer Berichte über einen weitgehenden Ausfall des unteren Verwaltungsapparates sowie ungenügenden Versammlungsbesuch, insbesondere dann, wenn belehrende oder aufklärende Vorträge angesetzt waren; s. die Berichte der Gauleiter ebda. S. 109 ff.
- <sup>62</sup> Berechnet nach Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 124 f.

- <sup>63</sup> s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 89; dass. 1918, S. 49, und Jg. 1919, S. 49
- <sup>64</sup> s. Der DMV 1917, S. 38
- <sup>65</sup> ebda. S. 267 bzw. 307
- <sup>66</sup> Berechnet nach den Angaben in: Der DMV 1918, S. 18. – Da die Rüstungsproduktion in Berlin bis Kriegsende ebenso auf Höchststouren lief wie in den übrigen Industriezentren, ist die rückläufige Mitgliederbewegung hier nicht auf eine abflauende Konjunktur zurückzuführen, sondern entweder darauf, daß die Opposition hier weiter answoll und die Agitation unter den Nichtorganisierten hemmte, oder auf massenhafte Einberufungen nach den Streiks vom Frühjahr 1918.
- <sup>67</sup> s. Statistische Beilage des Corr.bl., Jg. 1915, S. 89
- <sup>68</sup> s. dass. Jg. 1918, S. 49, und Jg. 1919, S. 49. Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften stieg damit von rund 10 auf über 30%.
- <sup>69</sup> s. Kocka, Klassengesellschaft, S. 56
- <sup>70</sup> Zu gemeinsamen Vorstößen der Gewerkschaftsrichtungen in der Sozialpolitik s. unten S. 384 ff
- <sup>71</sup> Im Juli 1917 hielten die drei Landarbeiterverbände ihre erste gemeinsame Konferenz ab; s. ZBl. Nr. 20 v. 23. 9. 1918, S. 165; zur Fortführung der Zusammenarbeit zwischen den Landarbeitergewerkschaften bis Kriegsende s. Flemming S. 148 ff.; Schumacher S. 107 ff. und 327 ff.; weitere Belege s. oben S. 258 f
- <sup>72</sup> Das theoretische Organ der christlichen Gewerkschaften sprach im Januar 1918 davon, der Mitgliedervorsprung der freien Gewerkschaften müsse »vermindert und allmählich eingeholt werden«; Martin Fromm, Der gewerkschaftliche Wiederaufbau und die Gewerkschaftsfunktionäre, in: DA 3 (1918), S. 11
- <sup>73</sup> s. unten S. 508 ff.
- <sup>74</sup> s. Helga Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918–1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik, Diss.phil. Berlin 1953 (Masch.), S. 10 ff.
- <sup>75</sup> s. Verh. des 19. VT der Dt. Gewerkvereine 1916, S. 154
- <sup>76</sup> s. Gewerkverein Nr. 9/10 v. 3. 2. 1917, S. 19
- <sup>77</sup> Joseph Joos, Die katholischen Arbeitervereine im Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, in: Glaube und Arbeit 1 (1917), S. 5. Auch die scharfe Abgrenzung Stegerwalds gegenüber der Sozialdemokratie (s. unten S. 537 f.) bezog sich ebenfalls auf die freien Gewerkschaften.
- <sup>78</sup> WAZ v. 21. 4. 1918, S. 61
- <sup>79</sup> ZBl. Nr. 14 v. 1. 7. 1918, S. 122
- <sup>80</sup> s. die Ausführungen Lewins und Hartmanns auf dem VT der Gewerkvereine 1916, Prot. S. 166 bzw. 142
- <sup>81</sup> s. ZBl. Nr. 16 v. 31. 7. 1916, S. 126, und Nr. 19 v. 11. 9. 1916, S. 147; Gutenbergbund, GBer. 1915, S. 8; dass. 1916, S. 8 und 19; Arbeiter (München) Nr. 30 v. 27. 6. 1916 und Nr. 47 v. 23. 11. 1916; Jb. der christl. Gewerkschaften 1918, S. 52 ff.; dass. 1919, S. 41; ZBl. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 180
- <sup>82</sup> s. Rob. Schmidt, Gemeinsame Arbeit, in: SM 23 (1917), I, S. 17; Aug. Ellinger, Der Kampf um die Gewerkschaften, in: Die Glocke 3 (1917/18), S. 219 f.
- <sup>83</sup> Karl Alfred Gabel, Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar, Saarbrücken 1925, S. 181
- <sup>84</sup> Bericht des RP in Münster vom 29. 4. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408
- <sup>85</sup> FAV, Jb. 1917, S. 131 f.
- <sup>86</sup> 1917 wurden z. B. der Vorsitzende Heckmann und andere Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom Heeresdienst entlassen (s. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jahresbericht 1917, Berlin 1918, S. 79), der Fleischer-



verband reklamierte seinen Vorsitzenden (s. Zentralverband der Fleischer und Berufsgen. Deutschlands, Geschäftsbericht 1913–1919 und Prot. des 7. ord. Verbandstages, Berlin 1919, S. 53). Winnig wurde 1916 auf Weisung Bauers zur propagandistischen Beeinflussung der Arbeiterschaft in die Heimat zurückgeschickt (s. Winnig, *Der weite Weg*, S. 371 f.).

- <sup>87</sup> s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1919, S. 69
- <sup>88</sup> s. ebda.
- <sup>89</sup> s. das Schreiben des Düsseldorfer DMV-Bezirksleiters Spiegel an den preuß. Kriegsminister Scheüch v. 17. 7. 1918, abgedr. in: *Der DMV* 1918, S. 220
- <sup>90</sup> s. *Bergarb.verb.*, GBer. 1917/18, S. 48; zur massiven Behinderung der Verbandstätigkeit in Oberschlesien s. unten S. 334 f.
- <sup>91</sup> *Bergarb.verb.*, GBer. 1917/18, S. 48
- <sup>92</sup> s. unten S. 470 f.
- <sup>93</sup> s. *Der DMV* 1916, S. 183
- <sup>94</sup> Prot. der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 74; s. auch Schumann, Oberschlesien, S. 47; zu den oberschlesischen Streiks vom Sommer 1917 s. unten S. 457 ff.
- <sup>95</sup> Prot. der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 21. 6. 1917; a. a. O. Bl. 82
- <sup>96</sup> ebda. Bl. 74
- <sup>97</sup> Bericht über die 2. Kriegstagung des VdESI am 16. 11. 1916; BA, R 13 I/112, Bl. 18 f.
- <sup>98</sup> Bericht des Großherzoglich-Badischen Gewerbeaufsichtsamtes an das Großh. -Bad. Ministerium des Innern, 24. 7. 1918; GLA Karlsruhe, 233/11764
- <sup>99</sup> «Die Oberschlesier haben sich zunächst für die Sache gar nicht interessiert; sie haben niemals die Forderung nach Arbeiterausschüssen erhoben.» So Hilger in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 72
- <sup>100</sup> Erlaß des preuß. Handelsministers vom 15. 4. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 4131 Bd. 1
- <sup>101</sup> s. Feldman S. 318
- <sup>102</sup> s. die Resolution des Zentralrats der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, abgedr. in: *Gewerkverein* Nr. 61/62 v. 4. 8. 1917, S. 124
- <sup>103</sup> Erlaß des preußischen Handelsministers vom 16. 4. 1918; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 4131
- <sup>104</sup> s. z. B. Christlicher Metallarbeiterverband (künftig abgekürzt: CMV), Bericht des Verbands-Vorstands für die Zeit vom 1. 1. 1918 bis 31. 12. 1919, o. O. J., S. 306
- <sup>105</sup> s. *Veteranenberichte* 1918, S. 113; s. auch FAV, Jb. 1917, S. 152
- <sup>106</sup> s. ebda. S. 105, 138 f., 152, 166
- <sup>107</sup> Zentralverband der Lederarbeiter, Jb. 1917, S. 64
- <sup>108</sup> s. *Gewerkvereinsarbeit während des Krieges*, S. 322
- <sup>109</sup> Bericht der oberschlesischen Gewerkschaftsführer über Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien im Juni/Juli 1918; Archiv der IGBE Bochum, Nl. Löffler. Charakteristisch für die Tätigkeit so zusammengesetzter Ausschüsse ist der Beschluß des Arbeiterausschusses eines Chemiebetriebes in Neustadt im Schwarzwald, einen Teil einer Teuerungszulage bis nach Kriegsende zurückzubehalten oder in Kriegsanzuleihe anzulegen; s. FAV, Jb. 1917, S. 123
- <sup>110</sup> s. ebda. S. 105
- <sup>111</sup> s. den Beitrag von Wilhelm Stieda über Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüsse im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 3. Aufl. Jena 1909, Bd. 1, S. 1145 ff., und Friedrich Syrup, *Hundert Jahre Staatliche Sozialpolitik, 1839–1939*. Aus dem Nachlaß von Friedrich Syrup hrsg. von Julius Scheuble, bearbeitet von Otto Neuloh, Stuttgart 1957, S. 202 ff.

- <sup>112</sup> s. FAV, Prot. VT 1917, S. 50
- <sup>113</sup> FAV, Jb. 1917, S. 152
- <sup>114</sup> s. ders., Jb. 1916, S. 161
- <sup>115</sup> s. Dt. Textilarbeiterverband, Jb. 1917, S. 6 und 76. Ähnliche Fälle wurden aus anderen Textilunternehmen und aus chemischen Betrieben gemeldet; s. ebda. S. 111 und FAV, Jb. 1917, S. 124; gleiche Fälle berichtet Ullrich S. 389 von den Hamburger Großwerften.
- <sup>116</sup> s. Friedrich Kleeis, Arbeiterausschüsse, in: SM 23 (1917), II, S. 584
- <sup>117</sup> s. Feldman S. 319f.
- <sup>118</sup> Rundschreiben der VDA vom 17. 5. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>119</sup> s. die Übersicht in DW Nr. 24 v. 17. 6. 1917, S. 191
- <sup>120</sup> Die Gewerkschaftspresse berichtete sogar über einen Fall, in dem ein Betriebsdirektor einem Arbeiterausschuß, der aus einem Meister, zwei Vorarbeitern, einem Werkstattsschreiber und zwei Arbeitern bestand, ausdrücklich verbot, Anträge und Wünsche von Versammlungen außerhalb des Betriebes, vor allem also von Gewerkschaftsversammlungen, entgegenzunehmen, und daß der Ausschuß sich fügte; s. BfS-Bericht v. 15. 4. 1918
- <sup>121</sup> s. ebda.
- <sup>122</sup> s. den Aufruf in Corr.bl. Nr. 5 v. 3. 2. 1917, S. 55f.
- <sup>123</sup> s. Feldman S. 321
- <sup>124</sup> s. DW Nr. 24 v. 17. 6. 1917, S. 191
- <sup>125</sup> s. Corr.bl. Nr. 26 v. 30. 6. 1917, S. 256
- <sup>126</sup> s. Veteranenberichte 1918, S. 95ff.
- <sup>127</sup> s. DW a. a. O. S. 191
- <sup>128</sup> s. ebda.
- <sup>129</sup> s. unten S. 357ff.
- <sup>130</sup> «Arbeiterorganisationen müssen sich gegen die Arbeitgeber wenden, das ist ja letzten Endes selbstverständlich.» Hilger in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 86. Zur Entwicklung in Oberschlesien s. im übrigen unten S. 331ff. und 457ff.
- <sup>131</sup> s. BfS-Bericht vom 15. 4. 1918
- <sup>132</sup> Einen derartigen Fall von der Hamburger Großwerft Blohm & Voß berichtet Ullrich S. 392; im übrigen s. unten S. 338
- <sup>133</sup> s. den § 13 der Bekanntmachung betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 30. 1. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 7 v. 17. 2. 1917, S. 70
- <sup>134</sup> Beschluß des Vorstandes von Arbeitnordwest vom 23. 4. 1917; s. das Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 25. 4. 1917; HA/GHH, 30019324/9
- <sup>135</sup> Im Juli 1917 baten deshalb die Bergarbeiterverbände das Kriegsamt, die entgangenen Löhne aus der Reichskasse zu erstatten; s. die Eingabe der Bergarbeitergewerkschaften an das Kriegsamt vom 28. 6. 1917; abgedr. in: Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 321
- <sup>136</sup> s. unten S. 417f.
- <sup>137</sup> Sogar einige Kommunen, die wegen der Gewerbesteuer finanziell von einem Großunternehmen abhängig waren und zu den Direktoren enge Beziehungen pflegten, übertrugen diese Aufgabe den Werkvereinen; s. FAV, Jb. 1916, S. 161
- <sup>138</sup> s. Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 398f.
- <sup>139</sup> Bericht des LR in Recklinghausen an den RP in Münster, 13. 5. 1917; StA Münster, Reg. Münster, Abt. VII Nr. 17 Bd. 1
- <sup>140</sup> Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 25. 10. 1917; HA/GHH, 300141/20; s.

- auch das Rundschreiben der VDA vom 12. 9. 1918; HA/GHH 30019324/2
- <sup>141</sup> s. ebda. Als das Reichsgericht ein Jahr später solche Umfragen für zulässig erklärte, empfahl Arbeitnordwest seinen Mitgliedern, sich gegen derartigen »Vertrauensbruch« durch die Verpflichtung der Angestellten zu schützen, über alle geschäftlichen Vorkommnisse und Einrichtungen »während der Dauer des Dienstverhältnisses unbedingte Verschwiegenheit Dritten gegenüber zu beobachten und . . . darüber ohne vorherige Zustimmung des Firmeninhabers keinerlei Mitteilung zu machen, gleichviel zu welchem Zweck«. Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 12. 4. 1918; HA/GHH, 3001006/0
- <sup>142</sup> Wilhelm Hoff, Erinnerungen aus Leben und Arbeit, Berlin 1931, S. 166
- <sup>143</sup> Rundschreiben der VDA v. 12. 9. 1918; a. a. O.
- <sup>144</sup> Außerdem verlangte er die Begrenzung der Amtsperiode auf drei Jahre sowie einen Kündigungsschutz für die Arbeiterausschußmitglieder außer bei solchen Verfehlungen, die eine gesetzliche Handhabe zur fristlosen Entlassung boten; s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 56 f.
- <sup>145</sup> Rundschreiben von Arbeitnordwest v. 9. 7. 1917; HA/GHH, 300141/20
- <sup>146</sup> Czerwinski-Tangermünde auf dem VT des FAV vom Dezember 1917; Prot. S. 53
- <sup>147</sup> s. Textilarbeiterverb., Jb. 1917, S. 80
- <sup>148</sup> Bericht des Polizeipräsidenten in Bochum vom 22. 1. 1917; zit. bei Walther/Engelmann I, S. 160
- <sup>149</sup> siehe unten S. 619 ff.
- <sup>150</sup> siehe Feldman S. 203 ff.
- <sup>151</sup> siehe die Ausführungen Hues in der Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 in Berlin, S. 68
- <sup>152</sup> Die Entschließung ist abgedr. in: Die Arbeiterbewegung. Wochenberichte über die politischen und gewerkschaftlichen Strömungen in der Arbeiterschaft. Hrsg. vom Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, Nr. 3. v. 12. 2. 1917, S. 20 (künftig zit.: Arbeiterbewegung)
- <sup>153</sup> Nur in einigen Feststellungs- und Einberufungsausschüssen gestand es den Wirtschaftsfriedlichen einen Vertreter zu; s. ebda.
- <sup>154</sup> s. die Anweisungen des Kriegsammtes über Bildung und Inkrafttreten der Schlichtungsausschüsse vom 30. 1. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 7 v. 17. 2. 1917, S. 72; s. im übrigen Feldman S. 322 ff.
- <sup>155</sup> Aktennotiz Wischnöwskis über seine Verhandlungen mit dem Kriegsamt über die Neubesetzung der Ausschüsse nach § 7 und § 9 Hilfsdienstgesetz, 11. 7. 1917; HA/GHH, 30019324/11
- <sup>156</sup> Arbeiterbewegung Nr. 5 v. 12. 3. 1917, S. 39
- <sup>157</sup> Eingabe der Deutschen Staatshandwerker- und -arbeitergemeinschaft, des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, des Kartellvereins deutscher Werkvereine, der Zentralkommission der Gewerkschaften des Verbandes der Katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), der Deutschen Uhrmachergehilfen-Vereinigung, des Deutschen Uhrmachergehilfen-Verbandes sowie der Geschäftsstelle des Vereins katholischer ländlicher Dienstboten für Bayern rechts des Rheins an den 22. Reichstags-Ausschuß vom 28. 2. 1917; HA/GHH, 30019324/11; abgedr. Arbeiterbewegung Nr. 5 v. 12. 3. 1917, S. 39
- <sup>158</sup> Wahnschaffe an Ludendorff, 24. 2. 1917; abgedr. DMA II/1, S. 558 ff.
- <sup>159</sup> Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 21. 3. 1917 in Berlin; HA/GHH, 30019324/11; auch zum folgenden
- <sup>160</sup> s. das Schreiben von Groeners Stabschef Sartorius an den Hauptausschuß vom 13. 7. 1917 sowie das Schreiben Wischnöwskis an die Mitglieder des Konferenzausschusses

- und die Vorstandsmitglieder des Hauptausschusses vom 14. 7. 1917; HA/GHH, 30019324/11
- <sup>161</sup> Aktennotiz Wischnöwskis vom 11. 7. 1917; ebda.; s. auch Mattheier S. 253 f.
- <sup>162</sup> Aktennotiz Wischnöwskis vom 11. 7. 1917, a. a. O.
- <sup>163</sup> s. den Entwurf einer Niederschrift über die Besprechung im Industrieclub Düsseldorf am 19. 8. 1917; HA/GHH, 30019390/7, und die VdESI-Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, August 1917; BA, R 13 I/370
- <sup>164</sup> Denkschrift des Hauptausschusses an Michaelis, 21. 9. 1917; HA/GHH, 30019324/1. Die Denkschrift fixierte die Forderungen, die eine Abordnung des Hauptausschusses dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, v. Graevenitz, am 20. 9. 1917 vorgetragen hatte; s. die Aktennotiz über diese Unterredung ebda.
- <sup>165</sup> Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 17. 11. 1917; ebda.
- <sup>166</sup> s. unten S. 348 f.
- <sup>167</sup> s. die Aufzeichnung über die Besprechung im RWA zwischen Regierungs- und Industrievertretern über die Denkschrift des VdESI betr. Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege vom August 1917, 5. 1. 1918; BA, R 13 I/371, Bl. 99
- <sup>168</sup> Z. B. kritisierte die Kriegsamtstelle Stettin gegenüber dem RP in Bromberg die Berufung ausschließlich organisierter Arbeiter in die Arbeitnehmervertretungen der Hilfsdienst-Ausschüsse als »nicht billig«, weil »in einzelnen Landwehrbezirken des Korpsbereichs nur ein Teil der Arbeiter – in ländlichen Bezirken nur ein verschwindend kleiner Teil – überhaupt organisiert ist«. Kriegsamtstelle Stettin an RP in Bromberg, 7. 2. 1918; GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/34, Bl. 443
- <sup>169</sup> Denkschrift des VdESI vom August 1917; BA, R 13 I/370
- <sup>170</sup> s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 142
- <sup>171</sup> s. Der DMV 1916, S. 343. – Auf Intervention des Holzarbeiterverbandes erkannte das Kriegsamt auch bestehende tarifvertraglich vereinbarte Schlichtungsinstanzen als Schlichtungsausschüsse im Sinne des Hilfsdienstgesetzes an. Die Gewerkschaften derjenigen Gewerbe, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen bereits in erheblichem Umfang tariflich geregelt waren, legten Wert auf diese Entscheidung, um ein Nebeneinander zweier Schlichtungsinstanzen zu vermeiden, noch mehr aber deshalb, weil sie bei den tariflichen Schlichtungsausschüssen besser abzuschneiden hoffen konnten als bei den vielfach unternehmerfreundlichen allgemeinen Schlichtungsausschüssen. Aus demselben Grunde wollten sie den Unternehmern den Weg verlegen, die tariflichen durch die allgemeinen Schlichtungsausschüsse zu ersetzen. S. hierzu TAV, Jb. 1916, S. 238 f.
- <sup>172</sup> s. z. B. die Klagen des Stuttgarter DMV-Bezirksleiters Vorhölzer über eine angebliche Bevorzugung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in den badischen Schlichtungsausschüssen, in: Der DMV 1916, S. 372
- <sup>173</sup> Zwar verfügte Groener im März 1917 zur Besetzung der landwirtschaftlichen Schlichtungsausschüsse, daß in den Gegenden, in denen der freigewerkschaftliche oder der christliche Landarbeiterverband »stark vertreten« war, die Vorschläge dieser Gewerkschaften einzuholen und dem Stärkeverhältnis zwischen organisierten und unorganisierten Landarbeitern entsprechend zu berücksichtigen seien (Erlaß Groeners über die Bildung landwirtschaftlicher Spruchkammern bei den Schlichtungsausschüssen, 10. 3. 1917; GLA Karlsruhe, 236/22003). Bei den feudalen Herrschaftsverhältnissen auf dem Lande gab es jedoch kaum Gegenden, auf welche diese Bestimmung eindeutig zutraf. Da sie außerdem einen Ermessungsspielraum enthielt, gelang es den Agrariern mit ihren ausgezeichneten Verbindungen zu den Verwaltungsbehörden unschwer, ihnen hörige Arbeiter in die Spruchkammern hineinzubringen und diese damit unwirksam zu machen. Trotz des Hilfsdienstgesetzes blieben daher die Arbeits-

- verhältnisse in der Landwirtschaft bis Kriegsende im wesentlichen unverändert und die Landarbeitervverbände so schwach wie zuvor. S. Deutscher Landarbeiter-Verband, Geschäftsbericht für die Jahre 1914–1919, Berlin 1920 (Schriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Nr. 5), S. 30; s. jetzt auch Flemming S. 148
- <sup>174</sup> Groener in seinen Bemerkungen zu W. Spickernagel, Ludendorff, August 1919; MA, Nl. Groener, N 46/113, Bl. 187
- <sup>175</sup> Bergrat Gröbler, Vorstandsmitglied der Buderusschen Eisenwerke Wetzlar, in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 25. 4. 1918 in Mainz, in: Mitt. für den MFV, Jg. 1918, S. 6210
- <sup>176</sup> Deutsche Metallarbeiter-Zeitung vom 23. 3. 1918, zit. im BfS-Bericht v. 15. 4. 1918; für Hamburg wird dies bestätigt bei Ullrich S. 392
- <sup>177</sup> s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 148
- <sup>178</sup> s. FAV, Jb. 1918, S. 96 und 104
- <sup>179</sup> s. BfS-Bericht v. 15. 4. 1918
- <sup>180</sup> s. Der DMV 1918, S. 232
- <sup>181</sup> Da er von der rechtlichen Zulässigkeit dieses Schreibens wohl selbst nicht recht überzeugt war, forderte er den Antragsteller auf, es innerhalb von drei Tagen zurückzuschicken. Eins dieser Schreiben ist abgedr. ebda. S. 139
- <sup>182</sup> Groener in seinen Bemerkungen zu W. Spickernagel, Ludendorff, August 1919, a. a. O. Bl. 187. Mitunter kam es im Unternehmerlager selbst zum Streit um die Besetzung der Arbeitgebersitze, in der Regel aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über das den Arbeitern gegenüber an den Tag zu legende Maß an Entgegenkommen oder Härte. In Leipzig z. B. wurde im Herbst 1917 durch das Zusammenspiel des »unparteiischen« Ausschußvorsitzenden mit dem Verband der Metallindustriellen und der Handelskammer ein Arbeitgeberbeisitzer, der der Metallindustrie nicht genehm war, gegen einen Vertreter der Schwerindustrie ausgewechselt; s. Arbeiterführer als Verräter. Dokumente aus der Kriegszeit. Aus den Akten der Kriegsamtsstelle Leipzig, Leipzig 1919, S. 6 ff.
- <sup>183</sup> Dieses Verfahren praktizierten u. a. einige lokale Bauarbeitgeberverbände im Bezirk Erfurt; s. BAV, Jb. 1916, S. 112
- <sup>184</sup> Rundschreiben der VDA v. 12. 9. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>185</sup> s. § 22 der Anweisung über das Verfahren bei den aufgrund des Hilfsdienstgesetzes gebildeten Ausschüssen vom 30. 1. 1917; abgedr. Corr. bl. Nr. 7 v. 17. 2. 1917, S. 71
- <sup>186</sup> Rundschreiben des Vereins für die bergbaulichen Interessen vom 19. 5. 1917; HA/GHH 30103/3
- <sup>187</sup> BfS-Bericht vom 15. 4. 1918
- <sup>188</sup> s. Gewerkvereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges, S. 124 ff.; vgl. auch Feldman S. 488 f.
- <sup>189</sup> s. Gewerkvereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges, S. 124, und Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 137. Dort heißt es über die Schlichtungsausschüsse im Bezirk Halle, sie »wurden nach und nach immer reaktionärer und konnten als reine Interessenvertretung der Unternehmer angesehen werden«.
- <sup>190</sup> Aufzeichnung über die Besprechung im RWA zwischen Regierungs- und Industrievertretern über die Denkschrift des VdESI betr. Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege vom August 1917, 5. 1. 1918; BA, R 13 I/371, Bl. 101
- <sup>191</sup> s. den BfS-Bericht vom 15. 4. 1918
- <sup>192</sup> s. Bergarbeiterzeitung v. 6. 4. 1918; zit. ebda.; s. auch Irmgard Steinisch, Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet. Die revolutionären Auseinandersetzungen in Mülheim an der Ruhr, in: Reinhard Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte

- der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 165. – Die Hamburger Metallindustriellen verfielen auf einen anderen Ausweg: Um den Arbeitern den Nachweis unmöglich zu machen, daß sie bei einem Stellenwechsel eine Lohnverbesserung erzielen würden, verpflichteten sie sich untereinander, keinem Arbeiter, der um Beschäftigung nachsuchte, die Verdienste mitzuteilen; s. Ullrich S. 391
- <sup>193</sup> s. das Rundschreiben der VDA vom 3. 12. 1917 und ihr Rundschreiben vom 17. 5. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>194</sup> Beumer in der 47. Hauptversammlung des Langnamvereins Düsseldorf am 18. 7. 1917, in: Mitt. Langnamverein Jg. 1918, Heft 2, S. 94
- <sup>195</sup> Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände am 12. 12. 1916, S. 36
- <sup>196</sup> Schreiben des preußischen Kriegsministers v. Stein an die Militärbefehlshaber nebst Richtlinien für die Lockerung der Beschränkungen des Versammlungsrechts, 17. 1. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 658ff.
- <sup>197</sup> Groener an die stellv. Generalkommandos, 12. 4. 1917; abgedr. ebda. S. 586
- <sup>198</sup> s. z. B. Jb. der christl. Gewerkschaften 11 (1918), S. 82
- <sup>199</sup> Bericht des RP in Münster v. 29. 4. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408
- <sup>200</sup> Bericht des RP in Münster an den preuß. Innenminister, 6. 6. 1917; StA Münster, Reg. Münster, Abt. VII Nr. 18 Bd. 4
- <sup>201</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 48
- <sup>202</sup> Bericht des LR in Ottweiler an das Stellv. Gen.kdo. XXI.AK in Saarbrücken, 28. 9. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 717
- <sup>203</sup> ebda. S. 714
- <sup>204</sup> Bergwerksdirektion Saarbrücken an den preuß. Handelsminister, 10. 10. 1917; abgedr. ebda. S. 729
- <sup>205</sup> Bericht des RP in Trier an den preuß. Innenminister, 27. 9. 1917; ebda. S. 709
- <sup>206</sup> Schlenker in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 87
- <sup>207</sup> Zeitungsbericht des RP in Oppeln an Wilhelm II., 30. 4. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 486
- <sup>208</sup> Schreiben des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins an den RP in Oppeln, 16. 8. 1917; abgedr. ebda. S. 656f.
- <sup>209</sup> Hilger in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 21. 6. 1917, a. a. O. Bl. 74
- <sup>210</sup> ebda. Bl. 75
- <sup>211</sup> s. TAV, Jb. 1917, S. 213
- <sup>212</sup> s. FAV, Jb. 1917, S. 169f.; auch zum folgenden
- <sup>213</sup> ebda. S. 170
- <sup>214</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 129
- <sup>215</sup> s. FAV, Jb. 1917, S. 119
- <sup>216</sup> s. BAV, Jb. 1917, S. 78. – Vgl. dazu die Warnung des Vorsitzenden der (wirtschaftsfriedlichen) Berliner Richtung der kath. Arbeitervereine an Oberst Bauer vor der Gefahr, daß »den katholischen Geistlichen die Hände gebunden werden und sie nicht mehr in der Lage sind, amts- und pflichtgemäß die ihrer Seelsorge unterstellten Arbeiter vor dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband nachdrücklich zu warnen«. (Fleischer an Bauer, 18. 6. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 37)
- <sup>217</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 129
- <sup>218</sup> s. den Bericht über die Sitzung des Hauptvorstandes des Werkvereins der Gutehoffnungshütte vom 9. 9. 1917; HA/GHH, 300105/21
- <sup>219</sup> s. die Mitteilungen Hilgers in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 21. 6. 1917; a. a. O. Bl. 77

- <sup>220</sup> ebda. Bl. 78. – Im Herbst 1916 war auf Drängen der Reichsleitung die Autonomie der stellvertretenden Generalkommandos eingeschränkt worden; seitdem besaß der preußische Kriegsminister als Militäroberbefehlshaber ihnen gegenüber ein Aufsichts- und Weisungsrecht in Angelegenheiten der Presse und des Versammlungsrechts; s. Ludendorff, Kriegführung und Politik, S. 138 f.
- <sup>221</sup> s. die Eingabe des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins an den RP in Oppeln, 16. 8. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 659
- <sup>222</sup> Hilger in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 21. 6. 1917; a. a. O. Bl. 74 f.
- <sup>223</sup> ebda. Bl. 79
- <sup>224</sup> Schlenker ebda. Bl. 78
- <sup>225</sup> ebda. Bl. 75
- <sup>226</sup> VdESI, Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, August 1917; BA, R 13 I/370; auch zum folgenden
- <sup>227</sup> Meyer in der Vorstandssitzung des VdESI vom 21. 6. 1917; a. a. O. Bl. 79 f.
- <sup>228</sup> Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 100
- <sup>229</sup> Der entsprechende Erlaß des Breslauer stellv. komm. Generals vom 5. 1. 1917 ist abgedr. in: Verb. der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jber. 1917, S. 63
- <sup>230</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 144; FAV, Jb. 1917, S. 148; vgl. auch Feldman S. 374
- <sup>231</sup> s. Verb. der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jber. 1917, S. 63
- <sup>232</sup> s. Der DMV 1918, S. 138
- <sup>233</sup> So der Waldenburger Gauleiter des Porzellanarbeiterverbandes, Hirsch, auf der Generalversammlung dieser Gewerkschaft 1919; Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Protokoll der ordentl. Generalversammlung 1919, abgehalten vom 7.–14. 9. 1919 in Marktredwitz, Charlottenburg 1919, S. 64
- <sup>234</sup> Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 144
- <sup>235</sup> s. Textilarbeiterverb., Jb. 1917, S. 115
- <sup>236</sup> s. Der DMV 1918, S. 138; eine derartige Verfügung ist abgedr. in: Bergarbeiter. Ausstellung zur Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung in Deutschland, veranstaltet von der IG Bergbau und Energie und dem Bergbau-Museum Bochum, Bochum 1969, Nr. 169
- <sup>237</sup> Hirsch auf der Generalversammlung des Porzellanarbeiterverbandes 1919; a. a. O. S. 64; vgl. auch die Ausführungen Robert Schmidts in der Reichstagsitzung vom 10. 10. 1917, Sten. Ber., Bd. 310, S. 3858 ff., sowie den Aktenvermerk über die Vorstandssitzung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins vom 2. 6. 1917, abgedr. AF 4/II, S. 533 ff.
- <sup>238</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 145
- <sup>239</sup> s. die entsprechenden Hinweise in der Denkschrift des VdESI über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege vom August 1917; BA, R 13 I/370
- <sup>240</sup> s. FAV, Jb. 1916, S. 137
- <sup>241</sup> s. die Verordnung des stellv. Generalkommandos I. AK vom 2. 7. 1917; inser. in der Eingabe der Generalkommission an den Reichskanzler betr. Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts, 8. 9. 1917; Archiv der IGBE Bochum, Nl. Löffler; teilweise abgedr. bei Deist II, S. 1054 ff.
- <sup>242</sup> s. ebda.
- <sup>243</sup> s. die Verordnung des stellv. Generalkommandos V. AK vom 14. 7. 1917; inser. in der Eingabe der Generalkommission an den Reichskanzler vom 8. 9. 1917, a. a. O.
- <sup>244</sup> s. Textilarbeiterverband, Jb. 1917, S. 97
- <sup>245</sup> s. Der DMV 1916, S. 276

- <sup>246</sup> s. Verband der Gastwirtsgehilfen, Geschäftsbericht der Hauptverwaltung vom 1. 1. 1915 bis 30. 6. 1919, Berlin 1919, S. 17
- <sup>247</sup> s. die Verordnung des stellv. Generalkommandos Münster vom 22. 8. 1917; abgedr. in: Textilarbeiterverband, Jb. 1917, S. 90f.
- <sup>248</sup> s. ebda. S. 91; s. auch Der DMV 1916, S. 324
- <sup>249</sup> Eingabe der Generalkommission an den Reichskanzler, 8. 9. 1917, a. a. O.; sie wurde am 2. 10. 1917 auch dem Reichstag unterbreitet; s. Corr.bl. Nr. 42 v. 20. 10. 1917, S. 392 f.; auch zum folgenden
- <sup>250</sup> Schreiben des preußischen Kriegsministers an die Generalkommission, 22. 9. 1917; auszugsweise abgedr. bei Deist II, S. 1052, Anm. 3
- <sup>251</sup> s. das Schreiben des preußischen Kriegsministers an die Militärbefehlshaber vom 25. 9. 1917; abgedr. ebda. S. 1052 f.; es wurde auszugsweise von Kriegsminister v. Stein am 10. 10. 1917 im Reichstag verlesen; s. Sten. Ber. Bd. 310, S. 3868; abgedr. Corr.bl. Nr. 43 v. 27. 10. 1917, S. 409
- <sup>252</sup> s. den Erlaß Steins vom 30. 5. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 1218ff.
- <sup>253</sup> «Richtlinien für die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts» des stellv. Generalkommandos XIII. AK, vom württembergischen Ministerium des Innern am 22. 1. 1918 an die Oberämter weitergegeben; teilweise abgedr. ebda. S. 1174 Anm. 6
- <sup>254</sup> zu Bayern s. ebda. S. 1052 Anm. 3 und S. 1175 Anm. 13, außerdem den Bericht des Leiters des Pressereferats des bayerischen Kriegsministeriums über die Maifeiern in München 1918, ebda. S. 1209f.; zur guten Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Gewerkschaften und dem Kommandanten der Befestigungen an der Wesermündung s. ebda. S. 659 Anm. 4, S. 1053 Anm. 6 und S. 1175 Anm. 10
- <sup>255</sup> Beim Generalkommando Münster forderten Otto Hue, der Düsseldorfer DMV-Bezirksleiter und Reichstagsabgeordnete Karl Spiegel sowie Aug. Steinbrück, Gauleiter des Textilarbeiterverbandes, die Annullierung der das Versammlungsrecht beschränkenden Verfügungen, denen die Gewerkschaften »sich unter keinen Umständen . . . fügen könnten, wenn sie nicht ihre Existenz vollständig preisgeben wollten.« Im Widerspruch zur Antwort des Kriegsministers an die Generalkommission erklärte ihnen Gayl, »daß dies nicht in der Macht des stellv. komm. Generals liege, weil die Anordnung von Berlin gekommen« sei – ein Beleg dafür, wie Militärbefehlshaber und Kriegsminister einander den Schwarzen Peter je nach Lage zuschoben (Textilarbeiterverband, Jb. 1917, S. 92). – Zur Lockerung der Restriktionen s. die Verfügung des stellv. Gen.kdos. des VII. AK vom 12. 2. 1918, abgedr. bei Deist II, S. 1173 ff.
- <sup>256</sup> s. das Schreiben der Generalkommission an den Chef des Kriegsamtens über die gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen des stellv. Generalkommandos des VI. AK, 19. 8. 1918; Archiv der IGBE Bochum, Nl. Löffler; abgedr. bei Deist II, S. 1253 ff.; s. hierzu im übrigen unten S. 457ff.
- <sup>257</sup> FAV, Jb. 1917, S. 169
- <sup>258</sup> s. ebda. S. 117 und 155
- <sup>259</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 398 ff.
- <sup>260</sup> Der DMV 1916, S. 266
- <sup>261</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 508
- <sup>262</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 130
- <sup>263</sup> s. die Mitteilungen Schlenkers in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 87; zur Einberufung Pokornys im Dezember 1917 s. oben S. 311
- <sup>264</sup> s. die Eingabe des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins an den RP in Oppeln, 16. 8. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 659



- <sup>265</sup> Für derartige Vorfälle im Saarland s. CMV, Bericht 1918/19, S. 501; zu Oberschlesien und Berlin s. unten S. 454 und 458 ff.; zu den Verhältnissen in Sachsen s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 140; FAV, Jb. 1918, S. 81; für das Ruhrgebiet Veteranenberichte 1918, S. 132; für Baden: CMV, Bericht 1918/19, S. 475; für die Textilindustrie: Textilarbeiterverb., Jb. 1918, S. 90. Im Saarland verhalten diese Methoden der alten »saarabischen Angst« noch einmal zu einer solchen Ausbreitung unter den Arbeitern der Großbetriebe, daß der christl. Metallarbeiterverband in den ersten drei Quartalen 1918 größere Mitgliederverluste hinnehmen mußte (s. CMV, Bericht 1918/19, S. 508).
- <sup>266</sup> Der Umsturz öffnete den Industriellen die Augen für diesen Zusammenhang. In der VdESI-Vorstandssitzung vom 14. 11. 1918 räumte Hilger ein: »An der Zermürbung der Front trifft auch die Industrie mit die Schuld. . . Wir haben die größten Rowdies in den Belegschaften, bloß um sie loszuwerden, an die Front geschickt, und es ist mir von Offizieren und Unteroffizieren und von Leuten, die es kennen, versichert worden, daß diese Elemente mit dazu beigetragen haben, die Truppen unzuverlässig zu machen und die Front zu zermürben.« BA, R 13 I/155, Bl. 13
- <sup>267</sup> Niederschrift der Besprechung im Industrieclub Düsseldorf vom 19. 8. 1917; HA/GHH 30019390/7
- <sup>268</sup> Hilger in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 54. Zum oberschlesischen Streik vom Sommer 1918 s. unten S. 459 ff.
- <sup>269</sup> s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 147 und 105
- <sup>270</sup> s. Gabel S. 180
- <sup>271</sup> Zu den Verhältnissen im Ruhrbergbau s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 102; Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 73; vgl. auch die Denkschrift des Zecheverbandes vom Sommer 1918, abgedr. bei Osthold S. 258 ff.
- <sup>272</sup> Der Fabrikantenverband des Reg. Bez. Arnsberg, dem hauptsächlich Kleiseisenunternehmer angehörten, rühmte sich noch nach dem Kriege, er habe sich »trotz des außerordentlichen Entgegenkommens der militärischen wie zivilen Behörden. . . den Gewerkschaften gegenüber streng ablehnend« verhalten und »diesen Standpunkt auch bis zum November 1918 unentwegt durchgehalten.« (Festschrift 25 Jahre Verband von Fabrikanten-Vereinen im Regierungsbezirk Arnsberg und benachbarten Bezirken, Sitz Iserlohn, April 1929. Sozialpolitisches und Wirtschaftliches aus Vergangenheit und Gegenwart der Südwestfälischen und Oberbergischen Eisen- und Metallindustrie, Iserlohn 1929, S. 43). Im Dezember 1917 tadelte Arbeitnordwest einige Mitgliedsfirmen, die auf gewerkschaftliche Eingaben geantwortet hatten, und wies sie nachdrücklich darauf hin, daß »ein solches Verfahren. . . im Widerspruch zu den Richtlinien des Verbandes« stand; Rundschreiben von Arbeitnordwest, 21. 12. 1917; HA/GHH, 400141/20
- <sup>273</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 239; Feldpostzeitung für die im Felde stehenden Mitglieder des Dt. Holzarbeiterverbandes, Nr. 2 (Januar 1917), S. 14
- <sup>274</sup> Richard Merton, Erinnerungswertes aus meinem Leben, das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt 1955, S. 27f.
- <sup>275</sup> Bericht über eine Sitzung zwecks Aussprache über Arbeiterverhältnisse in der Chemischen und Sprengstoffindustrie des Kölner Bezirks, 23. 2. 1918; BA, NI. Bauer Nr. 12, Bl. 44 ff.
- <sup>276</sup> s. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, Bericht über das Geschäftsjahr 1917/18, Berlin 1918, S. 59
- <sup>277</sup> s. Textilarbeiterverb., Jb. 1918, S. 103
- <sup>278</sup> s. Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Prot. GV 1919, S. 84
- <sup>279</sup> Verein für die Interessen der Rheinischen Braunkohlen-Industrie, Bericht über die Vereinstätigkeit vom 1. 7. 1914 – 30. 6. 1919, Köln 1919, S. 27

- <sup>280</sup> s. Corr.bl. Nr. 37 v. 15. 9. 1917, S. 355f.
- <sup>281</sup> s. Der DMV 1918, S. 257ff.
- <sup>282</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 411ff.
- <sup>283</sup> s. ebda. S. 350
- <sup>284</sup> Bericht über die Versammlung der Arbeiter des Werkes Worringen am 31. 7. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 84ff.
- <sup>285</sup> s. Richter S. 156ff.
- <sup>286</sup> s. dazu unten S. 595ff.
- <sup>287</sup> Zu ihrem Leiter wurde Karl Rupp berufen, zuvor Vorsitzender des Röchlingschen Werkvereins in Völklingen; s. Arbeiterbewegung Nr. 6 v. 17. 6. 1916, S. 21f., Nr. 8 v. 7. 8. 1916, S. 32; Wirtschaftsfriede. Organ des Bezirksverbandes Saar des Bundes deutscher Werkvereine, des nationalen Bergarbeiterverbandes der Königlichen Bergwerke im Saargebiet und des Verbandes der nationalen Werk- und vaterländischen Arbeitervereine Elsaß-Lothringens, 4. Jg. Nr. 24 v. 3. 6. 1916, Nr. 51 v. 4. 11. 1916, Nr. 52 v. 11. 11. 1916 und 5. Jg. Nr. 46 v. 10. 11. 1917
- <sup>288</sup> s. Arbeiterbewegung Nr. 4 v. 22. 4. 1916, S. 16
- <sup>289</sup> Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des Bundes deutscher Werkvereine, abgedr. in: Der Hamburger Hafendarbeiter. Organ des Hamburger Hafendarbeiter-Vereins, 5. Jg. Nr. 1 (1. 5. 1917), S. 5; s. auch die Entschließung der gemeinsamen Sitzung des rheinisch-westfälischen Provinzialverbandes der Werkvereine mit Vertretern der Arbeitgeber am 10. 2. 1917 in Essen; mitgeteilt in der Sitzung des Hauptvorstandes des Werkvereins der Gutehoffnungshütte vom 15. 2. 1917 von dessen Vorsitzendem Krüsken; HA/GHH, 300143/15; ferner Wirtschaftsfriede Nr. 13 v. 24. 3. 1917, 1. Blatt, und Nr. 19 v. 11. 5. 1918
- <sup>290</sup> Schon im Mai 1916 entstand in Schlesien ein Bezirksverband der wirtschaftsfriedlich-nationalen Werkvereine; s. Arbeiterbewegung Nr. 24 v. 3. 6. 1916. Im Februar 1918 wurde der Verband mitteldeutscher Werkvereine gegründet; er umfaßte Hessen, Hessen-Nassau und die angrenzenden Gebiete; zum Geschäftsführer wurde Fritz Geisler bestellt, vorher Bezirksleiter der Werkvereine in Thüringen; s. das Rundschreiben des Reg.Präs. in Kassel an die Landräte seines Bezirks vom 21. 3. 1918; StA Marburg, Rep. 180, Landratsamt Hanau Nr. 5868. Gleichzeitig wurde die Vereinigung der Werkvereine im Großherzogtum Hessen ins Leben gerufen (s. Werkverein Nr. 8 v. 23. 2. 1918), kurz darauf der Ostdeutsche Arbeiterverband in Königsberg (s. Arbeiterbewegung Nr. 16 v. 27. 8. 1918, S. 127).
- <sup>291</sup> s. die Protokolle der Sitzungen des Hauptvorstandes des Werkvereins der GHH vom 15. 2. 1917 und 29. 7. 1917; HA/GHH, 300143/15, sowie vom 3. 6. 1917, ebda. 300105/21
- <sup>292</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 352
- <sup>293</sup> s. ZBl. Nr. 15 v. 15. 7. 1918, S. 124
- <sup>294</sup> s. Wirtschaftsfriede Nr. 25 v. 22. 6. 1918
- <sup>295</sup> s. Werkverein Nr. 2 v. 12. 1. 1918
- <sup>296</sup> s. Arbeiterbewegung Nr. 16 v. 27. 8. 1918, S. 127, und Zentralverband der Landarbeiter, Jber. 1917, S. 64
- <sup>297</sup> ebda.
- <sup>298</sup> s. HAV, Jb. 1918, S. 161
- <sup>299</sup> s. Flemming S. 159f.
- <sup>300</sup> Reusch an Ludwig, Stens, Keindorff, Weisdorff, Sorge und Garvens, 20. 10. 1917; HA/GHH, 30019324/1
- <sup>301</sup> Bergrat Gröbler-Wetzlar in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 25. 4. 1918 in Mainz; abgedr. in: Mitt. für den MFV, Jg. 1918, S. 6211; s.

- auch die Äußerungen Meesmanns in der Sitzung derselben Organisationen am 21. 3. 1918, ebda. S. 6151
- <sup>302</sup> Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein, Bericht über das Geschäftsjahr vom 1. 4. 1917 bis 31. 3. 1918. Erstattet in der Jahresversammlung am 1. 7. 1918, Halle 1918, S. 5
- <sup>303</sup> Rundschreiben der VDA vom 10. 11. 1916; veröffentlicht im Vorwärts, Jg. 1916 Nr. 330; auszugsweise abgedr. in: Soziale Praxis 26 (1916/17), Sp. 365
- <sup>304</sup> In dem Rundschreiben sprach die VDA offen aus, »daß die wirtschaftsfriedlichen Verbände heute noch nicht in der Lage sind, aus den Beiträgen ihrer Mitglieder ihre finanziellen Lasten in vollem Umfang alleine zu tragen und ihren Mitgliedern angemessene finanzielle Vorteile zu sichern.«
- <sup>305</sup> Sie schürte von neuem die Differenzen zwischen dem Hauptausschuß und dem Kartellverband deutscher Werkvereine, der seine finanzielle Unabhängigkeit von den Arbeitgebern betonte; s. Apolant S. 46
- <sup>306</sup> Der Etat des Hauptausschusses sah für 1917 RM 142 500 Ausgaben vor, davon RM 56 500 Unterstützungen an angeschlossene Verbände. Hiervon sollte der BdW RM 20 000 erhalten, dafür aber RM 15 000 Mitgliederbeiträge an den Hauptausschuß abführen; so blieben ihm real RM 5 000. S. die Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses vom 15. 12. 1916; HA/GHH, 30019324/11
- <sup>307</sup> Ludwig ebda.
- <sup>308</sup> s. Sorge an Reusch, 14. 7. 1917; HA/GHH, 30019390/24
- <sup>309</sup> Ludwig in der Sitzung des Konferenzausschusses vom 15. 12. 1917; a. a. O.
- <sup>310</sup> Reusch an Sorge, 26. 7. 1917; HA/GHH, 30019390/24
- <sup>311</sup> Reusch an Sorge, 14. 7. 1917; ebda.
- <sup>312</sup> Die Rückzahlung des Vorschusses von RM 25 000 an Arbeitnordwest lehnte sie ab; für das letzte Quartal 1917 bewilligte sie dem Hauptausschuß RM 85 000; s. die Niederschrift über die VDA-Vorstandssitzung vom 1. 9. 1917; HA/GHH, 30019324/2.  
Der Haushaltsvoranschlag des Hauptausschusses für 1918 belief sich auf über 150 000 RM (Mitt. Jensens in der Konferenzausschußsitzung vom 17. 11. 1917; Niederschrift in HA/GHH, 30019324/1). Eine Notiz vom Juli 1918 weist jedoch Industriespenden in Höhe von nur 82 100 RM aus, davon 25 000 von Arbeitnordwest, 15 000 von der BASF, 11 000 von Bayer Leverkusen, 1100 vom BdL und nur noch 30 000 von der VDA. Im Einnahmenvoranschlag sind darüber hinaus noch 25 000 vom Zechenverband und 10 000 von der Saarindustrie enthalten (s. die Notiz über die Finanzlage des Hauptausschusses vom Juli 1918, ebda.; s. auch die Spendenzusagen von Bayer Leverkusen und BASF an Reusch vom Dezember 1917, ebda.; vgl. auch Stegmann S. 479f. Anm. 197). Daraus ergäbe sich eine Gesamtsumme von 117 000 RM an Unternehmerzuwendungen. Da das eigene Finanzaufkommen aus Mitgliederbeiträgen gering zu veranschlagen ist, bleibt zweifelhaft, ob die eingeplanten Mittel wirklich zusammenkamen und die Ausgaben nicht eher noch hinter den Stand von 1916 zurückfielen.
- <sup>313</sup> Schlenker an Woltmann, 28. 4. 1917; HA/GHH, 300143/15
- <sup>314</sup> s. oben S. 323
- <sup>315</sup> Schlenker an General z. D. v. Schubert, 28. 4. 1917; HA/GHH 300143/15
- <sup>316</sup> Schlenker an Woltmann, 31. 5. 1917; ebda.
- <sup>317</sup> Entwurf der Niederschrift über die Konferenzausschuß-Sitzung vom 21. 3. 1917; HA/GHH, 30019324/11
- <sup>318</sup> s. die Stellungnahme des Hauptausschusses zu dem Entwurf einer Satzung für eine »Vereinigung der Freunde der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung«, ebda., so-

- wie die Niederschrift über die Verhandlungen des Konferenzausschusses vom 15. 6. 1917; HA/GHH, 30019324/1
- <sup>319</sup> Stellungnahme des Hauptausschusses zum Entwurf einer Satzung für eine »Vereinigung der Freunde der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung«; a. a. O.; auch zum folgenden
- <sup>320</sup> Richtlinien über die praktische Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft zwischen der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung und der DV; HA/GHH, 30019324/1
- <sup>321</sup> s. den Bericht Engels über die Sitzung der Kommission betr. Arbeitsgemeinschaft mit der DV vom 12. 7. 1917; ebda.
- <sup>322</sup> Reusch an Kirdorf, 18. 5. 1918; HA/GHH, 30019390/20. Die Stinnes'sche Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG trat der DV im Oktober 1917 mit einem jährlichen Mitgliedsbeitrag von 7500 RM bei, ebenso die Rheinischen Stahlwerke und die Phönix AG. Kirdorfs GBAG folgte im März 1918; Hoesch und der Bochumer Verein beteiligten sich mit je 3000 RM. Die GHH erhöhte ihren Beitrag von 1000 auf 5000 RM. Krupp und Arbeitnordwest verzehnfachten ihre Unterstützungen von 1000 auf 10000 RM. Auch die Saarindustrie beschloß, jährlich 20000 RM beizusteuern; s. die entsprechenden Mitteilungen in der Korrespondenz zwischen Reusch und Hoensbroech vom September/Oktober 1917, HA/GHH, 30019390/15, sowie die Angaben bei Stegmann S. 479 Anm. 197
- <sup>323</sup> s. die Liste der Unterzeichner des Aufrufes der DV in: DW Nr. 9 v. 3. 3. 1918, S. 66f.
- <sup>324</sup> Durch den preußischen Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, Graf v. Mirbach-Sorquitten, Herrenhausmitglied und Vorstandsmitglied der Konservativen Partei und des BdL, seine Standesgenossen v. Hertzberg-Lottin und Grumme-Douglas aus dem radikalen konservativen Lager, Graf v. Strachwitz, einen schlesischen Großgrundbesitzer vom äußersten rechten Zentrumsflügel, sowie Fürst Otto zu Salm-Horstmar, den Vorsitzenden der Grundbesitzervereine Deutschlands, Mitglied des 50er Ausschusses der Konservativen Partei, des Alldeutschen Verbandes und langjähriger Präsidenten des Flottenvereins.
- <sup>325</sup> Durch den Geschichtsprofessor Georg v. Below und den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, der zugleich 2. Vorsitzender der neugegründeten Vaterlandspartei war; s. Stegmann S. 480
- <sup>326</sup> Es traten ein Geisler (Bezirksleiter des Bezirksverbandes der Werkvereine in Frankfurt und Umgebung), Grandke (Verbandsleiter des BdW-Landesverbandes Hannover), Fichtner (Sekretär des Verbandes reichstreuer Bergarbeiterverbände Niederschlesiens), Halbach (für die Werkvereine zuständiger Referent in der Krupp-Hauptverwaltung und Verbindungsmann zu Vielhaber), Hoffmeister (Vors. des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Werk- und nationalen Arbeitervereine), Jacobs (Vors. des Verbandes reichstreuer Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter), Müllerbach (Leiter des Verbandes nationaler Werkvereine Lothringens), Münchrath (Vors. des nationalen Arbeitervereins Werk Krupp Essen, 1. Vors. des Bezirksverbandes der Werkvereine von Essen und Umgebung und Schriftführer des rheinisch-westfälischen Provinzialverbandes des BdW), Nalbach (Vors. des Bezirksverbandes Saar des BdW), Robert Peter (Hauptgeschäftsführer des Bundes vaterländischer Arbeitervereine), Sartorius (Sozialsekretär bei Krupp Essen) und Wischnöwki (Vors. des Bundes der Bäcker (Konditor-)Gesellen Deutschlands und Mitglied des Hauptausschusses); s. die Liste der Unterzeichner des Aufrufs der DV, a. a. O.  
Im Februar 1918 wurde auch im Konferenzausschuß der schwerindustrielle Einfluß verstärkt, als Röchling, Vielhaber und der Bergassessor Höh-Massen hinzugewählt und die Zuziehung eines Vertreters der schlesischen Schwerindustrie in Aussicht

- genommen wurde. Dem Hauptausschuß wurde dafür freigestellt, seine Vertreterzahl im Konferenzausschuß auf 12 zu erhöhen; s. die Niederschrift über die Konferenzausschußsitzung vom 22. 2. 1918; HA/GHH, 30019 324/1
- 327 Der Werkverein der GHH z. B. beschloß den Beitritt aller Vorstandsmitglieder zur DV; s. den Bericht über die Sitzung des Hauptvorstandes des Werkvereins der GHH vom 4. 1. 1917; HA/GHH, 300 105/21
- 328 s. dazu unten S. 529 ff.
- 329 s. Die unabhängige Werkvereinsbewegung. Hrsg. vom Kartellverband deutscher Werkvereine, Berlin 1917; Erich Sperling, Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung im Lichte der Kritik, Berlin 1918 (Deutsche Zeitfragen, hrsg. von der Deutschen Vereinigung, Heft 7); s. auch ders., Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 99 ff.
- 330 s. DW Nr. 4 v. 27. 2. 1918, S. 32; die von Funktionären der DV, der wirtschaftsfriedlichen Organisationen und von Arbeitgebervertretern gehaltenen Referate wurden unter dem Titel: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, Berlin 1918, veröffentlicht.
- 331 s. DW Nr. 44 v. 3. 11. 1918, S. 347
- 332 s. die Bemerkung Rupp's in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 91
- 333 s. den Bericht Jensens über die Zusammenkunft vom 24. 11. 1916 in der Konferenzausschußsitzung vom 15. 12. 1916; HA/GHH, 30019 324/11
- 334 s. die Eingabe dieser Verbände an den 22. Reichstags-Ausschuß vom 28. 2. 1917, HA/GHH, 30019 324/11; s. dazu oben S. 322
- 335 Aufruf zur Gründung einer Interessengemeinschaft der wirtschaftsfriedlichen Arbeiter- und Angestellten-Organisationen; HA/GHH, 30019 324/1
- 336 s. die Niederschrift über die am 31. 7. 1917 zu Berlin stattgehabte Besprechung über »Gründung einer Interessengemeinschaft nationaler und wirtschaftsfriedlicher Arbeiter- und Angestelltenorganisationen«, ebda.; auch zum folgenden
- 337 Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 1. 9. 1917; ebda.
- 338 ebda.
- 339 s. die Mitt. in der Sitzung des Konferenzausschusses vom 17. 11. 1917; ebda.
- 340 s. die Niederschrift über die VDA-Vorstandssitzung vom 1. 9. 1917; HA/GHH, 30019 324/2. Die Auseinandersetzungen gingen noch 1918 mit kaum verminderter Heftigkeit weiter (s. Apolant S. 47 mit detaillierten Belegen), offenbar weil der Kartellverband darauf abzielte, von der Regierung als unabhängige Arbeitervertretung anerkannt zu werden, um zu den geplanten Arbeitskammern zugelassen zu werden; s. die Mitteilungen von Büchner-Darmstadt in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 25. 5. 1918 in Mainz; Mitt. für den MFV, Jg. 1918, S. 6212
- 341 Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 17. 11. 1917; HA/GHH, 30019 324/1
- 342 s. die Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 22. 2. 1918; ebda.
- 343 Niederschrift einer Besprechung Hoensbroechs mit Vertretern des Hauptausschusses, der kath. Fachabteilungen, wirtschaftsfriedlicher Staatsarbeiterverbände, der DV und des Förderungs Ausschusses am 7. 3. 1918 in Berlin; HA/GHH, 30019 390/15
- 344 Der Aufruf mit der Liste der Unterzeichner ist u. a. abgedr. in DW Nr. 18 v. 5. 5. 1918, S. 141. Unterzeichner waren außer den dem Hauptausschuß angeschlossenen Vereinigungen, den Berliner Fachabteilungen und wirtschaftsfriedlichen Staatsarbeitern der Kartellverband deutscher Werkvereine, der Leipziger Angestelltenverband, der Verband kath. kaufmännischer Vereinigungen, der Verband kath. Dienst-

- boten, der Verband kath. Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands sowie eine Reihe kleinerer Eisenbahner- und Angestelltenverbände und katholischer Organisationen. Zur Finanzierung s. Hoensbroech an Reusch, 10. 4. 1918; HA/GHH, 30019390/15. – Der Reichsregierung war die Aktion offenbar unangenehm; sie machte bei der Papierbewilligung für das Flugblatt Schwierigkeiten (s. den Bericht über diese Aktion in der Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses vom 26. 4. 1918; HA/GHH, 30019324/1). Dafür kam aus der OHL ermunterndes Lob; s. Bauer an Fleischer, 25. 3. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 12, Bl. 118
- <sup>345</sup> s. Hoensbroech an Reusch, 16. 3. 1918; a. a. O.
- <sup>346</sup> s. ZBl. Nr. 15 v. 15. 7. 1918, S. 124
- <sup>347</sup> Die Korrespondenz darüber befindet sich in HA/GHH, 30019324/1; vgl. auch Mattheier S. 286 ff.
- <sup>348</sup> Denkschrift über die politische und wirtschaftliche Lage in den nationalen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen; o. D.; HA/GHH, 30019324/1
- <sup>349</sup> Zu ihren Gesprächspartnern gehörten der nat.lib. Landtagsabg. Karl Röchling, ein Mitinhaber der Röchlingschen Eisenwerke, Wilh. Meyer, der Vors. des VdESI, Wilh. Hirsch, Syndikus der Handelskammer Essen, Johs. Flathmann, Geschäftsführer des Industriellen Wahlfonds, einmal auch Stresemann, außerdem der konservative Fraktionsvorsitzende Graf Westarp und der Geschäftsführer der Konservativen Partei; s. den Bericht Rupp über die erste Besprechung mit Parlamentariern am 3. 11. 1916 in Berlin sowie die Aktennotiz Jensens über die Verhandlungen mit Reichstagsabgeordneten am 19., 23. und 24. 11. 1916; ebda.
- <sup>350</sup> Helfferich in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 1. 12. 1916; zit. nach dem Prot. bei Deist I, S. 527
- <sup>351</sup> s. die Ausführungen Jensens in der Sitzung des Konferenzausschusses vom 15. 12. 1916 in Berlin; Niederschrift in: HA/GHH, 30019324/1; s. auch Mattheier S. 252 f.
- <sup>352</sup> s. die diesbezüglichen Ausführungen Wischnöwskis und Jensens in der Sitzung des Konferenzausschusses vom 15. 12. 1916, a. a. O.
- <sup>353</sup> Stens. ebda.
- <sup>354</sup> s. DW Nr. 26 v. 24. 12. 1916, S. 204 f.; Wirtschaftsfriede Nr. 51 v. 15. 12. 1917
- <sup>355</sup> Zur Haltung der Konservativen s. die Aktennotiz Jensens über Verhandlungen mit Reichstagsabgeordneten am 19., 23. und 24. 11. 1916, a. a. O. Der BdL erklärte allerdings, derzeit keine Mandate frei zu haben; s. die Mitt. Rupp in der Sitzung des Konferenzausschusses am 1. 9. 1917; HA/GHH, 30019324/1. – Zur Haltung der Nationalliberalen s. die Mitt. Rupp in den Sitzungen des Konferenzausschusses vom 15. 6. und 1. 9. 1917; ebda.
- <sup>356</sup> s. die Mitt. Rupp in der Sitzung des Konferenzausschusses vom 17. 11. 1917; ebda.
- <sup>357</sup> Max Halbach in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 129; s. zu diesen Sondierungen auch Mattheier S. 272 ff.
- <sup>358</sup> Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses v. 17. 11. 1917; a. a. O. Gleichzeitig wurden die Einzelmitglieder und -organisationen aufgefordert, sich selbst innerhalb der »nationalen Parteien« durchzusetzen und nur solche Kandidaten zu unterstützen, die »gewillt sind, die Interessen der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen öffentlich und in den Parlamenten zu vertreten« (Hoffmann auf der Bundestagung des BdW am 1. 9. 1917; zit. nach Arbeiterbewegung Nr. 18 v. 20. 9. 1917, S. 151).
- <sup>359</sup> s. Arbeiterbewegung Nr. 10 v. 28. 5. 1918, S. 76. Die Übernahme dieses Organisationsschemas schlug Rupp im September 1918 auch den übrigen dem Hauptausschuß angeschlossenen Verbänden vor; s. den Bericht über die Dortmunder Tagung des Hauptausschusses am 9. 9. 1918; in: DW Nr. 39 v. 29. 9. 1918, S. 312, und

- Werkverein Nr. 37 v. 14. 9. 1918. Aus Enttäuschung und Verärgerung über die Rechtsparteien liebäugelten manche Führer der Wirtschaftsfriedlichen zur gleichen Zeit allerdings erneut mit dem Gedanken einer eigenen Partei und trieben die Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei voran, eines Ablegers der Vaterlandspartei und Vorläufers der NSDAP; s. die Diskussion auf dem Bundestag des BdW vom Mai 1918, in: Werkverein Nr. 20 v. 18. 5. 1918, und Wirtschaftsfriede Nr. 22 v. 1. 6. 1918; Stegmann S. 505 Anm. 366b; ausführlich ders., Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: AfS 12 (1972), S. 351 ff.
- <sup>360</sup> Max Halbach in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 131
- <sup>361</sup> s. Bürgerl. Parteien II, S. 99
- <sup>362</sup> Schreier-Bremen auf einer Tagung des rheinisch-westfälischen wirtschaftsfriedlichen Jugendbundes vom Dezember 1917, zit. nach: Wie leiten wir unsere Jugend? Bericht über den Jugendleitertag der wirtschaftsfriedlich-nationalen Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Essen, 9. November 1917, Essen 1918, S. 19
- <sup>363</sup> Erich Sperling in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 109
- <sup>364</sup> s. die Bemerkungen Schreiers a. a. O.
- <sup>365</sup> Schulte-Dortmund in: Wie leiten wir unsere Jugend? S. 3
- <sup>366</sup> s. ebda. S. 28 ff.
- <sup>367</sup> s. den Bericht des Vorsitzenden des Werkvereins der GHH über den Jugendleitertag in der Sitzung des Werkvereins der GHH am 19. 12. 1917; HA/GHH, 300/143/15
- <sup>368</sup> s. DW Nr. 20 v. 29. 5. 1918, S. 157; Werkverein Nr. 20 v. 18. 5. 1918. Auch der Kartellverband deutscher Werkvereine hatte vor dem Kriege »nur geringe Erfolge in der Jugendbewegung« zu verzeichnen gehabt (Jörg auf dem 2. Verbandstag des Kartellverb. dt. Werkvereine im Januar 1918 in Berlin; Niederschrift S. 56) und setzte kurz vor Kriegsende zu einem neuen Anlauf an, um durch die Sicherung seines Nachwuchses seinen Bestand »für alle Zeiten« zu sichern (Jörg ebda. S. 56). Denn er gab sich keinen Illusionen darüber hin, daß »unsere heute lebende Generation der Industriearbeiter ... zu einem großen Teil für die unabhängig-wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung nicht mehr zu gewinnen« war, weil die meisten sich den Gewerkschaften angeschlossen hatten oder allen Arbeiterorganisationen gleichgültig gegenüberstanden (Jörg ebda. S. 55).
- <sup>369</sup> Nach der Devise, daß nur der »als treuer Familienvater ... geachtet und geehrt wird, der beizeiten gelernt hat, in Demut vor der göttlichen und staatlichen Hoheit seiner Selbstsucht die nötigen Schranken zu ziehen«, zog Schulte gegen die vermeintliche Zügellosigkeit und das Fehlen von Zucht und Ordnung unter den jugendlichen zu Felde und riet, man solle »ohne Bedenken die unsere Volkskraft unterwühlende Ungebundenheit mit rücksichtsloser Härte bekämpfen« (Wie leiten wir unsere Jugend, S. 17 bzw. 8). Zum gleichen Zweck sollten die gelben Jugendorganisationen »enge Fühlung mit Familie, Schule, Zeche und Werkstatt« halten (ebda. S. 15). Die 14- bis 18jährigen Jugendlichen sollten in ihnen durch Spiel und Turnen zum späteren Wehrdienst ertüchtigt werden, Tanz nur als »Reigentanz unter freiem Himmel« erlaubt sein (ebda. S. 13). Statt kritischen Denkens sollten ungezwungene Geselligkeit und heiterer Frohsinn im gemütlichen Kreise guter Kameraden gepflegt, statt Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge der Jugend »schöne und lehrreiche Bilder« in »Kunsthallen, Kunstmappen und Lichtbil-

- dervorfürungen« gezeigt werden, in der Absicht, »sic ... gegen die häßlichen Bilder zu schützen, die ihr von den Straßen und von den Stätten der Zerstreuung aufgedrängt werden« (ebda. S. 8). – Zur Rolle der Religion im wirtschaftsfriedlichen Erziehungskonzept s. auch die Bemerkung Max Halbachs: »Wir drängen darauf, daß unsere Mitglieder sich zur Pflege ihres angestammten Glaubens einem konfessionellen Verein anschließen.« (Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 130). – Im Interesse der Wehrrüchtigung hatte die vom Hauptauschuß herausgegebene »Arbeiterbewegung« schon im August 1916 die Werkvereine aufgerufen, sich künftig intensiver um die Jugendpflege zu kümmern; s. Arbeiterbewegung Nr. 9 v. 22. 8. 1916, S. 35 f.
- <sup>370</sup> Der Bundestag des BdW vom Mai 1918 beschloß die Einrichtung von Frauenverbänden; s. DW Nr. 20 v. 19. 5. 1918, S. 157; Arbeiterbewegung Nr. 10 v. 28. 5. 1918, S. 75
- <sup>371</sup> s. den von Halbach aufgeführten Katalog, in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 120 f.
- <sup>372</sup> DW Nr. 20 v. 19. 5. 1918, S. 137; der Kartellverband äußerte sich im gleichen Sinne; s. Niederschrift über den VT des Kartellverbandes Dt. Werkvereine in Berlin am 19. und 20. 1. 1918, o. O., o. J., S. 9
- <sup>373</sup> Halbach in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 119
- <sup>374</sup> Bericht des Vorsitzenden des Bundes deutscher Werkvereine, Heß, über die Berufsausschüsse auf der Tagung des BdW in Hannover im Mai 1918; zit. nach DW Nr. 21 v. 26. 5. 1918, S. 164
- <sup>375</sup> Der Kartellverband erkannte gleichfalls, »daß die Zeit der isolierten, in ihrer Wirksamkeit auf den Einzelbetrieb beschränkten Werkvereine vorbei ist« (Dr. Nathanson, Schriftführer des Kartellverbandes, auf dessen Verbandstag im Januar 1918 in Berlin, Niederschrift [s. Anm. 372], S. 31), und forderte eine zentralisierte Zusammenarbeit »in allen Fragen, welche Arbeiterinteressen über die Grenzen des Betriebes hinaus berühren«, also für die »gesamte sozial- und wirtschaftspolitische Tätigkeit« (das Vorstandsmitglied Wiedemann ebda. S. 9). S. zu diesen organisatorischen Veränderungen auch Mattheier S. 280 f.
- <sup>376</sup> s. unten S. 801 ff. – Zu den inneren Reformen der Werkvereine in den letzten beiden Kriegsjahren s. auch Klaus J. Mattheier, Werkvereine und wirtschaftsfriedlich-nationale (gelbe) Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 193 ff.
- <sup>377</sup> Die Beschlüsse der Dortmunder Hauptauschuß-Tagung vom Sept. 1918 sind u. a. abgedr. in: Arbeiterbewegung Nr. 17 v. 18. 9. 1918, S. 134
- <sup>378</sup> s. Werkverein Nr. 20 v. 18. 5. 1918
- <sup>379</sup> Arbeiterbewegung Nr. 10 v. 28. 5. 1918, S. 75. Bei Zugrundelegung des Vorkriegs-Mitgliederbestandes und einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 50 Wochenbeiträgen hätte der Bundesvorstand hiernach über eine Jahreseinnahme von rund 140 000 RM verfügen können.
- <sup>380</sup> Bereits 1918 zahlte jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter durchschnittlich 1,84 RM für die Unterhaltung der Zentrale seines Verbandes, also fast das Doppelte. Stellt man außerdem 6,69 RM für die Kosten der Gau- und Ortsverwaltungen sowie 0,29 RM an Beiträgen für die Generalkommission in Rechnung, vergrößert sich der Abstand auf das Achtfache (s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1919, S. 47 in Verbindung mit dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 131). Der Kruppsche Werkverein erhöhte im Mai 1918 seine Beiträge von vierteljährlich RM 1,– auf 0,25 RM pro Woche, also auf das Dreifache (s. Der Werkverein Nr. 20 v.



18. 5. 1918). Zur gleichen Zeit jedoch lag der durchschnittliche Gewerkschaftsbeitrag eines DMV-Mitglieds bei 0,70 RM pro Woche, also annähernd dreimal so hoch (s. Statist. Beilage des Corr.bl., Jg. 1919, S. 55).
- <sup>381</sup> Memorandum des BdW zur Satzungsreform, undatiert (Frühjahr 1918); HA/GHH, 30019324/1
- <sup>382</sup> § 3 der Richtlinien des BdW vom Mai 1918; abgedr. in: *Werkverein* Nr. 20 v. 18. 5. 1918.
- <sup>383</sup> Halbach in: *Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges*, S. 122; ähnliches regte der Vorstand des Kartellverbandes Dt. Werkvereine auf dessen Tagung im Januar 1918 an; s. Niederschrift S. 9
- <sup>384</sup> Jensen an die Mitglieder des Konferenzausschusses, 9. 11. 1917; HA/GHH, 30019324/1
- <sup>385</sup> s. die Mitteilungen Wallmanns auf der Magdeburger Bundestagung des BdW im Mai 1918, DW Nr. 21 v. 26. 5. 1918, S. 163
- <sup>386</sup> s. ebda. Vgl. zu den Reformen der Unterstützungseinrichtungen auch Mattheier, *Die Gelben*, S. 281 f.
- <sup>387</sup> Dies gilt für die Bezirksverbände Hannover und Gera sowie den Verband mitteldeutscher Werkvereine; das gleiche war in den BdW-Bezirksverbänden Dortmund und Saarland geplant; s. Mattheier S. 282
- <sup>388</sup> s. das Schreiben des Bezirksverbandes der Werkvereine von Essen und Umgebung an Reusch, 19. 8. 1916; HA/GHH, 30019324/11
- <sup>389</sup> s. das Rundschreiben von Arbeitnordwest an seine Vorstandsmitglieder, 10. 3. 1917; HA/GHH, 30019324/9; s. auch DW Nr. 7 v. 18. 2. 1917, S. 55. Unter diesem Ausschuß, in dem Stens den Konferenzausschuß vertrat (s. die Niederschrift über die Verhandlungen des Konf.-ausschusses vom 15. 6. 1917; HA/GHH, 30019324/1), entstanden weitere, regional enger begrenzte Ausschüsse der gleichen Art im Anschluß an die einzelnen Bezirksverbände der Werkvereine.
- <sup>390</sup> s. den Entwurf der Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 21. 3. 1917; HA/GHH, 30019324/11; s. auch den Entwurf eines Gutachtens über den Wert örtlicher Konferenzausschüsse vom Dezember 1916, ebda., sowie die Ausführungen Halbachs in: *Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges*, S. 123; zu den freiwilligen Schiedsgerichten im Saargebiet Fritz Bommer, *Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung (gelbe Gewerkschaften) während des Krieges und der Revolution*, Diss. phil. Heidelberg 1921 (Masch.), S. 102 f.; Mattheier S. 284. Für solche Schiedsgerichte suchte der Hauptausschuß im Frühjahr 1918 Arbeitgeber und Behörden zu interessieren. Auf der Konferenzausschußsitzung vom 26. 4. 1918 zeigten sich die Arbeitgeber jedoch reserviert. Sie bekundeten diesem Gedanken zwar allgemeine Sympathie und hielten auch Vorbereitungen hierfür für möglich, »freilich ohne die Angelegenheit zu sehr an die große Glocke zu hängen.« Vor einer endgültigen Stellungnahme wollten sie den Arbeitskammergesetzentwurf abwarten (Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses vom 25. 4. 1918; HA/GHH, 30019324/1).
- <sup>391</sup> s. den Entwurf der Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 21. 3. 1917; a. a. O.
- <sup>392</sup> s. die Niederschrift über die Sitzung des Konferenzausschusses am 15. 6. 1917; HA/GHH, 30019324/1
- <sup>393</sup> s. *Wirtschaftsfriede* Nr. 32 v. 29. 7. 1916
- <sup>394</sup> ebda. Nr. 56 v. 9. 12. 1916
- <sup>395</sup> Bericht über die Sitzung des Hauptvorstandes des Werkvereins der Gutehoffnungshütte am 9. 9. 1917, HA/GHH, 300105/21; s. auch die Berichte über die Sitzungen

- desselben Gremiums vom 6. 7. 1916, ebda., und vom 29. 7. 1917, HA/GHH, 300 143/15
- <sup>396</sup> Bezirksverband der Werkvereine von Essen und Umgebung an Woltmann u. a., 16. 11. 1917; HA/GHH, 300 143/15; auch zum folgenden
- <sup>397</sup> In diesem Zusammenhang kritisierte der Bezirksverband die offenbar nicht ungewöhnliche Praxis, bekannte Gewerkschaftsmitglieder zu Meistern zu befördern in der augenscheinlich nicht selten zutreffenden Annahme, sie würden nach der Beförderung die Agitation für die Gewerkschaft einstellen. Den Werkvereinen zufolge waren »solche Meister . . . in der Regel die alten geblieben« und bezugeten »oft ererbte Feindschaft gegen die Werkvereine.«
- <sup>398</sup> s. oben S. 140
- <sup>399</sup> Im Mai 1916 hatte der BdW eigenen Angaben zufolge seinen Vorkriegsstand wieder erreicht; s. den Bericht über den Bundestag des BdW vom 11.–14. 5. 1918 in Hannover, in: DW Nr. 20 v. 19. 5. 1918, S. 156ff.
- <sup>400</sup> Berechnet nach Hans Alexander Apolant, Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung in Deutschland. Ihr Werden, ihr Wesen und ihr Wollen, Diss. phil. Leipzig 1926, S. 142; fast gleiche Ausgangswerte bei Claus v. Eickstädt, Wiederaufbau und wirtschaftliches Prinzip. Kritische Studie über die Arbeiterpolitik des Pommerischen Landbundes, Berlin 1923, S. 22; andere Ausgangswerte bei Karl Meier, Die wirtschaftsfriedlich-nationale Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur deutschen Gewerkschaftsbewegung, Diss. iur. Freiburg 1922 (Masch.), S. 36
- <sup>401</sup> s. DW Nr. 39 v. 30. 9. 1917, S. 311
- <sup>402</sup> s. DW Nr. 34 v. 25. 8. 1918, S. 268
- <sup>403</sup> s. die Angaben in HA/GHH, 300 105/19 und 30 100/8; s. auch Mattheier, Werkvereine und wirtschaftsfriedlich-nationale (gelbe) Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, a. a. O. S. 193
- <sup>404</sup> s. Apolant S. 52
- <sup>405</sup> s. Wirtschaftsfriede Nr. 25 v. 22. 6. 1918; s. auch ebda. Nr. 10 v. 9. 3. 1918; Nr. 31 v. 28. 7. 1917, Nr. 34 v. 18. 8. 1917 und Nr. 44 v. 27. 10. 1917
- <sup>406</sup> Bericht des LR in Ottweiler an das Stellv. Gen.kdo. XXI. AK in Saarbrücken, 28. 9. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 716
- <sup>407</sup> s. oben S. 307
- <sup>408</sup> s. den Bericht der Bergwerksdirektion Saarbrücken an den preuß. Handelsminister v. 10. 10. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 729
- <sup>409</sup> s. Gabel S. 154. – Einen großen Sprung nach vorn machte der DMV erst nach Kriegsende; s. ebda. S. 160ff.; s. auch Julius Schwarz, Das Saargebiet, sein Bergbau und seine Sozialpolitik / Kämpfe der Bergarbeiter und des Verbandes der Bergarbeiter. Gewidmet der 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter in Saarbrücken. Verfaßt im Auftrage der Bezirksleitung Saarbrücken des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Saarbrücken 1926, S. 122 ff.
- <sup>410</sup> Möglicherweise lebten jetzt Sympathien wieder auf, die sich die christlichen Gewerkschaften erworben hatten, als sie zehn Jahre zuvor mit einer Spitzenbesetzung einen großen und erfolgreichen Werbefeldzug durch das Saargebiet unternommen, jedoch kurz darauf infolge der harten Repressionsdrohungen der Unternehmer ihre Eroberungen wieder hatten preisgeben müssen. Genauerer dazu in den Darstellungen von Gabel und Schwarz; zur Unterstützung des Kampfes der Saarindustriellen gegen die Gewerkschaften, auch gegen die christlichen, durch den katholischen Klerus s. im übrigen die farbigen Schilderungen bei Nikolaus Osterroth, Vom Beter zum Kämpfer, Berlin 1920
- <sup>411</sup> Wirtschaftsfriede Nr. 11 v. 16. 3. 1918

- 412 s. ebda. Nr. 10 v. 9. 3. 1918
- 413 vgl. die Angaben ebda. Nr. 12 v. 17. 3. 1917 und Nr. 12 v. 23. 3. 1918
- 414 Schlenker in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 77f.
- 415 Weisdorff in einer Zuschrift an die Saarbrückener Zeitung vom 6. 7. 1917; zit. in Wirtschaftsfriede Nr. 31 v. 28. 7. 1917
- 416 Bericht über eine Versammlung der Vereinigten Röchlingschen Werkvereine Völklingen vom 5. 8. 1917; in: Wirtschaftsfriede Nr. 33 v. 11. 8. 1917
- 417 ebda. Nr. 35 v. 25. 8. 1917
- 418 Bericht über eine Vertrauensmännerversammlung des Burbacher Hüttenvereins vom 23. 8. 1917; ebda.
- 419 s. ebda. Nr. 19 v. 11. 5. 1918 und Nr. 23 v. 8. 6. 1918
- 420 s. ebda. Nr. 10 v. 9. 3. 1918
- 421 s. ebda. Nr. 30 v. 27. 7. 1918
- 422 ebda. Nr. 24 v. 15. 6. 1918
- 423 ebda.
- 424 ebda. Nr. 34 v. 18. 8. 1917
- 425 s. den Bericht des Polizeidirektors in Kattowitz an den RP in Oppeln über eine Besprechung mit dem oberschlesischen Sekretär des Verbandes der Kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin), Musiol, vom 8. 10. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 723
- 426 WAZ v. 10. 3. 1918, S. 38
- 427 Ernst Poensgen in der Feier anlässlich des 70. Geburtstages von Wilhelm Beumer im Düsseldorfer Industrieclub am 3. 8. 1918; zit. in: Mitt. des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Jg. 1918, Nr. 2, S. 153
- 428 s. oben S. 317f. – Wie Mattheier, Die Gelben, S. 288, zu dem zusammenfassenden Urteil kommen kann, aufgrund ihrer Reformen hätten die wirtschaftsfriedlichen Organisationen im letzten Kriegsjahr »das Bild einer gut durchorganisierten Arbeiterbewegung« geboten, »die politisch einen festen Halt in der ›Deutschen Vaterlandspartei‹ hatte und wirtschaftlich auf dem besten Wege war, sich von dem Odium des Streikbruchs und der Unternehmerabhängigkeit zu befreien«, ist unerfindlich.

### 10. Kapitel

- <sup>1</sup> Zur Entstehung und Organisation des Kriegsamtess s. Feldman S. 168 ff.
- <sup>2</sup> IK Nr. 66 v. 17. 11. 1916, S. 507; s. im übrigen Feldman S. 194 f.
- <sup>3</sup> Groener an Geheimrat Harms, September 1917 (Entwurf); MA, Nl. Groener, N 46/114
- <sup>4</sup> Bemerkungen Groeners zum Kapitel »Hilfsdienstgesetz und Hindenburg-Programm« im 2. Band von Karl Helfferich, Der Weltkrieg, August 1919 (1. Entwurf), MA, Nl. Groener, N 46/113, Bl. 108
- <sup>5</sup> ebda. Die Reibungen zwischen Kriegsamt und RdI wirkten sich bis auf die untere Ebene aus, insbesondere im Verhältnis zwischen stellv. Generalkommandos und Kriegsamtstellen, deren Stellung zu den ersteren, welche in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten dem Kriegsministerium unterstellt waren, und dem Kriegsamt bis zuletzt ungeklärt blieb. Auch kam es vor, daß sich manche Abteilungen des Kriegsministeriums über die örtlichen Kriegsamtstellen hinwegsetzten und unmittelbar mit einzelnen Firmen oder Unterbehörden verhandelten.
- <sup>6</sup> Die Kompetenzen des Kriegsamtess endeten an den preußischen Landesgrenzen.

Bayern, Württemberg und Baden bestanden auf der Errichtung eigener Kriegsämter, die Verbindungsleute zum Kriegsamt nach Berlin entsandten und beanspruchten, zu jeder wichtigen Entscheidung hinzugezogen zu werden. Bayern schränkte sogar das Weisungsrecht des Kriegsamtes gegenüber seinen stellv. Generalkommandos ein.

- 7 So befaßte sich das Kriegsamt mit der Lebensmittelversorgung der Truppen, während das Kriegsernährungsamt nach wie vor die Ernährung der Zivilbevölkerung bearbeitete. Und da ebenfalls zahllose Beschaffungsstellen außerhalb des Kompetenzbereiches des Kriegsamtes verblieben, wurden auch weiterhin »in buntem Durcheinander und ziemlich willkürlich« unzählige Aufträge vergeben ohne zentrale Kontrolle, ob die bedachten Betriebe zur optimalen Ausführung überhaupt in der Lage waren. Schließlich fehlte dem Kriegsamt auch die Macht, Unternehmern, die sich seinen Anordnungen nicht fügten, die Aufträge entschädigungslos zu entziehen; s. Groener Bemerkungen zu Helfferich, *Der Weltkrieg*, a. a. O. Bl. 121, und die Bemerkungen Groeners zur Broschüre »Ludendorff« von W. Spickernagel, August 1919, ebda. Bl. 183
- 8 s. Feldman S. 19 ff. und 291 ff.
- 9 s. Feldman/Homburg, *Industrie und Inflation*, S. 56; s. auch unten S. 365.
- 10 s. Feldman S. 235 f.; *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 483
- 11 s. *Corr.bl.* Nr. 50 v. 9. 12. 1916, S. 516, und die Aktennotiz Rupsps über ein Gespräch mit Groener am 18. 11. 1916; HA/GHH, 30019324/11
- 12 s. Feldman S. 195
- 13 s. hierzu unten S. 363
- 14 zum Sturz Groeners s. Feldman S. 373 ff.
- 15 Marie Elisabeth Lüders, *Fürchte dich nicht! Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren, 1872–1962*, Köln 1963, S. 71
- 16 s. Feldman S. 228
- 17 s. ebda. S. 386 ff.
- 18 Groener in seinen Bemerkungen zu Helfferich, *Der Weltkrieg*, a. a. O. Bl. 121
- 19 s. Feldman S. 228 ff.
- 20 Bemerkungen Groeners zu Helfferich, MA, N 46/113, Bl. 110
- 21 Die Denkschrift Mertons wurde erstmals vollständig von Groener in seiner Aussage im Dolchstoß-Prozeß zitiert; s. *Der Dolchstoß-Prozeß in München*, S. 204 ff.; wieder abgedr. in: Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 520 ff.; s. auch Feldman S. 391 ff.
- 22 U. a. beim MAN-Generaldirektor Rieppel; s. die Aussage Groeners im Dolchstoß-Prozeß, a. a. O. S. 209. Dagegen meinte Stresemann noch nach dem Krieg: »Wer in den besten Jahren seines Lebens ein halbes Jahrzehnt angestrengt arbeitet, hat auch sittlich das Recht, in dieser Zeit sein Vermögen mehren zu können.« Stresemann auf der 16. o. Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller (fortan abgekürzt: VSI) am 5. 5. 1920; zit. nach: *Sächsische Industrie* (künftig zit.: SI) Nr. 34 v. 22. 5. 1920, S. 448. – Zur ablehnenden Reaktion der Schwerindustrie s. die Bemerkungen Groeners zu Spickernagels Ludendorff-Broschüre, MA, N 46/113, Bl. 174
- 23 Groener in seinen Bemerkungen zu Spickernagels Ludendorff-Broschüre, a. a. O. Bl. 174. Erst im Juni 1918, als sich die Reichsfinanzen in einem desolaten Zustand befanden und die Inflationswirkungen zunehmende soziale Erschütterungen auslösten, griff die OHL den Gedanken einer staatlichen Regulierung der Unternehmergewinne auf, ohne ihn jedoch zu realisieren; s. das Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler vom 18. 6. 1918; MA, Nl. Groener, N 46/117, Bl. 43 ff., sowie die Bemerkungen Groeners zu Spickernagel vom August 1919, a. a. O. Bl. 173; s. auch Feldman S. 497
- 24 Roesler S. 99

- <sup>25</sup> s. Reulecke a. a. O. S. 218; Schwarz, Nürnberg, S. 189
- <sup>26</sup> s. Roesler S. 100
- <sup>27</sup> s. Rolf Wagenführ, Die Industrierwirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860–1932, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 13, Berlin 1933, S. 23; s. auch Richter S. 96 ff.
- <sup>28</sup> Allein 1917 wurden Kapitalerhöhungen von 517,8 Mill. RM für Aktiengesellschaften, wovon nicht weniger als 150 Mill. auf die kartellierten Großbetriebe der chemischen Industrie entfielen (s. Corr. bl. Nr. 46 v. 17. 11. 1917, S. 435), und von 124,6 Mill. RM für GmbH's, insgesamt also von 676,4 Mill. RM ins Handelsregister eingetragen. Das bedeutete eine Zunahme um 376,8 Mill. (125 %) gegenüber dem Vorjahr, in dem die Kapitalerhöhungen ebenfalls schon erheblich höher gelegen hatten als vor dem Krieg. Das Kapital für Neugründungen von Aktiengesellschaften und GmbH's erreichte 1917 eine Höhe von 570 Mill. gegenüber 317 Mill. 1916 und 228 Mill. 1913; s. Corr. bl. Nr. 3 v. 19. 1. 1918, S. 28
- <sup>29</sup> s. Fuchs S. 56 f.
- <sup>30</sup> s. Corr. bl. Nr. 37 v. 14. 9. 1918, S. 345 f.
- <sup>31</sup> Kaliski ebda. Nr. 24 v. 15. 6. 1918, S. 224
- <sup>32</sup> s. ebda. Nr. 41 v. 12. 10. 1918, S. 379 f.
- <sup>33</sup> Zu den Konzentrationsbewegungen in den einzelnen Branchen während des Krieges s. die zahlreichen einschlägigen Berichte in den Jgg. 1916, 1917 und 1918 des Corr. bl.
- <sup>34</sup> s. Corr. bl. Nr. 6 v. 9. 2. 1918, S. 54, und Nr. 43 v. 26. 10. 1918, S. 395
- <sup>35</sup> s. Corr. bl. Nr. 7 v. 17. 2. 1917, S. 75
- <sup>36</sup> s. DVC Nr. 86 v. 17. 10. 1916; NZ 34 (1915/16), II, S. 501 ff.
- <sup>37</sup> s. Corr. bl. Nr. 13 v. 31. 3. 1917, S. 134
- <sup>38</sup> s. ebda. Nr. 9 v. 3. 3. 1917, S. 94
- <sup>39</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 465
- <sup>40</sup> vgl. oben S. 141 ff.
- <sup>41</sup> s. Textilarbeiterverb., Jb. 1917, S. 13
- <sup>42</sup> ders., Jb. 1916, S. 133
- <sup>43</sup> s. unten S. 421
- <sup>44</sup> Jäckel in der sächsischen Textilarbeiterkonferenz vom April 1918; Stenographischer Bericht über die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6. und 7. April 1918 in Dresden, Berlin 1918, S. 10
- <sup>45</sup> Jäckel ebda. S. 11
- <sup>46</sup> Textilarbeiterverb., Jb. 1916, S. 7
- <sup>47</sup> s. Textilarbeiterverb., Jb. 1917, S. 8
- <sup>48</sup> s. ebda. S. 7
- <sup>49</sup> s. ebda. S. 8
- <sup>50</sup> Georg Tietz, Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Stuttgart 1965, S. 165
- <sup>51</sup> s. Bergarb. verb., GBer. 1915/16, S. 28; NZ 34 (1915/16) II, S. 561 ff.; Archibald H. Stockder, History of the Trade Associations of the German Coal Industry under Private and State Control, New York 1924, S. 112 ff.
- <sup>52</sup> s. Corr. bl. Nr. 1 v. 5. 1. 1918, S. 9; DVC Nr. 1 v. 4. 1. 1918
- <sup>53</sup> s. hierzu die Aufzeichnungen über die Verhandlungen über den Rohstahlverband und den dazugehörigen Schriftwechsel aus den Jahren 1917/18 in HA/GHH, 3000035/2; Feldman/Homburg, Industrie und Inflation, S. 58 ff.; zum militärischen Drängen auf Syndizierung s. ferner die Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für die neue Friedensorganisation des Kriegsministeriums, BA, Nl. Mentzel Nr. 6

- 54 DVC Nr. 4 v. 12. 1. 1917; auch zum folgenden
- 55 s. unten S. 771 ff.
- 56 zit. nach DAZ Nr. 48 v. 26. 11. 1916
- 57 DVC Nr. 22 v. 16. 3. 1917; vgl. auch Wilhelm A. Dyes, Die Kriegsfolgezeit unter Berücksichtigung von Kohle und Erz, in: Glückauf Nr. 27 v. 7. 7. 1917, S. 524 ff.
- 58 s. die Mitteilungen Schweighoffers in der Sitzung des Ausschusses des CDI am 12. 7. 1918, in: Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes Deutscher Industrieller, Nr. 131, Berlin 1918, S. 6
- 59 s. Feldman/Homburg S. 60; Die Unternehmerorganisationen im Kriege, in: ASS 41 (1916), S. 277 ff. sowie Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1914, mit besonderer Berücksichtigung der Kriegswirkungen. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amte, Berlin 1916 (13. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), S. 7<sup>o</sup> ff. Eine parallele Entwicklung vollzog sich auf regionaler Ebene. Die Zahl der Mitgliedsfirmen des Bayerischen Industriellen-Verbandes stieg allein im Zeitraum von Ende September 1916 bis Ende September 1917 von 965 auf 1549, diejenige der angeschlossenen Verbände von 23 auf 30; s. Günter Eckardt, Industrie und Politik in Bayern 1900–1919. Der Bayerische Industriellen-Verband als Modell des Einflusses von Wirtschaftsverbänden, Berlin 1976, S. 105
- Die Verbände der von der Kriegskonjunktur benachteiligten Textil-, Bau- und Holzindustrie hingegen hatten Rückgänge zu verzeichnen; s. Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1916 und im Jahre 1917. Bearbeitet im Statistischen Reichsamte, Berlin 1919 (19. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), S. 5<sup>o</sup>
- 60 Im Oktober 1916 wurde der Reichsverband der Deutschen Metallindustrie gegründet, der alle metallverarbeitenden Betriebe zusammenfaßte, sofern sie nicht dem Maschinenbau oder der Elektrotechnik angehörten. Im selben Monat schlossen sich alle deutschen Eisen- und Stahlerzeuger und ihre Verbände zum »Deutschen Stahlbund« zusammen. Ebenfalls 1916 entstand der Zentralverband des deutschen Großhandels (s. Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter 1916/17, S. 5). Auch im Einzelhandel wurden zahlreiche neue Verbände auf Reichsebene gegründet; s. Josef Wein, Die Verbandsbildung im Einzelhandel, Berlin 1968, S. 158 ff. – Anfang 1917 rückten alle Bauarbeitgeberverbände aufs engste zusammen und planten, auch die Unternehmer der Baunebengewerbe und die Baustofflieferanten in ihren Bund aufzunehmen (s. Aug. Ellinger, Wirtschaftlicher Zusammenschluß des gesamten deutschen Bauarbeitbertums, in: Corr.bl. Nr. 17 v. 28. 4. 1917, S. 174 ff.). Im März 1918 schlossen sich die Verbände der elektrotechnischen Industrie zusammen; s. Feldman/Homburg S. 60 f.; die landwirtschaftlichen Verbände gründeten im Frühjahr 1917 den Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft; s. Flemming S. 139 ff.
- 61 zit. nach Corr.bl. Nr. 17 v. 28. 4. 1917, S. 174
- 62 Bericht Reicherts über die Tätigkeit des VdESI im 2. Kriegsjahr, erstattet in der VdESI-Mitgliederversammlung am 16. 11. 1916, zit. nach DAZ Nr. 48 v. 26. 11. 1916
- 63 s. oben S. 143 f.
- 64 Denkschrift über die Gründung eines Deutschen Industrierats. Sie wurde Stresemann vom Bund der Industriellen am 5. 5. 1916 zugesandt. PAAA, NI. Stresemann Nr. 114, Bl. 11 ff.
- 65 Guggenheimer an Schweighoffer, 22. 12. 1915; MAN-Werksarchiv, NI. Guggenheimer Nr. 91
- 66 s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 140 f.; zu den internen Auseinandersetzungen im CDI s. Feldman/Homburg S. 61 ff.
- 67 s. DAZ Nr. 8 v. 24. 2. 1918

- <sup>68</sup> Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918*, Düsseldorf 1974, S. 31 ff.
- <sup>69</sup> Das Gewerkschaftsprogramm zur Übergangswirtschaft ist abgedr. *Corr.bl.* Nr. 42 v. 20. 10. 1917, S. 389 ff. Es war von der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission auf Beschluß der Vorständekonferenz vom November 1916 aufgestellt und anschließend mit den anderen Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden abgestimmt worden; s. ebd. Nr. 13 v. 31. 3. 1917, S. 136; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 87; vgl. auch Robert Schmidt, *Von der Kriegszur Friedenswirtschaft*, in: *SM* 22 (1916), III, S. 1039 ff.; Rudolf Wissell, *Sozialpolitischer Neubau und Ausbau*, in: *SM* 23 (1917), II, S. 879 ff. – Der Deutsche Arbeiterkongreß verabschiedete im Oktober 1917 ähnliche Forderungen; s. Bericht über die Verhandlungen des 4. Deutschen Arbeiter-Kongresses. Abgehalten vom 28.–30. Oktober 1917 in Berlin, Köln 1918, S. 248 ff.; im übrigen s. unten Kap. 11
- <sup>70</sup> s. *Corr.bl.* Nr. 21 v. 22. 5. 1915, S. 245 ff.; s. auch Otto Hue, *Die Verstaatlichung des Bergbaus*, in: Jansson (Hrsg.), *Monopolfrage und Arbeiterklasse*, S. 87 ff.; Julius Kaliski, *Steuerprobleme*, in: *SM* 22 (1916), I, S. 216 f.; Paul Umbreit, *Zur Steuerpolitik nach dem Kriege*, in: *Die Glocke* 3 (1917), II, S. 143 ff.; zur innersozialistischen Kritik an der Auffassung, durch Staatsmonopole die Kriegskosten wieder einbringen zu können, ohne den Steuerdruck auf die breiten Massen zu erhöhen, s. Franz Gottlieb, *Kriegskosten und Staatsmonopole*, in: *NZ* 35 (1916/17), II, S. 399 ff.
- <sup>71</sup> s. Otto Hue, *Privat- oder Staatsmonopol im Bergbau*, in: *Corr.bl.*, Jg. 1916, S. 457 ff. und 465 ff.; vgl. auch Anton Bredenbeck, *Sollen wir die Verstaatlichung der Bergwerke fordern?* in: *Glocke* 2 (1916/17), S. 266 ff.; Heinrich Schneider, *Staatsmonopole und Chemische Industrie*, in: *Corr.bl.*, Jg. 1916, S. 473 ff., 489 ff. und 497 ff.; Georg Reichel, *Die Monopolfrage in der Schwereisen- und Elektrizitätsindustrie*, in: *Corr.bl.*, Jg. 1917, S. 57 ff., 65 ff., 81 ff. und 97 ff.; vgl. auch Josef Kurth, *Zur Frage eines Elektrizitätsmonopols*, in: *SM* 22 (1916), I, S. 217 ff.; Paul Müller, *Die Monopolfrage im deutschen Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe*, in: *Corr.bl.* Jg. 1917, S. 25 ff. und 41 ff.
- Auch der SPD-Parteitag vom Oktober 1917 sprach sich dafür aus, »Zweige des Wirtschaftslebens, die sich ihrer Natur und ihrem Entwicklungsgrad nach dazu besonders eignen, in die Verwaltung des Reiches zu übernehmen, damit die Kapitalrente und der Vorteil rationeller Betriebsweise der Reichskasse zugeführt werden«; Prot. über die Verh. des SPD-Parteitages 1917, S. 188
- <sup>72</sup> Gemeinsame Eingabe der Generalkommission, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) an den Reichskanzler betr. Monopolgesetzgebung, 16. 3. 1917; abgedr. *Corr.bl.* Nr. 15 v. 14. 4. 1917, S. 147 ff. und Nr. 16 v. 21. 4. 1917, S. 155 f.; zur steuerpolitischen Motivierung der Monopolisierung s. auch ebd. Nr. 2 v. 13. 1. 1917, S. 9 und Nr. 34 v. 25. 8. 1917, S. 323 f.; TAV, Jb. 1916, S. 52
- <sup>73</sup> s. die gemeinsame Eingabe der Gewerkschaftsverbände vom 16. 3. 1917, a. a. O. S. 149
- <sup>74</sup> Dieselben Gedanken finden sich in Grundzügen bereits bei Adolf Braun, *Organisationsprobleme in Vergangenheit und Zukunft*, in: *Kampf* 9 (1915/16), S. 389 ff.; s. hierzu auch Wilh. Jansson, *Wirtschaft und Gewerkschaft nach dem Kriege*, in: *SM* 22 (1916), III, S. 953 f. und ders., *Für und wider die Monopole*, in: W. Jansson, *Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel*, Berlin 1917, S. 217 ff.; Paul Umbreit, *Zur Monopolfrage*, in: *Glocke* 3 (1917/18), S. 899 ff.
- <sup>75</sup> Aug. Brey sprach auf dem Verbandstag der Fabrikarbeiter 1917 davon, »welch großes Interesse wir an dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens haben und

- wie die Lebensbedingungen weiter Kreise unserer Kollegen davon abhängen, daß das deutsche Wirtschaftsleben in der Weise, wie wir es vor dem Kriege hatten, wenn möglich noch besser ausgebaut wird.« FAV, Prot. VT 1917, S. 62
- <sup>76</sup> So Julius Kaliski in Corr.bl. Nr. 34 v. 25. 8. 1917; in demselben Artikel hieß es: »Nichts wäre verkehrter als die Annahme, daß die Übergangswirtschaft als eine behutsame, in wenigen Jahren vollzogene Rückkehr zu den alten Wegen unseres Wirtschaftslebens vor dem Kriege anzusehen ist. . . . Unser Wirtschaftsleben vom 1. August 1914 kehrt nicht mehr wieder.« Kaliski war überzeugt, »daß die Volkswirtschaft nach dem Kriege sich von der früheren unterscheiden wird durch ein starkes Maß an Gebundenheit und Organisation, beides zum Teil unter syndikallichem wie staatlichem Einfluß« und unter ständiger Konkurrenz zwischen Staat und Industrieverbänden (Corr.bl. Nr. 15 v. 13. 4. 1918, S. 135). Ähnlich Paul Umbreit, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, in: SM 24 (1918), II, S. 772; vgl. auch Karl Kautsky, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, Leipzig 1918. – Auch August Müller, als Vertrauensmann der Sozialdemokratie seit 1916 Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, glaubte »nicht an die Möglichkeit eines Wiederaufbaues der Volkswirtschaft, wenn der Grundsatz in den Vordergrund gestellt wird, es komme in der Hauptsache darauf an, möglichst schnell wieder herzustellen, was bis zum 1. August 1914 bestanden hat«; Aug. Müller, Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, in: SM 23 (1917), II, S. 812
- <sup>77</sup> ebda. S. 813
- <sup>78</sup> Brey erklärte auf dem VT des FAV 1919, Prot. S. 63, »daß allemal ein Fortschritt . . . zu verzeichnen ist, wenn ein Zweig des Wirtschaftslebens den Privathänden entwunden und der Sozialisierung näher geführt wird.« Kaliski hoffte auf »gemeinwirtschaftliche erfreuliche Resultate« der Monopolorganisationen, vor allem ihre Unempfindlichkeit gegen Konjunkturschwankungen und ihre gesamtwirtschaftlich stabilisierende Funktion (Corr.bl. Nr. 13 v. 30. 3. 1918, S. 120); ähnlich Paul Umbreit, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, a. a. O. S. 772
- <sup>79</sup> s. unten S. 570
- <sup>80</sup> »Wir können uns eben die Verwirklichung des Sozialismus nicht anders vorstellen, als evolutionistisch durch allmähliche Ausdehnung der vom Parlament des gleichen Wahlrechts kontrollierten und von den Arbeitern mitgeleiteten Staatswirtschaft.« Ernst Heilmann, Seid Sozialisten!, in: Glocke 3 (1917), S. 53
- <sup>81</sup> Corr. Bl. Nr. 36 v. 7. 9. 1918, S. 335
- <sup>82</sup> s. unten S. 623
- <sup>83</sup> »Das erste Gesetz, von dem Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nach dem Kriege beherrscht sein müssen, wird das Gesetz der rationellsten Produktionsweise sein.« Aug. Müller, Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, in: SM 23 (1917), II, S. 813; ders., Wirtschaftspolitische Betrachtungen, ebda. III, S. 1109; ähnlich Kaliski in Corr. bl. Nr. 34 v. 25. 8. 1917, und Herman Kranold, Produktionspolitik, in: SM 23 (1917), III, S. 1047. Umbreit erklärte, »daß auch die staatliche, gemeindliche und gemischtwirtschaftliche Monopolwirtschaft das Erwerbsinteresse voranstellen wird, ja sogar muß«; Paul Umbreit, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, in: SM 24 (1918), II, S. 774. Zur industriellen Parole der »Produktionspolitik« und zur Reaktion auf die Äußerungen namentlich Müllers s. den Bericht über die 3. Kriegstagung des VdESI am 8. 12. 1917; BA, R 13 I/113, Bl. 44, und den Leitartikel »Wertvolle Zugeständnisse« in: DAZ Nr. 35 v. 2. 9. 1917
- <sup>84</sup> Heinrich Peus, Der Sozialismus und der sog. Kriegssozialismus, in: SM 23 (1917), I, S. 194
- <sup>85</sup> Aug. Müller, Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, ebda. II, S.



- 812 f. – Ernst Heilmann gewann aus der Betrachtung der russischen Revolution die Erkenntnis, »daß die Befreiung der Arbeiterklasse letzten Endes eine Bildungsfrage sei«. Daher bedeute die proletarische Revolution »für den Sozialismus überhaupt nicht viel. . . . Unser Zauberwort heißt nicht Revolution, sondern Organisation«; Ernst Heilmann, Vom Bolschewismus zum aufbauenden Sozialismus, in: Die Glocke Nr. 19 v. 10. 8. 1918, S. 589
- <sup>86</sup> s. FAV, Prot. VT 1917, S. 64
- <sup>87</sup> Paul Umbreit, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, in: SM 24 (1918), II, S. 773; s. auch ders., Die Gleichberechtigung im Krieg und im Frieden, in: SM 22 (1916), III, S. 647; Emil Kloth, Gemeinschaftsarbeit von Arbeitern und Unternehmern, in: NZ 35 (1916/17), I, S. 268 ff., und Kloths anschließende Kontroverse mit Kautsky, ebda. S. 290 ff., 411 ff. und 462 ff.; Theodor Leipart, Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften, in: Glocke Nr. 43 v. 26. 1. 1918, S. 643; Aug. Winnig, Zur gewerblichen Demokratie, ebda. Nr. 46 v. 16. 2. 1918, S. 699 ff., sowie Winnigs Referat auf dem VT des BAV 1918, Prot. S. 298 ff.
- <sup>88</sup> s. unten S. 629 ff. und 666 ff.
- <sup>89</sup> Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland, S. 44
- <sup>90</sup> ZBL. Nr. 24 v. 22. 11. 1915, S. 211; s. auch dass. Nr. 20 v. 25. 9. 1916, S. 162
- <sup>91</sup> Theodor Steinbüchel in: DA 3 (1918), S. 85
- <sup>92</sup> s. Gottfried Klüber, Zur Monopolfrage, ebd. S. 369
- <sup>93</sup> s. ZBL. Nr. 3 v. 28. 1. 1918, S. 24. – Das dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Reichskartell der Staatsarbeitervereine forderte im Sommer 1918 die Überführung aller Monopole und »monopolreifen« Unternehmungen, insbesondere der Bodenschätze, der Wasserkräfte sowie des Bank- und Versicherungswesens, in die öffentliche Hand; s. ebda. Nr. 14 v. 1. 7. 1918, S. 114 f.; zu antikapitalistischen Tendenzen in der christlichen Arbeiterbewegung bei Kriegsende s. außerdem Jb. der christlichen Gewerkschaften 1918, S. 91; Sozialpolitische Korrespondenz des Volksvereins für das katholische Deutschland, Jg. 1918 Nr. 15 v. 3. 8. 1918, Sp. 115
- <sup>94</sup> Bericht über die erste Tagung der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. Juni 1918. Hrsg. vom Ausschuß der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands, Krefeld 1918, S. 21
- <sup>95</sup> Der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter und preuß. Landtagsabgeordnete Hermann Vogelsang erklärte nach Kriegsende sogar, »daß weitgehende Sozialisierung des Wirtschaftslebens das beste Mittel dazu sei, dem Mammonismus und Kapitalismus feste, sittliche und soziale Schranken zu ziehen, das war vor der Revolution Gemeinansicht der gesamten Arbeiterschaft und der Mehrheit der Abgeordneten im Reichstag. Im Reichstag war eine sehr große Mehrheit vorhanden, um diese Dinge auf gesetzlichem Wege zu regeln«. (Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Bericht über das 25jährige Jubelfest und Prot. der 15. Generalvers. 1919, S. 68)
- <sup>96</sup> s. die Zusammenstellung einschlägiger Äußerungen in Corr. bl. Nr. 15 v. 13. 3. 1918, S. 134; ferner Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969, S. 42 ff.; Zunkel S. 50 ff.; dort weitere Literaturhinweise
- <sup>97</sup> Für Rathenau s. vor allem dessen Schriften: Probleme der Friedenswirtschaft, Berlin 1918; Die neue Wirtschaft, Berlin 1918; Von kommenden Dingen (1917), in: Ges. Schriften, Bd. 3, Berlin 1925; für Moellendorff s. dessen Schriften: Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916; Von Einst zu Einst. Der alte Fritz, J. G. Fichte, Frhr. v. Stein, Friedr. List, Fürst Bismarck, P. de Lagarde über Deutsche Gemeinwirtschaft, Jena 1917; s. dazu Zunkel S. 65 ff.

- <sup>98</sup> Rathenau an Gustav Steinbömer, 1. 3. 1918; abgedr. in: Walther Rathenau, Ein preußischer Europäer. Briefe, hrsg. von M. v. Eynern, Berlin 1955, S. 260
- <sup>99</sup> Veröff. des VSI, Heft XXII: Bericht über die 14. ord. Hauptversammlung, Dresden, 28. 10. 1917, S. 89 und 91
- <sup>100</sup> Johannes März, Gemeinwirtschaft und Industrie, in: Deutsche Wirtschaftszeitung vom 1. 10. 1918; abgedr. in: SI Nr. 3 v. 15. 11. 1918, S. 45f.
- <sup>101</sup> Bericht über die Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 29. 10. 1918 in Frankfurt, in: Mitt. für den MFV, Jg. 1918, S. 6229; s. auch DVC Nr. 13 v. 15. 2. 1918
- <sup>102</sup> s. das Rundschreiben des CDI vom 28. 2. 1918; HA/GHH, 3001 248/1. Der Dt. Braunkohlen-Industrie-Verein sprach sich sogar in einer öffentlichen Entschließung nachdrücklich gegen das Rathenausche Programm aus (s. Dt. Braunkohlen-Industrie-Verein, Bericht über das Geschäftsjahr 1917/18, Halle 1918, S. 4). Ähnlich schroffe Ablehnung kam aus den Reihen der Werkvereine und ihrer Förderorganisationen (s. die Bemerkung Heinr. Frenzels in: Die dt. Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 34) sowie der Antisemiten: F. Roderich-Stolthheim (d. i. Theodor Fritsch), Anti-Rathenau, Leipzig 1918, S. 21.
- <sup>103</sup> Rundschreiben des Kriegsausschusses der dt. Industrie vom 14. 9. 1916; HA/GHH, 3001 248/2
- <sup>104</sup> Stresemann z. B. räumte ein, »daß eine völlige Loslösung der gebundenen Wirtschaft und ein einfacher Übergang in die freie Wirtschaft ein Ding der Unmöglichkeit ist« (Stresemann auf der Tagung des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes am 23. 6. 1917 in Budapest; zit. nach: SI 13 (1916/17), S. 95). In »begrenztem Rahmen« erkannte auch die Potsdamer Handelskammer eine Übergangsregelung als »berechtigt und notwendig« an, insbesondere die Unterbindung des Imports überflüssiger oder ersetzbarer Rohstoffe und Fertigwaren sowie die Beibehaltung von Sparvorschriften und Streckungsmitteln (Denkschrift der HK Potsdam, Sitz Berlin, an den Reichskanzler betr. Übergangswirtschaft, 29. 3. 1917; BA, Nl. Moellendorff Nr. 39). Ähnlich äußerte sich der Hansabund; s. Mitt. des Hansabundes Nr. 11/12 v. 29. 3. 1917
- <sup>105</sup> In einer Versammlung des Kriegsausschusses der dt. Industrie vom 18. 10. 1917 in Berlin erkannte Beukenberg die »Notwendigkeit einer unter staatlicher Mitwirkung geregelten Übergangswirtschaft nach Friedensschluß« an, und zwar in bezug auf die Beschaffung und Verteilung der wichtigsten industriellen Rohstoffe und der notwendigsten Lebens- und Futtermittel sowie eine Kontingentierung von Zahlungs- und Transportmitteln (zit. nach dem Bericht über die Versammlung des Kriegsausschusses der dt. Industrie am 18. 10. 1917 in Berlin, in: DAZ Nr. 43 v. 28. 10. 1917).
- <sup>106</sup> Hugenberg in der Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, zit. nach DVC Nr. 52 v. 9. 7. 1918; s. auch DAZ Nr. 26 v. 30. 6. 1918. – Zu entsprechenden Forderungen der bayerischen Wirtschaft s. Eckardt, Industrie und Politik in Bayern, S. 91; zur Haltung der Hamburger Kaufmanns- und Bankierskreise s. Haupts, Deutsche Friedenspolitik, S. 110ff.; zur Kampagne der Landwirtschaft Flemming S. 116ff.
- <sup>107</sup> Resolution des Kriegsausschusses der deutschen Industrie vom 18. 10. 1917, zit. nach DAZ Nr. 43 v. 28. 10. 1917; vgl. auch Feldman/Homburg S. 64f.
- <sup>108</sup> Rießler auf der Kriegstagung des Hansabundes vom Dezember 1917; zit. nach Mitt. des Hansabundes Nr. 49 v. 17. 12. 1917; ähnlich ebda. Nr. 11/12. v. 29. 3. 1917
- <sup>109</sup> HAPAG-Direktor Huldermann in: Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft. Vorträge und Reden anlässlich des Besuches des Deutschen Reichstages in Hamburg am 15. und 16. Juni 1918, Hamburg 1918 (Wirtschaftsdienst. Deutscher

Volkswirt. Hrsg. von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts, Sonderheft, S. 54 f.)

- <sup>110</sup> Entschließung des Deutschen Handelstages vom 2. 5. 1918 unter Berufung auf entsprechende Beschlüsse seines Ausschusses vom 11. 2. 1916 und 8. 8. 1917; zit. nach: Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 25 v. 22. 6. 1918, S. 340
- <sup>111</sup> So Wolfgang Kapp im Frühjahr 1918; zit. nach DVC Nr. 21 v. 15. 3. 1918
- <sup>112</sup> Korrespondenz des BdL Nr. 29 v. 11. 7. 1918, S. 73
- <sup>113</sup> Tagebucheintragung Koch-Wesers vom 16. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 14, Bl. 40. Es war nur konsequent, daß der Hansabund sogleich nach der Revolution daran ging, unter der Fahne der Rettung der privatwirtschaftlichen Ordnung das gesamte Bürgertum zu sammeln und in antisozialistischen »Bürgerräten« zu organisieren; s. unten S. 561 und 748
- <sup>114</sup> Die rheinische Industrie sprach sich auf einer Kundgebung in Köln im September 1917 »mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch aus, zur kommunistischen Wirtschaftsform überzugehen, die sich während des Krieges in ihrer staatssozialistischen Wirkung als unbrauchbar oder schädlich erwiesen« habe (zit. nach DAZ Nr. 38 v. 23. 9. 1917). Der Syndikus der VDA lehnte auf der Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände Mitte Oktober 1917 alle »staatssozialistischen und gemeinwirtschaftlichen Experimente« ab (s. den Bericht über diese Tagung ebda. Nr. 42 v. 21. 10. 1917). Wolfgang Kapp rief zum Kampf gegen »einen unmöglichen phantastischen kulturzerstörenden Sozialismus« (zit. nach DVC Nr. 21 v. 15. 3. 1918), das konservative Parteiorgan zur Verteidigung »gegen den Irrwahn der praktisch unmöglichen, sozialistisch durchtränkten Gemeinwirtschaft« (Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 17 v. 27. 4. 1918, Sp. 134; dazu auch die Resolution des Konservativen Provinzialvereins für Pommern vom 14. 3. 1918, abgedr. ebda. Nr. 12 v. 23. 3. 1918, und die Äußerungen der den Konservativen nahestehenden Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, DVC Nr. 17 v. 1. 3. 1918; zu dieser Vereinigung s. Stegmann S. 38 f. und Bürgerl. Parteien, II, S. 775 ff.). Die Ausformung dieser Argumente zum Antibolschewismus, der nach Kriegsende in der innen- und wirtschaftspolitischen Diskussion eine große Rolle spielte, begegnete besonders deutlich schon Anfang 1918 in einer Veröffentlichung der Deutschen Vereinigung, in der es hieß: »Die Bolschewiki haben sich am russischen Volk schwer versündigt, uns aber den großen Dienst erwiesen, durch die Tat zu zeigen, was praktisch dabei herauskommt, wenn die Sozialdemokraten die Macht über einen Staat erlangen, wie durch sie das Volk, dem sie goldene Berge versprochen haben, wirtschaftlich, kulturell und politisch, leiblich und seelisch zugrunde gerichtet wird. An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!« Heinrich Frenzel, Die Bolschewiki und wir! Eine lehrreiche Erfahrung besonders für den deutschen Arbeiter, Berlin 1918 (Flugschriften der Deutschen Vereinigung, Heft 4), S. 55
- <sup>115</sup> Georg Bernhard in einem Artikel in der Vossischen Zeitung vom 26. 5. 1919, in dem er der Sozialdemokratie außerdem vorwarf, sie habe trotz ihrer Einflußmöglichkeiten auf die Kriegswirtschaft »einem eigentlichen produktiven Sozialismus weniger Geltung verschafft als den demagogischen Bedürfnissen«. Ausschnitt in BA, R 43 I/1146, Bl. 124 f.; vgl. auch Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, S. 22
- <sup>116</sup> Der führende Gewerkschaftstheoretiker Adolf Braun bemerkte Anfang 1918: »Wenn auch die Kriegswirtschaft alles andere als Kriegssozialismus ist, so hat der Krieg doch die Entwicklung zum Sozialismus auf das äußerste gefördert.« Adolf Braun in einem Vortrag über Gewerkschaften und Übergangswirtschaft am 25. 1. 1918 in einer Versammlung des Gewerkschaftskartells Dresden; zit. nach: Jahrbuch

- der Dresdner Gewerkschaften 1918, Dresden 1919, S. 36; ähnlich Heinrich Peus, *Der Sozialismus und der sog. Kriegssozialismus*, in: SM 23 (1917), I, S. 193; vgl. auch Paul Lensch, *Drei Jahre Weltrevolution*, Berlin 1917, S. 202 ff.
- <sup>117</sup> DW Nr. 1 v. 6. 1. 1918, S. 6
- <sup>118</sup> Wels in der Reichstagsitzung vom 6. 7. 1918; Sten. Ber. Bd. 313, S. 5851. – Der Große Ausschuß des BdL wandte sich im Oktober 1918 gegen »die sozialdemokratische Zwangswirtschaft in unserer Ernährungspolitik« (Korrespondenz des BdL Nr. 42 v. 10. 10. 1918, S. 103). – »Die Verantwortung der Sozialdemokratie für die Übelstände in der Kriegswirtschaft ist unbestreitbar, da diese in der Hauptsache nach den von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen eingerichtet worden ist«; so Heinrich Frenzel, *Das sozialistische Endziel, die Kriegswirtschaft und der Staatssozialismus*, in: *Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges*, S. 30
- <sup>119</sup> s. die Ausführungen Rießers in der Direktoriumssitzung des Hansabundes am 20. 2. 1918, abgedr. Hansabund Nr. 3 (März 1918), S. 9 f.; die Ausführungen Meesmanns in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 25. 10. 1917 in Frankfurt, in: Mitt. f. d. MFV, Jg. 1917, S. 6053; die Bemerkungen Hugenbergs in der Sitzung der HK Essen-Mülheim-Oberhausen am 26. 3. 1918, abgedr. in: Hugenberg, *Streiflichter*, S. 189, sowie das Referat Witthoeffts über Handel und Friedenswirtschaft anlässlich des Besuches des Reichstages in Hamburg am 15./16. 6. 1918, in: *Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft*, S. 7 ff.
- <sup>120</sup> s. die Bemerkungen Max Warburgs ebda. S. 38, Huldermanns ebda. S. 50 und Ballins ebda. S. 59; s. auch die Ausführungen Hugenbergs in der Sitzung der HK Essen am 12. 1. 1918, abgedr. in: Hugenberg, *Streiflichter*, S. 193, und die Äußerungen Meesmanns in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 29. 10. 1918 in Frankfurt, abgedr. in: Mitt. f. d. MFV, Jg. 1918, S. 6224
- <sup>121</sup> Arbeiterbewegung Nr. 20 v. 24. 10. 1917, S. 167
- <sup>122</sup> Rundschreiben des CDI vom 28. 2. 1918; HA/GHH, 3 001 248/1
- <sup>123</sup> *Der Arbeiter* (Berlin) Nr. 19 v. 23. 9. 1917
- <sup>124</sup> Heinr. Frenzel in: *Die dt. Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges*, S. 29
- <sup>125</sup> ebda.
- <sup>126</sup> Rießers in der Direktoriumssitzung des Hansabundes am 20. 2. 1918; zit. nach Hansabund Nr. 3 (März 1918), S. 9
- <sup>127</sup> »Ich behaupte, daß derjenige, der zunächst zur freien Wirtschaft zurückkehrt, siegen wird im Frieden, auch wenn er den Krieg verloren hat, daß derjenige aber, der sich dieser Friedenswirtschaft entgegenstellt, verlieren wird im Frieden, auch wenn er den Krieg glänzend gewonnen hat.« So Rießers in einer Kundgebung des Hansabundes am 30. 4. 1918 in der Berliner Philharmonie (zit. nach Mitt. des Hansabundes Nr. 14/17 v. 3. 5. 1918). Auch Stresemann schien durch dauernde staatliche Lenkungsmaßnahmen »die Zukunft der deutschen Weltwirtschaft mehr gefährdet als durch alle Pariser Wirtschaftskonferenzen. So können uns unsere Feinde nicht schädigen, wie sie, die unsere Zukunft hierauf basieren wollen.« Stresemann auf der Tagung des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbundes am 23. 6. 1917 in Budapest; zit. nach: SI 13 (1916/17), S. 95. Herzog Ernst-Günther von Schleswig-Holstein erklärte im Preuß. Herrenhaus sogar, »ein bewußter Übergang zur sozialistischen Ausgestaltung unserer Volkswirtschaft würde ... in seiner Wirkung nicht nur einem verlorenen Kriege, sondern der Zertrümmerung des Reiches gleichkommen«; zit. nach DVC Nr. 27 v. 3. 4. 1917
- <sup>128</sup> Rundschreiben des CDI vom 28. 2. 1918; HA/GHH, 3 001 248/1

- <sup>129</sup> s. dazu Zunkel S. 84 ff.
- <sup>130</sup> Schweighoffer in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 69
- <sup>131</sup> In bezug auf die Übergangswirtschaft beschränkte er sich auf die Versicherung, daß das Wirtschaftsleben nach Kriegsende so schnell wie möglich wieder so werden sollte, wie es vor dem 1. August 1914 gewesen war, und daß keine staatlichen Eingriffe erfolgen würden, die diese Entwicklung hemmen könnten. S. seine Ausführungen vor dem Reichstags-Ausschuß für Handel und Gewerbe vom 14. 10. 1916, abgedr. in: Helfferich, Reden und Aufsätze aus dem Kriege, Berlin 1917, S. 233 ff.; s. auch den Nachruf der offiziellen NAZ auf seine Amtszeit, zit. in Corr. bl. Nr. 46 v. 17. 11. 1917, S. 434
- <sup>132</sup> Sthamer in einer Besprechung im Reichskommissariat für Übergangswirtschaft über Form, Umfang und Richtung der Tätigkeit des Reichskommissariats am 20. 11. 1916; Prot. in BA, NI. Moellendorff Nr. 39
- <sup>133</sup> Die entsprechende Verordnung ist abgedr. Corr.bl. Nr. 36 v. 7. 9. 1918, S. 337. Als Referent für Valuta- und Finanzfragen wurde der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Roland-Lücke, bis 1907 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und einflußreiches Mitglied des BdI und des Hansabundes, berufen; als Referent für die Seeschifffahrt Hermann C. Helms, Vorstandsmitglied der Bremer Hansa-Reederei; als Referenten für Handelsfragen der Präsident der Deutschen Ozeanreederei Bremen, Dr. Lohmann, und der Berliner Kommerzienrat Arnhold; als Referenten für Industriefragen Beukenberg, Rieppel und der Dresdner Textilindustrielle Marwitz; als Referent für die Landwirtschaft der Rittergutsbesitzer Hoesch, konservativer Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft und Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen; s. die Mitt. Helfferichs in seiner Rede vor dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe vom 14. 10. 1916; a. a. O. S. 247f.
- <sup>134</sup> s. Zunkel S. 78
- <sup>135</sup> Rundschreiben des Kriegsausschusses der dt. Industrie vom 14. 9. 1916; HA/GHH, 3001 248/2
- <sup>136</sup> Die freigewerkschaftliche Vorständekonferenz vom Nov. 1916 forderte eine direkte Vertretung der Gewerkschaften im Reichskommissariat (s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 86). Die gemeinsame Denkschrift der Gewerkschaftsverbände zur Übergangswirtschaft verlangte ebenfalls eine Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zum Reichskommissariat sowie zu allen Wirtschaftsämtern, die unter seiner Leitung in allen Bundesstaaten und preuß. Provinzen errichtet werden sollten (s. das Gewerkschaftsprogramm zur Übergangswirtschaft, Corr.bl. Nr. 42 v. 20. 10. 1917, S. 389). Die Vorständekonferenz vom Juli 1917 bekräftigte diese Forderung noch einmal; s. ebda. Nr. 31 v. 4. 8. 1917, S. 302.
- <sup>137</sup> ebda. Nr. 33 v. 18. 8. 1917, S. 314f.
- <sup>138</sup> zit. ebda. S. 315
- <sup>139</sup> Mitteilung Jäckels in der Konferenz des Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6./7. 4. 1918 in Dresden, Sten. Bericht S. 11
- <sup>140</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 86f.
- <sup>141</sup> s. dazu z. B. die Denkschrift des Geh. Oberregierungsrats im Reichskommissariat, Goldkuhle, von Ende 1916 über die Aufgaben des Amtes. BA, NI. Moellendorff Nr. 39
- <sup>142</sup> s. die Resolution der CDI-Delegiertenversammlung vom 19. 10. 1916, abgedr. DAZ

- Nr. 45 v. 5. 11. 1916, sowie die Ausführungen Roetgers in der CDI-Ausschußsitzung vom 12. 7. 1918; Verh., Mitt. und Berichte des CDI Nr. 131, S. 18; s. ferner DVC Nr. 61 v. 7. 8. 1917 und die Zusammenstellung der wichtigsten Verlautbarungen der verschiedenen Unternehmergruppen in: Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller betr. Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Stellung Sachsens im Reich, Dresden 1917, S. 77ff. Zur Einrichtung des RWA s. im übrigen Friedrich Facius, *Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrh. bis 1945*, Boppard 1959, S. 84ff.
- <sup>143</sup> Corr.bl. Nr. 33 v. 18. 8. 1917, S. 313; s. auch Paul Umbreit, *Die Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes*; in: NZ 36 (1917/18), I, S. 241 ff.
- <sup>144</sup> Beukenberg gegenüber erklärte er im September 1917, »daß wir möglichst bald wieder auf die freiheitliche Wirtschaftsordnung kommen müssen«; Mitt. Beukenbergs in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 64
- <sup>145</sup> Stein in einer Rede vor der Bremer Kaufmannschaft im Spätsommer 1918, abgedr. in: SI 14 (1917/18), S. 184
- <sup>146</sup> Denkschrift des RWA über seine Tätigkeit seit Mitte November 1918, 30. 11. 1918; BA, Nl. Moellendorff Nr. 82
- <sup>147</sup> Resolution der CDI-Ausschußsitzung vom 19. 10. 1916, abgedr. DAZ Nr. 45 v. 5. 11. 1916
- <sup>148</sup> Resolution des VdESI-Hauptvorstandes vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/91, Bl. 41
- <sup>149</sup> Resolution der CDI-Ausschußsitzung vom 19. 10. 1916
- <sup>150</sup> s. Facius S. 91; Zunkel S. 142
- <sup>151</sup> Kind in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 24. 9. 1917: a. a. O.
- <sup>152</sup> s. Zunkel S. 142 f.
- <sup>153</sup> Kind in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 24. 9. 1917, a. a. O. Bl. 60
- <sup>154</sup> Kind ebda. Bl. 66
- <sup>155</sup> Meyer ebda. Bl. 70
- <sup>156</sup> s. die Bemerkungen Meyers ebda.
- <sup>157</sup> Beukenberg ebda. Bl. 46
- <sup>158</sup> ebda. Bl. 47
- <sup>159</sup> ebda. Bl. 54
- <sup>160</sup> ebda.
- <sup>161</sup> s. die Aufzeichnung über die Besprechung einer Delegation der Großindustrie und v. Stein und seinen Mitarbeitern über die VdESI-Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Krieg am 5. 1. 1918 im RWA; BA, R 13 I/371, Bl. 96ff.
- <sup>162</sup> Die entsprechende Resolution der außerordentl. Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes vom 24.–27. 6. 1917 in Augsburg ist abgedr. in: Corr.bl. Nr. 29 v. 21. 7. 1917, S. 280; die Denkschrift des Verbandsvorstandes ist auszugweise abgedr. ebda. Nr. 33 v. 18. 8. 1917, S. 315f.
- <sup>163</sup> So informierte die Reichsregierung Anfang 1918 die Generalkommission, den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und das Generalsekretariat der H.-D.-Gewerkvereine über die Zahl der in die Wirtschaftsstellen für Wolle, Baumwolle, Flachs, Seide und Kunstwolle zu entsendenden Arbeitervertreter; die Zentralen gaben die Information an die zuständigen Einzelgewerkschaften weiter, die sich sodann auf gemeinsame Personalvorschläge einigten und sie dem RWA unterbreiteten, das ihnen entsprach; s. die Ausführungen Jäckels in der Konferenz des Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6./7. 4. 1918 in Dresden, Sten. Bericht S. 13. Anders sah die Praxis im Königreich Sachsen aus, in dem die wichtigsten Zentren der deutschen Textilindustrie lagen. Die sächsi-

sche Regierung berief gleiche Fachausschüsse wie das Reich, wies den Arbeitervetretern darin aber nur eine Statistenrolle zu, indem sie ihnen eine gegenüber den Unternehmervetretern verschwindend geringe Zahl von Sitzen zumutete, so daß sie sich nur als »Dekoration« empfanden (Jäckel ebda. S. 11). Außerdem setzte sich die sächsische Regierung über die Organisationsverhältnisse der Textilarbeiterschaft hinweg. Obwohl in Sachsen ca. 60000 freigewerkschaftlich Organisierten nur insgesamt 1000 Mitglieder der christlichen und H.-D. Textilarbeiterorganisation gegenüberstanden, stellten die letzteren zusammen 5, der Textilarbeiterverband dagegen nur 3 Vertreter in den Übergangswirtschaftsstellen; in dem wichtigen Unterausschuß für Demobilmachung war er überhaupt nicht vertreten; s. ebda. S. 15

<sup>164</sup> ebda. S. 13

<sup>165</sup> s. Corr.bl. Nr. 36 v. 7. 9. 1918, S. 337f., und Hermann Krätzig, Die Organisation der Übergangswirtschaft in der deutschen Textilindustrie, in: NZ 36 (1917/18), II, S. 457ff.

<sup>166</sup> Schumann in Corr.bl. a. a. O. S. 338

<sup>167</sup> s. Zunkel S. 14ff.; s. auch Herbert v. Beckerath, Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industrie, Jena 1922

<sup>168</sup> s. Corr.bl. Nr. 36 v. 7. 9. 1918, S. 337

<sup>169</sup> s. Zunkel S. 144ff.

<sup>170</sup> Witthoefft in der Kundgebung der Hamburger Unternehmerschaft anlässlich des Besuchs des Reichstages am 15./16. 6. 1918; Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft, S. 17

<sup>171</sup> Die vom Hansabund einberufene Versammlung in der Berliner Philharmonie vom 24. 9. 1918 protestierte »gegen die Richtung und Häufung der Regierungsmaßnahmen zur Regelung der Übergangswirtschaft« unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Verordnung zur Textilbewirtschaftung. Um das Zustandekommen weiterer derartiger Verordnungen zu erschweren, sprach sie sich gegen die Erteilung einer Ermächtigung an den Bundesrat zur Regelung der Übergangswirtschaft aus und forderte statt dessen, »jeder einzelne etwa unvermeidliche staatliche Eingriff dürfte nur von Fall zu Fall im Einvernehmen mit dem Reichstage, nach Anhörung der beteiligten Kreise getroffen werden«. Die Entschließung ist abgedr. in: Hansabund, 9. Jg. Nr. 10 (Oktober 1918), S. 35. Zur Kritik an der Textil-Verordnung s. auch die Äußerungen Meesmanns in der Versammlung des MFV und der Südd. Gruppe des VdESI vom 23. 10. 1918, in: Mitt. f. d. MFV, Jg. 1918, S. 6222

## 11. Kapitel

<sup>1</sup> Die Verhandlungen über dieses Programm begannen innerhalb des Gewerkschaftsblocks unmittelbar nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes; s. die Protokolle der Vorständekonferenzen vom 20./22. 11. 1916 und vom 20./22. 3. 1917; Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 50 bzw. 53ff.; Corr.bl. Nr. 13 v. 31. 3. 1917, S. 136

<sup>2</sup> Das Programm ist abgedr. ebda. Nr. 42 v. 20. 10. 1917, S. 389ff.

<sup>3</sup> Denkschrift des VdESI über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Krieg, August 1917; BA, R 13 I/370

<sup>4</sup> Feldman S. 381

<sup>5</sup> »Die Ausgestaltung unserer Sozialpolitik ist im vollen Maße nur bei einem auf Sieg beruhenden Frieden möglich.« So Hoff in: Die deutsche Arbeiterbewegung

- unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 117. – Zur sozialimperialistischen Motivation der industriellen Kriegsziele s. im übrigen Fischer, Griff, *passim*
- <sup>6</sup> zit. nach dem Bericht über die Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände in Nürnberg, in: *Der Arbeitgeber* Nr. 20 v. 15. 10. 1917, S. 129; ähnlich Tänzler ebda. Nr. 1 v. 1. 1. 1918, S. 2, und Nr. 9 v. 1. 5. 1918, S. 65; vgl. auch die Äußerungen Meesmanns in einer Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 25. 10. 1917, abgedr. *Mitt. für den MFV*, Jg. 1917, S. 6062, sowie die Äußerungen Hoff's in: *Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges*, S. 117; *ferner DW* Nr. 1 v. 6. 1. 1918, S. 6
- <sup>7</sup> *Der Arbeitgeber* Nr. 12 v. 15. 6. 1918, S. 87
- <sup>8</sup> *DVC* Nr. 2 v. 8. 1. 1918
- <sup>9</sup> *DAZ* Nr. 25 v. 24. 6. 1917; s. auch die Ausführungen Schweighoffers in der Delegiertenversammlung des CDI am 12. 7. 1918; *Verhandlungen, Mitt. und Berichte des CDI*, Nr. 131, Berlin 1918, S. 22
- <sup>10</sup> s. zum folgenden die Denkschrift der VDA über Forderungen der Übergangszeit und Friedenswirtschaft, März 1918; abgedr. bei Otto Leibrock, *Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Arbeitgeberverbände*, I. Teil: *Geschichte, Organisation und Aufgaben der Arbeitgeberverbände*, Berlin 1922, S. 116 ff.; wieder abgedr. bei Roswitha Luckebusch, *Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden*, Berlin 1966 (*Untersuchungen über Gruppen und Verbände*. Bd. 3), S. 214 ff.; referiert bei Fritz Tänzler, *Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904–1929*. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1929, S. 125 ff.
- <sup>11</sup> Von den Wirtschaftsfriedlichen wurden die Forderungen der VDA lebhaft unterstützt; s. das sozialpolitische Referat Wallmanns auf der Tagung des Bundesausschusses des BdW vom 1. 9. 1917 und die dazu verabschiedete Resolution, abgedr. in: *Die Arbeiterbewegung* Nr. 18 v. 20. 9. 1917, S. 151 f.; s. auch die Ausführungen Sartorius' über die Neugestaltung des Arbeiterrechts und die künftige Sozialpolitik, in: *Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges*, S. 134 ff. Vgl. auch die Ausführungen Beumers in einer Tischrede anlässlich der ord. Hauptversammlung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten am 30. 5. 1918 in Berlin; zit. in: *Zwanglose Mitteilungen für die Mitglieder des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten*, 18. Jg. Nr. 5 (10. 9. 1918), S. 165
- <sup>12</sup> Reusch an Wieland, 25. 8. 1917; HA/GHH, 30019 390/29
- <sup>13</sup> Duisberg in einer Besprechung im Düsseldorfer Industrieclub am 19. 8. 1917; zit. nach der Niederschrift in HA/GHH, 30019 390/7. Der VdESI bezichtigte sogar die Kriegsamtsstellen, »Agitation für die Gewerkschaften zu treiben und Industrielle zu veranlassen, ihre Arbeiter in die Organisationen hineinzutreiben«; Denkschrift des VdESI über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, August 1917; BA, R 13 I/370
- <sup>14</sup> Bericht über die Sitzung im Düsseldorfer Industrieclub am 19. 8. 1917; MA, NI. Groener, N 46/113, Bl. 85
- <sup>15</sup> Denkschrift des VdESI vom August 1917; BA, R 13 I/370
- <sup>16</sup> s. dazu die Dokumente in: *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18*. Bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey (*Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 1. Reihe Bd. 1), Teil I, Düsseldorf 1959, S. 233 ff. (künftig zit.: IFA); *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 778
- <sup>17</sup> Der Paragraph ist wörtlich abgedr. bei Kurt Stenkewitz, *Gegen Bajonett und Dividende*, Berlin 1960, S. 163, Anm. 98
- <sup>18</sup> Zur Auslegung des § 153 GO durch die Gerichte vor 1914 s. Saul, *Staat*, S. 211 ff.



- <sup>19</sup> s. Stenkewitz S. 164
- <sup>20</sup> Aufzeichnung des RWA für den Reichskanzler, November 1917; abgedr. AF 4/II, S. 782
- <sup>21</sup> s. ebda. – Aus den statistischen Angaben zur Militanz der Streiks im Kaiserreich bei Heinrich Volkmann, *Modernisierung des Arbeitskampfes? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1974*, in: Hartmut Kaelble u. a., *Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1978, S. 150ff., gehen Strafmaß und absolute Zahl der Urteile aufgrund des § 153 GO nicht hervor.
- <sup>22</sup> Hoff in DW Nr. 19 v. 12. 5. 1918, S. 60
- <sup>23</sup> s. Stenkewitz S. 164 ff.; Saul, Staat, S. 283 ff.
- <sup>24</sup> Zur Wandlung der Rechtsprechung des Reichsgerichts nach Kriegsausbruch s. Saul, Staat, S. 239
- <sup>25</sup> s. oben S. 74, 119 und 215 ff.; s. auch Aug. Winnig, *Und wo bleiben wir?* in: Die Glocke Nr. 33 v. 17. 11. 1917, S. 266
- <sup>26</sup> Die Begründung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung des § 153 GO ist abgedr. als Anlage zum Schreiben des StS des RWA an alle preuß. Staatsminister vom 25. 1. 1918, AF 4/III, S. 960ff.; auszugsweise in Corr.bl. Nr. 17 v. 27. 4. 1918, S. 159f.
- <sup>27</sup> Zur Haltung Stresemanns s. z. B. dessen Aufzeichnung über den Sturz Michaelis', 11. 11. 1917, zit. in: *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 779
- <sup>28</sup> s. die Ausführungen Hirschs in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 151; s. auch die Bemerkungen Reicherts auf der 3. Kriegstagung des VdESI am 8. 12. 1917; BA, R 13 I/133, Bl. 44
- <sup>29</sup> Eingabe der VDA an den Reichskanzler, 14. 12. 1917; abgedr. AF 4/II, Nr. 267, S. 832f.
- <sup>30</sup> Stein in der Besprechung mit Vertretern der Großindustrie über die Eingabe des VdESI vom August 1917, 5. 1. 1918; Aufzeichnung in: BA, R 13 I/371
- <sup>31</sup> s. die Begründung des RWA zum Gesetzentwurf für die Aufhebung des § 153 GO, AF 4/III, S. 962
- <sup>32</sup> Tänzler in der Besprechung im RWA vom 5. 1. 1918, BA, R 13 I/371
- <sup>33</sup> Hoff in: DW Nr. 19 v. 12. 5. 1918, S. 151
- <sup>34</sup> s. die Äußerungen Beumers in der Mitgliederversammlung der VDA am 7. 3. 1918 in Berlin; s. den Bericht über diese Versammlung in DAZ Nr. 11 v. 17. 3. 1918
- <sup>35</sup> ebda. Nr. 18 v. 5. 5. 1918
- <sup>36</sup> DVC Nr. 18 v. 5. 3. 1918. Die Mitgliederversammlung der VDA vom 7. 3. 1918 sprach sich entschieden gegen die Aufhebung des § 153 GO aus; s. DAZ Nr. 11 v. 17. 3. 1918; ebenso in ihrer Denkschrift vom März 1918; s. den Abdruck bei Lekkbusch S. 222. Für ablehnende Stellungnahmen der Arbeitgeberpresse und den Ruf nach Verschärfung des Arbeitswilligenschutzes s. ferner u. a. DAZ Nr. 5 v. 3. 2. 1918 und Nr. 29 v. 21. 7. 1918; DVC Nr. 49 v. 16. 6. 1917, und Nr. 24 v. 26. 3. 1918; Die bayerische Industrie, Nr. 11 v. 1. 6. 1918, S. 4 (künftig zit.: BI)
- <sup>37</sup> Schrey, der Vorsitzende des Verbandes ostdeutscher Industrieller, in der Besprechung im RWA vom 5. 1. 1918; a. a. O.
- <sup>38</sup> Hoff in einer Versammlung des Mittelrhein. Fabrikanten-Vereins und der Süddt. Gruppe des VdESI am 25. 4. 1918 in Frankfurt; Mitt. für den MFV, Jg. 1918 S. 6204
- <sup>39</sup> Eingabe des MFV an den Reichstag betr. Aufhebung des § 153 GO, 30. 4. 1918; abgedr. ebda. S. 6214f.; s. auch die Ausführungen Meesmanns in der Hauptversammlung dieses Vereins und der Süddt. Gruppe des VdESI am 17. 1. 1918 in Frankfurt, ebda. S. 6098

- <sup>40</sup> Der Kaiserslauterer Eisenindustrielle und Vorsitzende der rheinpfälzischen Sektion des Bayerischen Industriellen-Verbandes, Wilhelm Ugé, ebda. S. 6101
- <sup>41</sup> So die Entschließung des Vorstandes des BdW vom 5./6. 11. 1917, abgedr. DW Nr. 47 v. 25. 11. 1917, S. 376; s. außerdem Werkverein Nr. 6 v. 9. 2. 1918; ebda. Nr. 18 v. 4. 5. 1918; DW Nr. 45 v. 11. 11. 1917, S. 357f., und die Erklärungen Wallmanns in der Ausschußsitzung des BdW vom 1. 9. 1917, abgedr. DW Nr. 37 v. 16. 9. 1917, S. 294; Resolution der wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine Sachsens vom 12. 8. 1917, DW Nr. 34 v. 26. 8. 1917, S. 272; die Erklärungen Hilbig's auf der Magdeburger Tagung des BdW vom 13. 5. 1918, abgedr. DW Nr. 21 v. 26. 5. 1918, S. 163; Niederschrift des 2. VT des Kartellverbandes dt. Werkvereine am 19./20. 1. 1918, S. 35 ff.; Arbeiter (Berlin) Nr. 2 v. 27. 1. 1918 und Nr. 5 v. 10. 3. 1918; Wirtschaftsfriede Nr. 11 v. 16. 3. 1918, sowie die Bemerkungen Otto Sartorius' in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 137.
- <sup>42</sup> s. Werkverein Nr. 18 v. 4. 5. 1918
- <sup>43</sup> s. ZBl. Nr. 11 v. 21. 5. 1918, S. 87
- <sup>44</sup> Aufzeichnung des RWA für den Reichskanzler, Nov. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 782
- <sup>45</sup> s. zu derartigen Überlegungen ZBl. Nr. 7 v. 25. 3. 1918, S. 53f.
- <sup>46</sup> Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein, Bericht über das Geschäftsjahr 1917/18, Halle 1918, S. 7
- <sup>47</sup> Werkverein Nr. 19 v. 11. 5. 1918
- <sup>48</sup> Entschließung der 5. Tagung des Bundes deutscher Werkvereine vom 13./14. 5. 1918, abgedr. in: Arbeiterbewegung Nr. 10 v. 28. 5. 1918, S. 74
- <sup>49</sup> Corr.bl. Nr. 17 v. 27. 4. 1918, S. 160
- <sup>50</sup> ZBl. Nr. 16 v. 29. 7. 1918, S. 127
- <sup>51</sup> s. IFA I, S. 245 Anm. 58a; ferner das Protokoll des Interfrakt. Ausschusses vom 22. 10. 1917, ebda. S. 249, und vom 29. 10. 1917, ebda. S. 336; Aufzeichnung Stresemanns vom 11. 11. 1917, ebda. S. 573 ff.; Protokoll der Besprechung Hertlings mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen am 28. 11. 1917, ebda. S. 621
- <sup>52</sup> Der gewerkschaftliche Gesetzentwurf ist abgedr. u. a. Corr.bl. Nr. 49 v. 8. 12. 1917, S. 455 ff., und Nr. 50 v. 15. 12. 1917, S. 463 ff., sowie in: Arbeitskammern und Einigungswesen. Materialien zur Behandlung des Gesetzentwurfs betr. Arbeitskammern, hrsg. von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1918, S. 9ff.
- <sup>53</sup> Bethmann Hollweg als Staatssekretär des Innern am 22. 10. 1907 in einer Rede vor dem 2. Kongreß der christlich-nationalen Arbeiter in Berlin; zit. bei Groh S. 115
- <sup>54</sup> s. dazu im Überblick Syrup, 100 Jahre staatliche Sozialpolitik, S. 197 ff.; Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 1245 ff.
- <sup>55</sup> s. Umbreit, 25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung, S. 118 f.; ders., Arbeitskammer und Einigungsamt, in: Glocke Nr. 38 v. 22. 12. 1917, S. 467 ff.; R. Fette, Arbeiterkammern, ebda. Nr. 17 v. 28. 7. 1917, S. 677 ff.; Arbeitskammern und Einigungswesen, S. 3f.; Born S. 225 ff.
- <sup>56</sup> Außerdem sollte bei jeder Arbeitskammer ein für mehrere Verwaltungsbezirke zuständiges Einigungsamt eingerichtet werden, dessen Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit von der Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberabteilung der Arbeitskammer zu bestimmen waren. Dieses Quorum schloß die Wirtschaftsfriedlichen von den Einigungsämtern aus.
- <sup>57</sup> s. Corr.bl. Nr. 49 v. 8. 12. 1917, S. 455
- <sup>58</sup> Aufzeichnung betr. ein Arbeitskammergesetz, im RWA für den Rkz. angefertigt, Dez. 1917; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 84a/186, Bl. 38 ff.; auch zum folgenden

- 59 Stein in einer Besprechung mit Vertretern der Großindustrie am 5. 1. 1918; BA, R 13 I/371
- 60 DAZ Nr. 2 v. 13. 1. 1918
- 61 Aufzeichnung über die Besprechung zwischen Vertretern der Großindustrie und dem StS des RWA am 5. 1. 1918, a. a. O.; auch zum folgenden; s. auch die Mitteilungen über diese Sitzung in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 21. 2. 1918, in: Mitt. für den MFV, Jg. 1918, S. 6131
- 62 Röchling in der Besprechung im RWA vom 5. 1. 1918; a. a. O.
- 63 ebda.
- 64 DAZ Nr. 52 v. 30. 12. 1917
- 65 Hilger in der Besprechung im RWA vom 5. 1. 1918; a. a. O.
- 66 DAZ Nr. 47 v. 25. 11. 1917; s. auch DAZ Nr. 1 v. 6. 1. 1918
- 67 Die Arbeiterbewegung Nr. 5 v. 12. 3. 1918, S. 33
- 68 s. ebda. S. 33f.; außerdem die Ausführungen Otto Sartorius' in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 142, sowie das Referat Rupps auf der 5. Tagung des Bundes deutscher Werkvereine vom 13./14. 5. 1918, ebda. Nr. 10 v. 28. 5. 1918, S. 74; Der Arbeiter (Berlin) Nr. 9 v. 16. 5. 1918. Zu gleichen Forderungen der Berliner Richtung der Werkvereine s. die Ausführungen Nathansons auf dem 2. VT des Kartellverbandes dt. Werkvereine in Berlin, 19./20. 1. 1918; Niederschrift S. 34
- 69 s. das Begleitschreiben Hertlings zur Übermittlung des Gesetzentwurfs, 9. 2. 1918; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 84a/186, Bl. 66ff.; auch zum folgenden
- 70 s. die Stellungnahmen Sydows vom 14. 2. 1918, des Landwirtschaftsministers v. Eisenhart-Rothe vom 22. 2. und Breitenbachs vom 20. 2. 1918, ebda. Bl. 86ff.
- 71 s. zum folgenden das Protokoll der Sitzung des Preussischen Staatsministeriums vom 28. 2. 1918; ebda. Bl. 104ff.
- 72 Hertling an die preussischen Staatsminister, 9. 2. 1918; ebda. Bl. 68
- 73 Hauptziel dieses Planes war es, die gewerkschaftliche Bewegung unter den Landarbeitern auszutrocknen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Vgl. hierzu den Entwurf Roesickes für eine programmatische Erklärung zur Umgestaltung des Landwirtschaftskammer-Gesetzes, 4. 7. 1918; abgedr. bei Tippelskirch S. 247ff. Ausführlich zu diesen Intentionen und den damit verbundenen sozialpolitischen Überlegungen der Agrarier Flemming S. 155ff.
- 74 Gegenäußerung Steins vom 24. 2. 1918; a. a. O. Bl. 95ff.
- 75 s. das Protokoll der Sitzung des preussischen Staatsministeriums vom 9. 3. 1918; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 84a/186, Bl. 120ff.; auch zum folgenden
- 76 Der Regierungsentwurf ist abgedr. in: Arbeitskammern und Einigungswesen, S. 16ff.; s. auch Rudolf Wissell, Die Arbeitskammervorlage, in: NZ 36 (1917/18), II, S. 324ff.
- 77 s. hierzu Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 809ff. und den Stoßseufzer Treutlers über die »unverantwortlichen Beutegierigen, die über baltische und litauische Kravatten das deutsche Hemd vergessen«; Treutler an Bethmann Hollweg, 25. 9. 1918; abgedr. in: Janßen (Hrsg.), Die graue Eminenz, S. 252
- 78 Rundschreiben der Generalkommission an die Gewerkschaftskartelle, 18. 5. 1918; Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung; s. auch Corr. bl. Nr. 18 v. 4. 5. 1918, S. 167; zur Kritik in den freien Gewerkschaften s. auch den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskartells vom 25. 7. 1918, abgedr. in: Die Tätigkeit des Leipziger Gewerkschaftskartells und der Gewerkschaften Leipzigs während der Kriegszeit, Leipzig 1919, S. 32
- 79 ZBl. Nr. 10 v. 6. 5. 1918, S. 78; zur Kritik der christl. Gewerkschaften s. außerdem

- den Beitrag von Franz Behrens in DA 3 (1918), S. 194ff. und die Resolution der Generalversammlung des CMV vom Sept. 1918, abgedr. ZBl. Nr. 21 v. 7. 10. 1918, S. 175; zur Kritik der kath. Arbeitervereine s. WAZ v. 12. 5. 1918, S. 73
- <sup>80</sup> Legien in der RT-Sitzung vom 1. 5. 1918; Sten. Ber. Bd. 312, S. 4856; vgl. auch Leipart, Legien, S. 67; zur gleichen Erwartung der H.-D. Gewerksvereine s. Gewerkverein Nr. 33/34 v. 18. 5. 1918, S. 67
- <sup>81</sup> Zur Haltung der Nationalliberalen, die einen Kompromiß zwischen Gewerkschafts- und Regierungsforderungen anstrebten, s. den Beitrag des Reichstagsabgeordneten Gugelmeier in: Nationalliberale Correspondenz (künftig zit. : NLC) Nr. 125 v. 20. 6. 1918
- <sup>82</sup> Die Einbeziehung der Angestellten scheiterte an der Uneinigkeit der Angestelltenorganisationen.
- <sup>83</sup> Zuden Kommissionsberatungen s. den Bericht Legiens in Corr. bl. Nr. 29 v. 20. 7. 1918, S. 267ff., und den Bericht des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten Schäfer vom 6. 7. 1918, GLA Karlsruhe, 49/2055, sowie den Bericht Meyers in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 197ff.; s. auch das Protokoll der SPD-Fraktionssitzung vom 13. 6. 1918, SPD-RT-Fraktion, II, S. 404
- <sup>84</sup> s. Legien a. a. O. S. 268 und ZBl. Nr. 20 v. 23. 9. 1918, S. 158
- <sup>85</sup> Resolution der Mitgliederversammlung der VDA vom 7. 3. 1918, abgedr. DAZ Nr. 11 v. 17. 3. 1918; s. ferner die Denkschrift der VDA vom März 1918, abgedr. bei Leckebusch S. 216ff.; DVC Nr. 16 v. 26. 2. 1918; Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein, GBer. 1917/18, S. 6. In der Delegiertenversammlung des CDI vom 12. 7. 1918 bat Beumer im Namen der westdeutschen Großindustrie den CDI dringend, den ablehnenden Standpunkt gegenüber den Arbeitskammern beizubehalten und nachdrücklich dafür einzutreten, »daß als Disponent im Betriebe der Wirtschaftstreibende Herr im Hause bleiben muß«. (Bericht über die Delegiertenversammlung des CDI am 12. 7. 1918; Verhandlungen, Mitt. und Berichte des CDI, Nr. 131, Berlin 1918, S. 57)
- <sup>86</sup> Meyer ebda. S. 63
- <sup>87</sup> Tänzler ebda. S. 66
- <sup>88</sup> s. die Resolution der Mitgliederversammlung der VDA vom 7. 3. 1918; a. a. O.
- <sup>89</sup> Roetger in der Delegiertenversammlung des CDI am 12. 7. 1918; a. a. O. S. 22
- <sup>90</sup> Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein, Geschäftsbericht 1917/18, S. 6
- <sup>91</sup> Roetger in der Delegiertenversammlung des CDI am 12. 7. 1918; a. a. O. S. 22
- <sup>92</sup> s. den Bericht über die Tagung des CDI vom 12. 7. 1918 in DAZ Nr. 29 v. 21. 7. 1918; s. auch die Stellungnahme des VSI vom 24. 8. 1918, in: SI, Jg. 1918/19, S. 178; Prot. der 49. ord. Mitgliederversammlung des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk vom 25. 7. 1918, in: Mitt. des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk, Aachen 1918, S. 7f.; Entschlie-ßung der gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes der Nordwestlichen Gruppe des VdESI und des Ausschusses des Langnamvereins Düsseldorf vom 18. 7. 1918, in: Mitt. Langnamverein, Jg. 1918, Heft 2, S. 86f.; DAZ Nr. 24 v. 16. 6. 1918; Resolution des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände vom 18. 6. 1918, ebda. Nr. 26 v. 30. 6. 1918; Entschlie-ßungen der westfälischen Handelskammern und des Verbandes Ostdeutscher Industrieller, ebda. Nr. 27 v. 7. 7. 1918; Entschlie-ßung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI v. 29. 10. 1918, in: Mitt. f. d. MFV, Jg. 1918, S. 6229
- <sup>93</sup> Roetger in der Delegiertenversammlung des CDI am 12. 7. 1918; a. a. O. S. 22f.
- <sup>94</sup> So eine gemeinsame Resolution von CDI und BdI, abgedr. DAZ Nr. 25 v. 23. 6. 1918; s. auch ebda. Nr. 26 v. 30. 6. 1918 und Nr. 28 v. 14. 7. 1918, sowie Wochen-schrift der HK Düsseldorf Nr. 28 v. 13. 7. 1918, S. 380ff.

- <sup>95</sup> Reichert in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 209
- <sup>96</sup> Hoff in der Delegiertenversammlung des CDI vom 12. 7. 1918; a. a. O. S. 72
- <sup>97</sup> Resolution der gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes der Nordwestlichen Gruppe des VdESI und des Ausschusses des Langnamvereins Düsseldorf vom 18. 7. 1918, in: Mitt. Langnamverein, Jg. 1918, Heft 2, S. 87
- <sup>98</sup> Reichert in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 210; die entsprechende Resolution der HK Düsseldorf ist abgedr. in: Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 28 v. 13. 7. 1918, S. 382
- <sup>99</sup> Frhr. v. Reiswitz, der Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände von Hamburg-Altona und Unterelbe, auf der Jahrestagung dieser Verbände am 23. 4. 1918 in Hamburg; zit. nach DAZ Nr. 18 v. 5. 5. 1918
- <sup>100</sup> s. die Stellungnahme des Hauptvorstandes des VdESI vom 2. 9. 1918; BA, R 13 I/164, Bl. 15
- <sup>101</sup> s. die Bemerkungen Schlenkers in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 215; s. auch die gemeinsame Resolution von CDI und BdI, abgedr. DAZ Nr. 25 v. 23. 6. 1918
- <sup>102</sup> ebda. Nr. 28 v. 14. 7. 1918
- <sup>103</sup> Der VSI forderte sogar, die finanziellen Lasten den Gewerkschaften aufzubürden; s. seine Resolution vom 13. 5. 1918; abgedr. in: SI Jg. 1917/18, S. 92
- <sup>104</sup> Meyer in der Delegiertenversammlung des CDI am 12. 7. 1918; a. a. O. S. 65
- <sup>105</sup> Stumpf ebda. S. 58 f.
- <sup>106</sup> ebda.
- <sup>107</sup> Hilger in der Besprechung im RWA am 5. 1. 1918; BA, R 13 I/371, Bl. 106
- <sup>108</sup> Meyer in der Delegiertenversammlung des CDI am 12. 7. 1918; a. a. O. S. 65
- <sup>109</sup> Tänzler ebda. S. 67
- <sup>110</sup> Meyer ebda. S. 65
- <sup>111</sup> s. unten S. 618 f. und 761 f.
- <sup>112</sup> s. die Eingabe des Hauptausschusses an den zuständigen RT-Ausschuß, 31. 5. 1918; referiert in: Werkverein Nr. 24 v. 15. 6. 1918
- <sup>113</sup> Arbeiterbewegung Nr. 16 v. 27. 8. 1918, S. 122
- <sup>114</sup> Wilhelm Meyer in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 199
- <sup>115</sup> Erklärung des StS des RWA in der Kommissionssitzung vom 6. 7. 1918; zit. nach dem Bericht des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten vom 6. 7. 1918; GLA Karlsruhe, 49/2055
- <sup>116</sup> s. den Bericht Legiens über die Ausschußberatungen, Corr.bl. Nr. 29 v. 20. 7. 1918, S. 268
- <sup>117</sup> s. den Bericht Schäffers, a. a. O.
- <sup>118</sup> s. zum folgenden das Schreiben des RWA vom 27. 7. 1918 an das Justizministerium; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 84a/186, Bl. 208 ff.
- <sup>119</sup> ebda. Bl. 208
- <sup>120</sup> Aufzeichnung über die Besprechung im RWA am 5. 1. 1918; a. a. O.; s. auch SI Jg. 1917/18, S. 181
- <sup>121</sup> Auch die Wirtschaftsfriedlichen erprobten bei dieser Gelegenheit den Antibolschewismus als Agitationsmittel, wenn sie »dieses Unwesens der Ausschüsse ohne Mandat und ohne ordnungsgemäße Wahl« dem »russischen System der Sowjets« an die Seite stellten, »der einseitigen Arbeiter- und Soldatenräte, in denen ja auch die laute- sten Schreier aus eigenem Recht und unter Mundtotmachung aller andersdenkenden Kreise zur Macht gelangt sind« (Arbeiterbewegung Nr. 5 v. 12. 3. 1918, S. 33 f.).

- <sup>122</sup> Tischrede Beumers anlässlich der Hauptversammlung des VdMA am 30. 5. 1918 in Berlin; zit. nach: Zwanglose Mitt. f. d. Mitgl. des VdMA Nr. 5 v. 16. 9. 1918, S. 165
- <sup>123</sup> DAZ Nr. 7 v. 17. 2. 1918
- <sup>124</sup> DVC Nr. 51 v. 5. 7. 1918
- <sup>125</sup> s. die Notizen der Referenten des Justizministeriums, GStA Berlin-Dahlem, Rep. 84 a/186, Bl. 209
- <sup>126</sup> August Winnig, Die Probe aufs Exempel, in: Die Glocke Nr. 17 v. 27. 7. 1918, S. 533
- <sup>127</sup> ebda.
- <sup>128</sup> Corr.bl. Nr. 21 v. 25. 5. 1918, S. 196
- <sup>129</sup> Er sah die Anerkennung der Verbindlichkeit von Kollektivbeziehungen vor, die das Zivilrecht bis dahin nicht kannte, und formulierte für die Tariffähigkeit von Arbeiterorganisationen formale und prozedurale Kriterien, die die Werkvereine ausschlossen. Tarifstreitigkeiten und -verletzungen sollten von neu einzurichtenden, mit paritätischen Beisitzern zu besetzenden Arbeitsgerichtskammern der ordentlichen Gerichte vom Amts- bis zum Reichsgericht entschieden bzw. gehandelt werden. Die Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter, -angestellten und -beamten berücksichtigte er ebensowenig wie die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit tarifvertraglicher Vereinbarungen oder des Zwangs zum Abschluss von Tarifverträgen; s. Hugo Sinzheimer, Ein Arbeitstarifgesetz. Die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht, München/Leipzig 1916; s. auch Corr.bl. Nr. 2 v. 13. 1. 1917, S. 21 ff.
- <sup>130</sup> s. die Denkschrift Brentanos v. 9. 12. 1917; BA, Nl. Brentano Nr. 159, und Brentano, Mein Leben, S. 340ff. Zu den Tarifvertragsgedanken Brentanos vor 1914 s. Eckardt, Industrie und Politik in Bayern, S. 142
- <sup>131</sup> Denkschrift Brentanos v. 9. 12. 1917; a. a. O.
- <sup>132</sup> s. Brentano, Mein Leben, S. 344
- <sup>133</sup> Denkschrift Brentanos v. 9. 12. 1917; a. a. O.
- <sup>134</sup> s. den Entwurf Heinemann-Brentano zur Reform und Erweiterung des § 105 Gewerbeordnung, 14. 2. 1918; BA, Nl. Brentano Nr. 243. Auch die letzte Fassung der gemeinsamen Leitsätze wich hiervon nur unwesentlich ab. Der zentrale Passus über die Haftpflicht wurde lediglich um die Bestimmungen ergänzt, daß das beiderseitige Zweckvermögen von Beauftragten der Vertragsparteien selbst verwaltet werden und die Entschädigungssätze bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten sollten; s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 78f.
- <sup>135</sup> Corr.bl. Nr. 21 v. 25. 5. 1918, S. 197
- <sup>136</sup> ebda. S. 198
- <sup>137</sup> Theodor Leipart, Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften, in: Die Glocke Heft 43 v. 26. 1. 1918, S. 643
- <sup>138</sup> ebda.
- <sup>139</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 79; Brentano, Mein Leben, S. 344f.; James J. Sheehan, The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany, Chicago/London 1966, S. 197ff.
- <sup>140</sup> VdESI, Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Krieg, August 1917; BA, R 13 I/370
- <sup>141</sup> Ausführungen der Industrievertreter in einer Besprechung der Kriegsamtssstelle Koblenz über Arbeiterverhältnisse in der chemischen Industrie des Kölner Bezirks, 23. 2. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 12, Bl. 45
- <sup>142</sup> Denkschrift der VDA betr. Forderungen der Übergangszeit und Friedenswirtschaft, März 1918; zit. nach dem Abdruck bei Leckebusch S. 218f.
- <sup>143</sup> zit. bei Osthold S. 258f.
- <sup>144</sup> Prot. der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 151

- <sup>145</sup> s. zum folgenden den Bericht der Tarifkommission der VDA vom April 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>146</sup> s. FAV, Jb. 1918, S. 76 ff. – Die Tarifverträge in der Metallindustrie umfaßten 1916 durchschnittlich je 10 Betriebe mit je 173 Arbeitern, 1917 10 bzw. 309 und 1918 je 14 Betriebe mit je 384 Beschäftigten (s. Der DMV im Jahre 1918, S. 58 f.). Selbst in Berlin, wo die Metallarbeiterorganisation eine stärkere Stellung gegenüber den Großunternehmen hatte als in anderen Reichsteilen, gab es bis Kriegsende Tarifverträge nur für einige handwerkliche Beschäftigungszweige (s. ebda. S. 266 und DMV, Verwaltungsstelle Berlin, Jber. 1918, S. 5).
- <sup>147</sup> Die Behauptung von Roswitha Leckebusch, Arbeitgeberverbände, S. 61, nach Kriegsausbruch sei der Tarifvertrag »selbstverständlich« geworden, beruht auf völliger Unkenntnis.
- <sup>148</sup> s. A. Neumann, Der Einfluß des Krieges auf die Entwicklung der Tarifverträge im Holzgewerbe, in: NZ 34 (1915/16), I, S. 243 ff.; ders., Kriegsmaßnahmen und deren Folgen im Holzgewerbe, ebda. 36 (1917/18), I, S. 559 ff.; HAV, Prot. VT 1919, S. 18 f.
- <sup>149</sup> s. HAV, Jb. 1918, S. 17 f. Verhandlungen mit dem gleichen Ziel wurden Ende September 1918 auch zwischen der Dachdeckerergewerkschaft und dem Bund der Dachdecker-Innungen aufgenommen, kamen jedoch ebenfalls erst nach Kriegsende zum Abschluß; s. Gewolltes und Vollbrachtes! Geschäftsbericht des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands 1918/1919, Frankfurt 1920, S. 23
- <sup>150</sup> s. Verband der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 24
- <sup>151</sup> s. Zentralverband christl. Lederarbeiter, Bericht 1913–1918, S. 7
- <sup>152</sup> s. Verband der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 35
- <sup>153</sup> s. ebda. S. 28
- <sup>154</sup> s. die Ausführungen Nitzsches und Jensens auf der Tagung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise am 21. Juni 1917 in Berlin, hrsg. von der VDA (VDA, Berichte, Heft 5), Berlin 1917, S. 27 und 33 ff.
- <sup>155</sup> Referat des Berichterstatters Dr. Flechtner-Stettin ebda. S. 7 ff.
- <sup>156</sup> ebda. S. 35
- <sup>157</sup> ebda. S. 38; s. auch die Ausführungen Meesmanns in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 25. 10. 1917 in Frankfurt, in: Mitt. f. d. MFV, Jg. 1917, S. 6056; vgl. dazu Hermann Mattutat, Die Beseitigung der Unternehmerarbeitsnachweise, in: Die Glocke 3 (1917/18), I, S. 1024 ff.
- <sup>158</sup> Denkschrift der VDA vom März 1918; zit. nach dem Abdruck bei Leckebusch S. 216; zur Haltung der VDA in der Arbeitsnachweisfrage s. auch Fritz Tänzler, Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904–1929, S. 112 f.
- <sup>159</sup> s. ASS 42 (1916/17), S. 1017, und FAV, Jb. 1916, S. 134
- <sup>160</sup> Festschrift 25 Jahre Verband von Fabrikanten-Vereinen im Reg.-Bez. Arnberg, S. 43
- <sup>161</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 350
- <sup>162</sup> s. Der DMV 1916, S. 354
- <sup>163</sup> s. Tagung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise am 21. 6. 1917, S. 23
- <sup>164</sup> s. oben S. 155
- <sup>165</sup> Gemeinsamer Erlaß Sydows und Loebells vom 26. 5. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 2061 II
- <sup>166</sup> Corr.bl. Nr. 41 v. 13. 10. 1917, S. 388
- <sup>167</sup> s. ebda.
- <sup>168</sup> s. die Ergebnisse einer Umfrage des sächsischen Gewerkschaftsausschusses über die öffentlichen Arbeitsnachweise im Königreich Sachsen vom Januar 1917; Corr. bl. Nr. 12 v. 24. 3. 1917, S. 121 ff.

- <sup>169</sup> s. ebda. Nr. 19 v. 12. 5. 1917, S. 185 f. In Hannover scheiterte ein ähnlicher Versuch am Widerstand der Arbeitgeber; s. Bericht des Ortsausschusses Hannover des ADGB, umfassend die Jahre 1913–1919, Hannover o. J., S. 29
- <sup>170</sup> s. Corr.bl. Nr. 10. v. 10. 3. 1917, S. 111
- <sup>171</sup> s. Gew.komm. Berlin, GBer. 1917, S. 92
- <sup>172</sup> s. ebda. S. 6 und 52 ff.
- <sup>173</sup> s. Verb. der Gastwirtsgehilfen, GBer. 1915–1919, S. 39
- <sup>174</sup> s. Corr.bl. Nr. 21 v. 26. 5. 1917, S. 215
- <sup>175</sup> s. BAV, Jb. 1917, S. 153
- <sup>176</sup> s. Paul Umbreit, Eine gesetzliche Reichsarbeitslosenversicherung, in: NZ 36 (1917/18), II, S. 241 ff.
- <sup>177</sup> Denkschrift der VDA vom März 1918; zit. nach dem Abdruck bei Leckebusch S. 221
- <sup>178</sup> Von einer tendenziellen »Durchdringung des Staates durch die großen wirtschaftlichen Interessengruppen der Unternehmer und Gewerkschaften«, wie Heinrich Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979, S. 28, sie konstatiert, kann also in bezug auf die Gewerkschaften sowohl in wirtschafts- als auch in sozialpolitischer Hinsicht kaum die Rede sein.

## 12. Kapitel

- <sup>1</sup> Ausführlich zur Lebensmittelversorgung in den letzten Kriegsjahren s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 315 ff.; dort weitere Literaturhinweise; eine gute Darstellung auf kommunaler Basis bietet Schwarz, Nürnberg, S. 156 ff.; vgl. auch Flemming S. 86 ff.; auch zum folgenden
- <sup>2</sup> Sie gingen im letzten Kriegsjahr für Kartoffeln auf 94 % der Vorkriegsnorm, für Zucker auf 61 %, für Mühlenprodukte auf 47 %, für Butter auf 21 % und für Fleisch auf 20 % zurück. In den letzten Kriegsmonaten sanken sie noch weiter; s. Waldemar Zimmermann, Die Veränderungen der Einkommens- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg, in: Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932 (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie), S. 459. Die tatsächlich ausgegebenen Rationen lagen häufig noch niedriger, weil infolge der Mängel des Verteilungsapparates und der Überlastung und Abnutzung der Verkehrsmittel viele Orte nicht immer die ihnen zustehenden Lebensmittelmengen erhielten. S. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 322, und Das Gesundheitswesen des Preussischen Staates in den Jahren 1914/18. Im Auftrage des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt bearbeitet in der Medizinal-Abt. des Ministeriums, Berlin 1921, S. 88 ff.; s. auch Haupts, Deutsche Friedenspolitik, S. 76
- <sup>3</sup> In dem in Anm. 2 erwähnten Bericht des preuß. Wohlfahrtsministeriums finden sich hierzu eindrucksvolle Beispiele.
- <sup>4</sup> s. Preller S. 14
- <sup>5</sup> Zur Ernährungspolitik der Reichsleitung und ihrer Organisation s. Feldman S. 283 ff., 460 ff.; Schumacher, Land und Politik, S. 52 ff.; zu Kritik und Gegenstellungen der freien Gewerkschaften s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 18 ff.; zu ihrem vergeblichen Drängen auf eine engere Bindung des Kriegsernährungsamtes an das Kriegsamt und ihren Vorstößen gegen die einseitig an den Interessen der Agrarproduzenten orientierte Politik des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer s. die Eingabe der Gewerkschaftsverbände an Bethmann Hollweg und Batocki vom 21. 2. 1917, abgedr. Corr.bl. Nr. 9 v. 3. 3. 1917,



- S. 89ff., und den Bericht über eine Konferenz zwischen Gewerkschafts- und Regierungsvertretern vom 13. 3. 1917, ebda. Nr. 12 v. 24. 3. 1917, S. 123 ff.; s. auch ebda. Nr. 11 v. 17. 3. 1917, S. 113 ff., und Nr. 35 v. 1. 9. 1917, S. 329 ff.; ZBl. Nr. 19 v. 10. 9. 1917, S. 154, sowie die Forderungen des Deutschen Arbeiterkongresses vom Oktober 1917, in: Bericht über die Verhandlungen des 4. Deutschen Arbeiterkongresses, S. 250 ff.; vgl. auch Robert Leinert, Krieg und Landwirtschaft, in: NZ 36 (1917/18), I, S. 265 ff., und ders., Die Kriegsgewinne der Landwirtschaft, ebda. S. 497 ff.
- <sup>6</sup> s. Adolf Günther, Kriegslöhne und -preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten, Jena 1919 (Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Heft 66), S. 60
- <sup>7</sup> Bericht des RP an den OP in Münster, 29. 4. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408
- <sup>8</sup> Bericht des Obmannes der kriegsamtlichen Aufklärung in Chemnitz, des Oberlehrers B. Reichenbach, an die Kriegsamsstelle Leipzig, Kreisreferat Chemnitz, vom 3. 9. 1918; inser. in: Stellv. Generalkommando XIX. AK an Sächs. Min. des Innern, 10. 9. 1918; MA, RMA, F 5473/Ef 928
- <sup>9</sup> Das sächsische Innenministerium z. B. ordnete im Februar 1917 an, den Schleichhandel der Sonntagsausflügler »mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterdrücken«, etwa durch Bahnhofskontrollen und Rucksackrevisionen; s. Gorski S. 309
- <sup>10</sup> wie Anm. 8; ähnliches wurde aus Bayern gemeldet; s. Ay S. 159 ff. Erst kurz vor Kriegsende riet das Leipziger Generalkommando im Hinblick auf die ungemein aufreizenden Wirkungen solcher Polizeimaßnahmen davon ab, »in Zeiten gewisser Depressionen wie jetzt ... dem erklärlichen Hamstertrieb der sog. kleinen Leute allzu schroff entgegenzutreten, sie namentlich direkt um Geld und Gut zu schädigen«; denn »der Schaden ist sicher größer als der Nutzen« (Stellv. Gen.kdo. XIX. AK an Sächs. Min. d. Inn., 10. 9. 1918, a. a. O.); zu den Hamsterzügen s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 157 ff. und 182
- <sup>11</sup> Immerhin nahm die Zahl der Kleingärten allein in Berlin von 1914 bis 1924 von 44000 auf 168000 zu; s. Friedrich Aereboe, Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927 (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie), S. 79. Der christliche Bergarbeiterverband ermunterte 1917 seine Mitglieder zur Schrebergartentätigkeit nach Feierabend, »um sich selbst möglichst viel Lebensmittel zu ziehen« (Der Bergknappe vom 17. 2. 1917; zit. in: Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 363).
- <sup>12</sup> Das Gesundheitswesen des Preussischen Staates 1914/18, S. 72 f.
- <sup>13</sup> Guggenheimer an MAN, Werk Augsburg, 24. 9. 1917; MAN-Werksarchiv, Nl. Guggenheimer, K 65
- <sup>14</sup> Bauer an Haefen, 26. 8. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 187
- <sup>15</sup> Arbeitnordwest berichtete im März 1917, im Ruhrgebiet sei »mehrfach, namentlich bei den letzten Arbeitsniederlegungen ... von behördlicher Seite angedeutet worden, die Werke möchten sich selbst zu helfen suchen.« Arbeitnordwest an Kriegsamt, 17. 3. 1917; HA/GHH, 30019324/9. Das Kriegsamt selbst organisierte heimlich die Einfuhr zusätzlicher Lebensmittel für Rüstungsarbeiter, wie einem Erlaß des preussischen Innenministers zu entnehmen ist, der diese Maßnahme als »nützlich« bezeichnete, »wenn daneben nicht trotzdem ein unkontrollierter Sonderschmuggel einzelner leistungsfähiger Werke stattfindet«. Erlaß Loebels an alle Regierungspräsidenten, 30. 3. 1917; StA Münster, Oberpräsidium, B 4127.
- <sup>16</sup> s. das Schreiben der Friedrich-Krupp-Gußstahlfabrik Essen an den RP Düsseldorf vom 4. 6. 1918, StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 15332; demzufolge waren die Kruppschen Werksküchen in einer Besprechung im Kriegsernährungsamt vom September 1917 als selbständiger Kommunalbetrieb anerkannt worden. Dafür mußten

- sie sich verpflichten, nicht länger »obrigkeitlich bewirtschaftete Lebensmittel unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen im Schleichhandel aufzukaufen«; RP Düsseldorf an die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, 17. 4. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 15 336; zum Schleichhandel s. auch Skalweit S. 218 ff.
- <sup>17</sup> Bericht des RP in Arnsberg an den OP in Münster, 27. 4. 1918; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408
- <sup>18</sup> LR Essen an RP Düsseldorf, 20. 7. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 9081
- <sup>19</sup> s. Lambers S. 35; vgl. dazu ebda. S. 25
- <sup>20</sup> s. die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes vom 16. 12. 1918, abgedr. in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Berlin o. J., Bd. 1, S. 238 ff. – Das Zitat über die Verhältnisse im Erzgebirge ist entnommen aus einem Brief von Jakob Meinel an Lore Agnes, 27. 5. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1361; zur Ernährungslage in Bayern s. Ay S. 126 ff.
- <sup>21</sup> Der Vorsitzende der Berliner DMV-Verwaltungsstelle, Adolf Cohen, in einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände am 28. 9. 1918; abgedr. in: Gew.-komm. Berlin, GBer. 1918, S. 28
- <sup>22</sup> Resolution einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern der freien Gewerkschaften und H.-D. Gewerkschaften Berlins vom 26. 9. 1918; abgedr. in: Gew. komm. Berlin, GBer. 1918, S. 31
- <sup>23</sup> Eingabe des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Generalkommission zur Ernährungsfrage an den Reichskanzler, 9. 9. 1918; abgedr. Corr. bl. Nr. 37 v. 14. 9. 1918, S. 344 f.
- <sup>24</sup> Waldow in einer Unterredung einer Gewerkschaftsdelegation mit Regierungsgliedern am 12. 9. 1918; zit. nach dem Bericht ebda. Nr. 38 v. 21. 9. 1918, S. 352
- <sup>25</sup> BfS-Bericht vom 21. 9. 1918
- <sup>26</sup> s. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4 (1967), S. 189
- <sup>27</sup> Denkschrift des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Generalkommission an den Reichskanzler zur Frage des Ernährungswesens, 9. 9. 1918; abgedr. Corr. bl. Nr. 37 v. 14. 9. 1918, S. 344 f. Zur Steigerung der Preise für Hausrat und Kleidung s. auch Roesler S. 225; Schwarz, Nürnberg, S. 160
- <sup>28</sup> Zentralverband der Dachdecker (Theodor Thomas) an Rdl, 1. 8. 1918; abgedr. in: Zentralverb. der Dachdecker, GBer. 1918/19, S. 7 f.
- <sup>29</sup> s. Preller S. 14; Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4, S. 350; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 326 f.; Kocka S. 17
- <sup>30</sup> s. Zimmermann S. 363 ff., 412 f. und 467; Bry S. 197 ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 328 ff.; Kocka S. 13 ff.
- <sup>31</sup> s. z. B. die regionalen Unterschiede der Bergarbeiterlöhne, zusammengestellt in: Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 29. – Die Löhne der Bäcker bewegten sich nur im Einzugsbereich von Rüstungsbetrieben, in dem der Arbeitsmarkt äußerst angespannt war, auf leidlicher Höhe, während sie auf dem Lande, wo die Bäckergesellen in der Regel Kost und Logis vom Meister gestellt bekamen und folglich in besonders hohem Maße von ihm abhängig waren, erheblich niedriger lagen (s. die Bemerkungen des Verbandsvorsitzenden Allmann auf dem Verbandstag des Bäckerverbandes 1918, Prot. S. 190 ff.). Dasselbe war bei den Textilarbeitern der Fall (s. Textilarbeiterverb., Jb. 1918, S. 101).
- <sup>32</sup> Bry S. 202 ff.; Kocka S. 15 ff.; s. auch Reulecke a. a. O. S. 218 f.
- <sup>33</sup> Peter Quante, Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege, Diss. phil. Berlin

- 1920, S. 86; s. auch Aug. Ellinger, Warenpreise und Arbeiterlöhne, in: NZ 36 (1917/18), I, S. 223 ff.; Friedrich Kleeis, Die Arbeiterlöhne während des Krieges, ebda. S. 306 ff.; Bry S. 209 ff.; Schwarz, Nürnberg, S. 163 ff.
- 34 Denkschrift des SPD-Vorstandes und der Generalkommission an den Reichskanzler, 9. 9. 1918; a. a. O. S. 344
- 35 Zentralverband der Dachdecker an RdI, 1. 8. 1918; a. a. O. S. 8
- 36 ZBl. Nr. 1 v. 1. 1. 1918, S. 2
- 37 Einige hochspezialisierte Metallarbeiter in Berlin verdienten bei Kriegsende etwa das Zehnfache dessen, was ein normaler Arbeiter in Dresden verdiente, und 20–30mal so viel wie junge Mädchen, die in nicht-kriegswichtigen Betrieben außerhalb der Industriezentren arbeiteten; s. Bry S. 202; s. auch ebda. S. 213
- 38 s. Günther S. 18; Preller S. 17. – Auch bei der OHL waren diese Vorstellungen anzutreffen; s. Hindenburg an Hertling, 18. 6. 1918; MA, Nl. Groener, N 46/117, Bl. 43 ff.
- 39 DVC Nr. 34 v. 3. 5. 1918; die gleiche Tendenz noch nach 1945 bei K. A. v. Müller, Mars und Venus, S. 151
- 40 VDA an Groener, 2. 6. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 42 v. 20. 10. 1917, S. 402. Der VdESI machte sich in seiner Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege vom August 1917 diese Anschauung ausdrücklich zu eigen; BA, R 13 I/370
- 41 Die VDA beschuldigte insbesondere die staatlichen Rüstungsbetriebe, »unberechtigte Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen«, und bat Groener um ein generelles Publikationsverbot für Arbeiterlöhne, in der Hoffnung, über die Informationssperre weitere Lohnforderungen drosseln zu können (VDA an Groener, 2. 6. 1917; a. a. O.).
- 42 Otto Brandt, Syndikus der HK Düsseldorf, in der Hauptversammlung des DIHT am 30. 4. 1918 in Berlin; zit. nach Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 24 v. 15. 6. 1918, S. 325; s. auch Waldemar Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung. I. Die Bedeutung der Frage für die deutsche Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Jena 1919 (Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Heft 65), S. 40 ff.
- Um zu demonstrieren, daß die Lohnverbesserungen während des Krieges nur als vorübergehende Maßnahme zum Ausgleich der Teuerung gedacht waren, aber bei Kriegsende wieder verschwinden sollten, nahmen die meisten Arbeitgeber Lohnerhöhungen nur in Form von Teuerungszulagen oder Kriegszuschlägen vor, hielten aber trotz scharfen Widerspruchs der Arbeiter an den Grundlöhnen der Friedenszeit fest; s. Emil Dittmer, Höhere Grundlöhne oder Teuerungszulagen? in: NZ 36 (1917/18), I, S. 78 ff.
- 43 Zentralverband der Dachdecker an RdI, 1. 8. 1918; a. a. O.
- 44 Entschließung einer von ca. 3000 Personen besuchten Konferenz der Vorstände, Vertrauensleute und Mitglieder der Arbeiterausschüsse der drei Metallarbeiter-Gewerkschaften (DMV, CMV, Gewerkverein der Metallarbeiter H.-D.) des rheinisch-westfälischen Industriebezirks vom 30. 6. 1918 in Essen; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 9081; eine ähnliche Entschließung faßte eine von 2400 Vertrauensmännern aller gewerkschaftlichen Richtungen aus Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Hamborn besuchte Konferenz in Duisburg am 19. 8. 1918; ebda.
- 45 Vorwärts v. 5. 8. 1918; ähnlich ZBl. Nr. 16 v. 29. 7. 1918, S. 126; Jb. der christl. Gewerkschaften 1918, S. 62 und 22; s. auch Joseph Joos, Schein und Wirklichkeit, in: Dt. Arbeit 3 (1918), S. 388 ff. sowie die BFS-Berichte vom 10., 15. und 21. 8. 1918; a. a. O.

- <sup>46</sup> s. Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 299
- <sup>47</sup> s. Corr. bl. Nr. 29 v. 21. 7. 1917, S. 279f. Zwar wies wenigstens die sächsische Landesregierung die unteren Verwaltungsbehörden zur Festsetzung von Mindestlöhnen an. Doch in vielen Amtshauptmannschaften unterblieb dies (s. Sten. Bericht über die Konferenz des Dt. Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6./7. 4. 1918 in Dresden, Berlin 1918, S. 34, 55 und 58), entweder weil die Vorstellungen von Arbeitern und Unternehmern über die minimale Lohnhöhe unvereinbar waren und die Behörden eine Entscheidung scheuten, wenn die Unternehmer unter Hinweis auf die staatliche Textilarbeiterunterstützung Mindestlöhne für unnötig erklärten, oder einfach weil die Fabrikanten sich nicht einigen konnten (s. ebda. S. 32). Einzelne Unternehmer führten sogar doppelte Lohnbücher, um die Behörden über die Lohnverhältnisse in ihrem Betrieb zu täuschen (s. Textilarbeiterverband, Jb. 1917, S. 108).
- <sup>48</sup> So der Plauerer Gauleiter Dreßel in der Konferenz des Textilarbeiterverbandes am 6./7. 4. 1918 in Dresden, a. a. O. S. 33. Die Kreishauptmannschaft Leipzig z. B. hielt 1917 einen Mindeststundenverdienst für Textilarbeiterinnen von 40 Pf. für »angemessen«; aus einem Gutachten der Kreishauptmannschaft Leipzig zit. von Dreßel ebda. S. 34
- <sup>49</sup> Dreßel ebda. S. 35
- <sup>50</sup> Textilarbeiterverb., Jb. 1917, S. 4.  
Bei den sächsischen Textilarbeiterinnen kam es sogar vor, daß Weberinnen am Lohn- tag ohne Lohn nach Hause gingen, weil das Material, das man ihnen gegeben hatte, so schlecht war, daß sie in einer Woche nicht ein einziges Stück hatten fertigstellen können. (s. Textilarbeiterverb., Jb. 1916, S. 136). Selbst wo die Löhne vertraglich geregelt waren, kamen Verstöße gegen die Abmachungen ständig vor, nicht zuletzt deshalb, weil nur der kleinste Teil der Heimarbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert war und sie sich gegenseitig unterboten. Nur wenige benutzten einen Arbeitsnachweis; die meisten suchten Beschäftigungsmöglichkeiten über Bekannte, liefen von Haus zu Haus nach Annoncen oder kamen über Schilder in Fenstern oder über Anschläge an Plakatsäulen an ihre Arbeit. Die Folge war, daß der Lohn für die gleiche Arbeit im selben Ort um das 10fache schwanken konnte; s. Gertrud Hanna, Die Arbeiterinnen und der Krieg, Berlin 1916 (Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, Heft 20), S. 9. – Wie in Sachsen sah es auch in anderen deutschen Textilgebieten aus, sofern die Arbeiter nicht in benachbarte Kriegsbetriebe abwandern und hierdurch die Unternehmer zur Zahlung höherer Löhne veranlassen konnten; s. Textilarbeiterverb., Jb. 1918, S. 91. Der Sog des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bewirkte, daß die Textilindustrie am Niederrhein die vergleichsweise höchsten Löhne in ganz Deutschland zahlte und die Fabrikanten dem Tarifvertragsgedanken ungleich sympathischer gegenüberstanden als ihre Standesgenossen in anderen Regionen; s. ebds. S. 101
- <sup>51</sup> s. die Mitt. des Kattowitzer Bezirksleiters Löffler auf dem VT des Bergarb.verb. 1919, Prot. S. 224
- <sup>52</sup> FAV, Jb. 1916, S. 160
- <sup>53</sup> s. Preller S. 9 und BAV, Jb. 1918, S. 149; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 163
- <sup>54</sup> In besonderen Fällen bedienten sich die Werke der Vermittlung der Kirchen, um die Arbeiter zur Sonntagsarbeit zu veranlassen. Z. B. bat die Gutehoffnungshütte die katholischen Pfarrämter in Oberhausen, Essen, Sterkrade und Osterfeld im Dezember 1917, »auf die bei uns beschäftigten Bergleute und Hüttenarbeiter Ihres Pfarrbezirks Ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß unserer Aufforderung zur Arbeitsleistung an den beiden Sonntagen (23. und 30. 12. 1917) von allen Beschäftigten

- voll entsprochen wird«. GHH an die genannten Pfarrämter, 14. 12. 1917; HA/GHH, 3001031/12
- <sup>55</sup> s. FAV, Jb. 1916, S. 121
- <sup>56</sup> s. Preller S. 9. Nach den Feststellungen des RdI kamen viele Arbeiterinnen und Jugendliche auf eine regelmäßige tägliche Beschäftigung bis zu 15 Stunden; s. den Erlaß des RdI an die Bundesregierungen vom 11. 8. 1917; GLA Karlsruhe, 233/13513; s. auch Der DMV 1916, S. 19. Bei den Transportarbeitern war die Zahl der Frauen, die ganztägige Sonntagsarbeit leisteten, sogar dreieinhalb mal so groß wie die entsprechende Zahl der Männer; s. TAV, Jb. 1916, S. 213
- <sup>57</sup> Eingabe der vier Bergarbeiterverbände an Batocki, 29. 6. 1917; StA Münster, Reg. Münster, VII Nr. 18 Bd. 4. Zur gleichen Zeit kamen ähnliche Berichte aus Sachsen; s. Gorski S. 310
- <sup>58</sup> s. Textilarbeiterverband, Jb. 1917, S. 112
- <sup>59</sup> s. Das Gesundheitswesen des Preußischen Staates 1914/18, S. 46; s. auch Bergarb.-verb., GBer. 1917/18, S. 40; Reulecke a. a. O. S. 222
- <sup>60</sup> s. Das Gesundheitswesen des Preuß. Staates 1914/18, S. 61, 24 und 27
- <sup>61</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 325. Allein in München forderte die Grippe in der ersten Novemberwoche 1918 nicht weniger als 176 Todesopfer; s. Heinrich Hillermayr, München in der Revolution von 1918/19, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 471
- <sup>62</sup> s. hierzu das Schreiben des Arbeitersekretariats Nürnberg an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Mittelfranken, 28. 11. 1917; abgedr. in: ADGB, Arbeiter-Sekretariat Nürnberg, Ortsausschuß Nürnberg, 20. Geschäftsbericht, Geschäftsjahre 1914–1920, Nürnberg o. J., S. 14 f.
- <sup>63</sup> s. oben S. 201 f.
- <sup>64</sup> s. ebda.; vgl. ferner BAV, Jb. 1916, S. 58 ff.; dass. 1917, S. 51 ff.; Schreiben des Arbeitersekretariats Nürnberg an den Vorstand der LVA Mittelfranken, 28. 11. 1917, a. a. O.; Preller S. 57
- <sup>65</sup> s. FAV, Jb. 1916, S. 52 f.; dass. 1918, S. 114 f.; Der DMV 1916, S. 19; BAV, Jb. 1917, S. 48 ff.; Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter, Bd. 4, S. 399
- <sup>66</sup> s. Der DMV 1916, S. 19; FAV, Jb. 1918, S. 114 f.; Preller S. 10
- <sup>67</sup> Neben der Frauenarbeit breitete sich sogar die Kinderarbeit wieder aus; vor allem im ambulanten Handel und in der Heimarbeit, aber auch in Fabrikbetrieben. Obwohl sie gegen die auch während des Krieges nicht aufgehobenen Kinderschutzgesetze verstieß, schritten die Behörden kaum dagegen ein; s. NZ 36 (1917/18), II, S. 408; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 303
- <sup>68</sup> vgl. oben S. 203 ff.
- <sup>69</sup> Erlaß des RdI an alle Bundesregierungen, 11. 8. 1917; GLA Karlsruhe, 233/13513
- <sup>70</sup> s. Gersdorff, Frauen im Kriegsdienst, S. 22 ff.
- <sup>71</sup> s. Lüders S. 70
- <sup>72</sup> s. ebda. S. 68
- <sup>73</sup> Bemerkungen Groeners zu W. Spickernagel, Ludendorff, August 1919; MA, Nl. Groener, N 46/113, Bl. 182. Der Arbeitgeberverband der westfälischen Schwerindustrie erklärte im Juni 1917 die Absicht des Kriegsamtes, die Industrie zur Anstellung von Fabrikpflegerinnen mit besonderer Vorbildung zu verpflichten, für »durchaus unberechtigt« und empfahl seinen Mitgliedern, sich diesem Ansinnen »auf das entschiedenste« zu widersetzen; Niederschrift der Vorstands- und Ausschußsitzung von Arbeitnordwest vom 2. 6. 1917; HA/GHH, 30019324/9
- <sup>74</sup> Die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission sprach sogar die Befürchtung aus, daß die Fabrikpflegerinnen von den Unternehmern zur Förderung

- der Werkvereine benutzt würden; s. Corr.bl. Nr. 19 v. 12. 5. 1917, S. 187ff.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 162ff.; Feldman S. 306f.
- <sup>75</sup> Lüders S. 70. Auch die Bemühungen der Gewerkschaften um Verbesserungen der Lage der Heimarbeiterinnen blieben im wesentlichen erfolglos; s. Preller S. 37f. und 58f.
- <sup>76</sup> s. Helmut Metzmacher, Der Novemberumsturz 1918 in der Rheinprovinz, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 168/169 (1967), S. 260 Anm. 3
- <sup>77</sup> In Berlin wurden 1918 ganze 8 Wohnungen fertiggestellt, im ganzen Reich lediglich 2800 gegenüber 200000 im Jahr 1913; s. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. I, 2. Teil, 6. Aufl., S. 160; ferner Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 315, und die Angaben Gasteigers in seinem Referat über die Wohnungsverhältnisse in und nach dem Kriege auf dem Deutschen Arbeiterkongreß vom Oktober 1917, in: Bericht über die Verhandlungen des 4. Deutschen Arbeiterkongresses, S. 217ff.; Friedrich Lütge, Wohnungswirtschaft. Eine systematische Darstellung unter bes. Berücksichtigung der deutschen Wohnungswirtschaft, Jena 1940, S. 283f.; zu den Verhältnissen in Berlin s. außerdem die Angaben R. Kuczynskis vom Frühjahr 1918, in: Gew.komm. Berlin, GBer. 1918, S. 23f.
- Viele Arbeiterfamilien konnten monate- oder jahrelang die Mieten nicht bezahlen, weil die Arbeitslosen-, Kriegs- oder Hinterbliebenenunterstützung oder die Löhne der zur Erwerbstätigkeit gezwungenen Frauen und Jugendlichen zu niedrig waren. Immerhin sahen die Kriegsnotgesetze ein Sondermoratorium für Mietschulden vor und machten eine Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen unmöglich, so daß sie wenigstens vor Obdachlosigkeit geschützt waren. Für Streitfälle bei Mietrückständen, -erhöhungen und Kündigungen wurden paritätisch aus Vermietern und Mietern zusammengesetzte Mieteinigungsämter geschaffen. Hypothekeneinigungsämter ergänzten sie, um die durch Außenstände ebenfalls in Schwierigkeiten gebrachten Hausbesitzer vor Pressionen der Hypothekendarlehenbanken zu schützen; s. den Beitrag von Emil Kloth über Miet- und Hypothekeneinigungsämter in: Corr.bl. Nr. 38 v. 22. 9. 1917, S. 357ff.
- <sup>78</sup> s. BAV, Jb. 1917, S. 18
- <sup>79</sup> s. BAV, Jb. 1916, S. 73 und 96; FAV, Jb. 1916, S. 134
- <sup>80</sup> s. Die bayerische Sozialdemokratie vom 8. November 1918 bis 2. Juni 1920, München o. J., S. 258; zur Wohnungsnot in Bayern s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 274, und Hillermayr a. a. O. S. 465f.
- <sup>81</sup> Am 18. 6. 1918 verfügte das stellv. Gen.kdo. Münster die Einschränkung des Kündigungsrechts für Werkwohnungen; den Protest des Zechenverbandes wies Gayl zurück; s. Mitt. des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Nr. 8 v. 12. 8. 1918. – Zur steigenden Wohnungsnot im Ruhrgebiet s. auch Irmgard Steinisch, Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 161
- <sup>82</sup> BAV, Jb. 1917, S. 20; s. auch Hugo Lindemann, Die Wohnungsfrage nach dem Kriege, in: SM 22 (1916), I, S. 385ff.; Hermann Mattutat, Die Wohnungsfrage nach dem Kriege, ebda. 24 (1918), I, S. 336ff.; Victor Noack, Wohnungsverhältnisse in Deutschland vor und nach dem Kriege, in: Die Glocke 4 (1918/19), S. 1141ff.
- <sup>83</sup> s. Corr.bl. Nr. 47 v. 20. 11. 1915, S. 501ff.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 54ff.; Entschließung der 2. Kriegstagung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses vom 16./17. 8. 1916, abgedr. ZBl. Nr. 18 v. 28. 8. 1916, S. 138; Verh. VT Dt. Gewerkvereine 1916, Prot. S. 52ff.; Entschließung des Zentralrats der H.-D. Gewerkvereine v. 14. 12. 1917, abgedr. Gewerkverein Nr.

- 101/102 v. 22. 12. 1917, S. 203; Max Sachs, Wohnungsnot und Wohnungssteuerung, in: NZ 36 (1917/18), II, S. 254 ff.; Resolution des Deutschen Arbeiterkongresses vom Oktober 1918, in: Bericht über die Verh. des 4. Deutschen Arbeiterkongresses, S. 254 ff., sowie das Referat Gasteigers ebda. S. 215 ff.; Resolution des Kongresses freitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände vom April 1918, abgedr. in: Gewerkverein Nr. 33/34 v. 18. 5. 1918, S. 66; DA 3 (1918), S. 41 ff.; Bericht über die erste Tagung der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. Juni 1918, S. 18 f., wo bereits für die Kommunen ein Enteignungsrecht an Grund und Boden gefordert wurde; gemeinsame Resolution der Vertreter der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Berlins vom 12. 3. 1918, abgedr. in: Gew.komm. Berlin, GBer. 1918, S. 25
- <sup>84</sup> Corr.bl. Nr. 5 v. 3. 2. 1917, S. 45; zu den staatlichen Maßnahmen s. BAV, Jb. 1918, S. 24. – Auf industrieller Seite sprachen sich maßgebliche Verbände für einen Beitrag der Industrie zur Förderung des Kleinwohnungsbaues aus; s. den Beschluß der Nordwestlichen Gruppe des VdESI und des Langnamvereins vom 18. 7. 1918 betr. Unterstützung des Rheinischen Vereins für das Kleinwohnungswesen, abgedr. in: Mitt. Langnamverein Jg. 1918, S. 87 f. Auch die HK Düsseldorf faßte einen entsprechenden Beschluß; s. Wochenschrift der HK Düsseldorf, Jg. 1918, S. 564 ff., sowie das Schreiben der HK Düsseldorf an den Rheinischen Verein für das Kleinwohnungswesen vom 28. 9. 1918, abgedr. ebda. S. 608. – Gleichzeitig allerdings wurde hier die Warnung vor staatssozialistischen Tendenzen wiederholt und die Kommunen und der Staat vor einem Engagement als Bauunternehmer gewarnt; statt dessen wurde die Unterstützung der privaten Bauwirtschaft favorisiert; s. die Bemerkungen Meesmanns in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 29. 10. 1918, in: Mitt. f. d. MFV, Jg. 1918, S. 6228; ferner die Bemerkungen Halbachs in DW Nr. 39 v. 29. 9. 1918, S. 309. – Daneben warben die wirtschaftsfriedlichen Verbände weiter für den Bau von Werkwohnungen; s. Werkverein Nr. 5 v. 2. 2. 1918 und DW a. a. O.
- <sup>85</sup> s. die Bemerkungen Duisbergs in der Konferenz von Ruhrindustriellen und Militärs im Düsseldorfer Industrieclub am 19. 8. 1917; Niederschriften in MA, Nl. Groener, N 46/113, und HA/GHH, 30019390/7; zur Schätzung Bauers s. Erich Ludendorff, Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916–1918, Berlin 1921, S. 110 ff.
- <sup>86</sup> s. Rolf Wagenführ, Die Industriegewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860–1932; (Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 31) Berlin 1933, S. 22; Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4, S. 397. Den Veränderungen in der Belegschaftszusammensetzung folgend, war generell der Leistungsabfall desto größer, je mehr ein Betrieb auf Facharbeiter angewiesen war; s. das Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 19. 7. 1918; HA/GHH, 300141/21
- <sup>87</sup> s. Hindenburg an Hertling, 18. 6. 1918; MA, Nl. Groener, N 46/117, Bl. 43; s. auch Osthold, Zechenverband, S. 152 f.
- <sup>88</sup> Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 19. 7. 1918; a. a. O.; s. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 304
- <sup>89</sup> Textilarbeiterverb., Jb. 1916, S. 8
- <sup>90</sup> 1917 wurde diese Forderung u. a. von den Metallarbeitern in Sachsen und Westfalen und von den Bergarbeitern an der Ruhr erhoben, im Winter 1917/18 schwelte sie dort weiter, im April 1918 wurde sie von den Textilarbeitern aufgegriffen, und als sie bis zum Sommer 1918 noch immer keine nennenswerten Erfolge erbracht hatte, brachen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von Juni bis September zahlrei-

che kleinere und kurzfristige Streiks aus, um die Arbeitszeitverkürzung auf 56 Wochenstunden nunmehr gewaltsam durchzusetzen, selbst in bisher ruhigen Gegenden (s. Neumann, Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet, S. 174 f.; Lambers S. 36 f.); im Oktober 1918 griff die Bewegung auch auf Oberschlesien über; s. die Mitt. des sächsischen Metallindustriellen Pfeiffer in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 76; Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 55; den Bericht von Arbeitnordwest über die Bewegungen in Köln, Düsseldorf und Essen vom 25. 3. 1918; HA/GHH, 300 141/21; Rundschreiben von Arbeitnordwest v. 19. 7. 1918; HA/GHH, 300 141/3; Bericht über die Versammlung der Chemiarbeiter in Köln-Worringen v. 31. 7. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 84 ff.; s. ferner die Resolution der Konferenz von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten aus Duisburg, Oberhausen, Mülheim und Hamborn vom 19. 8. 1918 sowie die Entschließung der Delegiertenkonferenz der Essener Metallarbeiterschaft vom 30. 6. 1918; beide StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 9081; CMV, Bericht 1918/19, S. 240 ff. und 323 f.; Der DMV 1918, S. 147 und 219; Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 27 ff.; H. Hirtsiefer, Der Samstagsfrühschluß, in: DA 3 (1918), S. 359 ff., sowie für die Textilarbeiter Sten. Bericht über die Konferenz des Dt. Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüring. Staaten am 6./7. 4. 1918, S. 22 und 80; Textilarbeiterverb., Jb. 1918, S. 80

<sup>91</sup> Der VdESI bezeichnete sie schlicht als praktisch undurchführbar (s. die Mitteilungen über eine entsprechende Eingabe von Arbeitnordwest an das stellv. Generalkommando Münster in der Aufzeichnung über die Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/91), die Essener Handelskammer lehnte sie rundweg ab (s. das Schreiben der HK Essen an den RP Düsseldorf, 11. 9. 1917; HA/GHH, 300 933/11), die Aachener Bergherren hielten sie wegen der Produktionsminderungen für untragbar (s. die Bemerkungen Weidtmans in der 49. Hauptversammlung des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk vom 25. 7. 1918, Prot. S. 6 (Mitteilungen des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk). Auch die Werkvereine sprachen sich im August 1918 gegen die sofortige und zwangsweise Arbeitszeitverkürzung aus, u. a. mit der Begründung, »daß eine hastige, also nicht sorgfältig vorbereitete und gleich zu weit gehende Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich dazu beitragen könnte, unseren unbedingt notwendigen wirtschaftlichen Aufstieg nach dem Kriege hintanzuhalten« (Werkverein Nr. 31 v. 3. 8. 1918; s. auch den Bericht über die Tagung des Provinzialverbandes der Werkvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Hagen am 11. 8. 1918, in: DW Nr. 34 v. 25. 8. 1918, S. 269).

<sup>92</sup> Borsig in der Hauptversammlung des VdESI am 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 243

<sup>93</sup> »Nach dem Kriege . . . heißt es arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten. Es werden Überstunden mehr denn je geleistet werden müssen, um die Leistungen zu vollbringen, die unser nach dem Kriege dezimiertes Arbeitsheer vollbringen muß, um an seinem Teil den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Vaterlandes zu ermöglichen.« (DAZ Nr. 39 v. 30. 9. 1917)

Die Industriellen sträubten sich auch gegen die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit. In vielen Betrieben wurde damals noch die Arbeitszeit durch eine längere Pause unterbrochen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, zum Essen nach Hause zu gehen. Seit 1917 drangen die Industriearbeiter auf die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit, um die doppelten Wege zu sparen, bessere und billigere Wohnungen in weiterer Entfernung von den Betrieben beziehen zu können und die Zeitersparnis für sinnvolle Freizeitbeschäftigungen zu nutzen. Auch das Kriegsamt war dafür, um die Produktionskapazitäten besser auszunutzen und den Kohle- und Lichtverbrauch



- zu drosseln. Die Unternehmer aber sprachen sich gegen diese Neuerung aus, weil sie befürchteten, daß damit schrittweise der 8-Stunden-Tag seinen Einzug halten könnte – um so mehr, als die freigewerkschaftliche Vorständekonferenz im November 1917 ihre Zustimmung zur durchgehenden Arbeitszeit an die Voraussetzung knüpfte, daß sie von Reichs wegen eingeführt und auf maximal 8 Stunden einschließlich fester Pausen begrenzt würde; das bedeutete die verkappte Forderung nach der gesetzlichen Einführung des 8-Stunden-Tages. S. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 50; Siegfried Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 94; H. Hirtsiefer, Durchgehende Arbeitszeit, in: DA 3 (1918), S. 26ff., sowie die Diskussion in Corr.bl. Nr. 24 v. 16. 6. 1917, S. 236ff., und Nr. 35 v. 1. 9. 1917, S. 333f.; ferner Nr. 25 v. 22. 6. 1918, S. 227ff.
- 94 Die rheinisch-westfälische Großindustrie erklärte sich Ende Juli 1918 zur »probeweisen« Einführung der 56-Stunden-Woche bereit (s. Preller S. 55). Der Schlichtungsausschuß Essen erkannte im August 1918 zwar das Verlangen der Krupp-Arbeiter nach Arbeitszeitverkürzung als grundsätzlich berechtigt an, weil »die nunmehr bereits längere Jahre dauernde Überanstrengung der Kruppischen Arbeiterschaft angesichts der ungünstigen Ernährungsverhältnisse zu wenig erfreulichen Folgen für die Gesundheit, Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit geführt hat«. Da nach den Bekundungen der Militärs jedoch eine Minderproduktion von Kriegsmaterial »auch im geringsten Umfange im vaterländischen Interesse nicht ertragen werden« könne, wurde eine Arbeitszeitverkürzung für undurchführbar erklärt und erst für die Nachkriegszeit in Aussicht gestellt (Schiedsspruch des Essener Schlichtungsausschusses vom 10. 8. 1918; abgedr. in: CMV, Bericht 1918/19, S. 340ff.).
- 95 In der Kölner Metallindustrie z. B. wurde die Arbeitszeit im Frühjahr 1918 auf 53 Stunden gesenkt. In Wirklichkeit aber wurde die alte Arbeitszeit beibehalten und fortan ein Teil als Überstunden bezahlt, so daß sich die Arbeitszeitverkürzung in eine Lohnerhöhung verwandelte; s. das Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 25. 3. 1918; HA/GHH, 300141/21
- 96 s. hierzu Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 40ff., und ders., Die technisch-industriellen Angestellten im Krieg, in: Die Glocke 3 (1917/18), I, S. 427ff.; Curt Köhler, Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege (Ein Vorschlag zur Neugruppierung der Angestelltenverbände), Bonn 1916, S. 9; die Bemerkungen des DHV-Vorsitzenden Bechly in seinem Referat über die Angestelltengehälter im Krieg auf dem Deutschen Arbeiterkongreß vom Oktober 1917, Bericht über die Verhandlungen des 4. Deutschen Arbeiterkongresses, S. 185ff., sowie ASS 41 (1916), S. 585ff. und 602; vgl. auch Kocka S. 71f.
- 97 Nicht wenige bestanden noch 1916 und selbst 1917; s. Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes, S. 71
- 98 s. die Angaben Köhlers, des Vorsitzenden des Vereins für Handlungs-Commis von 1858, in der Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände am 12. 12. 1916 betr. das Hilfsdienstgesetz, Prot. S. 55
- 99 s. die Angaben Bechlys in seinem Referat vor dem 4. Deutschen Arbeiterkongreß vom Oktober 1917, a. a. O. S. 183f. und 189, sowie die Angaben Giebels und Krügers vor dem VT des Verbandes der Büroangestellten im November 1918, Prot. S. 10f. und 75 ff.
- 100 s. Kocka S. 72
- 101 s. Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes, S. 70, und Günther S. 43 ff. und 80; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 177 ff.
- 102 s. Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 40, und Bechly a. a. O. S. 190

- <sup>103</sup> Bechly ebda.
- <sup>104</sup> ebda. S. 196
- <sup>105</sup> s. die Debatte und Resolution der ersten Reichstagung kaufmännischer Angestellten Deutschlands am 10. 3. 1918 in Berlin, Prot. S. 42 ff.; Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes, S. 70
- <sup>106</sup> s. den Monatsbericht des stellv. Gen.kdo. II. AK (Stettin) v. 2. 6. 1918; MA, RMA, F 5473/Ef 928, Bl. 304 ff., sowie den Bericht des preußischen Gesandten in Bayern, Treutler, an Max v. Baden v. 17. 10. 1918; PAAA, Eur. Gen. 82 Nr. 17 Bd. 12
- <sup>107</sup> s. Schwarz, Nürnberg, S. 183 ff.; Ay S. 102; Kocka S. 76 ff.
- <sup>108</sup> s. Siegfried Aufhäuser, Kopf- und Handarbeiter im Betriebsrat, in: Betriebsrätezeit-schrift für Funktionäre der Metallindustrie, Jg. 1 (1920), S. 16 f.; s. dazu folgende Äußerung des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, J. Reif, vom Dezember 1917: »Wir sind nicht die Masse und können nicht als Masse wirken wie die Arbeiter. Unser Arbeitsvertrag ist wie unsere Arbeit individuell, Massenverträge wie Massenentlassungen und dementsprechende Lohnbemessung sind undenkbar in unserem Berufe. Wir stehen zum Unternehmen anders, weil wir auf allen Mittelstufen, ähnlich wie die Werkmeister, an der Verwaltung der Betriebe teilnehmen und auf den oberen Stufen sogar die Betriebe leiten. Wir werden bezahlt nach Fähigkeiten, Erfahrungen, Vertrauen, nach rein persönlich bestimmten Eigenschaften.« Reif rühmte den sozialen Aufstieg innerhalb der Angestelltenhierarchie, der »fortwährend stattfindet und möglich bleibt für alle, die es ernstlich wollen und danach handeln«, und verlangte deshalb »freie Bahn für reine Angestelltenpolitik«; zit. nach Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 37f. Zum Selbstverständnis und zur sozialen Lage der kaufmännischen Angestellten vor 1914 s. Rolf Engelsing, Die wirtschaftliche und soziale Differenzierung der deutschen kaufmännischen Angestellten im In- und Ausland 1690–1900, in: ders., Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1978, S. 51 ff.
- <sup>109</sup> Zu sozialer Lage, Selbstverständnis und Organisierung der Angestellten in Deutschland vor 1914 s. Günter Hartfiel, Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1961, S. 117 ff.; Jürgen Kocka, Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten. USA 1890–1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977, S. 22 ff. und 249 ff.; für die technischen Angestellten vgl. auch Gerd Hortleder, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt 1970, S. 66 ff.
- <sup>110</sup> s. A. Höfle, Privatangestellte und Neuorientierung, Berlin 1918, S. 25; sie nahm deshalb auch Verbände auf, die der Generalkommission angehörten, nämlich den Zentralverband der Handlungsgehilfen und den Verband der Büroangestellten. Schüchterne Ansätze zu Zusammenschlüssen mit vornehmlich sozialpolitischer Zielsetzung gab es ferner unter den antigewerkschaftlichen Techniker- und Handlungsgehilfenverbänden; s. Nestriepke, Gewerkschaftsbewegung II, S. 397 ff.
- <sup>111</sup> Verein der Kruppschen Beamten an VDA, 22. 4. 1918; HA/GHH, 30019 324/2; s. auch die von Feldman S. 467 zit. Äußerungen des bayerischen Angestelltenführers Fedisch vom Februar 1918 über die Zunahme der Streikbereitschaft unter den Angestellten, sowie Siegfried Aufhäuser, Die technisch-industriellen Angestellten im Kriege, in: Die Glocke Nr. 37 v. 15. 12. 1917, S. 432; Köhler S. 19 ff.; Fritz Ohlhof, Die Angestelltenbewegung während der Kriegszeit, in: NZ 34 (1915/16), II, S. 183 ff.

<sup>112</sup> Die Gesamtmitgliedzahl der Organisationen kaufmännischer Angestellter ging von Ende 1913 bis Ende 1917 von 643963 auf 258098 zurück, die der Techniker-Verbände von 140472 auf 84031, die der Büroangestellten-Verbände von 26906 auf 19009; s. Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1913 (11. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), Berlin 1915, S. 22 ff., und dass. im Jahre 1917, Berlin 1919, S. 40 ff. Anders als bei den Arbeiter-Gewerkschaften war jedoch die Zahl der Austritte und »Fahnenflüchtigen« hier wie bei den Beamtenorganisationen sehr klein, so daß diese Verbände mit einer Rückgewinnung ihrer Vorkriegsstärke bald nach Kriegsende rechnen konnten: s. hierzu für die Angestelltenverbände ASS 41 (1916), S. 572 ff. und 600, für die Beamtenverbände ebd. S. 909.

Der prozentual unterschiedliche Mitgliederrückgang der drei Gruppen von Angestelltenverbänden ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß die technischen Angestellten häufig in kriegswichtigen Betrieben beschäftigt waren und deshalb in geringerem Maße eingezogen wurden als die kaufmännischen. Der geringere zahlenmäßige Verlust der Büroangestelltenverbände ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß ein Teil des Abgangs männlicher Mitglieder durch einen Zugang weiblicher Mitglieder im gewerkschaftlich orientierten Verband der Büroangestellten ausgeglichen wurde. Dieser umfaßte Ende 1917 von insgesamt 9265 Mitgl. 3164 Frauen gegenüber 282 unter 7652 Mitgliedern Ende 1913; s. die Verbände der Arbeitgeber usw. 1917, S. 42, und dass. 1913, S. 26.

Zur Unsicherheit der Mitgliederzahlen der Kriegsjahre s. Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1915, S. 3\* f. und 13\* f. Der der Generalkommission angeschlossene Zentralverband der Handlungsgehilfen nahm von Ende 1913 bis Ende 1917 nur von 24809 auf 22775 Mitglieder ab; der ebenfalls der Generalkommission angehörende Verband der Büroangestellten steigerte seine Mitgliederzahl dank der Zunahme der Frauenarbeit im gleichen Zeitraum von 8414 auf 9265. Der gemäßigt gewerkschaftlich orientierte Deutsche Werkmeister-Verband sank von 62373 auf 51428 Mitglieder, während der Butib infolge einer vorübergehenden Abspaltung von 23386 auf 7188 Mitglieder zurückging, 1918 freilich, nach dem Wiedereintritt des abgespaltenen Flügels, wieder beträchtlich an Stärke zunahm; s. Die Verbände der Arbeitgeber usw. 1913, S. 22 ff., und dass. 1916/17, S. 40 ff.; zur Spaltung des Butib s. ASS 41 (1916), S. 604 ff.

<sup>113</sup> Aktenvermerk über die gemeinsame Betriebsversammlung für die sämtlichen Angestellten der AEG-, Siemens- und Bergmann-Betriebe, 24. 11. 1916; Siemens-Archiv, 4/Lr 544

<sup>114</sup> Bericht über eine Betriebsversammlung der Angestellten der Siemens-Schuckert-Werke und der Siemens-Halske AG in den Germania-Sälen in Berlin, 3. 8. 1917; ebd.

<sup>115</sup> s. ZBl. Nr. 10 v. 7. 5. 1917, S. 80

<sup>116</sup> Verein der Kruppschen Beamten an VDA, 22. 4. 1918; a. a. O.; s. auch die Belege bei Kocka S. 77

<sup>117</sup> Sie ging aus der »Sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände« hervor, die 1912 gegründet worden war und deren Mitgliedsorganisationen rund 300000 Angestellte umfaßten; s. Die Verbände der Arbeitgeber usw. 1913, S. 24\*; Köhler S. 14 ff.

Der AKV gehörten an:

Allgemeiner Dt. Buchhandlungsgehilfen-Verband, Leipzig

Buchhandlungsgehilfen-Verein, Leipzig

Deutscher Bankbeamten-Verein, Berlin

Deutscher Verband kaufmännischer Vereine, Sitz Frankfurt a. M.

- Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg  
 Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig  
 Verband junger Drogisten Deutschlands, Berlin  
 Verband kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands, Essen  
 Verband reisender Kaufleute Deutschlands, Leipzig  
 Verein der deutschen Kaufleute, Berlin  
 Verein für Handlungs-Commis von 1858, Hamburg.
- 1917 trat der Buchhandlungsgehilfen-Verein Leipzig aus, während der Verband der deutschen Versicherungsbeamten, München, neu hinzutrat; s. Die Verbände der Arbeitgeber usw. 1915, S. 9\* ff., und ASS 41 (1916), S. 577f. und 591 f.; das »Waffenstillstandsabkommen« zwischen DHV und dem Verein für Handlungs-Commis von 1858 ist abgedr. in: Gewerkverein Nr. 55/56 v. 10. 7. 1915, S. 111; s. auch Hartfiel S. 142f.
- 118 Ihr waren folgende Verbände angeschlossen:  
 Katholischer Verband der weiblichen kaufmännischen Angestellten und Beamtinnen Deutschlands, Berlin  
 Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte e. V., Berlin  
 Süddeutscher Verband der Vereine katholischer kaufmännischer Gehilfinnen und Beamtinnen, München  
 Verband katholischer kaufmännischer Gehilfinnen und Beamtinnen, Köln  
 Verbündete kaufmännische Vereine für weibliche Angestellte, Kassel.  
 s. Die Verbände der Arbeitgeber usw. 1915, S. 11\*
- 119 s. ebda. Dem »Kriegsausschuß der technischen Verbände, Berlin« gehörten an:  
 Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine, Berlin  
 Verein deutscher Chemiker, Leipzig  
 Verein deutscher Eisenhüttenleute, Düsseldorf  
 Verband deutscher Elektrotechniker, Berlin  
 Verein deutscher Ingenieure, Berlin  
 Bund der technisch-industriellen Beamten, Berlin  
 Deutscher Werkmeister-Verband, Düsseldorf  
 Verband deutscher Diplom-Ingenieure, Berlin  
 Deutscher Techniker-Verband, Berlin  
 Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern, Berlin  
 Architekten-Verein, Berlin  
 Eine größere Gruppe heterogener, mittelständisch orientierter Angestelltenverbände mit insgesamt rund 80000 Mitgliedern tat sich im November 1917 zur »Vereinigung deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände, Sitz Berlin« zusammen, s. ebda. S. 13\*
- 120 Höfle S. 25
- 121 s. Die Verbände der Arbeitgeber usw. 1915, S. 11\*; Köhler S. 17f.
- 122 s. ebda. und Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 103; Hartfiel S. 145.  
 Die Afa umfaßte folgende Organisationen:  
 Allgemeiner Verband der Deutschen Bankbeamten, Berlin  
 Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen, Berlin  
 Bund der technisch-industriellen Beamten, Berlin  
 Deutscher Chorsänger- und Ballett-Verband, Mannheim  
 Deutscher Polierbund, Braunschweig  
 Deutscher Steigerverband, Essen  
 Deutscher Vorzeichner-Verband, Dortmund  
 Deutscher Zuschneider-Verband, Berlin  
 Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, Berlin

Internationale Artisten-Loge, Berlin

Verband der Büroangestellten Deutschlands, Berlin

Verband der Kunstgewerbezeichner, Berlin

Verband technischer Schiffsoffiziere, Hamburg

Verein Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere der Handelsmarine, Hamburg

Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe, Berlin

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Berlin

<sup>123</sup> Bechly für die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Höfle für die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und Aufhäuser für die Afa; s. Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 76

<sup>124</sup> zit. in: Die Verbände der Arbeitgeber usw. 1915, S. 12\* und Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 103. Ende 1917 traten dem Zusammenschluß auch die Arbeitsgemeinschaft deutscher Bürobeamten, die Arbeitsgemeinschaft der Verbände deutscher Rechtsanwaltsgehilfen und die Arbeitsgemeinschaft des Bundes deutscher Rechtsanwaltsgehilfen bei.

<sup>125</sup> s. Aufhäuser S. 46 und Corr.bl. Nr. 50 v. 15. 12. 1917, S. 467f.

Unter den Mitgliedern der Angestelltenverbände scheint sogar der Wunsch nach Verschmelzung der Berufsverbände aufgekommen zu sein; s. Aufhäuser S. 104. Er wurde aber nur in Einzelfällen verwirklicht. Im Februar 1917 z. B. schloß sich der Bund der Büroangestellten der Kaiserlichen Marinebehörden dem Verband der Büroangestellten an; 1918 ging der Steigerverband im Butib auf; s. ebda. und Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter 1916/17 (19. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), Berlin 1919, S. 10\*, und Georg Werner, Kumpel, Erzählung aus dem Leben der Bergarbeiter, Berlin 1948, S. 217

<sup>126</sup> s. Aufhäuser S. 108; Köhler S. 19ff.

<sup>127</sup> Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände am 12. 12. 1916, S. 49

<sup>128</sup> ebda. S. 54

<sup>129</sup> Köhler S. 27

<sup>130</sup> Prot. der Konferenz vom 12. 12. 1916, S. 54

<sup>131</sup> s. Aufhäuser S. 79f.; Kocka S. 77; vgl. auch die Ergebnisse der Wahlen zum Angestelltenausschuß bei Krupp, oben S. 429

<sup>132</sup> s. Aufhäuser S. 76 und 106; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914-19, S. 109; Kocka S. 79

<sup>133</sup> Die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und die Afa gingen mit den Gewerkschaften auch in der Arbeitskammerfrage zusammen, indem sie statt besonderer Angestelltenkammern den Einfluß der Angestellten in die Arbeitskammern befürworteten; s. Aufhäuser S. 76

<sup>134</sup> Auf Anregung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine fand im April 1918 in Berlin der 1. Kongreß freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände statt, an dem außer den Gewerkvereinen 26 meist kleinere Angestellten- und Staatsarbeiterverbände teilnahmen; s. Gewerkverein Nr. 31/32 v. 4. 5. 1918, S. 62f.

<sup>135</sup> Schreiben des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter an die Bergwerksdirektion Saarbrücken, 19. 12. 1916; abgedr. in: Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 90

<sup>136</sup> Der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Osterroth, in einer Belegschaftsversammlung der Gewerkschaft Westfalen in Ahlen am 3. 8. 1918; zit. nach einem Bericht der Polizei Ahlen an den RP Münster, 3. 8. 1918; StA Münster, Reg. Münster, Abt. VII Nr. 17 Bd. 2

- <sup>137</sup> Paeplow auf dem VT des BAV 1917; Prot. S. 146
- <sup>138</sup> Der Vertrag ist abgedr. ebda. S. 88 ff.; s. dazu die Ausführungen Paeplocs ebda. S. 146 f.
- <sup>139</sup> Bericht LR Lüdinghausen an RP Münster; StA Münster, Reg. Münster, Abt. VII Nr. 52 b. – Im Juni 1918 wurden von den Stettiner Seeschiffswerften Erfolge einer gemeinsamen Agitation von DMV und Butib gemeldet; s. den Monatsbericht des Stellv. Gen.kdo. II. AK v. 2. 6. 1918; MA, RMA, F 5473/Ef 928, Bl. 304 f.
- <sup>140</sup> s. den Bericht der DAZ Nr. 35 v. 1. 9. 1918; auch zum folgenden
- <sup>141</sup> zit. nach: Arbeiterbewegung Nr. 18 v. 28. 9. 1918, S. 138
- <sup>142</sup> Prot. der Konferenz v. 12. 12. 1916, S. 54; s. auch ASS 41 (1916), S. 903 ff.
- <sup>143</sup> s. Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 76 und 106; die Diskussion und Resolution über Kaufmannskammern auf der 1. Reichstagung kaufmännischer Angestellter Deutschlands am 10. 3. 1918 in Berlin, Prot. S. 12 ff.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 109; Kocka S. 79
- <sup>144</sup> Ein Indiz hierfür ist die Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei Anfang 1918; s. dazu Stegmann, Zwischen Repression und Revolution, in: AfS 12 (1972), S. 394 ff. – Ein Vorstandsmitglied des wirtschaftsfriedlichen Vereins Kruppischer Beamten stand bei Kriegsende »voll und ganz« auf dem Boden rechtsradikal-antisemitischer Anschauungen und warb für sie »nach Kräften«; Heinrichsbauer an Heinrich Dolle, Moers, 25. 10. 1918; Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, 11 – D 25
- <sup>145</sup> s. Kocka S. 80 ff.
- <sup>146</sup> s. Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 15; Hartfiel S. 137 ff.
- <sup>147</sup> Bechly in seinem Referat vor dem 4. Deutschen Arbeiterkongress im Oktober 1917, a. a. O. S. 185. 1908 wies der Verband Bayerischer Metallindustrieller seine Mitglieder an, keine Angehörigen des DHV und dreier weiterer, ebenfalls mittelständisch, staatsfromm und stramm antisozialdemokratisch eingestellter Angestelltenverbände, des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, des Vereins für Handlungscommis von 1858 und des Vereins der Deutschen Kaufleute, einzustellen und die beschäftigten Mitglieder dieser Verbände tunlichst zu entlassen; s. Aufhäuser, Weltkrieg und Angestelltenbewegung, S. 14 f.
- <sup>148</sup> s. die Bemerkungen Halbachs in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 128
- <sup>149</sup> s. die in Gewerkeverein Nr. 77/78 v. 23. 9. 1916, S. 155, abgedruckten Dokumente
- <sup>150</sup> s. den Bericht über die Vorstandssitzung der VDA vom 31. 8. 1916; HA/GHH, 30019324/13
- <sup>151</sup> s. die Niederschrift über eine Besprechung im Siemenshaus v. 6. 12. 1916; Siemens-Archiv, 4/Lr 544; vgl. dazu die Mitt. Aufhäusers in der Gewerkschaftskonferenz vom 12. 12. 1916, Prot. S. 49
- <sup>152</sup> Die VDA nahm diese Neuerung zum Anlaß, den Grundsatz der Nichtanerkennung der Angestelltenverbände zu bekräftigen; s. Corr.bl. Nr. 33 v. 18. 8. 1917, S. 318
- <sup>153</sup> s. die Mitt. Giebels auf dem VT des Verbandes der Büroangestellten 1918, Prot. S. 12 ff. Wo sich die Wahl nicht länger hinauszögern ließ, versuchten manche Firmenleitungen wenigstens ein ihnen genehmes Ergebnis zu erreichen, etwa indem sie allein die direktionsfreundliche Liste als gültigen Wahlvorschlag anerkannten und unter Verzicht auf einen eigentlichen Wahlakt als gewählt proklamierten; so verlief offenbar die Konstituierung des Angestelltenausschusses der GHH im April 1917 (s. die Bekanntmachung der GHH-Direktion vom 10. 4. 1917; HA/GHH, 3001038/6).
- Um die Ausschußmitglieder zu korrumpieren, einen Keil zwischen sie und die übrige

ge Angestelltenschaft zu treiben oder sie zur Niederlegung ihres Amtes zu zwingen, reagierten manche Firmenleitungen mit Gehaltserhöhungen; denn die Mitgliedschaft im Angestelltenausschuß war an eine Einkommenshöchstgrenze von jährlich RM 5000 gebunden, bis der Reichstag diese Beschränkung abänderte. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie beschloß ferner, allen Bestrebungen der Ausschüsse, ihre Rechte über den im Gesetz gezogenen Rahmen hinaus auszudehnen, »schärfsten Widerstand« entgegenzusetzen (Niederschrift der Vorstands- und Ausschußsitzung von Arbeitnordwest vom 2. 6. 1917; HA/GHH, 30019324/9; s. auch das Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 9. 7. 1917, HA/GHH, 300141/20). Sie versuchte im Gegenteil, die Angestelltenausschüsse über die ihnen zustehenden Rechte im unklaren und die Modalitäten ihrer Tätigkeit ungeklärt zu lassen in der Annahme, Unsicherheit, Angst und mangelnder organisatorischer Rückhalt würden ihnen Zurückhaltung bei der Vertretung der Angestellteninteressen nahelegen. Arbeitnordwest sprach sich daher gegen die Übernahme einer Mustersatzung für Angestelltenausschüsse aus, die die VDA erarbeitet hatte unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Berlin, wo ein höherer Prozentsatz der Angestellten organisiert war als an der Ruhr, und zwar mit der Begründung, eine auf die Berliner Verhältnisse zugeschnittene Satzung bedeutete »eine Gefahr der Radikalisierung der Angestellten« im Ruhrgebiet, wo »eine starke Betonung der Zusammengehörigkeit der Beamtenschaft eines Werkes« noch möglich sei »und sich so in vielen Fällen ein Gegensatz von Angestelltenausschuß gegen die Firma vermeiden lassen« werde (Arbeitnordwest an seine Vertreter in Vorstand und Ausschuß der VDA, 2. 5. 1917; HA/GHH, 30019324/9).

Zu Bemühungen der Arbeitgeber, eine überbetriebliche Zusammenarbeit der Ausschüsse zu verhindern, s. oben S. 319

- <sup>154</sup> Borsig in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 214
- <sup>155</sup> Tänzler in seinem Geschäftsbericht in der Mitgliederversammlung der VDA am 7. 3. 1918; zit. nach DAZ Nr. 11 v. 17. 3. 1918
- <sup>156</sup> Niederschrift der Vorstands- und Ausschußsitzung von Arbeitnordwest vom 2. 6. 1917; HA/GHH, 30019324/9
- <sup>157</sup> ebda.
- <sup>158</sup> Verein der Kruppschen Beamten an VDA, 22. 4. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>159</sup> Reichert, Die Vereinstätigkeit im Kriegsjahr 1917; BA, R 13 I/164, Bl. 39
- <sup>160</sup> s. die Mitteilungen Reicherts in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 2. 9. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 231
- <sup>161</sup> Borsig ebda. Bl. 240ff.
- <sup>162</sup> s. NLC Nr. 182 v. 23. 9. 1918
- <sup>163</sup> s. Jb. der Dresdner Gewerkschaften 1918, S. 14
- <sup>164</sup> Borsig in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 2. 9. 1918; a. a. O. Bl. 240
- <sup>165</sup> Reuter in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 2. 9. 1918; a. a. O. Bl. 247
- <sup>166</sup> Schlenker in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 6. 3. 1918; BA, R 13 I/154, Bl. 268
- <sup>167</sup> DW Nr. 38 v. 22. 9. 1918, S. 304
- <sup>168</sup> s. die Skizze Hoffs über die Lage der wirtschaftsfriedlichen Bewegung für die Hauptversammlung der Nordwestl. Gruppe des VdESI am 29. 11. 1916 (HA/GHH, 30019324/9), worin er die Gründung wirtschaftsfriedlicher Vereine für die mittleren und unteren Angestellten anregte, sowie die gleichen Empfehlungen Schlenkers u. a. in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 2. 9. 1918; a. a. O. Bl. 231ff.; zu entsprechenden Aufforderungen in der Arbeitgeberpresse s. Der Arbeit-

- geber, Jg. 1918 Nr. 19 S. 132; DAZ Nr. 35 v. 1. 9. 1918; s. auch Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter 1916/17 (19. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), Berlin 1919, S. 12<sup>n</sup>; ferner das Arbeitsprogramm der DV auf dem Gebiet der Arbeiterfrage für das Jahr 1916; HA/GHH, 30019 324/11; Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 115; DW Nr. 38 v. 22. 9. 1918, S. 304
- <sup>169</sup> s. Bezirksverband der Werkvereine von Essen und Umgebung an die Verwaltung der Gutehoffnungshütte und anderer Werke, 16. 11. 1917; HA/GHH, 300143/15; s. auch Otto Sartorius, Die Organisation der Angestellten, Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 159
- <sup>170</sup> Verein der Kruppschen Beamten an VDA, 22. 4. 1918; HA/GHH, 30019 324/2
- <sup>171</sup> s. Kocka S. 77f.
- <sup>172</sup> Hilger in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 2. 9. 1918; a. a. O. Bl. 248. Th. Müller von den Stummschen Hüttenwerken im Saarland schloß sich den Äußerungen Hilgers »vollständig« an; ebda.
- <sup>173</sup> DAZ Nr. 35 v. 1. 9. 1918
- <sup>174</sup> Aufzeichnung über die Hauptvorstandssitzung des VdESI am 2. 9. 1918; BA, R 131/92, Bl. 35
- <sup>175</sup> s. Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 127 und 158
- <sup>176</sup> s. Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter 1916/17, S. 12<sup>n</sup>
- <sup>177</sup> Albert Falkenberg, Grundsätzliches zum bevölkerungspolitischen Programm der Beamten, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 4 Heft 3 (Nov. 1917), S. 142; s. auch Feldman S. 465
- <sup>178</sup> s. Zahlen zur Geldentwertung in Deutschland 1914–23, bearb. im Statist. Reichsamt (= Sonderheft 1 zu »Wirtschaft und Statistik«), Berlin 1925, S. 43; Roesler S. 176 und 224; Kocka S. 74; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 177ff.
- <sup>179</sup> s. Kocka S. 74
- <sup>180</sup> Emil Fink, Beamtenschaft und innerer Ausgleich, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 5 Nr. 1, S. 4
- <sup>181</sup> Knilling in einem Interview mit dem Berliner Tageblatt im Juli 1918; zit. nach Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes, S. 69
- <sup>182</sup> s. ebda. S. 68 und die Bemerkungen Remmers' in der Hauptversammlung des Deutschen Eisenbahnfahrbeamten-Verbandes durch Eisenbahnminister v. Breitenbach und Ministerialdirektor Hoff am 24. 1. 1918; Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Min. d. Fin., L, Konv. 1271–1277. Obwohl die Beamtenfunktionäre versprochen, »in diesem Sinne« auf die Verbandsmitglieder »mit allen Kräften ... bis zur siegreichen Beendigung des Krieges einwirken und es an immer wiederholten Mahnungen in ihren Verbandsorganen nicht fehlen lassen zu wollen«, wurden die Eisenbahndirektionen angewiesen, darüber zu wachen, ob diese Zusage erfüllt wurde, und den Verbandsorganen »nötigenfalls solches Vorgehen nahezuzeigen«; Begleitschreiben Breitenbachs zur Niederschrift vom 24. 1. 1918 an die Präsidenten der Eisenbahndirektionen, 30. 1. 1918; ebda.



- <sup>185</sup> Knilling in einem Interview mit dem Berliner Tageblatt im Juli 1918; zit. nach Zimmermann, Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes, S. 69; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 181 f. und die Belege bei Kocka S. 83
- <sup>186</sup> s. hierzu insbesondere die instruktive Studie von Georg Kalmer, Beamtenschaft und Revolution, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 201 ff.  
Rückblickend charakterisierte ein Vertreter der unteren Beamtenschaft die Behandlung der Staatsbediensteten durch den Staat, der ihr Arbeitgeber war, folgendermaßen: »Das alte Regime hat an den Beamten schwer gesündigt. Dieser alte konservative Staat, der in langen Friedensjahren durch die Arbeit eines großen fleißigen Volkes reich geworden war, hat niemals Zeit gefunden, seinen ärmsten und treuesten Dienern zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. ... Die Beamten sollten eben in Armut und Bedrückung gehalten werden. Sie sollten kein Recht haben, als freie Menschen ihre Meinung frei zu äußern und durch das doppelte Mittel sozialer Knechtung und bürokratischer Bevormundung von jedem Hauch einer neuen freien Zeit ferngehalten werden«. Karl Schmidt-Berlin in der vom Transportarbeiterverband veranstalteten Konferenz von Vertretern der im Post- und Telegraphenbetriebe Beschäftigten vom 20.–22. 10. 1919 im Gewerkschaftshaus Berlin, Protokoll S. 16
- <sup>187</sup> s. hierzu und zum folgenden ASS 41 (1916), S. 903 ff., und Albert Falkenberg, Die Zukunftsarbeit der deutschen Beamtenverbände, in: Beamtenjahrbuch, 1. Jg. Heft 3/4 (Dezember 1914), S. 65 ff.
- <sup>188</sup> Die größten waren der »Allgemeine Verband der Eisenbahnvereine der Preussisch-Hessischen Staatsbahnen und der Reichsbahnen« mit 837 Vereinen und insgesamt knapp 550 000 Mitgliedern, sowie der Verband deutscher Beamtenvereine mit 332 Vereinen und insgesamt 287 000 Mitgliedern; er umfaßte größtenteils obere und mittlere Beamte. Eine Anzahl von Unterbeamtenverbänden mit zusammen rund 132 000 Mitgliedern tat sich 1913 zur »Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten in Reichs-, Staats- und Gemeindedienst« zusammen.
- <sup>189</sup> Laut Satzung stand er »auf dem Boden der Verfassung treu zu Kaiser und Reich« und erstrebte den Zusammenschluß der genannten Gruppen »zur Vertretung ihrer staatsbürgerlichen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Interessen«.
- <sup>190</sup> s. W. Flügel, Die wirtschaftspolitische Organisation der deutschen Beamten, in: Beamten-Jahrbuch, Jg. 3 Heft 1/2 (Juni 1916), S. 6 ff., und Albert Falkenberg, Die deutsche Beamtenbewegung nach dem Kriege, 2. Aufl. Berlin 1920 (Sozialwiss. Bibliothek Nr. 15), S. 13 ff.
- <sup>191</sup> s. Ludwig Heyde, Die Beamten und die künftige Sozialpolitik, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 2 Heft 2 (Mai 1915), S. 138
- <sup>192</sup> Noch im Januar 1918 lehnte die Regierung die Einrichtung von Beamtenausschüssen nach dem Vorbild der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ab; im August 1918 wiederholte Reichspostminister Rüdlin, daß die Regierung gar nicht daran denke, den Beamten eigene Vertretungen zu schaffen; s. Richard Seidel, Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, 4. Aufl. Berlin 1932, S. 198, und die Ausführungen Prawitz' in der Reichsbeamtenkonferenz des DEV vom 13./14. 2. 1921; Protokoll über die Verhandlungen auf der Reichsbeamtenkonferenz des Deutschen Eisenbahner-Verbandes am 13. und 14. 2. 1921 zu Berlin, hrsg. von der Beamtenabteilung des DEV, S. 35
- <sup>193</sup> Noch 1915 lehnten preussische Behörden die Aufhebung des Koalitionsverbots für das Krankenpflegepersonal unter Berufung auf die Treue- und Gehorsampflicht der Beamten ab; s. die bei Albert Falkenberg, Die Frage der deutschen Beamten, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 2 Heft 3 (Okt. 1915), S. 155 f. abgedr. Dokumente; s. auch ders., Die deutsche Beamtenbewegung nach dem Kriege, S. 50 ff.

- <sup>194</sup> Albert Falkenberg, Die Zukunftsarbeit der deutschen Beamtenverbände, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 1 Heft 3/4 (Decz. 1914), S. 65 ff.; s. auch ders., Zur Vereinheitlichung der deutschen Beamtenbewegung, ebda. Jg. 2 Heft 1 (April 1915), S. 107 ff.
- <sup>195</sup> ebda. S. 123. – Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände riet den Beamten aufgrund seiner Erfahrungen in der Angestelltenbewegung zur Einrichtung einer »Generalkommission« der Beamtenverbände; s. A. Höfle, Der Krieg als Erzieher, ebda. Jg. 2 Heft 4 (Nov. 1915), S. 175 ff.
- <sup>196</sup> Symptomatisch hierfür ist, daß in Bremen die Mitglieder mehrerer Organisationen mittlerer Postbeamten aus eigenem Antrieb eine Arbeitsgemeinschaft zur Vertretung der gemeinsamen Interessen gründeten und ihre Verbände veranlassen wollten, Gehalts- und Standesfragen gemeinsam zu behandeln, mit dem Ziel, innerhalb einer bestimmten Frist eine Annäherung und schließlich eine Verschmelzung herbeizuführen; s. ASS 41 (1916), S. 910
- <sup>197</sup> Im Herbst 1917 schlossen sich die bayerischen Beamten- und Lehrerorganisationen zu einem Dachverband zusammen; s. Kalmer a. a. O. S. 213 ff.
- <sup>198</sup> s. Albert Falkenberg, Die Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 4 Heft 1/2 (Juni 1917), S. 96; s. auch ders., Die deutsche Beamtenbewegung nach dem Kriege, S. 19 ff.
- <sup>199</sup> s. den Satzungsentwurf für die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, in: Beamtenjahrbuch, 2. Jg. Heft 4 (November 1915), S. 195 f., den in Anm. 198 genannten Artikel Falkenbergs sowie Beamtenjahrbuch, 4. Jg. Nr. 3 (November 1917), S. 155 f. und ebda. Heft 4, S. 188 ff.
- <sup>200</sup> Albert Falkenberg, Die deutsche Beamtenbewegung nach dem Kriege, S. 22 ff.
- <sup>201</sup> Ludwig Heyde, Die Beamten und die künftige Sozialpolitik, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 2 Heft 2 (Mai 1915), S. 135 ff.
- <sup>202</sup> ebda. S. 138
- <sup>203</sup> s. H. v. Gerlach, Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen und die Beamten, in: Beamtenjahrbuch, Jg. 2 Heft 1 (April 1915), S. 111 ff.

### *13. Kapitel*

- <sup>1</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 642 f.
- <sup>2</sup> s. ebda. S. 646 und Walther/Engelmann, Bd. 1, S. 166 ff.; s. auch Lambers S. 24; Reulecke a. a. O. S. 228 ff., und die Bemerkungen über die Beteiligung von Frauen an Lebensmittelunruhen bei Hirschfeld, Sittengeschichte, Bd. 2, S. 322 ff.; zu den Lebensmittelkrawallen in Nürnberg s. Schwarz S. 151 ff.
- <sup>3</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 676 ff.; Opel S. 57 ff.
- <sup>4</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 694 f.; Gorski S. 313 ff.
- <sup>5</sup> s. den Bericht des RP Trier an den preuß. Innenminister, 27. 9. 1917, abgedr. AF 4/II, S. 709 ff., den Bericht des LR Ottweiler an das Stellv. Gen.kdo. XXI. AK, 28. 9. 1917, ebda. S. 714 ff., und den Bericht der Bergwerksdirektion Saarbrücken an den preuß. Handelsminister, 10. 10. 1917, ebda. S. 729 ff.
- <sup>6</sup> Davon rund 650000 in Berlin, 200000 im Reg.bezirk Düsseldorf, 14000 in Köln, 4000 in Essen, 40000 in Kiel, 25000 in Hamburg, 15000 in Danzig, 35000 in Magdeburg, 6000 in Leipzig, 5000 in Halle, 7000 in Jena, 3000 in Gotha, je 20000 in Kassel und Mannheim, 100000 im Nürnberg-Fürther Industriegebiet und 10000 in Schweinfurt; s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 168 f.
- <sup>7</sup> s. den Bericht RP an OP Münster, 30. 1. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408; s. auch das Rundschreiben von Arbeitnordwest an seine Vorstandsmitglieder vom 2. 5. 1917; HA/GHH, 30019324/9; Reulecke a. a. O. S. 221

- <sup>8</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 676f. Nach Auffassung Groeners handelte es sich zunächst um »nichts anderes als die Reaktion des Körpers auf die schweren Entbehrungen des vorhergegangenen Winters. Die Leute gingen aus den Fabriken heraus in den Grunewald, um sich sozusagen einen guten Tag zu machen. Es war keine zusammenhängende politische Sache, sondern eine aus der Ernährungslage hervorgegangene plötzliche Aufwallung der menschlichen Seele«. Aussage Groeners im Dolchstoßprozeß 1925; Der Dolchstoß-Prozeß in München, S. 200. An anderer Stelle sprach Groener von spontanen Reaktionen »armseliger, von Hunger und Kälte geplagter Menschen« (Groener, Lebenserinnerungen, S. 362); s. auch Feldman S. 340f.
- <sup>9</sup> s. Opel S. 58; Feldman S. 326f.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 682
- <sup>10</sup> Die Resolution ist abgedr. DMA II/1, S. 612; vgl. dazu Opel S. 60f.; Gorski S. 250ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 684f.; Heinrich Scheel, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, S. 3ff.
- <sup>11</sup> s. die entsprechenden Dokumente in DMA II/1, S. 613ff., und AF 4/II, S. 438ff.
- <sup>12</sup> Im Ruhrgebiet war die Lage allein durch die Ernährungsschwierigkeiten so gespannt, daß »nur ein geringfügiger Anlaß« genügte, um einen Streik hervorzurufen; »eine besondere Agitation ist nicht einmal erforderlich; der Zufall bringt ihn«. So der Vertreter des RP Münster in einer Besprechung im Kriegsamt mit Vertretern aller Generalkommandos, Regierungspräsidien und Bundesregierungen aus Anlaß der Streikbewegung, 26. 4. 1917; abgedr. Deist II S. 728. – Zu den Motiven der Aprilstreiks s. außerdem die Bemerkungen der übrigen Teilnehmer an dieser Besprechung ebda. S. 724ff., die Erklärung des preuß. Kriegsministers und des Kriegspresseamtes vor der Pressekonferenz im Reichstag, 27. 4. 1917, ebda. S. 736ff., sowie die Auszüge aus der Zusammenstellung der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos an den preuß. Kriegsminister vom 3. 5. 1917, ebda. S. 740ff.; vgl. auch Feldman S. 333ff.
- <sup>13</sup> Der preuß. Innenminister Drews in einer Denkschrift an Wilhelm II. über die innenpolitische Lage, Anfang Februar 1918; abgedr. AF IV/3, S. 1064; vgl. auch die Bemerkung des RP in Düsseldorf, »daß zwar die vorhandenen oder behaupteten Mißstände in der Lebensmittelversorgung und Lohnbemessung den Anlaß gegeben haben, daß aber im tiefsten Grunde weitgehende politische Forderungen und Hoffnungen die Triebfeder waren«. Zeitungsbericht des RP in Düsseldorf an Wilhelm II., 30. 4. 1917; abgedr. in AF 4/II, S. 484
- <sup>14</sup> s. u. a. den Bericht des Stellv. Gen.kdo. VII. AK an den preuß. Kriegsminister vom 10. 7. 1917 über Unruhen und Streiks im westfälischen Industriegebiet, abgedr. ebda. S. 595ff., das Schreiben des Kriegsamtes an alle preußischen Kriegsamts- und Kriegsamtsnebenstellen vom 23. 7. 1917, ebda. S. 624, und den Bericht des Regierungspräsidenten in Trier an den preuß. Innenminister vom 27. 9. 1917 über den Bergarbeiterstreik an der Saar, ebda. S. 709ff. Der RP Arnsberg meldete, für die Bergarbeiter im Ruhrgebiet gäbe es »nur zwei ernste Fragen: Löhne und Lebensmittel«; politische Erwägungen seien »ganz in den Hintergrund getreten«; Bericht RP Arnsberg an OP Münster, 28. 10. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408; s. auch den Bericht dess. RP vom 30. 10. 1917, ebda.
- <sup>15</sup> Gendarmeriewachmeister Wehner in Waldfrieden an die Amtshauptmannschaft Flöha, 19. 5. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 521
- <sup>16</sup> Bericht eines pommerschen Oberförstern an seinen Gutsherrn, inser. in einer Aufzeichnung Schiffers vom 22. 6. 1917; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 92, Nl. Schiffer Nr. 3, Bl. 485

- <sup>17</sup> Aufzeichnung des UStS im AA, v. d. Bussche, vom 12. 2. 1918; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5
- <sup>18</sup> Bericht Drews' an Wilhelm II. vom 15. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1167
- <sup>19</sup> Bericht des preuß. Kriegsministers an Wilhelm II. über Ursachen, Verlauf und Auswirkungen des Streiks, 5. 2. 1918; abgedr. Deist II, S. 1160; zu den dominierenden Streikmotiven s. den Bericht des bayerischen Kriegsministers vom 14. 2. 1918, abgedr. ebda. S. 1185 Anm. 7; im übrigen die detaillierte Darstellung über Ursachen, Vorbereitung und Verlauf der Januarstreiks in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 135 ff.; dort weitere Literaturhinweise; s. jetzt auch David W. Morgan, *The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party 1917–1922*, Ithaca/London 1975, S. 87ff.
- <sup>20</sup> Bericht des preuß. Kriegsministers an Wilhelm II., 5. 2. 1918; a. a. O.
- <sup>21</sup> Das Streikprogramm ist vollständig abgedr. in DMA II/2, S. 75
- <sup>22</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 162 ff.; dort detaillierte Nachweise und weitere Belege. Ähnliche Forderungen wie in Berlin wurden in München, Nürnberg und Schweinfurt erhoben; s. Werner Boldt, *Der Januarstreik 1918 in Bayern unter bes. Berücksichtigung Nürnbergs*, in: *Jb. f. fränkische Landesforschung* 25 (1965), S. 6ff. Gleiches gilt für Mitteldeutschland und das Ruhrgebiet. Hier hatte der Ausstand »ungeachtet der nebenher erhobenen wirtschaftlichen Forderungen ... einen rein politischen Charakter. Der Wunsch nach sofortigem Frieden stand im Vordergrund.« Bericht des RP Arnsberg v. 6. 2. 1918; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 17 Bd. 2; dasselbe berichtete das stellv. Gen.kdo. Münster; s. Deist II, S. 1162 Anm. 27; s. auch die Zeitungsberichte des RP Arnsberg vom 27. 4. 1918 und des RP Münster vom 28. 4. 1918; beide StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408. In Köln wurden nicht einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert, sondern nur »1. ein sofortiges klares Bekenntnis der Regierung zu einem Frieden ohne Annexion und Entschädigung, 2. sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, völlige Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheit, 3. möglichst restlose Erfassung aller Lebensmittelvorräte, rücksichtslose Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers sowie Erhöhung der Brottration von 3½ auf 4 Pfund, 4. Beschleunigung der Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, ggfs. Einführung dieses Wahlrechts durch Beschluß des Reichstages, 5. sofortige Einberufung des Reichstages ...« Bericht des Polizeipräsidenten in Köln an den RP in Köln, 6. 3. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Köln Nr. 7572; s. auch Reulecke a. a. O. S. 233. – In Kiel forderten die streikenden Arbeiter sofortigen Frieden und empfanden ihre Arbeitsniederlegung selbst als »politischen Generalstreik« (vgl. die bei Deist II, S. 1161 Anm. 24 genannten Quellen). In München sprengten im Januar 1918 Arbeiter eine Versammlung der Vaterlandspartei mit Ausrufen wie: »Hunger hab'n ma. Wir wollen keinen Gewaltfrieden«, Hochrufen auf Trotzki und dem Ausruf: »Wir brauchen keinen König! Wir brauchen keinen Kaiser!« (s. Ay S. 132). Wie sich die politischen aus den wirtschaftlichen Forderungen entfalten konnten, ist besonders deutlich am Beispiel der Hamburger Werftarbeiter zu erkennen. In einer Streikversammlung am 29. 1. 1918, die von 4000–5000 Werftarbeitern besucht war und unter dem Thema »Die allgemeinen Mißstände auf den Werften« stand, wurden »zunächst die behaupteten Mißstände auf der Werft und Fragen wirtschaftlicher Natur besprochen, allmählich erhielt jedoch die Debatte eine politische Färbung, indem die Friedensfrage und politische Forderungen schließlich in den Vordergrund traten«. Am Ende verabschiedete die Versammlung eine Resolution, die den Zusammenhang von Ernährungsschwierigkeiten und Krieg klar herausstellte und die politischen aus den ökonomischen Forderungen ableitete, indem sie »die beste Versorgung der Arbeiterschaft mit

- Lebensmitteln in der Herbeiführung eines sofortigen Friedens ohne Annexionen« sah. In einer weiteren Resolution erklärten die Arbeiter, »weder für Annexionen noch für zweifelhafte Entschädigung weiter darben zu wollen«. Im übrigen übernahmen sie das Programm des Berliner Arbeiterrats. Bericht des stellv. Gen.kdo. IX. AK an den Obermilitärbefehlshaber, 3. 2. 1918; MA, RMA, F 5473/Ef 928, Bl. 395 ff. Zu den Motiven des Streiks s. außerdem die Aufzeichnung des UStS im AA v. 12. 2. 1918; PAAA, Deutschland 152, Bd. 5; Niederschrift über die Besprechung der Zentralbehörden im preuß. Kriegsministerium vom 17. 2. 1918 sowie die Niederschrift über die Besprechung im preuß. Kriegsministerium mit den Vertretern der stellv. Generalkommandos vom 20. 2. 1918, abgedr. Deist II, S. 1176 ff. bzw. 1184 ff., außerdem die Aussage Dittmanns im Gansser-Prozeß 1923, IISG, Nl. Heine Nr. 364; Ay S. 196 ff.
- <sup>23</sup> Aufzeichnung von dem Bussches vom 12. 2. 1918; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5
- <sup>24</sup> s. ebda. sowie den Bericht des preuß. Kriegsministers v. Stein an Wilhelm II., 5. 2. 1918; abgedr. Deist II, S. 1163, sowie die Bemerkungen Wrisbergs in der Besprechung vom 20. 2. 1918, abgedr. ebda. S. 1184
- <sup>25</sup> s. den Bericht Drews' an Wilhelm II., 15. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1167; den Bericht des stellv. Gen.kdo. IV. AK (Magdeburg) vom 20. 2. 1918; MA/RMA, F 5473/Ef 928, Bl. 10, und das Schreiben des StS des RMA an das kaiserliche Gouvernement Wilhelmshaven, 1. 3. 1918, ebda. Bl. 155; Bericht der Abt. IIIb des Stellv. Generalstabes der Armee an Kriegsministerium, RdI u. a., 16. 3. 1918; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5; Erlaß des preuß. Innenministers an alle Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten vom 10. 4. 1918; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 52b; Bericht Fleischers an Bauer, 6. 7. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 61 ff.
- <sup>26</sup> Fleischer an Bauer, 6. 7. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 61
- <sup>27</sup> Fleischer an Bauer, 11. 7. 1918; ebda. Bl. 67. – Auch in den Streiks an der Ruhr vom Sommer 1918 wurde immer wieder ein sofortiger Friedensschluß gefordert; s. Reulecke a. a. O. S. 234
- <sup>28</sup> In zwei Aufrufen an einem Schachteingang im Kreis Tarnowitz stand sie, obwohl ungelenkt und fehlerhaft im Ausdruck, klar zu lesen:  
»Die Grafen und Fürsten und Beamten, die halten den ganzen Krieg, denn sie wissen, wie es ihnen gehen wird, wenn Deutschland verspielt. . . . Wenn der Monetzionsarbeiter aufhört und der Bergmann nicht mehr gräbt, da ist der Krieg in kurzer Zeit zu Ende, mögen die in den Krieg gehen, die ihn wollten, und nicht die armen Leute. . . . Wir Deutsche Arbeiter kämpfen nicht für Deutschlands Ehr, sondern nur für die Millionär. Nach dem Krieg sind wir die Sklaven, so wie wir es schon sind, drum auf und macht euch fertig, es ist unsere heilige Sache, das wir den Staat und seine Beamten bekämpfen.« Zit. bei Wolfgang Schumann, Die Lage der deutschen und polnischen Arbeiter in Oberschlesien und ihr Kampf gegen den deutschen Imperialismus in den Jahren 1917 und 1918, in: ZfG 3 (1956), S. 494
- <sup>29</sup> Mitteilung des Vertreters des stellv. Gen.kdo. XII. AK (Dresden) in einer Besprechung im Kriegsamt aus Anlaß der Streikbewegung, 26. 4. 1917; abgedr. Deist II, S. 733; s. auch den Bericht über eine Besprechung des Dresdner DMV-Bezirksleiters Haack und des Leipziger DMV-Vertrauensmannes Fromm mit Offizieren der Kriegsamtsstelle Leipzig am 18. 4. 1917; abgedr. in: Arbeiterführer als Verräter, S. 19
- <sup>30</sup> zit. aus einer Aufzeichnung des sächs. Innenministeriums vom 16. 4. 1917 bei Gorski S. 246
- <sup>31</sup> Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an das Oberkommando in den Marken, 23. 8. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 369 ff.
- <sup>32</sup> s. hierzu und zum folgenden die detaillierte Darstellung in Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 676 ff.; vgl. auch Richter S. 107 ff.

- 33 «Die Lehren des großen Massenstreiks», Flugblatt vom April 1917; abgedr. AF 4/II, S. 492 ff.
- 34 vgl. den Bericht des Corr.bl. Nr. 16 v. 21. 4. 1917, S. 154 f.
- 35 Flugblatt der DMV-Verwaltungsstelle Berlin an die Berliner DMV-Mitglieder über Entstehung und Verlauf des Streiks, 25. 4. 1917; abgedr. in: DMV, Verwaltungsstelle Berlin, Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1917, Berlin 1918, S. 87 ff.
- 36 «Die Lehren des großen Massenstreiks», a. a. O. S. 494 f.
- 37 zit. im Flugblatt der DMV-Verwaltungsstelle Berlin vom 25. 4. 1917, a. a. O. S. 89 f.
- 38 «Die Lehren des großen Massenstreiks», a. a. O. S. 494 f.
- 39 Flugblatt der DMV-Verwaltungsstelle Berlin v. 25. 4. 1917, a. a. O. S. 88 f.
- 40 s. unten S. 452 ff., 570 ff. und 574 ff.
- 41 Schreiben der Kriegsamtstelle Leipzig an das sächs. Kriegsministerium, 24. 4. 1917; zit. nach: Arbeiterführer als Verräter, S. 18; s. auch das Schreiben der Kriegsamtstelle Leipzig an das sächs. Kriegsministerium vom 15. 5. 1917, abgedr. ebda. S. 18 f.; s. auch Gorski S. 247 f. und 269 ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 683 ff.; zum Streik in Leipzig s. im übrigen Kurt Schneider, Der Streik der Leipziger Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg im April 1917 und die Haltung der Leipziger USPD-Führung, in: BzG 2 (1963), S. 275 ff.
- In den Leunawerken rief Winnig, von den ohnmächtigen Funktionären des Bauarbeiterverbandes zu einer »Feuerwehrfahrt« herbeigerufen, den Vertrauensmännern der streikenden Arbeiter zu: »Was Ihr hier tut, ist Landesverrat! ... Wer diesen Streik angezettelt hat, ist ein Landesverräter!« Er veranlaßte sie zur Wiederaufnahme der Arbeit, nachdem er für ein zusätzliches Faß Graupen für die Kantinenverpflegung gesorgt hatte; s. Winnig, Der weite Weg, S. 401. Der Dresdner Bezirksleiter des DMV bezeichnete den Streik Vertretern der Kriegsamtstelle Leipzig gegenüber als »Verbrechen an der Gesamtheit und an allen Arbeitern« und eine »Dummheit gegen die Partei«; Bericht über eine Besprechung der Leipziger und Dresdner DMV-Bevollmächtigten mit Offizieren der Kriegsamtstelle Leipzig vom 18. 4. 1917 bzw. Bericht der Kriegsamtstelle Leipzig an das sächs. Kriegsministerium vom 15. 5. 1917; beide abgedr. in: Arbeiterführer als Verräter, S. 18 f.
- 42 Bericht RP an OP Münster, 30. 1. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408
- 43 Überwachungsbericht der Polizeiverwaltung Buer über eine Belegschaftsversammlung der Schachanlage Scholven, 21. 1. 1917; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 18 Bd. 4
- 44 Schreiben der vier Bergarbeiterverbände an Groener, 13. 3. 1917; StA Münster, Reg. Münster VII Nr. 17 Bd. 1
- 45 s. den Bericht der Polizeiverwaltung Gladbeck über eine Belegschaftsversammlung der Scholven- und Zweckelschächte, 9. 3. 1917, StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 18 Bd. 4
- 46 Bericht der Polizeiverwaltung Recklinghausen über die Belegschaftsversammlung der Zeche Recklinghausen I vom 17. 4. 1917; ebda. Nr. 17 Bd. 1
- 47 s. dazu die Äußerungen Robert Schmidts in der gemeinsamen Sitzung des SPD-Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 19. 4. 1917; Feldman S. 350 ff.
- 48 s. ebda. S. 336 f.
- 49 Rundschreiben der Generalkommission an die Zentralvorstände der freien Gewerkschaften, 23. 4. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 467 ff.; s. auch das Schreiben der Generalkommission, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), der Polnischen Berufsvereinigung, der Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände, der Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft der

- technischen Verbände an Groener, 26. 4. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 17 v. 28. 4. 1917, S. 163f.; Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 180f. Zum Verhalten der Gewerkschaften s. auch die Ausarbeitung des Kriegspresseamtes zur Frage der Streiks und ihrer Urheber, 25. 5. 1917; abgedr. Deist II, S. 752ff.
- <sup>50</sup> Der DMV warnte die Metallarbeiter vor den von »gewissenloser Seite« ausgehenden Aufforderungen zum politischen Generalstreik und appellierte an sie, ihre »Schuldigkeit als Waffenschmiede« zu tun; abgedr. Corr.bl. Nr. 18 v. 5. 5. 1917, S. 182; ein ähnlicher Aufruf des Buchbinderverbandes ist abgedr. ebda. S. 183 und in: Der Deutsche Buchbinder-Verband 1917, S. 16f.; zu einem ähnlichen Rundschreiben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom Mai 1917 an die Gauleiter des Verbandes s. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jber. 1917, S. 64
- <sup>51</sup> Aufruf des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften, abgedr. ZBl. Nr. 9 v. 23. 4. 1917, S. 72. Der CMV verpflichtete seine Mitglieder, »sich nicht nur von Arbeitseinstellungen fern zu halten, sondern auch, wenn von radikalen Elementen solche geplant werden, mit aller Energie dagegen Stellung zu nehmen«; Der deutsche Metallarbeiter (Organ des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes) vom 28. 4. 1917. Ähnlich äußerten sich der Gewerkverein christl. Bergarbeiter und die konfessionellen Arbeitervereine; s. Bergknappe v. 28. 4. und 5. 5. 1917; Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 7f.; Arbeiter (München) Nr. 17 v. 26. 4. 1917; Resolution des Delegiertentages des Bezirksverbandes der kath. Arbeiter- und Knappenvereine Gladbeck v. 29. 4. 1917; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 18 Bd. 4; Aufruf der Kreisverbände Bochum und Gelsenkirchen der evang. Arbeitervereine, abgedr. in: Herner Zeitung v. 28. 4. 1917; Ausschnitte in MA, Nl. Groener, N. 46/116
- <sup>52</sup> ZBl. Nr. 1 v. 1. 1. 1918, S. 3
- <sup>53</sup> s. Gewerkverein Nr. 35/36 v. 5. 5. 1917, S. 72, und die Erklärung des Zentralrats der Gewerkvereine, abgedr. bei Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 203f.
- <sup>54</sup> s. DW Nr. 19 v. 17. 5. 1917, S. 152; Arbeiter (Berlin) Nr. 8 v. 22. 4. 1917 und Nr. 9 v. 6. 5. 1917.
- <sup>55</sup> s. Arbeiterbewegung Nr. 8 v. 30. 4. 1917, S. 60; Arbeiter (Berlin) Nr. 9 v. 6. 5. 1917. Die Direktion der Berliner Siemenswerke bestätigte, daß »in Siemensstadt nicht ein Mann und nicht eine Frau am Streik teilnahmen, so daß Siemensstadt ... eine richtige Insel bildete«; einen »wesentlichen Anteil an diesem Erfolge« schrieb sie »der Existenz der Werkvereine in unseren Fabriken« zu; Aufzeichnung des Siemens-Direktors Dihlmann vom Oktober 1917 über die Aprilstreiks; Siemens-Archiv, Nl. Dihlmann, 11/Lr 544
- <sup>56</sup> Aktennotiz des Oberberggrats Herold vom Bergamt Freiberg über eine Unterredung mit dem Stollberger Bergat Klötzer, 1. 8. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 632
- <sup>57</sup> s. den Aufruf der Generalkommission und des SPD-Parteivorstandes vom 27. 4. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 18 v. 5. 5. 1917, S. 179ff. – Der USPD-Vorsitzende Haase selbst gab Groener sein Ehrenwort, sich dafür einzusetzen, daß eine Arbeitsruhe am 1. Mai unterblieb; s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 363f.
- <sup>58</sup> Eingabe der vier Bergarbeiterverbände an das Kriegsernährungsamt, 29. 6. 1917; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 18 Bd. 4; abgedr. Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 377ff.
- <sup>59</sup> s. den Aufruf des Bergarbeiterverbandes vom August 1917; abgedr. ebda. S. 73; s. auch ZBl. Nr. 15 v. 16. 7. 1917, S. 113. Der RP Arnberg bescheinigte ihnen, daß sie »ihrer von Beginn des Krieges an eingenommenen Stellung gemäß jederzeit bestrebt waren, die Arbeiter zur Ruhe und Besonnenheit und zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen«; Zeitungsbericht RP Arnberg an OP Münster, 30. 10. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408

- <sup>60</sup> s. Gorski S. 336ff.
- <sup>61</sup> Schreiben der Kriegsamtstelle Dresden an das sächs. Kriegsministerium, 13. 8. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 652
- <sup>62</sup> Zeitungsbericht RP Arnberg an OP Münster, 30. 10. 1917; a. a. O.
- <sup>63</sup> Zum Verlauf des Januarstreiks s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 135ff.; vgl. auch den Bericht des preuß. Kriegsministers an Wilhelm II. über Ursachen, Verlauf und Auswirkungen des Streiks, 5. 2. 1918; abgedr. Deist II, S. 1157ff.; ferner Richter S. 163ff.; Miller S. 371ff.
- <sup>64</sup> Der Gesamtverband der christl. Gewerkschaften verurteilte die Arbeitsniederlegungen als »ein verantwortungsloses und verbrecherisches Treiben gegen unsere Kameraden und Volksgenossen an der Front, gegen unser Vaterland und gegen die wohlverstandenen Interessen der deutschen Arbeiter und ihrer Organisationen« und richtete an seine Mitglieder die Erwartung, »daß sie sich überall Arbeitsniederlegungen widersetzen und sich energisch für die ungestörte Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft bemühen«; Erklärung des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften v. 30. 1. 1918; abgedr. ZBl. Nr. 4 v. 11. 2. 1918, S. 29; s. auch ebda. Nr. 3 v. 28. 1. 1918, S. 27, und DA 3 (1918), S. 130ff. Für die H.-D.-Gewerkvereine s. Gewerkverein Nr. 9/10 v. 2. 2. 1918, S. 18; für die Poln. Berufsvereinigung s. den Bericht des preuß. Innenmin. Drews an Wilhelm II. v. 15. 2. 1918, abgedr. AF 4/III, S. 1163. – Die kath. Arbeitervereine verurteilten den Streik »aufs schärfste«, so Der Arbeiter (München) Nr. 6 v. 7. 2. 1918. Der Kartellverband dt. Werkvereine verbreitete in Berlin ein Flugblatt, das mit der Aufforderung schloß: »Nieder mit dem Massenstreik! Was auch immer kommen möge, bleibt an der Arbeit!« (abgedr. AF 4/III, S. 1029f.). Der wirtschaftsfriedlich orientierte Verband der kath. Arbeitervereine, Sitz Berlin, verurteilte den Januarstreik sogar »mit der denkbar größten Entschiedenheit« als »revolutionären Hochverrat«; s. Arbeiter (Berlin) Nr. 3 v. 10. 2. 1918; s. auch den Aufruf der oberschles. Metall- und Bergarbeiter-Fachabteilungen des Verbandes, ebda. Der Verbandsvorsitzende Fleischer bemühte sich, die kath. Bischöfe zu einer Kundgebung gegen weitere Streiks während des Krieges zu bewegen; s. Fleischer an Bauer, 21. 3. 1918; BA, NI. Bauer Nr. 12, Bl. 100. Im übrigen intensivierten die wirtschaftsfriedlichen Verbände unter dem Eindruck der Januarstreiks ihre Zusammenarbeit und traten Ende April 1918 mit einem eigenen Aufruf gegen die Arbeitsniederlegungen hervor; s. dazu oben S. 347f.
- <sup>65</sup> s. unten S. 453. – Diese Abstinenz belastete die Zusammenarbeit zwischen freien und christlichen Gewerkschaften, denn die letzteren hatten für das Verhalten der Generalkommission wenig Verständnis. »Eine ihrer Verantwortung bewußte Gewerkschaftsleitung hätte im Interesse der Arbeiterschaft ... niemals neutral bleiben dürfen, sondern die politische Bewegung aufs schärfste verurteilen müssen.« So Richard Berger in: Glaube und Arbeit 2 (1918), S. 227f. Th. Brauer vom Gesamtverband der christl. Gewerkschaften machte die weitere Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften davon abhängig, daß diese sich künftig »mit Nachdruck an denjenigen Maßnahmen beteiligen, die auf eine Verhütung der Wiederholung solcher verderblichen Ausstände in dieser Zeit von langer Hand hinwirken«; DA 3 (1918), S. 132
- <sup>66</sup> Die Resolution der Vorstandekonferenz ist abgedr. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 46f.; SPD-RT Fraktion II, S. 372
- <sup>67</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 166
- <sup>68</sup> s. ebda. S. 164ff.; für München Peter Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923, München 1969, S. 15. In Nürnberg traten die freien Gewerkschaften zwar in die Streikleitung ein, hatten jedoch auf Forderungen und Verlauf des Streiks praktisch keinen Einfluß; s. Schwarz S. 169 und



236 ff.; Boldt a. a. O. S. 10 ff. Daß die Streiks in Bayern ein vergleichsweise schnelles Ende nahmen, ist allerdings auch auf die elastische Reaktion der Landesregierung zurückzuführen. Sie erklärte sich zum Empfang einer Abordnung der Streikenden bereit, die freilich von den Führern der SPD-Landtagsfraktion geleitet und Vertreter der regulären Arbeiterausschüsse einschließen sollte; auch war das Kabinett zur Entgegennahme ihrer Wünsche, nicht zu förmlichen Verhandlungen bereit (s. die Protokolle der Sitzungen des bayerischen Ministerrats vom 1. 2. und 4. 2. 1918; GStAM, MA 99 511). Wenig später suchte der bayerische Ministerpräsident das Verhältnis zu den Gewerkschaften auch nach außen zu verbessern, indem er erklärte, Wünsche der Arbeiterorganisationen würden von der Regierung entgegengenommen und, sofern sie allgemeine Angelegenheiten beträfen, »auch tunlichst sachlich verbeschieden«; auch sollten die Unterbehörden sich ebenso verhalten; bei Verstößen würde die Regierung »Remedur eintreten lassen« (Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Dandl; Anlage zum Protokoll der Ministerratssitzung vom 27. 4. 1918, ebda.). Bei der OHL allerdings erregte das Verhalten der bayerischen Regierung »das größte Mißtrauen und Mißgunst«, weil es ihr als Durchlöcherung des Prinzips erschien, mit Streikenden nicht zu verhandeln; so der Abteilungs-Chef in der OHL Mertz v. Quirnheim an den Abt.-Chef im bayerischen Kriegsministerium, Kreß v. Kressenstein, o. D.; zit. bei Deist II, S. 1152 Anm. 6

- <sup>69</sup> In Kassel, wo am 31. 1. 1918 eine Versammlung von ca. 12000 Streikenden die Berliner Forderungen übernahm, gelang es den Gewerkschaftsführern, insbesondere dem Kartellvorsitzenden Grzesinski, die Bewegung auf einen politischen Demonstrationstreik zu begrenzen und für den nächsten Tag die Wiederaufnahme der Arbeit durchzusetzen; s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 167, sowie die Tagebuch-Aufzeichnungen des damaligen Kasseler Oberbürgermeisters Koch-Weser vom 31. 1. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 25. – In Chemnitz, wo ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft unter dem Einfluß von Fritz Heckert und Heinrich Brandler, den Vorsitzenden der örtlichen Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes und führenden Mitgliedern des Spartakusbundes, ins oppositionelle Lager überging, war es vor allem Gustav Noske zuzuschreiben, daß es nicht zur Arbeitsniederlegung kam. Noske, dessen ganze Tätigkeit darauf gerichtet war, »die Zügel nicht aus der Hand zu verlieren«, bekannte sich später dazu, daß er »den Streik nicht wollte und nicht gebilligt und erst recht nicht gefördert« habe und daß der Vorwurf der Linken, es sei ihm »auf eine Verschleppung einer raschen Aktion und Sabotierung des Streiks« angekommen, »durchaus richtig war«; Noske an Heine, 27. 8. 1924; IISG, Nl. Heine Nr. 459; s. auch die Aussage Noskes in: Der Dolchstoßprozeß, S. 183
- <sup>70</sup> Vogelsang an die Polizeidirektion Gelsenkirchen, 5. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1109 f.

<sup>71</sup> s. den Bericht des RP Münster vom 6. 2. 1918; Bericht des Polizeipräsidenten in Gelsenkirchen an RP Arnsberg und stellv. Gen.kdo. VII. AK, 31. 1. 1918; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 17 Bd. 2; außerdem Gewerkevereinsarbeit während des Krieges, S. 9 und 75; Gewerkvereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges, S. 4 f. und 13; CMV, Bericht 1918/19, S. 6

<sup>72</sup> Vogelsang an Polizeidirektion Gelsenkirchen, 5. 2. 1918; a. a. O.

<sup>73</sup> s. den Bericht des Polizeipräsidenten in Gelsenkirchen an den RP Arnsberg, 31. 1. 1918, und den Zeitungsbericht des RP Münster vom 28. 4. 1918; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408, sowie den Bericht des RP Münster an den preuß. Innenminister vom 31. 1. 1918, abgedr. AF 4/III, S. 1020

<sup>74</sup> s. Gewerkvereinsarbeit während des Krieges, S. 75; vgl. auch den Bericht Drews' an Wilhelm II. vom 15. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1167

- 75 s. die Forderungen der Sitzung der vier Bergarbeiterverbände in Essen am 30. 1. 1918; wiedergegeben im Bericht des Polizeipräsidenten in Gelsenkirchen an RP Arnsberg und stellv. Gen.kdo. VII. AK, 31. 1. 1918; a. a. O.
- 76 Hue lehnte offenbar das Ansinnen ab, die Bergarbeiter in den Streik hineinzuziehen, das nach »zuverlässigen Nachrichten« die Berliner Streikleitung an ihn herantrug; s. den Bericht des preuß. Innenministers Drews an Wilhelm II., 15. 2. 1918; AF 4/III, S. 1166f.
- 77 Bericht des Polizeipräsidenten in Gelsenkirchen vom 31. 1. 1918, a. a. O.
- 78 s. den Bericht des RP in Münster v. 6. 2. 1918; ebda., und Reulecke a. a. O. S. 229ff.
- 79 Bericht des RP in Münster v. 6. 2. 1918, a. a. O.
- 80 Drews in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 4. 2. 1918; BA, Nl. Heinrichs Nr. 24; abgedr. AF 4/III S. 1084
- 81 s. den Zeitungsbericht des RP in Münster vom 28. 4. 1918; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 1408
- 82 Bericht Drews' an Wilhelm II., 15. 2. 1918; a. a. O.
- 83 s. Ullrich S. 517ff.
- 84 s. Lothar Popp, Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand. Unter Mitarbeit von Karl Artelt, Kiel 1918, S. 6ff., sowie die Bemerkung Legiens in der Vorständekonferenz vom 1. 2. 1918; Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 82
- 85 s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 164
- 86 Corr.bl. Nr. 5 v. 2. 2. 1918, S. 41. – Die folgende Darstellung stützt sich in erster Linie auf die Beschreibung und Analyse der Streikbewegung in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 148ff.; s. außerdem Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 100ff., sowie die einschlägigen Dokumente ebda. S. 201ff., und AF 4/III, passim; s. auch den Bericht des Oberkommandos in den Marken an den preuß. Kriegsminister, 4. 2. 1918; Abschrift für das RMA in MA/RMA, F 3440/PG 67455, sowie den Bericht des Oberbefehlshabers in den Marken an Wilhelm II. über den Verlauf des Streiks in Berlin, 6. 2. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 1164ff.
- 87 zit. Corr.bl. Nr. 6 v. 9. 2. 1918, S. 46, und SPC Nr. 5 v. 2. 3. 1918, S. 70; ferner im Bericht des SPD-Parteivorstandes über den Massenstreik, Februar 1918; abgedr. SPD-RT-Fraktion, II, S. 366, sowie im Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 45; dort wird die Berliner USPD als Verfasser genannt.
- 88 s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 151, sowie den undatierten Bericht eines anonymen Angehörigen der Spartakusgruppe, abgedr. AF 4/III, S. 1132
- 89 Dittmann berichtete später darüber: »Die Situation bei dem Streik war so, daß wir Führer auf die Entschließung der Massen, ob der Streik weitergeführt werden sollte oder beendet werden sollte, überhaupt keinen Einfluß hatten. Hätte ich wirklich gesagt, es sollte weiter gestreikt werden, so hätte deshalb nicht ein einziger Arbeiter länger gestreikt, und hätte ich gesagt, der Streik sollte beendet werden, so hätte sich dadurch nicht ein einziger Arbeiter bewegen lassen, den Streik abzubrechen.« Aussage Dittmanns im Magdeburger Prozeß des Reichspräsidenten 1924; IISG, Nl. Heine Nr. 542
- 90 Bericht der Sächsischen Gesandtschaft in Berlin an den sächs. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, 8. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1225
- 91 s. Corr.bl. Nr. 5 v. 2. 2. 1918, S. 42
- 92 Bericht der sächs. Gesandtschaft Berlin vom 8. 2. 1918, a. a. O.
- 93 Aufzeichnung Deutelmösers über ein Gespräch mit Stampfer vom 30. 1. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1014
- 94 s. die Aussage Scheidemanns im Magdeburger Prozeß des Reichspräsidenten vom

28. 6. 1924; IISG, Nl. Heine Nr. 542; s. auch die Aussage Scheidemanns vom 31. 7. 1923 im Gansser-Prozeß, ebda. Nr. 364, sowie Schulze, Otto Braun, S. 215 f.
- 95 Bericht des SPD-Parteivorstandes über den Massenstreik in Berlin, abgedr. SPD-RT-Fraktion, II, S. 366; s. auch die Resolution des SPD-Parteiausschusses vom 30. 1. 1918, ebda. S. 370; s. auch den Bericht Bauers in der Vorstandskonferenz vom 1. 2. 1918, Beschlüsse von Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 82 f.; Friedr. Ebert, Zur Streikbewegung, in: NZ 36 (1917/18), I, S. 457 ff., und die Zeugenaussage Eberts vom 31. 7. 1923 im Gansser-Prozeß; IISG, Nl. Heine Nr. 364
- 96 Erklärung Bauers vom 5. 2. 1918; abgedr. SPD-RT-Fraktion, II, S. 369 Anm. 13
- 97 Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 83
- 98 Noske an Heine, 27. 8. 1924; IISG, Nl. Heine Nr. 459
- 99 s. die Ausführungen Bauers in der SPD-Fraktionssitzung vom 5. 2. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 363 f.
- 100 Ebert ebda. S. 364
- 101 s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 172 f.
- 102 Protokoll der Sitzung des preuß. Staatsministeriums am 4. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1083 ff.
- 103 s. Corr.bl. Nr. 6 v. 9. 2. 1918, S. 45; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 46; Paul Lensch, Streik und Frieden, in: Glocke Nr. 46 v. 16. 2. 1918, S. 695; zur Stellungnahme Liebknechts s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 174
- 104 Drews in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 4. 2. 1918; a. a. O.
- 105 Bericht Drews' an Wilhelm II., 15. 2. 1918; AF 4/III, S. 1167
- 106 Drews in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums am 27. 4. 1918; ebda. S. 1318; s. auch das Prot. der Sitzung im RdI am 22. 4. 1918, ebda. S. 1305 ff., sowie die BfS-Berichte vom 30. 3., 15. 4. und 15. 5. 1918
- 107 Das Leipziger Generalkommando z. B. meldete im April 1918, es mehrten sich die Fälle, »wo die Unzufriedenheit in die Arbeiterschaft erst durch die Gewerkschaften von außen hineingetragen wird« und Lohnbewegungen »nicht im Sinne des weitaus größten Teils der Belegschaft gelegen« hätten; aus der Zusammenstellung der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos vom 3. 4. 1918; AF 4/III, S. 1295
- 108 Gemeinsamer Aufruf des Verbandes der Bergarbeiter, des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter und der Polnischen Berufsvereinigung (Abt. Bergarbeiter), 18. 8. 1918; abgedr. in: Gewerkvereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges, S. 52
- 109 Bericht des Stellv. Gen.kdo. VII. AK vom 22. 8. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 9081, Bl. 400 ff.
- 110 Bericht der Polizeiverwaltung Ahlen über die Belegschaftsversammlung der Zeche Gewerkschaft Westfalen, 3. 8. 1918; StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 17 Bd. 2, Bl. 106
- 111 Bericht über den Ausstand auf den Jakobischächten für die Direktion der GHH, April 1917; HA/GHH, 300 193 008/6; s. auch VdESI, Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, August 1917; BA, R 13 I/370, Bl. 227
- 112 Bericht über den Ausstand auf den Jakobischächten, a. a. O.
- 113 DAZ Nr. 5 v. 3. 2. 1918
- 114 Arbeiterbewegung Nr. 3 v. 12. 2. 1918, S. 17 f.
- 115 DW Nr. 5 v. 3. 2. 1918, S. 35; ähnlich NLC Nr. 24 v. 30. 1. 1918
- 116 Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund an Hindenburg, 23. 2. 1917; abgedr. in: Hugenberg, Streiflichter, S. 202 f.
- 117 VdESI, Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, a. a. O.
- 118 s. oben S. 385 ff.

- <sup>119</sup> Der stellv. komm. General in Stettin war überzeugt, daß einige der Stettiner Gewerkschaftsführer »heimlich aufreizend wirken und sich dann, sobald die Erregung einen gewissen Grad erreicht hat, zu den Behörden begeben und ihre Vermittlung anbieten, selbstredend um die letzteren zu täuschen und um die Arbeiterbewegung in die Hand zu bekommen«. Ähnliche Vermutungen äußerten die Militärbefehlshaber im Ruhrgebiet und in Württemberg; s. die Zusammenstellung der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos an den preuß. Kriegsminister über die allgemeine Stimmung im Volke v. 3. 5. 1917, abgedr. bei Deist II, S. 743, sowie die Zeitungsberichte des RP Münster vom 29. 4. und 28. 10. 1917 an den OP Münster; StA Münster, Oberpräsidium 1408; s. auch die Tagebuch-Aufzeichnungen Thaers v. 28. 1. 1918; Thaer S. 160
- <sup>120</sup> Aufzeichnung Bauers zum Bericht des preuß. Kriegsministers an Wilhelm II. über den Streik, 10. 2. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 12; abgedr. Deist II, S. 1171 ff.
- <sup>121</sup> Denkschrift Bauers »Zum Kampf gegen den Umsturz«, o. D. (Frühjahr 1918); BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 207
- <sup>122</sup> Aufzeichnung Bauers zum Bericht des preuß. Kriegsministers an Wilhelm II. über den Streik, 10. 2. 1918, a. a. O.
- <sup>123</sup> Entwurf Bauers für einen Vortrag beim Kaiser über die Denkschrift des preuß. Innenministers Drews, 21. 2. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 225 f. Die gleiche Qualifizierung des Streiks als »Landesverrat« in DW Nr. 6 v. 10. 2. 1918, S. 41
- <sup>124</sup> Entwurf Bauers für einen Vortrag beim Kaiser über die Denkschrift Drews', 21. 2. 1918; a. a. O. – Im kaiserlichen Gefolge im Großen Hauptquartier wurde Anfang Februar 1918 laut darüber nachgedacht, die Sozialisten einschließlich Scheidemann einfach an die Wand zu stellen; s. die Tagebuch-Notiz v. Müllers v. 2. 2. 1918; Regierte der Kaiser? S. 350
- <sup>125</sup> Zu Verhaftung sowie Rede- und Publikationsverboten gegenüber USPD- und Spartakus-Führern s. die zahlreichen einschlägigen Dokumente in AF 4/III und bei Deist II, *passim*
- <sup>126</sup> Hilger in der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 21. 6. 1917; BA, R 13 I/151, Bl. 72; vgl. zu Motiven und Verlauf dieses Streiks auch Schumann, Oberschlesien 1918/19, S. 44 ff.
- <sup>127</sup> Generaldirektor Wachsmann in einer Verhandlung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins mit Vertretern des Breslauer Generalkommandos und der Verwaltungsbehörden, 2. 6. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 538
- <sup>128</sup> s. die Bemerkungen Willigers ebd. S. 533
- <sup>129</sup> Der Generaldirektor der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-AG Gleiwitz berichtete, die Arbeiter hätten »in rohester Weise wie die Vandalen in unserer Schlächtereier ... gehaust«, sie ausgeplündert, in den Bürogebäuden zahlreiche Fensterscheiben eingeschlagen und in den Fabrikhallen begonnen, die Maschinen zu zerstören und Treibriemen abzuschneiden. Als sie aus dem Werk gewiesen wurden, hätten sie sich auf der Straße gesammelt, wo es »ein tolles Hallo« gab, vor allem weil man dem Direktor »ans Leder wollte. Schließlich zog die Menge johlend durch die Straßen, ... unterwegs alles zertrümmend und raubend«. Otto Niedt an Gothein, 30. 6. 1917; BA, Nl. Gothein Nr. 27, Bl. 91 f.
- <sup>130</sup> s. die Passagen des Flugblatts, das Robert Schmidt in der Reichstagsitzung vom 10. 10. 1917 zitierte; Sten. Ber. Bd. 310, S. 3860
- <sup>131</sup> Hergt in der Besprechung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins mit Vertretern des Breslauer Generalkommandos und der Zivilbehörden am 2. 6. 1917, a. a. O. S. 537
- <sup>132</sup> Otto Niedt an Gothein, 30. 6. 1917; a. a. O.

- <sup>133</sup> Hilger in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 54; s. auch Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 145 f. – Nur wenige ober-schlesische Industrielle verhielten sich anders; s. Feldman S. 376
- <sup>134</sup> s. den Bericht der ober-schlesischen Gewerkschaftsführer über Ursachen und Verlauf des Bergarbeiterstreiks von Juni/Juli 1918; Archiv der IGBE, Nl. Löffler
- <sup>135</sup> Hilger in der Breslauer Besprechung vom 2. 6. 1917; a. a. O. S. 535 ff.
- <sup>136</sup> Schreiben des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins an den Regierungspräsidenten in Oppeln, 16. 8. 1917, unter Berufung auf frühere Forderungen gleichen Inhalts; abgedr. AF 4/II, S. 659
- <sup>137</sup> Hilger in der Breslauer Besprechung vom 2. 6. 1917; a. a. O. S. 539 ff.
- <sup>138</sup> s. Feldman S. 377 f.
- <sup>139</sup> Fleischer an Bauer, 11. 7. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Nr. 69; s. auch Bergarb.-verb., GBer. 1917/18, S. 98
- <sup>140</sup> Bericht über Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien vom Juni/Juli 1918; Anlage zum Schreiben der Generalkommission an den preuß. Kriegsminister vom 19. 8. 1918; Archiv der IGBE, Nl. Löffler; auch zum folgenden; s. auch den Bericht des stellv. Gen.kdo. Breslau v. 19. 7. 1918, abgedr. AF 4/III, S. 1464, und den Bericht Fleischers an Bauer über den ober-schlesischen Streik v. 11. 7. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 65 ff.; ferner Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 146; Richter S. 109 ff. Schumann S. 61 ff.; Feldman S. 509 f.
- <sup>141</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. Breslau v. 19. 7. 1918, a. a. O.; auszugsweise abgedr. auch im GBer. des Bergarb.verb. 1917/18, S. 146
- <sup>142</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. Breslau vom 19. 7. 1918
- <sup>143</sup> s. oben S. 334 f. – Im Mai 1918 waren zwei Gewerkschaftsfunktionäre mit dem Verbot belegt worden, Versammlungen einzuberufen und öffentlich Reden oder Vorträge zu halten; s. die Verfügung des Breslauer stellv. Generalkommandos gegen den Sekretär des Bergarbeiterverbandes Franz Danisch in Kattowitz, 16. 5. 1918, sowie die Mitteilungen über die Behandlung Casparis in der Eingabe der Generalkommission an Scheüch vom 19. 9. 1918; Archiv der IGBE, Nl. Löffler. Caspari war der Redakteur der »Oswiata«, der in polnischer Sprache erscheinenden Zeitung, die die Generalkommission seit 1900 für die polnisch sprechenden Arbeiter in Oberschlesien und im Ruhrgebiet herausgab. Von der Generalkommission als ein »durchaus ruhiger, durchaus nicht polnisch-nationalistisch angekränkelter Mann« charakterisiert, war ihm schon früher von den Militärbehörden vorgeworfen worden, die polnische Arbeiterschaft Oberschlesiens aufzuwiegeln. Das Verlangen der Generalkommission jedoch, diesen Vorwurf zu belegen, blieb fünf Monate unbeantwortet. Als sie sich jetzt über das Rede-verbot beschwerte, das über Caspari verhängt worden war, wurde dieser zum Heeresdienst eingezogen, obwohl er lungenkrank war und nach wenigen Tagen vom Exerzieren befreit werden mußte. Daraufhin stellte die Generalkommission die »Oswiata« ein, mit der sie bislang in kritischen Situationen die polnischen Arbeiter zu beruhigen versucht hatte (s. die Eingabe der Generalkommission an Scheüch, 19. 9. 1918, abgedr. bei Deist II, S. 1253 ff.).
- <sup>144</sup> s. ebda.
- <sup>145</sup> Fleischer an Bauer, 19. 8. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 69 f.; zur Haltung des Verbandes kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin) zu den Streiks in Oberschlesien s. seinen Aufruf in: Arbeiter (Berlin), Nr. 15 v. 28. 7. 1918
- <sup>146</sup> s. den Bericht des Stellv. Gen.kdo. Breslau vom 19. 7. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1463
- <sup>147</sup> s. Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 146 f.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 45

- <sup>148</sup> Ende September 1918 waren beim Kriegsgericht in Kattowitz noch rund 1250 Anklagen gegen wehrpflichtige Arbeiter anhängig, von denen 1090 Gefängnisstrafen von 2 bis 3 Monaten und 160 mittleren Arrest zwischen zwei und sechs Wochen zu erwarten hatten – mehr, als in den oberschlesischen Gefängnissen bis zum nächsten Amnestie-termin, dem Geburtstag des Kaisers am 27. 1. 1919, Platz finden konnten. Das Kattowitzer Militärgericht stellte daher Überlegungen über die vorübergehende Umwandlung von Kasernen in Gefängnisse an; s. den Bericht der Landwehr-Inspektion Breslau, Amtsstelle Kattowitz, vom 30. 9. 1918; Archiv der IGBE, Nl. Löffler
- <sup>149</sup> Rundschreiben des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins an alle oberschlesischen Bergwerksverwaltungen, 17. 7. 1918; ebda.
- <sup>150</sup> Bericht der oberschlesischen Gewerkschaftsführer über Ursachen und Verlauf des Streiks, a. a. O.
- <sup>151</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. Breslau v. 19. 7. 1918; a. a. O. S. 1464; auch zum folgenden
- <sup>152</sup> vgl. oben S. 444
- <sup>153</sup> Die Genehmigung von Versammlungen wurde jetzt mit der Auflage an die einberufende Lokalorganisation verbunden, genaue Angaben über ihre Mitgliedsstärke und die Zahl der erwarteten Teilnehmer einzureichen; s. das Schreiben des stellv. Gen.kdos. Breslau vom 8. 8. 1918; Archiv der IGBE, Nl. Löffler. Kam trotzdem eine Versammlung zustande, konnte es passieren, daß der überwachende Polizeibeamte dem Redner bereits nach wenigen Einleitungssätzen das Wort entzog; s. das Schreiben Löfflers an die Generalkommission, 21. 8. 1918; ebda.
- <sup>154</sup> Schreiben der Generalkommission an Bauer, 14. 9. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 212
- <sup>155</sup> s. Bauer an Legien, 23. 9. 1918; ebda. Bl. 216
- <sup>156</sup> Die erste gemeinsame Sitzung von Unternehmern und Gewerkschaften fand hier erst nach dem Abschluß des Zentralarbeitsgemeinschafts-Abkommens am 18. 11. 1918 statt; s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 147
- <sup>157</sup> s. unten S. 637ff.
- <sup>158</sup> Am 12. 7. 1917 wies der preußische Innenminister alle Regierungspräsidenten an, »sich in möglichst umfassender Weise über die Stimmung unter der Arbeiterschaft, über mündliche Verabredungen zu Streiks und Demonstrationen Kenntnis zu verschaffen durch ständige Fühlungnahme mit den Gewerbeinspektoren, durch Benehmen mit den Betriebsleitungen der Fabriken und durch zuverlässige Vertrauensleute«. StA Münster, Reg. Münster, VII, Nr. 52b
- <sup>159</sup> s. oben S. 917 Anm. 206. – In Erwartung der Aprilstreiks 1917 schärfte auch der bayerische Kriegsminister den Militärbefehlshabern die »dauernde Fühlungnahme mit zuverlässigen Führern der Arbeiterorganisationen und der sozialdemokratischen Partei« ein; Erlaß des bayerischen Kriegsministers an die bayerischen stellv. komm. Generale und Festungskommandanten v. 2. 4. 1917; AStAM, MInn 71706
- <sup>160</sup> Erlaß des bayer. Innenministers an alle Reg.präsidenten des Landes, 18. 2. 1917; AStAM, MInn 71706. Die Zivilbehörden wurden auf die »Notwendigkeit strenger Verschwiegenheit über die vertraulichen Beziehungen der Arbeiterführer zu den Behörden« hingewiesen; Erlaß des bayer. Innenministers an alle Reg.präsidenten, 14. 5. 1917, unter Bezugnahme auf einen Erlaß vom 7. 4. 1917; ebda.
- <sup>161</sup> s. oben S. 451 und unten S. 481 f. Die Kriegsamtstelle Leipzig dagegen ließ sich von den Arbeitgebern »streng vertraulich Vertrauensleute unter den Arbeitnehmern benennen«, die z. T. sogar von der Front zurückgeholt, von der Kriegsamtstelle unterrichtet und dann in die Kreise, aus denen sie stammten, geschickt wurden; s. Gorski S. 304

- <sup>162</sup> Diese Angabe machte Wisberg in der Besprechung mit den stellv. Generalkommandos über die Streikbewegung am 20. 2. 1918; s. Deist II, S. 1190; s. auch die Mitteilungen Wisbergs in der Besprechung des Kriegsministeriums mit den Zentralbehörden über den Streik am 18. 2. 1918; ebda. S. 1179, sowie die ebda. Anm. 16 genannte weitere Literatur zur französischen Propaganda von der Schweiz aus.
- <sup>163</sup> Erlaß des stellv. komm. Generals VII.AK an die Regierungspräsidenten seines Korpsbezirks, 16. 3. 1918; StA Münster, Reg. Münster, VII Nr. 52b
- <sup>164</sup> Bericht LR Lüdinghausen an RP Münster, 25. 3. 1918; ebda.
- <sup>165</sup> Schreiben des StS des RMA an das Gouvernement Wilhelmshaven, 1. 3. 1918; MA, RMA, F 5473/Ef 928, Bl. 155
- <sup>166</sup> Tel. des stellv. Gen.kdo. Münster an alle Landräte und Oberbürgermeister des Korpsbezirks, 3. oder 4. 2. 1918; StA Münster, Reg. Münster, VII Nr. 17 Bd. 2; dieser Weisung lag ein entsprechender Befehl des Obermilitärbefehlshabers zugrunde; s. auch das Schreiben der Marinestation der Nordsee an die Kommandantur der Befestigungen an der Wesermündung, 31. 1. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 1150f.; außerdem die Bemerkungen des Vertreters des stellv. Gen.kdo. IX.AK in der Besprechung im preuß. Kriegsministerium über Streik und Streikbekämpfung, 20. 2. 1918; abgedr. ebda. S. 1189
- <sup>167</sup> Schreiben des StS des RMA an das Gouvernement Wilhelmshaven, 1. 3. 1918; a. a. O.
- <sup>168</sup> vgl. oben S. 103; s. auch das Schreiben des preuß. Kriegsministers an die bundesstaatlichen Kriegsministerien und die stellv. Generalkommandos, 21. 9. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 1051f., sowie das Schreiben des preuß. Kriegsministers an die Militärbefehlshaber, Kriegsamtstellen und bundesstaatlichen Kriegsministerien vom 16. 3. 1918; auszugsweise zit. ebda. I, S. 638f., Anm. 8
- <sup>169</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. IX.AK an den Obermilitärbefehlshaber, 11. 2. 1918; MA, RMA, F 5473/Ef 928; vgl. auch Ullrich S. 543
- <sup>170</sup> Wisberg in der Besprechung im preuß. Kriegsministerium am 20. 2. 1918 über Streik und Streikbekämpfung, abgedr. Deist II, S. 1186
- <sup>171</sup> Groener in einer Besprechung im Kriegsamt über die Streikbewegung mit Vertretern sämtlicher Generalkommandos, Regierungspräsidenten und Bundesstaaten am 26. 4. 1917; abgedr. ebda. S. 731. Zu Bedenken Groeners und der Leipziger Behörden gegen die Führer des Aprilstreiks in Leipzig s. Gorski S. 263f.
- <sup>172</sup> Der Vertreter des Oberkommandos in den Marken in der Besprechung im Kriegsministerium vom 20. 2. 1918; a. a. O. S. 1187. Zum erstmalig wurde die Militarisierung in diesem Korpsbezirk während des Aprilstreiks 1917 gegen die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin-Wittenau angewandt, zum zweitenmal im November/Dezember 1917 gegen die Daimler-Werke in Berlin-Marienfelde; anlässlich des Januarstreiks 1918 wurden 7 Berliner Betriebe unter militärische Leitung gestellt; s. den Bericht des Oberkommandos in den Marken über seine Erfahrungen mit der Militarisierung gewerblicher Betriebe, 21. 2. 1918; abgedr. Deist I, S. 636ff.
- <sup>173</sup> Groener in der Besprechung im Kriegsamt am 26. 4. 1917; a. a. O. S. 731
- <sup>174</sup> Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 21. 2. 1918; a. a. O. S. 637. – Der stellv. komm. General des Korpsbezirks Koblenz konnte aus dem gleichen Grunde während der Januarstreiks nur ein allgemeines Streikverbot aufgrund des Belagerungszustandes verhängen und den Behörden eine Militarisierung bestreikter Betriebe lediglich für besonders große und kriegswichtige Unternehmen in Aussicht stellen; s. den Erlaß des kommandierenden Generals des stellv. Gen.kdo. VIII. AK an die Regierungspräsidenten in Koblenz, Köln, Aachen, Trier und Düsseldorf, 11. 3.

- 1918; StA Düsseldorf, Regierung Köln, Nr. 7572, Bl. 614; das Verbot der Arbeitsniederlegung vom 28. 1. 1918 ebda. Bl. 229f.; Entwürfe ähnlicher Verordnungen der Kommandantur Wilhelmshaven vom 5. 3. 1918 befinden sich MA, RMA, F 5473/Ef 928, Bl. 66ff.
- <sup>175</sup> Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 21. 2. 1918; a. a. O. S. 637. – Auch das Altonaer Generalkommando meldete, die zur Aufsicht militarisierter Betriebe erforderlichen Truppen könnten »bei den Ersatztruppen schwer entbehrt werden«; Bericht des stellv. Gen.kdo. IX. AK an den Obermilitärbefehlshaber, 11. 2. 1918; a. a. O.
- <sup>176</sup> Der Vertreter des Oberkommandos in den Marken in der Besprechung im Kriegsministerium vom 20. 2. 1918; a. a. O. S. 1187
- <sup>177</sup> Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 21. 2. 1918; a. a. O.
- <sup>178</sup> Bericht des stellv. Gen.kdos. IX. AK an den Obermilitärbefehlshaber, 11. 2. 1918; a. a. O.
- <sup>179</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. VI. AK v. 19. 7. 1918; AF 4/III, S. 1464
- <sup>180</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. IX. AK v. 11. 2. 1918, a. a. O.
- <sup>181</sup> Das geschah freilich auch deshalb, weil die Direktionen nur so weiterhin Geldbußen gegen Arbeiter verhängen konnten, die sich »Pflichtwidrigkeiten« zuschulden kommen ließen. Da den militärischen Leitern der Betriebe keine eigene Disziplinargewalt über die Betriebsangehörigen zustand, glaubten sie auf diese Bestrafungsmöglichkeit nicht verzichten zu können; s. ebda.
- <sup>182</sup> ebda.; das gleiche berichtete der Betriebsdirektor der Baubeaufsichtigung der Germania-Werft Kiel; s. Deist II, S. 1188 Anm. 27. Zu einigen Methoden passiven Widerstandes unterhalb des Streiks, die von Hamburger Werftarbeitern praktiziert wurden, s. Ullrich S. 502ff.
- <sup>183</sup> Um ihn zu verstärken, empfahl der Altonaer stellv. komm. General den übrigen Militärbefehlshabern, bei größeren Streiks einzelne Arbeiter »herauszugreifen und zur etwaigen Bestrafung zu führen, selbst auf die Gefahr hin, daß die herausgegriffenen nicht immer die Rädelsführer sind«; im übrigen seien »alle Schwierigkeiten ... durch bestimmtes und zielbewußtes Auftreten der militärischen Leiter« zu überwinden; Bericht des stellv. Gen.kdos. IX. AK v. 11. 2. 1918, a. a. O.
- <sup>184</sup> s. Feldman S. 341f.
- <sup>185</sup> VdESI, Denkschrift über Arbeiterpolitik und Arbeiterunruhen im Kriege, August 1917; BA, R 13 I/370
- <sup>186</sup> Bericht der Preuß. Gesandtschaft in Hamburg an Hertling, 18. 2. 1918; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5
- <sup>187</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. IX. AK an den Obermilitärbefehlshaber, 11. 2. 1918; a. a. O.; s. auch Deist I, S. 638 Anm. 7; II, S. 1187 Anm. 26. Nachdem die Militarisierung durchgeführt war, lernten Blohm und andere Werftindustrielle sie allerdings schnell schätzen und nutzten sie dazu aus, »ihnen mißliebige Arbeiter zu entlassen und die Ausstellung von Abkehrscheinen an die Leute zu verhindern«. Um sich so bequeme Maßregelungsmöglichkeiten zu erhalten, sträubten sie sich »mit Entschiedenheit« dagegen, daß das Generalkommando die Militarisierung nach kurzer Zeit wieder aufhob; Bericht der Preuß. Gesandtschaft in Hamburg an Hertling 18. 2. 1918; a. a. O.; vgl. auch Ullrich S. 545f.
- <sup>188</sup> Äußerung des preuß. Handelsministers v. Sydow in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 12. 7. 1918; zit. nach Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 362
- <sup>189</sup> Schreiben des preuß. Kriegsministers an die Militärbefehlshaber, Kriegsamtstellen und bundesstaatlichen Kriegsministerien, 16. 3. 1918; zit. bei Deist I, S. 636, Anm. 1 (Nr. 242)



- <sup>190</sup> Mitteilung Sorgen in einer Besprechung des Kriegsamtens mit Industriellen über Maßnahmen zur Unterdrückung der Streiks, 24. 4. 1917; abgedr. Deist II, S. 721
- <sup>191</sup> Entwurf von Leitsätzen des Kriegsministers für das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie, 28. 7. 1916; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 9081
- <sup>192</sup> Während der Januarstreiks 1918 beschloß er, es nur im Notfall über einzelne Städte oder Bezirke zu verhängen; Protokoll der Sitzung des bayerischen Ministerrats vom 1. 2. 1918; GStAM, MA 99 511, Bl. 206; vgl. auch den Erlaß des bayer. Kriegsministers an die stellv. komm. Generäle der bayer. Armeekorps, 27. 1. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 1137ff.
- <sup>193</sup> s. z. B. für Nürnberg Boldt a. a. O. S. 38
- <sup>194</sup> s. die Tagebuch-Aufzeichnung Thaers v. 15. 5. 1917; Thaer S. 122
- <sup>195</sup> s. die Tagebuch-Aufzeichnung Thaers v. 4. 11. 1917; ebda. S. 146f.
- <sup>196</sup> Erlaß des bayer. Kriegsministers an alle bayer. stellv. Gen.kdos und Festungskommandanten, 2. 4. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 697ff. Im Juli 1917 empfahl auch der preuß. Kriegsminister, bei Unruhen einen Truppenaustausch vorzunehmen, falls sich die Truppen aus der von den Unruhen betroffenen Gegend rekrutierten; s. das Schreiben v. Steins an die Militärbefehlshaber, 11. 7. 1917; ebda. S. 788
- <sup>197</sup> s. Schwarz, Nürnberg, S. 202f.
- <sup>198</sup> s. Deist II, S. 1144 Anm. 3; zu den Befürchtungen der OHL über die kriegswirtschaftlichen Auswirkungen eines erneuten Streiks vgl. allerdings die Schreiben Hindenburgs an Hertling vom 17. 2. 1918 und Ludendorffs an den preuß. Kriegsminister vom 18. 2. 1918; abgedr. bei Ludendorff, Urkunden der Obersten Heeresleitung, S. 99ff.
- <sup>199</sup> Aufzeichnung Bauers zum Bericht des preuß. Kriegsministers an Wilhelm II. über den Streik, 10. 2. 1918; BA, NI. Bauer Nr. 12; abgedr. bei Deist II, S. 1172f. Zur unbegreiflich optimistischen Beurteilung der Stimmung unter den Fronttruppen im Frühjahr 1918 in der OHL s. auch die Tagebuch-Aufzeichnung Thaers v. 2. 5. 1918; Thaer S. 198
- <sup>200</sup> Gustav an Lydia Radbruch, 26. 3. 1917, in: Gustav Radbruch, Briefe, Göttingen 1968, S. 52
- <sup>201</sup> s. die Aufzeichnung Conrad Haussmanns v. 27. 5. 1918; Haussmann, Schlaglichter, S. 197, und die Tagebuch-Aufzeichnung Thaers v. 27. 4. 1918; Thaer S. 188; s. auch ebda. S. 207f. Anm. 163
- <sup>202</sup> Bethmann Hollweg in der Sitzung des preuß. Kronrats am 9. 7. 1917; ein Auszug des Prot. ist abgedr. in AF 4/II, S. 594f.
- <sup>203</sup> Entwurf des Kriegsministers für Leitsätze für das Vorgehen der Militärbefehlshaber beim Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie, 28. 7. 1916; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 9081
- <sup>204</sup> Erlaß des preuß. Innenministers v. Loebell an alle preuß. Reg.präsidenten, 30. 3. 1917; StA Münster, Oberpräsidium Nr. 4127. – Auch das sächsische Innenministerium wies die unteren Verwaltungsbehörden vor den Aprilstreiks an, unverzüglich mit den Gewerkschaftsführern darüber zu sprechen, welche Maßnahmen der Verhinderung proletarischer Aktionen dienen könnten; s. Gorski S. 243
- <sup>205</sup> Erlaß des bayer. Kriegsministers an die bayer. stellv. komm. Generäle und Festungskommandanten, 2. 4. 1917; AStAM, MInn 71706; zu derartigen Kontakten auf kommunaler Ebene s. Schwarz, Nürnberg, S. 151f.
- <sup>206</sup> s. Feldman S. 336f.
- <sup>207</sup> Aufruf Groeners vom 27. 4. 1917; abgedr. DMA II/1, S. 629; zur Resonanz dieses Aufrufs s. Feldman S. 346f.

- <sup>208</sup> Groener in der Besprechung vom 26. 4. 1917 im Kriegsamt, zit. nach dem Bericht des Großherzoglich-hessischen stellv. Bevollmächtigten zum Bundesrat über diese Sitzung, StA Darmstadt, MdI 1912
- <sup>209</sup> s. Feldman S. 342 ff. und 425 ff.
- <sup>210</sup> Denkschrift Drews' an Wilhelm II. über die innenpolitische Lage, Anfang Februar 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1066
- <sup>211</sup> Rundschreiben des Reichskanzlers an die Regierungen der außerpreußischen Bundesstaaten, 3. 8. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 636
- <sup>212</sup> Schlicke an Heine, 15. 12. 1924; IISG, Nl. Heine Nr. 479; zum Verhalten Scheüchs s. im übrigen Deist II S. 1172 Anm. 11
- <sup>213</sup> Schreiben des stellv. komm. Generals VII. AK an RP Düsseldorf, 22. 8. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 9081, Bl. 401
- <sup>214</sup> Mitteilung des DMV-Funktionärs Gerbracht in einer Belegschaftsversammlung der Thyssen-Hütte in Mülheim, 18. 7. 1918; ebda. Bl. 362
- <sup>215</sup> Spiegel an Scheüch, 17. 7. 1918; abgedr. in: Der DMV 1918, S. 220
- <sup>216</sup> Der sächsische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Vitzthum v. Eckstädt, an König Friedrich August II. von Sachsen, 14. 10. 1918; abgedr. AF 4/IV, S. 1600f.
- <sup>217</sup> Das folgende nach Dirk Stegmann, Die deutsche Inlandspropaganda 1917/18. Zum innenpolitischen Machtkampf zwischen OHL und ziviler Reichsleitung in der Endphase des Kaiserreichs, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Jg. 1972, S. 75 ff.; s. außerdem dazu die bei Deist II, Kap. VII, abgedr. Dokumente. Zur Sprachregelung betr. »Aufklärung« s. den Befehl Ludendorffs an die höheren Kommandobehörden des Feldheeres zur weiteren Ausgestaltung des »Vaterländischen Unterrichts«, 15. 9. 1917; abgedr. ebda. S. 860 ff. Zur staatlichen Propaganda vor 1917 s. Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1920, Kap. 1
- <sup>218</sup> Notiz des Generalleutnants Wild v. Hohenborn über einen Besuch von Reichstagsabgeordneten in einem Brief an seine Frau vom 19. 9. 1917; zit. bei Deist II, S. 904; zu derartigen »Frontreisen« s. ferner den Bericht Lersners an den Reichskanzler v. 2. 8. 1917, zit. ebda. S. 903 Anm. 28; David-Tagebuch S. 253, Aufzeichnungen vom 14.–20. 8. 1917; Max von Gallwitz, Erleben im Westen 1916–1918, Berlin 1932, S. 181, 245 und 268; Friedrich von Bernhardi, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, Berlin 1927, S. 470; Gorski S. 301; Stegmann a. a. O. S. 81
- <sup>219</sup> Der Chef der Aufklärungs- und Nachrichtenabteilung der OHL, Major Nicolai, in einer Besprechung sämtlicher mit der Durchführung des »Vaterländischen Unterrichts« beauftragten Militärbehörden, 27. 12. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 905
- <sup>220</sup> Rundschreiben der Generalkommission an die Zentralvorstände der freien Gewerkschaften, 23. 4. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 469; vgl. dazu oben S. 448
- <sup>221</sup> s. die Dokumente über die Reklamation Leipziger Gewerkschaftsführer, in: Arbeiterführer als Verräter, S. 14 ff.
- <sup>222</sup> s. Aug. Winnig, Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, Stuttgart/Berlin 1917 (Der Deutsche Krieg, Politische Flugschriften. Hrsg. von Ernst Jäckh, 87. Heft)
- <sup>223</sup> Winnig, Der weite Weg, S. 369 ff.
- <sup>224</sup> s. ebda. S. 380
- <sup>225</sup> s. das Rundschreiben der VDA vom 26. 3. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>226</sup> Vortragsnotiz Deutelmosers vom 26. 5. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 832; s. auch die Bemerkung Lewalds in der Besprechung der zentralen Militär- und Zivilbehörden im preuß. Kriegsministerium betr. Maßnahmen gegen die feindliche antimonarchistische Propaganda, 25. 5. 1917; ebda. S. 825

- <sup>227</sup> Wilhelm Jansson, Die Arbeiterinteressen am Siege, in: Krieg und Arbeiterschaft. Sechs Aufsätze aus der Deutschen Kriegswochenschau, o. O., Januar 1918, S. 6
- <sup>228</sup> Berichtigung der Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit in den Betrieben der Marinerverwaltung, August 1918; MA, RMA, XVII, 1. 4. 6., Heft 2, Bl. 40f.
- <sup>229</sup> s. die Ausführungen des Reg.Rats Braun in einer Besprechung von Werftdepartement und Nachrichtenbüro des RMA über die Propaganda auf den Werften, 14. 2. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 922
- <sup>230</sup> Der Abteilungschef im Werftdepartement, Harms, ebda. S. 920
- <sup>231</sup> Ergebnis einer Besprechung der mit der Propaganda unter den Werftarbeitern beauftragten Offiziere und Beamten verschiedener Marinedienststellen im RMA, 20. 2. 1918; Niederschrift abgedr. ebda. S. 927
- <sup>232</sup> s. die Mitteilungen des Gewerberats Zöllner über die Propagandapraxis in Wilhelmshaven, ebda. S. 926
- <sup>233</sup> Aktennotiz des Kapitänleutnants in der Presseabteilung des Admiralstabes, v. Koblinski, vom 17. 6. 1918 über ein Gespräch mit Legien vom gleichen Tage, abgedr. ebda. S. 927 Anm. 18
- <sup>234</sup> s. Arbeiterführer als Verräter, S. 13 f.
- <sup>235</sup> s. die Mitteilungen des Hauptmanns Kleisinger vom stellv. Gen.kdo. XVIII.AK in der Besprechung der zentralen Zivil- und Militärbehörden sowie der Aufklärungsoffiziere der stellv. Generalkommandos über Propagandafragen, 7./10. 8. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 852 f.; vgl. auch ebda. S. 929 Anm. 2; zur Autorschaft Winnigs s. ders., Der weite Weg, S. 383. – Zu ähnlichen Vermittlungsdiensten der Dortmunder Gewerkschaften s. Inge Marßolek, Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 244. Auch die Düsseldorf DMV-Bezirksleitung beteiligte sich an der Verteilung von Propagandabroschüren der Militärbehörden; s. Paul Lange, Die Politik der Gewerkschaftsführer 1914–1919, S. 19
- <sup>236</sup> Zur Bildung solcher Ausschüsse in Sachsen s. Gorski S. 295 ff.; s. auch die Richtlinien für Aufklärungs- und Propagandatätigkeit im Bereich des stellv. Gen.kdo. X.AK, 10. 5. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 821
- <sup>237</sup> s. z. B. das Prot. der Landratskonferenz des Reg.-Bez. Münster vom 26. 3. 1917; StA Münster, Reg. Münster Nr. 1306
- <sup>238</sup> Major Warnecke in einer Besprechung der zentralen Militär- und Zivilbehörden sowie der Aufklärungsoffiziere der stellv. Generalkommandos über Propagandafragen, 7./10. 8. 1917; abgedr. Deist II, S. 854
- <sup>239</sup> Leutnant Spickernagel ebda. S. 853
- <sup>240</sup> Rechtsanwalt Kempkes ebda. S. 852
- <sup>241</sup> Vogelsang an die Polizeidirektion Gelsenkirchen, 5. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1110
- <sup>242</sup> s. die Aktennotiz des Kapitänleutnants v. Koblinski über ein Gespräch mit Legien am 17. 6. 1918; zit. bei Deist II, S. 927 Anm. 18
- <sup>243</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. XI.AK über die Wirkung der Aufklärung in Stadt und Land, 9. 5. 1918; auszugsweise abgedr. ebda. S. 947f.
- <sup>244</sup> Kempkes in der Besprechung vom 7./10. 8. 1917; ebda. S. 852. In Sachsen mußten die Ausschußmitglieder nach Eingeständnis des Innenministeriums «fast zwangsweise» herangeholt werden; s. Gorski S. 295 Anm. 30
- <sup>245</sup> s. den Bericht des OP der Provinz Ostpreußen an den preuß. Innenminister, 26. 8. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 957ff. Erst nachdem die Propaganda aus militärischer Zuständigkeit auf den neugegründeten zivilen »Heimatdienst« überführt

- worden war, gelang es hier, die Gewerkschaften zur Teilnahme zu gewinnen; s. den Bericht des »Heimatdienst«-Leiters vom 22. 8. 1918, auszugsweise abgedr. bei Deist II, S. 957f. Anm. 3
- <sup>246</sup> s. oben S 917 Anm. 206; s. auch den Bericht des bayer. Innenministers an den Ministerpräsidenten, 14. 6. 1918; GStAM, MA 97448
- <sup>247</sup> Mitteilung Krefß' in einer Besprechung sämtlicher mit der Durchführung des Vaterländischen Unterrichts beauftragten Militärbehörden, 27. 12. 1917; abgedr. Deist II, S. 907
- <sup>248</sup> Bericht des Aufklärungsoffiziers des stellv. Gen.kdo. XIII. AK über die bisherigen Ergebnisse der Aufklärungstätigkeit, 19. 9. 1917; abgedr. ebda. S. 866
- <sup>249</sup> s. hierzu und zum folgenden den Bericht des stellv. Gen.kdo. XIII. AK vom 25. 4. 1918; abgedr. ebda. S. 937ff.
- <sup>250</sup> In seinem 3. Lehrgang für »vaterländischen Volksunterricht« im Februar 1918 sprachen Rob. Schmidt über Lebensmittelfragen, der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells und der DMV-Ortsverwaltung Kassel, Albert Grzesinski, über die Kriegsfürsorge und der Geschäftsführer des Konsumvereins Schwarzza über die Lebensmittelbewirtschaftung. Das Generalkommando berichtete über ihren Auftritt befriedigt: »Diese Redner beherrschten den Stoff ausgezeichnet und entwickelten eine bemerkenswerte Gewandtheit sowohl beim Vortrag wie bei den Fragebeantwortungen; in ihren Ausführungen blieben sie sachlich und unparteiisch.« Aus einem Bericht des stellv. Gen.kdo. XI. AK vom 9. 5. 1918 zit. ebda. S. 947f. Anm. 3
- <sup>251</sup> Mitt. des Leutnants Spickernagel vom stellv. Gen.kdo. X. AK in der Besprechung vom 7./10. 8. 1917; ebda. S. 853
- <sup>252</sup> Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen, Befehl des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die höheren Kommandobehörden des Feldheeres; abgedr. ebda. S. 845
- <sup>253</sup> (Kriegspresseamt), Wirkungen der Kriegsziele unserer Gegner auf die Arbeitslöhne in Deutschland, Berlin o. J., S. 3 und 10f.
- <sup>254</sup> Denkschrift Bauers vom August 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 275f.; s. auch die Richtlinien des Admiralstabes für die dringlichste Aufklärungsarbeit in der Heimat, 30. 9. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 968 Anm. 5
- <sup>255</sup> Borsig in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 143f.
- <sup>256</sup> s. die Mitteilungen Borsigs ebda.
- <sup>257</sup> Mitteilung Meesmanns in der Versammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 21. 3. 1918 in Frankfurt; zit. nach: Mitt. für den MFV, Jg. 1918, S. 6147; vgl. auch die Aufzeichnung über die Vorstandssitzung der Norddt. Gruppe des VdESI vom 4. 4. 1918 in Berlin; BA, R 13 I/32, Bl. 161. Mitunter trieb die Suche nach weiteren Propagandamöglichkeiten auch seltsame Blüten. Arbeitnordwest z. B. übermittelte im März 1918 seinen Mitgliedswerken empfehlend eine Anregung des stellv. Gen.kdo. Münster, den Lohntüten für die Arbeiter kleine Zettel beizufügen, auf denen »ein besonders krasser, die Vernichtungsabsichten unserer Feinde u. a. enthaltender Ausspruch der fremden Regierungen und Staatsmänner« verzeichnet sein sollte (Rundschreiben von Arbeitnordwest v. 25. 3. 1918; HA/GHH, 300 141/21). Möglicherweise ging dies auf einen Vorschlag des Vorsitzenden des christl. Bergarbeiterverbandes zurück, der Anfang Februar 1918 den Behörden empfohlen hatte, »die vaterlands- und arbeiterfeindlichen Äußerungen feindlicher Regierungen und Minister« und erst recht der englischen Arbeiterführer »in besonders prägnanter Form unseren Arbeitern zur Kenntnis zu bringen« (Vogelsang an die Polizeidirektion Gelsenkirchen, 5. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1110).

- <sup>258</sup> Max Cohen-Reuß, *Das Volk und der Krieg*, Berlin 1916 (Um Deutschlands Zukunft. Heft 1); Paul Meesmann, *Der Kriegsausgang und die deutsche Industrie*, Mainz 1917; s. hierzu das Rundschreiben der VDA vom 26. 3. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>259</sup> Dihlmann an Prof. Closs von der TH Charlottenburg, 26. 1. 1918; Siemens-Archiv, 14/Lr 544
- <sup>260</sup> Claß, *Zum deutschen Kriegsziel*, S. 28. – »Ein ›Verzichtfriede‹ wäre der Tod der deutschen Volkswirtschaft, mit deren Wohlergehen dasjenige des deutschen Arbeiters steht und fällt« (ebda. S. 67). – »Wer deutscher Arbeit ihren entsprechenden Lohn, deutschem Fleiß die verdienten Früchte sichern will, muß mit uns verlangen, daß wir auch wirtschaftlich selbstherrlich und den großen Wirtschaftsmächten ebenbürtig aus diesem Kriege hervorgehen – wird also verlangen, daß der erwartete militärische Sieg unter Ablehnung eines sog. Verständigungsfriedens macht- und wirtschaftspolitisch zur Sicherung unserer Zukunft ausgenutzt wird.« (Ebda. S. 69) Auch Paul Fleischer vertrat schon 1916 die These, eine Niederlage Deutschlands sei gleichbedeutend mit einer »nationalen, politischen und wirtschaftlichen Katastrophe«; eine Verständigung mit England sei unmöglich, deshalb eine Stärkung Deutschlands durch territoriale Expansion notwendig. Wer also Annexionen ablehne, »der überantwortet Deutschland und seine Arbeiterschaft einer trostlosen wirtschaftlichen Zukunft« (Paul Fleischer, *Welche Gefahr droht Deutschland von einem unbesiegten England?* S. 12 ff.).
- <sup>261</sup> Rundschreiben des Vorstandes des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden an die Mitglieder des Beirats, 8. 2. 1917. Dieses Rundschreiben befindet sich in einer Sammlung ähnlicher Schriftstücke, Flugblätter und Broschüren des Unabh. Ausschusses aus den Jahren 1915–1918 in der Bayer. Staatsbibliothek München unter der Signatur 4° H.Un.App. 39<sup>P</sup>. Bis Kriegsende variierte er dieses Thema in zahlreichen Publikationen; s. ebda.; ähnlich argumentierte Hugenberg in einer Rede vor dem Zechenverband am 30. 4. 1917; s. Osthold, *Zechenverband*, S. 150; vgl. auch die Ausführungen Alfred Kuhlos, des Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes, auf der Hauptversammlung des BIV am 15. 12. 1917 in München; s. BIV, Jber. 1917/18, S. 18
- <sup>262</sup> *Der Arbeitgeber* Nr. 7 v. 1. 4. 1918, S. 42 f.; ähnlich Otto Sartorius, *Die Arbeiterschaft und der Krieg*, Berlin 1918 (Flugschriften der Deutschen Vereinigung, Heft 3)
- <sup>263</sup> s. Stegmann, *Inlandspropaganda*, S. 84 Anm. 61, und Dankwart Guratzsch, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergischen Presseimperiums*, Düsseldorf 1974, S. 308 ff.
- <sup>264</sup> Beumer in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 145 f. Ermuntert durch die »sehr guten Erfahrungen« mit derartigen Veranstaltungen (Beumer ebda.), faßte die Schwerindustrie im Herbst 1917 den Plan, durch die Lichtbildgesellschaft 3–5 »Durchhaltefilme« anfertigen zu lassen, wofür Hugenberg die Gesamtkosten von rd. 75000 Mark in Industriekreisen zusammenzubringen sich bemühte; s. Hugenberg an Reusch, 27. 9. 1917; HA/GHH, 30019390/17; die Gutehoffnungshütte erklärte sich zu diesem Zweck zur Zahlung von 5000 RM bereit; s. Reusch an Kalthoff, 3. 3. 1918, ebda.
- <sup>265</sup> s. das Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 15. 1. 1918; HA/GHH, 300141/21
- <sup>266</sup> Schreiben der Hauptverwaltung der Gutehoffnungshütte an die Einzelbetriebsstätten, 21. 9. 1917; HA/GHH, 3001008/5
- <sup>267</sup> s. dazu unten S. 561 f.
- <sup>268</sup> Dihlmann an Hauptmann Kaufmann von der Abt. für vaterl. Unterricht und Vorträge beim Oberkommando in den Marken, 30. 8. 1918; Siemensarchiv, 14/Lr 544

- <sup>269</sup> Gemeinsames Rundschreiben des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der Nordwestlichen Gruppe des VdESI an die Vorstands- und Ausschussmitglieder beider Organisationen sowie die größeren Werke, 29. 1. 1917; HA/GHH, 3001006/0; darin inseriert ein Schreiben Gayls an Beumer vom 24. 1. 1917 über Freiwillige Hilfsausschüsse
- <sup>270</sup> Aufz. über eine Besprechung im Ausschuß des VDI am 8. 3. 1918 über Maßnahmen gegen die Verschlechterung der Stimmung in der Arbeiterschaft; Siemensarchiv, 14/Lr 544
- <sup>271</sup> Verfügung des Kriegsamtens an die Kriegsamtstellen, 13. 3. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 930ff.; s. auch die Verfügung des Kriegsamtens an die Kriegsamtstellen betr. Aufklärung der Arbeiter in der privaten Rüstungsindustrie durch Vorträge, 10. 7. 1918; abgedr. ebda. S. 948ff.
- <sup>272</sup> Bericht der Marinestation der Ostsee an das Kriegsamt, 16. 7. 1918; zit. ebda. S. 949 Anm. 4
- <sup>273</sup> s. die Mitt. Beumers in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 23. 9. 1917; BA, R 13 I/152, Bl. 145
- <sup>274</sup> Silverberg in der Besprechung im Düsseldorfer Industrieclub am 19. 8. 1917; HA/GHH, 30019390/7; auch zum folgenden
- <sup>275</sup> Bericht des stellv. Gen.kdo. XIII.AK über Verlauf und Ergebnis einer Aufklärungstagung mit Vertretern der organisierten Arbeiterschaft Württembergs, 25. 4. 1918; abgedr. Deist II, S. 938
- <sup>276</sup> Erlaß des bayerischen Kriegsministers an die Kommandeure aller mobilen bayerischen Formationen, 11. 8. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 856; früher abgedr. bei Hans Herzfeld, *Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg*, Leipzig 1928, S. 399ff.
- <sup>277</sup> Aufzeichnung des Unterrichtsoffiziers des stellv. Gen.kdo. XIII.AK über die Stimmung im Lande und die eingeleiteten Maßnahmen, 16. 9. 1918; auszugsweise abgedr. bei Deist II, S. 961ff.
- <sup>278</sup> zit. aus einem Bericht eines pommerschen Oberförsters an seinen Gutsherrn in einer Aufzeichnung Schiffers v. 22. 6. 1917; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 92, Nl. Schiffer Nr. 3 Bl. 485
- <sup>279</sup> s. die Belege bei Schwarz, Nürnberg, S. 153ff.
- <sup>280</sup> Dählmann an Hauptmann Kaufmann, 30. 8. 1918; Siemens-Archiv, 13/Lr 544; für die süddeutschen Verhältnisse vgl. die sehr instruktive Analyse der engen Verbindungen Münchens mit seinem agrarischen Umland bei Heinrich Hillermayr, München und die Revolution von 1918/19, in: Bosl (Hrsg.), *Bayern im Umbruch*, S. 455ff.
- <sup>281</sup> Bericht des Obmannes der kriegsamtlichen Aufklärung in Chemnitz, Oberlehrer B. Reichenbach, an die Kriegsamtstelle Leipzig, 3. 9. 1918; Anlage zum Bericht des stellv. Gen.kdo. XIX.AK an das sächsische Kriegsministerium, 10. 9. 1918; MA, RMA, F 5474/Ef 933; ebenfalls in GLA Karlsruhe, 233/39398
- <sup>282</sup> Prinz Max v. Baden, *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin/Leipzig 1927, S. 284
- <sup>283</sup> Dr. Pietsch, der Korrespondent der Schlesischen Zeitung, in der Pressebesprechung vom 9. 8. 1918, zit. bei Deist II, S. 1248 Anm. 5
- <sup>284</sup> Denkschrift Gayls an den Chef des Geh. Zivilkabinetts, v. Berg, 17. 9. 1918; zit. nach: *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 3, S. 404
- <sup>285</sup> Bauer an Haefsten, 26. 8. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 187
- <sup>286</sup> s. oben S. 475f.
- <sup>287</sup> Aufzeichnung des Unterrichtsoffiziers des stellv. Gen.kdo. XIII.AK, 16. 9. 1918; auszugsweise abgedr. bei Deist II, S. 965

- <sup>288</sup> Erlaß des preuß. Kriegsministers v. Stein an alle preußischen stellv. Generalkommandos, 30. 8. 1918; MA, RMA, D. X. 41 (PG 92442)
- <sup>289</sup> »Diese ewige Schönfärberei reizt bei steigender Not zur Wut. So darf es nicht weitergehen. Das Volk hat Anspruch auf männliche Behandlung und damit auf Wahrheit.« Franz Röhr in: DA Jg. 3 Nr. 9 (Sept. 1918), S. 419
- <sup>290</sup> s. die Direktiven, die der Chef des Kriegspresseamtes, Major Würz, in der Pressebesprechung vom 13. 8. 1918 ausgab; abgedr. bei Deist II, S. 1247 ff.
- <sup>291</sup> zit. nach Stegmann, Inlandspropaganda, S. 102; s. auch Bauer an Haeften, 26. 8. 1918; BA, NI. Bauer Nr. 13, Bl. 187. Elf Tage später betonte General v. Gallwitz gegenüber Scheidemann die »Notwendigkeit . . ., daß in solcher Lage wie jetzt nicht nur die Regierungsorgane allen Einfluß aufbieten, sondern auch die Parteileitungen mit aller Kraft dahin wirken müßten, ihre Anhänger aufzuschüren und zur Pflicht zu führen«; zit. nach Gallwitz, Erleben im Westen, S. 438. Nach einer anderen Überlieferung rief er Scheidemann zu: »Wenn er . . . es nicht fertig bringe, dann gäbe es doch noch ganze Männer in seiner Partei, die es tun könnten.« Zit. nach einem Bericht des Konteradmirals v. Levetzow über den deutschen Zusammenbruch 1918, abgedr. bei Alfred Niemann, Revolution von oben – Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914–1918, Berlin 1928, S. 411
- <sup>292</sup> s. das Schreiben des Kriegspresseamtes an Heine, 9. 11. 1918; IISG, NI. Heine Nr. 296
- <sup>293</sup> Vgl. hierzu Hans Delbrücks Feststellung, Pr. Jbb. 174 (1918), S. 428 f.: »Der Feldzug und der Krieg ist verloren gegangen, nicht weil die Stimmung zusammengesunken war, sondern die Stimmung versagte, als die Truppe zu fühlen begann, daß sie den Krieg nicht mehr gewinnen könne«.
- <sup>294</sup> s. die Aufzeichnungen des damaligen Chefs des Geh. Zivilkabinetts, Friedr. v. Berg, in: Friedrich von Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß. Bearbeitet von Heinz Potthoff, Düsseldorf 1971 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe Bd. 7), S. 168 ff.
- <sup>295</sup> Tagebuchnotiz v. Müllers vom 31. 8. 1918; Regierte der Kaiser? S. 405
- <sup>296</sup> zit. nach: Friedrich v. Berg, S. 168 ff.
- <sup>297</sup> Sie wertete dies als Beweis dafür, daß der Kaiser »doch so von seinem Volk geliebt« werde, als sie wenige Wochen später nach Bestätigungen dafür suchte, »daß es doch ganz unmöglich sei, daß der Kaiser abdanke«; Auguste Viktoria in einem Gespräch mit dem früheren Reichskanzler Michaelis am 28. 10. 1918; zit. nach Georg Michaelis, Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1922, S. 397
- <sup>298</sup> Arbeiter (München) Nr. 39 v. 26. 9. 1918
- <sup>299</sup> s. zum folgenden die Schilderung bei William Manchester, Krupp. Zwölf Generationen, München 1968, S. 298 ff.; s. auch die Tagebuchnotiz v. Müllers vom 10. 9. 1918; Regierte der Kaiser? S. 411
- <sup>300</sup> Friedrich v. Berg, S. 170
- <sup>301</sup> Gerüchtweise verlautete, daß bei dieser Gelegenheit auch das Bekenntnis des Kaisers zum gleichen Wahlrecht gestrichen wurde (s. BfS-Bericht v. 21. 9. 1918), was auf die Glaubwürdigkeit innenpolitischer Versprechungen und den Einfluß, den man dem Kaiser und seiner Umgebung noch zutraute, ein ungemein erhellendes Licht wirft. Zur Umarbeitung der Rede s. auch Alfred Niemann, Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier, Berlin 1922, S. 80; Sigurd v. Ilsemann, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II. Hrsg. von Harald v. Koenigswald, Band 1, München 1967, S. 17;

- die redigierte Fassung der Rede ist abgedr. in: Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, N. F. 34 (1918), I, S. 276 ff.
- <sup>302</sup> Noch Anfang November 1918 gab er sich überzeugt: »Das deutsche Volk steht treu hinter mir.« Zit. bei Janßen (Hrsg.), Die graue Exzellenz, S. 221
- <sup>303</sup> s. die Tagebuchnotiz v. Müllers v. 16. 9. 1918; Regierte der Kaiser? S. 415
- <sup>304</sup> Die Rede, die Wilhelm II. anschließend vor den Kieler U-Boot-Offizieren hielt, war wieder von einer Art, daß der Chef des Marinekabinetts ihre Veröffentlichung verbot; s. die Tagebuchnotiz v. Müllers. v. 25. 9. 1918; Regierte der Kaiser? S. 418
- <sup>305</sup> Zu der Reise des Kaisers von Berlin ins Große Hauptquartier und ihre Bedeutung s. Gerhard W. Rakenius, Wilhelm Groener als erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard 1977, S. 34 ff.

#### 14. Kapitel

- <sup>1</sup> Legien in einer Gedenkfeier zur Erinnerung an den 4. August 1914, abgedr. in: IK Nr. 36 v. 16. 8. 1917, S. 269
- <sup>2</sup> Aug. Müller, Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, in: SM 23 (1917), II, S. 811
- <sup>3</sup> ebda.
- <sup>4</sup> Paul Lensch, Weltenwende, in: Die Glocke Nr. 1 v. 6. 4. 1918, S. 1; zum Festhalten an der These vom deutschen Verteidigungskrieg s. ferner die gemeinsame Kundgebung von Generalkommission, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Verband der deutschen Gewerksvereine (H.D.), Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht und Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände an Bethmann Hollweg, 16. 1. 1917, abgedr. u. a. Corr.bl. Nr. 3 v. 20. 1. 1917, S. 30; s. auch ebda. Nr. 1 v. 6. 1. 1917, S. 1; Nr. 39 v. 29. 9. 1917, S. 367; Nr. 16 v. 21. 4. 1917, S. 153; Nr. 31 v. 4. 8. 1917, S. 297ff.; Nr. 1 v. 5. 1. 1918, S. 2; Nr. 30 v. 27. 7. 1918, S. 280f.
- <sup>5</sup> s. z. B. Winnigs Offenen Brief an den Generalsekretär der Confédération Générale du Travail (CGT), Léon Jouhaux, abgedr. in: Die Glocke Nr. 9 v. 1. 6. 1918, S. 272; vgl. auch Alwin Saenger, Die Kriegsschuld des zaristischen Rußland, ebda. Nr. 10 v. 8. 6. 1918, S. 296; Eduard David, Bernstein und die Schuldfrage, in: NZ 35 (1916/17), I, S. 513; ähnlich Parvus, Der bolschewistische Friede, in: Die Glocke Nr. 7 v. 18. 5. 1918, S. 200; Ernst Heilmann, Annexionistisches Deutschland oder »Entente annexioniste?« ebda. Nr. 3 v. 20. 4. 1918, S. 96
- <sup>6</sup> Die Denkschrift ist abgedr. Corr.bl. Nr. 26 v. 30. 6. 1917, S. 250ff. – Der erweiterte Parteiausschuß der SPD machte sich im April 1917 die Friedensformel des Petersburger Sowjet zu eigen; s. SPD-RT-Fraktion, II, S. 257 Anm. 1
- <sup>7</sup> Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 103
- <sup>8</sup> Die Resolution ist abgedr. Sten. Ber. Bd. 310, S. 3573
- <sup>9</sup> s. Südekum an Hauptmann Westphal, 4. 9. 1918; BA, Nl. Südekum Nr. 158, Bl. 50; vgl. auch Haußmann, Schlaglichter, S. 126ff.; Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951, S. 54ff.; Miller S. 309ff.; im übrigen Joh. Victor Bredt, Der deutsche Reichstag im Weltkrieg (Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1926. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918, II. Abt., 8. Bd.), Berlin 1926, S. 69ff., sowie die in IFA I, S. 3ff. abgedr. Dokumente.
- <sup>10</sup> Westarp an Eisenhart, 14. 4. 1919, über ein Gespräch zwischen Michaelis und den



- Führern der Konservativen, Nationalliberalen und Deutschen Fraktion am 15. 7. 1917; DZA Potsdam, Nl. Westarp Nr. 34
- <sup>11</sup> Michaelis an den Kronprinzen, 25. 7. 1917; zit. bei Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 529; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 761. – Erst unmittelbar vor dem Ende seiner kurzen Kanzlerschaft, auf der verzweifelten Suche nach sicherem Rückhalt im Reichstag, erklärte Michaelis in einem Privatgespräch gegenüber Südekum, inzwischen habe er erkannt, daß die Friedensresolution »richtig sei und ... sich auch innerlich vollkommen auf den Standpunkt der Mehrheit in der Friedensfrage gestellt. Namentlich sei die Erkenntnis über unsere schwierige wirtschaftliche und trostlose finanzielle Lage für ihn ausschlaggebend gewesen.« Südekum an Ebert, 14. 10. 1917; Tagebuch Otto Braun; (Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung)
- <sup>12</sup> Rießler in der Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes am 23. 9. 1917; zit. nach: Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912–1917. Bearbeitet von Klaus-Peter Reiß, Düsseldorf 1967 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe Bd. 5), S. 402
- <sup>13</sup> Erzberger erklärte dem Kanzler, daß er die Abtrennung Polens und Litauens von Rußland und ihre indirekte Angliederung an Deutschland für vereinbar mit der Resolution halte; hierbei handle es sich »nicht um »erzwungene Gebietserwerbungen«, wohl aber um den besten Schutz unserer östlichen Provinzen« (zit. nach Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 761). Mit ähnlichen Interpretationen wollte er auch die Annexion von Longwy und Briey mit der Friedensresolution in Einklang bringen; s. ebda. S. 761 ff.
- <sup>14</sup> Das sächsische Innenministerium z. B. wies die Presse an, den zweiten Teil der Resolution, in dem von der Notwendigkeit des Ausharrens die Rede war, »gebührend hervorzuheben und zu betonen, dagegen die Friedensbereitschaft nicht derart in die erste Linie zu setzen, daß daraus eine Friedenspropaganda entsteht, die mit der festen Absicht und der unzweifelhaften Möglichkeit des Ausharrens nicht im Einklang steht.« Erlaß des sächsischen Innenministers vom 21. 7. 1917; zit. nach Gorski S. 323
- <sup>15</sup> Wochenschrift der HK Düsseldorf, Nr. 1–3 v. 19. 1. 1918, S. 2
- <sup>16</sup> Erzberger im September 1917; zit. in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 762. – Vgl. auch die Überlegungen Werner v. Siemens' zur öffentlichen Begründung von Kriegszielen: »Man muß sich überlegen, welche Argumente zur Zeit Aussicht haben, auf die maßgebenden Faktoren zu wirken, und da scheint es mir am besten zu sein, wenn man den Ausdruck seiner Wünsche auf das Thema konzentriert: Wie müssen die erforderlichen Sicherungen aussehen? ... Was gefordert und begründet werden muß, sind vielmehr tatsächliche Sicherungen. Solange die Macht bestehenbleibt, muß die Sicherheit in der Entwicklung einer genügenden Gegenmacht bestehen. ... Die notwendige Sicherheit bedeutet gleichzeitig Machtzuwachs auch in wirtschaftlicher Beziehung. Aber es ist wirksamer, man motiviert die Notwendigkeit desselben aus dem nun einmal gegebenen Rahmen der politischen Lage heraus, als indem man in der alten Weise lediglich von Annexionen, Niederwerfung und dergleichen, spricht.« Siemens an Julius Vorster, 31. 8. 1917; Siemens-Archiv, 14/Lk 134. Vgl. dazu die Bemerkung Hans Delbrücks, Preußische Jahrbücher 173 (1918), S. 415: »Im Namen der eigenen Sicherheit ist es leicht, jede Art von Forderung zu begründen.«
- <sup>17</sup> Lensch zufolge konnte »aufgrund dieser Resolution ein beliebig »starker« Friede geschlossen werden ..., stärker vielleicht, als wir jemals imstande sein werden, ihn zu

- schließen«. Paul Lensch, *Der Kampf um die Friedensresolution*, in: *Die Glocke* Nr. 4 v. 27. 4. 1918, S. 113
- <sup>18</sup> W. Jansson, *Friedensprogramme*; ebda. Nr. 34 v. 24. 11. 1917, S. 291 ff.; s. auch Aug. Winnig, *Randbemerkungen zur Friedenspolitik*, ebda. Nr. 43 v. 26. 1. 1918, S. 626 und 628
- <sup>19</sup> Parvus, *Der bolschewistische Friede*, ebda. Nr. 7 v. 18. 5. 1918, S. 202
- <sup>20</sup> *Corr.bl.* Nr. 14 v. 6. 4. 1918, S. 125. – Daß Deutschland auf die Kolonialpolitik »unter keinen Umständen verzichten will noch kann«, verkündete in den letzten beiden Kriegsjahren unter den Gewerkschaftsführern vor allem Paul Müller, der Redakteur des Transportarbeiterverbandes; s. z. B. Paul Müller, *Wirtschaftsimperium und Seegeltung*, in: *SM* 23 (1917), III, S. 1049. Kloth, für den die Kolonialpolitik ein »unablöslicher Bestandteil der auswärtigen Politik der Großstaaten« war (Emil Kloth, *Stichproben aus unserer auswärtigen Politik*, in: *Die Glocke* Nr. 27 v. 6. 10. 1917, S. 17), schrieb noch im Oktober 1918, daß Deutschland selbst dann, wenn es sozialistisch werden sollte, zur Sicherung seines Rohstoff-, Lebensmittel- und Futtermittelbedarfs auf Kolonialbesitz angewiesen wäre, »solange ein wirklicher Völkerbund, in dem Gerechtigkeit waltet und der die Kriege überflüssig machen könnte, noch nicht besteht« (*SM* 24, 1918, II, S. 934). Mit dem Ruf nach Errichtung eines großen deutschen Kolonialreiches verbanden diese Autoren die Forderung nach dem Wiederaufbau und der Stärkung der deutschen Flotte, sowohl der Handels- wie der Kriegsmarine. S. Paul Müller, *Wirtschaftsimperium und Seegeltung*, in: *SM* 23 (1917), III, S. 1049; s. auch ders., *Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte*, ebda. 24 (1918), I, S. 124 ff., und ders., *Deutschlands maritime Zukunft*, in: *NZ* 36 (1917/18), II, S. 78 ff.; ders., *Kriegsverlust und Wiederaufbau der deutschen Handelsmarine*, in: *Die Glocke* Nr. 10 v. 9. 6. 1917, S. 382 ff., und Nr. 11 v. 16. 6. 1917, S. 433 ff.; Max Schippel, *Kriegsflotte und Seegeltung*, in: *SM* 24 (1918), I, S. 197.

Im gleichen Zusammenhang wurde der Gedanke an einen mitteleuropäischen Wirtschaftsblock unter deutscher Führung weitergesponnen, an ein »kontinentaleuropäisches Imperium«, das »sicheren und dauernden Schutz gegen angelsächsische Vormundschaft« bieten sollte; so Paul Müller, *Wirtschaftsimperium und Seegeltung*, a. a. O. S. 1048 f.; s. auch W. Jansson, *Deutschland–Rußland*, in: *Die Glocke* Nr. 23 v. 2. 9. 1916, S. 891; Max Schippel, *Die Wirtschaftspolitik beim Kriegsausgang*, *SM* 23 (1917), III, S. 1028; *TAV*, Jb. 1917, S. 59. Der gleiche Gedanke war auch unter der christlichen Arbeiterschaft lebendig; s. *Arbeiter* (München) Nr. 8 v. 21. 2. 1918. Müller und Jansson faßten sogar eine Aussöhnung und Verständigung mit Frankreich und Rußland ins Auge, um »eine europäische politische und wirtschaftliche Völkerkoalition ... des ganzen Festlands« vorzubereiten, »die sehr wohl geeignet wäre, Großbritannien und Amerika in Schach zu halten«; Paul Müller, *Wirtschaftsimperium und Seegeltung*, a. a. O. S. 1049; Wilh. Jansson, *Deutschland–Rußland*, a. a. O. S. 893; s. auch August Winnig, *Randbemerkungen zur Friedenspolitik*, ebda. Nr. 43 v. 26. 1. 1918, S. 626; Hermann Kranold, *Ost- und westliches Gelände*, ebda. Nr. 14 v. 7. 7. 1917, S. 534 ff.; Hadubert, *Europa als Idee und Programm*, ebda. Nr. 27 v. 5. 10. 1918, S. 857 ff. Die Frage der Kriegsentschädigungen schienen die Führer der freien Gewerkschaften im Frühjahr 1918 im Rahmen eines »internationalen Lastenausgleichs« zu lösen bereit. Legien versprach dem Frhr. v. Reibnitz, der dem Förderungsausschuß nationaler Arbeitervereine angehörte und über intime Kontakte zur Großindustrie und zur Vaterlandspartei verfügte und während des Krieges ein ominöses »Büro für Kulturpolitik« leitete, »mit Handschlag«, die freien Gewerkschaften würden sich für dieses Ziel einsetzen, falls es von neutra-

ler Seite aufgestellt werden sollte. Reibnitz bemühte sich daraufhin, einen der Hauptbefürworter dieses Planes, den Schweizer Delegierten beim Internationalen Sozialistischen Büro, Moore, als Propagandisten dieses Gedankens aufzubauen und hierfür in den ihm nahestehenden Industriellenkreisen und bei der OHL Gelder locker zu machen. Nach den Anfangerfolgen der Westoffensive vom Frühjahr 1918 verlor jedoch der Vertreter der OHL beim Reichskanzler, v. Winterfeldt, der offenbar von Anfang an in diese Aktion eingeweiht war, das Interesse. Jetzt wollte er »auf die Mitarbeit internationaler Sozialisten . . . lieber verzichten« und statt dessen »nach Kräften auch in den Arbeiterkreisen dafür Stimmung machen, daß wir eine anständige Kriegsentschädigung bekommen, damit nicht die Lasten ausgehlichen, sondern die unsrigen vermindert werden«. S. hierzu Reibnitz an Oberst Bauer, 12. 3. 1918, und Winterfeldt an Bauer, 9. 4. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 12; vgl. auch Vogt, Oberst Bauer, S. 226 f. Nach den Anfangerfolgen der deutschen Westoffensive hatten auch die Gewerkschaften gegen eine Kriegsentschädigung zugunsten Deutschlands nichts mehr einzuwenden; s. Corr.bl. Nr. 14 v. 6. 4. 1918, S. 125

<sup>21</sup> Zit. in einem Agentenbericht über die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern vom Oktober 1917, 5. 10. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 746. Die christlichen Gewerkschaften dachten ebenso; s. ZBl. Nr. 13 v. 18. 6. 1917, S. 98. – Zur Vorgeschichte der Berner Gewerkschaftskonferenz s. Corr.bl. Nr. 31 v. 4. 8. 1917, S. 299 ff.; zu ihrem Verlauf ebda. Nr. 41 v. 13. 10. 1917, S. 381 ff.

<sup>22</sup> W. Jansson, Friedensprogramme, in: Die Glocke Nr. 34 v. 24. 11. 1917, S. 291

<sup>23</sup> Winnig auf dem VT des BAV 1918; Prot. S. 301

<sup>24</sup> s. Aug. Winnig, Aufgeschoben, nicht aufgehoben, in: Die Glocke Nr. 8 v. 20. 5. 1916, S. 281 ff.; ders.; Gerechtigkeit und Völkerbund, ebda. Nr. 31 v. 2. 11. 1918, S. 965 ff.; IK Nr. 38 v. 27. 7. 1917, S. 286 ff.; John L. Snell, Socialist Unions and Socialist Patriotism in Germany 1914–1918, in: American Hist. Review 59 (1953/54), S. 66 ff. – Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der den freien Gewerkschaften nahestand und dessen Vorstandsmitglied August Müller als Vertrauensmann der Sozialdemokratie 1916 ins Kriegsernährungsamt berufen wurde, schrieb 1918: »Ein Völkerbund von Wilsons, dem Kommiss dieses Großkapitals, Gnaden bedeutet neben der wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands und des Hungertodes oder der Auswanderung seiner Millionen von Industriearbeitern die unbeschränkte Diktatur des wucherisch rücksichtslosesten Kapitalismus und die Erhebung der Ausbeutungsfreiheit um jeden Preis zum einzigen, echten und wahren Menschenrechte.« Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, hrsg. von Heinrich Kaufmann, 17 (1918), I, S. IX.

<sup>25</sup> Nachdem die Gewerkschaftszentralen der Ententeländer schon 1916 in Leeds eine Reihe von Arbeiterschutzforderungen formuliert und der Internationale Gewerkschaftsbund sie sich 1917 zu eigen gemacht hatte, stimmte ihnen auch die Vorstandskonferenz im Juli 1917 zu und unterbreitete sie der Reichsregierung; s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 105; die IGB-Forderungen sind abgedr. Corr.bl. Nr. 21 v. 26. 5. 1917, S. 201 ff.; eine ausführliche Dokumentation der Konferenz von Leeds enthält die IK Nr. 26 v. 9. 7. 1917, S. 189 ff., und Nr. 27 v. 11. 7. 1917, S. 202 f.

<sup>26</sup> ZBl. Nr. 2 v. 14. 1. 1918, S. 11

<sup>27</sup> ebda. Nr. 1 v. 1. 1. 1918, S. 3

<sup>28</sup> Stegerwald in der 1. Mitgliederversammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland am 7. 1. 1918 in Berlin, zit. nach: Von deutscher Volkskraft. 2. Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1918, S. 33

<sup>29</sup> Entschließung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses vom 6. 5. 1917;

- abgedr. ZBl. Nr. 11 v. 21. 5. 1917, S. 83; eine ebenso ambivalente Resolution verabschiedete der Verband süddt. kath. Arbeitervereine am 18. 6. 1917; s. Arbeiter (München) Nr. 25 v. 21. 6. 1917
- <sup>30</sup> s. Adam Stegerwald, Arbeiterwähler und Zentrumspartei, Vortrag auf einer Versammlung von Kölner Arbeiterzentrumswählern, Krefeld 1918, S. 14; Stegerwalds Ausführungen in der 1. Mitgliederversammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland am 7. 1. 1918 in Berlin; abgedr. in: Von deutscher Volkskraft, S. 40ff.; ZBl. Nr. 16 v. 30. 7. 1917, S. 121, sowie die Äußerungen Oswalds in der 4. Sitzung des Finanzausschusses des bayerischen Landtages am 11. 10. 1917; GStAM, MA 974
- <sup>31</sup> zit. in: SPC Nr. 16 v. 21. 12. 1918, S. 215; zur gleichen Zeit befürwortete der christliche Metallarbeiterverband die Annexion von Briey und Longwy; s. ebda.
- <sup>32</sup> s. die Resolution der Generalversammlung des CMV vom 16.–18. 9. 1918 in Duisburg, abgedr. ZBl. Nr. 21 v. 7. 10. 1918, S. 174. Die Forderung nach kolonialer Expansion wurde von den christlichen Gewerkschaften in den letzten beiden Kriegsjahren ebenfalls geteilt; s. ZBl. Nr. 17 v. 13. 8. 1917, S. 132; Nr. 19 v. 10. 9. 1917, S. 155; Nr. 20 v. 24. 9. 1917, S. 165; Johs. Giesberts, Kriegsziele, Kolonien und Arbeiterinteressen, in: Arbeiter (München), Nr. 4 v. 25. 1. 1917; s. auch Paul Beusch in: DA 3 (1918), S. 187. – Beusch forderte auch eine Kriegsentschädigung »von einigen zehn Milliarden«; ebda. S. 88
- <sup>33</sup> s. die Entschließung des Zentralrats der H.-D. Gewerkvereine vom Juli 1917, abgedr. in: Gewerkverein Nr. 53/54 v. 7. 7. 1917, S. 107
- <sup>34</sup> s. unten S. 533 ff.
- <sup>35</sup> Um Freiheit und Vaterland. 1. Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1918, S. 13 ff. – Fast gleichlautend forderte Gustav Bauer einen »Verständigungsfrieden . . . , der uns unsere nationale Selbständigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit sichert« (ebda. S. 42), Friedrich Meinecke die »unbedingte Behauptung unseres territorialen Bestandes und unserer bisherigen Machtstellung, unbedingte Durchsetzung unserer wirtschaftlichen und kolonialen Lebensnotwendigkeiten« (ebda. S. 31).
- <sup>36</sup> Liebmann, Die Politik der Generalkommission, S. 55
- <sup>37</sup> Paul Müller, Wirtschaftsimperium und Seegeltung, a. a. O. S. 1050; s. auch Ludwig Quessel, »Sozialimperialismus«, in: SM 22 (1916), S. 741 ff.; vgl. hierzu Abraham Ascher, »Radical« Imperialists within German Social Democracy 1912–1918, in: Polit. Science Quarterly 76 (1961), S. 555 ff., insbes. S. 568 ff.; Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 508
- <sup>38</sup> Dies bestätigte selbst ein erklärter Gegner der Gewerkschaften wie Oberst Bauer; s. Weber, Ludendorff und die Monopole, S. 100; s. auch Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 519 ff. – Schon Otto Westphal bemerkte 1930 über die Kriegszielbewegung: »Ein prinzipieller Gegensatz . . . trat nicht hervor. Nicht prinzipielle »Moderation«, sondern nur verschiedenen graduierte »Exaltation« war wirksam.« Otto Westphal, Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848–1918, München/Berlin 1930, S. 232
- <sup>39</sup> s. unten S. 527 ff.
- <sup>40</sup> Die Kundgebung der Gewerkschafts- und Angestelltenverbände an den Reichskanzler vom 16. 1. 1917 ist abgedr. Corr.bl. Nr. 3 v. 20. 1. 1917, S. 30; zum Zusammenhang vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 377 ff.; Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 2, S. 534 ff.
- <sup>41</sup> s. den nichtssagenden Kommentar des Corr.bl. Nr. 20 v. 28. 7. 1917, S. 282. Nach dem Kriege freilich versuchten sie, die Weigerung der Regierung, sich in der

- Kriegszielfrage festzulegen, ebenso wie ihre eigene ambivalente Haltung rein defensiv zu interpretieren. Hätte die Regierung sich für Annexionsforderungen ausgesprochen, erklärte z. B. Hermann Sachse, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, 1919, »dann wäre die ganze Partei einheitlich abgeschwenkt, weil wir keinen Annexionskrieg mitmachen wollten«. Bergarb.verb., Prot. GV 1919, S. 249
- <sup>42</sup> s. die Mitt. Knolls vom ADGB-Vorstand auf dem VT des FAV 1920 in Hannover, Prot. S. 70
- <sup>43</sup> Aug. Winnig, Aufgeschoben, nicht aufgehoben, in: Glocke Nr. 8 v. 20. 5. 1916, S. 282f.
- <sup>44</sup> s. den Telegrammwechsel Gompers–Legien vom 8./9. 2. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 8 v. 24. 2. 1917, S. 87f., sowie das Tel. Gompers' an Legien v. 6. 4. 1917, abgedr. ebda. Nr. 16 v. 21. 4. 1917, S. 159
- <sup>45</sup> s. das Prot. der SPD-Fraktionssitzung v. 22. 2. 1917; SPD-RT-Fraktion, II, S. 244f. Der TAV mißbrauchte die Internationale Transportarbeiter-Föderation, die ihren Sitz in Berlin hatte und während des Krieges praktisch zu einer Abteilung des deutschen Verbandes wurde, um den U-Bootkrieg gegenüber den Seeleuten der neutralen Länder als Mittel zur Kriegsverhütung zu rechtfertigen; s. das Manifest des Zentralrats der Internat. Transportarbeiter-Föderation an die Seemannsverbände in den USA, Spanien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, auszugsweise abgedr. in: Corr.bl. Nr. 12 v. 24. 3. 1917, S. 127. – Zur Begrüßung des unbeschränkten U-Bootkrieges durch die christl. Gewerkschaften s. ZBl. Nr. 4 v. 12. 2. 1917, S. 26; zur Stellung der SPD zum U-Bootkrieg s. Miller S. 259ff. Winnig setzte sich sogar öffentlich für den unbeschränkten U-Bootkrieg ein; humanitäre Skrupel seiner Genossen verhöhnte er als »Schwäche«; s. Winnig, Der weite Weg, S. 380. Die IK Nr. 33 v. 2. 8. 1917, S. 247, schrieb über die Wirkungen des U-Bootkrieges auf die englische Kriegführung: »Was Napoleon nicht vermochte, das bringt das Genie, die Wissenschaft, die Tapferkeit und die Ausdauer der deutschen Nation zustande. ... Die deutsche Nation hat nunmehr den Sieg in der Hand.«
- <sup>46</sup> Corr.bl. Nr. 16 v. 21. 4. 1917, S. 153; s. auch TAV, Jb. 1916, S. 7. – Lensch verkündete leichthin, der amerikanische Kriegseintritt werde sich militärisch »auf absehbare Zeit ebensovienig bemerkbar machen wie die unfreundliche Haltung, die China gegen Deutschland eingenommen hat«; Paul Lensch, Der Krieg des Herrn Wilson, in: Die Glocke Nr. 2 v. 14. 4. 1917, S. 52
- <sup>47</sup> Corr.bl. Nr. 1 v. 5. 1. 1918, S. 1
- <sup>48</sup> s. den BfS-Bericht v. 21. 9. 1918, a. a. O.; W. Jansson, Die Sozialisten oder der Papst? in: Die Glocke 3 (1917/18), I, S. 925f.; IK Nr. 28 v. 16. 7. 1917, S. 207f.; ebda. Nr. 29 v. 20. 7. 1917, S. 219. Als Gompers Ende August 1918 in London die Niederwerfung Deutschlands forderte und die Engländer für ihren Kampf gegen die »Hunnen« lobte, beschuldigte Legien ihn der Mitverantwortung für die Macht des amerikanischen Kapitalismus, dessen innen- und sozialpolitische Auswirkungen und imperialistische Folgen, sprach ihm das moralische Recht zur Kritik an der deutschen Arbeiterschaft ab, klagte ihn der Kriegsverlängerung an und warf ihm Versündigungen an der gewerkschaftlichen Internationale vor. Die Vorständekonferenz machte sich diese Ausführungen ausdrücklich zu eigen und beschloß ihre Veröffentlichung; s. Corr.bl. Nr. 37 v. 14. 9. 1918, S. 343f.
- <sup>49</sup> Corr.bl. Nr. 52 v. 29. 12. 1917, S. 482
- <sup>50</sup> Ebert in der Sitzung des Hauptausschusses des RT am 22. 1. 1918; zit. nach SPC Nr. 4 v. 16. 2. 1918, S. 54
- <sup>51</sup> Noch nach Kriegsende wiederholte die Generalkommission ihre Überzeugung, es wäre »unverantwortlich ... gewesen, diesen Friedensschluß durch politische Mas-

- senstreiks zu beeinflussen«; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 104
- <sup>52</sup> Aufzeichnung v. d. Bussches vom 12. 2. 1918; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5
- <sup>53</sup> Ernst Troeltsch, Der Volksbund für Freiheit und Vaterland, in: DA 3 (1918), S. 54
- <sup>54</sup> August Winnig, Vom deutschen Wesen, in: Die Glocke Nr. 1 v. 6. 4. 1918, S. 12
- <sup>55</sup> Aug. Winnig, Randbemerkungen zur Friedenspolitik, ebda. Nr. 43 v. 26. 1. 1918, S. 630; ähnlich W. Jansson, Friedensprogramme, ebda. Nr. 34 v. 24. 11. 1917, S. 291f.
- <sup>56</sup> In der Tafelrunde der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer im »Heidelberger«, zu deren Teilnehmern Bauer, Silberschmidt, Jansson, Baumeister, Leipart, Kloth, Paul Müller sowie der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, gehörten, außerdem David, Südekum, Lensch, Cohen-Reuß, Schöpflin und Poetzsch von der Partei, hatte David schon vorher die Zurückverlegung der russischen Grenze bis hinter die Düna als beste »Sicherung« Deutschlands gegen künftige Angriffe propagiert; s. Kloth, Einkehr, S. 72. Vgl. auch William Maehl, The Role of Russia in German Socialist Policy, 1914–1918, in: Intern. Rev. of Social History 4 (1959), S. 187; zur Haltung der SPD zum Frieden von Brest-Litowsk im übrigen Miller S. 358ff.
- <sup>57</sup> s. Sten. Ber. Bd. 311, S. 4007ff., 4072, 4431ff., 4536
- <sup>58</sup> s. Corr.bl. Nr. 13 v. 30. 3. 1918, S. 116; Aug. Winnig, Friedensfragen von morgen, in: Glocke 3 (1917/18), S. 883. Winnig nutzte bei späterer Gelegenheit die Stimmenthaltung der SPD dazu aus, den Gewaltcharakter des Vertrages als Argument gegen die linke Opposition zu verwenden, nämlich als abschreckendes Beispiel dafür, »was aus uns geworden wäre, wenn wir das Beispiel der Bolschewiki nachgeahmt hätten, und was kommen müßte, wenn wir zu bolschewistischen Methoden in der inneren Politik schreiten würden« (Winnig auf dem VT des BAV 1918; Prot. S. 328).
- <sup>59</sup> s. die Sitzungen der SPD-RT-Fraktion vom 14., 18. und 22. 3. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 383ff.; s. auch Maehl a. a. O. S. 197f.
- <sup>60</sup> s. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 668ff.
- <sup>61</sup> Mit dieser Argumentation bestätigten die Gewerkschaften den UStS im AA, der nach den Januarstreiks die Möglichkeit erörtert hatte, »die Sozialdemokraten für eine Mitarbeit oder wenigstens für eine schweigende Duldung« des Vertrages zu gewinnen, »wenn sie einsehen, daß die Russen selbst uns freie Hand lassen«. Aufzeichnung v. d. Bussches v. 12. 2. 1918; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5
- <sup>62</sup> Corr.bl. Nr. 13 v. 30. 3. 1918, S. 116f.
- <sup>63</sup> Prot. der Fraktionssitzung vom 18. 3. 1918; SPD-RT-Fraktion II, S. 387
- <sup>64</sup> Aug. Winnig, Die Politik der Generalkommission, in: Die Glocke Nr. 3 v. 20. 4. 1918, S. 70f.
- <sup>65</sup> Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 105
- <sup>66</sup> »Wir sind vollständig mit dem Unternehmertum einig, wenn es eine Vertretung bei den Verhandlungen über die Gestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsverhältnisse fordert, ... aber wir fordern volle Parität, denn die Wirtschaftsfragen sind auch Arbeiterfragen, an denen die Gewerkschaften das größte Interesse haben.« Corr.bl. Nr. 4 v. 26. 1. 1918, S. 34
- <sup>67</sup> s. Georg v. Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955, S. 110
- <sup>68</sup> Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands vom 5.–7. 10. 1920 in Berlin, Berlin 1920, S. 113; vgl. auch die Kritik an der Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu den Friedensverträgen von

- Brest-Litowsk und Bukarest bei Liebmann, Die Politik der Generalkommission, S. 56 f.; zu den Vorwürfen Losowskys s. die Stellungnahme des Corr. bl. Nr. 42 v. 16. 10. 1920, S. 563
- <sup>69</sup> Stegerwald in der 1. Mitgliederversammlung des Volksbundes am 7. 1. 1918 in Berlin; zit. nach: Von deutscher Volkskraft, S. 41 f.; abgedr. auch ZBl. Nr. 2 v. 14. 1. 1918, S. 15
- <sup>70</sup> ebda. Nr. 6 v. 11. 3. 1918, S. 45; ähnlich Paul Beusch in: DA 3 (1918), S. 184
- <sup>71</sup> WAZ v. 14. 4. 1918
- <sup>72</sup> Werkverein Nr. 8 v. 23. 2. 1918
- <sup>73</sup> s. zu diesen Verträgen Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 772 ff.; zum internen Protest Eberts gegen die »absolut skandalöse« Ostpolitik und die Ausschaltung des Reichstages beim Abschluß der Zusatzverträge s. seinen Bericht in der gemeinsamen Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuß am 23. 9. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 420 ff.; zur gewerkschaftlichen Kritik s. Corr.bl. Nr. 38 v. 21. 9. 1918, S. 353
- <sup>74</sup> s. das Prot. der Fraktionssitzung v. 3. 7. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 409; s. auch Miller S. 370; zum Bukarester Frieden vgl. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 684 ff.
- <sup>75</sup> BfS-Bericht v. 21. 8. 1918; s. auch den Bericht v. 11. 9. 1918
- <sup>76</sup> K. Keller in: DA 3 (1918), S. 114; zur Bestärkung ihrer Auffassung durch die Reise s. BfS-Bericht v. 11. 9. 1918
- <sup>77</sup> Winnig, Der weite Weg, S. 419 f.
- <sup>78</sup> s. ders., Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen, Berlin 1921
- <sup>79</sup> Corr.bl. Nr. 1 v. 4. 1. 1919, S. 1
- <sup>80</sup> Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 104 f.
- <sup>81</sup> s. das Protokoll der SPD-Fraktionssitzung vom 5. 7. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 411, und den Bericht über die gemeinsame Sitzung von Fraktion und Parteiausschuß vom 23. 9. 1918; ebda., insbes. S. 427 ff.
- <sup>82</sup> s. z. B. Corr.bl. Nr. 30 v. 27. 7. 1918, S. 280. Parvus stellte die Herausgabe der IK im September 1918 ein, als es ihm nicht gelang, Heilmann von seinem Durchhaltekurs abzubringen; s. Scharlau/Zeman S. 316 f.; aus analogen Gründen kürzte er seine Zuschüsse für die »Glocke«, aus deren Redaktion er sich schon 1917 weitgehend zurückgezogen hatte; s. Sigel S. 155 ff.
- <sup>83</sup> zit. Corr.bl. Nr. 37 v. 14. 9. 1918, S. 344
- <sup>84</sup> s. den Bericht über die Aussprache einer Gewerkschaftsdelegation mit Regierungsvertretern am 12. 9. 1918; ebda. Nr. 38, 21. 9. 1918, S. 351 ff. – Anfang Oktober ergänzte das Corr.bl. seine alte Forderung nach einem Frieden, »der die Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Volkes sicherstellt«, um den Zusatz, daß hierdurch die Entwicklungsmöglichkeiten anderer Völker nicht beeinträchtigt werden sollten; ebda. Nr. 40 v. 5. 10. 1918, S. 368
- <sup>85</sup> Aug. Winnig, Aussprechen was ist, in: Die Glocke Nr. 24 v. 14. 9. 1918, S. 744
- <sup>86</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 99, und die Aussage Leiparts im Dolchstoßprozeß 1925, Der Dolchstoßprozeß, S. 229 ff.
- <sup>87</sup> s. die Kundgebung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland v. August 1918, abgedr. Corr.bl. Nr. 34 v. 24. 8. 1918, S. 325 f.
- <sup>88</sup> Anfang Juni 1918 appellierte Winnig in einem offenen Brief an Léon Jouhaux, dazu beizutragen, »das Proletariat wieder zu einen, das allein noch berufen scheint, aus diesem Chaos von Blut und Brand die neue Welt des Friedens zu schaffen« (abgedr. in: Die Glocke Nr. 9 v. 1. 6. 1918, S. 276 ff.). Zwei Monate später verlangte er eine

- »selbständige proletarische Friedenspolitik« und wies der Arbeiterschaft die Aufgabe zu, »über die Interessengegensätze, um deren Austrag der Krieg heute geführt wird, hinweg eine neue Ordnung der weltpolitischen Verhältnisse zu schaffen« (Aug. Winnig, *Der erste Hahnenschrei*, ebda. Nr. 18 v. 3. 8. 1918, S. 549f.). Unmittelbar vor Kriegsende jedoch waren die Hoffnungen auf die internationale proletarische Solidarität bei der Gewerkschaftsführung auf den Nullpunkt gesunken. »Die Entwicklung wird zeigen«, erklärte Gustav Bauer am 3. 11. vor dem Verbandstag des Verbandes der Büroangestellten, »daß die Proletarier der anderen Länder nicht stark genug sind, uns vor dem Schmachtfrieden zu bewahren, den man uns jetzt aufzwingen will«. Prot. S. 29
- <sup>89</sup> Corr.bl. Nr. 40 v. 5. 10. 1918, S. 368
- <sup>90</sup> ebda. Nr. 41 v. 12. 10. 1918, S. 377f. und Nr. 42 v. 19. 10. 1918, S. 384
- <sup>91</sup> Aufruf des Dt. Arbeiterkongresses v. 15. 10. 1918, abgedr. ZBl. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 177
- <sup>92</sup> Aufruf des Ausschusses des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften v. 29. 10. 1918; abgedr. ebda. Nr. 23 v. 4. 11. 1918, S. 191; s. auch ebda. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 178; Aufruf des Ausschusses des Dt. Arbeiterkongresses v. 15. 10. 1918, a. a. O.; WAZ v. 27. 10. 1918; vgl. auch Varain S. 119f.
- <sup>93</sup> ZBl. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 178
- <sup>94</sup> Die Reform der ähnlich undemokratischen Wahlgesetze in Sachsen und Bayern bleibt hier außer Betracht, ebenso das Parlamentarisierungsproblem in diesen Ländern. Zur Reform in Sachsen s. Gorski S. 147ff., und Walter Fabian, *Klassenkampf um Sachsen, Löbau 1930*, S. 19ff.; zu Bayern s. Willy Albrecht, *Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918*, Berlin 1968, S. 259ff., 317ff., 377ff., und Allan Mitchell, *Die Revolution in Bayern 1918–1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik*, München 1967, S. 66ff.; zu Württemberg s. Keil, *Erlebnisse*, Bd. 2, S. 17ff.
- <sup>95</sup> ZBl. Nr. 22 v. 22. 10. 1917, S. 177
- <sup>96</sup> ebda. Nr. 1 v. 1. 1. 1917, S. 4; s. auch ebda. Nr. 2 v. 14. 1. 1918; S. 9f.; Jb. der christl. Gewerkschaften 1919, S. 27; Franz Röhr in: DA 3 (1918), S. 179; WAZ v. 9. 12. 1917; Arbeiter (München) Nr. 29 v. 19. 7. 1917; Jb. der christl. Gewerkschaften 1917, S. 30ff.; ferner der gemeinsame Aufruf von Generalkommission und SPD-Vorstand zum 1. Mai 1917, abgedr. Corr.bl. Nr. 18 v. 5. 5. 1917, S. 180; s. auch ebda. Nr. 46 v. 17. 11. 1917, S. 433, und Nr. 48 v. 1. 12. 1917, S. 447
- <sup>97</sup> Entschließung des Ausschusses des Dt. Arbeiterkongresses v. 6. 5. 1917; abgedr. in: Arbeiter (München) Nr. 19 v. 10. 5. 1917; vgl. auch Aug. Pieper in: Präsidial-Korrespondenz Nr. 1/2 (Jan./Febr. 1918), S. 5, und ebda. Nr. 5/7 (Mai/Juli 1917), S. 129
- <sup>98</sup> Corr.bl. Nr. 29 v. 21. 7. 1917, S. 273; zum Juli-Erlass s. Patemann S. 97ff.
- <sup>99</sup> Entschließung der freigewerkschaftlichen Vorstandekonferenz vom 24./26. 7. 1917; abgedr. Corr.bl. Nr. 31 v. 4. 8. 1917, S. 303f.; s. auch die Resolution des Ausschusses des Bergarbeiterverbandes vom 20./23. 9. 1917; abgedr. in: Bergarb.verb., GBer. 1917/18, S. 52
- <sup>100</sup> Durch die Verweigerung des Frauenstimmrechts, durch den Ausschluß der Jugendlichen mittels der Festsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre, durch die nur wenig modifizierte Beibehaltung der Wahlkreiseinteilung, die die großstädtisch-industriellen Stimmbezirke zugunsten der ländlichen benachteiligte, sowie durch die Bindung des Wahlrechts an eine dreijährige preußische Staatsangehörigkeit und einen einjährigen Aufenthalt in der Wahlgemeinde, wodurch die selbsthaften Gruppen von Landwirtschaft und selbständigem Gewerbe zuungunsten der mobileren Arbeiterschaft bevorzugt wurden; s. Patemann S. 127ff.



- <sup>101</sup> Franz Röhr, Reform des preußischen Landtags, in: ZBl. Nr. 25 v. 3. 12. 1917, S. 210ff.
- <sup>102</sup> Die Eingabe ist abgedr. ebda. Nr. 3 v. 28. 1. 1918, S. 211ff.; s. auch die Rede Stegerwalds im preußischen Herrenhaus vom 10. 7. 1918; abgedr. WAZ vom 21. 7. 1918; zur Kritik des Regierungsentwurfs s. auch den Aufruf der westdeutschen christlich-nationalen Arbeiterführer an die Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands, abgedr. ebda. 20. 1. 1918; s. auch ebda. 3. 2. 1918
- <sup>103</sup> Corr.bl. Nr. 48 v. 1. 12. 1917, S. 447
- <sup>104</sup> ZBl. Nr. 6 v. 11. 3. 1918, S. 46
- <sup>105</sup> Legien auf der 1. Mitgliederversammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland am 7. 1. 1918 in Berlin; zit. nach: Von deutscher Volkskraft, S. 25; s. auch den Bericht über diese Veranstaltung in Corr.bl. Nr. 2 v. 12. 1. 1918, S. 18
- <sup>106</sup> s. ebda. Nr. 4 v. 26. 1. 1918, S. 35; Nr. 9 v. 2. 3. 1918, S. 83ff.; Nr. 16 v. 20. 4. 1918, S. 143f.; Nr. 38 v. 21. 9. 1918, S. 351f.; Nr. 39 v. 28. 9. 1918, S. 359ff.; Nr. 40 v. 5. 10. 1918, S. 368; Aug. Winnig, Vernunft oder Gewalt? in: Die Glocke Nr. 7 v. 18. 5. 1918, S. 211. – Für die christl. Gewerkschaften s. ZBl. Nr. 5 v. 25. 2. 1918, S. 38; Nr. 8 v. 8. 4. 1918, S. 62; Nr. 9 v. 22. 4. 1918, S. 70; Nr. 11 v. 21. 5. 1918, S. 85; Nr. 13 v. 17. 6. 1918, S. 101; Nr. 15 v. 15. 7. 1918, S. 117; Gewerkvereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges, S. 13ff.; die Resolution einer Versammlung der christl.-nationalen Arbeiterschaft in Essen v. 24. 2. 1918, abgedr. ZBl. Nr. 6 v. 11. 3. 1918, S. 46, sowie die Entschließung einer vom Ausschuß des Dt. Arbeiterkongresses einberufenen Massenversammlung vom 26. 5. 1918 in Essen, abgedr. ebda. Nr. 12 v. 3. 6. 1918, S. 96f.; s. auch die in der WAZ v. 9. 6. 1918 abgedr. Stellungnahmen westdeutscher kath. Arbeitervereine, sowie Franz Röhr in: DA 3 (1918), S. 179, und Jos. Joos, Volksgelung und Wahlrecht in Staat und Gemeinde, ebda. S. 150ff.
- <sup>107</sup> Aufruf der Generalkommission und des SPD-Vorstandes v. 27. 4. 1918, abgedr. Corr.bl. Nr. 18 v. 5. 5. 1918, S. 179ff.
- <sup>108</sup> ZBl. Nr. 3 v. 28. 1. 1918, S. 21. – Im Juni 1918 dankten ihr die Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands ausdrücklich »für ihre bisherige Festigkeit in Sachen der Wahlrechtsreform« und bekundeten »das zuversichtliche Vertrauen, daß sie kein Mittel unversucht lassen wird, das Königswort einzulösen und damit der politischen Gleichberechtigung der Arbeiter die Wege zu ebnen« (Resolution der 1. Tagung der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. 6. 1918; abgedr. WAZ v. 30. 6. 1918). Noch im September 1918 verabschiedete die Generalversammlung des CMV eine gleiche Dankesadresse; s. ZBl. Nr. 21 v. 7. 10. 1918, S. 174. Zu den Konflikten der katholischen Arbeiterschaft mit dem rechten Zentrumsflügel und dem Episkopat s. den Bericht über die 1. Tagung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. 6. 1918, Krefeld o. J. (1918); Adam Stegerwald, Arbeiterwähler und Zentrumsparlei. Vortrag auf einer Versammlung von Kölner Arbeiter-Zentrumswählern, Krefeld 1918; Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft, S. 18; Morsey, Zentrumsparlei, S. 68; Wachtling, Joos, S. 34; Metzmacher, Novemberumsturz, a. a. O., S. 139ff.
- <sup>109</sup> Aufruf des Volksbundes vom Mai 1918; abgedr. Corr.bl. Nr. 21 v. 25. 5. 1918, S. 200; s. auch die Resolution der ersten Mitgliederversammlung des Volksbundes vom 7. 1. 1918 in Berlin; abgedr. ebd. Nr. 9 v. 2. 3. 1918, S. 84
- <sup>110</sup> s. zu diesen Verhandlungen, die sich von Juli bis Oktober 1918 hinzogen, DMV, Verwaltungsstelle Berlin, Jber. 1918, S. 55ff.; s. auch Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978, S. 39f.
- <sup>111</sup> Theodor Thomas in der Unterredung einer Gewerkschaftsabordnung mit Vertretern der Reichsregierung am 12. 9. 1918; Corr.bl. Nr. 38 v. 21. 9. 1918, S. 351

- <sup>112</sup> ebd. Nr. 30 v. 27. 7. 1918, S. 280
- <sup>113</sup> Jb. der christl. Gewerkschaften 1919, S. 28
- <sup>114</sup> Aufruf der christlich-nationalen Arbeiterführer Westdeutschlands an die westdeutschen Arbeiter-Zentrumswähler, abgedr. WAZ v. 20. 1. 1918; s. auch ebda. v. 3. 3. 1918 und 5. 5. 1918; Gewerkevereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges, S. 15; die Äußerungen Stegerwalds auf einer vom Dt. Arbeiterkongreß am 26. 5. 1918 in Essen veranstalteten Kundgebung, abgedr. ZBl. Nr. 12 v. 3. 6. 1918, S. 95; s. ferner J. Giesberts, Die Aussichten der preußischen Wahlrechtsfrage, in: DA 3 (1918), S. 4; Jos. Joos, Volksgeltung und Wahlrecht in Staat und Gemeinde, ebda. S. 152. – Für die H.-D. Gewerkvereine s. Gewerkverein Nr. 7/8 v. 26. 1. 1918, S. 13, und Nr. 35/36 v. 1. 6. 1918, S. 71
- <sup>115</sup> Stegerwald im preuß. Herrenhaus am 10. 7. 1918; zit. nach WAZ v. 21. 7. 1918. – Eine Illustration hierfür lieferten alle Gewerkschaften mit ihrer Neigung, die Wahlrechtsreform nicht nur politisch zu begründen, sondern auch aus der abstrakten, durchaus bürgerlichen Moralkategorie der »Ehre« abzuleiten; s. etwa Corr. bl. Nr. 4 v. 26. 1. 1918, S. 35, und ZBl. Nr. 2 v. 14. 1. 1918, S. 9.
- <sup>116</sup> Gründungsaufruf des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, in: Um Freiheit und Vaterland, S. 7f.; vgl. auch den Aufruf an die Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands, unterzeichnet u. a. von Stegerwald, Giesberts, Vogelsang, Joos und Imbusch, den westdeutschen Zentrumsabgeordneten Becker, Schiffer, Gronowski und Brust sowie den christlichen Arbeitersekretären Kloft, Gilsing, Holle und Blank, abgedr. WAZ v. 20. 1. 1918: »Die Reform des preußischen Wahlrechts steht im innigen Zusammenhang mit dem Durchhaltewillen des gesamten Volkes. Die Bereitschaft, alle Kriegslasten bis zu einem gesicherten Frieden nach außen zu tragen, muß ihre stärkste Stütze finden in der Freiheit, die im Innern unseres Vaterlandes gegeben wird.«
- <sup>117</sup> Die 13. ord. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Köln. Abgehalten vom 27.–30. 6. 1917. Anträge zur Generalversammlung, Protokoll der Verhandlungen und Bericht des Ausschusses, Stuttgart o. J. (im folgenden zit.: DMV, Prot. GV 1917), S. 137
- <sup>118</sup> Reichel ebda. S. 93. – Der DMV-Verbandstag machte sich diese Argumentation in einer Resolution zu eigen, die die Ausführungen Schlickes nahezu wörtlich wiederholte; s. ebda. S. 97f.
- <sup>119</sup> Brey auf dem VT des FAV 1920 in Hannover; Prot. S. 95. – Das gleiche nahm der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes für die Macht der Arbeitgeber in Anspruch, wenn er erklärte, durch Streiks hätten die Arbeiter 1917 »unmöglich die Anerkennung der Organisation erkämpfen können«; Sachse auf der GV des Bergarb.verb. 1919 in Bielefeld; Prot. S. 261
- <sup>120</sup> DMV, Prot. GV 1917, S. 42; vgl. auch die Bemerkungen des Münchener DMV-Vorsitzenden Jos. Kurth ebda. S. 96
- <sup>121</sup> Rundschreiben der Generalkommission an die Zentralvorstände der freien Gewerkschaften, 23. 4. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 468. – Ähnlich Paeplov auf dem VT des BAV 1918, Prot. S. 148: »Ich traue der Regierung Bethmann Hollwegs zu, daß sie, wenn wir einen anderen Weg eingeschlagen hätten, imstande gewesen wäre, . . . uns so einzuschränken, daß wir keine Rolle mehr hätten spielen können.«
- <sup>122</sup> Die IK Nr. 25 v. 4. 7. 1917, S. 184, druckte einen russischen Zeitungsartikel ab, der zu dem Schluß kam, »daß eine Revolution in Deutschland undenkbar ist«; im übrigen s. unten S. 570
- <sup>123</sup> s. Paul Lensch, Die Revolution und der Reichstag, in: Glocke Nr. 1 v. 7. 4. 1917, S. 12f.

- <sup>124</sup> SPD-RT-Fraktion, II, S. 314
- <sup>125</sup> BAV, Prot. VT 1918, S. 302 und 187
- <sup>126</sup> Ebda. S. 230ff.; Winnig bezeichnete in gleichem Zusammenhang die Kriegspolitik als »ausgesprochene Machtpolitik«; ebda. S. 302. Ganz ähnlich wie Paepow argumentierte Gustav Bauer noch unmittelbar vor der Novemberrevolution; s. seine Ausführungen vor dem VT des Verbandes der Büroangestellten 1918, Prot S. 25f.
- <sup>127</sup> s. etwa ZBl. Nr. 15 v. 16. 7. 1917, S. 113
- <sup>128</sup> Aus diesem Zusammenhang erklären sich auch die Empörung des Corr.bl. über die »Tragikomödie des Parlamentarismus« anlässlich des Sturzes Bethmann Hollwegs und der Friedensresolution, als der Reichstag sich anschickte, »sich sein historisches Recht zu erkämpfen« und sich dann nach einem geschickten Zusammenspiel von Kanzlerfronde, Kronprinz und OHL den völlig unbekanntem Michaelis vorsetzen ließ (Corr.bl. Nr. 29 v. 21. 7. 1917, S. 275; s. auch ebda. Nr. 30 v. 28. 7. 1917, S. 281 ff.), ferner seine ungewöhnlich engagierten Kommentare zu dem kryptoparlamentarischen Verfahren, das zur Bildung der Regierung Hertling führte. Nachdem Hertling die Grundlinien seiner Politik mit den Mehrheitsparteien vereinbart hatte, dann jedoch die Ernennung eines fortschrittlichen Abgeordneten zum Vizekanzler unterließ und der ungeliebte Helfferich im Amt verblieb, sprach das Corr.bl. von einem »Kampf gegen die Reichstagsmehrheit« und meinte, diese dürfe sich keinesfalls »in die Bedeutungslosigkeit des Reichstages vor 1914 zurückflüchten«, sondern müsse dem neuen Kanzler, falls er die Wünsche des Parlaments gegenüber der Krone nicht durchsetzen könne oder wolle, »ihr Vertrauen versagen. . . . Will man das parlamentarische Regime durchsetzen, so soll man das auch offen der Krone gegenüber geltend machen und von den Rechten des Parlaments denjenigen Gebrauch machen, der geeignet ist, das erstrebte Ziel zu verwirklichen«. Nachdem Helfferich schließlich doch hatte gehen müssen und zum Vizekanzler der Fortschrittler v. Payer, zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums der Nationalliberale Friedberg ernannt worden war, erkannte das Corr.bl. zwar nüchtern, »daß wir noch recht weit vom Parlamentarismus entfernt sind«, meinte aber zugleich optimistisch, der Regierungswechsel im Reich und in Preußen könne zum Parlamentarismus führen, »wenn der Reichstag sich eine dauernde, ihrer Verantwortung bewußte Mehrheit schafft und seine Politik mit zäher Energie weiterführt«. Corr.bl. Nr. 45 v. 10. 11. 1917, S. 432, und Nr. 46 v. 17. 11. 1917, S. 433. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Kritik Winnigs daran, daß der SPD-Parteitag vom Oktober 1917 darauf verzichtete, sich ausdrücklich für die Mitwirkung der SPD bei der Bildung einer arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit mit einem Mindestprogramm auszusprechen; August Winnig, Station Würzburg, in: Die Glocke Nr. 30 v. 27. 10. 1917, S. 124; zur Zurückhaltung der SPD in der Parlamentarisierungsfrage s. Miller S. 321 ff.; zur Auseinandersetzung um die Parlamentarisierung anlässlich der Ernennung Hertlings zum Reichskanzler s. im übrigen die Dokumente in: IFA, I, S. 213 ff.; Bermbach, passim
- <sup>129</sup> ZBl. Nr. 22 v. 22. 10. 1917, S. 177
- <sup>130</sup> Arbeiter (München) Nr. 29 v. 19. 7. 1917. Zu Vorbehalten der christl. Gewerkschaften gegen den Parlamentarismus s. ferner A. Stegerwald, Arbeiterwähler und Zentrumsparlei, S. 18; s. auch die Ausführungen Stegerwalds auf einer vom Ausschuß des Dt. Arbeiterkongresses einberufenen Kundgebung am 26. 5. 1918 in Essen, abgedr. ZBl Nr. 12 v. 3. 6. 1918, S. 94; auch ebda. Nr. 13 v. 17. 6. 1918, S. 101; Wilhelm Hasbach, Vom parlamentarischen Regierungssystem, in: DA 2 (1917), S. 385 ff.; ders., Wie ist die parlamentarische Regierung zu bewerten? ebda. S. 433 ff.; Richard Berger, Die Neugestaltung der Reichsverfassung, in: Glaube und Arbeit 1

- (1917), S. 380ff.; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 68f. Zu den Forderungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine s. die Resolution des Kongresses freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände vom 28./30. 4. 1918 in Berlin, abgedr. in: Gewerkverein Nr. 31/32 v. 4. 5. 1918, S. 63; s. auch ebda. Nr. 35/36 v. 1. 6. 1918, S. 71 und Nr. 41/42 v. 13. 7. 1918, S. 84
- <sup>131</sup> Den »Berliner Tiergartenfreisinn« definierte Stegerwald als »den unsympathischen Typ schnell reich gewordener, meist jüdischer Emporkömmlinge« (Stegerwald, Arbeiterwähler und Zentrumsparlei, S. 23 Anm.). Die christlichen Gewerkschaften forderten daher »Sicherungsbarrikaden« gegen eine »willkürliche Parlamentsherrschaft« in Gestalt weiterbestehender Prärogativen von Regierung und Krone sowie eines in der Verfassung verankerten Minderheitenschutzes, insbesondere einer Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen (ebd. S. 20ff).
- <sup>132</sup> Arthur Rosenberg, Die Entstehung der Weimarer Republik, S. 109
- <sup>133</sup> BAV, Prot. VT 1918, S. 233
- <sup>134</sup> vgl. Miller S. 253
- <sup>135</sup> vgl. unten S. 548ff. und 561ff.
- <sup>136</sup> abgedr. in: DMV, Prot. VT 1917, S. 99; vgl. auch Richter S. 176ff.; auch zum folgenden
- <sup>137</sup> s. den Berliner Antrag a. a. O. S. 11
- <sup>138</sup> s. ebda. sowie die Anträge aus Nowawes-Potsdam, Halle und Remscheid ebda. S. 11f.; ferner die Resolution der Opposition ebda. S. 98f. und die Kritik Richard Müllers ebda. S. 77ff.
- <sup>139</sup> s. den Antrag Berlin ebda. S. 11
- <sup>140</sup> s. die Äußerungen Richard Müllers ebda. S. 78
- <sup>141</sup> Dißmann ebda. S. 98
- <sup>142</sup> Resolution der Opposition, ebda. S. 98
- <sup>143</sup> s. ebda. sowie die Bemerkungen Dißmanns ebda. S. 63f.
- <sup>144</sup> Liebmann ebda. S. 100
- <sup>145</sup> Resolution der Opposition, ebda. S. 98
- <sup>146</sup> Dißmann ebda. S. 66
- <sup>147</sup> Liebmann ebda. S. 101; s. auch die Bemerkungen des Leipziger Delegierten Polenz auf der GV des Malerverbandes 1919, Prot. S. 38
- <sup>148</sup> Resolutionsantrag der DMV-Verwaltungsstelle Berlin, a. a. O., S. 10; s. auch die Ausführungen Dißmanns ebda. S. 124
- <sup>149</sup> Dißmann ebda. S. 59
- <sup>150</sup> ebda.
- <sup>151</sup> ebda. S. 71; s. dazu Prot. SPD-PT 1910, S. 252
- <sup>152</sup> Dißmann, a. a. O., S. 124
- <sup>153</sup> Dißmann ebda. S. 59
- <sup>154</sup> s. die Ausführungen Dißmanns ebda. S. 58
- <sup>155</sup> In diesem Zusammenhang wurde Schlicke zum Rücktritt von seinem Posten im Kriegsamt aufgefordert; s. den Antrag der DMV-Zahlstelle Halle ebda. S. 12
- <sup>156</sup> s. die Ausführungen Dißmanns ebda. S. 126 und die Resolution der Opposition, ebda. S. 98f.
- <sup>157</sup> Sie erhob u. a. die Forderung, die wichtigsten Vorstandsmitglieder nicht mehr auf dem Verbandstag, sondern in Urwahlen zu bestimmen, und zwar lediglich für zwei Jahre, den Verbandsbeirat mehrheitlich aus werktätigen Mitgliedern zu bilden und dem Redakteur eine Pressekommission zur Seite zu stellen, die ausschließlich aus werktätigen Mitgliedern bestehen sollte; s. ebda. S. 15f. – Die Gothaer Fabrikarbeiter setzten sich dafür ein, die Bestätigung der Bezirksleiter durch den Hauptvorstand

abzuschaffen; s. FAV, Prot. VT 1917, S. 11 und 97. – Zum selben Zweck beantragten die Braunschweiger Fabrikarbeiter, Verbandsangestellten das passive Wahlrecht zum Verbandstag zu entziehen. Um der Gefahr einer materiellen Korruption des Vorstandes vorzubeugen, sprachen sie sich außerdem dafür aus, das Gehalt der Vorstandsmitglieder auf die Höhe des Lohnes der bestbezahlten Verbandsmitglieder zu begrenzen; s. ebda. S. 11. Ähnliche Anträge wurden im Bauarbeiterverband gestellt; s. BAV, Prot. VT 1918, S. 130 und 265

<sup>158</sup> s. hierzu unten S. 515 ff.

<sup>159</sup> s. die Bemerkungen des Hamburger Delegierten Paul Dittmann a. a. O. S. 91 und des Düsseldorfer Delegierten Krämer, ebda. S. 109, sowie Dißmanns ebda. S. 68. – Die Düsseldorfer Zahlstelle des Bäckerverbandes stellte in einem Antrag an den Verbandstag 1918 ebenfalls fest, daß »weite Kreise der Mitglieder das Vertrauen zu ihren Führern verloren haben« (Zentralverb. der Bäcker, Prot. VT 1918, S. 73). Nach der Überzeugung der Königsberger Mitglieder derselben Gewerkschaft beruhten die Beschlüsse der Gewerkschaftsinstanzen seit Kriegsausbruch »nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder, sondern entspringen durchweg dem autokratischen Machtbewußtsein dieser Instanzen«. Ebda. S. 74

<sup>160</sup> s. die Ausführungen Dißmanns im Namen der oppositionellen Delegierten, a. a. O. S. 68; s. auch ebda. S. 126

<sup>161</sup> s. die Anträge der DMV-Verwaltungsstellen Berlin, Stettin und Opladen, ebd. S. 10 ff.; außerdem die Ausführungen Dißmanns ebda. S. 68 f. und 125 f.

<sup>162</sup> ebda. S. 111; s. auch die Bemerkungen Dißmanns ebda. S. 90 und die Ausführungen Krämers ebda. S. 109. Namentlich Josef Simon setzt sich darüber hinaus während der ganzen Kriegszeit für die Wiedervereinigung von SPD und USPD ein; s. Schwarz, Nürnberg, S. 235; s. auch Potthoff S. 70

<sup>163</sup> s. den Resolutionsvorschlag Meyers im Bericht über die gemeinsame Konferenz der »Arbeitsgemeinschaft und der Gruppe Internationale« vom 7. 1. 1917, in: Prot. über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6.–8. April 1917 in Gotha, Berlin 1921, Anhang S. 99; s. auch Aug. Ellinger, Der Kampf um die Gewerkschaften, in: Glocke 3 (1917/18), II, S. 219 ff.

<sup>164</sup> Ledebour auf dem Gründungsparteitag der USPD 1917; Prot. S. 79; zu den Angriffen auf die Gewerkschaftspolitik s. auch die Ausführungen Ledebours ebda. S. 51, Haases ebda. S. 12, Heckerts ebda. S. 66 und das von Kautsky verfaßte Manifest ebda. S. 79 f.; s. auch Eugen Prager, Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921, S. 143 ff.

<sup>165</sup> Zum »Allgemeinen Arbeiterverband«, der sich in Düsseldorf aus enttäuschten Gewerkschaftsmitgliedern und Resten älterer syndikalistischer Strömungen gebildet hatte und die Gründung einer oppositionellen Gewerkschaftsorganisation propagierte, s. Metzmaker, Novemberumsturz, a. a. O., S. 142 f.; zur Weigerung der USPD-Führung, diese Organisation zu unterstützen, s. den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den preuß. Innenminister v. 22. 8. 1917, abgedr. AF 4/II, S. 662, sowie das Schreiben des Schriftführers des Arbeiterverbandes, Wilhelm Kroll, an den USPD-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann, 18. 7. 1917, abgedr. AF 4/III, S. 1157 ff. Dank dieses Boykotts kam der »Arbeiterverband« bis Anfang 1918 nicht über 750 Mitglieder hinaus; s. den Bericht der Polizeiverwaltung Düsseldorf an den stellv. Generalstab, 14. 2. 1918; ebda. S. 1156. Zum Weiterleben des Syndikalismus und zum Verhältnis von Syndikalisten und USPD im Ruhrgebiet s. Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–23. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allge-

meinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim 1969.

In Stuttgart, dem stärksten Stützpunkt der Spartakusgruppe in Süddeutschland, postulierten die Unabhängigen Anfang 1918 gegen den Widerspruch der USPD-Führung die »politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation als notwendigen Rahmen der kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit« und beschlossen, die Gründung einer neuen »gewerkschaftlichen Kampforganisation« vorzubereiten, die in engstem Kontakt mit der Partei operieren sollte (s. Corr.bl. Nr. 10 v. 9. 3. 1918, S. 98). Zur erneuten Ablehnung einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation durch die USPD-Führung im März 1918 s. Nestriepke, II, S. 68.

In Bremen trennte sich 1917 eine Gruppe oppositioneller Mitglieder von den freien Gewerkschaften und trat als »Hemelinger Gewerkschaftskommission« in Erscheinung; s. deren Flugblatt an die Betriebsinhaber und -leiter der Hemelinger Betriebe vom 24. 7. 1917 sowie den Bericht des Stader Regierungspräsidenten an den preußischen Innenminister vom 4. 8. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 637 ff.; ferner den Bericht des Berliner Polizeipräsidiums vom 25. 3. 1917, abgedr. AF 4/II, S. 396. Im März 1918 sagten die Bremer Linksradikalen den Gewerkschaften den Kampf an; s. Helmut Gätsh, Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919–1933, Bremen 1969, S. 23

<sup>166</sup> s. die entsprechenden Resolutionen in: Mitt.bl. des Verb. der sozialdemokrat. Wahlvereine Berlins Nr. 18 v. 14. 1. 1917, das Rundschreiben Kürbs' von Anfang 1917, abgedr. ebda. Nr. 19 v. 21. 1. 1917, S. 7, die Ausführungen Kürbs' auf dem Gründungsparteitag der USPD, Prot. S. 24, und Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 121; s. auch Corr. bl. Nr. 17 v. 28. 4. 1917, S. 168

<sup>167</sup> s. die Bemerkungen Paul Dittmanns auf dem DMV-Verbandstag 1917, Prot. S. 90

<sup>168</sup> Etwa der Versuch Legiens, mit dem Hinweis auf die geringfügigen Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung, der Kriegsfürsorge, der Arbeitslosenfürsorge und des Arbeitsnachweises den Arbeitern einzureden, aufgrund der Gewerkschaftspolitik habe sich ihre ökonomische und soziale Lage auch während des Kriegs partiell verbessert (s. ebda. S. 81). Der Buchbinderverband wertete 1917 die Nominallohnerhöhungen als Indiz für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit und befand, die gewerkschaftliche Kriegspolitik habe sich »zu Nutz und Frommen der Arbeiterschaft bewährt« (Der Dt. Buchbinderverband 1917, S. 8). Paeplow erklärte auf dem Bauarbeiter-Verbandstag 1918, »daß es den Arbeitern verhältnismäßig gut geht, ... verdanken wir ... der Tätigkeit der Gewerkschaftsführer und der Tätigkeit vernünftiger Realpolitiker der sozialdemokratischen Partei«. Prot. S. 148

<sup>169</sup> Reichel auf dem DMV-VT 1917, Prot. S. 94; s. auch die Ausführungen Legiens ebda. S. 81 ff. – Paeplow bezeichnete auf dem VT des BAV im März 1918 die Politik des 4. August lapidar als »die einzig vernünftige« (Prot. S. 144) und erklärte es im Namen des Verbandsvorstandes für »unmöglich, daß zur Zeit eine andere Politik getrieben werden kann« (ebda. S. 147).

<sup>170</sup> s. Beschlüsse von Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 60; Corr.bl. Nr. 31 v. 4. 8. 1917, S. 302. – Auch solchen Gewerkschaftsführern, die das Mannheimer Abkommen nicht als formale Begründung für das Bündnis zwischen Gewerkschaften und SPD bemühten, sondern betonten, die Gewerkschaften dürften ihren Mitgliedern weder ein politisches noch ein religiöses Glaubensbekenntnis abverlangen, erschien es als »selbstverständlich, daß die Übereinstimmung in den politischen Grundauffassungen die Gewerkschaften immer wieder praktisch an die Seite der Sozialdemokratie führen« werde (Heinrich Schneider, der Redakteur des Fabrikarbeiter-Verbandes, auf dem Verbandstag dieser Gewerkschaft im Dezember

- 1917 in Hannover, Prot. S. 45). Der Redakteur des BAV hielt daher eine Neutralität gegenüber den Unabhängigen für ausgeschlossen (s. Corr.bl. Nr. 13 v. 30. 3. 1918, S. 122; s. auch Aug. Ellinger, Die Neutralität der Gewerkschaften, in: NZ 36 [1917/18], II, S. 145 ff., und den Bericht der Redaktion des »Grundstein« an den VT des BAV 1918, Prot. S. 38 f., und die mündliche Rechtfertigung Ellingers ebda. S. 168 ff.).
- <sup>171</sup> DMV, Prot. VT 1917, S. 53
- <sup>172</sup> ebda. S. 85
- <sup>173</sup> s. Corr.bl. Nr. 16 v. 20. 4. 1918, S. 139 ff. und Nr. 4 v. 27. 1. 1917, S. 40; die Holzarbeiterzeitung bezeichnete die Opposition als »Maulwürfe«; zit. ebda.
- <sup>174</sup> Corr.bl. Nr. 16 v. 20. 4. 1918, S. 142. – Der 2. DMV-Vorsitzende erklärte auf dem Metallarbeiterkongreß 1917, die Politik der Opposition sei »nach Überzeugung des Vorstandes . . . geeignet, das Sektenwesen zu fördern und . . . den Keim der Spaltung zu legen«; Prot. S. 94; s. auch die Bemerkungen Schlickes ebda. S. 40 und des Duisburger DMV-Geschäftsführers Kremers ebda. S. 107
- <sup>175</sup> ebda. S. 126
- <sup>176</sup> ebda. S. 82; zur Benutzung des sozialdemokratischen Disziplinbegriffs in der innerparteilichen Auseinandersetzung s. Miller, Burgfriede, S. 155
- <sup>177</sup> s. z. B. den Aufruf des Zimmererverbandes in Corr.bl. Nr. 19 v. 12. 5. 1917, S. 191
- <sup>178</sup> Corr.bl. Nr. 43 v. 27. 10. 1917, S. 407. – Zur gleichen Zeit bemerkte der Vertreter der Generalkommission am Rande der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, »bei den nächsten Wahlen müsse diese Bewegung verschwinden, wenn nicht anders, durch ein Kartell der Partei mit Fortschrittlern, Zentrumsleuten und linksstehenden Nationalliberalen«; Agentenbericht über die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern vom 2.–4. 10. 1917, 5. 10. 1917, abgedr. AF 4/II, S. 745. – Drei Monate später setzte Kloth einem Vorschlag, beide sozialistischen Parteien sollten bei den nächsten Reichstagswahlen zusammengehen, ein »entschiedenes Nein« entgegen und warnte vor einer verfrühten, künstlich herbeigeführten Wiedervereinigung beider Parteien; Emil Kloth, Zur Wiedervereinigung, in: NZ 36 (1917/18), I, S. 377; vgl. auch Aug. Winnig, Der Ruf nach Parteieinheit, in: Die Glocke 3 (1917/18), I, S. 845
- <sup>179</sup> Corr.bl. Nr. 15 v. 13. 4. 1918, S. 138
- <sup>180</sup> Cohen ebda. Nr. 16 v. 20. 4. 1918, S. 148 ff.; zu ähnlichen Vorwürfen gegen Karl Kürbs, der Anfang 1917 Kontakte zwischen den einzelnen Oppositionsgruppen zu knüpfen versucht hatte, s. Corr.bl. Nr. 4 v. 27. 1. 1917, S. 40. Den Verbandsorganen der Handlungsgehilfen und Kürschner, welche neben der Schuhmacherzeitung als einzige Gewerkschaftsblätter den Standpunkt der Opposition vertraten, sprach das Corr.bl. verächtlich jede gewerkschaftliche Bedeutung ab (Corr.bl. Nr. 6 v. 10. 2. 1917, S. 194; zu seinen Angriffen auf die Schuhmacherzeitungen. Corr.bl. 20 v. 18. 5. 1918, S. 194).
- <sup>181</sup> Ellinger auf dem VT des BAV 1918, Prot. S. 169
- <sup>182</sup> Hartwig-Hamburg ebda. S. 189
- <sup>183</sup> s. die Ausführungen Paepfolds ebda. S. 149
- <sup>184</sup> ebda. S. 188. – Im Buchbinderverband verwies Kloth Mitglieder, die sich über seine sozialchauvinistische Schreibweise beschwerten, an den nächsten Verbandstag oder an den Verbandsausschuß, über dessen Voten er sich freilich hinwegsetzte, wenn sie ihm nicht paßten; Beschwerden aus Mitgliederkreisen über seine Artikel im Verbandsorgan abzudrucken, lehnte er ab; s. Buchbinderverband, Prot. VT 1919, S. 45 ff. und 112 ff.
- <sup>185</sup> s. z. B. den in Corr.bl. Nr. 4 v. 27. 1. 1917, S. 40 zit. Aufsatz aus der Holzarbeiterzeitung
- <sup>186</sup> s. die Mitteilungen des DEV-Vorsitzenden Brunner auf dem Gew.kg. 1919, Prot.

- S. 375. – Zu Karsten s. auch Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 52; zu den Methoden, mit denen die SPD gegen ihn vorging, ebda. S. 55 f.
- <sup>187</sup> Das markanteste Beispiel ist die Einberufung Richard Müllers unmittelbar vor den Aprilstreiks 1917; vgl. auch oben S. 294 f.; s. auch die Mitteilungen der Leipziger Delegierten Berta Thiel auf dem Verbandstag des Buchbinderverbandes 1919, Prot. S. 127, sowie die Belege in: Arbeiterführer als Verräter, S. 5
- <sup>188</sup> s. die Bemerkungen Legiens zum Reklamationsersuchen des 1918 neu gewählten oppositionellen Vorsitzenden des Kürschnerverbandes auf dem Gewerkschaftskongreß 1919, Prot. S. 321
- <sup>189</sup> s. oben S. 448 und 472; zu den Wirkungen der Verhaftungen und Einberufungen nach dem Streik anläßlich des Liebknecht-Prozesses s. Retzlaw S. 47
- <sup>190</sup> Der Berliner DMV-Verwaltungsstelle wurde wiederholt die Abhaltung einer Generalversammlung untersagt, die voraussichtlich zur Wahl eines oppositionellen Vorstandes geführt hätte; s. Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 88. Zur Verhinderung eines außerordentlichen DMV-Verbandstages, der mit dem Sturz des Verbandsvorsitzenden hätte enden können, s. unten Anm. 216
- <sup>191</sup> s. oben S. 284 ff. und 445
- <sup>192</sup> Resolution einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung in Friedrichshagen, auf der Ad. Cohen über das Hilfsdienstgesetz referierte; abgedr. in: Mitt.bl. des Verb. der sozialdem. Wahlvereine Berlins Nr. 18 v. 14. 1. 1917, S. 10f. Ähnliche Beschlüsse hatten die Berliner Metall- und Holzarbeiter sowie die Schuhmacher schon im Dezember 1916 verabschiedet; s. Corr.bl. Nr. 1 v. 7. 1. 1917, S. 9. Die Berliner Hutmacher beschlossen das gleiche im Januar 1917. Die Berliner Eisen- und Revolverdreher bekräftigten die Ablehnung im Januar 1917 und sprachen allen Arbeiterabgeordneten, die im Reichstag für das Gesetz gestimmt hatten, ihr Vertrauen ab. Außerdem erhoben sie »schärfsten Protest« gegen das Schreiben der Generalkommission an den Reichskanzler anläßlich der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes durch die Entente; s. Mitt.bl. des Verb. der sozialdem. Wahlvereine Berlins Nr. 22 v. 11. 2. 1917, S. 11. Eine gleiche Resolution verabschiedete die Branchenversammlung der Maschinen-, Motor- und Autoschlosser am 4. 2. 1917; s. ebda. Nr. 23 v. 18. 2. 1917, S. 11. Die Holzarbeiter der Berliner Flugzeugindustrie wiederholten die Verurteilung des Hilfsdienstgesetzes am 18. 2. 1917, s. ebda. Nr. 24 v. 25. 2. 1917, S. 7
- <sup>193</sup> s. ebda. Nr. 23 v. 18. 2. 1917, S. 11
- <sup>194</sup> Die Resolution ist abgedr. ebda. Nr. 25 v. 4. 3. 1917, S. 11; s. auch BAV, Jb. 1917, S. 97, sowie den Mißbilligungsantrag der Berliner Zahlstelle des BAV gegen den Verbandsvorstand und die Generalkommission an den VT des BAV 1918; abgedr. Corr.bl. Nr. 16 v. 20. 4. 1918, S. 151 f.
- <sup>195</sup> Gew.komm. Berlin, Jber. 1917, S. 17; s. auch dass. 1918, S. 156 und Mitt.bl. des Verb. der sozialdem. Wahlvereine Berlins Nr. 36 v. 2. 12. 1917; vgl. dazu Klaus Mammach, Das erste Echo der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der deutschen Arbeiterklasse im November 1917, in: ZfG 5 (1957), S. 1032 f.
- <sup>196</sup> s. oben S. 452 ff.
- <sup>197</sup> s. die Resolutionen der Mitgliederversammlung des Zweigvereins Berlin des BAV v. 13. 1. 1918; abgedr. BAV, Prot. VT 1918, S. 172 f.
- <sup>198</sup> s. Zentralverband der Fleischer, GBer. 1913–19, S. 65
- <sup>199</sup> s. Zentralverband der Bäcker, Prot. VT 1918, S. 78
- <sup>200</sup> s. Corr.bl. Nr. 46 v. 16. 11. 1918, S. 421, und Nr. 18 v. 4. 5. 1918, S. 176
- <sup>201</sup> TAV, Bezirk Groß-Berlin, Jber. der Bezirksverwaltung 1918, S. 9
- <sup>202</sup> s. Gew. komm. Berlin, Jber. 1918, S. 27



- <sup>203</sup> s. Miller, Burgfriede, S. 380f.; vgl. im übrigen unten S. 572f.
- <sup>204</sup> Zu den Vorgängen in Leipzig s. den Bericht des Leipziger Kartellvorsitzenden Lütlich in Corr.bl. Nr. 37 v. 15. 9. 1917, S. 354f., und Nr. 46 v. 17. 11. 1917, S. 429ff.; Richter S. 115f.; Gorski S. 92ff. Die Absplittlerbewegung in Leipzig war zahlenmäßig so bedeutend und wegen der führenden Rolle der Leipziger Metallarbeiter in der Opposition innerhalb des DMV politisch so brisant, daß die Generalkommission auf Anraten des DMV-Vorstandes von Disziplinierungsmaßnahmen absah und sich um eine Verständigung bemühte. Ihre Bemühungen führten aber nicht weiter, als daß die ausgeschiedenen Zahlstellen zwar von der Bildung eines Separatkartells abließen, mit Ausnahme der Schneider dem alten Kartell aber fernblieben, bis im April 1919 die Opposition im Kartell die Mehrheit erlangte und den bisherigen Arbeitersekretär, einen entschiedenen Parteigänger der SPD, entließ; s. Corr.bl. Nr. 48 v. 1. 12. 1917, S. 451f., Nr. 1 v. 5. 1. 1918, S. 10f., Nr. 14 v. 6. 4. 1918, S. 129f. und Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–1919, S. 122f.
- <sup>205</sup> Das bis dahin mit dem Dresdner verbundene Mügeln Kartell schloß sich daraufhin dem der USPD nahestehenden Pirnaer Gewerkschaftskartell an; s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 123f., und Corr.bl. Nr. 8 v. 23. 2. 1918, S. 80ff.
- <sup>206</sup> Im März 1917 beschloß die Kartellversammlung mit 54 : 19 Stimmen bei 20 Enthaltungen die Entlassung der beiden Arbeitersekretäre aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur SPD. Die Generalkommission richtete daraufhin auf eigene Kosten ein neues Arbeitersekretariat in Braunschweig ein. Erst nach Kriegsende kam eine Einigung zustande, derzufolge im Dezember 1918 beide Arbeitersekretariate zusammengelegt wurden; s. Corr.bl. Nr. 34 v. 25. 8. 1917, S. 324ff., und Nr. 39 v. 29. 9. 1917, S. 371f.; Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 122 und 126f.
- <sup>207</sup> s. den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 25. 3. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 392ff.; zum Vordringen der Opposition unter den Hamburger Werftarbeitern s. Ullrich S. 460ff.
- <sup>208</sup> s. den Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 25. 3. 1917, a. a. O.
- <sup>209</sup> Demnach standen 1917 im DMV außer Berlin, Leipzig und Braunschweig die Zahlstellen Nowawes-Potsdam, Halle und Remscheid im Lager der Opposition (s. DMV, Prot. VT 1917, S. 10ff.), im Fabrikarbeiterverband Berlin, Braunschweig, Halle, Gotha, Mügeln und Essen (s. FAV, Prot. VT 1917, S. 7ff. und 46ff.), im Bauarbeiterverband Berlin, Leipzig, Langelsheim, Sebnitz, Pirna sowie Teile der Mitgliedschaft in Hamburg, Chemnitz, Düsseldorf, Duisburg, Schwabach und Königsberg (s. BAV, Prot. VT 1918, S. 129f., 172f., 186 und 191f.), im Bäckerverband die Ortsverwaltungen Berlin, Bremen, Dresden, Zeitz, Düsseldorf, Stuttgart und Königsberg (s. Bäckerverband, Prot. VT 1918, S. 73ff.), im Holzarbeiterverband die Zahlstellen Duisburg und Bremen (s. Corr. bl. Nr. 33 v. 17. 8. 1918, S. 308). Unter den Bergarbeitern rührte sich die Opposition im Ruhrgebiet und im sächsischen Bergbaurevier; s. Walther/Engelmann, I, S. 230; Metzmaker, Novemberumsturz, a. a. O. S. 144
- <sup>210</sup> s. Mitt.bl. der sozialdem. Wahlvereine Berlins Nr. 23 v. 18. 2. 1917, S. 8f. – In der Königsberger Ortsgruppe des Bauarbeiterverbandes ging die Opposition gegen die Verbandsführung vor allem von Maurern aus, die aus Berlin stammten; s. BAV, Jb. 1916, S. 89. In Chemnitz war der Geschäftsführer der Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes, Fritz Heckert, »die Seele« der oppositionellen Bewegung (Bericht des Polizeiamtes Chemnitz, Polit. Abteilung, vom 25. 8. 1918; MA, RMA, F 5474, Ef 933, Bl. 139; s. auch den Bericht derselben Stelle an alle dem Nachrichtenaustausch angeschlossenen Stellen vom 12. 9. 1918; abgedr. AF 4/IV, S. 1558). Heckert war es in

- erster Linie zuzuschreiben, daß der Einfluß der Gewerkschaftsführer in Chemnitz zurückging; der entschiedenen Gegenagitation insbesondere Noskes gelang es jedoch bis Kriegsende, die Mehrheit der Chemnitzer Arbeiter bei der SPD zu halten; s. ebda.
- <sup>211</sup> s. z. B. für Hagen Lambers S. 24 f.; für Elberfeld und Barmen Hans-Ulrich Knies, Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal. Entwicklung und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Elberfeld und Barmen, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 86 ff.
- <sup>212</sup> In den wenigen Fällen, in denen der Verbandsvorstand zu den Gegnern der Politik der Generalkommission gehörte, gilt das Umgekehrte.
- <sup>213</sup> Die meisten Bezirke waren überwiegend durch hauptamtliche Funktionäre vertreten, Oberschlesien sogar ausschließlich; nur Berlin hatte ausnahmslos Vertrauensleute aus den Betrieben entsandt.
- <sup>214</sup> s. die Teilnehmerliste im Prot. des DMV-Verbandstages 1917, S. 3 ff.
- <sup>215</sup> In regionaler Hinsicht bestätigte sich hierbei, daß die Schwerpunkte der Opposition in den Zentren der Rüstungsindustrie lagen. Außer aus den schon oben genannten Orten stimmten Delegierte aus Jena, Magdeburg, Hamburg, Bremen, Kiel und Stettin, Düsseldorf, Essen, Solingen und Barmen für die Resolution der Opposition; das Rhein-Main-Gebiet war durch Frankfurt und Mannheim, Süddeutschland durch Schweinfurt vertreten; s. das Resultat der namentlichen Abstimmung, Prot. des DMV-Verbandstages 1917, S. 138. Zur Opposition im DMV s. jetzt auch Morgan S. 55 ff.
- <sup>216</sup> Den Berliner Metallarbeitern untersagten die Militärbehörden wiederholt jegliche Werbung für die Abhaltung eines außerordentlichen DMV-Verbandstages, der möglicherweise einen Wechsel in der Führung dieser größten deutschen Gewerkschaft nach sich gezogen hätte; s. Richard Müller, Vom Kaiserreich zur Republik, S. 88; Deist II, S. 1202 Anm. 2, sowie die Anfrage Ledebours und die Antwort Wrisbergs in der Reichstagsitzung vom 20. 7. 1917, Sten. Ber. Bd. 310, S. 3602, sowie die neuerliche Anfrage Ledebours und Antwort Wrisbergs in der Reichstagsitzung vom 19. 2. 1918, Sten. Ber. Bd. 311, S. 3991 f.
- Der DMV-Beirat selbst lehnte im Januar 1918 die Einberufung eines außerordentlichen VT gegen drei Stimmen ab; s. Corr.bl. Nr. 8 v. 23. 2. 1918, S. 79. Im Frühjahr 1918 ersuchten die Kriegsminister aller Bundesstaaten die Militärbehörden, eine hierauf abzielende Agitation in den DMV-Ortsgruppen nicht zuzulassen, ebenso wenig örtliche Generalversammlungen, auf denen die Delegierten für den Verbandstag zu wählen waren; s. das Schreiben des preuß. Kriegsministers an die Militärbefehlshaber vom 21. 3. 1918, zit. bei Deist II, S. 1203 Anm. 3, die Verfügung des Oberkommandos in den Marken an den Berliner Polizeipräsidenten vom 9. 3. 1918, abgedr. ebda., S. 1202 f., sowie das Schreiben des stellv. Gen.kdos XIX. AK an die Kriegsamtssstelle Leipzig vom 16. 4. 1918, abgedr. in: Arbeiterführer als Verräter, S. 4. In Leipzig wurden 1918 sogar nichtöffentliche Versammlungen des DMV nicht mehr erlaubt; s. den Bericht des stellv. Gen.kdo. XIX. AK an das Sächsische Kriegsministerium v. 10. 9. 1918; GLA Karlsruhe, 233/39398
- <sup>217</sup> Der Redakteur des Kürschnerverbandes, Regge, vertrat im Verbandsorgan die Linie der Opposition, während der übrige Vorstand die Politik der Generalkommission unterstützte. Ihre Differenzen wurden so groß, daß Regge Ende 1917 von seinem Posten zurücktrat. Der Verbandstag stellte sich im Februar 1918 hinter Regge, als er mit 13 : 6 Stimmen einen Antrag der Berliner Filiale annahm, der die Kriegspolitik der Generalkommission und der Gewerkschaftsinstanzen nachdrücklich verwarf. Der Verbandsvorsitzende Oelsner trat daraufhin zurück. Da sich aber kein anderer

- Kandidat für den Vorsitz fand, wurde die Stelle ausgeschrieben und Oelsner er-  
sucht, einstweilen auf seinem Posten zu bleiben, was er nur zusagte unter der Be-  
dingung, sich durch den soeben gefaßten Beschluß in seiner Arbeit nicht behindern  
lassen zu müssen. Da der Verbandstag hiergegen keine Einwände erhob, änderte  
sich an der Politik dieses Verbandes praktisch nichts; s. Corr.bl. Nr. 47 v. 24. 11.  
1917, S. 543; Nr. 2 v. 12. 1. 1918, S. 22; Nr. 12 v. 23. 3. 1918, S. 110ff.; Nr. 18 v.  
4. 5. 1918, S. 174; Nr. 26 v. 29. 6. 1918, S. 241; zur Kritik der Generalkommission  
an der Redaktionsführung des »Kürschner« s. den Beitrag Adolf Cohens ebda. Nr.  
16 v. 20. 4. 1918, S. 148ff.; s. auch Rechenschaftsbericht der Generalkommission  
1914–19, S. 124. Im Glasarbeiterverband mißbilligte eine Konferenz von Vorstand,  
Ausschuß und Gauleitern des Glasarbeiterverbandes im Januar 1918 die Haltung  
der Generalkommission in der Ernährungsfrage, gegenüber dem Hilfsdienstgesetz  
und in der Frage des Koalitionsrechts und warf ihr vor, »nicht konsequent und  
energisch genug« die Interessen der Arbeiterschaft vertreten zu haben; s. Corr.bl.  
Nr. 8 v. 23. 2. 1918, S. 80. Der VT des Bäckerverbandes vom Mai 1918 nahm einen  
von der Opposition vorgelegten Antrag an, der eine indirekte Mißbilligung der Ge-  
neralkommission enthielt, insbesondere an ihrer einseitigen Bindung an die SPD; s.  
Prot. S. 96; s. auch Corr.bl. Nr. 22 v. 1. 6. 1918, S. 210; Nestriepke II, S. 87
- <sup>218</sup> Auf dem VT des FAV im Dezember 1917 stimmten von 91 Anwesenden, von de-  
nen 35 % Verbandsangestellte waren, lediglich 6 für die Resolution der Opposition;  
s. Prot. S. 59 und 100; s. auch Corr.bl. Nr. 1 v. 5. 1. 1918, S. 12. Für die folgenden  
Verbände berichtete das Corr.bl. von oppositionellen Anträgen, ohne jedoch Stim-  
menverhältnisse von Abstimmungsergebnissen mitzuteilen, aus denen sich Rück-  
schlüsse auf die Stärke der Opposition ziehen ließen: Bauarbeiterverband ebda. Nr.  
16 v. 20. 4. 1918, S. 151f.; Verband der Büroangestellten ebda. Nr. 48 v. 30. 11.  
1918, S. 447; Buchdruckerverband ebda. Nr. 30 v. 27. 7. 1918, S. 284; Verband der  
Buchdruckereihilfsarbeiter ebda. Nr. 27 v. 6. 7. 1918, S. 255; Schneiderverband  
ebda. Nr. 46 v. 16. 11. 1917, S. 421f.; Steinarbeiterverband ebda. Nr. 44 v. 2. 11.  
1918, S. 405; Tapeziererverband ebda. Nr. 18 v. 4. 5. 1918, S. 176
- Auf dem VT der Schuhmacher im Juli 1918 übten vor allem die Bezirksleiter Kritik  
an den Sympathien des Verbandsorgans für die USPD, drangen aber mit ihren Ta-  
delsanträgen gegen die Redaktion nicht durch; s. Corr.bl. Nr. 29 v. 20. 7. 1918,  
S. 277; Nestriepke, Gewerkschaftsbewegung, II, S. 85
- <sup>219</sup> Bericht der sächsischen Gesandtschaft in Berlin an das sächs. Ministerium der  
Ausw. Angelegenheiten, 6. 7. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 580
- <sup>220</sup> s. Schwarz, Nürnberg, S. 152 und 169
- <sup>221</sup> s. den Bericht des stellv. Gen.kdo IV. AK an den OP der Provinz Sachsen, Mitte  
Juli 1917, über die erfolgreiche Agitation der USPD in den Bezirken Halle, Mans-  
feld, Merseburg-Querfurt, Zeitz, Torgau-Lichtenwerda, Wittenberg-Schweinitz,  
Sangershausen-Eckartsberga und Eilenburg; abgedr. AF 4/II, S. 610; ferner den  
Bericht des RP Merseburg an das stellv. Gen.kdo IV. AK vom 23. 1. 1918 über die  
Vorherrschaft der USPD unter der Leipziger Arbeiterschaft; abgedr. ebda. Bd. III,  
S. 951
- <sup>222</sup> Bericht der Presseabt. des stellv. Gen.kdo XIX. AK v. 6. 9. 1918; abgedr. ebda.  
Bd. IV, S. 1539f. – In Chemnitz gelang es dem Bevollmächtigten der DMV-Zahl-  
stelle Ende Juli 1918 im Verein mit dem Redakteur der »Volksstimme« nur mit  
größter Mühe, die Vertrauensleute der Metallarbeiter von einem mehrtägigen De-  
monstrationsstreik gegen die Ernährungsschwierigkeiten abzuhalten; s. den Be-  
richt des Polizeiamtes Chemnitz, Polit. Abt., v. 25. 8. 1918; MA, RMA, F 5474/Ef  
933, Bl. 139f.

- <sup>223</sup> s. das Schreiben Vogelsangs an die Polizeidirektion Gelsenkirchen, 5. 2. 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1109 f., sowie den Zeitungsbericht des RP Arnberg an Wilhelm II., 27. 4. 1918, ebda. S. 1321
- <sup>224</sup> Bericht des RP Arnberg an den preuß. Innenminister, 16. 10. 1918; ebda. S. 1619 f.; zum steigenden Einfluß der USPD unter den freien Gewerkschaften des Ruhrgebiets s. die Hinweise bei Knies und Steinisch in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 89 bzw. 164
- <sup>225</sup> Antrag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in der Vorständekonferenz vom 1. 2. 1918; Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 82 f.; abgedr. auch: Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 124
- <sup>226</sup> s. SPD-RT-Fraktion, II, S. 349
- <sup>227</sup> zit. ebda. Anm. 2
- <sup>228</sup> vgl. die Äußerungen Liebmanns zur Militarisierung von Rüstungsbetrieben, oben S. 506, und die entsprechenden Urteile von militärischer Seite, oben S. 464 ff.
- <sup>229</sup> Da die Möglichkeiten der innergewerkschaftlichen Meinungsbildung während des Krieges eingeschränkt blieben und sich die neu eingetretenen Mitglieder vermutlich mit politischen Äußerungen zunächst zurückhielten, sind die Homogenität oder Heterogenität und die Gewichtung der einzelnen Motive des Mitgliederzulaufs zu den Gewerkschaften schwer zu klären. Allenfalls Untersuchungen über die Vorgänge in einzelnen Verbänden und Regionen könnten hierüber weiteren Aufschluß liefern.
- <sup>230</sup> Bericht des sächsischen Innenministers an den sächs. Minister des Äußeren, 17. 4. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 448
- <sup>231</sup> s. den Bericht der Polizeiverwaltung Düsseldorf an das stellv. Gen.kdo VII. AK, 1. 3. 1917, ebda. S. 379
- <sup>232</sup> zit. bei Schwarz, Nürnberg, S. 153; gleiches gilt für die Position der Gewerkschaftsführer unter den Kieler Werftarbeitern; s. Ullrich S. 384
- <sup>233</sup> IK Nr. 34 v. 9. 8. 1917, S. 260
- <sup>234</sup> Schreiben der Bayer. Gesandtschaft in Berlin an den Reichskanzler, 6. 9. 1918; abgedr. AF 4/IV, S. 1541; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 258

### *15. Kapitel*

- <sup>1</sup> Denkschrift Bauers »Zur gegenwärtigen Lage«, Januar 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 215
- <sup>2</sup> Hertling an Bethmann Hollweg, 28. 3. 1915; GStAM, MA I 961; abgedr. in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, Teil 2, S. 970
- <sup>3</sup> Bericht Gayls an Valentini über einen Vortrag Hugenbergs über die Kriegsziele des CDI am 12. 5. 1915; abgedr. bei Boelcke (Hrsg.), Krupp und die Hohenzollern, S. 245; s. auch Leopold, Hugenberg, S. 7; ähnlich Dietrich Schäfer in einer Eingabe an Wilhelm II. zum U-Boot-Krieg v. 18. 3. 1916, abgedr. in: Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden, Vorbilder zur Organisation. Als Handschrift gedruckt, o. O., o. J., sowie die Eingabe bayerischer Industrieller, Politiker und Professoren an Ludwig III. von Bayern v. 5. 8. 1916, abgedr. in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, Teil 2, S. 665
- <sup>4</sup> Elard von Oldenburg-Januschau auf dem westpreußischen Provinzialverbandstag des BdL am 5. 1. 1918; zit. nach der Dt. Tageszeitung v. 7. 1. 1918, abgedr. in: SPC Nr. 2 v. 1. 2. 1919, S. 49

- <sup>5</sup> Graf York gab die Abhängigkeit ihrer innenpolitischen Konzessionsbereitschaft von den Aussichten auf einen militärischen Sieg freimütig zu, als er gegenüber dem Kasseler Oberbürgermeister und Herrenhausmitglied Erich Koch-Weser, der ihm vorwarf, man hätte die Wahlrechtsreform im Frühjahr 1918 durchführen müssen, Ende September 1918 einräumte: »Das erkenne er als richtig an, aber er habe sich damals auf die militärischen Autoritäten verlassen und glauben dürfen, daß die Sache so gehen werde. Wenn die sich so versehen hätten, so sei das für ihn keine Schande.« Tagebuch-Notiz Koch-Wesers v. 28. 9. 1918 über ein Gespräch mit Graf York; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 65 f.
- <sup>6</sup> Denkschrift Drews' für Wilhelm II., Anfang Februar 1918; abgedr. AF 4/III, S. 1057
- <sup>7</sup> s. Bürgerl. Parteien I, S. 620ff.; Flemming S. 136ff.; Stegmann, Die Erben Bismarcks, S. 497ff. Zur Begrüßung und Unterstützung der Vaterlandspartei durch die Schwerindustrie s. auch das Protokoll der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 24. 9. 1917; BA, R 13 I/152
- <sup>8</sup> Mitt. der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 1 v. 1. 12. 1917, S. 1. – Auf ihrem 2. Parteitag vom April 1918 nahm die Vaterlandspartei in ihre Satzung die Behauptung auf: »Die Deutsche Vaterlandspartei befaßt sich nicht mit Fragen der inneren Politik.« S. ebda. Nr. 12 v. 29. 4. 1918, S. 8
- <sup>9</sup> zit. bei Stegmann S. 500; s. auch Claß, Zum deutschen Kriegsziel, S. 28
- <sup>10</sup> Max Weber, Vaterland und Vaterlandspartei, in: Münchener Neueste Nachrichten vom 20. 9. 1917; wieder abgedr. in: Max Weber, Gesammelte Politische Schriften, 2., erw. Aufl., neu hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1958, S. 218; ähnlich Frankfurter Zeitung v. 13. 9. 1917
- <sup>11</sup> Aus einer Denkschrift des Direktors der Preußischen Bodencredit-AG, v. Klitzing, vom Juli 1917; zit. bei Stegmann S. 498
- <sup>12</sup> Aus derselben Denkschrift zit. ebda. S. 499. Hugenberg sah in der Vaterlandspartei die »letzte Hoffnung«, um diese Ziele zu erreichen; denn »wenn die versagt, ist es vorbei« (Hugenberg an Claß, 16. 9. 1917, zit. ebda. S. 504).
- <sup>13</sup> Kapp in der Vorstandssitzung der Vaterlandspartei vom 1. 9. 1918 in Berlin; zit. nach dem Bericht in: Mitt. der Deutschen Vaterlandspartei, Nr. 29 v. 7. 9. 1918, S. 2; ähnlich DW Nr. 14 v. 8. 4. 1917, S. 106ff., Nr. 17 v. 29. 4. 1917, S. 131, Nr. 42 v. 21. 10. 1917, S. 330, Nr. 28 v. 15. 2. 1918, S. 51 und Nr. 19 v. 12. 5. 1918, S. 146ff.; Der Arbeiter (Berlin) Nr. 9 v. 6. 5. 1917; Nr. 12 v. 16. 6. 1918; Arbeiterbewegung Nr. 1 v. 14. 1. 1918, S. 6f.
- <sup>14</sup> Elard v. Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, Leipzig 1936, S. 186 und 188
- <sup>15</sup> s. Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 13 v. 30. 3. 1918, Sp. 103f.
- <sup>16</sup> s. oben S. 375 ff.; die DV bemühte sich in einer Broschüre, die die DAZ allen Arbeitgebern »angelegentlichst« empfahl, um den Nachweis, daß jeglicher Einfluß der Gewerkschaften auf die Unternehmensführung »nicht nur den Unternehmer, sondern auch das Unternehmen selbst mitsamt den Arbeitern schwer schädigen und letzten Endes auch dem Staate Wunden schlagen müsse«; K. J. Möndel, Deutschland auf dem Wege zur Demokratie? 2. Aufl., Bonn 1917 (Deutsche Zeitfragen. Hrsg. von der Deutschen Vereinigung, Heft 6); s. dazu DAZ Nr. 42 v. 21. 10. 1917
- <sup>17</sup> DAZ Nr. 30 v. 29. 7. 1917
- <sup>18</sup> K. J. Möndel, Das politische Endziel der Sozialdemokratie, in: Die deutsche Arbeiterbewegung unter der Einwirkung des Weltkrieges, S. 43 ff.
- <sup>19</sup> A. Engel, Sozialismus und Sozialdemokratie unter der Einwirkung des Weltkrieges, ebda. S. 16
- <sup>20</sup> K. J. Möndel, Das politische Endziel der Sozialdemokratie, ebda. S. 43 ff.

- <sup>21</sup> Max Gaab, Deutschlands weltgeschichtliche Mission und die deutsche Sozialdemokratie. Politische Studie, Berlin 1918, S. 15; aus der Fülle weiterer Belege s. z. B. DAZ Nr. 6 v. 11. 2. 1917; Nr. 17 v. 29. 4. 1917; Nr. 48 v. 2. 12. 1917; Nr. 29 v. 21. 7. 1918; zur antidemokratischen Agitation der Agrarier s. Flemming S. 135 f.
- <sup>22</sup> Werkverein Nr. 27 v. 6. 7. 1918; zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch die wirtschaftsfriedlichen Organisationen und ihre Förderorganisationen s. ferner die in Anm. 13 genannten Belege
- <sup>23</sup> Aus einem Hirtenschreiben der deutschen kath. Bischöfe, das am 18. und 25. 11. 1917 von den Kanzeln aller kath. Kirchen verlesen wurde; abgedr. in: SPC Nr. 1 v. 3. 1. 1918, S. 13.
- <sup>24</sup> s. Arbeiterbewegung Nr. 23 v. 14. 12. 1917, S. 188; Stegmann S. 511 ff.
- <sup>25</sup> s. Fischbeck an Payer, 8. 5. 1915; BA, Nl. Payer Nr. 10, Heft 1. – Bassermann bemerkte im Frühjahr 1917 gegenüber Stresemann, »wie falsch es war, die Wahlreform in Preußen hinauszuschieben. Dauert der Krieg noch lange, so wird Bethmann Hollweg gar nicht darüber hinweg kommen. ... Je länger die Sache dauert, desto radikaler wird die Änderung«. Bassermann an Stresemann, 30. 3. 1917; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 92, Nl. Schiffer Nr. 8, Bl. 1176
- <sup>26</sup> So Stresemann im Sept. 1918 im Saargebiet; bei gleicher Gelegenheit erklärte er, daß »das gleiche Wahlrecht kommt«, sei »eine Selbstverständlichkeit«; es handle sich nur noch darum, »wann es kommt, wie, mit wem oder gegen wen«, und warnte die Großindustriellen davor, »sich in politischen Fragen einer völligen Illusionspolitik hinzugeben« (zit. bei Stegmann S. 516). Trotz der bedrohlichen militärischen und innenpolitischen Lage drohten die Saarindustriellen der Nationalliberalen Partei daraufhin den Entzug ihrer Unterstützung an (s. ZBl. Nr. 21 v. 7. 10. 1918, S. 172).
- <sup>27</sup> Mitt. des Hansabundes Nr. 20/23 v. 13. 7. 1917
- <sup>28</sup> Prof. Otto Oertel in: Arbeiterbewegung Nr. 12 v. 25. 6. 1917, S. 90
- <sup>29</sup> Georg v. Below in: DW Nr. 3 v. 20. 1. 1918, S. 22 ff.; s. auch dass. Nr. 3 v. 6. 2. 1916, S. 20, Nr. 23 v. 12. 11. 1916, S. 177 ff., und Nr. 1 v. 7. 1. 1917, S. 1 ff.
- <sup>30</sup> DW Nr. 44 v. 4. 11. 1917, S. 346
- <sup>31</sup> ebda. Nr. 45 v. 11. 11. 1917, S. 356
- <sup>32</sup> Beukenberg auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute am 14. 4. 1918; zit. nach Stegmann S. 516
- <sup>33</sup> Max Roetger in: Der Weltkrieg in seiner Einwirkung auf das deutsche Volk, hrsg. von Max Schwarte, Leipzig 1918, S. 243; zit. nach Stegmann S. 518
- <sup>34</sup> Leitsätze Ludendorffs für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen, 29. 7. 1917; abgedr. bei Deist II, S. 845
- <sup>35</sup> s. Stegmann S. 516 ff.; außer den dort angeführten Belegen s. den Entwurf Bauers für eine Denkschrift Hindenburgs an Michaelis, Oktober 1917; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 179 ff.; vgl. auch Vogt, Oberst Bauer, S. 114 und 142 ff.; für Berg dessen Aufzeichnung vom 29. 9. 1918; Friedrich von Berg, S. 179; für Groener vgl. dessen Lebenserinnerungen S. 412; für Thaer dessen Tagebuch-Aufzeichnung vom 15. 7. 1917; Thaer S. 129; vom 15. 10. 1917, ebda. S. 144; vom 31. 12. 1917, ebda. S. 151; vom 28. 1. 1918, ebda. S. 160; vom 2. 5. 1918, ebda. S. 198; und vom 30. 6. 1918, ebda. S. 211
- <sup>36</sup> s. BFS-Berichte v. 15. und 21. 8. 1918
- <sup>37</sup> Die Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände und die Soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst.
- <sup>38</sup> s. das Verzeichnis der Vorstands-, Beirats- und Ausschußmitglieder in: Um Freiheit und Vaterland, S. 46 ff.; abgedr. auch Corr.bl. Nr. 51 v. 22. 12. 1917, S. 474

- 39 s. Bürgerl. Parteien II, S. 794 f.
- 40 s. den Bericht in: Arbeiterbewegung Nr. 2 v. 28. 1. 1918, S. 9; s. auch Stegmann S. 510
- 41 Die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Angestellter stellte ihren Mitgliedern den Beitritt zum Volksbund frei; nur der Verband der deutschen Handlungsgehilfen und der Verein deutscher Kaufleute vollzogen ihn. Die Afa lehnte die Mitarbeit ab, der Butib zog sich hinter seine politische Neutralität zurück, und auch der DHV hielt sich abseits, weil er innere Zwistigkeiten befürchten mußte, falls er mit den Gewerkschaften gegen die Vaterlandspartei Front machte; s. die Mitt. Bauers in der freigewerkschaftlichen Vorstandskonferenz vom 22.–24. 11. 1917; Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 73 ff.
- 42 s. Bürgerl. Parteien II, S. 794
- 43 Frankfurter Zeitung v. 20. 12. 1917
- 44 Arbeiterbewegung Nr. 2 v. 28. 1. 1918, S. 9
- 45 s. den Bericht über die Vorstandskonferenz v. 22.–24. 11. 1917; Beschlüsse von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 70 ff. – Die ablehnende Haltung der sechs Verbände rührte nicht zuletzt daher, daß sie sich durch die Generalkommission überrumpelt fühlten. Diese hatte nämlich auf dem Wege einer »etwas beschleunigten schriftlichen Abstimmung« (Corr.bl. Nr. 48 v. 1. 12. 1917, S. 450) den Einzelgewerkschaften für ihre Entscheidung über die freigewerkschaftliche Beteiligung am Volksbund lediglich acht Tage Zeit gelassen und sodann ihren Beitritt öffentlich verkündet, ohne die nächste Vorstandskonferenz abzuwarten; s. die Kritik Kloths und Graßmanns in der Vorstandskonferenz vom 22.–24. 11. 1917; a. a. O. S. 72; die Kritik Girbigs in der GV des Glasarbeiterverbandes 1919 in Jena, Prot. S. 73, und Purfürsts-Berlin auf dem VT des Glaserverbandes 1919 in Erfurt, Prot. S. 43: »Die Vereinsvorstände hatten nur ja und amen zu sagen.« – Auf der GV des Porzellanarbeiterverbandes 1919, Prot. S. 68, bemerkte der Berliner Delegierte Kretschmann, »von dem Beschluß auf Anschluß an den Volksbund ist der Hauptvorstand gar nicht vorher unterrichtet worden«.
- 46 s. Gew.komm. Berlin, Jber. 1918, S. 9; die Berliner Ortsverwaltungen der Einzelgewerkschaften faßten analoge Beschlüsse, s. z. B. Holzarbeiterverband, Bericht der Verwaltungsstelle Berlin für das Jahr 1918, Berlin 1919, S. 58; s. auch die Kritik der Berliner Delegierten auf dem VT des FAV im Dez. 1917, Prot. S. 51, und die Rechtfertigungsrede Breys ebda. S. 55 f. Zu Hamburg s. Corr.bl. Nr. 40 v. 5. 10. 1918, S. 374; im September revidierte das Kartell seinen Beschluß unter Berufung auf die veränderte politische Situation. Zu Halle s. Die Gewerkschaftsbewegung in Halle im Jahre 1918. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells und der mit ihm verbundenen Einrichtungen, insbesondere des Arbeitersekretariats, o. O., o. J., S. 5. Analoge Beschlüsse faßten u. a. die Schuhmacher in Leipzig und die Bauarbeiter in Schkeuditz; s. BfS-Bericht v. 5. 7. 1918. Auch an Orten, wo keine formellen Mißbilligungsbeschlüsse gefaßt wurden, erregte der Beitritt zum Volksbund erhebliche Mißstimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern, z. B. in Duisburg; s. Zentralverband der Dachdecker, Prot. VT 1919, S. 39. Starke Kritik wurde auch innerhalb des Sattlerverbandes laut; s. Verb. der Sattler, Unser Kriegsbuch, S. 45. Zur Reaktion der Gewerkschaftsführung auf die Angriffe der Opposition gegen den Volksbund s. den Beitrag von Franz Krüger in Corr.bl. Nr. 37 v. 14. 9. 1918, S. 347 f.
- 47 WAZ v. 6. 1. 1918; s. auch ebda. v. 20. 1. 1918
- 48 Arbeiter (München) Nr. 1 v. 3. 1. 1918
- 49 ZBl. Nr. 1 v. 1. 1. 1918, S. 2
- 50 Hierauf wies Tirpitz während einer Vortragstournee durch das Rheinland mit

- besonderem Nachdruck hin, um den »angeblichen Gegensatz zwischen der Zentrumspartei und der Vaterlandspartei« zu dementieren; zit. in: Mitt. der Dt. Vaterlandspartei Nr. 17 v. 18. 6. 1918, S. 3
- <sup>51</sup> s. Bürgerl. Parteien I, S. 625
- <sup>52</sup> s. Wilhelm Kisky, Der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse von 1878 bis 1928. Festschrift zum Goldenen Jubelfest im Auftrage des Vorstandes, Düsseldorf 1928, S. 216
- <sup>53</sup> s. die Ausführungen Brunners in der Vorstandskonferenz v. 22.–24. 11. 1917; a. a. O. S. 71
- <sup>54</sup> Legien ebda.
- <sup>55</sup> Stegerwald an Lic. Ludwig Weber, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, 5. 11. 1917; aus dem Kapp-Nachlaß zit. bei Stegmann S. 510, Anm. 407
- <sup>56</sup> Friedrich Meinecke, Volksbund und Vaterlandspartei, in: Straßburger Post Nr. 75 vom 10. 2. 1918; wieder abgedruckt in: Meinecke, Werke, Bd. II: Politische Reden und Schriften, hrsg. und eingeleitet von Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 224. Noch nach dem 2. Weltkrieg bekannte sich Meinecke zu diesen Gedanken: s. Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe, 5. Aufl., Wiesbaden 1955, S. 48. – s. auch die Bemerkungen des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Böhme in: NLC Nr. 69 v. 28. 3. 1918; Ernst Troeltsch, Der Volksbund für Freiheit und Vaterland, in: DA 3 (1918), S. 50ff., und die Tagebuch-Notiz Koch-Wesers vom 28. 9. 1918: »Reformen werden gemacht werden. Es fragt sich nur, ob mit uns, die zu den Führenden gehört haben, oder ohne uns.« (BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 67).
- <sup>57</sup> Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, S. 235
- <sup>58</sup> s. oben S. 488f.; zur Kritik des Volksbund-Programms durch die Vaterlandspartei s. Mitt. der Dt. Vaterlands-Partei Nr. 15 v. 29. 5. 1918, S. 2
- <sup>59</sup> Gustav Bauer in der Vorstandskonferenz vom 22./24. 11. 1917; a. a. O. S. 73
- <sup>60</sup> ZBl. Nr. 15 v. 15. 7. 1918, S. 123
- <sup>61</sup> Bauer in der Vorstandskonferenz v. 22./24. 11. 1917; a. a. O., S. 73
- <sup>62</sup> Bauer ebda.
- <sup>63</sup> s. oben S. 251. und 502f. Auch die bürgerlichen Mitglieder des Volksbundes um Meinecke standen dem Parlamentarismus westeuropäischer Prägung mit großer Reserve gegenüber; s. Regina Gottschalk, Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919, Diss. phil. Tübingen 1969, S. 49f.
- <sup>64</sup> Der programmatische Aufruf des Volksbundes ist abgedr. in: Um Freiheit und Vaterland, S. 44f.; Corr.bl. Nr. 51 v. 22. 12. 1917, S. 473f.
- <sup>65</sup> Friedrich Meinecke, Volksbund und Vaterlandspartei, in: Meinecke, Werke, Bd. 2, S. 225. – Auch die Forderungen des Interfraktionellen Ausschusses nach inneren Reformen waren primär außenpolitisch motiviert; s. Bermbach S. 87
- <sup>66</sup> Herkner an Brentano, 6. 4. 1918; BA, Nl. Brentano, Korr. Herkner; die gleiche Klage findet sich in einem Brief Herkners an Brentano vom 27. 6. 1918; ebda. – Zur Tätigkeit des Volksbundes s. auch Bürgerl. Parteien II, S. 796; zur Wirksamkeit dieser Öffentlichkeitsarbeit s. das skeptische Urteil bei Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, S. 235
- <sup>67</sup> Rundschriften Icklers in der internen Funktionärszeitschrift seines Verbandes v. 20. 6. 1918; abgedr. in: Mitt. der Dt. Vaterlandspartei Nr. 22 v. 20. 7. 1918, S. 2; vgl. auch Stegmann S. 510f. – Parallel zur Gründung des Volksbundes liefen die Vorbereitungen für eine »Vereinigung für den inneren Frieden«. Sie nahm sich vor, »Unflätigkeit und persönliche Angriffe« sowie »Verunglimpfungen ganzer Richtungen und



- Strömungen«, wie sie im Zuge der Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzungen um sich griffen, zu bekämpfen und eine »möglichst gemeinsame Arbeit aller Stände und Volksschichten« durch »ein gegenseitiges Kennenlernen der Persönlichkeiten und Richtungen« zu fördern, wobei »alle politischen Richtungen, alle konfessionellen und sozialen Strömungen, jede Weltanschauung« als gleichberechtigt gelten sollten – mit Ausnahme freilich der USPD und der Anarchisten. Der geistige Vater dieser Bewegung war Friedrich Thimme; zu ihrem inneren Kreis zählten der freikonservative Abgeordnete v. Dewitz, Freiherr v. Rechenberg und Faßbender vom Zentrum, Mugdan von der FVP sowie der Sozialdemokrat Heinrich Peus. Nach einer Vorbesprechung im Frühjahr 1917 in Berlin unter Leitung Dernburgs veranstaltete diese Gruppe im Sommer 1917 je eine Kundgebung in München und Köln, an der Vertreter von Zentrum, Nationalliberalen und Sozialdemokraten sowie der verschiedenen Konfessionen teilnahmen. Im November 1917 wurde beschlossen, einen Aufruf mit den genannten Zielen an zunächst rund 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie an Institutionen zu verschicken. Gleichzeitig wurde ein engerer Ausschuß gebildet, dem Thimme, Peus und Faßbender angehörten, außerdem der Berliner Bankier Frank; als Vorsitzender war Posadowsky in Aussicht genommen. Durch die Gründung des Volksbundes wurde diese Unternehmung vermutlich überholt. S. hierzu den Bericht über die »Vereinigung für den inneren Frieden«, November 1917, PAAA, Deutschland 123 Bd. 4
- 68 Tagebuch-Notiz von Magnus Freiherr von Braun vom 24. 8. 1917, abgedr. in: ders., *Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen*, 2. Aufl. Stollhamm i. O. 1956, S. 124
- 69 Franz Röhr in: DA 3 (1917), S. 180; vgl. auch den Leitartikel der Frankfurter Zeitung v. 8. 11. 1917, auszugsweise abgedr. bei Bermbach S. 217
- 70 ZBl. Nr. 22 v. 22. 10. 1917, S. 177
- 71 Stegerwald im preuß. Herrenhaus am 10. 7. 1918; zit. nach WAZ v. 28. 7. 1918
- 72 »Die Sozialdemokratie ist nur so stark geworden, weil neben den sozialen Mißständen man ihr die politische Rechtsgleichheit im Staate verweigert hat. Sie wurde immer wieder zur Märtyrerin gestempelt. Und gerade das ist bekanntlich das beste Propagandamittel. Wenn die christlich-nationale Arbeiterbewegung erstarkt, wenn die intellektuellen Schichten sich mehr um die Arbeiterschaft kümmern, wenn die politischen Parteien duldsamer werden und sich gegenseitig Luft und Licht im Staats- und Volksleben gönnen, wenn sie ihre Organisationen besser ausbauen – was soll dann die breiten Schichten unter allen Umständen zur Sozialdemokratie treiben? Von derselben Stunde an, wo die letztere praktisch im Staat mitarbeiten muß, wird ein großer Teil ihrer bisherigen Zugkraft verloren sein.« Stegerwald auf einer Kundgebung des Dt. Arbeiterkongresses im Mai 1918 in Essen; zit. nach ZBl. Nr. 12 v. 23. 6. 1918, S. 95
- 73 Adam Stegerwald, Grundgedanken zur Neuordnung in Deutschland, zit. nach C. Walterbach, *Arbeitervereine und Arbeiterbewegung*, in: *Glaube und Arbeit 1* (1917), S. 453; vgl. hierzu die Kommentierung dieser Leitsätze im Jb. der christl. Gewerkschaften 1918, S. 54f.
- 74 s. die oben S. 502 erwähnte Kritik an der Zurückhaltung der Sozialdemokratie in der Parlamentarisierungsfrage; vgl. auch Wilh. Kolb, *Die Kernfrage und der Weg zu ihrer Lösung*, in: *Glocke* Nr. 4 v. 28. 4. 1917, S. 148
- 75 s. Scheidemann, *Memoiren*, Bd. 2, S. 181; vgl. auch Bermbach S. 74 ff.
- 76 Scheidemann, *Memoiren*, Bd. 2, S. 181 f.
- 77 So Friedrich Naumann in der »Hilfe« vom 16. 8. 1917; zit. bei Gottschalk S. 39
- 78 Scheidemann, *Memoiren*, Bd. 2, S. 42; vgl. auch Theodor Wolff, *Der Marsch durch*

- zwei Jahrzehnte, S. 155; Wheeler-Bennett S. 123 ff.; Bermbach S. 92 ff. und das Urteil des Freikonservativen Joh. Bredt: »Unter dem Gesichtspunkte des Parlamentarismus gesehen war die Ernennung von Dr. Michaelis eine der größten Ungeheuerlichkeiten, die sich jemals ereignet haben.« Joh. Victor Bredt, *Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg*. WUA, 4. Reihe, 8. Bd., Berlin 1926, S. 85
- <sup>79</sup> Hugo Haase an Sophie F., 30. 9. 1917; abgedr. in: Hugo Haase (1929), S. 150
- <sup>80</sup> s. M. J. Bonn, *So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens*, München 1963, S. 180; vgl. auch den Kommentar Bredts in: Joh. Victor Bredt, *Erinnerungen und Dokumente 1914–1933*, Düsseldorf 1970 (Quellen zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, 3. Reihe Bd. 1), S. 123
- <sup>81</sup> s. Bermbach S. 166 ff.; Miller S. 329 ff.
- <sup>82</sup> s. Karl Graf v. Hertling, *Ein Jahr in der Reichskanzlei*, S. 46 f.; s. auch Th. Wolff, *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, S. 167
- <sup>83</sup> Kurt Eisner an Hugo Haase, 10. 11. 1917; aus dem Eisner-Nl. zit. bei Anneliese Laschitzka, *Kurt Eisner – Kriegsgegner und Feind der Reaktion*, in: BzG 9 (1967), S. 474. Vgl. auch das Urteil Hans Delbrücks von Ende Oktober 1918: »Über Herrn Michaelis ist kein Wort zu verlieren. Aber auch Graf Hertling hat vollständig versagt.« *Pr. Jbb.* 174 (1918), S. 282
- <sup>84</sup> Hertling S. 25; vgl. auch Hertlings Äußerungen vor dem Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten am 27. 11. 1917; abgedr. bei Ernst Deuerlein, *Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870–1918*, Regensburg 1955, S. 299; s. auch Bermbach S. 188
- <sup>85</sup> Bethmann Hollweg in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums am 5. 4. 1917; das Prot. dieser Sitzung ist abgedr. in: AF 4/II, S. 411 ff.; auch zum folgenden
- <sup>86</sup> s. das Prot. der Sitzung des preuß. Staatsministeriums v. 6. 4. 1917, abgedr. ebda. S. 417 ff.; vgl. auch Bethmann Hollwegs Ausführungen vor dem diplomatischen Ausschuß des Bundesrates v. 9. 5. 1917 im Bericht des bayer. Bevollmächtigten zum Bundesrat, GStAM, MA I 966; s. im übrigen Bergsträsser, *Die preußische Wahlrechtsfrage*, passim; Patemann S. 89 ff.; *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 720 ff.
- <sup>87</sup> Prot. der Sitzung des preuß. Staatsministeriums vom 9. 7. 1917; abgedr. AF 4/II, S. 588 ff.; auch zum folgenden; s. auch Bethmann Hollwegs Brief vom 17. 1. 1918, veröff. von Egmont Zechlin in: HZ 199 (1964), S. 451 ff., sowie die Tagebuch-Notizen Riezlers vom 25. 1., 4. 3. und 11. 4. 1917; Riezler-Tagebuch S. 401, 412 und 425
- <sup>88</sup> s. zum folgenden den Entwurf einer Stellungnahme der OHL zur Denkschrift Drews', 21. 2. 1918; abgedr. bei Deist II, S. 1192 ff.; vgl. auch Vogt, Oberst Bauer, S. 83 ff. und 130 f.
- <sup>89</sup> Entwurf Bauers für eine Denkschrift Hindenburgs an Michaelis, Oktober 1917; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 183
- <sup>90</sup> Ludendorff in der Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, 21. 1. 1918; GStAM, MA I, 966
- <sup>91</sup> Entwurf einer Stellungnahme der OHL zur Denkschrift Drews', a. a. O.
- <sup>92</sup> zit. bei Vogt S. 104
- <sup>93</sup> Bemerkungen Bauers über die innere Politik, 23. 4. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 251
- <sup>94</sup> Bauer an Müldner, 16. 4. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 12, Bl. 142
- <sup>95</sup> Bauers »sozialreformerische Gedanken« allein aus den »außenpolitischen Bedürfnissen des Staates« und dem »Zwang des Krieges« abzuleiten, wie Vogt S. 134 es unternimmt, ist unzulänglich.
- <sup>96</sup> »Die Politik ist uns nicht die Kunst des Möglichen, sondern das Streben nach Un-

möglichem gewesen.« Tagebuch-Notiz Koch-Wesers vom 26. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 143

- <sup>97</sup> Auf dem Höhepunkt der Westoffensive im Frühjahr 1918 wurde in der OHL im Beisein des Kaisers erklärt, »wenn ein englischer Parlamentär käme, um den Frieden zu erbitten, so müsse er erst vor der Kaiserstandarte knien, denn es handle sich um den Sieg der Monarchie über die Demokratie«. Tagebuchnotiz v. Müllers v. 26. 3. 1918; abgedr. in: *Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander v. Müller 1914–1918*, hrsg. von Walter Görnitz, Göttingen 1959, S. 366
- <sup>98</sup> s. die Denkschrift Radowitz' an den Vertreter des Reichskanzlers bei der OHL, Graf Limburg-Stürum, 17. 1. 1918; abgedr. WUA, 4. Reihe, Bd. 2, S. 337ff., sowie die schon mehrfach zitierte Denkschrift Drews' an Wilhelm II. von Anfang Februar 1918, abgedr. bei Erich Otto Volkmann, *Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg. Unter Benutzung amtlicher Quellen dargestellt*, Berlin 1925, S. 291ff.; AF 4/III, S. 1048ff.
- <sup>99</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 7. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 93
- <sup>100</sup> Wheeler-Bennett S. 91. Schon im November 1914 hatte der Kaiser scherzhaft, aber richtig geäußert: »Der Generalstab sagt mir gar nichts und fragt mich auch nicht. ... Wenn man sich in Deutschland einbildet, daß ich das Heer führe, so irrt man sich sehr. Ich trinke Tee und säge Holz und gehe spazieren, und dann erfahre ich von Zeit zu Zeit, das und das ist gemacht, ganz wie es den Herren beliebt.« Aufzeichnung v. Müllers v. 6. 11. 1914; *Regierte der Kaiser?* S. 68
- <sup>101</sup> Vgl. das Urteil Niemanns über den Reichstag in der Julikrise 1917: »Das Bild, das der deutsche Reichstag in diesen kritischen Tagen bietet, gleicht einer Grotteske.« Alfred Niemann, *Revolution von oben – Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914–18*, Berlin 1928, S. 52
- <sup>102</sup> Meinecke, *Straßburg*, Freiburg, Berlin, S. 247
- <sup>103</sup> Theodor Eschenburg, *Die improvisierte Demokratie*, München 1963, S. 31; vgl. auch Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 109ff.; Wheeler-Bennett S. 100f.; *Bermbach* S. 43
- <sup>104</sup> Tagebuch-Notiz v. Müllers vom 10. 3. 1918; *Regierte der Kaiser?* S. 362; zum Verlangen der OHL s. das Schreiben Hindenburgs an Wilhelm II. v. 16. 1. 1918; BA, Nl. Schwertfeger Nr. 208; zum Sturz Valentinis ferner Vogt S. 120ff.
- <sup>105</sup> s. v. Müllers Notiz vom 24. 3. 1918 über das »übliche Geschimpfe auf den Reichstag, dieses Affenhaus«; ebda. S. 366. Als wenige Tage später der StS des Reichsschatzamtens, Graf Roedern, ins Hauptquartier kam, wurde er, obwohl er Wichtiges über die Finanznot des Reiches und die Stimmung der Bevölkerung in Berlin zu berichten hatte, nicht zur Abendtafel von Kaiser und Heerführern eingeladen. Kommentar des Kaisers: »Er sei an der Front für Zivilisten nicht zu sprechen.« Tagebuchnotiz v. Müllers vom 29. 3. 1918; ebda. S. 367
- <sup>106</sup> Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 116. Es war insofern konsequent, daß Bauer eine Militärdiktatur unter Absetzung des Kaisers forderte; s. Wilhelm Breucker, *Die Tragik Ludendorffs. Eine kritische Studie aufgrund persönlicher Erinnerungen an den General und seine Zeit*, Stollhamm 1953, S. 49, und Vogt S. 117; vgl. auch die Bemerkungen Hans Delbrücks, *Pr. Jbb.* 174 (1918), S. 434, und Wheeler-Bennett S. 150ff.
- <sup>107</sup> Ludendorff, der als einziger hierfür ernsthaft in Frage kam, lehnte sie allerdings auch persönlich ab, weil er fürchtete, hiermit Streiks in der Rüstungsindustrie auszulösen, die die Kriegführung beeinträchtigen und den Endsieg gefährden könnten; s. Groe-

- ner, Lebenserinnerungen, S. 382 und 561; Ludendorff, Kriegführung und Politik, Berlin 1922, S. 328f.; vgl. dazu Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 142. – Hausmann, Schlaglichter, S. 193, sprach im April 1918 von einer »latenten Militärdiktatur«.
- <sup>108</sup> Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, S. 247
- <sup>109</sup> s. Bermbach, passim
- <sup>110</sup> Tagebuch-Aufzeichnung v. Brauns vom 20. 10. 1917; Braun, Von Ostpreußen bis Texas, S. 152
- <sup>111</sup> s. die Berichte Lerchenfelds an Hertling vom 25. und 26. 10. 1917; GStAM, MA I, 958; abgedr. in: Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld, Teil 2, S. 953 und 956; s. auch Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, S. 290
- <sup>112</sup> vgl. ebda. S. 294 ff.; Friedrich Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt 1923, S. 45 und 56; im übrigen s. oben S. □
- <sup>113</sup> Friedrich Meinecke, Volksbund und Vaterlandspartei (10. 2. 1918), in: Meinecke, Werke, Bd. 2, S. 224
- <sup>114</sup> s. oben Kap. 11
- <sup>115</sup> Hertling am 12. 9. 1918 in einer Unterredung mit einer Abordnung der freien Gewerkschaften, zit. nach dem Bericht in Corr. bl. Nr. 38 v. 21. 9. 1918, S. 352
- <sup>116</sup> NAZ Nr. 84 v. 15. 2. 1918 unter Berufung auf Äußerungen Hertlings und Friedbergs, abgedr. in: SPC Nr. 5 v. 2. 3. 1918, S. 66; zur Entwicklung der Wahlrechtsfrage im letzten Kriegsjahr s. im übrigen Patemann S. 115 ff.
- <sup>117</sup> Dandl bzw. Weizsäcker in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates vom 2. 9. 1918; GStAM, MA I, 966; s. auch die zusammengefaßte Wiedergabe dieser Sitzung bei Deuerlein, Bundesratsausschuß, S. 307 ff.
- <sup>118</sup> Hertling in der Unterredung mit einer Abordnung der freien Gewerkschaften am 12. 9. 1918; a. a. O. – »Und die Regierung! Das ist das Jammervollste!« Tagebuch-Notiz Koch-Wesers v. 27. 9. 1918 mit Bezug auf die Behandlung der Wahlrechtsfrage; BA, Nl. Koch-Wester Nr. 15, Bl. 63. Zur Aufnahme der Gewerkschaftsforderung in der OHL s. die Tagebuch-Notiz Thaers vom 15. 9. 1918; Thaer S. 229
- <sup>119</sup> Vgl. die Bemerkungen Oberst Bauers über die Regierung Hertling: »Im großen und ganzen laviert sie mit dem Reichstag, und ihre Haupttätigkeit besteht darin, Konflikte zu vermeiden.« Gedanken über die Fortsetzung des Krieges, Juli 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 269
- <sup>120</sup> Conrad Hausmann an Ludendorff, 5. 8. 1919; abgedr. in: Aus Conrad Hausmanns politischer Arbeit. Hrsg. von seinen Freunden, Frankfurt 1923, S. 104
- <sup>121</sup> Th. Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 167
- <sup>122</sup> Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 181. »Es ist fortgewurstelt worden und Flickwerk geleistet«, bestätigte auf der anderen Seite Oberst Bauer (Denkschrift Bauers vom August 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 2, Bl. 277); vgl. auch Hausmann, Schlaglichter, S. 169; Erzberger, Erlebnisse, S. 305
- <sup>123</sup> Hausmann an Payer, 21. 9. 1918; zit. in: Hausmann, Schlaglichter, S. 216; ähnlich Th. Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 164
- <sup>124</sup> Hausmann, Schlaglichter, S. 217
- <sup>125</sup> Franz Röhr, in: DA Nr. 9 (Sept. 1918), S. 417 bzw. 420
- <sup>126</sup> Hausmann an Hans Delbrück, 11. 10. 1918; abgedr. in: Hausmann, Schlaglichter, S. 146; vgl. auch Gottschalk, S. 66
- <sup>127</sup> Kapp empfahl auf einer Vorstandssitzung der Vaterlandspartei der Regierung, »endgültig mit dem bisherigen System zu brechen und eine starke, zielbewußte Politik einzuleiten« (zit. nach den Mitt. über die Vorstandssitzung der Vaterlandspartei am 1. 9. 1918 in: Mitt. der Dt. Vaterlandspartei Nr. 29 v. 7. 9. 1918, S. 2). Der StS des

- AA, v. Hintze, bot Ludendorff noch im Herbst 1918 zweimal die Diktatur an; s. die Aufzeichnung Payers v. 16. 1. 1920 über ein diesbezügliches Gespräch mit Hintze vom gleichen Tage; BA, Nl. Payer Nr. 14, Bl. 3; zu entsprechenden Überlegungen in der Umgebung des Kaisers s. Delbrück, Wirtschaftliche Mobilmachung, S. 265
- <sup>128</sup> Grabowski an Siegfried v. Kardorff, 9. 10. 1918; BA, Nl. S. v. Kardorff Nr. 9, Bl. 120. »Eine Revolution von oben hätte eine Massenerhebung von unten zur unausbleiblichen Folge«, bestätigte Hugo Haase wenig später (Hugo an Thea Haase, 1. 11. 1918; abgedr. in: Hugo Haase, S. 169).
- <sup>129</sup> Denkschrift des UStS in der Reichskanzlei, Heinrichs, vom 30. 9. 1918 über die innenpolitische Lage sowie die rechtlichen und politischen Möglichkeiten einer Militärdiktatur; BA, Nl. Heinrichs Nr. 30, Bl. 25 ff.; abgedr. IFA, II, S. 773 ff.
- <sup>130</sup> Vgl. den Kommentar Koch-Wesers: »Eine blutige Ironie! Einführung der Demokratie auf Befehl des Militarismus!« Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 26. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 143; s. auch Vogt S. 112
- <sup>131</sup> Wiedergabe einer Äußerung des Kaisers, enthalten im Entwurf Thaers für eine Zeugenaussage in einem Ehrengerichtsverfahren; abgedr. bei Thaer S. 260; s. auch Breucker S. 69; Rakenius S. 16 f.
- <sup>132</sup> Aufzeichnung Conrad Haußmanns v. 5. 10. 1918; abgedr. in: ders., Schlaglichter, S. 240; s. auch das Schreiben Rathenaus an Legationsrat Dr. Schmitt v. 14. 10. 1918, in: Walther Rathenau, Politische Briefe, Bd. 2, Dresden 1927, S. 67; ferner die Bemerkung H. Delbrücks: »Merkwürdig genug, daß nun, da in der höchsten Not nach dem rettenden Manne gesucht wurde, er nicht unter den Trägern des alten Beamtenstaates, auch nicht unter den Parlamentariern, sondern unter den deutschen Fürsten gefunden wurde«; Pr. Jbb. 174 (1918), S. 283; im übrigen Bernbach S. 262 und 305
- <sup>133</sup> s. Paul Umbreit, Die Aufgaben des Reichsarbeitsamtes, in: Glocke 4 (1918/19), II, S. 1082 ff.; Facius S. 92; zur Bildung der Regierung Max v. Baden s. ausführlich Bernbach S. 219 ff.
- <sup>134</sup> s. das Prot. der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion vom 23. 9. 1918 in Berlin; abgedr. SPD-RT-Fraktion, II, S. 419 ff.; s. dazu Bernbach S. 244 ff.; Miller, Bürde, S. 29 ff.
- <sup>135</sup> Prot. der Vorständekonferenz vom 4. 10. 1918; Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 103
- <sup>136</sup> Bei den ersten Gesprächen über die Nominierung Bauers war sogar Legien übergangen worden; obwohl er nicht vorhatte, selbst den Posten zu übernehmen, fühlte er sich so verletzt, daß er daran dachte, den Vorsitz in der Generalkommission niederzulegen; s. Leipart, Legien, S. 81 f.; Varain S. 112 f.
- <sup>137</sup> s. das Prot. der SPD-Fraktionssitzung vom 15. 10. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 474 f.
- <sup>138</sup> vgl. oben S. 372. Müller habe sich in seiner bisherigen Tätigkeit »als Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen erwiesen und vielfach im Widerspruch mit den Arbeiterinteressen gehandelt«, klagte das Corr. bl. ihn an (Corr. bl. Nr. 42 v. 19. 10. 1918, S. 389). Scheidemanns Bemerkung in einer Berliner Wählerversammlung am 14. 10., »Sozialdemokraten als Minister können nur dann dem Volke etwas nützen, wenn sie als Minister Sozialdemokraten bleiben« (zit. ebda. Nr. 44 v. 2. 11. 1918, S. 403), schien den Gewerkschaften geradezu auf Müller gemünzt.
- <sup>139</sup> zit. ebda.
- <sup>140</sup> ebda. Nr. 42 v. 19. 10. 1918, S. 389; s. auch Miller, Bürde, S. 47, und Potthoff S. 32 f.
- <sup>141</sup> Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 165 f.
- <sup>142</sup> Winnig, Der weite Weg, S. 421
- <sup>143</sup> SPD-RT-Fraktion, II, S. 475

- <sup>144</sup> Ebert in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 23. 9. 1918; zit. nach Haußmann, Schlaglichter, S. 222
- <sup>145</sup> Scheidemann in seinem Lagebericht in der gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuß und RT-Fraktion am 23. 9. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 428
- <sup>146</sup> Scheidemann ebda. S. 429
- <sup>147</sup> Ebert ebda. S. 460; s. auch Scheidemann, Memoiren, II, S. 158
- <sup>148</sup> Ebert in der gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuß und RT-Fraktion am 23. 9. 1918, a. a. O. S. 440
- <sup>149</sup> s. Heinrich Potthoff, Der Parlamentarisierungserlaß vom 30. September 1918, in: VfZ 20 (1972), S. 319ff.
- <sup>150</sup> Zu den Reformen in den übrigen Bundesstaaten s. für Sachsen Richard Lipinski, Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipzig 1926, S. 8; Fabian, Klassenkampf um Sachsen, S. 19ff.; für Bayern s. Albrecht S. 377ff.; für Baden Adam Remmele, Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914–24, Karlsruhe 1925, S. 1ff.
- <sup>151</sup> So das Organ des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes; zit. in Corr. bl. Nr. 42 v. 19. 10. 1918, S. 389
- <sup>152</sup> So die Metallarb.zeitung; zit. ebda. Nr. 43 v. 26. 10. 1918, S. 398
- <sup>153</sup> So die Dachdeckerzeitung; zit. ebda. Nr. 42 v. 19. 10. 1918, S. 389f.
- <sup>154</sup> zit. ebda. mit Auszügen aus weiteren Gewerkschaftszeitungen
- <sup>155</sup> Zur Priorität der Friedensfrage vor den innenpolitischen Problemen in der Entscheidung der SPD s. auch Bermbach S. 230
- <sup>156</sup> Noske in der Sitzung vom 23. 9. 1918; a. a. O. S. 434
- <sup>157</sup> s. die Äußerungen Eberts ebda. S. 439, Anm. 60 und Corr. bl. Nr. 39 v. 28. 9. 1918, S. 361
- <sup>158</sup> BFS-Bericht v. 21. 9. 1918
- <sup>159</sup> »Wir müssen alles daran setzen, um zu verhüten, daß die Entwicklung unserer inneren Zustände in russische Bahnen abgelenkt wird.« So das Corr. bl. Nr. 39 v. 28. 9. 1918, S. 361. In der Sitzung vom 23. 9. 1918 erklärte Ebert: »Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt.« A. a. O. S. 442; vgl. auch die Version des Vorwärts vom 24. 9. 1918; abgedr. Corr. bl. a. a. O. S. 361
- <sup>160</sup> ebda. S. 360
- <sup>161</sup> ebda.
- <sup>162</sup> Legien in der Vorständekonferenz v. 4. 10. 1918; zit. nach dem Bericht in Corr. bl. Nr. 41 v. 12. 10. 1918, S. 382
- <sup>163</sup> a. a. O. S. 360
- <sup>164</sup> ebda. Nr. 40 v. 5. 10. 1918, S. 368. Carl Giebel, der Vorsitzende des Büroangestelltenverbandes, wiederholte die ökonomischen Begründungen für die gewerkschaftliche Kriegspolitik noch wenige Tage vor dem Umsturz; s. seine Ausführungen vor dem VT des Verbandes der Büroangestellten vom November 1918, Prot. S. 9
- <sup>165</sup> Corr. bl. Nr. 41 v. 12. 10. 1918, S. 377f. Die Blätter der Einzelgewerkschaften schrieben im gleichen Sinne, zumal, wie das Organ der Lithographen und Steindruckerk hervorhob, »im Augenblick . . . ein Zweifel an der Tatsache, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, einfach undenkbar« war; zit. ebda. Nr. 42 v. 19. 10. 1918, S. 390
- <sup>166</sup> ebda. Nr. 45 v. 9. 11. 1918, S. 407f.
- <sup>167</sup> s. Gustav Mayer, Erinnerungen, S. 302

- <sup>168</sup> s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 454f.
- <sup>169</sup> Corr. bl. Nr. 44 v. 2. 11. 1918, S. 400f.
- <sup>170</sup> ebda. Nr. 45 v. 9. 11. 1918, S. 408f.
- <sup>171</sup> s. z. B. das Rundschreiben des Unabh. Ausschusses für einen deutschen Frieden v. 28. 10. 1918; Bayer. Staatsbibliothek München
- <sup>172</sup> s. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 78
- <sup>173</sup> Scheidemann zählte vier denkbare Möglichkeiten auf:
1. Ergänzung der Regierung Hertling um einige Sozialdemokraten
  2. eine Allparteienregierung, also mit Einschluß der Nationalliberalen und Konservativen
  3. eine Mehrheitsregierung aus den Reihen der Mehrheitsparteien, unter Beteiligung der SPD
  4. eine Mehrheitsregierung ohne Beteiligung, aber mit Unterstützung der SPD.
  5. SPD-RT-Fraktion, II, S. 427; s. auch Scheidemann, Zusammenbruch, S. 174ff.
- <sup>174</sup> David in der Fraktionssitzung vom 13. 10. 1918; a. a. O. S. 472. Südekum hatte schon Anfang September 1918 notiert, »der unvermeidlich erscheinende Wechsel der Regierung sollte nicht im Wege eines Konflikts, sondern im Wege einer Verständigung mit den jetzigen Inhabern der Ämter angestrebt werden«; Deutschland könne sich »in seiner jetzt sehr geschwächten Lage nicht mehr den Luxus eines krisenhaften Regierungswechsels erlauben«; Niederschrift Südekums über die politische Lage, 6. 9. 1918; BA, Nl. Südekum Nr. 158, Bl. 61; s. auch Keil, Erlebnisse, I, S. 449f.; Miller, Bürde, S. 45, und Haupts, Friedenspolitik, S. 214 Anm. 8
- <sup>175</sup> s. Peter Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974
- <sup>176</sup> Gerhard Anschütz, Gedanken über künftige Staatsformen, in: Thimme/Legien, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, S. 51
- <sup>177</sup> Corr. bl. Nr. 45 v. 9. 11. 1918, S. 407f.
- <sup>178</sup> Stampfer, Erfahrungen und Erkenntnisse, S. 224; s. auch Hans v. Raumer, Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit, in: Deutsche Rundschau 80 (1954), S. 429; Groener, Lebenserinnerungen, S. 450; John L. Snell, Die Republik aus Versäumnissen, in: WaG 15 (1955), S. 197; Miller, Bürde, S. 56ff.; Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 63f. – Die Wiedergabe einer Äußerung des Reichskanzlers vom 31. 10. 1918 bei Breucker S. 71, derzufolge die Meinungen in der Abdankungsfrage in den Gewerkschaften »sehr geteilt« waren und nach Aussage einiger Gewerkschaftsführer eine Abdankung des Kaisers »wie eine Sprengbombe« wirken würde, wird anderweitig nicht bestätigt.
- <sup>179</sup> s. oben S. 369ff. und 501ff. – Der SPD-Vorstand sprach sich Mitte Oktober 1918 gegen »Treibereien durch bolschewistische Revolutionsphrasen verwirrter, unverantwortlicher Personen, die die Arbeiter zu jetzt sinn- und zwecklosen Aktionen gegen die Regierung aufzuputschen versuchen«, aus, warnte vor der »Herbeiführung eines bolschewistischen Chaos« und »Entfesselung des Bürgerkrieges« und bekannte sich zum Weg »friedlicher Umwälzung« der Staats- und Wirtschaftsordnung; Aufruf des SPD-Vorstandes vom 17. 10. 1918; abgedr. Corr. bl. Nr. 43 v. 26. 10. 1918, S. 396ff.
- <sup>180</sup> vgl. Miller, Bürde, S. 52f. – Der bayerische SPD-Landesvorsitzende Erhard Auer bekundete sogar seine Entschlossenheit, der Polizei die Auseinandersetzung mit den Unabhängigen abzunehmen und ihnen selbst einen Kampf bis aufs Messer zu liefern. Als Ende September 1918 in München eine Reichstagsersatzwahl anstand und die USPD den seit den Januarstreiks inhaftierten Schriftsteller Kurt Eisner aufstellte,

begrüßte Auer den bevorstehenden Wahlkampf als eine »sehr willkommene Gelegenheit, gründlich ... mit der ganzen Partei der Unabhängigen abzurechnen«. Er empfahl der Regierung, Eisner vor der Wahl nicht den Prozeß zu machen, weil dieser »sicher von den Unabhängigen und den Juden ausgebeutet werden« würde, und die Polizei aus den Auseinandersetzungen zwischen SPD und USPD herauszuhalten. Sollten die Unabhängigen die SPD-Versammlungen zu sprengen versuchen, würden sie »so hinausgeschmissen ... , daß sie das Aufstehen vergessen würden«. Hinterher werde »die Bewegung der Unabhängigen in Bayern ... wahrscheinlich erledigt sein«. Aufzeichnung des Referenten im bayer. Innenministerium, Zetlmaier, über ein Gespräch mit Auer vom 26. 9. 1918; AStAM, MInn 71706. – Zu den Antipathien zwischen Auer und Eisner und dem politischen Kampf Auers gegen Eisner s. auch Michael Doeberl, Sozialismus, Soziale Revolution, Sozialer Volksstaat, München 1920, S. 51 f., und Kritzer S. 9 und 74

<sup>181</sup> s. Gustav Mayer, Erinnerungen, S. 299 f.

<sup>182</sup> Aufruf des Ausschusses des Dt. Arbeiterkongresses, abgedr. ZBl. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 177

<sup>183</sup> So die Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Mitte September 1918, s. ebda. Nr. 21 v. 7. 10. 1918, S. 174

<sup>184</sup> Franz Röhr in: DA 3 (1918), S. 419; s. auch die ähnlich gestimmten Kommentare anderer christlicher Gewerkschaftsblätter, ZBl. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 182 ff.

<sup>185</sup> WAZ v. 6. 10. 1918

<sup>186</sup> WAZ v. 27. 10. 1918

<sup>187</sup> WAZ v. 6. 10. 1918

<sup>188</sup> Tel. des Ausschusses des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften an Wilhelm II., 29./30. 10. 1918; abgedr. ZBl. 23 v. 4. 11. 1918, S. 191. Die GV des CMV gelobte Wilhelm II. am 16. 9. 1918 »unverbrüchliche Treue« und wies alle Versuche, »zwischen dem deutschen Volke und seinem Kaiser Mißtrauen zu stiften, mit Verachtung und Empörung zurück«; s. ebda. Wenig später verkündete das Organ der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands: »Das deutsche Volk verläßt seine Fürsten nicht, das deutsche Volk hält auch zu seinem Kaiser.« (WAZ v. 22. 9. 1918)

<sup>189</sup> Adam Stegerwald, Das Alte stürzt! in: DA Nr. 11 (Nov. 1918), S. 491; s. auch den Aufruf der Leitung des Verbandes der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands von Anfang November 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 15081; SPC Nr. 16 v. 21. 12. 1918, S. 218 f.; Arbeiter (Berlin) Nr. 22 v. 3. 11. 1918; Josef Deutz, Adam Stegerwald. Gewerkschaftler – Politiker – Minister, 1874–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, Köln 1952, S. 74; Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 69 ff., 77; Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 32), S. 74

<sup>190</sup> Kölnische Volkszeitung v. 4. 11. 1918; zit. nach SPC Nr. 16 v. 21. 12. 1918, S. 219. Das Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter trat noch in seiner am 9. 11. ausgegebenen Nummer vorbehaltlos »für Kaiser und Monarchie« ein; s. Gewerkvereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges, S. 7

<sup>191</sup> WAZ v. 10. 11. 1918; vgl. auch Wachtling S. 39. Zu den propagandistischen Bemühungen der christlichen Gewerkschaftspresse um die Festigung der Stimmung im Innern kurz vor dem Zusammenbruch s. im übrigen oben S. 484 und 497 f.

<sup>192</sup> Auf einer Durchhaltekundgebung am 11. 10. 1918 in Essen, an der auch die Spitzenfunktionäre der Werkvereine des Ruhrgebiets sprachen, erklärte Hoensbroech: »Wir halten unbedingt fest an der Monarchie, was auch immer kommen mag.« Zit. nach DW Nr. 42 v. 20. 10. 1918, S. 331; s. auch die Eingabe des Hauptausschusses an



- den Reichskanzler, ebda. Nr. 45 v. 10. 11. 1918, S. 360, und Werkverein Nr. 45 v. 9. 11. 1918
- <sup>193</sup> ZBl. Nr. 23 v. 4. 11. 1918, S. 191
- <sup>194</sup> Aufruf des Ausschusses des Dt. Arbeiterkongresses v. 15. 10. 1918, abgedr. ebda. Nr. 22 v. 21. 10. 1918, S. 177
- <sup>195</sup> ZBl. Nr. 23 v. 4. 11. 1918, S. 191
- <sup>196</sup> WAZ v. 10. 11. 1918
- <sup>197</sup> Walther Rathenau, Ein dunkler Tag, in: Vossische Zeitung v. 7. 10. 1918; abgedr. in: Walther Rathenau, Nach der Flut, Berlin 1919, S. 49 ff.
- <sup>198</sup> Korr. des BdL Nr. 44 v. 24. 10. 1918, S. 108
- <sup>199</sup> ebda. Nr. 43 v. 17. 10. 1918, S. 103
- <sup>200</sup> Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 44 v. 2. 11. 1918, Sp. 431
- <sup>201</sup> s. NLC Nr. 192 v. 5. 10. 1918; Nr. 193 v. 7. 10. 1918; Nr. 196 v. 11. 10. 1918 und Nr. 198 v. 14. 10. 1918; DW Nr. 43 v. 27. 10. 1918, S. 339 f., sowie den Bericht des Konteradmirals v. Levetzow über den Zusammenbruch 1918, abgedr. bei Niemann, Revolution von oben, S. 419
- <sup>202</sup> DAZ Nr. 41 v. 13. 10. 1918, 1. Beiblatt
- <sup>203</sup> DW Nr. 45 v. 10. 11. 1918, S. 357. – Das Organ der Werkvereine propagierte noch Anfang November die Fortsetzung des Krieges »bis zum glücklichen Frieden oder bis zum ehrenvollen Untergang« (Werkverein Nr. 44 v. 2. 11. 1918). Selbst Bethmann Hollweg, dessen Rückkehr ins Reichskanzleramt in diesen Wochen in den Mehrheitsparteien im Gespräch war, hielt die Organisation des Widerstandes des ganzen Volkes für notwendig, falls die Entente unakzeptable Friedensbedingungen stellen sollte; s. Hausmann, Schlaglichter, S. 224; Aufzeichnung v. 29. 9. 1918
- <sup>204</sup> DW Nr. 42 v. 20. 10. 1918, S. 330. Desgleichensprachendie Werkvereine von Essen und Umgebung am 3. 11. gegenüber den Behörden die Erwartung aus, »daß das Verderbenbringende Treiben der ordnungsscheuen Elemente, Ausländer und Reichsfeinde mit allen Machtmitteln des Staates im Keime erstickt wird«, und empfahlen Entschlossenheit und festes Durchgreifen als »die besten Waffen gegen den Bolschewismus« und zur Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung« (Aufruf der Werkvereine von Essen u. Umg., 3. 11. 1918; abgedr. in: Werkverein Nr. 45 v. 9. 11. 1918).
- <sup>205</sup> Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 43 v. 26. 10. 1918, Sp. 407. – Ganz deutlich kommt diese Seitenverkehrung in einem Beschluß der konservativen Fraktion des Preuß. Abgeordnetenhauses vom 13. 10. 1918 zum Ausdruck, in dem die Partei die Aufgabe ihres Widerstandes gegen das gleiche Wahlrecht mit der Absicht begründete, »die Bildung der Einheitsfront nach außen zu gewährleisten«; zit. ebda. Sp. 406
- <sup>206</sup> s. oben S. 528 f.
- <sup>207</sup> Dandl in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates v. 2. 9. 1918; GStAM, MA I, 966; abgedr. bei Deurlein, Bundesratsausschuß, S. 308
- <sup>208</sup> Halbjahresbericht des RP in Posen an Wilhelm II., 26. 10. 1918; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 77/51, Bl. 42
- <sup>209</sup> s. Gustav Mayer, Erinnerungen, S. 301; s. auch Kritzer S. 16, und Ballin an Solf, 25. 10. 1918, in: Gegen die Unvernunft. Der Briefwechsel zwischen Paul Graf Wolff Metternich und Wilhelm Solf, 1915–1918, hrsg. von Eberhard Vietsch, Bremen 1964, S. 140
- <sup>210</sup> Rathenau an Maximilian Harden, 8. 10. 1918; abgedr. in: Walther Rathenau. Ein preußischer Europäer, S. 275; vgl. auch die bei Gottschalk S. 82 f. zitierten Stimmen aus dem liberalen Bürgertum.
- <sup>211</sup> Gustav Mayer, Erinnerungen, S. 305. – Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte bildete eine erstaunliche Ausnahme mit der selbstkritisch-fatalistischen Gelassen-

- heit, mit der er nach der Bekanntgabe der Wilson'schen Friedensbedingungen einem entsetzten Gesprächspartner beruhigend auf die Schulter klopfte und in breitem Sächsisch eröffnete: »Aber lieber Herr Doktor, da wollen wir uns doch gar nicht auftragen: wir hätten doch genauso gemacht.« Zit. bei Paul Mühsam, *Erinnerungen, Betrachtungen, Gestalten*. Als Manuskript vervielfältigt. Jerusalem 1959, S. 77
- <sup>212</sup> s. oben S. 376f.
- <sup>213</sup> Werkverein Nr. 44 v. 2. 11. 1918
- <sup>214</sup> NLC Nr. 215 v. 1. 11. 1918
- <sup>215</sup> Pr. Jbb. 174 (1918), S. 284f.
- <sup>216</sup> Mitteilungsblatt für die Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Jg. 1918, Nr. 9/10 (Sept./Okt.), S. 76. Unmittelbar nach der Revolution wurde diese Anregung mit der Gründung der Antibolschewistischen Liga verwirklicht; s. Bürgerl. Parteien I, S. 30ff.
- <sup>217</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 28. 9. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 65
- <sup>218</sup> DVC Nr. 79 v. 11. 10. 1918
- <sup>219</sup> ebda.
- <sup>220</sup> ebda.
- <sup>221</sup> NLC Nr. 183 v. 24. 9. 1918
- <sup>222</sup> DVC Nr. 82 v. 22. 10. 1918; zu Schieles Verhältnis zu Kapp und dem konservativ-alldutschen Lager s. Stegmann S. 252f. u. ö.
- <sup>223</sup> Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 43 v. 26. 10. 1918, S. 618
- <sup>224</sup> Stresemann an Stadtrat Berndt in Berlin-Friedenau, 2. 11. 1918; PAAA, Nl. Stresemann Nr. 180
- <sup>225</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 7. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 91f.
- <sup>226</sup> Rathenau an Ballin, 15. 10. 1918; abgedr. in: Rathenau, *Ein preußischer Europäer*, S. 280
- <sup>227</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 10. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 135
- <sup>228</sup> Aufruf des engeren Vorstandes des BdL, abgedr. in: *Korr. des BdL* Nr. 43 v. 17. 10. 1918
- <sup>229</sup> Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 43 v. 26. 10. 1918, S. 618
- <sup>230</sup> Pannwitz in der Verhandlung zwischen den Spitzenfunktionären von Volksbund und Vaterlandspartei am 10. 10. 1918; zit. nach dem Verhandlungsprot., abgedr. bei Dirk Stegmann, *Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918*. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: *AfS* 12 (1972), S. 423
- <sup>231</sup> Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 43 v. 26. 10. 1918, Sp. 407; zu derartigen Propagandabemühungen der Rechten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet s. auch Metzmacher, *Novemberumsturz*, a. a. O., S. 146ff.
- <sup>232</sup> s. unten S. 595ff.
- <sup>233</sup> s. zum folgenden das bei Stegmann, *Zwischen Repression und Manipulation* (s. Anm. 230) abgedr. Protokoll der Verhandlung; s. auch die Bemerkungen über diese Verhandlung bei Mayer, *Erinnerungen*, S. 300, und Meinecke, *Straßburg, Freiburg, Berlin*, S. 270
- <sup>234</sup> Schon Ende August 1918 hatte Hans Delbrück in gleichem Sinne einem Aufruf des alldutschen Spitzenfunktionärs Frhr. v. Gebattel zur Erneuerung des inneren Burgfriedens die Antwort erteilt, »der Burgfrieden, den der Frhr. v. Gebattel vorschlägt, könnte, wenn er dem Vaterland dienen soll, nur darin bestehen, daß der

Alldeutsche Verband, der »Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden« und die »Vaterlandspartei« ihren Bestrebungen entsagen und sich auflösen«. Pr. Jbb. 173 (1918), S. 430

- <sup>235</sup> s. den vom Bezirksverband der nationalen Werkvereine von Essen und Umgebung unterzeichneten Aufruf vom 16. 10. 1918 zur Bildung eines »Volksausschusses für nationale Verteidigung« in Düsseldorf, worin auf die bereits vollzogene Gründung gleicher Ausschüsse in anderen Reichsteilen verwiesen wurde; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 15081. – Der BdL gab ominöse Äußerungen gelber Arbeiterorganisationen des Inhalts, das letzte daran setzen zu wollen, »unserem Vaterlande in dieser Not beizustehen und lieber in Ehren untergehen zu wollen, als vor der Geschichte unseres Volkes als jammervolle Feiglinge dazustehen, verflucht von unseren Kindern und Enkeln« (Tel. des Arbeiterausschusses eines nicht näher genannten Handelshauses in Velbert an den Rkz., zit. in: Korr. des BdL Nr. 43 v. 17. 10. 1918, S. 103), als die »Stimme schlichter Arbeiter, die Stimme des Volkes« aus, um die Beendigung aller innenpolitischen Auseinandersetzungen und die Konzentration aller Kräfte und Energien auf das äußere Ziel, »dem Raubgelüst unserer übermütigen Feinde zu wehren«, zu postulieren (ebda.). Vermutlich ohne Verständigung mit den Spitzengremien beteiligten sich vereinzelt auch christliche und sogar sozialdemokratische Organisationen an diesen Ausschüssen. In Hamm z. B. unterzeichneten neben den Konservativen, dem BdL, dem Unabhängigen Ausschuß, den Nationalliberalen und dem Zentrum auch die christlichen und H.-D. Gewerkschaften sowie das Kartell der freien Gewerkschaften und die SPD-Ortsorganisation am 22. 10. einen Aufruf zur nationalen Verteidigung, der unter Hinweis auf das russische Beispiel vor einem wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch warnte, zur Vorbereitung auf einen Entscheidungskampf »für die Freiheit und Zukunft unseres Vaterlandes« aufforderte und in dem Satz gipfelte: »Wir sind deutsch bis auf die Knochen und wollen deutsch bleiben.« (abgedr. WAZ v. 3. 11. 1918). Das Organ der kath. Arbeitervereine pries diesen Aufruf als »eine Tat und ein leuchtendes Beispiel« und empfahl ihn zur allgemeinen Nachahmung (ebda.).
- <sup>236</sup> Mitt. aus der Konserv. Partei Nr. 41 v. 12. 10. 1918, Sp. 390
- <sup>237</sup> s. Rießer an Stresemann, 4. 11. 1918; PAAA, Nl. Stresemann Nr. 180
- <sup>238</sup> Aufruf der Werkvereine von Essen und Umgebung v. 3. 11. 1918; abgedr. in: Werkverein Nr. 45 v. 9. 11. 1918
- <sup>239</sup> Werkverein Nr. 41 v. 12. 10. 1918
- <sup>240</sup> ebda. Nr. 42 v. 19. 10. 1918
- <sup>241</sup> Haußmann erhielt den Auftrag zum Entwurf eines entsprechenden Flugblattes vom Kriegsminister Scheuch; s. seinen Brief an seinen Sohn vom 31. 10. 1918, abgedr. in: Haußmann, Schlaglichter, S. 263; s. auch die Bemerkungen des Reichskanzlers Max von Baden in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates vom 12. 10. 1918; GStAM, MA I, 966; zu den übrigen Planungen s. Haupts S. 193
- <sup>242</sup> Solf in derselben Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates vom 12. 10. 1918, a. a. O.
- <sup>243</sup> BfS-Bericht vom 15. 8. 1918
- <sup>244</sup> BfS-Bericht vom 21. 8. 1918; vgl. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 403f.
- <sup>245</sup> BfS-Bericht vom 21. 8. 1918
- <sup>246</sup> Zit. aus dem Bericht des Bürgermeisters von Meckenheim an den LR in Rheinbach vom 14. 8. 1918 bei Metzmacher, Novemberumsturz, a. a. O. S. 145
- <sup>247</sup> Der bayerische Ministerpräsident Dandl in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses

- ses des Bundesrates am 2. 9. 1918; GStAM, MA I, 966; für den Stimmungsverfall im rheinisch-westfälischen Industriegebiet s. Metzmacher, Novemberumsturz, a. a. O. S. 147 ff.; für Hamburg s. Ullrich S. 574 ff.
- <sup>248</sup> BFS-Bericht v. 31. 8. 1918; s. auch Bauer an Haeften, 31. 8. 1918; BA, Nl. Bauer Nr. 13, Bl. 187
- <sup>249</sup> Aufzeichnung Gustav Mayers v. 30. 9. 1918, in: Mayer, Erinnerungen, S. 298
- <sup>250</sup> Immediatbericht des RP Bromberg an Wilhelm II., 30. 10. 1918; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 77 Nr. 51, Bl. 42
- <sup>251</sup> Halbjahresbericht des RP Posen an Wilhelm II., 26. 10. 1918; ebda. Bl. 42
- <sup>252</sup> Der mecklenburgische Staatsminister Langfeld in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates am 12. 10. 1918; GStAM, MA I, 966
- <sup>253</sup> BFS-Bericht v. 18. 10. 1918; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 265; Miller, Bürde, S. 66 ff.
- <sup>254</sup> zit. bei Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation, S. 428
- <sup>255</sup> Ihren Abschied erhielten die stellv. komm. Generäle der Korpsbezirke Stettin und Magdeburg, die erkonservativen Generäle v. Vietinghoff und Sontag; s. Wrisberg, Heer und Heimat 1914–1918, S. 208; vgl. auch Deist II, S. 1403 f. – Zur Personalpolitik in der preuß. Verwaltung hatte Breitenbach Ende März 1917 im preuß. Staatsministerium mitgeteilt, der Innenminister wolle bei der Wiederbesetzung vakanter Regierungs- und Oberpräsidien »einige praktische Beispiele geben für die Worte ›Freie Bahn allen Tüchtigen‹. Er wolle sich daher nicht auf Verwaltungsbeamte beschränken, sondern auch Oberbürgermeister berücksichtigen, die in der Verwaltung stehen und die nötigen Eigenschaften für die Stelle eines Regierungspräsidenten besitzen.« Bethmann Hollweg hatte in diesem Zusammenhang die Empfehlung ausgesprochen, »in die höheren Verwaltungssämer nicht einseitig streng konservativ gerichtete Beamte, sondern auch gemäßigte Nationalliberale hineinzubringen«; Prot. in IISG, Nl. Braun Nr. 307. Praktische Konsequenzen blieben bis Kriegsende jedoch aus.
- <sup>256</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 476 f.; Miller, Bürde, S. 54 f.
- <sup>257</sup> s. Hugo an Thea Haase, 1. 11. 1918, in: Hugo Haase, S. 169; s. dazu auch die Bemerkungen Eberts in der gemeinsamen Sitzung von SPD-Reichstagsfraktion und Parteiausschuß am 6. 11. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 509; s. auch Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 494
- <sup>258</sup> Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hrsg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern, 2., verm. Aufl., Berlin 1924, S. 137
- <sup>259</sup> Aus den unveröff. Erinnerungen Wilhelm Dittmanns zit. in: Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 496; zu den Auftritten Dittmanns im Ruhrgebiet s. auch Hans Ulrich Knies, Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 90 f.
- <sup>260</sup> s. Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 496 ff.
- <sup>261</sup> Aus den Erinnerungen des Gothaer Polizeikommissars Gisohn zit. bei Ewald Buchsbaum, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914–1920. Unter bes. Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der KPD im Dezember 1920, Diss. phil. Halle-Wittenberg 1965 (Masch.), S. 100
- <sup>262</sup> s. Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 71 f.
- <sup>263</sup> Tagebuchnotiz des Hauptmanns Gustav Böhm vom 1. 11. 1918, in: Adjutant im preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des

- Hauptmanns Gustav Böhm. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. und bearb. von Heinz Hürten und Georg Meyer, Stuttgart 1977, S. 51
- <sup>264</sup> BfS-Bericht v. 1. 11. 1918; s. auch den Brief Conrad Haußmanns an seine Tochter v. 2. 11. 1918; Haußmann, Schlaglichter, S. 264
- <sup>265</sup> Stresemann an Stadtrat Berndt in Berlin-Friedenau, 2. 11. 1918; PAAA, Nl. Stresemann Nr. 180
- <sup>266</sup> Stresemann an Gustav Stein (Duisburg), 8. 11. 1918; ebda.
- <sup>267</sup> s. Winnig, Der weite Weg, S. 423
- <sup>268</sup> Stegerwald forderte noch Anfang November dazu auf, »eine hochgehende anhaltende nationale Welle, die Aufpeitschung des furor teutonicus und des deutschen Zornes« durch »große Gedanken und entscheidende Taten« auszulösen, um »die letzten moralischen Kräfte aus Heer und Heimat« herauszuholen (Stegerwald, Das Alte stürzt, in: DA Nr. 11, Nov. 1918, S. 494). Der Sekretär des Verbandes der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands, Otto Müller, hielt es noch am 5. 11. für möglich, »die öffentliche Meinung wieder umzuwandeln, wenn nur allseitig und lebendig zugegriffen würde«. Dem Düsseldorfer Reg.-Präsidenten schlug er dazu vor, die Presse anzuweisen, »unser Volk auf die Möglichkeit einer glücklichen Zukunft auch nach einem weniger günstigen Frieden hinzuweisen, wenn nur alle ihre Pflicht tun«, und »statt des niederschlagenden Pessimismus ... eine pflichtbewusste Zuversicht für die Zukunft« zu verbreiten. In den einzelnen Orten sollten die Behörden Versammlungen »zwecks Herbeiführung einer würdigen Haltung des Volkes« veranstalten; dort, wo die Bevölkerung »aus Mißstimmung gegen die Bürgermeister einer von ihnen ausgehenden Einladung nicht Folge leisten würden«, mußten die Arbeiterorganisationen die Durchführung übernehmen und insbesondere »die besitzenden und gebildeten Kreise« einladen. Um den »Schwätzern« in den Eisenbahnwagen entgegenzutreten, empfahl Müller, »überall Plakate aufzuhängen, die ausdrücklich sagen, daß vom Ausland gewonnene Schwätzer die Bevölkerung zu verwirren suchen, um ein Ende nach dem Beispiel Rußlands herbeizuführen« (Otto Müller an den RP Düsseldorf, 5. 11. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 15081).
- <sup>269</sup> BfS-Bericht v. 1. 11. 1918
- <sup>270</sup> Müller an den RP Düsseldorf, 5. 11. 1918
- <sup>271</sup> ebda.
- <sup>272</sup> Denkschrift Gayls an den Chef des Zivilkabinetts, Berg, 17. 9. 1918; zit. nach Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 404
- <sup>273</sup> Müller an den RP Düsseldorf, 5. 11. 1918, a. a. O.
- <sup>274</sup> Schreiben der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin an den Reichskanzler, 6. 9. 1918; abgedr. AF 4/IV, S. 1541; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 184
- <sup>275</sup> Erlaß des bayerischen Innenministers Brettreich an alle bayerischen Regierungspräsidien, 23. 10. 1918; AStAM, MInn 71706
- <sup>276</sup> s. Gunther Mai, Die Sozialstruktur der württembergischen Soldatenräte 1918/19, in: IWK 14 (1978), S. 26
- <sup>277</sup> Immediatbericht des RP Gumbinnen an Wilhelm II., 30. 10. 1918; GStA Berlin-Dahlem, Rep. 77 Nr. 51, Bl. 67f. Die pathetische Überzeugung mancher Verwaltungsbeamter, die Landbevölkerung würde sich durch einen Aufruf zur nationalen Verteidigung »auch heute noch zu einer Höhe der Stimmung wie in den Freiheitskriegen und bei Beginn des jetzigen Weltkrieges erheben« lassen (Immediatbericht des RP Bromberg, 30. 10. 1918, ebda. Bl. 50f.), erscheint daher wenig begründet.
- <sup>278</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 28. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 161

- <sup>279</sup> s. z. B. die Aufzeichnungen Böhms über Äußerungen Bauers vom 8. 10. 1918; Adjutant im preußischen Kriegsministerium, S. 37
- <sup>280</sup> s. oben S. 532 und 545 f.
- <sup>281</sup> Bezeichnend hierfür sind folgende Sätze aus einem Brief Duisbergs an E. A. Merk vom 31. 10. 1918: »Von dem Tage an, wo ich sah, daß das Kabinettsystem abgewirtschaftet hatte, habe ich die Umstellung auf das parlamentarische System mit Freuden begrüßt und stehe heute, wo es sich um das höchste, was es für mich gibt, das Vaterland, handelt, hinter der demokratischen Regierung und suche auf diese Weise zu retten, was zu retten ist.« Zit. bei Zunkel, *Industrie und Staatsozialismus*, S. 173
- <sup>282</sup> s. z. B. die Behauptung der NLC Nr. 214 v. 4. 11. 1918, mit der Abdankung des Kaisers würde die Gefahr heraufbeschworen, »daß das deutsche Reich auseinanderfällt« oder gar zur Republik und hiermit zur »nationalen Kraftlosigkeit« herunterkäme; s. auch ebda. Nr. 216 v. 7. 11. 1918
- <sup>283</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 27. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 157
- <sup>284</sup> Mitt. Bauers in der Kabinettsitzung vom 2. 11. 1918; aus dem Sitzungsprotokoll zit. bei Arnold Brecht, *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927*, Stuttgart 1966, S. 182. Das in: *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 2), S. 466 ff. abgedr. stichwortartige Protokoll derselben Kabinettsitzung von der Hand Conrad Haußmanns enthält diese Bemerkungen nicht; vgl. auch die Tagebuchnotiz Haußmanns vom 13. 10. 1918; in: *Haußmann, Schlaglichter*, S. 250
- <sup>285</sup> Stresemann an Friedberg, 26. 10. 1918; PAAA, Nl. Stresemann Nr. 180
- <sup>286</sup> Gustav an Lydia Radbruch, 21. 9. 1918, abgedr. in: *Gustav Radbruch, Briefe*, hrsg. von Erik Wolf, Göttingen 1968, S. 64
- <sup>287</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 2, S. 480
- <sup>288</sup> Ludwig Lewinsohn, *Die Revolution an der Westfront*, Charlottenburg 1919, S. 3; s. auch *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 3, S. 480
- <sup>289</sup> Gustav an Lydia Radbruch, 7. 10. 1918, in: *Radbruch, Briefe*, S. 66; s. auch die Tagebuch-Aufzeichnung Thaers vom 1. 10. 1918; Thaer S. 234, und Lewinsohn S. 2
- <sup>290</sup> s. den Bericht des Hauptmanns Loose an die OHL über die Stimmung bei den Heeresgruppen Gallwitz und Herzog Albrecht vom 5. 11. 1918; abgedr. bei Hans Thimme, *Der Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr*, Stuttgart/Berlin 1932, S. 278 ff.
- <sup>291</sup> s. Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 442 f.
- <sup>292</sup> s. die Tagebuchnotiz Böhms vom 1. 11. 1918; Adjutant im preußischen Kriegsministerium, S. 52; nach anderen Schätzungen betrug die Zahl allein der politisch organisierten Deserteure in Berlin rund 40000; s. Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkbuch, Charlottenburg o. J., S. 20
- <sup>293</sup> s. *Deutschland im 1. Weltkrieg*, Bd. 3, S. 511 und 520 f.; Ludendorff, *Kriegführung und Politik*, S. 154, schätzte die Zahl später auf »einige Hunderttausend«. Zur Stimmung im Heer s. auch den Bericht Groeners in seinem Vortrag vor dem Kriegskabinet am 5. 11. 1918, abgedr. in: *Amtl. Urkunden*, S. 243 ff.; auszugsweise bei Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 446 f.
- <sup>294</sup> s. Ludendorff, *Kriegführung und Politik*, S. 152 f.; Mai a. a. O. S. 27
- <sup>295</sup> Die Leitung der revolutionären Obleute in Berlin rief Anfang November 1918 dazu auf, den Einberufungen keine Folge zu leisten; s. den Aufruf in DMA II/2, S. 275 f.
- <sup>296</sup> s. Kritzer S. 16; vgl. auch oben S. 467 f.
- <sup>297</sup> Aus der Meldung eines Münchener Polizeikommissars vom 7. 11. 1918 zit. bei Karl-

- Ludwig Ay, Volksstimmung und Volksmeinung als Voraussetzung der Münchener Revolution von 1918, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 368. – Ein Offizier, den die OHL nach Köln entsandte, um sich über die Möglichkeit eines bewaffneten Vorgehens gegen die Revolution zu informieren, meldete am 8. 11., eine Wiederherstellung des alten Regimes mit Waffengewalt sei ausgeschlossen; die Masse der Truppen sei depriviert und würde nicht schießen; s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 452
- <sup>298</sup> Zu den Vorgängen in Kiel und ihren Motiven s. Wilhelm Deist, Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918; in: VfZ 14 (1966), S. 341 ff.; Daniel Horn, The German Naval Mutinies of World War I, New Brunswick 1969, S. 198 ff.; Miller, Bürde, S. 74 f.; Kluge, Soldatenräte, S. 32 ff.; zur Ausbreitung der Umsturzbeziehung ebda. S. 57 ff. und 69 ff.; Miller, Bürde, S. 76 ff.
- <sup>299</sup> Daß fast überall der Aufstand der Soldaten vor demjenigen der Arbeiter stattfand, belegt Kluge, Kap. I
- <sup>300</sup> Die in Gotha stationierten Truppen z. B. waren nach den Erinnerungen eines Polizeikommissars schon im Oktober 1918 »revolutionär gestimmt, disziplinos und nicht mehr bereit, Soldaten im Sinne militärischer Überlieferung zu sein«; aus den Erinnerungen des Gothaer Polizeikommissars Gisohn zit. bei Buchsbaum, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterschaft 1914–20, S. 100. Besonders unzuverlässig waren offenbar die erst unmittelbar zuvor eingezogenen 18jährigen und die zuvor reklamierten Rüstungsarbeiter. Harbou behauptete im Dezember 1918 sogar, daß »durch die Einziehung und Bewaffnung dieser Elemente die Revolution erst möglich gemacht« worden sei; andernfalls wären die Ersatzbataillone »wahrscheinlich instände gewesen, den Ausbruch der Revolution zu verhindern«. Notizen Harbou über das Zusammenwirken mit dem Kriegsministerium während der Dauer des Bestehens des Generalkommandos [Lequis]; MA, Nl. Schleicher, N 42, Bl. 29 ff.; abgedr. bei Erwin Könnemann, Der Truppeneinmarsch am 10. Dezember 1918 in Berlin, in: ZfG 16 (1968), S. 1606
- <sup>301</sup> Zu den hierüber im Großen Hauptquartier am 8. und 9. 11. 1918 angestellten Beratungen s. die zusammenfassende Darstellung in Deutschland im 1. Weltkrieg, Bd. 3, S. 538 ff.
- <sup>302</sup> s. das Schreiben des bayerischen Innenministers an den bayer. Kriegsminister, 13. 8. 1918; AStAM, MIInn 71706
- <sup>303</sup> s. den Erlaß der Armeeabteilung des bayer. Kriegsministeriums an die Inspektion des Ingenieurkorps, 21. 10. 1918, ebda.
- <sup>304</sup> s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 452 f.
- <sup>305</sup> s. Erich Kuttner, Von Kiel bis Berlin. Der Siegeszug der deutschen Revolution, Berlin 1919, S. 26 f.
- <sup>306</sup> Scheidemann in der Kabinettsitzung v. 7. 11. 1918, in: Reg. Max, S. 575
- <sup>307</sup> Tagebuch-Notiz Koch-Wesers v. 15. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 117
- <sup>308</sup> s. Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962, S. 71 ff.; zur Entstehung der Soldatenräte ferner im Überblick Heinz Hürten, Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918, in: Historisches Jahrbuch 90 (1970), S. 299 ff.; ausführlich Kluge, passim
- <sup>309</sup> s. oben S. 548
- <sup>310</sup> s. die Äußerungen Sachsens auf der GV des Bergarb. verb. 1919, Prot. S. 260
- <sup>311</sup> s. die Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers v. 22. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 135
- <sup>312</sup> So Groeners Eindruck nach einem Gespräch mit Ebert, Scheidemann, Legien, David, Bauer und Südekum sowie Robert Schmidt über die Kaiserfrage am 6. 11. 1918;

- Groener, Lebenserinnerungen, S. 450; s. auch Prinz Max v. Baden, Erinnerungen, S. 600
- <sup>313</sup> s. die Mitteilungen Groeners über eine Besprechung mit den genannten Partei- und Gewerkschaftsführern sowie Oberst v. Haeften über die Kaiserfrage am 6. 11. 1918; Groener, Lebenserinnerungen, S. 450f., sowie seine Aussage im Dolchstoßprozeß 1925, Dolchstoßprozeß S. 217; vgl. dazu Hermann Pachnicke, Führende Männer im alten und im neuen Reich, Berlin 1930, S. 230f.; zur Lagebeurteilung durch die bayerische Sozialdemokratie s. Kritzer S. 24ff.
- <sup>314</sup> s. das Prot. der gemeinsamen Sitzung von SPD-RT-Fraktion und Parteiausschuß v. 6. 11. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 508ff.
- <sup>315</sup> s. das Prot. der SPD-Fraktionssitzung v. 8. 11. 1918; ebda. S. 515ff.; vgl. auch Gustav Bauers Bekenntnis zum Zusammengehen mit reformbereiten bürgerlichen Gruppen vor dem VT des Verbandes der Büroangestellten am 3. 11. 1918; Prot. S. 25f.
- <sup>316</sup> Aufruf des SPD-Partei Vorstandes v. 4. 11. 1918, abgedr. Corr. bl. Nr. 45 v. 9. 11. 1918, S. 411f.
- <sup>317</sup> Für Rheinland-Westfalen s. Lambers S. 39f.; Metzmacher, Novemberumsturz, a. a. O. S. 155ff.
- <sup>318</sup> s. Keil, Erlebnisse, II, S. 38f.
- <sup>319</sup> Aus der Bergarbeiterzeitung zit. in Corr. bl. Nr. 44 v. 2. 11. 1918, S. 403
- <sup>320</sup> s. Peter Kritzer, Die SPD in der bayerischen Revolution von 1918, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 434ff.; Kluge S. 381, Anm. 199
- <sup>321</sup> Giesberts in einer Versammlung der Zentrumsparlei in Essen am 3. 11. 1918; zit. bei Metzmacher, Novemberumsturz, a. a. O. S. 150
- <sup>322</sup> Aufruf der Verbandsleitung des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands an die Tagespresse, Anfang November 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15081
- <sup>323</sup> s. die Aussage Ledebours im Ledebour-Prozeß v. 23. 6. 1919; abgedr. in: Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer, zusammengestellt von Minna Ledebour, Zürich 1954, S. 150
- <sup>324</sup> s. die Aufzeichnung Conrad Haußmanns v. 8. 11. 1918; Haußmann, Schlaglichter, S. 267; s. auch Miller, Bürde, S. 79
- <sup>325</sup> s. Erich Kuttner, Von Kiel bis Berlin, S. 27
- <sup>326</sup> s. Scheidemann, Zusammenbruch, S. 106f.; ders., Memoiren, II, S. 294ff.; Hermann Müller, Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 45
- <sup>327</sup> zit. nach Georg Tietz, Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Stuttgart 1965, S. 189; s. auch das Stimmungsbild bei Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, S. 257
- <sup>328</sup> Scheidemann in der gemeinsamen Sitzung von SPD-RT-Fraktion und Parteiausschuß am 6. 11. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 508ff.
- <sup>329</sup> Scheidemann ebda.; zit. nach Scheidemann, Zusammenbruch, S. 205
- <sup>330</sup> Prot. der Sitzung des SPD-Vorstandes mit Berliner Arbeitervertretern, 9. 11. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 518f.; s. auch Miller, Bürde, S. 80ff.
- <sup>331</sup> Zur Haltung von SPD und Gewerkschaften in der Abdankungsfrage s. Adolf Stutzenberger, Die Abdankung Kaiser Wilhelms II. Die Entstehung und Entwicklung der Kaiserfrage und die Haltung der Presse, Berlin 1937 (Historische Studien, Heft 312). Die Abdankungsforderung wurde zuerst von der Fränkischen Tagespost unwunden erhoben, und zwar nach Absprache der Nürnberger SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre; die Auflage des Blattes stieg dadurch binnen kurzem auf das dreifache; s. Adolf Braun, Sturmvoegel der Revolution. Aktenstücke zur Vorge-



- schichte der Revolution, Berlin 1919, S. 5; Schwarz, Nürnberg, S. 260ff. Zur Reaktion der bürgerlichen Presse s. Georg Gärtner, Mit uns zieht die neue Zeit. Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Jahre 1928, Nürnberg 1928, S. 225; Scheidemann, Memoiren II, S. 258f. s. ferner die Protokolle der SPD-Fraktionssitzungen vom 17. 10. bis 8. 11. 1918, SPD-RT-Fraktion II, S. 481ff.; die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 8. 11. 1918, in: Reg. Max, S. 589ff.; Winnig, Der weite Weg, S. 424; Haußmann, Schlaglichter, S. 268f. – Als einziges Gewerkschaftsblatt forderte vor der Revolution die Dachdeckerzeitung in ihrer am 2. 11. 1918 in Druck gegebenen Nummer die Absetzung der deutschen Fürsten; s. Zentralverband der Dachdecker, GBer. 1918/19, S. 10
- <sup>332</sup> s. die Bemerkung Eberts in der Sitzung der SPD-Fraktion mit Berliner Arbeitervetretern, 9. 11. 1918; SPD-RT-Fraktion, II, S. 518; Scheidemann, Memoiren, II, S. 294ff.; Richard Müller, Die Novemberrevolution, S. 46; Miller, Bürde, S. 80ff.; Schulze, Otto Braun, S. 222f.
- <sup>333</sup> Legien in der Vorstandskonferenz v. 14. 11. 1918; Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 106; vgl. auch Kloth, Einkehr, S. 128; Paul Merker, Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890–1920, Berlin 1949, S. 213
- <sup>334</sup> SPD-RT-Fraktion, II, S. 520; Potthoff S. 33
- <sup>335</sup> zit. nach Heinrich Spiero, Schicksal und Anteil. Ein Lebensweg in deutscher Wendezeit, Berlin 1929, S. 291; vgl. auch die Bemerkungen Delbrücks in Pr. Jbb. 174 (1918), S. 433; zum Verlauf des Umsturzes in Berlin im übrigen Kluge S. 82ff.
- <sup>336</sup> Zu den Vorgängen im Berliner Polizeipräsidium s. Emil Eichhorn, Über die Januar-Ereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizei-Präsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen, Berlin 1919, S. 7f.; Anton Fischer, Die Revolutionskommandantur Berlin, o. O., o. J., S. 6; s. auch Scheidemann, Zusammenbruch, S. 107f.; zu den Ereignissen in Berlin s. außerdem J. S. Drabkin, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S. 147ff., sowie die älteren Darstellungen bei Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk, Bd. 1: Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin 1921; Richard Müller, Die Novemberrevolution, Wien 1925; Hermann Müller, Die Novemberrevolution, Berlin 1928; Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929. Sehr aufschlußreich für die psychische Kapitulation der Marineoffiziere vor der Revolution E. Alboldt, Die Tragödie der alten deutschen Marine. Amtliches Gutachten, erstattet vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages, Berlin 1928, S. 143ff.
- <sup>337</sup> s. Kluge S. 94ff.
- <sup>338</sup> Mit nur einer Ausnahme wurde z. B. am 9. 11. auf sämtlichen Zechen der Oberhausener Gutehoffnungshütte normal gearbeitet; auf den umliegenden Zechen allerdings ruhte die Arbeit; s. Reusch an August Haniel, 9. 11. 1918; HA/GHH, 300193000/4; zum durchweg ruhigen Verlauf des Umsturzes im rheinisch-westfälischen Industrieviertel s. Metzmaker, Novemberumsturz, a. a. O. passim; s. auch die Bemerkungen Rürups in der Einleitung zu: ders. (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 23
- <sup>339</sup> Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens, Jahresberichte für die Jahre 1914–1920 und für das Jahr 1921, Waldenburg 1922, S. 13f.
- <sup>340</sup> Hans Driesch, Lebenserinnerungen. Aufzeichnungen eines Forschers und Denkers in entscheidender Zeit, München/Basel 1951, S. 158f.; zum ruhigen Verlauf der Revolution in Baden s. auch Remmele S. 23

- 341 s. H. Maur, Die Auswirkungen der Novemberrevolution auf den heutigen Kreis Wolgast, in: *Wiss. Zeitschrift der Universität Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe*, 8 (1958/59), S. 33 f.
- 342 Tel. des LR auf Rügen an den RP in Stralsund, 14. 11. 1918, zit. bei W. Lamprecht, *Der Kreis Rügen in den Tagen der Novemberrevolution*, ebda. S. 46
- 343 s. Metzmacher, *Novemberumsturz*, a. a. O. S. 253
- 344 Max Kiepert, *Die Arbeit des Landrats. Von der Kriegs- und Revolutionszeit über Kapp-Putsch, Inflation und Wirtschaftskrise zu Adolf Hitler*, Berlin 1935, S. 50 f.; zur Ruhe auf dem Lande in den Umsturztagen s. jetzt auch Schumacher, *Land und Politik*, S. 87 ff.
- 345 s. Franz Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, hrsg. vom Landesvorstand Schleswig-Holstein der SPD, Kiel 1963, S. 60 f.; Kluge, S. 43
- 346 s. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Unterweserorten. Im Auftrage des SPD-Unterbezirksvorstandes Unterweser hrsg. von Fritz Thienst, *Wesermünde-Bremerhaven 1930*, S. 143 ff.; s. auch Kluge S. 51
- 347 s. FAV, *Jb.* 1918, S. 38, und Bericht des Ortsausschusses Hannover des ADGB, umfassend die Jahre 1913–1919, S. 43
- 348 s. Hans Spethmann, 12 Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsbeginn bis zum Franzosenabmarsch 1914–1925. Bd. 1: *Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919*, Berlin 1928, S. 367; Inge Marfölek, *Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats*, in: Rürup (Hrsg.), *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, S. 249
- 349 s. Kolb S. 91; Kluge, *Militärrevolte und Staatsumsturz*, in: Rürup (Hrsg.), *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, S. 52 ff.; Knies, *Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal*, ebda. S. 95; Metzmacher, *Novemberumsturz*, a. a. O. S. 211
- 350 s. *Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften 1918/1919*, S. 95; Metzmacher, *Novemberumsturz*, a. a. O. S. 187, gibt die Zahl der Gewerkschaftsvertreter mit 6 an; s. auch Kluge, *Militärrevolte und Staatsumsturz*, a. a. O. S. 47
- 351 s. Julius Schwarz, *Das Saargebiet, sein Bergbau und seine Sozialpolitik*, S. 66
- 352 s. Albert Grzesinski, *Inside Germany*, New York 1939, S. 46 ff.
- 353 s. *Die rote Stadt im roten Land. Ein Buch über Werden und Wirken der Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt*, hrsg. vom Parteitagskomitee zum Sozialdemokratischen Parteitag Magdeburg 1929, Magdeburg 1929, S. 79; s. auch Kolb S. 92 f.
- 354 s. FAV, *Jb.* 1918, S. 38, und Rudolf Donnerhack, *Aus der Novemberrevolution 1918 in Plauen*, Plauen 1958, S. 22
- 355 s. Hermann Müller, *Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg*, Jena 1923, S. 117 f.
- 356 s. den Bericht von Maria Taubenheim, in: *Veteranenberichte 1918*, S. 91 f.
- 357 s. Ernst Loops, *Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung*, Danzig 1928, S. 169
- 358 s. Ernst Hesterberg, *Alle Macht den A.- und S.-Räten. Kampf um Schlesien, Breslau 1932*, S. 14; zur Entstehung dieses »Volksrates« s. auch Schumann, *Oberschlesien 1918/19*, S. 81 ff.; zur Rolle von Gewerkschaftsfunktionären in den Kontrollorganen beim Oberpräsidenten und beim Polizeipräsidenten in Breslau s. Hesterberg S. 42
- 359 s. Schumann S. 72
- 360 s. Günther Meinhardt, *Oberschlesien 1918/19. Die Maßnahmen der Reichsregierung, Behörden und Gewerkschaften zur Sicherung Oberschlesiens*, in: *Jb. der*

- Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 16 (1971), S. 217; vgl. auch Schumann S. 70
- <sup>361</sup> s. Meinhardt a. a. O. S. 220 und 223; Schumann S. 87f.
- <sup>362</sup> s. Kolb S. 88
- <sup>363</sup> s. W. E. Oeftering, *Der Umsturz in Baden*, Konstanz 1920, S. 181; s. auch Horst Dähn, *Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918–1919*, Meisenheim 1975, S. 373, Anm. 6
- <sup>364</sup> s. Richard Bünemann, *Hamburg in der Revolution von 1918/19*, Diss. phil. Hamburg 1951 (Masch.), S. 60ff.
- <sup>365</sup> s. Paul Neumann, *Hamburg unter der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht, erstattet im Auftrage des Arbeiterrats*, Hamburg 1919, S. 4f.; s. auch Ullrich S. 619
- <sup>366</sup> s. 22. Bericht des Gewerkschaftskartells und 19. Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona und Umgegend, Geschäftsjahr 1918, Hamburg 1919, S. 15
- <sup>367</sup> s. Ullrich S. 623
- <sup>368</sup> s. 22. Bericht des Gewerkschaftskartells Hamburg, S. 21; Ullrich S. 631ff.
- <sup>369</sup> s. 22. Bericht des Gewerkschaftskartells Hamburg, S. 21f.
- <sup>370</sup> s. Peter Kuckuk (Hrsg.), *Revolution und Räterepublik in Bremen*, Frankfurt 1969, S. 10f.
- <sup>371</sup> s. Paul Müller und Wilhelm Breves, *Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis zum März 1919*, Bremen 1919, S. 18
- <sup>372</sup> s. Irmgard Steinisch, *Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Industriegebiet. Die revolutionären Auseinandersetzungen in Mülheim an der Ruhr*, in: Rürup (Hrsg.), *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, S. 170ff.
- <sup>373</sup> 21. und 22. Jahresbericht des Arbeitersekretariats München und Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München 1918/19, München o. J., S. 11
- <sup>374</sup> s. Schwarz, Nürnberg, S. 285
- <sup>375</sup> s. Die Gewerkschaftsbewegung in Halle im Jahre 1918, S. 4
- <sup>376</sup> s. Geyer, *Die revolutionäre Illusion*, S. 74
- <sup>377</sup> s. Gerhard Puchta, *Der Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig vom November 1918 bis vor dem II. Rätekongreß Anfang April 1919*, in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Leipzig, Ges.- und sprachwiss. Reihe*, 7 (1957/58), S. 363ff.
- <sup>378</sup> s. Kolb S. 114ff. und Ingo Materna, *Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19*, Berlin (Ost) 1978, S. 34ff.
- <sup>379</sup> s. Metzmaker, *Novemberumsturz*, a. a. O. S. 222
- <sup>380</sup> s. Gewerksverein Nr. 61/62 v. 30. 11. 1918, S. 121 und 123; Nr. 63/64 v. 14. 12. 1918, S. 125; für Düsseldorf s. Ludwig Luckemeyer, *Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919*, Diss. phil. Gießen 1975, Bd. 1, S. 158
- <sup>381</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 302; Metzmaker, *Novemberumsturz*, a. a. O. S. 257; s. auch Kluge, *Militärrevolte und Staatsumsturz*, a. a. O. S. 49
- <sup>382</sup> Sten. Bericht über die Besprechung am 15. 11. 1918 in der Düsseldorfer Tonhalle; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15081; s. zu dieser Versammlung auch Knies a. a. O. S. 106f.
- <sup>383</sup> s. Kolb S. 91. – Der Duisburger Arbeiter- und Soldatenrat bestand aus je 10 Vertretern der SPD, USPD, der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie der Soldaten; s. Metzmaker, *Novemberumsturz*, a. a. O. S. 225
- <sup>384</sup> s. ebda. S. 228f.
- <sup>385</sup> s. ebda. S. 222; Miller, *Bürde*, S. 121

- <sup>386</sup> s. Oeftering S. 267
- <sup>387</sup> s. den Bericht des LR Jülich an den RP Aachen, 28. 11. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Aachen, Präs. 856
- <sup>388</sup> Aufruf des Ausschusses des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften; abgedr. ZBl. Nr. 24 v. 18. 11. 1918, S. 193
- <sup>389</sup> s. SPC Nr. 16 v. 21. 12. 1918, S. 217
- <sup>390</sup> Schreiben des ASR Köln an das Kölner Bezirkskartell der christl. Gewerkschaften, 21. 11. 1918; abgedr. in: Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Köln, Jahresbericht 1918/19, Köln 1920, S. 6
- <sup>391</sup> Schreiben des Kölner Bezirkskartells der christl. Gewerkschaften an den Kölner ASR; ebda.
- <sup>392</sup> Allein im Wohlfahrtsausschuß, der am 10. 11. unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, aber unter maßgeblichem Einfluß der Sozialdemokratie eingerichtet wurde, waren sie durch Jakob Kaiser vertreten; s. Wilhelm Sollmann, Die Revolution in Köln, Köln 1918, S. 10 und 17
- <sup>393</sup> Peter Kiefer, 25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Saarrevier, Saarbrücken 1929, S. 44; s. auch Helmut Metzmacher, Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918 in Saarbrücken, in: Zs. f. d. Geschichte der Saargegend 19 (1971), S. 243 f.
- <sup>394</sup> s. die Resolution der außerordentlichen Revierkonferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter vom 13. 11. 1918 in Saarbrücken, abgedr. in: Peter Kiefer, Rückblick – Ausblick über die gewerkschaftspolitische Lage, Saarbrücken 1919, S. 11 f.
- <sup>395</sup> Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in den Jahren 1914/21 nebst Berichten über die Verbandstage und Reichskonferenzen in den Jahren 1914/22, hrsg. vom Zentralvorstand, Köln o. J., S. 6
- <sup>396</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 501
- <sup>397</sup> s. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 10
- <sup>398</sup> s. Eduard Schulte, Münstersche Chronik zu Novemberrevolution und Separatismus, Münster 1936, S. 23, 33 f. und 51 ff.; s. dazu Heinz Hürten, Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918, in: Histor. Jb. 90 (1970), S. 308 f.
- <sup>399</sup> s. Metzmacher, Novemberumsturz, a. a. O. S. 234 f.
- <sup>400</sup> s. J. Copius, Die Novemberrevolution in Greifswald, in: Wiss. Zs. der Univ. Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe, 8 (1958/59), S. 13; für Dessau: Die Novemberrevolution 1918. Ein geschichtlicher Abriss unter Darstellung der Ereignisse in Dessau, Hrsg. von der Kreisleitung der SED, Dessau 1958, S. 35 f.
- <sup>401</sup> s. Heinrich Hillermayr, München in der Revolution von 1918/19, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 475
- <sup>402</sup> s. W. Mielenz (Hrsg.), Liegnitz in den Tagen der Revolution. Eine geschichtliche Zusammenfassung der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates, Liegnitz 1919, S. 9
- <sup>403</sup> Tel. des ASR Liegnitz an die »Provisorische Reichsregierung Ebert-Haase«, 24. 11. 1918; abgedr. ebda. S. 25
- <sup>404</sup> Aus der Liegnitzer Lokalpresse v. 24. 11. 1918 zit. ebda. S. 27
- <sup>405</sup> s. Schumann S. 71 f.; Meinhardt a. a. O. S. 218 und 220
- <sup>406</sup> s. Hesterberg S. 14
- <sup>407</sup> Aufzeichnung Max Webers v. 18. 11. 1918; zit. bei Marianne Weber, Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen 1926, S. 645
- <sup>408</sup> s. Metzmacher, Novemberumsturz, a. a. O. S. 217
- <sup>409</sup> Zu Aachen s. Helmut Metzmacher, Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Aachen,

- in: Zs. des Aachener Geschichtsvereins 79 (1968), S. 155; zu Krefeld s. ders., Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Krefeld, in: Die Heimat (Krefeld) 40 (1969), S. 83; zu Mannheim und Karlsruhe s. Remmele S. 18
- <sup>410</sup> s. Materna S. 21
- <sup>411</sup> s. Kolb S. 91 ff.; für Oberschlesien ferner Schumann S. 73 f.; zur Rolle der schlesischen »Volksräte« im deutsch-polnischen Nationalitätenkampf nach Kriegsende außerdem Georg Cleinow, Der Verlust der Ostmark. Die Deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampf um die Erhaltung der Ostmark beim Reich 1918/19, Berlin 1934
- <sup>412</sup> s. Kolb S. 99 ff.
- <sup>413</sup> Adolf Lucas, Erinnerungen aus meinem Leben, Opladen 1959, S. 212 f.
- <sup>414</sup> Adolf Wermuth, Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922, S. 426
- <sup>415</sup> s. zum folgenden Heinrich Muth, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: VfZ 21 (1973), S. 1 ff.; Flemming S. 253 ff.; Schumacher, Land und Politik, S. 90 ff.
- <sup>416</sup> s. Muth a. a. O. S. 28 ff.; ausführlich Wilhelm Cohnstädt, Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag, München 1903, und Hans Georg Lehmann, Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus, Tübingen 1970; Schumacher S. 317 ff.; Flemming S. 50. Der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband leistete keinen eigenen Beitrag zur sozialistischen Agrartheorie; s. ebda. S. 150 f.
- <sup>417</sup> Ökonomierat Keiser, der Geschäftsführer der sozialpolitischen Abteilung des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft, einer 1917 gegründeten Dachorganisation der beiden landwirtschaftlichen Spitzenkörperschaften des Reiches und Preußens, des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Preußischen Landesökonomiekollegiums, und der agrarischen Interessenverbände, an Carl Mehnert, den Vorsitzenden des Kriegsausschusses, 20. 11. 1918; zit. bei Muth S. 14
- <sup>418</sup> Schon Anfang Dezember 1918 freilich wurde Schmidt gegen den Vorsitzenden des viel schwächeren christlichen Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter ausgewechselt, Franz Behrens, der bisher als RT-Abgeordneter der Deutschen Fraktion angehört hatte und am 24. 11. 1918 als Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs für die DNVP politisch wieder an die Öffentlichkeit trat.
- <sup>419</sup> s. Muth, S. 10 ff. sowie Erwin David, Der Bund der Landwirte als Machtinstrument des ostelbischen Junkertums 1893–1920, Diss. Halle-Wittenberg 1967 (Masch.), S. 149 f.
- <sup>420</sup> Wahlauf Ruf des Landrates des Kreises Westprignitz; abgedr. DMA II/2, S. 447
- <sup>421</sup> s. den Bericht des Kreisausschusses Birnbaum an den RP Bromberg, 19. 5. 1919; GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/1189
- <sup>422</sup> s. den Bericht des RP Bromberg an den Reichsernährungsminister, 26. 5. 1919; ebda.
- <sup>423</sup> s. Ulrich Mantzke, Zur Bewegung des Landproletariats und der werktätigen Bauern in der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise im Freistaat Sachsen 1918–1923, Diss. phil. Leipzig 1961 (Masch.), S. 119
- <sup>424</sup> Durch Kooptation kamen später noch der Vorsitzende und der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer – der letztere war gleichzeitig Geschäftsführer des Landwirtschaftlichen Vereins – in den Bauernrat, dessen Vorsitz der Präsident der Rheinischen Bauernvereine, Frhr. v. Loe-Bergerhausen, übernahm; s. Muth S. 25
- <sup>425</sup> s. Remmele S. 39
- <sup>426</sup> s. Muth S. 21

- 427 s. ebda. S. 37f.
- 428 Bericht des LR Jülich an den RP Aachen, 28. 11. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Aachen, Präs. 856
- 429 So beschrieb der Kreis-Bauern- und Landarbeiterrat im mecklenburgischen Gardelegen im Februar 1919 sein Ziel; zit. bei Mantzke S. 122
- 430 Bericht der Amtshauptmannschaft Plauen an das sächs. Wirtschaftsministerium, 3. 2. 1919; zit. ebda. S. 124
- 431 Bericht des LR Meseritz an den RP Bromberg, 2. 11. 1919; GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/1190; s. außerdem den Bericht des LR Znin vom 8. 2. 1919 und des Kreis Ausschusses Birnbaum vom 15. 4. 1919 an den RP Bromberg, ebda., Bd. 1189
- 432 s. zu diesem Erlaß Muth S. 26
- 433 s. den Bericht des LR Züllichau an den RP Bromberg; 3. 3. 1919; GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/1189
- 434 s. Kolb S. 87f.
- 435 Statist. Beilage des Corr. bl., Jg. 1919, S. 46
- 436 s. ebda.
- 437 s. dass. Jg. 1920, S. 75; s. auch Varain S. 132f.; im übrigen s. unten S. 778ff.
- 438 s. Karl Zwing, Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften, 2. Aufl. Jena 1926, S. 177f.
- 439 Zu den sozialen Verschiebungen innerhalb der Arbeiterschaft während des Krieges und ihren Auswirkungen in der Revolution s. Oertzen S. 271ff.
- 440 s. z. B. das Schreiben des Münchener Zentralrats an den Zimmermann Johann Leiner im oberbayerischen Dorfen I, 31. 1. 1919; darin hieß es: »Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß alle Arbeiter sich organisieren, denn je besser sie organisiert sind, um so mehr können sie sich ihre Lohnverhältnisse verbessern. Wenn Ihr eine Ortsgruppe bildet, dann müßt Ihr Euch das Material von der nächstliegenden Zentrale des Bauarbeiter-Verbandes zustellen lassen.« AStAM, Arbeiter- und Soldatenrat Nr. 7. Den Arbeiter- und Bauernrat Dießen-St. Georgen forderte der Vollzugsrat der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns in München am 6. 1. 1919 auf, »dafür zu sorgen, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der freien Gewerkschaft in Organisation anschließen und zwar sofort«; ebda., Nr. 8; s. auch die Schreiben des Vollzugsrats München an Matthias Schuster, den Schriftführer des Arbeiter- und Bauernrates Weißenburg, v. 5. 1. 1919, ebda. Nr. 12; an den Arbeiterrat Göggingen v. 31. 12. 1918, an den Arbeiterrat Unterbaar v. 20. 1. 1919, ebda. Nr. 14, sowie an den Arbeiterrat Neunburg v. W. v. 4. 2. 1919, ebda. Nr. 34
- 441 s. Richard Müller, Die Novemberrevolution, S. 111
- 442 s. ebda. S. 108; die Verfügung des Vollzugsrats ist abgedr. in: Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin, o. O., o. J., S. 18; Corr. bl. Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 428f. Die Verordnung war von der Berliner Gewerkschaftskommission ausgearbeitet und von Richard Müller in aller Eile unterschrieben worden; s. Materna S. 85f.
- 443 s. R. Müller, Die Novemberrevolution, S. 108; s. auch Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln/Frankfurt 1977, S. 45
- 444 s. das Teilnehmerverzeichnis des Rätekongresses; Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16.–21. 12. 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin 1919, S. 198ff.
- 445 Zum Fortbestand der Kommandogewalt der OHL und zur staatsrechtlichen Problematik s. die Bemerkungen von Heinz Hürten in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920, bearbeitet von Heinz Hürten (Quellen

- zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe, Bd. 2), Düsseldorf 1977, S. XXVII ff.
- 446 s. Keil, Erlebnisse, II, S. 106
- 447 s. Rolf Brandt, So sieht die Weltgeschichte aus. Aufzeichnungen eines Zuschauers, Hamburg 1926, S. 40 ff.
- 448 s. die entsprechende Mitteilung im Einladungsschreiben Reicherts an die Nordwestliche, Südwestliche und Süddeutsche Gruppe des VdESL, 9. 11. 1918; BA, R 13 I/92, Bl. 11
- 449 s. das Protokoll dieser Sitzung in BA, R 13 I/155
- 450 s. Kloth, Einkehr, S. 143
- 451 Bernstein, Die deutsche Revolution, S. 173
- 452 Emil Ludwig, An die Laterne! Bilder aus der Revolution, Charlottenburg 1919, S. 17; s. auch Josef Hofmiller, Revolutionstagebuch 1918/19, Leipzig 1938, S. 29 und 54
- 453 R. Brandt, So sieht die Weltgeschichte aus, S. 40
- 454 Gustav an Charlotte und Brigitte Landauer, 9. 12. 1918; in: Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen. Unter Mitwirkung von Ina Britschgi-Schimmer, hrsg. von Martin Buber, Frankfurt 1929, Bd. 2, S. 333
- 455 Gustav Landauer an Margarete Susman, 13. 12. 1918; ebda. S. 334
- 456 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Muckle, an Eisner, 19. 11. 1918; abgedr. in: Bayer. Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuld-spruch, S. 43 f.
- 457 Walther Rathenau an Alexander Schwab, 29. 11. 1918; in: W. Rathenau, Ein preußischer Europäer, S. □
- 458 s. z. B. für München die Analyse von Heinrich Hillermayr, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 477 ff.
- 459 s. unten S. 610
- 460 Genauere Zahlen zur deutschen Kohlenförderung und Industrieproduktion, zum Währungsverfall und zur Ernährungslage bei und nach Kriegsende bei Gustav Langweg, Die Steinkohlenförderung Deutschlands seit Ausbruch des Weltkrieges unter bes. Berücksichtigung des Ruhrreviers. Ein Beitrag zur Frage der Arbeitsleistung im Ruhrrevier, Diss. iur. Münster 1921 (Masch.), und Haupts S. 276 ff.
- 461 s. Martin Martiny, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920–1930), in: J. Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 244
- 462 s. die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes vom 16. 12. 1918, abgedr. in: Ursachen und Folgen, I, S. 283 ff.
- 463 Willy Hellpach, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, Bd. 2, Hamburg 1949, S. 125
- 464 Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Köln, Jahresbericht 1918/19, S. 73
- 465 s. das unveröffentlichte Manuskript des damaligen Münchener Gewerkschaftssekretärs Josef Kurth, Vor 30 Jahren. Tatsachen und Erinnerungen aus der Zeit des Wiederaufbaues in den Jahren 1918–1923, S. 21 f.; Archiv des DGB, Düsseldorf. In München fanden zwischen Ende Dezember 1918 und Anfang Februar 1919 rund 2000 Tanzveranstaltungen statt; s. Hillmayr a. a. O. S. 481
- 466 zit. bei Marianne Weber, Max Weber, S. 642
- 467 s. die Tagebuchnotiz Thaers vom 2. 1. 1919, Thaeer S. 283 f.
- 468 Rolf Brandt, So sieht die Weltgeschichte aus, S. 43; s. auch Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrwegs, Stuttgart 1957, S. 9 f.

- <sup>469</sup> s. Ludwig Maercker, *Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution*, Leipzig 1921, S. 78
- <sup>470</sup> s. Hans Erman, *Bei Kempinski, Aus der Chronik einer Weltstadt*, Berlin 1956, S. 143; vgl. auch Hirschfelds Bemerkungen über das »Sittenchaos« nach Kriegsende; Hirschfeld, *Sittengeschichte I*, S. 27f.; und II, S. 310ff. und 359ff.
- <sup>471</sup> vgl. Oertzen, *Betriebsräte*, S. 58

### 16. Kapitel

- <sup>1</sup> Zur Billigung der Einberufung der Nationalversammlung durch die Gewerkschaftsführung s. u. a. die Bemerkungen Janssons in: *Die Glocke*, Nr. 35 v. 30. 11. 1918, S. 1096, und Kloths, ebda. Nr. 39 v. 28. 12. 1918, S. 1231f.; *Corr. bl.* Nr. 46 v. 16. 11. 1918, S. 416; Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 432; Nr. 48 v. 30. 11. 1918, S. 441f.; Nr. 49 v. 7. 12. 1918, S. 453f.; Nr. 50 v. 14. 12. 1918, S. 460f.; Nr. 1 v. 4. 1. 1919, S. 3f.; s. auch Legiens Schreiben an die Soldatenräte des Feldheeres bei der OHL vom 10. 12. 1918, abgedr. in: *Bericht. Den Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. 12. 1918* überreicht vom Vollzugsausschuß des Soldatenrates des Feldheeres bei der OHL, Wilhelmshöhe, 12. 12. 1918, S. 32. Auf dem Gewerkschaftskongreß vom Juni 1919 betonte u. a. Umbreit erneut, »daß die Gewerkschaften mit dem Parlamentarismus stehen und fallen«, und erklärte: »Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht werden. . . . Ohne Demokratie ist kein Sozialismus möglich.« (*Prot. Gew.kg.* 1919, S. 494 und 536); vgl. auch die Rede Breys vor dem Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes 1920, *Prot. S.* 94ff.; im übrigen Varain S. 123 und Potthoff S. 39f.
- <sup>2</sup> Legien in der SPD-Parteikonferenz vom 22./23. 3. 1919; *Prot. S.* 31; s. auch den Leitartikel des *Corr. bl.* Nr. 10 v. 8. 3. 1919, S. 81ff.
- <sup>3</sup> So Otto Hue in der Rheinischen Zeitung vom 29. 11. 1918; zit. bei Miller, *Bürde*, S. 124; s. ferner die in Anm. 1 genannten Nummern des *Corr. bl.*; vgl. auch Potthoff S. 30
- <sup>4</sup> Zit. aus dem »Töpfer« in *Corr. bl.* Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 434
- <sup>5</sup> s. *Corr. bl.* Nr. 7 v. 15. 2. 1919, S. 50f., und Nr. 9 v. 1. 3. 1919, S. 65ff.; s. auch Potthoff S. 424; zur Einwirkung Wissells und Hues auf die christlichen Gewerkschaften s. Walter Oehme, *Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19*, Berlin 1958, S. 339.
- <sup>6</sup> Wissell an Dr. Israelski, 14. 2. 1919; *Historische Kommission Berlin, Nl. Wissell, II*, 1632
- <sup>7</sup> Er schlug vor, auf allen Verwaltungsebenen von der Kommune bis zur Provinz Arbeiterräte einzusetzen und mit dem Recht der Einsichtnahme in den amtlichen Schriftwechsel, zur Mitwirkung bei allen die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Angelegenheiten und zur Teilnahme an Magistrats- bzw. Gemeinderatssitzungen mit beratender Stimme auszustatten; s. die Wiedergabe eines Referats Grzesinskis vor einer Bezirkskonferenz der Kreis-, Arbeiter- und Bauernräte für den Reg.-Bez. Kassel am 2. 6. 1919 bei Dähn S. 266ff.
- <sup>8</sup> Im *Corr. bl.* Nr. 10 v. 8. 3. 1919, S. 81ff., hieß es, die Arbeiterräte müßten »ihre segensreiche, kontrollierende Tätigkeit gegenüber Regierung und Verwaltung, vom Präsidenten der Republik bis zum Gemeindevorsteher auf dem Dorfe, fortsetzen«.
- <sup>9</sup> s. für die christlichen Gewerkschaften *ZBl.* Nr. 24 v. 18. 11. 1918, S. 193f.; *DA* 3 (1918), S. 532; für die H.-D.-Gewerkvereine *Gewerkverein* Nr. 61/62 v. 30. 11. 1918, S. 122, und Nr. 65/66 v. 28. 12. 1918, S. 129



- <sup>10</sup> Für die christlichen Organisationen s. WAZ v. 27. 2. 1919, S. 21; Wilhelm Elfes in DA 4 (1919), S. 128; Franz Röhr ebda. S. 133; für die H.-D.-Gewerkvereine s. Gewerkverein Nr. 13/14 v. 5. 4. 1919, S. 26
- <sup>11</sup> s. Adam Stegerwald, Das Alte stürzt! in: DA 3 (1918), S. 481 ff.; vgl. dazu Kosthorst, Kaiser, S. 75 f.
- <sup>12</sup> Emil van den Boom in WAZ v. 21. 2. 1920, S. 29 f.
- <sup>13</sup> WAZ v. 15. 5. 1920, S. 77; vgl. auch die Ausführungen Elfes' auf dem 13. Verbandstag der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands am 12. 5. 1920 in Düsseldorf, abgedr. WAZ v. 22. 5. 1920, S. 84; ferner Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft, S. 29 ff.; Varain S. 166 f.; Wachtling S. 42 ff.
- <sup>14</sup> s. oben S. 374
- <sup>15</sup> Jakob Reichert, Entstehung, Bedeutung und Ziel der »Arbeitsgemeinschaft«. Vortrag, gehalten vor der Vereinigung der Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks Essen am 30. 12. 1918, Berlin 1919, S. 5
- <sup>16</sup> Hans v. Raumer, Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit, in: Deutsche Rundschau 80 (1954), S. 428; s. auch Gerald D. Feldman, German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970, S. 325
- <sup>17</sup> Reichert S. 6
- <sup>18</sup> Raumer S. 428
- <sup>19</sup> ebda.; s. hierzu das Schreiben Raumers an C. F. v. Siemens, 8. 10. 1918; abgedr. mit den übrigen bisher bekannten wichtigen Dokumenten zur Entstehung der Zentralarbeitsgemeinschaft bei Gerald D. Feldman, The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement. A Documentation, in: IWK 19/20 (Dez. 1973), S. 49 ff.; s. auch Richter S. 198 ff.; auch zum folgenden
- <sup>20</sup> Kennzeichnend dafür war die Äußerung, die Legien gegenüber Raumer auf dem gemeinsamen Heimweg machte: »Und wenn aus der ganzen Sache nicht mehr herauskommt, als daß wir alle vier Wochen zwanglos um einen Tisch sitzen, so ist schon viel erreicht.« Raumer S. 428
- <sup>21</sup> s. Feldman, German Business, S. 326 f.
- <sup>22</sup> s. Stinnes an Kirdorf, 12. 10. 1918; zit. bei Gert v. Klass, Hugo Stinnes, Tübingen 1958, S. 192 f.
- <sup>23</sup> Reichert S. 6 f. über eine Versammlung der Eisen- und Stahlindustriellen des Ruhrgebiets am 9. 10. 1918 in Düsseldorf.
- <sup>24</sup> s. ebda. S. 7
- <sup>25</sup> s. ebda. S. 6 f.; Feldman, German Business, S. 326 f.
- <sup>26</sup> s. Raumer S. 428 f.; Kaun S. 48 f.; Feldman, German Business, S. 330 f. Am 26. 10. wurde Borsig vom Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Weiterführung der Verhandlungen mit den Gewerkschaften autorisiert; s. das Rundschreiben des Gesamtverbandes v. 8. 11. 1918; MAN-Werksarchiv, Nl. Guggenheimer K 75; auszugsweise abgedr. bei Feldman, Origins, S. 68 f.; sowie das Schreiben Töwes an C. F. v. Siemens, 29. 10. 1918, ebda. S. 69
- <sup>27</sup> Mit diesen Worten gab Beukenberg in der Vorstands- und Ausschußsitzung der Nordwestl. Gruppe des VdESI am 22. 10. 1918 den Zweck der Verhandlungen wieder; zit. nach der Niederschrift dieser Sitzung in HA/GHH, 300141/21; s. auch den Bericht über die Verhandlung in Corr. bl. Nr. 44 v. 2. 11. 1918, S. 406; Heinz Habedank, Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919, Berlin (Ost) 1967, S. 62 f.; Hans Mommsen, Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918–1933, in: Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung

- an Rhein und Ruhr, S. 282 ff., sowie das Sitzungsprotokoll bei Feldman, Origins, S. 57 ff.
- <sup>28</sup> s. das Prot. dieser Sitzung in HA/GHH, 3001242/1; abgedr. bei Feldman, Origins, S. 69 ff.; vgl. auch Feldman, German Business, S. 331 f.; zur Vorbereitung dieses Treffens s. das Schreiben Reichels an die Nordwestl. Gruppe des VdESI, 19. 10. 1918, HA/GHH, 3001242/1, sowie die Mitt. Heinsons in der Vorstands- und Ausschußsitzung von Arbeitnordwest am 22. 10. 1918, HA/GHH, 300141/21
- <sup>29</sup> Schlicke a. a. O.
- <sup>30</sup> Tatsächlich wohnten am 29. 10. 1918, ohne daß die Gewerkschaften protestierten, je ein Vertreter des Hauptausschusses und des Kartellverbandes dt. Werkvereine einer Demobilmachungsbesprechung im RWA bei, an der außer den Behördenvertretern die Führer der Unternehmerorganisationen wie der Arbeiter- und Angestelltenverbände teilnahmen; s. das Sitzungsprotokoll in MA, RMA, F 4419/XXI 27
- <sup>31</sup> Stinnes in der VdESI-Hauptvorstandssitzung am 14. 11. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 21; abgedr. bei Feldman, Origins, S. 88
- <sup>32</sup> s. oben S. 223 und 552 f.
- <sup>33</sup> Ernst Heilmann, Seid Sozialisten, in: Glocke Nr. 28 v. 13. 10. 1917, S. 47
- <sup>34</sup> s. oben S. 125 ff. und 372 f.
- <sup>35</sup> Wilh. Jansson, Die Gewerkschaften im neuen Deutschland, in: Glocke Nr. 28 v. 12. 10. 1918, S. 877 ff.
- <sup>36</sup> Aug. Müller in der Reichskonferenz v. 25. 11. 1918; zit. nach dem Prot. in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias, bearb. von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der polit. Parteien, 1. Reihe, Bd. 6), 1. Teil, Düsseldorf 1969, S. 207 (künftig zit.: Reg. der Volksbeauftragten)
- <sup>37</sup> Georg Werner, Meine Rechnung geht in Ordnung, S. 226
- <sup>38</sup> s. Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz, Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten, Berlin 1956, S. 33 f.
- <sup>39</sup> Bergarb. verb., Prot. GV 1921 in Gießen, S. 288
- <sup>40</sup> s. Feldman, German Business, S. 332; ders., Origins, S. 62 ff.
- <sup>41</sup> s. Rathenau an Scheüch, 15. 10. 1918, abgedr. in: Rathenau, Briefe, Bd. 2, Anhang S. 77 ff.; Feldman, German Business, S. 328
- <sup>42</sup> s. Rathenau an Scheüch, 9. 10. 1918; abgedr. in: Rathenau, Briefe, Bd. 2, S. 76; Feldman, German Business, S. 328 ff., sowie den Abdruck der Rede Henrichs bei Feldman, Origins, S. 64 ff.
- <sup>43</sup> vgl. Egon Braun, Wandlungen des Arbeitgeberstandpunktes, S. 40
- <sup>44</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 88; Feldman, German Business, S. 328
- <sup>45</sup> Das Demobilmachungsprogramm ist abgedr. in: Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 89 f.; Feldman, Origins, S. 76 f.
- <sup>46</sup> s. Raumer S. 429
- <sup>47</sup> Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 90
- <sup>48</sup> s. Raumer S. 429; Feldman, German Business, S. 333
- <sup>49</sup> Borsig in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 1. 3. 1919; BA, R 13 I/156, Bl. 221
- <sup>50</sup> s. Raumer S. 429
- <sup>51</sup> ebda. S. 430
- <sup>52</sup> s. zu dieser Besprechung Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 90; Kaun S. 50; Reg. Max v. Baden S. 568 ff. und 586 ff.; Habedank S. 68 f.; Feldman, German Business, S. 334, sowie die Schreiben Raumers an Rieppel v. 6. und 16. 11. 1918, abgedr. bei Feldman, Origins, S. 80 ff.

- 53 Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 90
- 54 s. ebda. und Elben S. 70 ff.; den Gewerkschaften war insbesondere eine Mitwirkung bei der Demobilisierung des Millionenheeres zugeordnet; s. Potthoff S. 30 f.
- 55 s. Raumer S. 430
- 56 s. Corr. bl. Nr. 44 v. 21. 11. 1918, S. 406, sowie die in der Besprechung vom 18. 10. von den Vertretern des Zechenverbandes und der Bergarbeiterverbände gemeinsam formulierte Presseerklärung, abgedr. bei Feldman, Origins, S. 60 f.
- 57 s. Corr. bl. Nr. 45 v. 9. 11. 1918, S. 414
- 58 zit. nach Werner, Meine Rechnung geht in Ordnung, S. 225
- 59 Tagebuch-Notiz Koch-Wesers v. 22. 10. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 15, Bl. 135 f.; möglicherweise spielte er hiermit auf die Bildung sog. Vertrauensausschüsse an, wie sie in manchen Städten des Ruhrgebiets Ende Oktober 1918 zur Organisation der bevorstehenden Demobilisierung und der Übergangswirtschaft aus Vertretern der Gewerkschaften, Industriellen, Kommunalverwaltungen und politischen Parteien gebildet worden waren; s. z. B. für Mülheim Steinisch a. a. O., S. 167
- 60 Niederschrift über die Vorstandssitzung des Vereins Bayerischer Metallindustrieller v. 30. 10. 1918; MAN-Werksarchiv, Nl. Guggenheimer K 75
- 61 Rundschreiben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller v. 8. 11. 1918; ebda.
- 62 Williger an Gothein, 23. 10. 1918; BA, Nl. Gothein Nr. 34, Bl. 20
- 63 s. Feldman, German Business, S. 334
- 64 Reichert an Petersen (Düsseldorf), 9. 11. 1918; BA, R 13 I/92, Bl. 11
- 65 Leipart auf dem VT des HAV im Juni 1919, Prot. S. 146 f.; zum Treffen zwischen Leipart und Raumer am 9. 11. 1918 s. Leipart, Legien, S. 107
- 66 Stinnes in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 63; abgedr. Feldman, Origins, S. 99
- 67 s. die Mitteilungen Hilgers und Stinnes' ebda.; a. a. O. Bl. 85 f.
- 68 Stinnes ebda., Bl. 86
- 69 s. die Ausführungen Leiparts auf dem VT des HAV 1919, Prot. S. 147
- 70 s. die Mitt. Stinnes' in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 64
- 71 Der Text des Abkommens ist u. a. abgedr. in Corr. bl. Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 425; Preller S. 53 f.; DMA II/2, S. 393 ff.; Richter S. 241 ff.; Feldman, Origins, S. 84 f.
- 72 s. das Prot. der 1. Sitzung des Zentralausschusses am 26. 11. 1918; HA/GHH, 30019324/2. – Dem Leitungsgremium gehörten an auf der Arbeitgeberseite Borsig, Sorge, Hilger, der Siemens-Direktor Henrich, Franz Karl Burgers, Direktor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Lausitzer Textilfabrikant Kurt Avellis, ein Vertreter der chemischen Industrie sowie die Handwerkerfunktionäre Behrens und Plate; auf der Seite der Gewerkschaften die Vorsitzenden der drei Spitzenverbände Legien, Stegerwald und Hartmann, als Vertreter der freien Gewerkschaften außerdem Schlicke und Leipart sowie Kube vom Zimmererverband, ferner für die Angestelltenorganisationen Sommer von der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Dr. Pfirrmann von der Afa und Dr. Höfle von der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände; s. das Rundschreiben der VDA v. 2. 12. 1918; ebda.
- 73 s. das Rundschreiben der VDA v. 18. 11. 1918, ebda., und die Mitt. Schreys in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918, abgedr. bei Feldman, Origins, S. 90 f.
- 74 s. den Bericht über die Vorständekonferenz v. 14. 11. 1918 in Corr. bl. Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 435 f.
- 75 s. unten S. 613 f.

- <sup>76</sup> s. Rechenschaftsbericht der Generalkommission 1914–19, S. 91
- <sup>77</sup> Corr. bl. Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 425
- <sup>78</sup> dass. Nr. 1 v. 4. 1. 1919, S. 3
- <sup>79</sup> FAV, Jb. 1918, S. 8
- <sup>80</sup> Corr. bl. Nr. 49 v. 7. 12. 1918, S. 453
- <sup>81</sup> Corr. bl. Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 425
- <sup>82</sup> ebda. Nr. 49 v. 7. 12. 1918, S. 453
- <sup>83</sup> ebda. Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 425
- <sup>84</sup> Corr. bl. Nr. 47 v. 23. 11. 1918, S. 435 ff.; Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, S. 108 f.; s. auch Corr. bl. Nr. 46 v. 16. 11. 1918, S. 418; Potthoff S. 32
- <sup>85</sup> Sassenbach auf der GV des Glasarbeiterverbandes 1919 in Jena, Prot. S. 96
- <sup>86</sup> ebda.
- <sup>87</sup> s. hierzu und zum folgenden das Prot. der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; BA, R 13 I/155, Bl. 16 ff.; großenteils abgedr. bei Feldman, Origins, S. 86 ff.; s. auch Richter S. 250 ff.
- <sup>88</sup> vgl. hierzu das Schreiben Reicherts an Beukenberg v. 16. 11. 1918, abgedr. bei Feldman, Origins, S. 79 f.; ferner Mattheier S. 292 ff.
- <sup>89</sup> s. die Mitteilungen Sorges ebda. S. 91
- <sup>90</sup> Mitt. Schreys ebda. S. 93
- <sup>91</sup> s. die Mitt. Stinnes' ebda. S. 94
- <sup>92</sup> s. die Erläuterungen Hilgers ebda. S. 95
- <sup>93</sup> s. die Mitt. Stinnes' ebda. S. 96
- <sup>94</sup> Rundschreiben der VDA v. 18. 11. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>95</sup> Das Programm ist u. a. abgedr. in: Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 37 f.
- <sup>96</sup> Reichert in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 83
- <sup>97</sup> s. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 27 f.; Preller S. 230 ff.
- <sup>98</sup> s. die Äußerungen Hilgers in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 113
- <sup>99</sup> ebda. Bl. 86 f.
- <sup>100</sup> zit. bei Feldman, Origins, S. 99
- <sup>101</sup> a. a. O. Bl. 129
- <sup>102</sup> s. die Äußerungen Borsigs, abgedr. bei Feldman, Origins, S. 100
- <sup>103</sup> a. a. O. Bl. 107
- <sup>104</sup> ebda. Bl. 71 bzw. 109
- <sup>105</sup> ebda. Bl. 76
- <sup>106</sup> s. das Prot. der Kabinettsitzung v. 15. 11. 1918 nachmittags; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 47
- <sup>107</sup> Stinnes in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; Feldman, Origins, S. 102
- <sup>108</sup> Rundschreiben der VDA v. 18. 11. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>109</sup> Rundschreiben der VDA v. 15. 11. 1918; ebda.; auch zum folgenden; eine analoge Aufforderung richtete der Zechenverband am 22. 11. 1918 an die Ruhrzechen; abgedr. bei Adelman, I, S. 443 ff.
- <sup>110</sup> Rundschreiben der VDA v. 19. 11. 1918; HA/GHH, 300140/8
- <sup>111</sup> s. das Rundschreiben der VDA v. 25. 11. 1918; ebda.
- <sup>112</sup> Speziell auf die Magdeburger DMV-Verwaltungsstelle gemünzt, äußerte Sorge in der Sitzung des Zentralausschusses der Arbeitsgemeinschaft vom 19. 11. 1918 den Wunsch, »daß die Gewerkschaften im Lande durch ihre Zentralen dahin verständigt werden möchten, daß sie grundlegende Fragen, die über das Abkommen hinausge-

- hen, nicht ohne Anweisung der Zentrale vorbringen sollen«. Aufzeichnung über die Sitzung des vorläufigen Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft v. 19. 11. 1918; Siemensarchiv, 4/Lk 134–135. Der Zechenverband versuchte sogar noch nach dem 9. November, eine Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Belegschaften der einzelnen Zechen zu verhindern, indem er es ablehnte, Verbandsfunktionäre zu Arbeiterausschußsitzungen zuzuziehen; s. Mommsen a. a. O. S. 284
- <sup>113</sup> Noch ausdrücklicher wiederholte die VDA diese Auffassung sechs Tage später in einem weiteren Rundschreiben, in dem sie darauf bestand, »daß die Arbeiterräte politische Vertretungen sind und daß für die Stellung von Forderungen der Arbeiterschaft innerhalb des Betriebes die Arbeiterausschüsse notwendig sind, die ihre Weisungen von der Arbeiterorganisation erhalten«; Rundschreiben der VDA v. 25. 11. 1918; HA/GHH, 300140/8
- <sup>114</sup> s. das Rundschreiben der VDA v. 25. 11. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>115</sup> Prot. der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 78 ff.; teilweise abgedr. bei Feldman, Origins, S. 102
- <sup>116</sup> Rundschreiben der VDA v. 19. 11. 1918; a. a. O.
- <sup>117</sup> DAZ Nr. 51 v. 22. 12. 1918
- <sup>118</sup> s. unten S. 771 f.
- <sup>119</sup> Hilger in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 13. – Vgl. dazu folgende Ausführungen der ›Kreuzzeitung‹ v. 1. 12. 1918: »Gewiß, Herr Ebert und seine Freunde sind ein Damm, wenn auch leider kein sehr starker, gegen die rote Flut ihrer Regierungsgenossen um Haase und gegen die Anarchie von weiter links, und darum ist es zur Zeit Pflicht, die vom Bürgertum und der Beamtenschaft auch getreulich erfüllt wird, sie bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung und bei der Lösung all der schwierigen Aufgaben des Tages zu unterstützen.« Abgedr. in: Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 49 v. 7. 12. 1918, Sp. 462
- <sup>120</sup> Roetger in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 127
- <sup>121</sup> Hilger ebda. Bl. 22
- <sup>122</sup> Ditges ebda. Bl. 125
- <sup>123</sup> ebda. Bl. 129. Aus diesen Gründen erschien den Großindustriellen der Aufruf zur Sammlung des Bürgertums, den der Vorsitzende des Hansabundes soeben erlassen hatte, außerordentlich schädlich; s. ebda. Bl. 119 f. und 123
- <sup>124</sup> ebda. Bl. 127
- <sup>125</sup> s. ebda. Bl. 121
- <sup>126</sup> s. oben S. 502 f.
- <sup>127</sup> Rundschreiben der VDA v. 18. 11. 1918; a. a. O.
- <sup>128</sup> Borsig in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 14. 11. 1918; a. a. O. Bl. 119
- <sup>129</sup> ebda. Bl. 122
- <sup>130</sup> ebda. Bl. 123
- <sup>131</sup> ebda. Bl. 124
- <sup>132</sup> Hilger ebda.
- <sup>133</sup> s. die entsprechende Aufforderung im Rundschreiben der VDA v. 18. 11. 1918; a. a. O.
- <sup>134</sup> Beispiel für einen Anschlag; Anlage zum Rundschreiben von Arbeitnordwest v. 16. 11. 1918; HA/GHH, 300140/8; abgedr. in: 25 Jahre Arbeitnordwest, S. 106 f.
- <sup>135</sup> s. z. B. die Bemerkungen des Schonnebecker Delegierten Plewka auf der GV des Bergarb.verb. 1919 in Bielefeld, Prot. S. 196; zur Bewußtseinslage der Ruhrbergarbeiter vor der Revolution s. auch die aufschlußreichen Berichte bei Erhard Lucas und Claus Del Tedesco, Zur Bergarbeiterbewegung in Hamborn 1918/19, in: Duisburger Forschungen 22 (1975), S. 143 ff.

- <sup>136</sup> Aus der »Roten Fahne« vom 18. 11. 1918 zit. bei Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973, S. 34
- <sup>137</sup> s. Metzmacher, *Novemberumsturz*, S. 214
- <sup>138</sup> Proklamation der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch vom 10. 11. 1918; nach: *Reg. der Volksbeauftragten*, I, S. 32. Die Spartakusgruppe hatte schon Anfang Oktober 1918 die Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Berg- und Hüttenwerke sowie allen Groß- und Mittelgrundbesitzes gefordert; s. DMA II/2, S. 228 ff. Allem Anschein nach haben diese Forderungen sowohl auf den Ausbruch der Revolution als auch das Aufkommen der Sozialisierungsforderungen nach dem Umsturz nur geringen Einfluß ausgeübt. Zum Sozialisierungsprogramm des Spartakusbundes s. im übrigen Angress S. 37 ff.
- <sup>139</sup> s. Lambers S. 50
- <sup>140</sup> Bericht. Den Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. 12. 1918 überreicht vom Vollzugsausschuß der Soldatenräte des Feldheeres, S. 13
- <sup>141</sup> Prot. Rätekongreß, Sp. 344; vgl. dazu Kolb S. 202 f.
- <sup>142</sup> Theodor Steinbüchel, *Zur Sozialisierung der Wirtschaft*, in: DA 3. Jg. Nr. 12 (Dez. 1918), S. 539 f. Der Volksverein für das kath. Deutschland sprach sich Ende November 1918 für die »sofortige Sozialisierung der dazu reifen Unternehmensgruppen aus«, insbesondere der »vertrusteten oder syndizierten gewaltigen Unternehmungen, u. a. der Rüstungsindustrie, von Kohle, Erz und Kali«; Sozialpolitische Korrespondenz des Volksvereins für das katholische Deutschland Nr. 21 v. 28. 11. 1918, Sp. 163; zur Haltung der christlichen Gewerkschaften in der Sozialisierungsfrage s. auch Kurt Trüschler, *Die Sozialisierungspolitik in der Weimarer Republik (1918–1920)*, Diss. phil. Marburg 1968, S. 291 ff.; zur Ausbreitung der Sozialisierungsforderung und der wirtschaftlichen Rätebewegung seit Dezember s. im übrigen v. Oertzen S. 59 ff.
- <sup>143</sup> Adam Stegerwald, *Das Alte stürzt!* in: DA 3 (1918), S. 485
- <sup>144</sup> s. Mantzke S. 134 ff.
- <sup>145</sup> s. Brecht, *Aus nächster Nähe*, S. 218
- <sup>146</sup> Reusch an Duisberg, 30. 11. 1918; HA/GHH, 30019390/7. Als Beleg hierfür s. z. B. Richard Merton, *Diktatur der Idee und anderes*. November 1918, Frankfurt 1918, S. 18 f., 27 und 33 f. S. auch Klemperer, *Konservative Bewegungen*, S. 91; Modris Eksteins, *Theodor Heuss und die Weimarer Republik*, Stuttgart 1969, S. 28
- <sup>147</sup> Meesmann in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 1. 3. 1919; BA, R 13 I/157, Bl. 204
- <sup>148</sup> Stinnes an Ludendorff, zit. bei Gaston Raphael, *Hugo Stinnes. Der Mensch, sein Werk, sein Wirken*, Berlin 1925, S. 117
- <sup>149</sup> Reusch an Duisberg, 30. 11. 1918; a. a. O.
- <sup>150</sup> Beumer in der Sitzung der Nordwestl. Gruppe des VdESI am 19. 12. 1918; Aktenvermerk in BA, R 13 I/283, Bl. 171
- <sup>151</sup> Verein deutscher Eisenhüttenleute an Reichert und Fischmann, 12. 12. 1918; ebda. Bl. 185
- <sup>152</sup> Duisberg sah für die chemische Industrie den Sozialisierungsbestrebungen »mit aller Ruhe« entgegen. »Will man bei uns anfangen, so wird man schon in kurzer Frist einen vollkommenen Zusammenbruch erleben, da ohne den Chemiker nichts zu machen ist und wir noch dazu 80% unserer Produkte bisher exportiert haben.« Duisberg an Reusch, 30. 11. 1918; HA/GHH, 30019390/7
- <sup>153</sup> Vortrag Reicherts zur Frage der Sozialisierung vor einer Versammlung von Geschäftsführern wirtschaftlicher Verbände im Hotel Adlon zu Berlin, 27. 11. 1918; BA, R 13 I/282, Bl. 73 ff.; auch zum folgenden

- <sup>154</sup> Reichert in DAZ Nr. 47 v. 24. 11. 1918
- <sup>155</sup> s. hierzu detailliert v. Oertzen, Kap. 4 und 5
- <sup>156</sup> Prot. Rätekongreß Sp. 331 ff.; auch zum folgenden; s. auch v. Oertzen S. 112 f.
- <sup>157</sup> s. Dieter Baudis, Zur Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Kontrolle über die Produktion während der Novemberrevolution und der Massenstreiks im Frühjahr 1919, Diss. Berlin (Humboldt-Universität) 1960, S. 100; Werner Raase, Der Kampf um revolutionäre Betriebsräte in den Jahren 1919–1920, dargestellt vor allem an den Kämpfen im Industriegebiet von Halle-Merseburg, Diss. phil. Berlin (Humboldt-Universität) 1960, S. 27 ff.
- <sup>158</sup> s. Baudis S. 103
- <sup>159</sup> Nach Angaben von Berliner Großindustriellen waren Anfang Dezember 1918 in Berlin einige Dutzend Betriebe enteignet; s. die Ausführungen Eberts in der Kabinettsitzung vom 5. 12. 1918; BA, R 43 I/1324. Zur praktischen Tätigkeit der Betriebsräte s. Baudis S. 100 ff.; Raase S. 42 ff.
- <sup>160</sup> Reichert in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 1. 3. 1919; BA, R 13 I/156, Bl. 214
- <sup>161</sup> Reusch an Haniel, 16. 11. 1918; HA/GHH, 30019324/4
- <sup>162</sup> Rundschreiben von Arbeitnordwest vom 16. 11. 1918; HA/GHH, 300141/21
- <sup>163</sup> Programm des Rates der Volksbeauftragten v. 12. 11. 1918; zit. nach: Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 38
- <sup>164</sup> Die preuß. Regierung proklamierte die »Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe« (Aufruf der preuß. Regierung v. 13. 11. 1918, abgedr. u. a. bei R. Müller, Die Novemberrevolution, S. 239 f.). Die sächsische Regierung sprach sich für »wirtschaftliche Umgestaltungen nach sozialistischen Grundsätzen« aus und kündigte die »Vergesellschaftung der dazu geeigneten kapitalistischen Unternehmungen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr« an (Aufruf der sächs. Volksbeauftragten v. 18. 11. 1918; abgedr. bei Fabian S. 32 ff.).
- Dagegen appellierte die württembergische Regierung am 11. 11. 1918 an die Bevölkerung, »strengste Ordnung« zu bewahren und »jeder Erschütterung der Volkswirtschaft, jedem regellosen Durcheinander mit allen Kräften« vorzubeugen, um die Ernährung zu sichern und eine reibungslose Demobilmachung zu ermöglichen (Aufruf der württ. Regierung v. 11. 11. 1918, abgedr. bei R. Müller, Novemberrevolution, S. 246 f.).
- Der bayerische Ministerpräsident Eisner erklärte es sogar für »unmöglich ... in einer Zeit, da die Produktivkräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gesellschaft sofort zu überführen« (Aufruf der Regierung des Volksstaates Bayern v. 15. 11. 1918, abgedr. ebda. S. 240 ff.; s. auch Kritzer S. 67). Richtschnur der bayerischen Regierung war daher »organisatorisches, friedliches, freihetliches Zusammenarbeiten« von Unternehmern und Arbeitern (Aufruf der provisorischen bayerischen Regierung vom 8. 11. 1918; zit. bei Kluge S. 117). – Zur Sozialpolitik der außerpreußischen Länder s. auch Miller, Bürde, S. 159 ff.
- <sup>165</sup> s. den Aufruf vom 12. 11. 1918; abgedr. in: Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 37 f.; zur Reform des Landarbeiterrechts s. ferner Schumacher S. 112 ff.
- <sup>166</sup> s. Preller S. 230 ff.; vgl. auch Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 27 ff.
- <sup>167</sup> Prot. der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten v. 18. 11. 1918; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 103 f. Die Landwirtschaft wurde aus Furcht vor weiteren Komplikationen der ohnehin außerordentlich kritischen Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit dem freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband von allen Sozialisie-

- rungsüberlegungen ausgenommen; s. Trüschler S. 162 ff. und Schumacher S. 189 ff. und 337 ff.
- <sup>168</sup> s. das Prot. der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten vom 19. 11. 1918; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 106 f., sowie das Prot. der Sitzung vom 20. 11. 1918; ebda. S. 110; vgl. auch Hans Schieck, *Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918*, Diss. phil. Heidelberg 1958 (Masch.), S. 56
- <sup>169</sup> Bericht Muckles an Eisner, 19. 11. 1918; Bayer. Dok. S. 43
- <sup>170</sup> Kaliski an Eisner, 13. 11. 1918; GStAM, MA I 984
- <sup>171</sup> s. Elben S. 81 ff.; Habedank S. 120 ff.; Trüschler S. 19 ff.; Miller, Bürde, S. 145; zur Intervention der Generalkommission s. deren Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten vom 28. 11. 1918; ASD, Nl. Barth
- <sup>172</sup> Vogelstein an Gothein, 9. 12. 1918; BA, Nl. Gothein Nr. 32, Bl. 95; zu Vogelsteins Rolle bei der Gründung der DDP im November 1918 s. Gottschalk S. 100 ff.
- <sup>173</sup> s. Elben S. 81 ff.
- <sup>174</sup> Liebknecht in einer Rede am 28. 11. 1918; zit. nach dem Abdruck in: Karl Liebknecht, *Reden und Aufsätze*, hrsg. von Julian Gumperz, o. O. 1921, S. 335
- <sup>175</sup> Programm der Sozialisierungskommission vom 11. 12. 1918; abgedr. DMA II/2, S. 593 f.; s. dazu Trüschler S. 38 ff.
- <sup>176</sup> Robert Wilbrandt, *Sozialismus*, Jena 1919, S. 317; zu den Konflikten zwischen der Kommission und dem Reichswirtschaftsamt s. Trüschler S. 23 ff.
- <sup>177</sup> »Die Arbeiter und Soldaten brauchen nicht besorgt zu sein um die sozialen Erfolge der Revolution. ... Wir haben bereits Maßnahmen ergriffen, um die Sozialisierung gewisser Industriezweige in die Wege zu leiten«, erklärte Ebert in einer Konferenz von Volksbeauftragten, Räten und Länderregierungen am 25. 11. 1918, schränkte diese Zusage jedoch sogleich auf Wirtschaftszweige ein, »die dazu reif sind«, und warnte die Arbeiter vor selbständigen »Experimenten in einzelnen Betrieben«; allein die »Vergesellschaftung ganzer Industriezweige nach sachkundiger Vorbereitung und nach Sicherung des Erfolgs« sei das Ziel (Prot. der Reichskonferenz v. 25. 11. 1918; abgedr. in: Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 149 ff).
- Ähnlich äußerte sich Ebert in einem Vortrag über »Ziele und Aufgaben der Revolution« in einer von der sozialdemokratischen Parteiorganisation Groß-Berlin einberufenen Versammlung am 2. 12. 1918; s. den Bericht der NAZ Nr. 612 v. 21. 12. 1918; Ausschnitt in PAAA, Deutschland 122 Nr. 27, Bd. 1; vgl. auch Eberts Rede über »Demokratie und Sozialismus« v. 1. 12. 1918, abgedr. bei R. Müller, *Novemberrevolution*, S. 286; s. dazu v. Oertzen S. 256; s. auch Miller, Bürde, S. 145. – Kautsky erklärte in der »Freiheit« vom 17. 11. 1918: »In Bausch und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein drangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, das heißt, das Pferd beim Schwanz aufzäumen, heißt ein Übergangsstadium schaffen, in dem kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heißt, vorübergehend die Produktion zum Stoppen bringen. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Moment der Demobilisierung durchführen oder auch nur fordern, hieß Deutschland in ein Tollhaus verwandeln«; zit. nach dem Abdruck in SPK Nr. 2 v. 1. 2. 1919, S. 45.
- Haase sprach sich zur gleichen Zeit dafür aus, die Sozialisierung lediglich dort einzuleiten, »wo man aus grundsätzlichen und finanziellen Gründen genötigt ist zu sozialisieren« (Prot. der Kabinettsitzung v. 25. 11. 1918; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 115); die Import- und Exportindustrie nahm er ausdrücklich aus (s. NAZ v. 6. 12. 1918; Ausschnitt in PAAA, Deutschland 122 Nr. 27, Bd. 1). Der preußische Finanzminister Hugo Simon (USPD) bekannte sich ebenfalls dazu, »daß nunmehr die so-



zialistische Umwandlung wirklich ernsthaft und mit einiger Energie angebahnt wird«, betonte freilich zugleich unter Berufung auf die marxistischen Theoretiker, »daß der Sozialismus nicht mit einem Schlage verwirklicht werden kann«. »Experimente, wie sie in Rußland vorgenommen wurden«, sollten deshalb »vermieden« werden, »die lokalen Bestrebungen, die hier und da eingetreten sind, unter allen Umständen verschwinden«. Als vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel nannte er »die ununterbrochene Fortführung der Produktion« mit der Maßgabe, die Reichsregierung werde »jede Verringerung der Produktion und der Produktionsfähigkeit als ein Verbrechen ansehen«. Sozialisierungsreif waren in seinen Augen folglich nur solche Unternehmen, »bei denen in sicherer Aussicht steht, daß ein Gewinn erzielt wird«, insbesondere die großen Monopole; »unsichere Unternehmungen hingegen kämen vorläufig nicht zur Vergesellschaftung«. Im übrigen verkündete er, die Regierung denke keinesfalls an Gewaltmaßnahmen; »in Betracht kommt nur eine Enteignung, keine Konfiskation«; Interview Simons mit dem Schriftleiter des Volkswirtschaftlichen Teils der Deutschen Allgemeinen Zeitung, Dr. Otto Jöhlhinger, in: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 598 v. 24. 11. 1918; BA, R 13 I/282, Bl. 94

Vgl. dazu Rathenaus Bemerkungen über den »abergläubischen Irrtum, daß . . . eine gesellschaftliche Umschichtung möglich ist, solange ein Geschlecht von Staatsrentnern und entschädigten Kapitalisten erhalten bleibt«; Rathenau an Eduard Heilmann, 12. 5. 1919, in: Rathenau, Briefe, Bd. 2, S. 144 f.

Noch auf dem USPD-Parteitag vom März 1919 klagte Haase darüber, »daß wir nicht schon klare und sichere Baupläne für die Durchführung der Sozialisierung besitzen«, und forderte einen »festen, wohlbegründeten Plan« dafür (Prot. USPD-PT März 1919, S. 241). Sechs Wochen später vertrat Eduard Bernstein gegenüber einem bürgerlichen Gesprächspartner einen »so bourgeois-liberalen Standpunkt . . . in Bezug auf die Unternehmer und die Sozialisierung der Betriebe, daß von wirklichem Sozialismus kaum noch etwas übrig blieb« (Tagebuchnotiz Harry Graf Kesslers vom 15. 4. 1919; in: Kessler, Tagebücher 1918–1937, S. 174).

Zur Haltung von SPD und USPD in der Sozialisierungsfrage s. im übrigen Trüschler S. 219 ff.; Miller, Bürde, S. 141 ff.; zur Haltung des linken USPD-Flügels Oertzen S. 89 ff.

<sup>178</sup> Prot. der Kabinettsitzung vom 25. 11. 1918; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 115

<sup>179</sup> Koeth in der Reichskonferenz vom 25. 11. 1918; ebda. S. 206f.

<sup>180</sup> zit. bei Habedank S. 192

<sup>181</sup> Denkschrift des RWA über seine Tätigkeit seit Mitte November 1918; BA, Nl. Moellendorff Nr. 82

<sup>182</sup> s. oben S. 374

<sup>183</sup> Müller an den Rat der Volksbeauftragten, 3. 12. 1918; BA, Nl. Moellendorff Nr. 82; vgl. dazu Schieck S. 77ff. In diesem Schreiben schlug Müller vor, die staatliche Überwachung der Energiewirtschaft »als eines vom Ausland hoffentlich unabhängig bleibenden allgemeinen Wirtschaftselementes« beizubehalten und auszubauen und daneben alle großen Industriezweige zu »rechts- und geschäftsfähigen Wirtschaftszweckverbänden« zusammenzufassen, die örtlich oder fachlich untergliedert werden und alle Untergruppen der Branche horizontal wie vertikal miteinander verknüpfen sollten. In diesen Zweckverbänden sollten Unternehmer und Arbeiterschaft paritätisch vertreten sein, außerdem der Staat zur Vertretung der Interessen der übrigen Produzentengruppen sowie der Konsumenten. Die Verbände sollten ihre eigene Außenhandelspolitik betreiben, falls die staatlichen Außenhandelskontrollen abgeschafft würden, für eine Rationalisierung der Produktion und eine Intensivierung der Produktivität sorgen, bei guter Konjunktur als eigene »Steuergesell-

- schaften« Steuern an den Staat abführen, in Krisenzeiten hingegen in den Genuß staatlicher Beihilfen kommen. Als Sofortmaßnahme forderte das RWA die Bereitstellung eines Reichsfonds von 5 Mrd. Mark für Kredite, Kapitalbeteiligungen und Warenbestellungen, wobei die »allmähliche Umwandlung des Reichsfiskus in den obersten Bankhalter« vorgesehen war.
- Zur Erläuterung dieses Programms, dessen Grundzüge der Organisation der Übergangswirtschaft entsprachen, wie sie die Gewerkschaften 1917 vorgeschlagen hatten, erklärte Moellendorff, das RWA »denke nicht daran, in weitem Umfang die Industrien zu verstaatlichen«; nur in Einzelfällen solle dies mit Unternehmen geschehen, die für die Überführung in den Staatsbetrieb reif seien; »grundsätzlich« sollten die Unternehmer »in ihren Betrieben nicht gestört werden« (Bericht des stellv. Bevollmächtigten Badens zum Bundesrat, Min.rat Dr. Fecht, an das badische Ministerium des Auswärtigen, über ein Gespräch mit Moellendorff, 2. 12. 1918; GLA Karlsruhe, 233/11710).
- Zur Konzeption Müllers und Moellendorffs s. ferner Trüschler S. 23 ff.; Eckhard Biechele, Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik, Diss. phil. FU Berlin 1972, S. 34 ff.; s. auch Miller, Bürde, S. 146; Feldman/Homburg S. 73 ff.
- <sup>184</sup> s. das Prot. der Kabinettsitzung v. 12. 12. 1918; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 319 ff.
- <sup>185</sup> Denkschrift Müllers zur Neuregelung der Reichsbehörden; BA, Nl. Moellendorff Nr. 82
- <sup>186</sup> s. Schieck S. 89
- <sup>187</sup> s. die Aufzeichnung Mützels über die Sitzung der Sozialisierungskommission vom 10. 1. 1919; BA, Nl. Moellendorff Nr. 97
- <sup>188</sup> Joseph Koeth, Die wirtschaftliche Demobilmachung. Ihre Aufgabe und ihre Organe, in: Handbuch der Politik, Bd. 4, Berlin/Leipzig 1921, S. 164; zur Haltung der Reichsämter zur Sozialisierung s. ferner Schieck S. 75 ff.; Trüschler S. 179 ff.; Habedank S. 103 ff.
- <sup>189</sup> Kaliski in Corr. bl. Nr. 48 v. 30. 11. 1918, S. 443
- <sup>190</sup> Otto Hue, Der Sozialismus als Konkursverwalter; aus der Metallarbeiterzeitung abgedr. ebda. Nr. 51 v. 21. 12. 1918, S. 473; zur Haltung Hues s. auch Habedank S. 126 f.
- <sup>191</sup> Legien in einem Schreiben an den Soldatenrat des Feldheeres bei der OHL v. 10. 12. 1918; abgedr. in: Bericht. Den Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. 12. 1918 überreicht vom Vollzugsausschuß des Soldatenrats des Feldheeres bei der OHL, S. 32; zu den Äußerungen Janssons s. die Aufzeichnung über dessen Vortrag über »Die Arbeiter und die Sozialisierung« in der Dezember-Sitzung 1918 der GfSR; BA, R 13 I/283; ähnlich Rob. Schmidt, Die Stellung der Gewerkschaften zum Aufbau der Industrie, in: SM 24 (1918), II, S. 1128 ff.
- <sup>192</sup> Corr. bl. Nr. 46 v. 16. 11. 1918, S. 417; s. auch Potthoff S. 34 ff. – Örtliche Gewerkschaftsfunktionäre befolgten diesen Appell. Der Vorsitzende des Hamburger Gewerkschaftskartells z. B. sprach sich gegen eine Sozialisierung von Betrieben aus, »die mit der Konkurrenz des Auslandes zu rechnen haben«; andernfalls, so erklärte er, »würden wir unsere ganze Wirtschaft ruinieren« (Hense in der 14. Sitzung des Hamburger Arbeiterrats am 24. 11. 1918; StA Hamburg, Arbeiter- und Soldatenrat 1, Bd. 1, Teil 1).
- <sup>193</sup> Legien an den Soldatenrat des Feldheeres, 10. 12. 1918; a. a. O. S. 32

- <sup>194</sup> Das Programm des Deutschen Demokratischen Gewerkschaftsbundes ist abgedr. in: ZBl. Nr. 1 v. 6. 1. 1919, S. 3 f.
- <sup>195</sup> s. ebda. S. 3; ähnlich Gewerkverein Nr. 63/64 v. 14. 12. 1918, S. 125; zur Haltung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zur Sozialisierung s. ferner Trüschler S. 291 ff.; für die katholischen Arbeitervereine s. außerdem Wachtling S. 46 f. und 52 ff.
- <sup>196</sup> vgl. oben S. 313 ff.
- <sup>197</sup> vgl. oben S. 369 ff.
- <sup>198</sup> Verordnung des Vollzugsrats vom 15. 11. 1918; abgedr. in: Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrats, S. 18; vgl. dazu oben S. 585
- <sup>199</sup> Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission vom 15. 11. 1918; abgedr. DMA II/2, S. 400 f.; zum Kontext s. Oertzen S. 80 f.; Baudis S. 143 ff.; Materna S. 84 ff.; auch zum folgenden
- <sup>200</sup> Bekanntmachung des Vollzugsrats vom 16. 11. 1918; abgedr. in: Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrats, S. 21; DMA II/2, S. 402; vgl. dazu Baudis S. 153 ff.; zum Protest namentlich der Berliner Metallarbeiter gegen die Anordnung der Gewerkschaftskommission s. auch Raase S. 39 ff.
- <sup>201</sup> Richtlinien des Vollzugsrats vom 23. 11. 1918 für die Wahl von Betriebsräten und über deren Aufgaben; abgedr. in: Aufrufe usw. des Vollzugsrats, S. 27; DMA II/2, S. 460 f.; vgl. dazu Oertzen S. 81; Baudis S. 159 ff.; Raase S. 44 ff.; Materna S. 101 ff.
- <sup>202</sup> Erklärung der Gewerkschaftskommission Berlins vom 26. 11. 1918 zu dem vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin hrsg. Richtlinien für die Betriebsräte; abgedr. DMA II/2, S. 484 f.; s. dazu auch Potthoff S. 36
- <sup>203</sup> Bekanntmachung der Gewerkschaftskommission Berlin vom 23. 11. 1918; zit. bei Siegfried Aufhäuser, Das Gesetz über die Betriebsräte, Berlin 1920, S. 22 f.
- <sup>204</sup> Aufzeichnung über eine am 23. 11. 1918 im Siemenshaus abgehaltene Besprechung; Siemensarchiv, 4/Lk 134-135
- <sup>205</sup> Prot. der 1. Sitzung des Zentralausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft am 26. 11. 1918 in Berlin; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>206</sup> Corr. bl. Nr. 48 v. 30. 11. 1918, S. 439 f.
- <sup>207</sup> zit. nach dem Bericht über die Vorstandekonferenz v. 2. 12. 1918, ebda. Nr. 49 v. 7. 12. 1918, S. 457; vgl. auch Dieter Baudis, Die Stellung des Vollzugsrats und der rechten Gewerkschaftsführung zu den Arbeiterräten und der Streikbewegung in den Berliner Betrieben im November 1918, in: Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution, hrsg. von Heinz Habedank, Berlin 1960, S. 27 ff.
- <sup>208</sup> Schreiben der Hauptgeschäftsstelle des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter an den preußischen Handelsminister Fischbeck, 25. 11. 1918; zit. bei Baudis, Geschichte, S. 184 f.
- <sup>209</sup> zit. bei Materna S. 113
- <sup>210</sup> Die Verordnung ist veröff. in: RGBl. 1918, S. 1456 ff.; bei Varain S. 126 ist sie fälschlicherweise auf den 23. 11. 1918 datiert; zu ihrer Entstehung und Bewertung vgl. auch Baudis S. 212 ff. und Raase S. 50 ff.
- <sup>211</sup> s. Potthoff S. 39
- <sup>212</sup> Corr. bl. Nr. 2/3 v. 18. 1. 1919, S. 11 f.
- <sup>213</sup> s. oben S. 599 ff. und 606
- <sup>214</sup> s. Müller, Bürde, S. 159
- <sup>215</sup> s. Biechele S. 52 ff.
- <sup>216</sup> HAV, Jb. 1918, S. 18
- <sup>217</sup> Verb. der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1918, S. 33
- <sup>218</sup> s. ebda. S. 40

- <sup>219</sup> s. Zentralverb. der Bäcker, Jb. 1918, S. 184
- <sup>220</sup> s. Verb. der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1918, S. 103 f.
- <sup>221</sup> s. die bei Osthold S. 265 f. abgedr. Vereinbarung; s. auch Martiny, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr 1920–1930, in: Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 244
- <sup>222</sup> s. die Vereinbarung der Arbeitsgemeinschaft für die rheinisch-westfälische Eisen- und Stahlindustrie vom 20./21. 11. 1918; sie bestand im wesentlichen aus einer für beide Seiten verbindlichen Erläuterung des Berliner Abkommens vom 15. 11. 1918; HA/GHH, 300141/3.  
Reusch allerdings verweigerte die Lohnzahlung für die Revolutionstage, an denen die Arbeiter gestreikt hatten (s. Reusch an Aug. Haniel, 16. 11. 1918; HA/GHH, 300193000/4), und suchte die Verwirklichung des Novemberabkommens bis zum Jahresende hinauszuschieben (s. Reusch an Aug. Haniel, 19. 11. 1918; ebd.).
- <sup>223</sup> Heckert auf dem VT des BAV 1919; Prot. S. 48. Zum Verhältnis von Familienstand und Alter einerseits und Protest- und Streikbereitschaft andererseits s. Potthoff S. 52 ff.
- <sup>224</sup> s. zum folgenden ausführlich Schumann S. 104 ff.
- <sup>225</sup> Vereinbart wurden ein fester Grundlohn, der ca. 18–25 % über dem bisherigen Durchschnittslohn lag, Zuschläge für Überschichten und Sonntagsarbeit, die Beseitigung von Prämien, die mehr oder weniger von der Willkür des Abteilungssteigers abhingen, eine Kinderzulage und die Reduzierung der Arbeitszeit auf 8 Stunden.
- <sup>226</sup> s. den Bericht des Kattowitzer Bergarbeiterfunktionärs Julius Franz über Vorgeschichte und Ursachen der oberschlesischen Streiks vom November 1918 bis August 1919, in: Vorwärts Nr. 443 vom 30. 8. 1919. In einer Erklärung vom 16. 1. 1919 stellte der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie fest, die Streikforderungen seien »nicht wirtschaftlicher, sondern rein politischer, und zwar großpolnisch-bolschewistischer Art«. Inset. im Prot. einer Sitzung vom 16. 1. 1919 im Berg- und Hüttenmännischen Verein zu Kattowitz über die Ursachen des oberschlesischen Bergarbeiterstreiks und die Möglichkeiten seiner Beilegung; PAAA, Deutschland 152, Bd. 5
- <sup>227</sup> Begründet wurde dies damit, daß die preuß. Regierung den Gruben- und Hüttenbesitzern 1915 eine Erhöhung der Arbeiterlöhne um 15 % auferlegt hatte, die die oberschlesischen Industriellen verweigert hätten und nun nachbezahlen mußten; s. den Bericht Franz' a. a. O.
- <sup>228</sup> Bericht über eine Bergarbeiterversammlung am 16. 1. 1919; PAAA, Deutschland 152, Bd. 5
- <sup>229</sup> s. ebd.
- <sup>230</sup> Auf einigen Gruben wurden allerdings auch schon Direktoren abgesetzt; s. die Mitt. Geisenheimers in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 16. 5. 1919; BA, R 13 I/156, Bl. 121; s. auch die Rügen Hörsings für die »skandalöse Behandlung der Grubenbeamten durch die Arbeiter« und die Bemerkungen Geisenheimers über den »Terror« auf den Gruben und die teilweise schimpfliche Behandlung der Beamten in der Besprechung in Kattowitz am 16. 1. 1919, a. a. O.
- <sup>231</sup> s. die entsprechende Klage Geisenheimers in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 16. 5. 1919, a. a. O. Bl. 124 ff; auch zum folgenden; s. auch Schumann S. 189
- <sup>232</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 494
- <sup>233</sup> Geisenheimer a. a. O. Bl. 122. Nach Angaben Hilgers waren es Ende April 1919 sogar schon rund 400, davon allein 26 auf der Laurahütte; s. das Prot. der Sitzung des vorläufigen Zentralvorstands der Zentralarbeitsgemeinschaft v. 24. 4. 1919; Siemensarchiv, 4/Lk 134–135. In manchen Fällen, etwa auf der Donnersmarck- und

- Königshütte, gelang es freilich den Unternehmensleitungen, die Arbeiter mit Massenkündigungen und der Drohung, die Werke gänzlich stillzulegen, zum Einlenken zu bewegen; s. CMV, Bericht 1918/19, S. 494
- <sup>234</sup> Werner in der Sitzung v. 16. 1. 1919 in Kattowitz; a. a. O. Tatsächlich unternahmen die Arbeiter der Silesia-Zinkhütte in Lipine im Februar 1919 den Versuch, durch eine auf eigene Faust verfügte Enteignung der Besitzer, die Vertreibung der Werksleitung und die Wahl einer Geschäftsführung aus den eigenen Reihen sich in den Besitz des Werkes zu setzen. Nach eindringlichen Warnungen des DMV-Bezirksleiters Handke ließen sie allerdings von ihrem Vorhaben ab; s. CMV, Bericht 1918/19, S. 496
- <sup>235</sup> s. das Prot. der Besprechung in Kattowitz am 16. 1. 1919; a. a. O.
- <sup>236</sup> Franz ebda.
- <sup>237</sup> Beschluß des Kattowitzer Arbeiter- und Soldatenrats vom 17. 1. 1919; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5
- <sup>238</sup> s. Kluge S. 286ff. und 314 ff.; Schumann S. 153ff.
- <sup>239</sup> Hirsch in einer Rede vor einer Bergarbeiterversammlung am 17. 1. 1919 in Kattowitz; PAAA, Deutschland 152 Bd. 5
- <sup>240</sup> s. die Äußerungen des Vertreters der Polnischen Berufsvereinigung in der Besprechung in Kattowitz am 16. 1. 1919; a. a. O.; zur finanziellen Unterstützung der oberschlesischen Freikorps von industrieller Seite s. unten S. 759f.
- <sup>241</sup> Zu den innenpolitischen Zielen des Grenzschutzes s. die Äußerungen Groeners in einer Besprechung mit der Reichsregierung am 24. 4. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/130; abgedr. in: Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919. Hrsg. von Hagen Schulze (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik), Boppard 1971, S. 210ff.; vgl. im übrigen unten S. 736ff.
- <sup>242</sup> s. das Prot. der Besprechung in Kattowitz am 16. 1. 1919; a. a. O.
- <sup>243</sup> Aufzeichnung über die Sitzung des vorläufigen Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft am 14. 4. 1919; Siemensarchiv, 4/Lk 134-135
- <sup>244</sup> ebda.
- <sup>245</sup> Aufzeichnung über die Sitzung des vorläufigen Zentralvorstands der Zentralarbeitsgemeinschaft am 24. 4. 1919; ebda.
- <sup>246</sup> ebda.
- <sup>247</sup> s. Schumann S. 201
- <sup>248</sup> s. Bergarb. verb., Jb. 1919, S. 306ff.
- <sup>249</sup> s. CMV, Bericht 1918/19, S. 494
- <sup>250</sup> Gewerkverein christl. Bergarb., Prot. GV 1919, S. 75f. Ebenfalls der CMV hatte einen, wenngleich geringeren und bald wieder ausgeglichenen Mitgliederverlust zu verzeichnen; s. CMV, Bericht 1918/19, S. 495f.
- <sup>251</sup> s. ebda. S. 495
- <sup>252</sup> s. zum folgenden Peter v. Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919. Ein Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik, in: VfZ 6 (1958), S. 231ff.; im folgenden zit. nach dem Wiederabdruck in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Republik, Köln 1972 (Neue Wissenschaftl. Bibliothek, 49), S. 185ff.; vgl. auch Heinz Habedank, Über Verlauf und Wesen der Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet während der Novemberrevolution, in: Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution. Überarbeitete und ergänzte Vorträge, gehalten anlässlich der Arbeitstagung »40 Jahre Novemberrevolution« im Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Hrsg. von Heinz Habedank, Berlin 1960 (Deutsche Akad. der Wiss. zu Berlin, Schriften des Inst. f. Geschichte, Reihe III, Bd. 5), S. 42ff.; Morgan S. 222ff.

- <sup>253</sup> s. das Schreiben Sachsens an den preuß. Min. f. Handel u. Gewerbe, 22. 11. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15033
- <sup>254</sup> Reusch an Böninger, 22. 11. 1918; HA/GHH, 300193000/10. Wenige Tage später berichtete auch Arbeitnordwest, »daß sich die Belegschaften nicht an die Vereinbarungen halten und weitergehende Forderungen stellen«; Rundschreiben von Arbeitnordwest v. 28. 11. 1918; HA/GHH, 300141/3
- <sup>255</sup> s. das Schreiben Sachsens an den preuß. Min. f. Handel u. Gewerbe v. 22. 11. 1918; a. a. O.; s. auch Mommsen, Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918–1933, in: Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 290ff.
- <sup>256</sup> s. zu den Hamborner Vorgängen den Bericht der Hamborner Volkszeitung vom 13. 12. 1918, die Bekanntmachung des Grubenvorstandes der Gewerkschaften Deutscher Kaiser, Lohberg und Rhein I vom 14. 12. 1918 in der Niederrheinischen Zeitung vom 15. 12. 1918 und die Erklärung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zur Streikbewegung der Hamborner Bergarbeiter, sämtlich StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15033; ausführlich ferner Erhard Lucas, Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19. Zum Syndikalismus in der Novemberrevolution, in: Duisburger Forschungen 15 (1971), S. 1–119; ferner Steinisch, Linksradikalismus und Rätebewegung im westlichen Ruhrgebiet, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 183ff.
- <sup>257</sup> Bericht des LR Essen an den RP Düsseldorf, 14. 12. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15033; s. auch das Schreiben der Stinnes-Zechen an das Gen.kdo. Münster v. 14. 12. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032
- <sup>258</sup> s. v. Oertzen, Streiks, S. 190. – »Daß die Arbeiter- und Soldatenräte mißliebige Beamte absetzen, ist eine allgemeine Erscheinung«, berichtete Reusch schon am 13. 11. 1918 (Reusch an Haniel, 13. 11. 1918; HA/GHH, 300193000/4).
- <sup>259</sup> s. Reusch an Aug. Haniel, 21. 11. 1918, ebda.
- <sup>260</sup> Bemerkungen Reuschs über einen derartigen Fall auf der Zeche Osterfeld in Oberhausen; ebda.
- <sup>261</sup> Bericht der Bergwerksverwaltung der GHH an Reusch über ein Gespräch mit dem Abteilungssteiger Grabert von den Oberhausener Jacobischächten, den die Beamten aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Bottroper Arbeiter- und Soldatenrats zum Schachtordnungsmann gewählt hatten, 12. 11. 1918; HA/GHH, 30104/2
- <sup>262</sup> ebda.
- <sup>263</sup> Reusch an August Haniel, 20. 11. 1918; HA/GHH, 300193000/4
- <sup>264</sup> s. hierzu die Bemerkungen Sachsens in der Verhandlung zwischen Vertretern der Regierung, der Industriellen, Gewerkschaften, Oberbürgermeistern und Arbeiter- und Soldatenräte über die Beilegung des Streiks im Ruhrgebiet am 28. 12. 1918 in Mülheim; Prot. in StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032
- <sup>265</sup> Einige Zechen bezogen die 8 Stunden auf die reine Arbeitszeit ohne die Seilfahrt, andere schlossen die Seilfahrt ein, wieder andere taten zunächst dies, proklamierten aber wenige Tage später ebenfalls die achtstündige reine Arbeitszeit, was einer gesamten Schichtzeit von ca. 8 ½ entsprach.
- <sup>266</sup> Sachse an den preuß. Min. f. Handel u. Gewerbe, 22. 11. 1918; a. a. O.; s. auch das Schreiben Sachsens an den preuß. Ministerpräsidenten Hirsch v. 22. 11. 1918; ebda.
- <sup>267</sup> zit. nach dem Bericht des LR Essen an den RP Düsseldorf v. 14. 12. 1918; ebda.
- <sup>268</sup> Bekanntmachung der Verwaltung und des Arbeiterausschusses der Zeche Matthias Stinnes in Karnap sowie der Gewerkschaftsvertreter, 10. 12. 1918; ebda.; zur Kooperation zwischen Zechenverband und Bergarbeitergewerkschaften bei der Bekämpfung der Streiks s. auch Habadank S. 112f.

- <sup>269</sup> Corr. bl. Nr. 48 v. 30. 11. 1918, S. 440. – Jansson verwarf die Streiks sogar als »Verrat am Sozialismus« und hielt den Streikenden vor, sie dürften sich nicht beklagen, wenn sie »um die Früchte der Revolution geprellt« würden, denn die Arbeiterschaft habe sie »selbst verwirtschaftet, als sie an der Macht war« (W. Jansson, Die Streiks gegen den Sozialismus, in: Glocke Nr. 38 v. 21. 12. 1918, S. 1192 ff.; vgl. auch Miller, Bürde, S. 148 f.
- <sup>270</sup> zit. nach dem Bericht des Corr. bl. Nr. 49 v. 7. 12. 1918, S. 457 f.; auch zum folgenden; s. zu dieser Konferenz auch Miller, Bürde, S. 157 f., und Potthoff S. 37 ff.
- <sup>271</sup> Reusch an Böninger, 22. 11. 1918; HA/GHH, 300 193 000/10
- <sup>272</sup> s. Spethmann S. 131 f. und 360 ff.; für die Verhältnisse in Dortmund s. auch Inge Marßolek, Sozialdemokratie und Revolution im östlichen Ruhrgebiet. Dortmund unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 279 f.
- <sup>273</sup> s. den Bericht über die Belegschaftsversammlung des Schachtes 1/6 der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Hamborn am 16. 12. 1918 sowie die Erklärung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zur Streikbewegung der Hamborner Bergarbeiter vom 26. 12. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032; s. auch Steinisch a. a. O. S. 186 ff.
- <sup>274</sup> Tel. der Gewerkschaft Deutscher Kaiser an Ebert und das preußische Handelsministerium, 22. 12. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15033
- <sup>275</sup> s. ebda.
- <sup>276</sup> Tel. Emil Barths an die Hamborner Bergarbeiterdelegation, 23. 12. 1918; inser. im Tel. des UStS in der Reichskanzlei, Baake, an den RP in Düsseldorf, 25. 12. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032
- <sup>277</sup> s. Baudis S. 187
- <sup>278</sup> s. das Tel. des RP Düsseldorf an die OHL in Kassel und den Rat der Volksbeauftragten, 24. 12. 1918; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032
- <sup>279</sup> Aus einem Tel. an die Reichskanzlei v. 25. 12. 1918, zit. bei Baudis S. 188
- <sup>280</sup> Prot. der Kabinettsitzung v. 26. 12. 1918; Reg. der Volksbeauftragten, II, S. 42
- <sup>281</sup> s. zum folgenden die Niederschrift über die am 28. 12. 1918 im Rathaus zu Mülheim (Ruhr) stattgefundene Verhandlung über Beilegung des Streiks im Ruhrgebiet; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032; ein weiteres Protokoll über diese Sitzung ist abgedr. bei Erhard Lucas und Claus Del Tedesco, Zur Bergarbeiterbewegung in Hamborn 1918/19, in: Duisburger Forschungen 22 (1975), S. 159 ff.; vgl. auch den Bericht Ströbels über die Mülheimer Verhandlungen in der Sitzung von Reichskabinet und preuß. Regierung am 2. 1. 1919; Reg. der Volksbeauftragten, II, S. 177
- <sup>282</sup> Ströbel und Ebert ebda. S. 180
- <sup>283</sup> Ströbel ebda. S. 177
- <sup>284</sup> Zu den Vorschlägen der Sozialisierungskommission und ihre Behandlung durch die Regierung s. Schieck S. 60 f.; Baudis S. 243 ff.; Habadank S. 171 ff., 182 ff. und 219 ff.; Trüschler S. 23, 30 f. und 41
- <sup>285</sup> s. v. Oertzen, Streiks, S. 191
- <sup>286</sup> Presseerklärung des Essener ASR, inser. in einer Gegendarstellung des Zechenverbandes über die Essener Vorgänge, o. D. (etwa 20. 1. 1919); StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032
- <sup>287</sup> Die folgende Darstellung der Ereignisse im Ruhrgebiet nach v. Oertzen, Streiks, S. 191 ff.; vgl. auch Baudis S. 229 ff.
- <sup>288</sup> Presseerklärung des Essener Arbeiter- und Soldatenrats (wie Anm. 286)
- <sup>289</sup> Werner, Meine Rechnung geht in Ordnung, S. 243

- <sup>290</sup> zit. bei Lindau, *Revolutionäre Kämpfe*, S. 61 f.
- <sup>291</sup> Aus dem Versammlungsprotokoll zit. ebda. S. 62
- <sup>292</sup> abgedr. ebda. S. 63; ebenfalls bei R. Müller, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, Berlin 1925, S. 242 ff.; Wilbrandt, *Sozialismus*, S. 249 ff.
- <sup>293</sup> s. *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1929, S. 314 ff.; *Die Sozialisierung des Bergbaus und der Generalstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, hrsg. von der Neunerkommission für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Essen o. J. (1919), S. 3 ff. (zit. Broschüre Neunerkommission); R. Müller, *Bürgerkrieg*, S. 129 ff.; Spethmann I, S. 149 ff.
- <sup>294</sup> abgedr. bei Lindau S. 63
- <sup>295</sup> s. Spethmann I, S. 181 ff. und 188 f.; die Resolution der Delegierten ist abgedr. bei Wilbrandt, *Sozialismus*, S. 257
- <sup>296</sup> s. die Presseerklärung des Essener Arbeiter- und Soldatenrats, inser. in der Darstellung des Zechenverbandes über die Essener Vorgänge; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032; s. auch Wilbrandt S. 257 f.
- <sup>297</sup> s. Oertzen, *Streiks*, S. 192
- <sup>298</sup> s. ebda. S. 196. Ruben berichtete, es sei gelungen, »gewissermaßen im Wege der Massenpsychose, in zwei Tagen den ganzen Ausstand zu beiseitigen«; Aussage Rubens in: Bericht des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung über die Ursachen und den Verlauf der Unruhen im Rheinland und in Westfalen in der Zeit vom 1. 1. 1919 bis 19. 3. 1919, Nr. 3228, Drucksachen Bd. 10, S. 5623 f.; zit. nach Oertzen, *Streiks*, S. 212, Anm. 68. »Wäre damals die Anerkennung der Räte durch die Regierung erfolgt, so wären alle späteren Unruhen vermieden worden« – so das damalige Mitglied des Bergarbeiterverbandes, Heinrich Teuber (Heinrich Teuber, Beiträge zur neueren Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrbezirk, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, 4. Jg. Nr. 37 (16. 9. 1926); zit. nach dem Wiederabdruck in: Heinrich Teuber, *Für die Sozialisierung des Ruhrbergbaus*. Hrsg. von Hellmut G. Haasis und Erhard Lucas, Frankfurt 1973, S. 54). Dasselbe bestätigte der SPD-Abgeordnete und spätere Regierungspräsident von Arnsberg, König, in einem Bericht vor dem Zentralrat vom 24. 2. 1919; s. Zentralrat, S. 689 ff.
- <sup>299</sup> Broschüre Neunerkommission, S. 4. – Auch außerhalb des Ruhrgebiets grassierten solche Vorstellungen. Der Eisenbahnsekretär Josef Kraus z. B., der Vorsitzende des Beamten-Wirtschaftsvereins München, berichtete dem Privatsekretär Eisners schon Ende November 1918 über Soldaten und Matrosen, die den Sozialismus so verstanden, »sie dürften einfach den wohlhabenden Kreisen ihr Besitztum kurzerhand abnehmen«, und die »mit Gewaltanwendung sich selbst zu bereichern« beabsichtigten; Josef Kraus an Felix Fechenbach, 21. 11. 1918; GStAM, MA I 982
- <sup>300</sup> Broschüre Neunerkommission, S. 4
- <sup>301</sup> s. Marßolek a. a. O. S. 288 f.
- <sup>302</sup> Ruben in einer Besprechung in der Reichskanzlei am 17. 1. 1919; BA, R 43 I/2170
- <sup>303</sup> Zum erstenmal wurde dieses Wort Ende November 1918 von Emil Barth als Warnung vor unbedachten Aktionen einzelner Arbeitergruppen zur Durchsetzung ihrer materiellen Forderungen gebraucht; s. Reg. der Volksbeauftragten, I, S. LXXVIII, Anm. 240
- <sup>304</sup> Ruben deutete in einer Besprechung in der Reichskanzlei am 17. 1. 1919 über das Kohlensyndikat und die Lage des Kohlenbergbaus im rheinisch-westfälischen Industriebezirk diesen Zusammenhang an, als er über die Streikenden sagte, »da sie gewohnt gewesen seien, ihre Unzufriedenheit in Lohnforderungen auszudrücken, so



- habe sie ihr Freiheitsgefühl nach der Revolution dahin geführt, wiederum Lohnforderungen zu stellen«. BA, R 43 I/2170, Bl. 9
- <sup>305</sup> Luther ebda. Bl. 16
- <sup>306</sup> Limbertz ebda. Bl. 12
- <sup>307</sup> ebda. Bl. 20
- <sup>308</sup> Dies betont nachdrücklich Oertzen, Streiks, S. 198
- <sup>309</sup> s. die Ausführungen Limbertz' in der Besprechung vom 17. 1. 1919 in der Reichskanzlei; a. a. O. Bl. 11
- <sup>310</sup> s. Oertzen, Streiks, S. 198
- <sup>311</sup> s. zum folgenden ebda. S. 199
- <sup>312</sup> Stein berichtete in der Sitzung in der Reichskanzlei v. 17. 1. 1919, daß auf den Bottroper Zechen, wo schon Mitte November 1918 ein betriebliches Rátesystem eingeführt worden war, die Spartakistentrupps, die von Zeche zu Zeche zogen und die Arbeiter zum Streik aufforderten, »nichts erreicht« hätten; a. a. O. Bl. 19
- <sup>313</sup> s. Oertzen, Streiks, S. 196
- <sup>314</sup> Limbertz in der Sitzung in der Reichskanzlei v. 17. 1. 1919; a. a. O. Bl. 12. Der Vorsitzende der Neunerkommission, der sozialdemokratische Steiger Stein, bestätigte, »daß die gesamte Belegschaft des Ruhrreviers in einen Streik eintreten würde«, falls die Arbeiterkommission aus dem Zechenverband vertrieben werden sollte; s. ebda. Bl. 18
- <sup>315</sup> s. die Mitt. Eberts ebda. Bl. 24; vgl. auch seine Äußerungen in der gemeinsamen Sitzung von Reichskabinett und Zentralrat v. 15. 1. 1919; Reg. der Volksbeauftragten, II, S. 278; Schieck S. 61
- <sup>316</sup> Prot. der Sitzung vom 17. 1. 1919; a. a. O.; auch zum folgenden
- <sup>317</sup> Die Verordnung vom 18. 1. 1919 ist veröffentlicht im RGBl. 1919, S. 64; wieder abgedr. bei Adelman, I, S. 451 ff.
- <sup>318</sup> Ein Bericht der Sächsischen Gesandtschaft in Berlin vom 20. 1. 1919 erläuterte, daß die Verordnung die Arbeiterausschüsse lediglich »um der psychologischen Wirkung willen« auch als Zechen- oder Bergwerksräte bezeichnete; zit. bei Baudis S. 254
- <sup>319</sup> zit. nach Ill. Gesch. S. 318
- <sup>320</sup> Die Konferenzbeschlüsse sind abgedr. ebda.
- <sup>321</sup> s. zum folgenden das Prot. der Besprechung in der Reichskanzlei über die wirtschaftliche Lage am 21. 1. 1919; BA, R 43 I/1146, Bl. 2 ff. In Reg. der Volksbeauftragten, II, S. 300, ist lediglich ein kurzer Bericht des Berliner Tageblatts v. 23. 1. 1919 über diese Sitzung wiedergegeben.
- <sup>322</sup> s. Oertzen, Streiks, S. 218, Anm. 120
- <sup>323</sup> s. die Verfügungen des Demobilmachungsamtes vom 28. 1. 1919; abgedr. Reg. der Volksbeauftragten, II, S. 215 und 286
- <sup>324</sup> s. hierzu unten S. 721 ff.
- <sup>325</sup> Werner, Meine Rechnung geht in Ordnung, S. 243
- <sup>326</sup> s. die Darstellung des Zechenverbandes, o. D. (etwa 20. 1. 1919); StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15032
- <sup>327</sup> zit. ebda.
- <sup>328</sup> s. Wilbrandt, Sozialismus, S. 256
- <sup>329</sup> Darstellung des Zechenverbandes (wie Anm. 326); er bestätigte damit die Aussage des Essener ASR, die Geschäftsführung beider Organisationen sei »nicht im geringsten angetastet worden« (Presseerklärung des Essener ASR, ebda.).
- <sup>330</sup> Vor dem Untersuchungsausschuß der preußischen Landesversammlung gab er diese Absicht später unverblümt zu; s. Ill. Gesch. S. 318

- 331 zit. nach dem Bericht in Corr.bl. Nr. 6 v. 8. 2. 1919, S. 47f.; auch zum folgenden
- 332 Bericht Legiens über eine Konferenz zwischen Koeth und den Mitgliedern des vorläufigen Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft Borsig, Oppenheim, Henrich, Legien, Kube und Baltrusch am 24. 2. 1919; Siemensarchiv, 4/Lk 134-135; auch zum folgenden
- 333 zit. nach dem Bericht in Corrb. Nr. 6 v. 8. 2. 1919, S. 47f.; s. zu dieser Konferenz auch Potthoff S. 104 ff.
- 334 ZBl. Nr. 7 v. 31. 3. 1919, S. 49
- 335 s. z. B. ZBl. Nr. 6 v. 17. 3. 1919, S. 41
- 336 s. ZBl. Nr. 2 v. 20. 1. 1919, S. 10; das Zitat aus dem »Bergknappen« vom 12. 1. 1919 ebda. S. 16; ZBl. Nr. 6 v. 17. 3. 1919, S. 41; ZBl. Nr. 7 v. 31. 3. 1919, S. 50
- 337 s. z. B. Marßolek a. a. O. S. 290f.
- 338 s. Ill. Gesch. S. 319; vgl. auch Potthoff S. 127
- 339 Der Aufruf der Neunerkommission ist im Faksimile abgedr. bei Spethmann, I, S. 150; s. auch Oertzen, Streiks, S. 202
- 340 Stein in der Besprechung in der Reichskanzlei vom 17. 1. 1919; BA, R 43 I/2170, Bl. 9
- 341 s. Ill. Gesch. S. 319; Oertzen, Streiks, S. 202
- 342 s. Ill. Gesch. S. 319; Marßolek a. a. O. S. 280 und 310, Anm. 8
- 343 s. oben S. 664
- 344 Aufzeichnung über eine Konferenz in der Hauptverwaltung der GHH, 9. 1. 1919; HA/GHH, 3001031/5
- 345 Sten. Ber. Bd. 326, S. 44f.; s. dazu Trüschler S. 192; Miller, Bürde, S. 249; zur Haltung des neuen Reichswirtschaftsministers Wissell zur Sozialisierung s. Biechele S. 57ff.; zur Haltung von Zentrum und DDP zur Sozialisierung s. Trüschler S. 252ff.; Biechele S. 156ff.; Gottschalk S. 198ff.; Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930, Düsseldorf 1975, S. 56ff.
- 346 s. Habedank S. 233ff.; Trüschler S. 42ff.; zu den Spannungen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Sozialisierungskommission s. ferner Biechele S. 80ff.
- 347 s. Ill. Gesch. S. 319f.
- 348 Reusch z. B. untersagte die Abhaltung von Neuwahlen vor den Wahlen zur Nationalversammlung und wies die Leitungen aller Betriebe der GHH an, darauf hinzuwirken, »die Wahlen überhaupt zu vermeiden, vielleicht indem die Arbeiter erklärten, mit den jetzigen Ausschüssen zufrieden zu sein«; Aufzeichnung über eine Konferenz in der Hauptverwaltung der GHH, 9. 1. 1919; HA/GHH, 3001031/5
- 349 veröff. u. a. in Corr.bl. Nr. 10 v. 8. 3. 1919, S. 83; s. auch Marßolek a. a. O. S. 282; vgl. dazu unten S. 674 ff.
- 350 Aus einem Bericht über einen Besuch von Vertretern der VDA im Reichsarbeitsamt am 31. 1. 1919 zit. bei Raase S. 73
- 351 Aufzeichnung über die Sitzung des vorläufigen Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft am 27. 1. 1919; Siemensarchiv, 4/Lk 134-135; s. auch die entsprechenden Mitteilungen in der Aufzeichnung über die Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung der Norddt. Gruppe des VdESI vom 28. 2. 1919 in Berlin; BA, R 13 I/32, Bl. 136, sowie in der Aufzeichnung der Hauptvorstandssitzung des VdESI vom 1. 3. 1919; BA, R 13 I/93, Bl. 68
- 352 s. Potthoff S. 128ff. und 200
- 353 s. Spethmann I, S. 189f.; Ill. Gesch. S. 320
- 354 s. ebda. S. 320f.; Oertzen, Streiks, S. 192f.; Steinisch a. a. O. S. 208ff.; zur Entstehung und Auflösung des Generalsoldatenrats Münster s. ferner Ulrich Kluge, Der

- Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, ebda. S. 326ff.
- 355 Zur mitteldeutschen Betriebsrätebewegung s. Oertzen, Betriebsräte, S. 133ff.; Manfred Dörnemann, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter bes. Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss. phil. Würzburg 1966, S. 89ff.; Baudis S. 294ff.; Raase S. 77ff.; Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 99ff.; s. auch Miller, Bürde, S. 257ff.
- 356 s. Dörnemann S. 44ff. und 91; Ill. Gesch. S. 373; Oertzen, Betriebsräte, S. 140f.; Habedank S. 224f. und 246f.; Raase S. 92; vgl. auch Potthoff S. 141f.
- 357 s. die Belege bei Raase S. 106ff.
- 358 s. die bei Baudis S. 331f. zit. internen Erläuterungen der Vorläufigen Dienstanweisung vom 14. 2. 1919 durch das Oberbergamt Halle
- 359 Eine wenig später hrsg. offiziöse WTB-Meldung besagte unmißverständlich: »Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Räte-system in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzugliedern.« Zit. nach Miller, Bürde, S. 258
- 360 s. den Befehl Noskes an Maercker v. 14. 2. 1919; abgedr. bei Ludwig Rudolf Georg Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, Leipzig 1921, S. 114f.
- 361 s. Ill. Gesch. S. 321 und den Bericht des Mehrheitssozialisten Witte über die Greuel in Hervest-Dorsten, ebda. S. 323
- 362 s. Maercker S. 122f.; Buchsbaum S. 150ff.
- 363 s. Ill. Gesch. S. 374; Richter S. 331; Oertzen, Betriebsräte, S. 144; Habedank S. 223ff.
- 364 s. Dörnemann S. 93; zum Verhalten der Gewerkschaften s. Hermann Müller, Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg, S. 122f.
- 365 s. Baudis S. 340; Raase S. 95; Dörnemann S. 93
- 366 s. Spethmann I, S. 324f.
- 367 s. Oertzen, Streiks, S. 193; Habedank S. 249ff.; ferner den Aufruf der mehrheitssozialistischen Delegierten der Essener Konferenz v. 18. 2. und den Artikel Limbertz' in der Essener Arbeiter-Zeitung v. 19. 2. 1919; abgedr. bei Spethmann I, S. 382f. bzw. 208f., sowie das Flugblatt des mehrheitssozialdemokratisch geführten Dortmunder ASR, in: Ill. Gesch. S. 322
- 368 s. Ill. Gesch. S. 324f.
- 369 Die Verordnung ist veröff. RGBl. 1919, S. 202; abgedr. Corr.bl. Nr. 10 v. 8. 3. 1919, S. 83. Wohl um die naheliegende Vermutung zu entkräften, die Verordnung sei unter dem Druck des mitteldeutschen Generalstreiks entstanden, der um den 20. Februar seinen Höhepunkt erreicht hatte, wurde sie auf den 8. Februar 1919 zurückdatiert; s. dazu Baudis S. 279ff.
- 370 s. oben S. 390ff.
- 371 s. oben S. 671f.
- 372 s. die Mitteilungen Reicherts in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 1. 3. 1919 über einen entsprechenden Vorschlag der Gewerkschaftsvertreter in einer Sitzung im Demobilmachungsam Ende Februar 1919; BA, R 13 I/156, Bl. 214, sowie den Bericht Legiens über die Konferenz zwischen Koeth und Mitgliedern des vorl. Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft am 24. 2. 1919; Siemensarchiv, 4/Lk 134-135. Zwar wurden aufgrund der Verordnung Arbeitskammern für den Bergbau im Ruhrgebiet und in Oberschlesien eingerichtet. Aber wegen des Desinteresses der Gewerkschaften und gleichermaßen der Unternehmer sowie wegen ihrer Isolation –

- die Einrichtung von Arbeitskammern für andere Industriezweige unterblieb – entwickelten sie nur minimale Bedeutung; s. Preller S. 232, und Neumann, Gewerkschaften im Ruhrgebiet, S. 188
- <sup>373</sup> s. oben S. 664 f.
- <sup>374</sup> Corr.bl. Nr. 11 v. 15. 3. 1919, S. 101
- <sup>375</sup> Der Aufruf ist auszugsweise abgedr. in Ill. Gesch. S. 374; S. auch Oertzen, Betriebsräte, S. 144; Habedank S. 265 ff.
- <sup>376</sup> zit. nach dem Abdruck bei Preller S. 240
- <sup>377</sup> Der Antrag ist im Faksimile abgedr. in Ill. Gesch. S. 327
- <sup>378</sup> Aufzeichnung über die gesetzgeberischen Absichten der Regierung, die sich aus den Verhandlungen mit den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft ergaben, o. D. (Anfang März 1919); BA, R 43 I/1943, Bl. 8; das Arbeitsprogramm der Regierung ist abgedr. bei Preller S. 240
- <sup>379</sup> s. oben S. 672
- <sup>380</sup> Vorläufige Dienstanweisung für die Betriebsräte; BA, R 43 I/1943; abgedr. bei Oertzen, Betriebsräte, S. 362; s. auch Habedank S. 276 f.; Miller, Bürde, S. 259
- <sup>381</sup> Niederschrift der Verhandlungen über Beilegung des mitteldeutschen Generalstreiks am 5. 3. 1919 in Weimar; BA, R 43 I/1943; s. zu diesen Verhandlungen und ihrem Ergebnis auch Oertzen, Betriebsräte, S. 145 f. und Raase S. 111 ff.
- <sup>382</sup> Wilbrandt, Sozialismus, S. 234
- <sup>383</sup> Aus einem Bericht des sächsischen Gesandten in Berlin über die Begründung Wissells für die Gesetzesvorhaben im Staatenausschuß am 5. 3. 1919 zit. bei Baudis S. 399
- <sup>384</sup> Bauer in der SPD-Parteikonferenz vom 22./23. 3. 1919; Prot. S. 36
- <sup>385</sup> s. seine Ausführungen ebda. S. 32; s. auch Corr.bl. Nr. 10 v. 8. 3. 1919, S. 81 ff.
- <sup>386</sup> Zu Entstehung und Inhalt des Sozialisierungsgesetzes s. Corr.bl. Nr. 12 v. 22. 3. 1919, S. 106; Schieck S. 156 ff.; Habedank S. 276 f.; Dörnemann S. 57 f.; Trüschler S. 132 ff.; Biechele S. 180 ff.
- <sup>387</sup> Moellendorff an Wissell, 11. 5. 1919; Historische Kommission Berlin, Nl. Wissell
- <sup>388</sup> Zum Kohlenwirtschaftsgesetz s. Corr.bl. Nr. 12 v. 22. 3. 1919, S. 106 f.; Heinrich Göppert, Die Sozialisierungsbestrebungen in Deutschland nach der Revolution, in: Schmollers Jb. 45 (1921), II, S. 328 f.; Schieck S. 156 ff.; Oertzen, Betriebsräte, S. 249; Dörnemann S. 58 f.; Trüschler S. 147 ff.; Biechele S. 183 ff.; zum gleichzeitig verabschiedeten Kaliwirtschaftsgesetz, das für die Kaliwirtschaft ähnliche Regelungen einführt, s. Trüschler S. 153 ff.
- <sup>389</sup> Corr.bl. Nr. 12 v. 22. 3. 1919, S. 106
- <sup>390</sup> vgl. Biechele S. 226 ff.
- <sup>391</sup> s. zum folgenden das Prot. der Sitzung des vorl. Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 19. 3. 1919; Siemensarchiv, 4/Lk 134–135; vgl. auch Richter S. 336 ff.
- <sup>392</sup> Gemeinsames Flugblatt der vier Bergarbeiterverbände, Anfang März 1919; abgedr. bei Spethmann I, S. 386 f.
- <sup>393</sup> zit. aus einem Flugblatt des Bergarbeiterverbandes von Anfang März 1919 bei Dörnemann S. 52
- <sup>394</sup> Gemeinsames Flugblatt der vier Bergarbeiterverbände von Anfang März 1919; a. a. O.
- <sup>395</sup> s. die Meldung Watters an die Reichsregierung über die politische Lage, 8. 3. 1919; abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 57
- <sup>396</sup> Dies betont nachdrücklich Oertzen, Streiks, S. 198
- <sup>397</sup> s. Karski, Die Sozialisierung des Bergbaues, S. 6f.

- 398 s. Spethmann I, S. 255
- 399 s. ebda. S. 263
- 400 s. Haupts S. 282 ff.
- 401 s. Spethmann I, S. 258 ff.; Ill. Gesch. S. 327 f. Auch bei Absetzungen von Betriebsleitern, wie sie sich verschiedentlich in diesem Zusammenhang ereigneten, erklärten die Arbeiter mitunter ausdrücklich, daß sich diese Aktionen weniger gegen die betroffenen Beamten selbst als gegen das bürokratische System der preußischen Bergverwaltung richteten, und unterstrichen damit den politischen Charakter ihres Vorgehens.
- 402 zit. bei Spethmann I, S. 263
- 403 s. ebda. S. 264; Dörnemann S. 60
- 404 s. Spethmann I, S. 266 f.
- 405 s. ebda. S. 270
- 406 s. ebda.
- 407 s. ebda. S. 260 f.; Ill. Gesch. S. 328
- 408 s. ebda. S. 329; Spethmann I, S. 269; Oertzen, Streiks, S. 193 f.
- 409 zit. bei Spethmann I, S. 274 f.
- 410 Resolution des Ausschusses des Bergarbeiterverbandes v. 4./5. 4. 1919; abgedr. Corr.bl. Nr. 15 v. 12. 4. 1919, S. 150 f.; auszugsweise bei Spethmann I, S. 273 f. Gleichzeitig versprach Legien Albert Vögler, der den »unberechenbaren Schaden« beklagte, welchen die industriefeindliche Schreibweise auch sozialdemokratischer Zeitungen stiftete, auf deren Redaktionen »im Sinne einer objektiveren Schreibweise« einzuwirken; Aufzeichnung über die Sitzung des vorl. Zentralvorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 3. 4. 1919; Siemensarchiv, 4/Lk 134-135
- 411 Prot. der Kabinettsitzung vom 30. 4. 1919; BA, R 43 I/1348; s. auch das Prot. der Kabinettsitzung vom 28. 4. 1919, ebda.; den Bericht von Reichsarbeitsminister Bauer an Scheidemann vom 14. 5. 1919 über eine interministerielle Besprechung vom 2. 5. 1919 über gesetzliche Maßnahmen gegen Streiks; BA, R 43 I/2118; ferner die Vorgänge in: GStA Berlin-Dahlem, Rep. 84a/1255, sowie das Schreiben Moellendorffs an Schlicke vom 6. 7. 1919; BA, Nl. Moellendorff Nr. 87
- 412 Spethmann I, S. 278 ff.
- 413 s. ebda. S. 289 ff.; Ill. Geschichte S. 331; Carl Severing, 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld 1927, S. 25 ff.
- 414 s. Spethmann I, S. 293; Ill. Gesch., S. 331
- 415 So der Bericht Spethmanns, I, S. 297 f.
- 416 s. ebda. S. 300 f.; s. auch Ill. Gesch. S. 332
- 417 s. Spethmann I, S. 302
- 418 s. ebda. S. 304; Severing, 1919/20 im Wetter- und Watterwinkel, S. 32. Daß die Verordnung rechtlich nicht haltbar war, stellte ein Dortmunder Gericht erst Monate später fest; s. Spethmann I, S. 305
- 419 s. ebda. S. 303; Ill. Gesch. S. 333
- 420 s. z. B. die Protesttelegramme der Belegschaften der Gelsenkirchener Zeche Graf Bismarck vom 11. 4. 1919 und der Hamborner Zeche Deutscher Kaiser vom 12. 4. an die Reichsregierung; BA, R 43 I/2122, Bl. 47
- 421 Die Resolution ist abgedr. bei Spethmann I, S. 305 f. Allerdings stimmten 82 von 217 Delegierten, also mehr als ein Drittel, gegen diese Resolution; s. ebda.
- 422 So der Versammlungsleiter einer Streikkonferenz v. 24. 4. 1919; zit. ebda. S. 311 f.
- 423 s. ebda. S. 315
- 424 s. Potthoff S. 44 f.
- 425 s. Bergarb.verb., Jb. 1919, S. 366 ff. s. auch Oertzen, Streiks, S. 194

- 426 s. Bergarb. verb., Jb. 1920, S. 146 ff.
- 427 vgl. Oertzen, Streiks, S. 211, Anm. 59. – Dasselbe zeigen die Resultate der Betriebsrätewahlen. Bei den Wahlen vom März 1921 z. B. errang der alte Verband von ca. 350000 Stimmen knapp 145000, also gut 41 %, die Union gemeinsam mit den Syndikalistinnen rund 108000 (ca. 31 %), der christliche Gewerkverein gut 63000 (18 %), der Hirsch-Dunckersche Verein mit knapp 4000 gerade 1 % und die Polnische Berufsvereinigung mit rund 20000 knapp 6 %; s. Bergarb. verb., Jb. 1921, S. 135
- 428 s. Spethmann II, S. 10 f.; Ill. Gesch. S. 333
- 429 s. Oertzen, Streiks, S. 194
- 430 s. Oertzen, Betriebsräte, S. 165 ff., 190 ff., 275 ff.
- 431 zit. bei Eberhard Kolb, Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Helmut Neubauer (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, Stuttgart 1968, S. 94
- 432 Salzmann in der 19. Sitzung des Internen Ausschusses des II. Zentralrats am 21. 5. 1919; IISG, Prot. der Sitzungen des II. Zentralrats
- 433 Zit. nach dem unter dem Titel »Gewerkschaften und Arbeiterräte« veröffentlichten Protokoll der Vorständekonferenz vom 25. 4. 1919, Berlin 1919, S. 32
- 434 s. Julius Kaliski, Der Rätegedanke beim Neuaufbau Deutschlands, in: SM 25 (1919), I, S. 229 ff.; Max Cohen, Der Aufbau Deutschlands und der Rätegedanke, Berlin 1919 (es handelt sich um einen Sonderdruck von Cohens Referat auf dem 2. Rätekongreß im April 1919), sowie Cohens Referat über Räte-system und Reichsverfassung auf dem SPD-Parteitag 1919; Protokoll S. 421 ff.; s. dazu Oertzen, Betriebsräte, S. 200 ff. und Dähn, Rätedemokratische Modelle, S. 243 ff.
- 435 s. oben S. 628 und Schieck S. 163 ff.; vgl. auch Trüschler S. 124 ff.; Biechle S. 65 ff., 105 ff. und 196 ff. sowie die bei Feldman/Homburg S. 210 ff. abgedr. Dokumente. Die Spannungen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Sozialisierungskommission blieben indessen bestehen; ohne ihre Arbeiten zu Ende zu führen, trat die Kommission daher Anfang April 1919 zurück; s. Trüschler S. 34 f.
- 436 s. Oertzen, Betriebsräte, S. 201
- 437 s. hierzu und zum folgenden das unter dem Titel »Gewerkschaften und Arbeiterräte« veröffentlichte Prot. der Vorständekonferenz v. 25. 4. 1919, Berlin 1919; s. auch Corr. bl. Nr. 18 v. 3. 5. 1919, S. 185 ff.; zu den internen Diskussionen dieser Vorständekonferenz s. Potthoff S. 106 ff. und 135 ff.; zur Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Betriebsräten s. auch Oertzen, Betriebsräte, S. 266 ff.
- 438 s. Potthoff S. 200
- 439 s. zum folgenden Prot. Gew.kg. 1919, S. 523 ff.; vgl. auch Potthoff S. 116 ff. und 349 ff.
- 440 Vgl. dazu folgende Ausführungen Bruns' auf dem Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes 1920: »Nicht mit dieser Generation der Angestellten, sondern möglicherweise erst mit der kommenden Generation wird es uns gelingen, den Produktionsprozeß zu beherrschen. Heute ist ein Kollege in einem modernen Stickstoffbetrieb vielleicht in der Lage, den unmittelbar sich vor ihm abspielenden Produktionsprozeß zu beherrschen, auch vielleicht einen Teil der Apparatur, aber sobald er nach dem Nebenraum kommt, hört sein Wissen auf.« FAV, Prot. VT 1920, S. 173
- 441 Prot. Gew.kg. 1919, S. 434 ff.
- 442 ebda. S. 465
- 443 ebda. S. 426 ff.
- 444 s. ebda. S. 60 ff. bzw. 483 und 502 f.; zum Paritätsgedanken in den gewerkschaftlichen Konzeptionen s. auch Potthoff S. 201 ff.
- 445 s. die Resolution zur Sozialisierungsfrage; Prot. SPD-PT 1919, S. 513 f.; s. dazu die

- Rede Wissells ebda. S. 363 ff.; s. auch Trüschler S. 229 ff.; Biechele S. 147 ff.; Miller, Bürde, S. 306 ff.
- 446 Zu den Spannungen zwischen Wissell und Schmidt s. die Kritik Schmidts an den Ausführungen Wissells, Prot. SPD-PT 1919, S. 383 ff., und die Kontroverse zwischen beiden ebda. S. 402 f.; s. auch Biechele S. 83 f. und 151 ff.
- 447 s. Schieck S. 176 f.
- 448 s. den Auszug aus dem Kabinettsprotokoll vom 8. 7. 1919; BA, R 43 I/1146; ferner Schieck S. 255; Biechele S. 201 ff.
- 449 s. C. Bachem an Trendelenburg, 13. 7. 1919; Histor. Komm. Berlin, Nl. Wissell, IV, 3386. – Aufgrund von Unterredungen mit Sinzheimer und dem Unabhängigen Simon gewann Bachem die Überzeugung, »daß wir ganz schwere Fehler gemacht haben. Wir haben dem Grundsatz Moellendorffs getreu, daß wir gar keine Politiker seien, verabsäumt, sowohl bei der Aufstellung der Denkschrift und des Programms als vor allen Dingen auch nachher uns mit Wissells Parteigenossen in die richtige Fühlung zu setzen, und dadurch erreicht, daß selbst bei grundsätzlichen Anhängern der Gedanken, die von uns verfochten werden, . . . Mißverständnisse aufgekomen sind und andererseits nicht die Worte gefunden worden sind, die unser Gedanke [sic!] in Übereinstimmung mit dem finden, was man gefühlsmäßig Sozialismus nennt.« Bachem war überzeugt, »daß wir eine sehr starke Unterstützung in beiden sozialistischen Parteien gefunden hätten, wenn wir nach der ersten Aufstellung des Programms Politiker zugezogen hätten und mit ihnen eine Begründung des Programms durchberaten hätten«.
- 450 zit. bei Schieck S. 259
- 451 Zum wirtschaftspolitischen Programm Schmidts s. Trüschler S. 196 ff.
- 452 Regierungserklärung Bauers vom 23. 7. 1919; Sten. Ber. Bd. 328, S. 1848
- 453 s. Trüschler S. 138 und 198 sowie die Vorgänge in BA, R 43 I/2114
- 454 s. Trüschler S. 199; Miller, Bürde, S. 361
- 455 s. Preller S. 251 f.; vgl. auch Potthoff S. 432; zur Entstehung dieser Verfassungsartikel s. Biechele S. 188 ff.; zu den Überlegungen, Diskussionen und Stellungnahmen zu Einrichtung und Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates s. ferner die umfangreichen Vorgänge in BA, R 43 I/1197
- 456 Zu den Kämpfen vom 13. Januar 1920 s. die von der USPD hrsg. Broschüre »Die Wahrheit über das Blutbad vor dem Reichstag, 13. Januar 1920«, Berlin 1920; Walther Wimmer, Das Betriebsrätegesetz von 1920 und das Blutbad vor dem Reichstag, Berlin (Ost) 1957; sowie die Schilderung bei Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 167 ff.
- 457 Zum Betriebsrätegesetz und seiner Praktizierung in der Weimarer Republik s. Kurt Brigl-Matthiaß, Das Betriebsräteproblem, Berlin/Leipzig 1926; Marcel Berthelot, Die Betriebsräte in Deutschland. Übersetzt von Otto Bach, Mannheim/Berlin/Leipzig 1926; Preller S. 137 ff., 249 ff., 263 ff.; sowie die Skizze von Hans O. Hemmer, Betriebsrätegesetz und Betriebsrätepraxis in der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Hrsg. von Ulrich Borsdorf u. a., Köln 1977, S. 241 ff.
- 458 zit. bei Preller S. 250
- 459 zit. nach Julius Braunthal, Auf der Suche nach dem Millennium, Bd. 1, S. 480
- 460 So die Acht-Punkte-Vereinbarung zwischen freien Gewerkschaften und Reichsregierung vom 20. 3. 1920; abgedr. u. a. Corr.bl. Nr. 15 v. 10. 4. 1920, S. 181 ff.
- 461 s. Potthoff S. 196 f.; Trüschler S. 67 ff.; zur Behandlung der Sozialisierungsfrage in der Landwirtschaft nach dem Kapp-Putsch s. Schumacher, Land und Politik, S. 207 ff.

## 17. Kapitel

- <sup>1</sup> s. oben S. 551.
- <sup>2</sup> August Winnig, *Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen*, Berlin 1921, S. 29
- <sup>3</sup> s. ebda.
- <sup>4</sup> s. Witold Lukaszewicz, *Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen 1918–1919*, in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Rostock* 7 (1957/58), S. 316f.
- <sup>5</sup> s. Ernst Hesterberg, *Alle Macht den A.- und S.-Räten. Kampf um Schlesien*, Breslau 1932, S. 10; Karl Höfer, *Oberschlesien in der Aufstandszeit. Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1938, S. 22; Schumann S. 84
- <sup>6</sup> s. Werner, *Meine Rechnung geht in Ordnung*, S. 226
- <sup>7</sup> s. Ludwig Lewinsohn, *Die Revolution an der Westfront*, S. 53 und 71
- <sup>8</sup> s. Ernst Schulte, *Münstersche Chronik zu Novemberrevolte und Separatismus 1918*, Münster 1936, S. 72f.
- <sup>9</sup> s. Paul Hahn, *Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. »Der Rote Hahn, eine Revolutionserscheinung«*, Stuttgart 1922, S. 36
- <sup>10</sup> s. die Belege bei Hürten S. 325; Ernst Schulte, *Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919*, Münster 1939, S. 51 ff.; s. auch die Aufzeichnungen Vagts' über den Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres vom 1./2. 12. 1918 in Bad Ems, in: *Zwischen Revolution und Kapp-Putsch*, S. 21; vgl. ferner *Die rote Stadt im roten Land*, S. 79, und Kluge, *Soldatenräte*, S. 112.  
Generelle Aussagen über die soziale Zusammensetzung der Soldatenräte sind wegen der Dürftigkeit einschlägiger Quellen allerdings kaum möglich. Kluge S. 109f. kommt aufgrund der Analyse von 25 Soldatenräten, über die entsprechende Informationen vorlagen, zu dem Ergebnis, daß sowohl unter den Soldatenrats-Vertretern der Mannschaften als auch unter denjenigen des mittleren Führungskorps Angehörige bürgerlicher Schichten dominierten. Dies wird für Württemberg im wesentlichen bestätigt von Klaus Schönhoven, *Die württembergischen Soldatenräte in der Revolution von 1918/19*, in: *Zs. f. württ. Landesgeschichte* 33 (1974), S. 246, und Gunther Mai, *Die Sozialstruktur der württembergischen Soldatenräte 1918/19*, in: *IWK* 14 (1978), S. 3 ff.
- <sup>11</sup> s. Kluge S. 52 und 113; zu den Forderungen der Soldatenräte in der Marine s. ferner Keith W. Bird, *Weimar, the German Naval Officer Corps and the Rise of National Socialism*, Amsterdam 1977, S. 29f.
- <sup>12</sup> s. z. B. die Belege in: *Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann*. Hrsg. von Karl Friedrich Nowak, Berlin 1929, I, S. 218 und 221
- <sup>13</sup> s. die instruktiven Belege bei Ernst Lemmer, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfurt 1968, S. 36 ff., und Winnig, *Am Ausgang der deutschen Ostpolitik*, S. 31 und 47f. Beispiele dafür, daß in zahlreiche Soldatenräte der Fronttruppen auch Offiziere gewählt und bei der weiteren Ausübung ihrer früheren Funktionen kaum behindert wurden, ferner bei Gallwitz S. 493; s. im übrigen Hürten S. 313f. und Kluge S. 94ff.
- <sup>14</sup> Aufzeichnung Groeners über den Zusammenbruch des alten Heeres im November/Dezember 1918, 30. 8. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/130, Bl. 174
- <sup>15</sup> ebda. Bl. 173
- <sup>16</sup> s. Hürten S. 309f. und 323f. und Kluge S. 160ff.
- <sup>17</sup> s. Hürten S. 307
- <sup>18</sup> Werner, *Meine Rechnung geht in Ordnung*, S. 227
- <sup>19</sup> ebda.



- <sup>20</sup> ebda.; vgl. auch Herm. Müller, Novemberrevolution, S. 69, und Karl-Heinz Luther, Die nachrevolutionären Machtkämpfe in Berlin. November 1918 bis März 1919, in: Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 8 (1959), S. 195 f.
- <sup>21</sup> Zur Agitation Wels' unter den Berliner Soldaten am 9./10. 11. 1918 und zur Versammlung im Zirkus Busch vom 10. 11. 1918 s. auch Kluge S. 87 ff.; Miller, Bürde, S. 97, Morgan S. 121 ff. und Materna S. 23 ff. Auf ähnliche Weise erzwangen die Soldatenräte in Frankfurt eine Einigung zwischen USPD und MSPD; s. Zwischen Römer und Revolution. 1869–1969. Hundert Jahre Sozialdemokraten in Frankfurt am Main, Frankfurt 1969, S. 71 f., und Erhard Lucas, Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19, Frankfurt 1969, S. 29 f.
- <sup>22</sup> Die Resolution ist abgedr. in: Bericht. Den Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. 12. 1918 überreicht vom Vollzugsausschuß des Soldatenrats des Feldheeres bei der OHL. Wilhelmshöhe bei Cassel, 12. 12. 1918, S. 13 f.; s. auch Hürten S. 320, sowie die Aufzeichnung Vagts' über diese Veranstaltung, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 14 ff.
- <sup>23</sup> s. Lewinsohn S. 49 und 64; Groener, Lebenserinnerungen, S. 470, sowie die in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 12 f. abgedruckten Dokumente; dazu Hürten S. 315 ff.; Kluge S. 197 ff.
- <sup>24</sup> s. Hürten S. 309 und Kluge S. 113 ff.
- <sup>25</sup> Die sog. Hamburger Punkte sind u. a. abgedr. in: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16.–21. 12. 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin, Sten. Berichte, S. 181; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 393 f.; s. auch Wolfgang Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Diss. phil. FU Berlin 1957 (Masch.), S. 171 f.; Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, 3. Aufl. Köln 1966, S. 26 f.; Morgan S. 191 f. Kluge S. 250 ff., und – mit abfälliger Wertung im Anschluß an Sauer – Rakenius S. 111 ff.
- <sup>26</sup> s. Gustav Adolf Caspar, Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Frankfurt 1959, S. 12
- <sup>27</sup> Zur Kritik an den Hamburger Punkten s. insbes. Sauer S. 171 ff.
- <sup>28</sup> Bisher am gründlichsten untersucht sind diese Wehren bei Heinz Oeckel, Die revolutionäre Volkswehr 1918/19. Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die revolutionäre Volkswehr (November 1918 bis Mai 1919), Berlin 1968, und Kluge S. 167 ff. und 325 ff.; s. auch ders., Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 335 ff.; Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin 1971, S. 36 f.; zur Nürnberger Volkswehr s. Schwarz, Nürnberg, S. 309; für die Bildung von Werkswehren s. die Belege bei Maršolek a. a. O. S. 273
- <sup>29</sup> s. Kluge, Soldatenräte, S. 196
- <sup>30</sup> Sauer S. 93
- <sup>31</sup> vgl. Carsten S. 31
- <sup>32</sup> s. Sauer S. 111 ff.
- <sup>33</sup> s. die Aufzeichnung Groeners zu einem Bericht des Grafen Waldersee über den Zusammenbruch des alten Heeres im November/Dezember 1918, 30. 8. 1918; MA, Nl. Groener, N 46/130, Bl. 168; Tagebuch-Aufzeichnung Thaers vom 9. 11. 1918, Thaeer S. 258; s. auch ebda. S. 263; vgl. auch die Denkschrift des Generals v. d. Schulenburg vom 7. 12. 1918 über die Vorgänge vom 7. 11. 1918 im Großen

- Hauptquartier, die Denkschrift der Generäle v. Plessen, Marschall und v. d. Schulenburg vom 6. 4. 1919 über dieselben Vorgänge, abgedr. bei Niemann, *Revolution von oben*, S. 325 ff., und die weiteren Dokumente über dieselben Vorgänge ebda. S. 350 ff.; Wilhelm II., *Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918*, Leipzig/Berlin 1922, S. 239 f.; Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 458 ff.; Kluge S. 128 ff.; Rakenius S. 51 ff.
- <sup>34</sup> s. Carsten S. 17
- <sup>35</sup> Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 472. – Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes ging es nach seinen Worten darum, »das Westheer so zurückzuführen, daß es in seinem Kern, d. h. in den Fronttruppen für die Dauer der Friedensverhandlungen erhalten blieb, um sowohl übermäßigen Forderungen unserer Feinde entgegenzutreten als auch im Innern den Kampf gegen den Bolschewismus aufnehmen zu können« (Niederschrift Groeners zur »Beurteilung der Lage Deutschlands nach dem Frieden«, Ende Juli 1919 (2. Entwurf); MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 167).
- <sup>36</sup> Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 468 f.
- <sup>37</sup> So Rakenius S. 65, der im übrigen nachzuweisen sucht, daß die OHL unmittelbar nach dem Umsturz noch keine weiterreichenden politischen Zielvorstellungen besaß, sondern im wesentlichen pragmatisch handelte; s. ebda. S. 60 ff.; vgl. hierzu ferner Sauer S. 46
- <sup>38</sup> s. Kluge S. 136 ff.; Rakenius S. 19
- <sup>39</sup> Denkschrift Groeners »Beurteilung der Lage Deutschlands nach dem Frieden«, Ende Juli 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 177; zum eingeschränkten Bekenntnis der OHL zur Revolution s. auch Rakenius S. 121 ff.
- <sup>40</sup> Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 472
- <sup>41</sup> s. Rakenius S. 123 u. ö.
- <sup>42</sup> Groener in einer Lagebeurteilung vom Vormittag des 9. 11. 1918; abgedr. bei Thaer S. 262 ff.; vgl. auch Kluge S. 133 und 205
- <sup>43</sup> s. die Tagebuch-Aufzeichnungen Thaers vom 9. und 15. 11. 1918, Thaer S. 259 und 272
- <sup>44</sup> Richtlinien für die Einwirkung auf die Truppe, 16. 11. 1918; abgedr. bei Lothar Berthold/Helmut Neef, *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation*, Berlin 1958, S. 120 ff.; s. dazu Rakenius S. 122 ff.
- <sup>45</sup> zit. ebda. S. 124
- <sup>46</sup> Groener in einem Vortrag im Gr. HQu. in Kolberg am 18. 8. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 185
- <sup>47</sup> Hierauf weist Rakenius S. 70 f. mit Recht hin.
- <sup>48</sup> Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 467; s. auch Carsten S. 20 f.; Kluge S. 137 f.; Rakenius S. 67 ff.
- <sup>49</sup> s. hierzu ausführlich Sauer, *passim*; Kluge S. 136 ff.; Rakenius, *passim*
- <sup>50</sup> Ernst Heilmann, *Die Revolution am Scheidewege*, in: *Die Glocke* Nr. 34 v. 23. 11. 1918, S. 1066; s. auch Kluge S. 219 und 240. Selbst Richard Müller hielt die Gefahr konterrevolutionärer Aktionen Mitte November 1918 für gering; s. Materna S. 69
- <sup>51</sup> Zum Junktim zwischen Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und amerikanischen Lebensmittellieferungen in den Vorstellungen des Rats der Volksbeauftragten s. Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Friede. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971, S. 232 ff.

- <sup>52</sup> Solf in einem Gespräch mit Meinecke am 18. 11. 1918; zit. nach Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, S. 259
- <sup>53</sup> Bauer an Löbe, 13. 11. 1918; zit. bei Könnemann S. 40
- <sup>54</sup> ebda.
- <sup>55</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 468; zur Entstehung und Problematik der Zeichnung »Bündnis« für die Kooperation zwischen Ebert und Groener s. Rakenius S. 152f.
- <sup>56</sup> s. das Schreiben Bauers an Löbe vom 13. 11. 1918, a. a. O.; vgl. auch Miller, Bürde, S. 177
- <sup>57</sup> s. die Aufzeichnung Böhms vom 11. 12. 1918; Adjutant im preußischen Kriegsministerium, S. 104
- <sup>58</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 471
- <sup>59</sup> Aufzeichnung Koch-Wesers vom 12. 11. 1918; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 72, Bl. 111ff.; zu Empfang und Behandlung der OHL durch den Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat s. auch den Brief Thaers vom 15. 11. 1918; Thaer S. 271; zum Verhältnis der OHL zu den Kasseler Arbeiter- und Soldatenräten ferner die Aufzeichnung über eine Besprechung von Vertretern der OHL mit dem Kasseler Oberbürgermeister Koch und Angehörigen von Arbeiter- und Soldatenräten vom 30. 12. 1918, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch S. 38ff.; vgl. auch Rakenius S. 120f.
- <sup>60</sup> s. Walter Görlitz, Hindenburg, Bonn 1953, S. 209; vgl. zu diesen Vorgängen auch Berthold/Neef S. 40; Dorpalen, Hindenburg, S. 31, und Rakenius S. 85f.
- <sup>61</sup> Der Aufruf ist abgedr. bei Berthold/Neef S. 117; s. auch Wheeler-Bennett S. 222
- <sup>62</sup> Nach einer Tagebuch-Eintragung Groeners traf Giebel mit drei weiteren sozialdemokratischen Delegierten des Rates der Volksbeauftragten (Stücklen, Lensch und Krätzig) am 14. 11. 1918 im Gr. HQu. ein; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 11. Diese drei verließen Wilhelmshöhe jedoch nach wenigen Tagen wieder; s. Rakenius S. 87. Am 19. 11. 1918 beschloß der Rat der Volksbeauftragten, daß nur Giebel als Vertreter der Volksbeauftragten bei der OHL fungieren sollte; s. Richter S. 278; vgl. auch Berthold/Neef S. 26f.
- <sup>63</sup> s. die Verordnung des Vollzugsrates vom 15. 11. 1918; abgedr. in: Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19. Dokumente, Frankfurt/Hamburg 1968, S. 98f.; vgl. dazu Materna S. 69f. Der Vollzugsrat wurde am 21. 11. 1918 von den Volksbeauftragten als oberstes revolutionäres Organ anerkannt, von dem die Volksbeauftragten ihre Legitimation als Exekutive ableiteten; s. die Vereinbarung zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat vom 22. 11. 1918; abgedr. bei Ritter/Miller S. 110f.; vgl. außerdem die Dokumente zur Kompetenzabgrenzung zwischen Volksbeauftragten und Vollzugsrat in: Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 127ff., sowie Kluge S. 138f.
- <sup>64</sup> Groener forderte Giebel am 28. 11. 1918 auf, an den regelmäßigen Abendbesprechungen teilzunehmen; s. seine Tagebuch-Eintragung vom gleichen Tage; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 14
- <sup>65</sup> s. die Aufzeichnung über ein Ferngespräch Groeners mit Baake vom 3. 12. 1918; abgedr. bei Berthold/Neef S. 147
- <sup>66</sup> s. Groener an Giebel, 27. 11. 1918; ASD, Nl. Giebel, Mappe 13, Bl. 63
- <sup>67</sup> Etwa nach einem Einschreiten der Gewerkschaften gegen die aufkommenden separatistischen Strömungen in Bayern und im Rheinland (s. Groener an Giebel, 21. 11. 1918; ebda. Mappe 12 Nr. 43) und nach Umbenennung der Auslandsabteilung der OHL, die Mitte November in den Dienst des Vollzugsrats gestellt wurde zur »Propagierung des sozialistischen Gedankens und der Internationale im In- und Aus-

- land« (s. die Verfügung des Vollzugsrats v. 15. 11. 1918; ebda. Mappe 12 Nr. 27); mit einer solchen Propagandastelle wollte die OHL »nichts mehr zu tun haben« (Groener an Giebel, 16. 11. 1918; ebda. Mappe 13 Bl. 61).
- 68 Notiz Giebels vom 19. 11. 1918; ebda. Mappe 11 Nr. 22; vgl. auch Miller, Bürde, S. 181
- 69 Zur Rolle Giebels s. auch Elben S. 140; zu seiner schleppenden Information des Rates der Volksbeauftragten über Vorgänge in der OHL Kluge S. 429 Anm. 41. – Eine ähnliche Rolle wie Giebel in der OHL spielte der SPD-Abgeordnete Paul Göhre als Beigeordneter im preußischen Kriegsministerium; s. Miller, Bürde, S. 171
- 70 Aufzeichnung Giebels über eine Besprechung mit Oberst Heye vom 9. 12. 1918; ASD, Nl. Giebel, Mappe 11, Nr. 14. Die Offiziere nahmen sein Angebot an. Am 11. 1. 1919 übersandte Frhr. v. Gablenz Giebel einen Artikel des Hauptmanns von Wallenberg über das Offizierskorps. Wallenberg erbot sich, falls es Giebel »im Interesse der Offiziere wie des Ganzen . . . erwünscht« erscheinen sollte, weitere Artikel im gleichen oder ähnlichen Sinne zu verfassen, wobei er jedoch bat, seinen Namen nicht zu nennen (Gablenz an Giebel, 11. 1. 1919; ebda. Mappe 13, Nr. 96). Ob Giebel diesen und möglicherweise weitere derartige Artikel an die sozialdemokratische Presse weitergeleitet hat, ließ sich nicht feststellen. Immerhin erscheint hiernach die Behauptung Oehmes glaubwürdig, Ebert habe darauf geachtet, keine Mitteilungen Giebels in die Hände der Unabhängigen geraten zu lassen; s. Oehme, Damals in der Reichskanzlei, S. 143. – Vgl. auch die bei Berthold-Neef S. 47 und 49 f. sowie die bei Rakenius S. 96 erwähnten Begebenheiten.
- 71 Groener, Lebenserinnerungen, S. 469; vgl. auch Sauer S. 126 ff.; Rakenius S. 64 ff.
- 72 Befehl Hindenburgs an das deutsche Feldheer, 10. 11. 1918; abgedr. bei Otto Ernst Schüddekopf, *Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918–1933*, Hannover/Frankfurt 1955, S. 19 f.; Ritter/Miller S. 92 f.; s. dazu Kluge S. 140 und 206 ff.; Rakenius S. 77 ff.
- 73 s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 470
- 74 s. oben S. 570 und 698 sowie die Notizen des Majors von Harbou über das Zusammenwirken mit dem Kriegsministerium während der Dauer des Bestehens des Generalkommandos Lequis; MA, Nl. Schleicher, N 42/11, Bl. 31; ferner Kluge, Kap. I
- 75 s. Rakenius S. 92 ff.
- 76 Notizen Harbous über das Zusammenwirken mit dem Kriegsministerium, a. a. O. 77 ebda.
- 78 Groener, Lebenserinnerungen, S. 471
- 79 Hesterberg S. 77; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 355; im übrigen Kluge S. 206 ff.; Rakenius S. 128 ff. Den Offizieren der OHL gelang es sogar, ein derartiges Verhältnis zu ihrem Soldatenrat herzustellen, daß er sich anfänglich als ihr »Sprachrohr« benutzen ließ; Groener, Lebenserinnerungen, S. 370; vgl. auch Hürten S. 318 f.
- 80 Hindenburg an Ebert, 8. 12. 1918; MA, Nl. Schleicher, N 42/11, Bl. 8 ff.; abgedr. bei Schüddekopf S. 34 ff.; auszugsweise bei Groener, Lebenserinnerungen, S. 473 f., und Ritter/Miller S. 121 ff.; s. auch Kluge S. 209 und Rakenius S. 105 f.
- 81 s. Berthold/Neef S. 181; Kluge S. 253; Rakenius S. 108
- 82 s. die Aufzeichnung über ein Telefongespräch zwischen Harbou und Groener vom 18. 12. 1918; MA, Nl. Groener, N 46/130, Bl. 21
- 83 s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 475. Auch der preuß. Kriegsminister Scheüch knüpfte sein Verbleiben im Amt an die Bedingung, daß die Regierung dem Beschluß nicht zustimmte; s. die Aufzeichnung über ein Telefongespräch zwischen Harbou und Groener v. 18. 12. 1918; a. a. O. Bl. 20; s. auch Sauer S. 173 ff.
- 84 Groener, Lebenserinnerungen, S. 475

- <sup>85</sup> Protestnote aller im Gr. HQu. versammelten Offiziere des Heeres an die Regierung, 19. 12. 1918; MA, Nl. Schleicher, N 42/11, Bl. 19
- <sup>86</sup> s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 475; Carsten S. 28; Kluge S. 256; Rakenius S. 111 f.; s. auch die Aufzeichnung des Majors v. Stülpnagel über eine Diskussion mit dem preußischen Kriegsminister Reinhardt über die Haltung des Offizierskorps zu den Hamburger Punkten, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 47 f.
- <sup>87</sup> Erwin Könnemann, Der Truppeneinmarsch am 10. Dezember 1918 in Berlin. Neue Dokumente zur Novemberrevolution, in: ZfG 16 (1968), S. 1598; s. auch Kluge S. 106
- <sup>88</sup> Harbou in einem Telefongespräch mit Groener am 18. 12. 1918; Aufzeichnung in MA, Nl. Groener, N 46/130, Bl. 20 f.; jetzt abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 29
- <sup>89</sup> s. Görlitz, Hindenburg, S 41; Rakenius S. 24
- <sup>90</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 475
- <sup>91</sup> s. zum folgenden das Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Rat der Volksbeauftragten, Zentralrat, Groener und dem StS des RMA, v. Mann, am 20. 12. 1918; MA, Nl. Schleicher N 42/11, Bl. 20 ff.; abgedr. in: Reg. der Volksbeauftragten, II, S. 3 ff.; auszugsweise bei Sauer S. 180 ff.; Schüddekopf S. 38 f.; Ritter/Miller S. 144 ff.; vgl. auch Kluge S. 257 ff.; Miller, Bürde, S. 185; Rakenius S. 114 ff.
- <sup>92</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 475
- <sup>93</sup> ebda.; s. auch die Aufzeichnung über eine Besprechung der OHL mit Chefs der Stäbe und Frontoffizieren vom 26. 12. 1918, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 32
- <sup>94</sup> Winnig, Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, S. 48
- <sup>95</sup> ebda. S. 47
- <sup>96</sup> Erlaß des Rates der Volksbeauftragten an das Feldheer, 12. 11. 1918; abgedr. bei Ritter/Miller S. 94 f.; s. dazu Kluge S. 141 ff.; Rakenius S. 79 ff.
- <sup>97</sup> Winnig, Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, S. 48
- <sup>98</sup> s. hierzu und zum folgenden die Denkschrift des 3er Ausschusses (Zentralrats der Marine) über die Ausführungen Noskes in der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im Abgeordnetenhaus, Berlin, am 18. 12. 1918, 19. 12. 1918; MA, RMA, Kriegsakten, X. 2. 1. Nr. 8
- <sup>99</sup> Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, 16.–21. 12. 1918, Sten. Berichte, Sp. 181 f.
- <sup>100</sup> Zu Entstehung, Zusammensetzung und Tätigkeit des Zentralrats der Marine s. den Beschluß der Arbeiter- und Soldatenräte der Marine vom 19. 11. 1918, abgedr. DMA II/2, S. 435; Kurt Wrobel, Die Volksmarinedivision, Berlin 1957, S. 44; ders., Zur Rolle der zentralen Marinesoldatenräte in der Novemberrevolution, in: Zs. f. Militärgeschichte 8 (1969), S. 291 ff.; Kluge S. 158; zu seinen politischen Zielen s. auch sein Programm vom Dezember 1918 und seinen Aufruf zur Einigung der sozialistischen Massen Deutschlands, abgedr. DMA II/2, S. 571 ff.; ausführlich jetzt zum Zentralrat der Marine Bird S. 29 ff. Der Rat wurde am 6. 2. 1919 auf 6 Mitglieder reduziert; die übrigen wurden aus der Marine entlassen; daraufhin trat der Zentralrat der Marine geschlossen zurück; s. Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. XXXVI
- <sup>101</sup> s. Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, 6. Bd.), Berlin 1940, S. 56 f.; Sauer S. 116 ff.; Harold J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Frankfurt 1959, S. 29; Kluge S. 248 ff.; Miller, Bürde, S. 182 ff. und 249
- <sup>102</sup> Groener in seiner Aussage im Dolchstoßprozeß 1925; Dolchstoßprozeß, S. 224

- <sup>103</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 473
- <sup>104</sup> Groener in der Einleitung seiner Denkschrift zur »Beurteilung der Lage Deutschlands nach Unterzeichnung des Friedens«, Ende Juli 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 168
- <sup>105</sup> Major v. Harbou, den Groener zur Vorbereitung dieses Unternehmens nach Berlin entsandt hatte, in seinen Notizen über das Zusammenwirken mit dem Kriegsministerium während der Dauer des Bestehens des Generalkommando Lequis; MA, Nl. Schleicher, N 42/11, Bl. 33; abgedr. bei E. Könnemann, Der Truppeneinmarsch am 10. Dezember 1918 in Berlin, in: ZfG 16 (1968), S. 1606ff. s. auch Carsten S. 23
- <sup>106</sup> Aktionsprogramm des Generalkommando Lequis für den Truppeneinzug in Berlin vom 10.–15. 12. 1918; abgedr. in: Die Wirren in der Reichshauptstadt, S. 28; s. auch die Tagebuch-Notizen Thaers vom 15. 11. und 10. 12. 1918, Thaeer S. 273 bzw. 280
- <sup>107</sup> s. das Aktionsprogramm des Generalkommando Lequis, a. a. O.; s. auch den Bericht Harbous über die Tätigkeit des Generalkommando Lequis., o. D., abgedr. bei Könnemann, Truppeneinzug, S. 1604ff. und Reg. der Volksbeauftragten, II, S. 27ff., sowie die Aufzeichnungen von Oberst v. Haeften in seinen unveröffentlichten Erinnerungen über den Versuch einer Gegenrevolution anlässlich des Truppeneinzugs in Berlin, abgedr. ebda. I, S. 316ff.; s. zu diesen Absichten ferner: Die Wirren in der Reichshauptstadt, S. 27ff.; Sauer S. 136ff.; Berthold/Neef S. 61ff. Kluge S. 211ff. (auch zu den konterrevolutionären Plänen und Aktionen außerhalb Berlins); Rakenius S. 133ff.; Materna S. 115ff.
- <sup>108</sup> Telegrammentwurf Groeners vom 9. 12. 1918; von Hindenburg in Anwesenheit Heyes gebilligt; MA, Nl. Schleicher, N 42/11, Bl. 18; abgedr. in: Die Wirren in der Reichshauptstadt, S. 31
- <sup>109</sup> s. die Aussage Groeners im Dolchstoßprozeß 1925; Dolchstoßprozeß S. 224; zur Frage der Information Giebels Rakenius S. 137. – Ebert verschaffte auch Major v. Harbou Zutritt zur Kabinettsitzung v. 9. 12. 1918, in der es dem Abgesandten Groeners gelang, die Volksbeauftragten geschlossen zur Ablehnung der Forderungen des Vollzugsrats in bezug auf den Truppeneinzug in Berlin zu bewegen; s. die Notizen Harbous über das Zusammenwirken des Generalkommandos Lequis mit dem Kriegsministerium, a. a. O. Bl. 35; außerdem das Prot. der Kabinettsitzung vom 9. 12. 1918; Reg. der Volksbeauftragten, I, S. 304f.
- <sup>110</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 474; vgl. auch Scheidemann, Memoiren, II, S. 331f.
- <sup>111</sup> Bericht Harbous über die Tätigkeit des Generalkommandos Lequis, Dezember 1918, a. a. O.  
Das Fiasko des Truppeneinzugs bestätigte Groener die Richtigkeit seiner Entscheidung, die Heeresleitung selbst zur Tarnung ihrer politischen Absichten aus der Leitung dieses Unternehmens herauszuhalten. Denn »die Chancen des Erfolgs wären durch unser Eingreifen nicht verbessert, aber die OHL selbst bei einem Mißlingen unmöglich geworden«. Die OHL aber mußte seiner Überzeugung nach »auch weiterhin die Zügel mehr aus der Verborgenheit lenken«; denn »so erhielt sie sich am längsten vor dem Mißtrauen der Radikalen und sparte ihren Ruf für wertvollere Zukunftsarbeit auf«; Groener, Lebenserinnerungen, S. 476; vgl. auch Erich Otto Volkmann, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S. 128
- <sup>112</sup> s. Sauer S. 64; Rakenius S. 156 u. ö.
- <sup>113</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 473
- <sup>114</sup> ebda. S. 476; s. auch Carsten S. 30. Trotz dieser Entscheidung Eberts ist die These Kluges (S. 265), das politische Bündnis zwischen SPD-Regierungsspitze und OHL sei nicht schon am 10. 11. 1918 geschlossen worden, sondern erst mit dem Befehl

Eberts an die Militärbehörden, die Matrosen mit Waffengewalt zu bekämpfen, wenn überzeugend.

- <sup>115</sup> s. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 44 f.; Die Wirren in der Reichshauptstadt, S. 34 ff.; Anton Fischer, Die Revolutions-Kommandantur Berlin, o. O., o. J., S. 41 ff.; Sauer S. 189 ff.; Luther, Die nachrevolutionären Machtkämpfe, S. 202 ff.; Rudolf Rotheit, Das Berliner Schloß im Zeichen der Novemberrevolution, Berlin 1923; Kurt Wrobel, Der Sieg der Arbeiter und Matrosen in Berlin im Dezember 1918, Berlin 1958, S. 3 ff.; Kluge S. 262 ff.; zur Entstehung der Volksmarinedivision s. Wrobel, Volksmarinedivision, S. 16 ff.; Sauer S. 100 ff.
- <sup>116</sup> s. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 46
- <sup>117</sup> s. dazu im einzelnen Miller, Bürde, S. 208 ff.
- <sup>118</sup> Wissell selbst war nicht minder überrascht. Er wurde am 29. 12. 1918 aus einer öffentlichen Versammlung in die Wilhelmstraße geholt und dort »vor die vollendete Tatsache gestellt, daß ich in die Regierung gewählt worden sei«. Offensichtlich war die Entscheidung allein im Kreis der sozialdemokratischen Volksbeauftragten gefallen in der Annahme, daß Wissell nur bis zur Regierungsbildung nach den Wahlen zur Nationalversammlung amtierend werde. Er führte daher zunächst seine Tätigkeit in der Generalkommission weiter; s. Wissell an Legien, 30. 12. 1918; Histor. Kommission Berlin, Nl. Wissell, II, 1851
- <sup>119</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 473
- <sup>120</sup> s. ebda.; außerdem Schüddekopf S. 42 ff.; Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard 1969, S. 22 ff.; Carsten S. 24 f.; Rakenius S. 133
- <sup>121</sup> Am 9. 12. 1918 befahl die OHL allen Heeresgruppen, mit größter Beschleunigung Freiwilligendetachements »zur Sicherung der Ordnung beim Rückmarsch und in Stadt und Land zu bilden«; Tagebuch-Notiz Groeners v. 9. 12. 1918; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 18; ferner Die Wirren in der Reichshauptstadt, S. 45 ff.; Sauer S. 121 ff.; Gordon S. 32 ff.; Schulze, Freikorps, passim; Kluge S. 283 ff.; zur Entstehung der Marine-Freikorps s. Bird S. 46 ff.
- <sup>122</sup> s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 473
- <sup>123</sup> Grundlegender Befehl Nr. 1 für das Freiwillige Landesjägerkorps, 14. 12. 1918; abgedr. bei Maercker S. 45 ff. Bei der Aufstellung des Freikorps Lichtschlag in Hagen Ende Dezember 1918 wurden alle Freiwilligen, die die Frage bejahten, ob sie einen Soldatenrat haben wollten, sofort entlassen; s. Lambers S. 55  
Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt erklärte im Februar 1919 bei der Aufstellung der Marinebrigade Wilhelmshaven, der später – insbesondere beim Kapp-Putsch – als konterrevolutionäre Einheit bekanntgewordenen Brigade Ehrhardt: »Bei uns bedeutet Sozialismus Arbeit und Ordnung. Darum haben wir keinen Soldatenrat.« Zit. bei Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971, S. 26
- <sup>124</sup> s. Maercker S. 50 ff.
- <sup>125</sup> Diese »Kreiskommissare« weiteten ihren Tätigkeitsbereich bald auf die Unterstützung der Zivilbehörden bei der Bekämpfung innerer Unruhen und Streiks »mit offenen und verdeckten politischen Zielen« sowie »Vorbereitung und Durchführung von Gegenmaßnahmen« (Schreiben des Gen.kdo. I an den OP in Königsberg, 15. 9. 1919, zit. bei Rudolf Klatt, Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20, Heidelberg 1958, S. 163), bei Maßnahmen »zur Wiederherstellung der Staatsautorität und Gesundung der inneren Verhältnisse« sowie bei der Unterbringung von Truppen und der Beilegung von Reibereien und Spannungen zwischen Truppen und Bevölkerung aus. Darüberhinaus nahmen sie sich der antibolschewistischen Propaganda unter den Truppen wie unter der Zivilbevölkerung an, beeinflussten die Lokalpresse, hielten Kontakt mit den Parteien und unterrichteten Zivil- und Militärbehörden

- den über die Stimmung der Massen. Als gesetzlich nicht vorgesehene Berater stellten sie sowohl ihrer institutionellen Position wie der Richtung ihrer politischen Aktivität eine Art reaktionäres Gegengewicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte dar; s. die Denkschrift Groeners über Entstehung und Wirken der mobilen Kreiskommissare und Vorschläge für ihren weiteren Ausbau; Anlage zum Schreiben Groeners an Ebert v. 17. 9. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 219 ff.; s. auch Peter Bucher, Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen 1918–1921, in: Militärgeschichtl. Mitt. 9 (1971), S. 34 ff.
- <sup>126</sup> Für die christliche Arbeiterschaft s. z. B. WAZ v. 27. 2. und 6. 3. 1919
- <sup>127</sup> s. Schulze, Freikorps und Republik, S. 30 f.
- <sup>128</sup> s. Wilhelm Ribhegge, August Winnig, Eine historische Persönlichkeitsanalyse. Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 174; zur Aufstellung des Grenzschutzes im Osten und seinem Einsatz vgl. ferner Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt 1967, S. 202 ff.; Kluge S. 283 ff.; Rakenius S. 165 ff.; James M. Diehl, Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington/London 1977, S. 43 ff.
- <sup>129</sup> s. Günter Paulus, Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, in: ZfG 3 (1955), S. 685 ff.; Schulze S. 47 ff.
- <sup>130</sup> Oberst Reinhard, der Führer des nach ihm benannten Freikorps, bat Anfang Januar 1919 das preußische Staatsministerium, »die höheren, mittleren und unteren Beamten der preußischen Ministerien und nachgeordneten Behörden, unter denen sich ohne Zweifel ein vorzüglich geeignetes Material befindet«, nämlich »ausgebildete, erfahrene und durchaus verlässliche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften«, für die Aufstellung einer »schlagfertigen Truppe« zu beurlauben. Reinhard an preuß. Staatsministerium, 9. 1. 1919; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15166. Der preußische Eisenbahnminister Hoff verfügte eine Woche später, »der Sache jede mögliche Förderung zuteil werden zu lassen, sofern es die dienstlichen Verhältnisse im einzelnen Falle zulassen«. Erlaß Hoffs vom 15. 1. 1919, ebda.
- <sup>131</sup> Die Arbeitslosigkeit trieb z. B. eine Anzahl Glasarbeiter des sächsisch-böhmischen Grenzgebiets in die Freikorps; s. Zentralverb. der Glasarbeiter, Prot. GV 1919, S. 139 ff. In Ostpreußen schloß sich eine Reihe von Gewerkschaftsmitgliedern den Freiwilligentruppen aus Furcht vor einem Einmarsch der Polen an; s. die Mitt. des Danziger Delegierten Jango auf der GV des Malerverbandes 1919, Prot. S. 231; s. auch Ferdinand Crasemann, Freikorps Maercker. Erlebnisse und Erfahrungen eines Freikorpsoffiziers seit der Revolution, Hamburg 1919, S. 18. – Zu den Maßnahmen, mit denen die Direktionen industrieller Großbetriebe ihre Belegschaftsmitglieder zum Beitritt zu den Freiwilligentruppen zu veranlassen suchten, s. unten S. 759 f.
- <sup>132</sup> s. Luther, Nachrevolutionäre Machtkämpfe, S. 210
- <sup>133</sup> Zur Republikanischen Schutztruppe und ihrem Einsatz in den Januarkämpfen s. Fischer, Revolutionskommandantur, S. 64 ff.; Maercker S. 36; Friedrich Wilhelm von Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918–1923, München 1936, S. 273 ff.; Die Wirren in der Reichshauptstadt, S. 55 ff.; Kurt Fischer, Die Berliner Abwehrkämpfe 1918/19, Berlin 1956, S. 32; Gordon S. 30 f. und 26 ff.; Kluge S. 176 ff. Ihre politische Leitung lag in den Händen des Vorwärts-Redakteurs Erich Kuttner und des IK-Herausgebers Albert Baumeister; die militärische Leitung hatte ein alter Generalstabsoffizier, Oberst Grautoff. Offiziere übten die Befehlsgewalt aus, Soldatenräte gab es nur in Gestalt unverantwortlicher Vertrauensleute. Finanziert wurde sie wie die bereits im Dezember 1918 gegründete Republikanische Soldatenwehr offenbar im wesentlichen von bürgerlichen Interessengruppen; s. Fischer, Revolutionskommandantur, S. 8 ff. und 64 ff. Ob auch der SPD-Vorstand und die Gewerkschaftsvorstände zu ihrer Finanzierung beigetragen haben, ließ sich nicht feststellen.



- <sup>134</sup> s. Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 60; s. auch Th. Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 220; s. im übrigen zu den Januarereignissen die noch immer hervorragende Analyse bei Rosenberg S. 54 ff.; ferner Morgan S. 213 ff.; Kluge S. 268 ff.; Miller, Bürde, S. 225 ff.; dort weitere Literaturhinweise
- <sup>135</sup> Rosenberg S. 60
- <sup>136</sup> Eisner an Adolf Trapp, 18. 1. 1919; GStAM, MA I, 986
- <sup>137</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 477
- <sup>138</sup> Maercker S. 65
- <sup>139</sup> s. Scheidemann, Memoiren, II, S. 390
- <sup>140</sup> Crasemann S. 11
- <sup>141</sup> Maercker S. 62
- <sup>142</sup> Landsberg in einem unveröffentlichten Manuskript »Der Rat der Volksbeauftragten«; BA, Kl. Erw. 328–4, Bl. 45
- <sup>143</sup> Arthur Dix, Sachsens Not, in: SI Nr. 8 v. 31. 1. 1919, S. 153. – Winnig behauptete später, auch unter den Mehrheitssozialdemokraten in Berlin habe die »fiebernde Erregung, die damals ... herrschte, ... kein Wort des Bedauerns« über die Mordnachricht aufkommen lassen; Winnig, Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, S. 101
- <sup>144</sup> Tagebuch-Notiz Koch-Wesers vom 17. 1. 1919; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 14, Bl. 215
- <sup>145</sup> Undatierte Aufzeichnung Wolfgang Heines über eine Auseinandersetzung mit Hugo Haase über die strafrechtliche Verfolgung der Liebknechtmörder; IISG, Nl. Heine Nr. 323
- <sup>146</sup> Hilferding in der »Freiheit« v. 11. 12. 1919; zit. u. a. bei Miller, Bürde, S. 235
- <sup>147</sup> Bericht Maerckers an das Generalkommando Lüttwitz, 25. 1. 1919; abgedr. bei Maercker S. 74 ff.
- <sup>148</sup> s. Fischer, Revolutionskommandantur, S. 77 ff.
- <sup>149</sup> Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, 19. 12. 1918–8. 4. 1919. Bearb. von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968 (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland. Hrsg. vom Internat. Institut für Sozialgeschichte Amsterdam und von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, Bd. 1), (künftig zit.: Zentralrat), S. 284 und 290
- <sup>150</sup> ebda. S. 287
- <sup>151</sup> zit. in: HAV, Prot. VT 1919, S. 107
- <sup>152</sup> zit. ebda. S. 99. Die Regierung habe die »Pflicht« gehabt, »Ordnung zu schaffen«, wiederholte der Verbandsredakteur Kayser bei dieser Gelegenheit (ebda.)
- <sup>153</sup> Kloth in seinem Rechenschaftsbericht an den VT des Buchbinderverbandes 1919, Prot. S. 12; ähnlich Aug. Winnig, Die erste Woche, in: Glocke Nr. 47 v. 22. 2. 1919, S. 1464
- <sup>154</sup> Die Verordnung, die von der Reichsregierung, dem preußischen Kriegsminister und dem Zentralrat unterzeichnet wurde, ist abgedr. bei Ritter/Miller S. 188 ff.; s. dazu Carsten S. 32 ff.; Kluge S. 273 ff.
- <sup>155</sup> s. Maercker S. 84 f.; Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 95 f.; Lambers S. 83 f.; Kluge S. 278 ff., sowie die zahlreichen Protesttelegramme von Soldatenräten in: Zentralrat S. 465 ff.
- <sup>156</sup> Maercker S. 80 f.
- <sup>157</sup> ebda. S. 82
- <sup>158</sup> s. Zentralrat S. 385 Anm. 15
- <sup>159</sup> Groener an Ebert, 27. 1. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/11, Bl. 41 aff.; jetzt abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 48 ff. – Vier Tage später forderte

- Groener in einem Gespräch unter vier Augen Ebert auf, den Widerstand der Soldatenräte gegen die Verordnung zu brechen und keinen neuen Rätekongreß zu dulden; s. die Tagebuch-Notiz Groeners v. 31. 1. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 44
- <sup>160</sup> Maercker S. 162
- <sup>161</sup> zit. bei Carsten S. 35 f.
- <sup>162</sup> s. die Mitt. Groeners im selben Vortrag; ebd.
- <sup>163</sup> s. die Aufzeichnung von Major Fleck, dem damaligen Stabschef Reinhardts, zit. in: Fritz Ernst, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, Stuttgart 1958, S. 15; ferner Kluge S. 271 ff.; Rakenius S. 162 f.
- <sup>164</sup> Heine in seinen unveröffentlichten Erinnerungen; BA, Kl. Erw. 371–6, Bl. 28; zur Haltung der Regierungsparteien gegenüber der Reichswehr s. im übrigen Gordon S. 360 ff.
- <sup>165</sup> abgedr. bei Maercker S. 395 f.; s. dazu ebd. S. 221 ff.; Gordon S. 62 ff.; Carsten S. 39 f. – Ende März 1919 folgte ein analoges Gesetz für die vorläufige Reichsmarine; s. Bird S. 55 ff.
- <sup>166</sup> Zu entsprechenden Forderungen auf den USPD-Parteitag vom März und Juni 1919 s. Caspar S. 13 f. und 23
- <sup>167</sup> Bereits am 31. 1. 1919 empfahl Groener in einer Besprechung mit den Verbindungs-offizieren ein »festes Auftreten den Forderungen der Soldatenräte gegenüber« sowie die »Beseitigung der radikalen Soldatenräte durch Herauswählen oder mit Gewalt«; Tagebuch-Notiz Groeners v. 1. 2. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 46.
- <sup>168</sup> Groener in einer Besprechung in der OHL am 23. 3. 1919; zit. bei Carsten S. 36; das Protokoll dieser Besprechung ist abgedr. bei Erwin Könnemann, Die Einschätzung der politischen Lage durch die OHL nach den Märzkämpfen 1919, in: Militärgeschichte 11 (1972), S. 66–71
- <sup>169</sup> s. Fischer, Revolutionskommandantur, S. 79
- <sup>170</sup> zit. bei Groener, Lebenserinnerungen, S. 479
- <sup>171</sup> zit. nach Hoefler, Oberschlesien in der Aufstandszeit, S. 26
- <sup>172</sup> Groener in einer Besprechung mit der Reichsregierung am 24. 4. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/130, Bl. 128; abgedr. in: Kabinett Scheidemann S. 210 ff.
- <sup>173</sup> s. zum folgenden das Protokoll einer Sitzung im RMA über die Verhältnisse in Kiel, 6. 3. 1919; MA, RMA, I. 3. 11–7a, Heft 3 (F2047/66091), Bl. 78 ff.
- <sup>174</sup> s. Hürten S. 323
- <sup>175</sup> Zur Mitwirkung ober-schlesischer Gewerkschaftsfunktionäre am Abbau der Soldatenräte in Oberschlesien s. Schumann S. 100 ff.
- <sup>176</sup> s. Kluge S. 289; Gordon S. 67 schätzt die Stärke der Freikorps auf rund 400000; Schulze, Freikorps, S. 36, auf etwa 250000 Mann.
- <sup>177</sup> s. Fischer, Revolutionskommandantur, S. 79; Rudolf Lindau, Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik, Berlin 1960, S. 150; Fischer, Berliner Abwehrkämpfe, S. 43; Kluge S. 334 ff.; für die Vorgänge im Ruhrgebiet s. Ill. Gesch. S. 320 ff.
- <sup>178</sup> s. Klatt S. 70 ff.; Ribhegge S. 197 ff.; Kluge S. 311 ff. Über die Machtverhältnisse in diesen Gebieten berichtete der damalige preußische Landwirtschaftsminister und spätere Ministerpräsident Otto Braun wenig später: »In Ostpreußen dringt das Militär vielfach in sozialdemokratische Versammlungen ein und verhaut die Referenten: alles unter der Parole: »Gegen den Bolschewismus«. Zwischen Ost- und Westpreußen ist schon alles fertig, ein altes Preußen dort wieder aufzurichten.« Otto Braun in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 14. 4. 1919; BA, Nl. Südekum Nr. 105
- <sup>179</sup> s. Kluge S. 366

- <sup>180</sup> Notiz Barths über ein Telefongespräch mit Noske am 6. 4. 1919; ASD, Nl. Barth, Kassette 1, Bl. 45
- <sup>181</sup> Zu den amerikanischen Lebensmittellieferungen zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß s. Haupts S. 201 ff., 227 ff. und 293 ff.
- <sup>182</sup> s. Der Kampf um Bremen im Februar 1919. Ein Erinnerungsblatt, zusammengestellt aus den täglichen Berichten der Weser-Zeitung und des Bremer Tageblattes, Bremen 1919, S. 10; s. auch Peter Kuckuk, Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch in März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD, Diss. phil. Hamburg 1970, Teil I und II; auch zum folgenden; ders., Revolution und Räteherrschaft in Bremen, S. 136 ff.; Kluge, Revolution, S. 327 ff.; Hovgan S. 219 ff.; Miller, Bürde, S. 236 ff.; auch zum folgenden
- <sup>183</sup> s. Kuckuk, Revolution, S. 132 ff.; Potthoff S. 89 ff.
- <sup>184</sup> s. die Ausführungen Henkes in der Sitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrats vom 1. 2. 1919; zit. in: Der Kampf um Bremen, S. 8 ff.
- <sup>185</sup> s. Lindau S. 106
- <sup>186</sup> s. die Ausführungen Noskes zur Rechtfertigung der Besetzung Bremens vor der SPD-Fraktion der Nationalversammlung am 5. 2. 1919; abgedr. in: SPC Nr. 4 v. 22. 3. 1919, S. 80; vgl. auch das Interview Noskes in der Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 50 v. 31. 1. 1919; PAAA, Deutschland 122 Nr. 27, Bd. 1. – Nach Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei, Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin 1958, S. 345, verfolgte Noske mit der Besetzung Bremens bewußt eine Provokation der revolutionären Arbeiterschaft, um einen propagandistisch wirksamen Anlaß für die Verlegung der Nationalversammlung an einen Ort außerhalb Berlins zu schaffen.
- <sup>187</sup> s. Der Kampf um Bremen, S. 17, und Fritz Peters, Über die Herkunft der bremischen Senatoren (1849–1955), in: Jb. der bremischen Wissenschaft 1 (1955), S. 212 ff.
- <sup>188</sup> Rob. Schmidt, damals Reichsernährungsminister, billigte das militärische Vorgehen vorbehaltlos, weil andernfalls »die Lebensmittelversorgung Deutschlands aussichtslos geworden wäre«, und dankte Noske »ausdrücklich ... dafür, daß er es auf sich genommen habe, sich als Zielscheibe aller Angriffe herzugeben, die wegen der unbedingt notwendigen Aktionen erhoben wurden« (zit. nach SPC a. a. O.). Die Fraktion billigte das Verhalten der Regierung daraufhin einstimmig (s. ebda.).
- <sup>189</sup> Der Bremer Delegierte Kolschen auf dem VT des TAV im Juni 1919 in Stuttgart, Prot. S. 92
- <sup>190</sup> Der Bremer Delegierte Götze auf dem VT des BAV im Mai 1920 in Karlsruhe; Niederschrift S. 160
- <sup>191</sup> s. die Mitt. Kolschens auf dem VT des TAV im Juni 1919, Prot. S. 89 und 92
- <sup>192</sup> s. Kuckuk, Bremer Linksradikale, S. 162 ff.; ders., Revolution und Räteherrschaft, S. 160 ff.
- <sup>193</sup> s. die Mitteilungen auf dem VT des TAV 1919, Prot. S. 89 und 92
- <sup>194</sup> s. Kuckuk, Revolution und Räteherrschaft, S. 177 ff. und 198 ff.
- <sup>195</sup> Maercker S. 249
- <sup>196</sup> s. ebda. S. 239 ff.; Lindau S. 169 f.; Fabian, Klassenkampf um Sachsen, S. 70 f.
- <sup>197</sup> s. die Mitt. des Leipziger Delegierten Reder auf dem VT des TAV Stuttgart 1919, Prot. S. 80
- <sup>198</sup> s. Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1919, Leipzig 1920, S. 10
- <sup>199</sup> zit. ebda. S. 11
- <sup>200</sup> Pöhlmann in der Gaukonferenz des Gaues IX des Dt. Textilarbeiterverbandes am 17./18. 5. 1919 in Wunsiedel, Prot. S. 54
- <sup>201</sup> Maercker S. 250

- <sup>202</sup> Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung 1919, S. 11
- <sup>203</sup> s. Maercker S. 250
- <sup>204</sup> Der Geschäftsführer des VSI in der Hauptversammlung dieses Verbandes am 12. 5. 1919; Veröff. des VSI, Heft XXIX: Bericht über die 15. ord. Hauptversammlung am 12. 5. 1919, Dresden 1919, S. 17
- <sup>205</sup> Julius Braunthal, Auf der Suche nach dem Millenium, Bd. 2, Nürnberg 1949, S. 474 f.
- <sup>206</sup> Korpsbefehl des komm. Generals des VII. AK, Generalleutnant v. Watter, vom 19. 4. 1919; der Befehl enthält eine Zusammenfassung von Äußerungen Noskes gegenüber Watter und seine Ansprachen an die Freikorps während seines Aufenthaltes im Korpsbereich am 16./17. 4. 1919; StA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 15 166
- <sup>207</sup> Paul Reusch an Philipp Wieland, 25. 5. 1919; HA/GHH, 30019 390/29
- <sup>208</sup> Jäckel auf der Gaukonferenz des Gaues IX des Textilarbeiterverbandes am 17./18. 5. 1919 in Wunsiedel, Prot. S. 61
- <sup>209</sup> Resolution der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins vom 5. 4. 1919; abgedr. SPC Nr. 10 v. 28. 6. 1919, S. 185
- <sup>210</sup> s. Der Kommunist. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Nordwest, Nr. 52 v. 19. 4. 1919; zu den Beschlüssen der Handlungsgehilfen und der Hamburger Elektriker s. die Zusammenstellung von Boykottklärungen gegen die Angehörigen der Freiwilligentruppen im Schreiben des preuß. Justizministers am Zehnhoff an den preuß. Innenminister vom 27. 4. 1919; BA, R 43 I/682, Bl. 29; s. ferner das Schreiben der DMV-Verwaltungsstelle Berlin an Scheidemann, 30. 4. 1919, ebda. Bl. 27; s. auch Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 120f.; Maercker S. 324; auch zum folgenden
- <sup>211</sup> Neben dem 2. Rätekongreß der Reichskongreß der Eisenbahn-Arbeiterräte, die Generalversammlung der Berliner DMV-Verwaltungsstelle, die Berliner Mitglieder des Töpferverbandes (s. Zentralverb. der Töpfer, 11. GV Nürnberg 1919, Prot. S. 135), die Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld (s. Der Kommunist Nr. 67 v. 16. 5. 1919), das Leipziger Gewerkschaftskartell (s. Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung 1919, S. 8), die Textilarbeiter in Wunsiedel (s. die Resolution der Gaukonferenz des Gaues IX des Textilarbeiterverbandes am 17./18. 5. 1919 in Wunsiedel, Prot. S. 62), die Stettiner Transportarbeiter (s. den Antrag der Ortsverwaltung Stettin des TAV an den VT des TAV 1919 in Stuttgart, Prot. S. 42), die Chemnitzer Bauarbeiter (s. BAV, Prot. VT 1919, S. 14), die Adlershofer Holzarbeiter (s. HAV, Prot. VT 1919, S. 91) und die Bergarbeiter der oberschlesischen Laurahütte (s. Bergarb. verb., Prot. GV 1919, S. 52).  
Die GV des Glasarbeiterverbandes forderte im Juni 1919 alle Verbandsmitglieder auf, die Verbänden der »weißen Garde« angehörten, bis zum 1. 8. aus den Freikorps auszuschneiden, andernfalls sie aus dem Verband ausgeschlossen würden (Resolution der 12. GV des Glasarbeiterverb. im Juni 1919 in Jena, Prot. S. 139). Auf dem VT des Buchbinderverbandes fehlte nur eine Stimme zur Annahme eines gleichen Antrages (s. Buchbinderverb., Prot. VT 1919, S. 370).
- <sup>212</sup> Anfang Juni 1919 erhielt Schleicher, damals Major in der engsten Umgebung Groeners in der OHL in Kolberg, von einem befreundeten Offizier aus Berlin die Nachricht, daß unter den Truppen der Reichshauptstadt »die Boykottandrohung stark wirkt«; Steltzer an Schleicher, 5. 6. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 71
- <sup>213</sup> Lüttwitz an Noske, 25. 7. 1919; BA, R 43 I/682, Bl. 119
- <sup>214</sup> Zu erwähnen sind namentlich das »Freikorps der Arbeit« unter Hauptmann Josef Aumann, der ehemalige Reichswehr-Soldaten zu »Arbeitsgemeinschaften« für den Einsatz bei Bau- und Erdarbeiten, Bodenmeliorationen sowie land- und forstwirt-

- schaftlichen Saisonarbeiten zusammenfaßte, und ein ähnliches Unternehmen des Hauptmanns Schmude in der Nähe von Magdeburg; s. Detlef Schmude, Das Gebot der Stunde, in: Deutscher Hilfsbund, Wochenschrift des Deutschen Hilfsbundes für kriegsverletzte Offiziere, Nr. 31 v. 3. 8. 1919, S. 330ff., sowie den Bericht über einen Vortrag Schmudes im Herrenhaus in Berlin am 1. 9. 1919, ebda. Nr. 37 v. 14. 9. 1919, S. 379f.; außerdem die Mitteilungen über das Freikorps der Arbeit ebda. Nr. 41 v. 16. 10. 1919, S. 419f., und Nr. 45 v. 13. 11. 1919, S. 484f. Zur finanziellen Unterstützung durch den Reichsbürgerrat und den Bürgerrat Groß-Berlin s. Reichsbürger, 1. Jg. Nr. 5 v. 1. 11. 1919, S. 92; zur Förderung durch das Reichswehrministerium s. das Rundschreiben Noskes vom 12. 9. 1919, GStA Berlin-Dahlem, Rep. B 30 I/1151. Zum »Freikorps der Arbeit« Aumanns ferner Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht 1935, Berlin 1967, S. 18f. Beide Organisationen taten sich Ende 1919 im »Deutschen Arbeitsbund« zusammen. Ideologisch waren sie den typisch konservativen Vorstellungen, die Arbeiter durch Ansiedlung und Eigenheime bodenständig zu machen und durch Gewinnbeteiligung an den Betrieb zu binden, und ständischen Gedanken, die in Schmudes Idee einer »sozialen Diktatur« gipfelten, stark verpflichtet. Deshalb wie wegen ihrer militärischen Abstammung und ihrer weiterhin straff militärischen Organisationsform wurden diese Arbeitsbrigaden von den Arbeitern als »verkappte Noskegardisten« beargwöhnt (Deutscher Hilfsbund Nr. 37 v. 14. 9. 1919, S. 380). Die Gewerkschaftsführer hingegen versprachen dem Vernehmen nach, auch diese Verbände »nach Möglichkeit« zu stützen (ebda.).
- <sup>215</sup> Major v. Zschau, der Leiter der sächsischen Landesstelle des Reichsarbeitsnachweises für Offiziere (Rano) in einem Vortrag vor dem Vorstand des VSI, abgedr. SI Nr. 3 v. 18. 10. 1919, S. 42
- <sup>216</sup> s. das Rundschreiben der VDA vom 31. 1. 1919, das Rundschreiben des RDI vom 30. 4. 1920 und das gemeinsame Rundschreiben des Langnamverein Düsseldorf und von Arbeitnordwest vom 31. 5. 1920; HA/GHH, 3001002/10; außerdem die Empfehlung Beumers in der Hauptversammlung von Arbeitnordwest am 30. 10. 1920; s. das Prot. in: HA/GH, 30019324/6; s. ferner den Aufruf der HK Düsseldorf v. 11. 9. 1919, in: Wochenschrift der HK Düsseldorf, Jg. 1919, S. 347; Beschluß des VSI v. 26. 9. 1919, abgedr. SI Nr. 2 v. 11. 10. 1919, S. 15. Zur organisatorischen und finanziellen Unterstützung des Rano von industrieller Seite s. ferner Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 1/2 v. 10. 1. 1920, S. 10, und Nr. 11/12 v. 27. 3. 1920, S. 94, sowie die Mitt. Beumers in der 49. Hauptversammlung des Langnamverein Düsseldorf am 28. 7. 1920, in: Mitt. Langnamverein, Jg. 1920, S. 55; zur analogen Empfehlung durch die landwirtschaftlichen Interessenverbände s. Pommerscher Landbund Nr. 44 v. 31. 10. 1920, S. 733
- <sup>217</sup> Nordwestliche Gruppe des VdESI, Bericht an die Hauptversammlung im Juni 1920, S. 19; HA/GHH, 3001242/1
- <sup>218</sup> Bauer an Müldner, 30. 10. 1919; BA, Nl. Bauer Nr. 22, Bl. 357
- <sup>219</sup> Schon vor Kriegsende hatten Industrievertreter Offiziere, die als Kriegsverletzte aus dem aktiven Dienst ausschieden, vor übertriebenen Hoffnungen auf hochbezahlte leitende Stellen und vor einem falschen Standesgefühl gewarnt und erklärt: »Demjenigen, der wirklich gehobene Stellen erreichen will, wird dies in der Regel nicht gelingen ohne ein intensives Studium.« So der Direktor der Loewe AG Berlin, Waldschmidt, in einem Vortrag vor der Mitgliederversammlung des Deutschen Hilfsbundes für kriegsverletzte Offiziere am 14. 4. 1917 in Berlin; abgedr. in: Deutscher Hilfsbund Nr. 22 v. 3. 6. 1917, S. 290; s. auch die Bemerkungen

- des Syndikus der HK Köln, Wiedemann, ebda. Nr. 14 v. 7. 4. 1918, S. 118, sowie die Ausführungen des Syndikus des BIV, Kuhlo, auf der Tagung des Deutschen Hilfsbundes am 15. 1. 1918 in München, abgedr. ebda. Nr. 4 v. 27. 1. 1918, S. 43 f.
- <sup>220</sup> s. Duisberg an Bauer, 23. 12. 1919; BA, Nl. Bauer Nr. 22, Bl. 501; zu früheren Stellenangeboten Duisbergs an Bauer s. Vogt S. 204 f.
- <sup>221</sup> s. Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961, 2. Aufl. München 1966 (Studien zur Soziologie. 2.), S. 159
- <sup>222</sup> Koeth in der Kabinettsitzung v. 15. 3. 1919; BA, R 43 I/1348, Bl. 85
- <sup>223</sup> Schreiben des preuß. Justizministers am Zehnhoff an Scheidemann, 28. 4. 1919; BA, R 43 I/682, Bl. 28
- <sup>224</sup> Am Zehnhoff an den preuß. Innenminister, 27. 4. 1919; ebda. Bl. 29f.; auch zum folgenden
- <sup>225</sup> s. Heine an Zehnhoff, 26. 5. 1919; ebda. Bl. 54
- <sup>226</sup> s. Scheidemann an Heine, 6. 5. 1919; ebda. Bl. 33, und den Entwurf des Reichsjustizministers ebda. Bl. 35.
- <sup>227</sup> s. das Prot. der Kabinettsitzung vom 11. 5. 1919; BA, R 43 I/1349, Bl. 65
- <sup>228</sup> Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte an Scheidemann, 12. 5. 1919; BA, R 43 I/682, Bl. 40
- <sup>229</sup> Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 121
- <sup>230</sup> zit. nach der Wiedergabe einer Unterredung mit Noske, Bauer und Scheidemann durch den Berliner Delegierten Bötzer in der GV des Malerverbandes 1919; Prot. S. 174
- <sup>231</sup> s. ebda.
- <sup>232</sup> Z. B. eine Gaukonferenz des Bäckerverbandes in Erfurt im September 1919; s. Zentralverband der Bäcker, Jb. 1919, S. 94. Noch 1920 forderten die Leipziger Eisenbahner den Ausschluß aller Mitglieder, die einer militärischen Formation angehörten oder »mit der Waffe in der Hand gegen die werktätige Bevölkerung« vorgingen, welche sich »im Kampf um ihre verfassungsmäßigen Rechte befindet« (DEV, Prot. GV 1920, S. 28). Ähnliche Anträge stellten die Verwaltungsstellen Chemnitz, Rostock, Düsseldorf und Göppingen des BAV, Prot. VT 1920, S. 12, 78 und 95; nach langer Diskussion einigte sich der VT auf den Kompromiß, alle derartigen Verbandsmitglieder für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zu den bewaffneten Verbänden zum Ausscheiden aus der Gewerkschaft zu verpflichten, ihnen jedoch einen späteren Wiedereintritt freizustellen; s. ebda. S. 401; vgl. auch die – freilich wenig ergiebige – Dissertation von Manfred Geßner, Wehrfrage und freie Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1918–1923 in Deutschland. Unter bes. Berücksichtigung des ADGB als Dachorganisation, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Transportarbeiter-Verbandes sowie des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Diss. phil. FU Berlin 1962, S. 52 ff.
- <sup>233</sup> Bergarb. verb., Prot. GV 1919, S. 248; hiermit brachte er einen Antrag für ein Einstellungsverbot gegenüber Angehörigen von Regierungstruppen zu Fall; s. ebda. S. 377
- <sup>234</sup> Drunsel auf der GV des Töpferverbandes im Juni 1919 in Nürnberg, Prot. S. 153
- <sup>235</sup> s. HAV, Prot. VT 1919, S. 248
- <sup>236</sup> Antrag der Vorständekonferenz, in: Prot. Gew. kg. 1919, S. 87; zu seiner Annahme s. ebda. S. 585 f. Das Protokoll verzeichnet irrtümlich die Ablehnung des Antrages; sie jedoch würde die »stürmischen Pfuirufe der Minderheit« und die »minutenlang andauernde Unruhe«, die das Protokoll an gleicher Stelle als Reaktion auf das Abstimmungsergebnis registriert, völlig unverständlich machen. Im Bericht des Corr.

bl. über den Gewerkschaftskongreß ist der Vorständeantrag zutreffend als angenommene Resolution wiedergegeben; s. Corr. bl. Nr. 29 v. 19. 7. 1919, S. 326.

Auch die SPD-Führung suchte die Kampagne gegen die Reichswehr zu unterbinden. Als z. B. nach einem kritischen Artikel des »Vorwärts« der preuß. Kriegsminister von der Reichsregierung eine öffentliche Gegenerklärung verlangte, weil ein solcher Beitrag des »Regierungsorgans ... das Verhalten der Offiziere im Kampf für die Regierung nachteilig beeinflussen und ... im Heere das Vertrauen der Untergebenen zu ihren Offizieren untergraben« würde, lehnte die Parteiführung zwar eine öffentliche Distanzierung ab, fand sich jedoch bereit, »ernstlich« auf die Redaktion im gewünschten Sinne einzuwirken; s. das Schreiben des preuß. Kriegsministers an die Reichsregierung, 9. 7. 1919, MA, Nl. Schleicher, N 42/15, Bl. 40, und den Vermerk ebda.

<sup>237</sup> s. oben Anm. 232

<sup>238</sup> s. Karl-Heinz Jahnke, Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD in Stralsund. Hrsg. von der Kreisleitung Stralsund der SED, Stralsund 1958, S. 39

<sup>239</sup> s. die Ausführungen Graßmanns auf dem Kongreß der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie, Leipzig 22./23. 2. 1920, Prot. S. 47

<sup>240</sup> s. den Bericht des Karlsruher »Volksfreund« Nr. 160 vom 14. 7. 1919 über die Sitzung des Karlsruher Gewerkschaftskartells vom 10. 7. 1919; Ausschnitt in GLA Karlsruhe, 236/21 368

<sup>241</sup> Bericht des Reichswehr-Gruppen-Kommandos 4 (München) v. 31. 8. 1919; GStAM, MA 102 135

In Kempten etwa war das Verhältnis zwischen Reichswehr und Arbeiterschaft so gespannt, daß die Stimmung dort einem »Pulverfaß« glich und »zur Katastrophe« führen konnte (Polizeidirektion München, Nachtrag zum Wochenbericht, 24. 8. 1919; ebda.). Zur gleichen Zeit berichtete der Münchener Polizeipräsident, der linker Sympathien gewiß unverdächtig war, auch auf dem Lande erfreue sich die Reichswehr »keiner großen Beliebtheit«; man wisse, »daß sie sich nicht aus den besten Elementen zusammensetzt« (Bericht Pöhners v. 23. 8. 1919; ebda.).

<sup>242</sup> Symptomatisch hierfür ist ein Vorfall, der sich Anfang März 1920 in Passau zutrug. Hier hatte das Gewerkschaftskartell im Rahmen seines Bildungsprogramms im Stadttheater eine Vorstellung eines neuen Dramas über Kurt Eisner arrangiert, das zuvor bereits in Regensburg mehrfach unbeanstandet über die Bühne gegangen war. Obwohl eine geschlossene Vorstellung für Gewerkschaftsmitglieder geplant war, wurden – wie offenbar bei dergleichen Gelegenheiten üblich – auch an andere Interessenten Karten vergeben, darunter an Reichswehrangehörige, Studenten und Zivilisten aus bürgerlichen Kreisen. Unmittelbar nach der Vorstellung inszenierten diese Gäste einen – wie der Passauer Stadtrat schrieb – »wüsten Theaterskandal«. Auf Verabredung gaben sie gleichzeitig im Parkett und auf der Galerie durch Pfiffe, durch Blasen auf einer Kindertrompete und den Ruf »Fort mit dem Juden Eisner!« das Signal zu einer antiproletarischen und antisemitischen Demonstration. Nach dem Bericht der sozialdemokratischen Lokalzeitung, der vom Stadtrat im wesentlichen bestätigt wurde, entstand ein »wüstes Schreien und Toben, ein unglaubliches Durcheinander«, so daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte. Im weiteren Verlauf bildeten sich »Gruppen von Reichswehrangehörigen, die auf Arbeiter einhieben, Reichswehrangehörige attackierten Proletarier mit Stühlen. Einige zogen ihre Bajonette und gingen gegen Arbeitergruppen los«, wobei es mehrere Verletzte gab. Ein Soldat zückte sogar seinen Revolver; einige Zivilisten hatten sich mit Hundepeitschen bewaffnet und schlugen damit auf die Arbeiter ein, wurden jedoch von den Angegriffenen überwältigt und flogen »buchstäblich durch die Türen des Par-

ketts in die Korridore«. Gleichzeitig wurden von der Galerie mit Reizgasen gefüllte Feuerwerkskörper ins Parkett geworfen, Platzpatronen krachten, »und es entstand ein noch wirreres Durcheinander«. Als endlich unter Polizeieinsatz das Theater geräumt worden war, gaben die Soldaten, unter ihnen auch Offiziere, Warnschüsse ab, sperrten Straßen, fuhren sogar Maschinengewehre auf, aus denen sie Schrecksalven abschossen. Schließlich patrouillierten sie mit aufgepflanzten Bajonetten durch die Straßen, »ganz augenscheinlich, um den Eindruck zu erwecken, als ob der Skandal durch die Arbeiterschaft provoziert worden wäre«. Vor dem Stadttheater verhafteten sie den Schriftführer des Gewerkschaftskartells und einen anderen Arbeiter, der kurz zuvor aus der Kriegsgefängenschaft heimgekehrt war, und schleppten sie in die Arrestzelle der Kaserne. Dort wurden beide sowie ein weiterer Arrestant »in unglaublich roher Weise mißhandelt«, wie der Stadtrat schrieb, so daß der Gewerkschaftsfunktionär noch eine Woche später arbeitsunfähig war.

Der Befehlshaber des Reichswehrgruppen-Kommandos München, der drei Jahre später beim Hitlerputsch unruhlich bekannt gewordene General Möhl, mochte die »unerhörten Vorgänge« zwar nicht entschuldigen, ermahnte auch die Standortältesten, dafür zu sorgen, daß eine Wiederholung »unbedingt verhindert« würde, legte sie jedoch »einzelnen Personen« zur Last und hielt eine »allgemeine Würdigung« für unnötig.

S. hierzu die Berichte des Stadtrats Passau an die Regierung von Niederbayern, Kammer des Innern, in Landshut v. 3. 3. und 10. 3. 1920, den Bericht der Niederbayerischen Volkswacht Nr. 52 v. 3. 3. 1920, sowie das Schreiben des Reichswehr-Gruppenkommandos 4 an die Schützenbrigade 21 sowie die Brigaden 23 und 24; sämtlich AStAM, MIInn 73 671; vgl. auch ADGB, Ortsausschuß München, Die Münchener Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1920 und 1921, München 1922, S. 6

<sup>243</sup> Gemeinsames Schreiben Noskes und Reinhardts an den Reichsjustizminister, 18. 11. 1919; BA, R 43 I/682, Bl. 227; auch zum folgenden

<sup>244</sup> Lossow an den bayer. Staatsminister des Innern, 4. 12. 1919; AStAM, MIInn 73 440. Da entlassene Soldaten »von den Arbeitern nicht mehr in die Betriebe hereingelassen« wurden, plante die bayerische Regierung Ende 1919 die Einrichtung eines besonderen Arbeitsnachweises beim Reichswehrgruppenkommando. Zur Begründung erklärte der Innenminister: »Wenn sie allein auf den allgemeinen Arbeitsnachweis angewiesen sind, kommen sie möglicherweise nicht zum Ziele, da auch in den Kommissionen des Arbeitsnachweises Leute sitzen, welche die Reichswehrsoldaten nicht besonders gerne sehen.« (Prot. der Sitzung des bayer. Ministerrats v. 7. 11. 1919; GStAM, MA 99 514). Aus analogen Gründen bestand ein eigener Arbeitsnachweis beim Reichswehr-Gruppenkommando Berlin schon längere Zeit; auf Anregung des Reichswehrministers beschloß die Reichsregierung im August 1919, diesen Arbeitsnachweis zur Zentralstelle für alle Heeresstellen auszubauen (s. das Prot. der Kabinettsitzung v. 20. 8. 1919; BA, R 43 I/1350, Bl. 790). In Ostpreußen wurden im Frühjahr 1920, um das »große Mißtrauen« der Arbeiter gegenüber entlassenen Soldaten abzubauen, Gewerkschaftler in die Aufsichtsräte der kommunalen und staatlichen Unternehmen aufgenommen, die die ehemaligen Soldaten vornehmlich bei Bau- und Kultivierungsarbeiten beschäftigten; s. den Bericht über eine Besprechung beim Oberpräsidenten in Königsberg am 13. 3. 1920 über Entlassung und Beschäftigung von Reichswehrmannschaften, 15. 3. 1920; IISG, Nl. Braun Nr. 224/3

<sup>245</sup> Schreiben Noskes an die Betriebe der Berliner Metallindustrie, inser. im Rundschreiben von Arbeitnordwest v. 17. 11. 1919; HA/GHH, 300 141/3  
Wo die Unternehmer sich unter dem Schutz von Regierungstruppen sicher fühlten,



- waren sie schon vorher von sich aus gegen Boykottdrohungen vorgegangen. Die Direktion der Bremer Weserwerft z. B. verbot aufs strengste »jede Belästigung« von Belegschaftsmitgliedern, die den Regierungstruppen oder der Stadtwehr angehörten, und bedrohte Boykottankündigungen und ähnliche Maßnahmen mit fristloser Entlassung; s. Kommunist (Bremen) Nr. 56 v. 3. 5. 1919
- <sup>246</sup> Gemeinsames Schreiben Noskes und Reinhardts an den Reichsjustizminister, 18. 11. 1919; a. a. O. Hiermit machten sie sich eine Forderung zu eigen, die der Oberbefehlshaber des Reichswehr-Gruppenkommandos 4 in München, Generalmajor v. Lossow, schon zuvor dem Bayer. Innenminister und, nachdem dieser sich für unzuständig erklärt hatte, dem Reichswehrminister gegenüber erhoben hatte; s. die Antwort des bayer. Innenministers v. 14. 11. 1919 auf einen entsprechenden Vorstoß Lossows v. 11. 11. 1919; AStAM, MInn 73440.
- <sup>247</sup> Schreiben des Reichsjustizministers an den Reichsinnenminister, 22. 1. 1920; inser. im Schreiben des Reichsinnenministers an den bayerischen Innenminister, 16. 2. 1920; ebda.
- <sup>248</sup> ebda.
- <sup>249</sup> s. z. B. die Meldung des Reichswehr-Gruppenkommando IV an das Reichswehrministerium über die politische Lage, 9. 2. 1920; abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 332 ff.
- <sup>250</sup> Vortrag Groeners in der OHL am 18. 8. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 197; jetzt abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 193 ff.
- <sup>251</sup> Groener in einem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren am 12. 7. 1919 in der OHL; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 147
- <sup>252</sup> Groener in einem Vortrag im Gr.HQu. über die Lage am 19./20. 5. 1919; ebda. Bl. 48a
- <sup>253</sup> Denkschrift Groeners über Entstehung und Wirken der mobilen Kreiskommissare und Vorschläge für ihren weiteren Ausbau; Anlage zum Schreiben Groeners an Ebert v. 17. 9. 1919; ebda. Bl. 219 ff.
- <sup>254</sup> Groener in seinem Vortrag vom 18. 8. 1919; a. a. O.
- <sup>255</sup> Zur damaligen Stellung Seeckts und seinen Anschauungen zum Aufbau der Reichswehr s. Meier-Welcker S. 233 ff.
- <sup>256</sup> Seeckt an Reinhardt, 29. 8. 1919; zit. bei Fritz Ernst, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, S. 50f.; ähnlich Groener an Hindenburg, 7. 8. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/37, Bl. 47; Groener an Noske, 24. 8. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 255 f.; s. auch Meier-Welcker S. 240
- <sup>257</sup> Groener an Noske, 24. 8. 1919; a. a. O.
- <sup>258</sup> Seeckt an Reinhardt, 29. 8. 1919; a. a. O.
- <sup>259</sup> Aufzeichnung Groeners für eine Besprechung mit den Verbindungsoffizieren über die Frage der Erhaltung des Generalstabes am 12. 7. 1919 in Kolberg; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 148
- <sup>260</sup> s. zu dieser Auseinandersetzung Carsten S. 59 ff.
- <sup>261</sup> Tagebuch-Notiz Groeners v. 21. 8. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 133
- <sup>262</sup> Denkschrift Reinhardts über Aufstellung einer Reichswehr, Frühjahr 1919; zit. bei Carsten S. 37
- <sup>263</sup> Groener in einem Brief an seine Frau v. 24. 8. 1919; zit. bei Dorothea Groener-Geyer, General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt 1955, S. 169
- <sup>264</sup> Tagebuch-Notiz Groeners v. 21. 8. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 133; vgl. auch Carsten S. 63
- <sup>265</sup> Groener an Ebert, 17. 9. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 210a
- <sup>266</sup> Denkschrift Groeners über Entstehung und Wirken der mobilen Kreiskommissare;

- a. a. O. Als beispielhaft galt hierfür das Vorgehen der Regierungstruppen in den Straßenkämpfen vom Frühjahr 1919; s. den Auszug aus den »Erfahrungen aus den Straßenkämpfen in Berlin«, Mai 1919; StA Marburg, 175/1340, und: Generalkommando 1, Abt. Lüttwitz, Erfahrungen über Bekämpfung innerer Unruhen (in Stichworten zusammengestellt nach den Berichten der unterstellten Reichswehr-Brigaden), 14. 5. 1919; der Bericht ist unterzeichnet vom Generalstabschef des Reichswehr-Gruppenkommandos, Major v. Stockhausen; ebda.
- <sup>267</sup> s. hierzu unten S. 746
- <sup>268</sup> Denkschrift Groeners über Entstehung und Wirken der mobilen Kreiskommissare; a. a. O.
- <sup>269</sup> Groener schlug deshalb vor, bei allen Stadt- und Landkreisen, allen Regierungs- und Oberpräsidien, allen Bundesregierungen sowie beim preuß. Innenministerium und beim Reichsinnenministerium derartige Offiziere, im Rang aufsteigend vom Hauptmann bis zum Oberst und ausgestattet mit dem nötigen Hilfspersonal sowie mit Autos oder Pferden, fest zu institutionalisieren. Die Kommissare beim preußischen und beim Reichsinnenministerium sollten überdies eng mit dem Reichswehrministerium zusammenarbeiten. Für ihre »ebenso umfangreiche wie heikle Aufgabe« sollten die betreffenden Offiziere durch Kommandierung zu den Zivilbehörden und Ministerien, den Besuch von Militär-Turnanstalten und Sportschulen und die Absolvierung von volkswirtschaftlichen Kursen an der Universität qualifiziert und durch die Verbeamtung einschließlich Pensionsberechtigung nebst Witwen- und Waisenversorgung honoriert werden; s. ebda.
- <sup>270</sup> Aus einer Denkschrift der OHL zur »Wiederherstellung der Staatsautorität« vom 25. 3. 1919 zit. bei Rakenius S. 175
- <sup>271</sup> s. hierzu vor allem seine Verhandlungen mit dem amerikanischen Oberst Conger; s. dazu Groener, Lebenserinnerungen, S. 485 ff.; R. Merton, Erinnerungswertes, S. 56 ff.; Fritz T. Epstein, Zwischen Compiègne und Versailles, in: VfZ 3 (1955), S. 412 ff.; s. auch den Bericht Walter Loebis über seine Unterredung mit Conger am 8./9. 3. 1919 in Trier, abgedr. in: Das Kabinett Scheidemann, S. 27 ff.; ferner die Ausführungen Groeners in einer Besprechung mit der Reichsregierung am 24. 4. 1919, ebda. S. 218. Vgl. auch Falkenhausen an Schleicher, 8. 6. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 76: »Allgemein, und gerade in besseren Kreisen, wird immer noch der Standpunkt vertreten, daß wir ... erst durch den Sumpf des Bolschewismus hindurchwaten müßten, um wieder zur Ordnung zu kommen.« Falkenhausen hielt diese Ansicht für die »vielleicht schwerste Gefahr, die uns überhaupt und ganz unmittelbar droht«, und für einen »wichtigen Grund, der für die Diktatur spricht«.
- <sup>272</sup> Denkschrift Groeners vom Juli 1919, »Beurteilung der Lage Deutschlands nach dem Frieden«, ebda. Bl. 176; teilweise abgedr. in Groener, Lebenserinnerungen, S. 517 f.
- <sup>273</sup> s. Gordon S. 191; Carsten S. 64
- <sup>274</sup> s. Gordon S. 75
- <sup>275</sup> s. z. B. den Befehl des Oberbefehlshabers der Reichswehr-Gruppe 2 v. 3. 10. 1919, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 233 f.
- <sup>276</sup> Die von Karl Demeter, Das deutsche Offizierskorps in Gesellschaft und Staat, 1650–1945, 4. Aufl. Frankfurt 1965, S. 53 genannte Zahl von 1000 ist sonst nicht bestätigt und vermutlich weit überhöht. 1928 bezifferte der SPD-Abgeordnete Hünlich die seit Bestehen der Reichswehr zu Offizieren beförderten Unteroffiziere auf 209; s. Caspar S. 52
- <sup>277</sup> s. Caspar S. 52; Gordon S. 193
- <sup>278</sup> s. Caspar S. 54; Demeter S. 58; Gordon S. 191 ff.

- <sup>279</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers vom 28. 8. 1919; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 16, Bl. 257; zur Organisation der Reichswehr im übrigen Gordon S. 82 ff.
- <sup>280</sup> s. zum folgenden den Bericht des Hauptmanns Moyzischewitz vom Generalkommando Lüttwitz in der Sitzung im preuß. Kriegsministerium über Aufklärung, Fortbildung und Fürsorge im Heere am 3. 5. 1919; MA, RMA, F 6129/IX. 7. 1. 33, Bd. 5, sowie das Schreiben Lüttwitz' an militärische Kommandobehörden sowie die Zentrale für Heimatdienst über Notwendigkeit und Methoden der Propaganda in der Truppe v. 26. 5. 1919, abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 127 ff.; s. ferner den Befehl des Reichswehr-Gruppenkommando I an die Offiziere des Ostpreussischen Freiwilligenkorps über politische Propaganda in Truppe und Bevölkerung v. 10. 3. 1919, ebda. S. 58 ff.; vgl. auch Kluge S. 292 f.
- <sup>281</sup> s. den Bericht Moyzischewitz' a. a. O.; s. auch die Ausführungen Groeners zur Notwendigkeit antibolschewistischer Propaganda in seiner Denkschrift über die Gefährdung der deutschen Ostprovinzen v. 25. 3. 1919; abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 66 f.; ferner den Befehl des Reichswehr-Gruppenkommando 4 über Bildung und Aufklärung bei den Truppen v. 13. 6. 1919, ebda. S. 143 ff.
- <sup>282</sup> s. Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und in die Reichswehr, in: VfZ 17 (1969), S. 177 ff.; Werner Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, 1916–1923, Tübingen 1971, S. 469
- <sup>283</sup> s. den Erlaß Noskes und Reinhardts v. 12. 5. 1919 an alle mobilen militärischen Kommandostellen, die preußischen Generalkommandos, die Militärbehörden Bayerns, Sachsens und Württembergs und die zivilen Nachrichtenstellen; MA, RMA, F 6129/IX. 7. 1. 33, Bd. 5; jetzt abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 111 ff. Der Gedanke, alle in Berlin arbeitenden militärischen Aufklärungs- und Nachrichtenstellen in einer »Reichswehr-Werbestelle« zusammenzufassen, wurde allerdings fallengelassen, als sich herausstellte, daß verschiedene Propagandastellen bereits »fest verwurzelt sind und gut arbeiten« und mit ihrer Herauslösung aus den bestehenden Verbindungen »manche Privatmittel nicht mehr fließen« würden (Prot. der Sitzung im preuß. Kriegsministerium v. 3. 5. 1919, a. a. O.).
- <sup>284</sup> Noske in der Kabinettsitzung v. 15. 3. 1919; Kabinett Scheidemann S. 54
- <sup>285</sup> s. Falkenhausen an Schleicher, 8. 6. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 75a, sowie die Meldung des Majors v. Feldmann aus Weimar v. 23. 6. 1919, 10. 30 h vormittags; zit. von Groener in seinem Vortrag in der Besprechung im Gr. HQu. am Abend desselben Tages; ebda. Bl. 113a.
- Aus gleichem Anlaß wurde der Gedanke einer Diktatur Noskes auch innerhalb der Regierung erwogen, allerdings nicht, um sich dem Versailler Diktat gewaltsam zu widersetzen, sondern um die innenpolitischen Bedingungen für seine Unterzeichnung zu sichern. Denn aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen war Noske von der Unmöglichkeit überzeugt, den Kampf gegen die Entente wieder aufzunehmen. Gleichzeitig aber befürchtete er innere Unruhen für den Fall der Annahme des Vertrages. Um sie unter Kontrolle bringen zu können, war er bereit, zusätzlich zu seinem Amt als Reichswehrminister das des Ministerpräsidenten mit diktatorischen Vollmachten zu übernehmen. Voraussetzung war freilich die Gewißheit, daß die Offiziere voll hinter ihm standen. Während Groener erklärte, er würde mit Noske »durch dick und dünn gehen« (Niederschrift Noskes über die Tage in Weimar v. 18.–20. 6. 1919; abgedr. in: Kabinett Scheidemann S. 481), sprachen ihm andere Offiziere ihr Vertrauen nur unter der Bedingung aus, daß die Re-

- gierung die »Schmachparagrafen« ablehnte; ihre Annahme hingegen, so kündigten sie an, würde »die Offiziere auseinandertreiben« (ebda.). Die Rücksicht auf die »möglicherweise unsichere Haltung der Offiziere«, aber auch die Sorge, eine Ministerpräsidentenschaft Noskes »würde auf die Arbeiterschaft provozierend wirken« (ebda. S. 482), sowie die Absicht, »ihn für spätere, eventuell noch schwierigere Situationen aufzusparen«, veranlaßten jedoch die Regierung, den Diktaturgedanken fallenzulassen (Groener in seinem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL im Gr. HQu. am 12. 7. 1919 über ein Gespräch mit Ebert am Vormittag des 20. 6. 1919 in Weimar; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 141).
- <sup>286</sup> Groener in seiner Denkschrift zur »Beurteilung der Lage Deutschlands nach dem Frieden«, Ende Juli 1919; ebda. Bl. 177; dieser Passus fehlt in dem bei Groener, Lebenserinnerungen, S. 517f. abgedr. Auszug aus dieser Denkschrift.
- <sup>287</sup> s. Groener, Lebenserinnerungen, S. 481f.
- <sup>288</sup> s. Carsten S. 51; vgl. auch Rakenius S. 225ff.
- <sup>289</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Groeners v. 26. 6. 1919; MA, Nl. Groener, M 46/25, Bl. 90a
- <sup>290</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 514. Auch ein ehemaliger Offizier, der sich der SPD angeschlossen hatte, bezeichnete Anfang Juni 1919 die Aussichten einer Militärdiktatur als »durchaus ungünstig«. Er bezweifelte vor allem, »daß sich die Freiwilligenverbände auf die Dauer keimfrei erhalten« könnten; schon jetzt sei in Berlin »nicht alles rosig«. Er wußte zu berichten, »daß man sich auf mehrere Regimenter nicht völlig verlassen kann, daß die Marinebrigade durch den Gegensatz Offizier/Unteroffizier unruhig ist, daß die Boykottandrohung stark wirkt und daß eine allgemeine Unzufriedenheit der Unteroffiziere dank der völligen Unfähigkeit des Kriegsministeriums herrscht«, so daß er derzeit kein anderes Heilmittel als eine »Konsolidierung der inneren Verhältnisse« empfehlen mochte (Steltzer an Schleicher, 5. 6. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 71).
- <sup>291</sup> Falkenhausen an Schleicher, 8. 6. 1919; ebda. Bl. 75a; jetzt abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 137f.
- <sup>292</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Groeners v. 16. 7. 1919; MA, Nl. Groener, N 46/25, Bl. 115
- <sup>293</sup> Tagebuch-Aufzeichnung Groeners v. 9. 7. 1919; ebda. Bl. 108; s. auch Carsten S. 55f.
- <sup>294</sup> Groener in einem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. 7. 1919 im Gr. HQu.; a. a. O. Bl. 147; vgl. auch Carsten S. 51f.; Rakenius S. 232f.
- <sup>295</sup> Groener in seinem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. 7. 1919; a. a. O.
- <sup>296</sup> Groener in einem Vortrag im Gr. HQu. über die Lage, 19./20. 5. 1919; MA, Nl. Schleicher, N 42/12, Bl. 48af.; jetzt abgedr. in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 121ff.
- <sup>297</sup> Vortrag Groeners in einer Besprechung im Gr. HQu. am 18. 8. 1919; abgedr. ebda. S. 193ff.; auch zum folgenden. Von einer prinzipiellen Loyalität Groeners gegenüber der politischen Führung, wie Rakenius S. 233 Anm. 218, sie behauptet, kann demnach schwerlich die Rede sein.
- <sup>298</sup> s. die Belege bei Carsten S. 75f.
- <sup>299</sup> s. Caspar S. 27
- <sup>300</sup> Reinhardt an v. d. Goltz, 2. 1. 1920; zit. bei Carsten S. 75; vgl. auch Schüddekopf S. 69ff.
- <sup>301</sup> Art. 48 Abs. 2 der Weimarer Verfassung gestattete dem Reichspräsidenten, bei Gefahr im Verzuge auch den Landesregierungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung

- der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu treffen. Formell wurde hiermit das diskreditierte Gesetz über den Belagerungszustand aus dem Jahre 1851 außer Kraft gesetzt. Ebert erklärte sich jedoch zu einer Handhabung dieser Ermächtigung bereit, die über die Bestimmungen des alten Gesetzes noch hinausging und den Militärbefehlshabern praktisch diktatorische Vollmachten gab. Zahlreiche Generäle nahmen daher schon in der zweiten Jahreshälfte 1919 begrenzte Streiks oder die angebliche Gefahr innerer Unruhen zum Anlaß, Maßnahmen aufgrund des Art. 48, 2 für einzelne Regionen oder sogar das ganze Reich zu verlangen. Tatsächlich wurden sie dank der Nachgiebigkeit Eberts und Noskes für größere Gebiete – namentlich für Oberschlesien und das Ruhrgebiet – für kürzere oder längere Zeit verhängt und in einer Weise exekutiert, die sich in bezug auf den Schutz von Arbeitswilligen und die Verfolgung wirklicher oder vermeintlicher »Streikhetzer« von dem alten Belagerungszustand nur unwesentlich unterschied; s. hierzu die Bemerkungen Hürtens in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. XVII, und die zahlreichen einschlägigen Dokumente ebda. Kap. II und III
- <sup>302</sup> Groener in einem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren am 12. 7. 1919 im Gr. HQu.; zit. nach Groener, Lebenserinnerungen, S. 516f.; s. auch Seeckt an Watter, 30. 8. 1919, in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 211; s. auch die Meldung Stülpnagels über den Zustand des I. Bataillons des Reichswehr-Infanterie-Regiments 19 v. 4. 1. 1920; ebda. S. 298; Walther Freiherr von Lüttwitz, Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 86; ferner Gordon S. 306ff. und Carsten S. 53ff.
- <sup>303</sup> s. Könnemann S. 32 ff.; Bucher a. a. O. S. 18 ff.; Diehl S. 30ff.; Kluge S. 384 Anm. 256
- <sup>304</sup> Vollzugsrat des Bezirks-Arbeiterrates Fürstfeldbruck an den Vollzugsrat der Arbeiterräte Bayerns, 4. 1. 1919; AStAM, Arbeiter- und Soldatenrat 7
- <sup>305</sup> ASR Freilassing an den Vollzugsrat des Zentralarbeiterrats in München, 23. 2. 1919; ebda. Auch im niederbayerischen Bogen bestand die Bürgerwehr überwiegend aus Zentrumsanhängern; s. das Schreiben des ASR Bogen an den Vollzugsrat in München, 21. 2. 1919; AStAM, Arbeiter- und Soldatenrat 9
- <sup>306</sup> s. Peter Kritzer, Die SPD in der bayerischen Revolution von 1918, in: Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch, S. 445 ff.
- <sup>307</sup> ASR Freilassing an den Vollzugsrat in München, 23. 2. 1919; a. a. O.; s. auch die Schreiben des ASR Bogen an den Vollzugsrat v. 21. 2. 1919, a. a. O., und des Vorsitzenden des Volksrates Endorf an den Vollzugsrat v. 20. 1. 1919; AStAM, Arbeiter- und Soldatenrat 8
- <sup>308</sup> s. Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 4), Berlin 1939, S. 8f.; Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie, S. 76ff.; s. auch den Bericht des württembergischen Gesandten in München v. 15. 2. 1919, in: Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck, hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 30f.
- <sup>309</sup> Nachtrag zum Erlaß eines Volksheimatschutzgesetzes, 17. 2. 1919; AStAM, Arbeiter- und Soldatenrat 36
- <sup>310</sup> s. Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern, S. 8f.
- <sup>311</sup> Der Aufruf Frauendorfers ist abgedr. bei Max Siegert, Aus Münchens schwerster Zeit. Erinnerungen aus dem Münchener Hauptbahnhof während der Revolutions- und Rätezeit, München/Regensburg 1928, S. 89f.
- <sup>312</sup> Gemeint ist Rudolf v. Sebottendorf, der Führer der Münchener Thule-Gesellschaft, die sich selbst als Hauptquartier der Münchner Konterrevolution bezeich-

- nete. Ihr politischer Einzugsbereich erstreckte sich von den Nationalliberalen bis zu den Alldeutschen und dem antisemitischen Hammerbund. Schon Ende 1918 unterhielt sie ein eigenes Waffenlager und baute einen bewaffneten »Kampfbund« auf; nach der Beauftragung Sebottendorfs mit der Bildung eines Freikorps firmierte der Kampfbund als »Freikorps Oberland«; s. hierzu Rudolf von Sebottendorf, *Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung*, 2. Aufl. München 1934, S. 60 ff. und 125
- <sup>313</sup> Die von Schnepfenhorst von Nürnberg aus zum Kampf gegen die Räterepublik aufgebaute mehrheitssozialistische Truppe erwies sich nach der Wahl von Soldatenräten als weitgehend verwendungsunfähig; s. Hermann Schützinger, *Der Kampf um die Republik. Ein Kampfbrevier für republikanische Frontsoldaten*, Leipzig/Wien 1924, S. 54 ff.
- <sup>314</sup> s. Kritzer S. 178 ff.
- <sup>315</sup> Bericht des RP für die Oberpfalz und Regensburg an das bayerische Staatsministerium des Innern, 5. 5. 1919; GStAM, MA 102 142
- <sup>316</sup> Die »bereits vorhandenen und noch in Bildung begriffenen bayerischen Freikorps« wurden gemäß dem Gesetz über die Bildung der vorläufigen Reichswehr vom 6. 3. 1919 zum Grundstock der bayerischen Reichswehreinheiten bestimmt; s. den Aufruf der Regierung Hoffmann zur Bildung der Reichswehr in Bayern, 5. 5. 1919; abgedr. bei Josef Karl, *Die Schreckensherrschaft in München und Spartakus im bayerischen Oberland. Tagebuchblätter und Ereignisse aus der Zeit der »bayerischen Räterepublik« und der Münchener Kommune im Frühjahr 1919*. Nach amtlichen Quellen aufgezeichnet, München 1919, S. 292 ff.
- <sup>317</sup> Der Vorsitzende des Karlsruher Volksrates, Erb, in der Vorstandssitzung des Volksrates vom 14. 1. 1919; GLA Karlsruhe, 206/2696
- <sup>318</sup> Prof. Paulke, der Kommandant der Freiwilligen Wehr, ebda.
- <sup>319</sup> s. Maercker S. 329
- <sup>320</sup> Bestimmungen der preuß. Regierung über die Errichtung von Einwohnerwehren, 15. 4. 1919; StA Marburg, 150/1930; auch zum folgenden; s. auch Könnemann S. 358 f.; Bucher a. a. O. S. 24 ff.; Diehl S. 34 f.
- <sup>321</sup> Göhre in der Sitzung des preuß. Staatsministeriums am 14. 4. 1919; BA, Nl. Südekum Nr. 105
- <sup>322</sup> DW Nr. 18 v. 4. 5. 1919, S. 150. – Manche Verbände der bürgerlichen Rechten, die zunächst am Aufbau der Wehren mitgewirkt hatten, zogen sich jetzt empört zurück; s. das Schreiben des Generalstabschefs des Gen. kdo. XVIII. AK, Oberstleutnant Wetzell, v. 3. 6. 1919; StA Marburg, 150/1930
- <sup>323</sup> Tatsächlich wurde selbst an Orten, wo der Landrat die Unterordnung der Einwohnerwehr unter die Kontrolle des Arbeiterrates zusagte, ein derartiges Versprechen praktisch nicht erfüllt; für den Kreis Lehe bei Bremen z. B. s. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Unterweserorten, S. 153; zur Rekrutierungspraxis s. im übrigen Diehl S. 56 ff.
- <sup>324</sup> s. Könnemann S. 120 ff.; zu den Beziehungen zwischen Einwohnerwehren und Freikorps s. ferner Maercker S. 148 ff. und 328 ff. sowie Diehl S. 36
- <sup>325</sup> s. den Erlaß Noskes an die Militärbehörden vom 5. 7. 1919; StA Marburg, 150/1930; vgl. auch Könnemann S. 377 ff.; Diehl S. 38; zu Stellung und Kompetenzen der Kreiskommissare s. ausführlich Klatt, *Ostpreußen unter dem Reichskommissariat*, S. 162 ff.; s. auch Michael Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland, 1919–1927*, München 1966, S. 90; Carsten S. 168
- <sup>326</sup> s. Einwohnerwehr. Amtliche Mitteilungen der Reichszentrale für Einwohnerwehr

- und der Zentralstelle für Einwohnerwehren beim preußischen Ministerium des Innern, Nr. 2/3 v. 1. 8. 1919; zit. nach Könnemann S. 272
- 327 s. Klatt S. 80; vgl. auch Aug. Winnig, 400 Tage Ostpreußen, Dresden 1928; Könnemann S. 271
- 328 Einwohnerwehr Nr. 11 v. 1. 12. 1919; zit. ebda. S. 272
- 329 Einwohnerwehr Nr. 12 v. 15. 12. 1919; zit. ebda. S. 277; vgl. auch Bucher a. a. O. S. 43
- 330 s. Maercker S. 259
- 331 s. ebda. S. 272
- 332 zit. nach Hesterberg S. 278
- 333 s. den Bericht des RP Oberfranken v. 7. 5. 1919; GStAM, MA 102 135; s. auch Kritzer S. 125; zu ähnlichen Berichten aus anderen Reichsteilen s. Diehl S. 56
- 334 s. den Erlaß des badischen Ministeriums für militärische Angelegenheiten nebst Richtlinien für Errichtung der badischen Reserve-Miliz-Bataillone v. 12. 6. 1919; GLA Karlsruhe, 335/Zg. 1942 Nr. 41 Conv. 1
- 335 Der Leiter des Reserve-Miliz-Bataillons Karlsruhe, Major Bauer, in der Sitzung des Karlsruher Gewerkschaftskartells vom 10. 7. 1919; zit. nach dem Bericht des Karlsruher »Volksfreunds« Nr. 160 vom 14. 7. 1919; Ausschnitt in GLA Karlsruhe, 236/21 568; s. auch Remmele S. 83 f.
- 336 s. Diehl S. 56
- 337 s. Remmele S. 83
- 338 Wolfg. Heine in seinen unveröff. Erinnerungen; BA, Kl. Erw. 371–6, Bl. 38
- 339 Stampfer, Die ersten 14 Jahre, S. 396
- 340 Erlaß des preuß. Innenministers Heine v. 15. 9. 1919; zit. nach Könnemann S. 204 f.
- 341 s. Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, S. 99; zum Ausschluß von USPD-Mitgliedern s. auch Bucher a. a. O. S. 30 und 45
- 342 Auf Ersuchen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division wurde den Beamten bereits Anfang März 1919 von Scheidemann der Beitritt zur Einwohnerwehr »gestattet und empfohlen«, mit der Begründung, die Einwohnerwehr sei »im Einvernehmen mit der Reichsregierung gegründet und bestimmt ..., alle nichtspartakistischen Einwohner zusammenzufassen, die im äußersten Notfalle bereit sind, zusammenzutreten und die Truppe zu unterstützen, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten«. Scheidemann an alle Reichsminister, 3. 3. 1919; BA, R 43 I/2729. Am 10. 4. 1920 wurde zwar die Beurlaubung von Beamten zu Zeitfreiwilligenformationen aufgehoben. Der preußische Handelsminister ordnete jedoch an, daß allen Staatsbeamten und -angestellten, sie sich beim Ausbruch von Unruhen der Reichswehr zur Verfügung stellten, die Bezüge ungekürzt und ohne Anrechnung militärischer Bezüge weitergezahlt werden sollten; s. den Erlaß des preuß. Min. f. Handel und Gewerbe v. 9. 11. 1920; StA Marburg, 165/4970
- Auch der badische Ministerpräsident drang im Oktober 1919 auf eine »regere Beteiligung« der Beamten an den Einwohnerwehren; Schreiben des badischen Ministerpräsidenten Geiß an den badischen Minister für milit. Angelegenheiten, 20. 10. 1919; GLA Karlsruhe, 233/12 479. Desgleichen richtete die bayerische Regierung wiederholt die dringende Aufforderung an die Beamtenschaft, in die Einwohnerwehr einzutreten; s. das Prot. der Sitzung des bayer. Ministerrats vom 19. 1. 1920; GStAM, MA 99 514
- Einige große Montankonzerne und Staatsbergwerke im Ruhrgebiet förderten den Eintritt »zuverlässiger« Belegschaftsmitglieder in die Einwohnerwehren, indem sie sie bei Fortzahlung der Löhne, Weiterlieferung der Deputatkohlen und laufender

- Entrichtung der Sozialabgaben beurlaubten; s. die Korrespondenz in HA/GHH, 30 101/31
- 343 s. das Schreiben des Generalstabschefs des Gen.kdo. XVIII. AK v. 3. 6. 1919, a. a. O., und Könnemann S. 205
- 344 Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit. Zum 3. Reichsbürgertag am 2.–4. Juli 1920 vom Bezirks-Bürgerrat Leipzig-Land, S. 10; s. auch Nachrichtenblatt, hrsg. vom Reichsbürgerrat, Landesverband Sachsen, 2. Jg. Nr. 1 v. 10. 1. 1920, S. 6
- 345 s. den Beitrag über den Reichsbürgerrat, in: Bürgerl. Parteien, II, S. 606ff.
- 346 Entwurf zum Aktionsprogramm des Reichsbürgerrats, in: Der Reichsbürger, Jg. 1 Nr. 1 v. 1. 9. 1919, S. 4; zu einer ähnlichen Demarche des Landesbürgerrats Sachsen beim sächsischen Innenministerium im Juli 1919 s. Nachrichtenblatt, hrsg. vom Reichsbürgerrat, Landesverband Sachsen, Nr. 1 v. 10. 1. 1920, S. 6
- 347 Eingabe des Reichsbürgerrates an das Reichsinnenministerium, abgedr. in: Der Reichsbürger Nr. 2 v. 15. 9. 1919, S. 24
- 348 Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung, S. 12
- 349 Der Bund. Nachrichtenblatt des Bürgerrats von Groß-Berlin, Nr. 8 v. 6. 12. 1919
- 350 s. Diehl S. 57ff.
- 351 s. Könnemann S. 202ff. Im ostpreußischen Braunsberg z. B. umfaßte die ca. 500 Mann starke Einwohnerwehr nur »Besitzer und Besitzersöhne« (Stimmungsbericht der Landesgrenzpolizei Ostpreußen, Königsberg, 13. 3. 1920; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5 n, Bd. 1).
- 352 s. den Bericht des preuß. Staatskommissars Werner vom 1. 7. 1919; IISG, Nl. Grzesinski Nr. 508
- 353 Gewerkschaftskartell Belgard an Reichsarbeitsminister Schlicke, 15. 1. 1920; BA, R 43 I/2049
- 354 Aus einem Bericht des Zentralrats der Arbeiterräte der Provinz Pommern zit. bei Könnemann S. 209; zum Einfluß des Pommerschen Landbundes auf die Einwohnerwehr in Pommern s. auch Wolfgang Wilhelmus, Der Kampf der Werk tätigen Vorpommerns gegen die Sammlung und Bewaffnung der Reaktion im Frühjahr 1919, in: Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges.-wiss. Reihe, 8 (1958/59), S. 59
- 355 Das Freikorps Chiemgau z. B. wurde nach der Niederschlagung der Münchener Räterepublik in die Einwohnerwehr Chiemgau umgewandelt; s. Josef Karl, Die Schreckensherrschaft in München, S. 168
- 356 s. Diehl S. 38 und 315 Anm. 58. – Allein im Wehrkreis VI (Münster), der die Provinzen Westfalen und Hannover, die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln sowie die Freistaaten Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und Bremen umfaßte, zählten die Einwohnerwehren im Dezember 1919 rund 125 000 Mann mit 63 000 Gewehren und 400 Maschinengewehren; s. Errettung des Ruhrgebiets (1918–1920) (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, 9. Bd.), Berlin 1943, S. 75
- 357 SPC Nr. 3 v. 21. 2. 1920, S. 22
- 358 s. das Schreiben des Leiters der Zentralstelle der Einwohnerwehren an den Oberkreisirat in Stettin v. 28. 1. 1920; zit. bei Könnemann S. 211
- 359 Prot. der Sitzung des bayer. Ministerrats v. 23. 1. 1920; GStAM, MA 99 514
- 360 Bericht der preuß. Gesandtschaft in Hamburg an AA, 24. 5. 1919; PAAA, Deutschland 125 Nr. 4 Bd. 1
- 361 Prot. der Sitzung des bayer. Ministerrats v. 23. 1. 1920; a. a. O.
- 362 Groener in seinem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. 7. 1919 im Gr. HQu.; zit. nach Groener, Lebenserinnerungen, S. 519
- 363 Paul Levi auf der Reichskonferenz der KPD am 16. 8. 1919; zit. nach Charlotte



- Beradt, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969, S. 32
- <sup>364</sup> Zum Kapp-Putsch und seiner Abwehr s. Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919–1920, Düsseldorf 1967; Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch, Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin 1972
- <sup>365</sup> Die Gewerkschaftsforderungen an die Regierung sind abgedr. Corr. bl. Nr. 12/13 v. 27. 3. 1920, S. 153; zu ihrer Entstehung s. Schustereit S. 81 ff.; Miller, Bürde, S. 382 ff.; Potthoff S. 267 ff. Bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung unter Hermann Müller traten sie mehr und mehr in den Hintergrund; s. Das Kabinett Müller I, 27. März bis 21. Juni 1920, bearbeitet von Martin Vogt (Akten der Reichskanzlei: Weimarer Republik), Boppard 1970, S. VII ff.
- <sup>366</sup> s. Carsten S. 103
- <sup>367</sup> ebda. S. 99 Anm. 133
- <sup>368</sup> Zum Verhalten Seeckts beim Kapp-Putsch s. ausführlich Meier-Welcker S. 254 ff.
- <sup>369</sup> s. Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 70 und 130; s. auch Schustereit S. 91 ff.; Miller, Bürde, S. 395 ff.
- <sup>370</sup> Geßler S. 132
- <sup>371</sup> s. ebda. S. 136
- <sup>372</sup> Bericht des Offiziers-Stellvertreters Roß vom 1. Batl. R. Sch. R. 14, 20. 4. 1920; ASD, Nl. Severing, Mappe 70 Nr. 1; s. dazu die Mitteilungen Buses, des Stellvertreters des Reichskommissars, an Severing, 20. 4. 1920; ebda. Nr. 2. Die Aufforderung Severings, zur Entlassung dieses Informanten Stellung zu nehmen, lehnte der Wehrkreiskommandeur v. Loßberg mit der Begründung ab, es sei »nicht angängig, daß Minister oder auch Staatskommissare, die der Reichswehr persönlich fernstehen, Reichswehrangehörige ... zu Berichten auffordern, um über Vorgänge in der Reichswehr unterrichtet zu sein«; Loßberg an Reichswehr-Gruppenkommando 2, 10. 7. 1920; ebda. Nr. 1. – Ein Augsburger Regiment, das während des Kapp-Putsches eine Solidaritätsadresse in republikanischem Sinne ans Reichswehrministerium geschickt hatte, wurde von allen Soldaten gesäubert, die sozialistischer Neigungen verdächtig waren; s. Schüdekopf S. 110; Carsten S. 107 f.
- <sup>373</sup> s. ebda.
- <sup>374</sup> s. Carsten S. 109 f.
- <sup>375</sup> Wehrkreiskommando VII an Schützenbrigade 21, 14. 6. 1920; MA, WK VII/2318
- <sup>376</sup> zit. bei Carsten S. 106
- <sup>377</sup> s. Gerhard Colm, Beitrag zur Soziologie und Geschichte des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921; Erhard Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, März-April 1920, Bd. 1, Frankfurt 1970; George Eliasberg, Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn-Bad Godesberg 1974
- <sup>378</sup> Bericht der Badischen Gesandtschaft in Berlin über Ausführungen Geßlers in einer gemeinsamen Sitzung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder, 20. 7. 1920; GLA Karlsruhe, 49/2060
- <sup>379</sup> s. Könnemann S. 289 ff.; Bucher a. a. O. S. 49 ff.
- <sup>380</sup> s. den Text des Bielefelder Abkommens; BA, R 43 I/2715, Bl. 116; abgedr. u. a. Ill. Gesch. S. 501 ff.
- Auf Betreiben der bürgerlichen Kabinettsmitglieder wurde diese Forderung schon in der Vereinbarung der Regierung mit den Arbeiterorganisationen abgeschwächt. Im-

merhin erklärte sie sich hierin noch mit einer Umbildung der Einwohnerwehren bereit und gab die Anweisung aus, für eine verstärkte Hinzuziehung von Einwohnerwehritgliedern aus Arbeiterkreisen zu sorgen; s. das Prot. der Chefbesprechung zwischen Reichskanzlei, Reichsinnen- und Reichswehrministerium am 7. 4. 1920 in der Reichskanzlei und das Communiqué der Deutschen Allgemeinen Zeitung zur Einwohnerwehrfrage vom 9. 4. 1920; BA, R 43 I/2729; s. auch Könnemann S. 312

<sup>381</sup> Aufruf der Gewerkschaftsverbände zur unverzüglichen Bildung von Ortswehren; abgedr. ebda. S. 399f.

<sup>382</sup> In Cuxhaven traten 400 Arbeiter der Einwohnerwehr bei; s. den Bericht der Festungskommandantur über die Ereignisse in Cuxhaven zwischen dem 26. und 30. 6. 1920; MA, RMA, XVII. 1. 4. 6., Heft 5. In Würzburg erzwang die Arbeiterschaft Anfang Juli 1920 im Anschluß an Lebensmittelunruhen, die zur Bildung eines Aktionsausschusses aus SPD, USPD und Gewerkschaften geführt hatten, den Eintritt organisierter Arbeiter in die Einwohnerwehr. Den Konterkarierungsbemühungen der Verwaltungsbehörden gelang es jedoch, ihre Zahl gänzlich unbedeutend zu halten; offenbar ist sie kaum über 20 hinausgelangt; s. den Bericht des preuß. Gesandten in München, Graf Zech, an AA, 8. 7. 1920; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5 a Bd. 2. In Nürnberg wurde in einer Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister Luppe und der SPD und USPD die Aufnahme von Angehörigen dieser beiden Parteien in die Einwohnerwehr festgelegt, aufgrund des Einspruchs von Reichswehr und Staatskommissar aber nicht durchgeführt; s. die Darstellung der Ereignisse in Nürnberg seit dem 13. 3. 1920 vom Redakteur Lorenz vom »Fränkischen Kurier«; AStAM, Generalstaatskommissar 103, Bl. 70ff.; s. auch Schwarz, Nürnberg, S. 325. – Auf Verlangen Escherichs befahl der bayerische Generalstaatskommissar allen Einwohnerwehren, »jeden Versuch, sie zu unterwerfen, unweigerlich zu verhindern«, und wies die Zivilbehörden an, die Einwohnerwehren hierbei »mit allen Mitteln« zu unterstützen; Tel. des bayer. Generalstaatskommissars v. Winterstein an alle bayer. Regierungspräsidenten, 17. 3. 1920; ebda. – In Kassel forderten am 15. 3. 1920 die Gewerkschaften und das Aktionskomitee der Arbeiter die Zuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, der DDP, SPD und USPD in die Leitung der Stadtwehr, ließen ihre Forderung angesichts der entschiedenen Weigerung der Stadtwehrführer jedoch wieder fallen. Als Reaktion auf diesen Vorstoß wurde die Stadtwehr der Kasseler Reichswehr-Brigade unterstellt und jede Neueinstellung von deren Genehmigung abhängig gemacht; s. den Bericht über die Tätigkeit der Stadtwehr Kassel in der Zeit vom 13.–20. 3. 1920; StA Marburg, 175/1373. – Zur stärkeren Heranziehung der Arbeiterschaft zur badischen Einwohnerwehr s. den Erlaß des badischen Innenministers vom 17. 3. 1920; GLA Karlsruhe, 335/Zg. 1942 Nr. 41 Conv 1. Namentlich in Mannheim scheinen mehrheitssozialdemokratisch orientierte und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter tatsächlich erheblichen Einfluß gewonnen zu haben; s. die Mitt. des Mannheimer Delegierten Krug auf dem Verbandstag des Bauarbeiterverbandes im Mai 1920 in Karlsruhe, Prot. S. 400

<sup>383</sup> In Berlin lehnte der Oberbürgermeister sogar in den Tagen unmittelbar nach dem Kapp-Putsch eine Zulassung von Arbeitern, die der USPD oder KPD angehörten, zur Einwohnerwehr ab; s. den Aufruf von BdL und Deutschem Landbund, abgedr. in: Korr. des BdL Nr. 16 v. 15. 4. 1920, S. 73. Auch die bayerischen Einwohnerwehren blieben Angehörigen von USPD und KPD verschlossen; s. das Schreiben des bayer. Staatsministeriums des Innern an das Wehrkreiskommando VII, 2. 7. 1920; GStAM, MA 100412.

In Baden durften Mitglieder der USPD nur aufgenommen werden, wenn sie sich

schriftlich »vorbehaltlos« verpflichteten, »die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden gewaltsamen Angriff zu schützen«; eine solche Erklärung sollte jedoch nur dann anerkannt werden, »wenn das Verhalten des Erklärenden nicht mit der Erklärung im Widerspruch steht«; hierüber hatte die Führung der Einwohnerwehr zusammen mit ihrem Beirat zu befinden; Erlaß des badischen Innenministers Remmele an alle Bezirksamter, 22. 3. 1920; GLA Karlsruhe, 335/Zg. 1942 Nr. 41 Conv. 1. Für Angehörige der kommunistischen Parteien war auch in diesem Musterlände des Liberalismus in den Einwohnerwehren »kein Platz«; Erlaß des bad. Innenministers an alle Bezirksamter, 17. 3. 1920; ebda.; vgl. auch Remmele S. 83

<sup>384</sup> Mit der zynischen Begründung, die Ereignisse anlässlich des Kapp-Putsches hätten bewiesen, wie »unbedingt notwendig« die Einwohnerwehren »gerade auf dem Lande« seien, weil »ohne hinreichenden Selbstschutz ... die Landbevölkerung jeder Plünderung und Lebensbedrohung durch bolschewistische Elemente preisgegeben« sei, forderten der BdL und der Deutsche Landbund Anfang April 1920 die Landbevölkerung zum »nachdrücklichsten Einspruch« gegen ihre Entwaffnung auf. Die Ententeforderung gab ihr den Vorwand, ihren Protest statt gegen die Arbeiterschaft im Innern gegen den äußeren Feind zu richten und das Auflösungsverlangen als »Attentat auf Deutschlands Ruhe und Sicherheit« zu verurteilen; Aufruf von BdL und Dt. Landbund, abgedr. in: Korr. des BdL Nr. 16 v. 15. 4. 1920, S. 73

<sup>385</sup> Schreiben des Reichsinnenministers an alle Landesregierungen, 8. 4. 1920; GLA Karlsruhe, 233/12479; s. auch Salewski S. 120; Bucher a. a. O. S. 53 ff.

<sup>386</sup> s. Könnemann S. 405 ff.; ähnlich beschaffen waren die Richtlinien des sächsischen Innenministeriums zur Umgestaltung der Einwohnerwehren von Anfang Mai 1920; s. ebda. S. 325

<sup>387</sup> Die Einwohnerzentrale Königsberg z. B. wies die ostpreußischen Einwohnerwehren an, »sich sofort bzw. spätestens gleichzeitig mit der endgültigen Auflösungsverfügung als Selbstschutzverbände« zu erklären und einen Aufnahmeausschuß zu bilden, der nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammengesetzt sein und seine Entscheidungen mit Dreiviertel-Mehrheit fällen sollte. Hiermit war die Möglichkeit gegeben, die SPD auszuschalten, und zugleich sichergestellt, daß niemand in die Verbände hineinkam, der den Bürgerlichen oder Agrariern unerwünscht war, und ein »die ganze Provinz umspannender ›Ordnungsblock« die »breite Grundlage für die Selbstschutzverbände« abgeben konnte. Der Deutlichkeit halber wurden die Verbände instruiert, »abgesehen von der ersten geschlossenen Überführung der örtlichen ›unpolitischen‹ Einwohnerwehren in die Selbstschutzverbände ... künftighin Einzelmitglieder aufzunehmen« und »Masseneintritte ganzer Vereine (sozialdemokratischer Gewerkschaften)« abzulehnen.

Auf dem Lande sollte sich der »Ordnungsblock« diesen Empfehlungen zufolge aus den landwirtschaftlichen Vereinigungen zusammensetzen, die sich ausnahmslos unter der Kontrolle der Großgrundbesitzer befanden, in den Städten aus dem »Bund verfassungstreuer Ostpreußen«, einer Tarnorganisation ehemaliger Zeitfreiwilligenformationen, die im engsten Kontakt mit den Bürgerräten, landwirtschaftlichen Interessenorganisationen und Rechtsparteien stand; Sonderbemerkungen der Einwohnerwehr-Zentrale Königsberg; Anlage zum Auszug aus einem Bericht des Einwohnerwehr-Verbindungsorgans in München vom Juni 1920; ASD, NI. Severing, Mappe 10 Nr. 70; zu den »Heimatschutzorganisationen« s. auch Könnemann S. 321.

Auch in Hamburg schlossen sich diejenigen Mitglieder der Einwohnerwehr, die den Rechtsparteien angehörten, im Sommer 1920 besonders eng zusammen, angeblich in der »Erwartung eines Angriffes von links«; Lagebericht vom 10. 8. 1920; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5 secr. Bd. 2

- <sup>388</sup> s. den Erlaß des Badischen Innenministers betr. Aufstellung eines Stadtschutzes v. 22. 6. 1920; GLA Karlsruhe, 335/Zg. 1942 Nr. 41 Conv. 1; vgl. auch Remmele S. 86. Als der »Stadtschutz« nach einer erneuten Intervention der Entente im November 1920 gegen den Protest der Mitglieder aufgelöst wurde, schlossen sich diese vielfach der Organisation Escherich an; s. Könnemann S. 326
- <sup>389</sup> Bericht des preuß. Gesandten in München, Graf Zech, an AA, 22. 9. 1920; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5 r, Bd. 1
- <sup>390</sup> Bericht Zechs an AA, 31. 3. 1921; ebda.; ausführlich zum Verhalten der bayerischen Einwohnerwehren beim Kapp-Putsch s. Diehl S. 69 ff.
- <sup>391</sup> Bergrat Gröbler-Wetzlar in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 22. 6. 1920; BA, R 13 I/158, Bl. 187
- <sup>392</sup> s. den Bericht Zechs an AA v. 14. 4. 1921; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5 r Bd. 1
- <sup>393</sup> Auszug aus einem Bericht des Einwohnerwehr-Verbindungsorgans in München, Juni 1920; ASD, Nl. Severing, Mappe 10 Nr. 70; auch zum folgenden; s. auch den Bericht des württembergischen Gesandten in München vom 2. 4. 1921; Politik in Bayern 1919-1933, S. 78
- <sup>394</sup> Bericht Zechs an AA, 22. 9. 1920; PAAA, Ref. Deutschland, Po 5 r, Bd. 1; s. auch den Bericht Zechs v. 29. 9. 1920, ebda.
- <sup>395</sup> Kahr in der Sitzung des bayerischen Ministerrats vom 30. 10. 1920; GStAM, MA 99 515; zur Haltung der bayerischen Regierung zur Auflösung der Einwohnerwehren s. auch Salewski S. 121 f. und 153 ff.; ferner die Berichte des württembergischen Gesandten in München von Oktober 1920 bis Juni 1921, in: Politik in Bayern 1919-1933, S. 68 ff.
- <sup>396</sup> s. Kritzer S. 200 ff.

### *18. Kapitel*

- <sup>1</sup> Paeplow auf dem VT des BAV 1919, Prot. S. 24
- <sup>2</sup> Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 14/15 v. 26. 4. 1919, S. 139; vgl. auch oben 641 f.
- <sup>3</sup> s. Potthoff S. 180 f.
- <sup>4</sup> Vögler in der VdESI-Hauptvorstandssitzung v. 16. 12. 1918; BA, R 13 I/93, Bl. 118; vgl. auch oben 625 ff.
- <sup>5</sup> s. das Rundschreiben der VDA v. 2. 12. 1918 über die ersten beiden Sitzungen des Zentralausschusses der Arbeitsgemeinschaft; HA/GHH, 30019 324/2; s. im übrigen unten 774 f.
- <sup>6</sup> s. oben 617 f.
- <sup>7</sup> s. den Bericht über eine Konferenz mit diesem Thema in BA, R 13 I/283, Bl. 74 ff.; zu ähnlichen Überlegungen in der DDP s. Schustereiit S. 59
- <sup>8</sup> Während der Geschäftsführer des Hansabundes, Köhler, ein Programm aller Erwerbsstände anregte, welches »unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der freien Wirtschaftsbetätigung irgendwelche Zugeständnisse an die Massenpsychose« machen sollte, »welche in den gemäßigeren Arbeiterkreisen die Hoffnung auf eine friedliche Erreichung ihrer Ziele erwecken würden«, lehnte der Vertreter des Baugewerbes, Gottschalk, jede positive Festlegung ab. »Denn wenn man erst einmal Zugeständnisse mache, seider kleinste Fehler, der dabei unterlaufen würde, nicht wiedergutmachen, da der einmal eingeschlagene Weg, auch wenn er nachträglich als falsch erkannt würde, konsequenterweise weitergegangen werden müßte.« A. a. O (wie Anm. 7)
- <sup>9</sup> s. die Ausführungen Hugenbergs auf dem DNVP-Parteitag vom Juli 1919, abgedr.

- in: Hugenberg, Streiflichter, S. 163 ff., sowie seine Erklärungen in der Sitzung der Nationalversammlung vom 11. 12. 1919, abgedr. ebda. S. 155 f.; s. auch ebda. S. 63 ff.; ferner die Ausführungen Beumers in der 48. Hauptversammlung des Langnamvereins Düsseldorf am 24. 7. 1919, abgedr. in: Mitt. Langnamverein, Jg. 1919 Heft 1, S. 48; die Rede Vöglers auf dem 2. Parteitag der DVP am 19. 10. 1919, abgedr. in: NLC Nr. 222 v. 19. 10. 1919; zu entsprechenden praktischen Ansätzen bei Krupp s. Julius Barth, Die Wirtschaftsfriedlichen im Rahmen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Diss. iur. Tübingen 1923 (Masch.), S. 229 f.; s. ferner A. Heinrichsbauer, Die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, in: Arbeiterbewegung Nr. 23 v. 13. 12. 1918, S. 177 ff. und Nr. 24 v. 31. 12. 1918, S. 189 ff.; J. C. Jensen, Entspricht die Sozialisierungstheorie dem Interesse der Arbeiter? in: DW Nr. 20 v. 18. 5. 1919, S. 161 ff.; s. auch ebda. Nr. 34 v. 24. 8. 1919, S. 276 f.; Andreas Voigt, Das wirtschaftsfriedliche Manifest, Stuttgart 1921; Vortrag Marx', des Vorsitzenden des Bürgerrates von Groß-Berlin, in Leipzig am 19. 6. 1919; abgedr. in: Nachrichtenblatt, hrsg. vom Reichsbürgerrat, Landesverband Sachsen, 1. Jg. Nr. 2 (28. 6. 1919); zu analogen Gedanken unter den Großgrundbesitzern, insbes. im Pommerschen Landbund, s. Eickstädt S. 44; s. auch die undatierte Denkschrift über Kleinaktien (1919) und die vom RDI für die RDI-Präsidialsitzung am 10. 11. 1920 angefertigte Zusammenstellung über die Frage der Kleinaktien vom 5. 11. 1920; Siemensarchiv, 4/Lf 665; Josef Winschuh, Praktische Werkspolitik, Leipzig 1921; ders., Grenzen der Sozialpolitik, Leipzig 1929; Gerhard Albrecht, Vom Klassenkampf zum sozialen Frieden, Berlin 1925; Waldemar Mitscherlich, Moderne Arbeiterpolitik, Leipzig 1927; vgl. dazu Preller S. 219 ff.; Berndt-Jürgen Wendt, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft in der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/1969, S. 42 f.
- <sup>10</sup> Aktenvermerk über die Sitzung der Nordwestlichen Gruppe des VdESI vom 19. 12. 1918; BA, R 13 I/283, Bl. 171 f.
- <sup>11</sup> s. Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei, S. 393 ff.
- <sup>12</sup> Rundschreiben der VDA v. 18. 11. 1918; HA/GHH, 30019324/2
- <sup>13</sup> Reichert in seinem Vortrag vor den Geschäftsführern von Wirtschaftsverbänden am 27. 11. 1918 in Berlin; BA, R 13 I/283, Bl. 79 f.
- <sup>14</sup> ebda. – Als Sammelbecken aller antikommunistischen Kräfte, von den Konservativen und Schwerindustriellen über das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften bis zur rechten Sozialdemokratie, entstand Anfang Dezember 1918 die »Antibolschewistische Liga«. Mit finanzieller Unterstützung aus Industriekreisen gab sie fortan in Massenflugschriften, Flugblättern und Plakaten, durch Weitergabe einschlägiger Nachrichten über die Sowjetunion und die deutschen Kommunisten an die gesamte deutsche Presse, bald auch eine eigene Tageszeitung, den Bolschewismus als das Ende aller abendländischen Kultur aus, warnte die Arbeiter vor Eingriffen in das Wirtschaftsleben und vor überhöhten Lohnforderungen und hielt sie zu Ruhe und Ordnung an mit dem Ziel, einem »nationalen deutschen Sozialismus« den Weg zu ebnen. Außerdem baute sie einen eigenen Nachrichten- und Spionagedienst auf, der Verbindung zur politischen Polizei, zum Kriegsministerium und zu den Freikorps hielt, die Bespitzelung der KPD organisierte und an der Vorbereitung der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1919 beteiligt war; s. den Beitrag über die Antibolschewistische Liga in: Bürgerl. Parteien, I, S. 30 ff.; dort weitere Literaturhinweise
- <sup>15</sup> s. Leopold, Hugenberg, S. 11 ff.
- <sup>16</sup> s. oben S. 618 Die VDA verlangte Mitte Dezember 1918 die »sofortige Einberufung der Nationalversammlung, damit das ganze Volk an der Gestaltung eines geordneten Staats- und Rechtslebens schaffen« könne; Tänzler appellierte bei dieser Gelegenheit

- erneut an alle Industrie- und Arbeitgeberverbände, »zunächst dafür einzutreten, daß diese Nationalversammlung gewählt wird und daß sie so rasch wie möglich zusammentritt«; Bericht über die außerordentl. Mitgliederversammlung der VDA am 18. 12. 1918 in Berlin, in: Mitt. der VDA Nr. 1 v. 2. 1. 1919, S. 2. Zur industriellen Forderung nach unverzüglicher Einberufung der Nationalversammlung s. ferner DAZ Nr. 47 v. 24. 11. 1918; NLC Nr. 217 v. 12. 11. 1918; SI Nr. 4 v. 30. 11. 1918, S. 64; Kundgebung des Bayer. Industriellen-Verbandes, abgedr. DAZ Nr. 49 v. 8. 12. 1918; Eingabe der HK Düsseldorf an die preuß. Staatsreg. v. 12. 12. 1918, abgedr. in: Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 49/50 v. 14. 12. 1918. S. 698f. – Zur gleichen Forderung von agrarischer Seite s. die Entschließung des weiteren Vorstandes der Konservativen Partei vom 3. 12. 1918, abgedr. Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 49 v. 7. 12. 1918, Sp. 458; Korrespondenz des BdL Nr. 48 v. 21. 11. 1918, S. 117. Zur Agitation des Zentrums für die Einberufung der Nationalversammlung s. Morsey S. 90ff.
- <sup>17</sup> Reusch an Böninger, 22. 11. 1918; HA/GHH, 300193000/10
- <sup>18</sup> Gallwitz S. 488; s. auch Marßolek a. a. O. S. 260f.; vgl. im übrigen Karl-Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 28ff.
- <sup>19</sup> zit. nach Könnemann S. 46
- <sup>20</sup> s. die Mitteilungen Geisenheimers in der VdESI-Hauptvorstandssitzung vom 16. 5. 1919; BA, R 13 I/156, Bl. 134; Hesterberg S. 98; Hoefer S. 24; Kluge S. 317ff.
- <sup>21</sup> s. Könnemann S. 107
- <sup>22</sup> s. oben S. 740
- <sup>23</sup> s. Könnemann S. 102
- <sup>24</sup> Hans Luther, Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen. Erinnerungen des Oberbürgermeisters, Essen 1958, S. 30. Nach dem ersten Generalstreik der Ruhrbergarbeiter vom Februar 1919 regte Aug. Thyssen überdies die Zusammenfassung der antispartakistischen Sicherheits-, Polizei- und Bürgerwehren und ähnlicher Formationen der einzelnen Kommunen zu einer gemeinsamen Wehr mit industrieller Unterstützung an (s. Reusch an den Duisburger Oberbürgermeister Jarres, 19. 3. 1919; HA/GHH, 300193008/6). Wegen Bedenken innerhalb der Industriekreise selbst wurde dieser Gedanke jedoch nicht weiterverfolgt (s. ebda.).
- <sup>25</sup> Vorsitzender der Kommission war der Vorsitzende des VdESI, der Aufsichtsratsvorsitzende der Ilseder Hütte und nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Meyer; außerdem gehörten ihr u. a. an Max Roetger, der Vorsitzende des CDI, dessen Geschäftsführer Schweighoffer, Wilhelm Beumer, der Generalsekretär des Langnamvereins Düsseldorf, Hilger, Vorster, Carl Otto Schrey, Generaldirektor der Waggonfabrik Danzig und Vorsitzender der Norddeutschen Wagenbauvereinigung, außerdem der Geschäftsführer des Zechenverbandes, Loewenstein, der Syndikus der Süddeutschen Gruppe des VdESI und des MFV, Meesmann, und der Syndikus des BIV, Kuhlo.
- <sup>26</sup> Rundschreiben der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds vom 28. 11. 1918; HA/GHH, 300106/117
- <sup>27</sup> Bericht über die außerordentliche Mitgliederversammlung der VDA am 18. 12. 1918 in Berlin, in: Mitt. der VDA Nr. 1 v. 2. 1. 1919, S. 4f.
- <sup>28</sup> Stresemann an den Bremer Senator F. C. Biermann, 27. 12. 1918; PAAA, NI. Stresemann Nr. 182
- <sup>29</sup> s. Luckemeyer Bd. I, S. 264
- <sup>30</sup> Reusch an Philipp Wieland, 17. 12. 1918; HA/GHH, 30019390/29
- <sup>31</sup> Duisberg an Oberst Bauer, 28. 12. 1918; BA, NI. Bauer Nr. 73 Bl. 21

- <sup>32</sup> Verein deutscher Eisenhüttenleute an Reichert und Fischbach, 12. 12. 1918; BA, R 13 1/283, Bl. 186. Die Hauptvermittlungsstelle Vaterländischer Verbände, eine Dachorganisation zahlreicher Propaganda- und Agitationsvereine der Rechten, forderte Ende November 1918 DNVP, DVP und Zentrum auf, »unter Zurückstellung aller früheren Gegensätze eine gemeinsame Plattform zu schaffen und der Stellung von Kandidaten, die auf deren Boden stehen, ungesäumt näherzutreten« (Schreiben der Hauptvermittlungsstelle Vaterländischer Verbände v. 28. 11. 1918; HA/GHH, 30019 324/1). Die NLC forderte Anfang Januar 1919, »die Abstimmung so zu gestalten, daß die Einheit des gesamten Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie klar zum Ausdruck kommt«; deshalb müßten sich die bürgerlichen Parteien durch Listenverbindungen »vollkommen und restlos« verbünden. Dies würde für die DDP »der Prüfstein sein, ob sie sich als Partei der gemeinsamen bürgerlichen Sache verpflichtet fühlt oder ob ihr das parteitaktische Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nähersteht« (NLC Nr. 3 v. 4. 1. 1919). Die Konservativen forderten schon am 23. 11. 1918 eine »parlamentarische Einheitsfront« aller bürgerlichen Parteien »gegen den schrankenlosen Sozialismus . . . , die dann auch in der Folge so zuverlässig sein müßte, daß das nichtsozialistisch denkende oder mitlaufende Volk zum mindesten vor weiteren willkürlichen gesetzgeberischen und Verordnungstaten bewahrt werden könnte«. Mitt. aus der Konservativen Partei, Nr. 47 v. 23. 11. 1918, Sp. 447; vgl. auch den Aufruf des engeren Vorstandes des BdL, abgedr. Korrespondenz des BdL Nr. 52 v. 19. 12. 1918, S. 129
- <sup>33</sup> Duisberg an Bauer, 28. 12. 1918; a. a. o.
- <sup>34</sup> NLC Nr. 8 v. 13. 1. 1919
- <sup>35</sup> DW Nr. 2 v. 12. 1. 1919, S. 9f.
- <sup>36</sup> ebda. Nr. 3 v. 19. 1. 1919, S. 20
- <sup>37</sup> Duisberg an Bauer, 28. 12. 1918; a. a. O.; einem Bericht der New York Times zufolge setzte sich Duisberg Ende Dezember 1918 für eine Weile in die Schweiz ab; s. Borkin S. 28
- <sup>38</sup> Wieland an Reusch, 30. 1. 1919; HA/GHH, 30019 390/29
- <sup>39</sup> ebda.
- <sup>40</sup> U. a. der Mannesmann-Direktor Nikolaus Eich, der Syndikus der HK Düsseldorf, Otto Brandt, und C. F. v. Siemens; s. ebda.
- <sup>41</sup> s. John L. Snell, *Socialist Unions and Socialist Patriotism in Germany 1914–1918*, in: *Am. Hist. Rev.* 59 (1953/54), S. 75; Varain S. 131; vgl. auch Miller, *Bürde*, S. 316f., und Potthoff S. 395ff.
- <sup>42</sup> s. oben S. 427ff. und 438ff.
- <sup>43</sup> s. Bürgerl. Parteien, I, S. 296ff.; im übrigen unten S. 799
- <sup>44</sup> s. Bürgerl. Parteien, I, S. 422ff.
- <sup>45</sup> s. Morsey S. 154f.
- <sup>46</sup> Außer Ickler und Gustav Hartmann Fritz Hausberg, Vorstandsmitglied des Butib, Agnes Hermann, die Vorsitzende des Verbandes weiblicher Angestellten, Max Madsen, der Vorsitzende der Berliner Sektion des Bundes deutscher Militäranwärter, der Vorsitzende des Verbandes preußischer Justizsekretäre, Raschke, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, Ruf, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schutzleute, Schrader, sowie Ernst Remmers, der Generalsekretär des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten und des soeben gegründeten Deutschen Beamtenbundes; s. die Mitgliederliste in: Mitt. für die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, Jg. 1918, S. 214f.; zum Verhältnis von DDP und H.-D. Gewerkvereinen s. auch Luckemeyer Bd. 1, S. 150ff.
- <sup>47</sup> Gustav Hartmann für den Wahlkreis 3 (Berlin), Anton Erkelenz, seit 1907 Funktio-

när in der Berliner Zentrale der H.-D. Gewerkvereine und Ausschußmitglied des Deutschen Arbeiterkongresses, für den Wahlkreis Düsseldorf 1, Wilh. Gleichauf, der Vorsitzende des H.-D. Gewerkvereins der Metallarbeiter, für den Wahlkreis Westpreußen, und Paul Ziegler, der Siegener Bezirksleiter desselben Verbandes, für den Wahlkreis Arnberg, außerdem der saarländische Funktionär des CMV, Otto Pick, für den Wahlkreis Koblenz-Trier-Birkenfeld, sowie als Beamtenvertreter Remmers für den Wahlkreis Potsdam, der Postsekretär Carl Delius, der Vorsitzende des Halleschen Beamtenausschusses, für den Wahlkreis Merseburg und Gustav Schneider, seit 1912 Direktor im Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, für den 2. sächsischen Wahlkreis. Hartmann wurde neben dem Hamburger Senator Petersen stellv. Fraktionsvorsitzender; s. Demokratische Parteikorrespondenz Nr. 226 v. 8. 10. 1919

<sup>48</sup> s. oben S. 348 ff.

<sup>49</sup> Stresemann an Baltrusch, 13. 12. 1918; PAAA, Nl. Stresemann Nr. 183

<sup>50</sup> Gutsche an Stresemann, 14. 12. 1918; ebda.; auch zum folgenden

<sup>51</sup> ebda.

<sup>52</sup> Eugen Clauß, Verwaltungsmitglied des DHV, und der Eisenbahn-Unterasistent Ebersbach, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnarbeiter und Staatsarbeiter.

<sup>53</sup> Schreiben einer Reihe von DNVP-Mitgliedern, darunter Pfarrer Dibelius, Anna v. Gierke, Ulrich v. Hassell, Otto Hoetzsch, an den Parteivorstand, abgedr. SPC Nr. 2 v. 1. 2. 1919, S. 50

<sup>54</sup> s. den Bericht über die 1. Sitzung des Parteivorstandes der DNVP am 19. 12. 1918; BA, Nl. Traub Nr. 50; s. auch Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 8), S. 16 ff.; Annelise Thimme, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969, S. 12 ff. und 26 ff.

<sup>55</sup> Im Wahlkreis Mecklenburg kandidierte an 2. Stelle der evangelische Arbeitersekretär Ruffer, im Wahlkreis Hannover-Hildesheim-Lüneburg-Braunschweig an 2. Stelle der Bergedorfer DHV-Geschäftsführer Eugen Clauß und an 5. Stelle der Hannoveraner Gewerkschaftssekretär Adolf Schaar (s. Korrespondenz der DNVP, Nr. 3 v. 4. 1. 1919), im Wahlkreis Sachsen I an 8. Stelle der Dresdener Eisenbahnsekretär Lubeck (s. ebda. Nr. 7 v. 9. 1. 1919), im Wahlkreis Breslau an 2. Stelle der Eisenbahn-Rechnungsrevisor Deglerk, an 4. Stelle ein Oberpostschaffner und an 10. Stelle ein Eisenbahnzimmerer, im 1. Düsseldorfer Wahlkreis an 1. Stelle der Sekretär der evangelischen Arbeitervereine Wilh. Koch, an 9. Stelle ein Postsekretär, an 11. eine Telegrafengehilfin und an 12. ein Schlosser (s. ebda. Nr. 9 v. 11. 1. 1919), im Wahlkreis Arnberg an 1. Stelle der Bergmann August Winnefeld, an 6. ein Telegrafensekretär, an 7. ein Rottenführer, an 10. ein Graveur, an 11. ein Handlungsgehilfe und an 14. ein Dreher (s. ebda. Nr. 10 v. 13. 1. 1919), im Wahlkreis Köln an 10. Stelle ein Arbeiter (s. ebda. Nr. 11 v. 14. 1. 1919).

<sup>56</sup> Bericht über die 1. Sitzung des Parteivorstandes der DNVP am 19. 12. 1918; a. a. O.

<sup>57</sup> s. Flemming S. 185; Schumacher S. 475 ff.

<sup>58</sup> Nachrichten des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 1 v. 1. 6. 1920, S. 4

<sup>59</sup> s. die Angaben in den zwischen dem 1. und 20. 1. 1919 erschienenen Nummern der NLC; zu den Anfängen der DVP s. außerdem Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1962; s. auch Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Ana-



- lyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, S. 72 ff. und 106 ff.
- <sup>60</sup> Zit. nach dem Abdruck des Wahlaufufes und der Richtlinien für die politische Arbeit der DNVP in: SPC Nr. 1 v. 18. 1. 1919, S. 10 ff.; vgl. auch die erste Fassung der Richtlinien, abgedr. in: Mitt. aus der Konservativen Partei Nr. 48 v. 30. 11. 1918, Sp. 449 ff.
- <sup>61</sup> Zit. nach dem Abdruck des Wahlaufufes der DVP in SPC Nr. 1 v. 18. 1. 1919, S. 9 f.
- <sup>62</sup> Behrens für den Wahlkreis Ostpreußen, Margarete Behm für den Wahlkreis Pommern, Deglerk für den Wahlkreis Breslau, Friedrich Knollmann, Arbeitersekretär der evangelischen Arbeitervereine im Reg.bez. Posen, für den Wahlkreis Posen, Wilh. Koch, der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Staatsarbeiter (bis 1. 12. 1918: Zentralverband deutscher Militärhandwerker) und Ausschußmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für den Wahlkreis Düsseldorf 1 und Wallbaum für den Wahlkreis Münster-Minden-Schauenburg-Lippe. Zum Wahlverhalten der Landarbeiter nach 1919 s. Schumacher S. 239 ff.
- <sup>63</sup> Delbrück an Hergt, 22. 8. 1919; BA, Nl. S. v. Kardorff, Nr. 10, Bl. 50 ff.
- <sup>64</sup> H. Dunkel, Kann ein Arbeiter der Deutschnationalen Volkspartei angehören? in: Mitt. des Deutschnationalen Volksvereins Berlin-Nordwest Nr. 11 (Nov. 1919)
- <sup>65</sup> Hertzberg-Lottin an Westarp, 25. 9. 1919; DZA Potsdam, Nl. Westarp Nr. 35
- <sup>66</sup> Westarp an Bieberstein, 3. 11. 1919; ebda.; s. auch Flemming S. 185, Anm. 85
- <sup>67</sup> s. das Prot. der DNVP-Hauptvorstandssitzung vom 9. 4. 1919; DZA Potsdam, Nl. Westarp Nr. 125, Bl. 81 ff., sowie Bürgerl. Parteien I, S. 729 f., und Schumacher S. 487 ff.
- <sup>68</sup> Max Taube, Ursachen und Verlauf des Putsches vom 13. März 1920 und seine Lehren für Arbeiterschaft und Bürgertum, Berlin 1920, S. 4
- <sup>69</sup> Hergt an den Vorsitzenden des Schlesischen Landbundes, 24. 10. 1921; zit. in: Bürgerl. Parteien, I, S. 731
- <sup>70</sup> zit. ebda. S. 732
- <sup>71</sup> s. ebda. S. 743. Viele von ihnen schlossen sich dem Christlich-Sozialen Volksdienst an; s. ebda. S. 259 ff.
- <sup>72</sup> s. den Beitrag Thissens über die Berücksichtigung von Arbeitnehmern in den Wahlvorschlägen der Bürgerlichen Parteien, in: Nachrichten des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 1 v. 1. 6. 1920, S. 3 f.
- <sup>73</sup> In Essen kandidierte hinter dem Rechtsanwalt Kempkes, einem eingefleischten Gegner der Sozialdemokratie und eifrigen Förderer der Gelben, ebenfalls ein Funktionär des Arbeiterbundes. Als einziger Führer der christl. Gewerkschaften erschien Georg Streiter, der Berliner Sekretär der christl. Gewerkschaften, auf der Reichsliste, freilich auf einem Platz, der ihn bestenfalls unter die ersten Ersatzmänner für ausscheidende Abgeordnete brachte; außerdem der noch immer weithin unbekannte Winnefeld; s. ebda.
- <sup>74</sup> s. Arthur Saternus, Die Schwerindustrie in und nach dem Kriege, Berlin 1920, S. 27
- <sup>75</sup> Thissen in: Nachrichten des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nr. 2 v. 30. 6. 1920, S. 16; zum Verhältnis von DVP und Wirtschaftsfriedlichen s. auch Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der DVP, Meisenheim 1970, S. 234 ff.
- <sup>76</sup> Aufzeichnung Stresemanns v. 3. 11. 1920; PAAA, Nl. Stresemann Nr. 141. Tatsächlich vertrat Stinnes anlässlich der preußischen Landtagswahlen 1921 den Standpunkt, »daß man unbedingt von Partei wegen sich vorbehalten müsse, aus Anlaß der Zuwendung von Wahlgeldern die Kandidatenlisten zu prüfen«, und bezeichnete es als »unerlässlich, daß ein Gremium von wenigen Personen die Fraktionspolitik im Reichstag und Landtag bestimmt« (Stinnes an S. v. Kardorff, 27. 12. 1920; BA, Nl.

- S. v. Kardorff Nr. 13, Bl. 125 f.). An andere Kreise als die Schwerindustrie wird er hierbei kaum gedacht haben. Zum Einfluß der Schwerindustrie in der DVP s. Döhn S. 111 ff.; zur Stellung der Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins in der Partei s. ebda. S. 132 ff., zur Einstellung der DVP zu den Gewerkschaften nach 1924 s. ebda. S. 164 ff.
- 77 Tagebuchaufzeichnung Harry Graf Kesslers vom 10. 11. 1922; Kessler, Tagebücher, S. 345
- 78 s. Marie Baum, Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950, S. 219
- 79 Oscar Meyer, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, 2. Aufl. Offenbach 1948, S. 91; zur Anfangsphase der DDP s. auch Ernst Portner, Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Linkliberalismus, in: VfZ 13 (1965), S. 150 ff.; s. auch Schustereit S. 41
- 80 Luppe in seiner unveröffentlichten Autobiographie »Mein Leben war Kampf für Demokratie und Reichseinheit«, Bd. 2; BA, Nl. Luppe Nr. 9, Bl. 103. Er sprach mit Sinzheimer, Vershofen u. a. mehrfach über den Plan, der aber schließlich fallengelassen wurde, weil »ein Erfolg versprechender Weg ... aus Mangel an Mitteln wie an Presse nicht zu finden war.« Ebda.
- 81 s. die Aufstellung in Demokratische Parteikorrespondenz Nr. 105 v. 20. 5. 1920; s. dazu Albertin S. 152 f.
- 82 Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers vom 7. 6. 1920; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 27, Bl. 117; s. dazu Albertin S. 153 ff.
- 83 Tagebuch-Aufzeichnung Koch-Wesers vom 16. 6. 1920; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 27 Bl. 131
- 84 Philipp Wieland an den württembergischen DDP-Vorsitzenden Peter Bruckmann, 7. 3. 1924; BA, Nl. Payer Nr. 14, Bl. 177
- 85 s. Bürgerl. Parteien, I, S. 315; Albertin S. 392 ff.
- 86 s. Demokratische Parteikorrespondenz Nr. 142 v. 3. 7. 1920
- 87 Wieland an Bruckmann, 7. 3. 1924; a. a. O.; s. auch Demokratische Parteikorrespondenz Nr. 233, sowie die Richtlinien des Ausschusses, abgedr. im Protokoll der Gründungsversammlung, S. 9 f.
- 88 ebda. S. 56
- 89 ebda. S. 31 und 43
- 90 Im September 1921 sprach er sich gegen die vom Reichsarbeitnehmerausschuß der DDP erarbeiteten Leitsätze für ein »demokratisches« Wirtschaftsprogramm aus, die u. a. gewisse Sozialisierungsmaßnahmen vorsahen, und brachte sie im Parteivorstand zum Scheitern; s. Bürgerl. Parteien, I, S. 311
- 91 s. den Brief des Redakteurs der Frankfurter Zeitung, W. Cohnstaedt, an Payer vom 23. 11. 1921; BA, Nl. Payer Nr. 14, Bl. 105 ff.; zur »Mediatisierung« der DDP durch den Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe s. Albertin S. 191 ff.
- 92 Paul Nathan an Georg Gothein, 10. 11. 1921; BA, Nl. Gothein Nr. 27, Bl. 16f.
- 93 Koch-Weser an Irmgard v. Blanquet, seine spätere zweite Frau, 6. 6. 1924; BA, Nl. Koch-Weser Nr. 27, Bl. 16f.
- 94 s. Kurt Wiedenfeld, Zwischen Wirtschaft und Staat. Aus den Lebenserinnerungen, Berlin 1960, S. 191 f., sowie das Schreiben Moellendorffs an Schweighoffer v. 30. 1. 1919; BA, Nl. Moellendorff Nr. 86. – Manche Industriellen zeigten sich für Müllers Vermittlungsdienste im Sommer 1919 dadurch erkenntlich, daß sie erwogen, ihm den Vorsitz des RDI anzutragen. Denn »der Sozialismus des Herrn Doktor Müller ist wirklich nicht gefährlich, und wenn keine schlimmeren Sozialisten in der Regierung sitzen würden als er, so würden wir alle sehr zufrieden sein dürfen« (Guggenheimer an Rieppel, 6. 6. 1919; MAN-Werksarchiv, Nl. Guggenheimer, RDI). Guggenheimer

genheimer stimmte mit Rieppel und anderen Industrieführern darin überein, daß das Mißtrauen der Arbeiter gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung im allgemeinen und gegen den wichtigsten Interessenverband der Industrie im besonderen »durch nichts besser beseitigt würde als durch die Wahl eines Mannes, den sie selbst bisher als den ihren und als einen ihrer Führer eingeschätzt haben und den vernünftige Kreise heute mehr als je wieder als den berufenen Führer betrachten« (Guggenheimer an Rieppel, 25. 6. 1919; ebda.).

- 95 s. den Beitrag über den RDI in: Bürgerl. Parteien, II, S. 580ff.; Ullmann S. 233; ferner den Vortrag Simons' über den Aufbau des RDI vor der 16. ord. Hauptversammlung des VSI am 5. 5. 1920, abgedr. SI Nr. 38 v. 19. 6. 1920, S. 520ff.
- 96 Rundschreiben von Arbeitnordwest v. 15. 7. 1919; HA/GHH, 300141/3; s. auch Neumann, Gewerkschaften im Ruhrgebiet, S. 179.
- 97 s. zum folgenden das Memorandum Vöglers vom 12. 7. 1919; HA/GHH, 3000030/17, und das Protokoll der Sitzung des Stahlwerksverbandes vom 16. 7. 1919 in Düsseldorf; HA/GHH, 3000030/12; jetzt abgedr. bei Feldman/Homburg S. 219ff.; vgl. zu diesen Diskussionen auch ebda. S. 80ff.
- 98 s. Arthur Klotzbach, Der Roheisenverband. Ein geschichtlicher Rückblick auf die Zusammenschlußbestrebungen in der deutschen Hochofenindustrie, Düsseldorf 1926, S. 232 ff.; zur Wirksamkeit des Reichskohlenrates s. die Skizze in dem Gutachten v. Oertzen über die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und der Mitbestimmung in der Revolution von 1918, abgedr. in: Oertzen, Betriebsräte, 2. Aufl. Berlin/Bonn 1976, Anhang S. 67ff.
- 99 s. Feldman/Homburg S. 74
- 100 s. hierzu im Überblick Liefmann S. 126 ff.; Feldman/Homburg S. 84; zur Gründung des Eisenwirtschaftsbundes ebda. S. 91 ff. und die Dokumente ebda. S. 247ff.
- 101 s. Liefmann S. 275 ff.
- 102 s. Feldman/Homburg S. 105 ff. und die Dokumente ebda. S. 281 ff.
- 103 Bericht über die außerordentliche Mitgliederversammlung der VDA am 18. 12. 1918 in Berlin, in: Mitt. der VDA Nr. 1 v. 2. 1. 1919, S. 5
- 104 ebda. S. 7
- 105 s. z. B. die Bemerkung des Geschäftsführers des VSI über entsprechende Vorwürfe aus Mitgliederkreisen in seinem Geschäftsbericht vor der 15. ord. Hauptversammlung des VSI am 12. 5. 1919; in: Veröff. des VSI, Heft XXIX, Dresden 1919, S. 19; s. auch die Bemerkung Kriegers in der Gesamtsitzung der HK Düsseldorf v. 23. 1. 1919, »daß die Arbeitsgemeinschaft eine Berliner Gründung sei, welche bereits in der rheinisch-westfälischen Industrie heftigen Widerspruch entfacht habe, da man eine zentrale Regelung der Arbeiterverhältnisse von Berlin aus, die den rheinisch-westfälischen Verhältnissen oft nicht gerecht werde, nicht zulassen dürfe«; zit. nach dem Bericht in: Wochenschrift der HK Düsseldorf, Nr. 6/7 v. 27. 2. 1919, S. 56; vgl. auch Richter S. 263 f.
- 106 Eingabe der HK Düsseldorf an das preuß. Handelsministerium, 7. 12. 1918; abgedr. in: Wochenschrift der HK Düsseldorf Nr. 49/50 v. 14. 12. 1918, S. 697 f.
- 107 Meesmann in der Hauptversammlung des MFV und der Süddt. Gruppe des VdESI am 1. 4. 1919 in Frankfurt, in: Mitt. f. d. MFV, Jg. 1919, S. 6275
- 108 s. Bürgerl. Parteien, II, S. 846
- 109 Am 1. 10. 1919 bestanden Facharbeitsgemeinschaften erst für den Bergbau, die Eisen- und Metallindustrie, die Holzindustrie, das Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden, Glas- und keramische Industrie, Industrie der Öle und Fette, Papierindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Textilindustrie, Lederindustrie, Bekleidungsindustrie und das Transportgewerbe; s. die Aufstellung ebda.

- <sup>110</sup> s. Opel S. 103 ff.
- <sup>111</sup> Eine detaillierte Darstellung der Funktionen der Einzelarbeitsgemeinschaften zwischen 1919 und 1924 werde ich in einer Untersuchung über Theorie und Praxis des Betriebsrätegesetzes und Ansätze industrieller Mitbestimmung in der Weimarer Republik vorlegen.
- <sup>112</sup> Am 19. 12. 1918 z. B. befaßte er sich nahezu ausschließlich mit Fragen der Organisation der Arbeitsgemeinschaft, am 3. 1. 1919 debattierte er darüber, welche Angestelltenverbände in der Arbeitsgemeinschaft mitarbeiten sollten. Am 27. 1. 1919 verzichtete er ausdrücklich auf eine Stellungnahme zum oberschlesischen Streik. Am 3. 4. 1919, als im Ruhrgebiet die größte Streikwelle der Revolutionsmonate losbrach, beschäftigte er sich mit der Frage, ob auch für Bauarbeiter, die auf industriellen Werken beschäftigt waren, der Tarifvertrag für Bauarbeiter gültig sei, und im Frühjahr und Sommer 1919 debattierte er hauptsächlich über die Entwürfe Wissells und Moellendorffs zur Neuorganisation der Wirtschaft; s. die Protokolle der Sitzungen des vorl. Zentralausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft, Siemensarchiv, 4/Lk 134–135
- <sup>113</sup> Mitt. Borsigs in der VdESI-Hauptvorstandssitzung am 22. 6. 1920; BA, R 13 I/158, Bl. 228
- <sup>114</sup> s. Tänzler, Arbeitgeberverbände, S. 165
- <sup>115</sup> s. die Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Zentralausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, o. O., o. J. (Berlin 1920); vgl. auch Richter S. 258 ff.
- <sup>116</sup> Hilger in der VdESI-Hauptvorstandssitzung am 22. 6. 1920; a. a. O. Bl. 171
- <sup>117</sup> s. Bürgerl. Parteien, II, S. 848
- <sup>118</sup> Hilger in der Hauptvorstandssitzung des VdESI am 22. 6. 1920; a. a. O. Bl. 171
- <sup>119</sup> Hilger ebda.
- <sup>120</sup> Borsig ebda. Bl. 228 f.
- <sup>121</sup> s. Potthoff S. 183
- <sup>122</sup> s. Bernd Weisbrod, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978, S. 299 ff., mit weiterführenden Literaturhinweisen
- <sup>123</sup> s. Bürgerl. Parteien II, S. 848; Tänzler S. 176 ff.; zur Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft in der Landwirtschaft nach dem Ende der Revolutionswochen s. Fleming S. 258 ff.; Schumacher S. 116 ff.

### *19. Kapitel*

- <sup>1</sup> s. Statist. Beilage des Corr. bl., Jg., 1919, S. 46
- <sup>2</sup> s. Statist. Beilage des Corr. bl., Jg. 1920, S. 75
- <sup>3</sup> Nachdem bereits 1917 der Chorsänger- und Ballettverband der Generalkommission beigetreten war, vollzogen im April 1919 der Polierbund und der Zentralverband der Schornsteinfegergesellen den gleichen Schritt. Ihnen folgte 1920 der Verband deutscher Privatgärtner, 1921 der Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner. Dem Transportarbeiterverband schloß sich im Januar 1919 der Verein der Pantryleute des Norddeutschen Lloyd an, im Februar der Stewardsverein Bremen und der Verband der Handelshilfsarbeiter Breslau, im Oktober der Deutsche Portierverband und der Deutsche Kraftwagenführerverband, im Januar 1920 der Deutsche Stewardverband Hamburg, im April 1920 die Geschäftsdieners- und Packervereinigung Berlin, im September der Verband der Binnenschiffer, im Januar 1921 schließlich der Verband

der Post- und Telegraphenbediensteten. Dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schlossen sich bereits 1918 der Verein städtischer Gärtner zu Berlin und der Verein technischer Lohnangestellten Berlins an; ihnen folgte 1919 der Verein der Laternenwächter Berlins, 1920 der Verband des Sanitätspersonals und 1921 der Groß-Berliner Hebammen-Bund. Dem DEV schloß sich im Juni 1920 der Verband des deutschen Verkehrspersonals an, der die süddeutschen Eisenbahner umfaßte und der freigewerkschaftlichen Eisenbahnorganisation 1917 ferngeblieben war; erst jetzt stellte der DEV also eine ganz Deutschland umfassende Eisenbahnergewerkschaft dar.

Mit dem kleinen Verband der Zivilmusiker tat sich 1919 der Deutsche Musikerverband zusammen, mit dem freigewerkschaftlichen Verband der Gastwirtsgehilfen 1921 der Verband der Köche und der Bund der Hotel-, Restaurants- und Caféangestellten; der Verband nannte sich seitdem Zentralverband deutscher Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten.

- 4 s. die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Georg Schmidt auf der Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes 1920 in Berlin, Niederschrift S. 45; s. auch Schumacher S. 329; zur regionalen Herkunft des Mitgliederzuwachses s. Flemming S. 163
- 5 s. DEV, Prot. GV 1919 und Tätigkeitsbericht des Vorstandes 1916–1919, S. 9, und DEV, Rechenschaftsbericht 1919–20, S. 66
- 6 s. Deutscher Transportarbeiterverband, 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit, Berlin 1922, Anhang, Tabelle 4
- 7 s. Verb. der Gemeinde- und Staatsarbeiter, JBer. 1919, S. 64 f.
- 8 s. Zentralverband der Angestellten, GBer. 1919–20, S. 175
- 9 s. oben S. 31
- 10 Die durchschnittliche Mitgliederzunahme des FAV betrug 1919 134,6%; im Bezirk Köln hingegen 236,6%, im Bezirk Düsseldorf 244,8%, im Bezirk Frankfurt 265,6%, im Bezirk Ludwigshafen 262,3% und im Bezirk Breslau 258,7%; s. FAV, Jb. 1919, S. 79
- 11 Textilarbeiterverband, Jb. 1919, S. 155
- 12 s. BAV, Jb. 1919, S. 98 ff.
- 13 s. ebda. S. 104 f.
- 14 s. Potthoff S. 42 ff.
- 15 HAV, Jb. 1919, S. 235
- 16 Schreiben des Vorsitzenden der Würzburger Zahlstelle des Dachdeckerverbandes an den Verbandsvorstand v. 16. 9. 1919; abgedr. in: Dachdeckerverband, GBer. 1918/19, S. 39
- 17 s. BAV, Jb. 1919, S. 103 f.
- 18 s. TAV, Bezirk Groß-Berlin, JBer. 1919, S. 44 und 83
- 19 s. BAV, Jb. 1919, S. 105; dass. 1920, S. 103 ff.; dass. 1921, S. 109; BAV, Bezirk Hamburg, JBer. 1924, S. 116
- 20 s. BAV, Jb. 1920, S. 98
- 21 So der Mannheimer Delegierte Kehl auf der GV des Malerverbandes 1919, Prot. S. 68
- 22 1922/23 machten sich z. B. 531 Mitglieder des Dachdeckerverbandes, »kapitalistischen Neigungen folgend«, selbständig und schieden aus dem Verband aus. Erfahrungsgemäß konnten zwar viele solcher Kleinmeister bei einem Konjunkturrückgang ihre Selbständigkeit nicht behaupten und waren gezwungen, sich wieder als abhängig Beschäftigte zu verdingen; zur Gewerkschaft aber fanden sie meist nicht zurück, stellten vielmehr potentielle »Überstundenschinder, Achtstudentagsbre-

- cher, Akkordarbeiter und bei Streiks freiwillige und unfreiwillige Meister-Helferhelfer dar«; so der Verbandsvorsitzende Thomas auf dem VT des Dachdeckerverbandes 1924, Prot. S. 91
- <sup>23</sup> s. BAV, Jb. 1919, S. 89
- <sup>24</sup> s. Statist. Beilage des Corr. bl., Jg. 1920, S. 75. Der Anteil der Frauen betrug 1919 im Verband der Film- und Kinoangehörigen 51,8 %, bei den Kürschnern 52,5 %, den Angestellten 54,7 %, den Chorsängern und Schneidern je 58,7 %, den Hutmachern 66,0 %, den Textilarbeitern 66,4 %, den Buchdruckereihilfsarbeitern 66,8 %, den Buchbindern 68,9 %, den Tabakarbeitern 74,5 % und den Hausangestellten 99,2 %; s. ebda.
- <sup>25</sup> Die Berliner Delegierte Lungwitz auf dem VT des FAV 1920, Prot. S. 152. – Zur Zunahme der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder s. Statistische Beilage des Corr. bl., Jg. 1920, S. 75f. und 97. Die Organisation der Jugendlichen wurde erst nach dem Abklingen der revolutionären und nachrevolutionären Unruhe systematisch in Angriff genommen; s. dazu Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, abgehalten am 19. und 20. August 1921 in Kassel, Berlin 1921; 2. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, abgehalten am 17. und 18. Juni 1922 in Leipzig, Berlin 1922; 3. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, abgehalten am 6. und 7. August 1925 in Hamburg, Berlin 1925; dort auch Angaben über die Zahlen jugendlicher Gewerkschaftsmitglieder.
- <sup>26</sup> Oertzen, Betriebsräte, S. 283
- <sup>27</sup> Ob die ehemaligen Mitglieder wirtschaftsfriedlicher Organisationen sich jetzt in den freien Gewerkschaften besonders radikal gebärdeten, wie ältere Gewerkschaftsfunktionäre – gewiß nicht ohne Selbstrechtfertigungsabsicht – behaupteten, läßt sich kaum überprüfen; s. zu derartigen Behauptungen u. a. FAV, Jb. 1918, S. 88; die Ausführungen des Kölner Delegierten Buchelt auf der GV des Malerverbandes 1919, Prot. S. 84, und die Mitt. des Prieser Delegierten Wolke auf dem VT des FAV 1920, Prot. S. 136
- <sup>28</sup> s. Oertzen, Betriebsräte, S. 285ff.
- <sup>29</sup> s. zu einem solchen Fall, der den Leiter der Leipziger Verwaltungsstelle des TAV betraf, die Ausführungen Schumanns auf dem VT des TAV 1919 in Stuttgart, Prot. S. 54ff.; s. im übrigen die laufende Berichterstattung des Corr. bl., Jgg. 1919 und 1920; sowie den Überblick in: Prot. Gew. kg. 1919, S. 209ff.; Potthoff S. 72ff.; zu den Vorgängen in Berlin, Bremen und Leipzig s. auch ebda. S. 85ff.; zu Bremen ferner Gätsch S. 24; zu den personellen Veränderungen in den Leipziger Gewerkschaftsorganisationen s. ferner: Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung 1919, S. 6ff.; zu den Vorgängen in der Hamburger DMV-Verwaltungsstelle Ullrich S. 716
- <sup>30</sup> s. die Mitt. des Berliner Delegierten Jacobsen auf dem VT des TAV 1919, Prot. S. 83. In der Berliner Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurden die alten Funktionäre im Januar 1919 per Akklamation wiedergewählt, nachdem sie mit sofortiger Kündigung gedroht hatten für den Fall, daß sie weiterhin »Angriffe persönlicher und sachlicher Art über sich ergehen lassen müßten, die das erträgliche oder übliche Maß weit überschreiten«; s. die Erklärung der Lokalangestellten v. 29. 1. 1919, abgedr. in: Verb. der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, Bericht 1918/19, S. 6
- <sup>31</sup> Für den Glasarbeiterverb. s. z B. die Ausführungen des Thüringer Gauleiters Dornheim auf der GV 1919 in Jena, Prot. S. 55
- <sup>32</sup> Die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft namentlich durch viele Berliner Gewerkschaftsmitglieder rührte nicht zuletzt auch daher, daß in der Reichshauptstadt mit

ihrem hohen Arbeitskräftebedarf und dem hohen Organisationsgrad ihrer Arbeiterschaft durchweg höhere Löhne durchsetzbar waren als im Reichsdurchschnitt. Seitdem mit der Arbeitsgemeinschaft in vielen Gewerben zentrale an die Stelle lokaler Lohnvereinbarungen getreten waren, mußten die Berliner Arbeiter sich oft mit niedrigeren Löhnen zufriedengeben, als sie auf eigene Faust hätten erreichen können; gleiches gilt für die Arbeiter anderer Industriezentren; s. hierzu u. a. die Ausführungen des Berliner Delegierten Beil auf der GV des Malerverbandes 1919, Prot. S. 49

<sup>33</sup> Buchbinderverband, Prot. VT 1919, S. 144

<sup>34</sup> Der Breslauer Delegierte Rosenberger auf der GV des Malerverbandes 1919, Prot. S. 46. Auf der GV des Glasarbeiterverbandes vom Juni 1919 hielt der Thüringer Gauleiter den Kritikern der Vorstandspolitik entgegen: »Wenn Ihr in Berlin oder Stralau Verbesserungen durchführt, so geht das so einfach in Thüringen nicht.« Hier, wo damals in der Glasherstellung noch immer die Heimarbeit vorherrschte und »Kind und Kegel arbeitet, wo noch ein sechsjähriges Kind einen Holzpflock in die Hand bekommt, auf einen Stuhl gesetzt wird und bis abends 10 Uhr arbeitet«, wo viele Arbeiter noch immer so gut wie nichts von den Gewerkschaften wußten und wo die Unternehmer Forderungen nach Lohnerhöhungen daher lediglich mit Gelächter quittierten, ging es zunächst einmal darum, die Arbeiter für die Organisation zu gewinnen und sodann ihre materielle Situation auf der Grundlage von Tarifvereinbarungen zu verbessern; s. die Äußerungen Dornheims auf der GV des Malerverbandes 1919, Prot. S. 93. Bei gleicher Gelegenheit hielt ein Radeberger Delegierter den Berliner Mitgliedern vor, sie würden in Radeberg mit ihrem »Radikalismus« die christlichen Arbeiter, »die wir doch auch gewinnen wollen, ... direkt vor den Kopf stoßen«; ebda. S. 72.

Vgl. auch folgende Äußerungen Breys auf dem Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes 1920, Prot. S. 98: »Es ist von Arbeitermassen gesprochen worden. Soweit unser Verband in Frage kommt, haben wir Teile dieser Massen, die wir beeinflussen können, in Berlin, in Leipzig, Ludwigshafen und einigen Dutzenden anderen Orten. Daneben gibt es auch Arbeiter in weniger großen, mittleren und kleinen Orten, die nicht in Riesenbetrieben sind. Die Betriebsstatistik beweist, daß die Mehrheit der Arbeiter nicht in Mammut-Betrieben, sondern in mittleren und kleinen Betrieben in rückständigen Gebieten arbeitet. Diese Arbeiter können nur gewonnen werden durch den Klassenkampf, wie ich ihn führe.«

<sup>35</sup> Zu den Austrittsbewegungen in den Verbänden der Berg- und Transportarbeiter s. oben S. 642 f., 684 und 729

<sup>36</sup> Der VT des HAV vom Juni 1919 billigte die Kriegspolitik des Vorstandes und die Arbeitsgemeinschaft als »geradlinige Fortsetzung unserer in langen Jahren und gewaltigen Lohnkämpfen bewährten Vertragspolitik« mit 97:56 Stimmen; s. HAV, Prot. VT 1919, S. 64. – Die GV des Malerverbandes lehnte eine Mißbilligung der Kriegspolitik des Vorstandsvorstandes und ein Bekenntnis zum Rätssystem mit 46:20 ab; s. Prot. S. 120. – Auf dem VT des TAV 1919 wurde eine Resolution des Vorstandes, die die Kriegs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik billigte, mit großer Mehrheit angenommen; s. TAV, Prot. VT 1919, S. 138. – Auf dem VT des FAV 1920 wurde der Berliner Resolutionsantrag mit 257:136 Stimmen abgelehnt; s. Prot. S. 101; ein Antrag auf Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft wurde mit 241:155 Stimmen verworfen; s. ebda. S. 179. – Selbst die GV des Bergarbeiterverbandes vom Juni 1919 lehnte einen Mißtrauensantrag gegen den Vorstand in namentlicher Abstimmung mit 164:79 Stimmen ab und nahm mit nur geringfügig niedrigerer Stimmenzahl eine Resolution an, die die Kriegs- und Revolutionspolitik des Vorstandes rechtfertigte; s. Bergarb. verb., Prot. GV 1919, S. 274; die Resolution ebda. S. 15 f.;

- vgl. auch die Berechnungen über die Stärke der Opposition in den Delegationen der Einzelgewerkschaften zum Gewerkschaftskongreß 1919 bei Potthoff S. 66ff.
- 37 s. z. B. Verb. der Maler, Prot. GV 1919, S. 237. Der Vorstand des HAV wurde 1919 bei 37 Enthaltungen von 154 Stimmberechtigten wiedergewählt; s. HAV, Prot. GV 1919, S. 234. Die DEV-Vorsitzenden Brunner und Scheffel wurden im Mai 1919 von rund 60% der Delegierten wiedergewählt; s. DEV, Prot. GV 1919, S. 306. Für die Wiederwahl des Vorstandes des Bildhauerverbandes stimmten 1919 rund 70% der Delegierten; s. Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Prot. GV 1919, S. 41. Der Vorstand des Dachdeckerverbandes wurde sogar einstimmig wiedergewählt; s. Zentralverb. der Dachdecker, Prot. VT 1919, S. 110. Selbst die Führer des Bergarbeiterverbandes wurden 1919 mit Mehrheiten zwischen 173 (Sachse) und 178 Stimmen (Wagner) bei 79 Enthaltungen in ihren Ämtern bestätigt; s. Bergarb. verb., Prot. GV 1919, S. 387. Der VT des FAV von 1920 wählte Brey mit 281 von 397 Stimmen als Verbandsvorsitzenden wieder und bestätigte auch die übrigen Vorstandsmitglieder mit unwesentlich höheren oder niedrigeren Stimmzahlen; s. FAV, Prot. VT 1920, S. 191; s. im übrigen die Berichte des Corr. bl., Jgg. 1919 und 1920, über die Wahlergebnisse der Verbandstage der Einzelgewerkschaften.
- 38 Daß die Führung des HAV 1920 von Leipart auf Tarnow übergang, lag daran, daß Leipart im August 1919 das württembergische Arbeitsministerium übernommen hatte und seitdem von seinem Gewerkschaftsposten beurlaubt war; Tarnow wurde mit rund 75% der Delegiertenstimmen gewählt; s. HAV, Prot. VT 1920, S. 87. Der Vorsitzende des Maschinistenverbandes, Scheffel, wechselte 1920 an die Spitze des DEV, nicht zuletzt weil er hier ein erheblich höheres Gehalt bezog als im finanzschwächeren Maschinistenverband; seine Wahl wurde von der Oppositionsfraktion im DEV mitgetragen; s. DEV, Prot. GV 1920, S. 269 und 278
- 39 Allerdings wurde der frühere 2. Vors. Reichel als Vorstandsmitglied wiedergewählt, und der alte Hauptkassierer blieb im Amt; s. Opel S. 97ff.; vgl. auch Potthoff S. 71f.
- 40 s. Potthoff S. 62ff.
- 41 Der Nürnberger Delegierte Wagner auf dem VT des Dachdeckerverbandes 1921 in Thale; Prot. S. 275; vgl. auch Varain S. 160f.
- 42 s. Prot. Gew. kg. 1919, S. 324f.
- 43 s. ebda. S. 56; s. auch Potthoff S. 349ff.
- 44 vgl. Potthoff S. 287ff.
- 45 Von rund 10000 Berliner Bauarbeiter z. B., die 1919 Angaben zu der von ihnen gelesenen Tageszeitung machten, lasen rund 47% das USPD-Organ, die »Freiheit«, 22% den »Vorwärts«, 4% das linksliberale »Berliner Tageblatt« und nur 0,3% das KPD-Organ »Rote Fahne«; s. BAV, Bezirk Berlin, GBer. 1919, S. 19
- 46 vgl. Potthoff S. 103ff.
- 47 s. vor allem Müllers Reden auf dem Gewerkschaftskongreß 1919, Prot. S. 434ff. und 484ff. und den von ihm eingebrachten Antrag ebda. S. 34ff.; vgl. auch Potthoff S. 346
- 48 s. die Ausführungen Dißmanns auf dem USPD-Parteitag vom März 1919, Prot. S. 192ff., und auf dem Gewerkschaftskongreß 1919, Prot. S. 386; vgl. auch Potthoff S. 80ff.
- 49 Prot. USPD-PT März 1919, S. 271; zum Verhältnis von USPD und Gewerkschaften s. auch Potthoff S. 342ff.
- 50 s. Gätsch S. 25
- 51 s. z. B. die Ausführungen Koenens auf der USPD-Reichskonferenz vom 9. 9. 1919; abgedr. SPC Nr. 15 v. 20. 9. 1919, S. 260; s. auch Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 144



- <sup>52</sup> s. ebda. S. 143 f. und 177; vgl. auch Morgan S. 346 f.
- <sup>53</sup> Die Hamburger Linksradikalen beschlossen im Januar 1919, die Gewerkschaften zwangsweise aufzulösen und die Gewerkschaftsgelder an die Arbeitslosen zu verteilen. Hier wie in Bremen besetzten sie das Gewerkschaftshaus und gründeten eine Reihe von Sonderorganisationen; s. Nestriepke, II, S. 226 f.; zu Bremen ferner Gätsch S. 23, und Kuckuk, Bremer Linksradikale, S. 132 ff.
- <sup>54</sup> s. Nestriepke, II, S. 225 f.
- <sup>55</sup> s. ebda. S. 226 ff.; Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, S. 62 ff.
- <sup>56</sup> s. zu den Absplitterungen im BAV BAV, Jb. 1919, S. 121, 123 f. und 126; zu entsprechenden Vorgängen im HAV HAV, Jb. 1919, S. 265, und Jb. der Kölner Gewerkschaften 1918/19, S. 76; zum TAV Fritz Berndt, Der Deutsche Transportarbeiterverband, Berlin 1922, S. 77; Dt. Verkehrsbund, Mitgliedschaft Binnenschiffer, GBer. 1921, S. 74; zum Maschinistenverband die Ausführungen des Kölner Delegierten Mathis auf der GV des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer 1919, Prot. S. 28; zu den Vorgängen in Bremens. Gätsch S. 27 ff., und Kuckuk, Bremer Linksradikale, S. 160 ff, 310 ff. und 460 ff; zu den Bergarbeiterunions s. oben S. 682 und 684
- <sup>57</sup> Zum Verhältnis von KPD und Gewerkschaften s. Rudolf Rettig, Die Gewerkschaftsarbeit der KPD von 1918 bis 1925. Unter bes. Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften, Diss. phil. Hamburg 1954 (Masch.); F. Eisner, passim; Potthoff S. 358 ff.; für die Entwicklung unter den Ruhrbergarbeitern Martiny, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr 1920–1930, in: Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 248 ff.
- <sup>58</sup> s. DMV, Verwaltungsstelle Berlin, JBer. 1918, S. 68
- <sup>59</sup> s. BAV, Jb. 1919, S. 102
- <sup>60</sup> Schumann in der 4. Konferenz der Kraftwagenführer Deutschlands 1920 in Berlin; Prot. S. 19
- <sup>61</sup> s. z. B. die Äußerungen Graßmanns auf dem VT des FAV 1920, Prot. S. 107 f.
- <sup>62</sup> s. Statist. Beilage des Corr. bl. 1920, S. 75. – Die Zahl der einzelgewerkschaftlichen Lokalorganisationen lag Ende 1918 mit 10 365 noch unter dem Vorkriegsstand von 12 296, verdoppelte sich aber nahezu bis Ende 1919 auf 23 862; s. ebda.
- <sup>63</sup> Der Hauptkassierer des Bergarbeiterverbandes wurde 1919 Landrat und Polizeidirektor von Bochum (s. Bergarb. verb., Jb. 1919, S. 65), der Magdeburger Arbeitersekretär Krüger im April 1919 Polizeipräsident von Magdeburg (s. Bericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells Magdeburg 1917–1919, S. 3). Der Mannheimer Arbeitersekretär Böttger übernahm 1919 die Stelle eines besoldeten Stadtrats (s. Gewerkschaftskartell Mannheim, JBer. 1919, S. 8), der Würzburger Arbeitersekretär Schäfer gleichfalls (s. Ortsausschuß Würzburg des ADGB, JBer. 1914–21, S. 18); der Neumünsterer Arbeitersekretär Schumacher wurde im Juli 1919 2. Bürgermeister (s. Festschrift zum 60jährigen Bestehen der sozialdemokratischen Parteiorganisation Neumünster 1867–1927, S. 24). Aug. Winnig avancierte im September 1919 zum Oberpräsidenten in Königsberg (s. die Zusammenstellung der seit dem 9. Nov. 1918 im Amte gewesen oder noch im Amte befindlichen Ober- und Regierungspräsidenten, die als »Außenseiter« im Sinne des Pensions- und Hinterbliebenenfürsorgegesetzes anzusehen sein dürften, Stand 31. 12. 1928; IISG, Nl. Grzesinski, Nr. 766).
- <sup>64</sup> Th. Thomas auf dem VT des Dachdeckerverbandes 1921 in Thale, Prot. S. 134
- <sup>65</sup> Der HAV z. B. stellte im April 1921 Theodor Cassau als volkswirtschaftlich-literarischen Mitarbeiter ein; s. HAV, Prot. VT 1921, S. 33. – Zu den Vorbehalten gegen die Einstellung von Akademikern s. die Entgegnung eines Vorstandsmitgliedes des Ge-

- meindarbeiterverbandes auf den Wunsch nach Einstellung eines Juristen als Verbandssyndikus, bereits der eine Jurist, den der Vorstand engagiert hatte, mache ihm »so viel mit seinen juristischen Deduktionen zu schaffen . . . , daß wir befürchten, wenn wir noch einen Juristen einstellen, wissen wir vor lauter Auslegungskunststücken der verschiedenen Juristen nicht mehr, was eigentlich Recht ist« (Verb. der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Prot. VT 1922, S. 114). Oswald Schumann warnte 1923 vor den »Gefahren« bei der Anstellung bürgerlicher Akademiker; s. das Prot. der ADGB-Bundesausschußsitzung v. 4./5. 7. 1923, S. 18; s. auch die Ausführungen Aufhäusers auf dem 1. Reichskongreß der Betriebsräte Deutschlands 1920, Prot. S. 116
- 66 s. Gew. komm. Berlin, JBer. 1920, S. 22 ff.; zu den Anfängen dieser Einrichtung s. Oertzen, Betriebsräte, S. 100f.
- 67 s. Gew. komm. Berlin, JBer. 1921, S. 90f.
- 68 s. Vierteljahreshefte der Berliner Gewerkschaftsschule 1 (1925), S. 146
- 69 s. 10 Jahre Freigewerkschaftliches Seminar Köln am Rhein, Berlin 1930; Jb. des Ortskartells Köln des ADGB 1920, S. 18 ff.; dass. 1922–1927, S. 41 f.
- 70 s. Leipziger Betriebsrat Nr. 3 v. 1. 5. 1922; Vierteljahreshefte der Berliner Gewerkschaftsschule 1 (1925), S. 12 ff.
- 71 s. Rob. Dißmann, Eine Arbeiterakademie und die Gewerkschaften, in: Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie, hrsg. vom Vorstand des DMV, Nr. 18 v. 18. 12. 1920, S. 545 ff.; Corr. bl. Nr. 29 v. 17. 7. 1920, S. 377 ff.; Vierteljahreshefte der Berliner Gewerkschaftsschule 1 (1925), S. 14 ff.; Otto Antrick, Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. Idee, Werden, Gestalt, Darmstadt 1966; Paul Kluge, Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932, Frankfurt 1972, S. 391 ff.; Gerhard Beier, Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978, S. 65 ff.
- 72 s. Vierteljahreshefte der Berliner Gewerkschaftsschule 1 (1925), S. 17 ff.
- 73 z. B. an der Universität Münster; s. Gewerkverein Nr. 12 v. 16. 6. 1921, S. 93
- 74 Die Gründung der Berliner Volkshochschule ging im wesentlichen auf Initiative Sasenbachs zurück; s. Gew. komm. Berlin, JBer. 1919, S. 22. – In Darmstadt stellte die Arbeiterschaft 1921 rund  $\frac{1}{3}$  der Volkshochschul-Besucher; s. Bericht des Gewerkschaftskartells Darmstadt, Ortsausschuß des ADGB, sowie des Arbeitersekretariats Darmstadt, Geschäftsjahr 1921, S. 19f.
- 75 Die Münchener Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1920 und 1921, S. 72
- 76 s. ebda. S. 36. – Über die »Räte geistiger Arbeiter«, die während der Novemberrevolution in vielen Städten, vornehmlich in Universitätsstädten, entstanden, steht eine Untersuchung noch aus.
- 77 s. HAV, Jb. 1920, S. 332
- 78 s. z. B. die Klagen auf der 1. Reichskonferenz der Betriebsräte des Transportarbeiterverbandes 1921 in Berlin, Prot. S. 59 ff.; s. auch die entsprechenden Äußerungen Wissells auf dem Betriebsrätekongreß 1920, Prot. S. 172 f.
- 79 Drei aus zahllosen Belegen: BAV, Jb. 1922, S. 118; Porzellanarbeiterverband, Prot. VT 1922, S. 97; Baugewerksbund, Jb. 1923, S. 224 f. In norddeutschen Großstädten waren 1922 auch viele Volkshochschulkurse so schlecht besucht, daß sie nach wenigen Wochen geschlossen werden mußten; s. BAV, Jb. 1922, S. 119.
- 80 Ein Delegierter des Glaserverbandes stellte 1919 unumwunden fest: »Eine Zukunft hat der Glaserverband nicht, er kann es höchstens auf 6000 Mitglieder bringen.« (Glaserverb., Prot. GV 1919, S. 48). Schon im Oktober 1917 hatte daher der Beirat dieses Verbandes die Verschmelzung mit einem großen Verband – entweder dem BAV oder dem HAV – einstimmig für »notwendig« erklärt (s. ebda. S. 24).

- <sup>81</sup> Der Gewerkschaftskongreß von 1919 ließ neben dem Industrieverband allerdings auch noch den Berufsverband gelten; s. Prot. Gew. kg. 1919, S. 63 ff. Der Kongreß von 1922 hingegen sprach sich mit großer Mehrheit für einheitliche Industrieverbände durch Zusammenschluß der noch bestehenden Berufsorganisationen aus; s. Prot. Gew. kg. 1922, S. 534 f.; vgl. auch Potthoff S. 60 ff.
- <sup>82</sup> s. TAV, Jb. 1920, S. 139 ff.; Corr. bl. Nr. 4 v. 22. 1. 1921, S. 50, Nr. 15 v. 9. 4. 1921, S. 207, und Nr. 1 v. 6. 1. 1923, S. 8 f. – 1921 schloß sich dem Verkehrsbund der Zentralverband Deutscher Post- und Telegraphen-Bediensteter mit rund 21 000 Mitgliedern an, 1923 der Zentralverband der Hausangestellten, 1925 die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft.
- <sup>83</sup> s. die ausführliche Berichterstattung in: Dachdeckerverband, GBer. 1920/21, S. 41 ff., und die Diskussion des VT dess. Verbandes 1921 in Thale, ebda. S. 169 ff.; BAV, Jb. 1921, S. 241 ff.; vgl. auch die Einwände, die auf dem Verbandstag des Verbandes der Maschinisten und Heizer 1919 gegen eine Fusion mit dem DMV vorgebracht wurden; Prot. S. 30, 51, 59 und 62
- <sup>84</sup> Die grundlegenden Satzungsparagraphen des Baugewerksbundes sind abgedr. in: BAV, Jb. 1922, S. 258 f.
- <sup>85</sup> s. ebda. S. 261 ff.
- <sup>86</sup> s. Dachdeckerverband, GBer. 1922/23, S. 38 f.
- <sup>87</sup> s. BAV, Jb. 1923, S. 231 f.
- <sup>88</sup> s. den Bericht in: Baugewerksbund, Jb. 1924, S. 288 f.
- <sup>89</sup> s. ebda. S. 289 f. – Im Dachdeckerverband hingegen erbrachte eine erneute Urabstimmung wiederum nicht die für eine Verschmelzung erforderliche Mehrheit; s. Dachdeckerverband, GBer. 1924/25, S. 93 ff.
- <sup>90</sup> s. die Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Wollmann auf der GV des Porzellanarbeiterverbandes 1922, Prot. S. 66, und Porzellanarbeiterverband, Prot. VT 1925, S. 24 ff.
- <sup>91</sup> s. Verband der Dt. Buchdrucker, Bericht über das Geschäftsjahr 1919, S. 7
- <sup>92</sup> FAV an ADGB, 6. 2. 1920; abgedr. in: FAV, Jb. 1919, S. 216 f.; s. auch FAV, Prot. VT 1920, S. 55 f. und 107 ff.
- <sup>93</sup> s. Bäckerverband, Prot. VT 1924 nebst GBer. 1921–24, S. 36 ff.
- <sup>94</sup> s. Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Bericht der Zentralleitung an den VT in Leipzig 1925, S. 42 f. Der Schneiderverband firmierte seit 1921 als Bekleidungsarbeiterverband; s. Statist. Beilage des Corr. bl. 1921, S. 59.
- <sup>95</sup> s. Zentralverband der Schuhmacher, Jb. 1923, S. 53 f.
- <sup>96</sup> Zum Zusammenschluß der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände 1919 s. Statist. Beilage des Corr. bl. 1919, S. 74 f.
- <sup>97</sup> s. Zentralverb. der Maschinisten und Heizer, Prot. GV 1919, S. 16, 37, 63 und 110 f.
- <sup>98</sup> s. Verb. der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Jb. 1919, S. 118
- <sup>99</sup> BAV, Jb. 1920, S. 172
- <sup>100</sup> Deutscher Verkehrsbund, Jb. 1922, S. 162
- <sup>101</sup> Die Münchener Gewerkschaftsbewegung 1923/24, S. 3
- <sup>102</sup> Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften erreichte ihren Höchststand mit 8068938 im 3. Quartal 1920 und fiel um mehr als die Hälfte auf 3975002 Ende 1924 zurück; s. Jahrbuch 1922 des ADGB, S. 85, und Jahrbuch 1924 des ADGB, S. 136 f.
- <sup>103</sup> s. Jb. der christlichen Gewerkschaften 1921, S. 18 f.; dass. 1922, S. 18 f.
- <sup>104</sup> s. Bürgerl. Parteien, II, S. 128
- <sup>105</sup> Aus einem Schreiben des Breslauer Kardinals Bertram v. 3. 4. 1919 zit. ebda. S. 129
- <sup>106</sup> s. dazu im Überblick ebda. S. 127 und 267
- <sup>107</sup> s. oben S. 576 ff.

- <sup>108</sup> s. z. B. BAV, Jb. 1918, S. 79; dass. 1919, S. 114
- <sup>109</sup> s. Textilarbeiterverband, Jb. 1920, S. 239
- <sup>110</sup> s. Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, GBer. 1919–21, S. 62
- <sup>111</sup> s. Deutscher Landarbeiterverband, Bericht des Vereinsvorstandes über die Verbandsarbeit in den Jahren 1920–1922 und Niederschrift von der GV 1923, S. 7
- <sup>112</sup> s. Porzellanarbeiterverband, Prot. GV 1919, S. 131
- <sup>113</sup> BAV, Jb. 1920, S. 94
- <sup>114</sup> ebda. S. 128
- <sup>115</sup> s. BAV, Jb. 1919, S. 124f.
- <sup>116</sup> s. ebda. S. 118f.
- <sup>117</sup> s. u. a. WAZ v. 19. 7. 1919, S. 101; Th. Brauer in DA 4 (1919), S. 139; Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, GBer. 1913–1919, S. 37; Bericht des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter über die Jahre 1919–20, S. 471. – Während der Münchener Räterepublik wurden hunderte von christlichen Gewerkschaftlern vor die Wahl zwischen Entlassung und Übertritt in eine freie Gewerkschaft gestellt; von den Ortsgruppen des christlichen Gemeindearbeiterverbandes waren anschließend in und um München nur noch »Trümmer« übrig; s. Zentralverb. der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, GBer. 1919–21, S. 54; Textilarbeiterverband, Jb. 1919, S. 77
- <sup>118</sup> s. Bergarb. verb., GBer. 1917/18, S. 86
- <sup>119</sup> s. z. B. die Mitteilungen des Marktredwitzer Delegierten Bredow auf der GV des Porzellanarbeiterverbandes 1919, Prot. S. 54; Textilarbeiterverband, Jb. 1919, S. 151
- <sup>120</sup> s. z. B. Baugewerksbund, Jb. 1920, S. 122; Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Bericht 1919/20, S. 471
- <sup>121</sup> s. hierzu im Überblick Bürgerl. Parteien, II, S. 128 ff.; Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1970, S. 189f.
- <sup>122</sup> Paul Jostock, Der soziale Gedanke im deutschen Katholizismus, in: Volk im Glauben. Ein Buch vom katholischen Deutschen, Berlin 1933, S. 149
- <sup>123</sup> zit. nach Bürgerl. Parteien, II, S. 129; s. auch Varain S. 166f.
- <sup>124</sup> s. WAZ v. 26. 6. 1920, S. 104
- <sup>125</sup> s. die Mitt. des Verbandsekretärs Richter auf dem 19. Delegiertentag des Verbandes der kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin) im Juni 1920, Prot. S. 21
- <sup>126</sup> s. Bürgerl. Parteien, II, S. 255
- <sup>127</sup> So der Vorsitzende des Verbandes der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands, Otto Müller, im Frühjahr 1919; zit. ebda. S. 266
- <sup>128</sup> Die Aufgaben der Vorstände und Vertrauensmänner in den Arbeitervereine, M.-Gladbach 1922, S. 3; zit. ebda. S. 267
- <sup>129</sup> Programm der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands. Beschlossen auf dem 2. Kath. Arbeiterkongreß vom 5.–8. Mai 1921 in Würzburg, o. O., o. J. S. 5
- <sup>130</sup> s. Bürgerl. Parteien, II, S. 269; zu den Beziehungen zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen in der Weimarer Republik s. auch Wachtling, Joseph Joos, S. 58 ff.
- <sup>131</sup> s. Gewerkverein Nr. 39/40 v. 4. 10. 1919, S. 78; Nr. 18 v. 16. 9. 1920, S. 138f.; Nr. 15 v. 1. 8. 1921, S. 114
- <sup>132</sup> Gustav Hartmann in Gewerkverein Nr. 1 v. 1. 1. 1920, S. 30
- <sup>133</sup> s. z. B. ebda. Nr. 9 v. 1. 5. 1920, S. 69; Nr. 13 v. 1. 7. 1920, S. 103; Nr. 15 v. 1. 8. 1921, S. 113. Der freigewerkschaftliche Porzellanarbeiterverband z. B. saugte 1919 in Oberschlesien die Mitglieder des konkurrierenden H.-D. Gewerkvereins restlos

- auf; s. Porzellanarbeitsverband, Prot. GV 1919, S. 66. Durch den »Terror« der freien Gewerkschaften verloren die Gewerkvereine u. a. den Berliner Ortsverein der Kellner und den 300köpfigen Breslauer Ortsverein der Brauer; s. die Mitt. Hartmanns und Hirschsels auf dem VT der Gewerkvereine 1919 in Berlin, Prot. S. 86 bzw. 93
- <sup>134</sup> Gewerkverein Nr. 21 v. 1. 11. 1920, S. 163
- <sup>135</sup> s. ebda. Nr. 19 v. 1. 10. 1920, S. 147
- <sup>136</sup> s. Gewerkverein Nr. 43/44 v. 1. 11. 1919, S. 85; dass. Nr. 1 v. 1. 1. 1921, S. 3
- <sup>137</sup> s. Bürgerl. Parteien, I, S. 296 ff.; auch zum folgenden
- <sup>138</sup> s. Rathenau an Erich Schairer, 21. 1. 1919, in: Rathenau, Briefe, 2. Bd., S. 113 f.
- <sup>139</sup> s. Bürgerl. Parteien, II, S. 46 ff.
- <sup>140</sup> Hartmann auf dem VT der Deutschen Gewerkvereine 1919 in Berlin, Prot. S. 86; s. auch ebda. S. 57 und 106
- <sup>141</sup> s. die Anträge zur GV des Bergarbeiterverbandes 1919, Prot. S. 13 ff., und Bergarb.-verb., Jb. 1921, S. 103 f.
- <sup>142</sup> s. Bergarb.-verb., GBer. 1917/18, S. 86
- <sup>143</sup> s. Bergarb.-verb., Jb. 1919, S. 74; die Ausführungen Sachsens auf der GV des Bergarb.-verb. 1919, Prot. S. 108 f. und 259, und Husemanns auf der GV des Bergarb.-verb., 1921, Prot. S. 262 f.; ferner die Ausführungen Imbuschs vor der GV des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter 1919, Prot. S. 139 ff. und die Resolution ebda. S. 206; zu den Verhandlungen von 1916 s. oben S. 257 ff.
- <sup>144</sup> So der 2. Vors. des christl. Zentralverbands der Landarbeiter vor dem 1. VT dieses Verbandes 1920 in Berlin, Verhandlungsbericht S. 26, über das Verhältnis zwischen freigewerkschaftlichem und christlich-nationalem Landarbeiterverband.
- <sup>145</sup> s. die Ausführungen Scheffels vor der GV des DEV 1920 in Dresden, Prot. S. 71
- <sup>146</sup> s. Bergarb.-verb., Jb. 1919, S. 74 und 91 f.; ferner die Ausführungen Imbuschs vor der GV des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter 1919, Prot. S. 148, und Bergarb.-verb., Jb. 1920, S. 165 ff.; Heinrich Imbusch, 25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Essen 1919, S. 43
- <sup>147</sup> s. z. B. Textilarbeiterverband, Jb. 1919, S. 166; zur Kooperation der Gewerkschaftsrichtungen s. auch Potthoff S. 426 ff.
- <sup>148</sup> s. Mattheier S. 297. Daß in Krefeld Vertreter der Wirtschaftsfriedlichen zum »Wohlfahrtsausschuß« hinzugezogen wurden, der aus Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte, Gewerkschaften, Kommunalverwaltung und bürgerlichen Parteien bestand, war allem Anschein nach ein Ausnahmefall; s. dazu Ulrich Kluge, Der Generalsoldatenrat in Münster und das Problem der bewaffneten Macht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rürup (Hrsg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, S. 340
- <sup>149</sup> s. Habadank S. 110
- <sup>150</sup> s. Julius Barth, Die Wirtschaftsfriedlichen im Rahmen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Diss. iur. Tübingen 1923 (Masch.), S. 77
- <sup>151</sup> s. ebda. S. 64; s. auch Mattheier, Werkvereine und wirtschaftsfriedlich-nationale (gelbe) Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, S. 199
- <sup>152</sup> Reusch schrieb am 1. 12. 1918, er könne und werde sich an die Vereinbarungen über die Wirtschaftsfriedlichen »kaum halten«, um nicht zum »Verräter« an einer Sache zu werden, die er jahrzehntlang gefördert hatte, und bat Duisberg, sich ebenso zu verhalten; Reusch an Duisberg, 1. 12. 1918; HA/GHH, 30019390/7
- <sup>153</sup> s. die Vorgänge in HA/GHH, 30019324/1, und Mattheier, Die Gelben, S. 304
- <sup>154</sup> s. hierzu und zum folgenden den Artikel über den Nationalverband Deutscher Berufsvereine in: Bürgerl. Parteien, II, S. 438 ff.; Mattheier, Die Gelben, S. 297 ff.

- <sup>155</sup> Bericht des Landesökonomie- und Reg.-Rats Werner vom 15. 6. 1919; IISG, Nl. Grzesinski Nr. 508; s. ferner die Eingaben des Pomm. Landbundes an Scheidemann vom 21. 5. 1919 und an Bauer vom 2. 7. 1919; BA, R 43 I/1292; zum Pommerschen Landbund jetzt ausführlich Flemming S. 217 ff.; zum pommerschen Landarbeiterstreik vom Sommer 1919 vgl. ebda. S. 295 f.; Schumacher S. 297 ff.
- <sup>156</sup> Zu den Vorgängen um die Verhängung des Belagerungszustandes in Pommern im Juli 1919 enthält der Nl. Grzesinski im IISG weitere Materialien; s. auch Carsten S. 171; Schulze, Otto Braun, S. 279 ff., sowie die Dokumente in: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, S. 172 ff.; zur Unterbringung ehemaliger Freikorps-Angehöriger auf ostelbischen Gütern, insbesondere in Pommern, s. ferner Krüger, Brigade Ehrhardt, S. 64
- <sup>157</sup> s. Barth S. 82
- <sup>158</sup> Zum Vorgehen des Pomm. Landbundes s. die Eingabe des ADGB-Vorstandes an den Reichskanzler v. 30. 1. 1920 und das Rundschreiben des preuß. Landwirtschaftsministers an alle Reichs- und preußischen Ministerien v. 24. 2. 1920; BA, R 43 I/1292. – Barth S. 80 beziffert die Stärke der Arbeitnehmergruppe aufgrund von Angaben des Pomm. Landbundes auf 40000; der DLV bezeichnete die Angaben des Pommerschen Landbundes als überhöht, nannte allerdings keine eigenen Zahlen, möglicherweise deshalb, weil er 1919/20 weitgehend auf Schätzungen seiner Mitgliederzahlen angewiesen war; viele seiner unerfahrenen Angestellten glaubten zunächst, mit übertriebenen Mitgliederzahlen beim Vorstand Eindruck machen zu können; s. DLV, Bericht des Verbandsvorstands 1920–22, S. 5 f.; zum Einflußrückgang des DLV in Ost- und Mitteldeutschland seit 1920 s. im übrigen Schumacher S. 330 ff.
- <sup>159</sup> s. Bürgerl. Parteien, II, S. 440; zu Entstehung, Struktur und Funktion wirtschaftsfriedlicher Landarbeiterorganisationen in der Weimarer Republik jetzt ausführlich Flemming S. 275 ff.
- <sup>160</sup> s. Zentralverb. der Bäcker, Jb. 1919, S. 93
- <sup>161</sup> ebda. S. 62 bzw. 86; s. auch ebda. S. 96 und 137
- <sup>162</sup> s. ebda. S. 156
- <sup>163</sup> s. Zentralverb. der Bäcker, Jb. 1920, S. 51 und 158
- <sup>164</sup> s. Textilarbeiterverband, Jb. 1919, S. 166
- <sup>165</sup> s. Leipziger Betriebsrat Nr. 5 v. 1. 7. 1921
- <sup>166</sup> s. BAV, Jb. 1921, S. 149
- <sup>167</sup> s. FAV, Jb. 1921, S. 147
- <sup>168</sup> s. FAV, Jb. 1922, S. 163
- <sup>169</sup> s. Gew. komm. Berlin, GBer. 1922–24, S. 197
- <sup>170</sup> s. FAV, Jb. 1923, S. 70
- <sup>171</sup> s. Gew. komm. Berlin, GBer. 1922–24, S. 197; s. auch FAV, Jb. 1923, S. 70; Baugewerksbund, Jb. 1920, S. 122; WAZ v. 6. 5. 1922, S. 70
- <sup>172</sup> s. Bürgerl. Parteien, II, S. 438
- <sup>173</sup> s. Jeannette Cassau, Die Arbeitergewerkschaften, Halberstadt 1927, S. 47; Mattheier, Werkvereine und wirtschaftsfriedlich-nationale Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, S. 200 ff.
- <sup>174</sup> s. Hartfiel S. 161 f.; zum Rückgang der Selbständigen in den Angestelltenorganisationen ebda. S. 150
- <sup>175</sup> s. Zentralverband der Angestellten, GBer. 1919/20, S. 8 ff.; Hartfiel S. 151 f.; Pott-hoff S. 60; der Organisationsvertrag zwischen ADGB und Afa ist abgedr. in: Zentralverband der Angestellten, Prot. VT 1921, S. 60 ff.; er verpflichtete beide Organisationen zum Zusammenwirken »in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirt-

schaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam berühren«.

<sup>176</sup> s. Hartfiel S. 147 und 152 ff.; Bürgerl. Parteien, II, S. 148 ff.

<sup>177</sup> s. ebda. S. 177 ff.; Hartfiel S. 152 ff.

<sup>178</sup> s. Kocka, Angestellte, S. 53

Ende 1926 zählte die AFA 402 555 Mitglieder, der christlich-nationale Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften 429 700, der freiheitlich-nationale Gewerkschaftsbund der Angestellten 275 352; s. Hartfiel S. 157; zu den Schwierigkeiten, die Zahl der Angestellten aus den vor 1933 erhobenen Statistiken zu ermitteln, s. Hartfiel S. 16 ff.

<sup>179</sup> s. Kocka, Angestellte, S. 56

<sup>180</sup> s. die Ausführungen Remmers' in: Deutscher Beamtenbund, Bericht über die Hauptversammlung und die Verhandlungen des 1. Vertretertages 1919 in Berlin, S. 4 ff.

<sup>181</sup> s. die Ausführungen Remmers' ebda. S. 68 ff.; ferner Fritz Winters, Der Deutsche Beamtenbund. Seine Entstehung und Entwicklung, Berlin 1931, und den Überblick in Bürgerl. Parteien, I, S. 422 ff.

<sup>182</sup> s. Deutscher Beamtenbund, Bericht über die Verhandlungen auf dem außerordentl. Vertretertag 26.–28. Mai 1920 in Berlin, S. 30 ff.

<sup>183</sup> s. die Resolution ebda. S. 87

<sup>184</sup> s. die Ausführungen Remmers' ebda. S. 225

<sup>185</sup> s. Bürgerl. Parteien, I, S. 425; s. auch Potthoff S. 60

<sup>186</sup> s. Warum sind die Einigungsverhandlungen zwischen DBB und ADB gescheitert? Berlin 1923; und ADB, Für die neue Beamtenbewegung! Tatsachenmaterial gegen den DBB, Berlin 1923

<sup>187</sup> s. Bürgerl. Parteien, I, S. 426

<sup>188</sup> s. ebda.

### Schluß

<sup>1</sup> s. Preller S. 125 ff., 146 ff. und 150 ff.; Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, Bd. 1, 2. Teil, 6. Aufl., Berlin 1954, S. 218 ff.

<sup>2</sup> s. hierzu im einzelnen Preller S. 89 ff.

<sup>3</sup> Der Kongreß der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie, abgeh. im Volkshaus zu Leipzig am 22. und 23. 2. 1920. Prot. der Verhandlungen, o. O., o. J., S. 68

<sup>4</sup> Zu Überlegungen zur Sozialisierung der Landwirtschaft und ihrer Bekämpfung während der Novemberrevolution s. Flemming S. 165 ff.

<sup>5</sup> Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 18

<sup>6</sup> s. hierzu Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 4. Aufl. Villingen 1964, S. 174 ff.; Hans-Karl Behrend, Die Besetzung der Landratsstellen in Ostpreußen, Brandenburg und der Grenzmark von 1919 bis 1933, Diss. phil. Berlin (FU) 1966 (Masch.); ders., Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Innern. Die Besetzung der Landratsstellen in den östlichen Provinzen 1919 bis 1933, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 6 (1957), S. 173–214; Eberhard Pikart, Preußische Beamtenpolitik 1918–1933, in: VfZ 6 (1958), S. 119–137; Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der

- politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965; Gabriele Hoffmann, Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Diss. phil. Hamburg 1973; Miller, Bürde, S. 369ff.
- <sup>7</sup> Zur Aufnahme von Gewerkschafts- und SPD-Funktionären in Referentenstellen der Reichsministerien s. Potthoff S. 436f.
- <sup>8</sup> s. dazu Emil J. Gumbel, Zwei Jahre politischer Mord, Berlin 1921; ders., Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922; ders. (Hrsg.), Denkschrift des Reichsjustizministers zu »Vier Jahre politischer Mord«, Berlin 1924; ders., Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde, Wien 1924; ders., Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962; Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drueck, Politische Justiz 1918–1933 Frankfurt/Hamburg 1966; dies. (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt 1967; Egon Erwin Kisch, Sieben Jahre Justizskandal Max Hölz, Berlin 1928; Friedrich Karl Kaul, Justiz wird zum Verbrechen. Der Pitaval der Weimarer Republik, Berlin o. J.; Hugo Sinzheimer/Ernst Fraenkel, Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik, hrsg. von Thilo Ramm, Neuwied/Berlin 1968
- <sup>9</sup> zu den Verhältnissen an den Hochschulen s. Fritz K. Ringer, The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community 1890–1933, Cambridge/Mass. 1969; Kurt Töpner, Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen 1970; Ronald Ruprecht, Die deutschen Historiker und der Zusammenbruch des Reiches im Jahre 1918, Diss. phil. Göttingen 1968 (Masch.); Jürgen Schwarz, Studenten in der Weimarer Republik. Die deutschen Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1933 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971; Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Hamburg 1975; s. auch Bracher S. 146ff.
- <sup>10</sup> Max Quarck an Gustav Bauer, 16. 11. 1919; BA, R 43 I/682, Bl. 238ff.
- <sup>11</sup> Zum Schul- und Bildungswesen in der Weimarer Republik s. Günter Grünthal, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 39); Manfred Heinemann (Hrsg.), Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, Stuttgart 1976; zu den Bildungsbestrebungen der sozialistischen Arbeiterbewegung s. Beiträge zur Bildungspolitik und Pädagogik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise 1918 bis 1923, 2 Bde., Berlin 1968; Hermann Giesecke, Zur Schulpolitik der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S. 162–177; Wolfgang W. Wittwer, Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen, Berlin 1980; Fritz Gumpert, Die Bildungsbestrebungen der freien Gewerkschaften, Jena 1923
- <sup>12</sup> s. hierzu Gottfried Mehnert, Evangelische Kirche und Politik 1917–1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959 (Beiträge zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 16); Günter Köhler, Die Auswirkungen der Novemberrevolution 1918 auf die altpreußische evangelische Landeskirche, Berlin 1967; Hans Voelker, Die Revolution von 1918 und ihre Auswirkung auf die württembergische evangelische Landeskirche, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 59 (1959), S. 3–91; Herbert Christ, Der politische Protestantismus in der Weimarer



- Republik. Eine Studie über die politische Meinungsbildung durch die evangelischen Kirchen im Spiegel der Literatur und der Presse, Diss. phil. Bonn 1967; Karl-Wilhelm Dahm, Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1923, Köln 1965; Jochen Jakke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch, Hamburg 1976; Jonathan R. C. Wright, Über den Parteien. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer in der Zeit der Weimarer Republik, Göttingen 1976; zur katholischen Kirche in der Weimarer Republik s. Emil Ritter, Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland, Breslau 1934; Heinrich Lutz, Demokratie im Zwielficht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik, 1914-1925, München 1963; Hans Müller, Der deutsche Katholizismus 1918/19, in: GWU 17 (1966), S. 521-536; Dieter Golombek, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats, Mainz 1970
- <sup>13</sup> Julius Leber, Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe. Hrsg. von seinen Freunden, Berlin/Frankfurt 1952, S. 187
- <sup>14</sup> ebda. S. 189
- <sup>15</sup> ebda. S. 190
- <sup>16</sup> Der Leipziger Delegierte Polenz auf der GV des Verb. der Maler 1919, Prot. S. 39
- <sup>17</sup> s. z. B. die Ausführungen Eichhorns auf dem VT des Glaserverbandes 1919 in Erfurt, Prot. S. 84
- <sup>18</sup> Th. Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 183
- <sup>19</sup> Leber S. 202
- <sup>20</sup> Hue in der GV des Bergarb.-verb. 1921 in Gießen, Prot. S. 288
- <sup>21</sup> s. hierzu Bernd Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978

Tabelle 1:  
Migliederbewegung der freien Gewerkschaften 1914–1916

Verband	Mitglieder 31. 7. 1914	Mitglieder 31. 1. 1915	% des Vorkriegs- standes	Verlust vom Vor- kriegsstand in %	eingezogen	
					abs.	% des Vorkriegs- standes
Asphalteure	1 167	1 001	85,8	14,2	286	24,5
Bäcker u. Kond.	29 116	17 133	58,8	41,2	13 874	47,6
Bauarbeiter	309 562	152 673	49,3	50,7	99 818	32,2
Bergarbeiter	101 956	57 618	56,5	43,5	28 611	28,1
Bildhauer	3 741	2 177	58,1	41,9	1 143	30,6
Böttcher	8 538	5 949	69,7	30,3	2 612	31,1
Brauerei- u. Mühlenarb.	51 587	30 815	59,7	40,3	17 276	33,5
Buchbinder	32 381	23 372	72,2	27,8	4 005	12,4
Buchdrucker	70 452	46 978	66,7	33,3	22 760	32,3
Buchdruckereihilfsarb.	15 586	9 939	63,7	36,3	1 905	12,2
Büroangestellte	9 165	7 359	80,3	19,7	1 634	17,8
Dachdecker	8 163	3 684	45,1	54,9	3 684	45,1
Fabrikarbeiter	207 330	134 737	65,0	35,0	60 397	29,1
Fleischer	6 944	3 737	53,8	46,2	4 690	67,5
Friseurgehilfen	2 402	1 011	42,1	57,9	517	21,5
Gärtner	7 655	3 106	41,1	58,9	4 106	53,6
Gastwirtsgehilfen	15 764	7 790	49,4	50,6	4 623	29,3
Gemeindearbeiter	54 522	34 333	63,0	37,0	16 562	30,4
Glasarbeiter	18 278	10 381	56,8	43,2	5 293	29,0
Glaser	4 094	2 162	52,8	47,2	1 629	39,8
Handlungsgehilfen	26 054	25 818	99,1	0,9	2 674	10,3
Hausangestellte	6 008	4 928	82,0	18,0	7	0,1
Holzarbeiter	192 465	114 394	59,4	40,6	60 434	31,4
Hutmacher	11 611	9 492	81,6	18,4	1 398	12,0
Kupferschmiede	5 507	3 650	66,3	33,7	1 816	33,0
Kürschner	4 001	3 109	77,7	22,3	706	17,6
Landarbeiter	22 531	14 543	64,5	35,5	4 203	18,7
Ledarbeiter	16 294	11 136	68,3	31,7	4 176	25,6
Lithographen	16 794	11 560	68,8	31,2	4 769	28,4
Maler u. Lackierer	47 230	22 615	47,9	52,1	14 295	30,3
Maschinenisten u. Heizer	25 027	12 713	50,8	49,2	9 265	37,0
Metallarbeiter	531 991	318 765	59,9	40,1	199 760	37,5
Notenstecher	441	365	82,8	17,2	90	20,3
Porzellanarbeiter	16 465	10 567	64,2	35,8	4 043	24,5
Sattler u. Portef.	14 526	14 769	101,7	-1,7	4 209	29,0
Schiffszimmerer	3 588	1 984	55,3	44,7	1 230	34,3
Schneider	49 145	30 059	61,2	38,8	13 495	27,5
Schuhmacher	43 520	27 647	63,5	36,5	9 508	21,8
Steinarbeiter	30 897	13 473	43,6	56,4	10 470	33,9
Steinsetzer	12 064	6 236	51,7	48,3	4 075	33,8
Tabakarbeiter	28 928	23 820	82,3	17,7	2 582	4,1
Tapezierer	10 265	5 571	54,3	45,7	3 393	33,1
Textilarbeiter	133 034	101 904	76,6	23,4	18 998	14,3
Töpfer	10 337	6 524	63,1	36,9	3 375	32,6
Transportarbeiter	228 207	121 197	53,1	46,9	82 708	36,2
Xylographen	420	317	75,5	24,5	105	24,9
Zimmerer	62 673	36 593	58,4	41,6	22 941	36,6
Zivilmusiker	2 204	1 522	69,1	30,9	483	21,9

Differenz zw. Gesamtverlust und Zahl der Ein- gezogenen in %	Mit- glieder 31. 12. 1915	% des Vorkriegs- standes	Verlust vom Vor- kriegsstand in %	eingezogen		Differenz zw. Gesamtverlust und Zahl der Ein- gezogenen in %
				abs.	% des Vorkriegs- standes	
- 10,3	501	42,9	57,1	425	36,4	20,7
- 6,4	9 110	31,3	68,7	25 880	88,9	- 20,2
18,5	83 145	26,9	73,1	163 443	52,8	20,3
15,4	46 371	45,5	54,5	37 638	36,9	17,6
11,3	1 106	29,6	70,4	1 845	49,3	21,1
- 0,8	3 588	42,0	58,0	4 387	51,4	6,6
6,8	20 735	40,2	59,8	29 443	57,1	2,7
15,4	17 021	52,6	47,4	7 592	23,4	24,0
1,0	31 140	44,2	55,8	41 611	59,1	- 3,3
24,1	6 909	44,3	55,7	4 020	25,8	29,9
1,9	5 854	63,9	36,1	3 307	36,1	0
9,8	2 673	32,7	67,3	4 936	60,5	6,8
5,9	86 119	41,5	58,5	92 217	44,5	14,0
- 21,3	2 610	37,6	62,4	6 788	97,8	- 35,4
36,4	387	16,1	83,9	1 115	46,4	37,5
5,3	1 191	15,6	84,4	6 850	89,5	- 5,1
21,3	4 277	27,1	72,9	7 682	48,7	30,5
6,6	26 605	48,8	51,2	25 061	46,0	2,8
14,2	6 019	32,9	67,1	8 624	47,2	19,9
7,4	997	24,3	75,7	2 488	60,8	14,9
- 9,4	19 538	75,0	25,0	5 991	23,0	2,0
17,9	3 870	64,4	35,6	13	0,2	35,4
9,2	70 949	36,9	63,1	100 100	52,0	11,1
6,4	8 123	70,0	30,0	2 487	21,4	8,6
0,7	3 212	58,4	41,6	2 377	43,2	- 1,6
4,7	2 219	55,5	44,5	1 360	34,0	21,5
16,8	8 150	36,2	63,8	8 425	37,4	26,4
6,1	7 698	47,2	52,8	6 561	40,3	12,5
2,8	6 557	39,0	61,0	8 745	52,0	9,0
21,8	9 574	20,3	79,7	25 210	53,4	26,3
12,2	8 020	32,4	67,6	14 680	58,7	8,9
2,6	234 360	44,1	55,9	280 287	52,7	3,2
- 3,1	228	51,3	48,7	204	46,3	2,4
11,3	6 300	38,3	61,7	6 194	37,6	24,1
- 30,7	10 457	72,0	28,0	8 736	60,1	- 32,1
10,4	1 486	41,4	58,6	1 648	45,9	12,7
11,3	23 825	48,5	51,5	19 558	39,8	11,7
14,7	19 450	44,7	55,3	14 830	34,1	21,2
22,5	6 569	21,3	78,7	19 205	62,2	16,5
14,5	3 227	26,8	73,2	6 628	54,9	18,3
13,6	23 456	81,1	18,9	4 616	16,0	2,9
12,6	2 576	25,1	74,9	5 858	57,1	17,8
9,1	66 906	50,2	49,8	35 435	26,6	23,1
4,3	3 348	32,3	67,7	5 240	50,7	17,0
10,7	71 762	31,4	68,6	122 299	53,6	15,0
- 0,5	242	57,6	42,4	184	43,8	- 1,4
5,0	20 715	33,1	66,9	37 776	60,3	6,6
9,0	1 105	50,1	49,9	868	39,4	10,5

Verband	Mitglieder 31. 12. 1916	% des Vorkriegs- standes	Verlust vom Vor- kriegs- stand in %	eingezogen		Differenz zw. Gesamtverlust und Zahl der Ein- gezogenen in %
				abs.	% des Vorkriegs- standes	
Asphalteure	477	40,9	59,1	474	40,6	18,5
Bäcker u. Kond.	7484	25,7	74,3	30607	105,1	- 30,8
Bauarbeiter	72588	23,4	76,6	177323	57,3	19,3
Bergarbeiter	53404	52,4	47,6	38703	38,0	9,6
Bildhauer	928	24,8	75,2	2106	56,3	18,9
Böttcher	3932	46,0	54,0	4444	52,0	2,0
Brauerei- u. Mühlenarb.	18108	35,1	64,9	34285	66,5	- 1,6
Buchbinder	16571	51,2	48,8	8769	27,1	25,0
Buchdrucker	28807	40,9	59,1	46514	66,0	- 6,9
Buchdruckereihilfsarb.	6975	44,8	55,2	4258	27,3	27,9
Büroangestellte	5647	61,6	38,4	3732	40,7	- 2,3
Dachdecker	2061	25,2	74,7	5888	72,1	2,6
Fabrikarbeiter	80666	38,9	61,1	98791	47,6	13,5
Fleischer	2143	30,9	69,1	7580	109,2	- 40,1
Friseurgehilfen	236	9,8	90,2	1281	53,3	36,9
Gärtner	813	10,6	89,4	7116	94,1	- 4,7
Gastwirtsgehilfen	3178	20,2	79,8	8259	52,4	27,4
Gemeindearbeiter	25586	46,9	53,1	26945	49,4	3,7
Glasarbeiter	5846	32,0	68,0	10398	56,9	11,1
Glaser	710	17,3	82,7	2609	63,7	19,0
Handlungsgehilfen	19153	73,5	26,5	7022	27,0	- 0,5
Hausangestellte	3534	58,8	41,2	14	0,2	41,0
Holzarbeiter	68763	35,7	64,3	103800	53,9	10,4
Hutmacher	8521	73,4	26,6	2682	23,1	3,5
Kupferschmiede	3185	57,8	42,2	2392	43,4	- 1,2
Kürschner	1597	39,9	60,1	1652	41,3	18,8
Landarbeiter	6909	30,7	69,3	9725	43,2	26,1
Lederarbeiter	6592	40,5	59,5	7321	44,9	14,6
Lithographen	6073	32,2	67,1	9003	53,6	14,2
Maler u. Lackierer	7243	15,3	84,7	27072	57,3	27,4
Maschinen u. Heizer	7145	28,5	71,5	15855	63,4	8,1
Metallarbeiter	247674	46,6	53,4	308774	58,0	- 4,6
Notenstecher	198	44,6	55,4	179	40,6	14,8
Porzellanarbeiter	4532	27,5	72,5	6515	39,6	32,9
Sattler u. Portef.	8131	56,0	44,0	11385	78,4	- 34,4
Schiffszimmerer	1394	38,9	61,1	1780	49,6	11,5
Schneider	21314	43,4	56,6	22273	40,3	16,3
Schuhmacher	17019	39,1	60,9	16813	38,6	22,3
Steinarbeiter	5040	16,3	83,7	22051	71,4	12,3
Steinsetzer	2911	24,1	75,9	7150	59,3	16,6
Tabakarbeiter	27463	94,9	5,1	5455	18,9	- 13,8
Tapezierer	2073	20,2	79,8	6027	58,7	21,1
Textilarbeiter	56647	42,6	57,4	40172	30,2	27,2
Töpfer	3081	29,8	70,2	6129	59,3	10,9
Transportarbeiter	58544	25,7	74,3	132418	58,0	16,3
Xylographen	211	50,2	49,8	201	47,9	1,9
Zimmerer	18014	28,7	71,3	41901	66,9	4,4
Zivilmusiker	834	37,8	62,2	930	42,2	20,0

Tabelle 2:  
 Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften 1914–1916

Verband	Mitglieder 31. 12. 1913	Mitglieder 31. 12. 1914	% des Vor- kriegsstandes	Mitglieder 31. 12. 1915	% des Vor- kriegsstandes	Mitglieder 31. 12. 1916	% des Vor- kriegsstandes
Angestellte	–	–	–	–	–	–	–
Bauarbeiter	42 441	20 110	47,4	–	–	307	–
Bergarbeiter	63 129	45 008	71,3	9 308	21,9	7 102	16,7
Buchdrucker (Gutenbergbund)	3 440	2 390	69,5	34 020	53,9	34 765	55,1
Eisenbahner, Bayer.	28 657	24 605	85,9	1 490	43,3	1 382	40,2
Eisenbahner, Deutsche	27 323	19 213	72,9	23 196	80,9	22 794	79,5
Eisenbahner, Württ.	4 099	3 559	86,8	18 110	66,3	22 113	80,9
Eisenbahner, Sächs.	–	–	–	3 960	96,6	4 060	99,0
Fabrik- u. Transportarb.	11 220	4 917	43,8	3 470	30,9	3 936	35,1
Forst- und Landarbeiter	3 576	2 577	72,1	1 901	53,2	3 237	90,5
Gasthausangestellte	3 637	2 121	58,3	695	19,1	595	16,3
Gemeindearb. u. Straßenb.	4 513	2 646	58,6	1 905	42,2	1 857	41,1
Graph. Zentralverband	2 737	1 577	57,6	639	23,3	530	19,4
Heimarbeiterinnen	8 379	10 159	121,2	12 915	154,1	16 106	192,2
Holzarbeiter	17 669	8 772	49,6	4 062	23,0	3 343	18,9
Keram- und Steinarbeiter	3 440	2 390	69,5	1 616	18,9	1 497	17,5
Krankenpfleger	1 991	891	44,8	1 961	98,5	556	27,9
Lederarbeiter	6 091	2 956	49,2	1 066	17,5	866	14,2
Maler	4 065	120	27,6	475	11,7	307	7,6
Maschinen	–	–	–	–	–	–	–
Metallarbeiter	41 013	25 222	61,5	16 027	39,1	20 176	49,2
Nahrungs- u. Genußmittel	3 926	1 481	37,7	1 066	27,2	559	14,2
Postverb., Bayer.	–	–	–	–	–	10 874	–
Schneider	4 999	2 053	41,1	1 156	23,1	1 244	24,9
Staatsarbeiter	2 716	2 114	77,8	1 836	67,6	1 868	68,8
Tabakarbeiter	6 444	3 824	59,3	2 245	34,8	2 923	45,4
Telegraphenarbeiter	2 990	436	14,6	567	19,0	713	23,8
Textilarbeiter	37 109	26 907	72,5	18 217	49,1	14 511	39,1

Tabelle 3:  
 Mitgliederbewegung der freien Gewerkschaften 1916-1918

Verband	Mitglieder 30. 6. 1914	Mitglieder 31. 12. 1916	% des Vor- kriegsstandes
Asphalteure	1 167	477	40,9
Bäcker und Konditoren	29 116	1 484	25,7
Bauarbeiter	309 562	72 588	23,4
Bergarbeiter	101 956	53 404	52,4
Bildhauer	3 741	928	24,8
Böttcher	8 538	3 932	46,0
Brauerei- und Mühlenarbeiter	51 587	18 108	35,1
Buchbinder	32 381	16 571	51,2
Buchdrucker	70 452	28 807	40,9
Buchdruckereihilfsarbeiter	15 586	6 975	44,8
Büroangestellte	9 165	5 647	61,6
Dachdecker	8 163	2 061	25,2
Fabrikarbeiter	207 330	80 666	38,9
Fleischer	6 944	2 143	30,9
Friseurgehilfen	2 402	236	9,8
Gärtner	7 655	813	10,6
Gastwirtsgehilfen	15 764	3 178	20,2
Gemeindearbeiter	54 522	25 586	46,9
Glasarbeiter	18 278	5 846	32,0
Glaser	4 094	710	17,3
Handlungsgehilfen	26 054	19 153	73,5
Hausangestellte	6 008	3 534	58,8
Holzarbeiter	192 465	68 763	35,7
Hutmacher	11 611	8 521	73,4
Kupferschmiede	5 507	3 185	57,8
Kürschner	4 001	1 597	39,9
Landarbeiter	22 531	6 909	30,7
Ledarbeiter	16 294	6 592	40,5
Lithographen	16 794	6 073	32,2
Maler und Lackierer	47 230	7 243	15,3
Maschinenisten und Heizer	25 027	7 145	28,5
Metallarbeiter	531 991	247 674	46,6
Notenstecher	441	198	44,6
Porzellanarbeiter	16 465	4 532	27,5
Sattler und Portef.	14 526	8 131	56,0
Schiffszimmerer	3 588	1 394	38,9
Schneider	49 145	21 314	43,4
Schuhmacher	43 520	17 019	39,1
Steinarbeiter	30 897	5 040	16,3
Steinsetzer	12 064	2 911	24,1
Tabakarbeiter	28 928	27 463	94,9
Tapezierer	10 265	2 073	20,2
Textilarbeiter	133 034	56 647	42,6
Töpfer	10 337	3 081	29,8
Transportarbeiter	228 207	58 544	25,7
Xylographen	420	211	50,2
Zimmerer	62 673	18 014	28,7
Zivilmusiker	2 204	834	37,8

Mitglieder 31. 12. 1917	% des Vor- kriegsstandes	Wachstum 1917 in %	Mitglieder 30. 9. 1918	% des Vor- kriegsstandes	Wachstum ab 1. 1. 18 in %
435	37,3	- 8,8	435	37,7	0
7296	25,1	- 2,5	7179	24,7	- 1,6
81516	26,3	12,3	82311	26,6	1,0
110454	108,7	106,8	138470	135,8	25,4
851	22,7	- 8,3	815	21,8	- 4,2
3458	40,5	- 12,1	3525	41,3	1,9
17489	33,9	- 3,4	18825	36,5	4,0
19813	61,2	19,7	21487	66,4	8,4
28848	40,9	0,1	30889	43,8	7,1
7702	49,4	10,4	8554	54,9	11,1
9605	104,8	70,1	11899	129,8	23,9
1678	20,6	- 18,6	1850	22,7	10,3
110862	53,5	37,4	119829	57,8	8,1
2929	42,2	36,7	3095	44,6	5,7
184	7,6	- 22,0	207	8,6	12,5
693	9,1	- 14,8	702	9,3	1,3
2869	18,2	- 9,3	3083	19,6	7,5
32930	60,4	28,8	39754	72,9	20,7
7059	38,6	20,7	8278	45,3	17,3
643	15,7	- 9,4	668	16,3	3,9
22775	87,4	18,9	24252	93,1	6,5
4221	70,3	19,4	5568	92,7	31,9
90851	47,2	32,1	99021	51,4	9,0
8544	73,6	0,3	8738	75,2	2,3
3749	68,1	17,7	3939	71,5	5,1
1477	33,6	- 7,5	1558	38,9	5,5
8774	38,9	27,0	8003	35,5	- 8,8
7752	47,6	17,6	8936	54,8	15,3
7238	43,1	19,2	5240	31,2	- 27,6
7238	15,3	- 0,1	7670	16,2	6,0
9331	37,3	30,6	11420	45,6	22,4
393734	74,0	59,0	447197	84,1	13,6
177	40,1	- 10,6	177	40,1	0
5263	32,0	16,1	6209	37,7	18,0
15306	105,4	188,2	13243	91,2	- 13,5
1776	49,5	27,4	1899	52,9	6,9
25470	51,8	19,5	27545	56,0	8,1
17836	41,0	4,8	22506	51,7	26,2
4520	14,6	- 10,3	4984	16,1	10,3
2433	20,2	- 16,4	2534	21,0	4,2
27240	94,2	- 0,8	27267	94,3	0
2572	25,1	24,1	2697	26,3	4,9
75253	56,6	32,9	74328	55,9	- 1,2
2955	28,6	- 4,1	2943	28,5	- 0,4
64489	28,3	10,2	74443	32,6	15,4
172	41,0	- 18,4	148	35,2	- 16,0
19997	32,1	11,0	20599	32,9	3,0
579	26,3	- 30,6	417	18,9	- 28,0

Tabelle 4:  
Mitgliederbewegung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkevereine 1914–1916

Verband	Mitglieder 31. 12. 1913	Mitglieder 31. 12. 1914	% des Vor- kriegsstandes	Mitglieder 31. 12. 1915	% des Vor- kriegsstandes	Mitglieder 31. 12. 1916	% des Vor- kriegsstandes
Bauhandwerker	1200	1150	95,8	753	62,7	754	62,8
Bildhauer	313	184	58,8	133	42,5	103	32,9
Brauer	2354	1794	76,2	1025	43,5	879	37,3
Eisenbahner Breslau	1100	714	64,0	700	63,6	700	63,6
Eisenbahner Württ.	8000	8000	100	8000	100	5300	66,2
Fabrik- und Handarbeiter	18555	13289	71,6	10656	57,4	10612	57,2
Gemeindearbeiter	1622	1375	84,8	736	45,4	356	21,9
Holzarbeiter	5310	3334	62,8	2440	46,0	2176	41,0
Kellner	596	497	83,4	100	16,8	227	38,1
Konditoren	260	100	38,5	100	38,5	100	38,5
Maler u. Lackierer	1150	794	69,0	491	42,7	565	49,1
Metallarbeiter	43816	29587	67,5	23606	53,9	25336	57,8
Maschinisten	107	93	86,9	80	74,8	60	56,1
Schneider	3966	3572	90,1	2518	63,5	1900	55,9
Schuhmacher und Lederarbeiter	5201	3830	73,6	3144	60,4	2789	53,6
Textilarbeiter	6305	4320	68,5	2920	46,3	2304	36,5
Töpfer	1386	1168	85,4	856	61,8	671	48,4
Wäger (Danzig)	50	40	80,0	40	80,0	40	80,0
Zigarren- und Tabakarbeiter	2057	1700	82,6	1567	76,2	1380	67,1
Frauen und Mädchen	701	511	71,9	521	74,3	809	115,4



*Tabelle 5:  
Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften 1916–1918*

Verband	Mitglieder 31. 12. 1913	Mitglieder 31. 12. 1916	% des Vor- kriegsstandes	Mitglieder 31. 12. 1917	% des Vor- kriegsstandes	Wachstum 1917 in %	Mitglieder 31. 12. 1918	% des Vor- kriegsstandes	Wachstum 1918 in %
Angestellte	–	357	–	876	–	145,4	5 076	–	479,4
Bauarbeiter	42 441	7 102	16,3	9 113	21,5	39,6	13 591	32,0	49,1
Bergarbeiter	63 129	34 765	55,1	63 761	101,0	83,4	140 601	222,7	120,5
Buchdrucker (Gutenbergbund)	3 440	1 382	40,2	1 289	37,5	– 6,7	1 881	55,3	49,5
Eisenbahner, Bayer.	28 657	22 794	79,5	22 980	80,2	0,8	27 103	94,6	17,9
Eisenbahner, Deutsche	27 323	22 713	83,1	32 822	120,1	48,4	41 499	151,9	26,4
Eisenbahner, Württ.	4 099	4 060	99,0	6 112	149,1	50,5	12 580	306,9	105,9
Eisenbahner, Sächs.	–	–	–	–	–	–	5 775	–	–
Fabrik- u. Transportarb.	11 220	3 936	38,1	9 139	81,5	132,2	22 563	201,1	366,6
Forst- und Landarbeiter	3 576	3 273	91,5	4 836	136,0	49,4	9 953	278,3	105,8
Gasthausangestellte	3 637	595	16,4	572	15,7	– 3,9	357	9,8	– 37,6
Gemeindearb. u. Straßenb.	4 513	1 857	41,1	2 889	54,0	55,6	7 965	176,5	175,7
Graph. Zentralverband	2 737	530	19,4	635	23,2	19,8	1 761	64,3	277,3
Heimarbeiterinnen	8 379	16 106	192,2	17 100	204,1	6,2	19 133	228,3	11,9
Holzarbeiter	17 669	3 343	18,9	6 015	34,0	79,9	12 278	69,5	104,1
Keram- und Steinarbeiter	8 539	1 497	17,5	4 877	57,1	225,8	10 898	127,6	123,4
Krankenpfleger	1 991	556	27,9	580	29,1	4,3	992	49,8	71,0
Lederarbeiter	6 091	866	14,2	974	16,0	12,5	3 094	50,8	217,4
Maler	4 065	370	9,1	382	9,4	24,2	725	17,8	89,8
Maschinisten	–	–	–	1 067	–	–	2 100	–	96,8
Metallarbeiter	41 013	20 176	49,2	62 604	152,6	210,3	135 336	330,0	116,2
Nahrungs- u. Genußmittel	3 926	559	14,2	807	20,6	44,4	3 230	82,3	300,2
Postverb., Bayer.	–	10 874	–	10 764	–	– 1,0	–	–	4,3
Schneider	4 999	1 244	24,9	2 222	44,4	78,6	4 975	99,5	113,9
Staatsarbeiter	2 716	1 868	68,8	4 867	179,2	160,5	7 408	272,6	52,2
Tabakarbeiter	6 444	2 923	45,4	3 177	49,3	8,7	3 738	58,0	17,7
Telegraphenarbeiter	2 990	713	23,8	3 897	130,3	446,6	2 734	91,4	– 29,8
Textilarbeiter	37 109	14 511	39,1	18 824	50,7	13,0	29 982	80,8	59,3

Tabelle 6:  
Mitgliederbewegung der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine 1916–1918

Verband	Mitglieder 31. 12. 1913	Mitglieder 31. 12. 1916	% des Vor- kriegsstandes	Mitglieder 31. 12. 1917	% des Vor- kriegsstandes	Wachstum 1917 in %	Mitglieder 31. 12. 1918	% des Vor- kriegsstandes	Wachstum 1918 in %
Bauhandwerker	1200	754	62,8	350	29,2	− 53,6	400	33,3	11,4
Bildhauer	313	103	32,9	96	30,7	− 6,8	98	31,3	2,0
Brauer	2354	879	37,3	748	31,8	− 14,9	870	37,0	16,3
Eisenbahner Breslau	1100	700	63,6	478	43,5	− 31,7	478	43,5	0
Eisenbahner Württ.	8000	5300	66,2	5300	66,3	0,0	—	—	—
Fabrik- und Handarbeiter	18555	10612	57,2	12941	69,7	21,9	18279	98,5	41,2
Gemeindearbeiter	1622	356	21,9	?	?	?	423	26,1	—
Holzarbeiter	5310	2176	41,0	2466	46,4	13,3	4644	87,4	88,3
Kellner	596	227	38,1	189	31,7	− 14,7	85	14,3	− 55,0
Konditoren	260	100	38,5	100	38,5	0,0	600	230,1	500,0
Maler und Lackierer	1150	565	49,1	413	35,9	− 26,9	518	45,0	25,4
Metallarbeiter	43816	25336	57,8	45194	103,1	78,4	72927	166,4	61,4
Maschinen	107	60	56,1	55	51,4	− 8,3	55	51,4	0
Schneider	3966	1900	55,9	581	14,4	− 69,4	2614	65,9	350,0
Schuhmacher und Lederarbeiter	5201	2789	53,6	2659	51,1	− 4,7	3369	64,8	126,7
Textilarbeiter	6305	2304	36,5	2710	43,0	17,8	4300	68,2	186,6
Töpfer	1386	671	48,4	700	50,5	4,3	790	57,0	17,7
Wäger (Danzig)	50	40	80,0	80	80,0	0,0	22	44,0	− 45,0
Zigarren- und Tabakarbeiter	2057	1380	67,1	1631	79,3	18,2	1524	74,1	93,4
Frauen und Mädchen	701	809	115,4	1168	166,1	44,4	1796	256,2	53,8

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### *A. Ungedruckte Quellen*

#### *Bundesarchiv Koblenz*

R 13 I: Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie (Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller)

R 43 I: Akten der Reichskanzlei

Nachlässe: Max Bauer, Lujo Brentano, Eduard David, Otto Geßler, Georg Gothein, Maximilian Harden, Adolf Heinrichs, Siegfried von Kardorff, Erich Koch-Weser, Walter Lambach, Hermann Luppe, Wolfgang Mentzel, Wichard von Moellendorff, Friedrich von Payer, Paul Silverberg, Albert Südekum, Gottfried Traub

Restnachlässe (Kleine Erwerbungen): Friedrich von Berg, Wolfgang Heine, Otto Landsberg, Bernhard Otte, August Weber

Zeitgeschichtliche Sammlung

#### *Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg*

Akten des Reichsmarineamts

Wehrkreisakten

Nachlässe: Kurt von Schleicher und Wilhelm Groener

#### *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn*

Europa Generalia

Deutschland

Weltkrieg

Auswärtiges Amt Weimar

Deutsche Friedensdelegation Paris

Referat Deutschland

Nachlaß Gustav Stresemann

#### *Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem*

Rep. 77: Preußisches Innenministerium (Restakten)

Rep. 84 a: Preußisches Justizministerium

- Rep. 90: Preußisches Staatsministerium (Restakten)  
Rep. A 180: Regierungspräsidium Danzig  
Rep. B 30 I: Regierungspräsidium Bromberg  
Nachlaß Eugen Schiffer
- Staatsarchiv Düsseldorf*  
Regierung Düsseldorf  
Regierung Köln  
Regierung Aachen
- Staatsarchiv Hamburg*  
Sitzungsprotokolle des Arbeiter- und Soldatenrats Hamburg, November 1918 bis  
Januar 1919
- Generallandesarchiv Karlsruhe*  
Abt. 49: Badische Gesandtschaft am Preußischen Hofe  
Abt. 206: Spezialakten Karlsruhe Stadt. Polizei  
Abt. 233: Staatsministerium  
Abt. 236: Ministerium des Innern  
Abt. 335: Bezirksamt Pforzheim
- Staatsarchiv Marburg*  
Bestand 150: Oberpräsidium Kassel  
Bestand 165: Regierung Kassel  
Bestand 175: Polizeipräsidium Kassel  
Bestand 180: Landratsämter Frankenberg, Gelnhausen, Hünfeld
- Geheimes Staatsarchiv München*  
Ministerium des Äußeren  
Bayerische Gesandtschaft Berlin
- Allgemeines Staatsarchiv München*  
Arbeiter- und Soldatenrat  
Ministerium des Innern
- Staatsarchiv Münster*  
Oberpräsidium  
Regierung Münster
- Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam*  
Sitzungsprotokolle des II. Zentralrats  
Nachlässe August Bebel, Eduard Bernstein, Otto Braun, Albert Grzesinski,  
Wolfgang Heine, Paul Hertz, Karl Kautsky, Georg von Vollmar  
Kleine Korrespondenz  
International Federation of Lithographers
- Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes Düsseldorf*  
Nachlässe, Nachlaßreste oder unveröffentlichte Manuskripte von Eduard Bak-  
kert, Karl Dörpinghaus, Franz Josef Furtwängler, Gustav Hülser, Georg Klein,  
Josef Kurth, Wilhelm Piehler, Johann Sassenbach, Fritz Tarnow, Franz Valenti-  
ner, Rudolf Wissell
- Archiv der IG Bergbau und Energie Bochum*  
Nachlässe Heinrich Imbusch und Heinrich Löffler  
Akte Neunerkommission
- Archiv der sozialen Demokratie Bonn-Bad Godesberg*  
Nachlässe Emil Barth, Wilhelm Dittmann, Carl Giebel, Alfred Henke, Carl Seve-  
ring
- Historische Kommission zu Berlin*  
Nachlaß Rudolf Wissell

*Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen*

Hauptverwaltung  
Bergwerksverwaltung  
Nachlaß Paul Reusch

*Werksarchiv der MAN Augsburg*

Nachlässe Richard Buz und Emil Guggenheimer

*Werner von Siemens-Institut für Geschichte des Hauses Siemens, München*

Nachlässe Carl Dihlmann, Otto Henrich und Carl-Friedrich von Siemens

*B. Gedruckte Quellen und Darstellungen*

I. HANDBÜCHER, NACHSCHLAGEWERKE, ALLGEMEINE HILFSMITTEL

- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, 2 Bde., Leipzig 1968/70
- Das Bundesarchiv und seine Bestände. Übersicht. Bearbeitet von Friedrich Facius, Hans Booms, Heinz Boberach, Boppard 1961
- Handbuch der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung Weimar 1919, Biographische Notizen und Bilder. Hrsg. vom Büro des Reichstages, Berlin 1919
- Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909. Bearbeitet von Wilhelm Schröder, München 1910
- Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1907–1911. Hrsg. vom Vorstände der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 1911
- Handbuch der Staatswissenschaft, 3. Aufl., 8 Bde., Jena 1909 ff.
- Handbuch der Staatswissenschaft, 4. Aufl., Jena 1923 ff.
- Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Hrsg. von Ludwig Heyde, 2 Bde., Berlin 1931/32
- Kalkoff, H. (Hrsg.): Nationalliberale Parlamentarier des Reichstags und der Einzellandtage 1867–1917, Berlin 1917
- Kürschners Deutscher Reichstag. Biographisch-statistisches Handbuch, 1912–1917, XIII. Legislaturperiode, VI. Ausgabe, Berlin/Leipzig o. J.
- Kürschners Staats-, Hof- und Kommunalhandbuch des Reichs und der Einzelstaaten. Auf Grund amtlicher Mitteilungen hrsg. von Wilhelm Girr. 29. Ausgabe 1916, München 1917
- Osterroth, Franz: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. I: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960
- Reichstags-Handbuch, 13. Legislatur-Periode, Berlin 1912
- Schultheiß' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilhelm Stahl, N. F. Jg. 30 ff. (1914 ff.), München
- Schwarz, Max: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965
- Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem. Bearbeitet von Hans Branig, Ruth Bliß, Winfried Bliß, 2 Bde., Köln/Berlin 1966/67
- Wenzel, Georg: Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten. Ein Nachschlagebuch über 13 000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit, Hamburg/Berlin/Leipzig 1929

## II. PARLAMENTSPROTOKOLLE, REDEN- UND AKTENAUSGABEN, DOKUMENTENSAMMLUNGEN

- Adelmann, Gerhard (Hrsg.): Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, 2 Bde., Bonn 1960/65
- Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Müller I, 27. März bis 21. Juni 1920. Bearbeitet von Martin Vogt, Boppard 1971
- Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919. Hrsg. von Hagen Schulze, Boppard 1971
- Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin 1919
- Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Auf Grund der Akten der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs hrsg. vom Auswärtigen Amt und vom Reichsministerium des Innern, 2. verm. Aufl., Berlin 1924
- Arbeiterführer als Verräter. Dokumente aus der Kriegszeit. Aus den Akten der Kriegsamtstelle Leipzig, Leipzig 1919
- Auer, Erhard: Das neue Bayern. Politische Reden, München 1919
- Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, hrsg. von Leo Stern, 4 Bde., Berlin 1959
- Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrage des Bayerischen Landtags hrsg. von Pius Dirr, 3. erw. Aufl., München/Berlin 1925
- Berthold, Lothar, und Helmut Neef: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung. November und Dezember 1918. Eine Dokumentation, Berlin 1958
- Braun, Adolf (Hrsg.): Sturmvögel der Revolution. Aktenstücke zur Vorgeschichte der Revolution, Berlin 1919
- Breithaupt, Wolfgang: Volksvergiftung 1914–1918. Dokumente der Vorbereitung des 9. November 1918, Berlin/Leipzig 1925
- Buchner, Eberhard: Revolutionsdokumente. Bd. 1: Im Zeichen der roten Fahne, Berlin 1921
- Buse, Dieter K. (Hrsg.): Parteiagitation und Wahlkreisvertretung. Eine Dokumentation über Friedrich Ebert und seinen Reichstagswahlkreis Elberfeld-Barmen 1910–1918, Bonn 1975
- David, Eduard: Aus Deutschlands schwerster Zeit. Schriften und Reden aus den Jahren 1914–1919, Berlin 1927
- Deist, Wilhelm (Hrsg.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, 2 Teile, Düsseldorf 1970
- Die Deutsche Arbeiterbewegung 1848–1919 in Augenzeugenberichten. Hrsg. von Ursula Schultz, München 1976
- Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, 3 Bde., Berlin 1924
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus bei Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Reihe II, Bd. 1 und 2, 2. Aufl. Berlin 1957/58
- Der Dolchstoß-Prozeß in München, Oktober–November 1925. Eine Ehrenrettung

- des deutschen Volkes. Zeugen- und Sachverständigen-Aussagen. Eine Sammlung von Dokumenten, München 1925
- Drahn, Ernst und Susanne Leonhard: Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin 1920
- Duisberg, Carl: Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1882–1921. Hrsg. zu seinem 60. Geburtstage vom Aufsichtsrat und Direktorium der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Berlin/Leipzig 1923
- Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden, 2 Bde., Dresden 1926
- Ernst, Fritz: Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, Stuttgart 1958
- Geiss, Imanuel: Juli-Krise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung. 2 Bde., Hannover 1963/64
- Haase, Hugo: Reichstagsreden gegen die deutsche Kriegspolitik, Berlin 1919
- Helfferrich, Karl: Reden und Aufsätze aus dem Kriege, Berlin 1917
- Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Düsseldorf 1959
- Janßen, Karl-Heinz (Hrsg.): Die graue Exzellenz. Zwischen Staatsräson und Vasallentreue. Aus den Papieren des kaiserlichen Gesandten Karl Georg von Treutler, Frankfurt/Berlin/Wien 1971
- Die Kämpfe der Arbeiterklasse unserer Heimat von 1878 bis 1935 im Spiegel der Kreis- und Amtshauptmannschaftlichen Akten. Eine Dokumentenauswahl in 2 Bänden. Hrsg. vom Pädagogischen Kreiskabinett Bischofswerda, Fachkommission Geschichte, 1962
- Liebknecht, Karl: Gesammelte Reden und Schriften, 8 Bde., Berlin 1958–66
- Ludendorff, Erich (Hrsg.): Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916–1918, 2. Aufl., Berlin 1921
- Meinecke, Friedrich: Politische Reden und Schriften, Hrsg. und eingeleitet von Georg Kotowski, Darmstadt 1958
- Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx. Bearbeitet von Hugo Stehkämper. 4 Bde., Köln 1968
- Politik in Bayern 1919–1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971
- Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962
- Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, 2 Teile, Düsseldorf 1969
- Richtlinien und Verordnungen für Arbeiter- und Soldatenräte. Hrsg. von der Auskunftsstelle des Vollzugsrates, o. O., o. J.
- Ritter, Gerhard A. und Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918/19. Dokumente, Frankfurt/Hamburg 1968
- Schadt, Jörg (Hrsg.): Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932, Stuttgart 1977
- Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 305 ff.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. 2. – 8. 3. 1919, München 1919
- Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Berlin 1932

- Tirpitz, Alfred von: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkrieg. Politische Dokumente, Hamburg/Berlin 1926
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearbeitet von Herbert Michaelis, Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Berlin o. J.
- Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919. Stenographische Berichte Nr. 1-10 von der 1. Sitzung am 8. November 1918 bis zur 10. Sitzung am 3. Januar 1919, München 1919
- Weber, Max: Gesammelte politische Schriften. Neu hrsg. von Johannes Winkelmann, 2. erw. Aufl., Tübingen 1958
- Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, 19. 12. 1918-8. 4. 1919. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968
- Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920. Bearbeitet von Heinz Hürten, Düsseldorf 1977

### III. ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

- Arbeit und Zukunft. Nachrichtenblatt für die Arbeiter- und Bauernräte des Volksstaates Bayern. Hrsg. vom Vollzugsrat der Arbeiter- und Bauernräte Bayerns, München, Januar - April 1919
- Der Arbeiter. Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Hrsg. vom Gesamtvorstande, Berlin, 19.-24. Jg., 1915-1920
- Der Arbeiter. Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, München, 25.-31. Jg., 1914-1920
- Die Arbeiterbewegung. Wochenberichte über die politischen und gewerkschaftlichen Strömungen in der Arbeiterschaft. Hrsg. vom Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände. Als Handschrift gedruckt. Berlin, Jgg. 1914-1919
- Der Arbeiterrat. Organ der Arbeiterräte Deutschlands (1. Jg.). Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands (2. Jg.), Berlin 1919-1920
- Der Arbeitgeber. Mitteilungen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, Jgg. 1914-1919
- Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 39-49, Tübingen, 1915-1920
- Die bayerische Industrie. Organ des Verbandes bayerischer Industrieller, München, Jgg. 1916-1920
- Beamten-Jahrbuch. Vierteljahresschrift für die gesamte Beamtenbewegung, hrsg. von Albert Falkenberg und Heinz Potthoff, Stuttgart, Jgg. 1915-1920
- Der Betriebsrat in der Holzindustrie. Beilage der Holzarbeiter-Zeitung, Berlin, Jg. 1920
- Betriebsrätezeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie. Hrsg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, 1. Jg. 1920
- Der Bund. Nachrichtenblatt des Bürgerrats von Groß-Berlin, Berlin, Jgg. 1-2, 1919-1920
- Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, 24.-30. Jg., 1914-1920
- Demokratische Partei-Korrespondenz, Berlin, Jgg. 1919-1920
- Deutsche Arbeit. Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, Köln, 1.-5. Jg., 1916-1920
- Deutsche Arbeitgeber-Zeitung. Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber-Verbände,



- Berlin, 13.–18. Jg., 1914–1919
- Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz, Berlin, 40.–44. Jg., 1915–1919
- Deutsche Wacht. Wochenschrift der Deutschen Vereinigung, Bonn, 7.–13. Jg., 1914–1920
- Deutscher Hilfsbund. Wochenschrift des Deutschen Hilfsbundes für kriegsverletzte Offiziere, Berlin, Jgg. 1916–1919
- Führer-Korrespondenz. Zeitschrift für das soziale Vereinswesen. Organ der Arbeitsgemeinschaft für soziale und staatsbürgerliche Bildung. Neue Folge der Präsidial-Korrespondenz. Hrsg. von August Pieper, Müchengladbach, 35.–36. Jg., 1922–1923
- Der geistige Arbeiter. Zeitschrift mit Bildschmuck für die akademische Welt, Königsberg, Januar–Mai 1919
- Geschäftliche Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Berlin, 1. Jg. 1919
- Der Geschäftsführer im Volksverein für das katholische Deutschland. Hrsg. von der Zentralstelle, Müchengladbach, Jgg. 1919–1920
- Der Gewerkverein. Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.), Berlin, 46.–52. Jg., 1914–1920
- Glaube und Arbeit. Organ des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. Katholisch-soziale Monatsschrift. Soziale Revue – Neue Folge, München, 1.–3. Jg., 1917–1919
- Die Glocke. Sozialistische Wochenschrift. Hrsg. von Parvus, Berlin, 1.–4. Jg., 1915–1919
- Glückauf. Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift, Essen, 52.–55. Jg., 1916–1919
- Der Hamburger Hafenarbeiter. Organ des Hamburger Hafenarbeiter-Vereins, Hamburg, Jgg. 1917–1919
- Hansa-Bund. Offizielles Organ des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, Berlin, Jgg. 1918–1919
- Internationale Korrespondenz. Über Arbeiterbewegung, Sozialismus und auswärtige Politik, Berlin, 1.–5. Jg., 1914–1918
- Der Internationalist. Flugzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands, Bremen (1919: Organ der Internationalen Kommunisten Deutschlands, sodann: Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Nordwest), Jgg. 1918–1919
- Korrespondenz des Bundes der Landwirte. Als Manuskript gedruckt, Berlin, Jgg. 1917–1920
- Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Als Manuskript gedruckt, Berlin, 3. Jg. 1914
- Kriegsamt. Amtliche Mitteilungen und Nachrichten. Berlin, 1917–1918
- Leipziger Betriebsrat. Hrsg. vom Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipzig, 1. Jg. 1920
- Mitteilungen an die Geschäftsführer und Förderer des Volksvereins für das katholische Deutschland. Hrsg. von der Zentralstelle, 2. Folge Nr. 9–17, Müchengladbach 1914–1918
- Mitteilungen aus der Konservativen Partei. Centralorgan der konservativen Vereine Deutschlands. Hrsg. vom Hauptverein der Deutsch-Konservativen, Berlin, 8.–11. Jg., 1915–1918
- Mitteilungen der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin, Jgg. 1919–1920
- Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei, Berlin 1917–1918
- Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin, Jgg. 1918–1920

- Mitteilungen des Deutschnationalen Volksvereins »Berlin-Nordwest«, Berlin, 15.–17. Jg., 1919–1921
- Mitteilungen des Hansa-Bundes, Berlin, Jgg. 1916–1919
- Mitteilungen des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Zwanglose Folge, Essen, 6.–11. Jg., 1915–1920
- Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, Jgg. 1915–1920
- Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte, München 1919
- Mitteilungen für den Mittelrheinischen Fabrikanten-Verein. Hrsg. von dem Verbands-Vorstande, Mainz, Jgg. 1916–1920
- Mitteilungen für die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, Berlin, Jg. 1918
- Mitteilungen für die Mitglieder des Verbandes Berliner Metallindustrieller, Berlin, 2. Jg. 1920
- Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung, Berlin, Jgg. 1916–1917
- Mitteilungsblatt für die Mitglieder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Als Handschrift gedruckt, Berlin, Jgg. 1915–1918
- Nachrichten des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Jg. 1920
- Nachrichten für Bauern- und Landarbeiterräte. Hrsg. von der Nachrichtenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums, Berlin, Jg. 1919
- Nachrichtenblatt. Hrsg. vom Reichsbürgerrat, Landesverband Sachsen, Leipzig, Jgg. 1919–1922
- Nationalliberale Correspondenz. Im Auftrage der Reichsgeschäftsstelle der Nationalliberalen Partei (ab 1919: Deutschen Volkspartei) hrsg., Berlin, 43.–47. Jg., 1916–1920
- Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart, 33.–38. Jg., 1914/15–1919/20
- Präsides-Korrespondenz. Zeitschrift für das katholische soziale Vereinswesen. Unter Mitwirkung von Präsides hrsg. von August Pieper, Münchengladbach, 29.–33. Jg., 1916–1920
- Der Reichsbürger. Amtliche Zeitschrift der deutschen Bürgerräte. Hrsg. vom Präsidium des Reichsbürgerrats, Berlin, Jg. 1–2, 1919–1920/21
- Die Rundschau. Organ des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands, Bielefeld/Berlin, Jgg. 1915–1920
- Sächsische Industrie. Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, Dresden, 12.–17. Jg., 1915/16–1920/21
- Sozialdemokratische Partei-Correspondenz, Berlin, 9.–15. Jg., 1914–1920
- Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt, München/Leipzig, XXIV.–XXIX. Jg., 1914–1919
- Soziale Revue. Katholische internationale Halbmonatsschrift, hrsg. von A. Retzbach und C. Walterbach, München, Jg. 1920
- Sozialistische Monatshefte, Berlin, 20.–25. Jg., 1914–1919
- Sozialpolitische Korrespondenz des Volksvereins für das katholische Deutschland. Als Manuskript gedruckt. Münchengladbach, Jgg. 1917–1920
- Der Thüringer Landbund. Wochenblatt für die im Thüringer Landbund zusammengeschlossenen Bauernvereinigungen, Weimar, 1. Jg. 1920
- Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Centralverbandes Deutscher Industrieller, Berlin, 1915–1918
- Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller, Dresden, Heft XXI bis IL

- Der Werkverein. Wochenschrift für die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung, Essen, 4.-8. Jg., 1914-1918
- Westdeutsche Arbeiterzeitung. Verbandszeitung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, Münchengladbach, Jgg. 1916-1920
- Westfälische Politische Nachrichten. Korrespondenz der Deutschen Volkspartei für Westfalen, Dortmund, Jgg. 1919-1920
- Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Monatsschrift für die Mitglieder der Betriebsvertretungen und Mitteilungsblatt des Gewerkschaftsringes, Berlin, Jg. 1920
- Wirtschaftsfriede. Organ des Bezirksverbandes Saar des Bundes deutscher Werkvereine, des nationalen Bergarbeiterverbandes der Königlichen Bergwerke im Saargebiet und des Verbandes der nationalen Werk- und vaterländischen Arbeitervereine Elsaß-Lothringens, 4.-6. Jg., 1916-1918
- Wochenschrift der Handelskammer zu Düsseldorf für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf, Düsseldorf, 13.-15. Jg., 1917-1919
- Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Krefeld, 14.-20. Jg., 1914-1920
- Zwanglose Mitteilungen für die Mitglieder des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten, Berlin, 15.-20. Jg., 1915-1920

#### IV. BERICHTE UND PROTOKOLLE VON ARBEITNEHMERORGANISATIONEN, UNTERNEHMERVERBÄNDEN UND PARTEIEN

##### A. Arbeitnehmerorganisationen

###### 1. Freie Gewerkschaften

###### a) Zentrale Institutionen

- Internationaler Gewerkschaftsbund, Bericht für die Jahre 1913 bis 1917, Berlin 1917
- Protokolle der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, Geschäftsperiode 1914-1917, 1.-7. Konferenz (Juni 1914 - Juli 1915), Berlin 1915
- Beschlüsse der Konferenzen von Vertretern der Zentralverbandsvorstände, Berlin 1919
- Gewerkschaften und Arbeiterräte. Auszug aus dem Protokoll der Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände vom 25. April 1919, Berlin 1919
- Beschlüsse der 1. bis 12. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auszug aus den ungedruckten Protokollen der Ausschusssitzungen vom Juli 1919 bis März 1921, Berlin 1928
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Rechenschaftsbericht vom 1. 6. 1914 bis 31. 6. 1919, Berlin 1919
- Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für 1917, Berlin 1918
- Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Jgg. 1922-1924
- Die Regelung des Arbeitsnachweises. Protokoll der Verhandlungen einer auf Veranlassung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 10. 2. 1915 in Berlin abgehaltenen Konferenz betr. Regelung des Arbeitsnachweises, Berlin 1915
- Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestellten-

- verbände am 12. Dezember 1916 in Berlin betr. das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, Berlin 1917
- Protokoll der Verhandlungen des 9. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu München vom 22. bis 27. Juni 1914, Berlin o. J.
- Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919, Berlin 1919
- Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands vom 5. bis 7. Oktober 1920 in Berlin, Berlin 1920
- Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, abgehalten am 19. und 20. August 1921 in Kassel, Berlin 1921
2. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, abgehalten am 17. und 18. Juni 1922 in Leipzig, Berlin 1922
  3. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, abgehalten am 6. und 7. August 1925 in Hamburg, Berlin 1925

b) Einzelverbände

- Zentralverband der Angestellten, Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. 10. 1919 bis 31. 12. 1920, Berlin 1921
- Zentralverband der Angestellten, Protokoll des 1. Verbandstages, abgehalten vom 29. Mai bis 4. Juni 1921 in Weimar, Berlin o. J.
- Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Jahrbuch, Jgg. 1914–1920, Hamburg
- Zentralverband der Bäcker usw., Protokoll über die Verhandlungen des 14. ordentl. Verbandstages vom 6. bis 10. Mai 1918 in Leipzig, Hamburg 1918
- Zentralverband der Bäcker usw., Protokoll über die Verhandlungen des 15. (außerordentl.) Verbandstages vom 5. bis 10. Mai 1920 in Nürnberg, Hamburg 1920
- Deutscher Bauarbeiterverband, Jahrbuch, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Hamburg, Jgg. 1914–1920
- Deutscher Bauarbeiterverband, Löhne und Arbeitszeit im Baugewerbe 1910, 1916, 1919, 1920, 1921, Hamburg 1922
- Deutscher Bauarbeiterverband, Protokoll über die Verhandlungen des 2. ordentl. Verbandstages, abgehalten zu Nürnberg vom 11. bis 16. März 1918, Hamburg 1918
- Deutscher Bauarbeiterverband, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Verbandstages, abgehalten zu Weimar vom 4. bis 6. Mai 1919, Hamburg 1919
- Deutscher Bauarbeiterverband, Niederschrift über die Verhandlungen des 3. ordentl. Verbandstages. Abgehalten zu Karlsruhe vom 8. bis 14. Mai 1920, Hamburg 1920
- Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe. Abgehalten am 5. und 6. Februar 1920 in Hamburg, Hamburg 1920
- Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, Geschäftsbericht und Jahresabrechnung über die Bewegung im Jahre 1914, Berlin 1915
- Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, Abrechnung für das Geschäftsjahr 1915. Bericht und Resultat der Lohnbewegung 1916, Berlin 1916
- Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, Geschäfts- und Kassenbericht

- für das Geschäftsjahr 1916, Berlin 1917; dass. 1917 (1918); 1918 (1919)  
Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin, Geschäftsbericht über die Bewegung im Jahre 1919 und Jahresabrechnung, Berlin 1920; dass. für 1920 (1921)
- Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Geschäftsbericht für die Jahre 1913 und 1914, Bochum 1916  
dass. für 1915 und 1916 (1917)  
dass. für 1917 und 1918 (1919)
- Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch 1919, Bochum 1920  
dass. 1920 (1921)  
dass. 1921 (1922)
- Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Protokoll der 21. Generalversammlung zu Bielefeld, abgehalten vom 15. bis 21. Juni 1919, Bochum 1919
- Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Protokoll der außerordentlichen (22.) Generalversammlung. Abgehalten zu Bochum vom 24. bis 26. Januar 1920, Bochum 1920
- Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Protokoll der 23. Generalversammlung, abgehalten vom 29. Mai bis 4. Juni 1921 zu Gießen, Bochum 1921
- Tagungsbericht von der 1. Reichsjugend-Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, abgehalten am 26. und 27. 9. 1921 in Bochum. Hrsg. von der Jugendzentrale des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Schriften für die Bergarbeiterjugend, Nr. 2)
- Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Protokoll der 7. ordentl. Generalversammlung, abgehalten zu Würzburg vom 23. bis 26. Juni 1919, Berlin 1919
- Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Jahrbuch für 1914, Berlin 1915  
dass. für 1915 (1916)      dass. für 1919 (1920)  
dass. für 1916 (1917)      dass. für 1920 (1921)  
dass. für 1917 (1918)
- Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter usw., Verwaltung München, Jahresbericht für 1914, München 1915
- Der Deutsche Buchbinder-Verband im Jahre 1914, Berlin 1915  
dass. 1915 (1916)      dass. 1917 (1918)  
dass. 1916 (1917)      dass. 1918 (1919)
- Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands im Jahre 1919. Bericht des Vorstands, Berlin 1920  
dass. 1920 (1921)
- Handbuch für die Bevollmächtigten des Deutschen Buchbinder-Verbandes. Hrsg. vom Verbandsvorstand, Berlin 1908
- Protokoll der Verhandlungen des 13. Verbandstages des Deutschen Buchbinder-Verbandes. Abgehalten in Würzburg vom 28. Juli bis 4. August 1919, Berlin o. J.
- Protokoll der Verhandlungen des 14. Verbandstages des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, abgehalten vom 15. bis 20. Mai 1922 in Kasel, Berlin o. J.
- Mitteilungen für die Mitglieder des Deutschen Buchbinder-Verbandes der Zahlstelle Berlin, Jgg. 1914-1918

- Verband der Deutschen Buchdrucker, Rechenschaftsberichte 1914. Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. 4. 1914 bis 31. 3. 1915, Berlin 1915  
 dass. 1915 (1916)      dass. 1917 (1918)  
 dass. 1916 (1917)      dass. 1918 (1919)  
 dass. 1919 (1920)
- Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1914, Berlin 1915  
 dass. für 1915 (1916)  
 dass. für 1916 (1917)
- Verband der Bureauangestellten, Protokoll der Verhandlungen des III. Verbandstages. Abgehalten vom 3. bis 5. November 1918 zu Berlin, Berlin 1919
- Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Geschäfts-Bericht für die Jahre 1914/15, Frankfurt 1916  
 dass. für die Jahre 1916/17 (1918)
- Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Gewolltes und Vollbrachtes! Geschäfts-Bericht des Zentralvorstandes 1918/1919, Frankfurt 1920
- Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Beschwerliche Arbeit 20/21. Geschäftsbericht für die Jahre 1920 und 1921 und Protokoll des 13. Verbandstages vom 13. bis 17. November 1921 in Thale am Harz, Frankfurt 1922
- Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des 12. Verbandstages in Frankfurt am Main vom 25. bis 29. Mai 1919, Frankfurt 1919
- Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Statut nach den Beschlüssen des Verbandstages 1919 zu Frankfurt a. M., Frankfurt o. J.
- Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Was müssen unsere Kollegen vom Reichstarifvertrag wissen? Erläuternde Besprechung der einzelnen Bestimmungen, hrsg. vom Verbandsvorstand, Frankfurt 1919
- Protokoll der Ersten Konferenz der Vertreter der Ortsgruppen, Bezirksleiter und Vorstandsmitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, abgehalten am 28. und 29. November 1917 in Berlin, Berlin 1918
- Deutscher Eisenbahner-Verband, Rechenschafts-Bericht des Vorstandes vom 1. April 1919 bis 1. Juli 1920, Berlin 1920
- Deutscher Eisenbahner-Verband, Protokoll der Verhandlungen der 1. Generalversammlung, abgehalten in Jena vom 25. bis 31. Mai 1919, und Tätigkeitsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 1. April 1919, Berlin 1919
- Deutscher Eisenbahner-Verband, Protokoll der Verhandlungen der außerordentlichen Generalversammlung, abgehalten in Dresden vom 12. bis 18. September 1920, Berlin o. J.
- Protokoll über die Verhandlungen auf der Reichsbeamtenkonferenz des Deutschen Eisenbahner-Verbandes am 13. und 14. 2. 1921 zu Berlin. Hrsg. von der Beamtenabteilung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, o. O., o. J.
- Protokoll der Reichskonferenz der Eisenbahn-Arbeiterräte Deutschlands. Abgehalten vom 3. bis 5. April 1919 zu Frankfurt a. M., Frankfurt 1919
- Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für das Jahr 1913, hrsg. vom Vorstand, Hannover 1914  
 dass. für 1914 (1915)      dass. für 1916 (1917)  
 dass. für 1915 (1916)      dass. für 1917 (1918)

- dass. für 1918 (1919)      dass. für 1920 (1921)  
dass. für 1919 (1920)
- Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des ersten außerordentlichen Verbandstages. Abgehalten vom 17. bis 20. Dezember 1917 zu Hannover, Hannover 1918
- Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des 13. ordentl. Verbandstages zu Hannover, abgehalten vom 11. bis 17. 7. 1920, Hannover o. J.
- Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des 14. ordentl. Verbandstages zu Frankfurt a. M., abgehalten vom 9. bis 14. Juli 1922, Hannover o. J.
- Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, Geschäftsbericht 1913–1919 und Protokoll des 7. ordentl. Verbandstages, Berlin 1919
- Zentralverband der Fleischer usw., Geschäftsbericht 1919–1922 und Protokoll des 8. ordentl. Verbandstages vom 7.–10. Mai 1922 in Halberstadt, Berlin o. J.
- Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 30. April 1920 und Verhandlungsbericht der 11. Generalversammlung. Abgehalten vom 23. bis 26. Juli 1920 zu Berlin, Berlin o. J.
- Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Mai 1920 bis 30. Juni 1925 und Verhandlungsbericht des 12. Verbandstages. Abgehalten vom 27. bis 29. September 1925 in Erfurt, Berlin 1925
- Verband der Gastwirtsgehilfen, Geschäftsbericht der Hauptverwaltung 1914, Berlin 1915
- Verband der Gastwirtsgehilfen, Geschäftsbericht der Hauptverwaltung vom 1. 1. 1915 bis 30. 6. 1919, Berlin 1919
- Verband der Gastwirtsgehilfen, Geschäftsbericht der Hauptverwaltung vom 1. 7. 1919 bis 31. 12. 1920, Berlin 1921
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Jahresbericht 1914, Berlin 1915  
dass. 1915 (1916)      dass. 1918 (1919)  
dass. 1916 (1916)      dass. 1919 (1920)  
dass. 1917 (1918)      dass. 1920 (1921)
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Protokoll über die Verhandlungen des 8. Verbandstages. Abgehalten vom 1. bis 6. September 1919 in Nürnberg, Berlin 1919
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Protokoll über die Verhandlungen des 9. Verbandstages vom 20. bis 26. August 1922 in Magdeburg, Berlin 1922
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter am 20., 21. und 22. Januar 1922 in Kassel, Berlin 1922
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, Bericht über das Geschäftsjahr 1917/1918, Berlin 1918  
dass. 1918/1919 (1919)  
dass. 1919/1920 (1920)  
dass. 1920/1921 (1921)
- Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Dresden, Geschäftsbericht 1919–1926, Dresden 1927

- Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Jahres- und Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes auf die Jahre 1918 und 1919, Berlin 1920  
dass. 1920 (1921)
- Zentralverband der Glasarbeiter usw., Protokoll der 12. ordentlichen Generalversammlung, abgehalten vom 8. bis 13. Juni 1919 in Jena, Berlin 1919
- Zentralverband der Glasarbeiter usw., Protokoll der 13. ordentlichen Generalversammlung in Weißwasser vom 12. bis 18. Juni 1921, Berlin 1921
- Zentralverband der Glaser und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des 14. Verbandstages. Abgehalten vom 7. bis 9. Dezember 1919 zu Erfurt, Karlsruhe 1920
- Deutscher Holzarbeiter-Verband, Jahrbuch 1914, Berlin 1915  
dass. 1915 (1916)      dass. 1918 (1919)  
dass. 1916 (1917)      dass. 1919 (1920)  
dass. 1917 (1918)      dass. 1920 (1921)
- Verband der Holzarbeiter, Almanach für das Jahr 1917, Berlin o. J.  
dass. für 1918  
dass. für 1919  
dass. für 1920
- Feldpost-Zeitung für die im Felde stehenden Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Hrsg. vom Verbands-Vorstand, Berlin, Nr. 1-4, Juni 1916 bis Oktober 1918
- Deutscher Holzarbeiter-Verband, Protokoll des 11. ordentl. Verbandstages. Abgehalten zu Berlin vom 15. bis 21. Juni 1919, Berlin 1919
- Protokoll des außerordentlichen Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Abgehalten zu Berlin vom 25. bis 27. April 1920, Berlin 1920
- Deutscher Holzarbeiterverband, Protokoll des 12. ordentl. Verbandstages. Abgehalten zu Hamburg vom 5. bis 11. Juni 1921, Berlin 1921
- Deutscher Holzarbeiterverband, Bericht der Verwaltungsstelle Berlin für das Jahr 1918, Berlin 1919  
dass. für 1920 (1921)
- Verband der Hut- und Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Jahresbericht und Abrechnung für das Jahr 1914. Hrsg. vom Verbandsvorstand, Altenburg o. J.  
dass. für 1915  
dass. für 1918
- Deutscher Kürschner-Verband, Jahres-Bericht für 1914, Hamburg 1915  
dass. für 1915 (1916)  
dass. für 1916 (1917)  
dass. für 1917 (1918)
- Deutscher Kürschner-Verband, Berichte über die Jahre 1918 und 1919, Leipzig 1920
- Geschäftsbericht des Deutschen Landarbeiter-Verbandes für die Jahre 1914-1919, Berlin 1920
- Niederschrift der 2. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes zu Berlin vom 16. bis 21. 2. 1920, Berlin 1920
- Deutscher Landarbeiterverband, Bericht des Verbandsvorstandes über die Verbands-



- arbeit in den Jahren 1920–1922; Niederschrift von der 3. Generalversammlung am 17./18. 9. 1923, Berlin 1926
- Niederschrift über die Konferenz der Gauleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes zu Berlin am 3., 4. und 5. Dezember 1919. Hrsg. vom Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Berlin 1920
- Niederschrift der Verhandlungen auf der Konferenz des Verbandsvorstandes mit den Gauleitern vom 1. bis 4. September 1920 in Berlin. Hrsg. vom Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Berlin 1920
- Niederschrift der Verhandlungen auf der Konferenz des Verbandsvorstandes mit den Gauleitern vom 31. 1. bis 2. 2. 1921 im Verbandshaus, Berlin. Hrsg. vom Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Berlin 1921
- Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Jahresbericht des Zentralvorstandes für das Jahr 1914, Berlin o. J.
- dass. für 1915           dass. für 1918  
dass. für 1916           dass. für 1919  
dass. für 1917           dass. für 1920
- Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands, Protokoll der Verhandlungen der 15. ordentl. Generalversammlung. Abgehalten am 14. und 15. Februar 1916 in Berlin, Hamburg 1916
- Verband der Maler usw., Protokoll der Verhandlungen der 16. ordentl. Generalversammlung. Abgehalten vom 16.–21. Juni 1919 in Würzburg, Hamburg 1919
- Richtlinien und Anleitungen für die gemeinsame Tätigkeit der Arbeiter- und Gehilfenverbände des Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbes und Protokoll der gemeinsamen Verhandlungen von Vertretern dieser Verbände am 29. und 30. November 1916 in Berlin. Hrsg. von den Vorständen der Arbeitgeber- und Gehilfenverbände des Malergewerbes, Hamburg o. J.
- Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Protokoll der 13. ordentl. Generalversammlung vom 8.–13. Juni 1919 in Halle a. S., Berlin 1919
- Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Bericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. 1. 1919–31. 12. 1920, Hamburg 1921
- Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1913. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder. Hrsg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1914
- dass. 1914 (1915)           dass. 1917 (1918)  
dass. 1915 (1916)           dass. 1918 (1919)  
dass. 1916 (1917)           dass. 1919 (1920)
- Die 12. ordentl. General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Abgehalten in Berlin vom 28. Juni bis 3. Juli 1915. Anträge zur Generalversammlung, Protokoll der Verhandlungen und Bericht des Ausschusses, Stuttgart o. J.
- Die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Köln. Abgehalten vom 27.–30. Juni 1917. Anträge zur Generalversammlung, Protokoll der Verhandlungen und Bericht des Ausschusses, Stuttgart o. J.
- Bericht über den Stand der Jugendarbeit im Deutschen Metallarbeiterverband, Stuttgart 1920
- Protokoll der Reichskonferenz der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organi-

- sierten Arbeiterschaft der Waggon- und Lokomotivfabriken Deutschlands am 8. und 9. August 1920 in Gotha, Stuttgart o. J.
- Protokoll über die Reichskonferenz der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Eisenbahnwerkstättenarbeiter vom 17. April 1921 in Leipzig, Stuttgart o. J.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1917, Berlin o. J.  
dass. 1918  
dass. 1919
- Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für das Jahr 1920, Berlin o. J.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Dresden, 28. Geschäftsbericht über das Jahr 1920, Dresden 1921
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirk Frankfurt a. M., Geschäftsbericht über das Jahr 1920, Frankfurt o. J.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Hamburg, Geschäftsbericht über das Jahr 1920, Hamburg 1921
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Kassel, Geschäftsbericht für das Jahr 1919, o. J.  
dass. für 1920
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Magdeburg, Geschäftsbericht über die Jahre 1920 bis 1929, Magdeburg 1930
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Kreisverwaltungsstelle Mainz, Geschäftsbericht über die Jahre 1915–1920, Mainz o. J.
- Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands, Protokoll der ordentl. Generalversammlung 1919. Abgehalten vom 7.–14. 9. 1919 in Markredwitz, Charlottenburg 1919
- Verband der Porzellan- usw. -Arbeiter, Protokoll der ordentl. Generalversammlung 1922. Abgehalten vom 9.–16. Juli 1922 in Dresden, Charlottenburg 1922
- Verband der Sattler und Portefeuller, 25 Jahre Sattler-Organisation, 1889–1914, Berlin 1914
- Verband der Sattler und Portefeuller, Unser Kriegsbuch. Eine Darstellung der Kriegswirkungen im Sattler- und Portefeullergewerbe und Erstattung des Verwaltungsberichts über die Jahre 1912 bis einschließlich 1918 an den Verbandstag in Nürnberg am 15. 9. 1919, Berlin 1919
- Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband, Jahrbuch 1920, Berlin 1921
- Verband der Sattler und Portefeuller, Protokoll des 3. ordentl. Verbandstages vom 15.–20. September 1919 in Nürnberg, Berlin 1919
- Verband der Schiffszimmerer, Geschäftsberichte über die Jahre 1919 und 1920, Hamburg 1921
- Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder 1918/19, Nürnberg 1920  
dass. 1920 (1921)
- Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Die Konferenz der Betriebsräte der

- Schuhindustrie. Abgehalten in Nürnberg am 9., 10. und 11. August 1920. Protokoll der Verhandlungen, Nürnberg 1920
- Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Protokoll der Verhandlungen des 17. Verbandstages. Abgehalten zu Bremen vom 27.–31. 10. 1919, Bremen o. J.
- Verband der Tapezierer und verw. Berufsgenossen Deutschlands, Jahresbericht für das Jahr 1914, Berlin 1915  
dass. 1915 (1916)    dass. 1916 (1917)
- Verband der Tapezierer, Jahresbericht für das Jahr 1918 und Bericht an den im August 1919 stattfindenden Verbandstag, Berlin 1919
- Protokoll der Städtekonferenz des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, abgehalten am 28. und 29. März 1918 im Gewerkschaftshaus Berlin, o. O. o. J.
- Deutscher Textilarbeiter-Verband, Jahrbuch 1914/1915, Berlin 1916  
dass. 1916 (1917)    dass. 1919 (1920)  
dass. 1917 (1918)    dass. 1920 (1921)  
dass. 1918 (1919)
- Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Textilarbeiter und verwandter Berufe zu Bamberg am 23. Juli 1916. Beteiligte Verbände: Deutscher Textilarbeiter-Verband, Gewerkverein deutscher Textilarbeiter, H.-D. (Spremburg), Verband der Schneider (Berlin); Verband der Hutmacher (Altenburg), Verband der Schuhmacher (Nürnberg), Berlin 1916
- Stenographischer Bericht über die Konferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes für das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten am 6. und 7. April 1918 in Dresden, Berlin 1918
- Deutscher Textilarbeiter-Verband, 2. Konferenz der deutschen Tucharbeiter in Leipzig 1918. Verhandlungsbericht. Berlin 1918
- Der Kongreß der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse der Textilindustrie, abgehalten zu Leipzig am 22. und 23. 2. 1920. Protokoll der Verhandlungen, o. O. o. J.
- Gau-Konferenz des Gau VII des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Augsburg am 20. und 21. September 1919, Augsburg 1919
- Deutscher Textilarbeiterverband, Gau-Konferenz des Gau IX in Wunsiedel am 17. und 18. Mai 1919, Plauen 1919
- Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Verwaltungsbericht des Zentralvorstandes für das Jahr 1914, Berlin o. J.  
dass. 1915    dass. 1918  
dass. 1916    dass. 1919  
dass. 1917    dass. 1920
- Zentralverband der Töpfer usw., Protokoll der 11. Generalversammlung in Nürnberg. Abgehalten vom 23.–28. Juni 1919, Berlin 1919
- Zentralverband der Töpfer usw., Protokoll der (außerordentl.) Generalversammlung in Meißen. Abgehalten vom 18.–22. September 1920, Berlin 1920
- Deutscher Transportarbeiterverband, 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit, Berlin 1922
- Deutscher Transportarbeiterverband, Jahrbuch 1916, hrsg. vom Vorstandsvorsitzenden, Berlin 1917  
dass. 1917 (1918)    dass. 1919 (1920)  
dass. 1918 (1919)    dass. 1920 (1921)

- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Protokoll des 10. Verbandstages. Abgehalten zu Stuttgart vom 22.–27. Juni 1919, Berlin 1919
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Protokoll der 1. Reichskonferenz der Betriebsräte des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Abgehalten vom 20.–22. Juni 1921 in Berlin, Berlin 1921
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Protokoll der 3. Konferenz der Kraftwagenführer Deutschlands am 22./23. August 1919 in Stuttgart, Berlin o. J.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Protokoll der 4. Konferenz der Kraftwagenführer Deutschlands vom 17.–19. Januar 1920 in Berlin, Berlin 1920
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Protokoll der Konferenz von Vertretern der im Post- und Telegrafenebetriebe Beschäftigten vom 20.–22. Oktober 1919 zu Berlin, Berlin o. J.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk-Groß-Berlin, Jahresbericht der Bezirksverwaltung für das Jahr 1918, o. J.  
 dass. für 1919  
 dass. für 1920
- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Hamburg, Jahresbericht 1918/19, Hamburg 1920  
 dass. 1920 (1921)

c) Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate

- Gewerkschaftskommission Barmen-Elberfeld, Jahrbuch für 1914, Barmen o. J.  
 dass. für 1915
25. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und Bericht des Arbeitersekretariats Berlin für das Jahr 1914, Berlin 1915  
 dass. 26.–31., 1915–1920 (1916–1921)
- Bremische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1914. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells, Bremen 1915  
 dass. 1916 (1916)
- Gewerkschaftskartell Bremen, Jahresbericht 1916 nebst Bericht des Arbeitersekretariats, Bremen 1917
- Jahresbericht des Arbeitersekretariats Breslau nebst Bericht über den Stand der Breslauer Gewerkschaften, 18. Geschäftsjahr 1917, Breslau o. J.  
 dass. 19. Geschäftsjahr 1918
- Jahresbericht des Arbeitersekretariats Darmstadt für das Geschäftsjahr 1914, Darmstadt 1915  
 dass. 1915 (1916)  
 dass. 1916 (1917)
- Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells Darmstadt für das Geschäftsjahr 1917, Darmstadt 1918
- Bericht des Gewerkschaftskartells Darmstadt für 1918, Darmstadt 1919
- Bericht des Gewerkschafts-Kartells und des Arbeitersekretariats Darmstadt, Geschäftsjahr 1919, Darmstadt o. J.  
 dass. Geschäftsjahr 1920
- Jahrbuch der Dresdner Gewerkschaften 1918. 14. Jahresbericht des Arbeitersekretariats, 26. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells, Dresden 1919
- Jahrbuch der Dresdner Gewerkschaften 1920, Dresden 1921

- Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M., Geschäftsbericht für die Jahre 1915, 1916, 1917, Frankfurt 1918
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Frankfurt a. M., Geschäftsbericht für die Jahre 1918–1921, Frankfurt 1922
- Die Gewerkschaftsbewegung in Halle im Jahre 1917. Jahresbericht des Gewerkschaftskartells und der mit ihm verbundenen Einrichtungen, insbesondere des Arbeitersekretariats, Halle 1918  
dass. für 1918 (1919)
19. und 20. Bericht des Gewerkschaftskartells und 16. und 17. Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg, Altona und Umgegend, Geschäftsjahr 1915 und 1916, Hamburg 1917  
dass. 21.–24. bzw. 18.–21., 1917–1920 (1918–1921)
- Bericht des Ortsausschusses Hannover des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, umfassend die Jahre 1913–1919, o. J.
- Bericht des Ortsausschusses Hannover des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, umfassend die Jahre 1920–1924, Hannover 1925
- Arbeitersekretariat, Gewerkschaftskartell, Gewerkschaftsherberge, Arbeiterzentralbibliothek Kiel, Berichte über die Jahre 1916–1919, Kiel 1920
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Kiel, Das Gewerkschaftsleben in Kiel im Jahre 1920. Bericht über das Jahr 1920, erstattet vom Ortsausschuß des ADGB, Arbeitersekretariat, der Gewerkschaftsherberge und der Arbeiter-Zentralbibliothek in Kiel, Kiel 1921
- Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften 1918/1919, o. J.
- Jahrbuch des Ortsausschusses Köln des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über das Geschäftsjahr 1920, o. J.
- Die Tätigkeit des Leipziger Gewerkschaftskartells und der Gewerkschaften Leipzigs während der Kriegszeit, Leipzig 1919
- Die Leipziger Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1919, Leipzig 1920  
dass. 1920 (1921)
- Bericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells Magdeburg für die Jahre 1917–1919, Magdeburg 1920
- Jahresbericht 1919 des Gewerkschaftskartells Mannheim und des Arbeitersekretariats der Freien Gewerkschaften Mannheims, o. J.
21. und 22. Jahresbericht des Arbeitersekretariats München. Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München, 1918–1919, München o. J.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß München, Die Münchener Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1920 und 1921, 23. und 24. Jahrgang, München o. J.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeitersekretariat Nürnberg, Ortsausschuß Nürnberg, 20. Jahresbericht, Geschäftsjahre 1914–1920, Nürnberg o. J.
- Gewerkschaftskartell Reichenbach i. Vgl., Jahresbericht für das Jahr 1919, o. J.
- Arbeitersekretariat Stuttgart, 18. Jahresbericht (1914)  
19. Jahresbericht (1915)  
21. Jahresbericht (1917)  
22. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1918. Nebst Bericht der Vereinigten Gewerkschaften in Stuttgart
- Vereinigte Gewerkschaften Stuttgart, 23. Jahresbericht über die Geschäftsjahre 1919 und 1920. Nebst Bericht des Arbeitersekretariats Stuttgart
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Würzburg, Arbeitersekretariat Würzburg, 8. Jahresbericht, Geschäftsjahre 1914–1921, Würzburg o. J.

2. Christliche Gewerkschaften

- Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften. Hrsg. durch das Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Köln, Jgg. 1914-1920
- Bezirkkartell der christlichen Gewerkschaften Köln, Jahresbericht 1918/19, Köln 1920
- Bezirkkartell der christlichen Gewerkschaften Köln, Zum 25jährigen Bestehen der Kölner christlichen Gewerkschaften. Enthaltend u. a. Bericht über die Tätigkeit der Kölner christlichen Gewerkschaften in den Jahren 1922/23, Köln 1924
- Zentralverband christlicher Bauarbeiter, Geschäftsbericht des Vorstandes für die Jahre 1918 und 1919, Berlin 1920
- Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Niederschrift der Verhandlungen der 11. Generalversammlung zu Fulda vom 30. Mai bis 1. Juni 1920, Berlin o. J.
- Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Kurzer Rückblick auf die 25jährige Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes und Geschäftsbericht des Vorstandes für die Jahre 1922-1924 und Niederschrift der 13. Generalversammlung, Berlin 1925
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Bericht des Hauptvorstandes über die Jahre 1913-1918, Essen 1919
- Gewerkvereinsarbeit während des Krieges. Bericht über die Tätigkeit und Erfolge des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in der Zeit von August 1915 bis Februar 1918, Essen 1918
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Tätigkeitsbericht des Verwaltungsbezirks Saarrevier, Westpfalz und Elsaß-Lothringen über die ersten 21 Kriegsmonate, o. O. o. J.
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkvereins-Arbeit im Saarrevier, in der Pfalz und in Lothringen, Essen 1918
- Hauptvorstand des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Denkschrift über die Ursachen der Arbeitseinstellungen im Ruhrkohlenbergbau, Essen 1917
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkvereinsarbeit im Schlußabschnitt des Krieges. Bericht über die Tätigkeit des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands in der Zeit von Januar 1918 bis Ende Juni 1919, Essen 1919
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Bericht des Hauptvorstandes über die Jahre 1919/20, Essen 1921
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Bericht über das 25jährige Jubiläum und Protokoll der 15. Generalversammlung, abgehalten vom 24.-27. August 1919 in Essen, Essen o. J.
- Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, 25 Jahre Verband und Geschäftsbericht des Hauptvorstandes für die Jahre 1922-1924, Berlin o. J.
- Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. 1. 1913 bis 31. 3. 1919, Köln 1919

Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. 1. 1919 bis 31. 12. 1921, Köln 1922

Gutenberg-Bund, Vereinigung deutscher Buchdrucker, Geschäfts- und Kassenbericht für das Berichtsjahr 1914, Berlin 1915

Gutenberg-Bund, Vereinigung deutscher Buchdrucker, Geschäfts- und Kassenbericht für das Rechnungsjahr 1915, Berlin 1916

dass. 1917 (1918) 1919 (1920)

dass. 1918 (1919) 1920 (1921)

25 Jahre Gutenberg-Bund. Geschichtlicher Rückblick zum 25jährigen Bestehen des Gutenberg-Bundes, Berlin 1918

1899–1924. Ein Vierteljahrhundert Zentralverband christlicher Holzarbeiter. Hrsg. vom Zentralvorstand, Köln 1925

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in den Jahren 1914/21 nebst Berichte über die Verbandstage und Reichskonferenzen in den Jahren 1914/22, hrsg. vom Vorstandsvorstand, Köln o. J.

Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter, Geschäftsbericht für die Jahre 1914–1917, Bielefeld 1918

Verhandlungsbericht über den 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Landarbeiter in Berlin 1920, 16.–19. Mai, Berlin 1920

10 Jahre christlich-nationale Landarbeiterbewegung, 1913–1923. Eine Festschrift zur Erinnerung an das 10jährige Bestehen des Zentralverbandes der Landarbeiter. Hrsg. vom Hauptvorstand, Berlin 1923

Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands, 1913–1918. Bericht über die Kriegsjahre nebst Protokoll von der 8. Hauptversammlung, Düsseldorf, Oktober 1919. Hrsg. vom Vorstand, Frankfurt 1920

Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands, Bericht des Vorstandes an die 9. Verbandsgeneralversammlung am 25.–27. Juni in Würzburg. Ausgegeben im Juni 1922, o. O.

Christlicher Metallarbeiter-Verband, Bericht des Verbands-Vorstands für die Zeit vom 1. 1. 1918 bis 31. 12. 1919, o. O. o. J.

Christlicher Metallarbeiter-Verband, Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. 1. 1920 bis 31. 12. 1921, o. O. o. J.

Bericht über den I. Kongreß der Betriebsräte des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands. Gehalten zu Duisburg am 18. Dezember 1921, Duisburg o. J.

Leitfaden für die Mitarbeiter in der Jugendarbeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Hrsg. vom Christl. Metallarbeiter-Verband, Abt. Jugendpflege, 2. Aufl. Duisburg o. J.

### 3. Konfessionelle Arbeitervereine

- Bericht des 2. katholischen Arbeiterkongresses vom 5.–8. Mai 1921 in Würzburg. Hrsg. vom Verbandssekretariat, Mönchen-Gladbach 1921
- Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands und der Weltkrieg. Hrsg. vom Verbandssekretariat katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands, Mönchen-Gladbach 1915
- Bericht des 12. Verbandstages der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands in Essen am 14. und 15. Sept. 1919; Anhang: Verbandstag in Köln am 12. 10. 1919, Mönchen-Gladbach 1919
- Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, Jahresbericht 1919/20. Erstattet durch den Diözesanpräses H. Kleine-Nathland, Generalsekretär des Verbandes, Mönchen-Gladbach 1921
- Stenografischer Bericht über den 18. Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Deutschlands (Sitz Berlin) am 24. Juni 1917 in Berlin, Berlin 1917
- Bericht über den 19. Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), Berlin, 13. Juni 1920, Berlin 1920
- Jahresbericht des Katholischen Arbeitersekretariats und Volksbüros zu Mainz vom 1. 1. bis 31. 12. 1914, Mainz 1915
- dass. 1. 1. bis 31. 12. 1915, Mainz 1916
- dass. 1. 1. bis 31. 12. 1916, Mainz 1917
- Bericht des Arbeitersekretariates Greifswald des Pommerschen Provinzial-Verbandes Evangelischer Arbeiter-Vereine, Sitz Stettin, o. O. 1917

### 4. Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine

- Die Verhandlungen des 19. ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine, abgehalten zu Berlin vom 12. bis 17. Juni 1916. Nach den Aufzeichnungen des Protokollführers verfaßt von Otto Musleitner-Berlin, Berlin 1916
- Die Verhandlungen des 20. ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine, abgehalten zu Berlin vom 9. bis 14. Juni 1919. Nach den Aufzeichnungen des Protokollführers verfaßt von Paul Block, Berlin o. J.
- Freiheitlich-nationale Gewerkschaften. 1. Freiheitlich-nationaler Kongreß des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, 27.–29. November 1920 in Berlin, Berlin 1920
- Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (H. D.). Das Wirken des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter im ersten Kriegsjahr. Mit Benutzung der Bezirksleiter-Berichte zusammengestellt. Hrsg. vom Hauptvorstand, Berlin 1915

### 5. Wirtschaftsfriedliche Organisationen

- Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, Niederschrift über die außerordentliche Kriegstagung (5. Jahrestagung) am 14. und 15. Mai 1915 zu Berlin, Berlin 1915
- Niederschrift über den 2. Verbandstag des Kartellverbandes Deutscher Werkvereine in Berlin am 19. und 20. Januar 1918, o. O. o. J.
- Wie leiten wir unsere Jugend? Bericht über den Jugendleitertag der wirtschaftsfried-



- lich-nationalen Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Essen, 9. November 1917. Hrsg. vom Verlag nationaler Schriften, Essen o. J. (1918)
- Verhandlungsbericht von der Gesamt-Vorstandssitzung (Kriegstagung in Feldgrau) des Bundes der Bäcker-(Konditor-)Gesellen Deutschlands, Sitz Berlin, vom 21.–23. Mai 1916 in Berlin, Berlin o. J.
- 10 Jahre nationaler Arbeiterverein Werk Krupp Essen. Zum 8. November 1918, Essen 1918

#### 6. Sonstige Arbeiterorganisationen sowie Angestellten- und Beamtenverbände

- Die proletarische Jugendbewegung in der Kriegszeit. Jahresbericht der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands für die Zeit vom 1. 4. 1914–31. 3. 1915, Berlin 1915
- Die proletarische Jugendbewegung im 2. Kriegsjahr. Jahresbericht der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands für die Zeit vom 1. 4. 1915–31. 3. 1916, Berlin 1916
- Arbeiter-Turner-Bund, Protokoll der Kreisvertreterkonferenz am 3., 4. und 5. November 1917 zu Leipzig, Leipzig 1917
- Geschäftsbericht des Arbeiter-Turner-Bundes über das Jahr 1917, Leipzig o. J.
- Jahresbericht des Centralverbandes Deutscher Konsumvereine für 1918, Hamburg 1919
- Bericht über die Verhandlungen des 4. Deutschen Arbeiterkongresses. Abgehalten vom 28.–30. Oktober 1917 in Berlin. Hrsg. durch den Ausschuß des Kongresses, Köln 1918
- Erste Reichstagung kaufmännischer Angestellter Deutschlands in Berlin am 10. März 1918. Veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, Berlin 1918
- Protokoll vom 1. Gewerkschafts-Kongreß des Allgemeinen freien Angestelltenbundes in Düsseldorf am 2. und 3. Oktober 1921, Berlin o. J.
- Deutscher Beamtenbund, Bericht über die Hauptversammlung und die Verhandlungen des 1. Vertretertages am 11., 12. und 13. Mai 1919 in Berlin, Berlin 1919
- Deutscher Beamtenbund, Bericht über die Verhandlungen auf dem außerordentlichen Vertretertag am 26., 27. und 28. Mai 1920 in Berlin, o. J.
- Bund der technischen Angestellten und Beamten, Bericht über den ersten ordentlichen Bundestag am 13., 14. und 15. Juni 1920 in Berlin, Berlin 1920

#### B. Unternehmerverbände

- Stenographischer Bericht über die Sitzung des Ausschusses des Centralverbandes Deutscher Industrieller am 30. April 1915, Berlin 1915
- Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie. Seine Entstehung und seine Aufgabe. Vorläufiger Bericht der Geschäftsführung, Berlin 1914
- Geschäftsbericht des Kriegsausschusses der deutschen Industrie. Erstattet von der Geschäftsführung, Berlin 1915
- Tagung der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise am 21. Juni 1917 in Berlin. Hrsg. von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin 1917
- Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Berichte, Heft 9: Bericht über die sozialpolitische Gesetzgebung in der Zeit von April bis Oktober 1919. Erstattet in

- der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 22. 10. 1919 von Justizrat Brandt, Berlin 1919
- Bayerischer Industriellen-Verband, Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1917/18 (1. 10. 1917–30. 9. 1918). Im Auftrage der Gesamtvorstandschaf hrsg. vom Syndikus Dr. Alfred Kuhlo, München 1918
- dass. 1918/19 (1919)
- dass. 1919/20 (1920)
- dass. 1920/21 (1921)
- Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein, Bericht über das Geschäftsjahr vom 1. April 1917 bis 31. März 1918. Erstattet in der Jahresversammlung am 1. Juli 1918, Halle/S. 1918
- Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein, Bericht über die Geschäftsjahre vom 1. April 1918 bis 31. März 1920, Halle/S. 1920
- Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein, Bericht über das Geschäftsjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921, Halle/S. 1921
- Bericht über die auf der 6. ordentl. Jahresversammlung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller am 26. 9. 1919 zu Karlsruhe stattgefundenen Verhandlungen. Hrsg. im Auftrag des Direktoriums von Syndikus Dr. P. Mieck, Heidelberg 1919
- Mitteilungen des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk. Protokoll der 49. ordentl. Generalversammlung vom 25. Juli 1918, Aachen 1918
- Protokoll der 50. ordentl. Generalversammlung des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk vom 10. November 1919, o. O. o. J.
- dass. 51. ordentl. Generalversammlung vom 27. 10. 1920
- Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens, Jahresberichte für die Jahre 1914 bis 1920 und für das Jahr 1921, Waldenburg 1922
- Verein für die Interessen der Rheinischen Braunkohlen-Industrie e. V. Köln, Bericht über die Vereinstätigkeit in der Zeit vom 1. 7. 1914 bis 30. 6. 1919. Erstattet in der Hauptversammlung am 25. 10. 1919, Köln 1919
- Verein für die Interessen der Rheinischen Braunkohlenindustrie e. V. Köln, Bericht über die Vereinstätigkeit in der Zeit vom 1. 7. 1919 bis 31. 12. 1920. Erstattet in der Hauptversammlung am 15. 7. 1921, Köln 1921

### C. Parteien

#### 1. Sozialdemokratie

- Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918. Bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart. 2 Teile, Düsseldorf 1966
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14.–20. Oktober 1891, Berlin 1891
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Essen vom 15.–21. September 1907, Berlin 1907
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13.–19. September 1908, Berlin 1908
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14.–20. September 1913, Berlin 1913

- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Würzburg vom 14.–20. Oktober 1917, Berlin 1917
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Weimar vom 10.–15. Juni 1919, Berlin 1919
- Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt, o. O. o. J.
- Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Berlin 1920
- Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses vom 27. 9. 1914 und 12./13. 1., 7. 3., 7./8. 4., 30. 6./1. 7., 14./15./16. 8., 28./29. 10. 1915 und 7./8. 1. 1916. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Als Manuskript gedruckt, o. O. o. J.
- Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 20./21. 7. 1916. Als Manuskript gedruckt. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin o. J.
- Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. September 1918 in Berlin. Als Manuskript gedruckt, o. O. o. J.
- Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuß, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Österreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns stattfanden. Hrsg. vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1916
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J.

## 2. Bürgerliche Parteien, politische Verbände sowie sonstige Organisationen

- Fortschrittliches Taschenbuch im Weltkrieg 1915. Hrsg. und bearbeitet von Reinhard Strecker, Berlin 1915
- Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912–1917. Bearbeitet von Klaus-Peter Reiß, Düsseldorf 1967
- Bericht über die Verhandlungen des 2. außerordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Leipzig vom 13.–15. Dezember 1919. Hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.
- Protokoll der Gründungsversammlung des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe beim Haupt-Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei vom 16. Oktober 1920, Berlin 1920
- Bericht über die erste Tagung der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands in Bochum am 23. Juni 1918. Hrsg. vom Ausschuß der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands, Krefeld 1918
- Der Reichsbürgerrat 1920–1921, Berlin 1921
- Der Reichsbürgerrat 1921–1922, Berlin o. J.

- Der Bürgerausschuß Bremen. Ein Tätigkeitsbericht. November 1918 – November 1919, Bremen 1920
- Die Bürgerratsbewegung und ihre Tätigkeit. Zum 3. Reichsbürgertag, Leipzig, am 2.–4. Juli 1920 vom Bezirks-Bürgerrat Leipzig-Land, Leipzig 1920
- Bürgerliche Arbeit. 2. Jahresbericht des Bezirks-Bürgerrates Leipzig-Land, Leipzig 1921
- 10 Jahre Reichsverband. Festgabe der Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Berlin zum 9. Mai 1914, Berlin 1914
- Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Zentralvorstandes in den Kalenderjahren 1919 und 1920, Berlin 1922
- Niederschrift der konstituierenden Sitzung des Zentralausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands am 12. 12. 1919, o. O. o. J. (Berlin 1920)

#### V. MEMOIREN, BIOGRAPHIEN, BRIEFE, TAGEBÜCHER

- Achinger, Hans: Wilhelm Merton in seiner Zeit, Frankfurt 1965
- ders., Richard Merton, Frankfurt 1970
- Adam, Günter: Vom Metallarbeiter zum Berliner Arbeiterführer. Johannes Engel, Sein Leben, seine Arbeit, sein Wirken, Berlin 1933
- Adelung, Bernhard: Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, Offenbach 1952
- Adler, Victor: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun und Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954
- Adolph, Hans J. L.: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie, 1894–1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971
- Apelt, Willibald: Jurist im Wandel der Staatsformen. Lebenserinnerungen, Tübingen 1965
- Aretin, Erwein von: Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes. Hrsg. von Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin, München 1955
- Baader, Ottilie: Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen, Stuttgart/Berlin 1921
- Bäumer, Gertrud: Des Lebens wie der Liebe Band. Briefe, hrsg. von Emmy Beckmann, Tübingen 1956
- Balabanoff, Angelica: Erinnerungen und Erlebnisse, Berlin 1927
- Ball, Hugo: Briefe, 1911–1927, Einsiedeln/Zürich/Köln 1957
- Barthel, Max: Kein Bedarf an Weltgeschichte, Geschichte eines Lebens, Wiesbaden 1950
- ders., Vom roten Moskau bis zum Schwarzen Meer, Berlin 1921
- Baum, Marie: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950
- Baumgart, David: Looking Back on a German University Career, in: Leo Baeck Institute, Year Book 10 (1965), S. 239–265
- Baumgarten, Otto: Meine Lebensgeschichte, Tübingen 1929
- Becher, Johannes R.: Vom Anderswerden. Reden – Aufsätze – Briefe, Berlin 1955
- ders., Auf andere Art so große Hoffnung. Tagebuch 1950. Mit Eintragungen 1951, Berlin 1952

- Behrens, Franz: Aus meinem Leben, Berlin 1924
- Beier, Gerhard: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978
- Bendixen, Friedrich: Politische Briefe aus den Jahren des Weltkrieges, Berlin 1919
- Bentenrieder, Centa: Therese Studer. Das Leben einer Arbeiterin, München 1932
- Beradt, Charlotte: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969
- Friedrich von Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß. Bearbeitet von Heinz Potthoff, Düsseldorf 1971
- Berkmann, Alexander: Die Tat. Gefängniserrinerungen eines Anarchisten, Berlin 1927
- Berlepsch, Hans von: Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen, München-Gladbach 1925
- Berndorff, Hans Rudolf: General zwischen Ost und West. Aus den Geheimnissen der deutschen Republik, Hamburg 1951
- Bernhardi, Friedrich von: Denkwürdigkeiten aus meinem Leben nach gleichzeitigen Aufzeichnungen und im Lichte der Erinnerung, Berlin 1927
- Bernstein, Eduard: Von 1850–1872. Kindheit und Jugendjahre, Berlin 1926
- Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege, 2 Teile, Berlin 1919/1922
- Blos, Wilhelm: Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, 2 Bde., München 1914/1919
- Bock, Alfred: Tagebücher. Ausgewählt und mit einem Nachwort versehen von Werner Bock, Heidelberg 1959
- Bock, Wilhelm: Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927
- Bodenhausen, Eberhard von: Ein Leben für Kunst und Wissenschaft, hrsg. von Dora Freifrau von Bodenhausen-Degener, Düsseldorf 1955
- Adjutant im preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm. Im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. und eingeleitet von Heinz Hürten und Georg Meyer, Stuttgart 1977
- Böhm, Johann: Erinnerungen aus meinem Leben, Wien 1955
- Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Krupp und die Hohenzollern in Dokumenten. Krupp-Korrespondenz mit Kaisern, Kabinettschefs und Ministern 1850–1918, Frankfurt 1970
- Bonn, Moritz J.: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953
- Wenn von Bosch die Rede ist . . . Hrsg. von der Robert Bosch GmbH Stuttgart, Text von Wolfgang Fischer, 5. Aufl. Stuttgart 1958
- Brandenburg, Hans: Im Feuer unserer Liebe. Erlebtes Schicksal einer Stadt, München 1956
- Alwin Brandes: Leben und Wirken eines deutschen Gewerkschaftsführers, Berlin 1949
- Brandt, Rolf: So sieht die Weltgeschichte aus . . . Aufzeichnungen eines Zuschauers, Hamburg 1926
- Brandt, Willy und Richard Löwenthal: Ernst Reuter, Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957
- Theodor Brauer. Ein sozialer Kämpfer. Gedenkschrift zur 10. Wiederkehr seines Todestages. Hrsg. von L. H. A. Geck und Bernhard Ridder, Köln 1952
- Braun, Magnus von: Von Ostpreußen bis Texas. Erlebnisse und zeitgeschichtliche Betrachtungen eines Ostdeutschen, 2. Aufl. Stollhammi i. O. 1956

- Braun-Vogelstein, Julie: Ein Menschenleben. Heinrich Braun und sein Schicksal, Tübingen 1932
- dies., Was niemals stirbt. Gestalten und Erinnerungen, Stuttgart 1966
- Braunthal, Julius: Auf der Suche nach dem Millenium, 2 Bde., Nürnberg 1948/49
- Brecht, Arnold: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966
- Bredt, Johann Victor: Erinnerungen und Dokumente 1914–1933. Bearbeitet von Martin Schuhmacher, Düsseldorf 1970
- Brentano, Lujo: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931
- Breucker, Wilhelm: Die Tragik Ludendorffs. Eine kritische Studie aufgrund persönlicher Erinnerungen an den General und seine Zeit, Stollhamm i. O. 1953
- Briefwechsel Hertling-Lerchenfeld 1912–1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld. Hrsg. und eingeleitet von Ernst Deuerlein. 2 Teile, Boppard 1973
- Bröger, Karl: Der Held im Schatten, Jena 1919
- Brupbacher, Fritz: 60 Jahre Ketzer. Selbstbiographie, Zürich 1935
- Buber-Neumann, Margarete: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrwegs, Stuttgart 1957
- Buchner, Ernst: 1914–1918. Wie es damals daheim war. Das Kriegstagebuch eines Knaben, Nürnberg 1930
- Buchwitz, Otto: Fünfzig Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1950
- Bülow, Bernhard von: Denkwürdigkeiten, 3. Bd.: Weltkrieg und Zusammenbruch. Hrsg. von Franz von Stockhammern, Berlin 1931
- Bürgel, Bruno H.: Vom Arbeiter zum Astronomen. Der Aufstieg eines Lebenskämpfers, Berlin 1930
- Bungeroth, Rudolf: 50 Jahre Mannesmannröhren, 1884–1934. Erinnerungen und Erlebnisse, Berlin 1934
- Bunsen, Marie von: Die Welt, in der ich lebte. Erinnerungen aus glücklichen Jahren, 1860–1912, Leipzig 1929
- Cahén, Fritz Max: Der Weg nach Versailles. Erinnerungen 1912–1919. Schicksals-epoche einer Generation, Boppard 1963
- Claß, Heinrich: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932
- Crasemann, Ferdinand: Freikorps Maercker. Erlebnisse und Erfahrungen eines Freikorpsoffiziers seit der Revolution, Hamburg 1919
- Curtius, Julius: Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948
- Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914–1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Düsseldorf 1966
- Damaschke, Adolf: Lebensweg eines Großstadtjungen, Essen 1931
- Damaschke, Adolf: Aus meinem Leben, Leipzig/Zürich 1924
- Dellinghausen, Eduard von: Im Dienste der Heimat! Erinnerungen, Stuttgart 1930
- Deutsch, Julius: Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Zürich/Leipzig/Wien 1960
- Deutz, Josef: Adam Stegerwald. Gewerkschaftler – Politiker – Minister, 1874–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, Köln 1952
- Diez, Carl: Die Lebensgeschichte eines Menschen, Konstanz 1929

- Dornemann, Luise: Clara Zetkin. Ein Lebensbild, Berlin 1962
- Dorpalen, Andreas: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin/Frankfurt 1966
- Drexler, Anton: Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, München 1919
- Driesch, Hans: Lebenserinnerungen. Aufzeichnungen eines Forschers und Denkers in entscheidender Zeit, München/Basel 1951
- Duisberg, Carl: Meine Lebenserinnerungen. Hrsg. aufgrund von Aufzeichnungen, Briefen und Dokumenten von Jesco von Puttkamer, Leipzig 1933
- Carl Duisberg. Ein deutscher Industrieller. Festgabe des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum 29. September 1931, Berlin 1931
- Dungern, Otto von: Unter Kaiser und Kanzlern. Erinnerungen, Coburg 1953
- Eggersgluß, Heinrich: Tagebuch eines Eisenbahners. Den deutschen Eisenbahnern und dem deutschen Volke, Braunschweig 1927
- Ehrhardt, Heinrich: Erinnerungen eines 90jährigen Mannes und Erfinders, 2. Aufl. Zella-Mehlis 1928
- Einem, Karl von: Erinnerungen eines Soldaten, 1853–1933, Leipzig 1933
- Eksteins, Modris: Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1969
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt 1962
- Erman, Hans: Bei Kempinski. Aus der Chronik einer Weltstadt, Berlin 1956
- Ernst, Josef: Kapp-Tage im Industrieviertel. Nach Tagebuchblättern und Akten, Hagen 1921
- Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1920
- Ewald, Wilhelm: Erinnerungen an die Revolution und den Arbeiterrat in Apenrade, Apenrade o. J.
- Fechenbach, Felix: Im Hause der Freudlosen. Bilder aus dem Zuchthaus, Berlin 1925
- ders., Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus persönlichen Erlebnissen, Berlin 1929
- Flechtner, Hans-Joachim: Carl Duisberg. Vom Chemiker zum Wirtschaftsführer, Düsseldorf 1959
- Forstner, Georg Günter von: Novemberspuk. Erlebnisse 1918–1920, Berlin 1939
- Frank, Ludwig: Aufsätze, Reden und Briefe. Ausgewählt und eingeleitet von Hedwig Wachenheim, Berlin 1924
- Frank, Rudolf: Spielzeit meines Lebens, Heidelberg 1960
- Franz, Rudolf: Aus Briefen Konrad Haenischs, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung 14 (1929), S. 444–484
- Freytagh-Loringhoven, Hugo von: Menschen und Dinge, wie ich sie in meinem Leben sah, Berlin 1923
- Fürstenberg, Carl: Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, 1870–1914, Berlin 1931
- Funder, Friedrich: Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik, Wien 1952
- Furtwängler, Franz Josef: Männer, die ich sah und kannte, Hamburg 1951
- Gallwitz, Max von: Erleben im Westen 1916–1918, Berlin 1932
- Gerlach, Hellmuth von: Erinnerungen eines Junkers, Berlin 1925

- ders., *Von rechts nach links*, Zürich 1937
- Geyer, Curt: *Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen*. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976
- Geyer-Groener, Dorothea: *General Groener. Soldat und Staatsmann*, Frankfurt 1955
- Groener, Wilhelm: *Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg*. Hrsg. von Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957
- Gross, Babette: *Willi Münzenberg. Eine politische Biographie*, Stuttgart 1967
- Großmann, Stefan: *Ich war begeistert*, Berlin 1930
- Grünberg, Karl: *Episoden. Erlebnisreportagen aus sechs Jahrzehnten Kampf um den Sozialismus*, 2. Aufl. Berlin 1964
- Grünebaum, Saly: *Ludwig Frank. Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie*, Heidelberg 1924
- Gutsche, Willibald: *Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers. Theobald von Bethmann Hollweg 1856–1921. Ein politisches Lebensbild*, Berlin 1973
- Haase, Ernst (Hrsg.): *Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen*, Berlin 1929
- Hahn, Paul: *Erinnerungen aus der Revolution in Württemberg. »Der Rote Hahn, eine Revolutionserscheinung«*, Stuttgart 1922
- Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit. Hrsg. von seinen Freunden, Frankfurt 1923
- Haußmann, Conrad: *Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen*. Hrsg. von Ulrich Zeller, Frankfurt 1924
- Helffferich, Emil: *Ein Leben*. 1. Band, Hamburg 1948
- Hellpach, Willy: *Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation*, 2 Bde., Hamburg 1948/49
- Hellwig, Fritz: *Carl Freiherr von Stumm-Halberg*, Heidelberg/Saarbrücken 1936
- Herlitz, Georg: *Mein Weg nach Jerusalem. Erinnerungen eines zionistischen Beamten*, Jerusalem 1964
- Hertling, Georg von: *Erinnerungen aus meinem Leben*, 2 Bde., Kempten/München 1919/20
- Hertling, Karl von: *Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters*, Freiburg 1919
- Herz, Ludwig: *Spaziergänge im Damals. Aus dem alten Berlin*, Berlin 1933
- Herzog, Wilhelm: *Menschen, denen ich begegnete*, Bern/München 1959
- Heß, Jürgen C.: *Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland*, Stuttgart 1973
- Heuss, Theodor: *Robert Bosch. Leben und Leistung*, 5. Aufl. Tübingen o. J.
- ders., *Erinnerungen 1905–1933*, Tübingen 1963
- Hielscher, Friedrich: *Fünfzig Jahre unter Deutschen*, Hamburg 1954
- Wer war Franz Hitze? Mit Beiträgen von Franz Müller, Karl-Heinz Brüls, Albrecht Beckel, Münster 1959
- Hoerber, Karl: *Dr. Carl Sonnenschein. Der Studentenführer und Großstadtseelsorger*, Berlin 1930
- Höfer, Carl: *Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918–1921. Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1938
- Hoegner, Wilhelm: *Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten*, München 1959



- Hölz, Max: Vom »Weissen Kreuz« zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthausenerlebnisse, Berlin 1929
- Hoff, Wilhelm: Erinnerungen aus Leben und Arbeit, Berlin 1931
- Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hrsg. von Karl Friedrich Nowak, 2 Bde., Berlin 1929
- Hofmiller, Josef: Revolutionstagebuch 1918/19. Aus den Tagen der Münchner Revolution. Hrsg. von Hulda Hofmiller, Leipzig 1938
- Holek, Wenzel: Vom Handarbeiter zum Jugenderzieher, Jena 1921
- Hopman, Albert: Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers, Berlin 1925
- Hugenberg, Alfred: Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927
- Ilsemann, Sigurd von: Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., hrsg. von Harald v. Koenigswald, 2 Bde., München 1967/68
- Irl, Martin: Lebenserinnerungen eines Handwerksmeisters. Vom Malerlehrling zum Geheimrat, München 1949
- Jäckh, Ernst: Der Goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954
- Jansen, Richard: Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958
- Jarausch, Konrad H.: The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hybrid of Imperial Germany, New Haven/London 1973
- Jonas, W. (Hrsg.), Erlebnisberichte der Mansfeld-Kumpel, Berlin 1957
- Joos, Joseph: So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse, Augsburg 1958
- ders., Am Räderwerk der Zeit. Erinnerungen aus der katholischen und sozialen Bewegung und Politik, Augsburg 1951
- Kaisen, Wilhelm: Meine Arbeit, mein Leben, München 1967
- Kardorff-Oheimb, Katharina von: Politik und Lebensbeichte. Hrsg. von Ilse Reicke, Tübingen 1965
- Kautsky, Karl: Erinnerungen und Erörterungen. Hrsg. von Benedikt Kautsky, 5<sup>r</sup> Gravenhage 1960
- Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Stuttgart 1947/48
- Kerr, Alfred: Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes, Amsterdam 1935
- Kessler, Harry Graf: Tagebücher 1918–1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt 1961
- Kiepert, Max: Die Arbeit des Landrats. Von der Kriegs- und Revolutionszeit über Kapp-Putsch, Inflation und Wirtschaftskrise zu Adolf Hitler, Berlin 1935
- Emil Kirdorf, geb. 8. 4. 1847, gest. 13. 6. 1938, Essen 1938
- Kloth, Emil: Einkehr. Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie, München 1920
- Köhler, Heinrich: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes, 1878–1949. Hrsg. von Josef Becker, Stuttgart 1964
- Kollwitz, Käthe: Aus meinem Leben, München 1958
- ders., Briefe der Freundschaft und Begegnungen, München 1966
- Kosthorst, Erich: Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart 1967
- Kotowski, Georg: Friedrich Ebert. Eine politische Biographie. Bd. 1: Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers 1871–1917, Wiesbaden 1963
- Kraft, Emil: 80 Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Weser-Ems, Wilhelmshaven 1952

- Kreppel, Klaus: Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848–1923, Bonn 1974
- Kühlmann, Richard von: Erinnerungen, Heidelberg 1948
- Kuttner, Erich: Otto Braun, Leipzig 1932
- Landauer, Carl: Erinnerungen an die Münchener Sozialdemokratie 1921–1923, in: Hans Lamm. Von Juden in München. Ein Gedenkbuch, München 1959, S. 311–317
- Landauer, Gustav: Sein Lebensgang in Briefen. Unter Mitwirkung von Ina Britschgi-Schimmer hrsg. von Martin Buber, 2 Bde., Frankfurt 1929
- Landgrebe, Wilhelm: August Winnig. Arbeiterführer, Oberpräsident, Christ, Lehr/Dinglingen 1961
- Lange, Friedrich C. A.: Groß-Berliner Tagebuch 1920–1933, Berlin 1951
- Lania, Leo: Welt im Umbruch. Biographie einer Generation, Frankfurt 1954
- Laqueur, Walter: Heimkehr. Reisen in die Vergangenheit, Berlin 1964
- Leber, Julius: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe. Hrsg. von seinen Freunden, Berlin/Frankfurt 1952
- Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer. Zusammengestellt von Minna Ledebour, Zürich 1954
- Leipart, Theodor: Carl Legien. Ein Gedenkbuch, Berlin 1929
- Lemma, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt 1968
- Leopold, John A.: Alfred Hugenberg. The Radical Nationalistic Campaign against the Weimar Republic, New Haven/London 1977
- Levy, Paul: Ernste und heitere Erinnerungen eines Krankenpflegers, Berlin 1930
- Liebert, Eduard von: Aus einem bewegten Leben. Erinnerungen, München 1925
- Lindner, Alois: Abenteuerfahrten eines revolutionären Arbeiters, Berlin 1924
- Lippert, Julius: Im Strom der Zeit. Erlebnisse und Eindrücke, Berlin 1942
- Lochner, Louis P.: Always the Unexpected. A Book of Reminiscences, New York 1956
- Löbe, Paul: Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin 1949
- ders., Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, 2. Aufl. Berlin 1949
- Löwenstein, Hubertus zu: Botschafter ohne Auftrag. Lebensbericht, Düsseldorf 1972
- Lotz, Albert: Benedikt Schmittmann. Sein Leben und sein Werk, Frankfurt 1949
- Lucas, Adolf: Erinnerungen aus meinem Leben, Opladen 1959
- Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1919
- ders., Kriegführung und Politik, Berlin 1922
- Lüders, Marie Elisabeth: Fürchte dich nicht! Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren, 1878–1962, Köln 1963
- Lüttwitz, Walther von: Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934
- Luther, Hans: Politiker ohne Partei. Erinnerungen, Stuttgart 1960
- Luxemburg, Rosa: Briefe an Karl und Luise Kautsky 1896–1918. Hrsg. von Luise Kautsky, Berlin 1923
- dies., Briefe an Freunde. Nach dem von Luise Kautsky fertiggestellten Manuskript hrsg. von Benedikt Kautsky, Zürich 1950
- dies., Briefe an Leo Jogiches, Frankfurt 1971
- Man, Hendrik de: Gegen den Strom. Erinnerungen eines europäischen Sozialisten, Stuttgart 1953
- Mangoldt, Ursula von: Auf der Schwelle zwischen Gestern und Morgen. Begegnungen und Erlebnisse, Weilheim 1963

- Mann, Rudolf: Mit Ehrhardt durch Deutschland. Erinnerungen, Berlin 1921
- Manchester, William: Krupp. Zwölf Generationen, München 1968
- Manstein, Erich von: Aus einem Soldatenleben, 1887–1939, Bonn 1958
- Marchwitza, Hans: Meine Jugend, Berlin 1947
- Mast, Adolf: Von Bismarck bis Heuss. Rückschau auf 65 Jahre politisches Handeln und Denken eines Unternehmers, Berlin 1955
- Matschoß, Conrad: August Thyssen und sein Werk. Zur Erinnerung an die Begründung des ersten Werkes am 1. April 1871, Berlin 1921
- Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Berlin/Leipzig 1927
- Mayer, Eugen: Skizzen aus dem Leben der Weimarer Republik. Berliner Erinnerungen, Berlin 1962
- Mayer, Gustav: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, München 1949
- Meier-Welcker, Hans: Seeckt, Frankfurt 1967
- Meinecke, Friedrich: Ausgewählter Briefwechsel. Hrsg. und eingeleitet von Ludwig Dehio und Peter Classen, Stuttgart 1962
- ders., Straßburg/Freiburg/Berlin 1901–1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949
- ders., Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, 5. Aufl. Wiesbaden 1955
- Menzel, August: Carl Severing, Berlin 1932
- Merton, Richard: Erinnerungswertes aus meinem Leben, das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt 1955
- Meyer, Oscar: Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, 2. verb. Aufl. Offenbach 1948
- Michaelis, Georg: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1922
- Michels, Robert: Kurt Eisner, in: Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung XIV (1929), S. 364–391
- Mühsam, Erich: Unpolitische Erinnerungen, Düsseldorf 1961
- Mühsam, Paul: Erinnerungen, Betrachtungen, Gestalten. Als Manuskript vervielfältigt, Jerusalem 1959
- Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918. Hrsg. von Walter Görnitz, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1959
- Müller, Hermann: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928
- Müller, Karl-Alexander von: Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954
- Müller, Paul: Alexander Dominicus. Ein Lebensbild, Berlin 1957
- Mumm, Reinhard: Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit, Berlin 1933
- Mutius, Gerhard von: Abgeschlossene Zeiten, Hermannstadt 1926
- Nadolny, Rudolf: Mein Beitrag, Wiesbaden 1955
- Naumann, Victor: Dokumente und Argumente, Berlin 1928
- Nettl, Peter: Rosa Luxemburg, 2. Aufl. Köln/Berlin 1967
1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914–1920), Berlin 1958
- Niekisch, Ernst: Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse, Köln/Berlin 1958
- Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947

- Obkircher, Walther (Hrsg.); General Erich von Gündell. Aus seinen Tagebüchern, Hamburg 1939
- Oehme, Walter: Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin 1958
- ders., Die Weimarer Nationalversammlung. Erinnerungen, Berlin 1962
- Oldenburg-Januschau, Elard von: Erinnerungen, Leipzig 1936
- Oppenheimer, Franz: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Erinnerungen, Berlin 1931
- Oschilewski, Walther G.: Lebensspuren. Begegnungen, Freundschaften, Erinnerungen, Berlin 1954
- ders. (Hrsg.), Siegfried Nestricpke, Leben und Leistung, Berlin 1955
- Osterroth, Nikolaus: Vom Beter zum Kämpfer, Berlin 1920
- ders., Otto Hue. Ein Lebensbild für seine Freunde. Hrsg. vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1922
- Pachnicke, Hermann: Führende Männer im alten und im neuen Reich, Berlin 1930
- Payer, Friedrich: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt 1923
- Pinette, Kaspar: Albert Ballin und die deutsche Politik. Ein Beitrag zur Geschichte von Staat und Wirtschaft 1900–1918, Hamburg 1938
- Pinner, Felix: Deutsche Wirtschaftsführer, Charlottenburg 1924
- Pistorius, Peter: Rudolf Breitscheid 1874–1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Diss. phil. Köln 1970
- Popp, Adelheid: Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin. Mit einführenden Worten von August Bebel, 4. Aufl., Berlin/Stuttgart 1922
- Prittwitz und Gaffron, Friedrich von: Zwischen Petersburg und Washington. Ein Diplomatenleben, München 1952
- Putlitz, Wolfgang Gans Edler Herr zu: Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten, Berlin 1956
- Radbruch, Gustav: Briefe. Hrsg. von Erik Wolf, Göttingen 1968
- ders., Der innere Weg. Aufriß meines Lebens, Stuttgart 1951
- Rakenius, Gerhard W.: Wilhelm Groener als Erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard 1977
- Raphael, Gaston: Hugo Stinnes. Der Mensch, sein Werk, sein Wirken, Berlin 1925
- Rathenau, Walther: Briefe. Neue, erhebl. erweiterte Ausgabe, 2 Bde., Dresden 1927
- ders., Politische Briefe, Dresden 1929
- ders., Ein preußischer Europäer. Briefe. Hrsg. von M. von Eynern, Berlin 1955
- Ratz, Ursula: Georg Ledebour, 1850–1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969
- Reichardt, Fritz: Andreas Hermes, Neuwied 1953
- Retzlaw, Karl: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt 1971
- Ribhegge, Wilhelm: August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn-Bad Godesberg 1973
- Riezler, Kurt: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet und hrsg. von Karl-Dietrich Erdmann, Göttingen 1972
- Rohrman, Elsabea: Max von Schinckel. Hanseatischer Bankmann im wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1971
- Roselius, Ludwig: Briefe, Bremen 1919
- Rosenbaum, Eduard: Albert Ballin. A Note on the Style of his Economic and Politi-

- cal Activities, in: Leo Baeck Institute, Year Book 3 (1958), S. 257–299
- Roth, Alfred: Auf gerader Linie. Ein Rückblick auf 45 Jahre im Kampf ums Deutschtum, o. O. J. (Hamburg 1944)
- Schacht, Hjalmar: Abrechnung mit Hitler, Hamburg/Stuttgart 1948  
ders., 76 Jahre meines Lebens, 3. Aufl. Bad Wörishofen 1953
- Schäfer, Heinrich: Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919
- Scharlau, Winfried B., und Zbynek A. Zeman: Freibeuter der Revolution. Parvus Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964
- Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Dresden 1928
- Schellenberg, Walter: Memoiren, hrsg. von Gita Petersen, Köln 1959
- Scheuempflug, Otto: Johann Sassenbach. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung nach Aufzeichnungen Sassenbachs, Hannover/Frankfurt 1959
- Schiffer, Eugen: Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951
- Schinkel, Wilhelm: Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Glückstadts und Umgebung, 1865–1933. Erinnerungen eines alten Sozialdemokraten, Glückstadt 1953
- Schmidt, August: Lang war der Weg, Bochum 1958
- Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes 1860–1950, Wiesbaden 1952
- Schneider, Gustav: Briefe aus dem Reichstag, Berlin 1927
- Schoenberner, Franz: Ausflüge aus der Unbeweglichkeit, München 1966  
ders., Bekenntnisse eines europäischen Intellektuellen, Icking/München 1964  
ders., Innenansichten eines Außenseiters, München 1965
- Schorr, Helmut J.: Adam Stegerwald. Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, Recklinghausen 1966
- Schreiber, Georg: Joseph Mausbach (1861–1931). Sein Wirken für Kirche und Staat. Schlichte Gedächtnisblätter, Münster 1931  
ders., Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches (1914–1944), Münster 1949
- Schröder, Ernst: Otto Wiedfeldt. Eine Biographie, Essen 1964
- Schroeder, John Ulrich: Im Morgenlichte der deutschen Revolution. November-Erlebnisse an der Niederelbe, Hamburg 1921
- Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/Berlin/Wien 1977
- Schumacher, Horst und Feliks Tych: Julian Marchlewski-Karski. Eine Biographie, Berlin 1966
- Sebottendorf, Rudolf von: Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, 2. Aufl. München 1934
- Selinger, Berta: Herz in Flammen, Berlin 1932
- Sender, Toni: The Autobiography of a German Rebel, London 1940
- Severing, Carl: 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld 1927  
ders., Mein Lebensweg. Bd. 1: Vom Schlosser zum Minister, Köln 1950
- Sheehan, James J.: The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany, Chicago/London 1966
- Siegert, Max: Aus Münchens schwerster Zeit. Erinnerungen aus dem Münchener Hauptbahnhof während der Revolutions- und Rätezeit, München/Regensburg 1928

- Siemsen, August: Anna Siemsen. Leben und Werk, Hamburg/Frankfurt 1951
- Sohnrey, Heinrich: Zwischen Dorn und Korn. Lebenserinnerungen, Berlin 1934
- Spengler, Oswald: Briefe 1913–1936. In Zusammenarbeit mit Manfred Schröter hrsg. von Anton M. Koktanek, München 1963
- Spiro, Heinrich: Schicksal und Anteil. Ein Lebensweg in deutscher Wendezeit, Berlin 1929
- Stampfer, Friedrich: Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957
- Steffen, Jochen, und Adalbert Wiemers: Auf zum letzten Verhör. Erkenntnisse des verantwortlichen Hofnarren der Revolution Karl Radek, München 1977
- Stein, Alexander: Rudolf Hilferding und die deutsche Arbeiterbewegung. Gedenkblätter, Hannover 1946
- Stein, Hermann von: Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkriegs, Leipzig 1919
- Steinitzer, Alfred: Bajuwarische Bilderbogen, München 1921
- Steltzer, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse, München 1966
- Stern, Rudolf A.: Fritz Haber. Personal Recollections, in: Leo Baeck Institute, Year Book 8 (1963), S. 70–102
- Thaer, Albrecht von: Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919. Unter Mitarbeit von Helmuth G. Rönnefarth hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958
- Thape, Ernst: Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969
- Tietz, Georg: Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Stuttgart 1965
- Toller, Ernst: Eine Jugend in Deutschland, Hamburg 1963
- Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf/Wien 1968
- Trotha, Adolf von: Volkstum und Staatsführung. Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1915–1920, Berlin 1928
- Tschadek, Otto: Erlebtes und Erkanntes, Wien 1963
- Turek, Ludwig: Ein Prolet erzählt. Lebensschilderung eines deutschen Arbeiters, Berlin 1930
- Ulrich, Carl: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten. Hrsg. von Ludwig Bergsträsser, Offenbach 1953
- Valentini, Rudolf von: Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel des Wirklichen Geheimen Rats Rudolf von Valentini dargestellt von Bernhard Schwertfeger, Oldenburg i. O. 1931
- Velsen, Stefan von: Deutsche Generalstabsoffiziere im 1. Weltkrieg 1914–1918. Erinnerungen, in: WaG 16 (1956), S. 250–293
- Vietsch, Eberhard von: Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg. Als Manuskript gedruckt, Koblenz 1958
- ders. (Hrsg.): Gegen die Unvernunft. Der Briefwechsel zwischen Paul Graf Wolff Metternich und Wilhelm Solf 1915–1918, Bremen 1964
- Vogt, Adolf: Oberst Max Bauer. Generalstabsoffizier im Zwielficht, 1869–1929. Os-nabrück 1974

- Voigt, Heinrich: Nachdenkliches und Heiteres aus den ersten Jahrzehnten der Elektrotechnik, Leipzig 1929
- Wachtling, Oswald: Joseph Joos – Journalist, Arbeiterführer, Parlamentarier. Politische Biographie 1878–1933, Mainz 1974
- Wangenheim-Kleinspiegel, Conrad von: I. Lebensbild II. Briefe und Reden, hrsg. von H. v. Wangenheim, Berlin 1934
- Weber, Marianne: Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen 1926
- Weitsch, Eduard: Dreißigacker. Die Schule ohne Katheder. Pädagogische Schnappschüsse aus der Praxis eines Volkshochschulheims von 1920–1933, Hamburg 1952
- Wermuth, Adolf: Ein Beamtenleben. Erinnerungen, Berlin 1922
- Werner, Georg: Kumpel. Erzählung aus dem Leben der Bergarbeiter, Berlin 1948
- ders., Meine Rechnung geht in Ordnung. Erzählung. Was mich 80 Jahre, von 1877–1957, in denen die großen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandlungen, die beiden Weltkriege und die Hitlerzeit liegen, gelehrt haben, Berlin 1958
- Wheeler-Bennett, John W.: Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg, Tübingen 1969
- Wiedenfeld, Kurt: Zwischen Wirtschaft und Staat. Aus den Lebenserinnerungen, Berlin 1960
- Wilbrandt, Robert: Ihr glücklichen Augen. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1947
- Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Leipzig/Berlin 1922
- Winnig, August: Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Persönliche Erlebnisse und Erinnerungen, Berlin 1921
- ders., Frührot, Stuttgart 1924
- ders., Heimkehr, Hamburg 1955
- ders., Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg/Berlin/Leipzig 1930
- ders., 400 Tage Ostpreußen, Dresden 1928
- ders., Der weite Weg, Hamburg 1932
- ders., Aus zwanzig Jahren, Hamburg 1948
- Winschuh, Josef: Männer, Traditionen, Signale, Berlin 1940
- Rudolf Wissell. Ein Leben für soziale Gerechtigkeit. Unter Mitarbeit von Adolf Dünnebacke, Paul Löbe und Walther G. Oschilewski hrsg. von Otto Bach, Berlin 1949
- Witt, Peter-Christian: Friedrich Ebert 1871–1925. Mit einem Geleitwort von Gustav Heinemann, Bonn-Bad Godesberg 1971
- Witzmann, Georg: Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim/Glan 1958
- Wolff, Margarete: Mutter Behm, Potsdam 1930
- Wolff, Theodor: Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936
- Wollenberg, Erich: Als Rotarmist vor München. Reportage aus der Münchener Räterepublik, Berlin 1929
- Woytinski, Wladimir: Stormy Passage. A Personal History Through Two Russian Revolutions to Democracy and Freedom: 1905–1950, New York 1961
- Wrisberg, Ernst von: Der Weg zur Revolution 1914–1918, Leipzig 1921
- ders., Heer und Heimat 1914–1918, Leipzig 1921
- ders., Wehr und Waffen 1914–1918, Leipzig 1922

## VI. ZEITGENÖSSISCHE PUBLIZISTIK UND FESTSCHRIFTEN

- Albrecht, Gerhard: Vom Klassenkampf zum sozialen Frieden, Jena 1932
- Altmaier, Jakob: Frankfurter Revolutionstage, Frankfurt a. M. 1919
- 25 Jahre Arbeitnordwest, 1904–1929. Hrsg. aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens vom Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin o. J. (1929)
- 75 Jahre AEG, Berlin/Frankfurt 1958
- Alboldt, Emil: Die Tragödie der alten deutschen Marine. Amtliches Gutachten, erstattet vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages, Berlin 1928
- Altrock, Walther von (Hrsg.): Die Organisationen der deutschen Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Gartenbaues, der Fischerei und der landwirtschaftlichen Nebengewerbe, Berlin 1921
- Arbeitskammern und Einigungswesen. Materialien zur Behandlung des Gesetzentwurfs betr. Arbeitskammern, hrsg. von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1918
- Die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten und für die Gemeindevertretungen, 2. Aufl. Berlin 1914
- Arbeitsziele für die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine. Hrsg. vom Kartellverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands, München 1921
- Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege. Hrsg. von Fr. Edler von Braun in Verbindung mit H. Dade unter Mitwirkung von Freier-Hoppenrade und Frhr. v. Wangenheim-Klein Spiegel, Berlin 1918
- Aufhäuser, Siegfried: Weltkrieg und Angestelltenbewegung, Berlin 1918
- Zur Aufklärung! Die Maßnahmen der Hamburg-Altonaer Parteiorganisationen und des Gewerkschaftskartells in den Einrichtungen der Jugendorganisation und des Bildungswesens seit Ausbruch des Krieges. Hrsg. von den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und des Gewerkschaftskartells, Hamburg 1916
- Bäumer, Gertrud: Der Krieg und die Frau, Stuttgart/Berlin 1914 (Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, hrsg. von Ernst Jäckh, 15. Heft)
- Bahr, Hermann: 1917, Berlin 1918
- Barth, Emil: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919
- Bautätigkeit und leerstehende Wohnungen in deutschen Städten im Jahre 1917. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Abt. für Arbeiterstatistik, Berlin 1918
- Die bayerische Sozialdemokratie vom 8. November 1918 bis 2. Juni 1920, München o. J. (1920)
- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus (Die Frau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft), 10. Aufl., Stuttgart 1891
- ders.: Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien, Stuttgart 1910
- Beckerath, Herbert von: Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industrie, Jena 1922
- Behncke, Paul: Unsere Marine im Weltkriege und ihr Zusammenbruch, Berlin 1919
- Behrens, Franz: Gewerkschaftliche Selbsthilfe der Landarbeiter. Aufgaben und Ziele des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands, Bielefeld 1919



- Beiträge zur Wohnungsfrage während des Krieges. Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in deutschen Städten im Jahre 1916. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Abt. für Arbeiterstatistik, Berlin 1917
- 1889–1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband. Zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bochum 1929
- Bericht. Den Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin am 16. 12. 1918 überreicht vom Vollzugsausschuß des Soldatenrats des Feldheeres bei der OHL, Wilhelmshöhe bei Cassel, 12. 12. 1918
- Bernhard, Georg: Übergangswirtschaft, Berlin 1918
- Bernstein, Eduard: Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, Tübingen 1915
- ders.: Wie eine Revolution zugrunde ging, Berlin 1921
- ders.: Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. 1. Bd.: Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin 1921
- Bilder aus unserer Reichstagsfraktion. Von einem alten Parlamentarier. I. Die Mitte, Berlin 1915
- Blos, Anna: Krieg und Schule, Berlin 1915
- Borchardt, Julian: Vor und nach dem 4. August 1914. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt? 3. Aufl. Berlin 1915
- Bozi, Alfred und Hugo Heinemann (Hrsg.): Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland, Stuttgart 1916
- Brammer, Karl: Der Prozeß des Reichspräsidenten, Berlin 1925
- Braun, Adolf: Gewerkschaften und Sozialdemokratie, Berlin 1914
- ders.: Die Gewerkschaften vor dem Kriege, 2. Aufl. Berlin 1921
- Bringmann, August: Geschichte der deutschen Zimmererbewegung. Hrsg. im Auftrage des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands, 2 Bde., Hamburg 1903/05
- Brüninghaus, Willi: Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte. Dargestellt unter Benutzung amtlichen Aktenmaterials, Berlin 1926
- Cleinow, Georg: Der Verlust der Ostmark. Die Deutschen Volksräte des Bromberger Systems im Kampfe um die Erhaltung der Ostmark beim Reich 1918/19, Berlin 1934
- 25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung, 1899–1924. Festschrift, Berlin 1924
- Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland. Hrsg. vom Ausschuß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Köln 1916
- 50 Jahre Christlich-sozial, Berlin o. J.
- Claß, Heinrich: Zum deutschen Kriegsziel. Eine Flugschrift, München 1917
- Cohen-Reuß, Max: Das Volk und der Krieg, Berlin 1916
- Crimmitschau unterm Belagerungszustand. Hrsg. vom Central-Verband deutscher Textilarbeiter und -arbeiterinnen, Berlin 1903
- Crimmitschau 1903–1928. Blätter der Erinnerung an Sachsens bedeutsamsten Arbeitskampf. Hrsg. vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin o. J.
- Crispien, Arthur: Die deutsche Arbeiterrevolution, Berlin 1919
- Cunow, Heinrich: Partei-Zusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit, Berlin 1915
- Dade, Heinrich: Zurück aufs Land zur Quelle deutscher Volkskraft, Berlin 1916
- Däbritz, Walther: Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabriken in Bo-

- chum. Neun Jahrzehnte seiner Geschichte im Rahmen der Wirtschaft des Ruhrbezirks, Düsseldorf 1934
- ders., 50 Jahre Metallgesellschaft, 1881–1931. Denkschrift, Frankfurt 1931
- Däbritz, Walther und Herbert Dickmann: 75 Jahre Verein deutscher Eisenhüttenleute, 1860–1935, Düsseldorf 1935
- Däbritz, Walther und Erich Metzeltin: Hundert Jahre Hanomag. Geschichte der Hannoverschen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vormals Georg Egestorf in Hannover, 1835–1935, Düsseldorf 1935
- Darmstaedter-Helversen, Fritz: Kernpunkte liberaler Wirtschaftspolitik nach dem Kriege, Karlsruhe 1918
- David, Eduard: Führen wir einen Eroberungskrieg? Berlin 1915
- ders., Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, Berlin 1915
- David, Fritz: Der Bankrott des Reformismus. Wandlungen in der Theorie und in der Politik der deutschen Gewerkschaften vom Verzicht auf die soziale Revolution zur Preisgabe des Lohnkampfes, Berlin 1932
- Deinhardt, Ernst: Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften in: SM 9 (1905), II, S. 1015 ff.
- ders., Ein Nachwort zur Beamtenfrage in den Gewerkschaften, in: SM 10 (1906), I, S. 396 ff.
- Delbrück, Clemens von: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Aus dem Nachlaß hrsg., eingeleitet und ergänzt von Joachim von Delbrück, München 1924
- Der deutsche Arbeiter und der Krieg. Ein Wort an die Daheimgebliebenen, 4. Aufl., Berlin 1917
- Die deutsche Arbeiterrevolution. Gedenkschrift über den Verlauf des ersten Revolutionsjahres 1918/19, Berlin 1919
- Deutsche Frauenpflicht in deutscher Not, Berlin 1918
- Die deutsche Sozialdemokratie über Krieg und Frieden. Eine Sammlung der Erklärungen, Aufrufe und Reichstagsreden, in denen in den Kriegsjahren 1914–1917 die Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg und zu den Friedenszielen dargelegt wurde. Als Manuskript gedruckt. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, 1. Folge, Berlin 1917
- Deutsche Vereinigung: Die deutsche Arbeiterbewegung unter Einwirkung des Krieges. Eine Vortragsammlung. Als Handschrift gedruckt, Berlin 1918
- Deutscher Wirtschaftskongreß. Erste Kundgebung aus dem deutschen Wirtschaftsleben am 16. 12. 1918, Berlin 1918
- Dißmann, Robert: Die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Eine Abrechnung mit der Generalkommission auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß am 30. Juni 1919, Frankfurt o. J. (1919)
- Doeberl, Michael: Sozialismus, Soziale Revolution, Sozialer Volksstaat, München 1920
- Eckstein, Gustav: Die deutsche Sozialdemokratie während des Weltkrieges, Berlin 1917
- Eggersdorfer, Franz Xaver: Die Schulpolitik in Bayern von der Revolution bis zum Abgang des Ministeriums Hoffmann. Grundsätzliches, Texte, Erläuterungen, München 1920
- Eichhorn, Emil: Über die Januar-Ereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen, Berlin 1919
- Eichhorn K.: Sozialdemokratie und Arbeiterpolitik nach dem Kriege, Hildes-

- heim/Leipzig 1915  
100 Jahre Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, 1853–1953. Sulzbach-Rosenberg 1953  
Eisner, Kurt: Die neue Zeit, München 1919  
ders.: Gesammelte Schriften, 2 Bde., Berlin 1919  
Erkelenz, Anton: 50 Jahre Arbeiterbewegung, 1868–1918, Berlin 1918  
Die Ernährung im Kriege, 2. Aufl., Hrsg. vom Ministerium des Innern, Berlin 1915  
Falkenberg, Albert: Die deutsche Beamtenbewegung nach dem Kriege, 2. Aufl. Berlin 1920  
Faßbender, Martin: Revolution und Kultur. Ein Aufruf zum Kampfe für die christlichen Lebensideale, Berlin, 6. 1. 1919  
Feiler, Arthur: Vor der Übergangswirtschaft, Frankfurt 1917  
Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren. Einige Mahnungen organisierter Arbeiter aus dem Felde, Berlin 1915  
Fendrich, Anton: Der Krieg und die Sozialdemokratie, Stuttgart/Berlin 1915  
Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Gewerkschaft ver. Constantin der Große, Bochum (1849–1949), Essen 1949  
Festschrift zum 60jährigen Bestehen der sozialdemokratischen Parteiorganisation Neumünster, 1867–1927, Neumünster 1927  
Festschrift 25 Jahre Verband von Fabrikanten-Vereinen im Regierungsbezirk Arnberg und benachbarten Bezirken, Sitz Iserlohn, April 1929. Sozialpolitisches und Wirtschaftliches aus Vergangenheit und Gegenwart der Südwestfälischen und Oberbergischen Eisen- und Metallindustrie, Iserlohn 1929  
Fischer, Anton: Die Revolutions-Kommandantur in Berlin, o. O. o. J.  
Fleischer, Paul: Welche Gefahr droht Deutschland und seiner Arbeiterschaft von einem unbesiegt England? Die Notwendigkeit der Aufklärung, Berlin 1916  
Die Forderung der Bergarbeiter auf Reformierung des Knappschaftswesens. Hrsg. im Auftrage des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von Georg Wißmann, Bochum 1916  
Forstner, Georg Günter von: Die Marine-Meuterei, Berlin o. J.  
Die Frauenarbeit in der Metallindustrie während des Weltkrieges. Dargestellt nach Erhebungen im August/September 1916 vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1917  
10 Jahre Freigewerkschaftliches Seminar Köln am Rhein, Berlin 1930  
Frenzel, Heinrich: Die Bolschewiki und wir! Eine lehrreiche Erfahrung besonders für den deutschen Arbeiter, Berlin 1918  
Freundt, Friedrich Arthur: Kapital und Arbeit, Berlin 1929  
Frymann, Daniel (= Heinrich Claß): Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 4. Aufl. Leipzig 1913  
Gaab, Max: Deutschlands weltgeschichtliche Mission und die deutsche Sozialdemokratie. Politische Studie, Berlin 1918  
Gärtner, Georg: Mit uns zieht die neue Zeit. Geschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Jahre 1928, Nürnberg 1928  
Geisel, E.: Die Revolution im Betriebe. Über Tarifverträge, Organisationen und Vertretungen von Arbeitnehmern nach den Erfahrungen eines Betriebsleiters aus seiner Praxis, mit Ausblicken auf das Arbeiten unter dem Betriebsrätegesetz, Dresden 1920  
Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Was tut not? Köln 1919  
Gerlich, Fritz: Der Wert der bürgerlichen Arbeit. Vortrag, gehalten auf der Landes-

- tagung bayerischer Bürgerräte (des bayerischen Bürgerblocks) am 6. Februar 1920. Hrsg. vom Bürgerrat München, München 1920
- Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Unterweserorten. Im Auftrage des [SPD-]Unterbezirksvorstandes Unterweser hrsg. von Fritz Thienst, Wesermünde-Bremerhaven 1930
- Geschichte der dem Gesamtverbände evangelischer Arbeitervereine Deutschlands angeschlossenen Provinzial- und Landesverbände, Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Gesamtverbandes, 1890–1915, hrsg. von R. Francke, Kassel 1915
- Das Gesundheitswesen des Preußischen Staates in den Jahren 1914/18. Im Auftrage des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt bearbeitet in der Medizinal-Abteilung des Ministeriums, Berlin 1921
- Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914. Flugschrift der Generalkommission der Gewerkschaften, Berlin 1916
- Geyer, Kurt: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1923
- Gleichauf, Wilhelm: Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), Berlin 1907
- Göhre, Paul: Front und Heimat. Religiöses, Politisches, Sexuelles aus dem Schützengraben, Jena 1917
- Göppert, Heinrich: Die Sozialisierungsbestrebungen in Deutschland nach der Revolution, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche 45 (1921), Heft 2, S. 9–43
- Goldschmidt, Karl: Die Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker). Eine kurzgefaßte Geschichte ihrer Begründung und Entwicklung, Berlin 1907
- Gothein, Georg: Warum verloren wir den Krieg? Stuttgart 1919
- ders.: Wirtschaftsleben und Völkerbund. 4. Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Berlin o. J. (1919)
- Grünberg, Carl: Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien. 1. Abteilung: Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen, Leipzig 1916
- Grumbach, Salomon: Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917
- Gumbel, Emil J.: Zwei Jahre Mord, Berlin 1921
- ders., Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922
- ders., Denkschrift des Reichsjustizministers zu »Vier Jahre politischer Mord«, Berlin 1924
- ders., Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Wien 1924
- ders., Verräter verfallen der Feme. Opfer, Mörder, Richter 1919–1929, Berlin 1929
- Gurland, Arkadij: Das Heute der proletarischen Aktion. Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf, Berlin 1931
- Gutheim, Ferdinand: Geschichte des Arbeiterbildungsvereins Freiburg i. Br., 1861–1911. Eine Festgabe zur Feier seines 50jährigen Bestehens, Freiburg 1911
- Haenisch, Konrad: Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland, Berlin 1915
- ders., Deutsche Sozialdemokraten – Sozialdemokratische Deutsche. Rede, gehalten am 3. März 1915 im Preußischen Abgeordnetenhaus. Nach dem amtlichen Stenogramm, Chemnitz 1915
- ders., Wo steht der Hauptfeind? Aus Aufsätzen der »Internationalen Korrespondenz«, Berlin 1915
- ders., Krieg und Sozialdemokratie. Drei Aufsätze. Aus dem »Hamburger Echo« Nr. 280, 286 und 303, Hamburg 1915
- ders., Zur Lage der Partei. Unveränderter Nachdruck aus dem »Hamburger Echo«

- Nr. 104 und 305, Jg. 1915, Hamburg 1916  
 ders., Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege, 3. Aufl. Berlin 1919  
 ders., Sozialdemokratische Kulturpolitik, 7. u. 8. Aufl. Berlin 1918  
 Halle, Felix: Der Proletarier als Schöffe und Geschworener. Ein Führer für Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern und die Frauen des werktätigen Volkes. Zusammenstellung und Kritik der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen über die Laiengerichtbarkeit, Berlin 1926  
 Hanna, Gertrud: Die Arbeiterinnen und der Krieg, Berlin 1915  
 Hartmann, Gustav: Fünfzig Jahre Deutsche Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), 1868-1918, Jena 1918  
 Hasbach, Wilhelm: Einige Bemerkungen zum Entwurfe eines Gesetzes über Betriebsräte, als Gutachten dem Verband Sächsischer Industrieller erstattet. Mit einem Anhang: Arbeitssteigerung durch Betriebsräte? Dresden 1919  
 Heilmann, Ernst: Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und Umgebung, Chemnitz 1912  
 Heine, Wolfgang: Gegen die Quertreiber! Dessau 1915  
 Heinemann, Hugo: Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit, Chemnitz o. J.  
 Heinen, Anton: Mütterlichkeit. Als Beruf und Lebensinhalt der Frau. Ein Wort an Erzieher und Erzieherinnen, Mönchen-Gladbach 1915  
 Helfferich, Karl: Der Weltkrieg. Ausgabe in einem Band, Berlin 1919  
 Helle, F.: Wer verlängert den Krieg? Stimmen aus Feindesland, Berlin 1918  
 Hellwig, Albert: Krieg und Kriminalität der Jugendlichen, Berlin 1916  
 Hesterberg, Ernst: Alle Macht den A.- und S.-Räten. Kampf um Schlesien, Breslau 1932  
 Heuss, Theodor: Kriegssozialismus, Stuttgart 1915  
 Hildenbrand, Karl und Wolfgang Heine: Zwei Reden.  
 1. Die Kriegssitzungen des Deutschen Reichstages  
 2. Die politische Zukunft Deutschlands und die Sozialdemokratie. Beide Reden wurden am 22. 2. 1915 in einer öffentlichen Versammlung in Stuttgart gehalten, Stuttgart 1915  
 Hirsch, Felix: Zweck und Ziel der Opposition im Zentralverband der Angestellten, Berlin o. J.  
 Hirsch, Paul: Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1929  
 Höfle, Anton: Privatangestellte und Neuorientierung, Berlin 1918  
 ders., Werkmeister und Privatangestellte im Wirtschaftsleben während des Krieges, Düsseldorf 1915  
 Hoensbroech, Paul Graf zu: Kriegsziele, Bonn o. J.  
 Holtermann, Felix: Christentum oder Klassenkampf? Wandlungen der Christlichen Gewerkschaften in vier Jahrzehnten. Ihr Weg in den Marxismus. Ihre Tyrannis im Zentrumslager, Berlin 1932  
 Holtz, Friedrich Carl und Hanns Prehn-Dewitz: Die hamburgische Revolution, Hamburg o. J.  
 Hopffe, Günther: Der Weg des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands. Die Geschichte einer proletarischen Jugendorganisation, hrsg. von der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Berlin 1921  
 Horkenbach, Cuno: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930  
 Hue, Otto: Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, Zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewe-

- gung, Bochum 1900  
 ders.: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, 2 Bde., Stuttgart 1910/13  
 Zur Hundertjahrfeier der Firma Krupp, 1812–1912. Sonderausgabe der Kruppschen Mitteilungen, Essen 1912
- Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929  
 Imbusch, Heinrich: Arbeiterinnen im Bergbau, Essen 1917  
 ders., Jugendliche Arbeiter im Bergbau, Essen 1916  
 ders., Die Tätigkeit und Erfolge des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Essen 1915  
 ders., 25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Essen 1919  
 Die Innere Mission in Pommern. Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Provinzialvereins für Innere Mission in Pommern, 1878–1928, Hrsg. im Auftrage des Vorstandes von Pastor Walter Langkutsch  
 Welches Interesse haben die gebildeten Katholiken an der christlichen Gewerkschaftsbewegung? München-Gladbach 1911
- Jäckel, Hermann: Übergangswirtschaft und Textilarbeiter. Denkschrift des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Hrsg. im Auftrage seiner Kommission für Übergangswirtschaft, Berlin 1918  
 Jansson, Wilhelm (Hrsg.): Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch, Berlin 1915  
 ders. (Hrsg.): Monopolfrage und Arbeiterklasse. Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Jansson, Berlin 1917  
 Jünger, Karl: Katholisch-sozialistische Mittelstandsbewegung. Eine neue Gefahr im deutschen Katholizismus, Bonn 1918  
 ders. (Hrsg.): Vom kommenden Weltfrieden. Eingeleitet von Reichsgraf von und zu Hoensbroech, unter Mitarbeit von Mitgliedern aller Parteien des Reichstages, Siegen/Leipzig 1918
- Der Kampf um Bremen im Februar 1919. Ein Erinnerungsblatt, zusammengestellt aus den täglichen Berichten der Weser-Zeitung und des Bremer Tageblattes, Bremen 1919  
 Kapp, Wilhelm: Das innenpolitische Deutschland und der Krieg, Stuttgart/Berlin 1917  
 Karl, Josef: Die Schreckenherrschaft in München und Spartakus im bayerischen Oberland. Tagebuchblätter und Ereignisse aus der Zeit der »bayerischen Räterepublik« und der Münchener Kommune im Frühjahr 1919. Nach amtlichen Quellen aufgezeichnet, München 1919  
 Kautsky, Karl: Kriegsmarxismus. Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August, Wien 1918  
 ders., Parlamentarismus und Demokratie, 2. Aufl., Stuttgart 1911  
 ders., Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, 2. Aufl. Berlin 1910  
 Kessel, Hans von: Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918–1920, Berlin 1933  
 Kiefer, Peter: Rückblick – Ausblick über die gewerkschaftspolitische Lage, Saarbrücken 1919

- ders.: 25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Saarrevier, Saarbrücken 1929
- Kisky, Wilhelm: Der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse von 1878–1928. Festschrift zum Goldenen Jubelfest im Auftrage des Vorstandes, Düsseldorf 1928
- Klöcker, Alois: Zentrum und Revolution, Berlin 1920
- Kloth, Emil: Parteien und Gewerkschaften, Berlin 1928
- Knoll, Alexander: Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter, 3 Bde., Leipzig 1913–1929
- ders., Handwerksgelesen und Lehrlinge im Mittelalter, Berlin 1924
- Kollenscher, Max: Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit. Posen 1918–1920, Berlin 1925
- Köhler, Curt: Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege. Ein Vorschlag zur Neugruppierung der Angestelltenverbände, Bonn 1916
- Kolb, Wilhelm: Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Ein Beitrag zum Thema: Neuorientierung der deutschen Politik, Karlsruhe 1915
- Korn, Karl: Die Arbeiterjugendbewegung. Einführung in ihre Geschichte, 3 Teile, Berlin 1922–24
- Korthaus, Carl: Der deutsche Mittelstand im Krieg und Frieden, Berlin 1917
- Kranold, Hermann: Der deutsch-österreichische Wirtschaftsband als sozialdemokratische Aufgabe, Berlin 1915
- Krieg und Arbeiterschaft. Sechs Aufsätze aus der Deutschen Kriegswochenschau, o. O. o. J. (Januar 1918)
- Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie. Seine Entstehung und seine Aufgaben. Vorläufiger Bericht der Geschäftsführung, Berlin 1914
- Kriegspressesamt: Wirkungen der Kriegsziele unserer Gegner auf die Arbeitslöhne in Deutschland, Berlin o. J. (1917)
- Kürenberg, Joachim von: 14 Jahre – 14 Köpfe. Betrachtung der kleinen Vergangenheit, Berlin 1933
- Kuh, Felix: Der selbständige Unternehmer. Seine wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung. Eine zeitgemäße Betrachtung, Berlin 1918
- Kuhlo, Alfred: Geschichte der bayerischen Industrie, München 1926
- Kulemann, Wilhelm: Die Berufsvereine, 3 Bde., Jena 1908
- ders., Die öffentlichen Beamten, Berlin 1916
- ders., Der Gewerkschaftsgedanke in der Beamtenbewegung, Berlin 1919
- Kuttner, Erich: Von Kiel bis Berlin. Der Siegeszug der deutschen Revolution, Berlin 1919
- ders., Die deutsche Revolution. Des Volkes Sieg und Zukunft, Berlin 1919
- Lamp'l, Walther: Die Revolution in Groß-Hamburg, Hamburg 1921
- Lamprecht, Kurt: Regiment Reichstag. Kampf um Berlin, Januar 1919, Hamburg 1931
- Lange, Paul: Lohnarbeit und Kapital während des Krieges, Leipzig 1917
- ders., Die Neuorientierung der Gewerkschaften, Leipzig 1917
- ders., Die Politik der Gewerkschaftsführer von 1914–1919, Berlin 1919
- Laufenberg, Heinrich und Fritz Wolffheim: Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg, Hamburg 1914
- Laufkötter, Franz: Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung im Weltkrieg, Berlin 1916
- Legien, Carl: Die gewerkschaftlichen Organisationen und gewerkschaftlichen Ver-

- sammlungen unter dem Reichs-Vereinsgesetz. Im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bearbeitet, Berlin 1908
- ders., Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Vortrag in der Versammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend am 27. Januar 1915, Berlin 1915
- Leibrock, Otto: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Arbeitgeberverbände. I. Teil: Geschichte, Organisation und Aufgaben der Arbeitgeberverbände, Berlin 1922
- Sechzig Jahre Leipziger Volkszeitung, Leipzig 1954
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bd. 22, Berlin 1971, S. 189–309
- Lensch, Paul: Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1919
- ders., Drei Jahre Weltrevolution, Berlin 1917
- ders., Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück, Leipzig 1916
- ders., Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer großen Krisis, Hamburg 1916
- ders., Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Eine politische Studie. Berlin 1915
- Leopoldt, Adolf: Rote Chronik der Kreise Zeitz, Weißenfels, Naumburg. Hrsg. vom SPD-Unterbezirk Zeitz-Weißenfels-Naumburg, Zeitz 1931
- Lewinsohn, Ludwig: Die Revolution an der Westfront, Charlottenburg 1919
- Liebknecht, Karl: Klassenkampf gegen den Krieg, Berlin 1919
- ders., Reden und Aufsätze. Hrsg. von Julian Gumperz, o. O. 1921
- Liebmann, Hermann: Die Politik der Generalkommission. Ein Sündenregister der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands und ein Wegweiser für die Zukunft, Leipzig 1919
- Liefmann, Robert: Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher? Stuttgart/Berlin 1915
- Lipinski, Richard: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipzig 1926
- Loops, Ernst: Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung, Danzig 1928
- 75 Jahre Lorenz, 1880–1955. Festschrift der C. Lorenz A.G., Stuttgart, Stuttgart 1955
- Lorenz, Ernst: Fünf Jahre Dresdner USP. Eine rückschauende Betrachtung anlässlich des 5jährigen Bestehens der Partei, Dresden o. J. (1922)
- Ludwig, Emil: An die Laternen! Bilder aus der Revolution, Charlottenburg 1919
- Lüders, Marie-Elisabeth: Die Entwicklung der gewerblichen Frauen-Arbeit im Kriege, Berlin 1920
- Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Hamburg 1906
- dies., Politische Schriften I und II, hrsg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/Wien, 2. Aufl. 1967/68
- Maercker, Ludwig Rudolf Georg: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, Leipzig 1921
- Mariaux, Franz: Gedenkwort zum hundertjährigen Bestehen der Harpener Bergbau AG, Dortmund 1956
- Marc Anton, Die politische Lage und die Forderung der Stunde, Berlin 1919
- Kämpfer, Johannes (= Julian Marchlewski): Kriegssozialismus in Theorie und Praxis, Bern 1915
- Material zur Parteispaltung. Hrsg. vom Parteivorstand [der SPD]. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1917



- Meesmann, Paul: Der Kriegsausgang und die deutsche Industrie, Mainz 1917  
ders., Der Mittelrheinische Fabrikanten-Verein 1869–1919. Eine Gedenkschrift zu seinem 50jährigen Bestehen, zugleich ein Bild deutscher Wirtschaftsvertretung, Gießen 1924
- Menke-Glückert, Emil: Die Novemberrevolution 1918. Ihre Entstehung und ihre Entwicklung bis zur Nationalversammlung, Leipzig 1919
- Merton, Richard: Diktatur der Idee und anderes, November 1918, Frankfurt 1918
- Meyer-Absberg, Rudolf: Ziele und Wege der Bürgerrats-Bewegung. Ein Vortrag, gehalten auf der Tagung des Reichs-Bürgerrats in Leipzig am 4. Juni 1920, Hrsg. vom Reichsbürgerrat Berlin, München 1920
- Mielenz, Willi: Liegnitz in den Tagen der Revolution. Eine geschichtliche Zusammenfassung der Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats, Liegnitz 1919
- Mitscherlich, Waldemar: Moderne Arbeiterpolitik, Leipzig 1927
- 75 Jahre Mix & Genest, 1879–1954, Stuttgart 1954
- Moellendorff, Wichard von: Von Einst zu Einst. Der alte Fritz, J. G. Fichte, Frhr. vom Stein, Friedrich List, Fürst Bismarck, Paul Lagarde über Deutsche Gemeinwirtschaft, Jena 1917  
ders., Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916  
ders., Konservativer Sozialismus. Hrsg. und eingeleitet von Hermann Curth, Hamburg 1932
- Möndel, K. J.: Was hat der Arbeiter von der Demokratie zu erwarten? Vortrag, gehalten auf der 2. Jahrestagung des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, 2. 9. 1917 in Frankfurt, Bonn 1917  
ders., Deutschland auf dem Wege zur Demokratie? 2. Aufl., Bonn 1917
- Müller, Hermann: Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg, Jena 1923
- Müller, Paul und Wilhelm Breves: Bremen in der deutschen Revolution vom November 1918 bis zum März 1919. In einem geschichtlichen Überblick und in Aufsätzen, Bremen 1919
- Müller, Richard: Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924  
ders., Die Novemberrevolution, Wien 1925  
ders., Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin 1925
- Müller, Theodor: Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie, 2 Bde., 2. Aufl. Breslau 1925
- Nagel, Ferdinand: Zur Geschichte des deutschen Landarbeiterstandes, Berlin 1921
- Naumann, Friedrich: Mitteleuropa, Berlin 1915
- Neher, Franz Ludwig: Fünfzig Jahre Knorr-Bremse, 1905–1955, Berlin/München 1955
- Neumann, Paul: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht erstattet im Auftrage des Arbeiterrats, Hamburg 1919
- Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920
- Oeftering, Wilhelm Engelbert: Der Umsturz 1918 in Baden, Konstanz 1920
- Osterroth, Franz: 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, Hrsg. vom Landesvorstand Schleswig-Holstein der SPD, Kiel 1963

- Pachnicke, Hermann: *Führende Männer im alten und im neuen Reich*, Berlin 1930
- Paeplow, Fritz: *Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes*, Berlin 1932
- Parvus: *Die soziale Bilanz des Krieges*, Berlin 1917
- Die Pfalz unter französischer Besatzung. *Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch 1918 bis November 1924*. Hrsg. vom bayerischen Staatskommissar für die Pfalz, München 1925
- Poetzsch, Hugo: *Der Friede und die Internationale*, Berlin 1915
- Popp, Lothar: *Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand. Unter Mitarbeit von Karl Artelt*, Kiel 1918
- Potthoff, Heinz: *Krieg und Sozialpolitik*, Jena 1916
- Preuß, Hugo: *Bergbriefe. Flugschriften der Frankfurter Zeitung*, Frankfurt 1921
- Vom I. Rätekongreß zur Nationalversammlung. *Die Tätigkeit des Zentralrats der sozialistischen Republik Deutschlands*. Hrsg. vom Zentralrat, Berlin 1919
- Rathenau, Walther: *Nach der Flut*, Berlin 1919
- ders., *Probleme der Friedenswirtschaft*, Berlin 1918
- ders., *Die neue Wirtschaft*, Berlin 1918
- Rausch, Bernhard: *Am Springquell der Revolution. Die Kieler Matrosenerhebung*, Kiel 1918
- Reemtsen, Carl Heinrich: *Die Organisation der Lebensmittelversorgung im Kriege. Ein Gesamtbild der kriegswirtschaftlichen Einrichtungen und die Absatzregelung der Hauptlebensmittel*, Berlin 1916
- Reichert, Jakob: *Entstehung, Bedeutung und Ziel der »Arbeitsgemeinschaft«*. Vortrag, gehalten vor der Vereinigung der Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks Essen am 30. 12. 1918. Hrsg. von der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Berlin 1919
- Der Reichsbürgerrat seit seiner Gründung, Berlin o. J. (1921)
- 10 Jahre Reichsverband. *Festgabe der Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Berlin zum 9. Mai 1914*, Berlin 1914
- Reinhardt, Walther: 1918–19. *Die Wehen der Republik*, Berlin 1933
- Remmele, Adam: *Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914/24*, Karlsruhe 1925
- Retzbach, Anton: *Die katholischen Arbeitervereine und die Frage des Neuaufbaues Deutschlands. Rede auf der Bezirksversammlung der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine am 25. 5. 1919 in Karlsruhe*, Karlsruhe 1919
- Revolutions-Streitschriften der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsarbeiter, Nr. 1–3, Berlin/Elberfeld 1918
- Riem, Gustav: *Aus der Geschichte der Dresdner Gewerkschaftsbewegung. Den Delegierten zum 8. Deutschen Gewerkschaftskongreß 1911 gewidmet von den Dresdner Gewerkschaften*, Dresden 1911
- Rieppel, Anton von: *Deutsche Zukunftsaufgaben und die Mitwirkung der Ingenieure*, Berlin 1918
- Rießler, Jacob: *Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration*, 2. Aufl., Jena 1913
- Roderich-Stoltheim, F.(= Theodor Fritsch): *Anti-Rathenau*, Leipzig 1918
- Rose, Alfons Waldemar: *Der 4. Februar 1919 – Bremens Befreiung. Ein Grundstein für die Errettung Deutschlands. Dem Erleben von Kämpfern der Division Gerstenberg und des Freikorps Gaspari nacherzählt*, Bremen 1934

- Rossié, Frieda: Die Entwicklung und heutige Lage des Krefelder Kleinwohnungs-  
wesens, Berlin/Stuttgart/Leipzig 1917
- Die rote Stadt im roten Land. Ein Buch über Werden und Wirken der Sozialdemo-  
kratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt, hrsg. vom  
Parteitagskomitee zum Sozialdemokratischen Parteitag Magdeburg 1929
- Rotheit, Rudolf: Das Berliner Schloß im Zeichen der Novemberrevolution, Berlin  
1923
- Rudolf, Hans: Wach auf mein Volk! Die Flammenzeichen rauchen! Heroldrufe im  
Dienste der Zeit, Nr. 1, Stuttgart 1918
- Runkel, Ferdinand: Die deutsche Revolution. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Leip-  
zig 1919
- Sailer, Joseph Benno: Des Bayernkönigs Revolutionstage, München 1919
- Sartorius, Otto: Die Arbeiterschaft und der Krieg, Berlin 1918
- Saturnus, Arthur: Die Schwerindustrie in und nach dem Kriege, Berlin 1920
- Schäfer, Dietrich: Krieg und Friedensziele, Berlin 1917
- Scheidemann, Philipp: Der Feind steht rechts! Arbeiter, seid einig! Zwei Reden,  
Berlin 1919
- ders., Der Zusammenbruch, Berlin 1921
- Schiele, Georg Wilhelm: Volksversorgung durch Zwang oder durch Freiheit. Samm-  
lung von Aufsätzen zu unserer Nahrungsmittelpolitik. Handschriftlich gedruckt,  
Naumburg 1916
- Schirmacher, Käthe: Frauendienstpflicht, Bonn 1918
- Schnellbacher, Friedrich: Hanau in der Revolution vom 7. November 1918 bis 7.  
November 1919. Mit einem Vorwort von Clara Zetkin, Hanau o. J.
- Schützinger, Hermann: Der Kampf um die Republik. Ein Kampfbrevier für republi-  
kanische Frontsoldaten, Leipzig/Wien 1924
- Schulz, Heinrich: Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes, Berlin 1926
- Schwarte, Max (Hrsg.): Der Weltkrieg in seiner Einwirkung auf das deutsche Volk,  
Leipzig 1918
- Schwarz, Julius: Das Saargebiet, sein Bergbau und seine Sozialpolitik. Kämpfe der  
Bergarbeiter und des Verbandes der Bergarbeiter. Gewidmet der 25. Generalver-  
sammlung des Verbandes der Bergarbeiter 1926 in Saarbrücken. Verfaßt im Auf-  
trage der Bezirksleitung Saarbrücken des Verbandes der Bergarbeiter Deutsch-  
lands, Saarbrücken 1926
- Seidel, Richard: Die Gewerkschaften in der Revolution, Berlin 1920
- Sichler, Richard und Joachim Tiburtius: Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Welt-  
kriegs. Ein Beitrag zur Erklärung des Kriegsausgangs, Berlin o. J.
- Simon, Oscar: Materialien zur Sozialisierung, 1. Heft, Berlin 1919
- Sinzheimer, Hugo: Ein Arbeitstarifgesetz. Die Idee der sozialen Selbstbestimmung  
im Recht, München/Leipzig 1916
- Sollmann, Wilhelm: Die Revolution in Köln. Ein Bericht über Tatsachen, Köln 1918
- Sombart, Werner: Dennoch! Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen  
Arbeiterbewegung, Jena 1900
- Sozialdemokratie und Landesverteidigung. Hrsg. vom Bezirksvorstand der Provinz  
Brandenburg, Berlin 1915
- Sozialdemokratie und nationale Verteidigung, Berlin 1916
- Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege. Aus der Tätigkeit der  
Reichstagsfraktion in der Session 1915-1916. Hrsg. vom Vorstand der Sozialde-  
mokratischen Reichstagsfraktion. Als Manuskript gedruckt, Berlin 1916

- Die Sozialisierung des Bergbaus und der Generalstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hrsg. von der Neunerkommission für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Essen o. J. (1919)
- 90 Jahre SPD Braunschweig, 1865–1955. Hrsg. vom SPD-Bezirk und Stadtkreis Braunschweig, Braunschweig 1955
- 100 Jahre SPD, Ortsverein Elmshorn, Elmshorn 1963
- 100 Jahre SPD, Ortsverein Itzehoe, Itzehoe 1963
- 90 Jahre SPD München, München 1959
- Sperling, Erich: Die neue deutsche Arbeiterbewegung, 3. Aufl., Bonn 1914
- ders., Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung im Lichte der Kritik, Berlin 1918
- Spethmann, Hans: Die Rote Armee an Rhein und Ruhr. Aus den Kapptagen 1920, Berlin 1930
- Spickernagel, Wilhelm: Der deutsche Liberalismus in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1926
- Stadtler, Eduard, Der Bolschewismus und seine Überwindung, Berlin 1918
- ders., Bolschewismus und Wirtschaftsleben, Berlin 1919
- ders., Der kommende Krieg. Bolschewistische Weltrevolutionspläne, Berlin 1919
- ders., Ist Spartacus besiegt? Der Bolschewismus als weltpolitisches Problem, Berlin 1919
- Stampfer, Friedrich: Sozialdemokratie und Kriegskredite, Berlin 1915
- Stegerwald, Adam: Arbeiterbewegung und Kriegsentscheidung. Vortrag auf dem 4. Deutschen Arbeiterkongreß im Oktober 1917 in Berlin, Berlin 1917
- ders., Arbeiterinteresse und Friedensziele. Vortrag, gehalten auf der Konferenz der Vertrauensleute der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am 6. Mai in Essen, Köln 1917
- ders., Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis, Köln 1917
- ders., Arbeiterwähler und Zentrumspartei. Vortrag auf einer Versammlung von Kölner Arbeiter-Zentrumswählern, Krefeld 1918
- ders., Die christlich-nationale Arbeiterschaft im Lichte der Kriegserfahrungen, Köln 1916
- ders., Zum Verfassungskampf in Preußen. Rede im Preußischen Herrenhaus zur Verfassungsreform in Preußen, gehalten am 10. Juli 1918, Köln 1918
- Stresemann, Gustav: Zehn Jahre Industrieschutzverband, 1906–1916, Dresden 1917
- Ströbel, Heinrich: Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten, Berlin 1919
- ders., Die deutsche Revolution, ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin 1920
- Sturmfels, Wilhelm: Arbeiterschaft und Staat, Leipzig 1924
- Tänzler, Fritz: Vortrag über Organisationsfragen. Gehalten in der Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 22. Oktober 1919, Berlin 1919
- ders., Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904–1929. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeitgeberbewegung, Berlin 1929
- Taube, Max: Ursachen und Verlauf des Putsches vom 13. März 1920 und seine Lehren für Arbeiterschaft und Bürgertum, Berlin 1920
- Teuber, Heinrich: Für die Sozialisierung des Ruhrbergbaus. Hrsg. von Hellmut G. Haasis und Erhard Lucas, Frankfurt 1973
- Teutonicus (= Hermann Schroff): Braunschweig unter der Herrschaft der roten Fahne. Meinungen, Stimmungen und Tatsachen, Braunschweig 1919

- Thimme, Friedrich (Hrsg.): Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1916
- Thimme, Friedrich und Carl Legien (Hrsg.), Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915
- Tyszka, Karl von: Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im 3. Kriegsjahre. Aufgrund einer Erhebung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen bearbeitet im Kaiserl. Statist. Amt, Abt. für Arbeiterstatistik, Berlin 1917
- Umbreit, Paul: Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. 8 Vorträge aus den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen, veranstaltet von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1906
- ders., 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung. Erinnerungsschrift zum 25jährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin 1915
- ders., Die deutschen Gewerkschaften im Weltkrieg, Berlin 1917
- Vom Umlernen während des Krieges. Einige polemische Auseinandersetzungen mit solchen, die nichts lernen wollen. Als Materialsammlung gedruckt, Berlin 1915
- Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1913. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Abt. für Arbeiterstatistik, Berlin 1915
- dass. für 1915, Berlin 1918
- dass. für 1916 und 1917, Berlin 1919
- Voigt, Andreas: Das wirtschaftsfriedliche Manifest, Stuttgart 1921
- Volk im Glauben. Ein Buch vom katholischen Deutschen, hrsg. von Max Horst und Richard Hebing, Berlin 1933
- Um Freiheit und Vaterland. 1. Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1918
- Von deutscher Volkskraft. 2. Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1918
- Völkerbund und Frieden. 3. Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1919
- Vormann, Fritz: Die deutsche Arbeitgeberbewegung, Bielefeld 1927
- Zum Vorwärts-Konflikt. Eine Darstellung aufgrund der vorliegenden Dokumente und Protokolle, Berlin 1916
- Vosberg, Fritz: Der polnische Aufstand in seiner Entstehung, Berlin 1919
- Die Wahrheit über das Blutbad vor dem Reichstag, 13. Januar 1920, Berlin 1920
- Wallbaum, Wilhelm: Warum müssen wir durchhalten? Ein Wort an die deutsche Arbeiterschaft, Hagen 1917
- Walterbach C.: Katholische Arbeiterschaft und Jugend, München 1916
- ders., Katholiken und Revolution. Eine Verteidigung gegenüber den Angriffen auf die Führer der deutschen Katholiken, Berlin 1922
- ders., Der Präses. Seine Notwendigkeit – seine Bedeutung – Seine Aufgaben – Seine Stellung in den katholischen Standesvereinen, München 1920
- Weber, Adolf: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Deutschland, 5. Aufl. Tübingen 1930
- Weber, Max: Gesammelte Politische Schriften. Neu hrsg. von Johannes Winkelmann, 2. erw. Aufl., Tübingen 1958
- Wendel, Hermann: Weltkrieg und Sozialdemokratie. Eine Rede an die Freiburger Wähler am 5. Mai 1915, Dresden 1915

- Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1926. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, II. Abt. 8. Bd.: Gutachten des Sachverständigen Joh. Victor Brecht, *Der deutsche Reichstag im Weltkrieg*, Berlin 1926
- Die unabhängige Werkvereinsbewegung. Hrsg. vom Kartellverband deutscher Werkvereine, Berlin 1917
- Westarp, Kuno Graf: Das Ende der Monarchie am 9. November 1918, Stollhamm/Berlin 1952
- ders., *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, 2. Bd., Berlin 1935
- Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft. Vorträge und Reden anlässlich des Besuches des Deutschen Reichstages in Hamburg am 15. und 16. Juni 1918, Hamburg 1918
- Wilbrandt, Robert: *Sozialismus*, Jena 1919
- Winnig, August: Die deutsche Arbeiterschaft im vierten Kriegsjahr. Vortrag, gehalten in der Reihe der Hamburger Vorträge zum Weltkrieg, am 4. Januar 1918, Hamburg 1918
- ders., *Der Burgfrieden und die Arbeiterschaft*, Berlin 1915
- ders., *Die deutschen Gewerkschaften im Kriege*, Stuttgart/Berlin 1917
- ders., *Zur Neuorientierung der Sozialdemokratie*, Berlin 1915
- ders., *Der Weltkrieg vom Standpunkt eines deutschen Arbeiters*. Sonderdruck aus dem Jahrbuche 1914 des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Hamburg 1915
- Winschuh, Josef: *Grenzen der Sozialpolitik*, Leipzig 1929
- ders., *Praktische Werkspolitik*, Leipzig 1921
- Wissell, Rudolf: *Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit*. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur durch Konrad Hahm, 2 Bde., Berlin 1929
- Wohlfahrtseinrichtungen der Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co., Leverkus 1912
- Woldt, Richard: *Großindustrie und Kriegswirkungen*, Berlin 1915
- Wolf, Johannes: *Kampforganisation oder Wirtschaftsband*, Berlin 1920
- Wunderlich, Frieda: *Fabrikpflege*. Ein Beitrag zur Betriebspolitik, Berlin 1926
- Zentrum und Arbeiterschaft, Berlin 1919
- Zietz, Luise: *Zur Lage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher*. Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 1916
- Zimmermann, Waldemar: *Krieg und Sozialpolitik (Soziale Kriegsrüstung)*, Berlin 1915
- ders. (Hrsg.), *Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft*. Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt, Jena 1915
- Zweck und Ziele des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1919

## VII. DARSTELLUNGEN

- Abendroth, Wolfgang: *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Frankfurt 1964
- ders., *Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie*, in: *PVS* 5 (1964), S. 307–338
- ders., *Die deutschen Gewerkschaften*. Weg demokratischer Integration, Heidelberg 1954

- ders., *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1965
- Ackermann, Karl: *Organisatorische Streitigkeiten in der deutschen Sozialdemokratie 1890–1914*, Diss. Heidelberg 1946 (Masch.)
- Adelmann, Gerhard: *Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter bes. Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen*, Bonn 1962
- Aereboe, Friedrich: *Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland*, Stuttgart/Berlin/Leipzig/New Haven 1927
- Albertin, Lothar: *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei*, Düsseldorf 1972
- Albrecht, Willy: *Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918*, Berlin 1968
- Allmers, Fritz: *Private Arbeiterwohnungspolitik im Rheinland von 1815–1914*, Diss. rer. pol. Köln 1925 (Masch.)
- Anderl, Ludwig: *Die roten Kapläne. Vorkämpfer der katholischen Arbeiterbewegung in Bayern und Süddeutschland*, o. O. o. J. (München 1961)
- Anderson, Evelyn: *Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Lauf b. Nürnberg 1948
- Andxel, Ruth: *Imperialismus. Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg. Probleme der Rüstungsfinanzierung des deutschen Imperialismus*, Berlin 1968
- Angermeier, Heinz: *Die gelben Gewerkschaften in der sozialen Bewegung am Beginn des 20. Jahrhunderts*, in: *Geistiger Umgang mit der Vergangenheit. Studien zur Kultur- und Sittengeschichte. Festschrift für Willy Andreas*, Stuttgart 1962, S. 189–198
- Antrick, Otto: *Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt*, Frankfurt 1966
- Apolant, Hans Alexander: *Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung in Deutschland. Ihr Werden, ihr Wesen und ihr Wollen*, Diss. phil. Leipzig 1926, Altenburg 1926
- Ascher, Abraham: »Radical« Imperialists within German social democracy 1912–1918, in: *Political Science Quarterly* 76 (1961), S. 555–575
- Auerbach, Siegfried M.: *Jews in the German Metal Trade*, in: *Leo Baeck Institute, Year Book* 10 (1965), S. 188–203
- Ay, Karl-Ludwig: *Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des 1. Weltkrieges*, Berlin 1968
- Bartel, Walter: *Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg*, Berlin 1958
- Barth, Julius: *Die Wirtschaftsfriedlichen im Rahmen der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Diss. iur. Tübingen 1923 (Masch.)
- Basler, Werner: *Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918*, Berlin 1962
- Baudis, Dieter: *Zur Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Kontrolle über die Produktion während der Novemberrevolution und der Massenstreiks im Frühjahr 1919*, Diss. Humboldt-Univ. Berlin 1960
- Baumgart, Winfried: *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des 1. Weltkrieges*, Wien/München 1966

- Baumgarten, Otto, Erich Foerster, Arnold Rademacher und Wilhelm Flitner: Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927
- Bechtel, Heinrich: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, München 1956
- Beckert, Siegfried: Die Linken in Chemnitz im Kampf gegen den Opportunismus für die Herausbildung einer neuen, revolutionären Partei, in: BzG 9 (1967), S. 109–124
- Behrend, Hans-Karl: Die Besetzung der Landratsstellen in Ostpreußen, Brandenburg und der Grenzmark von 1919–1933, Diss. phil. Berlin (FU) 1956 (Masch.)
- ders., Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Innern, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 6 (1957), S. 173–214
- Beier, Gerhard: Schwarze Kunst und Klassenkampf. Geschichte der Industriegewerkschaft Druck und Papier und ihrer Vorläufer seit dem Beginn der modernen Arbeiterbewegung, Bd. 1: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein, 1830–1890, Frankfurt 1967
- Bellot, Josef: Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815–1918), Bonn 1954
- Benser, Günter/Streb, Xaver/Winkler, Gerhard: Partei und Massen bei Ausbruch des ersten Weltkrieges. Zum Buche von Jürgen Kuczynski »Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie«, in: ZfG 6 (1958), S. 169–190
- Bennecke, Heinrich: Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus. Die Lehre von Weimar. München/Wien 1968
- Bergarbeiter. Ausstellung zur Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung in Deutschland, veranstaltet von der IG Bergbau und Energie und dem Bergbaumuseum Bochum, 16. 11. 1969–15. 2.–1970, Bochum 1969
- Bergsträsser, Ludwig: Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917, Tübingen 1929
- Bermbach, Udo: Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln/Opladen 1967
- Berndt, Fritz: Der Deutsche Transportarbeiterverband, Berlin 1922
- Bernhard, Georg: Meister und Dilettanten am Kapitalismus. Im Reich der Hohenzollern, Amsterdam 1936
- Bernhard, Hans-Joachim: Unveröffentlichte Dokumente zum Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917, in: ZfG 5 (1957), S. 1053–1069
- Bernhard, Hans-Joachim und Dieter Fricke: Forschungen zur Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung von 1900–1917/18, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historiker-Kongreß in Stockholm, August 1960, S. 300–324
- Berthelot, Marcel: Die Betriebsräte in Deutschland. Übersetzt von Otto Bach, Mannheim/Berlin/Leipzig 1926
- Berthold, Lothar, Die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960, Sonderheft der ZfG 1960, S. 358–380
- Besson, Waldemar: Zur Frage der Staatsführung in der Weimarer Republik, in: VfZ 7 (1959), S. 85–111
- ders., Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik. Zum Verhältnis von Ge-



- schichtsschreibung und Politik, in: VfZ 7 (1959), S. 113–129
- ders., Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart 1959
- Beutel, Horst: Die Novemberrevolution von 1918 in Leipzig und die Politik der Leipziger USPD-Führung bis zum Einmarsch der konterrevolutionären Truppen des Generals Maercker am 12. Mai 1919, in: Wiss. Zs. der Univ. Leipzig, Ges.- und sprachwiss. Reihe 7 (1957/58), S. 385–411
- Beyreuther, Wolfgang: Grundfragen des gewerkschaftlichen Kampfes in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: ZfG 10 (1962), S. 1761–1785
- Bieber, Hans-Joachim: Anti-Semitism as a reflection of social, economic and political tension in Germany from 1880–1933, in: David Bronsen (ed.), Jews and Germans from 1860 to 1933: The Problematic Symbiosis, Heidelberg 1979, S. 33–77
- Biechle, Eckhard: Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik, Diss. phil. Berlin (FU) 1972
- Bird, Keith W.: Weimar, the German Naval Officer Corps and the Rise of National Socialism, Amsterdam 1977
- Birnbaum, Immanuel: Juden in der Münchener Räterepublik, in: Hans Lamm (Hrsg.), Von Juden in München. Ein Gedenkbuch, München 1959, S. 301–303
- Bischke, Margarethe: Entwicklungstendenzen der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung, Diss. iur. Breslau 1931
- Blass, Franz: Die »freien« Gewerkschaften Deutschlands in ihrem Verhältnis zu den politischen Arbeiterparteien, Diss. iur. Würzburg 1925 (Masch.)
- Blicks, Ferdinand: Beiträge und Leistungen der deutschen Gewerkschaften in ihrer Entwicklung 1913–1926, Diss. rer. pol. Dresden, Borna-Leipzig 1929
- Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalist), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim 1969
- Böhme, Helmut: Prolegomena zu einer deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, 3. Aufl. Frankfurt 1969
- ders., Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881, Köln/Berlin 1966
- Boldt, Werner: Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 25 (1965), S. 5–42
- Bommer, Fritz: Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung (gelbe Gewerkschaften) während des Krieges und der Revolution, Diss. phil. Heidelberg 1921 (Masch.)
- Booms, Hans: Die Deutschkonservative Partei. Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff, Düsseldorf 1954
- Borkin, Joseph: The Crime and Punishment of I. G. Farben, London 1979
- Born, Karl Erich: Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Ein Beitrag zur innerpolitischen Entwicklung des deutschen Reiches 1890–1914, Wiesbaden 1957
- ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln/Berlin 1966
- Borowsky, Peter: Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter bes. Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen, Lübeck/Hamburg 1970
- Bosl, Karl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969
- Bracher, Karl-Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum

- Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 4. Aufl. Villingen 1964
- ders., Auflösung einer Demokratie. Das Ende der Weimarer Demokratie als Forschungsproblem, in: Faktoren der Machtbildung. Wissenschaftliche Studien zur Politik, Berlin 1952 S. 39–98
- ders., Kritische Betrachtungen über den Primat der Außenpolitik, in: Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel, Berlin 1963, S. 115–148
- ders., Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte, Bern/München/Wien 1964
- ders., Parteienstaat, Präsidialsystem, Notstand. Zum Problem der Weimarer Staatskrise, in: PVS 3 (1962), S. 212–224
- Braun, Egon: Wandlungen des Arbeitgeberstandpunkts in der deutschen Industrie seit Beginn des 20. Jahrhunderts, Diss. iur. Tübingen 1927
- Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1929
- Braunthal, Gerard: The German Free Trade Unions During the Rise of Nazism, in: Journal of Central Europ. Affairs 15 (1955/56), S. 339–353
- Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, 3 Bde., Hannover 1961 ff.
- Brecht, Arnold: Die Auflösung der Weimarer Republik und die politische Wissenschaft, in: Zs. f. Politik 2 (1955), S. 291–308
- Brecour, Wilhelm: Die sozialdemokratische Partei in Kiel. Ihre geschichtliche Entwicklung, Kiel 1932
- Brehmer, Fritz: Die Landarbeiterbewegung in der Provinz Pommern, Diss. iur. Greifswald 1923 (Masch.)
- Bresciani-Turrone, Constantino: The Economics of Inflation. A Study of Currency Depreciation in Post War Germany, 1914–1923, London 1968
- Brigl-Matthias, Kurt: Das Betriebsräteproblem, Berlin/Leipzig 1926
- Brill, Justin: Das Organisationsproblem der deutschen Arbeiterschaft angesichts der Strukturveränderungen in der Industrie seit Beginn des Weltkrieges, Diss. Rostock 1928
- Bronder, Dietrich: Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich 1890–1914, Diss. phil. Göttingen 1952 (Masch.)
- Bruck, Werner Friedrich: Geschichte des Kriegsausschusses der deutschen Baumwollindustrie, zugleich Abriß der Baumwollwirtschaft während des Krieges, Berlin 1920
- Brückner, Franz: Zur Vorgeschichte des VEB Waggonbau Dessau, in: Jb. f. Wirtschaftsgeschichte, 1962, I, S. 132–213
- Brüggerhoff, Gustav: Das Unterstützungswesen bei den deutschen »freien« Gewerkschaften, Jena 1908
- Brüls, Karlheinz und Heinz Budde: Gestalten der Vergangenheit – Wegbereiter der Zukunft. Lebensbilder christlich-sozialer Persönlichkeiten, Essen 1959
- Bry, Gerhard: Wages in Germany 1871–1945, Ann Arbor 1967
- Bucher, Peter: Zur Geschichte der Einwohnerwehren in Preußen, in: Militärgeschichtl. Mitt. 9 (1971), S. 15–59
- Buchsbaum, Ewald: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914–1920. Unter bes. Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der KPD im Dezember 1920, Diss. phil. Halle-Wittenberg 1965
- Bünemann, Richard: Hamburg in der deutschen Revolution von 1918/19, Diss. phil. Hamburg 1951 (Masch.)
- Buse, Dieter Kurt: Friedrich Ebert and German Socialism, 1871–1919, Ph. Diss. Univ. of Oregon 1972

- Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln 1964
- Cassau, Jeanette: Die Arbeitergewerkschaften. Eine Einführung, Halberstadt 1927
- Cassau, Theodor: Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf, 2. Aufl. Halberstadt 1930
- ders., Der deutsche Holzarbeiterverband. Verfassung und Verwaltung einer modernen Gewerkschaft, Diss. phil. Leipzig 1908, Altenburg 1909
- Caspar, Gustav Adolf: Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Frankfurt 1959
- Cecil, Lamar: The Creation of Nobles in Prussia 1871–1918, in: AHR 75 (1970), S. 757–795
- Cohnstädt, Wilhelm: Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag, München 1903
- Colm, Gerhard: Beitrag zur Soziologie und Geschichte des Ruhraufstandes vom März–April 1920, Essen 1921
- Comfort, Richard: Revolutionary Hamburg. Communism and Labor Politics in the Early Weimar Period, Stanford 1966
- Conze, Werner: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln/Graz 1958
- Conze, Werner und Dieter Groh: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966
- Coper, Rudolf: Failure of a Revolution. Germany in 1918–1919, Cambridge 1955
- Copius, J.: Die Novemberrevolution in Greifswald. Die wirtschaftliche und politische Lage vor Ausbruch der Revolution, in: Wiss. Zeitschrift der Universität Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe, 8 (1958/59), S. 11–16
- Dähn, Horst: Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918–1919, Meisenheim 1975
- Dahm, Karl Wilhelm: Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933, Opladen 1965
- Dahrendorf, Ralf: Die angewandte Aufklärung. Gesellschaft und Soziologie in Amerika, 2. Aufl., Frankfurt/Hamburg 1968
- ders., Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1966
- David, Erwin: Der Bund der Landwirte als Machtinstrument des ostelbischen Junkertums, 1893–1920, Diss. phil. Halle-Wittenberg 1967
- Deinzer, Walter: Die Entwicklung der SPD von der revolutionären zur gemäßigten Partei. Stufen und Wendepunkte ihrer politischen Entwicklung in ihrem Verhältnis zu Staat, Nation und Demokratie, Diss. phil. Würzburg 1957 (Masch.)
- Deist, Wilhelm: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: VfZ 14 (1966), S. 341–368
- Demeter, Karl: Das Deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945, 4. Aufl. Frankfurt 1965
- Deuerlein, Ernst: Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten 1870–1918, Regensburg 1955
- Deutschland im ersten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein. Hrsg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Zentralinstitut für Geschichte, Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg, Bd. 1–3, Berlin 1968
- Diehl, James M.: Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington/London 1977.

- Dissinger, Arthur: Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie, Jena 1929
- Dittmann, Wilhelm: Das politische Deutschland vor Hitler, Zürich/New York 1945
- Döhn, Lothar: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970
- Dörnemann, Manfred: Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter bes. Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Diss. phil. Würzburg 1966
- Dörner, Horst: Die Dresdner Arbeiterbewegung während des Weltkrieges und der Novemberrevolution 1918, Diss. phil. Leipzig 1960 (Masch.)
- Dörzbacher, Erwin: Die deutsche Sozialdemokratie und die nationale Machtpolitik bis 1914, Gotha 1920
- Domann, Peter: Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974
- Donnerhack, Rudolf: Aus der Novemberrevolution 1918 in Plauen. Hrsg. vom Vogtländischen Kreismuseum und der Nationalen Front, Kreisausschuß Plauen, Plauen 1958
- Drabkin, Jakov Samojlovič: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968
- Drascher, Wahrhold: Zur Soziologie des deutschen Seeoffizierskorps, in: Wehrwiss. Rundschau 12 (1962), S. 555–569
- Dreetz, Dieter: Rückführung des Westheeres und Novemberrevolution, in: Zs.f. Militärgeschichte 7 (1968), S. 578–589
- ders.: Bestrebungen der OHL zur Rettung des Kerns der Armee in der Novemberrevolution, in: Zs.f. Militärgeschichte 8 (1969), S. 50–66
- Dünner, Julia: Der deutsche Arbeitsnachweis im Kriege bis zum Erlaß des Hilfsdienstgesetzes, Berlin/Regensburg/Wien 1918
- Eckardt, Günter: Industrie und Politik in Bayern 1900–1919. Der Bayerische Industriellen-Verband als Modell des Einflusses von Wirtschaftsverbänden, Berlin 1976
- Eggert, Oskar: Oberhausen im Spiegel der Ratsprotokolle von 1918–1924, Oberhausen 1963
- Eickstedt, Claus von: Wiederaufbau und wirtschaftsfriedliches Prinzip. Kritische Studie über die Arbeiterpolitik des Pommerschen Landbundes, Berlin 1923
- Eisner, Freya: Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, Köln/Frankfurt 1977
- Elben, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung von November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965
- Eliasberg, George: Der Ruhrkrieg 1920. Zum Problem von Organisation und Spontaneität in einem Massenaufstand und zur Dimension der Weimarer Krise, in: Archiv für Sozialgeschichte 10 (1970)
- ders., Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn-Bad Godesberg 1974
- Ellwein, Thomas, und Ralf Zoll: Berufsbeamtentum – Anspruch und Wirklichkeit. Zur Entwicklung und Problematik des öffentlichen Dienstes, Düsseldorf 1973
- Engelberg, Ernst, Horst Rössler, Eberhard Wächtler: Zur Geschichte der sächsi-

- schen Bergarbeiterbewegung, Berlin 1954
- Engelhardt, Ulrich: »Nur vereinigt sind wir stark«. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63–1869/70, Stuttgart 1977
- Engelsing, Rolf: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1973
- ders., Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, 2. Aufl. Göttingen 1978
- Epstein, Fritz T.: Zwischen Compiègne und Versailles. Geheime amerikanische Militärdiplomatie in der Periode des Waffenstillstandes 1918/19: Die Rolle des Obersten Arthur L. Conger, in: VfZ 3 (1955), S. 412–445
- Erdmann, Gerhard: Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit, Neuwied/Berlin 1966
- Erdmann, Karl-Dietrich: Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, in: GWU 15 (1964), S. 525 ff.
- ders., Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VfZ 3 (1955), S. 1–19
- Erfurth, Waldemar: Die Geschichte des deutschen Generalstabes von 1918–1945, Göttingen 1957
- Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919–1920, Düsseldorf 1967
- Errettung des Ruhrgebiets (1918–1920), Berlin 1943
- Eschenburg, Theodor: Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1964
- ders., Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1955
- ders., Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart 1956
- ders., Das Zweiparteiensystem in der deutschen Politik, in: Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 403–417
- Faber, Ernst: Die evangelischen Arbeitervereine und ihre Stellungnahme zu sozialpolitischen Problemen, Diss. iur. Würzburg 1927
- Fabian, Walter: Klassenkampf um Sachsen, Löbau 1930
- Facius, Friedrich: Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard 1959
- Fauth, Reinhold: Der Kampf um die Schule in der verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung 1919–1921, Diss. phil. Humboldt-Univ. Berlin 1948 (Masch.)
- Feldman, Gerald D.: Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918, Princeton 1966
- ders., German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 312–341
- ders., The Social and Economic Politics of German Big Business 1918–1929, in: Am. Hist. Rev. 75 (1969), S. 47–55
- ders., The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement. A Documentation. With Assistance of Irmgard Steinisch, in: IWK 19/20 (Dezember 1973), S. 45–103
- ders., Eberhard Kolb und Reinhard Rürup: Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: PVS 13 (1972), S. 84–105
- ders. und Heidrun Homberg: Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923, Hamburg 1977
- Fery, Nikolaus: Versuch einer morphologischen Studie des Gewerkschaftspro-

- blems, Diss. iur. Freiburg 1949 (Masch.)  
 Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Peter von Oertzen, Frankfurt 1967
- Fiedler, Johann: Die Konzentrationsbewegung der Gewerkschaften, Wien/Leipzig 1924
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Aufl., Düsseldorf 1964
- ders., Kontinuität des Irrtums. Zum Problem der deutschen Kriegszielpolitik im ersten Weltkrieg, in: HZ 191 (1960), S. 83 ff.
- ders., Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911–1914, Düsseldorf 1969
- ders., Weltpolitik, Weltmachtstreben und deutsche Kriegsziele, in: HZ 199 (1964), S. 265 ff.
- Fischer, Kurt: Die Berliner Abwehrkämpfe 1918/19. Bearbeitet und eingeleitet von Otto Braun, Berlin 1956
- Fischer, Wolfram: Herz des Reviers. 125 Jahre Wirtschaftsgeschichte des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen-Mülheim-Oberhausen, Essen 1965
- ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972
- Flechthelm, Ossip K.: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948
- Flemming, Jens: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Studien zur Kontinuität agrarischer Interessenpolitik zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, Bonn 1978
- Först, Walter: Politik und Landschaft, Köln/Berlin 1969
- ders. (Hrsg.): Das Rheinland in preußischer Zeit. 10 Beiträge zur Geschichte der Rheinprovinz, Köln/Berlin 1965
- Franke, Hans: Der Wesenswandel der Gewerkschaften, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 133 (1930), S. 555–567
- Franz, Leopold: Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur, Karlsbad 1935
- Frey, Ludwig: Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen Parteien, Diss. phil. Würzburg 1931
- Fricke, Dieter: Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG 11 (1963), S. 29–77
- ders., Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890–1914). Dokumente und Materialien, Leipzig 1962
- ders., Zur Rolle des Militarismus nach innen in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg, in: ZfG 6 (1958), S. 1298–1310
- ders., Friedrich Stampfer und der »demokratische Sozialismus«, in: ZfG 6 (1958), S. 749–774
- Fricke, Dieter und Fritz Radandt: Neue Dokumente über die Rolle Albert Südekums, in: ZfG 4 (1956), S. 757 ff.
- Friedensburg, Ferdinand: Die Weimarer Republik, Berlin 1946
- Fuchs, Rudolf: Die Kriegsgewinne der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Staaten an Hand statistischer Daten dargestellt, Zürich 1918
- Fülberth, Georg: Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument, Heft 63 (März 1971), S. 1–21
- Fugger, Karl: Geschichte der deutschen Gewerkschaften, Berlin 1947
- ders., 50 Jahre deutscher Imperialismus und die deutschen Gewerkschaften, Berlin 1947

- Gabel, Karl Alfred: Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiter-Organisationen an der Saar, Saarbrücken 1925
- Gätsch, Helmut: Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919–1933, Bremen 1969
- Gay, Peter: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1954
- Gebhard, Bruno: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3: Von der Französischen Revolution bis zum ersten Weltkrieg, hrsg. von Herbert Grundmann, 8. Aufl., Stuttgart 1960
- Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932, Neudruck Darmstadt 1967
- Gerbracht, Josef: Der Kampf um die Seelen der Arbeiter. Eine geschichtliche Darstellung der Organisationskämpfe in Rheinland-Westfalen, Berlin 1927
- Gersdorff, Ursula von: Frauen im Kriegsdienst 1914–1945, Stuttgart 1969
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, 8 Bde., Berlin 1966
- Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Döbeln von den Anfängen bis 1945. Hrsg. Ideologische Kommission der SED-Kreisleitung Döbeln, Döbeln 1964
- Geßler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958
- Geßner, Manfred: Wehrfrage und freie Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1918–1923 in Deutschland. Unter bes. Berücksichtigung des ADGB als Dachorganisation, des DMV, des Transportarbeiterverbandes sowie des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Diss. phil. Berlin (FU) 1962
- Gewerkschaftliche Politik. Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Hrsg. von Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer, Gerhard Leminsky und Heinz Markmann, Köln 1977
- Giesecke, Hermann: Die Schulpolitik der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZ 13 (1965), S. 162–177
- Görlitz, Walter: Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt, 1657–1945, Frankfurt 1950
- Goldbeck, Gustav: Kraft für die Welt, 1864–1964 Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Düsseldorf/Wien 1964
- Goldenberg, Boris: Beiträge zur Soziologie der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, Diss. phil. Heidelberg 1932
- Gordon, Harold J.: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926. Deutsch von Siegfried Maruhn, Frankfurt 1959
- Gorski, Günter: Sachsen 1917. Ein Beitrag zu den Auswirkungen der russischen Februarrevolution auf Deutschland, Diss. phil. Halle 1961
- Goßweiler, Kurt: Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin 1971
- Gottschalk, Regina: Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919, Diss. phil. Tübingen 1969
- Grebing, Helga: Zentrum und katholische Arbeiterschaft. Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik, Diss. phil. Berlin (FU) 1953 (Masch.)
- dies., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966
- Greis, Hans: Die inneren Beziehungen der Arbeitergewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes während des Krieges und in der Nachkriegszeit, Diss. rer. pol. Köln 1925 (Masch.)

- Griep, Günter: Über das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften während der Massenstreikdebatte 1905/1906 in Deutschland, in: ZfG 11 (1963), S. 915–940
- Groh, Dieter: Die »vaterlandslosen Gesellen« und das Vaterland. Staat und Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1905–1915), Tübingen 1966
- ders., Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Berlin/Wien 1973
- Grünthal, Günter: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968
- Grunz, Alfred: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 3. Aufl. Berlin o. J.
- Grzesinski, Albert: Inside Germany, New York 1939
- Günther, Adolf: Kriegslöhne und -Preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten, Jena 1919
- Gumpert, Fritz: Die Bildungsbestrebungen der freien Gewerkschaften, Jena 1923
- Guartzsch, Dankwart: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergischen Presseimperiums, Düsseldorf 1974
- Gutsche, Willibald: Die Beziehungen zwischen der Regierung Bethmann Hollweg und dem Monopolkapital in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges, Habil.-Schrift Humboldt-Univ. Berlin 1967
- Habedank, Heinz: Über Verlauf und Wesen der Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet während der Novemberrevolution, in: Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution, hrsg. von Heinz Habedank, Berlin 1960, S. 42 ff.
- ders., Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919, Berlin 1967
- ders. (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution. Überarbeitete und ergänzte Vorträge, gehalten anlässlich der Arbeitstagung »40 Jahre Novemberrevolution« im Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1960
- Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893–1933, Frankfurt 1967
- Hannover, Heinrich und Elisabeth Hannover-Drucek: Politische Justiz 1918–1933. Mit einer Einleitung von Karl-Dietrich Bracher, Frankfurt/Hamburg 1966
- dies. (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt 1967
- Hardach, Karl: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1976
- Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962
- Hartfiel, Günter: Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1961
- Hartmann, Therese: Die Entwicklung und Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften während des Krieges und der Übergangszeit, Diss. iur. Freiburg 1921 (Masch.)
- Hartwich, Hans-Hermann: Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik, Berlin 1967
- Haupt, Georges: Der Kongreß fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale



- 1914, Wien/Frankfurt/Zürich 1967
- Haupts, Leo: Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des 1. Weltkrieges, Düsseldorf 1976
- Heer, Hannes: Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933, Neuwied/Berlin 1971
- Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1966
- Heidegger, Hermann: Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat, 1870–1920. Unter bes. Berücksichtigung der Kriegs- und Revolutionsjahre, Göttingen 1956
- Heilborn, Otto: Die »Freien« Gewerkschaften seit 1890. Ein Überblick über ihre Organisation, ihre Ziele und ihr Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei, Jena 1907
- Heinemann, Gustav W.: Zur Reichsgründung 1871. Zum 100. Geburtstag von Friedrich Ebert, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971
- Heinemann, Manfred (Hrsg.): Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik, Stuttgart 1976
- Heinrichsbauer, August: Schwerindustrie und Politik, Essen 1948
- Helfer, Christian: Über militärische Einflüsse auf die industrielle Entwicklung in Deutschland, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 83 (1963), S. 597–609
- Herbach, Friedrich: Die Strömungen des Marxismus in Deutschland während des Weltkrieges und die Grenzen zwischen seinen einzelnen Richtungen nach Ideologie und Praxis. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte, Diss. phil. Würzburg 1933
- Herberts, Hermann: Zur Geschichte der SPD in Wuppertal. Ein Beitrag zum Hundertjahr-Jubiläum 1963, Wuppertal 1963
- Herbig, Rudolf: Notizen aus der Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Hamburg 1964
- Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/Köln 1976
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Opladen 1969
- Herz, Johannes (Hrsg.), Evangelisches Ringen um soziale Gemeinschaft. Fünfzig Jahre Evangelisch-Sozialer Kongreß 1890–1940, Leipzig 1940
- Herzfeld, Hans: Oberbefehl und Regierung in der neueren Geschichte, in: Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel, Berlin 1963, S. 169–184
- ders., Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege, Leipzig 1928
- Berges, Wilhelm und Carl Hinrichs (Hrsg.): Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958
- Hintze, Peter: Zur Frage des Charakters der Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution 1918, dargestellt am Beispiel der Räte in Mecklenburg, in: ZfG 5 (1957), S. 264–277
- Hirsch, Helmut: Denker und Kämpfer. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1955
- Hirsch, Kurt: Die Blutlinie. Ein Beitrag zur Geschichte des Antikommunismus in Deutschland, Frankfurt 1960
- Hirsch-Weber, Wolfgang: Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln/Opladen 1959

- Hirschfeld, Magnus (Hrsg.): Sittengeschichte des Weltkrieges, 2 Bde., Leipzig/Berlin 1930/31
- Hirschfeld, Paul: Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896–1906, Jena 1908
- Hoegner, Wilhelm: Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution, München 1958
- Hoffmann, Gabriele: Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, Diss. phil. Hamburg 1973
- Hoffmann, Walther G.: Die branchenmäßige Lohnstruktur der Industrie. Ein intertemporaler und internationaler Vergleich, Tübingen 1961
- ders., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965
- Horn, Daniel: The German Naval Mutinies of World War I, New Brunswick N.J. 1969
- Hortleder, Gerd: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, 2. Aufl. Frankfurt 1970
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 4 Bde., Stuttgart 1957ff.
- ders., Nationalstaat und Verfassungsstaat. Studien zur Geschichte der modernen Staatsidee, Stuttgart 1965
- Hürten, Heinz: Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918, in: Histor. Jahrbuch, hrsg. im Auftrag der Görres-Gesellschaft, 90 (1970), S. 299–328
- Hundert Jahre Kampf der Gewerkschaften der graphischen Arbeiter. Beiträge zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen in der graphischen Industrie seit der Gründung des Deutschen Buchdruckerverbandes 1866 bis zur Gegenwart. Hrsg. vom Zentralvorstand der IG Druck und Papier im FDGB, Berlin 1966
- Hundert Jahre Staatliche Sozialpolitik, 1839–1939. Aus dem Nachlaß von Geheimrat Dr. Friedrich Syrup. Hrsg. von Julius Scheuble, bearbeitet von Otto Neuloh, Stuttgart 1957
- Hunt, Richard N.: German Social Democracy 1918–1933, New Haven/London 1964
- Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973. Hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974
- Jacke, Jochen: Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918, Hamburg 1976
- Jaeger, Hans: Unternehmer in der Politik, 1890–1918, Bonn 1967
- Jahnke, Karl-Heinz: Die Novemberrevolution und die Gründung der KPD in Stralsund, hrsg. von der Kreisleitung Stralsund der SED, Stralsund 1958
- ders., Die Novemberrevolution in Stralsund, in: Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges.- und Sprachwiss. Reihe, 8 (1958/59), S. 19–25
- Die Jenaer Jugendkonferenz Ostern 1916 und ihre Bedeutung für die Sammlung der revolutionären deutschen Arbeiterjugend im Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Als Manuskript gedruckt, Leipzig 1966
- Jendretzky, Hans: Die neuen deutschen Gewerkschaften und der 9. November 1918, Berlin 1948

- Jessen-Klingenberg, Manfred: Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, in: *GWU* 19 (1968), S. 649–656
- Joll, James: *The Second International*, 1890–1914, London 1955
- Kaelble, Hartmut: Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914, Berlin 1967
- ders. und H. Matzerath, H.-J. Rupieper, P. Steinbach und H. Volkmann: Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978
- Kämpfendes Leuna (1916–1945). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter. Teil I, 1. Halbband (1916–1933), Berlin 1961
- Kahn-Freund, Otto: Rechtliche Garantien der innergewerkschaftlichen Demokratie. Betrachtungen zum englischen Recht, in: *Faktoren der politischen Entscheidung*. Festgabe für Ernst Fraenkel, Berlin 1963, S. 335–367
- Kaiser, Th.: Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung unter Betonung der nachrevolutionären Neueinstellung, Diss. rer. pol. Köln 1924
- Kastning, Alfred: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition, 1919–1923, Paderborn 1970
- Kater, Michael H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Hamburg 1975
- Kaul, Friedrich Karl: Justiz wird zum Verbrechen. Der Pitaval der Weimarer Republik, Berlin o. J.
- Kaun, Heinrich: Die Geschichte der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, Diss. rer. pol. Berlin 1937, Jena 1938
- Kautsky, Karl: Sozialisten und Krieg. Ein Beitrag zur Ideengeschichte des Sozialismus von den Hussiten bis zum Völkerbund, Prag 1937
- Kehr, Eckart: Der Primat der Innenpolitik. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965
- Kircher, Ernst: Zum Neutralitätsproblem in den Gewerkschaften, unter bes. Berücksichtigung der freien und christlichen Verbände in Deutschland, Diss. iur. Würzburg 1922
- Kitze, Manfred: Die Berliner Arbeiterbewegung vom Ausbruch des ersten Weltkrieges bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unter dem Gesichtspunkt ihrer Linksentwicklung in den Wahlvereinen, Diss. phil. Halle-Wittenberg 1966
- Klatt, Rudolf: Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20, Heidelberg 1958
- Klaus, Barbara: Zur Entwicklung von Organisation und Konzeption der freien Gewerkschaften 1875–1893, Offenbach 1976
- Klein, Rudolf: Gewerkschaften und Betriebsräte, Diss. rer. pol. Köln 1922 (Masch.)
- Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München/Wien 1957
- Klotzbach, Arthur: Der Roheisenverband. Ein geschichtlicher Rückblick auf die Zusammenschlußbestrebungen in der deutschen Hochofenindustrie, Düsseldorf 1926
- Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975
- Kluke, Paul: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main, 1914–1932, Frankfurt 1972
- Koch, Max: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889–

- 1914), Düsseldorf 1954
- Koch, Thilo (Hrsg.): Porträts deutsch-jüdischer Geistesgeschichte, Köln 1961
- Kocka, Jürgen: Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft 1847–1914 am Beispiel Siemens, Stuttgart 1969
- ders., Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973
- ders., Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Zur politischen Sozialgeschichte der Angestellten. USA 1890–1940 im internationalen Vergleich, Göttingen 1977
- Köhler, Henning: Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht 1935, Berlin 1967
- Koenigsberger, Wilhelm: Die Politik der »Freien Gewerkschaften« und ihre »Politisierung«, insbesondere seit der Novemberrevolution. Gestaltung der Gewerkschaft zur Gewerkschaftspartei, Diss. rer. pol. Breslau 1922 (Masch.)
- Könnemann, Erwin: Zum Problem der Bildung einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch, in: BzG 5 (1963), S. 904–921
- ders., Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918–1920), Berlin 1971
- ders., Der Truppeneinmarsch am 10. Dezember 1918 in Berlin. Neue Dokumente zur Novemberrevolution, in: ZfG 16 (1968), S. 1592–1609
- ders., Die Einschätzung der politischen Lage durch die OHL nach den Märzkämpfen 1919, in: Militärgeschichte 11 (1972), S. 61–71
- ders. und Hans-Joachim Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin 1972
- Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962
- ders. (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Republik, Köln 1972
- Kolbe, Hellmuth: Arbeiten über die Novemberrevolution 1918 und die Gründung der KPD, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm 1960, Sonderheft der ZfG 1960, S. 325–343
- Koller, Philipp Alexander: Das Massen- und Führerproblem in den Freien Gewerkschaften, Tübingen 1920
- Kosthorst, Erich, Jürgen Kocka, Gerhard A. Ritter: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 1975
- Koszyk, Kurt: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914–1933, Heidelberg 1958
- Kozowski, Georg: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mittel- und Ostdeutschland. Ein Literaturbericht. In: Jahrbuch für die Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands 8 (1959), S. 409–470
- ders., Parlamentarismus und Demokratie im Urteil Friedrich Meineckes, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie, Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 187–203
- König Ludwig III. und die Revolution. Neue Beiträge zur Vorgeschichte der Bayerischen Revolution, 1. Heft, München 1921
- Krause, Hartfried: Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg 1974
- ders.: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

- Deutschlands, Köln/Frankfurt 1975
- Krieger, Leonard: *The German Idea of Freedom*, Boston 1957
- Kritzer, Peter: *Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918–1923*, München 1969
- Krüger, Gabriele: *Die Brigade Ehrhardt*, Hamburg 1971
- Kuckuk, Peter (Hrsg.): *Revolution und Räterepublik in Bremen*, Frankfurt 1969
- ders., *Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD*, Diss. phil. Hamburg 1970
- Kuczynski, Jürgen: *Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse*, Berlin 1957
- ders., *Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart*, Bd. I, 2. Teil: 1871–1932, 6. Aufl., Berlin 1954
- ders., *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Bd. 4: *Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18*, Berlin 1967
- ders., *Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1962, Teil II, S. 11–90
- ders., *Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus*, 2 Bde., Berlin 1948–1950
- Kurth, Josef: *Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland*, Hannover/Frankfurt a. M. 1957
- Labeledz, Leopold (Hrsg.), *Der Revisionismus*, 2. Aufl., Köln/Berlin 1966
- Lambers, Hans Otto: *Die politische Entwicklung von 1917 bis 1924 in Hagen und Haspe. Regionalanalyse der politischen Ereignisse, des Parteienverhaltens und der Wahlen in der Revolutionsperiode*, Diss. phil. Marburg 1962
- Lamm, Hans (Hrsg.), *Von Juden in München*, 2. Aufl., München 1959
- Lamprecht, W.: *Der Kreis Rügen in den Tagen der Novemberrevolution*, in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe*, 8 (1958/59), S. 45–48
- Landmann, Heinz: *Die Entwicklung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nach dem Kriege*, Diss. iur. Freiburg 1924
- Langerhans, Heinz: *Richtungsgewerkschaft und gewerkschaftliche Autonomie 1890–1914*, in: *Internat. Review of Social History* 2 (1957), S. 22–51 und 187–208
- Langweg, Gustav: *Die Steinkohlenförderung Deutschlands seit Ausbruch des Weltkrieges unter bes. Berücksichtigung des Ruhrreviers. Ein Beitrag zur Frage der Arbeitsleistung im Ruhrrevier*, Diss. iur. Münster 1921 (Masch.)
- Laqueur, Walter Z.: *Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie*, Köln 1962
- ders., *Weimar. Die Kultur der Republik*, Berlin 1976
- ders. und George L. Mosse (Hrsg.): *Kriegsausbruch 1914*, München 1970
- Laschitzka, Anneliese: *Kurt Eisner – Kriegsgegner und Feind der Reaktion. Zu seinem 100. Geburtstag*, in: *BzG* 9 (1967), S. 454–489
- Leber, Annedore und Freya v. Moltke: *Für und wider. Entscheidungen in Deutschland 1918–1945*, Berlin/Frankfurt 1961
- Leckebusch, Günter: *Die Beziehungen der deutschen Seeschiffswerften zur Eisenindustrie an der Ruhr in der Zeit von 1850 bis 1930*, Köln 1963
- Leckebusch, Roswitha: *Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden*, Berlin 1966
- Lehmann, Hans Georg: *Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und*

- internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus, Tübingen 1970
- Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956
- Liefmann, Robert: Kartelle, Konzerne und Trusts, 7. Aufl., Stuttgart 1927
- Lindau, Rudolf: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik, Berlin 1960
- Loreck, Jochen: Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel, Bonn 1977
- Lucas, Erhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, März-April 1920, Bd. 1, Frankfurt 1970
- ders., Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19, Frankfurt 1969
- ders., Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19, in: Duisburger Forschungen 15 (1971), S. 1–119
- ders., und Claus Del Tedesco: Zur Bergarbeiterbewegung in Hamborn 1918/19, in: Duisburger Forschungen 22 (1975), S. 141–168
- Luckemeyer, Ludwig: Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918/19, Diss. phil. Gießen 1975
- Lütge, Friedrich: Wohnungswirtschaft. Eine systematische Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Wohnungswirtschaft, Jena 1940
- Lützenkirchen, Ralf: Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde. Ein Beitrag zur Parteigeschichte, Dortmund 1970
- Lukaszewicz, Witold: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Posen 1918–1919, in: Wiss. Zeitschrift der Univ. Rostock, Ges.- und sprachwiss. Reihe, 7 (1957/58), S. 311–326
- Luther, Karl Heinz: Die nachrevolutionären Machtkämpfe in Berlin, November 1918–März 1919, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 8 (1959), S. 187–221
- Lutz, Heinrich: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik, 1914–1925, München 1963
- Lynar, Ernst W. von (Hrsg.): Deutsche Kriegsziele 1914–1918, Darmstadt 1964
- Maehl, William: The Role of Russia in German Socialist Policy 1914–1918, in: Internat. Review of Social History 4 (1959), S. 177–198
- ders., The Triumph of Nationalism in the German Socialist Party on the Eve of the First World War, in: JMH 24 (1952), S. 15–41
- Mai, Gunter: Die Sozialstruktur der württembergischen Soldatenräte, in: IWK 14 (1978), S. 3–28
- Mantzke, Ulrich: Zur Bewegung des Landproletariats und der werktätigen Bauern in der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise im Freistaat Sachsen, 1918–1923, Diss. phil. Leipzig 1961
- Materna, Ingo: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin 1978
- Mattes, Wilhelm: Die bayerischen Bauernräte. Eine soziologische und historische Untersuchung über bäuerliche Politik, Stuttgart 1921
- Mattheier, Klaus: Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973
- Matthias, Erich: Sozialdemokratie und Nation. Zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigranten 1933–1938, Stuttgart 1952

- Matull, Wilhelm: Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970
- Maur, H.: Die Auswirkungen der Novemberrevolution auf den heutigen Kreis Wolgast, in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe*, 8 (1958/59), S. 33–37
- ders., Die ehemals vorpommerschen Städte Grimmen und Swinemünde in den Tagen der Novemberrevolution bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar des Jahres 1919, in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe*, 8 (1958/59), S. 67–73
- ders., Konterrevolutionäre Umtriebe in der Universitätsstadt Greifswald im Sommer 1919, in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe*, 8 (1958/59), S. 61–65
- Meerwarth, R., A. Günther, W. Zimmermann: Die Einwirkungen des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart 1932
- Mehnert, Gottfried: Evangelische Kirche und Politik 1917–19. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959
- Meier, Karl: Die wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur deutschen Gewerkschaftsbewegung, Diss. iur. Freiburg 1922 (Masch.)
- Meinhardt, Günther: Oberschlesien 1918/19. Die Maßnahmen der Reichsregierung, Behörden und Gewerkschaften zur Sicherung Oberschlesiens, in: *Jb. der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 16 (1971), S. 215–231
- Mendelssohn, Peter de: Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin 1959
- Mendelssohn-Bartholdy, Albrecht: *The War and German Society. The Testament of a Liberal*, New Haven 1937
- Merker, Paul: Sozialdemokratie und Gewerkschaften 1890–1920, Berlin 1949
- Metzmacher, Helmut: Der Novemberumsturz 1918 in der Rheinprovinz, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 168/169* (1967), S. 135–265
- ders., Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Aachen, in: *Zs. des Aachener Geschichtsvereins* 79 (1968), S. 149–161
- ders., Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918 in Saarbrücken, in: *Zs. f. d. Geschichte der Saargegend* 19 (1971), S. 230–248
- Meynell, Hildamarie: The Stockholm Conference of 1917, in: *Internat. Review of Social History* 5 (1960), S. 1–25 und 202–225
- Michel, Ernst: Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt. Ihre Krisenformen und Gestaltungsversuche, 3. Aufl., Frankfurt 1953
- Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der 2. Aufl., hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Werner Conze, Stuttgart 1957
- Mielke, Siegfried: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974
- dies., Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978
- Mitchell, Allan: Die Revolution in Bayern 1918–1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967

- Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt 1965
- Mittmann, Ursula: Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Köln 1976
- Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1959
- Morgan, David W.: The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917–1922, Ithaca/London 1975
- Morgenstern, Klaus: Gewerkschaftspolitik und Produktivität der Arbeit im Deutschland der Nachkriegszeit, Diss. phil. Berlin 1928
- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966
- Moses, John Anthony: Carl Legiens Interpretation des demokratischen Sozialismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Ideengeschichte, Diss. phil. Erlangen-Nürnberg 1965
- Mosse, Werner E., unter Mitarbeit von Arnold Paucker (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution. Ein Sammelband, Tübingen 1971
- dies. (Hrsg.), Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Tübingen 1976
- Müller, Alfred: Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914–1918 im Dienste des deutschen Imperialismus, Berlin 1955
- Muth, Heinrich: Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: VfZ 21 (1973), S. 1 ff.
- Nestriepke, Siegfried: Die Gewerkschaftsbewegung, 3 Bde., Stuttgart 1919–21
- Neubauer, Helmut: München und Moskau 1918/1919. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern, München 1958
- dies. (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, Stuttgart 1968
- Neumann, Walter: Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit, Köln 1951
- 1917–1945. Neue Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Forschung und Lehre, Berlin 1965
- Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919, Berlin 1939
- Niemann, Alfred: Kaiser und Revolution. Die entscheidenden Ereignisse im Großen Hauptquartier, Berlin 1922
- dies., Revolution von oben – Umsturz von unten. Entwicklung und Verlauf der Staatsumwälzung in Deutschland 1914–1918, Berlin 1928
- Nimtz, Walter: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1962
- Nipperdey, Thomas: Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: PVS 2 (1961), S. 262–280
- dies., Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961
- Novack, George, D. Frankel, F. Feldman: The First Three Internationals. Their History and Lessons, New York 1974
- Die Novemberrevolution 1918. Ein geschichtlicher Abriss unter Darstellung der Ereignisse in Dessau. Hrsg. von der Kreisleitung der SED Dessau, Dessau o.J. (1962)
- Nußbaum, Helga: Unternehmer gegen Monopole. Über Struktur und Aktionen antimonopolistischer bürgerlicher Gruppen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1966
- Oeckel, Heinz: Die Revolutionäre Volkswehr 1918/19. Die deutsche Arbeiterklasse



- im Kampf um die Revolutionäre Volkswehr (November 1918 bis Mai 1919), Berlin 1968
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von: Die deutschen Freikorps 1918–1923, München 1936
- Oertzen, Peter von: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963
- ders., Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919. Ein Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik, in: VfZ 6 (1958), S. 231–262; wieder abgedr. in: Vom Kaiserreich zur Republik, hrsg. von Eberhard Kolb, Köln 1972, S. 185–217
- Opel, Fritz: Der deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover/Frankfurt 1957
- Oschilewski, Walther Georg: Werden und Wirken. Ein Gang durch die Geschichte der Berliner Sozialdemokratie, Berlin 1954
- Osterroth, Franz und Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963
- Osthold, Paul: Zur Geschichte des Zechenverbandes 1908–1933. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, Berlin 1934
- Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964
- Paulus, Günter: Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, in: ZfG 3 (1955), S. 685–704
- Pelman, Selig: Eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung, Berlin o. J.
- Peters, Fritz: Über die Herkunft der bremischen Senatoren von der Verkündung der ersten demokratischen Verfassung bis zur Gegenwart (1849–1955), in: Jahrbuch der bremischen Wissenschaft 1 (1955), S. 189–240
- Petzold, Joachim: Der 9. November 1918 in Berlin. Berliner Arbeiterveteranen berichten über die Vorbereitung der Novemberrevolution und ihren Ausbruch am 9. November 1918 in Berlin. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, Berlin 1958
- Pikart, Eberhard: Preußische Beamtenpolitik 1918–1933, in: VfZ 6 (1958), S. 119–137
- Politik im Krieg, 1914–1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg. Hrsg. von der Arbeitsgruppe »Erster Weltkrieg« im Institut für Geschichte an der Dt. Akad. der Wiss. zu Berlin unter Leitung von Fritz Klein, Berlin 1964
- Popitz, Heinrich, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres, Hanno Kesting: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957
- Portner, Ernst: Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Liberalismus, in: VfZ 13 (1965), S. 150–161
- Pothoff, Heinrich: Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979
- ders., Der Parlamentarisierungserlaß vom 30. September 1918, in: VfZ 20 (1972), S. 319–332
- Prager, Eugen: Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921

- Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949
- Pritzkolet, Kurt: Die neuen Herren. Die Mächtigen in Staat und Wirtschaft, Wien/München/Basel 1955
- Puchta, Gerhard: Der Arbeiter- und Soldatenrat Leipzig vom November 1918 bis vor dem II. Rätekongreß Anfang April 1919, in: *Wiss. Zeitschrift der Univ. Leipzig, Ges.- und sprachwiss. Reihe*, 7 (1957/58), S. 363–384
- Quante, Peter: Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege, Diss. phil. Berlin 1920
- Raase, Werner: Der Kampf um revolutionäre Betriebsräte in den Jahren 1919–1920, dargestellt vor allem an den Kämpfen im Industriegebiet von Halle-Merseburg, Diss. phil. Humboldt-Univ. Berlin 1960 (Masch.)
- ders., Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise (Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung von 1919–1923), hrsg. von der Hochschule der Deutschen Gewerkschaften »Fritz Heckert«, Berlin 1967
- ders., Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1914–1917 und 1917–1919, Berlin o. J.
- Racchl, Walter: Die freien Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei, Diss. Erlangen 1924 (Masch.)
- Rathmann, Lothar: Stoßrichtung Nahost, 1914–1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, Berlin 1963
- Ratz, Ursula: »Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland«. Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915, in: *IWK* 17 (August 1971), S. 3 ff.
- Raumer, Hans von: Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit, in: *Deutsche Rundschau* 80 (1954), S. 425–434
- Reichhold, Ludwig: Europäische Arbeiterbewegung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1953
- Reichmann, Eva G.: Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt a. M. o. J.
- Reiners, Ludwig Hermann: Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Münchener Räteregierung, Diss. iur. Würzburg 1920 (Masch.)
- Reinhard, Heinrich: Die Rätebewegung in der deutschen Revolution, Diss. phil. Heidelberg 1922 (Masch.)
- Reinhardt, Achim: Rolle und Funktion der »Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen« (Entstehung und Tätigkeit 1907–1917), Diss. paed. Deutsche Hochschule für Körperkultur Leipzig 1965
- Rettig, Rudolf: Die Gewerkschaftsarbeit der KPD von 1918 bis 1925. Unter bes. Berücksichtigung der Auseinandersetzungen mit den freien Arbeitergewerkschaften, Diss. phil. Hamburg 1954 (Masch.)
- Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974
- Revolution und Räteherrschaft in München. Aus der Stadtchronik 1918/1919. Zusammengestellt und bearbeitet von Ludwig Morenz unter Mitwirkung von Erwin Münz, München/Wien 1968
- Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957
- Rheinheimer, Hans: Die christlichen Gewerkschaften seit dem Zusammenbruch, Diss. phil. Heidelberg 1923

- Richter, Werner: Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914–1919), Berlin 1959
- Ringer, Fritz K.: *The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community 1890–1933*, Cambridge/Mass. 1969
- Ritter, Emil: *Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland*, Breslau 1934
- Ritter, Gerhard: *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland*, 3. Bd.: *Die Tragödie der Staatskunst; Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914–1917)*, München 1964
- Ritter, Gerhard A.: *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900*, 2. Aufl. Berlin 1963
- Zwischen Römer und Revolution, 1869–1969. Hundert Jahre Sozialdemokraten in Frankfurt am Main*. Hrsg. von der Sozialdemokratischen Partei, Unterbezirk Frankfurt am Main, Frankfurt 1969
- Roesler, Konrad: *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1967
- Rosenbaum, Eduard: *M. M. Warburg & Co., Merchant Bankers of Hamburg. A Survey of the first 140 Years, 1798–1938*, in: *Leo Baeck Institute, Year Book 7 (1962)*, S. 121–149
- Rosenbaum, Louis: *Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den deutschen und preußischen Parlamenten 1847–1919. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Parlamente*, Frankfurt 1923
- Rosenberg, Arthur: *Entstehung der Weimarer Republik*, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt 1961
- ders., *Geschichte der Weimarer Republik*, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt 1961
- Rosenberg, Hans: *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967
- ders., *Probleme der deutschen Sozialgeschichte*, Frankfurt 1969
- Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970
- Roth, Guenther: *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*, Totowa 1963
- Rück, Fritz: *1919–1939, Friede ohne Sicherheit*, Stockholm 1945
- Rüegg, Walter und Otto Neuloh (Hrsg.): *Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts*. Göttingen 1972
- Rürup, Reinhard: *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19*, Wiesbaden 1968
- ders. (Hrsg.): *Arbeiter- und Soldatenräte im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19*, Wuppertal 1975
- Ruge, Wolfgang: *Zur Taktik der deutschen Monopolbourgeoisie im Frühjahr und Sommer 1919*, in: *ZfG 11 (1963)*, S. 1088–1117
- ders.: *Deutschland von 1917–1933. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik*, Berlin 1967
- ders.: *Neue Dokumente über den Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung*, in: *ZfG 16 (1968)*, S. 1402–1421
- Runge, Wolfgang: *Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933*, Stuttgart 1965
- Rupprecht, Oskar: *Die Deutschen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereine*, Diss. phil. Erlangen 1923

- Sachs, Hildegard: Entwicklungstendenzen in der Arbeitsnachweisbewegung. Dargestellt aufgrund ihrer wirtschaftsphilosophischen Zusammenhänge in Vergangenheit und Gegenwart, Jena 1919
- Salewski, Michael: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927, München 1966
- Samson-Himmelstjerna, Rembert von: Gewerkschaften und Sozialdemokratie, Diss. phil. München 1925
- Sauer, Wolfgang: Das Bündnis Ebert–Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht. Diss. phil. Berlin (FU) 1957 (Masch.)
- Saul, Klaus: Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne. Ein Beitrag zur »Jugendpflege« im Wilhelminischen Reich, in: Militärgeschicht. Mitt. 1/1971, S. 97ff.
- ders.: Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890–1903, in: Afs 15 (1975), S. 163–208
- ders.: Der Staat und die »Mächte des Umsturzes«. Ein Beitrag zu den Methoden antisozialistischer Repression und Agitation vom Scheitern des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende, in: Afs 12 (1972), S. 293–350
- ders.: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914, Düsseldorf 1974
- ders.: Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft. Zur Arbeiter- und Beamtenpolitik der preußischen Staatseisenbahnverwaltung 1890–1914, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System, Bonn 1978, S. 315ff.
- Schäfer, Hermann: Die Ideenwelt der wirtschaftsfriedlichen (gelben) Werkvereine bis zum 1. Weltkrieg in Deutschland unter bes. Berücksichtigung der Siemenswerke Berlin, Staatsexamensarbeit Freiburg 1968
- Scheele, Godfrey: The Weimar Republic. Overture to the Third Reich, London 1946
- Schellenberg, Johanna: Probleme der Burgfriedenspolitik. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Deutschlands von 1914–1916, Diss. phil. Berlin (Humboldt) 1967
- Schellhoss, Hartmut: Apathie und Legitimität. Das Problem der neuen Gewerkschaft, München 1967
- Schieck, Hans: Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, Diss. phil. Heidelberg 1958 (Masch.)
- Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Köln/Berlin 1969
- Schild, Heinrich: Das Lohn- und Arbeitsverhältnis im deutschen Malergewerbe des 20. Jahrhunderts unter dem Einfluß der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände. Hrsg. vom Wirtschaftswiss. Institut für Handwerkerpolitik, Hannover 1922
- Schleifstein, Josef: Die deutsche Sozialdemokratie bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: ZfG 6 (1958), S. 190–214
- Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Frankfurt 1972
- ders., Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften, Frankfurt 1971
- Schmidt, Günter: Der Kampf für die Rätewacht in Berlin. Arbeiterveteranen berichten über die Rätebewegung in der Novemberrevolution 1918 in Berlin, Berlin 1958
- Schmitz, Hans Jakob: Die Posener Grenzschutzkämpfe 1918/19, Schneidemühl 1938

- Schneider, Dieter und Rudolf Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt 1968
- Schneider, Kurt: Der Streik der Leipziger Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg im April 1917 und die Haltung der Leipziger USPD-Führung, in: BzG 2 (1963), S. 275 ff.
- Scholz, Günther: Äußerer und innerer Wandel der deutschen Gewerkschaften in ihrer Entwicklung seit der Entstehungszeit bis zur Neugründung nach dem 2. Weltkrieg, Diss. rer. pol. Marburg 1955 (Masch.)
- Schorske, Carl E., German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism, New York/London/Sydney 1955
- Schraepfer, Ernst: Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830–1835. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, Berlin/New York 1972
- Schreiner, Klaus: Der Kampf der Werktätigen Vorpommerns gegen den militaristischen Kapp-Putsch und die daran anschließenden Aktionen im März 1920, Berlin 1964
- Schröder, Hans-Christian: Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der »Weltpolitik« vor 1914, Teil I, Hannover 1968
- Schröter, Alfred: Krieg – Staat – Monopol, 1914–1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des 1. Weltkrieges, Berlin 1965
- Schubert, Helga: Der Generalstreik in Mitteldeutschland 1919, Halle o. J.
- Schüddekopf, Otto Ernst: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918–1933, Hannover/Frankfurt 1955
- ders.: Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: AfS 2 (1962), S. 87–166
- Schürer, Heinz: Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918–1923, Diss. phil. Leipzig 1933
- Schürmann, Karl Heinz: Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften, Freiburg 1958
- Schult, Johannes: Aufbruch einer Jugend. Der Weg der deutschen Arbeiterjugendbewegung, Bonn 1956
- ders., Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919, Hannover 1967
- Schulte, Eduard: Münstersche Chronik zu Novemberrevolution und Separatismus 1918, Münster 1936
- ders., Münstersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus Anfang 1919, Münster 1939
- Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. 1. Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin 1963
- ders., Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: PVS 2 (1961), S. 124–154
- Schulze, Hagen: Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard 1969
- Schumann, Hans-Gerd: Zur Geschichte und Problematik der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Neue Gesellschaft 2 (1955), S. 73–80
- Schumann, Wolfgang: Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter, Berlin 1961
- Schustereit, Hartmut: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Re-

- publik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930, Düsseldorf 1975
- Schwabe, Klaus: Deutsche Revolution und Wilson-Friede. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971
- ders.: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969
- Schwarz, Jürgen: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918–1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971
- Schwarz, Klaus Dieter: Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971
- Schwertfeger, Bernhard: Das Weltkriegsende, Potsdam 1938
- Seidel, Richard: Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, 4. Aufl., Berlin 1932
- Sennholz, Hans: Gewerkschaften und Räte nach dem Ersten Weltkrieg, Diss. rer. pol. Köln 1949 (Masch.)
- Sheehan, James J.: Political Leadership in the German Reichstag 1871–1918, in: AHR 74(1968), S. 511–528
- Siemann, Joachim: Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Soziologie der Eliten in der modernen Parteigeschichte, Diss. phil. Göttingen 1956 (Masch.)
- Sievert, H.: Die früheren preußischen Landräte des Kreises Soest, o. O. o. J. (Soest 1960)
- Sigel, Robert: Die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Eine Studie zum rechten Flügel der SPD im 1. Weltkrieg, Berlin 1976
- Simon, Klaus: Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Stuttgart 1969
- Sinzheimer, Hugo und Ernst Fraenkel: Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik. Hrsg. von Thilo Ramm, Neuwied/Berlin 1968
- Skalweit, August: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Berlin/Leipzig/Stuttgart 1927
- Skiba, Rainer und Hermann Adam: Das westdeutsche Lohnniveau zwischen den beiden Weltkriegen und nach der Währungsreform, Köln 1974
- Skrzypczak, Henryk: Grundfragen der Geschichte der Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich, in: Jb. f. d. Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands 13/14 (1965), S. 285 ff.
- Snell, John L.: Die Republik aus Versäumnissen. Unterlassungen führen 1918 zum Zusammenbruch der Monarchie, in: WaG 15 (1955), S. 196–219
- ders., Socialist Unions and Socialist Patriotism in Germany, 1914–18, in: Am. Hist. Rev. 59 (1953), S. 66–76
- Spethmann, Hans: 12 Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsanfang bis zum Franzosenabmarsch, 1914–1925. Bd. 1: Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919; Bd. 2: Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, Berlin 1928
- Spelleken, Karl: Die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Baugewerbe von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Handwerkerpolitik, Hannover 1925
- Stampfer, Friedrich: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947
- Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897–1918, Köln/Berlin 1970

- ders., Die deutsche Inlandspropaganda 1917/18. Zum innenpolitischen Machtkampf zwischen OHL und ziviler Reichsleitung in der Endphase des Kaiserreiches, in: Militärgeschichtl. Mitt. 1972, S. 75-116
- ders., Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: AfS 12 (1972), S. 351-432
- Steinberg, Hans-Josef: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg Hannover 1967
- Stenkewitz, Kurt: Gegen Bajonett und Dividende. Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des 1. Weltkrieges, Berlin 1960
- Stern, Fritz: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern/Stuttgart/Wien 1963
- ders.: The Failure of Illiberalism, London 1972
- Stetter, David: Die Organisationsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Reichs- und Staatsarbeiter einst und jetzt, Berlin 1933
- Stockder, Archibald H.: History of the Trade Associations of the German Coal Industry under Private and State Control, New York 1924
- Stolper, Gustav: Deutsche Wirtschaft seit 1870. Fortgeführt von Karl Häuser und Knut Borchardt, 2. Aufl., Tübingen 1966
- Streicher, Josef: Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer seit 1918. Eine Untersuchung über die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Parteien unter bes. Berücksichtigung ihrer Organisationen der Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Diss. iur. Freiburg 1927
- Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, Düsseldorf 1970
- Stutzenberger, Adolf: Die Abdankung Kaiser Wilhelms II. Die Entstehung und Entwicklung der Kaiserfrage und die Haltung der Presse, Berlin 1937
- Suhr, Otto: Die Organisationen der Unternehmer, Berlin 1924
- Tertoolen, Anton: Aufbau und Wandlungen der deutschen Gewerkschaften nach dem Kriege, Diss. rer. pol. Göttingen 1930
- Teuteberg, Jürgen und Günter Wiegelmann: Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung, Göttingen 1972
- Thielmann, Joseph: Die Presse der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Geschichte, Wesen und Aufgaben einer Arbeiterpublizistik, München-1934
- Thieme, Hartwig: Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses 1914-18, Boppard 1963
- Thieringer, Rolf: Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Staat und Parteien in der Weimarer Republik. Die ideologische Verschiedenheiten und taktischen Gemeinsamkeiten der Richtungsgewerkschaften. Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, Diss. phil. Tübingen 1954
- Thimme, Annelise: Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969
- Thimme, Hans: Der Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr, Stuttgart/Berlin 1932
- Thönnessen, Werner: Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933, Frankfurt/Köln 1976
- Thomas, Albert: Histoire Anecdotique du Travail, 3e éd., Paris 1961
- Tippelskirch, Gerd Dieter von: Agrarhistorische Ausschnitte aus der Zeit von 1893-

- 1924 im Lichte des Wirkens von Dr. Gustav Roesicke, Stollhamm i. O. o. J.
- Tormin, Walter: Zwischen Räte-diktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954
- Treue, Wilhelm: Carl Duisbergs Denkschrift von 1915 zur Gründung der »Kleinen I.G.«, in: Tradition 8 (1963), S. 193–227
- ders., Die Feuer verlöschen nie. August-Thyssen-Hütte 1890–1926, Düsseldorf/Wien 1966
- Trüschler, Kurt: Die Sozialisierungspolitik in der Weimarer Republik (1918–1920), Diss. phil. Marburg 1968
- Trummel, Hans-Gerhard: Die Geschichte der Gewerkschaftstheorie (von den Webbs bis in die Gegenwart), Diss. rer. pol. Köln 1956
- Tuchman, Barbara: August 1914. Die dramatischen Ereignisse bei Ausbruch des 1. Weltkrieges, München 1966
- Ullmann, Hans-Peter: Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895–1914, Göttingen 1976
- Ullrich, Volker: Emanzipation durch Integration? Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung bis 1914, in: Das Argument 75 (1972), S. 104–147
- ders., Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Diss. phil. Hamburg 1976
- Umbreit, Paul, und Charlotte Lorenz: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart/Berlin/Leipzig/New Haven 1928
- Varain, Heinz Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920), Düsseldorf 1956
- Veitlinger, Fritz: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, Diss. phil. Erlangen 1923
- Vietzke, Siegfried und Heinz Wohlgemuth: Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse in der Zeit der Weimarer Republik, 1919–1933, Berlin 1966
- Vincke, Franziska: Die Arbeitnehmerpolitik des Zentrums unter bes. Berücksichtigung ihrer ideologischen Grundlagen, Münster 1933
- Volkman, Erich Otto: Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege. Unter Benutzung amtlicher Quellen dargestellt, Berlin 1925
- ders., Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930
- Voß, Eberhard: Revolutionäre Ereignisse und Probleme des Klassenkampfes zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern in den Jahren 1921–1923 in Deutschland, Diss. phil. Rostock 1964
- Vring, Thomas von der: Der Verband der Deutschen Buchdrucker im 1. Weltkrieg, in der Revolution und in der Inflationszeit (1914–1924). Die Geschichte einer Gewerkschaft während zehn Krisenjahren, Diss. phil. Frankfurt 1965
- Wachenheim, Hedwig: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844–1914, Köln/Opladen 1967
- Wagenführ, Rolf: Die Industriewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860–1932, Berlin 1933
- Walter, Henri und Dieter Engelmann: Zur Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet unter bes. Berücksichtigung der Herausbildung der USPD



- und der Entwicklung ihres linken Flügels vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zum Heidelberger Parteitag der KPD und dem Leipziger Parteitag der USPD (Juli/Augst 1914–Dezember 1919), Kollektiv-Diss. phil. Leipzig 1965
- Weber, Hellmuth: Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916–1918, Berlin 1966
- Der Weg zum industriellen Spitzenverband. Hrsg. vom Bundesverband der deutschen Industrie, Darmstadt 1956
- Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969
- ders. (Hrsg.), Imperialismus, Köln/Berlin 1970
- ders., Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973
- ders., Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970
- ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin 1966
- Wein, Josef: Die Verbandsbildung im Einzelhandel. Mittelstandsbewegung, Organisationen der Großbetriebe, Fachverbände, Genossenschaften und Spitzenverbände, Berlin 1968
- Weisbrod, Bernd: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978
- Wende, Alexander: Die Konzentrationsbewegung bei den deutschen Gewerkschaften, Berlin 1913
- Wende, Frank: Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges. Hamburg 1969
- Wendt, Bernd-Jürgen: Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft in der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26/1969, S. 27–46
- Westphal, Otto: Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848–1918, München/Berlin 1930
- Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Berlin/Wien 1975
- Wilhelmus, Wolfgang: Der Kampf der Werkkräftigen Vorpommerns gegen die Sammlung und Bewaffnung und der Reaktion im Frühjahr 1919, in: Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges. und sprachwiss. Reihe, 8 (1958/59), S. 49–60
- ders., Zur Rolle der sog. »wilden Räte« im ehemaligen Kreis Franzburg, in: Wiss. Zeitschrift der Univ. Greifswald, Ges.- und sprachwiss. Reihe, 8 (1958/59), S. 27–31
- Willms, Wilhelm: Die Bedeutung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats für die Bergarbeiter, Diss. rer. pol. Köln 1921 (Masch.)
- Wimmer, Walter: Das Betriebsrätegesetz von 1920 und das Blutbad vor dem Reichstag, Berlin 1957
- Winkler, Erwin: Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im Ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Diss. phil. Institut für Gesellschaftswiss. beim ZK der SED Berlin 1964 (Masch.)
- Winkler, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972
- Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, Berlin 1940
- Wittwer, Wolfgang W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen, Berlin 1980
- Wohlgemuth, Heinz: Burgkrieg, nicht Burgfriede! Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger um die Rettung der deutschen Nation in

- den Jahren 1914–1916, Berlin 1963
- Wolf, Norbert: Revisionismus und Gewerkschaften, Diss. iur. Freiburg 1922
- Wright, Jonathan R. C.: Über den Parteien. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer in der Zeit der Weimarer Republik, Göttingen 1976
- Wrobel, Kurt: Der Sieg der Arbeiter und Matrosen im Dezember 1918. Berliner Arbeiterveteranen berichten über ihren Kampf in der Novemberrevolution, Berlin 1958
- ders., Die Volksmarinedivision, Berlin 1957
- ders.: Zur Rolle der zentralen Marinesoldatenräte in der Novemberrevolution, in: Zs.f. Militärgeschichte 8 (1969), S. 288–300
- Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961, 2. Aufl. München 1966
- Zechlin, Egmont: Bethmann Hollweg, Kriegsrisiko und SPD, in: Der Monat, Heft 208 (Januar 1966), S. 17ff.
- ders., Motive und Taktik der Reichsleitung 1914. Ein Nachtrag, in: Der Monat, Heft 209 (Februar 1966), S. 91ff.
- ders., Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20 (1961), 24 (1961), 25 (1961), 20 (1963), 22 (1963)
- ders., Deutschland zwischen Kabinettskrieg und Wirtschaftskrieg. Politik und Kriegführung in den ersten Monaten des Weltkrieges 1915, in: HZ 199 (1964), S. 347ff.
- ders., Probleme des Kriegskalküls und der Kriegsbeendigung im Ersten Weltkrieg, in: GWU 16 (1965), S. 69ff.
- ders., Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg. Unter Mitarbeit von Hans-Joachim Bieber, Göttingen 1969
- Zeck, Hans Felix: Christliche Gewerkschaften und Fachabteilungen. Ihre Entstehung und eine kritische Würdigung ihres gegenseitigen Verhältnisses seit Gründung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1894, Diss. rer. pol. Köln 1921 (Masch.)
- ders., Vom Werden und Wachsen der katholischen Arbeiterbewegung, Köln 1932
- Zimmermann, Waldemar: Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung. I, Die Bedeutung der Frage für die deutsche Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Jena 1919
- ders., Die Veränderungen der Einkommens- und Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter durch den Krieg, in: Die Einwirkungen des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1932
- Zmarzlik, Hans-Günther: Bethmann Hollweg als Reichskanzler 1909–1914. Studien zu Möglichkeiten und Grenzen seiner innerpolitischen Machtstellung, Düsseldorf 1957
- Zunkel, Friedrich: Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland, Düsseldorf 1974
- ders., Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1962
- Zwing, Karl: Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften, Ein kurz gefaßter Abriss, 2. Aufl., Jena 1926
- ders., Soziologie der Gewerkschaftsbewegung, Teil 1: Gewerkschaften und Wirtschaft, Jena 1925.

# Personenregister

- Adenauer, Konrad 1046  
 Alten, Kurt von 348  
 Am Zehnhoff, Hugo 733, 736  
 Anschütz, Gerhard 247  
 Arnhold, Georg 533  
 Auer, Erhard 571, 1033-1034  
 Aufhäuser, Siegfried 430, 975  
 Auguste Viktoria von Preußen 28, 485,  
 1001  
 Aumann, Josef 1086-1087  
 Avellis, Kurt 1053  
  
 Bachem, Carl 1073  
 Bacmeister, Wilhelm 902  
 Ballin, Albert 78, 188, 567  
 Ballod, Carl 374, 626  
 Baltrusch, Friedrich 765  
 Barth, Emil 648, 698, 712  
 Bassermann, Ernst 189, 531, 902, 1024  
 Bauer, Gustav 76, 83-84, 91, 126, 129,  
 171-172, 174, 195, 227, 233, 262-  
 263, 266, 268, 277, 279, 282, 301,  
 323, 328, 341, 407, 453, 488, 493,  
 513, 535-536, 546-547, 593, 596-  
 597, 602, 627, 633, 647, 660, 663-  
 665, 670, 677-679, 683, 692-693,  
 706, 762, 809, 830, 832, 842, 868,  
 892, 895-897, 908, 919, 1006, 1008,  
 1010, 1013, 1031, 1041-1042  
 Bauer, Max 323, 389, 417, 424, 456,  
 462, 468, 472-473, 477, 527, 532,  
 541-542, 546, 711, 733, 923, 928,  
 1006, 1028-1029  
 Baumeister, Albert 266-269, 559, 585,  
 908-909, 1008, 1082  
 Bebel, August 11, 28, 77, 209, 831, 841  
 Becker, Johannes 1012  
 Bechly, Hans 426, 765, 975  
 Behm, Margarethe 765-766, 1107  
 Behrens, Franz 765, 768, 869, 876, 902,  
 1047, 1053, 1107  
 Below, Georg von 934  
 Below, Otto von 741  
 Bender, Ferdinand 832  
 Bendixen, Friedrich 121  
 Berg, Friedrich von 484, 486, 532, 543  
 Bergh, Max 741  
 Berlepsch, Hans von 533  
 Bernstein, Eduard 238, 276, 892, 1059  
 Bethmann Hollweg, Theobald von 28,  
 74, 76-78, 83, 92, 120-123, 152, 160,  
 165-166, 170, 172-173, 179, 185,  
 187, 190, 227-228, 236, 243, 298,  
 323, 469, 488, 498, 539, 541, 543-  
 544, 904, 956, 1012-1013, 1024,  
 1035, 1038  
 Beukenberg, Heinrich Wilhelm 345,  
 532, 758, 948, 951-952  
 Beumer, Wilhelm 622, 1104  
 Beusch, Paul 1006  
 Bismarck, Otto von 70  
 Bissing, Moritz Ferdinand von 75  
 Blohm, Hermann 466, 994  
 Blum, Peter 90  
 Bock, Wilhelm 79, 517, 763, 832, 915  
 Böhme, Karl 186, 533, 902  
 Bömelburg, Theodor 214  
 Böttger, Ernst 139

- Böttger, Richard 1115  
 Borchartd, Julian 287, 910  
 Borsig, Ernst von 195, 326, 477, 597,  
 603, 632, 671, 772, 776, 877, 1053  
 Bosch, Robert 188, 533, 772  
 Bossi, Luigi 237  
 Brandes, Alwin 281, 517, 575, 727, 784,  
 832, 919  
 Brandler, Heinrich 987  
 Brandt, Otto 1105  
 Brauer, Theodor 986  
 Braun, Adolf 269, 949  
 Braun, Otto 76, 239, 842, 898, 1084  
 Braunthal, Julius 731  
 Bredt, Johann Victor 1028  
 Breitenbach, Paul von 118, 171, 178–  
 180, 184, 298, 316, 320, 396–397,  
 1038  
 Breitscheid, Rudolf 917  
 Brentano, Lujó 405–407, 533, 864  
 Brey, August 11, 50, 96, 241–242, 277,  
 279, 373, 501, 512, 763, 829, 832,  
 842, 913, 915, 915, 945, 1114  
 Bringmann, August 50  
 Brunner, Louis 179, 182–183, 534, 1114  
 Brussilow, Aleksej Aleksejewitsch 296  
 Brust, August 1012  
 Buck, Johann 832  
 Bülow, Bernhard von 70, 78  
 Burgers 632  
 Burgers, Franz Karl 1053  
 Bussche-Haddenhausen, Hilmar von  
 dem 443, 493  
 Bussche-Ippenburg, Erich von dem  
 706–707  
 Capelle, Eduard von 463, 876  
 Caspar, Franz 153, 165, 678  
 Caspari 991  
 Cassau, Theodor 53, 60, 147  
 Claß, Heinrich 121, 479, 532, 892  
 Clauß, Eugen 1106  
 Cohen, Adolf 86, 90, 286, 445, 454,  
 511, 585, 641, 691, 830, 911, 1018  
 Cohen-Reuß, Max 84, 262–263, 266,  
 478, 686, 895, 908–909, 1008  
 Cunow, Heinrich 231, 268, 270, 626  
 Czieslik, Alfred 598  
 Dandl, Otto von 556  
 David, Eduard 82, 84, 121, 185, 226,  
 228, 245, 262–264, 266–268, 296,  
 552, 844, 892, 895, 909, 912, 1008,  
 1041  
 Deglerk, Kurt 1106–1107  
 Deichmann, Carl 576, 728, 763, 832  
 Delbrück, Clemens von 76, 82, 121–  
 123, 152, 157, 170, 172, 177, 185,  
 187, 767, 868–869  
 Delbrück, Hans 533, 557, 876, 1028,  
 1036  
 Delcassé, Thécophile 898  
 Delius, Carl 1106  
 Dernburg, Bernhard 1027  
 Deutelmöser, Erhard 876  
 Deutsch, Felix 341, 368, 567, 596–597,  
 772  
 Dewitz, Otto 1027  
 Dibelius, Otto 1106  
 Dihlmann, Carl 478–480, 482  
 Difsman, Robert 233, 505, 510, 784  
 Dittmann, Paul 274  
 Dittmann, Wilhelm 274, 452, 564, 617,  
 712, 988  
 Döblin, Emil 50, 65, 91–93, 830, 844  
 Döring, Johann 91, 241  
 Dohna-Schlodien, Christof Adolf zu  
 137  
 Drews, Bill 443, 470, 529, 543  
 Duisberg, Carl 146, 304, 338, 386, 424,  
 432, 481, 761–762, 772, 921, 1056,  
 1105  
 Ebert, Friedrich 11, 76, 146, 175, 186,  
 227, 232–234, 262, 266, 278–279,  
 299, 484, 492, 548, 565, 571, 633,  
 648, 660, 663–664, 701, 705–706,  
 710–712, 715–717, 719–720, 737,  
 741, 892, 919, 1009, 1041, 1055,  
 1058, 1080, 1095  
 Ehlers, Paul 139  
 Ehrenberg, Richard 345  
 Ehrhardt, Hermann 752, 1081  
 Eich, Nikolaus 122, 761, 1105  
 Eisenhart-Rothe, Paul von 396  
 Eisner, Kurt 539, 660, 719, 744, 810,  
 1033–1034, 1057, 1089  
 Ellinger, August 898  
 Endres, Fritz 749  
 Engel, August 137, 344

- Erkelenz, Anton 771, 1105  
 Ernst-Günther von Schleswig-Holstein  
   950  
 Erzberger, Matthias 189, 493, 527, 810,  
   1003  
 Escherich, Georg 1100  
  
 Falkenberg, Albert 438  
 Falkenhausen, Alexander von 1092  
 Falkenhayn, Erich von 77, 118, 296  
 Faßbender, Martin 1027  
 Fedisch, Robert 972  
 Fehrenbach, Konstantin 553  
 Fendrich, Anton 901  
 Fichtner, Edmund 934  
 Fischer, Hermann 770  
 Fischer, Max 772  
 Flathmann, Johannes 936  
 Fleischer, Paul-Hermann 323, 389, 902,  
   986  
 Fleißner, Hermann 910  
 Francke, Ernst 165, 533, 626-627  
 Frank, Ludwig 263  
 Franz Ferdinand von Österreich 72  
 Friedländer, Robert 189  
 Frowein, Abraham 774  
  
 Gablenz, von 1078  
 Gallwitz, Max von 1001  
 Garbe, Gustav 725  
 Garvens, Emil 132-133, 137, 139, 154,  
   163-164, 342, 348, 858  
 Gayl, Egon von 290-292, 930, 968  
 Gebattel, Konstantin von 1036  
 Geisler, Fritz 769, 802, 932, 934  
 Geiß, Anton 1097  
 Gerber, Ulrich 139  
 Geßler, Otto 751-752  
 Geyer, Friedrich 281, 547, 832  
 Giebel, Carl 280, 428, 514, 707-708,  
   710, 715, 763, 832, 1032, 1077-1078  
 Gierke, Anna von 1106  
 Giesberts, Johannes 159, 165, 382, 490,  
   564, 594, 649, 657, 659, 876, 1012  
 Gilsa, Erich von 739  
 Girbig, Emil 763  
 Glasenapp, Otto von 662  
 Gleichauf, Wilhelm 598, 1106  
 Göhre, Paul 262, 516, 746, 1078  
 Gompers, Samuel 491, 1007  
  
 Gottschalk 1102  
 Grandke, Fr. 934  
 Grabowsky, Adolf 533  
 Graßmann, Peter 88  
 Grau, Friedrich 618  
 Grautoff 1082  
 Greve, Wilhelm 345  
 Groebler, Alfred 375  
 Groener, Wilhelm 195, 299, 302, 304,  
   316, 323, 339, 360-363, 423, 447,  
   469, 532, 543, 546, 570, 662, 703-  
   706, 708-712, 716-717, 723, 725,  
   736-739, 741-742, 749-751, 815,  
   921, 926, 965, 981, 1041, 1080, 1084,  
   1086, 1092-1094  
 Gronowski, Johannes 1012  
 Grumme-Douglas, Ferdinand 934  
 Grzesinski, Albert 575, 594, 706-707,  
   711, 739, 987, 998  
 Guggenheimer, Emil 136, 368  
 Gutmann, Herbert M. 188  
 Gutsche, Wilhelm 183, 765-766  
 Gwinner, Arthur von 188, 567  
  
 Haas, August 275, 574  
 Haase, Hugo 74, 76, 262, 271, 276, 285,  
   287, 446, 452, 455, 527, 539, 558,  
   575, 617, 626, 701, 876, 914, 1031,  
   1058-1059  
 Haenisch, Konrad 79, 146, 267-269,  
   909  
 Hagen, Louis 188  
 Halbach, Max 349, 353, 934  
 Hammerstein-Equord, Curt von 741  
 Handke, Otto 1063  
 Hanke 575  
 Hanna, Gertrud 884  
 Harbou, Bodo von 711, 716, 1041, 1080  
 Harnack, Adolf von 559, 876  
 Hartmann, Felix von 174, 257  
 Hartmann, Gustav 165, 876, 1053,  
   1105-1106  
 Hartmann, Karl 272  
 Hassell, Ulrich von 1106  
 Haßlacher, Johann Jakob 773  
 Hatzfeld, Hermann von 189  
 Hausberg, Fritz 1105  
 Haushofer, Franz 274  
 Hausmann, Conrad 545, 761, 861, 1037  
 Havenstein, Rudolf 662-663

- Heckert, Fritz 987  
 Heckmann, Richard 233, 922  
 Heiling, Heinrich 651  
 Heilmann, Ernst 705, 947, 1009  
 Heine, Wolfgang 80, 84, 172-173, 262,  
 271, 484, 517, 723, 734, 736, 741,  
 747, 901, 908-909, 913  
 Heinemann, Hugo 80, 146, 280, 407,  
 889, 901  
 Helfferich, Karl 157, 172, 299, 302, 349,  
 378, 1013  
 Hellingrath, Philipp von 432, 466, 468,  
 481  
 Helms, Hermann C. 951  
 Helphand, Alexander 268, 488, 909,  
 1009  
 Henke, Alfred 171, 728  
 Henrich, Otto 632, 1053  
 Hense, Karl 576, 585, 1060  
 Herbig, Ernst 662  
 Hermes 330, 447  
 Herkner, Heinrich 533, 536  
 Herle, Jacob 902  
 Hermann, Agnes 1105  
 Hertling, Georg von 177, 324, 387-390,  
 393, 395-396, 401, 405, 457, 498,  
 503, 528, 539, 544-546, 550, 1013,  
 1028  
 Hertz, Paul 749  
 Hertzberg-Lottin, Ernst von 768, 934  
 Herzfeld, Joseph 171  
 Heß, Fritz 764-765  
 Heuss, Theodor 188, 862  
 Heydebrand und der Lasa, Ernst von  
 123, 172  
 Heye, Wilhelm 708  
 Heyl zu Herrnsheim, Cornelius Wil-  
 helm 342  
 Hierl, Michael 832  
 Hilferding, Rudolf 247-248, 626, 694,  
 720, 809  
 Hilger, Ewald 312, 332, 335, 338, 394,  
 401, 435, 457-458, 609-613, 618-  
 619, 641, 679, 772, 776, 920, 931,  
 1053, 1062, 1104  
 Hindenburg, Paul von 297, 323, 444,  
 456, 485, 527, 543, 555, 562, 567-  
 568, 586, 703, 705, 707, 710, 905, 918  
 Hintze, Paul von 1031  
 Hirsch, Max 764  
 Hirsch, Paul 246, 572, 649  
 Hirsch, Wilhelm 936  
 Hitler, Adolf 740, 802, 810  
 Hoch, Gustav 51, 281-282, 517, 832,  
 914, 919  
 Hockemeyer 345  
 Höh-Massen 934  
 Höfle, Anton 1053  
 Hoensbroech, Wilhelm von 137-140,  
 344-345, 347-348, 1034  
 Hörsing, Otto 575, 640, 725, 1062  
 Hoesch, Felix 951  
 Hoetzsch, Otto 1106  
 Hoff, Wilhelm 1082  
 Hoffmann, Adolph 446  
 Hoffmeister, Otto 934  
 Holtzendorff, Arndt von 188  
 Horn, Georg 281, 832  
 Hubrich, Louis 439  
 Hue, Otto 22, 51, 225, 229, 293, 432,  
 458, 478, 593, 598, 600-601, 605,  
 626, 629, 644, 648, 652, 657-659,  
 661, 815, 907, 930  
 Hübsch, Karl 830  
 Hünlich, Oskar 1092  
 Hüttmann, Johann 281, 517, 832  
 Hugenberg, Alfred 124, 189, 339, 479,  
 481, 597, 762, 768, 772, 838, 999  
 Ickler, Gustav 182-183, 533, 535-536,  
 764  
 Imbusch, Heinrich 1012  
 Jacobs, Otto 934  
 Jäckel, Hermann 281, 382, 517, 731,  
 832, 919  
 Jaekkh, Ernst 876  
 Jaffé, Edgar 247, 374  
 Jansson, Wilhelm 222-224, 229, 235,  
 248, 267-268, 341, 473, 489, 629,  
 889, 891-892, 900, 908, 1004, 1008,  
 1065  
 Jensen, Jens Christian 136-137, 139-  
 140, 348, 353  
 Joos, Joseph 307, 1012  
 Jouhaux, Léon 242, 1009  
 Käßler, Hermann 832  
 Kahl, Wilhelm 189  
 Kahr, Gustav von 753-754

- Kaiser, Jakob 250, 1046  
 Kaiser, Paul 274  
 Kaliski, Julius 626, 686, 946  
 Kapp, Wolfgang 139, 752, 807, 810,  
   902, 934, 949, 1030  
 Kardorff, Wilhelm von 188  
 Karski s. Marchlewski  
 Karsten, August 512  
 Kautsky, Karl 62, 76, 78–79, 143, 225,  
   270, 276, 626, 659, 864, 1058  
 Kehr, Eckart 838  
 Keindorff, Gustav 137–139  
 Kempkes, Alfred 1107  
 Kerschensteiner, Georg 174  
 Kessler, Harry 769  
 Kirdorf, Emil 123, 132, 532, 597, 855,  
   902, 934  
 Kleine, Eduard 597  
 Kleynmans, Jakob 345  
 Kloft, Christian 374, 1012  
 Kloth, Emil 222, 235–236, 245, 248,  
   261, 265, 268, 407, 587, 641, 686,  
   721, 896, 908, 1008, 1017  
 Knilling, Eugen von 437, 539  
 Knoll, Alexander 830  
 Knollmann, Friedrich 1107  
 Koch, Wilhelm 1106–1107  
 Koch-Weser, Erich 557, 559, 566–567,  
   569, 605, 706–707, 770–771, 1023,  
   1077  
 Köhler, Kurt 1102  
 Koeth, Joseph 602–604, 663, 757  
 Körsten, Alwin 233, 262, 267–268, 445,  
   474, 513, 832  
 Kuhlo, Alfred 1104  
 Koßmann, Bartholomäus 389  
 Krätzig, Hermann 281, 517, 832, 889,  
   1077  
 Krahn, Heinrich 330  
 Kranold, Hermann 267  
 Kraus, Josef 1066  
 Krüger, Gustav 1115  
 Krupp, Gustav 189, 317, 322, 423, 429,  
   441, 485, 610  
 Kube, Hermann 830, 1053  
 Kudzielka, Rudolf 575  
 Kühlmann, Richard von 543  
 Kürbs, Karl 1017  
 Kuttner, Erich 1082  
 Landauer, Gustav 588  
 Landsberg, Otto 711, 716, 719  
 Lange, Paul 272–273, 689  
 Lassalle, Ferdinand 404  
 Laufkötter, Franz 146  
 Leber, Julius 812–813  
 Ledebour, Georg 83, 225, 262–263,  
   285, 446, 452, 893, 907  
 Lederer, Eugen 147, 626  
 Legien, Carl 11–12, 50, 74–75, 79, 86–  
   92, 94–96, 174–175, 186, 189, 208,  
   221, 226–228, 240–242, 246–248,  
   263–267, 277, 279, 281–282, 284,  
   341, 401, 407, 455, 474–475, 488,  
   501, 509–510, 514, 550, 552, 559,  
   593, 596, 600–601, 604–605, 610,  
   629, 632, 647, 671, 677–679, 687–  
   688, 716, 762, 776, 791, 830–832,  
   892, 904, 907–908, 911, 915, 919,  
   1004, 1016, 1031, 1041, 1051, 1053,  
   1071, 1114  
 Leimpeters, Johann 81, 228, 243–244  
 Levetzow, Magnus von 1001  
 Leipart, Theodor 11, 86, 89–90, 93–  
   94, 125–126, 222, 226, 233, 238,  
   254, 262, 264, 266–267, 277, 279,  
   407, 597, 604, 606, 647, 671, 687–  
   688, 691, 829, 834, 857, 908, 1008,  
   1053  
 Lenin, Wladimir Iljitsch 55–56, 59  
 Lensch, Paul 221, 246, 268, 1003, 1007–  
   1008, 1077  
 Lequis, Arnold 711, 715–716  
 Lerchenfeld, Hugo von 189  
 Levi, Paul 750  
 Lewald, Theodor 117  
 Lichtschlag, Otto 673–674, 752  
 Liebert, Eduard von 122  
 Liebknecht, Karl 61, 171, 233–234,  
   248–249, 262–263, 271, 275, 280–  
   282, 286, 288, 293–294, 510, 553,  
   564, 618, 627, 657, 698, 719, 810,  
   906–907, 915, 1103  
 Liebmann, Hermann 507, 514  
 Limbertz, Heinrich 657, 659, 667  
 Liszt, Franz von 533  
 Löbe, Paul 908  
 Loebell, Friedrich Wilhelm von 98,  
   118–119, 169, 185, 188, 301, 345,  
   437, 469, 852

- Loebell, Arthur von 137, 139  
 Loe-Bergerhausen, Clemens von 878,  
 1047  
 Löffler, Heinrich 575, 639–640  
 Loewenfeld, Wilfried 752  
 Loewenstein zu Loewenstein, Hans von  
 1104  
 Lohmann, Frederik Alfred 951  
 Losowsky, Abramowitsch Solomon  
 495  
 Lokberg, Friedrich 741, 1099  
 Lossow, Otto von 1091  
 Lubeck 1106  
 Ludendorff, Erich 210, 297, 323, 445,  
 468, 476, 488, 496, 527, 541, 543,  
 546, 566, 601, 707, 739, 877, 905,  
 918–919, 921, 1031  
 Lüders, Marie-Elisabeth 361, 423  
 Ludwig, Emil 587  
 Ludwig, Max 139, 343, 354  
 Ludwig III. 177, 253, 570  
 Lüttwitz, Walther von 725, 739, 741–  
 742  
 Luppe, Hermann 770, 1108  
 Luther, Hans 580, 651, 654  
 Luxemburg, Rosa 176, 263, 267, 278,  
 553, 657, 719, 786, 810, 906, 1103
- Madsen, Max 1105  
 Maercker, Georg 718, 720, 729–730  
 Mahler, Heinrich 90  
 Mankiewitz, Hans 188  
 Marchlewski, Julian 147, 679  
 Marwitz, Georg E. 951  
 Marx, Karl 43, 245, 404, 900  
 May 574  
 Mayer, Gustav 556  
 Max von Baden 546, 552, 554–555, 563,  
 572, 586, 597, 604  
 Meesmann, Paul 342, 478, 621, 1104  
 Mehring, Franz 278  
 Meinecke, Friedrich 247, 533, 535–536,  
 544, 876, 1006, 1026  
 Merton, Richard 339, 362–363  
 Meyer, Karl 902  
 Meyer, Wilhelm 333–334, 381, 399,  
 401, 936, 1104  
 Michaelis, Georg 323, 334, 336, 362–  
 363, 488, 491, 532, 539, 543, 1002–  
 1003, 1028
- Michels, Robert 49  
 Mirbach-Sorquitten, Julius von 934  
 Möhl, Arnold von 1090  
 Moellendorff, Wichard von 374, 628,  
 677–678, 686, 692, 1060, 1073  
 Moltke, Helmut von 876  
 Moore 1005  
 Müllenbach, Nikolaus 934  
 Müller, August 195, 294–295, 371, 373,  
 379, 547–548, 596, 602, 628, 662,  
 664, 670, 771, 946, 1005, 1031, 1059,  
 1109  
 Müller, Georg Alexander von 484  
 Müller, Hermann 1099  
 Müller, Otto 1039  
 Müller, Paul 222, 1004, 1008  
 Müller, Richard 285–286, 505, 585, 691,  
 784, 786, 1018, 1048  
 Münchrath, Theodor 934  
 Mugdan, Otto 1027  
 Mylau, Otto 729–730
- Nadolny, Rudolf 876  
 Nalbach, Gerhard 934  
 Nathan, Paul 771  
 Natorp, Paul 247  
 Naumann, Friedrich 533, 769  
 Noske, Gustav 80, 246, 673, 713, 716,  
 720–721, 723, 725, 727–728, 731,  
 734–739, 741, 746, 751, 909, 987,  
 1085–1086, 1093–1095  
 Neumann, Adam 268, 908  
 Nostitz, Hans von 876
- Oehme, Walter 1078  
 Oelsner, Max 1020–1021  
 Oldenburg-Januschau, Elard von 529  
 Oncken, Hermann 247, 533  
 Osterroth, Nikolaus 455  
 Oudegeest, Jan 240
- Pabst, Waldemar 741  
 Paeplow, Fritz 11, 86, 92, 217, 241–242,  
 273, 278, 280, 503, 511, 647, 756,  
 1012–1013, 1016  
 Pannekoek, Anton 910  
 Parvus s. Helphand  
 Payer, Friedrich von 189, 552, 604, 761,  
 1013  
 Peter, Robert 934



- Petersen, Carl 1106  
 Peus, Heinrich 372, 901, 908, 1027  
 Pfirrmann, Fritz 1053  
 Philipp, Ernst 575  
 Pick, Otto 1106  
 Plate 1053  
 Plenge, Johann 374  
 Poensgen, Ernst 359  
 Poetzsch, Hugo 268, 909, 1008  
 Poincaré, Raymond 898  
 Pokorny, Franz 292, 311, 330-331, 910, 930  
 Posadowsky-Wehner, Arthur von 1027  
 Prittwitz und Gaffron, Max von 876
- Quarck, Max 811
- Radbruch, Gustav 468, 568  
 Radek, Karl 270, 910  
 Radowitz, Wilhelm von 543  
 Rathenau, Emil 22, 375  
 Rathenau, Walther 141, 188, 368, 374-375, 531, 554, 556, 558, 567, 595, 597, 601, 604, 626, 799, 810, 1059  
 Raumer, Hans von 341, 595-597, 601, 604, 606, 608, 613, 617, 1051  
 Rechenberg, Albrecht von 1027  
 Regge, Albert 272, 1020  
 Reibnitz, Johannes von 1004-1005  
 Reichel, Georg 275, 500, 598, 1114  
 Reichert, Jakob Wilhelm 199, 313, 367, 400, 608, 619, 632  
 Reinhard, Wilhelm 1082  
 Reinhardt, Walther 662, 715, 723, 735-736, 738  
 Reiswitz, Wilhelm von 116, 122  
 Remmers, Ernst 1105-1106  
 Renner, Karl 230-231  
 Reusch, Paul 122, 139-140, 154, 175, 342-343, 345, 348, 622, 625, 643-645, 648, 670, 731, 761-762, 1062-1063  
 Rieppel, Anton von 132, 340, 595, 597, 942, 951  
 Rießler, Jakob 132, 531, 561, 858, 950  
 Röchling, Hermann 394, 532, 934  
 Röchling, Karl 936  
 Roedern, Siegfried von 1029  
 Röhrig, Arnold 661  
 Roesicke, Gustav 902
- Roetger, Max 123, 345, 347, 400, 532, 617-618, 1104  
 Roland-Lücke, Ludwig 951  
 Rosenberg, Arthur 190, 718-719, 810  
 Rosenberger, Richard 783  
 Ruben, Ernst 652-653, 666, 679, 1066  
 Ruffer, Paul 1106  
 Rühler, Otto 262-263  
 Rupp, Karl 138, 348, 764, 860, 932
- Sabath, Gustav 830  
 Sachse, Hermann 51, 262, 495, 650, 734, 762, 830, 832, 1007, 1012, 1114  
 Salm-Horstmar, Otto zu 934  
 Salomonsohn, Arthur 188  
 Sartorius, Otto 137, 934  
 Sassenbach, Johann 118, 488, 609, 830, 1116  
 Saupe, Julius 86  
 Schaar, Adolf 1106  
 Schacht, Hjalmar 533  
 Schäfer 1115  
 Schäfer, Dietrich 902  
 Scheffel, Franz 263, 1114  
 Scheidemann, Philipp 84, 172, 246, 262, 455, 527, 538, 545-546, 552, 558, 563, 572, 593, 617, 663, 670, 716, 723, 747, 892, 909, 990, 1001, 1031, 1041, 1097  
 Scherm, Johann 223, 236, 239-240, 891  
 Scheüch, Heinrich 470, 1037, 1078  
 Schiele, Georg-Wilhelm 558  
 Schiffer, Eugen 117-118, 189, 531, 626, 662, 1012  
 Schippel, Max 247  
 Schleicher, Kurt von 711, 751, 1086  
 Schlenker, Max 312, 331, 338, 357  
 Schlicke, Alexander 11, 51, 269, 300, 302, 361-362, 470, 501, 509, 596-598, 693, 762, 829, 1014, 1053  
 Schliestedt, Heinrich 623  
 Schmidt, Georg 581, 1047  
 Schmidt, Robert 51, 79, 84, 90, 93, 96, 152, 189, 195, 220, 223, 226, 232-234, 236, 246, 262, 266-267, 271, 493-495, 513, 547-548, 593, 647, 692, 762, 830, 832, 868, 892, 907-908, 912, 998, 1041, 1085  
 Schmude, Detlef 1087  
 Schneider, Gustav 1106

- Schneider, Heinrich 224–225  
 Schneppenhorst, Ernst 745, 1096  
 Schöpflin, Johann Georg 84, 262, 264,  
 266, 908, 1008  
 Schorlemer-Lieser, Klemens von 171,  
 196, 298, 934, 962  
 Schrader 1105  
 Schrey, Carl Otto 1104  
 Schultze-Gavernitz, Gerhart von 374  
 Schulz, Heinrich 246, 268  
 Schumacher, Wilhelm 1115  
 Schumann, Georg 275  
 Schumann, Oswald 51, 88, 91, 235, 382,  
 762, 830, 832, 1116  
 Schumpeter, Joseph 627  
 Schwander, Rudolf 379  
 Schweighoffer, Ferdinand 377, 902,  
 1104  
 Sebottendorf, Rudolf von 1095–1096  
 Seeckt, Hans von 737, 751  
 Severing, Carl 130, 248, 580, 682, 1099  
 Sichler, Richard 161–162, 195, 361, 876  
 Siemens, Carl-Friedrich von 595, 597,  
 770, 772, 1105  
 Siemens, Werner von 1003  
 Siering, Wilhelm 179, 445  
 Silberschmidt, Hermann 91, 262–263,  
 407, 830, 832, 895, 897, 1008  
 Silverberg, Paul 340, 481  
 Simon, Hugo 1058–1059  
 Simon, Josef 51, 88, 90, 93, 173, 227,  
 277, 281, 517, 745, 763, 832, 915,  
 919, 1015, 1073  
 Sinzheimer, Hugo 405, 1073, 1108  
 Solf, Wilhelm 876, 1077  
 Sommer, Hugo 1053  
 Sontag 1038  
 Sorge, Kurt 137–138, 154, 343, 345,  
 365, 610, 772, 1053–1054  
 Spiegel, Karl Michael 598, 832, 930  
 Stadthagen, Arthur 265, 908  
 Stahl, Emil 832  
 Stegerwald, Adam 160, 195, 253, 374,  
 451, 490, 495, 500, 535, 537, 554,  
 559, 604, 606, 621, 1012, 1014, 1039,  
 1053  
 Stein, Ernst 655, 1067  
 Stein, Hans Karl von 379, 381, 389,  
 393–394, 396  
 Stein, Hermann von 328, 336, 464, 484  
 Steinbrück, August 155, 930  
 Stens, Emil 139, 345  
 Sthamer, Friedrich 378  
 Stinnes, Hugo 22, 341, 364, 567, 596–  
 599, 602–606, 612–613, 616, 622,  
 659, 772–774, 905, 919, 934  
 Stockhausen, Karl von 741  
 Strachwitz, Alfred von 934  
 Streiter, Georg 876, 1107  
 Stresemann, Gustav 121, 349, 375, 531,  
 565, 567, 764–765, 769, 902, 942,  
 948, 950, 1024  
 Ströbel, Heinrich 225, 227, 263, 649–  
 650, 685, 907  
 Stuber, Albert 274  
 Stücklen, Daniel 1077  
 Stühmer, Heinrich 90  
 Stumpf, Franz 401  
 Stutz, Ernst 662  
 Südekum, Albert 74, 76, 189, 221, 244,  
 262, 266, 488, 844, 894, 913, 1003,  
 1008, 1033, 1041  
 Sydow, Reinhold von 160, 197, 213,  
 314, 316  
 Tänzler, Fritz 116, 122, 130, 132–133,  
 354, 385, 401, 632, 760, 1103  
 Tarnow, Fritz 1114  
 Teuber, Heinrich 1066  
 Thaer, Albrecht von 532  
 Thiel, Otto 432, 769  
 Thimme, Friedrich 247, 533, 1027  
 Thissen, Hermann J. 769  
 Thomas, Theodor 282, 789  
 Thyssen, August 189, 773, 1104  
 Tiburtius, Joachim 161  
 Tietz, Hermann 366  
 Tirpitz, Alfred von 71, 1025  
 Tönnies, Ferdinand 247  
 Töwe, Max 133  
 Toft 909  
 Trappe, Ernst 575  
 Troeltsch, Ernst 247, 533, 562, 876  
 Trost, Wilhelm 274  
 Trotzki, Leo 982  
 Ufermann, Paul 275  
 Umbreit, Paul 51, 80, 195, 243, 246,  
 268, 280, 373, 407, 496, 627, 690,  
 831, 946  
 Urach, Wilhelm von 399

- Valentini, Rudolf von 543, 839  
 Vershofen, Wilhelm 1108  
 Vielhaber, Heinrich 137, 345, 934  
 Vietinghoff-Scheel, Hermann von 162,  
 216, 868, 1038  
 Vietinghoff-Scheel, Leopold von 902  
 Vitzthum von Eckstädt, Christof 853  
 Vögler, Albert 312, 661, 762, 772-773,  
 1071  
 Vogelsang, Hermann 196, 642, 947,  
 1012  
 Vogelstein, Theodor 626-627  
 Voigt, Richard 345  
 Vollmar, Georg von 898  
 Vollmöller, Karl 876  
 Vorster, Julius 137, 860, 1104
- Wagner, Adolph 374  
 Wagner, Theodor 644, 646, 658, 661,  
 1114  
 Wahnschaffe, Arnold 123, 322  
 Waldschmidt, Walther 1087  
 Wallbaum, Wilhelm 765-766, 1107  
 Wallenberg 1078  
 Wandel, Konrad von 161, 163-164  
 Wangenheim, Conrad von 137-138, 532  
 Watter, Oskar von 671, 679, 1086  
 Weber, Alfred 761, 902  
 Weber, Ludwig 838  
 Weber, Max 530, 591  
 Wedekind, Frank 71  
 Weinhausen, Friedrich 764  
 Weisdorff, Edmund 139, 345, 358  
 Weizsäcker, Carl von 543, 545  
 Wels, Otto 84, 376, 572, 698, 716, 909,  
 1075  
 Werner, Georg 651, 666  
 Westarp, Kuno von 80, 349, 768, 876,  
 936  
 Westmeyer, Friedrich 270  
 Westphal, Otto 1006  
 Wieber, Franz 250, 598  
 Wiedenfeld, Kurt 476
- Wiedner, Max 533  
 Wieland, Philipp 762  
 Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von  
 876  
 Wilbrandt, Robert 626  
 Wild von Hohenborn, Adolf 163, 171,  
 185, 291, 469  
 Wilhelm II., 14, 27, 75, 82, 118, 174,  
 186, 243, 296-297, 437, 484-486,  
 498, 528, 532, 539-540, 543-544,  
 546, 549, 551-554, 561-562, 564,  
 566-569, 571, 703, 707, 813, 877,  
 1001-1002, 1029, 1034, 1040  
 Wilson, Woodrow 489, 555, 561, 1005  
 Williger, Gustav 605  
 Windau, Josef 293  
 Winkelmann, Karl 728-729, 763  
 Winnefeld, August 766-767, 1106  
 Winnig, August 80, 147, 167, 220-221,  
 228, 238, 245-246, 248, 254, 266-  
 268, 273, 282, 294, 405, 473-474,  
 478, 491, 493-494, 496-497, 501,  
 511, 547, 712-713, 718, 726, 747,  
 852, 876, 889, 892-894, 900, 908,  
 923, 984, 1007-1010, 1013, 1083,  
 1115  
 Winterfeldt, Detlof 1005  
 Wissell, Rudolf 88, 94, 593, 678-679,  
 686, 692, 716, 762, 832, 836, 1073,  
 1081  
 Wischnöwski, Gustav 348, 934  
 Woldt, Richard 267  
 Wolff, Theodor 545, 761, 813  
 Wrisberg, Ernst von 464, 993
- York von Wartenburg, Heinrich 1023
- Zetkin, Clara 269, 278  
 Ziegler, Paul 1106  
 Zimmermann, Ludwig 165  
 Zimmermann, Waldemar 247  
 Zwosta, Heinrich 721

## Sachregister

Einzelgewerkschaften sind unter der jeweiligen Berufsgruppe verzeichnet, z. B. der DMV unter dem Stichwort »Metallarbeiter«.

- Aachen 307, 325, 580  
 Abkehrschein 159, 300, 314, 325, 327, 920  
 Adler-Werke 366  
 Ahlen 455  
 Akademie der Arbeit 789f.  
 Akkordarbeit 42 f., 615, 620  
 Alldeutscher Verband 60, 121 f., 139 f., 189, 335, 345, 532, 558, 876, 934, 1036f.  
 Allgemeine Bergarbeiterunion 682, 684, 787, 1072  
 Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft 22, 33, 202, 286, 375, 770, 772, 825  
 Allgemeiner Arbeiterverband 1015  
 Allgemeiner Deutscher Beamtenbund 789, 807  
 Allgemeiner Deutscher Buchhandlungsgehilfen-Verband 973  
 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund 777, 784, 791  
 Allgemeiner freier Angestelltenbund 805  
 Allgemeiner Verband der Eisenbahnvereine der Preußisch-Hessischen Staatsbahnen  
 und der Reichsbahnen 979  
 Altenberg 575  
 Altona 182, 464 ff., 728, 994  
 American Federation of Labor 491  
 Amsterdam 242  
 Angestellte 26, 30 f., 151, 205, 207, 246, 319, 355 ff., 394, 400, 404, 425 ff., 583, 669,  
 685, 805 ff., 886 f., 972  
 Angestelltenausschüsse 297 f., 300, 319, 391, 402, 429 f., 433 ff., 631, 637, 644, 669,  
 925, 976  
 Angestelltenkammern 400, 432  
 Angestelltenverbände 301, 427 ff., 490, 533, 763 f., 779, 781, 793, 805 f., 972 ff., 1112  
 Anilinfabrik Wolfen 316  
 Annaberg 911  
 Antibolschewismus 556 f., 738 f., 758 f., 949, 959  
 Antibolschewistische Liga 1103  
 Arbeiter- und Soldatenräte 338, 569 f., 573 ff., 621, 633, 640, 643 f., 651, 658, 666,

- 671, 681, 697, 706f., 710ff., 721, 732, 744, 748, 801, 959, 1048
- Arbeiterräte 164, 213f., 258, 291, 287f., 300, 302, 313ff., 326, 330, 359, 385f., 390ff., 396, 402ff., 447, 455, 457ff., 464, 475, 483, 607, 611, 623, 631, 633f., 637, 644f., 658, 661, 669, 672, 692, 923ff., 997, 1055, 1067ff.
- Arbeiterräte 442, 446, 452f., 570, 593ff., 615f., 630ff., 649, 679, 686, 688f., 715, 723, 727, 730, 746, 806, 819, 1050
- Arbeiterschutz 43, 200ff., 384, 422, 444, 489, 505f., 612, 619, 625, 881
- Arbeitserkretariate 109
- Arbeitserwehren 681, 706, 715
- Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe 125, 129, 411, 636
- Arbeitgeberverband für den Bereich der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 122, 318, 319f., 625, 772, 887, 931, 933f., 967, 977, 998
- Arbeitgeberverbände 69, 116f., 133, 616f., 772
- Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände 429, 431, 789, 805, 974f., 1025, 1053, 1121
- Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht 428f.
- Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände 429, 973f., 1025, 1053
- Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände 429f., 975, 980, 1053
- Arbeitsgemeinschaft weiblicher Verbände 429
- Arbeitsgemeinschaften
- Kriegs-Arbeitsgemeinschaften 125 ff., 150, 248, 259
  - in und nach der Novemberrevolution 595 ff., 668, 670f., 675 ff., 756ff., 788f., 804, 1109
- Arbeitskammern 390ff., 405, 432, 668, 670f., 674ff., 689, 693, 935, 975, 1069f.
- Arbeitsleistung 304, 424f.
- Arbeitslosenunterstützung, öffentliche 92, 95 ff., 233, 384, 386, 414, 590, 612, 625, 663, 1016
- Arbeitslosigkeit 85, 92, 101, 125, 140
- Arbeitsnachweis 148 ff., 246, 254, 290, 370, 384, 411 ff., 489, 597ff., 607, 615, 663, 865f., 1016
- der Arbeitgeber 32, 117, 149f., 153, 341, 412f.
- Arbeitszeit 55 f., 200f., 214, 217, 409, 414, 421 ff., 424f., 442, 458f., 505f., 598, 607, 610ff., 615, 619, 624f., 636ff., 643 ff., 654, 880f., 885, 966f., 969 ff., 1062, 1064
- Armee 25
- und Sozialdemokratie 1914 75 f.
  - und Gewerkschaften während des Krieges 166f., 289ff., 299f., 310f., 328 ff., 361, 452 f., 461, 468 ff.
  - Stimmung 1917/18 467f., 483, 568 ff., 1040f.
  - in der Novemberrevolution 573, 681, 699f.
- Arnsberg 412, 767, 931, 1106
- Aschaffenburg 512, 911
- Asphalteure 39, 45, 308, 521, 792, 851
- Augsburg 97, 801
- Auskunftsstelle vereinigter Verbände 535, 900, 902
- »Auslandskorrespondenz« 267, 909
- Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine 117, 136, 344, 1044
- Automobil- und Aviatik-AG 342

## Bad Homburg 706

Baden 107, 128, 164, 313, 325, 582, 745, 747, 896, 942, 1100f.

Badische Anilin- und Sodafabrik 22, 33, 135, 214, 317, 779, 861, 933

Bäcker und Konditoren 40, 44f., 107, 130, 135, 148, 218, 272f., 308, 513, 516, 636, 793f., 850f., 865, 880f., 886, 911, 964, 1015, 1019, 1021, 1088

Bäckergewerbe 201, 212, 636, 804, 865, 882

Banken 23, 364, 375f., 413, 529, 531, 622, 627

Bauarbeiter 30, 35, 37, 40, 45, 46, 56, 79f., 85f., 88, 91, 94f., 100ff., 107ff., 127ff., 135, 208f., 214f., 217, 237ff., 254, 259, 262, 272f., 282, 288, 308, 431, 502, 511, 575, 608, 697, 735, 777, 779f., 787f., 796, 830, 885, 898, 911, 984, 987, 1016, 1019, 1025, 1086, 1088, 1114, 1116

– christlicher Bauarbeiterverband 127, 431, 796

– H.-D. Verband 127

– Baugewerksbund 792f.

Bauern- und Landarbeiterräte 580ff., 744, 746, 809

Baugewerbe 37, 126ff., 197f., 201ff., 206, 368, 414, 431, 756, 804, 826, 881, 883, 885, 944, 1109

Bayer AG Leverkusen 22, 33, 104, 108, 733, 779, 933

Bayerischer Industriellenverband 944, 956, 1104

Bayern 29, 105, 107, 128f., 164, 177, 194, 217, 259, 326, 340, 424, 426, 433, 451, 462, 467, 469, 475, 483, 519, 565f., 567, 579, 585, 735, 748f., 753f., 796, 804, 867, 878, 886, 896, 942, 948, 963, 987, 1057

Beamte 118, 436ff., 625, 805ff. 979

Beamtenausschüsse 439, 979

Beamtenverbände 438ff., 533, 763, 806f., 973

Bekleidungsarbeiterverband 793, 1117

Belagerungszustand 74ff., 119, 174, 184, 215, 298, 390, 442, 444, 450, 505, 640, 642, 682, 699, 729, 785, 982, 993, 1095

Belgrad 749f.

Belgien 225, 226, 237, 240ff., 250, 530

Bergarbeiter 30, 36, 38, 51f., 55f., 81, 85, 101, 108, 133, 135, 159f., 199, 215, 218, 224, 228, 257ff., 262, 272f., 289ff., 305ff., 310f., 319ff., 326f., 329ff., 333, 340, 357, 359, 408, 421f., 431, 441f., 444, 447, 449, 454f., 457ff., 518f., 571, 575, 583, 597ff., 637ff., 652ff., 657ff., 669ff., 734, 762, 794, 800, 885, 899, 910, 924, 964, 966, 969, 981, 991, 1007, 1012, 1019, 1066, 1072, 1086, 1113ff.,

– christlicher Bergarbeiterverband 113, 159f., 169, 213, 257ff., 310, 340, 447, 449, 451, 474, 578, 597ff., 637, 642, 651, 684, 764, 800, 963, 998, 1034, 1072

– H.-D. Bergarbeiterverband 159f., 258, 684, 1082

Berlin 31, 65f., 75, 100, 107, 118, 134, 155, 158f., 180, 184, 195, 200f., 204f., 207, 233, 235, 240, 245, 262ff., 270ff., 283ff., 293ff., 307f., 326f., 333, 336f., 340, 345, 359, 406, 413, 418f., 427, 434, 441f., 444ff., 452ff., 464ff., 474f., 480, 482f., 499, 505, 512ff., 518f., 534, 562, 564f., 568, 571ff., 576, 580, 585ff., 591, 596ff., 613, 621, 623, 630ff., 657, 664, 675, 679, 698, 706, 711, 718ff., 726, 732, 734, 736, 745, 780, 782f., 787ff., 804, 811, 832, 847, 867, 883, 910f., 915f., 922, 961, 963, 965, 968, 977, 980, 993, 1018f., 1040, 1086, 1100, 1112f., 1119

Berner Tagwacht 270

Betriebsräte 321, 623ff., 630ff., 646ff., 666ff., 687ff., 776, 781ff., 790f., 1069, 1072

Betriebsrätegesetz 405, 693f., 788f., 809

Betriebsschließungen und -stilllegungen 364ff.

Beuthen 575

- Bielefeld 130, 316, 580  
 Bildhauer 36, 95, 111, 308, 534, 793  
 Bildungswesen 27 f., 43, 552, 586, 690, 810 f., 1072  
 Blankenburg 272  
 Blohm & Voß AG 33, 466, 924  
 Bochum 273, 293, 1115  
 Bochumer Verein 774, 934  
 Böttcher 30, 36, 41, 45, 103, 272, 308, 728 f., 763, 794  
 Bonn 345, 579  
 Bork 342  
 Borna 133, 307  
 Borsig AG 33, 286, 434  
 Bosch-Werke 475, 825  
 Bottrop 333, 577, 644, 669, 674, 680  
 Brauereiarbeiter 41, 53 f., 107, 127, 166, 272, 308, 794, 832, 872, 882  
 Braunsberg 1098  
 Braunschweig 270, 271, 288, 420, 521, 570, 726, 910 f., 1015, 1019  
 Bremen 105, 107, 270 ff., 287 f., 317, 508, 569, 576, 726 ff., 732, 782, 786 f., 910, 980,  
 1016, 1019, 1115  
 Breslau 128 f., 183, 216, 308, 335, 460, 575 f., 697, 747, 862, 1106 f., 1111, 1119  
 Brest-Litowsk, Friedensvertrag 261, 443, 454, 492 ff., 1007 f.  
 – Zusatzverträge 495 f.  
 Bromberg 97, 108, 119, 215, 562, 581  
 Brüssel 245  
 Buchbinder 45, 94, 105, 126 f., 130, 235, 239, 272, 287, 308, 721, 730, 781, 793, 916,  
 985, 1016 f., 1112  
 Buchdrucker 29 f., 35 f., 39, 44 f., 50, 55, 64, 85, 88, 91 f., 94 f., 103, 107, 127, 130,  
 148, 207, 240, 254, 259, 272, 308, 547, 793, 804, 830, 834 f., 844  
 Buchdruckereihilfsarbeiter 45, 102, 105 f., 308, 781, 793, 848 ff., 1112  
 Buchhandlungsgehilfen-Verein Leipzig 973  
 Buer 577  
 Bürgerräte 748, 757, 949  
 Bürgerwehren 569, 574, 760, 1095, 1104  
 Büro für Kulturpolitik 1004 f.  
 Büro für Sozialpolitik 874  
 Büroangestellte 38, 102, 106, 272, 280, 308, 428 f., 514, 707, 763, 779, 830, 832,  
 972 ff.  
 Bulgarien 231, 242, 562  
 Bund der Bäcker- (Konditor-) Gesellen Deutschlands 934  
 Bund der Festbesoldeten 438  
 Bund der höheren Beamten 807  
 Bund der Industriellen 70, 131, 143, 154, 368 f., 376, 617, 771, 902, 951  
 Bund der Landwirte 50, 70, 121, 137 ff., 186, 555, 559, 581, 902, 933 f., 950, 1037,  
 1101  
 Bund der technisch-industriellen Beamten 428, 433, 607, 973 ff., 1105  
 Bund deutscher Militäranwärter 1105  
 Bund deutscher Werkvereine 33, 341, 348 ff., 356 f., 390, 557, 561, 764, 769, 801 f.,  
 933 f., 938 f.  
 Bund vaterländischer Arbeitervereine 341, 902 f., 934  
 Bund verfassungstreuer Ostpreußen 1101

Bundesrat 25, 155, 193, 205, 303, 316, 382, 390, 413, 549  
 Bundheim 272  
 Burbacher Hütte 139, 316, 345, 354, 358, 825  
 Burg (Bez. Magdeburg) 200

Centralverband Deutscher Industrieller 12, 70, 123, 143, 164, 345, 365, 367ff.,  
 375 ff., 399 ff., 617, 771, 860, 902, 1104  
 Chemische Industrie 22, 32, 35, 37, 39, 101, 139, 141 ff., 145 f., 197, 200, 202 ff., 332,  
 337, 339 f., 359, 361, 408, 410, 421, 529, 583, 636, 773 f., 779, 804, 826, 828, 881,  
 924, 943, 1056, 1109  
 Chemische Werke Troisdorf 338  
 Chemnitz 85, 107, 272 f., 365, 413, 483, 570, 911, 987, 1019 ff., 1086, 1088  
 Chorsänger- und Ballettverband 781, 974, 1110, 1112  
 Christlich-Soziale Partei 765, 838, 902  
 christliche Gewerkschaften 67 f., 183, 189, 195, 324, 334, 358, 382, 420, 483 f., 537,  
 545, 565, 571, 593, 763, 837 f., 869, 876, 878, 905, 940, 947, 953  
 – Mitgliederentwicklung 99 f., 308, 356, 795 ff.  
 – Verhältnis zu freien und H.-D. Gewerkschaften 93, 125, 127, 151 ff., 159 f., 253 f.,  
 297 f., 302, 309 f., 379, 400, 533, 536, 799 f., 922, 986, 1118  
 – und Zentrumspartei 67, 159, 174, 249, 256, 309, 499, 534, 537, 593, 763, 796, 878  
 – Kriegspolitik und Kriegsziele 249 ff., 490 f., 496 ff.  
 – und Frieden von Brest-Litowsk 495  
 – und Kriegspropaganda 473 ff.  
 – Programm 1916 251 f.  
 – innenpolitische Ziele 251 f.  
 – und preußische Wahlrechtfrage 187, 498 ff., 1011 f.  
 – und Monarchie 251, 537, 554, 577, 594, 797  
 – und Parlamentarisierung 502 f., 537 f., 1014  
 – und Kriegsarbeitgemeinschaften 855  
 – und Ernährungspolitik 194  
 – und Frauenarbeit 208 ff.  
 – und Novellierung des Reichsvereinsgesetzes 175, 872  
 – und § 153 Gewerbeordnung 390  
 – und Arbeitskammern 380 ff., 399  
 – und Tarifvertragsrecht 408  
 – und Übergangswirtschaft 373 f., 947  
 – und Streiks 1916 918  
 – und Streiks 1917 447 f., 985  
 – und Streiks 1918 450, 986  
 – und Novemberrevolution 554 f., 577 f., 1037  
 – und Arbeiter- und Soldatenräte 576 ff., 594, 1045  
 – und Sozialisierung 621, 630, 668 f., 797, 1056  
 – und Betriebsräte 633, 668 f.  
 – und Streiks 1918/19 649 f., 652  
 – und Freikorps 718  
 – und DVP 764 ff., 1107  
 – und DNVP 765 ff.  
 Continental-Gummiwerke 33, 317  
 Cottbus 514



- Crimmitschau 271, 274, 804, 911  
 Cuxhaven 579, 1100  
  
 Dachdecker 45, 51, 134, 272, 281f., 308, 419f., 780, 789, 792, 851, 961, 1043,  
 1111f., 1114, 1117  
 Daimler-Motorenwerke 475, 863, 993  
 Danzig 97, 107, 307, 337, 452, 575, 980  
 Darmstadt 111, 316, 1116  
 Delmenhorst 316  
 Demobilisierung 595ff., 601ff.  
 Demobilmachungsamt 601ff., 662, 757  
 Dessau 579  
 Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG 22, 774, 934  
 Deutsch-Demokratischer Gewerkschaftsbund 630, 763, 769, 799  
 Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei 937, 976  
 Deutsche Bank 188, 378, 770, 951  
 Deutsche Demokratische Partei 593, 627, 670, 723, 751, 760ff., 764, 769ff., 799,  
 1105ff.  
 Deutsche Fraktion 298  
 Deutsche Gesellschaft 1914 188f., 246, 472, 876  
 Deutsche Lichtbildgesellschaft 479f., 999  
 Deutsche Ozean-Reederei 951  
 Deutsche Rohstahlgemeinschaft 774  
 Deutsche Staatshandwerker- und Arbeitergemeinschaft 346  
 Deutsche Uhrmachergehilfen-Vereinigung 346  
 Deutsche Vereinigung 117, 137, 139, 344ff., 376, 532, 555, 746, 761, 934, 949  
 Deutsche Volkspartei 761ff., 764ff., 768ff., 802, 1105, 1107  
 Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken 993  
 Deutscher Arbeiterbund 769, 801f., 1107  
 Deutscher Arbeiterkongress 187, 250, 323, 536, 902, 1106  
 Deutscher Arbeitsbund 1087  
 Deutscher Bankbeamten-Verein 973  
 Deutscher Bauernbund 186, 902  
 Deutscher Beamtenbund 439, 763, 806, 1105  
 Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein 367, 948  
 Deutscher Eisenbahn-Fahrbeamten-Verband 437  
 Deutscher Gewerkschaftsbund 799, 805  
 Deutscher Gruben- und Fabrikbeamtenverband 346  
 Deutscher Industrierat 369  
 Deutscher Industrieschutzverband 126, 131  
 Deutscher Kellnerbund 346  
 Deutscher Nationalausschuß für einen ehrenvollen Frieden 189  
 Deutscher Seemannsbund 729  
 Deutscher Stahlbund 773f., 944  
 Deutscher Techniker-Verband 428f., 433, 974  
 Deutscher Uhrmachergehilfen-Verband 346  
 Deutscher Verband kaufmännischer Vereine 973  
 Deutscher Verein von Gas- und Wasserfachmännern 974  
 Deutscher Verkehrsbund 792, 794, 1117  
 Deutscher Wehrverein 70, 802

- Deutschnationale Volkspartei 762, 764 ff., 1047, 1105 f.  
 Deutschnationaler Arbeiterbund 768 f.  
 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband 250, 426, 429, 432 f., 763, 765, 769,  
 799, 805, 902, 974, 976, 1025, 1106  
 Disconto-Gesellschaft 188  
 Dortmund 103, 128, 424, 574, 653, 795, 939, 997  
 Drechsler 40  
 Dresden 107, 135, 182, 205, 217, 270, 272 f., 308, 333, 413, 435, 449, 514, 570, 575,  
 582, 636, 720, 832, 965, 984, 1019  
 Dresdner Bank 188  
 Dresdner Volkszeitung 910  
 Düneberg 213  
 Düsseldorf 270 f., 274, 287, 306 ff., 314, 470, 508, 570, 577, 598, 787, 190, 832, 911,  
 980, 997, 1015, 1019 f., 1037, 1106 f., 1111  
 Duisburg 128, 153, 270, 272, 436, 576 f., 910 f., 965, 1019, 1045  
 Dunlop-Werke 364  
 Dykerhoff-Zementwerke 316  
  
 Eberswalde 119, 335  
 Fbert-Groener-Bündnis 167, 299 f., 703 ff., 816, 1080 f.  
 Einwohnerwehren 743 ff., 752 ff., 1096 ff., 1110 f.  
 Eisen- und Stahlindustrie 22, 30, 33, 364, 366 f., 368, 408, 424, 435, 589, 596 ff., 627,  
 772, 774, 826, 1109  
 Eisenach 97, 747  
 Eisenbahner 30 f., 37, 171 ff., 176 ff., 259, 298, 300, 305, 392, 394, 396 f., 399, 424,  
 437, 534 f., 549, 583, 590, 685, 779, 792, 800, 873 f., 1088, 1111, 1114  
 – Arbeiterausschüsse 320  
 Eisenbahnminister, preußischer 118, 161, 396 f., 978 f.  
 Eisensyndikat 22  
 Eisenwirtschaftsbund 773, 775  
 Eiserne Brigade 702  
 Elbing 342  
 Elektroindustrie 22, 32, 35, 37, 142, 197, 341, 359, 367, 419, 433, 529, 583, 595, 607,  
 636, 774  
 Elsaß 107 ff., 223, 241, 325, 479  
 England 64, 220, 230, 232, 236, 447, 487, 491, 889  
 Erfurt 128, 217, 272, 911  
 Ernährungsverhältnisse 44, 57, 192 ff., 217, 233, 243 f., 254, 261, 275, 288, 290, 292,  
 321, 328, 374, 416 ff., 442 ff., 457, 482, 505 f., 563, 588 ff., 680, 962 f., 981 ff.  
 – werkseigene Lebensmittelversorgung 319, 342, 357, 417 f., 963 f.  
 Essen 274, 317, 326, 339, 354 f., 418, 423 f., 441, 474 f., 521, 564, 577, 580, 644, 646,  
 651 ff., 661, 666, 760, 966, 971, 980, 1019 f., 1034, 1107  
 Eßlingen 274  
 Estland 495  
 evangelische Arbeitervereine 68, 476, 765, 838, 902, 985, 1106 f.  
  
 Fabrikarbeiter 36, 39, 41, 46, 50, 75, 100 f., 103 ff., 112 f., 130, 199, 218, 224, 235,  
 259, 269, 272, 284, 306 f., 310 f., 332, 337, 341, 410, 474 f., 512 f., 514, 574, 763,  
 779, 792, 794, 828 f., 851, 910 f., 1014 f., 1019, 1021, 1072, 1111, 1114  
 Fertigungsindustrie 22, 126, 131 f., 142 f., 366, 368, 375, 388, 531, 589, 608, 621 f.,  
 762, 771 f., 774, 776

- Feststellungsausschüsse 298, 300, 302  
 Film- und Kinoangehörige 1112  
 Finanzminister, preußischer 396, 1058 f.  
 Fleischer 44 f., 106, 134, 272, 308, 513 f., 777, 793, 922 f.  
 – wirtschaftsfriedlicher Fleischergesellenbund 903  
 Flöha 582  
 Flottenverein 70, 934  
 Formstecher 30  
 Fortschrittliche Volkspartei 170, 174, 187, 189 f., 298, 439, 531, 538, 545, 557, 618,  
 760, 764, 1017, 1027  
 Fortschrittsoptimismus 59 f.  
 Fotografen 39  
 Frankfurt 164, 180 ff., 194, 217, 233, 272, 274, 281, 306, 310, 341, 412, 420 f., 474,  
 505, 570, 779, 790, 910, 1020, 1075, 1111  
 Frankreich 84, 230, 232, 237, 250, 491, 1004  
 Frauenarbeit 102, 105 f., 149, 203 ff., 308, 422 f., 427, 429, 450, 881 ff.  
 Freiburg 747, 911  
 Freie Hochschulgemeinde für Proletarier 789  
 Freie Vaterländische Vereinigung 189, 876  
 Freiheitlich-nationaler Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und  
 Beamtenverbände 800, 805  
 Freikorps 640 f., 664, 666 f., 671 ff., 681, 694, 717 ff., 722 f., 726 ff., 738, 745, 746,  
 749, 759 f., 1081 f., 1094, 1096, 1098  
 Freikorps der Arbeit 1086 f.  
 Freilassing 744  
 Friedensfrage 443 f., 448, 450, 487 ff., 513, 542, 549 ff., 982 f.  
 Friedensresolution 488 f., 491, 529, 535, 1003  
 Friedrichshafen 475  
 Friseurgehilfen 40, 45, 287, 308, 851  
 Fürstenfeldbruck 744  
 Fürth 85  
  
 Gärtner 127, 130, 254, 308, 851  
 Gastwirtsgehilfen 40, 268, 272, 308, 335, 872, 1111  
 Geldern 796  
 Gelsenkirchen 321  
 Gelsenkirchener Bergwerks-AG 22, 132, 342, 774, 825, 934, 1053  
 Gemeinde- und Staatsarbeiter 40, 106, 119, 233, 259, 272, 308, 394 f., 779, 794, 899,  
 922, 985, 1111 f., 1115 f.  
 Gemeinwirtschaft 371, 628, 686, 692, 1059 f., 1073  
 Generalkommission 36, 41, 46, 50 ff., 74, 76, 85 f., 87, 90, 92 f., 109, 120, 126, 151 f.,  
 169 f., 178 ff., 219 ff., 262 ff., 283, 286 f., 294, 336, 390 ff., 399, 418 f., 428, 448 ff.,  
 453, 462, 470, 472 ff., 489, 491, 493 f., 496 f., 516 f., 534, 547, 570, 634, 646, 716,  
 728, 830, 832, 945, 952, 972, 991, 1017 ff., 1025, 1031  
 Gera 128, 272, 939  
 Gerber 36, 40  
 Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften 805, 1121  
 Gesamtverband deutscher Metallindustrieller 130, 132 f., 365, 367, 605, 1051  
 Gesellschaft für soziale Reform 161, 165, 246, 344, 626, 874  
 Gesundheitsverhältnisse 201 ff., 217, 261, 418, 422, 967

- Gewerbeordnung: § 134: 315; § 153: 118, 386, 387ff., 395, 414, 609  
 Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsarbeiter 765  
 Gewerkschaften, freie
- Mitgliederentwicklung 29ff., 99ff., 306, 356, 500, 583f., 778ff., 1117
  - Berufsverbandsprinzip 36ff., 44ff.
  - Industrieverbände 41 ff., 791 ff., 1111
  - Grenzstreitigkeiten 41, 794
  - Organisationsgrade 30
  - Organisation von Frauen 39, 45, 105f., 112, 209f., 309, 583, 781, 784, 1112
  - Organisation von Jugendlichen 173, 175f., 308, 583f.
  - Organisation von ungelerten Arbeitern 30, 37f., 45, 105, 780f., 784, 789
  - Gewerkschaftsführer und -angestellte 46f., 49f., 119f., 310f., 507, 584f., 788f., 833, 834
  - und Akademiker 789, 1115f.
  - Bürokratisierungstheorie 49ff.
  - innergewerkschaftliche Demokratie 51 ff., 89, 113ff., 785, 1014f.
  - Unterstützungswesen 48, 85ff., 94ff., 846
  - gewerkschaftliches Bildungswesen 112, 789ff., 836, 851
  - Gewerkschaftstheorie 60f.
  - Reformismus 48ff.
  - und SPD vor 1914 47ff., 60ff.
  - Mannheimer Abkommen 48, 278, 283
  - Verhalten bei Kriegsausbruch 76ff., 843
  - Stimmung der Mitglieder während des Krieges 100ff., 217ff.
  - Wirkungen des Krieges auf die Gewerkschaftsorganisationen 107ff., 111ff.
  - Agitation 112, 135, 217f., 329ff., 457
  - Gewerkschaftspresse 112f., 260, 268f.
  - Versammlungsschwierigkeiten 215ff.
  - Veränderung der sozialen Zusammensetzung im Krieg 308f., 500f., 584
  - und Kriegskredite 79, 232ff., 271, 280f., 842, 896
  - und Kriegsanleihen 234f., 287, 897
  - Kriegspolitik und Kriegsziele 82f., 219ff., 223ff., 278f., 487ff., 550f., 889ff.
  - und Kriegsschuldfrage 221f., 235ff., 278f., 487
  - und Friedensfrage 1006, 1008ff.
  - und Kriegspropaganda 471ff., 997f.
  - und U-Boot-Krieg 1007
  - und ausländische Arbeiter 237f., 897
  - und Sozialistische Internationale 238ff.
  - und internationale Gewerkschaftsbeziehungen 238ff., 275, 898
  - bei Kriegsausbruch 86ff., 388, 505ff.
  - und Arbeitgeber im Krieg 116ff., 222f., 245, 247f., 373
  - und Einschätzung des Kapitalismus 233, 890f.
  - Entlassungen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Kriegsausbruch 134f.
  - und Regelung des Arbeitsnachweises 150ff.
  - und Ernährungspolitik 194
  - und Frauenarbeit 207ff.
  - und Hilfsdienstgesetz 257ff.
  - und Übergangswirtschaft 369ff., 599, 629, 668, 945f., 951
  - und Arbeitskammern 390ff., 671, 674, 688f.
  - und Tarifvertragsrecht 405ff.

- Verhältnis zu christlichen und H.-D. Gewerkschaften 93, 125, 127, 151 ff., 159 f., 253 ff., 289 ff., 297 f., 302, 309 f., 373, 392, 507, 533, 536, 593, 800, 903 f., 922, 986
- und Angestelltenorganisationen 430 ff.
- innenpolitische Ziele und Strategien 244 ff., 278
- und Gemeinschaftsgedanke 244 f., 373
- und preußische Wahlrechtsreform 186, 498 ff.
- und Parlamentarisierung 502 ff.
- und Staat während des Krieges 117 ff., 245, 294 f., 300 ff., 468 ff., 917, 957
- und Militär während des Krieges 114, 237, 294 f., 299 f., 311, 336, 456 ff., 462 f., 1078
- und Volksbund für Freiheit und Vaterland 533 ff., 1045
- und SPD während des Krieges 226 f., 262 ff., 503 ff., 507 ff., 546 ff., 1015 ff.
- und innerparteiliche Opposition 227 f., 248, 262 ff., 309, 504 ff., 907 ff., 912 ff., 917
- und USPD 507 ff., 1015, 1017
- innergewerkschaftliche Opposition 270 ff., 321, 445, 505 ff., 906, 911 ff., 915 f., 1014 f., 1017 ff
- und Streiks 1915/16 289 ff.
- und Streiks 1917 435 ff., 488, 501, 506, 984 f., 1012
- und Streiks 1918 449 ff., 492 f., 986 ff.
- und Novemberrevolution 559 ff., 572 ff., 1037
- und Arbeiter- und Soldatenräte 574 ff., 585, 613, 630 ff., 1045, 1048
- und Arbeiterräte: 593 f., 1050
- und politische Neuordnung 592 ff., 1050
- und Zentralarbeitsgemeinschaft 595 ff., 608 f., 777, 782 ff., 1112 f.
- und Betriebsräte 624 ff., 630 ff., 646 f., 666 ff., 687 ff., 782 ff.
- und Sozialisierung 629, 634 ff., 646 f., 652, 666 ff., 685 ff., 690 ff., 772 ff., 891, 1060
- und Streiks 1918/19 640 ff., 645 ff., 666 ff., 679 ff., 1065, 1071
- und Soldatenräte 696 ff., 705 f., 712 f.
- und Freikorps 721, 1089 f.
- und Reichswehr 731 ff., 740
- und Einwohnerwehren 746 ff.
- und SPD nach 1918 593, 762 f., 782 f., 785
- und USPD nach 1918 763, 782 f., 785 f.
- und KPD 786 f., 1114
- innergewerkschaftliche Opposition nach 1918 731 f., 782 ff.
- Gewerkschaftsbund der Angestellten 799 f., 805, 1121
- Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände 805
- Gewerkverein der Heimarbeiterinnen 765
- Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) 66 f., 189, 314, 798 ff., 805, 838, 865, 876, 952, 975, 1037, 1118
- Mitgliederentwicklung 99, 297 f., 302, 308 ff., 356, 392
- Verhältnis zu freien und christlichen Gewerkschaften 93, 125 f., 137, 151 ff., 159 f., 253 ff., 533
- und Angestelltenorganisationen 431
- und FVP 309
- Kriegspolitik und Kriegsziele 249 ff., 490
- und Kriegsarbeitsgemeinschaften 855
- und Ernährungspolitik 194
- und Frauennarbeit 208 ff.

- und Schlichtungswesen 162, 165
- und Novellierung des Reichsvereinsgesetzes 175
- und preußische Wahlrechtsfrage 187
- und Streiks 1916–18 449 f., 918
- und Arbeiter- und Soldatenräte 576, 580, 594, 1045
- und Sozialisierung 630
- und DDP 764, 1106
- Gewinnbeteiligung 67, 758
- Glasarbeiter 30, 45, 85, 94, 107, 272, 281, 308, 516, 534, 763, 793, 832, 905, 1021, 1082, 1086, 1113
- Glaser 30, 44 f., 95, 148, 308, 792, 851, 1116
- Glasindustrie 414, 881, 1109
- »Gleichheit« 268 f.
- Gleiwitz 182, 640, 990
- »Glocke« 268, 511, 1009
- Goch 796
- Göppingen 274, 335, 475, 1088
- Görlitz 911
- Gold- und Silberarbeiter 40
- Gotha 271, 564, 673, 980, 1014, 1019, 1041
- Gräflich Schaffgotsche Werke 640
- Graphischer Bund 793
- Graphische Industrie 35, 127, 197 f., 200, 203, 224, 835
- Graveure 38 ff.
- Greifswald 579
- Grenzschutztruppen 641, 722, 732, 759
- Griesheim 200
- Grimma 582
- Gröba 271, 911
- Gutehoffnungshütte 122, 140, 155, 243, 333, 342, 355 f., 433, 479, 670, 825, 854, 885, 934, 966, 976, 1043, 1068
- Gutenbergbund 259
  
- Halberstadt 911
- Halle 128, 270, 307, 534, 570, 576, 673, 911, 927, 980, 1019
- Hallschlag 332
- Hamborn 643 f., 648 ff., 674, 680, 684, 965
- Hamburg 103, 107, 112, 128, 139, 217, 273 f., 294, 307, 413, 452, 464 ff., 514, 518, 534, 564, 569, 575 f., 664, 728, 732, 749, 782, 786, 873, 888, 912, 928, 948, 980, 982, 1019, 1060, 1101, 1115
- Hamm 1037
- Hanau 272, 364, 832, 911
- Handel 149, 368, 375 f., 378, 388, 413, 427, 529 f., 770, 775, 944
- Handelskammer 392, 689
  - Köln 188
  - Düsseldorf 558 f., 622, 757
- Handelsminister, preußischer 143, 160 f., 197, 213, 314, 319, 396, 402 ff., 467
- Handlungsgehilfen 102, 105 f., 272 f., 308, 428, 509, 514, 534, 732, 734, 779, 784, 911, 972 ff., 1017
- Handschuhmacher 30, 40

- Handwerkskammern 392, 689  
 Hannover 107, 128, 164, 180, 205, 271, 317, 420, 476, 574, 848, 868, 939, 962, 1106  
 Hanomag 317  
 Hansabund 132, 375 f., 531, 533, 561, 748, 757, 949 ff., 1055, 1102  
 Hansa-Reederei 951  
 HAPAG 78, 364  
 Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands 33, 136,  
 138 ff., 156 f., 322 f., 342 ff., 389, 412, 555 f., 764, 801, 905, 933 ff., 939, 1052  
 Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände 132  
 Hauptvermittlungsstelle vaterländischer Verbände 1105  
 Hausangestellte 45, 308, 781, 1113  
 Hausham 307  
 Heidelberg 573, 579  
 Heilbronn 911  
 Heimarbeiter 28, 254, 685  
 Heimvolkshochschule Tinz 789  
 Helmstedt 96 f., 272  
 Hemer 412  
 Henschelwerke 484  
 Herford 97  
 Herne 321  
 Herrenhaus, preußisches 24 f., 118, 137, 253, 498, 500, 536  
 Hervest-Dorsten 673  
 Hessen 107, 128 f.  
 Hildesheim 307  
 Hilfsdienstgesetz 104, 254, 296 ff., 346, 349, 356, 361, 369, 384, 387 f., 391, 393 ff.,  
 398, 402, 408, 422 f., 430, 433, 442, 457, 490, 505 f., 512 f., 518, 583, 623, 634, 705,  
 763, 801, 919 ff., 1021  
 Hindenburg-Programm 297, 303 ff., 360 f., 369, 542  
 Höchst 200, 272  
 Hoechst AG 22, 779  
 Hoesch AG 934  
 Hof 271  
 Holzarbeiter 30, 35 f., 40, 46, 85, 89 ff., 92, 94, 103, 106, 113, 118, 125 ff., 199 f., 209,  
 226, 254, 259, 262, 268 f., 272, 284, 287, 308, 411, 513, 721, 729, 734, 780, 787,  
 790, 792 ff., 827, 830, 832, 834 f., 841, 855, 873, 911, 915, 926, 1018 f., 1086,  
 1113 ff.  
 – christlicher Holzarbeiterverband 114, 125  
 – H.-D. Holzarbeiterverband 125 f.  
 Holzgewerbe 125 ff., 197, 201, 224, 411, 826 f., 835, 944, 1109  
 Hutmacher 45, 95, 105 f., 272, 308, 781, 850 f., 1018, 1112
- IG Farbenindustrie 774  
 Ilseder Hütte 693, 1104  
 Imperialismus 55, 59, 220 f., 239  
 Industrie  
 – Konzentration 22, 364 ff., 505  
 – Industrieverbände 143, 367 ff., 617, 771 f., 776  
 – und Gewerkschaften 116 ff., 131 ff., 337 ff., 381, 384 ff., 409 f., 458 ff., 595 ff., 859,  
 920, 931

- betriebliche Sozialpolitik 32
- und Angestellte 400, 433 ff.
- und wirtschaftsfriedliche Organisationen 33, 134, 136 ff., 342 ff., 409, 578 f., 586, 588, 590, 596, 860, 933 f., 936, 940, 1119
- und Versammlungsrecht 331 ff.
- und Hilfsdienstgesetz 298 ff.
- und Schlichtungsausschüsse 324 ff.
- und Arbeiterausschüsse 404 f.
- und Sozialpolitik 384 ff.
- und § 153 Gewerbeordnung 388 ff.
- und Arbeitskammern 399 ff.
- und Tarifverträge 408 ff.
- und Übergangswirtschaft 374 ff., 948 ff., 953
- und Streiks 1917/18 455 ff.
- Kriegsziele 124, 306, 385, 527
- und Propaganda 477 ff., 998 f.
- Siegeszuversicht 921
- innenpolitische Ziele 121 ff.
- und Monarchie 566 f.
- und Sozialisierung 621 ff., 659 ff., 669 f., 757 f., 772 ff., 1056
- und Betriebsräte 624 f.
- und Freikorps 759 f.
- Industrieller Wahlfonds 760, 936
- Inflation 145, 261, 589
- Innenminister, preußischer 98, 118 f., 122, 169 ff., 185, 301, 396, 437, 442 f., 454, 469, 542, 640 f., 723, 734, 736, 741, 992, 1038, 1092
- bayerischer 917, 1090 f.
- sächsischer 963, 995, 1003
- Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken 146
- Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände 439, 1024
- 2. Internationale 73, 78, 238 ff.
- Internationale Korrespondenz 227, 266 f., 277, 908 f., 1009
- Internationale Transportarbeiter-Föderation 1007
- Internationaler Gewerkschaftsbund 238 ff., 242 f., 266 f., 909
- Italien 227, 237, 239, 241
  
- Januarunruhen 1919 718 ff.
- Jena 183, 274, 980, 1020
- Jülich 577
- Jugendarbeit 210 ff., 885 f.
- Jungdeutscher Orden 802
- Justiz 25, 27 f. 169, 552, 586, 720, 810
- Justizminister 396, 720, 733 f., 736
  
- Kaiser 75 f., 186, 190, 296 f., 484 ff., 528, 543 f., 551 f, 568, 877, 1001, 1029,
  - Abdankungsfrage: 554, 561, 566 f., 585, 699, 1033, 1042 f.
- Kapp-Putsch 750 ff., 776, 807
- Karlsruhe 128, 217, 575, 577, 580, 735, 745, 747
- Kartellverband der süddeutschen katholischen Arbeitervereine 235
- Kartellverband deutscher Werkvereine 33, 346, 356, 933, 935, 937 f., 957, 986, 1052



- Kassel 325, 335, 475 f., 484, 575, 591, 706 f., 711, 722, 980, 987, 1100  
 Katholische Arbeitervereine 67 f., 208, 250, 255 f., 309, 450, 474, 495, 533, 537, 565,  
 571, 621, 763, 797, 837, 867, 872, 902, 985 f., 1034, 1039  
 – Berliner Richtung 68, 255, 323, 335, 346 ff., 359, 389, 459, 533, 795, 797, 928, 935  
 Katholischer Verband der weiblichen kaufmännischen Angestellten und Beamtinnen  
 974  
 Kattowitz 97, 183, 307, 459, 575, 579, 640 ff., 725, 941, 992  
 Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte 974  
 Kehl 850  
 Kempten 1089  
 Keramische Industrie 337, 364, 421 f., 793, 1109  
 Kiel 274, 480, 486, 563, 569, 574, 604, 702, 725, 980, 982, 1020  
 Kinderarbeit 56, 967  
 Kirchen 28, 531, 586, 821, 928, 966  
 Kleinaktien 758  
 Kleingärten 963  
 Kleve 796  
 Knapsack 307  
 Koblenz 339, 577, 636, 993  
 Köln 85, 100, 107 f., 155, 202, 218, 250, 272, 275, 306 f., 337, 341, 570, 574, 587, 591,  
 779, 787, 789, 949, 970, 980, 982, 1041, 1106, 1111  
 Köln-Rottweiler Pulverfabriken 134  
 Königsberg 107, 272, 335, 728, 932, 1015, 1019, 1101, 1115  
 Kohlenwirtschaftsgesetz 678  
 Kolberg 722, 802  
 Kolonialgesellschaft 70  
 Kolonialpolitik, Kolonien: 59, 84, 220 f., 228 f., 250, 489, 530, 889 f. 893 f. 1004,  
 1006  
 Kommunalbetriebe 39, 119, 979  
 Kommunistische Partei Deutschlands 656, 682, 727, 730 f., 739 f., 745, 750, 753 ff.,  
 786 f., 1100 f., 1103, 1114  
 Konferenzausschuß 138 f., 156 f., 323, 343 ff., 934, 939  
 Konservative Partei 24 f., 70, 117, 122, 139, 170 ff., 247, 349, 399, 498, 530, 555 ff.,  
 560, 581, 762, 934, 936, 949, 951, 1035, 1037, 1105  
 Konsumgenossenschaften 118, 194 f., 230, 428, 533, 880 f.  
 Konsumgütermangel 418 f.  
 Krefeld 277, 1119  
 Kreiskommissare 738, 746, 1081 f., 1092  
 Kriegervereine 738, 748  
 Kriegsamt 298 ff., 303, 305, 319, 322, 326 f., 334, 349, 360 ff., 365, 422 f., 429, 470,  
 546, 926, 941 f., 924, 962 f., 970  
 Kriegsausschüsse 142, 365 f.  
 Kriegsausschuß der deutschen Industrie 143, 150, 162, 298, 365, 368, 378, 948  
 Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft 944, 1047  
 Kriegsausschuß der sächsischen Industrie 862  
 Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins 159, 326  
 Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen 194, 440, 903  
 Kriegsernährungsamt 195 f., 294, 418, 445, 449, 476, 483, 547, 598, 942, 962  
 Kriegsfinanzierung 144 ff.  
 Kriegsgesellschaften 142

- Kriegsgewinne 123, 144 f., 363 ff., 506, 620, 638, 645, 863, 942 f.  
 Kriegsminister(ium), preuß. 77, 118, 134, 141, 161 ff., 185, 215 f., 291 f., 294, 328 f.,  
 336, 361, 377, 411, 464, 467, 469, 662, 723, 746, 877, 879, 929, 995  
 Kriegspresseamt 471, 473, 477, 483  
 Kriegssozialismus 140 ff., 267, 361, 366, 376, 861, 865, 949 f.  
 Kriegsziele 84, 124, 385, 520 f., 537, 620, 1003  
 Kronprinz 553  
 Krupp AG 22, 104, 137, 214, 316, 339, 345, 349, 364 f., 423, 429, 441, 484 f., 610,  
 759, 825, 836, 838, 849, 863, 934, 938, 963, 971  
 Kürschner 30, 36, 40, 45, 105, 272 f., 308, 511, 516, 777, 781, 793, 851, 1017 f., 1020,  
 1112  
 Kulturpessimismus 59  
 Kupferschmiede 30, 41, 45, 86, 95, 103, 179, 272, 308, 514  
 Kurland 226, 399, 493, 496  
  
 Lahr 783  
 Landarbeiter 30 f., 46, 56, 127, 171 ff., 197, 272, 298, 300, 308, 390 ff., 396, 399, 524,  
 581, 583, 621, 625, 749, 779, 788, 794 f., 802 ff., 872, 926, 957, 1008  
 – christlicher Landarbeiterverband 581, 765, 795, 804, 872, 902, 1047  
 – wirtschaftsfriedliche Landarbeiterorganisation 342  
 Landshut 107  
 Landwirtschaft 21, 56, 121 ff., 127, 137, 149, 189, 191, 193, 197, 324, 355, 368, 375,  
 378, 391, 529 f., 532, 580 ff., 589, 627, 749, 768, 770, 802, 809, 864, 878, 891, 934  
 Landwirtschaftskammern 138, 392, 396, 689  
 Landwirtschaftsminister(ium), preuß. 171, 594, 934, 962, 1084  
 Langelsheim 272, 1019  
 Langnamverein 1104  
 Lauchhammer Hütte 314  
 Lauenburg 128  
 Lausitz 164, 422  
 Lederarbeiter 30, 38, 40, 45, 88, 127, 130, 259, 272, 306, 308  
 Lederindustrie 203, 364, 411, 826 f., 867, 1109  
 Lehrlingswesen 211 f., 397, 885 f  
 Leipzig 85, 103, 107, 110, 128, 270, 273 ff., 332, 413, 442, 445 f., 452, 472, 474, 514,  
 518 f., 564, 570, 586, 630, 729 ff., 747, 782, 804, 911, 927, 980, 992, 1019, 1025,  
 1086, 1088, 1112 f.  
 Leunawerk 317, 442, 623, 861, 984  
 Levée en masse 554 ff., 561, 565, 1037, 1039  
 Leverkusen 307  
 Liegnitz 335, 579, 853  
 Limburg 796  
 Litauen 226, 399, 493, 496, 1003  
 Lithographen 38, 45, 94 f., 127, 241 f., 272, 308, 793  
 Livland 495  
 Löhne 43, 55 ff., 196 ff., 217, 261, 274, 288, 290, 292, 328, 337, 386, 409, 414, 419 ff.,  
 425, 442 ff., 458 ff., 505 f., 610, 615, 619, 624, 637 f., 653 f., 662 f., 681, 773, 783,  
 808, 880, 883, 964, 965 f., 981, 1016, 1062, 1067  
 Lötzen 107  
 Loewe AG 286, 1087  
 Longwy-Briey 250, 478, 530, 560, 1003, 1006

- Lothringen 107f., 216, 314, 317, 331, 342, 357ff., 479  
 Ludwigshafen 135, 214, 307, 317, 911, 1111, 1113  
 Lübeck 103, 569  
 Lüdenscheid 275  
 Lüdinghausen 463  
 Lugau 307, 442, 449  
 Luxemburg 107, 331  
 Lyck 107
- Magdeburg 96, 100ff., 107, 128, 135, 139, 281, 307, 316, 339, 570, 575, 580, 727,  
 782, 801, 832, 848f., 980, 1020, 1054, 1115  
 Maifeier 61  
 Maler 30, 36, 45, 106, 127, 130, 179, 272f., 276, 308, 777, 783, 792, 1113  
 Mannesmann-Röhrenwerke 112, 622  
 Mannheim 317, 580, 747, 980, 1020, 1100, 1115  
 Mansfeld 575  
 Mansfelder Kupferschiefer bauende Gewerkschaft 139, 316  
 Maschinenbauindustrie 33, 101, 141, 203, 364, 368, 529, 636, 774, 825  
 Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg 33, 132, 136, 860  
 Maschinisten und Heizer 37f., 41, 179, 235, 263, 272, 308, 787, 792, 794, 897, 1114  
 Massenstreik 54, 61f., 80  
 Maurer 30, 40, 104, 832  
 Maxhütte 135  
 Mecklenburg 107, 128, 1106  
 Merck-Werke 134, 316  
 Metallarbeiter 30, 37, 39, 41f., 45f., 51, 55, 85, 88, 90, 95, 101, 104ff., 118f., 127,  
 130, 134, 147, 158, 162, 179, 181, 204, 208, 210, 218, 233, 235, 259, 269f., 272f.,  
 274ff., 281, 284ff., 294f., 300, 306ff., 311, 325, 335, 337, 357, 359, 361, 397,  
 444ff., 470, 474ff., 481, 499f., 503ff., 512, 514ff., 571, 574, 598, 623, 682, 707,  
 721, 725, 727, 729, 762, 775ff., 782, 784, 788, 792ff., 829f., 834, 845, 851, 872,  
 885, 911f., 921f., 939f., 969, 976, 984f., 997, 1018ff., 1055, 1086  
 – Christlicher Metallarbeiterverband 159f., 250, 331, 337, 341, 357, 475f., 490,  
 577f., 598, 931, 985, 1006, 1011, 1034, 1106  
 – H.-D. Metallarbeiterverband 357, 475f., 598, 1105f.  
 Metallindustrie 35, 37, 42f., 101, 130, 149, 157ff., 197, 203f., 206, 303, 326f., 364,  
 367, 410ff., 441, 481, 762, 772, 775f., 804, 825f., 883, 885, 928, 931, 944, 961,  
 971, 1109  
 Metz 216  
 Militärdiktatur 166, 544ff., 730, 741f., 1029f., 1094  
 Mitau 697, 712  
 Mitteldeutschland 24, 68, 134, 158, 217, 272, 327, 442, 451, 517, 623, 672f., 695,  
 726, 745, 774, 982  
 Mitteleuropa 229ff., 489, 530, 899f.  
 Mittelrheinischer Fabrikanten-Verein 342  
 Mittelstand 23, 70, 133, 420, 531, 565f., 770  
 Mönchengladbach 577  
 Monarchie 251, 299, 438, 528f., 530, 536f., 552ff., 566f., 570, 577, 594, 716, 743,  
 797, 1029, 1034  
 Montanindustrie 21f., 30, 33, 35, 56, 101, 123, 139ff., 149, 159ff., 197, 203ff., 210,  
 213, 303, 326, 337, 340, 359, 421, 424, 431, 441f., 589, 621f., 627, 636, 677f., 826,

- 835, 854 f., 867, 881, 885, 1097, 1109  
 Mügeln 272, 1019  
 Mühlhausen (Elsaß) 850  
 Mühlheim 576, 643 f., 649 f., 656, 965, 1052  
 Mühlheimer Bergwerksverein 139, 345  
 München 71, 100, 107, 119, 202, 271, 308, 463, 568, 570, 571, 576, 591, 604, 735,  
 744, 749, 790, 844, 911, 917, 930, 967, 982, 1033 f., 1089, 1095 f., 1118  
 Münster 336, 579, 649, 671, 731, 796, 1107
- Nahrungs- und Genußmittelarbeiter 30, 35, 793 f.  
 Nahrungs- und Genußmittelindustrie 203, 414, 419, 636, 826 f., 881 f., 1109  
 Nationalliberale Partei 70, 117, 131, 170 f., 175, 182, 187, 189 f., 298, 348 f., 399,  
 401, 530 f., 533, 538, 545, 555, 558, 618, 626, 761, 1017, 1024, 1037 f.  
 Nationalsozialismus 754, 768, 937  
 Nationalverband Deutscher Berufsvereine 802  
 Nationalverband Deutscher Gewerkschaften 802  
 Nationalverband Deutscher Offiziere 802  
 Nationalversammlung 401, 592 ff., 618, 628, 636, 656 f., 660, 665 f., 674 f., 677, 699,  
 722, 727 f., 759, 762 f., 779, 1103 f.
- Neheim 412  
 Neue Zeit 270  
 Neumünster 1115  
 Neunerkommission 652 f., 655 ff., 667, 669, 671, 673, 679  
 Neunkirchener Eisenwerk 357  
 Niederehe 337  
 Norddeutscher Lloyd 345, 364  
 Norddeutsche Wollkämmerei 316  
 Nordhausen 307  
 Notenstecher 45, 308, 793  
 Nowawes 1019  
 Nürnberg 85, 107, 307, 337, 426, 441, 468, 482, 516, 518, 576, 721, 770, 847, 866,  
 980, 982, 986 f., 1100
- Oberfranken 128, 422, 747  
 Oberhausen 155 f., 330, 965 ff.
- Oberschlesien 22, 24, 30, 33, 54, 67, 100, 111, 133, 169, 182 f., 205, 215, 223, 306 f.,  
 311 f., 315, 325, 330 ff., 338 f., 341, 359, 421, 433, 435, 441 f., 444, 457 ff., 466,  
 575, 583, 595, 637 ff., 664, 670, 674, 752, 759, 774, 779, 835, 920, 923, 970, 1118  
 Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein 331, 637  
 Oberste Heeresleitung 190 f., 297, 322, 361 ff., 377, 389, 444, 456, 462, 471, 483,  
 488, 495 f., 532, 540 ff., 546, 555 f., 561, 564, 567 f., 586, 591, 596, 621, 641, 649,  
 662, 665, 699, 703 ff., 707 ff., 715 ff., 722 ff., 730, 749, 802, 815, 921, 942, 965,  
 987, 1005, 1029, 1049, 1076, 1077 f., 1080 f.
- Oelsnitz 442, 449  
 Österreich-Ungarn 226, 228 ff., 267, 491, 565  
 Offenbach 580  
 Offenburg 911  
 Offizierskorps 25, 28, 532, 702 ff., 724, 733, 737  
 Oldenburg 178, 728  
 Opel-Werke 364

- Opladen 183, 580  
 Oppeln 97, 642  
 Osnabrück 412  
 Ostdeutscher Arbeiterverband 932  
 Ostpreußen 107f., 128, 202, 217, 223, 236, 241, 475, 479, 566, 726, 747, 766, 768,  
 780, 1082, 1084, 1107  
 Ostpreußische Gesellschaft 1914 876  
 Ostritz 272
- Papierindustrie 203, 360, 775, 826ff., 1109  
 parlamentarisches Regierungssystem, Parlamentarisierung 26, 244, 302f., 401, 530,  
 532, 536f., 539, 544, 548f., 592ff., 618, 655f., 759, 762, 1013f., 1026, 1028, 1040,  
 1050  
 Passau 1089f.  
 Pelikan-Werke 316  
 Pfalz 128, 216  
 Phönix AG 22, 345, 359, 825, 935  
 Pirna 270, 1019  
 Plau 104  
 Plauen 103, 128, 202, 307, 575, 911  
 Plön 574  
 Polen 225f., 250, 457, 493, 641, 1003  
 Polierbund 428, 431, 792, 974, 1110  
 Polizei 75, 108, 168, 215, 333, 417, 437, 441, 451, 467, 552, 564, 569, 573, 649, 681,  
 733, 810, 917, 1115  
 Polnische Berufsvereinigung 151f., 159f., 169, 257f., 310, 643, 684  
 Pommern 107, 215f., 443, 482, 726, 748f., 766, 802ff., 1107  
 Pommerscher Landbund 748, 802ff., 1120  
 Portefeuller 30, 39  
 Porzellanarbeiter 30, 41, 85, 105, 272, 308, 335, 793, 796, 846, 929, 1118  
 Porzellanindustrie 364  
 Posen 107, 128, 335, 556, 562, 582, 697, 1107  
 Postbeschäftigte 30f., 394, 396, 399, 779, 792, 980  
 Potsdam 327, 718, 1019  
 Preise 144ff., 193f., 214, 261, 288, 362ff., 419ff., 426, 436, 663, 773, 862  
 Presseunternehmen 123, 759  
 Propaganda 471ff., 619, 664, 675, 738ff., 758f., 997ff., 1001, 1093
- Radeberg 883, 1113  
 Räte geistiger Arbeiter 790  
 Rätekongreß 585, 621, 623, 655, 686, 699f., 708, 710, 721  
 Rastenburg 107  
 Rat der Volksbeauftragten 573, 583, 614, 625ff., 633f., 640ff., 648ff., 657ff.,  
 662ff., 666ff., 712f., 715f., 721f., 1081  
 Recklinghausen 319, 326, 447, 577  
 Reedereien 364, 376, 378  
 Reichsamt des Innern 72, 82, 97, 117, 120f., 133, 143, 150, 153f., 156f., 165f.,  
 171ff., 179, 194f., 203, 213, 316, 361, 377ff., 496, 868f., 917, 941  
 Reichsarbeitsamt (-ministerium) 546, 596, 602, 627, 633f., 649, 652, 670, 678  
 Reichsarbeitsnachweis für Offiziere 1087

- Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft 951  
 Reichsbank 662, 665  
 Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände 126  
 Reichsbund der höheren Beamten 807  
 Reichsdeutscher Mittelstandsverband 533  
 Reichsernährungsamt (-ministerium) 662, 1085  
 Reichskanzler, Reichskanzlei 25, 74, 76, 78, 83, 120ff., 152, 165f., 170ff., 179,  
 185ff., 227f., 298f., 322f., 336, 362, 377, 393, 396f., 456, 468ff., 532, 543, 545f.,  
 552, 562f., 572, 692, 711, 809, 892  
 Reichskartell deutscher Beamten und Staatsangestellten 183, 250, 874, 947  
 Reichskohlenrat 678, 773  
 Reichskohlenverband 678  
 Reichskommissariat für Übergangswirtschaft 378ff., 951  
 Reichslandbund 802  
 Reichsmarineamt 463, 673, 713f.  
 Reichspräsident 724, 737, 1094  
 Reichsschatzamt 626, 662, 1029  
 Reichstag 25, 28, 62, 118, 122, 151ff., 157, 169ff., 227, 262, 280f., 298f., 302f., 316,  
 322, 336, 379, 381, 383, 389ff., 393, 396, 398f., 401f., 532, 544  
 – Reichstagsmehrheit 302f., 387, 488, 493, 501f., 529, 532, 537ff., 540, 553, 555f.,  
 665, 1013  
 Reichsverband der deutschen Industrie 617, 771f., 776, 1108f.  
 Reichsverband der deutschen Metallindustrie 944  
 Reichsverband deutscher Staatsarbeiter 1107  
 Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 70, 117, 122, 135f., 137, 139f., 344ff.,  
 557, 860  
 Reichsvereinsgesetz 27, 169ff., 216, 252, 297, 414, 442, 444, 489, 597, 612, 625, 872,  
 979, 1021  
 Reichswehr 664, 723f., 736ff., 746, 749ff.  
 – und Arbeiterschaft 732ff., 1089ff., 1093f., 1099  
 Reichswehrminister(ium) 724, 737ff., 746, 749, 751, 1090ff.  
 Reichswirtschaftsamt (-ministerium) 379ff., 388ff., 393ff., 402ff., 546f., 596, 602,  
 626ff., 662f., 678, 692, 836, 952, 1060, 1073  
 Reichswirtschaftsrat 693  
 Reichszentrale der Arbeitsnachweise 150, 153  
 Reklamierete 103f., 298, 300, 304f., 312, 338, 920  
 Remscheid 272, 623, 1019  
 Republikanische Garde 725  
 Republikanische Schutztruppe 718, 1082  
 Republikanische Soldatenwehr 1082  
 Reutlingen 97  
 Revolutionäre Obleute 285f., 446, 452, 505, 571, 784  
 Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat 22, 142, 366, 651, 658ff., 666, 675  
 Rheinische Braunkohlenwerke 340  
 Rheinische Stahlwerke 773, 934  
 Rheinischer Bauernverein 878, 1047  
 Rheinland 29, 31, 67f., 102, 183, 194, 216f., 271f., 441, 451, 470, 483, 517, 562, 574,  
 582, 623, 697, 726, 878  
 Rheydt 577  
 Riga 713

- Röchling-Werke 317, 354, 368, 936  
 Rötha 272  
 Roheisenverband 142  
 Rostock 107, 128, 202, 569, 1088  
 Rügen 574  
 Ruhrgebiet 22, 24, 97, 103, 107, 128 f., 135, 158, 169, 215, 218, 273, 288 ff., 293, 307, 310, 312, 319, 326 f., 329 ff., 336, 338 f., 341, 355, 359, 418, 422, 424, 431, 433, 442, 447, 451, 454 f., 474, 479 ff., 516 ff., 564, 574, 583, 590, 596 ff., 643 ff., 673 ff., 679 ff., 695, 697, 782, 787, 796, 800 f., 867, 963, 969 f., 977, 981 ff., 990, 1022  
 Rumänien 250, 296, 495 f.  
 Rußland 77 ff., 220, 226, 229 f., 232, 236, 249, 387, 404, 443 f., 457, 492 ff., 520, 540, 550, 600, 606, 618, 623, 842 f., 892, 1003 f., 1008  
  
 Saarbrücken 308, 311, 330  
 Saarland 22, 24, 31, 67, 128, 213, 215 f., 307, 310 ff., 316 f., 330 f., 333, 338, 342, 348, 354, 357 ff., 431, 442, 451, 575, 577 f., 583, 589, 931, 939 f.  
 Sachsen 31, 107, 128, 164, 177, 194, 205, 217, 271, 287, 338, 342, 354, 413, 443, 449, 475, 516, 518, 673, 782, 795, 952 f., 963, 966, 969, 995, 997, 1019, 1057  
 Sammlungspolitik 69 ff.  
 Sattler 30, 40, 45, 80, 100, 106, 179, 259, 272, 308, 514, 793, 830, 847, 867  
 Sauerländischer Arbeitgeberverband 341  
 Sauerland 314, 796  
 Schichau-Werke 342  
 Schiffszimmerer 36, 273, 308, 793, 851  
 Schirmmacher 30  
 Schlesien 107, 118, 202, 214 ff., 322, 336, 424, 483, 573, 579 f., 725, 780, 783, 932  
 Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb 133  
 Schlichtungsausschüsse 297 ff., 316, 322 ff., 337, 385 f., 392, 395, 430, 459, 597 ff., 607, 611 f., 633 f., 926 ff., 956, 971  
 Schlichtungswesen, gewerbliches 86, 157 ff., 254, 384  
 Schmiede 30, 36, 42  
 Schneidemühl 180  
 Schneider 30, 45, 88, 106, 127, 130, 272, 308, 513 f., 781, 830, 911, 1112, 1117  
 Schoppinitz 458  
 Schuhmacher 30, 44 f., 51, 88, 95, 106, 254, 272, 281, 283, 287, 308, 411, 516, 534, 745, 763, 777, 784, 793, 832, 911, 1018, 1021, 1025  
 Schwabach 832, 1019  
 Schwäbische Tagwacht 910  
 Schwartzkopff AG 286  
 Schwarzburg-Sondershausen 107  
 Schwarze Listen 32, 134, 370, 803, 863  
 Schweinfurt 1020  
 Schweiz 242 f., 270  
 Schererindustrie 32, 123 f., 132 ff., 136 ff., 143, 187, 189 f., 297, 301, 304, 313 ff., 339 f., 355, 362 f., 365, 375, 377, 385 ff., 433, 479 f., 529, 532, 598 ff., 607, 621 f., 665, 758, 768 f., 771, 773 f., 776 f., 858, 892 f., 934, 942, 977  
 Sebnitz 1019  
 Seiler 38  
 Senftenberg 135, 213, 307  
 Separatismus 759, 1077

- Sicherheitsmänner 257  
 Sicherheitswehren 671, 701, 1104  
 Siegburg 103  
 Siegerland 134  
 Siemens-Werke 22, 33, 134, 428 f., 759, 774, 985  
 Slamen 514  
 Soldatenräte 570, 621, 640 f., 649, 664, 671, 696 ff., 709 ff., 721 ff., 752, 809, 1074,  
 1081, 1083 f., 1096  
 Solingen 270, 274, 621, 1020  
 Sonneberg 102  
 Sozialdemokratische Artikelkorrespondenz 268  
 Sozialdemokratische Feldpost 268  
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands 24 f., 28 f., 69, 71, 188, 190, 221, 298, 347,  
 387, 499, 537 f., 558, 570, 593, 626, 670, 716 f., 719 f., 723, 727, 762 f., 771, 782,  
 785, 812 ff., 831 f., 884, 896, 1027, 1037  
 – und freie Gewerkschaften vor 1914 47 ff., 60 ff.,  
 – und Kolonialpolitik vor 1914 58 f.  
 – und Regierung bei Kriegsausbruch 74 ff.  
 – und Kriegskredite 73 ff., 262, 843, 844  
 – und Kriegsziele 82 f., 221 ff., 487 ff.  
 – und Kriegspropaganda 471 ff., 484  
 – innenpolitische Kriegsziele 82, 84  
 – und Gemeinschaftsgedanke 246 ff.  
 – und Novellierung des Reichsvereinsgesetzes 170 ff  
 – und Monopolisierung 945  
 – und Ernährungspolitik 418 f.  
 – innerparteiliche Opposition 84, 262 ff., 910  
 – und Streiks 1917/18 453 f., 469, 492 f.  
 – Regierungseintritt 1918 546 ff., 1032 f.  
 – und Sozialisierung 633 ff., 675, 685 ff., 692, 946  
 – und Betriebsräte 633 ff., 647 ff., 673, 691 f.  
 – und Soldatenräte 698 f., 706, 712 f.  
 – und Reichswehr 723, 728, 740, 1089  
 – und Freikorps 717, 728, 731, 744 f.  
 – und Einwohnerwehren 746 ff., 1100 f.  
 Soziale Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten im Reichs-, Staats- und Gemein-  
 dedienst 979, 1024  
 Sozialisierung 372, 376, 507, 557, 606, 612 ff., 620 ff., 625 ff., 648 ff., 666 ff., 685 ff.,  
 757 f., 769 f., 772 ff., 781 f., 797, 891, 946 f., 1056 ff., 1066, 1108  
 Sozialisierungskommission 626 ff., 650, 657 ff., 670, 695  
 Sozialisierungsrahmengesetz 677, 692  
 Sozialistengesetz 27, 75, 148, 501  
 Sozialistenkonferenz Stockholm 1917 242, 488  
 Sozialwissenschaftlicher Verein 268  
 Spandau 484, 486, 513  
 Spartakusgruppe 445 f., 448, 451 f., 455, 508, 512, 564 ff., 571 f., 602, 616, 620, 698,  
 706, 715 f., 719 f., 987, 1016, 1056, 1067  
 Spremberg 514  
 Staatsarbeiter 30, 118, 396 f., 583, 625, 874, 960  
 – Koalitionsrecht 171 ff., 176 ff., 390 ff., 394, 625



- Staatsbetriebe 30f., 33, 118, 160, 300, 316, 319, 376, 391, 404, 684  
 Stahlwerksverband 22, 142, 347, 772  
 Staßfurt 412  
 Steigerverband 428, 433, 605, 651, 697, 974f.  
 Steinarbeiter 30, 45, 239, 272, 308, 792, 851  
 Steinmetze 36  
 Steinsetzer 30, 45, 130, 308, 514, 777, 792, 830  
 Stellvertretende Generalkommandos 74, 117, 119, 161, 163f., 193, 196, 360, 469,  
   544, 563, 724, 746, 929, 941  
 – Altona 464ff., 994  
 – Breslau 334f., 460ff.  
 – Hannover 476, 868  
 – Kassel 335, 476  
 – Koblenz 993  
 – Leipzig 417, 516, 963, 989  
 – Münster 289ff., 335, 463, 470, 528, 565, 752, 867, 879, 930, 968  
 – Nürnberg 482  
 – Oberkommando in den Marken 211, 293, 465, 480, 569  
 – Stettin 162, 216, 335, 990  
 – Stuttgart 475f., 481ff.  
 Stettin 100, 128, 162, 270, 307f., 325, 926, 976, 990  
 Stollberg 449  
 Straßburg 119, 850  
 Strausberg 272  
 Streik 33ff., 66f., 149, 311, 384, 387  
 – Streikrecht der Eisenbahner 176ff.  
 – Bergarbeiterstreik 1912 34, 68, 257, 645  
 – Werftarbeiterstreik 1913 912  
 – Streikgedanke bei Kriegsausbruch 74ff.  
 – Streikverzicht nach Kriegsausbruch 86ff., 125, 198f.  
 – Streiks 1915 261, 288  
 – Streiks 1916 195f., 261, 286ff., 293ff., 512, 916  
 – Streiks 1917 261, 312, 331, 441ff., 457f., 514, 518, 540, 980f., 990  
 – Streiks 1918 261f., 338, 340, 347, 369, 426, 433, 437, 442ff., 458ff., 492f., 513,  
   519, 561, 922, 982f., 988f., 992  
 – Streiks 1918/19 637ff., 643ff., 673ff., 680ff., 1062f., 1066f., 1071  
 Stukkateure 30, 40, 849  
 Stumm-Konzern 22, 316  
 Stuttgart 107, 128, 214, 217, 270, 272f., 288, 306ff., 470, 475f., 481ff., 508, 511,  
   564, 586, 620, 782, 910, 912, 1016, 1019f.  
 Süddeutschland 24, 31, 107, 156, 180, 196, 475, 481ff.
- Tabakarbeiter 29, 36, 40, 95, 102, 105f., 208, 269, 281, 308, 514, 576, 728, 762, 781,  
   832, 1112  
 Tapezierer 30, 36, 45, 106, 127, 308, 513, 793, 851  
 Tarifverträge 35f., 62, 86, 125, 135, 148, 157, 159f., 198, 221, 237f., 259, 370, 384,  
   395, 410f., 597, 607, 625, 630, 634, 636, 687, 788, 803, 808, 827, 858, 865, 961  
 – Tarifvertragsrecht: 405ff., 960  
 Textilarbeiter 30, 40, 45f., 105, 130, 272, 274, 281, 308, 335, 365, 382f., 422, 424,

- 514, 516, 534, 576, 685, 730f., 779, 781, 784, 794, 830, 832, 911, 952f., 966, 969, 1086, 1112
- Textilindustrie 101, 154, 164, 197, 203, 206, 224, 338f., 364ff., 382f., 418, 421f., 774f., 804, 826, 924, 944, 952f., 966, 1109
- Thüringen 129, 164, 342, 782, 1113
- Thule-Gesellschaft 1095f.
- Tinz 789
- Töpfer 30, 41, 45, 103, 130, 235, 245, 308, 734, 793, 841, 1086
- Transportarbeiter 37, 39ff., 46, 51, 88, 90f., 95, 171, 176ff., 218, 222, 225, 235, 241, 259, 272, 308, 311, 332, 381, 395, 474, 513, 697, 728f., 763, 779, 787f., 792, 794, 830, 832, 845, 967, 1007, 1110, 1112f.
- Transportgewerbe 37, 149, 197, 205, 224, 364, 413, 1109
- Troisdorf 307, 332
- Türkei 226, 229, 231
- U-Boot-Krieg 305, 473, 491f., 1007
- Übergangswirtschaft 369ff., 420, 946ff., 953
- Uetersen 100
- Ukraine 454, 493
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 282, 407, 426, 442, 445f., 448f., 451ff., 486, 499, 502ff., 508, 511f., 516, 538, 545, 553, 558, 564ff., 571f., 574ff., 602, 613, 617, 621, 623, 626ff., 656, 673, 682, 698, 706, 714, 716f., 727, 729ff., 739f., 745, 749, 753f., 763, 782, 784ff., 985, 1015f., 1021f., 1027, 1033f., 1058f., 1100f., 1114
- Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden 189, 478, 559, 1037
- Ungelernte Arbeiter 30, 37f., 42, 45, 55, 105, 149, 789, 831
- Unterstützungen für Kriegerfamilien 91f., 97f., 213
- Unterweser-Ems-Gebiet 128, 574
- USA 64, 230, 491f., 1004, 1007
- Vaterländische Arbeitervereine 33
- Vaterlandspartei 345, 529ff., 545, 559ff., 744, 934, 937, 941, 982, 1004, 1026, 1030, 1037
- Verband Bayerischer Metallindustrieller 340, 605, 866, 976
- Verband Berliner Metallindustrieller 477
- Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten 1105
- Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine 974
- Verband deutscher Beamtenvereine 439, 979
- Verband deutscher Diplomingenieure 974
- Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter (Trierer Verband) 182, 533f., 664
- Verband deutscher Elektrotechniker 974
- Verband Deutscher Handlungsgehilfen 974, 976, 1025, 1105
- Verband deutscher Schutzleute 1105
- Verband junger Drogisten Deutschlands 974
- Verband katholischer Dienstboten 935f.
- Verband katholischer kaufmännischer Gehilfinnen und Beamtinnen 974
- Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands 935, 974
- Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands 936

- Verband Königlich-Preussischer und Großherzoglich-Hessischer Lokomotivführer  
437
- Verband mitteldeutscher Werkvereine 932, 939
- Verband mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten 439
- Verband nationaler Werkvereine Lothringens 934
- Verband ostdeutscher Industrieller 955
- Verband preussischer Justizsekretäre 1105
- Verband reichstreuer Bergarbeiterverbände Niederschlesiens 934
- Verband reichstreuer Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter 356, 449, 934
- Verband reisender Kaufleute Deutschlands 974
- Verband Sächsischer Industrieller 131, 375, 959, 1109
- Verband Thüringischer Industrieller 862
- Verband weiblicher Angestellter 1105
- Verband Württembergischer Metallindustrieller 474
- Verbündete kaufmännische Vereine für weibliche Angestellte 974
- Verein Berliner Badeanstaltsbesitzer 339
- Verein der deutschen Kaufleute 974, 976, 1025
- Verein der Industriellen im Reg.-Bez. Köln 860
- Verein deutscher Arbeitgeberverbände 132
- Verein deutscher Chemiker 974
- Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 163, 199, 210, 312 f., 324, 331 ff., 342, 365, 367, 380 f., 384 ff., 408, 436, 456, 466, 477, 608, 616, 775, 931, 936, 954, 965, 970, 1104
- Verein deutscher Eisenhüttenleute 365, 974
- Verein deutscher Ingenieure 974
- Verein deutscher Maschinenbauanstalten 367
- Verein für Handlungscommis von 1858 429, 974, 977
- Verein Kruppscher Beamter 434 f., 976
- Vereinigte Königs- und Laurahütte 22, 133, 204 f., 312, 825, 1062, 1086
- Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Saarindustrie 312
- Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands 369
- Vereinigte Stahlwerke 774
- Vereinigung der Werkvereine im Großherzogtum Hessen 932
- Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 33, 69 f., 116, 122, 126, 132 f., 198, 365, 404, 435, 610, 618, 622, 758, 772, 774, 887, 920, 949, 965, 1055, 1103 f.
- und Sozialpolitik 385 ff., 414, 954
  - und Kriegsarbeitgemeinschaften 126, 856
  - und Arbeitsvermittlung 148, 153 f., 156, 412
  - und § 153 Gewerbeordnung 389, 955
  - und gewerbliches Schlichtungswesen 161, 163 ff.
  - und Schlichtungsausschüsse 325, 327
  - und Arbeiterausschüsse 316, 320, 977
  - und Angestelltenausschüsse 319
  - und Arbeitskammern 399 ff., 671
  - und Tarifverträge 408 ff.
  - und Angestelltenorganisationen 433
  - und wirtschaftsfriedliche Organisationen 136, 139 f., 342 ff., 933
  - und Kriegspropaganda 473, 478 ff.
  - und Arbeitsgemeinschaftsabkommen 606 f., 610 f., 614 ff.
- Vereinigung deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände 974

- Vereinigung für inneren Frieden 1026f.  
 Versammlungsrecht 215 ff., 289f., 297f., 328 ff., 442, 444, 458 ff., 563, 929, 991f.  
 Verteidigungskrieg 77ff., 84, 235 ff., 249f., 267, 275, 278, 443, 487ff., 551, 841, 843,  
     893  
 Vertrauensausschüsse 1053  
 Verwaltung 25, 28, 543, 551, 594, 810, 823f., 1039  
 Völkerbund 489, 497, 1004f.  
 Völklingen 317, 357f., 932  
 Volksausschüsse für nationale Verteidigung 1037  
 Volksbund für Freiheit und Vaterland 490, 493, 499ff., 506, 533ff., 559ff., 1025ff.  
 Volkshoheimschutz 744  
 Volkshochschulen 790, 1116  
 Volksmarinedivision 701, 706  
 Volkswehren 640, 700f., 706, 710, 715, 723f., 726, 745  
 Vollzugsrat 576, 585, 613, 631ff., 698f., 715, 1077  
 Vorständekonferenz, freigewerkschaftliche 52, 76, 79, 86ff., 94ff., 125f., 150ff.,  
     186, 241, 254, 265f., 269, 273, 277, 282f., 450, 453, 498, 509, 516, 534, 547, 550,  
     604, 632f., 636f., 667f., 671, 686ff., 791, 945, 951  
 »Vorwärts« 265f., 270, 284, 914f.  
 Vulcan-Werft 464
- Wäscharbeiter 30, 39  
 Wahlrechtsfrage 24, 26, 69, 82, 124, 185ff., 244, 303, 381, 439, 443f., 450, 454,  
     498ff., 530f., 536, 540, 542, 544f., 549, 597, 635, 762, 982, 1001, 1010, 1012,  
     1023f., 1035  
 Waldenburg 307, 461, 929  
 Weimar 671, 674f.  
 Weimarer Koalition 152, 594f.  
 Weimarer Verfassung 751, 808f.  
 – Art. 48 736, 743, 1094f.  
 – Art. 156 692  
 – Art. 165 692f.  
 Weltpolitik 70f.  
 Wertfarbeiter 36f., 305, 451, 685, 912, 982f., 994  
 Werften 36f., 101, 149, 216, 340, 364, 529, 636  
 Werkmeisterverband 319, 429, 973f.  
 Werkswehren 701  
 Werkswohnungen 32, 213, 332, 424, 459, 619, 854, 885f., 969  
 Weser AG 317, 732, 1091  
 Westfalen 29, 31, 67, 107, 216f., 271f., 413, 441, 451, 470, 483, 565, 605, 623, 697,  
     726, 804, 878, 969f.  
 Westfälische Bauernvereine 902  
 Westpreußen 107, 128, 726, 780, 866  
 Westprignitz 581  
 Wilhelmshaven 452, 569  
 Willich 577  
 wirtschaftsfriedliche Organisationen 33, 75, 104, 108, 117, 134, 136ff., 256, 330,  
     333, 339, 341ff., 350ff., 469, 529, 597f., 605, 607, 609, 615, 619, 764f., 768f.,  
     801ff., 932f., 935ff., 948, 954, 969f.  
 – wirtschaftsfriedliche Angestelltenorganisationen 435f., 977

- und Arbeitsvermittlung 156f., 412f.
- und Schlichtungswesen 867
- und Reichsvereinsgesetz 174
- und Hilfsdienstgesetz 298, 300
- und Arbeiterausschüsse 314ff.
- und Schlichtungsausschüsse 322ff.
- und Arbeitskammern 395, 403f., 935
- und Tarifverträge 409, 960
- und § 153 Gewerbeordnung 389f.
- Bekämpfung durch freie, christliche und H.-D. Gewerkschaften 254, 257f., 302, 322
- und Streiks 1917/1918 348, 449f., 455, 986
- und preußische Wahlrechtsfrage 187, 531
- und Monarchie 554, 561
- und Kriegspropaganda 471, 485
- und Antibolschewismus 959
- und Novemberrevolution 644, 655, 764f., 1035, 1037, 1112, 1119
- und Arbeiter- und Soldatenräte 576
- Wohnverhältnisse 43f., 261, 417, 423f., 968f.
- Wolffsches Telegraphenbüro 486
- Wolgast 574
- Worms 342
- Württemberg 44, 107, 128f., 336, 475f., 483, 697, 779, 804, 896, 942, 990, 1057
- Würzburg 1100, 1115
- Wuppertal 128f., 134f., 270, 832, 883, 885, 1020, 1086
  
- Xylographen 39, 45, 308, 793
  
- Zechenverband 132, 291, 326, 408, 413, 456, 597, 604, 637, 643, 649f., 651, 655, 658ff., 666, 670, 682, 684, 859, 868, 933, 968, 1055, 1067, 1104
- Zeit3 307, 1019
- Zella-St. Blasii 104
- Zellstofffabrik Mannheim-Waldhof 317
- Zensur 113, 291, 335, 442, 563
- Zentralarbeitsgemeinschaft 559, 567, 595ff., 624f., 630, 632, 636f., 641f., 643, 659, 663, 668, 670f., 674, 678f., 693, 774ff., 782ff., 801, 805, 815f., 1051, 1053ff., 1109, 1112f.
- Zentralrat 594, 650, 686, 711f., 722
- Zentralrat der Marine 713f.
- Zentralverband der Angestellten 779, 781, 793, 1112
- Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie 341, 595, 608
- Zentralverband des deutschen Großhandels 944
- Zentralverband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter (Elberfelder Verband) 183
- Zentralverband deutscher Militärhandwerker 1107
- Zentralverein deutscher Reeder 139
- Zentrumspartei 29, 67, 137, 151, 159, 170, 174, 187, 189f., 249, 256, 298, 309, 374, 499, 530, 534, 537, 577, 593, 670, 723, 763, 796, 934, 1011, 1017, 1026f., 1037, 1105
- Zeppelinwerke 475

Zigarrenarbeiter 36

Zimmerer 30, 36, 44 f., 51, 95, 272 f., 308, 431, 777, 792, 1053

Zittau 911

Zivilmusiker 85, 308, 851, 1111

Zwickau 307, 316